

# Legitimierung von Moscheebauprojekten im Spannungsfeld zwischen Unterstützung und Widerständen: Eine fallstudienbasierte Untersuchung in der Metropolregion Rhein-Ruhr

Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades  
der Sozialwissenschaftlichen Fakultät  
der Georg-August-Universität Göttingen

vorgelegt von  
Piotr Suder  
Geboren in Breslau/Wrocław, Polen

Göttingen, 2023

Erstgutachter: Prof. Dr. Alexander-Kenneth Nagel

Zweitgutachter: Prof. Dr. Klaus-Peter Strohmeier

Drittgutachterin: Prof. Dr. Riem Spielhaus

Tag der mündlichen Prüfung: 08.03.2022

## Danksagung

Diese Dissertationsschrift ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes der „Nachwuchsforschergruppe Religion vernetzt – zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Potentiale religiöser Vergemeinschaftung“ (NFG), die von 2010 bis 2014 am Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) an der Ruhr-Universität Bochum unter der Leitung von Prof. Dr. Alexander-Kenneth Nagel angesiedelt war.

Gefördert wurde die Nachwuchsforschergruppe vom Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (MIWFT). Nach zweizeitweisen Unterbrechungen wurde die Promotion schließlich an dem Institut für Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen eingereicht. Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Alexander-Kenneth Nagel, der mich über viele Jahre hinweg unterstützt hat. Seine wissenschaftliche Klarheit in der Beratung und Offenheit für meine Interessenschwerpunkte inspirierte mich und gab mir stets Zuversicht.

Herzlich danken möchte ich auch meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Klaus-Peter Strohmeier, der mich schon während meiner Studienzeit mit seinen anregenden Ausführungen zu Segregationsprozessen in den Städten des Ruhrgebiets für soziologische Perspektiven begeisterte.

Mein Dank gilt auch dem Land Nordrhein-Westfalen für die finanzielle Unterstützung meines Forschungsvorhabens.

Darüber hinaus möchte ich meinen mittlerweile zu Freundinnen gewordenen Kolleginnen aus der Nachwuchsforschergruppe für die gemeinsame Promotionszeit danken: Eva-Maria Döring, Dr. Sandhya Küsters, Dr. Karin Mykytjuk-Hitz, Dr. Nelly Schubert und Dr. Sabrina Weiß. Der intensive Gedankenaustausch ist in die Dissertation eingeflossen und die im Team selbstverständliche Unterstützung sowie der herzliche Umgang miteinander haben meine Promotionszeit bereichert.

Die Grundlage dieser Forschungsarbeit stellen die zahlreichen Interviewpartnerinnen und -partner dar, die mir wertvolle Einblicke in ihre Tätigkeitsfelder, Erfahrungen und Gedanken gaben. Für ihre Gesprächsbereitschaft, Zeit und Offenheit bin ich ihnen sehr dankbar.

Die Arbeit an der vorliegenden Studie war ein weiter Weg, der auch stark in mein Privatleben hineinragte. Umso dankbarer bin ich meiner Familie und meinen Freundinnen und Freunden für ihre Geduld und dafür, dass sie mir stets zur Seite standen und zum Gelingen der Promotion auf ihre Weise beigetragen haben.

Für das Diskutieren, Beraten, Motivieren, Transkribieren, Korrigieren und die Hilfe beim Formatieren danke ich herzlichst insbesondere folgenden Personen (in alphabetischer Reihenfolge): Mitja Bleckmann, Dr. Raida Chbib, Philipp Chiou, Dr. Gisela Knaup, Prof. Dr. Volkhard Krech, Jenny Peters, Dr. Kerstin Rosenow-Williams, Dr. Gregor Schäfer, Jessica Schlierenkamp, Joël Sieber, Prof. Dr. Riem Spielhaus, Hans Peter Stellmes und Anna Suder.

Zudem möchte ich meine Eltern erwähnen, die immer an mich geglaubt und mich die ganzen Jahre über unterstützt haben. Ihnen und meinem Sohn widme ich diese Arbeit.

# Inhaltsverzeichnis

## **INHALTSVERZEICHNIS ..... I**

## **ABBILDUNGSVERZEICHNIS ..... VI**

## **TABELLENVERZEICHNIS ..... VII**

## **ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS..... VIII**

## **TEIL I: EINFÜHRUNG UND KONZEPTIONELLE GRUNDLAGEN..... 1**

### **1 EINLEITUNG ..... 2**

1.1 Problemaufriss, Untersuchungsgegenstand und Begründung des  
Forschungsinteresses..... 2

1.2 Gang der Arbeit ..... 13

### **2 DIE ETABLIERUNG DES ISLAM IN DEUTSCHLAND: MUSLIME IN DEUTSCHLAND ZWISCHEN WANDEL UND BESTÄNDIGKEIT .. 17**

2.1 Die zunehmende Etablierung des Islam in Deutschland..... 17

2.2 Islamdiskurs und Islam- und Muslimbilder: Muslime als „Teil Deutschlands“ und  
„Sicherheitsgefahr“ ..... 23

2.3 Muslimische Organisationen ..... 28

2.3.1 Muslimische Dachverbände als Vertreter (eines Teils) von Muslimen ..... 28

2.3.2 Moscheegemeinden als innermuslimische Netzwerke und (potenzielle) Kontaktzonen  
zwischen Dominanzgesellschaft und Muslimen ..... 35

2.3.2.1 Soziale und religiöse Angebote in Moscheegemeinden ..... 35

2.3.2.2 Vernetzung von Moscheegemeinden..... 43

2.4 Zusammenfassung ..... 46

### **3 REPRÄSENTATIVE MOSCHEEN IM LICHT SOZIALWISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNG ..... 47**

3.1 Moscheebau und repräsentative Moscheen als Gegenstand sozialwissenschaftlicher  
Untersuchung: Disziplinen und Schwerpunktsetzung..... 48

3.2 Die Moschee: Gestaltung und Funktion ..... 50

3.3	Entstehung von repräsentativen Moscheen in Deutschland: Motive und Tendenzen .....	54
3.4	Moscheebauprojekte im deutschen Recht .....	58
3.5	Legitimität von Moscheebauprojekten .....	59
3.6	Legitimierung von Moscheebau. Bisheriger Kenntnisstand.....	67
3.7	Moscheebau und Vernetzung. Bisheriger Kenntnisstand.....	69
3.8	Zusammenfassung und Präzisierung der Forschungslücke .....	73

## **4 THEORETISCHER FORSCHUNGSRAHMEN ..... 78**

4.1	Vernetzung von Migrantenorganisationen und die Inkorporation von Kollektiven.....	79
4.2	Von der Integration zur sozialen Vernetzung: Netzwerkanalytisch inspirierte Überlegungen .....	83
4.3	Die Bedeutung von Legitimität für (Migranten-) Organisationen. Diskursive Bezugnahmen und Legitimitätsdimensionen.....	89
4.4	Zusammenfassung .....	107

## **5 METHODISCHES VORGEHEN ..... 109**

5.1	Begründung des qualitativen Forschungsdesigns.....	109
5.2	Fallauswahl.....	112
5.3	Erhebungsmethoden.....	117
5.4	Auswertungsmethoden.....	124

## **TEIL II: FALLSTUDIEN – EMPIRISCHE BEFUNDE..... 129**

### **6 HAUPTFALLSTUDIE: MERKEZ-MOSCHEE UND BEGEGNUNGSSTÄTTE IN DUISBURG-MARXLOH ..... 130**

6.1	Ausgangslage und stadträumlicher Kontext.....	130
6.1.1	Zuwanderungsgeschichte und sozio-ökonomische Entwicklung in Duisburg-Marxloh .....	130
6.1.2	Integrationspolitik in Duisburg: Verhältnis zwischen Stadt und muslimischen Gemeinden .....	132
6.1.3	Der Muezzin-Konflikt in den 1990er Jahren und die Folgen für den Umgang der Stadt mit muslimischen Gemeinden .....	135
6.2	Das Moscheebauprojekt: Fallskizze und Legitimität.....	138
6.2.1	Fallskizze .....	138

6.2.2	Legitimität des Moscheebauprojekts .....	145
<b>6.3</b>	<b>Legitimierung und Durchführung des Moscheebauprojekts .....</b>	<b>147</b>
<b>6.4</b>	<b>Der Legitimierungsdiskurs der Merkez-Moschee: „Das Wunder von Marxloh“.</b>	<b>163</b>
<b>6.5</b>	<b>Der neue Moscheekomplex: Sichtbarkeit und die Angebotspalette der Moscheegemeinde und Begegnungsstätte .....</b>	<b>184</b>
6.5.1	Die neue Sichtbarkeit der Merkez-Moschee .....	184
6.5.2	Die Angebotspalette der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte .....	186
<b>6.6</b>	<b>Vernetzung der DITIB-Gemeinde: Beitrag zum Moscheebauprojekt und ihr Wandel.....</b>	<b>190</b>
<b>6.7</b>	<b>Entwicklung nach der Moscheeeröffnung und die Aufrechterhaltung von Legitimität.....</b>	<b>219</b>
<b>6.8</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>236</b>

## **7 HAUPTFALLSTUDIE: DIE AL-MUHAJIRIN-MOSCHEE IN BONN – ANGST VOR „GHETTOISIERUNG“ VS. RELIGIONSFREIHEIT .....**

<b>7.1</b>	<b>Ausgangslage und stadträumlicher Kontext.....</b>	<b>240</b>
7.1.1	Die ehemalige Hauptstadt als Heimat vieler Nationen und einer heterogenen muslimischen Bevölkerung .....	240
7.1.2	Bonn als „Hochburg des Islamismus“? .....	244
7.1.3	Tannenbusch – Die Hochhaussiedlung im Norden Bonns .....	246
7.1.4	Bonner Integrationspolitik.....	247
<b>7.2</b>	<b>Das Moscheebauprojekt: Fallskizze und Legitimität.....</b>	<b>249</b>
7.2.1	Fallskizze .....	249
7.2.2	Legitimität des Moscheebauprojekts .....	252
<b>7.3</b>	<b>Legitimierung und Durchführung des Bauprojekts.....</b>	<b>259</b>
<b>7.4</b>	<b>Legitimierungsdiskurs zwischen, „Ghettobildung“, „Islamismusgefahr“ und „Religionsfreiheit“ .....</b>	<b>282</b>
<b>7.5</b>	<b>Die neue Moschee: Sichtbarkeit und Angebotspalette der Moscheegemeinde .....</b>	<b>283</b>
7.5.1	Die neue Sichtbarkeit der Al-Muhajirin-Moschee .....	283
7.5.2	Die Angebotspalette der Moscheegemeinde .....	286
<b>7.6</b>	<b>Vernetzung der Al-Muhajirin-Gemeinde: Ihr Beitrag zum Moscheebauprojekt und ihr Wandel .....</b>	<b>288</b>
<b>7.7</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>310</b>

## **8 KONTRASTFÄLLE: MOSCHEEBAUPROJEKTE IN WITTEN UND HERTEN .....**

<b>8.1</b>	<b>Die Weiße Moschee in Witten – Der Gemeindesprecher als Netzwerkakteur .....</b>	<b>314</b>
------------	--	------------

8.1.1	Fallskizze und Legitimierung .....	314
8.1.2	Die Legitimität des Moscheebauprojekts: Die erwünschte Moschee.....	317
8.1.3	Die neue Sichtbarkeit der Moschee .....	319
8.1.4	Die Vernetzung der bosnischen Gemeinde: Ihr Beitrag zum Moscheebauprojekt und ihr Wandel .....	323
8.1.5	Zusammenfassung .....	340
<b>8.2</b>	<b>Die Blaue Moschee in Herten – Übernachtungsmöglichkeiten in der Moschee als Politikum.....</b>	<b>341</b>
8.2.1	Fallskizze und Legitimierung .....	341
8.2.2	Die Legitimität des Moscheebauprojekts: Moschee als Grundlage für eine religiöse „Parallelgesellschaft“? Umgang der Stadtgesellschaft mit den Plänen für Übernachtungsmöglichkeiten.....	346
8.2.3	Bildung und Gebete als Kern des Gemeindelebens und Beitrag zur Integration – Perspektive der VIKZ-Gemeinde.....	353
8.2.4	Zusammenfassung .....	357
<b>8.3</b>	<b>Die Sultan-Ahmet-Moschee in Herten – Das verzögerte Moscheebauprojekt und der Runde Tisch als Legitimierungsinstrument.....</b>	<b>358</b>
8.3.1	Fallskizze und Legitimierung .....	358
8.3.2	Die Legitimität des Moscheebauprojekts: Kirchenschließungen und eine zweite Moschee – der befürchtete Statusverlust der Autochthonen .....	362
8.3.3	Der Runde Tisch als zentrales Gremium zur Realisierung des Moscheebauprojekts .....	367
8.3.4	Zusammenfassung .....	378

### **TEIL III: ZUSAMMENFÜHRUNG DER ERGEBNISSE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN .....**

**379**

## **9 MOSCHEEBAUPROJEKTE ZWISCHEN DISKURSIVEN BEZUGNAHMEN UND SOZIALEN BEZIEHUNGEN. DARSTELLUNG ANHAND AUSGEWÄHLTER ASPEKTE UND THEORETISCHE IMPLIKATIONEN .....**

**380**

<b>9.1</b>	<b>Moscheebauprojekte zwischen dem Betreten des öffentlichen Raums und dem Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur.....</b>	<b>380</b>
9.1.1	Präsenzsteigerung muslimischen Lebens im öffentlichen Raum .....	380
9.1.2	Moscheegemeinden und ihre Angebote: Träger von sozialen Dienstleistungen?.....	384
9.1.3	Spannungsfeld zwischen architektonischer Repräsentanz und Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur .....	393
<b>9.2</b>	<b>Moscheebau als Katalysator von Legitimitätsfragen – Legitimierungshandlungen zwischen Konformität und Intervention .....</b>	<b>395</b>
9.2.1	Einflussfaktoren auf die Legitimität von Moscheebauprojekten.....	396

9.2.2	Legitimität: Überlappung mit gesellschaftlichen Werten und zugleich Projektionsfläche von Wertekonflikten.....	400
9.2.3	Legitimierung durch Konformität und Intervention .....	403
<b>9.3</b>	<b>Gute und schlechte Beziehungen: Wie die Beziehungen von Moscheegemeinden zum Legitimitätskriterium von Moscheebauprojekten werden. ....</b>	<b>414</b>
<b>9.4</b>	<b>Unterstützungsleistungen im Rahmen von Moscheebauprojekten: Engagierte Kommunen, Realisierung interreligiöser Toleranz und innermuslimische Solidaritätsnetzwerke.....</b>	<b>419</b>
<b>9.5</b>	<b>Von der Vernetzung zum Moscheebauprojekt: Vier fördernde Mechanismen sozialer Vernetzung für Moscheebauprojekte.....</b>	<b>425</b>
<b>9.6</b>	<b>Öffnung von Moscheen: Von Orten des Gebets und der Gemeindegarbeit zu interkulturellen Kontaktzonen?.....</b>	<b>427</b>
<b>9.7</b>	<b>Vom Moscheebauprojekt zur Vernetzung: Vier Mechanismen für den Wandel der Vernetzung durch Moscheebauprojekte und die Unterhaltung repräsentativer Moscheen.....</b>	<b>435</b>
<b>9.8</b>	<b>Legitimierungsdiskurse und Narrative: Ambivalente symbolische Aufladung von repräsentativen Moscheen.....</b>	<b>438</b>
<b>9.9</b>	<b>Lose Kopplung an die Legitimierungsdiskurse? .....</b>	<b>450</b>
<b><u>10</u></b>	<b><u>RÜCKBLICK, FAZIT UND AUSBLICK .....</u></b>	<b><u>452</u></b>
	<b><u>LITERATURVERZEICHNIS .....</u></b>	<b><u>463</u></b>



## Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: ANALYSERAHMEN DER ARBEIT	9
ABBILDUNG 2: MUSLIMISCHE RELIGIONSANGEHÖRIGE MIT MIGRATIONSHINTERGRUND AUS MUSLIMISCH GEPRÄGTEN HERKUNFTSLÄNDERN NACH GLAUBENSRICHTUNG	20
ABBILDUNG 3: ASSOZIATIONEN MIT DEM STICHWORT ISLAM	27
ABBILDUNG 4: NEGATIVE HALTUNGEN GEGENÜBER MUSLIMEN	27
ABBILDUNG 5: FRAGESTELLUNGEN UND SCHWERPUNKTE BEI SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN UNTERSUCHUNGEN ZU MOSCHEEBAUPROJEKTEN	50
ABBILDUNG 6: MÖGLICHE PHYSISCH-RÄUMLICHE VERÄNDERUNG IM ZUGE VON MOSCHEEBAUPROJEKTEN	57
ABBILDUNG 7: BEFÜRWORDUNG DES BAUS VON MOSCHEEN UND MINARETTEN	65
ABBILDUNG 8: VERHÄLTNIS ZWISCHEN DEM BESTEHEN VON ERKENNBAREN MOSCHEEN UND DER DIALOGFREQUENZ	72
ABBILDUNG 9: AKTEURE UND AKTEURSGRUPPEN IN MOSCHEE-KONFLIKTEN	94
ABBILDUNG 10: BEZUGNAHMEN IM RAHMEN VON MOSCHEEBAUPROJEKTEN	102
ABBILDUNG 11: VERTRAGLICHE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DITIB- MOSCHEEVEREIN, DITIB-DACHVERBAND UND DITIB-BEGEGNUNGSSTÄTTE	144
ABBILDUNG 12: ZEITUNGSBERICHTE ÜBER DIE MERKEZ-MOSCHEE	165
ABBILDUNG 13: DIE UMGEBUNG DES MOSCHEEKOMPLEXES	184
ABBILDUNG 14: DIE MERKEZ-MOSCHEE, ANSICHT VOM PARKPLATZ	185
ABBILDUNG 15: ANTEIL DER MUSLIME AN DER GESAMTBEVÖLKERUNG, NACH STATISTISCHEN BEZIRKEN	246
ABBILDUNG 16: UMGEBUNG DER MOSCHEE	284
ABBILDUNG 17: DIE AL-MUHAJIRIN-MOSCHEE	284
ABBILDUNG 18: DIE WEIßE MOSCHEE WÄHREND DER ERÖFFNUNGSFEIER AM 21.05.17	320
ABBILDUNG 19: DIE BLAUE MOSCHEE	346
ABBILDUNG 20: SULTAN-AHMET-MOSCHEE	362
ABBILDUNG 22: WECHSELWIRKUNG VERNETZUNG UND MOSCHEEBAU	438

## Tabellenverzeichnis

TABELLE 1: ERKENNTNISLEITENDE ASPEKTE IN DER RELATIONALEN SOZIOLOGIE UND DER VORLIEGENDEN ARBEIT	11
TABELLE 2: ELEMENTE DER ORGANISATION MOSCHEEVEREIN (NACH MALINOWSKI, VGL. GUKENBIEHL 2002, 146)	37
TABELLE 3: RELIGIÖSE ANGEBOTE DER GEMEINDEN (PROZENTWERTE, MEHRFACHNENNUNGEN, OHNE ALEVITEN)	39
TABELLE 4: NICHTRELIGIÖSE ANGEBOTE DER GEMEINDEN (% ALLER BEFRAGTEN GEMEINDEN, MEHRFACHNENNUNGEN)	40
TABELLE 5: KOOPERATIONEN DER BEFRAGTEN GEMEINDEN (MEHRFACHNENNUNG)	45
TABELLE 6: GEGENÜBERSTELLUNG DES FORSCHUNGSSTANDES UND DES DISSERTATIONSPROJEKTS HINSICHTLICH DER FORSCHUNGSDESIDERATE	76
TABELLE 7: LEGITIMITÄTSDIMENSIONEN	100
TABELLE 8: FORMEN DES LEGITIMIERUNGSHANDELN	101
TABELLE 9: ASPEKTE ZUR BEURTEILUNG DER LEGITIMITÄT DES MOSCHEEBAUPROJEKTS	106
TABELLE 10: HAUPTFALLSTUDIEN	115
TABELLE 11: KONTRASTFALLSTUDIEN ZU WEITEREN MOSCHEEBAUPROJEKTEN	116
TABELLE 12: DURCHGEFÜHRTE UND VERSCHRIFTLICHE FALLSTUDIEN, DIE IN DER ARBEIT NUR AUSSCHNITTWEISE VORGESTELLT WERDEN	116
TABELLE 13: FELDKONTAKTE ZU FOLGENDEN MOSCHEEBAUPROJEKTEN	116
TABELLE 14: FELDKONTAKTE ZU FOLGENDEN MOSCHEEGEMEINDEN OHNE REPRÄSENTATIVE MOSCHEEN	117
TABELLE 15: ZEITTABELLE DES MOSCHEEBAUPROJEKTS	141
TABELLE 16: AKTEURE UND IHRE FUNKTIONEN BEI DER ABWICKLUNG DER ÖFFENTLICHEN FÖRDERUNG	144
TABELLE 17: CHRONOLOGISCHER ABLAUF DES MOSCHEEBAUPROJEKTS	251
TABELLE 18: CHRONOLOGISCHER ABLAUF DES MOSCHEEBAUPROJEKTS	317
TABELLE 19: CHRONOLOGISCHER ABLAUF	342
TABELLE 20: CHRONOLOGISCHER ABLAUF DES MOSCHEEBAUPROJEKTS	361

## Abkürzungsverzeichnis

Kürzel	Beschreibung
AABF	Alevitische Gemeinde Deutschlands
ADÜTDF	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland
AfD	Alternative für Deutschland
AMJ	Ahmadiyya Muslim Jamaat
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BFF	Bürger Für Frankfurt
BIG	Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit
BMI	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BS	Begegnungsstätte
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DIK	Deutsche Islamkonferenz
DITIB	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion
DML	Liberal-islamischer Bund und Deutsche Muslim-Liga
DS	Drucksache
DW	Deutsche Welle
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG-DU	Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FR	Frankfurter Rundschau
GA	General-Anzeiger
GG	Grundgesetz
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

IGBD	Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland
IGMG	Islamische Gemeinschaft Millî Görüş
IGS	Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands
IZ	Islamische Zeitung
JfI	Jahrbuch für Islamophobieforschung
KIRU	Kooperationsrat für den Islamischen Religionsunterricht
KMI	Kontaktbeamte für muslimische Institutionen
KRM	Koordinationsrat der Muslime in Deutschland
KStA	Kölner Stadt-Anzeiger
LKA	Landeskriminalamt
LRH	Landesrechnungshof
LWL	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
MIK NRW	Ministerium des Innern des Landes NRW
NGO	Nichtregierungsorganisation
Nimby	Not In My Back Yard
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRW	Nordrhein-Westfalen
NRZ	Neue Ruhr Zeitung
OB	Oberbürgermeister
RAA	Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
REMID	Religionswissenschaftliche Medien- und Informationsdienst e. V.
RGA	Remscheider General-Anzeiger
RISP	Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung
RMB	Rat der Muslime in Bonn
RP	Rheinische Post
RT	Runder Tisch
SGB	Sozialgesetzbuch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SZ	Süddeutsche Zeitung
TIAD	Türkisch- Deutscher Unternehmer- und Akademikerverein
TOM	Tag der offenen Moschee
UBP	Unabhängige Bürger Partei

VDUBV	Verband Duisburger Bürgervereine e.V.
VHS	Volkshochschule
VIKZ	Verband der Islamischen Kulturzentren
WA	Westfälische Anzeiger
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WCRP	Weltkonferenz der Religionen für den Frieden
WIR	Wählerinitiative „WIR in Herten“
WP	Westfalenpost
ZdE	Zentralrat der Ex-Muslime
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZfT	Zentrum für Türkeistudien, aktuell ZfTI: Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung
ZMD	Zentralrat der Muslime
ZRMD	Zentralrat der Marokkaner in Deutschland

## **Teil I: Einführung und konzeptionelle Grundlagen**

# 1 Einleitung

## 1.1 Problemaufriss, Untersuchungsgegenstand und Begründung des Forschungsinteresses

Migrationsprozesse der letzten Jahrzehnte haben die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung in deutschen Städten und das Alltagsleben stark geprägt. Eine große Gruppe von Menschen kommt ursprünglich aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern und ihre Präsenz in Deutschland ist vor allem auf die Anwerbung von Arbeitskräften in den 1960er Jahren zurückzuführen. Mit der Familienzusammenführung in den 1970er Jahren verlagerte sich ihr Lebensmittelpunkt zunehmend nach Deutschland, auch wenn viele Verbindungen zu den Heimatländern bestehen blieben. Mittlerweile ist eine große Zahl von Muslimen<sup>1</sup> in Deutschland geboren und sozialisiert, so dass Muslime zu einem festen Bestandteil der deutschen Gesellschaft geworden sind. Auch wenn nicht alle Muslime praktizierend sind, so ist der Islam<sup>2</sup> ein wichtiger Bestandteil der sozialen und kulturellen Identität vieler dieser Menschen geblieben (Reichmuth 2003: 77) und hat für manche Muslime an Gewicht gewonnen (vgl. Pollack et al. o. J.: 10).

Dementsprechend wird der Islam von führenden Politikern als ein „Teil Deutschlands“ (z. B.: Schäuble, SZ 17.5.2010) bezeichnet. Insbesondere das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) beheimatet einen großen Teil der in Deutschland lebenden Muslime. Die industriellen Zentren an Rhein und Ruhr waren Ziele für viele muslimische Arbeitsmigranten, so dass vor wenigen Jahren in diesem Bundesland jede dritte muslimische Gemeinde Deutschlands angesiedelt war (Chbib 2011: 90). Dies spiegelt sich auch in den zahlreichen Moscheebauten und der Tatsache wider, dass die größten muslimischen Verbände ihre Zentren in Nordrhein-Westfalen, vorwiegend in Köln, gegründet haben (vgl. Canan et al. 2016: 34).

Doch seit der Einwanderung von muslimischen Migranten in den 1960er und 1970er Jahren führte der Islam eher ein Nischendasein. Die zu dieser Zeit in ihrer Akzeptanz und ihrer interkulturellen Öffnung für die muslimischen Migranten weitgehend „geschlossene deutsche Gesellschaft“ (vgl. Sauer/Halm 2009: 30) hat sich nur langsam auf die kulturellen und religiösen Bedürfnisse ihrer Mitbürger eingestellt. Diese Lücken wurden teilweise durch sich herausbildende Moscheevereine und Verbände gefüllt, in denen heute ein vielfältiges soziales Leben blüht, das über die bloße Verrichtung des gemeinsamen Gebets hinausgeht. Es sind häufig Moscheen, die die Zentren des muslimischen Gemeindelebens darstellen. Sie sind ebenso wie türkisch geprägte Geschäfte, Restaurants und Vereine häufig in Stadtteilen mit einem hohen Migrantenanteil entstanden (vgl. Reichmuth 2003: 77, Ceylan 2006). Der größte Teil der ca. 2500 bestehenden Moscheen wurde vor allem in angemieteten Räumen, Kellern, ehemaligen Fabrikhallen und anderen Zweckbauten eingerichtet und blieb für die Mehrheitsbevölkerung

---

<sup>1</sup> Für eine bessere Lesbarkeit verwende ich im Text verallgemeinernd das generische Maskulinum. Dieses umfasst im Kontext dieser Arbeit alle Geschlechter gleichermaßen.

<sup>2</sup> Unter Islam (arab. für „Unterwerfung“ oder „Hingabe“) wird im Rahmen dieser Arbeit eine Offenbarungsreligion verstanden, die vom Propheten Mohammed auf der arabischen Halbinsel im siebten Jahrhundert gestiftet wurde. Unter dem Begriff Islam werden in der Regel unterschiedliche Konfessionen, Rechtsschulen und Religionspraxen zusammengefasst (vgl. Tworuschka 2009). Der Fokus in dieser Arbeit wird auf sunnitische Gemeinden gelegt. Das Wort „islamisch“ bezieht sich auf die Religion, wohingegen „muslimisch“ Sachverhalte bezeichnet, die sich auf Muslime, also auf Menschen, beziehen.

weitgehend unsichtbar (Interkultureller Rat in Deutschland e.V. 2007: 5). Ein Grund für den provisorischen Charakter der Moscheen war die zunächst fehlende Erkenntnis der Migranten, aber auch der Politik, dass aus den Arbeitsmigranten letztendlich Einwanderer werden, sowie das anfangs noch aus mehreren Gründen weniger stark ausgeprägte Bedürfnis der Migranten, ein Gemeindeleben zu organisieren (vgl. Boztepe 2005: 87 ff.).

Doch seit Anfang der 1990er Jahre entstehen größere und repräsentativere Moscheen vor allem in westdeutschen Städten (Kapghan 2004: 246). Wie diese so genannten repräsentativen Moscheen durch die Moscheegemeinden in der Stadtgesellschaft legitimiert werden, welche Rolle ihre soziale Vernetzung insbesondere mit der Stadtgesellschaft für den Verlauf der Moscheebauprojekte spielt und wie sich die Vernetzung durch die Errichtung einer repräsentativen Moschee verändert, ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Unter einer repräsentativen Moschee wird in den Sozialwissenschaften und in der vorliegenden Arbeit ein muslimisches Gebets- und Versammlungshaus verstanden, das als solches durch Minarett und/oder Kuppel oder entsprechende andere Elemente (z. B. durch Bogenfenster, Ornamente etc.) für die soziale Umwelt erkennbar ist. Sie besitzt zudem eine multifunktionale Raumaufteilung (Gebetsraum und weitere Räume zur Nutzung) (vgl. Schoppengerd 2008: 14). Die Tatsache, dass repräsentative Moscheen in deutschen Städten gebaut werden, steht für ein *sich wandelndes Selbstbild* der Muslime in Deutschland. Viele verorten sich in Deutschland und hängen keiner „Illusion der Rückkehr“ (Pagenstecher 1996) mehr an. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die muslimischen Gemeinden verschiedene Altersgruppen umfassen und sich häufig bereits in Deutschland geborene und sozialisierte Menschen in den Moscheevereinsvorständen engagieren. Viele von ihnen fordern die Anerkennung ihrer muslimischen Identität als Teil der deutschen Gesellschaft ein (Kapghan 2004; Ceylan 2008: 189).<sup>3</sup>

Mit dem Wandel der muslimischen Gemeinden, die in den letzten Jahrzehnten gewachsen sind, gehen auch Veränderungen zweier bedeutender Kristallisationspunkte religiöser Pluralisierung in Einwanderungsgesellschaften einher: zum einen die symbolbehaftete *Sichtbarwerdung* der Minderheitenreligionen durch die auffällige und sich von der Umgebung abhebende Sakralarchitektur im öffentlichen Raum, zum anderen der *Auf- oder Ausbau einer eigenen sozio-religiösen Infrastruktur*<sup>4</sup> durch die religiösen Gemeinden. Beide Phänomene sind Gegenstand von intensiven und kontroversen *Aushandlungsprozessen um Legitimität*, die vor allem in der Stadtgesellschaft ausgetragen werden und gleichzeitig in einen überregionalen Islam- und Integrationsdiskurs eingebettet sind. Daher legt diese Studie einen besonderen Fokus auf diese beiden Facetten von Moscheebauprojekten und betrachtet sie in ihren Implikationen für die Legitimität der muslimischen Bauvorhaben sowie für die Vernetzung der Moscheegemeinden.

---

<sup>3</sup> Ähnliche Entwicklungen hat es in den industriellen Regionen anderer westeuropäischen Länder gegeben (vgl. dazu Maussen 2006). Dieses Thema hat im Jahr 2020 eine ebenso große Relevanz und Aktualität wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts als die ersten einschlägigen Studien entstanden sind, da die Verhältnisbestimmung der Gesellschaft zu muslimischen Organisationen und die Etablierung des Islam einer dynamischen Entwicklung unterliegen und immer wieder zu intensiven gesellschaftlichen Diskursen führen.

<sup>4</sup> Mit sozio-religiöser Infrastruktur sind in erster Linie Räumlichkeiten gemeint, die für soziale bzw. säkulare und religiöse Angebote genutzt werden können. Halm/Sauer weisen nach, dass die räumliche Infrastruktur ein wichtiger Einflussfaktor auf die Angebote der Moscheegemeinden ist (Halm et al. 2012: 7).



Für praktizierende Muslime und das muslimische Gemeindeleben nehmen die Errichtung oder Gestaltung und Vergrößerung ihrer Gemeindezentren einen hohen Stellenwert ein. Dies wird u. a. dadurch deutlich, dass 39% der in einer Studie befragten muslimischen Gemeinden Bauprojekte planen (Halm et al. 2012: 71). Die Raumsoziologie verweist darauf, dass Räume bzw. Gebäude ein wesentliches Element für die Identität und Aktivität von Gruppen sind. So ist Bernhard Schäfers zufolge das Soziale „ohne räumliche Fixierungen nicht denkbar, es sind spezifische Orte, zumal religiös geprägte, die auch der kollektiven Identität ihre Basis geben“<sup>5</sup> (Schäfers 2006: 31). Daher ist es wenig verwunderlich, dass Sakralbauten zum gemeinschaftlichen Leben und zur Glaubenspraxis der meisten Religionen gehören, sowohl in der Heimatregion als auch in der Emigration bzw. in der Diaspora (vgl. Beinhauer-Köhler 2009: 79). Erkennbare Gotteshäuser im Migrationskontext signalisieren für die Gesellschaft eine Beständigkeit der Präsenz der Gläubigen als Kollektiv bei gleichzeitiger Bewahrung ihrer kulturellen Besonderheiten (vgl. Lüddeckens et al. o. J.: 4).<sup>6</sup> Gebäude können deshalb „dauerhafter und einprägsamer als andere Kulturgüter mit ihren verschiedenen Nutzungsarten und Ästhetiken den sozialen und kulturellen Wandel“ (Schäfers 2006: Vorwort) anzeigen, der mit der Migrationsgeschichte zusammenhängt, was die zum Teil vorhandenen Widerstände in der Gesellschaft erklären mag.

Die sozio-religiösen Angebote in einer Moschee werden im Rahmen der vorliegenden Arbeit als ein Resultat demografischen Wandels und einer demografischen und sozialen Heterogenisierung in den muslimischen Gemeinden thematisiert. Die sich wandelnde Angebotspalette gilt als eine Anpassung an die Bedürfnisse der verschiedenen Anspruchsgruppen wie Jugendliche und Senioren, die miteinander um die Gestaltung der Angebote in der Moschee konkurrieren können.<sup>7</sup> Die Angebote der Moscheegemeinden können dabei durchaus *auf* die Aufnahmegesellschaft gerichtet sein, indem z. B. Hausaufgabenhilfe oder Integrationskurse angeboten werden. Außerdem können Moscheegemeinden *für* die soziale Umwelt Angebote zur Verfügung stellen, indem z. B. externe Besucher durch Moscheen geführt werden. Nicht zuletzt haben Moscheegemeinden Geflüchtete als Gläubige aufgenommen und zahlreiche karitative Aktionen durchgeführt (vgl. Nagel/El-Menouar 2017; Nagel 2019). Aktuellere Studien legen wichtige Unterstützungsleistungen und Funktionen von religiösen Migrantengemeinden, darunter Moscheegemeinden, für ihre Mitglieder offen (vgl. die Sammelbände von Nagel 2012 und 2015 b, Halm et al. 2012, Halm/Sauer 2015). Folglich erkennt Alexander-Kenneth Nagel auch in den Moscheegemeinden vielfältige zivilgesellschaftliche Potenziale, worunter er die „Fähigkeit zur Selbstorganisation und ihre[r] öffentlichen Orientierung“ (Nagel 2015 a: 10) versteht. Dazu gehören verschiedene Formen der Verständigung und Kooperation zwischen Gruppen und Organisationen.

---

<sup>5</sup> Diese Aussage ist mit Bezug auf die rasante Entwicklung der Online-Kommunikation sicherlich zu relativieren oder durch das Hinzunehmen digitaler Räume zu ergänzen.

<sup>6</sup> Einen Trend des Ausbaus der religiösen Gemeindehäuser und der Erlangung der Präsenz im öffentlichen Raum gibt es auch bei den in Deutschland lebenden Hindu-Tamilen, die u. a. von Luchesi (2003) und Marla-Küsters (2014) untersucht wurden (vgl. auch Sammelband von Baumann/Luchesi 2003).

<sup>7</sup> Da der Fokus auf den Gemeinden und ihren Schnittstellen mit ihrer sozialen Umwelt liegt, werden interne Aushandlungen nur am Rande behandelt.

Vor dem Hintergrund der oben vorgestellten Überlegungen und der Prämisse, dass ein Moscheebauprojekt ein sozial und diskursiv eingebetteter Prozess ist, habe ich eine zentrale Forschungsfrage und mehrere damit verbundene Unterfragen für die vorliegende Untersuchung formuliert, die in der Forschung noch nicht hinreichend geklärt wurden:

- Wie wird ein Moscheebauprojekt in der Stadtgesellschaft legitimiert? Welche Legitimierungsschritte werden dabei unternommen und welche Bezugnahmen und Narrative prägen die einzelnen Moscheebauprojekte?
  - Welche Rollen spielen in dem Legitimierungs- und Errichtungsprozess die Vernetzung der Moscheegemeinden mit ihrer sozialen Umwelt? Welche Beziehungen helfen bei dem Moscheebauprojekt und welche (zivilgesellschaftlichen) Unterstützungsleistungen werden angeboten? Welche Mechanismen werden bei der Mobilisierung der Unterstützung wirksam?
  - Inwiefern verändert sich die Vernetzung von Moscheegemeinden durch den Moscheebauprozess und die Unterhaltung von repräsentativen Moscheen? Welche Mechanismen werden durch die Repräsentativwerdung der Moscheegemeinden wirksam und führen zum Wandel der Vernetzung?
  - Welche Rolle spielen die Präsenz im normierten öffentlichen Raum und die sozio-religiöse Infrastruktur der Moscheen bei den Motiven der Moscheegemeinden und der Legitimitätsaushandlung der muslimischen Bauvorhaben? Welche nachhaltigen Potenziale ergeben sich daraus für die Vernetzung zwischen den Moscheegemeinden und ihrer sozialen Umwelt?

Diesem Erkenntnisinteresse wird primär durch die Durchführung von sozialwissenschaftlichen Fallstudien nachgegangen.

Die beschriebene Entwicklung ist, wie bereits oben angedeutet, zugleich ein Phänomen, das die Gesellschaft stark mobilisiert und zu hitzigen Debatten führt. An der Errichtung von repräsentativen Moscheen scheint sich „geradezu symptomatisch das gesellschaftliche Konfliktpotenzial, das in Migrationsprozessen stecken kann, zu entzünden“ (Schmitt 2003: 12). In der Literatur wird der Moscheebau als ein Eintreten der Muslime in den öffentlichen Raum und die damit verbundene Markierung der eigenen Identität thematisiert. Als ein Hauptgrund für Konflikte gilt die Hinterfragung der bisherigen identitätsaffirmativen Rangordnung und Bedrohung der Identität der autochthonen Bevölkerung (vgl. Baumann/Tunger-Zanetti 2011). Neben den lokalen Auseinandersetzungen, in denen die betroffenen Akteure über den Bau der Moschee in ihrer Stadt und ihrem Stadtteil streiten, hat sich zwischenzeitlich der Bau und die Unterhaltung von repräsentativen Moscheen zu einer bundesweiten integrationspolitischen Debatte entwickelt (vgl. Sommerfeld 2008). In den Auseinandersetzungen wird argumentiert, dass die neu entstehenden Moscheen Ausdruck von „Rück- Bindung an religiöse Herkunftsidetitäten“ (Leggewie et al. 2002: 10) seien. Durch die Errichtung von repräsentativen Moscheen werde „dem Ausbau von parallelgesellschaftlichen Strukturen Vorschub geleistet“, so der Zentralrat der Ex-Muslime (ZdE, zitiert nach Tagesspiegel 30.04.07). Die Soziologin Necla Kelek bezeichnet repräsentative Moscheen als „Keimzellen einer Gegengesellschaft“ (Kelek, zitiert

nach FAZ 06.06.07), in denen die Gläubigen gegen die Aufnahmegesellschaft eingestimmt würden. Zugleich bildeten diese Moscheen „Zentren, in denen wie in einer kleinen Stadt alle Bedürfnisse abgedeckt werden“ (ebd.) könnten. In die gleiche Richtung geht auch der Philosoph Ralph Giordano, der die repräsentativen Moscheen als „das Symbol einer integrationsfeindlichen Identitätsbewahrung“ (Giordano, in Focus 28.02.16) bezeichnet. Der gesellschaftliche Diskurs verweist auf die Befürchtung, dass die neuen Moscheen, die eine Vielfalt an sozialen und religiösen Angeboten für Muslime bereitstellen, eine Anziehungskraft bzw. Sogwirkung auf Muslime entfalten und diese keinen Bedarf mehr an der Inanspruchnahme von anderen gesellschaftlichen Angeboten hätten (z. B. städtische Jugendzentren).

Die Tatsache, dass durch die neuen Moscheen Muslime als lokale Kollektive sichtbar und greifbar werden (vgl. Lüddeckens et al. 2010, Kuppinger 2014), veranlasst manche Beobachter zu der essentialistischen Annahme, dass Moscheegemeinden in sich geschlossene soziale Einheiten seien und dass die Moscheemauern dazu dienten, diese Geschlossenheit gegenüber der Außenwelt zu vollziehen und zu demonstrieren (Kelek, in FAZ 06.06.07). Diese Sichtweise ist symptomatisch für den Islamdiskurs in Deutschland, in dem Vorstellungen verbreitet sind von Parallelgesellschaften und muslimischen Communities, die sich außerhalb von gesellschaftlichen Handlungszusammenhängen befänden.

Auf der anderen Seite fordern Politiker „mehr Moscheen in unserem Land, aber nicht in den Hinterhöfen, sondern sichtbar, erkennbar“.<sup>8</sup> Islamwissenschaftler attestieren den Muslimen durch die Errichtung von repräsentativen Moscheen ein Ankommen „in der Mitte der Gesellschaft“ (Rohe, zitiert nach FR 27.10.08). Die Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Walter Siebel sehen in der Moschee eine „integrative Funktion durch Sozialarbeit, Bildungsarbeit und Hilfen für den Alltag“ (Häußermann/Siebel 2001: 86). Die Bauherren betonen immer wieder, dass ihre neuen Moscheen Orte der Begegnung seien und sich gegenüber Nichtmuslimen öffnen würden (KRM 2012). In diesem Zusammenhang wird in der Religionswissenschaft von „kulturellen Kontaktzonen“ (Wilke 2013: 15) gesprochen, um religiöse Gemeindezentren als Orte zu beschreiben, die Personen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen zusammenbringen (vgl. Nagel 2015 a: 20). Zusätzlich wird in den Moscheen durch ihre aufwendige Architektur ein Potenzial für eine Bereicherung des Ortsbildes und somit eine Aufwertung des Stadtteils gesehen (RGA 15.09.15). In der Stadt Monheim am Rhein war die Zustimmung der Stadtspitze zum Moscheebau dermaßen groß, dass der Stadtrat zwei Moscheegemeinden Grundstücke kostenlos zur Verfügung stellte (n-tv 12.03.18).

Es wird deutlich, dass sowohl die Angebotspalette der Moscheegemeinden als auch die architektonische Sichtbarkeit der Muslime normativ-symbolisch aufgeladen und Gegenstand von unterschiedlichen, sich zum Teil widersprechenden, Legitimitätsbewertungen sind. Folgerichtig konstatiert Claus Leggewie, dass durch Moscheebauprojekte „[...] Selbstbilder der Mehrheit genau wie Fremdbilder der islamischen Minderheit in Bewegung“ (Leggewie 2009: 118) gerieten. In diesem Kontext kommt die Frage häufig auf, inwiefern Muslime und der Islam zu Deutschland und zu der entsprechenden Stadt gehörten (vgl. Hüttermann 2006: 13). Insofern

---

<sup>8</sup> Rüttgers bei der Eröffnung der repräsentativen Moschee in Duisburg-Marxloh am 26.10.08 (WAZ 26.10.08).

betrifft das Thema die Frage nach der sich wandelnden Identität einer multikulturellen Gesellschaft und der Beziehungen zwischen ihr und der muslimischen Minderheit.

Die Ausführungen legen nahe, dass Moscheegemeinden für ihre Moscheebauprojekte um Legitimität werben müssen und die Einhaltung baurechtlicher Vorschriften nicht genügt (vgl. Nagel 2013: 29). An den zum Teil widersprüchlichen Positionen zeigt sich, dass mit der Errichtung von neuen repräsentativen Moscheen die Debatte um religiöse Migrantengemeinden, die sich zwischen „Parallelgesellschaft“ und „Brückenorten“ (Baumann 2015, vgl. Nagel 2015 a: 11) vollzieht, neue Impulse bekommt und dass Klärungsbedarf über die Hintergründe und die Auswirkung von Moscheebauprojekten besteht.

Der hohe Stellenwert von Moscheebau für das muslimische Leben in Deutschland und der Bedarf an damit verbundenen Konfliktlösungen wird auch dadurch deutlich, dass das Thema 2009 den Schwerpunkt der Deutschen Islam Konferenz gebildet hat (vgl. BMI o. J.: 6). Für die Migrationssoziologie ist das Thema Moscheebau von Bedeutung, da es zentral für das Verständnis der Etablierung einer Minderheiten- bzw. einer zugewanderten Religion, ihren Anhängern und der multikulturellen und religiösen sozialen Realitäten (west-) deutscher Städte ist. Insbesondere zeigt dieses Phänomen auf „how societies represent and regulate Islamic presence and accommodate Muslim immigrant minorities“ (Maussen 2009: 16). Moscheebauprojekte werden daher im Rahmen der vorliegenden Arbeit als Elemente von größeren übergeordneten Entwicklungen betrachtet, der religiösen Pluralisierung und der Etablierung des Islam und der Muslime im Einwanderungsland Deutschland.<sup>9</sup>

Der Blick auf den oben angeschnittenen gesellschaftspolitischen sowie den sozialwissenschaftlichen Diskurs im Themenfeld Migration, Religion und Integration zeigt deutlich, dass ein großes Interesse an den Beziehungen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen sowie Moscheegemeinden zur restlichen Gesellschaft besteht. Begriffe wie Abschottung und Segregation einerseits sowie Integration und Offenheit andererseits verweisen auf die Beziehungsproblematik zwischen Muslimen und der restlichen Gesellschaft. Der Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur und die Sichtbarwerdung durch die Errichtung repräsentativer Moscheen wirft die Frage nach dem Einfluss dieses Prozesses auf die Beziehung zwischen den Bauherren und ihrer gesellschaftlichen Umwelt auf. Mehrere Gründe lassen vermuten, dass sich diese Beziehung im Laufe der Zeit verändert: Zum einen gilt Sichtbarkeit, die mit der Präsenz im öffentlichen Raum verstärkt wird, als eine Grundlage von Interaktion (vgl. Simmel 1907). Die Präsenz im öffentlichen Raum führt dazu, dass Muslime für ihre Stadtgesellschaften vernehmbarer werden. Zudem zeigt die bisherige Forschung, dass Moscheebauprojekte sehr interaktive Prozesse mit diversen Aushandlungsformen und -inhalten sind (vgl. Schmitt 2003, Hohage 2013). Über längerfristige Auswirkungen der Errichtung repräsentativer Moscheen auf die Beziehung zwischen Moscheegemeinden und ihrer sozialen Umwelt gibt es indessen nur wenige Erkenntnisse (vgl.

---

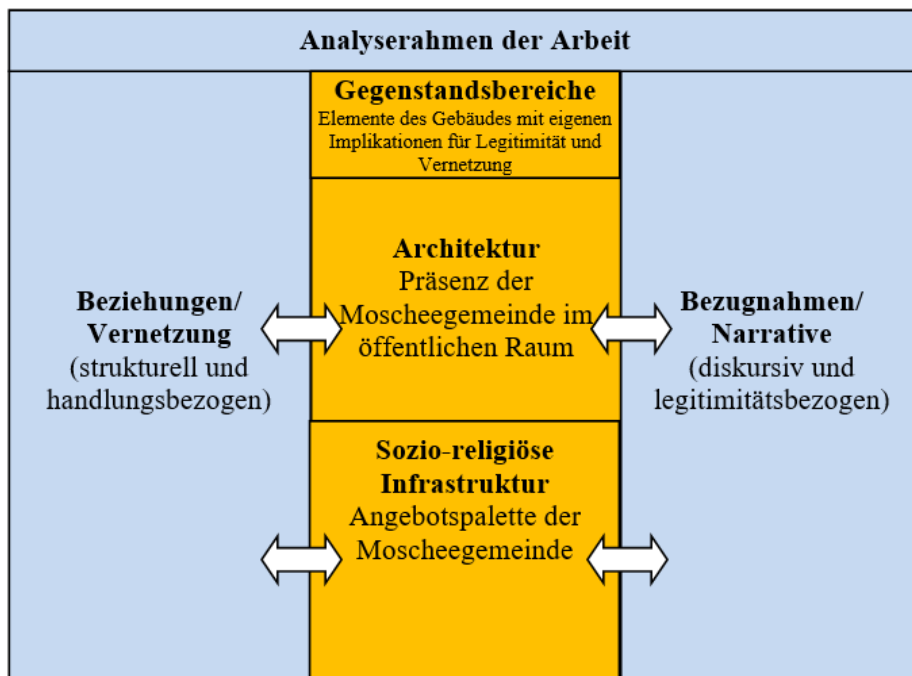
<sup>9</sup> Im Folgenden wird für eine bessere Lesbarkeit nur von der Etablierung des Islam gesprochen. Gemeint sind damit jedoch auch die Anhänger dieser Religion. Da die Religion durch ihre Gläubigen eine (Sozial-)form erhält (vgl. Chbib 2017: 18f), sind diesen beiden Aspekte bei der Betrachtung von Moscheegemeinden und ihrer sozialen Einbettung schwer voneinander zu trennen. Allgemein ist mit der Etablierung des Islam gemeint, dass die islamische Religion in ihrer Vielfalt einen festen Bestand in einer Gesellschaft erlangt. Welche Aspekte dies umfasst, wird in Kapitel 2 näher erläutert.

Schmid et al. 2008). Die These, dass Moscheebau nicht nur Ausdruck von Wandel ist (s. o.), sondern Wandel von Beziehungen befördern kann, wird auch von Jörg Hüttermann vertreten: „Konflikte um islamische Symbole sind nicht nur bewegte, sondern auch bewegende Elemente, nicht nur Indikatoren, sondern auch Motoren eines umfassenden konfliktanfälligen Figurationsprozesses“ (Hüttermann 2011: 75). Theoretische und empirische Beiträge (z. B. Putnam 2001, Evers et al. 2004) über soziale Strukturen auf kommunaler Ebene und Moscheebauprojekte legen nahe, dass Beziehungen diverse Unterstützungsleistungen hervorbringen können (vgl. ebd., Hohage 2013: 220) und die soziale Einbettung der Moscheegemeinden ihr Bauprojekt erheblich (vereinfachend oder erschwerend) beeinflussen können. Die Ausführungen rücken die Wechselwirkung zwischen Struktur (v. a. Vernetzung) und Handlung im Rahmen des Moscheebauprojekts in den Vordergrund der Betrachtung. Grundsätzlich lässt sich die wissenschaftliche Abhandlung durch folgende Aspekte eingrenzen:

- das Sichtbarwerden bzw. die Repräsentativ-Werdung von Muslimen durch die Errichtung und die Unterhaltung von repräsentativen Moscheen,
- die sozio-religiöse Infrastruktur und die diversen sozialen und religiösen Angebote der muslimischen Gemeinden,
- die Aushandlung der Legitimität der muslimischen Bauvorhaben,
- die soziale Vernetzung der muslimischen Gemeinden mit anderen Akteuren.

Die beiden Gegenstandsbereiche von Moscheebauprojekten – der Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur und das Betreten des öffentlichen Raums durch Moscheegemeinden – trenne ich hier analytisch voneinander, da ihnen jeweils eigene Motivlagen der Moscheegemeinden (s. o.) zugrunde liegen. Außerdem beinhalten sie jeweils eigene Legitimierungserfordernisse und bringen spezifische Narrative im Rahmen von Legitimierungsdiskursen hervor, wie die oben vorgestellten Positionen nahelegen. Die besondere Hervorhebung der beiden Gegenstandsbereiche gründet ferner darin, dass die Präsenz im öffentlichen Raum und der Ausbau von Infrastruktur und Angeboten von Organisationen, so eine These dieser Arbeit, grundsätzlich die Wahrnehmung der religiösen Pluralisierung und insbesondere der Präsenz des Islam in Deutschland kennzeichnen und von konfliktbeladenen Aushandlungsprozessen begleitet werden (s. o.). Dies kann über Moscheebauprojekte hinaus beobachtet werden. Anzuführen ist hinsichtlich der Sichtbarkeit z. B. das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Einrichtungen und hinsichtlich des Auf- oder Ausbaus von Infrastruktur die Gründung von muslimischen Kindertagesstätten, die immer wieder kontrovers diskutiert werden (vgl. Kreutzer 2015, DW 26.03.19). Diese beiden Gegenstandsbereiche werden dem Forschungsrahmen dieser Arbeit nach in Zusammenhang mit Beziehungen und Bezugnahmen zu betrachtet. Dies wird in Abbildung 1 veranschaulicht.

Abbildung 1: Analyserahmen der Arbeit<sup>10</sup>



Quelle: eigene Darstellung

Da es in dieser Arbeit um das Verständnis der Beziehung zwischen *Moscheegemeinden* und ihrer sozialen Umwelt geht, sind die betrachteten Akteure primär Organisationen und der Blick richtet sich somit auf die Mesoebene des Sozialen. Ausgangspunkt der Analyse ist kein Akteur, sondern ein *Prozess*, in dessen Zentrum sich eine Moscheegemeinde befindet und von dem aus sich eine Vielzahl an Akteuren, Beziehungen und Bezugnahmen ableiten lässt (vgl. Wimmer 2008: 72ff), wobei ich im Gegensatz zu der von Gesa Lindemann (2012) beschriebenen relationalistischen Herangehensweise (s. u.) bestimmte Akteure, insbesondere die Moscheegemeinden, als relevante Einheiten a priori festgelegt habe (vgl. Kap. 4).

Für die Betrachtung des Untersuchungsgegenstands Moscheebau eignet sich eine relationale Perspektive. Kerngedanke der relationalen Soziologie ist, dass bei der Untersuchung sozialer Phänomene die Schnittstellen zwischen Akteuren stärker im Vordergrund stehen sollten als die Akteure und dass damit neue Erkenntnisse über die soziale Realität erlangt werden

<sup>10</sup> Abbildung 1 stellt die zentralen Aspekte der vorliegenden Arbeit dar. Der orangefarbene Bereich steht für die materiellen Elemente repräsentativer Moscheen (Architektur und sozio-religiöse Infrastruktur in Form von Räumlichkeiten und den damit einhergehenden sozialen Phänomenen: die Sichtbarkeit der Moscheegemeinden und sozio-religiöse Angebote für die Moscheegemeinde). Unter sozio-religiösen Angeboten werden sowohl soziale bzw. säkulare als auch religiöse Angebote gefasst (s. o.). Der blaue Bereich steht für die soziale und diskursive Einbettung des Moscheebaus: Links sind Beziehungen bzw. soziale Vernetzung dargestellt, rechts die Aspekte der Bezugnahmen, insbesondere Deutungen und Erwartungen, in denen die Legitimität von Moscheebauprojekten zum Ausdruck kommt. Die Pfeile stehen für die Interdependenzen zwischen den materiellen Elementen des Moscheebaus und deren sozialer und diskursiver Einbettung. So kann sich aus bestehenden Beziehungen z. B. eine finanzielle Unterstützung bei dem Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur ergeben. Die neue sozio-religiöse Infrastruktur kann wiederum dazu führen, dass neue Personen sich der Moscheegemeinde anschließen. Sowohl die Sichtbarkeit als auch die sozio-religiösen Angebote bzw. der Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur sind Gegenstand von Deutungen, Bewertungen und Erwartungen durch die soziale Umwelt und prägen die Wahrnehmung und die Legitimität von Moscheebauprojekten. Die Erwartungen der Umwelt können im Legitimierungs- und Gestaltungsprozess der Moschee handlungswirksam werden.

können (vgl. Emirbayer 1997: 281).<sup>11</sup> In den relationalistischen<sup>12</sup> Ansätzen rücken auf der Grundlage der Kritik an substantialistischen Zugängen das Prozesshafte, Beziehungen und Netzwerkstrukturen sowie Aushandlungen und die Konstruktion von Differenz in den Vordergrund der Betrachtungen (vgl. Nagel 2012: 236). An dieser Stelle ist eine wichtige, bereits in Abbildung 1 eingeführte, Unterscheidung zwischen *Beziehungen* und *Bezugnahmen* im Rahmen dieser Arbeit vorzunehmen. Während eine soziale Beziehung als eine Verbindung verstanden wird, die (regelmäßige) Interaktionen und diverse Mitgliedschaftskonstellationen umfasst, geht es bei der Bezugnahme um das Wahrnehmen, Deuten, Abgrenzen, Positionieren bzw. Bewerten und Formulieren von Erwartungen hinsichtlich des Wahrgenommenen.<sup>13</sup> Diese umfassen die oben angesprochenen Legitimitätsbewertungen der Errichtung von repräsentativen Moscheen. Beide Aspekte stellen soziale Verbindungen zwischen den betrachteten Akteuren dar. In der vorliegenden Arbeit sind dies Moscheegemeinden und ihre soziale Umwelt.<sup>14</sup> Um die Bezugnahmen ganzheitlich als Aushandlungsprozess der Moscheebauprojekte und zugleich differenziert nach ihrer inhaltlichen Ausrichtung betrachten zu können, werden neo-institutionalistische Ansätze herangezogen. Sie erlauben Schlussfolgerungen für die Legitimität der Moscheebauprojekte anhand der Bezugnahmen zu ziehen. Mittels der Legitimitätsdimensionen, die an die Ausführungen von dem Soziologen Mark Suchman (1995) angelehnt sind, können Werte, Interessen, Normen und Wahrnehmungs- bzw. Darstellungskategorien hinter den Aussagen aufgedeckt werden. Ich habe dieses Legitimitätsverständnis mit den Prämissen der diskursanalytischen Ansätze kombiniert, die davon ausgehen, dass die Bezugnahmen im Rahmen des Legitimierungsdiskurses die diskursive Erscheinung der Moschee in der Öffentlichkeit konstruieren (vgl. Keller 2008: 75). Dabei bringen Akteure auch strategisch ihre Sichtweisen in den Diskurs ein, um eine Deutungshoheit über das Geschehen und Legitimität für ihren Interessen und Sichtweisen zu erlangen (vgl. ebd., Halm 2008: 19). Die sich semantisch überschneidende Bezugnahmen werden zu Narrativen gefasst, die in Kapitel 4 und 5 näher erläutert werden.

Um die soziale Vernetzung bzw. die Beziehungen der Moscheegemeinden und ihren Wandel möglichst differenziert darlegen zu können, habe ich verschiedene Beziehungsinhalte und Unterstützungsformen aus netzwerkanalytischen Überlegungen gewonnen und an den Untersuchungsgegenstand angepasst.

Ein weiterer oben angesprochener Aspekt, die die relationistischen Ansätzen hervorheben und versuchen, der Dynamik der gesellschaftlichen Realität gerecht zu werden, ist das

---

<sup>11</sup> Ein Beispiel für eine relationale Deutung z.B. der Entstehung islamischer Lehren bietet die Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer: „Islamische Lehren sind – nicht anders als jüdische und christliche – das Ergebnis komplizierter Austauschprozesse und damit ein Musterbeispiel für die in so vielen Kontexten wichtige Beziehungsgeschichte“ (Krämer 2011: 19).

<sup>12</sup> Gesa Lindemann unterscheidet zwischen relational und relationistisch. Demnach bezieht sich relational auf Theorieansätze, die zwischenmenschliche Beziehungen in den Vordergrund der Analyse stellen. Als relationistisch werden Ansätze bezeichnet, die ebenfalls den Fokus auf zwischenmenschliche Kontexte legen, dabei jedoch nicht a priori festlegen, welche Einheiten als Glieder einer Beziehung gelten (vgl. Lindemann 2012: 317). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden diese beiden Begriffe synonym verwendet und beziehen sich gleichermaßen auf die Schnittstellen zwischen Akteuren, die weiter unten erörtert werden.

<sup>13</sup> Bezugnahmen auf das Moscheebauprojekt bzw. die Moscheegemeinde gehen nicht notwendigerweise mit Interaktionen mit dergleichen einher.

<sup>14</sup> Legt man die Definition von Max Weber zugrunde, ist eine Trennung von Beziehung und Bezugnahme nicht möglich, da eine Beziehung stets durch eine Bezugnahme geprägt ist: Eine Beziehung ist demnach „ein seinem Sinngehalt nach aufeinander gegenseitig eingestelltes und dadurch orientiertes Sichverhalten mehrerer“ (Weber 1984: 47). Im Rahmen dieser Arbeit ist die Unterscheidung analytischer Natur und es geht bei den Ausführungen um eine entsprechende Akzentsetzung: Während in bestimmten Kapiteln der Schwerpunkt auf Verbindungen gelegt wird, die sich in Handlungen und offiziellen Zugehörigkeiten äußern, behandeln andere Kapitel primär Bezugnahmen, also den Sinngehalt, der andere Akteure betrifft.

Prozesshafte bzw. der Wandel (vgl. Emirbayer 1997: 281). Dieser Fokus spiegelt sich in der vorliegenden Arbeit durch die Betrachtung der Errichtung von repräsentativen Moscheen als Ausdruck eines Wandels von Muslimen in Deutschland und der Moscheebauprojekte als Impulse für den Wandel insbesondere der Beziehungen zwischen den entsprechenden Moscheegemeinden und ihrer sozialen Umwelt. Die folgende Abbildung fasst die drei Aspekte der relationalen Soziologie zusammen, die für die vorliegende Untersuchung erkenntnisleitend sind.

Tabelle 1: Erkenntnisleitende Aspekte in der relationalen Soziologie und der vorliegenden Arbeit

<b>Zentrale Aspekte in der relationalen Soziologie:</b>	<b>Beziehungen/Interaktionen</b>	<b>Aushandlungen, Konstruktionen sozialer Realität</b>	<b>Prozesshaftes/Wandel</b>
<b>Bedeutung dieser Aspekte für die vorliegende Arbeit:</b>	Vernetzung der Moscheegemeinde, Interaktionen im Rahmen der Moscheebauprojekte	Aushandlung der Moscheebauprojekte, Deutungen und Darstellung der Moscheen in Legitimierungsdiskursen	Errichtung von repräsentativen Moscheen als Ausdruck eines Wandels von Muslimen in Deutschland und Moscheebauprojekte als Impuls für Wandel der Gemeinden und ihrer Beziehungen zur sozialen Umwelt.

*Quelle: eigene Darstellung*

Der Fokus der bisherigen Forschung war bisher auf konflikthafte Prozesse gerichtet. Zwar schreiben die bisherigen Studien, der konfliktsoziologischen Tradition von Lewis A. Coser folgend, zum Teil integrative Wirkungen von Konflikten zu (vgl. Coser 2009, Leggewie 2009, Hüttermann 2006). Doch blieb die Perspektive v. a. auf Widerstandshandlungen und ablehnende Haltungen gerichtet. Zum Teil entsteht bei der Lektüre des Forschungsstands der Eindruck, dass sich im Rahmen von Moscheebauprojekten Muslime und die restliche (nichtmuslimische) Stadtgesellschaft antagonistisch gegenüberstünden (vgl. vgl. z. B. Nienaber/Reich 2015:43). Dies mag auf einzelne Projekte zutreffen, doch spiegelt es die Realität nicht adäquat wider. Meine anfängliche Presse- und Dokumentenanalyse zu diversen Moscheebauprojekten der letzten Jahre wie z. B. in Bonn, Herten oder dem oben genannten Monheim am Rhein liefern Hinweise dafür, dass trotz (oder gerade wegen) vorhandener Widerstände Teile der Stadtgesellschaft sich für die Errichtung von Moscheen einsetzten und die Moscheegemeinde in ihrem Vorhaben unterstützten (vgl. Hohage 2013). Die Tatsache, dass trotz der Widerstände und des „Akzeptanzproblems“ (vgl. Haubach/Salentin 2015: Zusammenfassung) des Islam, des großen Aufwands und der hohen Kosten von Moscheebauprojekten, repräsentative Moscheen zahlreich realisiert werden, wirft die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen und möglicher Unterstützung dafür auf.<sup>15</sup> Unterstützung für Moscheebauprojekte wurde in Ansätzen durch die bisherige Forschung betrachtet (s. o., vgl. Hohage 2013, Schmitt 2003), doch findet sie bisher weder auf methodischer noch auf theoretischer Ebene genügend Berücksichtigung

<sup>15</sup> So stellte der SVR in seinem Jahresgutachten hinsichtlich der Akzeptanz des Islam in Deutschland und mit dem Verweis auf die Errichtung von repräsentativen Moscheen fest: „Im wahrsten Sinne des Wortes sichtbar vorangekommen ist die institutionelle Gleichstellung hinsichtlich der baulichen Repräsentation der Muslime im öffentlichen Raum“ (SVR 2016: 44).



bei der Konzipierung der Untersuchungen. Die vorliegende Untersuchung begegnet diesem Desiderat und die gesellschaftlichen Unterstützungsleistungen werden als zivilgesellschaftliche<sup>16</sup> Potenziale von Moscheebauprojekten thematisiert und konzeptionell in die aus den Netzwerkansätzen abgeleiteten Beziehungsinhalte (s. o.) integriert.<sup>17</sup>

Den eingangs vorgestellten Forschungsfragen gehe ich primär anhand von zwei detaillierten- und drei Kurzfallstudien nach, die Moscheebauprojekte von sunnitischen Moscheegemeinden in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens (Bonn, Herten, Duisburg, Witten) untersuchen und vergleiche sie punktuell miteinander. Dadurch, dass die Untersuchung Langzeitfallstudien beinhaltet, die zwei Fälle (Merkez-Moschee in Duisburg, Al-Muhajirin-Moschee in Bonn) über einen längeren Zeitraum hinweg dokumentieren, sowie drei weitere Fallstudien präsentiert und darüber hinaus mehrere Moscheegemeinden betrachtet, von denen ein Teil repräsentative Moscheen errichtet hat, schafft sie Verständnis für die Abläufe von Moscheebauprojekten und ihre sozialen Wirkungen und gibt zugleich Aufschluss über allgemeinere Tendenzen hinsichtlich der Errichtung von Moscheen und der Vernetzung von Moscheegemeinden. Über den Forschungsstand hinaus richtet die Untersuchung den Blick auf die Unterhaltung von repräsentativen Moscheen, um Auskunft über die längerfristige Veränderung der muslimischen Gemeinden und ihrer sozialen Vernetzung durch die Moscheebauprojekte zu geben. Fachlich fällt die Untersuchung von Moscheebauprojekten sowohl in das Erkenntnisinteresse der Religionssoziologie, da es sich um die Untersuchung von Sozialformen von Religion und ihrer Objektivation handelt (Gebhardt 2010: 394) als auch der Migrationssoziologie, da es hierbei um eine (ursprünglich) zugewanderte, sich im Minderheitenstatus befindliche und hinsichtlich ihrer Etablierungs- bzw. Eingliederungsprozesse betrachteten, heterogenen Religion und ihrer Anhänger handelt.<sup>18</sup> Zudem rückt das Thema durch ihren Bezug auf die Präsenz im öffentlichen Raum und die Betrachtung von Stadtgesellschaften in den Forschungsbereich der Stadt- und Raumsoziologie, die Gesellschaften „Gruppen von Menschen [...] als Klassen, Geschlechter und Ethnien nicht nur in ihren alltäglichen Praktiken, Problemlagen und Identitätspolitik in

---

<sup>16</sup> Hierbei handelt es sich um den zweiten Aspekt („öffentliche Orientierung“) der oben angesprochenen zivilgesellschaftlichen Potenziale, neben der Fähigkeit zur Selbstorganisation (Nagel 2015 a: 10). Hierunter fallen allgemein Kooperationen zwischen Akteuren und Unterstützungsformen, die in einseitig oder reziprok sein können. Es gibt unterschiedliche Definitionen und Verständnisse der Zivilgesellschaft, die umfassender ausfallen. Die einzelnen Konzepte zu diskutieren, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und ist für ihre Zwecke nicht erforderlich. Ein Element, das häufig unter den Begriff fällt, ist, wie bei Nagels Verständnis, die Selbstorganisation von gesellschaftlichen Gruppen. Diese Selbstorganisation wird außerhalb der wirtschaftlichen und staatlichen Akteure verortet (vgl. Zimmer 2012). Neben diesem abgrenzenden Aspekt ist häufig eine normative Komponente anzutreffen, die zivilgesellschaftlichen Strukturen und Akteuren positive Eigenschaften zuschreibt. So schreibt z. B. Annette Zimmer: „Zivilgesellschaft ist insofern Ausdruck einer politischen Kultur, die sich durch Gewaltfreiheit, Toleranz und Kompromissbereitschaft auszeichnet“ (Zimmer 2012). Diese Arbeit schließt sich diesem Verständnis von Zivilgesellschaft an. Daher werden die beiden Aspekte Selbstorganisation und öffentliche Orientierung auf die genannten Attribute der Toleranz, Gewaltfreiheit und Kompromissbereitschaft hin überprüft, auch wenn dies nicht im Vordergrund der Betrachtung steht. So wäre eine rechtsradikale, von Intoleranz geprägte, Vereinigung, auch wenn sie sich selbst organisiert, mit anderen Akteuren kooperiert und in öffentliche Debatten einbringt, nicht vom Konzept der Zivilgesellschaft erfasst. Insofern können unter zivilgesellschaftlich gesellschaftliche Bereiche verstanden werden, die selbstorganisiert, kooperierend sowie werteorientiert (im Sinne der oben genannten Werte) sind und sich außerhalb der staatlichen und wirtschaftlichen Sphäre befinden.

<sup>17</sup> Gewiss ist die vorliegende Arbeit in ihrer Ausrichtung nicht losgelöst von politischen Entwicklungen und Debatten der letzten Jahre. Deshalb soll an dieser Stelle expliziert werden, dass die Wahl der Perspektive, die ihr Augenmerk primär auf die „Berührungspunkte und Schnittfelder zwischen religiösen Migrantengemeinden und dem Aufnahmeland“ (Nagel 2013: 8) richtet, eine analytische und zugleich programmatische Entscheidung ist. Dies soll möglichst einen versachlichenden Beitrag zu dem durch Gefährdungs- und Segregationsnarrative geprägten Islamdiskurs leisten.

<sup>18</sup> Elemente der Religion wie religiöse Praktiken, religiöse Erfahrungen und religiöse Inhalte (vgl. Krech 1999: 33 ff., Pollack 2007: 365 f.) werden nur am Rande behandelt, zugunsten der Betrachtung von allgemeinen Interaktionen im Kontext der Errichtung von Moscheen und den damit verbundenen Diskursen.

Städten analysiert, sondern Räume auch als das relationale Produkt vielfältiger Interessenskämpfe, Ausgrenzungs- und Anerkennungsstrategien ergründet“ (Löw 2010: 605).

Wie aus den Ausführungen deutlich wird, verfolgt die Arbeit mehrere Ziele: Zum einen soll die Untersuchung von Moscheebauprojekten einen Beitrag zum tieferen Verständnis der Etablierung des Islam und der Muslime auf kommunaler Ebene leisten. Eine weitere Zielsetzung dieser Studie ist es, durch die relationale Perspektive und die Fallstudien Erkenntnisse über die Beschaffenheit, Funktionalität und Dynamik sozialer Beziehungen von Moscheegemeinden zu gewinnen und damit ein besseres Verständnis für die soziale Einbettung von muslimischen Gemeinden in Deutschland zu bekommen. Damit zusammenhängend sollen Einsichten über das Wechselverhältnis zwischen dem Moscheebau und der sozialen Vernetzung der Moscheegemeinden mit der Stadtgesellschaft ermöglicht werden. Die Betrachtung der Auseinandersetzung um die Legitimität von Moscheebauprojekten und den damit verbundenen, sowohl affirmativen als auch ablehnenden sowie grenzziehenden und grenzübergreifenden, Bezugnahmen erlaubt eine Einschätzung bezüglich der Akzeptanz des Islam und der Muslime in Deutschland. Zudem gibt der Fokus auf Unterstützungsleistungen einen Einblick in zivilgesellschaftliche Potenziale in den Städten des religiös pluralen Einwanderungslandes Deutschland.

Der Umgang mit Moscheebauprojekten stellt wie auch der Umgang mit anderen Entwicklungen in einer Einwanderungsgesellschaft (ethnische Segregationsprozesse, interkulturelle Öffnung der Einrichtungen) eine Herausforderung für Kommunen dar. Daher verfolgt diese Studie zusätzlich das handlungspraktische Ziel, Aufschluss über geeignete Formen der kommunalen Begleitung und Bürgerbeteiligung zu geben, in denen sowohl Religionsfreiheit für Muslime gewährleistet wird als auch der innere Frieden in der Stadtgesellschaft gewahrt bleibt.

## **1.2 Gang der Arbeit**

Ausgehend vom genannten Forschungsinteresse gliedert sich die Arbeit folgendermaßen: Nach der Einleitung folgt ein Kapitel (Kap. 2), das sich dem bisherigen Forschungsstand zu Muslimen in Deutschland widmet. Bisher ist ein breiter Fundus an entsprechender Forschung entstanden, der verschiedene Disziplinen wie Religionswissenschaft, Migrationssoziologie, Politikwissenschaft und Islamwissenschaft umfasst. Das Kapitel bildet den Hintergrund, vor dem das Thema Moscheebau betrachtet wird. Es werden u. a. die Akteure vorgestellt, die im Zentrum von Moscheebauprojekten stehen: die Moscheegemeinden. Moscheebauprojekte sind eine von vielen Erscheinungsformen der (konflikthaften) Etablierung des Islam in Deutschland. Daher wird im zweiten Kapitel der Moscheebau in den Gesamtkontext der gesellschaftlichen Entwicklung des Islam in Deutschland gestellt und damit die Grundlage dafür erarbeitet, die Besonderheit des Moscheebaus im Verhältnis zu anderen Interessenartikulationen von Muslimen herauszustellen. Die Vernetzung von muslimischen Gemeinden bzw. die Beziehung der Moscheegemeinden zu ihrer sozialen Umwelt wird als ein Kernpunkt der (korporativen) Integration (Fijalkowski/Gillmeister 1997) von Muslimen verstanden und im weiteren Verlauf des zweiten Kapitels dargelegt.

Im dritten Kapitel wird der Blick auf die bisherige Forschung zum Thema Moscheebau gerichtet. Zunächst gebe ich einen allgemeinen Überblick über die Forschungsarbeiten (Fragestellungen, Methoden etc.) und anschließend zeichne ich anhand der einschlägigen Literatur den Trend der Errichtung von repräsentativen Moscheen nach, die als eine neue historische Entwicklungsstufe der Etablierung des Islam in Deutschland verstanden werden können. Neben allgemeineren Informationen über das Ausmaß und die Verteilung von repräsentativen Moscheen versuche ich anhand der Zusammenstellung der bestehenden Forschungsergebnisse bereits vorläufige Antworten auf die oben vorgestellten Forschungsfragen zu geben. Das Kapitel 3 endet mit einer Präzisierung der Forschungslücken und zeigt auf, wie sich die vorliegende Arbeit in diese Desiderate fügt.

Das darauffolgende Kapitel (Kap. 4) stellt das begriffliche und theoretische Instrumentarium der vorliegenden Arbeit dar. Die Migrationssoziologie hat bereits eine Vielfalt an Konzepten für die Beschreibung der (möglichen) Integrationsfunktionen von Migrantenorganisationen und ihrer Vernetzung mit der Gesellschaft hervorgebracht. Konzepte, die sich in der Migrationsforschung und zum Teil auch in der Stadtsoziologie durchgesetzt haben, sind u. a. ethnische Nischen, ethnische Segregation, institutionelle Vollständigkeit, Transnationalität, korporative Integration und Integration durch Binnenintegration (vgl. Oswald 2007: 119ff). Die vorliegende Studie greift diese Konzepte auf und berücksichtigt sie bei der Analyse der Vernetzung zwischen den Moscheegemeinden und ihrer sozialen Umwelt.

Anschließend erörtere ich, wie Vernetzung von Moscheegemeinden und die Legitimität von Moscheebauprojekten adäquat erfasst werden können. Dabei greife ich auf Ansätze der Netzwerktheorie sowie des Neo-Institutionalismus zurück. Im Wesentlichen geht es dabei darum, Definitionen und die Dimensionen von Vernetzung und Legitimität herauszuarbeiten, um sie später für die empirische Analyse fruchtbar zu machen. Legitimität ist ein Konzept, das die allgemeine Wahrnehmung und Beurteilung sowie die damit verbundenen Erwartungen an die Moscheegemeinde hinsichtlich ihres Moscheebauprojekts aufzeigt. Das Konzept ermöglicht, das Moscheebauprojekt nuancenreich jenseits der Befürwortung oder Ablehnung und einer Konflikthaftigkeit oder eines harmonischen Verlaufs zu charakterisieren. Die theoretischen Ausführungen der Netzwerktheorie ermöglichen es ebenfalls, die Einbettung der Moscheegemeinden in die Stadtgesellschaft differenziert und jenseits von den häufig eindimensionalen und binären („integriert“ vs. „abgeschottet“) Integrationsverständnissen zu beschreiben. In Kapitel 5 werden Informationen zum methodischen Vorgehen präsentiert. Im Zentrum steht das Design von Fallstudien. Das Kapitel zeigt, auf welcher Grundlage die Fallauswahl stattfindet und welche Erhebungs- und Auswertungsmethoden zur Anwendung kommen.

Die empirischen Ausführungen der Arbeit sind zweigeteilt: In der ersten Hälfte (Kap. 6, Kap. 7) beziehe ich mich auf zwei Langzeit-Fallstudien. Die beiden Kapitel zeichnen sich durch eine detaillierte Beschreibung der Ausgangslage, des Verlaufs von der Idee, eine Moschee zu errichten, bis hin zur Einweihung des Gebäudes, des Moscheebaudiskurses und der längerfristigen Entwicklung hinsichtlich der Vernetzung der Moscheegemeinde. Auf dieser Grundlage werden die Ausgangsbedingungen, Ereignissequenzen und die spezifischen Ergebnisse

miteinander verknüpft und damit soziale (Vernetzungs-) Mechanismen rekonstruiert. Zum einen wurde das Moscheebauprojekt einer DITIB-Gemeinde in Duisburg-Marxloh näher untersucht. Es steht für ein besonders harmonisch verlaufendes Projekt und eine starke Repräsentanz des neuen Gebäudes sowie einen starken Ausbau sozio-religiöser Angebote, insbesondere in Form einer öffentlich geförderten Begegnungsstätte. Zum anderen behandelt die zweite Fallstudie das Moscheebauprojekt der Al-Muhajirin-Gemeinde in Bonn-Tannenbusch, das sich vor allem durch den Widerstand der Kommunalpolitik in der Anfangsphase und einen Gefährdungsdiskurs auszeichnet. In der zweiten Hälfte des empirischen Teils (Kap. 8) werden drei weitere Moscheebauprojekte vorgestellt, die Weiße Moschee der bosnischen Gemeinde in Witten, die Blaue Moschee der VIKZ-Gemeinde in Herten und die Sultan-Ahmet-Moschee der DITIB-Gemeinde ebenfalls in Herten.

Für eine bessere Veranschaulichung und empirische Fundierung der Befunde werden auch Daten und Ergebnisse aus über die Fallstudien hinausgehenden Erhebungen herangezogen. Dazu zählen u. a. Interviews mit Dachverbandsvertretern (DITIB, IGMG, VIKZ), Verwaltungsdokumente und Presseartikel. Dieses Datenmaterial wird für die Analyse hinzugezogen, um die aus den vorgestellten Fallstudien deutlich gewordenen Phänomene, Entwicklungen und Zusammenhänge noch prägnanter zu veranschaulichen und empirisch zu untermauern, sowie auf neue interessante Aspekte, die nicht direkt aus den Fallstudien hervorgegangen sind, aufmerksam zu machen und sie in die Schlussfolgerungen mitreinzunehmen.

Für die Kapitel 6, Kapitel 7 und Kapitel 8 sind einzelne Fallstudien strukturgebend, die nacheinander behandelt werden. Die Gliederung aller Fallstudien folgt weitgehend den Fragen der Arbeit und der konzeptionellen Unterscheidungen, die im Rahmen des vierten Kapitels getroffen werden. Doch zugleich spielt in den Fallstudien ihre Eigendynamik eine wichtige Rolle, weshalb die Fallstudien nicht identisch strukturiert sind und unterschiedliche Schwerpunkte verfolgen.

Generell folgen die Fallstudien einer gemeinsamen Gliederung, um systematische Vergleichbarkeit zu gewährleisten, und sich wie folgt beschreiben lässt: Anfangs wird der Handlungskontext, die Stadt und der Stadtteil, kurz vorgestellt, dann folgt ein chronologischer Überblick über das Moscheebauprojekt von der Idee, eine Moschee zu errichten, bis zu ihrer Einweihung. Der Schwerpunkt wird dabei auf die Legitimierungsschritte gelegt. In einigen Fallstudien wird auf die Zeit nach der Einweihung eingegangen, um die nachhaltigen Folgen der Errichtung der Moschee zu untersuchen. Danach wird die Legitimität der Moscheebauprojekte anhand der im Theorieteil ausgearbeiteten Kriterien bewertet. Die darauffolgenden Abschnitte untersuchen, welchen Stellenwert die Vernetzung der Moscheegemeinden für die Legitimierung und die Durchführung des Moscheebauprojekts hatte und wie diese sich durch das Bauprojekt und die Unterhaltung der Moschee verändert hat. Besonderes Augenmerk wird bei allen Ausführungen auf die sozio-religiöse Infrastruktur und die damit verbundenen Angebote der Moscheegemeinde sowie auf die äußere Erscheinung bzw. die Präsenz im öffentlichen Raum der Moschee gelegt. Bei der Darstellung werden die Fälle in längeren Passagen deskriptiv dargelegt, um die Entwicklungen im Rahmen der Moscheebauprojekte

bzw. die Sequenzen von miteinander verbundenen Handlungen und Ereignissen zu rekonstruieren und darauf aufbauend die wirksamen Mechanismen aufzudecken.<sup>19</sup>

Das neunte Kapitel ist nach den oben genannten Einzelaspekten (Stellenwert der Vernetzung für die Moscheebauprojekte und ihr Wandel, Legitimierungsschritte sowie Legitimitätsdiskurse, Unterstützungsleistungen) gegliedert. Dabei werden Ergebnisse der Fallstudien zusammengefasst und im Abgleich mit dem Forschungsstand fallübergreifend Schlussfolgerungen für die Legitimität und Legitimierung von Moscheebauprojekten sowie die Vernetzung von Moscheegemeinden gezogen. Die zum Teil unterschiedlichen Verläufe von Moscheebauprojekten erlauben punktuelle Vergleiche und Schlüsse auf Faktoren, die die Legitimität von Moscheebauprojekten erhöhen und die Vernetzung von Moscheegemeinden prägen.<sup>20</sup> In dieses Kapitel fließen sowohl die Ergebnisse aus den Fallstudien als auch aus der Analyse des weiteren Datenmaterials. Das Kapitel erfüllt mehrere Funktionen: Es trägt die Ergebnisse aus den zuvor vorgestellten Fallstudien zusammen, ergänzt sie durch relevante empirische Daten und kontextualisiert die Befunde, indem die theoretischen Ansätze und der Forschungsstand aufgegriffen werden.

Kapitel 10 schließt die Dissertationsschrift mit einer abschließenden Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Arbeit sowie einem kritischen Blick auf die Leistungen derselben und offen gebliebenen Forschungsdesideraten. Hier werden außerdem die politischen und theoretischen Implikationen beleuchtet.

---

<sup>19</sup> Wie bereits hingewiesen, unterscheiden sich die Fallstudien leicht hinsichtlich ihrer Gliederung, um der Spezifität der eigenen Fälle gerecht zu werden.

<sup>20</sup> Dabei handelt es sich um begünstigende oder behindernde Faktoren für die Legitimität der Moscheebauprojekte.

## **2 Die Etablierung des Islam in Deutschland: Muslime in Deutschland zwischen Wandel und Beständigkeit**

Dieses Kapitel hat das Ziel, in wichtige Entwicklungen im Themenfeld „Muslime in Deutschland“ einzuführen und damit eine Verständnisgrundlage für das spezifischere Thema der Entstehung und Legitimierung von repräsentativen Moscheen zu legen. Es zeigt sich, dass die letzten Jahrzehnte der muslimischen Präsenz in Deutschland von einem starken Wandel geprägt sind hinsichtlich der Zusammensetzung der muslimischen Bevölkerung, der Institutionalisierung des Islam sowie der öffentlichen Wahrnehmung und Thematisierung des Islam und der Muslime in der Gesellschaft. Bei den Ausführungen wird der Schwerpunkt auf Moscheegemeinden als zentrale Organisationen des muslimischen Lebens in Deutschland und Initiatoren von Moscheebauprojekten gelegt. Damit wird die Grundlage für das Verständnis des historischen und gesellschaftlichen Kontexts der Entstehung von repräsentativen Moscheen (Wandel des muslimischen Lebens in Deutschland, Islamdiskurs) gelegt und es werden die Hauptakteure dieser Studie, die Moscheegemeinden, in ihrer sozialen Einbettung vorgestellt.

### **2.1 Die zunehmende Etablierung des Islam in Deutschland**

#### **Von ausländischen „Gastarbeitern“ zu deutschen Muslimen**

Generell kann der Islam in Deutschland als eine ursprünglich zugezogene Religion bezeichnet werden und Muslime stellen nach den Christen mittlerweile die zweitgrößte Religionsgemeinschaft dar. Von ursprünglich als vorübergehend in Deutschland bleibenden Arbeitskräften betrachteten Menschen wurde die muslimische Bevölkerung zusammen mit ihrer Nachkommenchaft zu einem festen Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Viele Muslime sind zugleich Deutsche, sie bekennen sich zu ihrem Glauben und sehen zugleich in Deutschland ihr Heimatland (vgl. El-Mafaalani 2018: 149ff.). Die Bedürfnisse und das soziale Leben des muslimischen Teils der Bevölkerung rückten seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend ins Bewusstsein der Gesellschaft. Im Kontext der Entstehung von repräsentativen Moscheen wird von Autoren wie z. B. Hüttermann (2006, 2011) konstatiert, dass diese Entwicklung Ausdruck und Folge eines Aufstiegs der zugewanderten, ehemals randständigen Muslime in der sozialen Hierarchie Deutschlands ist. Hüttermann deutet den Ausbau der Angebote und das Einfordern der Akzeptanz dieser Entwicklung durch die Aufnahmegesellschaft als „avancierende Fremde“ (Hüttermann 2011: 44), die seit den 1990er Jahren zunehmend „auf gleicher Augenhöhe in einer durch Einwanderung geprägten Gesellschaft agieren“ (ebd.) wollen. Dieser Aufstieg ist auch an anderen Entwicklungen zu erkennen, wie z. B. anhand der Tatsache, dass Türkeistämmige Häuser erwerben und zu Vermietern werden oder, dass Personen mit Wurzeln in muslimischen Ländern zunehmend in der Öffentlichkeit präsent und anerkannt sind (z. B. Mesut Özil, Cem Özdemir, Fatih Akin, Serap Güler) (vgl. El-Mafaalani 2018: 30, Sauer/Halm 2009). Tatsächlich hat sich nachdem der muslimische Teil der Bevölkerung in Deutschland in der Anfangsphase der Zuwanderung v.a. in der niedrig bezahlten Arbeiterschaft vertreten war, mittlerweile eine muslimische Mittelschicht herausgebildet (vgl. Hüttermann 2006: 13) und unter den

Akademikern sind zunehmend Muslime vertreten, was sich auch zum Teil in Moscheegemeinden und den neueren Vorständen widerspiegelt. Hinsichtlich der Schulbildung hat es in der muslimischen Bevölkerung einen intergenerationellen Aufstieg gegeben (vgl. Haug et al. 2009: 16). Der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung vom Jahr 2015 konstatiert hinsichtlich der identifikativen, kulturellen sowie sozialen Integration von Muslimen in Deutschland Folgendes: „Die befragten Muslime zeigen eine hohe Verbundenheit mit Deutschland. Ausdruck dafür ist einerseits die hohe Zustimmung zu gesellschaftlichen Grundwerten und andererseits umfangreiche Kontakte zu Nicht-Muslimen“ (Bertelsmann Stiftung 2015: 4). Doch trotz des Aufstiegs ist die gesellschaftliche Teilhabe von Muslimen nach wie vor defizitär. So zeigt z. B. die Studie von Haug et al., dass Muslime unter Arbeitern und Arbeitslosen stärker vertreten sind als der restliche Teil der Gesellschaft (vgl. Haug et al. 2009: 229 f.). Es liegt nahe, dass der sozio-ökonomische Status von Muslimen die Zusammensetzung der Moscheegemeinden, damit ihre Ressourcenausstattung und womöglich ihre Wahrnehmung durch die Gesellschaft prägt.

### **Herkunftsländer und Konfessionen**

Nach der im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK) von Sonja Haug durchgeführten quantitativen Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ leben in Deutschland zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime (vgl. Haug et al. 2009: 11). Neuere Schätzungen von Anja Stichs gehen davon aus, dass am 31.12.2015 in Deutschland zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime lebten (vgl. Stichs 2016: 5), was das Wachstum der muslimischen Bevölkerung v. a. durch die aktuelle Zuwanderung von Geflüchteten aus muslimischen Ländern veranschaulicht.<sup>21</sup> Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sind 2015 ca. 890.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, und zwar mehrheitlich aus Syrien, Afghanistan und Irak (vgl. BMI 2016: 9).

Somit stellen Muslime zwischen 4,6 und 5,3 Prozent der gesamten Bevölkerung von 82 Millionen Einwohnern dar. Von den schätzungsweise 4,5 Millionen Muslimen stammt etwas mehr als die Hälfte ursprünglich aus der Türkei, ca. 2,7 Millionen (vgl. Stichs 2016: 22). Neuere Studien zeigen, dass sich die Zusammensetzung der Muslime in Bezug auf die Herkunft in den letzten Jahren diversifiziert hat (vgl. ebd. 2016: 5). So haben Muslime aus dem Nahen Osten<sup>22</sup> mit über 530.000 Personen mittlerweile die Muslime vom Balkan als der zweitgrößten Herkunftsgruppe abgelöst (vgl. ebd.: 27).

Zahlenmäßig wichtige Herkunftsländer bzw. Herkunftsregionen sind nach der Türkei und dem Nahen Osten Südosteuropa (Bosnien, Bulgarien, Albanien) mit zwischen 496.000 und 606.000 und Nordafrika, v. a. Marokko, mit zwischen 259.000 und 302.000 Personen (vgl. Haug et al. 2009: 12f.<sup>23</sup>). Die übrigen muslimischen Migranten kommen aus dem Afrika südlich

---

<sup>21</sup> Bei den Angaben handelt es sich um eine Selbstzuordnung, also eine identifikative Kategorie. Sie sagt noch nichts über die tatsächliche Religiosität oder Religionspraxis der Befragten aus. Siehe dazu weiter unten.

<sup>22</sup> Unter die Kategorie „Naher Osten“ fallen laut Stichs Ägypten, Irak, Israel, Jemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien (vgl. Stichs 2016: 22).

<sup>23</sup> Da die Studie von Sonja Haug detaillierter auf die verschiedenen Aspekte des muslimischen Lebens in Deutschland eingeht (z. B. die Mitgliedschaft in Moscheevereinen, einzelne Herkunftsländer) werde ich mich im weiteren Verlauf der Arbeit vor allem auf ihre Angaben beziehen, auch wenn die Publikation schon einige Jahre zurückliegt und sie die Zuwanderung der Flüchtlinge in den letzten Jahren nicht berücksichtigt.

der Sahara, Zentralasien/GUS, Iran und Süd-/Südostasien (ebd.: 13). Eine nicht zu unterschätzende Gruppe von Muslimen in Deutschland stellen die in der Forschung selten erwähnten Kurden dar. Ihre Zahl wird auf ca. 600.000 geschätzt, wovon die meisten aus der Türkei stammen und als Türken in den Statistiken erfasst werden (vgl. Navend e. V. o. J.: o. S.)<sup>24</sup>.

Hinsichtlich der Konfession dominieren zahlenmäßig in Deutschland wie auch in der Welt die Sunniten (2.640.000, vgl. Website REMID<sup>25</sup>). Da die Mehrheit der türkeistämmigen Muslime der hanafitischen Rechtsschule anhängt, bilden die Hanafiten die größte Gruppe unter den Sunniten. Die zwei kleineren muslimischen Konfessionen sind die Aleviten (zwischen 480.000-552.000, vgl. Haug et al. 2009: 314)<sup>26</sup> und die Schiiten (130.000-224.500, vgl. ebd. 97). Daneben gibt es mehrere weitere Glaubensrichtungen, wie beispielsweise die Ahmadiya Muslim-Jamaat (AMJ) (ca. 40.000, vgl. Website AMJ<sup>27</sup>). Zudem gibt es eine wachsende Zahl von deutschstämmigen, konvertierten Muslimen (13.000-100.000, vgl. Haug et al. 2009: 58). Die Religiosität zwischen den Herkunftsgruppen variiert zum Teil stark; so geben Iranischstämmige oder Personen aus Südosteuropa viel seltener an, sehr gläubig zu sein (10%, 15%), als Türkeistämmige (über 40%) und Personen aus Nordafrika (ca. 34%) (vgl. Haug et al. 2009: 141), was nahelegt, dass die weiter unten beschriebene Schaffung von muslimischen Strukturen nicht für alle Muslime gleichermaßen von Bedeutung ist. Es wurde insgesamt festgestellt, dass Muslime generell religiöser sind als Nichtmuslime (vgl. Website Bertelsmann Stiftung 2008<sup>28</sup>), was den insgesamt hohen Stellenwert des Islam für viele Muslime verdeutlicht. Wie die obigen Zahlen deutlich machen, gibt es hinsichtlich der ethnischen und konfessionellen Zusammensetzung eine erhebliche Diversität. Die aktuelle prozentuale Verteilung der muslimischen Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund nach Glaubensrichtung für das Jahr 2020 ist der Abbildung 2 zu entnehmen.

---

<sup>24</sup> Kurden müssten also größtenteils in den oben genannten Zahlen enthalten sein.

<sup>25</sup> [HTTPS://WWW.REMID.DE/INFO\\_ZAHLEN/ISLAM/](https://www.remid.de/info_zahlen/islam/), letzter Zugriff am 04.07.21.

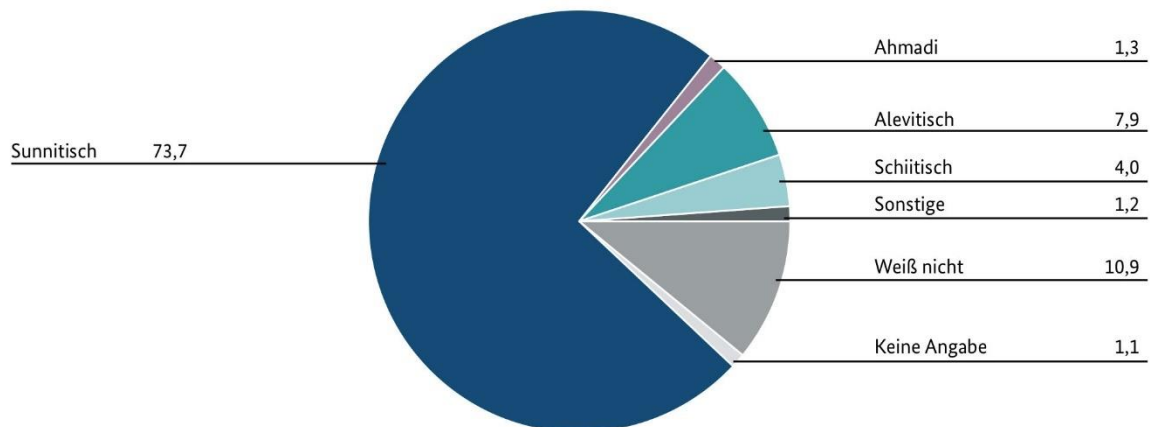
<sup>26</sup> Ob das Alevitentum dem Islam zuzurechnen ist, wird kontrovers diskutiert und wird auch unter Aleviten unterschiedlich bewertet (Rohe 2016: 145ff.).

<sup>27</sup> [HTTPS://AHMADIYYA.DE/AHMADIYYA/EINFUEHRUNG](https://ahmadiyya.de/ahmadiyya/einfuehrung), letzter Zugriff am 04.07.2021.

<sup>28</sup> [HTTP://WWW.BERTELSMANN-STIFTUNG.DE/CPS/RDE/XCHG/SID-0A000F0A-4491D89B/BST/HS.XSL/NACHRICHTEN\\_90459.HTM](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F0A-4491D89B/BST/HS.XSL/NACHRICHTEN_90459.HTM), letzter Zugriff am 12.12.13.



Abbildung 2: Muslimische Religionsangehörige mit Migrationshintergrund aus muslimisch geprägten Herkunftsländern nach Glaubensrichtung



Quelle: Pfündel et al. 2021: 47

### Die Facetten der Etablierung des Islam in Deutschland

Eingangs wurde dargelegt, dass die Etablierung des Islam in Deutschland immer weiter voranschreitet und mehrere Facetten umfasst. Grundsätzlich kann unter Etablierung des Islam eine zunehmende Beheimatung oder Verankerung der islamischen Religion und seiner Anhänger in Deutschland verstanden werden. Die geschieht durch eine Herausbildung von muslimischen Sozialgebilden und Normen der Organisation islamischen Lebens in Deutschland sowie eine vielseitige Vernetzung dieser Sozialgebilden mit der Gesellschaft. In der Literatur wird in diesem Zusammenhang von „accomodation of Islam“ (Fetzer/Soper 2003), der Institutionalisierung bzw. Etablierung des Islam (vgl. Bodenstein 2010; Chbib 2017<sup>29</sup>) oder, zugespitzt auf die damit einhergehenden Aushandlungen von „Anerkennungsforderungen muslimischer Minderheiten“ (Koenig 2004) und „claims making“ (Soysal 1997) von Muslimen gesprochen. Die Errichtung von Moscheen ist dabei nur ein Element einer Entwicklung, die verschiedene Lebens- und Gesellschaftsbereiche umfasst. Der Begriff Etablierung erscheint im Kontext der vorliegenden Arbeit als passend, da er die Schnittmengen zwischen Muslimen und der restlichen Gesellschaft anspricht und mit ihm zudem der Aspekt der Haltung der Dominanzgesellschaft zum Islam und den Muslimen angemessen ausgedrückt werden kann.

Der Blick auf mediale und wissenschaftliche Diskurse (vgl. auch Hildebrandt/Bendel 2006: 12 f., 24) zeigt m. E., dass die Etablierung des Islam fünf wesentliche Facetten umfasst. Dabei handelt es sich erstens um die *Herausbildung von Organisationen und Einrichtungen* durch Muslime, die den vielfältigen religionsbezogenen Bedürfnissen beikommen. Darunter fallen z. B. Moscheegemeinden, islamische Dachverbände, Vertrieb von Halal-Fleisch, muslimische Presse, muslimische Gräberfelder, islamisches Bankenwesen etc. Zweitens vollzieht

<sup>29</sup> Unter Etablierung des Islam versteht Chbib Folgendes:

„Die Institutionalisierung des Islams in Deutschland im Sinne einer Herausbildung und Fortentwicklung spezifischer Sozialgebilde, innerhalb derer sich islamische Normen und darauf basierende Kollektivhandlungen von Muslimen gesellschaftlich entfalten, ist ein vergleichsweise neues Phänomen der deutschen Geschichte.“ (Chbib 2017).

sich die Etablierung des Islam durch eine *interkulturelle Öffnung der Institutionen der Gesellschaft*, was z. B. Islamunterricht an deutschen Schulen, Ausbildung von Imamen und religiösem Personal an deutschen Universitäten zum Ausdruck kommt. Diese Strukturen werden in Deutschland teilweise nach den institutionellen Mustern des Staats-Kirchenrechts in Kooperation mit muslimischen Organisationen gegründet (vgl. Broden 2010: 350). Damit hängt, drittens, die *politische Repräsentation und die Kooperation der muslimischen Organisationen sowie anderen muslimischen Akteuren und Repräsentationsgremien mit der Dominanzgesellschaft* zusammen. Auf Bundesebene ist hier v. a. die Deutsche Islam Konferenz zu nennen, die einen institutionalisierten Dialog zwischen dem deutschen Staat und den muslimischen Vertretern darstellt. Im Rahmen dieser Kooperation wird erörtert, wie der Islam in das staatliche und gesellschaftliche Gefüge integriert werden kann. Zudem werden andere, die Muslime betreffenden religions- und integrationsbezogene Themen behandelt (vgl. Website DIK<sup>30</sup>). Auf lokaler Ebene sind u. a. Integrationsräte und andere Dialoggremien in den Stadtteilen zu nennen, in denen sich häufig Vertreter von muslimischen Gemeinden befinden und u. a. muslimische Interessen vor der Verwaltung und Kommunalpolitik vertreten (vgl. Schoppengerd 2008: 46 ff., Suder 2015: 178 ff.). Zudem fällt hierunter die Legitimität von Moscheegemeinden, als für die Religionspflege und das muslimische Gemeindeleben zuständige Akteure und Ansprechpartner für die soziale Umwelt. Bezieht man diese Facette der Kooperation auf die Mikro-Ebene und das Alltagsleben, kann von Dialog zwischen Muslimen und der Dominanzgesellschaft gesprochen werden.

Ebenfalls eng verbunden mit den vorherigen Punkten ist die *rechtliche Anerkennung* von Muslimen (vgl. Spielhaus/Herzog 2015). Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Anerkennung der Muslime als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Daher soll hier kurz auf diesen rechtlichen Status, der die Beziehung zwischen Staat und Religionsgesellschaften stark prägt, eingegangen werden. In Deutschland findet die formale Anerkennung von Religionsgemeinschaften durch den rechtlichen Status einer Körperschaft statt, der den Religionsgemeinschaften erhebliche Rechte, Förderung und Autonomie einräumt. Zwar ist dieser Status keine Voraussetzung, um als Religionsgemeinschaft agieren zu können und öffentliche Zuschüsse erhalten zu können, doch sind viele für die Religionsausübung nützlichen Rechte mit dem Sonderstatus der Körperschaft verbunden. Deshalb sind in dem korporativen System Deutschlands die Religionsgemeinschaften wie die katholische und evangelische Kirche, die jüdische Gemeinde, die griechisch-orthodoxe Kirche und die Zeugen Jehovas in dieser Form organisiert. Zu den besonderen Rechten, die damit verbunden sind, gehört zum Beispiel das Recht zum Steuereinzug bei ihren Mitgliedern, die Dienstherrenfähigkeit, die Dienstverhältnisse ermöglicht, die nicht an das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht gebunden sind, sowie die Rechtsetzungsgewalt, die eine „Befugnis zur öffentlich-rechtlichen Regelung der Beziehungen zu den Mitgliedern“ darstellt (Website BMI<sup>31</sup>). Sie erlaubt diese Korporationsrechte autonom zu gestalten (vgl. ebd.). Den Religionsgemeinschaften, die den öffentlich-rechtlichen Status

---

<sup>30</sup> [https://www.deutsche-islam-konferenz.de/DE/STARTSEITE/STARTSEITE\\_NODE.HTML](https://www.deutsche-islam-konferenz.de/DE/STARTSEITE/STARTSEITE_NODE.HTML), letzter Zugriff am 04.07.2021.

<sup>31</sup> <https://www.bmi.bund.de/DE/THEMEN/HEIMAT-INTEGRATION/STAAT-UND-RELIGION/KOERPERSCHAFTSSTATUS/KOERPERSCHAFTSSTATUS-NODE.HTML>, letzter Zugriff am 04.07.2021.

besitzen, können darüber hinaus weitere Privilegien eingeräumt werden, die im Bundes- oder Landesrecht geregelt werden (vgl. ebd.).<sup>32</sup> Es ist also ein gewisses Vertrauen des Staates und damit eine symbolische Anerkennung an den Körperschaftsstatus gebunden; zugleich stellt der Status eine legale und legitime Gewährleistung von Autonomie in vielfacher Hinsicht dar. Deshalb streben die muslimischen Verbände diesen als Organisationsgrundlage an. Bisher hat es nur die Ahmaddiya Muslim Jamaat<sup>33</sup> geschafft, in Hessen und Hamburg den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erlangen (vgl. Hollenbach 2017: o. S.).

Aus der Perspektive der Bundesregierung mangelt es bei den muslimischen Organisationen an einem einheitlichen Ansprechpartner, der zugleich einen ausreichenden Vertretungsgrad von Muslimen beanspruchen kann und die erforderliche Garantie eines langjährigen Bestandes gewährleistet (vgl. Traub 2010: o. S.). Häufiger wird diesbezüglich von muslimischer Seite moniert, dass der deutsche Staat die Uneinigkeit der Muslime dazu nutze, die Verfolgung ihrer Interessen zu verzögern (vgl. Yol-Gedikli 2016: o. S.).

Die fünfte Facette der Etablierung des Islam in Deutschland betrifft die *symbolische Anerkennung des Islam und der Muslime* als Teil Deutschlands durch die Gesellschaft (vgl. Bendel/Hildebrandt 2006). Diese äußert sich z. B. anhand einer weitgehenden gesellschaftlichen Legitimität der Präsenz von islamischen oder für Muslime stehenden Symbolen in der Öffentlichkeit und in öffentlichen Einrichtungen sowie der Anerkennung von muslimischen Feiertagen, was bisher in Deutschland nicht stattgefunden hat (vgl. Maussen 2006; Koenig 2004, Hildebrandt/Bendel 2006). Zudem fällt hierunter die Haltung der Dominanzgesellschaft zum Islam und Muslimen. Wie der Status quo hinsichtlich der (öffentlichen) muslimischen Präsenz ist, lässt sich aus repräsentativen Umfragen und dem gesellschaftlichen Diskurs ablesen (vgl. Pollack et al. 2014).<sup>34</sup> Damit hängt auch die Betrachtung des Islam und der Muslime als eine gesellschaftliche Normalität, die von weiten Teilen der Gesellschaft nicht hinterfragt wird.

Wie bereits angedeutet, hängen die verschiedenen Facetten der Etablierung des Islam miteinander zusammen und bedingen sich gegenseitig. So stehen Kooperationen zwischen organisierten Muslimen und staatlichen Institutionen und ihre rechtliche Anerkennung in einem

---

<sup>32</sup> Es stehen den Religionsgemeinschaften auch unabhängig vom Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts bestimmte Möglichkeiten einer (weitergefassten) kollektiven Religionsausübung zu, die durch verfassungsrechtliche Bestimmungen geregelt werden (vgl. Art. 4 Abs. 1 GG, Art. 140 GG i. V. m. Art. 136-139, 141 WRV). So besteht unabhängig vom Körperschaftsstatus die Möglichkeit, Einrichtungen wie Kindergärten und Altenheime zu betreiben, Gebäude für religiöse Zwecke zu errichten oder die Genehmigung zur Erteilung von Religionsunterricht zu erhalten (vgl. <https://www.bmi.bund.de/DE/THemen/HEIMAT-INTEGRATION/STAAT-UND-RELIGION/KOERPERSCHAFTSSTATUS/KOERPERSCHAFTSSTATUS-NODE.HTML>, letzter Zugriff am 04.07.21). Dies gestaltet sich jedoch aufgrund der immer wieder neuen Überprüfung der Eignung der Träger als schwierig. Spielhaus/Herzog (2015) gehen in ihrem Gutachten auf die Vielfalt der Formen rechtlicher Anerkennung im deutschen Recht ein und betonen die Zerklüftung der religionspolitischen Instrumente entlang der Ländergrenzen. Eine weitere Facette der rechtlichen Anerkennung des Islam wäre zudem die Integration der islamischen Rechtsnormen, wie z. B. des islamischen Erbrechts, ins deutsche Rechtssystem, was in Deutschland jedoch eine untergeordnete Rolle spielt (vgl. Rohe 2016: 229 ff.).

<sup>33</sup> Bei der AMJ handelt es sich um eine Reformbewegung, die Ende des 19. Jahrhunderts auf dem indischen Subkontinent entstanden ist und auf den Reformen Mirza Ghulam zurückgeht. Aufgrund von theologischen Differenzen wie z. B. der Anerkennung eines „Sekundärpropheten“ wird die AMJ von anderen Muslimen zum Teil nicht anerkannt (vgl. Rohe 2016: 144).

<sup>34</sup> Eine weitere Facette, die ebenfalls als ein Aspekt der Etablierung des Islam gelten hier jedoch nicht näher behandelt werden kann, betrifft den Einklang des Glaubens mit den in der Gesellschaft dominanten Rechts- und Wertesystem. Dieser Aspekt wird in der Sozial- und Islamwissenschaft u. a. unter dem Begriff „Euro-Islam“ diskutiert (vgl. Tibi 2009, Leggewie 2002). Er äußert sich z. B. in der Bejahung einer säkularen Gesellschaft und einer kritischen und zeitgemäßen Auslegung von gewaltbezogenen oder patriarchalen Inhalten im Koran und den Hadithen (vgl. Khorchide 2017). Eine muslimische Organisation, die dezidiert anstrebt, den Islam vor dem Hintergrund der Errungenschaften einer demokratisch und liberal verfassten Gesellschaft auszulegen, ist der Liberal-Islamisch Bund (vgl. <https://lib-ev.jimdo.com/>, letzter Zugriff am 04.07.21). Dieser Aspekt hängt wiederum, nach Meinung zahlreicher Sozial- und Islamwissenschaftler (z. B. Khorchide 2017), stark mit der (interkulturellen) Öffnung der deutschen Einrichtungen für islambezogene Angebote zusammen, v.a. der islamische Religionsunterricht an Schulen sowie die Imamausbildung an Universitäten. Den islamischen Religionsunterricht, der mittlerweile in mehreren Bundesländern, darunter in NRW offiziell eingeführt wurde, bezeichnet Bodenstein als „Vehikel der Wertevermittlung“ (Bodenstein 2010: 359) und „Kernelement der kulturellen Integration“ (ebd.).

engen Zusammenhang. Zudem definiert das bisherige Staatskirchenrecht, das staatlichen und muslimischen Akteuren häufig als Orientierung zur Etablierung des Islam dient, Rechte und Pflichten zwischen den Religionsgemeinschaften und betrachtet diese als Partner des Staates (Bodenstein 2010: 360). Außerdem können die Aushandlungen und Vereinbarungen auf Bundesebene, z. B. durch in der Deutschen Islam Konferenz, handlungsleitend für die Akteure auf der lokalen Ebene sein und die Legitimitätsbeurteilung mitprägen (vgl. Kap. 7).

Wie anhand der vorgestellten Facetten hervorgeht, ist die Etablierung des Islam mit dem Wandel der Muslime und der Gesellschaft verbunden und ein fortwährender Prozess der Aushandlungen zwischen Muslimen untereinander, Akteuren der Dominanzgesellschaft untereinander sowie zwischen Muslimen und der Dominanzgesellschaft. Zur realen Etablierung des Islam gehört zudem, dass es bei einem Teil der Muslime ein partielles Aufgeben der eigenen religiös-kulturellen Bedürfnisse gibt (vgl. Hildebrandt/Bendel 2006: 12 f.). Dies betrifft z. B. den Verzicht auf einen Halbtage am Freitag, der bei Muslimen ein Äquivalent zu dem christlichen und in Deutschland rechtlich vor Arbeit geschützten Sonntag darstellt. Außerdem ist zu vermerken, dass manche Facetten der Etablierung des Islam für Teile der muslimischen Bevölkerung keine Rolle spielen, da sie der institutionalisierten Religionspflege eine geringere Rolle zuschreiben (vgl. Haug et al. 2009: 14; Rohe 2016: 125 ff.).

Die Errichtung von repräsentativen Moscheen ist vor allem der ersten Facette, der Herausbildung von Organisationen und Einrichtungen durch Muslime (1. Facette), der Legitimität von Moscheegemeinden als Kooperationspartner (3. Facette) sowie der fünften Facette der Anerkennung von Muslimen und ihrer öffentlichen Sichtbarkeit (5. Facette) zuzuordnen. Diese wird anhand des Islamdiskurses in Deutschland im nächsten Abschnitt näher beleuchtet.

## **2.2 Islamdiskurs und Islam- und Muslimbilder: Muslime als „Teil Deutschlands“ und „Sicherheitsgefahr“**

Für das bessere Verständnis der Aushandlungen von Moscheebauprojekten, ihrer Legitimitätsdefizite und der Sichtweisen der beteiligten Akteure ist ein Blick auf den Islamdiskurs und die Islambilder bzw. Muslimbilder in Deutschland unerlässlich. Sowohl der Islamdiskurs und die öffentliche Thematisierung islambezogener Themen als auch die Haltung der Bevölkerung zum Islam und zu Muslimen in Meinungsumfragen sollen daher näher betrachtet werden. Dies erscheint insofern sinnvoll, als im Rahmen von Moscheebauprojekten allgemeine Islambilder auf die Moschee und die Moscheegemeinde projiziert werden (Schmitt 2003: 133 ff.) und sie die Legitimitätswahrnehmung der lokalen Projekte beeinflussen.

In den letzten Jahren sind viele Publikationen zum Islamdiskurs entstanden (vgl. Halm 2008, Karis 2013, Ucar 2010, Ceylan/Uslucan 2018). Zudem bildet der Islamdiskurs ein Querschnittsthema, das in verschiedenen islam- und muslimbezogenen Themenfeldern berücksichtigt wird (vgl. Identitätspolitik bei Naylor/Ryan 2002; Inkorporation von Muslimen bei König 2004). Publikationen, die den Diskurs im Zentrum ihrer Analyse haben, untersuchen mit ihrer häufig diskurslinguistischen Herangehensweise Inhalte, die im Zusammenhang mit dem

Islam und Muslimen thematisiert werden und benennen die Akteure, die den Diskurs prägen. Zum einen verweisen einige Autoren darauf, dass der Islam bereits vor den Terrorangriffen vom 11. September 2001 als gefährlich und rückständig im öffentlichen Diskurs thematisiert wurde (vgl. Halm 2008: 8) und dass alte islambezogene Feindbilder Jahrhunderte überdauern (vgl. Naumann 2010, Lange 2010). Zum anderen werden die Angriffe vom 11. September und die darauffolgenden Kriege der USA und der anderen westlichen Staaten im Nahen Osten als einschneidende Ereignisse gewertet, die der Auseinandersetzung „einen bis heute wirkenden Impuls gegeben und die Religion als herausragende Kategorie in einem ohnedies intensivierten Integrationsdiskurs etabliert“ (Halm 2008: 8) haben. Riem Spielhaus zeichnet den Prozess der diskursiven Herstellung „des Muslims“ nach und veranschaulicht, wie im medialen Diskurs, in der Rhetorik der Bundesregierung und in der Wissenschaft „aus Einwanderern Muslime wurden“ (Spielhaus 2013: 4). In ihrer Dissertation stellt Spielhaus fest, dass Menschen mit familiären Wurzeln in muslimisch geprägten Ländern pauschal und unabhängig von ihrer eigentlichen Identität anhand einer unterstellten Religiosität als Muslime adressiert würden (vgl. Spielhaus 2011). Die Konstruktion der Muslime als eine homogene Gruppe und die damit einhergehenden diskursiven Zuschreibungen werden von einigen Sozialwissenschaftlern als „Islamisierung des Islam“ oder „Muslimisierung der Muslime“ (Foroutan 2012: 20 f.) bezeichnet.

Neben der Zunahme des Stellenwertes der Kategorie „Muslim“ (vgl. Brubaker 2013) in der Wahrnehmung verweist die Forschungsliteratur (geschlossen) darauf, dass Muslime und Islam primär im negativen Kontext erwähnt oder mit negativen Aspekten (Gewaltbereitschaft, Unterdrückung der Frau, Fundamentalismus, Rückständigkeit etc., s. u.) assoziiert werden (vgl. Halm 2008, Schneiders 2010, Foroutan 2012).

Die intensiven gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Einrichtungen, das Schächten von Tieren oder die Beschneidung zeigen, dass im Rahmen der Etablierung des Islam, manche islamische Gebräuche immer wieder auf Widerstände in der Gesellschaft treffen und dabei die Frage aufgeworfen wird, ob dies mit dem deutschen Rechts- und Wertesystem vereinbar sei (vgl. Rohe 2016: 175 ff, 243 ff.). Dabei werden Werte wie Geschlechtergleichheit, Kinderwohl und die Trennung von Religion und Staat sowie Religionsfreiheit herangezogen, um die Legitimität der Vorhaben und Gebräuche entweder hervorzuheben oder sie zu diskreditieren.

Zum Teil sind die negativen Assoziationen und Islambilder auf real existierende Probleme der letzten Jahre zurückzuführen. Zu nennen sind z. B. das zeitweise Erstarken von Islamisten sowohl in muslimisch geprägten Ländern des Nahen Ostens (vgl. Krämer 2011) als auch eine islamistische Radikalisierung vor allem von jungen Menschen in Deutschland, was u. a. an einigen vereitelten und durchgeführten islamistisch konnotierten Attentaten (z. B. in Berlin, Würzburg und Ansbach) deutlich wird.<sup>35</sup> Eine Studie von Detlef Pollack und seinen

---

<sup>35</sup> Es gibt verschiedene islamistische Tendenzen in Deutschland. Gemeinhin wird mit dem Begriff „Islamismus“ eine politische Ideologie bezeichnet, die eine Umwälzung von gesellschaftlichen Verhältnissen anstrebt und sich (selektiv) an islamischen Normen und Geboten orientiert (vgl. Volk 2015: 3). Dabei handelt es sich im Gegensatz zum Islam nicht um eine Religion, die von Einzelnen oder Gemeinschaften praktiziert wird, sondern um ein politisches Programm, das für alle auf einem bestimmten (Staats-)Gebiet lebenden Menschen verbindlich sein soll (vgl. ebd. 5). Salafismus oder Neo-Salafismus ist eine Sammelbezeichnung für in sich heterogene islamistische Bewegung, die die gegenwärtige Gesellschaft nach dem Vorbild der urislamischen Zeit umgestalten möchte und sich dabei an Mohammed, seinen Gefährten und den zwei darauf folgenden Generationen der islamischen Gemeinschaften orientiert (Kiefer/Ceylan 2013: 77 ff.). Eine weitere

Mitarbeitern stellt unter einem Teil der Muslime „dogmatische und fundamentalistische Einstellungen“ (Pollack et al. o. J.: 13) und konservativere Geschlechterrolleneinstellungen als unter Nichtmuslimen fest (ebd.: 10, vgl. auch Becher/El-Menouar 2014). Dabei zeigt sich gleichzeitig, dass es sich um Minderheiten unter Muslimen handelt, die diese Einstellungen haben (Pollack et al. o. J.: 16). Ein Teil kann durch das bei den Betroffenen niedrigere Bildungsniveau erklärt werden (vgl. Becher/El-Menouar 2014: 5). Eine Pauschalisierung auf die Gesamtheit der in Deutschland lebenden Muslime und eine Erklärung von demokratiedistanten und patriarchalischen Einstellung mit der Religiosität bzw. der Religionszugehörigkeit ist den Autoren zufolge nicht angezeigt.<sup>36</sup>

Zusätzlich zu negativen Assoziationen sind vielfältige damit verbundene Abgrenzungen im deutschen Islamdiskurs festzustellen. Der Journalist und Migrationsforscher Mark Terkessidis konstatiert eine Essentialisierung von bestehenden oder vermeintlichen Unterschieden zwischen Bevölkerungsgruppen. Seiner Meinung nach werden die Unterschiede „schnell und unbedarft in essentialistische Vorstellungen von Gemeinschaft und kultureller Identität übersetzt“ (Terkessidis 2010: 115, vgl. auch Foroutan 2012: 58). Die Gegenüberstellung vom europäischen Abendland und dem Islam, die nicht miteinander vereinbar seien, durch rechtspopulistische Parteien wie Pro NRW oder AfD – Stefano Allievi bezeichnet diese Art von Parteien als „political entrepreneurs of Islamophobia“ – stellt ein sehr prägnantes Beispiel für diese rassistische Essentialisierung dar (vgl. Allievi 2010: 27, Häusler 2008).

Folglich wird in der Forschungsliteratur häufiger von einer „Konstruktion des Islams in Deutschland durch den Diskurs“ gesprochen (Halm 2008: 101; vgl. Kap. 1). Der Aspekt der Konstruktion des Islams kommt in Schiffauers Konzept des Islam als „Diskursfeld“ zum Ausdruck (Schiffauer 1998: 419), das er auffasst als „eine Arena, in der zahlreiche Akteure untereinander aushandeln, was der Islam ist“ (ebd.: 420). Daran anknüpfend deutet Halm den Islamdiskurs ebenfalls als eine Machtfrage, bei der es um die Etablierung eines bestimmten Islambildes und die Durchsetzung von Integrationszielen für die Muslime in Deutschland geht. Hinsichtlich der Anerkennungsforderungen von Muslimen wird von einigen Autoren konstatiert, dass Teile der Bevölkerung ein Integrationsverständnis teilen, das den Muslimen eine zurückhaltende, nichtfordernde Position und eine Anpassung an die Aufnahmegesellschaft abverlangt (Foroutan 2012: 57). Dieser Gaststatus wird den Muslimen auch im Rahmen von Moscheebauprojekten zugewiesen, wie Hüttermann (2006) in seiner Studie veranschaulicht (vgl. Kap. 3). Der strategische Aspekt ist bei der Betrachtung der lokalen Aushandlung um

---

einflussreiche islamistische Gruppierung ist die Muslimbruderschaft. Diese islamistische Organisation wurde in den 1920er Jahren in Ägypten gegründet und ist auch in Deutschland aktiv. Sie wird im Verfassungsschutz beobachtet (BMI 2017: 202). Sicherheitsorgane nutzen in diesem Kontext den Begriff „Extremismus“. Als extremistisch bezeichnet der Verfassungsschutz als „Aktivitäten [...], die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen“ ([HTTPS://WWW.VERFASSUNGSSCHUTZ.DE/DE/SERVICE/GLOSSAR/EXTREMISMUS-RADIKALISMUS](https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/extremismus-radikalismus), letzter Zugriff am 10.12.20). Darunter werden diverse gesellschaftliche „unabänderlichen obersten Wertprinzipien als Kernbestand der Demokratie“ (ebd.) gefasst, wie z. B. Ausschluss von Gewalt und Willkürherrschaft, Beachtung von Menschenrechten und die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung (ebd.). Demgegenüber bezeichnet die Behörde „Radikalismus“ als „eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits ‚von der Wurzel (lat. radix) her‘ anpacken will. Im Unterschied zum ‚Extremismus‘ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden“ (ebd.). Daher spricht die Behörde radikalen Ideen in der „pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz“ (ebd.) zu. Demnach kann Radikalismus bestimmten Normen und etablierten Werten der Gesellschaft widersprechen. Jedoch ist dieser nicht mit konkreten Handlungen verbunden, die die Gesellschaft in ihrer konstitutionellen Prägung gefährdet.

<sup>36</sup> Trotzdem zeigt es spezifische Herausforderungen auf für die politische Bildungsarbeit sowie auch für die zukünftige Arbeit von Moscheegemeinden.

Moscheebauprojekte zu berücksichtigen, um z. B. Interessen hinter der Diffamierung der Moscheegemeinde oder des Moscheebauprojekts aufzudecken.

Der Architekt Salomon Korn sieht das Zusammengehörigkeitsgefühl von Muslimen und Nichtmuslimen als entscheidend für die Akzeptanz von Moscheebauprojekten an: „Je weniger Muslime in Europa als Teil der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft empfunden werden, desto stärker bildet sich Widerstand gegen ihre Moscheen“ (Korn 2010: 250), was auf die große Bedeutung von Grenzziehung als Haltung bzw. Wahrnehmung durch die Stadtgesellschaft für die Legitimität von Moscheebauprojekten hinweist. Diesbezüglich konstatieren Pollack et al., dass „Religion in Europa zu einem sozial und politisch relevanten Grenzmarker geworden“ ist (Pollack et al. 2017: 8).

Hinsichtlich des Islamdiskurses wird von einigen Autoren die untergeordnete Rolle der muslimischen Akteure aufgegriffen. Dirk Halm z. B. konstatiert im Jahr 2008, dass Muslime allgemein nur über eine schwache Diskursmacht verfügen und lediglich auf die von der Gesellschaft aufgeworfenen Themen reagieren (Halm 2008: 17). Zugleich kann mittlerweile eine innermuslimische Auseinandersetzung festgestellt werden, in der es um die Deutungshoheit der Erscheinung und Ausgestaltung des Islam in Deutschland geht.

Islamablehnende und islamfeindliche Haltungen beschränken sich jedoch nicht ausschließlich auf öffentlich präsen- te Akteure bzw. Parteien.<sup>37</sup> Die ablehnende Haltung ist auch bei einem breiten Teil der Bevölkerung vorzufinden, was verschiedene Studien belegen. So zeigt die 2010 veröffentlichte Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“ des Religionswissenschaftlers Detlef Pollack und seines Teams folgendes Bild: In der repräsentativen Umfrage, die in mehreren Ländern durchgeführt wurde (Deutschland, Dänemark, Niederlande, Frankreich, Portugal), kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass in Deutschland das negativste Islambild bzw. Muslimbild vorherrscht. So geben in Deutschland ca. 60 % der Bevölkerung an, eine „eher“ bzw. „sehr negative Haltung“ zu Muslimen zu haben (vgl. Abb. 3).<sup>38</sup> Zugleich zeigt sich, dass länderübergreifend Muslime die unbeliebteste religiöse Minderheit darstellen (vgl. Abb. 4).

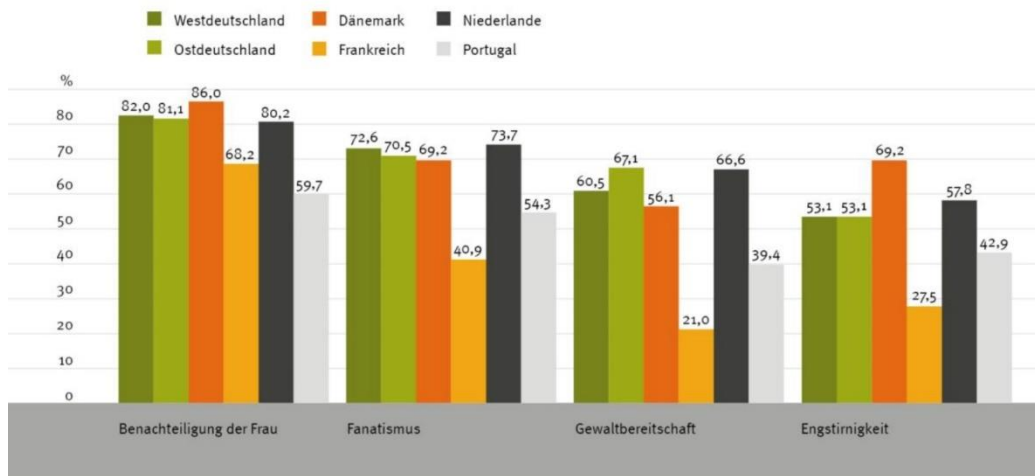
---

<sup>37</sup> Islamfeindlichkeit wird auch unter dem Begriff Islamophobie behandelt. Da der Begriff Phobie eine irrationale Angst nahelegt, wird im Rahmen dieser Arbeit bei Parteien wie NPD oder AfD von antimuslimischen Akteuren gesprochen, denn es handelt sich bei dem Wirken dieser Akteure um rassistische, also andere Menschen aufgrund ihrer (ihnen zugeschriebenen) Herkunft oder Religion pauschalisierende und abwertende Rhetorik und Handlungen (vgl. [HTTPS://WWW.IDA-NRW.DE/THEMEN/RASSISMUS/GEGENWART#c91](https://www.ida-nrw.de/themen/rassismus/gegenwart#c91), letzter Zugriff am 04.07.21). Nach dem Verständnis der vorliegenden Arbeit zeichnen sich antimuslimische Akteure durch folgende Eigenschaften und Beziehungen zum Islam und Muslimen aus: ein politisches Engagement, ein starker (bisweilen ausschließlicher) Fokus auf die Themen „Islam und Muslime“, eine einseitig negative öffentliche Thematisierung des Islam und der Muslime, indem z. B. eine Unvereinbarkeit vom Islam (in jeglicher Form) und der deutschen (und anderen) Gesellschaft(en) behauptet wird, Muslime pauschal als eine Gefahr für die Gesellschaft dargestellt und ihnen Rechte der Religionspraxis abgesprochen werden. Damit werden den muslimischen Vorhaben, wie z. B. dem Moscheebau, grundsätzlich die Legitimität abgesprochen (vgl. Pfahl-Traughber 2014: o. S.).

Von diesem Begriff nicht erfasst sind Privatpersonen, die Angst oder Abneigung gegenüber dem Islam und Muslimen empfinden, damit jedoch keine Öffentlichkeitsarbeit betreiben und Islamkritiker, die eine fundierte und sachliche Kritik an der Religion üben, ohne jedoch abfällig über Menschen islamischen Glaubens zu sprechen oder entsprechend zu handeln. Wesentliche Forschungsbeiträge zum Thema werden jährlich im Jahrbuch für Islamophobieforschung (JfI) unter der Leitung von Farid Hafez veröffentlicht.

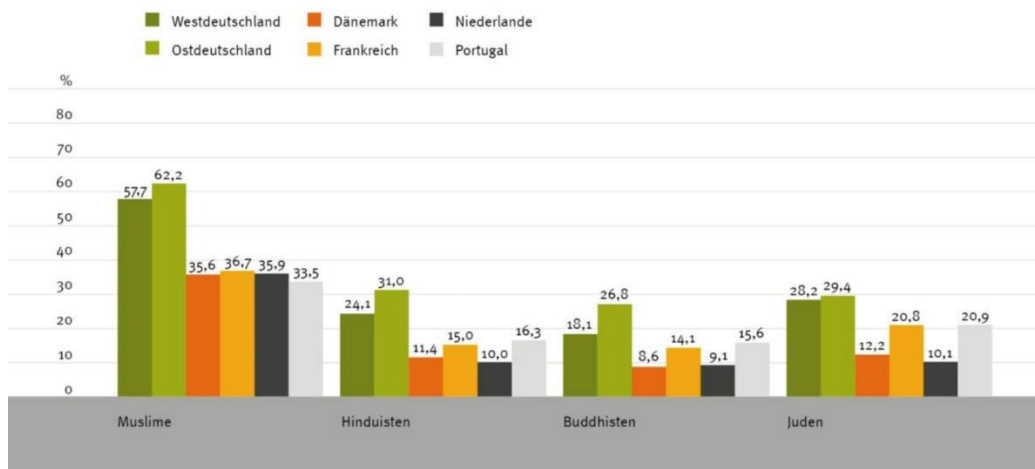
<sup>38</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Leipziger Autoritarismus Studie (vgl. Decker et al. 2020: 64 f.).

Abbildung 3: Assoziationen mit dem Stichwort Islam



Quelle: Pollack 2010: 6

Abbildung 4: Negative Haltungen gegenüber Muslimen



Frage: Wie ist Ihre persönliche Haltung zu den Mitgliedern folgender religiöser Gruppen? (Antwort „eher“ bzw. „sehr negativ“ in Prozent)

Quelle: Pollack 2010: 5

Außerdem zeigt die Umfrage, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Islam in erster Linie mit negativen Themen wie z. B. Benachteiligung der Frau, Fanatismus oder Gewaltbereitschaft assoziiert.

Wie sich diese ablehnende Haltung gegenüber dem Moscheebau manifestiert, wird in Kapitel 3 mit Rückgriff auf dieselbe Studie gezeigt. Auch eine Studie der Bertelsmann-Stiftung weist eine negative Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Islam nach. So empfinden 57% der nichtmuslimischen Bürgerinnen und Bürger „den Islam als Bedrohung“ (Bertelsmann-Stiftung 2015: 7). Es gibt Hinweise dafür, dass die negative Wahrnehmung der Muslime besonders in Regionen mit wenigen Muslimen besonders ausgeprägt ist. Dies zeigt ein Vergleich zwischen Ostdeutschland, wo nur wenige Muslime leben, und Westdeutschland, wo die meisten deutschen Muslime beheimatet sind (vgl. Pollack 2010: 4). In seiner Studie schlussfolgert Pollack,



dass „je häufiger man Muslime trifft, desto wahrscheinlicher ist es, dass man zu ihnen ein positives Verhältnis entwickelt“ (ebd.), was Implikationen für die Schaffung von Legitimität für Moscheebauprojekte haben kann. Es gibt Hinweise dafür, dass der negative Islamdiskurs und Diskriminierungserfahrungen die Abschottung bzw. den Rückzug der Muslime befördern können (vgl. Leitbold et al. 2005). In diesem Zusammenhang wird auch von einer Selbstethnisierung gesprochen, wonach sich diskriminiert fühlende Individuen in ihren ethnischen oder religiösen Netzwerken zusammenschließen, sich auf die (realen oder vermeintlichen) Werte- und Normensysteme der Herkunftsländer besinnen und ihre Identität danach ausrichten. Gegenüber der Dominanzgesellschaft<sup>39</sup> wird diese herkunftsbezogene Identität zumeist abwehrend in den Vordergrund gestellt (vgl. Bozay 2012: 117 ff.). Für Foroutan stellt die diskursiv immer wieder hergestellte Distanz zwischen Muslimen und Nichtmuslimen eine Erschwernis für gesellschaftliche Integrationsprozesse dar (Foroutan 2012: 55 ff.). Nachdem die Akzeptanz von Muslimen in Deutschland betrachtet wurde, werden im nächsten Kapitel die muslimischen Akteure, die oben eher als Objekte des Diskurses thematisiert wurden, näher betrachtet.

## 2.3 Muslimische Organisationen

### 2.3.1 Muslimische Dachverbände als Vertreter (eines Teils) von Muslimen<sup>40</sup>

Muslimische Organisationen spielen eine zentrale Rolle in der vorliegenden Arbeit und werden in diesem Kapitel daher näher beleuchtet. Damit sind sowohl Dachverbände als auch die lokalen Moscheegemeinden gemeint. Auch wenn Ausgangspunkt der Analyse Moscheebauprojekte sind, sind es die muslimischen Organisationen, allen voran Moscheegemeinden als Bauherren, die die zentralen Akteure dieser Studie darstellen. Nach gängigen Einschätzungen können sie sowohl als Migrantenorganisation als auch als religiöse (Migranten-)gemeinde bezeichnet werden. Hier seien in Anlehnung an Hero et al. (2008) die grundlegenden Elemente festgehalten: eine Selbstdefinition als eine religiöse Gemeinschaft, eine Lehre, die einen Transzendenzbezug beinhaltet, ein Mindestmaß an Institutionalisierung, das in einer regelmäßigen kultischen Praxis, dem Vorhandensein einer Ansprechperson und eines Raumes besteht (vgl. Hero et al. 2008: 19). Unter Migrantenorganisationen definiert Ludger Pries „relativ dauerhafte Kooperationszusammenhänge mit bestimmbar Zielen, einer mehr oder weniger formalisierten Struktur (z. B. Leitungsgremium mit Arbeitsteilung, Satzung) und identifizierbaren Mitgliedschaftsregeln [...]“. Als Migrantenorganisationen werden dabei nur solche Organisationen bezeichnet, die in einem ganz erheblichen Ausmaß (mindestens etwa zur Hälfte) aus Migranten zusammengesetzt sind und die sich mit migrationsrelevanten Themen und Aufgaben beschäftigen“ (Pries 2010: 16).<sup>41</sup> Hierbei muss bedacht werden, dass weniger formalisierte Zusammenschlüsse oder

<sup>39</sup> Unter Dominanzgesellschaft wird der autochthone Teil der Gesellschaft verstanden. Der Begriff bringt zum Ausdruck, dass dieser Gesellschaftsteil tendenziell für sich in Anspruch nimmt, die Werte und Normen in einem Land zu definieren und über die Zugehörigkeit von Menschengruppen zur Gesellschaft zu bestimmen (vgl. Rommelspacher 2006).

<sup>40</sup> Die Fülle an verschiedenen kommunalen, regionalen und bundesweit tätigen Organisationen und Zusammenschlüssen macht es schwer, die muslimische Organisationslandschaft in ihrer Vollständigkeit darzustellen, und ist auch nicht das Ziel dieser Arbeit. Vielmehr soll ein Einblick in die Vielfalt der Organisationen gegeben und die vernetzungs- und legitimitätsbezogenen Aspekte beleuchtet werden. Der Schwerpunkt wird auf die drei größten türkisch geprägten Organisationen gelegt (DITIB, IGMG, VIKZ), da sie zu den mitgliederstärksten Verbänden gehören (vgl. Rohe 2016: 129 ff.).

<sup>41</sup> Bei der Bezeichnung von Moscheegemeinden als Migrantenorganisationen muss berücksichtigt werden, dass analog zu anderen Personen, die aus muslimisch geprägten Ländern stammen, auch die Mitglieder von Moscheegemeinden mittlerweile in Deutschland geboren und

Zusammenkünfte von Personen bei der Betrachtung von Religionsgemeinden als auch von Migrantenorganisationen per Definition ausgeschlossen werden.<sup>42</sup> Da diese loserer sozialen Gebilde in der Regel nicht zu den Initiatoren von Moscheebauprojekten gehören, stellt dies kein empirisches Problem für die vorliegende Arbeit dar. Allerdings zeigt sich im späteren Verlauf der Arbeit, dass solche losen Gruppierungen an den Räumlichkeiten von repräsentativen Moscheen interessiert sein können, weshalb sie nicht gänzlich außer Acht gelassen werden sollen. Durch ihren eindeutigen Bezug auf den Islam z. B. in der Satzung – so ist häufig der Vereinszweck die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur für die Religionspraxis – werden diese Migrantenorganisationen als religiös eingestuft (vgl. Beilschmidt 2015: 50). Es sind primär die muslimischen Organisationen, die muslimische Belange artikulieren und versuchen, diesen durch ihre Arbeit und Dienste nachzukommen und ihre Legitimität gegenüber ihren Mitgliedern zu sichern. Zugleich versuchen sie in ihrer sozialen Umwelt den Erwartungen (z. B. die Integration ihrer Mitglieder zu fördern) zu entsprechen. Rosenow-Williams zeigt in ihrer Studie zu Strategien der DITIB und der IGMG in Deutschland auf, dass die Dachverbände ihr Handeln stark an den Erwartungen der Behörden ausrichten (vgl. Rosenow-Williams 2013). Sie sind über vielfältige transnationale Verbindungen mit gesellschaftlichen und politischen Akteuren in den Herkunftsländern vernetzt und spiegeln zum Teil Interessen und Vorstellungen von diesen wider (vgl. Rosenow 2010). Sie befinden sich also in einem Spannungsfeld zwischen internen und externen Erwartungen, was weiter unten noch genauer veranschaulicht wird.

Muslimische Organisationen sind selbst Ausdruck der Etablierung des Islam und sind zugleich bemüht, diese weiter voranzutreiben. Die zentralen Dachverbände fungieren als Ansprechpartner für die Bundesbehörden und engagieren sich z. B. für die Anerkennung der Muslime als Körperschaft des öffentlichen Rechts auf Bundesebene. Zudem sind sie am Islamdiskurs beteiligt und Adressat verschiedener Erwartungen und Forderungen der Aufnahmegesellschaft und insbesondere deutscher Behörden (vgl. Rosenow/Kortmann 2011). Ferner ist hinzuzufügen, dass es häufig die muslimischen Organisationen sind, die das Ziel von Kritik im Rahmen des Islamdiskurses darstellen (vgl. Deutscher Bundestag 2015: 5f.).<sup>43</sup> Zugleich bilden die übergeordneten Dachverbandsstrukturen einen entscheidenden Teil des sozialen Netzwerks von

---

aufgewachsen sind (vgl. Kap. 1) und ihre Vereinsarbeit an Deutschland ausrichten (s. u.). Die Betrachtung von muslimischen Organisationen als Migrantenorganisationen erscheint vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Beheimatung des Islam in Deutschland (vgl. Kap. 1, 2) als immer weniger adäquat. Allerdings werden in der Migrations- und Religionssoziologie Moscheegemeinden durchaus den Migrantenorganisationen oder Migrantengemeinden zugeordnet (vgl. Halm et al. 2012: 14). Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die oben von Pries genannten Kriterien für die Kategorisierung als Migrantenorganisation auf Moscheegemeinden zutreffen. Die meisten Moscheegemeinden werden von Personen aufgesucht und geleitet, die aus dem Ausland hinzugezogen sind sowie von Personen, die aus Migrantenfamilien stammen (vgl. Schmidt/Stichs 2012: 240ff.). Die Bezeichnung als Migrantenorganisation erscheint des Weiteren für viele Moscheegemeinden zutreffend, da es zum Aufgabenspektrum gehört, die Kultur (Feste, Sprache) der Herkunftsländer zu pflegen (vgl. Halm/Stichs 2012: 76, Ceylan 2006: 145 ff.) sowie integrationsrelevante Themen z. B. durch die Mitarbeit in Integrationsräten zu behandeln (vgl. Pries 2010: 16). Zudem zeigt sich bei einem großen Teil von Moscheegemeinden, dass sie transnational vernetzt sind und Organisationen in den Herkunfts- bzw. Ursprungsregionen einen bedeutenden Einfluss auf die Moscheegemeinden, häufig vermittelt über Dachverbände, haben (vgl. Rosenow-Williams 2013). Marc Bodenstein spricht im Zusammenhang mit muslimischen Organisationen von „an die Herkunftsländer gebundenen sprachlich-kulturellen Identitäten“ (Bodenstein 2010: 360). Demgemäß bezeichnet er Muslime als „religiös, ethnisch und sprachlich-kulturell divergente[n] Gemeinden“ (Bodenstein 2010: 361). Da hier in erster Linie von Menschen bzw. Organisationen und weniger über Religion geschrieben wird, nenne ich die Organisationen muslimisch.

<sup>42</sup> Es gibt muslimische Vergemeinschaftungsformen, auf die diese Bezeichnung sicherlich nicht oder weniger zutrifft. Mit weniger formalisierten islamischen Gruppen und der Vielfalt ihrer Erscheinungsformen beschäftigt sich Chbib (2017) in ihrer Dissertation.

<sup>43</sup> Prominente Kritiker sind der Zentralrat der Ex-Muslime, die Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter und der Psychologe Ahmad Mansour.

(affilierten) muslimischen Gemeinden<sup>44</sup> und können, wie zu zeigen ist, Moscheebauprojekte entscheidend mitprägen.

Der Islam kennt keine klerikalen Hierarchien und stellt auch innerhalb der muslimischen Konfessionen keine einheitliche Gemeinde dar, wie die Zergliederung in verschiedene Organisationen zeigt. Vor allem im Verlauf der 1980er Jahre haben sich die Moscheegemeinden größeren Dachverbänden angeschlossen bzw. Bundesverbände stellten gegenüber den Moscheegemeinden ihre Kontrolle sicher (Leggewie et al. 2002: 29; Ceylan 2008: 188).

Auf der Ebene der Regionen oder Bundesländer sind die IGMG-, DITIB- und VIKZ-Gemeinden in Regionalverbänden zusammengeschlossen, die sowohl Ansprechpartner für die Landesregierung und andere Landesbehörden als auch Bindeglieder zwischen den Gemeinden und den zentralen Dachverbänden sind. Die Regional- und Landesverbände koordinieren die Arbeit der zu ihnen gehörenden Moscheegemeinden. Viele arabisch geprägte Moscheegemeinden haben sich dem Zentralrat der Muslime (ZMD) angeschlossen, dessen Vorläuferorganisation 1987 gegründet wurde und der aktuell ca. 300, darunter auch schiitische Moscheegemeinden unterschiedlicher Herkunft umfasst (vgl. Rohe 2016: 139). Weitere muslimische Organisationen mit einer gewissen Reichweite sind Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ), Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland (IGBD), Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS), Zentralrat der Marokkaner in Deutschland (ZRMD), Alevitische Gemeinde Deutschlands (AABF), Nurculuk-Bewegung, Liberal-islamischer Bund und Deutsche Muslim-Liga (DML).

Der Forderung nach einem einheitlichen Ansprechpartner (s. o.) sind die Muslime nachgekommen, indem sie 2007 den Koordinationsrat der Muslime (KRM) gegründet haben, der allerdings nicht alle organisierten Muslime umfasst und noch durch interne Konflikte geprägt ist (vgl. z. B. FR 11.03.15, Rohe 2016: 141).

### **Türkisch- Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB)**

Im Vergleich zu anderen Organisationen repräsentiert DITIB die meisten Muslime und unterhält die meisten Moscheen (vgl. Haug et al. 2009: 174).<sup>45</sup> Die *DITIB, Diyanet İşleri Türk İslam Birliği*, ist der größte muslimische Verband auf Bundesebene (vgl. Beilschmidt 2015: 27). Mittlerweile sind ca. 900 Moscheevereine an diesen Verband angeschlossen (vgl. Rohe 2016: 131). Das Ziel der DITIB ist es, „Religion und die kulturellen Traditionen der in der Bundesrepublik lebenden türkischen Staatsbürger zu bewahren“ (Küçüküseyin 2002: 16). Ein weiteres selbst erklärtes Ziel der DITIB ist es, muslimischen Gläubigen einen Ort zur Ausübung ihres Glaubens bereitzustellen und einen Beitrag zur Integration zu leisten (vgl. Website DITIB<sup>46</sup>). Zudem

---

<sup>44</sup> Auf der Grundlage des Gesagten wird die Rolle der Dachverbände für das lokale Gemeindeleben als hoch eingeschätzt. Doch es gibt auch Stimmen in der Forschungsliteratur, die betonen, dass die ideologisch-religiöse Ausrichtung der Verbände nicht vollständig auf die lokalen Gemeinden projiziert werden könne (vgl. z. B. Akca 2020: 14).

<sup>45</sup> Bei dieser Organisation handelt es sich in erster Linie um eine religionspolitische Organisation. Eine eindeutige Trennung der Organisationen nach Zielen, seien sie politisch, sozial oder religiös, ist nicht möglich. Dies ist damit verbunden, dass Organisationen unabhängig von ihren ideologischen Ausrichtungen auf die Bedingungen in beiden Ländern, Deutschland und Herkunftsland, reagieren und Stellung beziehen, da die Migranten sowohl mit dem Herkunftsland als auch mit Deutschland in Beziehung stehen. Zudem wandeln sich die Ziele und Aktivitäten der Organisationen je nach der Situation der Menschen in der Diaspora (vgl. Küçüküseyin 2002: 9).

<sup>46</sup> [HTTPS://WWW.DITIB.DE/DEFAULT1.PHP?ID=5&SID=10&LANG=DE](https://www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=10&lang=de), letzter Zugriff am 04.07.21.

werden Aktivitäten im sozialen Bereich wie Jugend- und Seniorenarbeit angeboten (vgl. ebd.). Die DITIB wurde 1984 gegründet, um zum einen die Nachfrage nach sozio-religiösen Angeboten der türkischen Migranten stillen zu können und zum anderen einen Einfluss durch die türkische Regierung auf die Diaspora zu gewährleisten. Insofern ist die Organisation eng an den türkischen Staat gebunden und der türkischen Religionsbehörde (Diyanet) in Ankara<sup>47</sup> untergeordnet (vgl. Kücühüseyin 2002: 16; Beilschmidt 2015: 66 ff.). Der Vorstandsvorsitzende der DITIB ist gleichzeitig Botschaftsrat für religiöse Angelegenheiten. Der Verband finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und einem vom türkischen Staat zur Verfügung gestellten Etat (vgl. ebd.). Eine wichtige Aufgabe der DITIB ist es, die aus der Türkei kommenden, theologisch ausgebildeten Imame den einzelnen Moscheegemeinden in Deutschland zuzuweisen. Diese Entsendung der Imame, die sich jeweils nur einige Jahre in Deutschland aufhalten, wird vor dem integrationspolitischen Hintergrund kritisch betrachtet. Häufig haben sie nur geringe Deutschkenntnisse und wenig Bezug zu den Verhältnissen und der Situation der türkischen Migranten vor Ort (vgl. Tezcan 2005: o. S.).<sup>48</sup> Somit kann die Funktion des Imams als Multiplikator, der Informationen und Anliegen von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren an die Gemeindemitglieder vermittelt, erschwert sein.

Auf Bundesebene dient die DITIB dem deutschen Staat als ein wichtiger Gesprächspartner unter den muslimischen Verbänden, da sie einen einheitlichen Ansprechpartner darstellt, der viele Gemeinden umfasst. Gespräche finden unter anderem im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK) statt. Die integrationspolitische Position der DITIB ist jedoch strittig. Auf der einen Seite wird die Anbindung an den türkischen Staat kritisiert und als kontraproduktiv für die Integration betrachtet. Auf der anderen Seite galt die Anbindung an den türkischen Staat, der laizistisch ausgerichtet ist, lange als ein Garant dafür, dass keine islamistischen Tendenzen in den Gemeinden zustande kommen (vgl. Kücühüseyin 2002: 16; Tezcan 2005, Rohe 2016: 131 ff.).<sup>49</sup> Ein Zitat eines hochrangigen Beamten des Innenministeriums bringt diese Haltung zum Ausdruck: „Wir sind natürlich nicht begeistert, dass der türkische Staat hier so reinregiert. [...] Aber andererseits weiß ich bei der DITIB, was ich habe: Da gibt es keine Hassprediger“ (zitiert nach DIE ZEIT 25.09.15). Die stärkere Marginalisierung anderer Verbände und problematische Prägung hinsichtlich islamistischer Tendenzen (s. u.) bei dem großen Verband der IGMG haben die Kooperationsbereitschaft der Behörden mit der DITIB gesteigert (vgl. Rosenow 2010: 195).

Die DITIB bewegt sich also stark im Spannungsfeld von vielfältigen Erwartungen: Zum einen muss die DITIB als Tochterorganisation der türkischen Ministerialbürokratie die Linie der Regierung vertreten. Zugleich wird von deutschen Behörden und der Aufnahmegesellschaft erwartet, dass die Organisation ihren Schwerpunkt bei ihrer Arbeit eindeutig auf Deutschland

<sup>47</sup> Mit der Gründung der Türkischen Republik 1923 wurden einschneidende Reformen vor allem hinsichtlich der Stellung der Religion im Staat durchgeführt (Einführung des Laizismus durch Mustafa Kemal Atatürk).

Das Kalifat wurde abgeschafft und die Verwaltung des Islams wurde der 1924 neu gegründeten Behörde Diyanet unterstellt. Ihre Aufgabe ist die Kontrolle der religiösen Einrichtungen und die Betreuung der Bevölkerung in religiösen Belangen (vgl. Bartsch 2003: 80 f.).

<sup>48</sup> Die Entsendung von religiösen Amtspersonen passiert keinesfalls nur bei der DITIB und den Muslimen. Die polnischen katholischen Missionen entsenden ebenfalls regelmäßig Priester in die polnische Diaspora (vgl. Fernández Molina 2005: 252). Der Unterschied jedoch ist, dass diese keine staatlichen Beamten sind und der deutschen Bischofskonferenz unterstellt sind.

<sup>49</sup> Aktuelle, zum Thema DITIB erschienene Untersuchungen stammen von Theresa Beilschmidt (2015) und Andreas Gorzewski (2015).

legt (vgl. Rosenow 2010). Laut Sezgin (2010) und Rosenow (2010) erwarten die Gemeindemitglieder von der DITIB eine gleichzeitige Ausrichtung auf das Herkunfts- und das Aufnahmeland, um ihren Interessen und Bedürfnissen gerecht werden zu können (Rosenow 2010: 196). Zum Teil gibt es unter den Vereinsmitgliedern regelmäßig Auseinandersetzungen um die Rolle und Ausrichtung der DITIB.

### **Der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ)**

Ein weiterer großer, türkisch geprägter Dachverband ist der *Verband der islamischen Kulturzentren*. Er geht auf das 1973 gegründete Islamische Kulturzentrum e. V. zurück und umfasst ca. 300 Moscheegemeinden. Die Organisation praktiziert einen sunnitisch hannafitischen Islam und orientiert sich in ihrer Islamauslegung am Sufismus. Hinsichtlich der Verbindung zum türkischen Staat gilt sie im Gegensatz zur DITIB als staatsfern, da sie keine übergeordneten Strukturen in der Staatsbürokratie hat. Hingegen hat die VIKZ Verbindungen mit der islamischen Laienbewegung „Föderation von Hilfsvereinen für türkische Korankurse und Studenten in der Ausbildung“, auch Süleyman-Gemeinschaft genannt, die ihren Sitz in Istanbul hat (vgl. Jonker 2002: 114).

Ihre geistigen Wurzeln liegen nach eigenen Angaben in einer Sufigemeinschaft des 14. Jahrhunderts in Zentralasien „Naqschibandiyya“. Mitte des 20. Jahrhunderts gründete Süleyman Hilmi Tunahan (Süleyman Efendi) eine Gemeinschaft, die „Naqschibandiyya“ zum Vorbild hatte (vgl. Website VIKZ<sup>50</sup>) und ihre Organisationsstrukturen nach und nach ausgebaut hat. Gerdien Jonker weist in ihrer Studie nach, dass der Einfluss des Direktors der Föderation in Istanbul auf die Prägung der VIKZ und der lokalen Gemeinden groß ist (vgl. Jonker 2002: 118 ff.). Die letzten Jahre zeigen, dass auch die VIKZ sich zwischen den Erwartungen der Aufnahmegesellschaft und der Kontrolle aus der Türkei bewegt. So verfolgte sie in den 1990er Jahren einen Kurs der Öffnung und baute ihre Transparenz und Dialogbereitschaft aus (vgl. Jonker 2002: 118). Im Zuge eines Leitungswechsels an der Spitze der Süleyman Gemeinschaft im Jahr 2000 änderte sich die Ausrichtung der VIKZ in Deutschland hinsichtlich der Kooperation mit der Aufnahmegesellschaft (vgl. Jonker 2002: 118). So wurde eine zuvor gegründete Akademie geschlossen, die das Ziel hatte, den Dialog mit der Aufnahmegesellschaft zu verbessern. Auch trat der VIKZ aus dem Zentralrat der Muslime (ZMD) und aus dem Kooperationsrat für den Islamischen Religionsunterricht (KIRU) aus (vgl. ebd.).

Ihr erklärtes Ziel ist ebenfalls eine „religiöse, soziale und kulturelle Betreuung von Muslimen in Deutschland“ (Website VIKZ). So geht die Arbeit der VIKZ über religiöse Dienste hinaus. Einen großen Wert legt die Organisation auf die religiöse Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Ein Spezifikum des VIKZ ist die Einrichtung und Unterhaltung von Internaten bzw. Schülerwohnheimen seit dem Jahr 2000. Laut einer Studie von Boos-Nünning aus dem Jahr 2010 unterhält der Verband bundesweit 19 Wohnheime, davon 16 Jungen- und drei Mädchenwohnheime (vgl. Boos-Nünning 2010: 5). Dort leben und lernen Jugendliche und besuchen

---

<sup>50</sup> [HTTPS://VIKZ.DE/INDEX.PHP/UEBER-UNS.HTML](https://vikz.de/index.php/ueber-uns.html), letzter Zugriff am 04.07.21.

zusätzlich öffentliche Schulen. Boos-Nünning weist darauf hin, dass die Wohnheime nicht zu verwechseln seien mit den ebenfalls (v. a. in den VIKZ-Gemeinden) angebotenen sporadischen Übernachtungsmöglichkeiten im Rahmen von religiöser Unterweisung oder Freizeitaktivitäten am Wochenende und der internatsmäßigen Ausbildung von islamischen Theologen (vgl. ebd.).

Die Einrichtungen der VIKZ spielen eine besondere Rolle für die Verbindung zum Gründer Organisation und zu Gott. Das Gottgedenken („dhikr“) findet über Rituale statt, die beides, allein und in der Gemeinschaft der Gläubigen stattfinden. Damit ein junges Gemeindemitglied an diesen Ritualen teilnehmen kann, muss es zunächst bestimmte Bildungsstufen absolviert haben, die in den Ausbildungsbetrieben der VIKZ angeboten werden (Jonker 2002: 187). Somit spielt religiöse Bildung und damit auch die Ausbildungsbetriebe des Verbands einen zentralen Stellenwert in dem Religionsverständnis der Organisation und wird von Klinkhammer als „Vorstufe [...] der spirituelle Verbindung zu Gott“ (Klinkhammer 2012: 28) bezeichnet. Sowohl die individuelle Bildung als auch das gemeinschaftlich-spirituelle Rituale spielen sind elementare Elemente des Gemeindelebens. Rohe stellt die Bildungseinrichtungen und Schülerwohnheime in den Zusammenhang „einer ‚inneren Mission‘ der Muslime in Deutschland aus Sorge um den Verlust ihrer religiösen Identität“ (Rohe 2016: 136).

Hinsichtlich der Legitimität der VIKZ in Deutschland spielen die Internate eine besonders umstrittene Rolle. Diesbezüglich gibt es zwei Studien, von denen autoritäre und segregierende Tendenzen und Einflüsse auf die Kinder und Jugendlichen konstatierte (vgl. Spuler-Steemann 2004). Eine nachfolgende Studie relativierte diese Befunde wie z. B. religiöse und politische Indoktrination, stellte jedoch fest, dass die Jugendlichen in den Internaten nur wenige Kontakte zu herkunftsdeutschen Jugendlichen unterhielten (vgl. Boos-Nünning 2010). Skepsis gegenüber der VIKZ ist auch darauf zurückzuführen, dass in einigen Städten (z. B. Waltrop) Schülerwohnheime illegal betrieben wurden und nach Aufdeckung dieses Sachverhaltes wieder geschlossen werden mussten (vgl. Kiefer 2008: 182).

Auch der VIKZ ist Ansprech- und Kooperationspartner für deutsche Behörden, allerdings in weit geringerem Maße als die DITIB. Die Organisation ist im KRM vertreten und an mehreren Staatsverträgen zur Etablierung des islamischen Religionsunterrichts beteiligt (vgl. Rohe 2016: 137).

### **Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG)**

Der dritte große, türkisch geprägte Dachverband ist die *Islamische Gemeinschaft Millî Görüş* (türk. Nationale Sicht) (IGMG). Die Vorläuferorganisation Avrupa Millî Görüş Teşkilatı wurde 1985 nach der Spaltung der Vorläuferbewegung gegründet und nannte sich 1994 um in Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V. (EMUG). Diese brachte 1995 die IGMG hervor. Sie sieht sich wie die beiden anderen Dachverbände zuständig für religiöse, soziale und kulturelle Angelegenheiten (vgl. Website IGMG<sup>51</sup>). In ihr sind deutschlandweit ca. 300 Gemeinden organisiert. Die Zentrale in Kerpen ist zudem für weitere 200

---

<sup>51</sup> [HTTPS://WWW.IGMG.ORG/SELBSTDARSTELLUNG/](https://www.igmg.org/selbstdarstellung/), letzter Zugriff am 04.07.21.

Moscheegemeinden europaweit zuständig (vgl. ebd.). In ihrer Selbstdarstellung betont sie ihren Einsatz gegen Ungerechtigkeit und soziale Probleme (vgl. ebd.).

Die Organisation ist aus einer politisch-religiösen Bewegung der 1970er Jahre hervorgegangen. Dabei handelt es sich um eine Bewegung, die von dem türkischen Islamisten Necmettin Erbakan angeführt wurde und in der Türkei die Errichtung eines Staates anstrebte, der auf einer islamischen Rechtsordnung („Adil Düzen“, „die gerechte Ordnung“) fußt (vgl. Rohe 2016: 138). Die IGMG wird vom Verfassungsschutz beobachtet, da das Konzept der „Gerechten Ordnung“ laut dem Verfassungsschutz „mit den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar“ (vgl. MIK NRW 2020: 251) sei. Außerdem sind sowohl die Äußerungen von Erbakan, dem geistigen Vater der IGMG, als auch mancher Funktionäre als stark antisemitisch aufgefallen (vgl. ebd.). So gilt die Organisation als legalistisch-islamistisch, was bedeutet, dass sie islamistische Ziele und Gedankengut vertritt, sich jedoch an Gesetze der BRD hält (vgl. ebd.).<sup>52</sup>

Aktuell bemüht sich die Organisation um Reformen und versucht das Image der Islamisten abzustreifen. Rohe konstatiert einen „grundlegenden ideologischen Wandel“ (Rohe 2016: 138).<sup>53</sup> Halm/Sauer stellen eine weitaus geringere Abhängigkeit der IGMG von Akteuren in der Türkei als bei der DITIB fest. Sie konstatieren eine Verschiebung der Orientierung auf die europäischen Aufnahmegesellschaften mit dem Niedergang der Erbakan-Bewegung in der Türkei (vgl. Halm/Sauer 2012: 42).

Aufgrund der ideologischen Prägung der Organisation und der problematischen Tendenzen in der Vergangenheit besteht bei den deutschen Behörden eine große Skepsis hinsichtlich der Kooperation mit dieser Organisation (vgl. Rohe 2016: 138). Wie sich die Zugehörigkeit der lokalen Moscheegemeinden zur IGMG in der Kooperation auf der kommunalen Ebene widerspiegelt, wird in Kapitel 9 angesprochen.

### **Muslimische Dachverbände als „Multi-Tasking-Organisationen“ zwischen Anbindung an die Herkunftsländer und Erwartungen der Dominanzgesellschaft**

Die beschriebenen Dachverbände haben in den letzten Jahren entsprechend dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Landesverbände herausgebildet. Zudem haben sich in den Verbänden verschiedene Unterorganisationen gegründet, die einzelne Zielgruppen gezielter ansprechen wie z. B. Jugend-, Frauen-, und Studierendenorganisationen.

Festzuhalten ist, dass die Dachverbände einen wichtigen Beitrag zur Religionspraxis und zur Bereitstellung von sozialen Diensten leisten (s. u.). Zugleich bestehen Probleme hinsichtlich der Konformität mit bestimmten gesellschaftspolitischen Erwartungen von Seiten deutscher Behörden (frei von Einflüssen aus dem Ausland, Anerkennung aller Religionen als gleichwertig etc.). Es gibt bei jedem der dargestellten Verbände spezifische Konfliktpunkte, die die Auseinandersetzungen zwischen den Organisationen und der Aufnahmegesellschaft

---

<sup>52</sup> Eine ausführliche Analyse der IGMG bezüglich ihrer historischen Entwicklung und der aktuellen Tendenzen liefert Werner Schiffauer (2004, 2010).

<sup>53</sup> Rosenow/Kortmann zitieren diesbezüglich einen IGMG-Vertreter, der sich von der Milli Görüş in der Türkei distanziert: „Letztendlich muss man natürlich sehen, dass sich die Bewegung soziologisch hier in Europa und in der Türkei sehr weit voneinander entwickelt hat, also in der Türkei ist Milli Görüş eine politische Bewegung, hier ist es eine Religionsgemeinschaft“ (zitiert nach Rosenow/Kortmann 2011: 62).

charakterisieren. Die muslimischen Verbände teilen die integrationspolitischen Absichtserklärungen der Bundesregierung, dass die Integration muslimischer Zuwanderer eine wichtige Zukunftsaufgabe ist und dass sie dabei einen aktiven Beitrag leisten sollen (vgl. Kiefer 2010: 178). Zudem stellen sie Ansprechpartner der Behörden dar, was Kooperationsfelder wie z. B. die Beteiligung an Beiräten für die Einführung und Durchführung des islamischen Religionsunterrichts oder die Ausbildung von muslimischen Theologen an staatlichen Universitäten betrifft. Weitere Felder, in denen deutsche Behörden und muslimische Verbände z. B. in Form der DIK im Austausch sind, betreffen Präventionsprojekte gegen religiös-politische Radikalisierung<sup>54</sup>, Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbands sowie die Anerkennung der Muslime als Religionsgemeinschaft.

Durch die vielfältigen Aufgaben, die die Verbände mittlerweile übernehmen, beschreibt sie Zeynep Sezgin als „Multi-Tasking-Organisationen“ (Sezgin 2010: 202). Die Analyse von Rosenow/Kortmann (2011) zeigt, dass die Verbände versuchen, Herkunfts- und Aufnahme-landorientierung auszubalancieren und ihr Handeln zwischen den Interessen der Mitglieder und den Erwartungen der sozialen Umwelt auszurichten. Dabei kann die Gewichtung des Herkunfts- und des Aufnahmelandes je nach Verband variieren und sich im Zeitverlauf ändern (vgl. ebd., Rohe 2016). Insgesamt ist bei der Behandlung von muslimischen Verbänden zu berücksichtigen, dass sie im Innern zum Teil sehr heterogen und Veränderungsprozessen ausgesetzt sind (vgl. Bundestag 2015: 6, Rohe 2016: 129).

Sie sind Ansprechpartner für Moscheegemeinden und organisieren einen Teil der Dienstleistungen für die Gemeinden, die über religiöse Aktivitäten hinausgehen. Die Dachverbände sind also auf vielfältige Weise mit den dazugehörigen lokalen Moscheegemeinden vernetzt, was weiter unten vertieft wird. In diesem Abschnitt wurde ein wichtiger Teil des Netzwerks und des Handlungsrahmens von Moscheegemeinden beleuchtet. Da Moscheegemeinden als Bauherren von Moscheen im Fokus dieser Arbeit stehen, widmet sich der nachfolgende Abschnitt dieser muslimischen Vergemeinschaftungsform.

### **2.3.2 Moscheegemeinden als innermuslimische Netzwerke und (potenzielle) Kontaktzonen zwischen Dominanzgesellschaft und Muslimen**

#### **2.3.2.1 Soziale und religiöse Angebote in Moscheegemeinden<sup>55</sup>**

In Deutschland ist das muslimische Gemeindeleben vor allem in Form von eingetragenen Vereinen (e. V.) organisiert. Sie bilden einen „sozialen Zusammenhang“ (Klinkhammer 2004: 13) der Religion und stellen mit dem Vereinsstatus eine gängige Form der Vergemeinschaftung dar (vgl. Kapghan 2004: 246). Der Moscheeverein kann vor diesem Hintergrund als eine deutsch-islamische Variante der aus den Ländern des Orients stammenden „frommen Stiftungen“

---

<sup>54</sup> „Unter Radikalisierung wird der soziale und psychologische Prozess der zunehmenden Hinwendung von Personen oder Gruppen zu einer politisch oder religiös extremistischen, also den demokratischen Prinzipien widerlaufende Denk- und Handlungsweise verstanden“ (Fouad, <https://www.kas.de/DE/WEB/ISLAMISMUS/ISLAMISMUSPRAEVENTION-AUS-SICHT-DER-SICHERHEITSBEHOERDEN>, letzter Zugriff am 04.07.21 ).

<sup>55</sup> Auf die Vermittlung und Autorisierung religiösen Wissens und theologische Auseinandersetzung im Kontext von Moscheegemeinden wird hier nur am Rande eingegangen. Zu dieser Thematik sei z. B. auf die Arbeit von Ayşe Almıla Akca (2020) verwiesen.



(Waqf)<sup>56</sup> verstanden werden, deren primäre Aufgabe der Unterhalt von Moscheen ist (vgl. Kogelmann 2003: 284 f.). Sie bilden das Kernstück des muslimisch-religiösen Lebens in Deutschland. Gleichzeitig sind sie die Bauherren von repräsentativen Moscheen sowie Konfliktparteien in den sich dabei ergebenden Auseinandersetzungen.

Wie schon in der Einleitung angeführt, gibt es gegenwärtig ungefähr 2500 Moscheevereine in Deutschland, wovon die meisten türkischer Herkunft sind. Diese religiösen Organisationen bilden sich entlang von konfessionellen, ethnischen, sprachlichen, milieuspezifischen (vgl. Spielhaus/Färber 2006: 5) und auch politischen Grenzen aus (vgl. Kücühüseyin 2002: 14 ff.), wie die obigen Ausführungen zu den Dachverbänden verdeutlicht haben.<sup>57</sup> Die soziale und ethnische Zusammensetzung der Gläubigen kann aber auch gemischt sein (vgl. Spielhaus/Färber 2006: 5; Halm/Sauer 2012: 59).<sup>58</sup> Laut Angaben von Haug et al. (2009) sind rund 20 % der in Deutschland lebenden Muslime Mitglied in einem Moscheeverein (vgl. Haug et al. 2009: 14). Dieser formell geringe Organisationsgrad sagt noch nichts über die tatsächliche Zahl der Anhänger der Moscheevereine aus. Feste Mitgliedschaften, wie von der katholischen oder evangelischen Kirche bekannt, sind in den muslimischen Vereinen nicht üblich (s. o.). Häufig ist nur eine Person, in erster Linie der Vater, innerhalb der Familie formelles Mitglied im Verein und die weiteren Familienmitglieder nutzen die Angebote der Moscheevereine, ohne offiziell dazuzugehören. Die Vereinsmitglieder haben durch den offiziellen Mitgliedsstatus Anspruch auf Mitsprache bei Vereinsangelegenheiten, beispielsweise bezüglich der Wahl des Vorstands oder der baulichen Veränderungen der Moschee. Unterhalb der Vereinsstruktur gibt es zahlreiche Initiativen und Projekte, die nicht vereinsrechtlich organisiert sind (vgl. Spielhaus/Färber 2006: 12).

Nach Bronisław Malinowskis Unterscheidung der vier Elemente<sup>59</sup> von Organisationen (vgl. Gukenbiehl 2002: 146) besteht der Personalbestand der Moscheegemeinden aus Vereinsmitgliedern, ihren Familienangehörigen und weiteren Gemeindemitgliedern, die nicht offiziell zum Verein gehören. Ein großer Teil der Gemeindearbeit wird von den Gemeindemitgliedern ehrenamtlich verrichtet. Eine zentrale Person der Moscheevereine ist der Imam, der das Gebet leitet und häufig auch die Rolle eines Predigers (hatib) sowie eines Koranlehrers (hoca) übernimmt (vgl. Schmitt 2003: 45 f.). Imame können hauptamtliche, studierte Islamgelehrte sein oder aber auch Laien, die sich durch ihre religiöse Lebensführung sowie besondere Kenntnisse des Islam auszeichnen und ehrenamtlich in der Moschee tätig sind. Eine weitere bedeutende

---

<sup>56</sup> Sie sind fast in jeder vom Islam geprägten Region der Welt tätig. Seit der Herstellung der staatlichen Souveränität sind sie weitgehend unter direkte staatliche Kontrolle gestellt. Das Spektrum ihrer Tätigkeiten betrifft die Errichtung und Unterhaltung von Moscheen, Bibliotheken, Medresen und vielen anderen Einrichtungen mit Religionsbezug (vgl. Kogelmann 2003: 284 f.).

<sup>57</sup> In den letzten Jahren haben sich islamische Netzwerke jenseits von Moscheegemeinden herausgebildet. Dabei handelt es sich um Jugendkulturen, die sich von den landsmannschaftlichen Vereinen distanzieren, da sie ihnen zum Teil zu sehr auf das Herkunftsland orientiert oder zu wenig intellektuell geprägt erscheinen. Sie dokumentieren ihren Glauben durch moderne Kleidungsstile mit muslimischen Symbolen und Aufschriften und beteiligen sich nicht selten ehrenamtlich in karitativen Organisationen wie z. B. Zahnräder, Islamic Relief. Der Autor Eren Güvercin umschreibt dieses Phänomen mit dem Begriff „Neo-Moslems“ und demonstriert, wie diese in Deutschland aufgewachsene Gruppe selbstbewusst ihren Platz in der deutschen Gesellschaft einfordert (vgl. Güvercin 2012, vgl. auch Karin Mykytyuk-Hitz 2015, Chbib 2017). Da im Fokus dieser Arbeit Moscheegemeinden stehen, kann aus Platzgründen dieser Gruppierung nicht weiter nachgegangen werden.

<sup>58</sup> Eine genaue Behandlung der diversen verschiedenen Strömungen kann aus Platzgründen nicht vorgenommen werden. Diesbezüglich sei auf Lemmen (2002), Kücühüseyin (2002) und Rohe verwiesen.

<sup>59</sup> Diese Elemente überschneiden sich weitgehend mit der oben vorgestellten Definition einer (Migranten-) Organisation nach Pries (2010). An dieser Stelle gehe ich zusätzlich auf Malinowskis Definition ein, da dieser das materielle Element von Organisationen mitberücksichtigt und seine Definition für die Betrachtung von Moscheebauprojekten und der damit verbundenen Umgestaltung des materiellen Unterbaus von Moscheegemeinden den Blick dafür erweitert.

Person ist der Moscheevereinsvorsitzende, der primär für Verwaltungsangelegenheiten zuständig ist und den Verein nach außen repräsentiert. Insofern hat der Moscheeverein eine Doppelspitze, die aus einer säkularen und einer religiösen Leitung besteht. Als Leitidee kann das Fördern und die gemeinschaftliche Ausübung der islamischen Religion gesehen werden (vgl. Lemmen 2000: 21). Innerhalb der Gemeinde gelten verschiedene Normen wie die Geschlechtertrennung, Alkoholverbot, Respekt vor den Älteren etc. Für einen Einblick in das innere Leben von Moscheegemeinden und die darin geltenden Normen sei auf Ceylan (2006: 123 ff.) verwiesen. Den materiellen Unterbau einer Moscheegemeinde bilden die Gebetsräume oder die Moschee, deren Errichtung und Unterhalt gleichzeitig die Kernaufgabe und einen Teil der Leitidee darstellt. In manchen Fällen verfügen die Moscheevereine über weitere Immobilien wie z. B. Wohnungen oder Geschäfte. Diese können als das materielle Kapital der Gemeinden bezeichnet werden (vgl. Weiß 2016).

Tabelle 2: Elemente der Organisation Moscheeverein (nach Malinowski, vgl. Gukenbiehl 2002, 146)

Personalbestand	Imam, Vorstand, Vereinsmitglieder und ihre Familien, weitere Gemeindemitglieder
Leitidee	Gemeinschaftliche Ausübung des islamischen Glaubens
Normen	Religionskonformität, u. a. Geschlechtertrennung, Alkoholverbot etc.
Materieller Unterbau/Rahmen	Gebetsräume oder Moschee, andere Immobilien

*Quelle: eigene Darstellung*

Die Abgrenzung der Moscheegemeinden von ihrer sozialen Umwelt ist nicht eindeutig, da es verschiedene Zugehörigkeiten von Personen zu den muslimischen Organisationen gibt. Der Bezug auf eine formale Mitgliedschaft erfasst die offiziell eingetragenen Mitglieder in den Moscheevereinen, schließt jedoch Frauen und Kinder aus (s. o.). Unter einer Moscheegemeinde wird daher der Personenkreis, der die Angebote der Moscheegemeinde regelmäßig nutzt, und die eingetragenen Mitglieder verstanden. Zudem gibt es einen Nutzerkreis, der sporadisch die Moschee aufsucht, z. B. an besonderen religiösen Festen.<sup>60</sup> Diese Unterscheidung wird relevant bei der Betrachtung der Änderung des Nutzungsverhaltens der Moschee in Folge der Entstehung einer repräsentativen Moschee (vgl. Kap. 6, Kap. 7) oder auch hinsichtlich der Diskussion der Zugehörigkeit von als radikal geltenden antidemokratischen Besuchern (vgl. Kap. 6, Kap. 7).

<sup>60</sup> Zur Erfassung von Moscheegemeinden siehe Chbib 2011: 100 f. Sie unterscheidet nach formaler Mitgliedschaft, regelmäßiger Frequenzierung von Freitagsgebeten oder wöchentliche Kursbesucher und einem (weiteren) Nutzerkreis/Besucherkreis bzw. sporadischen Besuchern.

## Sozio-religiöse Angebote<sup>61</sup> in Moscheegemeinden

Im Rahmen der vorliegenden Studie wird der Moscheebau u. a. als Ausbau der Infrastruktur sozio-religiöser Angebote der Moscheegemeinden thematisiert. Vor diesem Hintergrund ist es dienlich, die Angebote von diesen muslimischen Organisationen zu beleuchten. Oben wurde bereits gesagt, dass Moscheegemeinden die wichtigsten Einrichtungen der Religionspraxis von Muslimen bilden. Gazi Caglar bezeichnet Moscheen als „Orte der sozialen, kulturellen und politischen Kommunikation und des gegenseitigen solidarischen Beistandes“ (Caglar 2008: 125), merkt jedoch gleichzeitig an, dass „eine umfassende[n] Wahrnehmung und Besetzung sozialer Aufgabenfelder“ (ebd.) durch die muslimischen Organisationen in Deutschland noch nicht vollends erfolgt sei. Die Angebote und Unterstützungsleistungen finden informell zwischen den Gemeindemitgliedern statt oder erreichen selten einen Formalisierungsgrad, der sich dadurch auszeichnet, dass über die Angebote offen informiert wird, sie regelmäßig stattfinden und es einen festen Ansprechpartner gibt. Im Rahmen dieser Arbeit stehen Letztere im Vordergrund.<sup>62</sup>

Unabhängig von der (Bau- oder Gebäude-) Form (vgl. Kap. 3) dient die Moschee primär der Verrichtung eines Gebets (arab.: salāt). Dieses gehört zu den fünf Pflichten eines jeden Muslims, die auch als die fünf Säulen des Islams bezeichnet werden. Es umfasst die fünf täglichen Gebete und das gemeinsame Freitagsgebet (vgl. Elger 2003: 100). Das gemeinsame Gebet hat für die Muslime einen besonders hohen Stellenwert (vgl. Beinhauer-Köhler 2009: 44). Dies ist unter anderem auf islamischen Normen zurückzuführen, die für jeden gläubigen (männlichen) Muslim die Teilnahme an einem gemeinschaftlichen Gebet jeden Freitag vorschreiben (vgl. Sure 62,9; Beinhauer-Köhler 2009: 48). Es wird anstelle vom rituellen Mittagsgebet verrichtet und gilt als äußerst heilbringend (vgl. ebd.).<sup>63</sup>

Die Studie von Sen/Sauer (2006) zeigt, dass im Gegensatz zu den diversen, von vielen Muslimen praktizierten religiösen Bräuchen der Moscheebesuch in Deutschland vor allem bei Männern Ausdruck von Religiosität ist. Es gehen 42 % der Befragten mindestens einmal in der Woche zur Moschee, um zu beten (vgl. Sauer/Sen 2006: 28, vgl. Abb.2). Im Vergleich zum Jahr 2000 hat sich das Interesse an einem Moscheebesuch vor allem zum Freitagsgebet wie auch die Religiosität allgemein (s. o.) erhöht. Erwartungsgemäß hängt die Anzahl der Moscheebesuche bei einer Person mit ihrer persönlichen Einschätzung der Religiosität zusammen, und es sind eher Ältere, die täglich die Moschee besuchen (vgl. ebd.: 28). Frauen gehen gemäß den

---

61 Unter sozio-religiösen Angeboten bzw. Diensten werden hier alle Dienstleistungen und Aktivitäten verstanden, die im Rahmen der muslimischen Gemeinde für Gemeindemitglieder oder externe Personen erbracht werden. Dabei können sie sich entweder auf die Religionspflege beziehen oder einen säkularen Hintergrund aufweisen und gehen über spontane und einmalige Handlung hinaus, besitzen also einen gewissen Grad an Institutionalisierung und Stetigkeit. Sie können sowohl von der Moscheevereinsleitung initiiert und organisiert als auch von den Gemeindemitgliedern ausgehen und geleitet werden. Die säkularen Dienste der Moscheegemeinden werden in der Literatur als soziale Dienstleistungen aufgefasst (so z. B. Halm/Sauer 2015). Als soziale Dienstleistungen werden hier Dienste an benachteiligten Personen oder Personengruppen (Zielgruppen) verstanden, die die Verbesserung der Lebenssituation und/oder die Abwendung von Benachteiligungen zum Ziel haben. Nach Birgit Trukeschitz umfassen sie „Beratungs-, Behandlungs-, Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie Aktivierungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsleistungen, sofern sozial unterstützende Aspekte eine wesentliche Rolle spielen“ (Trukeschitz 2006: 28 f.). Die wichtigsten freien Träger in Deutschland sind die sechs Wohlfahrtsverbände Caritasverband, Diakonisches Werk, Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz und Arbeiterwohlfahrt sowie die dazugehörigen Organisationen und Einrichtungen.

62 Eine aktuelle Studie von Veronika Rückamp untersucht, wie der Gemeindealltag in Moscheen (in Wien und Zürich) von Mitgliedererwartungen und äußeren Einflüssen geprägt wird und sich im Zuge dieses Zusammenspiels wandelt (vgl. Rückamp 2021).

63 Zum Gebot des Freitagsgebets siehe Koran, Sure 62:9.

kulturellen Gewohnheiten viel seltener in die Moschee als Männer. So gehen fast ein Fünftel der Befragten nie oder fast nie in eine Moschee (vgl. ebd.: 29).

Neben den Gebeten gibt es zahlreiche andere islambezogenen Angebote in den Moscheegemeinden. Hier nehmen vor allem die Imame eine wichtige Rolle ein. Eine Studie, die im Auftrag der DIK von Jana Schmidt und Anja Sticks durchgeführt wurde, zeigt ein breites Tätigkeitsfeld der islamischen Religionsbediensteten in Deutschland (vgl. Schmidt/Sticks 2012: 333 ff.). Sie übernehmen seit den 1970er Jahren die religiöse Erziehung von muslimischen Kindern und Jugendlichen und erreichen mit ihren Freitagspredigten, die sowohl religiöse als auch gesellschaftspolitische Themen umfassen, ca. 500.000 bis 600.000 Muslime in Deutschland (vgl. taz 15.04.10, Ceylan 2010: 29). Eine ausführliche Studie zu den Angeboten in den Moscheegemeinden wurde von Halm et al. (2012) durchgeführt. In ihrer Umfrage bei 1141 Gemeinden stellen sie folgende Verbreitung von religiösen Angeboten bzw. Aktivitäten fest (vgl. Tabelle 3, 4):

Tabelle 3: Religiöse Angebote der Gemeinden (Prozentwerte, Mehrfachnennungen, ohne Aleviten)

<b>Korankurse/Islamunterricht für Kinder und Jugendliche</b>	95,8
<b>Iftar-Essen für Gemeinde</b>	91,8
<b>Feiern heiliger Nächte</b>	85,1
<b>Hadsch/Wallfahrt</b>	81,0
<b>Begräbnisse</b>	80,3
<b>Spendensammlung/Zekat</b>	79,9
<b>Beschneidungsfeiern</b>	69,7
<b>Eheschließung</b>	68,5
<b>Vermittlung Tieropfer/Opferfest</b>	66,0
<b>Geburtsfeiern</b>	50,0
<b>Sonstiges</b>	2,9

Quelle: Halm et al. 2012: 74

Neben der spirituellen Funktion hat die Moschee eine soziale Funktion. Nach den Gebeten werden in oder vor der Moschee Gespräche geführt, und die regelmäßigen Begegnungen halten das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gemeinschaft unter Muslimen aufrecht (vgl. Alder 2003, in IZ<sup>64</sup>). Dafür stehen in vielen Moscheen Teerräume oder kleinere Bistros zur Verfügung. Es ist die Gründung einer Moschee nach der Auswanderung der frühen muslimischen Gemeinde (Hidschra) von Mekka nach Medina, die Alder als die „Grundsteinlegung des muslimischen Gemeinwesens“ (Alder 2003) bezeichnet. Halm et al. stellen in ihrer Studie fest, dass die Moscheegemeinden auch eine Vielzahl an säkularen Angeboten bereitstellen. Diese sind der

<sup>64</sup> <https://www.islamische-zeitung.de/was-ist-eine-moschee-eine-multifunktionale-einrichtung/>, letzter Zugriff am 10.11.11.

folgenden Tabelle zu entnehmen: Abbildung 4 Nichtreligiöse Angebote der Gemeinden (% aller befragten Gemeinden, Mehrfachnennungen) (Halm et al. 2012: 77).

Tabelle 4: Nichtreligiöse Angebote der Gemeinden (% aller befragten Gemeinden, Mehrfachnennungen)

	Für Jugendliche	Für Erwachsene
<b>Sport/Bewegung</b>	72,2	25,6
<b>Gesellschaftskunde/Exkursionen</b>	66,5	48,2
<b>Interreligiöser Dialog</b>	65,2	60,4
<b>Hausaufgabenhilfe</b>	57,3	.*
<b>Sprachkurse Deutsch</b>	31,0	23,5
<b>Musik, Kultur, Tanz, Folklore</b>	31,0	11,1
<b>Sprachkurse Herkunftssprache</b>	29,8	12,4
<b>Computer, EDV</b>	27,7	15,2
<b>Handarbeiten, Basteln, Kochen</b>	19,2	14,6
<b>Integrationskurse (verpflichtend lt. Gesetz)</b>	.*	20,2 <sup>55</sup>
<b>Einzelhandel, Friseur etc.</b>	.*	10,3
<b>Teestube</b>	.*	83,8
<b>Gesundheitsberatung</b>	.*	36,5
<b>Erziehungsberatung</b>	.*	43,0
<b>Sozialberatung</b>	.*	43,2
<b>Sonstiges</b>	3,2	1,8
<b>Keine Angebote</b>	6,1	1,7

\* nicht abgefragt

Quelle: Halm et al. 2012: 77

Ein Blick auf die Angebote zeigt, dass das Gemeindeleben geprägt ist von einer Mischung aus geselligkeits- und herkunftskulturorientierten Aktivitäten sowie Orientierungsangeboten, die die Teilhabe an der Aufnahmegesellschaft (z. B. Sozialberatung, EDV-Kurse) betreffen. So leisten z. B. 57,3% der befragten Gemeinden Hausaufgabenhilfe. Außerdem gibt es mittlerweile zielgruppenorientierte Angebote und Strukturen, was sich daran zeigt, dass 84% der Gemeinden über eine Jugendabteilung oder einen Jugendbeauftragten verfügten. Ein wichtiger Faktor für die Vielfalt an Angeboten in Moscheegemeinden sind zur Verfügung stehende Ressourcen (vgl. Halm et al. 2012: 7, 86). Die vielfältigen Angebote ergeben sich aus der Tatsache heraus, dass Moscheegemeinden häufig als Migrantenorganisation dienen und somit spezifischem Bedarf nachkommen, der sich aus der Migrationssituation ergibt (vgl. Ulusoy 2008; Hohage 2013: 32, Nagel 2016). Nach Ulusoy rechtfertigen muslimische Organisationen ihre Existenz und Geltungsansprüche nicht theologisch, sondern durch „praktische Akzeptanz und Frequentierung ihrer Einrichtungen durch die gläubigen Muslime“ (Ulusoy 2008: 127). Damit ist auf die interne Legitimitätsanforderung von Moscheevereinen und die damit zusammenhängende Bedeutung sozio-religiöser Angebote verwiesen.

Neben der Betonung der Vielfalt der Angebote in Moscheen gibt es in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung jedoch einige Kritikpunkte, die vor allem hinsichtlich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen vorgebracht werden. So wird z. B. kritisiert, dass die Moscheegemeinden eine sozialfürsorgerische Herangehensweise bei ihrer Arbeit hätten, bei der die Entscheidungsfreiheit der Kinder und Jugendlichen nicht hinreichend gewährleistet sei (vgl. Färber 2006) und die Arbeit der Gemeinden nicht den modernen Standards sozialer Arbeit entsprächen (vgl. Caglar 2008). Ferner wird kritisch angemerkt, dass die religiöse Bildung, die in den Moscheen vermittelt wird, sich hauptsächlich auf das Rezitieren und Memorisieren von Korantexten beschränke, und dies nicht dazu geeignet sei, Jugendliche vor salafistischen Einflüssen zu immunisieren (vgl. Mansour 2015). Als ein Grund für eine beschränkte Qualität der Angebote von Moscheegemeinden kann der Mangel an personellen Ressourcen und den hauptsächlich ehrenamtlich tätigen, häufig nicht entsprechend ausgebildeten Personal genannt werden (vgl. Halm et al. 2012: 267, Spielhaus/Färber 2006: 9). Das häufig einzige hauptamtlich angestellte Personal, die Imame, werden von Rauf Ceylan in seiner Studie „Die Prediger des Islam“ kritisch betrachtet (Ceylan 2010). So stellt er fest, dass ein großer Teil der Imame in Deutschland weder die deutsche Sprache noch die Alltagsprobleme v. a. der jüngeren Muslime kennt und sie dadurch nur bedingt beratend unterstützen kann. Ein wichtiger Grund dafür ist die Entsendung der Imame durch die Türkei für nur wenige (vier bis fünf) Jahre nach Deutschland. Die starke Herkunftslandorientierung, die z. B. auch in Freitagspredigten zum Ausdruck kommt, die z. B. geschichtliche Ereignisse im Osmanischen Reich stärker thematisieren als das Leben der Muslime in Deutschland, wird von den in den Gemeinden nach wie vor stark verankerte und tonangebende erste Generation geführt und führt dazu, dass manche jungen und liberaleren Personen sich von den Gemeinden entfremden und ihre eigenen Strukturen bilden. Ceylan spricht in diesem Zusammenhang von Braindrain aus den muslimischen Gemeinden (vgl. Ceylan, taz 14.04.10). Ferner stellt er fest, dass ein Teil der interviewten Imame salafistische Einstellungen pflegen und abweisend gegenüber der liberal verfassten Gesellschaft eingestellt sind (vgl. ebd.).<sup>65</sup>

Oben wurde gezeigt, dass u. a. die Ressourcenausstattung die Angebote in den Moscheegemeinden bestimmt. Da es sich hier um muslimische Gemeinden handelt, für die sich die geltenden Normen aus dem Islam speisen, soll im Folgenden auf die Frage eingegangen werden, welche Rolle die Religion als Motiv für die sozialen Angebote in den Gemeinden spielt. Seit einigen Jahren wird in der Fachliteratur die soziale Verantwortung von muslimischen

---

<sup>65</sup> Im Islam gibt es (mindestens) ein Konzept, das zu einer sozialen Segregation der entsprechenden Muslime führen kann. Das wahabitische Prinzip des *Al-Walā' wa-l-barā'* beinhaltet das Meiden von Kontakten zu Nichtmuslimen (vgl. Fritzsche/Puneßen 2017: o. a.). Das Konzept basiert auf mehreren Hadithen und Suren, wie z. B. Sure 60: „O ihr, die ihr glaubt! Nehmt euch meine und eure Feinde nicht zu Freunden (*auliyā*)! - doch ihr begegnet ihnen mit Zuneigung, obgleich sie nicht an das glauben, was von der Wahrheit zu euch gekommen war, und dabei den Gesandten und euch vertrieben haben, da ihr an Gott glaubt, euren Herrn“ (Koran, Sure 60:1, Übersetz. nach Henning). Angebote in einigen Moscheen der ADÜTDF dienen, dem Innenministerium NRW zufolge, Organisationen mit islamistischer und nationalistischer Gesinnung der Stärkung des Gruppenzusammenhalts und der Vermittlung ihrer gesellschaftsabweisenden Ideologien (vgl. MIK NRW o. J.: 7). Es gibt einige Hinweise in Studien, dass es leichte Tendenzen der Demokratiedistanz in Moscheegemeinden gibt. Demokratiedistanz wird definiert durch die Ablehnung von grundlegenden Freiheitsrechten wie z. B. die Meinungsfreiheit, das Primat der Religion vor dem säkularen Staat und die Befürwortung einer autoritären Staatlichkeit sowie Todes- und Körperstrafen (Brettfeld/Wetzels 2007: 140, 152): „Probanden, die sich in islamischen Vereinen engagieren, weisen eine signifikant erhöhte Demokratiedistanz auf“ (ebd.). Doch sie stellen gleichzeitig fest, dass eine Generalisierung von muslimischen Vereinen als „Orte der Herstellung oder Verfestigung demokratiedistanter Einstellungen“ (ebd.) ungerechtfertigt wäre. Im Rahmen dieser Arbeit unter demokratiedistant eine tendenziell ablehnende Haltung gegenüber einer demokratisch verfassten Gesellschaft, in der säkulare Gesetze vor religiösen Geboten stehen, die Bürger durch Freiheitsrechte vor dem Staat geschützt sind und ein Pluralismus an Meinungen und Lebensformen staatlich zugelassen und gefördert wird.

Organisationen für die Gesellschaft und der Ausbau muslimischer Wohlfahrt diskutiert (vgl. Caglar 2008, Kiefer/Ceylan 2016, Kortmann 2009, Kippenberg 2006). Dabei wird neben den organisatorischen Herausforderungen auf die spezifischen Inhalte des Islam eingegangen, die die normative Grundlage für soziales Engagement liefern. Diese werden im nächsten Abschnitt kurz vorgestellt.

### **Religiöse Grundlagen sozialer Dienste muslimischer Gemeinden<sup>66</sup>**

Gemeinschaftsbildung und die angegliederten Einrichtungen spielen insbesondere bei religiösen Minderheiten eine wichtige Rolle. So wie die Symbole ein selbstverständlicher Bestandteil der Religion sind, so sind es auch bestimmte Überzeugungen und Aktivitäten<sup>67</sup>. Die Religion als ein Element der Kultur (vgl. Klinkhammer 2004: 13) mit ihrem „Pool von Sinn- und Handlungspräferenzen“ (vgl. Klinkhammer 2004: 13) ist individuell sowie kollektiv bedeutungsvoll. Sie beeinflusst nicht nur Deutungsmuster für Alltagserlebnisse sowie Autoritäts- und Ordnungsvorstellungen, sondern bringt auch diverse Praktiken wie Fasten, Musik, Tanz, Gebet, Meditation und Feiern hervor (vgl. Klinkhammer 2004: 13; Pollack 2007: 369).<sup>68</sup> Damit können Schwerpunktsetzungen hinsichtlich der Lebens- und Freizeitgestaltung sowie der sozialen Kontakte verbunden sein.

Im Zusammenhang der vorliegenden Arbeit ist von Bedeutung, dass Religion bzw. Religiosität spezifische Bedürfnisse und Angebote hervorbringt und einen stark vergemeinschaftenden Charakter aufweist. Dem Aspekt der aus religiösen Gemeinden hervorgehenden sozial-religiösen Infrastruktur kann man sich auch durch die Betrachtung der transzendentalen Quellen nähern (vgl. Caglar 2008: 126). Diesbezüglich hebt Hans Kippenberg die Sozialethik als entscheidend für die religiösen Zusammenschlüsse und die dort ausgeübten Aktivitäten hervor. Auf Weber bezugnehmend spricht Kippenberg von der Verankerung der Nächstenliebe in den religiösen Geboten, die entsprechend das zwischenmenschliche Verhalten beeinflussen (vgl. Kippenberg 2011: 94).<sup>69</sup>

Zwar wurde oben in Anlehnung an Ulusoy angesprochen, dass Moscheegemeinden sich durch ihre Angebote nach innen legitimieren, denn laut dem Autor gibt es keine theologische Legitimationsgrundlage für die Existenz der Gemeinden. Es muss allerdings konstatiert werden, dass sich der lokale Zusammenschluss aus der in der islamischen Theologie tief verankerten Vorstellung einer muslimischen Glaubensgemeinschaft, der Umma<sup>70</sup> (arab. „Gemeinschaft, Volk“) begründet, die in den Gemeinden ihren lokalen Ausdruck findet. „Eine solche

---

66 An dieser Stelle soll nicht ein grundsätzlicher Zusammenhang zwischen Migration und Religion sowie Religion und Integration diskutiert werden. Hierfür sei auf Baumann (2004), Nagel (2010) und Klinkhammer (2004) verwiesen.

67 Diese wiederum können ebenfalls einen Symbolwert haben, vor allem wenn es sich um Zeremonien handelt (vgl. Pollack 2007: 368 f.).

68 Dabei sind diese Eigenschaften nicht als einheitlich und statisch zu verstehen; Religionswissenschaftler wie zum Beispiel Baumann (2004) unterstreichen die Neuansätze, die durch die räumliche Distanz zur Heimatregion entstehen können, und die Notwendigkeit einer Adaption von Glaubensinhalten und -praktiken an die Minderheitensituation in dem Aufnahmeland (vgl. Baumann 2004: 20 ff.). Zudem kann es bei der persönlichen Auslegung von religiösen Pflichten große Unterschiede geben.

69 Ein aktueller und verschiedene Religionsgemeinschaften umfassender Beitrag zur Relevanz religiöser Sozialethik für die Bereitstellung von sozialen Diensten findet sich bei Nagel (2020).

70 „Ihr seid die beste Gemeinschaft (arab. Umma), die für die Menschen hervorgebracht worden ist. Ihr gebietet das Rechte und verbietet das Verwerfliche und glaubt an Allah. Und wenn die Leute der Schrift glauben würden, wäre es wahrlich besser für sie. Unter ihnen gibt es Gläubige, aber die meisten von ihnen sind Frevler.“ (Koran 3:110). Der vergemeinschaftende Aspekt des Islam tritt besonders bei dem Freitagsgebet in Erscheinung, bei dem sich alle (männlichen) Gläubigen aus einem Viertel oder einer Stadt zum gemeinsamen Gebet in der Moschee einfinden. Laut mehreren Hadithen ist die Teilnahme am gemeinschaftlichen Gebet ein Vielfaches mehr durch Gott entlohnt als bei einem üblichen Gebet (Website ZMD o. J.: o. S.).

Gemeinschaft [...] ist ein Volk bzw. der Teil eines oder mehrerer Völker, zu dem Gott einen Gesandten schickte, den diese Gemeinschaft akzeptierte“ (Tworuschka 2009: 116). Trotz Betonung der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Menschen für ihr Handeln ist es ein „ausschlaggebendes Ziel, eine ideale Gemeinde einzurichten, in der der Einzelne mit der Gemeinschaft verwoben ist“ (Caglar 2008: 126). In den religiösen Quellen werden die Gläubigen immer wieder dazu aufgerufen, gerecht zu sein. Aus den genannten Geboten wird deutlich, dass der Handlung des Gebens ein besonderer Stellenwert beigemessen wird. Dieses geht über das unmittelbare Teilen vom Eigentum hinaus und betrifft neben der Sättigung der Armen „die Unterbringung der Obdachlosen, die Ausbildung der Bildungsfernen, die Gründung von Institutionen, die Bedürftigen Unterhalt geben“ (Caglar 2008: 126).

Aus den knappen Ausführungen zum Islam wird bereits deutlich, dass das soziale Element einer Religion und somit die Gemeindebildung auch in der Minderheitensituation in Westeuropa eine Rolle spielt und soziale Angebote für das religiöse Leben prägend sind.

### **2.3.2.2 Vernetzung von Moscheegemeinden**

Das vielfältige Aktivitätsspektrum der Moscheevereine macht diese zu einer einflussreichen Organisation im integrations- und gesellschaftspolitischen Bereich, und sie werden zunehmend zu Ansprechpartnern für Verwaltung und kommunale Politik in integrationspolitischen Fragen. Die Kontakte zwischen Moscheevereinen und ihrer sozialen Umwelt wurden in unterschiedlichen Kontexten thematisiert. Zum einen wurden Moscheevereine in ihrer Rolle als Akteure im Stadtteil untersucht und der Blick auf Kontakte mit anderen Akteuren des Stadtteils gerichtet (vgl. Spielhaus/Färber 2006; Jonker/Kapphan 1998; Otman 2008, Fischer 2008). Zudem betrachteten Untersuchungen von interreligiösen Dialogen u. a. die Kontakte zwischen Moscheevereinen und Kirchen (vgl. Klinkhammer et al. 2011, Pankoke 2005; Tezcan 2006, Nagel/Kalender 2013). Klinkhammer et al. (2011) zeigen in ihrer Studie, dass der gegenseitige Besuch von Gebets- und Gotteshäusern, darunter auch Moscheen, die von den Befragten am häufigsten angegebene Dialog-Aktivität ist (vgl. Klinkhammer et al. 2011: 67), was den Stellenwert der Gebets- und Versammlungshäuser verdeutlicht.

Darüber hinaus wurde bei der Untersuchung kommunaler Integrationspolitik der Kontakt zwischen den Behörden und anderen kommunalen Akteuren (v. a. Kirchengemeinden) auf der einen Seite und den Moscheevereinen auf der anderen Seite in den Fokus sozialwissenschaftlicher Studien gerückt (vgl. Schmid/Akca 2008, Gesemann 2006). Diese Studien erfolgten zumeist mit einem kommunalen Fokus. Hingegen hat die oben bereits erwähnte Studie von Halm/Sauer (2012) stadt- bzw. stadtteilübergreifend die verschiedenen Kontakte der Moscheegemeinden untersucht.

Kontakte von Moscheevereinen bestehen vor allem auf der Bezirksebene. Zu den Kommunikationspartnern der Vereine gehören Schulen, Polizeidienststellen, Bezirksbürgermeister, Quartiersmanager, zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Religionsgemeinschaften (vgl. Spielhaus/Färber 2006: 7). Die von Jonker/Kapphan 1998 herausgegebene Studie über Moscheevereine in Berlin stellte eine weitgehende Isolierung der islamischen Gemeinden von der deutschen Dominanzgesellschaft fest (vgl. Jonker/Kapphan 1998: 7). Die erneuten



Befragungen im Jahr 2006 weisen jedoch auf eine starke Veränderung hin. Festzustellen ist eine „ausgeprägte Vielfalt der Kontakte auf Bezirksebene“ (Gesemann 2006 b: 27). Rund 80 % der Moscheevereine hatten eigenen Angaben zufolge Kontakt zu mehreren öffentlichen Einrichtungen (vgl. ebd.). Auch andere Studien konstatieren einen Ausbau der Kontakte von muslimischen Gemeinden und begründen dies mit dem Generationenwechsel in den Gemeinden. Mittlerweile befindet sich in vielen Gemeinden die zweite oder dritte Generation von Muslimen in den Vereinsvorständen, die in Deutschland geboren und/oder sozialisiert wurden, sich mit dem Land stärker identifizieren und daher mit der Gesellschaft stärker in Verbindung treten möchten (vgl. Suder 2015). Der meistgenannte Gesprächspartner in einem Zeitraum von zwölf Monaten ist die Polizeidienststelle im Bezirk (vgl. Gesemann 2006 b: 27). Gesemann konstatiert eine große Bereitschaft der Vereine zu noch mehr Zusammenarbeit mit den öffentlichen Stellen. Allerdings beklagen die Moscheevereine, dass die Kontakte zum Teil sporadischer Natur seien. Außerdem sehen sie ein Problem darin, dass sie von öffentlichen Stellen nur dann kontaktiert würden, „wenn es Ärger gibt und es um Schadensbegrenzung“ gehe (zitiert nach Gesemann 2006 b: 28). Die Moscheevereine wünschen sich mehr finanziellen Beistand für die säkularen Angebote der Gemeinden. Diesbezüglich werden vor allem die oben genannten Integrationsleistungen hervorgehoben (vgl. ebd.). Zudem wünschen sich Moscheen mehr Verständnis für räumliche Probleme und bauliche Pläne (vgl. ebd.).

Auf der anderen Seite gestaltet sich der Umgang aus der Perspektive der öffentlichen Akteure in den Bezirken mit den Moscheevereinen sehr unterschiedlich. Gesemann spricht von Distanz und Skepsis, aber auch vereinzelten Kontakten und Gesprächen sowie dem aktiven Bemühen, die Moscheevereine in Bezirksstrukturen wie Ausschüsse, runde Tische und Steuerungsrunden einzubeziehen (vgl. ebd.: 29). Beklagt wird von der öffentlichen Seite andererseits wenig Eigeninitiative bei den Moscheevereinen sowie eine „Abschottung der Vereine“, wodurch eine Kommunikation erschwert werde (vgl. ebd.). Ein Grund für das Problem des Misstrauens der Behörden und der Verwaltung gegenüber den Moscheevereinen wird in der bundesweiten Sicherheitsdebatte (s. o.) gesehen, die auf das Verhältnis zu den Vereinen abfärbt (vgl. ebd. 30). Vor diesem Hintergrund ist der Wunsch nach einer Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der Moscheevereine groß (vgl. ZfT 2006: 6). Jonker (2002: 12) sieht darin noch viel Handlungsbedarf bei den Moscheegemeinden, da die Außenkommunikation bisher stark vernachlässigt worden sei. Für die Kommunen nimmt insgesamt jedoch die Bedeutung der Moscheevereine in der Integrationspolitik zu. So dienen bereits einige aufgeschlossene Vereine als Multiplikatoren für die Behörden. Imame und Moscheevorsitzende werden aufgrund ihrer Autoritätsrollen in ihrer „profan-weltlichen Stellvertreterfunktion“ (vgl. Gesemann 2006 b: 31) gezielt angesprochen, um Problembewusstsein für z. B. Bildung und Frauengleichbehandlung zu stärken. Ein weiterer Aspekt ist die Interessenvertretung der Gemeinde durch die Moscheevereine. Zunehmend agieren sie als zivilgesellschaftliche Akteure oder „pressure groups“ (vgl. Kapitel 4.5) in der Stadtpolitik und engagieren sich in Integrationsbeiräten und anderen öffentlichen Gremien (vgl. Kalayci/Zaghdoud 2008: 20). Angesichts der lokalen Interaktionsdichte und -vielfalt zwischen Moscheegemeinden mit ihrer städtischen Umwelt bezeichnen Färber et

al. Moscheegemeinden als urbane Akteure, „die in unterschiedlichen historisch gewachsenen stadträumlichen Zusammenhängen [leben], die sie als urbane AkteurInnen reflektieren und verarbeiten, auf die sie reagieren und die sie prägen“ (Färber et al. 2012: 61). Islamisches Leben erscheint vor diesem Hintergrund „als situatives Ergebnis von Aushandlungen um legitime Formen gesellschaftlicher Präsenz“ (ebd., vgl. dazu auch Nagel 2015 c). Es ist ein zunehmender Wille von Moscheevereinen und Verbänden zu verzeichnen, ihre Moscheen für Nichtmuslime zu öffnen und über den Islam aufzuklären sowie die Vereinsarbeit vorzustellen. Zu nennen ist hier vor allem der Tag der offenen Moscheen, der 1997 von muslimischen Verbänden initiiert worden ist. Halm/Sauer stellen in ihrer quantitativen Studie insgesamt einen hohen Grad der Vernetzung mit der Aufnahmegesellschaft fest (vgl. Halm/Sauer 2012: 113). So gaben nur 5 % der Moscheegemeinden an, keine Kooperationen zu unterhalten. Als die häufigsten Kooperationspartner, noch vor der Polizei, wurden Kirchen und andere Religionsgemeinden angegeben, was den hohen Stellenwert des interreligiösen Dialogs für die Vernetzung von Moscheevereinen verdeutlicht (vgl. ebd. 114). Einen Überblick über die verschiedenen Kooperationspartner der Moscheegemeinden und ihre Häufigkeit gibt die Tabelle 5:

Tabelle 5: Kooperationen der befragten Gemeinden (Mehrfachnennung)

	Häufigkeit	%
Kirchen/andere Glaubensgemeinschaften	881	77,2
Polizei	817	71,6
Kooperation mit Schulen	782	68,5
Mitarbeit Integrationsrat/Ausländerbeirat	752	66,0
Mitarbeit Stadtteil-/Nachbarschaftsprojekte	659	57,8
Sportvereine	607	53,2
Wohlfahrtsverbände	499	43,7
Weiß nicht/k.A.	52	4,6
Keine Kooperation	51	4,5
Sonstige	35	3,1
<b>Gesamt</b>	<b>1.141</b>	

Quelle: (Halm et al 2012: 113)

Ähnlich wie bei den Angeboten der Moscheegemeinden sind auch für die Vielfalt der Kontakte nach außen die Ressourcenausstattung maßgeblich (Halm et al. 2012: 115). Im vorherigen Kapitel wurde die transnationale Vernetzung der Verbände angesprochen. Halm/Sauer stellen hinsichtlich der grenzüberschreitenden Kontakte der Moscheegemeinden fest, dass diese schwach ausgeprägt sind, „viel schwächer, als man es mit Blick auf Migrantenorganisationen vielleicht erwarten würde“ (Halm et al. 2012: 109). Wie im vorherigen Kapitel gezeigt, stehen die meisten Moscheegemeinden in Kontakt mit Verbänden auf Stadt-, Landes- oder Bundesebene und sind durch verschiedene Beziehungsinhalte mit ihnen vernetzt.

## 2.4 Zusammenfassung

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass es vor allem drei prägende Tendenzen gibt, die das muslimische Leben in Deutschland der letzten Jahre charakterisieren: Etablierung, Polarisierung und Heterogenisierung. Dabei betrifft die Heterogenisierung v. a. die Zusammensetzung der muslimischen Bevölkerung nach Nationalitäten, Altersgruppen und Lebensstilen. Zugleich gibt es einen Trend und die staatliche Erwartung einer Einigung der unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gemeinschaften auf gemeinsame Positionen und der Bildung eines einheitlichen Ansprechpartners, um eine politische Legitimität zu erlangen und die religionspolitische Ausgestaltung des Islam in Deutschland zu organisieren (vgl. Bodenstein 2010: 361).

Sowohl auf der persönlichen als auch auf der institutionellen Ebene haben sich die Muslime und der Islam zunehmend etabliert. Die Etablierung des Islam wird hier verstanden als eine Verankerung der islamischen Religion und seiner Anhänger in Deutschland durch einen Prozess von Aushandlungen und Anpassungen von Muslimen an die Erwartungen und Strukturen der Gesellschaft bei gleichzeitiger Öffnung der Gesellschaft für islambezogene Angelegenheit und umfasst mehrere Facetten, die in dem Kapitel vorgestellt wurden.

Ein großer Teil der Muslime ist mittlerweile in Deutschland geboren und sozialisiert und die muslimischen Organisationen haben vielfach ihre Angebote und Einrichtungen ausgebaut. Die Moscheegemeinden mit ihren Moscheen bilden religiöse Zentren für viele Muslime und versorgen sie mit religiösen als auch mit anderweitigen sozialen Angeboten. Studien verweisen darauf, dass die Vernetzung zwischen Moscheegemeinden und ihrer sozialen Umwelt im Verlauf der letzten Jahrzehnte gewachsen ist. Gleichzeitig stellen die religiös-politische Radikalisierung, sehr konservative Strömungen unter Muslimen und antimuslimische Einstellungen und die Abwehrtendenzen gegen die Etablierung des Islam in der Gesellschaft wichtige Herausforderungen dar. Diese Entwicklungen machen die Moscheegemeinden zu kontrovers diskutierten Akteuren in der Organisation des Islam und, wie noch zu zeigen ist, haben Einfluss auf die Legitimität von Moscheebauprojekten. Die Ausführungen verdeutlichen, dass Moscheegemeinden trotz ihrer begrenzten Reichweite eine wichtige Rolle für die muslimische Vergemeinschaftung und Religionspraxis spielen. Insofern ist die Betrachtung des Ausbaus ihrer Gemeindezentren zentral für das Verständnis der fortschreitenden Etablierung des Islam in Deutschland.

Die Befunde zu den vielfältigen religiösen und sozialen Angeboten von den Gemeinden und ihrer Relevanz für das muslimische Gemeindeleben lässt bereits auf den hohen Stellenwert des Ausbaus der sozio-religiösen Infrastruktur als Motor von Moscheebauprojekten schließen. Im Gegensatz zu regional oder bundesweit tätigen muslimischen Organisationen, von denen die größten hier vorgestellt wurden, sowie von losen, geographisch zerstreuten muslimischen Netzwerken bilden Moscheegemeinden Akteure von Stadtgesellschaften, was Folgen für die Prägung ihrer Beziehungen zur sozialen Umwelt hat. Die oben diskutierten Aspekte können als Handlungsrahmen (Islamdiskurs, Vernetzung von Moscheegemeinden, Etablierung des Islam) für die Moscheebauprojekte verstanden werden. Im nächsten Kapitel werde ich die Aspekte aufgreifen und dabei die Perspektive auf die Moscheebauprojekten zuspitzen.

### 3 Repräsentative Moscheen im Lichte sozialwissenschaftlicher Forschung

Das letzte Kapitel befasste sich mit dem muslimischen Leben in Deutschland. Es ging auf muslimische Organisationen und insbesondere auf Moscheegemeinden ein, da sie die Hauptakteure in den Moscheebauprojekten sind und somit im Zentrum der Untersuchung stehen. Auch wurde der bundesweite diskursive islambezogene Kontext dargelegt, in dem auch die Legitimität von Moscheen ausgehandelt wird. Im folgenden Kapitel soll der Fokus stärker auf den Forschungsstand zum Moscheebau bzw. zur Entstehung von repräsentativen Moscheen gerichtet werden.

Der in der Einleitung vorgestellte Begriff der repräsentativen Moschee, worunter ein muslimisches Gebets- und Versammlungshaus verstanden wird, das durch architektonische Elemente als solches erkennbar und durch eine multifunktionale Raumaufteilung gekennzeichnet ist, hat sich mittlerweile in der Forschung durchgesetzt. Er verweist aber streng genommen nur auf die äußere architektonische Form, die in gewisser Weise ansehnlich und imposant ist. Tatsächlich legt die bisherige Forschung in diesem Zusammenhang den Fokus auf die äußerlich symbolische Präsenz von Muslimen. Dies wird z. B. in den ebenfalls in der Forschung verwendeten Begriffen wie „städtebaulich markante Moscheen“ (Schmitt 2011: o. S.) oder „klassische Moscheen“ (Haucap/Heimeshoff 2012: 13) ersichtlich. Es zeigt sich aber, dass neue Moscheen, die die bisherigen Hinterhofmoscheen ersetzen, ein breites Raumangebot umfassen. Daher wird die multifunktionale Raumaufteilung als ein ebenso zentrales Element der Definition wie die architektonische Repräsentanz verstanden.<sup>71</sup>

Neben den wesentlichen Informationen zu Formen und Funktionen von Moscheen und ihrer Entstehungsgeschichte werde ich die Errichtung von repräsentativen Moscheen in Deutschland vorstellen und den Bezug zur allgemeinen Situation von Muslimen in Deutschland herstellen. Erstere Ausführungen werden knappgehalten, da sie bereits ausführlich u. a. bei Kraft (2002) dargelegt wurden. Anschließend werde ich die bisherigen Studien, die zum Moscheebau entstanden sind, in ihren Schwerpunkten vorstellen und systematisieren. Aus den Ausführungen wird deutlich, welche wesentlichen Aspekte in dem Themenfeld bisher vernachlässigt wurden.

Die Ergebnisse werden für die Konzeptionalisierung der eigenen Fallstudien herangezogen und die Interpretationsweisen aus dem Forschungsstand für die vorliegende Arbeit reflektiert. Schließlich werden Fragen vorgestellt, die durch den Forschungsstand bisher nicht zufriedenstellend beantwortet werden können und deshalb im Rahmen dieser Arbeit bearbeitet werden. Der Abgleich der bisherigen Befunde mit den Ergebnissen dieser Studie hilft, am Schluss der vorliegenden Arbeit Generalisierungen vorzunehmen (vgl. Kap. 9).

---

<sup>71</sup> Interviewte Akteure legten sehr unterschiedliche Verständnisse von „Moscheen“ an den Tag. Zum Teil wurden darunter nur Gebetsräume verstanden, zum Teil Gebäude mit einer erkennbaren muslimischen Gestaltung. Aber im Grundsatz wurde der Forschungsgegenstand Gebetsräume und die damit verbundene sozio-religiöse Infrastruktur auch von den Interviewpartnern als Moschee bezeichnet. Wenn von einem Moscheekomplex gesprochen wird, liegt der Fokus auf den Räumlichkeiten der Moschee und weniger auf den architektonischen Elementen, die die Moschee als solche erkennbar machen.

### **3.1 Moscheebau und repräsentative Moscheen als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchung: Disziplinen und Schwerpunktsetzung**

Die Aktualität und die gesellschaftspolitische Bedeutung des Themas spiegeln sich in der sozialwissenschaftlichen Forschung wider. Forscher diverser Disziplinen haben sich mit Moscheebauprojekten befasst. So sind mittlerweile Arbeiten zu dieser Thematik in den Bereichen Politikwissenschaft, Soziologie, Humangeographie, Ethnologie sowie Architekturwissenschaft entstanden. Zusammengefasst untersuchen die Studien Verläufe von Moscheebauprojekten, Konfliktakteure und ihre Eigenschaften, Konfliktgegenstände und vorgebrachte Argumente sowie rechtliche und politische Rahmenbedingungen der Bauprojekte. Vereinzelt werden Versuche unternommen, allen voran die Widerstände der Moscheegegner zu erklären.

Der Stellenwert des Phänomens Moscheebau im Gesamtdesign der Studien variiert. Während manche Studien den Fokus auf den Moscheebau legen und primär ihn untersuchen, betrachten andere Studien den Moscheebau als eine Erscheinung unter vielen, die für ein übergeordnetes Phänomen stehen. Beispiele für Letzteres sind die zunehmenden Projekte von Muslimen („claims making“), die den Ausbau muslimischer Infrastruktur betreffen oder Forderungen nach Mitspracherechten, die an lokale oder nationale Behörden adressiert werden (vgl. Soper/Fetzer 2003, Koenig 2004), was der Etablierung des Islam zugeordnet werden kann. Im Fokus steht dabei der Umgang des Staates mit der zunehmenden religiösen Pluralisierung und mit den Interessen von organisierten religiösen Kollektiven.

Die Studien unterscheiden sich zum Teil sehr stark voneinander. Während manche eher explorativ vorgehen (z. B. Schmitt 2003) und allgemein nach Konfliktursachen suchen, sind die später entstandenen Studien stärker theoriegeleitet (z. B. Hüttermann 2006, Brunn 2006, Hohage 2013) und fragen selektiver nach Faktoren für den Verlauf von Moscheebauprojekten, z. B. die Rolle der Behörden etc. Thomas Schmitt (2003) beschäftigt sich in seiner umfassenden sozialgeographischen Arbeit mit Gründen, warum es zu Widerständen gegen den Moscheebau kommt, und kategorisiert sie in „raumbezogen-städtebauliche“, „ethnisch-kulturelle“ und „religionsbezogene Aspekte“. In seiner „gegenstandsnahen Analyse“ (ebd. 2006: 9) betrachtet Hüttermann die innere Dynamik und Verlaufsform von Konflikten um islamische Symbole und setzt diese mit einem „Inkorporationsritual“ (ebd.: 2006: 151) gleich, bei dem die Etablierten den Außenseitern Zugang zur Gemeinschaft durch die architektonische Repräsentanz einräumen. Dabei knüpft der Autor an das von Norbert Elias geprägte Begriffspaar seiner Figurationssoziologie „Etablierte und Außenseiter“ an (vgl. Elias/Scotson 1993). Andere Studien hingegen sind praxisorientiert und leiten aus der Betrachtung von Moscheebauprojekten Handlungsempfehlungen für den kommunalen Umgang mit Bauanträgen muslimischer Gemeinden ab (Schoppengerd 2008, Leggewie et al. 2002<sup>72</sup>, Leggewie 2009). So geht es Johanna Schoppengerd (2008) darum, Handlungsfelder beim Moscheebau für Kommunen zu identifizieren. Eine weitere mit dem Bau von Moscheen befasste Forschungsrichtung widmet sich dem

---

<sup>72</sup> Das in Form eines Praxisratgebers verfasste Buch richtet sich auch an muslimische Gemeinden und beinhaltet Ratschläge für die einzelnen Schritte eines Moscheebauprojekts.

Kartographieren von Moscheen. Zu nennen ist das Projekt von Martin Baumann<sup>73</sup>, der Sakralbauten von religiösen Migrantengemeinden in der Schweiz beschreibt und die Standorte geographisch dokumentiert. Für Deutschland wurde eine Landkarte von Schmitt (2011) erarbeitet.

Bei dem Untersuchungsgegenstand gibt es zum einen Studien, die den Fokus auf die Handlungsebene legen und versuchen, anhand von Experteninterviews und Stadtratsprotokollen den genauen Ablauf des Projekts zu rekonstruieren (vgl. Schmitt 2003, Schoppengerd 2008). Zum anderen gibt es ein Bündel von Studien, die die semantische Ebene und die Deutung der Moschee betrachten (vgl. Maussen 2009) und die antimuslimischen Bezugnahmen von politischen Parteien (vgl. Hafez 2010) sowie städtebauliche Narrative (vgl. Balke 2009) herausarbeiten. Aus den Forschungsinteressen ergeben sich grundsätzlich mindestens zwei unterschiedliche methodische Herangehensweisen: Während letztere Studien primär Diskursanalysen durchführen und daher Texte verschiedener Formen heranziehen, primär Zeitungsartikel (z. B. Brunn 2006), führen die Studien, die am Ablauf der einzelnen Projekte interessiert sind, zum Teil detaillierte Fallstudien durch. Dafür werden Interviews mit beteiligten Akteuren präsentiert und bei wenigen Fallstudien auch teilnehmende Beobachtungen wiedergegeben (vgl. Hohage 2013, Hüttermann 2006). Allen Studien ist gemein, dass sie sich primär für konflikt-hafte Auseinandersetzungen interessieren und ihre Beobachtungen und Erkenntnisse aus Antagonismen schöpfen.<sup>74</sup> Zugleich wird das Thema Moscheebau analog zur wissenschaftlichen Behandlung von Muslimen in Deutschland (vgl. Kap. 2) eng an integrationspolitische Themen geknüpft, in denen z. B. die Frage nach der Integrationsförderlichkeit von Moscheebau in den Ausführungen mitschwingt (so z. B. bei Öcal 2010). Der Fokus liegt in den meisten Publikationen auf den Perspektiven der Dominanzgesellschaft.

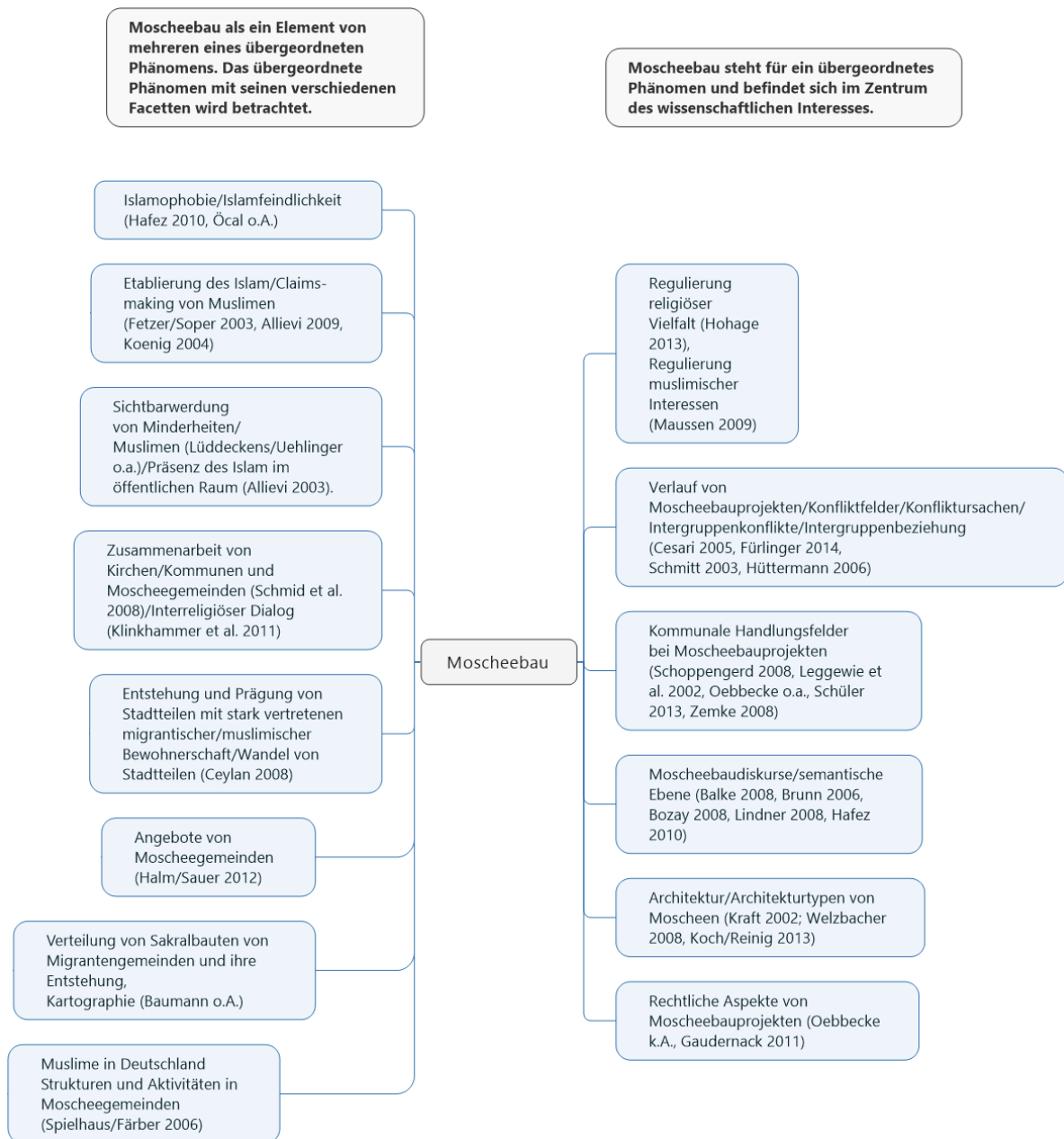
Aus dem kurzen Rekurs wird bereits deutlich, welche thematischen Bezüge es im Kontext des Phänomens Moscheebauprojekt gibt und wie umfangreich es von der Wissenschaft interpretiert wurde. Es lässt sich verschiedenen Gesellschaftsbereichen wie Politik, Religion, Stadtteilleben und diversen gesellschaftlichen Entwicklungen zuordnen: religiöse Pluralisierung, Umgang mit religiöser Pluralisierung durch die Behörden, Interessenbekundung bzw. „claims-making“ von Muslimen, Wandel von muslimischen Gemeinden, Integration von Muslimen, antimuslimische Diskurse bzw. antimuslimischer Rassismus, Wandel des öffentlichen Raums etc. (vgl. Abb. 5). Die mit Moscheebau verbundene Themenvielfalt und die Schwerpunkte der bestehenden Publikationen sind der Abbildung 5 zu entnehmen. Dabei gab es Studien, die sich schwerpunktmäßig mit Moscheebau befassen und diesen Untersuchungsgegenstand auf übergeordnete Entwicklungen beziehen (rechts) und Studien, die sich primär mit den übergeordneten Entwicklungen beschäftigten und Moscheebau als ein Element (von vielen) oder eine Veranschaulichung dessen aufgreifen (links).

---

<sup>73</sup> Siehe dazu: [HTTPS://WWW.UNILU.CH/FAKULTAETEN/KFS/INSTITUTE/ZENTRUM-RELIGIONSFORSCHUNG/RELIGIONEN-SCHWEIZ/FORSCHUNG/KUPPEL-TEMPEL-MINARETT/](https://www.unilu.ch/fakultaeten/kfs/institute/zentrum-religionsforschung/religionen-schweiz/forschung/kuppel-temmel-minarett/), letzter Zugriff am 09.02.18.

<sup>74</sup> Eine Ausnahme bildet Schoppengerd, die sich in dem Sampling ihrer stadtplanerischen Studie für „best-practice“-Beispiele entschied.

Abbildung 5: Fragestellungen und Schwerpunkte bei sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zu Moscheebauprojekten



Quelle: Eigene Darstellung

Im Folgenden werden die genannten Studien kurz aufgegriffen, um die einzelnen Aspekte von Moscheebauprojekten genauer zu beleuchten.

### 3.2 Die Moschee: Gestaltung und Funktion

Wie bereits beschrieben, bildet die Moschee das religiöse und soziale Zentrum von muslimischen Gemeinden. Sie und die vereinzelt daran angeschlossenen Einrichtungen bilden den Ort, der den Großteil der Aufgaben eines Moscheevereins und Tätigkeiten der Moscheegemeinde beheimatet. Die Moschee gilt daher als eine wichtige religiös-spirituelle und soziale Institution des Islams (vgl. Alder 2003). Laut den Hadithen ist prinzipiell die ganze Erde ein Gebetsplatz

und geeignet für die Anbetung Gottes. Da jedoch der Gebetsplatz ein besonders reiner Platz sein muss und das Gebet möglichst in einer Gemeinschaft ausgeübt werden soll, kommt der Moschee eine besondere Rolle zu (vgl. ebd.; Schmitt 2003: 46 f.).

Eine einheitliche Gestaltung von Moscheen gibt es nicht. Die Vielfalt islamischer Orte reicht von ausschließlich für das Gebet genutzten Räumen bis hin zu Kultur- und Bildungszentren, in denen der Gebetsraum nur einen kleinen Teil des Gesamtkomplexes ausmacht. Moscheen können unscheinbar in alten Lagern bestehen, auf die nur ein kleines Schild aufmerksam macht, sie können aber auch klassisch und repräsentativ im orientalischen Stil gebaut sein. Alevitinnen betreiben ihrem Verständnis nach keine Moschee. Sie errichten und unterhalten Gebetsräume und Gemeindezentren, die Cemhäuser genannt werden (türk.: Cem evi, vgl. Spielhaus/Färber 2006: 6).

In den muslimischen Ländern wird das gemeinsame Gebet am islamischen Feiertag idealerweise in einer entsprechend ausgestatteten „Freitagsmoschee“ (arab.: *jâmi'*; türk.: *cami*) vollzogen (vgl. Spuler-Stegemann 1998: 147). Diese ist meistens in zentrumsnaher Lage situiert und bietet Raum für Menschen aus mehreren Nachbarschaften. Sie ist durch ihre Größe und Architektur als ein sakrales und symbolträchtiges Gebäude in der Stadt erkennbar (z. B.: Kuppel und Minarette). Wie schon angemerkt haben sich verschiedene Baustile von Moscheen in den unterschiedlichen Weltregionen entwickelt. In weiten Teilen des früheren Osmanischen Reiches hat sich als Freitagsmoschee die klassische Moschee osmanischen Typs herausgebildet. Über der Gebetshalle befindet sich eine Zentralkuppel, an die mehrere kleine Kuppeln anschließen können. Die an die Gebetshalle angeschlossenen Minarette bilden schlanke, bleistiftförmige Türme, die einen runden Balkon mit einem Geländer um den Turm besitzen (vgl. Schmitt 2003: 41). Dies sind gleichzeitig Vorbilder, an die in Deutschland angeknüpft wird. Das Minarett ist wohl das sichtbarste Symbol für die Präsenz des Islam in einem Ort. Es entwickelte sich mit der Zeit „in der Fremd- wie in der Selbstwahrnehmung des Islam zu einem Wahrzeichen dieser Weltreligion und des islamischen Glaubens schlechthin“ (Schmitt 2003: 44). Das Minarett gehört in den gängigen Bewertungen der Literatur zu den kulturhistorischen Aspekten, ohne eine religiöse Bedeutung zu besitzen (vgl. Rohe 2001: 136; Schmitt 2003: 44). Dies spielt insofern eine wichtige Rolle für das Verständnis der aktuellen Moscheebaukonflikte, als dass in Auseinandersetzungen immer wieder danach gefragt wird, ob Minarett und Kuppel religiöse Pflicht sei. Von der Beantwortung dieser Frage wird die entsprechende Anwendung oder Nichtanwendung des Prinzips der Religionsfreiheit auf das entsprechende Moscheeprojekt abhängig gemacht.

Früher hießen diese großen und repräsentativen Moscheen Zentrumsmoscheen. Da im Laufe der Geschichte die orientalischen Städte immer weiter gewachsen sind, ist der Anspruch an die Zentrumsmoschee verschwunden, alle Gläubigen aufzunehmen. Sie wurde durch mehrere größere Moscheen, die so genannten Freitagsmoscheen, ersetzt (vgl. Knox/Marston 2001: 554 f.). Der Islam lehrt zwar, dass Materielles niemals heilig sein kann (vgl. Frishman/Khan 1995: 30)<sup>75</sup>, und ein Moscheegebäude ist somit, im Gegensatz zum katholischen

---

<sup>75</sup> Darüber gibt es, nach Frishman/Khan (1995: 30), bei den muslimischen Gelehrten jedoch keine einheitliche Meinung.



Kirchengebäude, nicht heilig oder geweiht (vgl. Beinhauer-Köhler 2009: 40), grundsätzlich gilt jedoch die Errichtung einer Moschee als sehr segensreich und verdienstvoll (vgl. Alder 2003: o. S.).<sup>76</sup> So kam es, dass von Spanien bis China und vom Balkan bis nach Afrika südlich der Sahara muslimische Bauten entstanden und heute einen festen Bestandteil des Islams darstellen. Dabei sind je nach Region und lokaler Tradition sehr verschiedene Architekturstile entstanden (vgl. ebd.).<sup>77</sup>

Die Freitagsmoschee unterscheidet sich nicht nur in ihrer Größe und Architektur von Nachbarschaftsmoscheen. Dort finden jeden Freitag zusätzlich zu dem Gebet mit dem Vorbeter (arab.: Imam) auch Predigten (arab.: kutba) statt. Diese werden durch den Freitagsprediger (arab.: Khatib) durchgeführt, der zugleich häufig der Imam der Moschee ist. Die Themen umfassen das alltägliche, das gesellschaftliche und das politische Geschehen (vgl. Finster 2003: 205, Interkultureller Rat 2007: 3).<sup>78</sup> In der Woche werden die kleineren Gebetsstätten (arab.: masjid, türk: mescit), die als islamische Gebethäuser erkennbar sein können, es jedoch nicht immer sind (vgl. Beinhauer-Köhler 2009: 47), anderweitig genutzt. Die Benennungen machen den Unterschied deutlich: „Mescit“ oder „masjid“ steht für den „Ort, an dem man sich (zum Gebet) niederwirft“, „cami“ hingegen bedeutet „Ort, an dem man sich versammelt“ (Spuler-Stegemann 1998: 147).

Im Deutschen ist der Begriff „Moschee“ aus dem arabischen „mescit“ entlehnt und wird sowohl für die Freitagsmoschee als auch für die Nachbarschaftsmoschee verwendet. Aufgrund anderer Bedingungen in der Diaspora<sup>79</sup> haben sich keine getrennten Freitags- und Nachbarschaftsmoscheen in Deutschland herausgebildet. In Deutschland verfügen einzelne Moscheegemeinden über eine Moschee, die gleichzeitig als Nachbarschaftsmoschee und Freitagsmoschee genutzt wird.

Eine Moschee soll die materielle und räumliche Grundlage für die Realisierung des Bedürfnisses nach einem gemeinschaftlichen Gebet bilden. Daraus leitet sich eine entsprechende Mindestgröße ab. Der liturgische Ablauf und die diversen Aktivitäten, die innerhalb einer Moschee stattfanden und weiterhin stattfinden, erfordern ein differenziertes Raumangebot. Bärbel Beinhauer-Köhler (2009) macht deutlich, dass sich die Zeremonien zum Teil wandelten und es in der Anfangszeit des Islam ein „keineswegs in sich abgeschlossenes rituelles und architektonisches Konzept für Moscheen“ (Beinhauer-Köhler 2009: 43) gab. Grundsätzlich gilt jedoch die Moschee in Medina, die in dem Haus von Mohammed errichtet wurde, für viele als Vorbild, und mit der Zeit haben sich bestimmte Standards hinsichtlich der inneren Gestaltung herausgebildet (vgl. Alder 2003).

Zur Standardausstattung gehört die Gebetsnische (arab.: mihrâb), in der der Imam für die Gebetsleitung mit dem Rücken zu den anderen Gläubigen seinen Platz einnimmt. Die

---

<sup>76</sup> So heißt es in einer Hadithe: „Wer eine Moschee baut, dem wird Gott im Paradies ein ähnliches Bauwerk errichten!“ (Al-Buhri (8,65) S. 115, zitiert nach Schmitt 2003: 46).

<sup>77</sup> Zu den markanten Architekturelementen der Kuppel und des Minaretts siehe weiter unten.

<sup>78</sup> So kommt es, dass größere Demonstrationen z. B. während der politischen Umstürze in der arabischen Welt in 2011) oder im Zusammenhang mit islamkritischen und islamfeindlichen Veröffentlichungen wie z. B. im Jahr 2012 dem Film „Innocence of Muslims“ (vgl. Tagesspiegel 14.09.12) v. a. nach den Freitagsgebeten zustande gekommen sind.

<sup>79</sup> Weniger Gläubige als in den Herkunftsländern, viele zersplitterte Glaubensgemeinschaften, kein Staat, der für die religiöse Infrastruktur zuständig ist.

Gebetsnische befindet sich inmitten einer Wand (arab.: quibla), die nach Mekka ausgerichtet ist. Die Tatsache, dass alle Moscheen auf der Welt in die gleiche Richtung ausgerichtet sind, deutet auf eine symbolische Einheit der Gläubigen, der Umma, hin. Eine meist etwas höher gelegene Kanzel (arab.: Minbar) dient dem Freitagsprediger als Plattform für die Predigten beim Freitagsgebet und an islamischen Feiertagen. Zusätzlich sind in Moscheen Sanitäranlagen zur rituellen Waschung (wudû) vorzufinden (vgl. Beinhauer-Köhler 2009: 46).

Vor allem die großen Moscheen waren schon zur Anfangszeit des Islam multifunktionale Gemeinschaftszentren, in denen verschiedene Einrichtungen wie Armenküchen, medizinische Dienste, Bäder (Hamams), Dienstleister wie z. B. Friseure sowie Bibliotheken integriert waren (vgl. Alder 2003; Beinhauer-Köhler 2009: 62 ff.). Es ist die frühe Gemeinschaft der Muslime in Medina und die Gestaltung sowie Funktionalität der Moschee, die als „zeitlos gültiges Idealmodell einer islamischen Gesellschaftsordnung und des Zusammenlebens gilt, so dass deren Vorbildfunktion im Islam bis heute ungebrochen weiterbesteht und daher eine hohe normative und ideelle Relevanz besitzt“ (Alder 2003).

Die Moschee in Medina diente den Muslimen nicht als ein rein religiöser Ort. Dort wurden verschiedene Versammlungen abgehalten, Delegationen empfangen und Verhandlungen geführt (vgl. Alder 2003). Insofern ist die Multifunktionalität der Moscheen schon in der Anfangszeit des Islams verankert. Die multifunktionalen Komplexe werden als Külliye bezeichnet; ein bekanntes Beispiel ist die Süleymaniye-Moschee in Istanbul oder bîmâristân qalâwûn in Kairo. Unterhalten wurden diese Anlagen durch sogenannte fromme Stiftungen von wohlhabenden Spendern (arab. waqf, pl. auqâf). „Eine *Külliye* ist traditionell eine sozial-karitative Einrichtung mit Angeboten zur Weiterbildung, die sich im Umfeld von Moscheen in früheren Zeiten etablierte und staatlich unabhängig war“ (Schmid 2008 et al.: 78, Herv. i. Org.). Sie genossen Steuerfreiheit und finanzierten sich zum Teil aus Einkünften aus Ländereien, Mühlen, Bädern etc. (vgl. Alder 2003: o. S.). So konnten sie in fast allen islamischen Ländern zumeist unabhängig vom staatlichen Wirken wichtige gesellschaftliche und religiöse Aufgaben im Leben der Muslime übernehmen. Mit dem Wandel der Staatlichkeit und der Herstellung staatlicher Souveränität wurden die Stiftungen abgeschafft oder unter direkte staatliche Kontrolle gestellt (vgl. Kogelmann 2003: 284 f.). Heutzutage werden die Moscheen in vielen muslimisch geprägten Ländern von Auqâf-Behörden bzw. Ministerien verwaltet. Die Funktionen der Külliyes sind zum Teil auf andere öffentliche Einrichtungen übergegangen (vgl. Alder 2003).

Unverzichtbar für die Funktionsweise einer Moschee ist das entsprechende Personal. Für die grundsätzlichen Funktionen können vor allem vier Aufgaben genannt werden, die v. a. in großen Moscheen der islamischen Welt von einzelnen dafür eingestellten Personen und in Deutschland in Personalunion wahrgenommen werden (vgl. Schmitt 2003: 46). Der Imam ist dafür zuständig, das Gebet zu leiten, und hält sowohl die fünf täglichen Gebete als auch das Freitagsgebet ab. Der Prediger (arab.: hatib) nimmt die Rolle eines öffentlichen Redners ein und tritt Freitagmittags vor dem Hauptgebet (s. o.) in Erscheinung. Der Muezzin (arab.: mu'ad-din) kündigt mit seinem Gebetsruf das Gebet traditionell in den öffentlichen Raum hinein an.

Für den Koranunterricht innerhalb der Moschee bzw. den angegliederten Räumlichkeiten ist der hoca (türk. für „Lehrer“) zuständig.

### **3.3 Entstehung von repräsentativen Moscheen in Deutschland: Motive und Tendenzen**

Der Prozess der Entstehung von repräsentativen Moscheen verlief parallel zu der gesellschaftlichen Entwicklung der Muslime in Deutschland. Zu nennen ist zum einen die Rolle der Angehörigen der zweiten Generation, die wesentlich besser ausgebildet sind als die erste Generation und somit einfacher mit den baurechtlichen Erfordernissen umgehen können. Außerdem hat in den muslimischen Dachverbänden eine Spezialisierung und Professionalisierung im Liegenschaftsmanagement stattgefunden (vgl. Leggewie et al. 2002: 31).

Gleichzeitig ist die Bleibeabsicht der zweiten Generation in Deutschland stärker ausgeprägt. Vor dem Hintergrund, dass sie in Deutschland bleiben wollen, ohne ihre muslimische Identität aufzugeben und um gegenüber den Behörden selbstbewusster auftreten zu können, spricht Ceylan dieser Generation der Muslime eine wichtige Rolle bei dem Prozess der multifunktionalen Ausgestaltung der Moscheen und dem Vorantreiben der repräsentativen Bauten zu (vgl. Ceylan 2008: 177; ebenso Jonker 1998: 7f). In der Errichtung von repräsentativen Moscheen drückt sich der Wunsch<sup>80</sup> aus, auch am öffentlichen Raum der Gesellschaft teilzuhaben und symbolisch repräsentiert zu sein (vgl. Leggewie et al. 2002: 29).

Neben der Verortung der Lebensperspektive in Deutschland und dem Willen, ihre muslimische Identität offen ausleben zu können, kommt ein weiterer wichtiger Punkt hinzu, der mit der Errichtung der repräsentativen<sup>81</sup> Moschee im Zusammenhang steht: Zunehmend stand die Beschäftigung mit der Situation der Muslime in Deutschland mehr im Mittelpunkt des Interesses der Verbände und Vereine.<sup>82</sup> Alltagsprobleme ihrer Mitglieder, die am Anfang der Migration noch nicht bestanden haben, rückten in den Vordergrund, z. B. das Erreichen des Rentenalters oder die Sorge um die Beschäftigung für Kinder und Jugendliche.

#### **Ausmaß der repräsentativen Moscheen**

Zu den häufigsten Erbauern von repräsentativen Moscheen zählen DITIB-Gemeinden. Leggewie (2002: 18) schätzt die Gesamtzahl der repräsentativen Moscheen der DITIB auf über 50 im Jahr 2002.<sup>83</sup> Die Anzahl der bestehenden Moscheen in Deutschland wird unterschiedlich

---

<sup>80</sup> Der Wunsch betrifft primär die Bauherren der Moscheen, also die Moscheevereine und Verbände. Die Frage danach, wessen Wünsche mit der Errichtung von repräsentativen Moscheen erfüllt werden, stellt einen Hauptstreitpunkt zwischen Moscheebaugegnern und Befürwortern dar. Die Gegner betonen die Rolle der Dachverbände und fremder Staaten, namentlich der Türkei, die mit den Moscheen ihre Macht demonstrieren wollen (vgl. Tagesspiegel 04.10.07). Die Befürworter verweisen auf die Bedürfnisse der Gläubigen (vgl. Schmitt 2003: 350). Transnationale Einflussnahme und Machtdemonstrationen, ebenso Konkurrenz um die Gläubigen der muslimischen Organisationen und Konkurrenz können nicht ausgeschlossen werden. Es erscheint plausibel, dass Moscheebau sich im Einklang mit Strategien von Machtdemonstration und Einflussnahme von überlokalen Akteuren befindet (vgl. Lauterbach/Lottermoser 2009, Leggewie et al. 2002: 30, Oebbecke o. J.: 4). Allerdings ist die Kenntnislage diesbezüglich in Deutschland dürftig (vgl. Gaudernack 2011: 50). Wie die Fallstudien zeigen werden, spielen hierbei die Wünsche der Gemeindevorstände und -Mitglieder eine wichtige Rolle.

<sup>81</sup> „Errichtung repräsentativer Moscheen“ umfasst auch die Erweiterung der bereits bestehenden Moscheen durch islamische Symbole und zusätzliche Räumlichkeiten.

<sup>82</sup> Es blieben allerdings zahlreiche Kanäle und Einflüsse zwischen den Vereinen oder Verbänden und den Organisationen in den Herkunftsländern bestehen. Dieses Thema bildet jedoch ein eigenständiges Forschungsfeld und soll hier nicht näher untersucht werden.

<sup>83</sup> Zunehmend bauen aber auch andere Gemeinden als Moscheen erkennbare Bauten. So hat beispielsweise die AMJ in den 90er Jahren angefangen, repräsentative Moscheen zu bauen, und plant mit ihrem „100 Moscheenplan“ innerhalb dieses Jahrhunderts auf hundert repräsentative Moscheen in Deutschland zu kommen (vgl. Hohmann 2003: 53).

geschätzt. Schmitt (2003: 59) zählte die Moscheen der einzelnen Gemeinden und Verbände zusammen und kommt für das Jahr 2000 auf 59 repräsentative Moscheebauten von insgesamt 1700. Dahling-Sander (2007: 33) spricht, sich auf die Frühlingsumfrage des Zentralinstituts Islam Archiv Deutschland Stiftung e. V. (2005) beziehend, von 143 „klassischen Moscheen“ und weiteren 128 dieser Art, die in Planung seien. Gesicherte Angaben liegen nach Aussagen der Bundesregierung diesbezüglich nicht vor (vgl. Zemke 2008: 113). Die abweichenden Zahlen resultieren daraus, dass sich bisher keine einheitliche Definition für repräsentative Moscheen durchgesetzt hat. So sprechen Leggewie et al. von „sichtbaren Moscheen“ (Leggewie et al. 2002: 18), die auch Erweiterungsbauten umfassen könnten. Häußermann hingegen spricht explizit von repräsentativen Neubauten (Häußermann 2006: 86). Es besteht jedoch weitgehend der Konsens, dass die repräsentativen Moscheen (Erweiterungsbauten wie Neubauten), eine bisher kleine, jedoch wachsende Zahl darstellen (vgl. Kraft 2003: 200, Dahling-Sander 2007: 33f). In einem Interview beziffert Spielhaus die Zahl der gebauten Moscheen mit Minarett oder Kuppel auf 150 (vgl. Spielhaus, zitiert nach Deutschlandfunk 03.08.16).

Wie in Kapitel 1 angesprochen wurde, siedelten sich die meisten Arbeitsmigranten in den industriellen Zentren Westdeutschlands an. Die Entstehung der Moscheen allgemein und der repräsentativen Moscheen spiegelt diesen Umstand weitgehend wider (vgl. Schmitt 2003: 58f). Ein Blick auf die innerstädtische Verteilung zeigt, dass die Hinterhofmoscheen ursprünglich in Stadtteilen entstanden sind, in welchen ein hoher Anteil an Ausländern aus muslimischen Ländern wohnt (vgl. Schmitt 2003: 64). Viele repräsentative Neubauten werden aus Platzmangel oder dem Bemühen der Kommunen, Konflikte zu vermeiden in Gewerbegebieten errichtet, was in manchen Fällen einer wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung widerspricht (vgl. Schmitt 2003: 86; Leggewie 2002: 43).

### **Vier mögliche Veränderungen der Moschee**

Aus den obigen Ausführungen wird ersichtlich, dass es häufig seit einigen Jahrzehnten bestehende Gemeinden sind, die sich für den Ausbau ihrer Moschee oder ein neues Gebäude entscheiden (s. o.).

Ein Blick auf diverse Moscheebauprojekte zeigt, dass die Veränderung der Moscheen häufig einen nicht vollendeten Übergang von versteckten Hinterhofmoscheen zu muslimischen Prachtbauten bedeutet, die für die gesamte Stadtgesellschaft präsent sind. Laut Hüttermann

„[...] bringen die aktuell durch Moscheevereine errichteten Moscheen eine Mischung aus Pragmatismus, begrenzten finanziellen Ressourcen, volkskultureller Ästhetik und schließlich die Tatsache zum optischen Ausdruck, dass der Weg von der Hinterhofmoschee der ehemals randständigen Muslime zur repräsentativen Moschee der muslimischen Bürger nur selten in einem Schritt erfolgen“ (Hüttermann 2006: 11).

Häufig werden bestehende Moscheen umgebaut oder erweitert und mit den Bauelementen Minarett oder Kuppel ausgestattet. Der Standort bleibt der gleiche und ein zusätzliches Grundstück muss in diesem Fall nicht erworben werden. In anderen Fällen werden Moscheen vergrößert,

z. B. um eine Etage erweitert oder neu erbaut, ohne dass Minarett und Kuppel angefügt werden (vgl. Schmitt 2003: 83).<sup>84</sup>

Auf der anderen Seite werden manchmal aufwendige Neubauten, meistens in türkisch-osmanischen Stil, in Gewerbegebieten errichtet, ohne dass sie in der Stadtgesellschaft sichtbar sind. Allerdings gibt es immer mehr Beispiele für repräsentative Neubauten, die nicht in Gewerbegebieten versteckt sind. Ein Beispiel dafür liefert die Yavuz Sultan Selim-Kuppelmoschee mit Minarett (DITIB), die im Stadtzentrum von Mannheim situiert ist (vgl. Kraft 2002: 127 ff). Andere Beispiele liefern die Merkez-Moschee in Duisburg und die DITIB-Zentralmoschee in Köln, die die größte Moschee in Deutschland darstellt (vgl. Sommerfeld 2008). Religionswissenschaftler (z. B. Baumann/Tunger-Zanetti 2008) betonen bei religiösen Bauwerken die hohe Symbolhaftigkeit und führen diese auf die dort ausgeführten sakralen, kultischen und rituellen Handlungen zurück, die allesamt stark auf Symbolsystemen basieren. Gemäß dem umfassenden Anspruch von Religionen beziehen die Gotteshäuser durch ihre architektonischen Bauelemente wie Kirchtürme, Pagodendächer, Minarette und Kuppeln auch die Umwelt ein und prägen sie mit einer spezifischen Bedeutung, wie z. B. dem Kontakt zu Gott oder der Macht und Größe der eigenen Religion oder Religionsgemeinschaft (vgl. „sacred spaces“, Desplat/Schultz 2012, Baumann/Tunger-Zanetti 2008: 33).

Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Wandlungsformen sind insgesamt vier Veränderungen des materiellen Unterbaus möglich, die mit jeweils anderen sozialen, für die Legitimität des Vorhabens und die Vernetzung bedeutenden Veränderungen verbunden sein können (vgl. Abb. 5). Eine zusätzliche Veränderung, die an der Moschee oder mit der neuen Moschee erfolgen kann, ist die Einführung des Gebetsrufs. Im Folgenden ein Überblick über die möglichen Wandlungsformen:

- Es entstehen zusätzliche Räumlichkeiten, die neue soziale Aktivitäten innerhalb der Gemeinde erlauben.
- Es wird ein (zusätzliches) Grundstück erworben, das ebenfalls weitere Möglichkeiten für die Gemeinde erlaubt.
- Es kommen muslimische Symbole wie das Minarett und eine Kuppel hinzu, die in aller Regel Reaktionen der Stadtgesellschaft hervorrufen.
- Die Gemeinde zieht an einen neuen Standort und bekommt damit (bei entsprechender Entfernung) eine neue Nachbarschaft. Ein Umzug in ein Gewerbegebiet kann eine Verschiebung der Muslime an den Rand der Stadtgesellschaft bedeuten (vgl. Leggewie et al. 2002: 43) und die Konflikte, aber auch die Kommunikation, die während eines Moscheebauprozesses erfolgt, auf ein Minimum reduzieren.
- Ein immaterieller, akustischer Wandel kann durch die Einrichtung eines Gebetsrufs (Muezzinruf) erfolgen.

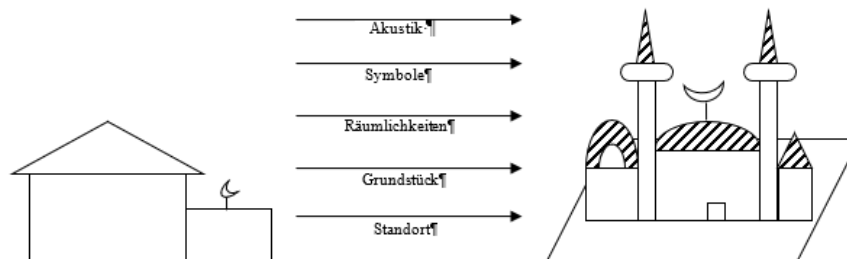
Welche Veränderung erfolgt, ist abhängig von den Bedürfnissen der Moscheegemeinde, internen Aushandlungen über den Bedarf und die Pläne der Gemeinde, den Ressourcen, die der

---

<sup>84</sup> Diese Art der Moschee fällt nicht unter die gängige Definition der repräsentativen Moschee, da sie nicht nach außen hin als muslimischer Sakralbau erkennbar ist.

Gemeinde zur Verfügung stehen, sowie der Unterstützung und den Widerständen der sozialen Umwelt.

Abbildung 6: Mögliche physisch-räumliche Veränderung im Zuge von Moscheebauprojekten



*Quelle: Eigene Darstellung*

Wie an den oben genannten Beispielen zu sehen, finden nicht immer alle fünf Veränderungen gleichzeitig statt. Wenn eine Moscheegemeinde entscheidet, ein Minarett an eine bestehende Moschee anzubauen, hat dies naturgemäß keine Auswirkung auf die Angebotspalette der Moscheegemeinde. Insofern sind Befürchtungen bezüglich einer Verdopplung der Aktivitäten – in öffentlichen Debatten als Entstehung von Parallelgesellschaften thematisiert – gegenstandslos. In diesem Fall kann es aus wissenschaftlicher Perspektive aufschlussreich sein, die Reaktion der Nachbarn und der Umgebung sowie die sich häufig daraus ergebenden Konflikte<sup>85</sup> oder eine damit verbundene mögliche integrative Wirkung zu betrachten. Auf der anderen Seite sind keine großen Konflikte zu erwarten, wenn eine Moschee in ein Gewerbegebiet ohne Wohn-Nachbarn versetzt wird.<sup>86</sup>

Da im Rahmen dieser Arbeit sowohl die Reaktion der Stadtgesellschaft auf das Betreten des öffentlichen Raums durch das Moscheegebäude als auch auf die zusätzlichen Angebote einer Moscheegemeinde untersucht werden sollen, werden vor allem Fälle betrachtet, die sich nicht in einem Gewerbegebiet befinden und in denen sowohl Räumlichkeiten als auch Symbole hinzugefügt wurden.

Nachdem die Entwicklung der repräsentativen Moscheen in Deutschland sowie die symbolisch-räumlichen Wandlungsformen behandelt wurden, geht der nächste Abschnitt auf die rechtlichen Aspekte von Moscheebauprojekten ein. Diese Aspekte liefern wichtiges Hintergrundwissen zu den Voraussetzungen und Verläufen der Bauprojekte und stellen die Grundlage für das Verständnis der formalrechtlichen Legitimität der Moscheen dar. Zudem kann das Recht, wie der Jurist Janbernd Oebbecke zeigt, einen wichtigen Beitrag zur Konfliktlösung darstellen (vgl. Oebbecke o. J.).

<sup>85</sup> So analysiert z. B. Schmitt (2003) einen Konflikt um das Hinzufügen eines Minaretts in Bobingen.

<sup>86</sup> Eine ausführliche Abhandlung über baurechtliche Rahmenbedingungen beim Moscheebau findet sich bei Zemke (2008).

### 3.4 Moscheebauprojekte im deutschen Recht

Die gesetzlichen Grundlagen definieren die formalrechtliche Legitimität und stellen zudem die verbindlichste Form der institutionalisierten Erwartungen der sozialen Umwelt dar. Das Rechtssystem bildet einen wichtigen Teil der gesellschaftlichen Struktur, der den Verlauf von Moscheebauprojekten entscheidend beeinflusst und den Handlungsspielraum für die Gestaltung der Moschee festlegt. Die Bezugnahme auf das Recht als „die wirkmächtigste normative Ordnung moderner Gesellschaften“ (Machura 2006: 231) bildet zugleich eine wichtige diskursive Ressource. Rechtliche Regelungen bieten Orientierung für die Bauherren an und schränken zugleich ihren Handlungsspielraum für die Gestaltung des Vorhabens ein.

Es sind verschiedene Rechtsbereiche, die bei Moscheebauprojekten zur Geltung kommen können. Entscheidend für Moscheebauprojekte sind die bundesrechtliche Baugesetzgebung (Baugesetzbuch BauGB, Baunutzungsverordnung BauNVO) und die baugesetzlichen Regelungen der Länderbauordnungen (vgl. Leggewie 2002: 37). Dabei durchdringen sich die einzelnen rechtlichen Bereiche. Diesbezüglich konstatiert Schmitt, dass das „Baurecht nicht losgelöst von den übrigen Gesetzen und Normen, insbesondere den verfassungsmäßigen Grundsätzen, betrachtet werden“ (Schmitt 2003: 116) dürfe (z. B. Schutz der Religionsfreiheit Art. 4 GG).

Hinsichtlich der Kontakte und der Vernetzung der muslimischen Gemeinde stellen mehrere Studien fest, dass bereits im Rahmen des formalen Antragsverfahrens Abstimmungen und Gespräche insbesondere mit verschiedenen Behörden nötig sind (vgl. Schmid et al. 2008; Leggewie et al. 2002). Da es sich hier um eine kommunale Verwaltungsaufgabe handelt, sind in den Prozess der Überprüfung des Sachverhalts vor allem kommunale Behörden eingebunden. Somit sind die Kontaktpartner des Bauherrn im Rahmen des verwaltungstechnischen Vorgehens festgelegt. Dazu gehören je nach Erfordernis des Bauprojekts in erster Linie die Untere Bauaufsichtsbehörde, das Stadtplanungsamt, das Liegenschaftsamt im Falle des Verkaufs eines kommunalen Grundstücks und das Umweltamt im Falle von Artenschutz. Falls ein Moscheekomplex inklusive einer Teestube und z. B. einem Einzelhandelsgeschäft entstehen soll, ist ebenfalls das Ordnungsamt involviert (vgl. Leggewie et al. 2002: 47). Kommen zusätzliche soziale Einrichtungen hinzu, muss laut Sozialgesetzbuch VIII (SGB, Kinder- und Jugendhilfe) der Träger eine Genehmigung des Landesjugendamtes einholen, sobald Kinder oder Jugendliche ganztägig oder halbtags betreut werden sollen (vgl. Antwort von Kufen auf die Anfrage von Wählerinitiative „WIR in Herten“).

Das Recht lässt Platz für Ermessensspielräume, die Gelegenheit bieten für unterschiedliche, teils widersprüchliche Auslegungen des Rechts und die damit auch elementarer Bestandteil von Kontroversen sind, in denen sowohl persönliche Interessen, soziale und kulturelle Selbstverständlichkeiten und Vorstellungen über die Rolle der Muslime in Deutschland aufeinanderstoßen (vgl. Leggewie et al. 2002: 32).

Eine entscheidende Weichenstellung im Moscheebauprojekt mit großen Implikationen für den Legitimierungsdiskurs ist die Einschaltung des Stadtrats in das Genehmigungsverfahren. Dies geschieht u. a. in Fällen, in denen über bestimmte Ausnahmeregelungen oder einer

Bebauungsplanänderungen entschieden werden muss (s. o.). Dies kann von einer verwaltungstechnische Angelegenheit zu einer politischen Entscheidung führen.

Für den Legitimierungsdiskurs im Rahmen eines Bauprojekts ist auch die Beteiligung der Öffentlichkeit bzw. der Anwohner von Bedeutung. Bei der Änderung oder Aufstellung eines neuen Bebauungsplans bzw. der Erteilung von Ausnahmenregelungen, die den Schutz der Nachbarschaft betreffen, muss der betroffenen Öffentlichkeit innerhalb einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

In Konfliktfällen bzw. bei Widersprüchen hinsichtlich der formalrechtlichen Legitimität der Bauvorhaben können Gerichte eingeschaltet werden. Bezeichnenderweise werden die Gerichte durch Moscheevereine trotz wiederholter fragwürdiger Ablehnung ihrer Bauanträge relativ selten eingeschaltet (vgl. Oebbecke 2009). Daraus schlussfolgert Oebbecke in seinem Aufsatz über den Beitrag des Rechts für die Lösung von Moscheebaukonflikten, dass es sich bei der Errichtung der Moschee um ein Bedürfnis nach Anerkennung durch die Dominanzgesellschaft handele.

Wie zu sehen ist, sind verschiedene Rechtsbereiche für Moscheebauvorhaben von Bedeutung und beinhalten vielfältige, staatlich sanktionierte Erwartungen an die Bauherren. Außerdem gibt das Recht verschiedenen Teilen der sozialen Umwelt die Möglichkeit, ihre Meinungen über das geplante Moscheebauprojekt einzubringen, so dass sich formalrechtliche und gesellschaftliche Legitimität in den Diskursen vermengen können. Da eine ausführliche Darlegung der Rechtsbereiche von Moscheebau den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, sei für weitere Details zu rechtlichen Aspekten auf die rechtswissenschaftlichen Arbeiten von Gaudernack (2011) und Oebbecke (o. J.) verwiesen.

### **3.5 Legitimität von Moscheebauprojekten**

In den obigen Ausführungen wurde bereits die formalrechtliche Legitimität von Moscheebauprojekten dargelegt. Im Folgenden wird auf weitere Erkenntnisse aus dem Forschungsstand zur Legitimität von Moscheebau eingegangen. Es soll primär geklärt werden, wie die Akzeptanz von Moscheebauprojekten thematisiert wurde und welche wesentlichen Befunde diesbezüglich zustande gekommen sind. Da die Studien sich in erster Linie mit Konflikten und Widerständen beschäftigen, steht die Erklärung der Ablehnung von Moscheebau durch Teile der Stadtgesellschaft im Vordergrund.

Ein grundsätzlicher Befund in der Forschungsliteratur besteht darin, dass die Legitimität von Moscheebauprojekten in starken Maßen mit der Deutung bzw. der Interpretation von repräsentativen Moscheen zusammenhängt (vgl. Hohage 2013: 70). Die Forschungsliteratur stellt einhellig fest, dass Moscheen sehr symbolbehaftet sind und verschiedene Interpretationen hinsichtlich des Zusammenlebens in multikulturellen Gesellschaften zulassen.<sup>87</sup> Laut Biermann ist

---

<sup>87</sup> Die geschichtswissenschaftliche Publikation von Chad Emmet interpretiert fallbeispielübergreifend die Errichtung von Moscheen und Kirchen als Ausdruck spezifischer christlich-muslimischer Verhältnisse. So gilt z. B. die Zerstörung von Kirchen und Moscheen als Zeichen der Intoleranz und des Konfliktes oder des Wechsels der Herrschaftsverhältnisse (wie z. B. auf dem Balkan). Eine Umwandlung einer Kirche in eine Moschee oder umgekehrt gilt als Symbol des Herrschaftswechsels. Das Gewähren eines Gotteshauses der in der Minderheit befindlichen Religionsgemeinschaft gilt als ein Zeichen der Toleranz ihr gegenüber (vgl. Emmet 2009). Auch hier zeigt sich bereits, dass die Errichtung von Moscheen als ein symbolischer und relationaler Akt verstanden werden kann und dass dies bereits in der Vergangenheit die christlich-muslimische Beziehungen mitgeprägt hat. Allerdings ist an dieser Stelle relativierend hinzuzufügen, dass die Aushandlung sich nicht



die symbolische Aufladung von Moscheen derart ausgeprägt, dass der Moscheebau als religiöse Praxis oder Ausdruck von Religionsfreiheit untergehe (vgl. Biermann 2014: 160). Der Autor analysiert die Bezugnahmen im Spannungsfeld zwischen Allgemein- und Partikularinteressen und stellt verschiedene Diskursstränge fest, so dass die „Konstruktion des Moscheebaus als jeweils unterschiedliche Wirklichkeit“ (Biermann 2014: 159) erscheint. Diese erscheinen, wie im ersten Kapitel angesprochen, angesichts der häufig negativen Haltung gegenüber Muslimen (vgl. Kap. 2) als Bedrohung, Landnahme oder Machtdemonstration. Ähnlich argumentiert Lindner, der die Berichterstattung über das Bauprojekt der DITIB-Zentrale im Kölner Stadtanzeiger analysiert und einen „kulturalistisch und national-ethnisch überformten Diskurs über Islam(ismus) und Integration“ (Lindner 2008: 213) feststellt.

Viele Ausführungen über Moscheebauprojekte konstatieren als einen wichtigen Grund für die Ablehnung oder den Widerstand gegen einen Moscheebau verbreitete Skepsis gegenüber dem Islam und den Muslimen und der Projizierung allgemeiner islam- und muslimbezogener Vorbehalte (vgl. Kap. 2) auf die Moscheen (vgl. bei Leggewie et al. 2002, Kapphan 2004, Öcal 2010, Hafez 2010).

Neben der Ablehnung des Islam und der Muslime ist auch die Angst der Bevölkerung zu nennen, die zum Teil in den Moscheen allgemein eine Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit sieht, da eine Unterscheidung von gewaltbereiten Islamisten und Muslimen nicht im ausreichendem Maß stattfindet (vgl. Saint-Blancat/Schmidt di Friedberg 2005). Ängste in der Bevölkerung erscheinen per se legitim und die Betroffenheitsrhetorik stellt sich als ein elementarer Teil von Aushandlungen heraus (vgl. Hüttermann 2006: 123). Ein Prinzip, das bei der Legitimitätsbeurteilung von Moscheebauprojekten zum Ausdruck kommt, ist der Retorsionsgrundsatz, der sich auszeichnet durch eine Ablehnung von Moscheen mit der Begründung der Weigerung von muslimisch geprägten Staaten, den Bau von Kirchen zuzulassen (vgl. Rohe 2001: 131). Hierbei werden die in Deutschland lebenden Muslime für antidemokratische Regime zu- meist im Nahen Osten haftbar gemacht.

Die allgemeine Ablehnung der oder die Angst vor Muslimen kommt auch in den von Schmitt (2003, 2008) herausgearbeiteten Dimensionen von Moscheebaukonflikten zum Ausdruck. In der religionsbezogenen Dimension stehen die dem Islam (vermeintlich) innewohnenden aggressiven und menschenverachtenden Inhalte und Praktiken im Zentrum der Kritik. Sie werden als unvereinbar mit der westlichen Gesellschaft betrachtet und die Moscheegemeinden erscheinen hier als „Stützpunkt zur Missionierung der nichtmuslimischen Gesellschaft“ (Schmitt 2008: 9). Im Rahmen der ethnisch-kulturellen Dimension vollziehen sich die Konfliktlinien vor allem entlang national-ethnischen Grenzen. In diesem Zusammenhang kann von einer Ethnisierung oder Kulturalisierung von Konflikten gesprochen werden. Somit erscheint der Konflikt auf den ersten Blick als eine Auseinandersetzung häufig zwischen Türken, Arabern o. a. und Deutschen. Insofern verwundert es nicht, dass die Autoren eine „Semantik des

---

zwangsweise zwischen gläubigen Christen und Muslimen vollzieht und auch der Deutungsrahmen nicht immer von den religiösen Dichotomien bzw. symbolischen Grenzziehungen bestimmt ist, auch wenn viele Moscheegeegner sich auf das christliche Abendland berufen. Auch stellt sich die Frage, ob bei einem verbrieften Grundrecht auf freie Religionspraxis von einer Toleranz der Politiker an dem Ort des Geschehens und der sozialen Umwelt gesprochen werden kann. Relativierend schreibt Emmet, dass die Interpretationen der Sakralbauten innerhalb der Gesellschaften und Religionsgemeinschaften und der Umgang damit stark variieren kann (Emmet 2009: 474).

Fremden“ (Brunn 2006) konstatieren, bei der die Unterschiede zwischen den Religionen als Unvereinbarkeiten in den Vordergrund gerückt werden. Auch andere Autoren deuten an, dass bei der Aushandlung von Moscheebauprojekten Grenzziehungen entlang der ethnisch-religiösen Zuschreibungen stattfinden (vgl. Engler 2009: 5) und die Legitimität von Moscheen von der Zugehörigkeitswahrnehmung von Muslimen durch die soziale Umwelt abhängt (vgl. Kap. 2, Korn 2010: 250). Diese Konfliktlage kann dazu führen, dass der Konfliktgegenstand als unteilbar und der Konflikt als unlösbar eingeschätzt wird (vgl. Hüttermann 2011: 76). Vor dem Hintergrund der Grenzziehungen auf der Basis von nationalen oder kulturellen Kategorien ist naheliegend, dass sich rassismuskritische Ansätze des Themas angenommen haben. So kritisiert der Soziologe Wolf-Dietrich Bukow die Äußerungen von Ralph Giordano (vgl. Kap. 1) als eine „nationalistische Verengung“ und in der Abgrenzung von Muslimen eine Version der Wahrnehmung, in der man „den Anderen meist nur als Negation seiner Selbst“ (Bukow 2010: 169) betrachtet. Die aktuellen Abwehrhaltungen der Gesellschaft sind dem Autor zufolge Nachwirkungen des nationalstaatlichen Mythos, der von einer einheitlichen und homogenen Gemeinschaft ausgehe (vgl. ebd.).

Einige Ansätze legen ebenfalls den Fokus auf symbolische (ethnische und religiöse) Grenzen sowie informelle Machtasymmetrien und verbinden diese mit gruppenidentitätsgestützter Beanspruchung von Etabliertenvorrechten. So spricht Hüttermann von „lebensweltlich sedimentierten alltagstauglichen Gerechtigkeitsmaximen“ (Hüttermann 2006: 110), die die Aushandlung um den Moscheebau prägen. Er stellt fest, dass die Legitimitätsvorstellungen der Stadtgesellschaft stark auf dem Gastrecht basieren. So wird den Muslimen ein Gaststatus zugewiesen und die autochthone Bevölkerung sieht sich auf der Grundlage ihres Status als Dominanzgesellschaft in der Position, ihnen bestimmte Rechte und Privilegien zu gewähren oder zu verweigern (vgl. auch Furlinger 2013: 445).

In die gleiche Richtung argumentieren Baumann/Tunger-Zanetti (2008), denen zufolge eine von der angestammten Bevölkerung verinnerlichte Normalität durch Moscheebauprojekte gestört würde:

„Längst unter sich geregelt und die Ansprüche untereinander ausgehandelt. Je länger die Auseinandersetzungen rund um das Austarieren dieser Ansprüche zurückliegen, desto mehr nimmt die Normativität dieser Regelung den Charakter des ‚Normalen‘ und des ‚schon immer so gewesen‘ an.“ (Baumann/Tunger-Zanetti 2008: 33)

Die Einforderung gleicher Rechte durch Muslime, was sich unter anderem an Moscheebauprojekten zeigt, macht die „Veränderung der eingelebten Machtdifferenziale in irritierender Weise sichtbar [...]“ (Hüttermann 2011: 75).<sup>88</sup> Schmitt (2003: 122f) greift in seiner Analyse der Auseinandersetzungen bei der Planung und dem Bau von repräsentativen Moscheen das

---

<sup>88</sup> Als eine weitere Erklärung, die eng mit der Statusrelation zwischen Muslimen und der autochthonen Bevölkerung zusammenhängt, wird die Desintegrationsthese angeführt (vgl. Hohmann 2002; Kapphan 2004, Häußermann 2006). Sozial benachteiligte Menschen sehen in Migranten eine Konkurrenz (um Arbeitsplätze, Ansehen) und befürchten einen zunehmenden Statusverlust. Dies kann in negativen Haltungen gegenüber Migranten münden und eine generelle Ablehnung einer Moschee und entsprechende Proteste zur Folge haben. Allerdings zeigen Studien, dass dies nicht als Erklärung reicht, da auch sozio-ökonomisch besser gestellte Personen den Widerstand organisieren (vgl. Hohmann 2002: 68 ff.).

Konfliktkonzept von Bernhard Giesen auf und spricht in diesem Fall von einem (ethnischen) Rangordnungskonflikt bzw. Anerkennungskonflikt. Für die Einheimischen ginge es bei dem Widerstand um den Erhalt eines bestimmten, gewohnten Ranges. Aus diesem Grund werden laut Christoph Hohage unscheinbare Hinterhofmoscheen viel eher von der Bevölkerung angenommen, weil dort keine Sichtbarkeit gegeben sei und keine Anerkennung eingefordert werde (Hohage 2013: 35). Aus der Sicht der Migranten kann es sich bei der Auseinandersetzung um die öffentliche Anerkennung der eigenen Identität handeln.

Schmitt kommt zur Schlussfolgerung, dass die Moscheebaukonflikte sich von anderen gesellschaftlichen Konfliktfeldern mit Bezug zum Islam, durch ihre „lokale Verdichtung“ (Schmitt 2012: 192) unterscheiden, was ein Grund für die Intensität der Konflikte sein könnte (ebd.). Die Identitätskategorien werden häufiger von rechtspopulistischen und antimuslimischen Akteuren aufgegriffen, die den Moscheebau für eine Inszenierung eines Konfliktes zwischen Muslimen und Christen bzw. der autochthonen Bevölkerung nutzen möchten (vgl. Häusler 2008). Das Vorhandensein und Wirken dieser Akteure in der jeweiligen Stadt wird von Allievi, der von „actors of islamophobia“<sup>89</sup> spricht, als ein wichtiger Aspekt für den Verlauf von Moscheebauprojekten betrachtet (vgl. Allievi 2009: 43). Diese versuchen die Moscheebauprojekte zu instrumentalisieren und dadurch an Zustimmung bei der angestammten Bevölkerung zu gewinnen (vgl. Hohmann 2003: 78). Alexander Häusler, ein Sozialwissenschaftler, der zahlreiche Publikationen zu dem Thema veröffentlicht hat, sieht im antiislamischen Populismus ein rechtes „Wahlkampf-Ticket“ und in Moscheebauprojekten Projektionsflächen einer strategisch eingesetzten Propaganda und betont dabei die Grenzziehung zu Muslimen und die Islamfeindlichkeit als zunehmend anerkannte Form des Rassismus:

„Die extreme Rechte sieht in populistischen und rassistischen Kampagnen gegen ‚den Islam‘ ein propagandistisches Erfolgsrezept. War früher in diesen Kreisen die platte Parole ‚Ausländer raus‘ Ausdruck ihres dumpfen Rassismus, so versteckt sich dieser Rassismus aktuell oftmals hinter populistischen Parolen zur Verteidigung von ‚deutscher Leitkultur‘ und ‚christlichem Abendland‘ gegen ‚Islamisierung‘ und ‚Moscheebau‘ “ (Häusler 2008: 155).

Farid Hafez zeigt, dass es dabei häufig um externe Akteure handelt, die sich nicht aus der Stadtgesellschaft rekrutieren (vgl. Hafez 2010: 20).

In der Forschungsliteratur werden auch Interessenkonflikte als Ursache für Widerstände gegen den Moscheebau genannt. Dabei handelt es sich um materielle Aspekte wie z. B. bei der Konkurrenz um als attraktiv geltende Räume für den Bau des eigenen Hauses. In diesem Fall spricht Schmitt von raumbezogen-städtebaulichen Konflikten. Auch Themen wie Parkplatzmangel, Lärmbelästigung und erhöhtes Verkehrsaufkommen fallen in diese Kategorie (vgl. Schmitt 2003: 111 f.). Hier wird eine repräsentative Moschee als eine profane Störung der eigenen Belange empfunden, ähnlich wie bei Stromtrassen, Atomkraftwerke etc. Damit

---

<sup>89</sup> Wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, wird im Rahmen dieser Arbeit von islamfeindlichen Akteuren gesprochen.

verbunden ist häufig die Ansicht, dass eine Moschee grundsätzlich befürwortet wird, jedoch die Präsenz in der Nähe bzw. in der eigenen Nachbarschaft abgelehnt wird. In diesem Zusammenhang wird von Nimby-Gütern („Not In My Back Yard“) oder dem Sankt-Florians-Prinzip gesprochen. Dieses Prinzip haben Leggewie et al. (2002: 43) und die Ökonomen Justus Haucap und Ulrich Heimeshoff (2012) auf den Moscheebau bezogen.

Wie Oebbecke betont, hängen die Konfliktdimensionen eng miteinander zusammen: „Weil es Ängste und Vorbehalte gegen den Islam und gegen Migranten gibt, werden Einbußen beim Grundstückswert befürchtet“ (Oebbecke o. J.: 4). Manche Autoren vermuten, dass sich hinter den raumbezogen-städtebaulichen Aspekten eine allgemeine Ablehnung von Muslimen oder ihrer Präsenz im öffentlichen Raum verbirgt. In diesem Zusammenhang spricht der Autor von einem symbolischen Konflikt: „Symbolisch ist der Konflikt, weil sich hinter den vorgetragenen baurechtlichen Einwänden andere Dimensionen des Konflikts verbergen“ (Kapphan 2004: 247). Bei Andreas Kapphan ist die Beschreibung des „symbolischen Konflikts“ jedoch uneinheitlich, da er an einer anderen Stelle von einem Konflikt spricht, bei dem es um ein symbolisches Umkämpfen der „Repräsentation des Islam im städtischen Raum“ (ebd. 250) geht. Im Rahmen dieser Arbeit wird der erste Konfliktaspekt, bei dem aufgrund sozialer Unerwünschtheit oder aus strategischen Gründen ein vorgeschobenes Argument angeführt wird, als verdeckter Konflikt bezeichnet.<sup>90</sup>

Die obigen Ausführungen erwecken den Anschein, dass es sich beim Moscheebau häufig um Konflikte zwischen Muslimen und Teilen der Aufnahmegesellschaft handele. Doch Menschen mit Wurzeln in muslimischen Ländern, die sich gegen den Bau von repräsentativen Moscheen aussprechen, und Deutsche, die sich für den Bau engagieren, sowie der Bruch innerhalb von Gruppierungen oder Institutionen wie z. B. politischen Parteien bezüglich der Bewertung von Moscheebauprojekten zeigen, dass sich die Konfliktlinien nicht einfach anhand von Ethnien oder Religionsgemeinschaften abzeichnen (vgl. Kapphan 2004: 249; Schmitt 2003: 121 ff; Bukow 2010: 174; Lauterbach/Lottermoser 2009). Von daher ist die Einstufung von Moscheebaukonflikten als (ethnisch-religiöse) Intergruppenkonflikte, wie es in der Vergangenheit immer wieder Fall gewesen ist, zu relativieren (vgl. Hüttermann 2000).<sup>91</sup> Daran anschließend kann festgestellt werden, dass Islamfeindlichkeit oder Islamangst nicht die einzigen Ursachen für Moscheebaukonflikte sind. Einige Publikationen zu Moscheebauprojekten fokussieren sich stark auf die Abneigung gegen oder Angst vor dem Islam als primäre Ursache der Konflikte um Moscheebau (v. a. Öcal 2010; Hafez 2010). Doch zeigt sich, dass auch mangelnde Transparenz der Bauprojekte, der Verstoß gegen baurechtliche Bestimmungen sowie interne Konflikte unter Muslimen die Bauprojekte erschweren (vgl. Hohage 2013: 70; Schmitt 2008: 12f). So zeigen Lauterbach/Lottermoser in ihrer Studie auf, dass der DITIB-Dachverband einen zugehörigen Moscheeverein in München nicht unterstützte und das Bauprojekt erschwerte,

---

<sup>90</sup> Andersherum ist es auch denkbar, dass Personen ihre Interessen durch das Moscheebauprojekt gefährdet sehen (z. B. Preisverfall der Immobilien) und allgemein Stimmung gegen Muslime schüren und deshalb die religiösen oder ethnischen Aspekte hervorheben. Dazu siehe weiter unten.

<sup>91</sup> Dennoch kann diese Sichtweise sowohl die Wahrnehmung von Teilen der Stadtgesellschaft als auch die öffentliche Darstellung des Konflikts prägen, vor allem dann, wenn antimuslimische Parteien sich beteiligen.

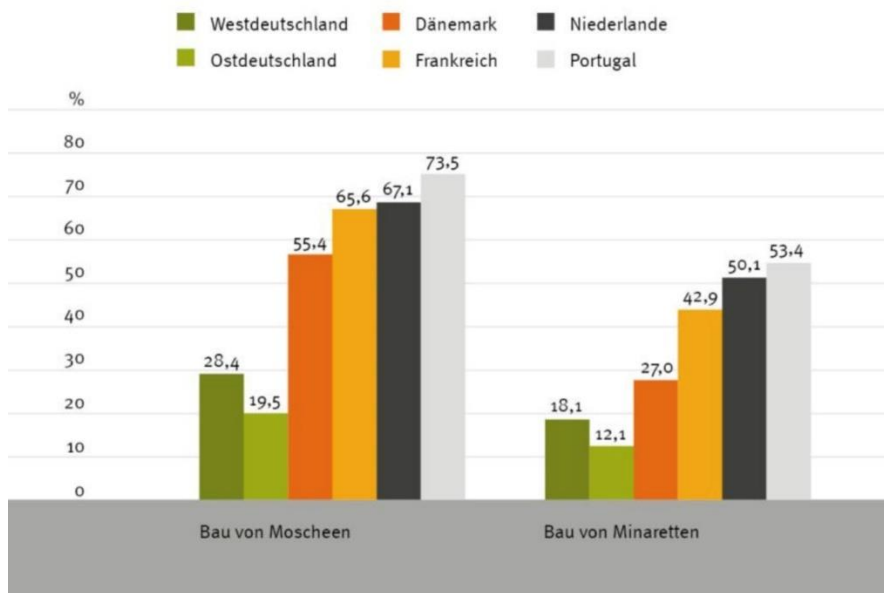
indem er interne Anfragen nicht beantwortete. Die Ursachen sehen die Autoren darin, dass der Moscheeverein in der Vergangenheit versucht hatte, den Einfluss des Dachverbands abzuwehren (vgl. Lauterbach/Lottermoser 2009:118 f.).

Ein weiterer Grund für eine kritische Haltung gegenüber Moscheebauprojekten und anderen islamischen Vorhaben, die auf eine Etablierung des Islam in Deutschland hindeuten, wird in einer allgemeinen Skepsis gegenüber Religionen, ihrer gesellschaftlichen Ausbreitung und der gesellschaftlichen Einflussnahme durch religiöse Akteure gesehen. Dieser Aspekt wurde prominent von José Casanova vorgetragen. Demnach verstehen die Bürger Europas nach einer langjährigen Phase der Säkularisierung ihre Gesellschaften als säkular, was als ein zivilisatorischer Fortschritt angesehen wird. Religion und die Wiederkehr des Religiösen als eine gesellschaftliche bzw. öffentliche Angelegenheit, was u. a. durch Legitimierungsdiskurse von muslimischen Vorhaben geschieht, wird tendenziell mit einer Abkehr von diesem Fortschritt gewertet und daher kritisch gesehen (vgl. Casanova 2014: o. S., Karis 2013: 312).

Neben den Legitimitätsproblemen stellen einige Autoren fest, dass Moscheebau durchaus als eine Chance für die Integration der Muslime verstanden und die Moschee als Bereicherung für das Stadtbild und eine mögliche Touristenattraktion gedeutet wird. So zeigen einzelne Fallstudien, wie Kommunen die muslimischen Gemeinden in ihren Projekten unterstützen. Schmitt zeigt anhand eines Bauprojekts in Lauingen, wie der Bürgermeister die Bauherren darin bestärkte, die Moschee mit einer Kuppel und einem Minarett auszustatten, nachdem die Moscheegemeinde den Entwurf einer unauffälligen Moschee vorgelegt hatte (vgl. Schmitt 2003: 162 ff.). Hohage berichtet von einem breiten zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen rechts-extreme Anti-Moschee-Proteste in Dortmund (Hohage 2013: 167). Ähnliches konstatiert Bukow für das Moscheebauprojekt der DITIB-Zentrale in Köln-Ehrenfeld und bezieht sich auf die Aktion „Köln stellt sich quer“, in der es zu einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis gegen Pro NRW gekommen ist (vgl. Bukow 2010: 174). Folgerichtig stellen mehreren Autoren fest, dass die Sichtweise auf das Moscheebauprojekt je nach Akteur und Akteursgruppe sehr unterschiedlich sein kann (vgl. Schmitt 2003: 223; Leggewie et al. 2002: 32 ff.).

Vor dem Hintergrund der Konflikthaftigkeit des Phänomens ist es nicht verwunderlich, dass Studien, die sich mit der gesellschaftlichen Akzeptanz religiöser Vielfalt beschäftigen, die Einstellung der Bevölkerung zu Moscheebauprojekten als einen zentralen Punkt in der Operationalisierung betrachten. Zu erwähnen ist allen voran Pollack, der in der Bevölkerungsumfrage von 2010 neben Fragen nach dem Zugeständnis gleicher Rechte für Nichtchristen und der Verträglichkeit des Islams mit der westlichen Kultur auch nach der Akzeptanz des Baus von Moscheen fragte (s. o.). Danach befürworteten weniger als 30 % der Bevölkerung im Westen und weniger als 20 % im Osten Deutschlands den Bau von Moscheen (vgl. Pollack 2010: 7; vgl. Abb. 7). In einer anderen Publikation konstatiert Pollack, dass „die niedrige Akzeptanz des Baus von Moscheen und Minaretten in Deutschland [...] in einem klaren Widerspruch zur Bejahung des Rechts auf freie Religionsausübung und zu dem mehrheitlichen Bekenntnis der Deutschen zum Respekt gegenüber allen Religionen“ (Pollack 2014 a: 30) stehe, was zeigt, dass die allgemeinen Werte befürwortet, jedoch ihre Realisierung kritischer gesehen wird.

Abbildung 7: Befürwortung des Baus von Moscheen und Minaretten



Quelle: Pollack 2010: 7

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Autoren eine weitgehende Ablehnung von Moscheebauprojekten feststellen. Die repräsentative Studie bestätigt die Befunde aus den oben angeführten Fallstudien und Pollack führt die Ablehnung v. a. auf mehrere Ursachen zurück: Es sind Ängste vor und Abneigung gegen Islam und Muslime (vgl. Pollack 2014 a: 32) und eine immer noch verbreitete normative Vorstellung von einer religiös homogenen Gesellschaft, was dazu führt, dass religiösen Minderheiten und insbesondere die Gleichberechtigung bei der Realisierung der Religionsfreiheit vorenthalten werden (vgl. ebd. b: 44). Offensichtlich ist damit ein Hierarchiedenken verbunden, das eine Unterscheidung trifft zwischen Alteingesessenen und Zuwanderern, denen weniger Rechte gewährt werden als der eigenen Gruppe (vgl. Hüttermann 2006, s. o.).

Die obigen Ausführungen machen deutlich, dass in den Forschungsprojekten die Sichtbarkeit der Moscheen einen prominenten Stellenwert einnimmt. So stehen z. B. in der Untersuchung von Dorothea Lüddeckens et al. Moscheebauprojekte zusammen mit anderen Projekten von Sakralbauten (serbisch-orthodoxe Kirche, buddhistische und hinduistische Tempel etc.) und Kleidungsstilen für die Sichtbarkeit religiöser Identität. Für Allievi stehen repräsentative Moscheen für das Sichtbarwerden von Muslimen in den europäischen Ländern schlechthin (vgl. Allievi 2009: 51 ff.).

Für die Legitimität und Legitimierung der Moscheebauvorhaben wird daher dem Aspekt der Architektur von verschiedenen Autoren eine wichtige Rolle beigemessen. Leggewie et al. (2002: 111) gehen davon aus, dass umso weniger Widerstand zu erwarten ist, je unauffälliger und kleiner die Moschee ist. Brockmann (2010: 122) sieht hingegen die Modernität der Minarettform der Zentralmoschee in Köln Ehrenfeld als einen konfliktentschärfenden Faktor. Um Legitimität der Moscheebauprojekte zu gewinnen, sollten Moscheegemeinden also demnach

ihre Moscheen an die Umwelt anpassen und kleiner als Kirchen gestalten, und die Architektur sollte möglichst nicht an die Architektur in muslimischen Ländern erinnern.

Die Wirkung der architektonischen Ausgestaltung wird also stark durch Symbole vermittelt. Symbole zeichnen sich dadurch aus, dass sie auf etwas verweisen, was nicht unmittelbar anwesend ist (vgl. Hüttermann 2006: 156; Köhler 2006: 317), und werden häufig dem praktischen Nutzen entgegengestellt (vgl. Schmitt 2003: 44). Sie können sowohl aus materiellen Artefakten als auch aus Verhaltensweisen bestehen (vgl. Köhler 2006: 319). Wie ein Symbol gedeutet wird, hängt zum einen von den persönlich gemachten Erfahrungen ab, und zum anderen ist die Interpretation von Symbolen von kollektiven Wissens- und Meinungsbeständen sozial abgeleitet (vgl. Hüttermann 2006: 157). Die Tatsache, dass ein Minarett nicht nur für sich, sondern für die Präsenz von Muslimen steht, ist also eine soziale Leistung (vgl. Hüttermann 2006: 156).

Entscheidend für die Entstehung von Widerständen ist die Präsenz der Symbole im öffentlichen Raum. Baumann versteht öffentlichen Raum als einen „normierten und zensierten Raum, der zwar in engem Wechselbezug zum Bereich des Privaten steht, aber dennoch eine übergreifende, vom Privatraum unabhängige Identitätsstiftung für Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft zu leisten vermag [...]“ (Baumann 2000: 184). Durch das Betreten des öffentlichen Raums durch zuvor nicht präsente Gruppen wird die „Machtasymmetrie zwischen Platzanweiser und randständigen Fremden“ (Hüttermann 2006: 15) und das Legitimität suggerierende Selbstverständliche in Frage gestellt (vgl. ebd.; Baumann/Zanetti 2008: 33).

Hinsichtlich der Angebote in Moscheen wurde bereits in Kapitel 2.3.2.1 festgestellt, dass sie sowohl verschiedene religiöse als auch soziale Dienste beherbergen können. Die einschlägigen Fallstudien stellen übergreifend fest, dass die neu erbauten repräsentativen Moscheen zusätzliche Einrichtungen für ihre Mitglieder bereitstellen. Je nach Ausrichtung und finanzieller Lage des Vereins kommen auch neue Einrichtungen wie Bibliothek, Teehaus, Friseursalon und Lebensmittelladen hinzu. Die Erträge der Einrichtungen tragen zu einem Teil zur Finanzierung der Moschee bei (vgl. Leggewie et al. 2002: 30). Schmitt betont, dass die neuen Moscheen viel stärker ein sozialer und kultureller Ort für alle Altersgruppen und beide Geschlechter seien als die meisten Hinterhofmoscheen. Vor allem Jugendliche und Frauen würden von den neuen Möglichkeiten profitieren (vgl. Schmitt 2003: 359). Auch Reinhold Zemke, der in einer schriftlichen Befragung von ca. 320 Städten und Kommunen nach nutzungsstrukturellen Aspekten von neu entstandenen Moscheen fragt, bestätigt die Bedeutung von Angeboten für Kinder und Jugendliche (vgl. Zemke 2008: 239). Als die bedeutsamsten Komplementärnutzungen zu religiösen Räumen stellt er Einzelhandels- und Versammlungsräume fest (vgl. ebd.). Interessanterweise sehen manche Autoren (z B. Alder 2003) in der Multifunktionalität der Moscheen in Deutschland ein Spezifikum der Diaspora-Gemeindezentren, die hier spezifische, mit der Migrationssituation verbundene Aufgaben übernehmen. Es sind Angebote wie z. B. Sprach- oder Integrationskurse, die die Dienste in Moscheen in Deutschland von denjenigen in den Herkunftsländern unterscheiden und spezifische, aus der Diasporasituation heraus resultierende

Bedarfe abdecken. Hinsichtlich der Rolle der Dienstleistungen bei der Auseinandersetzung um die Errichtung von repräsentativen Moscheen stellt Leggewie folgendes Paradox fest:

„Dieser für Moscheebaukonflikte typische Streitgegenstand **Multifunktionalität** – eine Moschee wird nicht als reiner Gebetsraum, sondern auch als Supermarkt, Koranschule, Gaststätte, Freizeitclub und Sportverein konzipiert – hat die bekannten Dilemmata nach sich gezogen: Verlegt sich die Moscheegemeinde ganz aufs Beten, entsteht der Verdacht des Rückzugs in ein religiöses Paralleluniversum, in dem Unverständliches geschieht. Öffnet sie sich hingegen dem Kiez und beansprucht gar, diesen zu beleben, hat das Befürchtungen von Verkehrs- und Lärmbelästigungen, wirtschaftlicher Konkurrenz und erst recht Parallelgesellschaft zur Folge“ (Leggewie 2009: 128, Herv. i. Orig.).

Der Abschnitt zeigt, dass vielfältige Zuschreibungen und Erwartungen an Muslime und ihre Bauprojekte artikuliert werden. Die meisten untersuchten Moscheebauprojekte wurden trotz anfänglicher Widerstände realisiert, und zum Teil scheint es, dass es den Moscheegemeinden und ihren Unterstützern gelungen ist, weitgehende Legitimität des Bauprojekts in der Stadtgesellschaft herzustellen. Deshalb soll im nächsten Abschnitt danach geschaut werden, welche Faktoren für die Schaffung von Akzeptanz der Bauprojekte in der bisherigen Forschung identifiziert wurden.

### **3.6 Legitimierung von Moscheebau. Bisheriger Kenntnisstand**

Aus seinen Fallstudien zu Moscheebauprojekten folgert Leggewie, dass unter anderem die Unterstützung von lokalen Politikern und die „Führungskraft lokaler Autoritäten“ (Leggewie 2009: 179) für den reibungslosen Verlauf eines Moscheebauprojekts von großer Bedeutung sind. Dies scheint besonders wichtig, zumal Leggewie et al. (2002) in einer früheren Studie einen großen gesetzlichen Ermessensspielraum bei der Interpretation des Baurechts festgestellt haben (s. o.). Hier können z. B. auch die Beurteilungen der Moscheegemeinde als integrationsförderlich oder integrationshemmend miteinfließen. Einige Fallstudien zeigen, dass die Zustimmung durch Politiker in Verbindung mit einer Einbindung des Moscheebauprojekts in eine stadtentwicklungspolitische Gesamtstrategie förderlich für den friedlichen Verlauf der Projekte wirkt, da damit die Förderung sowohl auf finanzieller als auch auf diskursiver Ebene gewährleistet bzw. verstärkt wird, wie z. B. in Duisburg-Marxloh und Lancaster, England (vgl. Schoppengerd 2008, Gale/Nayler 2002). Hierfür gilt die Bereitschaft der Moscheegemeinde mit den Behörden zusammenzuarbeiten als unverzichtbar (ebd.).

Als einen wichtigen Faktor für den Erfolg eines Moscheebauprojekts bzw. für einen konstruktiven Verlauf identifizieren Schoppengerd (2008) und andere Autoren (Leggewie et al. 2002) die Schaffung von Transparenz durch die Moscheegemeinde und die beteiligten Behörden und die Beteiligung der Öffentlichkeit möglichst am gesamten Prozess. Deshalb wird von einigen Autoren die Rolle der Medien betont, die über Berichterstattung zur Transparenz beitragen können, aber auch Ängste und Vorbehalte in der Bevölkerung verstärken können (vgl.



Saint-Blancat/ Schmidt di Friedberg 2005; Leggewie et al. 2002: 108). Als ein wichtiges Medium der Transparenz werden Informationsveranstaltungen genannt, in denen die Moscheegemeinde und die Kommune, aber auch Kirchen der interessierten Bevölkerung das Anliegen der Moscheegemeinde erklären (vgl. Leggewie et al. 2002: 102).

Schmitt stellt in einer Fallstudie diesbezüglich fest, dass eine Informationsveranstaltung in Lünen eine „deutliche Zäsur im Konfliktverlauf und ein eskalatorisches Moment“ (Schmitt 2003: 236) dargestellt hat. Dies führt er darauf zurück, dass Befürworter und Gegner zum ersten Mal direkt miteinander konfrontiert gewesen sind und die Veranstaltungsmoderation es nicht geschafft hat, die Positionen einander anzunähern. Zugleich stellte er fest, dass die Informationsveranstaltung in Gladbeck sehr harmonisch abgelaufen ist und dies von den Beteiligten als Zeichen gewertet wurde, dass der Moscheebau von der Stadtgesellschaft akzeptiert sei (vgl. Schmitt 2003: 271). Gründe dafür werden nicht tiefer erörtert. Grundsätzlich entsteht aus den Fallstudien und dem Forschungsstand der Eindruck, dass dort, wo es Moscheegegner und anti-muslimische Akteure gibt, die bereit sind, Kritik in einem weniger anonymen Rahmen zu äußern, solche Veranstaltungen sehr konflikthaft verlaufen können und eine Annäherung der Positionen erschwert wird.

Einige Beiträge betonen die Bedeutung von Mediation für die Legitimierung von Moscheebauprojekten. Da darin verschiedene Aspekte genannt werden, die bei der Legitimierung eine grundsätzliche Rolle zu spielen scheinen, werde ich hier kurz auf dieses Instrumentarium eingehen. In der einschlägigen Forschungsliteratur werden Mediationsverfahren als eine mögliche Lösung von festgefahrenen Moscheebauprojekten genannt, wie dies im Fall des Moscheebaus in Köln-Ehrenfeld oder in Bad Vöslau zustande gekommen ist (vgl. Leggewie et al. 2002: 110 ff; Schmitt 2003: 108, Schüler 2013, Furlinger 2013: 378f). Manche Autoren betonen eher die präventiven Aspekte und damit die Notwendigkeit, frühzeitig einzugreifen, um einer Konflikteskalation vorzubeugen (vgl. Schüler 2013: 40). Unter Mediation „wird ein Konfliktregelungsverfahren bezeichnet, das durch besondere Kommunikations- und Verhandlungstechniken die außergerichtliche und einvernehmliche Beilegung eines Streitfalls anstrebt“ (Nanz/Fritsche 2012: 64). Den Kern einer Mediation bildet die Einbeziehung aller Akteure, die vom Moscheebauprojekt betroffen sind, und die Initiierung eines kommunikativen Austauschs zwischen ihnen, der das Ziel hat, die Interessen sowie Bedürfnisse der jeweiligen Konfliktparteien nachzuvollziehen und am Ende eine nachhaltige, verbindliche und möglichst für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung zu finden (vgl. ebd., Schüler 2013: 40). In diesem Zusammenhang führen Leggewie et al. das Prinzip der Inklusion an. Danach sollten alle Konfliktbeteiligten in das Mediationsverfahren einbezogen werden (Leggewie et al. 2002: 112).

Da die Mediatoren zwischen den Akteuren vermitteln sollen, ist es wichtig, dass sie neutral bzw. überparteilich sind. Sie sollten einen formalen Rahmen vorgeben (Spielregeln, Vereinbarungen etc.), in dem der Konflikt ausgetragen wird (vgl. ebd.). Der Prozess sollte von festen und neutralen Ansprechpartnern begleitet werden, die von Betroffenen und Interessierten jederzeit kontaktiert und zum Projekt befragt werden können. Transparenz (s. o.) ist eines der primären Ziele, die mit der Mediation verbunden sind.

Nachdem allgemein die Befunde zur Legitimierung von Moscheebauprojekten dargestellt und diskutiert wurden, wird in einem weiteren Schritt auf den Aspekt der sozialen Vernetzung von Moscheegemeinden eingegangen. In Kapitel 2.3.2.2 wurde bereits gezeigt, dass Moscheegemeinden zu einer Vielzahl von Akteuren der Stadtgesellschaft Kontakte unterhalten. Im Folgenden wird reflektiert, inwiefern bestehende Kontakte das Moscheebauprojekt unterstützt oder mitgeprägt haben und wie sich die Vernetzung der Gemeinde durch ihre neue Moschee verändert hat.

### **3.7 Moscheebau und Vernetzung. Bisheriger Kenntnisstand**

Einige Studien geben bereits erste Hinweise darauf, dass gute Kontakte zwischen der muslimischen Gemeinde und ihrer Umwelt das Moscheebauprojekt vereinfachen können. So stellt Schoppengerd fest, dass in Duisburg-Marxloh „durch die regelmäßig stattfindenden Islamkonferenzen und die Sprecherräte der Dachverbände [...] Strukturen vorhanden [waren], über die die Belange der Moscheevereine erfasst werden konnten“ (Schoppengerd 2008: 101).

Leggewie et al. sehen in der Einbindung des Bauherrn in den interreligiösen Dialog Vorteile für den Moscheebau, da dadurch Kirchengemeinden eher als Unterstützer fungieren können, vertiefen diesen Aspekt jedoch nicht weiter (vgl. Leggewie et al. 2002: 106). Bukow hingegen sieht den interreligiösen Dialog kritischer und stellt fest, dass die Kölner DITIB-Gemeinde durchaus an interreligiösen Dialogen beteiligt war, es jedoch trotzdem Widerstände gegeben hat (vgl. Bukow 2009: 219). Entscheidender für den Verlauf von Moscheebauprojekten sei das Selbstverständnis der politischen Öffentlichkeit (s. o.).

Schmitt identifiziert „Brückenpersonen“, die „aufgrund ihrer Biographie oder sonstiger Umstände in der Lage sind, zwischen den Kulturen, zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft Verbindungen herzustellen und Kontakte zu vermitteln“ (Schmitt 2003: 31) und damit den Ablauf von Moscheebauprojekten zu vereinfachen. Dabei bezieht er sich exemplarisch auf eine Person in Gladbeck, die sowohl Mitglied im bauenden Moscheeverein als auch eng mit der christlichen Gemeinde im Stadtteil verbunden und in diversen Gremien der Stadt tätig war (vgl. ebd.).

Andere Autoren hingegen sehen in fehlenden Kontakten der muslimischen Gemeinde zur Stadtgesellschaft einen wichtigen Grund für den Widerstand gegen den Moscheebau (vgl. Brockmann 2010: 121). So schreiben Marion Koch und Joachim Reinig, die in ihrer Untersuchung eine mangelhafte räumliche Situation für Moscheegemeinden feststellen: „Veränderungswünsche scheitern jedoch am Planrecht, fehlendem Zugang zu Ansprechpartnern in Politik und Verwaltung und manchmal auch an fehlenden finanziellen Möglichkeiten“ (Koch/Reinig 2013: 7), was die mangelnde Vernetzung als einen Grund für die Nichterrichtung von repräsentativen oder größeren Moscheen verdeutlicht. Hohage stellt in seiner Fallstudie fest:

„Bezüglich seiner Vernetzung mit der lokalen Politik ist die Situation des TIKV Hörde bis in die frühen 2000er Jahre davon gekennzeichnet, dass die Gemeinde nur oberflächlich in das Netzwerk der lokalen und kommunalen Akteure eingebunden ist. Es

ist ein Aspekt, der in der Anfangsphase die Kommunikationsprozesse zwischen den lokalen Politikern und der Verwaltung erschwert“ (Hohage 2013: 141).

Im Verlauf des Moscheebauprojekts stellt der Autor die Entstehung einer „vielfältig vernetzten Pro-Moscheebau-Koalition“ (Hohage 2013: 220) fest, ohne die die Durchsetzung des Projektes gegen die vorhandenen Widerstände nicht möglich gewesen wäre. Leggewie betont die immensen Kosten, mit denen ein Moscheeverein bei der Errichtung seiner repräsentativen Moschee konfrontiert ist. Er geht davon aus, dass die im Dachverband der DITIB und zunehmend auch in anderen Organisationen eingebundenen Moscheevereine „externe Ressourcen anzapfen“ (Leggewie 2009: 174) und somit an Einfluss auf das lokale Leben vor Ort verlieren. Empirische Evidenz für diese These liefert er jedoch nicht.

Eine enge Verbindung zwischen der Legitimität von Moscheebauprojekten und ihrer (vermeintlichen) Vernetzung ist das Thema Finanzierung der Bauprojekte durch ausländische Akteure, insbesondere Staaten, wie z. B. die Türkei und v. a. Saudi-Arabien, was die **transnationale Ebene** der Vernetzung betrifft. Studien zu Finanzflüssen zwischen lokalen Gemeinden und ausländischen Akteuren konnten nicht aufgefunden werden. Diesbezügliche Veröffentlichungen beschränken sich in der Regel auf mediale Berichterstattung und populärwissenschaftliche Ausführungen, die v. a. die Rolle Saudi-Aubiens bei der Finanzierung von Moscheebauten und Moscheegemeinden in verschiedenen Ländern Europas und darüber hinaus hervorheben und darin ein Instrument der Verbreitung des restriktiven wahabitischen Islamverständnisses<sup>92</sup> sehen (vgl. Nouripour 2017). Dieser Finanzierungsaspekt „steht im Spannungsverhältnis zwischen der einerseits immer wieder auftauchenden Frage, inwieweit umstrittene Akteure, insbesondere ausländische Staaten, Parteien oder Organisationen nicht nur in materieller sondern auch inhaltlicher Weise Einfluss auf Gesellschaft und Politik in Deutschland ausüben könnten; andererseits wie sich die selbstbestimmte Finanzierung der vielseitigen Arbeit von muslimischen Vereinen und Organisationen gestalten kann“ (Deutscher Bundestag 2018: 4). Das Spannende an der Debatte ist die Annahme, dass mit der Unterstützung bzw. dem Finanzfluss zugleich Erwartungen und Ideen hinsichtlich der Ausgestaltung des muslimischen Gemeindelebens verbunden sein können. Zugleich verweist dies auf ein potenzielles Dilemma von einigen Moscheegemeinden, die auf der einen Seite zum Teil mit Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen haben und auf der anderen Seite hinsichtlich ihrer Finanzierung von der Gesellschaft kritisch betrachtet werden (vgl. dazu Deutscher Bundestag 2018 und 2017).<sup>93</sup>

Annähernd alle Studien in diesem Themenfeld teilen bestimmte konflikttheoretische Annahmen. Die Autoren stellen fest, dass es im Rahmen der Konflikte häufig zu intensiven und vielfältigen Interaktionen bzw. zu einer Vernetzung zwischen der Moscheegemeinde und ihrer Umwelt kommt (vgl. Schmitt 2003; Leggewie 2009; Hüttermann 2006). In der Konfliktsituation werden die Akteure dazu animiert, die eigene Perspektive für das Gegenüber zu

---

<sup>92</sup> Hierbei handelt es sich um eine politisch-religiöse Strömung, die im 18. Jh. auf der arabischen Halbinsel entstanden ist und islamische Bräuche und Traditionen ablehnt, die nicht direkt aus dem Koran oder den prophetischen Überlieferungen (sunnah) entnommen werden können (vgl. Conermann 2003: 322).

<sup>93</sup> Wie in Kapitel 2 erläutert, finanzieren sich die meisten Moscheevereine über Mitgliederbeiträge und Spenden (vgl. Deutscher Bundestag 2018: 10).

präsentieren und sich gleichzeitig mit dessen Anliegen zu befassen. So wird in der Tradition Georg Simmels (1908) und Lewis Cosers (2009) den lokalen Auseinandersetzungen eine integrative Wirkung attestiert („Integration durch Konflikt“, vgl. Leggewie 2009: 123; Schmitt 2003: 34). Neben der Befolgung von Regeln und der Existenz einer liberal-demokratisch verfassten Gesellschaft ist die Teilbarkeit von Konfliktgegenständen eine wichtige Grundlage für die Entfaltung einer integrativen Wirkung. Ein teilbarer Konfliktgegenstand macht es möglich, partiell auf die Forderungen anderer einzugehen (z. B. bezüglich der Lautstärke des Muezzinrufs oder der Minarethöhe), Teile der eigenen Forderungen durchzusetzen und schließlich einen Kompromiss zu finden (vgl. Leggewie 2009: 122 f.).

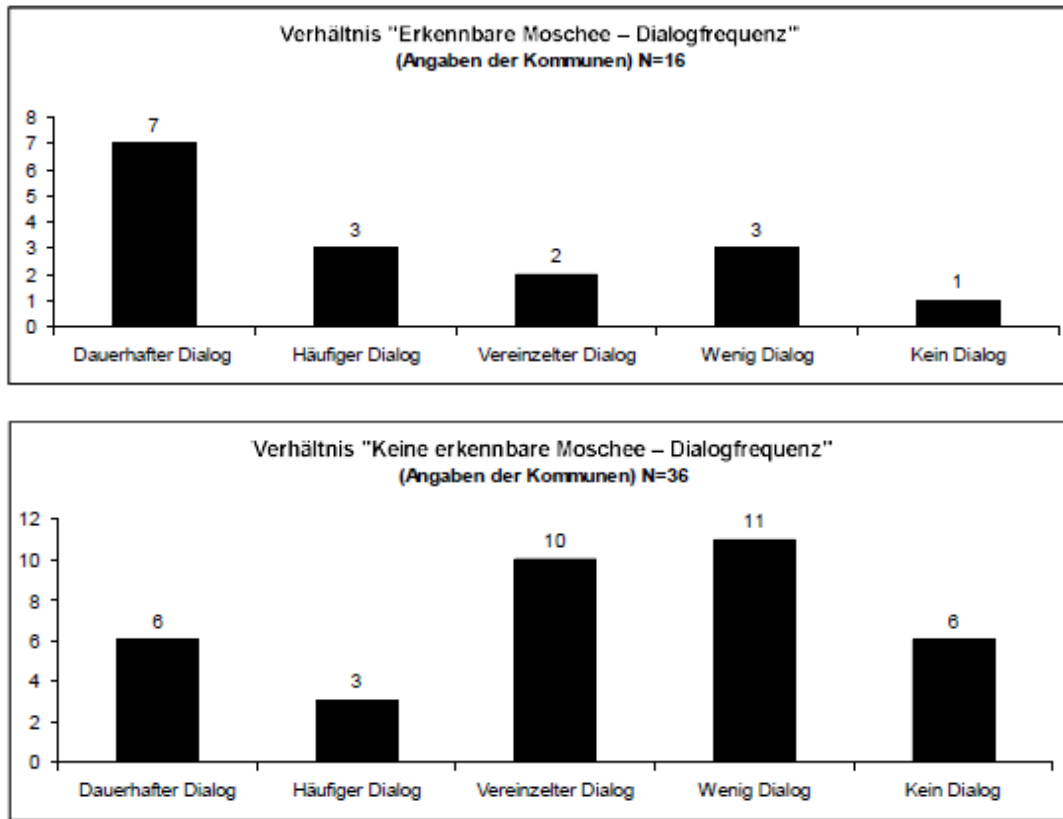
Weitere integrationsfördernde Effekte auf die Vernetzung der Gemeinden sollen im Folgenden vorgestellt werden. Leggewie beobachtet in seinen Fallstudien, dass Moscheebauten Gelegenheiten für interreligiösen Dialog bieten, da sich andere religiöse Gemeinden, allen voran die christlichen, für den Bau einer Moschee aussprechen (vgl. Leggewie 2009: 176). Allerdings wurde auch an einem Standort festgestellt, dass Befürworter der Moschee darüber enttäuscht waren, „dass der Dialog nach der Fertigstellung der Moschee eingeschlafen sei“ (Leggewie et al. 2002: 64). Hüttermann stellt fest, dass die vorher randständigen muslimischen Gemeinden durch den Konflikt „zum ersten Mal sicht- und vernehmbare Akteure der lokalen Öffentlichkeit geworden“ (Hüttermann 2003: 101) seien. Auch Schmitt stellt in seiner Arbeit fest, dass der Bauprozess als „ein Medium, das erstmals in größerem Umfang eine Kommunikation zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft“ (Schmitt 2003: 360) ermöglicht hat, diene.

Schmid et al., die sich in ihrer Studie mit Dialogen zwischen Kommunen, Kirchen und islamischen Organisationen in Baden-Württemberg beschäftigen, stellen ebenfalls fest, dass manche Kommunen Moscheebauprojekte konstruktiv nutzen, um die bauenden Moscheegemeinden stärker in den Dialog einzubinden (vgl. Schmid et al. 2008: 227). Sie weisen nach, dass der Dialog in Kommunen mit einer erkennbaren Moschee intensiver war als in Kommunen ohne erkennbare Moschee (vgl. ebd. 229). Eine Gegenüberstellung der Kommunen verdeutlicht den Unterschied und zeigt, dass Kommunen mit repräsentativen Moscheen häufiger angaben, sich in einem dauerhaften oder häufigen Dialog mit Muslimen zu befinden als Kommunen ohne entsprechende Moscheen (vgl. Abb. 8).<sup>94</sup>

---

<sup>94</sup> Interessanterweise spielte dieser Tatbestand für die Dialogfrequenz zwischen Moscheegemeinden und christlichen Gemeinden keine Rolle (vgl. Schmid et al. 2008: 230).

Abbildung 8: Verhältnis zwischen dem Bestehen von erkennbaren Moscheen und der Dialogfrequenz



Quelle: Schmid et al. 2009: 229

Dieser Dialog schien sich auf die Bauherren zu konzentrieren, so dass Moscheegemeinden in der Stadtgesellschaft einen Sonderstatus für die Kommune als Ansprechpartner einnahmen (vgl. ebd.: 229f). Diese Befunde werden von einer Fallstudie von Claire de Galember (2005) für den Moscheebau in Mantes-la-Jolie (Frankreich) bestätigt, wo der Bürgermeister das Moscheebauprojekt nutzte, um den Dialog mit der entsprechenden Moscheegemeinde zu stärken und zugleich einen festen, alle Muslime repräsentierenden Ansprechpartner zu etablieren. Eine weitere französische Studie stellt fest, dass im Rahmen der Repräsentativ-Werdung einer Gemeinde ihre politische Einbindung und Aufwertung von Seiten des Bürgermeisters initiiert worden ist. So hat der Bürgermeister von Lyon im Rahmen des Moscheebauprozesses versucht, die Vorsitzenden der betroffenen Gemeinde als Ansprechpartner aller Muslime der Stadt zu etablieren, um die zukünftige Zusammenarbeit mit Muslimen zu erleichtern (vgl. Battegay 1995: 26 ff.). In der Forschungsliteratur werden jedoch auch desintegrierende Folgen von (konflikthaften) Moscheebauprojekten konstatiert. So sieht Kemal Bozay in den Moscheebaukonflikten durch die häufig artikulierte Ablehnung der muslimischen Vorhaben eine Gefahr des Rückzugs von Muslimen und des Bruchs in der Gesellschaft entlang ethnischer und religiöser Bruchlinien (Bozay 2008: 210).

Der kurze Überblick zeigt bereits, dass es verschiedene Hinweise dafür gibt, dass Moscheebauprojekte die Kontakte zwischen der Moscheegemeinde und ihrer sozialen Umwelt verändern. Dies kann daran liegen, dass Moscheegemeinden aktiv werden, offen ihr Projekt

kommunizieren und somit für die Stadtgesellschaft vernehmbar werden. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass Kommunen solche Projekte im Rahmen ihrer Integrationspolitik nutzen und damit Dialoge mit den Bauherren initiieren. Hüttermann kommt deshalb zum Schluss, dass Moscheebauprojekte integrativ sein können, und führt Folgendes aus:

„Wenn moderne Sozialintegration bedeutet, dass integriert ist, wer noch als Gegner im Interessenstreit in einem basalen Sinne moralisch anerkannt ist (vgl. Anhut 2002) und Inkorporation hier nichts anderes meint als die Einbeziehung des Anderen in den Interessenstreit einer sich – wie zögernd auch immer – gleichursprünglich öffnenden Stadtgesellschaft, dann war der hier analysierte Konflikt integrativ“ (Hüttermann 2003: 101).

In die gleiche Richtung weisen andere Ausführungen, die konstatieren, dass durch das Moscheebauprojekt und die sichtbare Moschee, der Dominanzgesellschaft die Einsicht über das Heimischwerden der Muslime vermittelt wird (vgl. Hüttermann 2003). Dabei handelt es sich weniger um direkte Kontakte zu den entsprechenden Moscheegemeinden als um allgemeine Einsichten, die das Zusammenleben mit (allen praktizierenden) Muslimen in der religiös pluralistischen Einwanderungsgesellschaft betreffen.

### **3.8 Zusammenfassung und Präzisierung der Forschungslücke**

Das vorliegende Kapitel hat wissenschaftliche Debatten und Befunde zu Moscheebau und repräsentativen Moscheen in Deutschland vorgestellt: geschichtlicher Überblick, Gestaltung von Moscheen, Motive, geografische Verteilung und rechtlicher Rahmen. Auf der Grundlage bestehender Forschung wurde beleuchtet, wie die Legitimität der Bauvorhaben durch die soziale Umwelt eingeschätzt wird und weswegen es zu Widerständen in der Stadtgesellschaft gegen die Moscheebauprojekte kommt. Die Ausführungen verdeutlichen, dass die Legitimität von Bauvorhaben aus einem Zusammenspiel resultiert von begünstigenden oder behindernden Ausgangsbedingungen (z. B. das Vorhandensein von antimuslimische Akteuren in der Stadt), sowie dem Legitimierungsdiskurs, bei dem ausgehandelt wird, was eine Moschee *ist* (z. B. ein Zeichen des Ankommens) und was sie *sein soll* (z. B. ein Ort der Integration) sowie den damit häufig eng verknüpften Legitimierungshandlungen der beteiligten Akteure (z. B. Durchführung von Informationsveranstaltungen).

So wie die das Kapitel 2 aufzeigt, dass Moscheegemeinden wichtige Organisationen des muslimischen Lebens darstellen, so zeigt das vorliegende Kapitel, dass Moscheen Zentren der Moscheegemeinden und der Infrastruktur der muslimischen Religionspraxis darstellen.

Wie bereits erwähnt, basiert der Großteil von Studien auf konflikttheoretischen Ansätzen. Durch den theoretischen Hintergrund und ein auf konflikthafte Auseinandersetzungen fokussiertes Sampling geraten vor allem Widerstände in den Blick der Forscher. Zwar wird in diesem Zusammenhang auch die Gegenseite vorgestellt, also die Befürworter des Bauprojekts und ihre unterstützenden Handlungen, doch werden die zivilgesellschaftlichen

Unterstützungspotenziale nur am Rande erwähnt und nicht systematisch mitgedacht.<sup>95</sup> Dabei liefern Moscheebauvorhaben, die mit erheblichen Herausforderungen und Anstrengungen für den Moscheeverein verbunden sind, ein geeignetes Feld für die Untersuchung von Solidarisierungs- und Unterstützungsleistungen in der Stadtgesellschaft.

Mit der hier vorliegenden potenzialorientierten Perspektive werden diese zivilgesellschaftlichen Verbindungen zwischen muslimischen Gemeinden und ihrer sozialen Umwelt näher beleuchtet und begünstigende Faktoren für einen friedlichen Verlauf von Moscheebauprojekten herausgearbeitet. Für diesen Zweck umfasst das Sample sowohl konfliktbehaftete als auch friedlich ablaufende Moscheebauprozesse.

Der Fokus der bisherigen Studien auf Konflikte bzw. Konfliktverläufe führt zudem dazu, dass die Betrachtung des Geschehens häufig nach der Einweihung der Moschee abbricht. Doch inwiefern sich die Vernetzung der muslimischen Gemeinde durch den Moscheebau nachhaltig ändert und welche Herausforderungen für die Moscheegemeinde mit der Unterhaltung einer repräsentativen Moschee verbunden sind, bleibt weitgehend ungeklärt. Allievi fasst das Forschungsdesiderat folgendermaßen in Worte:

„The lack of medium- and long-term reflection is one of the problematic elements emerging from the analysis of conflicts. It affects our ability to resolve them, and generally makes it difficult to look beyond the current case of conflict that requires resolution and to reflect on the future of our cities and our society and on their greater pluralist dimensions in terms of culture and values.“ (Allievi 2009: 92).

Durch die gezielte Erhebung der Daten nach dem Bauprozess und der Ausrichtung eines Teils der Interviewfragen auf den Zustand nach der Einweihung der Moschee können Erkenntnisse über den nachhaltigen Wandel in der Vernetzung der Moscheegemeinde und bezüglich der Aufrechterhaltung von Legitimität des Bauvorhabens gewonnen werden.

Wie dargestellt sind einige Autoren auf die Vernetzung der muslimischen Gemeinden eingegangen und fanden Anhaltspunkte für integrierende Effekte des Moscheebaus. An den bestehenden Studien fällt jedoch die Schwäche bezüglich einer planvollen Erörterung der Einbettung muslimischer Gemeinden in ihren sozialen Kontext im Rahmen von Moscheebauprojekten. Es fehlte eine systematische Herausarbeitung der vernetzungsbezogenen Faktoren, die das Moscheebauprojekt vereinfachen und die Legitimität beeinflussen. Ähnliches fehlte zudem für das Verständnis des Wandels der Vernetzung durch das Moscheebauprojekt.

Der Forschungsstand zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass er repräsentative Moscheen im Zusammenhang mit der Teilhabe am öffentlichen Raum betrachtet (vgl. Hüttermann 2006: 156). Dabei ist, wie schon in Kapitel 1 verdeutlicht, die Entstehung der neuen Moscheen als das Besetzen des öffentlichen Raums *und* als Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur zu verstehen. Zwar wird dies berücksichtigt und die Publikationen sprechen immer wieder von der

---

<sup>95</sup> Die konflikt- bzw. antagonismenorientierte Fundierung ist sowohl bei den handlungstheoretisch fundierten Studien wie bei Schmitt (2003) als auch bei diskursanalytisch orientierten Studien wie bei Christine Brunn, die anhand der „Semantik des Fremden“ ein Moscheebauprojekt analysiert oder Hafez, der anhand der betrachteten Diskursivierung von Moscheebauprojekten antimuslimischen Populismus aufdeckt.

Multifunktionalität der Moscheen (vgl. z. B. Cesari 2005, Leggewie et al. 2002, Schoppengerd 2008), allerdings geschieht dies eher am Rande. Bei der empirischen Analyse wenden sich die Forscher primär den Konflikten um Minarette, Standort der Moscheen etc. zu. Die Angebote in den Moscheen und ihre Dynamik sowie die damit verbundenen internen Unterstützungspotenziale in muslimischen Gemeinden bilden ein Forschungsdesiderat, welches in der vorliegenden Arbeit aufgegriffen wird.

Entsprechend des Schwerpunkts der Studien verwenden diese häufig den Begriff des „öffentlichen Raums“. Damit wird zum einen das Spezifikum einer repräsentativen Moschee verdeutlicht, mit deren Größe und Symbole Muslime den öffentlichen Raum betreten. Zugleich wird dieses Betreten des normierten öffentlichen Raums als Ausgangspunkt für konflikthaften Auseinandersetzungen um Legitimität der Vorhaben gesehen (vgl. Brunn 2006; Schmitt 2003). An dieser Stelle soll daher eine Differenzierung vorgenommen werden, die in der Forschungsliteratur häufig vernachlässigt wird: die Unterscheidung zwischen „öffentlichem Raum“ und „Öffentlichkeit“. Während ersteres als Sozialraum einen physischen und lokalen Bezug hat, in dem die unmittelbare Sichtbarkeit der Moschee entsteht, geht es bei der Öffentlichkeit um eine Sphäre, in der Diskurse ausgetragen werden (vgl. Wimmer 2007: 29 f.). Ausgehend von der Unterscheidung vom öffentlichen Raum und Öffentlichkeit kann bereits im Vorgriff auf die Fallstudien gezeigt werden, dass Muslime zum einen durch Symbole (Kuppeln, Minarette, Kopftücher) im öffentlichen Raum sichtbar werden und sich zum anderen politisch bzw. gesellschaftlich für ihre spezifischen Belange, z. B. für Anerkennung als religiöse Gemeinde über die in Kapitel 2 beschriebenen Organisationen, engagieren und somit in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Die Öffentlichkeit ist also die Sphäre, in der ein entscheidender Teil von Legitimierungsdiskursen stattfindet (vgl. Kleinsteuber 2002: 589).

Kennzeichnend für die bisherigen Studien ist, dass sie sich entweder mit einzelnen Fallstudien vertieft befassen (z. B. Hohage 2013, Hohmann 2003, Brunn 2006) oder von Einzelfällen abstrahieren und aggregierte Daten verwenden (z. B. Hafez 2010, Zemke 2008). Eine detaillierte Untersuchung von mehreren Fällen, die miteinander verglichen werden, fand in Ausnahmen statt (vgl. Schmitt 2003, Furlinger 2013).

Aus den bisherigen Ausführungen wird deutlich, dass es sich bei der vorliegenden Studie nicht um eine vollkommen neue Fragestellung handelt. Vielmehr ist es eine ergänzende Untersuchung der Moscheebauproblematik, die bisher nur in Ansätzen behandelte Aspekte beleuchtet und bestimmte, bisher nur am Rande stattfindende Verknüpfungen (Vernetzung und Legitimität) herstellt. Es sind demnach die Schwerpunktsetzung, die leicht veränderte Blickrichtung und die neuen Fälle, die das Verhältnis der vorliegenden Studie zum Forschungsstand bestimmen. Eine Gegenüberstellung des Forschungsstandes und des Dissertationsprojekts hinsichtlich der Forschungsdesiderate findet sich in der Tabelle 6:



Tabelle 6: Gegenüberstellung des Forschungsstandes und des Dissertationsprojekts hinsichtlich der Forschungs-desiderate

<b>Forschungsstand</b>	<b>Dissertationsprojekt</b>	<b>Mehrwert</b>
Fokus auf Symbole (v. a. Minarette).	Zusätzlicher Blick auf die sozio-religiöse Infrastruktur, ihren Stellenwert für Muslime und ihre Legitimität.	Die Arbeit beleuchtet diesen wichtigen Aspekt der Etablierung des Islam in Deutschland. Sie berücksichtigt zivilgesellschaftliche Potenziale der Moscheegemeinden.
Fokus auf dem Ablauf des Moscheebauprojekts.	Partielle Betrachtung einer Phase nach der Errichtung der Moschee.	Die Arbeit erfasst längerfristige Folgen des Moscheebaus und der Unterhaltung einer repräsentativen Moschee.
Fokus auf den Konflikten und Widerständen.	Betrachtung (auch) von friedlichen Prozessen und von Unterstützungsleistungen.	Die Arbeit verdeutlicht zivilgesellschaftliche Unterstützungspotenziale der Stadtgesellschaft. Das Legitimitätskonzept stellt die Bezugnahmen auf die Moschee nuancenreich dar.
Das Sampling bezieht sich v. a. auf türkeistämmige Gemeinden, insbesondere DITIB-Gemeinden.	Es werden zusätzlich eine arabische und eine bosnische Gemeinde untersucht.	Die Arbeit wird eher der Vielfalt der Moscheegemeinden gerecht und gibt Einblick in bisher weniger untersuchtes bosnisches und arabisch geprägtes Gemeindeleben.
Es wird wenig auf die Perspektive der muslimischen Vertreter eingegangen. Die Gemeindemitglieder werden selten mitbetrachtet.	Die Perspektiven von Muslimen bilden einen Schwerpunkt der Arbeit. Es werden punktuell die Perspektiven der Gemeindemitglieder mit in die Analyse einbezogen.	Die Arbeit legt Motive und Sichtweisen der Muslime offen. Widersprüche zwischen internen (Gemeindemitglieder) und externen Erwartungen (soziale Umwelt) werden aufgedeckt.
Vernetzung und Integration bilden nicht näher bestimmte Konzepte.	Vernetzung wird differenzierter betrachtet. Der Nutzen für Moscheebauprojekte und der Wandel der Vernetzung werden systematisch untersucht.	Diese Betrachtung ermöglicht ein Verständnis für die Einbettung der Moscheegemeinden in ihren städtischen Kontext. Nutzen und Dynamik der Vernetzung werden veranschaulicht.
	Neue untersuchte Fälle	Erweiterung des Wissensstands um Moscheebauprojekte in Deutschland.
Dachverbände werden am Rande angesprochen. <sup>96</sup> Es werden tendenziell spekulative Aussagen über ihre Rolle in den Moscheebauprojekten getroffen.	Einbeziehung der Rolle von Dachverbänden (als Teil der Vernetzung) in Moscheebauprojekten. Interviews mit den Vertretern der Dachverbände wurden durchgeführt.	Wichtige Akteure, die sowohl unterstützend als auch beschränkend wirken können, werden mitberücksichtigt. Ein Einblick in die Perspektive der Dachverbände wird ermöglicht.
Fokus auf Handlungen und Beziehungen VS Fokus auf Diskurse	Fokus auf Abläufe und Diskurse bzw. auf Handlungen und Inhalte	Der umfassendere Blick auf Moscheebauprojekte erlaubt das Verständnis für das Wechselverhältnis von Vernetzung und Handlung sowie von Legitimierungshandlungen und Legitimierungsdiskursen.

*Quelle: eigene Darstellung*

<sup>96</sup> Eine Ausnahme bildet die Studie von Burkhart Lauterbach und Stephanie Lottermoser (2009).

Nachdem das Kapitel einen Überblick über die bisherige Forschungsliteratur und Hintergrundinformationen zu Moscheen und Moscheebauprojekten gegeben sowie Desiderate offengelegt hat, widmet sich das nächste Kapitel dem theoretischen Instrumentarium, das helfen soll, die aufgetretenen Fragen möglichst differenziert zu beantworten. Der theoretische Forschungsrahmen richtet sich nach den in der Einleitung vorgestellten Themenbereichen sowie der relationalen Perspektive der vorliegenden Arbeit. Mit dem nächsten Kapitel greife ich die wichtigsten Konzepte der Arbeit (v. a. Legitimität und Vernetzung) auf, leite daraus Hypothesen über Wirkzusammenhänge ab und führe in das Begriffsinstrumentarium der Arbeit ein.

## 4 Theoretischer Forschungsrahmen

Der theoretische Forschungsrahmen setzt sich zusammen aus bereits gewonnenen Erkenntnissen der einschlägigen Studien sowie theoretischen Überlegungen aus dem Bereich der Migrationssoziologie, Stadtsoziologie, soziologischen Netzwerktheorien und neo-institutionalistischen Ansätzen. Es handelt sich bei dem vorliegenden Kapitel nicht um ein Ex-ante-Theorieraster, das vor dem Feldzugang vollständig angefertigt wurde. Der Theorierahmen wurde auf der Grundlage der Auseinandersetzungen mit den durchgeführten Fallstudien stets ergänzt und ausdifferenziert. Die Interpretationsspielräume von Konzepten und theoretischen Ansätzen wurden im Sinne einer Zusammenführung genutzt. Waren bisher die beiden Oberthemen „Muslime in Deutschland“ und „Errichtung von repräsentativen Moscheen“ zentral, geht es in diesem Kapitel um die Elemente, die den Analyserahmen der vorliegenden Studie darstellen. Daher abstrahiert das vorliegende Kapitel in Teilen vom Forschungsgegenstand und zeigt Theoriestränge auf, die die Elemente (Beziehungen und Vernetzung sowie Bezugnahmen und Legitimität) in ihren unterschiedlichen Facetten und Wechselwirkungen beleuchten und ihre Relevanz für die vorliegende Untersuchung verdeutlichen.

Im Forschungsstand (vgl. Kap. 3) hat sich gezeigt, dass die bisherige sozialwissenschaftliche Betrachtung der sozialen Einbettung von Moscheegemeinden häufig wenig differenziert war. Daher arbeite ich im ersten Teil des Theoriekapitels mit Hilfe der netzwerktheoretischen Ansätze ein Raster mit Beziehungsinhalten heraus. Im Anschluss stelle ich Legitimitätsdimensionen vor, die einen differenzierten Blick auf die Aushandlungen richten, die im Rahmen von Moscheebauprojekten stattfinden.

Die Begründung der relationalen Betrachtungsweise im Rahmen der vorliegenden Arbeit ergibt sich aus mehreren Aspekten: Zum einen ist es der spezifische Charakter des Untersuchungsgegenstandes, der es nahelegt, eine relationale Perspektive einzunehmen. So sind ein Moscheebauprojekt und die damit zusammenhängenden Aushandlungen weder einseitig legalistisch noch durch rationale Wahl oder die Interessen der beteiligten Akteure zu verstehen, sondern als ein Prozess, der sozial und diskursiv eingebettet ist und eine Vielfalt an Deutungen und Zuschreibungen beinhaltet (vgl. Brunn 2006). Zudem kann argumentiert werden, dass ein Konflikt, der häufig mit dem Moscheebau einhergeht, prinzipiell durch eine relationale Charakteristik gekennzeichnet ist, da er in Anlehnung an Helmut Dubiel als ein „integrierender symbolischer Raum“ (Dubiel 1997: 428) verstanden werden kann, der für eine intensive Wechselwirkung zwischen Akteuren steht, einer Einzelakteuren übergeordneten Dynamik folgt und darin beziehungsstiftend wirkt, wie manche bereits in Kapitel 3 vorgestellten Studien es nahelegen. Diese Schwerpunktsetzung erscheint gerade beim Themenfeld „Religion und Migration“ als angemessen, weil es für Essentialisierung und Grenzziehungen prädisponiert ist. In den nächsten Abschnitten geht es primär darum, aufzuzeigen, wie die oben angesprochenen Beziehungen und Bezugnahmen zwischen der muslimischen Gemeinde und ihrer sozialen Umwelt konzeptionell erfasst werden können.

## **4.1 Vernetzung von Migrantenorganisationen und die Inkorporation von Kollektiven.**

In einer Arbeit, die sich mit religiösen Migrantengemeinden und ihren Beziehungen zur sozialen Umwelt beschäftigt, ist es zweckmäßig, Konzepte von Integration aufzugreifen, da ein Großteil von ihnen, wie in Kapitel 1 aufgezeigt, die Beziehungen zwischen Migranten sowie Minderheiten und der Dominanzgesellschaft thematisiert.

Integration ist nach wie vor ein zentraler Begriff, der im weitesten Sinne die Eingliederung von Migranten in die Aufnahmegesellschaft beschreibt (vgl. Fijalkowski/Gillmeister 1997: 24). In Anlehnung an das Expertenforum „Zuwanderer in der Stadt“ wird Integration als „gleichberechtigte Teilhabe [und Teilnahme] [...] am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben unter Respektierung ihrer jeweiligen kulturellen [und religiösen] Eigenart [...]“ (Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ 2005: 10) verstanden. Dies soll im Kontext dieser Studie jedoch nicht unterstellen, dass Migranten oder Muslime sich per se von der restlichen Gesellschaft unterscheiden. Zudem wird anerkannt, dass die Gesellschaft in sich kulturell heterogen ist und sich durch Migration und religiöse Pluralisierung über ihre Bevölkerungszusammensetzung hinaus verändert. Daher erscheint folgende Position hinsichtlich der Integration für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand adäquat:

„Während monistische Assimilation die vollständige und passive Anpassung der Einwanderer an die Ankunfts-gesellschaft bedeutet, handelt es sich bei pluralistischer und interaktionistischer Assimilation um wechselseitige Beeinflussungs- und Veränderungsprozesse zwischen Einwanderern und Mehrheitsgesellschaft der Ankunftsregion (Integration)“ (Pries 2010: 481).

Da es sich bei den untersuchten Akteuren um Organisationen handelt, entspricht die in dieser Arbeit behandelte Vernetzung von Migrantenorganisationen mit ihrer sozialen Umwelt einem spezifischen Aspekt der Integration. In diesem Fall sprechen migrationssoziologische Ansätze von einer korporativen Integration (vgl. Gillmeister/Fijalkowski 1997: 26) oder der Integration in der „korporativen Welt“ (Tezcan 2000: 408) bzw. in der „korporativen Stadtgesellschaft“ (Hüttermann 2006: 185). Dabei geht es darum, dass Vertreter von Teilen der ethnischen oder religiösen Minderheit in Interaktion mit Verwaltung, Einrichtungen und diversen korporativen Akteuren der Gesellschaft ihre Interessen artikulieren, einen Ansprechpartner für diese darstellen und gemeinsam mit ihnen an beide Seiten betreffenden Problemen arbeiten (vgl. Tezcan 2000: 408, Gillmeister/Fijalkowski 1997: 26), was der dritten Facette der Etablierung des Islam (politische Repräsentieren, Vernetzung) zuzuordnen ist (vgl. Kap. 2). Die „leibhaftige Welt“ umfasst hingegen den „Bereich des alltäglichen Umgangs“ (Tezcan 2000: 408), wozu interethnische Freundschaftsbeziehungen und alltägliche interethnische oder interreligiöse Interaktionen zählen. Hier besteht ein Anknüpfungspunkt an die Kontakthypothese von dem Psychologen Gordon Allport, die besagt, dass häufiger Kontakt zu Angehörigen anderer Gruppen, z. B. religiösen und ethnischen Minderheiten (oder Mehrheiten), zum Abbau von Vorurteilen führt. Eine

wichtige Bedingung dieses Wirkungszusammenhangs ist, dass der Kontakt in einem als positiv erlebten Kontext stattfindet (vgl. Stangl 2020: o. S.).

Sowohl in der Forschung als auch in der Politik wird soziale Vernetzung als ein wichtiges Medium für die Integration (vgl. Esser 2001: 8) und für den Erhalt des sozialen Friedens und die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und Teilhabe angesehen (vgl. Evers et al. 2004, Strohmeier 2006: 12, 46). Im Rahmen politischer Prozesse auf kommunaler Ebene steht Vernetzung sowohl für die Einbindung von Projektpartnern in Förderstrukturen, für die gemeinsame Durchführung von öffentlichen Projekten, z. B. im Rahmen der Stadtteilentwicklung, sowie für die Einbindung der lokalen Bevölkerung und damit eine größere Legitimität von getroffenen Entscheidungen (vgl. ebd.). Folglich scheinen Vernetzung oder Netzwerkarbeit aus den Integrationskonzepten der Kommunen nicht mehr wegzudenken, so z. B. beim Integrationskonzept der Stadt Bonn oder der Stadt Duisburg. Insofern liegt die Hypothese nahe, dass das Vorhandensein von Netzwerken auf der städtischen Ebene, in denen es eine regelmäßige Kommunikation zwischen den Akteuren gibt, die Umsetzung oder Ausführung eines Moscheebauprojekts infolge von Transparenz und Akzeptanz erleichtert.

Vor dem Hintergrund der Unterscheidung zwischen der Integration auf organisationaler und individueller Ebene und der gesellschaftlichen Teilhabe als Kernelement der Integration stellen migrationssoziologische Ansätze die Frage, welchen Einfluss die Vergemeinschaftung in Migrantenorganisationen auf die soziale Integration der Migranten und ihre Teilhabe an der Gesellschaft hat (vgl. z. B. Esser 2001). Dies ist auch für die vorliegende Arbeit relevant, da damit der Einfluss durch den Ausbau der Angebote und Zuständigkeiten der Moscheegemeinden auf die Vernetzung ihrer Mitglieder mit der sozialen Umwelt theoretisch eruiert werden kann.

Zwei in der deutschsprachigen Soziologie sehr häufig rezipierte Konzepte, die jeweils schwerpunktmäßig die integrativen und desintegrativen Effekte von Migrantenorganisationen und anderen Vergemeinschaftungen thematisieren, sind „Binnenintegration“ und „Parallelgesellschaft“. Sie prägen implizit oder explizit die wissenschaftlichen und die gesellschaftspolitischen Debatten um Moscheebauprojekte. Laut der These der „Binnenintegration“ von Georg Elwert könne eine Integration in die eigene Herkunftsgruppe drei Vorteile für die Integration<sup>97</sup> der Migranten in die Gesellschaft haben: Die Zugehörigkeit zu einer Migrantenorganisation<sup>98</sup> Sorge laut Elwert erstens für eine Festigung des Selbstbewusstseins der Migranten und ermöglicht dadurch eine stabile Kontaktaufnahme zur Dominanzgesellschaft. Baumann (2004: 22f) betrachtet diese Funktion vor allem für religiöse Organisationen als stark zutreffend. Sie liefern eine psychische Stärkung der Individuen durch das Glaubenssystem und den Rückhalt in der Glaubensgemeinschaft. Dies kann vor allem in der Migrationssituation, in der „Migrationsstress“ und Unsicherheiten entstehen können, eine wichtige Rolle spielen. Sie können aber auch als ein Refugium dienen, wenn mangelnde Anerkennung der Migranten durch die Dominanzgesellschaft erfolgt (vgl. Diehl/Urbahn 1998: 14).

---

<sup>97</sup> Unter Integration versteht Elwert (1982: 718) die „Teilhabe an den gesellschaftlichen Gütern“.

<sup>98</sup> Elwert (1982) spricht von „ethnischen Gruppen“, „Selbsthilfestrukturen“ oder „fremdkulturellen Institutionen“.

Zweitens werden in den Migrantenorganisationen ein für das Zurechtkommen in der Aufnahmegesellschaft wichtiges Alltagswissen vermittelt (vgl. Elwert 1982: 721f). Ergänzend ist hinzuzufügen, dass die Migrantenorganisationen „[...] problem-adäquater und mit Blick auf das Integrationsniveau effizienter zu agieren vermögen“ (Fijalkowski/Gillmeister 1997: 31) und Zugang zu Menschen haben, die sich nicht von Institutionen der Dominanzgesellschaft angesprochen fühlen, und daher die gesellschaftliche Teilhabe von ihnen stärken können. Die Unterhaltung von Kontakten zwischen religiösen Migrantengemeinden und anderen kommunalen Akteuren ermöglicht Kooperation in verschiedenen sozialen Bereichen, in denen die Religionsgemeinden tätig sind, und verbessert somit die Angebotsvielfalt für ihre Mitglieder (Schmid et al. 2008: 293).

Das dritte Argument von Elwert für die integrative Leistung von Migrantenorganisationen ist die Bildung von Interessengruppen („pressure groups“), die eine Voraussetzung für „Kommunikationskanäle“ und eine „[...] systematische Artikulation und Berücksichtigung von Interessen ermöglichen“ (Elwert 1982: 722), was dem in Kapitel 2 genannten „claims-making“ und einem Aspekt der korporativen Integration entspricht. Im Zusammenhang damit betont Jürgen Fijalkowski, dass ein regelmäßiger Austausch zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Migranten notwendig sei, um potenzielle Missverständnisse und die Eskalation von Konflikten zu verhindern oder abzumildern (vgl. Fijalkowski 2004: 205).<sup>99</sup>

Im Zusammenhang mit den Risiken für die Integration von Migranten, die sich durch Migrantenorganisationen und andere Vergemeinschaftungen von Migranten ergeben können, hat sich der Ausdruck „Parallelgesellschaft“<sup>100</sup> zu einem Modebegriff entwickelt, der häufig in Zusammenhang mit ethnischer residentieller Segregation in deutschen Städten aufkommt. Dieser Begriff wird häufig verwendet, ohne dass er näher definiert wird. Einige Ausführungen versuchten hingegen zu präzisieren, welches Phänomen darunter gefasst werden kann und wie dies zu operationalisieren ist. Mehrländer (1998: 5) versteht darunter „Milieus mit eigenen und sich verfestigenden Werte- und Normensystemen, die den Basiskonsens [der Dominanzgesellschaft] in Frage stellen“. Thomas Meyer (2002: 2ff) sieht die Verdopplung der Dominanzgesellschaftlichen Institutionen in verschiedenen Bereichen als ein Kriterium für Parallelgesellschaften, die eine kulturelle Entfremdung und soziale Distanzierung von der Dominanzgesellschaft verstärkt. Eine Begleiterscheinung der doppelten Strukturen ist die Beschränkung der sozialen Kontakte ausschließlich auf die eigene Gruppe (vgl. Gestring 2011: 176).<sup>101</sup> Als ein zusätzliches Charakteristikum wird zudem eine eigene Gerichtsbarkeit genannt (vgl. ebd.). Im Abgleich der genannten Kriterien mit der sozialen Wirklichkeit in Deutschland konstatiert Gestring, dass die Verdopplung der Institutionen im wirtschaftlichen Bereich sowie die Herausbildung einer eigenen Gerichtsbarkeit nicht festzustellen seien (vgl. Gestring 2011: 177).

---

<sup>99</sup> Für Levent Tezcan sind die durch staatliche Akteure befürworteten und geförderten Kontakte zwischen Muslimen und Christen im Rahmen interreligiöser Aktivitäten eine Form der angenommenen Lösung von Integrationsproblemen, die spätestens seit dem 11. September 2001 schwerpunktmäßig in interkulturellen Konflikten verortet werden (vgl. Tezcan 2006, auch Tezcan/Otto 2007).

<sup>100</sup> Nagel macht auf die Gefahr aufmerksam, dass mit dem Begriff „ein gesellschaftspolitisches Szenario in Gestalt akademischer Sprachbilder“ (Nagel 2015 a: 13) fortgeschrieben würde.

<sup>101</sup> Insofern steht demnach eine Parallelgesellschaft konträr zu dem der Arbeit zugrundeliegenden Verständnis von Zivilgesellschaft (vgl. Kap. 1), die sich durch das Verfolgen allgemein anerkannter Werte wie Toleranz, Kompromissbereitschaft, gesellschaftlicher Frieden sowie der Kooperation mit diversen gesellschaftlichen Akteuren auszeichnet.

Die Wahrung und/oder Herausbildung von Normen und Werten, die der liberal verfassten demokratischen Gesellschaft widersprechen, und die Beschränkung der sozialen Kontakte auf die eigene Herkunftsgruppe sind hingegen prinzipiell möglich (vgl. ebd.). Wertewidersprüche werden z. B. an salafistischen Gruppierungen (vgl. Kap. 2.2) deutlich, die jedoch sehr international zusammengesetzt sind und viele Autochthone umfassen.<sup>102</sup> Auch ist es nicht auszuschließen, dass ethnische und religiöse Organisationen mit kommunalen Trägern wie z. B. städtischen Jugendheimen um dieselbe Klientel konkurrieren im Bereich der Freizeitgestaltung und der sozialen Dienste (vgl. Fijalkowski/Gillmeister 1997: 17) und damit die Sozialisation primär in migrantischen Kreisen stattfindet, was wiederum die Herstellung von Kontakten zur restlichen Gesellschaft und den Aufbau von kulturellen Fertigkeiten, die die Teilhabe an der Gesellschaft fördern, erschwert (vgl. Esser 2001: 67).<sup>103</sup> Dies entspricht der in Kapitel 1 skizzierten Befürchtungen, dass Muslime aufgrund der breiten Angebotspalette in den neu errichteten Moscheen keinen Bedarf hätten, deutsche Einrichtungen zu nutzen.

Relativierend<sup>104</sup> ist jedoch anzumerken, dass die Herausbildung von eigenen Strukturen durch Migranten bereits in der Vergangenheit ein Normalfall war und Integrationsprozesse begleitet hat.<sup>105</sup> Zudem konstatieren verschiedene Autoren, dass die moderne Gesellschaft an sich kulturell heterogen sei und dass Personen unabhängig von ihrer Herkunft verschiedenen Milieus angehören und Kontakte zu ähnlichen Personen unterhalten (vgl. Bukow 2007: 36). Ob letztendlich die Strukturen für Migranten die Kontakte zur restlichen Gesellschaft fördern, wie mit den Thesen der Binnenintegration konstatiert, oder behindern und die Haltung gegenüber einer liberal verfassten demokratischen Gesellschaft positiv oder negativ beeinflussen, dürfte stark von der ideologischen Prägung der Migrantenorganisationen abhängen (vgl. Schoppengerd 2008: 50, Kap. 2). Dies dürfte auch auf andere (autochthone) Organisationen und Gruppierungen übertragbar sein, die bei einer starken Kohäsion ihre Mitglieder in ihrer Einstellung zur Gesellschaft prägen können.

Mit Blick auf Deutschland kann festgestellt werden, dass es sowohl innermuslimisch als auch gesamtgesellschaftlich eine breite Vielfalt an Gruppierungen gibt, die von rechtsradikalen und nationalistischen bis hin zu humanistisch orientierten Kollektiven reicht. Die binnenmuslimische Heterogenität wurde bereits in Kapitel 2 angedeutet. Zudem wird die Wirkung der Organisationen auf ihre Mitglieder mit der Offenheit der Gesellschaft und der Bereitschaft, mit den Organisationen zu kooperieren, erklärt (vgl. Fijalkowski/Gillmeister 1997: 297).

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die Mehrfachzugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Kreisen für die Herausbildung von reflektierten Identitäten förderlich ist und überdeckende Konfliktlinien und damit einhergehende konflikthafte Desintegration auf

---

<sup>102</sup> Tendenzen einer Verfestigung von eigenen Werte- und Normensystemen und delinquentem Verhalten unter ethnischen Minderheiten sind u. a. in einigen arabischen Großfamilien in deutschen urbanen Regionen wie Berlin und dem Ruhrgebiet zu finden, zum Teil bedingt durch jahrzehntelange rechtliche und sozio-ökonomische Ausgrenzung (vgl. dazu Ghadban 2018).

<sup>103</sup> Vor dem Hintergrund der fehlenden religiösen Angebote der Gesellschaft für Muslime spricht Leggewie hier von einer „(legitimen!) religiösen Parallelgesellschaft im christlich-säkularen Westen“ (Leggewie 2009: 123).

<sup>104</sup> Für eine kritische Diskussion des Konzepts der „Parallelgesellschaft“ und der damit einhergehenden essentialisierenden Vorstellungen von Migranten siehe Bukow (2007) und Gesing (2011).

Für weitere, für diese Arbeit weniger relevante, für die Migrationssoziologie jedoch prägende Konzepte siehe Hans (2016) und Han (2005).

<sup>105</sup> Rainer Kilb macht an verschiedenen historischen Beispielen deutlich, dass dort, wo es zu einer Zuwanderung von bestimmten ethnischen Gruppen kam, es auch zu einem Ausbau einer spezifischen Infrastruktur gekommen ist (Kilb 2006), so z. B. der Polen im Ruhrgebiet Ende des 19. Jahrhunderts.

gesellschaftlicher Ebene unwahrscheinlicher macht (vgl. Bonacker 2009: 185 f.), weshalb es aus normativer Perspektive wünschenswert ist, dass Allochtone und Autochtone in verschiedenen Institutionen und Gruppierungen gleichberechtigt zusammenkommen.

Die Ausführungen können verständlich machen, warum im Kontext von Moscheebauprojekten, bei denen es zum Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur kommt, die Vorstellungen von Parallelgesellschaften so beharrlich vertreten werden (vgl. Kap. 1). Zudem zeigen die obigen Ausführungen, dass theoretisch der Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur Einfluss auf die Kontakte zwischen Gemeindemitgliedern und der sozialen Umwelt haben kann. Da der Begriff Integration politisch sehr aufgeladen ist und viele normative Aspekte umfasst, werde ich im weiteren Verlauf der Arbeit primär von Vernetzung der Moscheegemeinden sprechen. „Während in der klassischen Migrationstheorie vor allem die Begriffe Assimilation, Integration und Eingliederung Verwendung fanden, wird in neueren Ansätzen mit Termini wie Inkorporation oder netzwerkförmige multiple Einbindung versucht, der widersprüchlichen, plurilokalen und mehrdimensionalen Eingebundenheit von Migranten Rechnung zu tragen“ (Pries 2011: 481). Eine systematische und differenzierte Beschreibung von sozialen Netzwerken wird durch Ansätze der sozialen Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie ermöglicht, die verschiedene Themenfelder umfassen können. Bezüglich der netzwerkbezogenen Zusammenhänge ist für die vorliegende Arbeit vor allem der Zusammenhang zwischen sozialer Vernetzung und sozialer Unterstützung relevant sowie die Veränderung bzw. Dynamik der sozialen Vernetzung.

## **4.2 Von der Integration zur sozialen Vernetzung: Netzwerkanalytisch inspirierte Überlegungen**

Angesichts der unterschiedlichen Phänomene, die mit dem Netzwerkbegriff beschrieben werden, wird kritisiert, dass dieser inflationär und unscharf gebraucht würde (vgl. Holzer 2009; Olbermann 2003). Deshalb ist an dieser Stelle zu klären, wie soziale Netzwerke konzeptionell gefasst und von anderen sozialen Phänomenen abgegrenzt werden können. Ein entsprechendes Begriffsinstrumentarium für die Klassifikation von Beziehungsinhalten und die Charakterisierung von Netzwerken ist im Bereich Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie entstanden. Theoretisch zu verorten sind die Netzwerktheorien in den relationalen Ansätzen (vgl. Jansen 2006: 80). Als ein soziales Netzwerk definiert Dorothea Jansen „ein Geflecht von sozialen Beziehungen, in das der Einzelne, Gruppen, kollektive oder korporative Akteure eingebettet sind“ (Jansen 2006: 207). Netzwerkanalytisch gesprochen geht es „um ein abgrenzbares Set von Elementen oder Knoten, für die eine oder mehrere *soziale Beziehungen* untersucht werden“ (Jansen 2006: 201, Herv. i. Orig.). Netzwerke sind durch eine relative Dauerhaftigkeit gekennzeichnet und Autoren schreiben ihnen häufig in Abgrenzung von anderen idealtypischen sozialen Formationen wie Märkten und Hierarchien eher horizontale Beziehungen zu (vgl. Jansen 2006: 208). Der Netzwerkansatz stellt eine Erweiterung der dyadischen Betrachtung von Beziehungen dar. Netzwerktheorien berücksichtigen, dass Interaktionen zwischen einem Akteur und seinem Interaktionspartner Einfluss auf die Beziehungen des Akteurs zu anderen Akteuren haben können (vgl. Tiberius 2008: 100).



Bei der Betrachtung von Netzwerken wird zwischen Gesamtnetzwerken und Ego-zentrierten Netzwerken unterschieden. Während ein Gesamtnetzwerk alle Akteure als gleichwertige Knoten innerhalb einer bestimmten Einheit wie Stadtteil oder Unternehmen umfasst, steht bei dem Ego-zentrierten Netzwerk ein Akteur im Mittelpunkt, und es werden seine Beziehungen, d. h. Ego-Alter Beziehung, und evtl. auch die Beziehungen zwischen den Alteri betrachtet (vgl. Trappmann et al. 2011: 261). Da es in der vorliegenden Arbeit primär um die Beziehungen der Moscheegemeinden zu ihrer Umwelt geht und sie als Bauherren im Zentrum der Betrachtung stehen, wird die Vernetzung zwischen ihnen und ihrer sozialen Umwelt betrachtet. Gesamtnetzwerke sind von sekundärem Interesse, wenn z. B. nach dem Einfluss von kommunalen Kooperationsstrukturen (vgl. Evers et al. 2004) auf den Verlauf eines Moscheebauprozesses gefragt wird.<sup>106</sup>

In Kapitel 1 wurde bereits dargelegt, dass in der vorliegenden Arbeit die Moscheegemeinde als religiöse Migrantenorganisation einen zentralen Akteur der Fallstudien darstellt. Folglich werden auch in erster Linie die organisationalen Beziehungen und weniger die persönlichen Beziehungen von einzelnen Gläubigen betrachtet. Entscheidend ist bei dieser Vernetzung auf der Meso-Ebene daher, dass die Person als Funktionsträger auftritt und im Namen der Organisation spricht.<sup>107</sup> Jedoch ist bei Vereinen mit ehrenamtlichen Strukturen und dem Geschehen auf kommunaler Ebene, auf der die Akteure sich häufiger aus unterschiedlichen, auch privaten Kontexten kennen und die Beziehungen diffus sind, die Trennung zwischen Organisationsvertretung und Privatperson weniger eindeutig als z. B. auf Verbändeebene (vgl. Krech 1999: 52). Dies liegt auch an der weniger vorgeschrittenen Institutionalisierung und geringerer Loslösung von Rollen innerhalb der Vereine von den Personen (vgl. Andersen 2003: 197).<sup>108</sup> Rollentheoretisch gesprochen, begegnen sich dieselben Menschen auf kommunaler Ebene in verschiedenen Rollen (Arbeitskollege, Nachbar etc.), sowohl in der korporativen als auch der leibhaftigen Welt (s.o.), was diese Ebene von der Landes- und Bundesebene abhebt und Implikationen für die Vernetzung (kommunaler) muslimischer Organisationen haben kann.

Im Zusammenhang mit der Vernetzung von Kollektiven sind Individuen noch aus einem weiteren Grund bedeutsam. Sie gewährleisten als intermediäre Instanz bzw. Brückenpersonen (vgl. Schmitt 2003: 31) zwischen Organisationen einen Fluss von Informationen zwischen diesen. Sie können zu einer oder beiden durch sie miteinander verbundenen Organisationen gehören oder diese gut kennen. Laut Ronald Burt „the broker has substantive importance as a communication link between groups within which information might flow but between which it would not flow without him” (Burt 1980: 91).

---

<sup>106</sup> Natürlich können Gesamtnetzwerke mit Ego-Netzwerken in Zusammenhang stehen: Allgemeine Kooperationsstrukturen in der Stadt oder im Stadtteil gehen mit bestimmten Beziehungen der einzelnen Akteure unter anderen auch der Moscheegemeinden einher bzw. können diese fördern oder abschwächen.

<sup>107</sup> Die Frage, ob es sich um Personen oder Gruppen handelt, ist jedoch nicht immer eindeutig zu beantworten, denn auf der einen Seite sind die öffentlich auftretenden Akteure Repräsentanten von Kollektiven wie Kirchengemeinden oder Parteien und äußern sich dementsprechend. Auf der anderen Seite gibt es auch innerhalb dieser Kollektive unterschiedliche Meinungen, und die Konfliktlinien hinsichtlich der Unterstützung des Moscheebaus können auch intern verlaufen. Es wird versucht, dies bei den Ausführungen entsprechend zu berücksichtigen und anzumerken.

<sup>108</sup> Empirisch könnte dieser Sachverhalt vor allem daran deutlich werden, dass eine Kooperation zwischen den Vereinen zusammenbricht, sobald zentrale Personen einen Verein oder die Vorstandsposition verlassen.

Zwar gehören soziale Beziehungen und Interaktionen zu den Hauptbegriffen der Soziologie und werden entsprechend häufig in der Forschungsliteratur verwendet, doch bleibt die Beschreibung von sozialen Beziehungen hinsichtlich der Beziehungsinhalte und Beziehungsintensität häufig undifferenziert. Hier setzt die Netzwerkforschung an, die ein elaboriertes Instrumentarium entwickelt hat, um die Einbettung von Akteuren präzise zu beschreiben und zu untersuchen. Entsprechende Beziehungskonzepte kommen zur Anwendung, um über den bisherigen Forschungsstand hinausgehend aufzuzeigen, wie sich die soziale Vernetzung durch die Errichtung und Unterhaltung einer repräsentativen Moschee verändert und welche Beziehungen besonders prägend und unterstützend für das Moscheebauprojekt sind.

Für die Erfassung der Vernetzung von Moscheegemeinden werden hier unterschiedliche Beziehungsinhalte vorgestellt. Die Liste der Beziehungsinhalte ist in Auseinandersetzung mit dem in Kapitel 2 und 3 vorgestellten Forschungsstand hinsichtlich der Vernetzung von Moscheegemeinden, der eigenen Einsichten aus der Empirie und netzwerktheoretischen Überlegungen entstanden. Zudem richten sich Teile des theoretischen Rahmens nach den Dimensionen religiöser Netzwerke, die in Zusammenarbeit mit der Nachwuchsforschergruppe „Religion vernetzt“ konzipiert wurden (vgl. Nagel 2015 a: 21ff).<sup>109</sup> Der Perspektive der vorliegenden Arbeit zufolge gelten Organisationen als vernetzt, sobald einer der unten aufgeführten Beziehungsinhalte gegeben ist<sup>110</sup>.

- **Kontakt/Bekanntschaft/Kennbeziehung:** Die Akteure kennen sich gegenseitig, können sich bei Bedarf kontaktieren oder haben vereinzelte aufeinander bezogene Interaktionen (vgl. Schmid et al. 2008: 33). Es ist häufig die Grundlage für weitere Beziehungsinhalte.
- **Persönliche Freundschaften:** Es bestehen Freundschaften zwischen leitenden Gemeindemitgliedern und anderen Einzelpersonen oder Vertretern von Organisationen.
- **Beteiligung an gemeinsamen Aktionen:** Es werden gemeinsam Aktivitäten wie z. B. ein Nachbarschaftsfest oder eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Sie können dabei auf die Kooperationsakteure selbst (z. B. interner interreligiöser Dialog) oder auf die soziale Umwelt gerichtet sein (z. B. gemeinsame Einladung der Nachbarschaft für eine Veranstaltung). Die Zusammenarbeit kann durch einen Kooperationsvertrag o. ä. formalisiert sein.
- **Mehrfachzugehörigkeit, bzw., aus der Perspektive der Organisationen, Mitgliederüberschneidung:** Leitende Gemeindemitglieder sind zugleich in anderen

<sup>109</sup> Studien, die im Rahmen dieser Kooperation entstanden sind, finden sich bei Marla-Küsters (2015), Mykytjuk-Hitz (i.E.); Nagel (2013, 2015), Weiß (2017) und Schubert (2022). Weitere Publikationen, die sich mit der Dimensionierung von Vernetzung beschäftigen, stammen u. a. von Stanley Wasserman/Katherine Faust (1998), Ronald Burt (1980) und Dorothea Jansen (2006).

<sup>110</sup> Oben wurde Vernetzung von einmaliger Kommunikation bzw. Interaktion durch Stetigkeit bzw. Kontinuität abgegrenzt. An dieser Stelle wird anhand der Beziehungsinhalte zunächst diese Unterscheidung außer Acht gelassen und erst bei der Thematisierung des Wandels der Vernetzung wird die Abstufung eingeführt. In den Fallstudien werden auch einmalig beobachtete Interaktionen bzw. Kontakte thematisiert (z. B. Besuch der Moschee), wenn sie im Rahmen des Moscheebauprozesses oder durch das Bestehen der neuen Moschee zustande gekommen sind, da sie eine Veränderung der Beziehung zur sozialen Umwelt darstellen und (wenn auch im geringen Maße) eine Grundlage für weitere Kontakte darstellen können. Grundsätzlich wird bezugnehmend auf die Definition von Peuckert/Scherr (2006) unter Interaktion Folgendes verstanden: „Interaktion bezeichnet [...] die durch Kommunikation vermittelte wechselseitige Beeinflussung der Einstellungen, Erwartungen und Handlungen von Individuen“ (Scherr/Peuckert 2006: 117).

Kollektiven organisiert (z. B. einer Partei). Eine andere Form der Mitgliederüberschneidung kann sich auf die Zielgruppe der Organisationen beziehen. Diese resultiert daraus, dass die Zielgruppe die Angebote von mehreren Organisationen oder Einrichtungen nutzt, z. B. eine Moscheegemeinde und ein städtisches Jugendzentrum.

- Gemeinsames Gremium / übergeordnete Organisationsstrukturen<sup>111</sup>: Leitende Gemeindemitglieder beteiligen sich als Funktionsträger an Gremien zusammen mit Vertretern anderer Organisationen. Eine stärkere, institutionelle Vernetzung ist gegeben, wenn die Moscheegemeinde übergeordneten Organisationen wie z. B. Dachverbänden angehört. Diese Zusammenschlüsse bilden Gelegenheitsstrukturen für Interaktionen und beinhalten verschiedene festgelegte Rechte und Pflichten, die die einzelnen Akteure zueinander verpflichten.
- Ressourcentransfer (Geld, Güter) wie z. B. kommunale Mittel für Integrationskurse oder Jugendangebote.

Wie zu sehen ist, umfassen die Beziehungsinhalte vier Ebenen: kognitiv-emotionale (Bekanntschaften, Freundschaften), handlungsbezogene (gemeinsame Aktionen), ressourcenflusstechnische (Geldtransfer) sowie strukturelle (Mitgliederüberschneidung, gemeinsames Gremium bzw. übergeordneten Organisationsstrukturen). Zudem beinhaltet das vorgestellte Raster wohl einzelne, nicht auf Dauer angelegte, Interaktionen als auch verstetigte Beziehungen. Strenggenommen können nur nachhaltige Strukturen als Beziehung oder Vernetzung gelten. Doch können Interaktionen eine Grundlage bilden für weitere Interaktionen und eine Verstetigung einer Beziehung. Gremien stellen Gelegenheitsstrukturen für (regelmäßige) Interaktionen und Bekantschaften zwischen Akteuren dar (vgl. Evers et al. 2004: 150, Kersting 2008), was ihre Betrachtung für die Erforschung der Vernetzung von Moscheegemeinden interessant macht. Im weiteren Verlauf der Arbeit nutze ich den Begriff „Kontakt“ dazu, um allgemein auf eine Vernetzung durch mindestens einen Beziehungsinhalt bzw. einen Austausch zwischen Moscheegemeinden und einem anderen Akteur zu verweisen. Dieser wird dann präzisiert, sofern es von Bedeutung ist.

Ein für das Forschungsinteresse wichtiger Inhalt von sozialen Beziehungen ist die Unterstützung, die hier separat als eigener Beziehungsinhalt mit vielfältiger Ausprägung thematisiert wird. Soziale Unterstützung ist ein häufig im Zusammenhang mit sozialer Vernetzung untersuchtes Phänomen. Elke Olbermann kritisiert, dass soziale Netzwerke häufig mit Unterstützungsnetzwerken gleichgesetzt würden, womit das Netzwerk auf einen inhaltlichen Aspekt reduziert würde, und verweist darauf, dass nicht alle Beziehungen unterstützend seien (vgl. Olbermann 2003: 14, vgl. auch Diwald/Sattler 2010: 689). Sie fügt hinzu, dass soziale Netzwerke eher die strukturelle Voraussetzung für soziale Unterstützung böten und dass das

---

<sup>111</sup> Sowohl die Aufgaben und Pflichten im gemeinsamen Gremium und gemeinsame Aktivitäten als auch der Ressourcentransfer können vertraglich fixiert werden, womit die Organisationen durch schriftlich nachvollziehbare Kooperationsvereinbarungen miteinander vernetzt sind.

Netzwerkkonzept den theoretischen Bezugsrahmen für die Untersuchung sozialer Unterstützung darstelle (vgl. Olbermann 2003: 14, Diewald/Sattler 2010: 689).

Das der sozialen Unterstützung zugrunde liegende Konzept wird unter dem Begriff „Sozialkapital“ behandelt. Grundsätzlich beschreibt Sozialkapital die Ressourcen bzw. andere Kapitalsorten (s. u.), die aus sozialen Beziehungen bzw. sozialen Netzwerken hervorgehen.<sup>112</sup> Der Kerngedanke dabei ist, dass Akteure oder Gemeinschaften bestimmte Vorteile aus ihren sozialen Beziehungen ziehen können und die Ressourcen, die einem Akteur zur Verfügung stehen wie z.B. Geld, Wissen oder Ansehen auf einen mit ihm vernetzten Akteur übertragen werden können. Sozialkapital ist nicht im Besitz eines Akteurs, sondern resultiert aus den direkten und indirekten Beziehungen, die der Akteur zu anderen Akteuren unterhält (vgl. Jansen 2002: 93). Damit ist Sozialkapital ebenso wie Legitimität (vgl. Suchman 1995: 594, s.u.) ein relationales Konstrukt. Vor allem in der Forschung zur sozialen Mobilität und zum Unternehmenserfolg wird untersucht, inwiefern die soziale Einbettung Aufstiegsmöglichkeiten für Einzelne oder Profite für Unternehmen sichert (vgl. Tiberius 2008).<sup>113</sup> Mit Sozialkapital werden von einer Vielzahl an Autoren insbesondere Gruppensolidarität, Verbreitung von Werten, niedrige Transaktionskosten und Vertrauen<sup>114</sup> zwischen den Individuen einer Gemeinschaft in Verbindung gebracht (vgl. Jansen 2002: 93).<sup>115</sup> Inwiefern Vorteile aus bestimmten Beziehungen entstehen, hängt dabei einerseits von den Eigenschaften und Ressourcen von Netzwerkpartnern ab, andererseits von der Art und Intensität der Beziehung (Haug 2007: 104).

Der dieser Arbeit zugrundeliegende Unterstützungsbegriff ist angelehnt an die Ausführungen von Diewald/Sattler (2010) sowie Olbermann (2003) und wurde an den Untersuchungsgegenstand angepasst. Als Unterstützung werden folglich Handlungen verstanden, die einem anderen Akteur helfen (sollen), einen gewünschten Zustand, Ziele und/oder die Verbesserung der eigenen Situation zu erreichen. Dabei ist es zunächst sekundär, ob es sich um einen Effekt der Handlungen, Intentionen des Unterstützenden oder Empfindung des Unterstützten handelt. Als Unterstützung wird eine Handlung verstanden, wenn sie zudem über die normalen und vorgeschriebenen Verwaltungsabläufe oder vertraglich festgelegten Leistungen hinaus erfolgt

---

<sup>112</sup> Es gibt vielseitige Kritik am Sozialkapital-Ansatz, dahingehend, dass die Definitionen diffus seien, eine handlungstheoretische Fundierung fehle und die Argumentation zirkulär verlaufe (vgl. Haug 2004: 62). Da der Sozialkapital-Ansatz primär dafür verwendet, den Fokus auf den Nutzen von Vernetzung zu lenken und weitere Implikationen nicht konstitutiv für das Forschungsdesign sind, wird darauf verzichtet, diese Defizite weiter zu diskutieren.

<sup>113</sup> In anderen Ansätzen, die ebenfalls mit dem Konzept Sozialkapital arbeiten, stehen hingegen größere Einheiten bzw. ganze Sozialsysteme im Vordergrund und Sozialkapital gilt hierbei als Kollektivgut, das eine gelingende Handlungskoordination auf der Makro-Ebene ermöglicht, z. B. intakte Institutionen für funktionierende Märkte oder eine demokratische Gesellschaft (vgl. Putnam 2001). Da es sich in der vorliegenden Arbeit um Vernetzung handelt, in dem die Moscheegemeinde im Zentrum steht, werden mit dem Konzept des Sozialkapitals in erster Linie die Effekte für den fokalen Akteur diskutiert.

<sup>114</sup> In den Sozialwissenschaften gibt es keine einheitliche Vertrauensdefinition (vgl. Nuißl et al. 2002: 50). Mehrere Aspekte, die bezüglich des Begriffs in der Wissenschaft diskutiert werden, scheinen im Kontext dieser Arbeit bedeutend: Bestehende Beziehungen, die sich durch Freundschaften, Bekanntschaften und häufigere Interaktionen in der Vergangenheit kennzeichnen, konstituieren einen Rahmen von Erwartungen und eine Gewissheit, dass diese Erwartungen an das Gegenüber berechtigt sind und erfüllt werden, auch wenn das Vorgehen des Gegenübers nicht vorhergesehen werden kann (vgl. Holzer 2009: 267, Nuißl et al. 2002: 50). Dabei gibt es für den vertrauenden Akteur nur eine unzureichende Kontrolle über das Geschehen (ebd.) und er ist auf der Grundlage der Erwartungen bereit, eine Vorleistung zu erbringen und ggf. damit Risiken einzugehen (Preisendörfer 1995: 264). Vertrauen wird beiläufig in Interaktionen produziert und unterliegt zudem der Reziprozitätsnorm, welche besagt, dass die Leistung, die ein Akteur für einen anderen erbracht wird, zurückgeleistet wird.

<sup>115</sup> Manche Autoren weisen darauf hin, dass der soziale Zusammenhalt für bestimmte Schlüsselakteure in den jeweiligen Netzwerken Vorteile wie Macht und Einfluss ermöglicht, was für andere Akteure Nachteile bedeuten kann, und dass die Aktivitäten dieser dichten Netzwerke Gewalt und Zwangsstrukturen hervorbringen können und gesellschaftlich unerwünscht sind. Olaf Schnur führt das Beispiel von „mafia-ähnlichen“ Sozialstrukturen“ an (vgl. Schnur 2003: 78) und Hans Kippenberg bringt das Beispiel von islamistischen Organisationen wie der Muslimbruderschaft in Ägypten (Kippenberg 2006: 19).

oder wenn sie als besonders hilfreich von Vertretern der Moscheegemeinde empfunden wird. Es kann sich also um subjektiv empfundene und/oder real wirkende Unterstützungen handeln.

Kennzeichnend für Unterstützung ist, dass sie (zunächst) eine gerichtete Beziehung darstellt, d. h., dass sie von einer Seite erfolgt, wie z. B. ein Geldfluss. Daraus kann sich eine reziproke Unterstützungsbeziehung ergeben. Im weiteren Verlauf der Arbeit werden die Unterstützungsleistungen anhand der empirischen Befunde präzisiert. Außerdem wird ihr Stellenwert in Moscheebauprojekten aufgezeigt.

Es ist eines der Ziele der vorliegenden Arbeit, die Veränderung der sozialen Vernetzung von muslimischen Gemeinden durch das Moscheebauprojekt nachzuzeichnen. Hierfür gibt es in verschiedenen soziologischen und insbesondere netzwerktheoretischen Ansätzen Anhaltspunkte, wie die Dynamik von Vernetzung erfasst werden kann. Soziale Beziehungen und soziale Netzwerke sind demnach nicht nur Mittel zur Bewältigung von Aufgaben, Verfolgung von Interessen sowie der gegenseitigen Beeinflussung und Verinnerlichung gesellschaftlicher Werte und Normen, sondern sie sind auch einem stetigen Wandel unterworfen (vgl. Tiberius 2008, Hollstein 2010: 96).

Konfliktsoziologische Literatur unterstreicht den Einfluss von Konflikten auf Beziehungen und attestiert den konflikthaften Auseinandersetzungen eine integrative Wirkung, unter bestimmten Bedingungen. Ein entscheidender Punkt dabei ist die Annahme, dass durch einen Konflikt eine Kommunikation zwischen den Streitparteien entsteht, die es vorher nicht gegeben hat und die es ohne den Konflikt wahrscheinlich nicht geben würde (vgl. Dubiel 1999: 139 f.). Dass dies zum Teil auf Moscheebaukonflikte zutrifft, wurde anhand einschlägiger Studien in Kapitel 3 gezeigt.

Auch unabhängig von konflikthaften Auseinandersetzungen ist bezugnehmend auf raumsoziologische Erkenntnisse anzunehmen, dass sich die Beziehungen zwischen dem Bauherrn und seiner sozialen Umwelt durch einen im öffentlichen Raum präsenten Sakralbau verändern (vgl. Kap. 1). Für Simmel ist, wie in Kapitel 1 angeführt, die Sichtbarkeit und die damit verbundene Wahrnehmung Grundlage für jegliche (interpersonale) Interaktion:

„Unter den einzelnen Sinnesorganen ist das Auge auf eine völlig einzigartige soziologische Leistung angelegt: auf die Verknüpfung und Wechselwirkung der Individuen, die in dem gegenseitigen Sich-Anblicken liegt. Vielleicht ist dies die unmittelbarste und reinste Wechselbeziehung, die überhaupt besteht“ (Simmel 1907: o S.).

Zusätzlich zur Außenwirkung der Vernehmbarkeit gehen raumsoziologische Ansätze, die physische Kontexte zu sozialem und individuellem Verhalten in Beziehung setzen, davon aus, dass Räume eine Innenwirkung entfalten. In der Einleitung wurde bereits konstatiert, dass Räume prägend für die kollektive Identität sein können (vgl. Schäfers 2006: 3). Zudem sieht Schäfers die „Chance, dass ein spezifisch gebauter Raum der Entfaltung bzw. Behinderung intendierter sozialer Interaktionen – wie Wohnen, Arbeiten, Lernen, Konzert – förderlicher ist als ein anderer“ (Schäfers 2006: 35, Herv. i. Orig.). Räume sind zudem die materielle Grundlage für den Ausbau von Angeboten, was die Attraktivität der Gemeinde steigert und potenziell zu einer

stärkeren Nachfrage von Gläubigen führen kann. Der damit größere (integrationspolitische) Einfluss der Gemeinden kann wiederum das Interesse der Behörden und anderer Akteure wecken, die im integrations- und stadtentwicklungspolitischen Handlungsfeld aktiv sind. Auf dieser Grundlage kann davon ausgegangen werden, dass das Vorhandensein einer repräsentativen Moschee zu mehr Kontakten zwischen der Moscheegemeinde und ihrer Umwelt führt, da sie vernehmbarer ist als die alte, zumeist in Profanbauten untergebrachten Moschee und zugleich genügend Räumlichkeiten für Veranstaltungen, Angebote und Begegnung bietet.

Die anfangs in Kapitel 1 formulierte These, dass sich die Beziehungen der Moscheegemeinde zur sozialen Umwelt durch ihr Moscheebauprojekt ändern, kann hier differenziert werden: Theoretisch sind aus einer schematisch-netzwerkbezogenen Sicht, aufbauend auf den oben vorgestellten unterschiedlichen Ausprägungen von Beziehungen, folgende Wandlungsformen sozialer Vernetzung möglich (vgl. dazu auch Trier 2010):

- Wegfall oder Hinzukommen von Akteuren im Beziehungsgefüge bzw. der sozialen Vernetzung der Gemeinde.
- Ausweitung oder Einschränkung der Beziehungsinhalte zwischen den Akteuren (bei multiplexen Beziehungen).
- Einzelne Beziehungsinhalte werden intensiviert oder abgeschwächt, indem z. B. eine höhere oder niedrigere Frequenz von gegenseitigen Besuchen stattfindet. Zudem können die Kontakte zu einem Akteur auf weitere Mitglieder des Kollektivs oder der Organisation ausgeweitet werden.
- Die Einstellung von leitenden Personen in den Organisationen zueinander (Sympathie, Vertrauen etc.) und die Kenntnis voneinander kann sich ändern.
- Informelle Kontakte werden durch Verträge formalisiert oder durch Kündigung von Verträgen entformalisiert.

In dem vorliegenden Abschnitt habe ich in erster Linie mögliche strukturelle Verbindungen, Handlungen zwischen der Moscheegemeinde und ihrer sozialen Umwelt sowie Gelegenheitsstrukturen objektiver Art wie z. B. die Mitgliedschaft in derselben Körperschaft oder im gleichen Gremium vorgestellt. Im nächsten Abschnitt gehe ich primär auf die Semantiken ein, die die Beziehungen zwischen Akteuren prägen und durch Narrative in Moscheebaudiskursen zum Ausdruck kommen.

### **4.3 Die Bedeutung von Legitimität für (Migranten-) Organisationen. Diskursive Bezugnahmen und Legitimitätsdimensionen**

Bei dem Forschungsgegenstand dieser Arbeit handelt es sich primär um Organisationen, deren Anliegen in der Gesellschaft zahlreicher Aushandlungen bedürfen. Im Zentrum des vorliegenden Abschnitts steht die Prämisse, dass sich diese Aushandlungen, die durch eine Vielzahl an Erwartungen, Interessen und Deutungen charakterisiert sind, welche sich zum Teil widersprechen, am besten über das Konzept der Legitimität und Legitimierung fassen lassen. Hält man sich die anfangs vorgestellten Gegenstandsbereiche Architektur und sozio-religiöse

Infrastruktur vor Augen, können Moscheebauprojekte im Kern betrachtet werden als eine Aushandlung der Legitimität vom Betreten des öffentlichen Raums und vom Ausbau der sozialen und religiösen Angebote. Diese Perspektive ergänzt den Blick auf die primär strukturellen Verbindungen und Interaktionen, die im vorherigen Kapitel vorgestellt wurden.<sup>116</sup> Damit werden Deutungen und Konstruktionen von Moscheebauprojekten in der Stadtgesellschaft zugänglich gemacht und die Verbindung des lokalen Geschehens mit übergeordneten Entwicklungen und Diskursen wie dem Islam- und Integrationsdiskurs hergestellt. In diesem Abschnitt werden daher Legitimitätsdimensionen, pragmatische-, moralische-, kognitive- und Einflusslegitimität, eingeführt, welche die inhaltliche Bewertung von Moscheebauprojekten mit den damit verbundenen Erwartungen kennzeichnen und die symbolische Aufladung einer repräsentativen Moschee und eines Moscheebauprojekts adäquat erfassen. Es werden zudem die drei Formen des Legitimierungshandelns (Konformität, Intervention und Entkopplung bzw. lose Kopplung) und die Akteursgruppen bzw. die relevanten Anspruchsgruppen vorgestellt. Dieser Abschnitt endet mit einer Operationalisierung der Legitimität.

### **Legitimität als Erfordernis für das Bestehen und Handeln von Organisationen**

Das Ziel des Abschnitts ist es, das Konzept der Legitimität näher zu erläutern und die verschiedenen Dimensionen darzulegen, die Legitimität umfasst, um eine detailliertere Analyse der Aushandlungen und Bezugnahmen im Legitimierungsdiskurs zu ermöglichen. Für diese theoretische Blickrichtung bieten sich insbesondere neo-institutionalistische Überlegungen zur Legitimität<sup>117</sup> von Organisationen an. Hiernach werden Organisationen als sozial und politisch eingebettete Akteure verstanden (vgl. Powell 2007: 1). Laut Pries ist diese Perspektive vor allem für die Erforschung von Migrantenorganisationen geeignet, da sie sich „in aller Regel in einem sehr komplexen Umfeld bewegen, in dem sie sich gegenüber vielfältigen Anspruchs- bzw. Erwartungsgruppen legitimieren müssen“ (Pries 2010: 39).<sup>118</sup> Kapitel 3 hat gezeigt, dass Moscheebauprojekte die Kommunikation zwischen Moscheegemeinde und ihrem Umfeld verdichten und die gegenseitige Konfrontation von Erwartungen verstärken. Diese Aushandlungen werden im Rahmen dieser Arbeit als *Legitimierungsdiskurse* verstanden, die öffentlich, halböffentlich, also innerhalb von Kollektiven wie z. B. Kirchengemeinden, und bilateral ohne öffentliche Aufmerksamkeit geführt werden, wobei der Fokus auf der öffentlichen Dimension liegt.<sup>119</sup>

<sup>116</sup> Jansen kritisiert an der Netzwerkforschung die dominierende strukturalistische Perspektive. Sie betont die Notwendigkeit einer Betrachtung des Verhältnisses zwischen „konkreten Netzwerken und Interaktionen und subjektiven Bedeutungszuschreibungen, Normen und Institutionen, Kulturen und Symbolwelten“ (Jansen 1999: 258f).

<sup>117</sup> Auf das Konzept der Legitimität sind in der Soziologie u. a. schon Max Weber (1972), Talcott Parsons (1960) sowie Niklas Luhmann (1969) eingegangen. Neo-institutionalistische Ansätze haben hingegen den Begriff der organisationalen Legitimität geprägt (vgl. Meyer/Rowan 1977, DiMaggio/Powell 1983). In den 1970er Jahren bezogen sich die Analysen der neo-institutionalistischen Ansätze auf wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Themen. In den Folgejahren erfolgte der Transfer der Konzepte auf andere gesellschaftliche Bereiche (vgl. Koch/Schemman 2009: 7f). Kerstin Rosenow-Williams wendete neo-institutionalistische Konzepte in Verbindung mit Einsichten der Verbandsforschung auf die Politik der muslimischen Dachverbände in Deutschland an (vgl. Rosenow-Williams 2012).

<sup>118</sup> Die wechselseitige Orientierung von Akteuren und die Herausbildung von sozialen Werten und Normen sowie die Orientierung der Gesellschaftsmitglieder an diesen kollektiven Vorstellungen gehört zu den soziologischen Grundlagen. Das Spezifische an neo-institutionalistischen Ansätzen ist, dass sie die Orientierung an den kollektiven Vorstellungen und den damit verbundenen Erwartungen in Beziehung setzen zum Bestehen und Funktionieren von Organisationen (vgl. Jörges-Süß/Süß 2004: 1).

<sup>119</sup> Nach Suchman werden Legitimitätsbewertungen besonders dann relevant und handlungswirksam, wenn sie öffentlich verkündet und vernommen werden können (vgl. Suchman 1995: 574, 585), da dies tendenziell Einfluss auf die Legitimitätsbewertungen von anderen, auch entscheidungsbefugten, Akteuren hat und eine Grundstimmung bezüglich der geplanten Maßnahmen von Organisationen erzeugt. Dies überschneidet sich mit den Ausführungen von Halm und Schiffauer (vgl. Kap. 2) über die strategische Lancierung von Narrativen zum Zwecke der Erlangung und Erhaltung der Deutungshoheit über bestimmte Sachverhalte.

Im Legitimierungsdiskurs wird ausgehandelt, in Anknüpfung an das Konzept vom „Islam als Diskursfeld“, was die geplante Moschee ist (Deutungsebene), sowie was und wie sie sein soll (Erwartungsebene). Es geht also zum einen um eine Auseinandersetzung um die Deutungshoheit und zum anderen um die Durchsetzung der eigenen Erwartungen. Kollektiv rezipierte und reproduzierte Erzählungen, die die Legitimierungsdiskurse prägen und die Bezugnahmen auf das Moscheebauprojekt und die Moscheegemeinde enthalten werden im Rahmen der Studie als Narrative bezeichnet. Sie können als Ausdruck von kollektiven Legitimitätsvorstellungen betrachtet werden; zudem können sie die Wahrnehmung und Meinungen im Rahmen eines Legitimierungsdiskurses beeinflussen.<sup>120</sup>

Die Schaffung und Erhaltung von Legitimität sind für das Fortbestehen und Funktionieren von Organisationen unverzichtbar (vgl. Suchman 1995, Meyer/Rowan 1977): „In part it depends on the ability of given organizations to conform to, and become legitimated by, environmental institutions“ (Meyer/Rowan 1977: 352). Der Begriff Legitimität hat eine Reihe von analytischen Vorzügen gegenüber dem Begriff der Anerkennung, mit dem eine Reihe von Studien (vgl. Schmitt 2003, Leggewie et al. 2002) arbeiten: Die Verwendung des Begriffs „Legitimität“ zeigt m. E. deutlicher auf, dass Muslime in Vorleistung treten müssen, wie es Studien zum Teil angedeutet haben (vgl. Kap. 3), um ihre Vorhaben und auch ihre Religion infrastrukturell zu verankern. Somit unterstreicht das Konzept die Ansprüche und Erwartungen, die an eine muslimische Gemeinde gestellt werden.

Im Zusammenhang mit der Anpassung von Organisationen an externe Erwartungen haben John Meyer und Brian Rowan den Begriff der „Rationalitätsmythen“ geprägt. Demnach nehmen Organisationen die idealisierten kollektiven Vorstellungen der sozialen Umwelt in ihre Struktur auf, selbst wenn dies nicht erforderlich für das Hauptbetätigungsfeld der Organisation ist, bzw. es keine technischen Erfordernisse der Produktherstellung oder der Bereitstellung von Dienstleistungen sind. Bezogen auf religiöse Gemeinden könnte man sagen, dass die Erfordernisse für die Haupttätigkeit der Religionsausübung und Gemeinschaftsstiftung als Pendant zu den technischen Erfordernissen von Unternehmen betrachtet werden können. Um Legitimität zu erhalten, bemüht sich die Organisation um eine zeremonielle Darstellung dieser extern erwünschten Struktur (vgl. Meyer/Rowan 1977: 340; Sandhu 2012: 113).

Die bisherigen Ausarbeitungen der neo-institutionalistischen Ansätze erlauben eine differenzierte Sicht auf den Gegenstand der Erwartungen und Aushandlungen. Sie machen deutlich, dass sich diese auf die Moschee oder Handlungen der Moscheegemeinde, ihr Personal oder ihre Mitglieder beziehen können und damit unterschiedliche Teilbereiche des Moscheebauprojekts akzentuiert werden können, was weiter unten aufgezeigt wird. Zudem legt das Legitimitätskonzept nahe, dass für die Etablierung des Islam in Deutschland zusätzlich zur Befolgung von Gesetzen (Legalität bzw. regulative Legitimität) die Einhaltung bestimmter Grundsätze und Erwartungen auf der lokalen Ebene durch Moscheegemeinden erforderlich ist.

---

<sup>120</sup> Weitere Ausführungen zum Legitimierungsdiskurs finden sich in Kapitel 5.



Gegenüber dem Begriff des Konflikts, mit dem in der bisherigen Forschungsliteratur häufig gearbeitet wurde, erscheint die Betrachtung der Aushandlung von Legitimität hinsichtlich der Umstrittenheit neutraler geartet. Ob es zu konflikthafter Auseinandersetzungen kommt bzw. sich Widerstand formiert, wird hierbei a priori nicht festgelegt. Das Konzept beinhaltet die grundsätzliche Möglichkeit sowohl von Widerstand als auch von Unterstützung, was sich gut mit der potenzialorientierten Perspektive der vorliegenden Arbeit vereinbaren lässt.

Dem oben von Jansen geäußerten Anspruch, die Normen, Interessen und subjektiven Bedeutungszuschreibungen zu betrachten, wird durch die vorliegende Definition von Legitimität Folge geleistet. Laut Suchman ist Legitimität „eine verallgemeinerte Wahrnehmung oder Annahme, dass die Handlungen einer Einheit innerhalb eines sozial konstruierten Systems von Normen, Werten, Glaubensüberzeugungen wünschenswert, korrekt und angemessen sind“ (Suchman 1995: 574).<sup>121</sup> Sie bildet sich nach Auffassung von Suchman in einem Aushandlungsprozess zwischen den Stakeholdern und der Organisation, unabhängig von einzelnen Beobachtern heraus.<sup>122</sup> Bedeutend für die Legitimität einer Organisation und ihrer Handlungen ist die Frage, ob sie den Ansichten und Erwartungen der sie bewertenden Anspruchsgruppen entsprechen (vgl. ebd. 574).<sup>123</sup>

Dieses Geflecht an Argumenten und Befindlichkeiten sowie die damit einhergehende Befürwortung oder Ablehnung des Vorhabens können in Anlehnung an Suchman als ein Schnittfeld von der muslimischen Gemeinde und ihrer sozialen Umwelt auf diskursiver Ebene gedeutet werden. Demnach verfügt eine Organisation nicht über Legitimität bzw. besitzt diese nicht, sondern es wird ihr vielmehr Legitimität durch andere verliehen bzw. zugesprochen (vgl. ebd.: 594). Nach Suchman „legitimacy represents a relationship with an audience, rather than being a possession“ (ebd.). Dieses Konzept erlaubt durch die Betrachtung der vielfältigen Bezugnahmen, die die Stakeholder und die Moscheegemeinden in ein Verhältnis setzen, den Moscheebauprozess als soziales Phänomen besser zu verstehen.

Suchman systematisiert das Konzept aus seiner Gesamtschau der Literatur, indem er diverse Aspekte der Legitimität herausarbeitet und Strategien zu ihrer Erlangung vorstellt. Zur besseren empirischen Handhabbarkeit beziehe ich mich dabei auf die für mein Forschungsinteresse relevanten Aspekte. Zunächst weist Suchman darauf hin, dass jede Innovation, darunter auch organisationaler Wandel, aufgrund ihrer Unbekanntheit Akzeptanzprobleme hat: „liability of newness“ (ebd.: 586). Legitimität wird als ein sozial konstruierter bzw. – wenn man die dynamische Dimension berücksichtigt – sich konstruierender Zustand aufgefasst. Der Autor führt die strategischen Aspekte von Legitimierung an, in denen Legitimität als eine Ressource unter vielen betrachtet wird, um die sich die Organisationen bemühen. Dabei betont er die „dilemmas that focal organizations may face in managing their symbolic relationships with demanding constituents“ (ebd.: 577). Zugleich betrachtet er die Einflüsse der sozialen Umwelt als konstitutiv für die Organisation und prägend für das Organisationspersonal, so dass die

---

<sup>121</sup> Im Original heißt es: „Legitimacy is a generalized perception or assumption that the actions of an entity are desirable, proper, or appropriate within some socially constructed system of norms, values, beliefs, and definitions“ (Suchman 1995: 574).

<sup>122</sup> Bei der Beschreibung einzelner Perspektiven von Akteuren, wird von Legitimitätsbewertung gesprochen.

<sup>123</sup> Dabei kann es „spill-over-Effekte“ geben, die eine Übertragung der Legitimität von einer Einheit auf eine andere bezeichnen (vgl. Schneider 2012: 190), z. B. vom Personal einer Organisation auf die gesamte Organisation.

Vorstellungen der Umwelt die Arbeit und Struktur der Organisation durchdringen. (vgl. ebd.: 575). Damit nimmt Suchman eine Zwischenperspektive zwischen den „strategic approaches“ und den „institutional approaches“ ein.

Um den Kreis derjenigen Akteure zu definieren bzw. zu präzisieren, die das Organisationshandeln bewerten und potenziell Einfluss auf die Organisation ausüben können, ist in der neo-institutionalistischen Literatur das Konzept des organisationalen Feldes entwickelt worden. Hoffman definiert das organisationale Feld als „[a]field [which] is formed around the issues that become important to the interests and objectives of a specific collective of organizations“ (1999: 352). Dieses dynamische Verständnis vom organisationalen Feld (vgl. Walgenbach/Meyer 2008: 47) erlaubt es, den Ausgangspunkt der Analyse auf die vom Moscheebauprojekt ausgehenden sozialen Interaktionen und nicht etwa auf die Moscheegemeinde oder andere Akteure zu legen. Als organisationales Feld versteht die vorliegende Arbeit die Gesamtheit der am Moscheebauprojekt durch Handlungen und diskursiven Bezugnahmen beteiligten Akteure. Akteure im organisationalen Feld sind zugleich Einheiten, die der Organisation Ressourcen zur Verfügung stellen oder dies aber auch verweigern können. Dabei kann, je nach Sachverhalt, eine bestimmte Organisation<sup>124</sup> im Zentrum der Aufmerksamkeit der anderen Organisationen stehen, wodurch das organisationale Feld eine soziale Umwelt des fokalen Akteurs konstituiert. Die zum Feld gehörenden Organisationen können in direktem Kontakt stehen oder sind durch Interessenlage und gegenseitige Wahrnehmung und Bewertung miteinander verbunden (vgl. DiMaggio/Powell 1991: 64), was der angesprochenen Unterscheidung zwischen Beziehung und Bezugnahme entspricht. Diese Überlegungen zum organisationalen Feld werden übernommen und an den Untersuchungsgegenstand angepasst. Da auch Einzelpersonen eine wichtige Rolle im Rahmen von Moscheebauprojekten spielen können, soll das Konzept allgemeiner gefasst werden und auch diese, wenn auch sekundär, mitberücksichtigen.<sup>125</sup> Aus diesem Grund werde ich im Folgenden allgemeiner von der sozialen Umwelt der Moscheegemeinde, die eine Moschee plant oder baut, sprechen. Die Eingrenzung auf bestimmte Akteure und ihre

---

<sup>124</sup> Als Institution wird in der vorliegenden Arbeit „eine normativ geregelte, mit gesellschaftlichem Geltungsanspruch dauerhaft strukturierte und über Sinnbezüge legitimierte Wirklichkeit sozialen Handelns“ (Häussling/Lipp 2006: 112) verstanden. Neo-institutionalistische Ansätze unterstreichen v. a. den Aspekt der „verfestigte[n] soziale[n] Erwartungsstrukturen“ (Walgenbach/Meyer 2008: 55) in Bezug auf Institutionen. Korrespondierend mit den unterschiedlichen Dimensionen von Legitimität, enthalten Institutionen laut Richard Scott kulturell-kognitive, normative und regulative Elemente (Scott 2001: 48). Sascha Koch und Michael Schemmann schreiben einer Institutionen folgende Eigenschaften zu:

„Externalität (sie existieren außerhalb der sozialen Akteure), Objektivität (sie sind für mehrere soziale Akteure vorhanden), Permanenz (sie überdauern die Beteiligung einzelner Akteure), Sinnhaftigkeit (sie repräsentieren eine inhaltliche Bedeutung für Akteure) sowie eine Regelmäßigkeit (sie nehmen bestimmenden Einfluss auf Akteure).“ (Koch/Schemmann 2009: 7).

Im Gegensatz dazu ist eine Organisation, wie sie in Kapitel 2 definiert wurde, eine greifbare soziale Einheit mit einem benennbaren Personal, bestimmten Zielen, einer mehr oder weniger formalisierten Struktur, Mitgliedschaftsregeln (vgl. Preis 20010: 16) und einem materiellen Unterbau (vgl. Kap. 2.3.2.1). Während Institutionen also in erster Linie kollektiv geteilte, handlungswirksame geistige Inhalte sind, stellen Organisationen soziale Formationen dar, die den neo-institutionalistischen Ansätzen zufolge, ihr Handeln häufig an Institutionen ausrichten. Entsprechend grenzt Richard Pieper Institutionen als Normenkomplexe ab von den „konkreten, Strukturen, Personen und Objekten [...], in denen sie realisiert werden“ (Pieper 200: 296).

<sup>125</sup> Analog zu den Ausführungen zur Berücksichtigung von Individuen bei der sozialen Vernetzung (s.o.) ist auch hier die Frage nach der Thematisierung von Individuen zu stellen, zumal es sich bei dem gewählten theoretischen Zugang um Ansätze aus der Organisationssoziologie handelt. Vor dem Hintergrund der zum Tragen kommenden individuellen Ängste und Interessen, die mit dem Moscheebauprojekt zusammenhängen, die insbesondere von individuellen Personen ausgedrückt werden, sollen diese individuellen Bezugnahmen im Legitimierungsdiskurs berücksichtigt werden. Auch wenn dies zunächst losgelöst von kollektiven und verstetigten Regeln, Normen oder Handlungsmustern zu passieren scheint, sollen auch individuelle Bezugnahmen in einem breiten gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Denn ebenso wie für kollektive Akteure können wesentliche neo-institutionalistischen Annahmen auch für individuelle Akteure gelten, wie dies z. B. in der Rollentheorie deutlich wird (vgl. Schäfers 2002: 33f.). So können ihre Bezugnahmen gedeutet werden als mit „kulturellen Vorstellungen ‚aufgeladen‘, die durch habituelles Verhalten oder spezifische Handlungsskripte [...]“ (Sandhu 2012: 88), also von Institutionen im weiteren Sinne, geprägt sind.

Beziehungen zueinander erfolgt durch ihre Beteiligung bzw. Bezugnahme auf das Ereignis Moscheebauprojekt.

Der Fokus dieser Arbeit liegt auf der Stadtgesellschaft. Darunter fallen Akteure, die in der Stadt, in der das Moscheebauprojekt stattfindet, verortet sind. Bisherige Studien zeigen, dass die meisten Akteure bzw. Akteursgruppen, die im Rahmen des Moscheebauprojekts aktiv werden, ihren Wohn- und Wirkungsort in den entsprechenden Städten haben (vgl. Schmitt 2003; Hohage 2013). Die Akteure in Moscheebauprozessen können als Anspruchs- und Erwartungsgruppen bzw. Stakeholder (s. o.) bezeichnet werden. Nach gängigem Verständnis ist ein Stakeholder „any group or individual who can affect or is affected by the achievement of the organization’s objectives“ (Freeman 1984: 46). Stakeholder wurden in der Vergangenheit bereits mehrfach auf der Grundlage von Fallstudien herausgearbeitet. In der folgenden Tabelle befinden sich die von Schmitt (2003: 97) identifizierten Akteure:

Abbildung 9: Akteure und Akteursgruppen in Moschee-Konflikten

<b>Potentielle Akteure und Akteursgruppen</b>  in Moschee-Konflikten	Moscheeverein
	Ausländerbeirat
	Stadtverwaltung
	• Bürgermeister/in
	• Stadtplanungsamt, Baubehörden
	• Ausländerbeauftragte/r
	Ratsfraktionen, Politische Parteien
	Kirchengemeinden (Pfarrer/innen, Gemeindemitglieder)
	Anwohner- und Bürgerinitiativen
	Lokale Medien
	Sonstige, insbes. überkommunale Akteure
	• Islamische Dachverbände
	• Gerichte
	• Verbände
	• Übergeordnete Behörden
	• Überregionale Medien
	• Wissenschaft, ForscherInnen
	• ...

Quelle: Thomas Schmitt (2003: 97)

Zu den Stakeholdern werden auch Akteure gezählt, die nicht unmittelbar vom Moscheebauprojekt betroffen sind, sich jedoch aus unterschiedlichen Gründen in den Legitimierungsprozess einschalten, wie z. B. antimuslimische Parteien, die versuchen, das Projekt für sich politisch zu nutzen und ihre Anhängerschaft auszubauen (vgl. Kap. 3).

Da mit dem Zeitverlauf immer wieder neue Stakeholder hinzukommen können, werden häufig die Ausdrücke „Stadtgesellschaft“ oder „soziale Umwelt“ gebraucht, um die potenzielle Aktivierung der darin enthaltenen Akteure und den sozialräumlichen Fokus zu berücksichtigen. Dadurch, dass das Ereignis Moscheebau das Feld der Akteure sowie Beziehungen und Bezugnahmen konstituiert, gibt es keine räumlichen Beschränkungen für die relevanten Akteure, und es kann sein, dass Akteure außerhalb der Stadt und sogar aus dem Ausland mit den Moscheegemeinden in Kontakt stehen und auf das Moscheebauprojekt Bezug nehmen.

Migrationsstudien mit einem Fokus auf transnationale Verbindungen unterstreichen die Rolle der Akteure aus den Herkunftsländern, die ebenfalls Erwartungen an die Organisationen in Deutschland stellen und Einfluss auf sie ausüben können (vgl. Rosenow 2012; Pries 2010a). Diese sollen im Rahmen der Fallstudien berücksichtigt werden, bilden jedoch nicht den Fokus der Studie.

### **Dimensionen von Legitimität und Legitimierungshandeln**

Die Verbindung zwischen den Akteuren, ein für die vorliegende Studie entscheidendes Moment, ist ein konstitutives Charakteristikum des organisationalen Feldes (vgl. Powell/DiMaggio 1983: 148). Doch komplementär zu den obigen netzwerktheoretischen Ausführungen, in denen vorwiegend strukturelle Momente von Netzwerken beschrieben wurden, soll hierbei die gegenseitige Aufeinanderbezogenheit ins Zentrum gerückt werden.<sup>126</sup> Die Bezugnahmen, in denen die Aufeinanderbezogenheit zum Ausdruck kommt, können durch verschiedene Schwerpunkte geprägt sein. Mit Blick auf die Zuschreibung von Legitimität unterscheidet Suchman hierbei zwischen einer pragmatischen („pragmatic legitimacy“, ebd.: 578), einer moralischen („moral legitimacy“, ebd. 579) und einer kognitiven Legitimität („cognitive legitimacy“, ebd. 582).<sup>127</sup> Bei der *pragmatischen Legitimität* geht es in erster Linie um einen mittelbaren oder unmittelbaren Nutzen für die bewertenden Akteure aus der Umwelt der Organisation, der sich für sie aus dem Organisationshandeln ergibt. Dies überschneidet sich zum Teil mit der städtebaulichen Konfliktdimension von Schmitt (2003), die in Kapitel 3 erwähnt wurde, sowie dem Verteilungskonflikt, eine Kategorie, die in der Konfliktsoziologie einen wichtigen Stellenwert einnimmt und die Konkurrenz um faktisch oder gefühlt knappe Güter thematisiert. Laut Hellmann (2006: 82) und Suchman (1995: 578) ist die Bewertung des Organisationshandelns u. a. durch Zweckrationalität und Tauschlogik geprägt.

Bei der *moralischen Legitimität* geht es um die Frage, ob die Organisation bestimmte moralische, übergeordnete Anforderungen, z. B. dem Allgemeinwohl zu dienen, erfüllt und dadurch mit den normativen Orientierungen der Akteure korrespondiert (vgl. ebd.: 579). Hierunter fallen normative Bezugssysteme wie Religionen und Ideologien und die daraus abgeleiteten Normen und Werte.<sup>128</sup> Dies äußert sich z. B. in Appellen an Toleranz und Bezugnahmen auf das Grundgesetz und die darin verankerte Religionsfreiheit (vgl. Kap. 1).<sup>129</sup>

Als eine wichtige Form der Legitimität hat sich im Rahmen der Feldforschung die *Einflusslegitimität* herausgestellt, die die Gestaltung des Planungs- und Entstehungsprozesses

---

<sup>126</sup> Neo-institutionalistische Ansätze berücksichtigen sowohl strukturelle Verbindungen als auch semantische Bezüge. Beispiele für strukturelle Verbindungen unter den Organisationen nennen DiMaggio/Powell: „formal cotractual relationships, participation of personnel in common enterprises [...] or informal organizational-level ties like personnel flows“ (1983: 148).

<sup>127</sup> Nach dem Verständnis des Neo-Institutionalismus entstammen diese inhaltlichen Schwerpunkte einer sogenannten institutionellen Umwelt („institutional environment“ vgl. Rosenow-Williams 2012: 47), die einen übergeordneten normativen Orientierungsrahmen darstellt.

<sup>128</sup> Normen können als sanktionierbare (handlungsbezogene) „Spezifikationen allgemeiner soziokultureller Wertvorstellungen“ (Peuckert 2006: 213) aufgefasst werden, was gleichzeitig die Unterscheidung zu Werten markiert. Bei einer Norm handelt es sich um einen „Bezugspunkt konformen Verhaltens“ (Übereinstimmung mit der Norm) einerseits und *abweichenden Verhaltens* (Abweichung von der Norm) andererseits“ (Peuckert 2006: 213, Herv. i. Orig.).

<sup>129</sup> Übereinstimmend mit den Befunden der bisherigen Studien zu Moscheebaukonflikten, die besagen, dass die angegebenen Gründe für Protest von den wirklichen Gründen abweichen („überdeckter Konflikt“, vgl. Kap. 3), konstatiert Suchman, dass Akteure bei der Darstellung ihrer Anliegen häufig dazu neigen, diese mit übergeordneten gesellschaftlichen Zielen rhetorisch zu verknüpfen und den Sachverhalt somit von einer pragmatischen Legitimitätsdimension auf eine moralische Legitimitätsdimension zu heben oder zu verlagern (vgl. Suchman 1995: 579).

betrifft und durch Einbeziehung der Stakeholder in den Entscheidungsprozess gefördert wird.<sup>130</sup> Bei Suchman wird sie als Unterform der pragmatischen Legitimität betrachtet und wird von ihm folgendermaßen beschrieben. Dabei erläutert er zugleich, wie diese Dimension der Legitimität erreicht werden kann:

„In this case, constituents support the organization not necessarily because they believe that it provides specific favorable exchanges, but rather because they see it as being responsive to their larger interests. Most often, influence legitimacy arises when the organization incorporates constituents into its policy-making structures or adopts constituents' standards of performance as its own“ (Suchman 1995: 578).

Auch wenn es sich bei Moscheebauprojekten nicht um eine genuin öffentliche Angelegenheit handelt wie z. B. Straßenbau oder steuerfinanzierte Bauprojekte, zeigt sich, dass das Bedürfnis von Teilen der Stadtgesellschaft, auf das Projekt einzuwirken, groß ist. Die Ausführungen in Kapitel 3 zeigen anhand der Propaganda islamfeindlicher Akteure, dass immer wieder die Forderung aufgestellt wird, die Entscheidung darüber, ob Moscheen gebaut werden oder nicht, den Bürgern zu überlassen.

Als eine eigenständige Dimension der Legitimität identifiziert Suchman die *kognitive Legitimität*. Bei ihr handelt es sich mehr um die Art der Wahrnehmung als um den Abgleich des Organisationshandelns mit bestimmten Werten oder den eigenen Interessen und einer entsprechenden Bewertung (vgl. Suchman 1995: 582).<sup>131</sup> Sie betrifft laut Suchman die Verständlichkeit („comprehensibility“, ebd.) und Nachvollziehbarkeit des Organisationshandelns, die sich aus Verfügbarkeit von Informationen, der Verwendung geteilter Interpretationsrahmen und der Entsprechung mit kulturellen Standards ergibt. Eine relativ einfach zu erreichende Form der kognitiven Legitimität ist die *informationsbezogene Legitimität*, die mit einer Zuführung von Informationen und Erklärungen erreicht werden kann. Der Aspekt kann in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand als Transparenz aufgefasst werden (vgl. Kap. 3). Die *normenbezogene Legitimität* leitet sich ab aus der Anknüpfung des Vorhabens einer Organisation an allgemein bekannte und anerkannte Standards.<sup>132</sup> Bei der Legitimierung eines Vorhabens kann auf bestimmte kulturelle Muster Bezug genommen werden, die die Organisation und / oder ihr Handeln plausibel erscheinen lassen. Suchman verweist darauf, dass die normenbezogene Legitimität zugleich die am schwierigsten beeinflussbare Legitimität ist, weil sie auf einem vorhandenen gesellschaftlichen Bedeutungsrahmen basiert, der sich nur allmählich wandelt. Im

---

<sup>130</sup> In politikwissenschaftlichen Ansätzen wird Einflusslegitimität bzw. Inputlegitimität, neben der verbesserten Problemorientierung in der Politik, als ein Resultat von politischer Partizipation gesehen (vgl. Kersting 2008: 14).

<sup>131</sup> Scott unterscheidet die kognitive Dimension von der normativen Dimension folgendermaßen: „Briefly, although a normative view stresses social obligation as the basis for compliance, the cognitive view emphasizes the importance of how situations are framed and social identities defined“ (Scott 2001: 15).

<sup>132</sup> Während das Normverständnis im Fall der moralischen Legitimität v. a. wertebasierte Verhaltenserwartungen umfasst (vgl. Grimm 2003: 582), beziehen sich Normen bei der kognitiven Legitimität auf historisch gewachsene, zumeist objektiv gegebene Standards und Gewohnheiten, wie z. B. die Kirchen als die gängigsten Orte der Religionsausübung in Deutschland oder die Tatsache, dass in Deutschland mehr Christen als Muslime leben. Handelt es sich um ein Verstehen des Organisationshandelns, weil sie einem qua internalisierter kultureller Standards bekannt und vertraut vorkommen, wird im Folgenden von (normenbasierter) kognitiver Legitimität gesprochen. Handelt es sich jedoch um eine Ablehnung des Moscheebaus, auf der Grundlage der Befürchtung eines Wandels vorhandener Normen, wie z. B. der Mehrheits- oder Dominanzverhältnisse in einem Stadtteil, wird dies der moralischen Legitimität zugeordnet, da es hierbei um eine Bewertung auf der Grundlage eines evaluativen Abgleichs mit bestimmten Normen handelt und eine Wahrung dieser befürwortet wird (s. o.). Hierbei geht es also nicht um das Verstehen, sondern um das hierarchisch fundierte Bewerten der Relativierung von Normen.

Rahmen von Moscheebauprojekten spielt diese Form der Legitimität eine wichtige Rolle und stellt eine große Herausforderung dar, weil es sich häufig um weitgehend neue Formen muslimischer Präsenz handelt, die nicht zu den gängigen kulturellen Mustern einer weitgehend christlich und säkular geprägten Gesellschaft gehören (vgl. Kap. 2). Insofern ist es aufschlussreich, der Frage nachzugehen, wie dieses neue Phänomen in den Bedeutungsrahmen eingebaut wird.<sup>133</sup>

Während Suchman (1995) den langsamen Wandel des Deutungsrahmens betont, konstatieren andere Ansätze die Dynamik und Diskursivität von gesellschaftlichen Kategorien (vgl. z. B. Wimmer 2008). Dies ist insofern relevant für die Untersuchung von Moscheebauprojekten, als dass die Einschätzung der Angemessenheit und Erwünschtheit einer repräsentativen Moschee durch die Stadtgesellschaft häufig damit zusammenhängt, wie zugehörig die betreffende Moscheegemeinde und die Muslime zur Stadt erscheinen (vgl. Korn 2010: 250, Kap. 2). Konstruktivistisch arbeitende sozialwissenschaftliche Studien haben herausgestellt, dass Aushandlungen von Anliegen ethnischer und religiöser Minderheiten bzw. Gruppierungen von diskursiven Abgrenzungs- bzw. Ausgrenzungsprozessen begleitet sind (vgl. Wimmer 2008, Dahinden et al. 2010). Da es sich hier um gesellschaftliche Kategorien handelt, ein Kernaspekt der kognitiven Legitimität, wird dies dieser Legitimitätsdimension zugeordnet. Der aktive Aspekt der Aushandlung und Konstruktionen, legt die Verwendung eines eigenen Unterkonzepts, das der (*zugehörigkeitsbezogenen*) *Legitimität* nahe. Im Rahmen dieser Arbeit wird daher argumentiert, dass ein entscheidender Teil der Aushandlungen um Moscheebauprojekte aus Zuschreibungen von Zugehörigkeitskategorien besteht. Um diese Komponente näher zu beleuchten, bietet es sich an, Bezug auf sozialwissenschaftliche Ansätze zu symbolischen *Grenzziehungsprozessen* zu nehmen. Wie schon oben in Anlehnung an Andreas Wimmer angesprochen, wird das Konzept in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Forschungsbereichen verwendet und ermöglicht Erkenntnisse darüber „wie Differenz sozial hergestellt und fortgeschrieben wird“ (Dahinden et al. 2010: 2).

Grundsätzlich geht es bei der symbolischen Grenzziehung darum, dass soziale Kategorisierungen hergestellt oder betont werden, Individuen und Gruppen sich diesen zuordnen oder diesen zugeordnet werden und somit soziale Differenzierungen und evtl. auch Distanzen entstehen oder verstärkt werden. Michèle Lamont und Virág Molnár fassen es folgendermaßen auf: „Symbolic boundaries are conceptual distinctions made by social actors to categorize objects, people, practices, and even time and space. They are tools by which individuals and groups struggle over and come to agree upon definitions of reality“ (Lamont/Molnár 2002: 168). Die Distinktionskriterien können dabei unterschiedlich sein und sich entweder auf Religion, Ethnie oder auch soziale Klasse etc. beziehen. Grenzziehungen sind somit häufig konstitutiv für Gruppenbildung unterschiedlicher Art und kollektive Identitäten. Dies kann sowohl als eine Selbstzuschreibung zu Kollektiven oder als Fremdzuschreibung geschehen (vgl. Dahinden et al. 2010: 2). Es kann bewusst und strategisch oder unbewusst ablaufen und steht in

---

<sup>133</sup> Eine Annäherung an bekannte Standards ist jedoch teilweise möglich. Zu nennen ist hier als Beispiel die Bezeichnung einer Moschee als Gemeindezentrum, um semantisch an die in Deutschland stark verbreiteten christlichen Gemeindezentren anzuknüpfen und somit eine Normalisierungsstrategie eines Moscheebauprojekts einzuleiten (vgl. Hohage 2013: 220).

engem Zusammenhang mit der Deutung von Sakralbauten als ein spezifisches Verhältnis zwischen religiösen Minderheiten und der Dominanzgesellschaft, wie in Kapitel 3 ausgeführt wurde.<sup>134</sup>

Das Gegenstück zur Grenzziehung<sup>135</sup> ist das sogenannte Boundary-blurring bzw. die symbolische Grenzüberwindung. Dabei können unterschiedliche Praktiken vorgenommen bzw. Bezugnahmen artikuliert werden. Z. B. werden die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Gruppierungen wie der abrahamitischen Religionen unterstrichen, was im Folgenden als Grenzüberwindung bezeichnet wird. Oder es werden neue Kategorien akzentuiert, die inklusiver sind und unterschiedliche Kollektive umfassen, z. B. eine Nation, die unterschiedliche Ethnien umfasst (vgl. Wimmer 2010: 987).<sup>136</sup>

Die zugrundeliegende Annahme dieser Arbeit ist, dass die verschiedenen Akteure in der Stadt sich diskursiv Kollektiven zuordnen bzw. zugeordnet werden und damit, ebenfalls anknüpfend an die Vorstellung des Islam als Diskursfeld (vgl. Kap. 2 und 3), Ansprüche auf die Präsenz im öffentlichen Raum und den Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur legitimiert oder delegitimiert werden.<sup>137</sup>

Da sich in Kapitel 3 herausgestellt hat, dass die Aushandlungen im Rahmen von Moscheebauprojekten sehr emotional ablaufen, wird hier als eine Unterdimension der kognitiven Legitimität die *emotionale Legitimität* eingeführt. Hierbei geht es z. B. um mögliche Ängste, die mit dem Moscheebau und, wie in Kapitel 2 gezeigt, mit der muslimischen Präsenz in Deutschland allgemein verbunden sind, oder um Sympathien, z. B. mit den muslimischen Gemeindevorsitzenden, die die Beurteilung des Moscheebauprojekts beeinflussen können.

Als letzte Legitimitätsdimension ist die *formalrechtliche bzw. regulative Legitimität* zu nennen (vgl. Walgenbach/Meyer 2008: 64). Sie speist sich aus der Befolgung von Vorschriften und Gesetzen. Der Forschungsstand zeigt, dass die Befolgung von Vorschriften nicht ausreicht, um Moscheebauprojekte zu legitimieren. Es handelt sich jedoch, wie in Kapitel 3 bereits konstatiert, um eine wirkmächtige normative und staatlich sanktionierte Ordnung und wird daher als eine eigenständige Legitimitätsdimension aufgenommen.

Die vorgestellten verschiedenen Legitimitätsdimensionen überlagern und bedingen sich zum Teil gegenseitig. So kann die Beteiligung an einem Moscheebauprojekt (Einflusslegitimität) zugleich zu einem größeren Wissen über das Bauprojekt (informationsbezogene Legitimität) führen und umgekehrt. Zudem wird der Zuwachs an Informationen nur dann für eine positivere Legitimitätsbewertung förderlich sein, wenn die Informationen mit den normbasierten

---

<sup>134</sup> Rassismuskritische Literatur wertet die Zuschreibung von Andersartigkeit oder von einer Zugehörigkeit zu einer Gruppe mit unüberwindbaren Gegensätzen zur Eigengruppe als eines der Hauptcharakteristika von Rassismus (vgl. z.B. Bühl 2017: 14).

Ein Differenzkriterium wird essentialisiert, also zum Wesen der Menschen erhoben (vgl. Bühl 2017: 14 f.) und auf dieser Grundlage wird versucht, Etabliertenvorrechte zu legitimieren.

<sup>135</sup> Der Begriff *symbolische Grenzziehung* ist der übergeordnete Terminus, der die theoretische Perspektive allgemein umfasst (vgl. Dahinden et al. 2010: 2). Anders als in Brunn's „Semantik des Fremden“ oder Hafez's „islamophober Diskursivierung“ (vgl. Kap. 3) betrachtet die vorliegende Studie, entsprechend ihrem Fokus auf Widerstände und Unterstützungen, sowohl die aversive Grenzziehung als auch die affirmative Grenzüberwindung.

<sup>136</sup> Vor diesem theoretischen Hintergrund ist die Aufforderung des Religionswissenschaftlers zu verstehen, der an eine inklusivistische Kategorie der Nation appelliert, um mehr Religionsfreiheit und Gleichbehandlung von Muslimen und Christen zu realisieren: „Wir müssen die Erzählung der Nation weiterentwickeln und die neuen kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Fäden einweben, damit sie der faktischen gesellschaftlichen Realität in ihrer Vielfalt entspricht“ (Fürlinger im Interview in DER STANDARD 19.03.14).

<sup>137</sup> Ein Beispiel aus dem Forschungsstand für symbolische Grenzüberwindung ist ein Fall, in dem die Moscheegemeinde auf einer Tafel vor der Baustelle der Moschee folgende Aufschrift platzierte: „Wir bauen Brücken zwischen Menschen. Das Türkische Gemeindehaus für Hörde“ (zit. nach Hohage 2013: 221f).

Vorstellungen korrespondieren, z. B. über die Angemessenheit der Minarethöhe in einem nichtmuslimischen Land.

Zudem kann die Schaffung von Transparenz zweifach wirken, direkt und indirekt bzw. evaluativ: Zum einen kann dies einer Maßnahme oder einer Entwicklung das Unverständliche nehmen und Falschinformationen relativieren, womit die Befürwortung gesteigert werden kann. Zum anderen kann die Tatsache, dass eine Moscheegemeinde bemüht ist, zu informieren, Beobachtern den Eindruck vermitteln, dass ihr Handeln den gesellschaftlichen Werten, hier Transparenz, entspricht (moralische Legitimität) und sie bereit ist, sich mit den gesellschaftlichen Erwartungen konform zu verhalten. Ferner basieren Gesetze auf gesellschaftlichen Werten und Normvorstellungen, was besonders in der Verfassung zum Ausdruck kommt, aber auch an dem Baugesetz (§ 1 BauGB), welches z. B. die Wahrung des Ortsbildes vorschreibt (vgl. Gaudernack 2011: 61, vgl. Kap. 3).

Zudem können, wie der in Kapitel 3 eingeführte Begriff des symbolischen oder verdeckten Konflikts zeigt, offiziell bestimmte Legitimitätsdefizite angesprochen werden, während eigentlich andere Legitimitätsaspekte eine Rolle spielen. Ein Beispiel ist die Behauptung, dass durch den Moscheeneubau ein Parkplatzmangel entstehe (pragmatische Legitimität), während in Wirklichkeit die öffentliche Präsenz der Muslime abgelehnt wird, weil sie nicht als Teil Deutschlands oder der Stadt gesehen werden (kognitive Legitimität, norm- und zugehörigkeitsbezogen). Grundsätzlich gilt, dass nicht eindeutig unterschieden werden kann, ob die Äußerungen von Personen tatsächlich ihre Wahrnehmung und Haltung widerspiegeln oder eher strategisch erfolgen, um den Erwartungen der sozialen Umwelt zu entsprechen. Als Prämisse der Arbeit gilt, dass diesen Bezugnahmen, unabhängig von der Intention der Sprecher, eine diskursive und kognitiv-konzeptuelle Realität zugesprochen werden kann (vgl. Kuck 2019: 32), die für Legitimitätsvorstellungen und Verläufe von Moscheebauprojekten reale (unterstützende oder hindernde) Wirkungen entfalten kann. In der folgenden Tabelle wird ein Überblick über die oben vorgestellten Legitimitätsdimensionen gegeben.



Tabelle 7: Legitimitätsdimensionen

Legitimitätsdimension	Quelle der Legitimität
Pragmatische Legitimität	Interessen
Einflusslegitimität	Partizipation/Einfluss auf das Projekt
Moralische Legitimität	Entsprechung mit Werten und Normen
Kognitive Legitimität	Entsprechung mit bekannten kulturellen Standards, Verständlichkeit (normenbezogene Legitimität) Verfügen von Wissen/Informationen, Transparenz (informationsbezogene Legitimität) Zugehörigkeitskategorien, als zugehörig empfinden (zugehörigkeitsbezogene Legitimität) Emotionen: Sympathien, Antipathien, Ängste (emotionale Legitimität)
Formalrechtliche Legitimität	Gesetze/Vorschriften

Quelle: Eigene Abbildung basierend auf Suchman 1995

Nachdem die verschiedenen Dimensionen der Legitimität aufgezeigt wurden, werde ich im nächsten Schritt auf die Art und Weise eingehen, wie Akteure auf die Legitimitätsanforderungen reagieren können. Suchman unterscheidet zwischen der Schaffung („gaining legitimacy“, ebd.: 587) und Erhaltung („maintaining legitimacy“, ebd.: 593) von Legitimität, was deutlich macht, dass Legitimität ein dynamisches Konzept ist und die Bewertung einer Organisation durch ihr Umfeld Veränderungen unterworfen sein kann. Dabei gibt es für eine Organisation verschiedene Optionen der Legitimierung ihrer Vorhaben. In neo-institutionalistischen Ausführungen werden sie in der Regel in drei Handlungsmöglichkeiten zusammengefasst.

Eine Möglichkeit ist die *Konformität* („conformity“, vgl. ebd.: 587) bzw. Responsivität, also die Erfüllung der von außen herangetragenen oder antizipierten Erwartungen insbesondere von einflussreichen Anspruchsgruppen. Nach der hier vorgestellten Konzeptionalisierung umfasst dies den Verzicht auf bestimmte Vorhaben bzw. „claims-making“, z. B. der Errichtung eines Minaretts (vgl. Kap. 3) sowie Kompromisslösungen, bei denen die in Kapitel 3 angesprochene Teilbarkeit der Konfliktgegenstände zum Ausdruck kommt. Da die hinter den Erwartungen stehenden Werte und Normen zum Teil von den Organisationen verinnerlicht sind (s. o.), ergeben sich nicht notwendigerweise Widersprüche zwischen ihren Plänen und externen Erwartungen. Kernpunkt der Konformität ist, dass die Erwartungen der sozialen Anspruchsgruppen besonders stark in die Gestaltung des Organisationshandelns einfließen.

Eine andere Möglichkeit ist die *Intervention* (vgl. Suchman 1995: 591), in deren Rahmen die Organisation der sozialen Umwelt ihre eigenen Sichtweisen und Deutungen näherbringt und versucht, das Vorhaben damit zu legitimieren. Dies kann die (sachliche) Informierung über die Organisation und ihr geplantes Vorhaben, eine bilaterale Überzeugungsarbeit oder eine Prägung des Legitimierungsdiskurses, bei dem das eigene Vorhaben unter Berücksichtigung von gesellschaftlichen Werten positiv dargestellt wird. Im Fall der Verweigerung bestimmter Rechte oder einer als falsch empfundene Behandlung kann es zudem zum Protest kommen, indem die Behandlung durch die soziale Umwelt kritisiert wird und die eigenen

(verletzten) Erwartungen in den Vordergrund gestellt werden (vgl. Rosenow 2010: 170). Dies zeigt, dass auch die Erwartungen, die von der Moscheegemeinde an die Akteure der sozialen Umwelt gestellt werden, zu berücksichtigen sind, um den Legitimierungsprozess zu verstehen.

Zudem besteht die Möglichkeit einer eingeschränkten Anpassung der Organisation an externe Erwartungen (*Entkopplung*), indem dem Anschein nach darauf eingegangen wird, um die Legitimitätsfassade zu wahren, jedoch insgeheim aufgrund von Realisierungsschwierigkeiten und Erwartungswidersprüchen von innen und außen teilweise eine andere Agenda verfolgt wird (Meyer/Rowan 1977: 357). Unerwünschte Entwicklungen werden dabei möglichst nicht nach außen kommuniziert (vgl. Rosenow 2010: 170).<sup>138</sup>

Tabelle 8: Formen des Legitimierungshandeln

Legitimierungshandeln	Erläuterung
Konformität/Responsivität	Verzicht auf eigene Pläne, Kompromisslösungen. Beinhaltet auch die Verinnerlichung der Normen und Werte, die hinter den Erwartungen stehen.
Intervention	Überzeugungsarbeit, Informierung, Prägung des Diskurses, Protest
Entkopplung	Handlungen und Strukturen der Organisationen sind nach außen hin an die Erwartungen angepasst. Tatsächlich gibt es jedoch Abweichungen von den Erwartungen.

Quelle: eigene Darstellung, basierend auf Meyer/Rowan (1977)

Wie bereits erwähnt, gilt Legitimität in den neo-institutionellen Ansätzen nicht lediglich als eine Ressource unter vielen, die die Organisation strategisch zu erlangen versucht. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass (legitimitätsrelevante) Glaubensinhalte der sozialen Umwelt die Organisation durchdringen und in ihre Ziele und Struktur einfließen (vgl. Suchman 1995: 576, Walgenbach/Meyer 2008: 64).<sup>139</sup> Daher kann bei der Betrachtung der Legitimierungsschritte nicht immer eindeutig festgestellt werden, ob das Handeln durch die Verinnerlichung der Werte und Erwartungen oder durch einen strategische Anpassungswillen motiviert sind. In diesem Zusammenhang konstatiert Konstanze Senge: „Die Grenze zwischen Organisation und Gesellschaft sowie zwischen Organisation und Institution ist jedoch nicht als starre und eindeutig zu

<sup>138</sup> Dieser Schritt kann in der Empirie wegen der nicht offenen Kommunikation dieses Sachverhalts nur ein geschränkt beobachtet werden und kann hier daher nicht vollends berücksichtigt werden. Zu einer kritischen Betrachtung des Konzepts der Entkopplung siehe Kirchner/Meyer (2016).

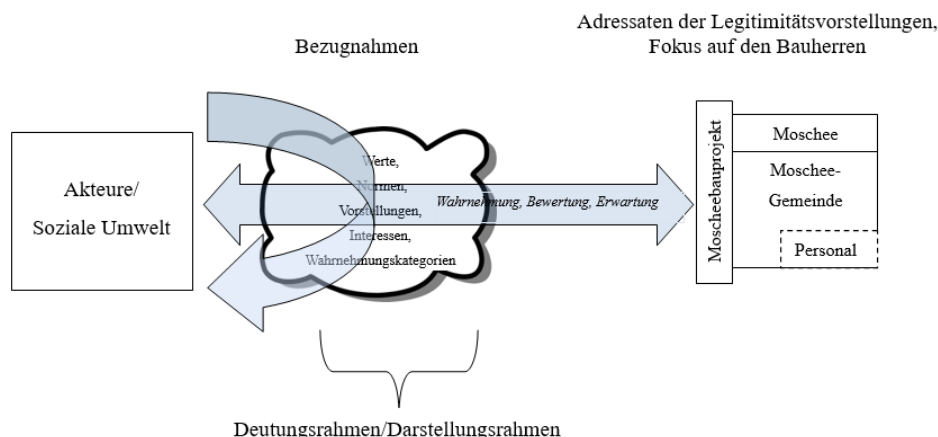
<sup>139</sup> In diesem Zusammenhang wird die Angleichung von Organisationen mit ähnlichen Umweltbedingungen hinsichtlich ihrer Strukturen und ihrer Praktiken von neo-institutionalistischen Forschern betrachtet. DiMaggio/Powell (1983: 150ff) identifizierten drei Mechanismen des Wandels von Organisationen, im Zuge dessen sie sich aneinander angleichen, was die Autoren als isomorphe Prozesse (isomorphic processes, ebd.: 147) bezeichnen. Derjenige Mechanismus, der die Verinnerlichung der Glaubensinhalte der sozialen Umwelt plausibel macht, wird normativer Isomorphismus genannt und ist laut den Autoren auf Professionalisierungsprozesse zurückzuführen. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass bestimmte Denkhaltungen von leitenden Mitgliedern einer Organisation während ihrer Ausbildung an Universitäten oder anderen Ausbildungsbetrieben verinnerlicht werden. Zudem gleichen sich Organisationen einander an durch eine zunehmende berufsspezifische Vernetzung der Angestellten. Den Autoren zufolge verbreiten sich Ideen und Modelle in den Netzwerken schnell und beeinflussen die Organisationen. Betrachtet man Organisationen als Akteure des zwischenmenschlichen Alltags, z.B. in Form von Vereinen auf Stadtteilebene, so kann eine ähnliche Sozialisation, analog zu der oben genannten Ausbildung, der Organisationsmitglieder und die damit verbundene Internalisierung bestimmter Normen (vgl. Scherr 2002) einen angleichenden Effekt auf die Organisationen haben. Die beiden anderen Mechanismen beschreiben die Autoren wie folgt: Erzwungener Isomorphismus ist durch formale (Gesetze) und informale Erwartungshaltungen der sozialen Umwelt gekennzeichnet ist. Mimetischer Isomorphismus bezeichnet eine Anpassung durch Nachahmung von anderen als erfolgreich angesehenen Praktiken bzw. Organisationen infolge von Verunsicherung u.a. durch widersprüchliche Erwartungen der sozialen Umwelt oder wenig Expertise in dem Handlungsfeld (DiMaggio/Powell 1983: 151).

bestimmende Trennlinie zu erkennen, sondern Organisation und Gesellschaft stehen in einem dauerhaft prozessualen Konstitutionsverhältnis“ (Senge 2011: 18).

Bei der Legitimierung ist zu berücksichtigen, dass die Erwartungen der sozialen Umwelt widersprüchlich sein können (Walgenbach/Meyer 2008: 66). Die Verbändeforschung zeigt zudem, dass auch interne Erwartungen der Mitglieder an die Organisationen gestellt werden und diese ebenfalls den externen Erwartungen widersprechen können (s. o., vgl. Rosenow 2010).

Das Schaubild veranschaulicht die Bezugnahmen der sozialen Umwelt auf das Moscheebauprojekt als Prozess, die Moscheegemeinde sowie die geplante Moschee und die damit verbundenen möglichen Folgen<sup>140</sup>. Der Doppelpfeil zeigt, dass auch die Moscheegemeinde Erwartungen an die soziale Umwelt adressiert. Der Rundpfeil zeigt, dass die Akteure der Umwelt sich im Rahmen von Moscheebauprojekten gegenseitig bewerten und entsprechend Erwartungen artikulieren. Diese Überlegung resultiert aus der Feststellung im Forschungsstand, dass sich die Konfliktlinien nicht entlang religiöser oder ethnischer Kategorien abzeichnen, sondern dass die Kritik der Moscheebaugegner häufig an Politik oder Verwaltung, die Moscheebauprojekte zugelassen haben, gerichtet wird (vgl. Kap. 3).

Abbildung 10: Bezugnahmen im Rahmen von Moscheebauprojekten



Quelle: eigene Darstellung

Wie aus den obigen Ausführungen deutlich wird, kann Legitimierung verstanden werden als ein sozialer Prozess der Handlung, aber auch des Erklärens und des Rechtfertigens. Dies verweist auf die hervorstechende Rolle der Sprache in diesem Prozess (vgl. Walgenbach/Meyer 2008: 67). Viele neo-institutionalistische Autoren gehen deshalb auf die diskursiven Praktiken im Rahmen des Legitimierungsprozesses ein (vgl. Meyer/Rowan 1977).

Der Aspekt der Aufrechterhaltung von Legitimität nimmt bei Suchman (1995) einen hohen Stellenwert ein, da durch den Legitimierungsdiskurs die Aufmerksamkeit der Anspruchsgruppen auf die Organisation gerichtet und durch rhetorische Akte ein Image der Organisation aufgebaut wird, dem es zu entsprechen gilt, um die Legitimität der vorgenommenen

<sup>140</sup> Neo-institutionalistische Ansätze sprechen dabei von Input- und Output-Legitimität (vgl. Schneider 2012: 187).

Maßnahmen und der Organisation zu wahren (vgl. Suchman 1995: 594, vgl. auch Schröder 2011). Die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Interessen der diversen Anspruchsgruppen („a fragmented institutional environment“, vgl. Suchman 1995: 594) macht es praktisch unmöglich, mit allen Erwartungen der sozialen Umwelt zu korrespondieren (vgl. ebd.). Die Art und Weise, mit den vorgenommenen Versprechungen umzugehen, kann einen positiven oder negativen Einfluss auf die Kontakte zwischen der Organisation und den Anspruchsgruppen haben (vgl. ebd.: 597). Folgerichtig kann die Legitimität nicht auf die Legitimitätsbewertung von einzelnen Akteuren reduziert werden. Jedoch kann festgestellt werden, dass die Bewertung durch bestimmte Stakeholder für den Verlauf des Moscheebauprojekts relevanter ist als die Bewertung durch andere Akteure (vgl. Kapphan 2004, Kap. 3). So ist naturgemäß die Bewertung durch die im Stadtrat vertretenen Politiker besonders relevant für die Realisierung des Bauvorhabens, da sie in bestimmten Konstellationen über eine Entscheidungsbefugnis besitzen, z. B. wenn der Bebauungsplan geändert werden soll oder wenn städtische Immobilien an den Bauherren verkauft werden sollen.

Vor dem Hintergrund, dass bisher die Betrachtung der Folgen von Moscheebauprojekten und der längerfristigen Entwicklungen nach der Errichtung von Moscheen in der Forschung vernachlässigt wurde (vgl. Kap. 3), wird die Aufrechterhaltung von Legitimität in das theoretische Raster der Arbeit und die Analyse der Fälle aufgenommen. Konkret wird also danach geschaut, inwiefern die Versprechen, z. B. bezüglich der Öffnung der Moschee, die während des Moscheebauprojekts gemacht wurden, auch nach der Moscheeeröffnung eine Rolle spielen, welche Erwartungen der Anspruchsgruppen nach der Einweihung artikuliert werden und welchen Einfluss dies auf die Beziehungen zwischen der Moscheegemeinde und ihrer sozialen Umwelt hat.<sup>141</sup>

Als nächster Schritt wird ein Analyserahmen erstellt, anhand dessen die Legitimität eines Moscheebauprojekts beurteilt werden kann. Dies scheint aus mehreren Gründen zunächst kompliziert. Viele Ausführungen zur Legitimität von Organisationen formulieren zwar Strategien zur Legitimierung ihrer Vorhaben und beleuchten unterschiedliche Dimensionen von Legitimität, treffen jedoch keine Aussagen über die erreichte Legitimität und darüber, wie genau dieser Zustand geartet wäre (vgl. Stelzer 2008). Michael Fallgatter und Sigrun Brink (2006) merken an, dass es sich bei Legitimität „nicht um ein klar definiertes Ziel [handele], dass [sic!] durch systematisch geplante und planbare Maßnahmen erreichbar wäre“ (Fallgatter/Brink 2006: 20). Ein Grund dafür sei, so die Autoren, dass ein Teil der Legitimation unbewusst ablaufe und daher nicht steuerbar sei (vgl. ebd.).

Da es sich bei dem gängigen Verständnis von Legitimität um das Ergebnis einer Generalisierung handelt, bei der ein Vorhaben oder eine Organisation grundsätzlich bewertet wird,

---

<sup>141</sup> So zeigt Martin Schröder, dass der Mechanismus des „argumentativen Zwangs“ das nachhaltige Handeln von Akteuren beeinflussen kann. Demnach begründen die Akteure ihr Handeln mit anerkannten Werten und Interessen, um den Erwartungen der sozialen Umwelt nachzukommen und sich gegen Kritik zu immunisieren. Diese Werte und Interessen dienen anschließend als Beurteilungsmaßstab durch die Anspruchsgruppen, was die Akteure unter Druck bringen kann (Schröder 2011: 333). Dieser Mechanismus überschneidet sich inhaltlich mit dem oben genannten erzwungenen Isomorphismus durch den Druck über die Erwartungen der sozialen Umwelt. Analog argumentieren manche Autoren, dass zunächst oberflächlich und für Legitimitätszwecke unternommene Schritte längerfristig in die Strukturen der Organisationen eingehen. Dieser Mechanismus wird anhand von Stellen veranschaulicht, die aufgrund von externen Anforderungen eingerichtet wurden und von engagierten Akteuren besetzt werden, die von innen zu einem Wandel der Organisation führen (vgl. Walgenbach/Meyer 2008: 82).

kann die Herstellung von Legitimität nicht auf einzelne Handlungen reduziert werden (vgl. Walgenbach/Meyer 2008: 68). Vielmehr erfordert es eine zusammenhängende Gesamtschau der Interaktionen und Legitimierungsschritte, um die Legitimität einschätzen zu können. Die Festlegung einer Schwelle, die die Moscheebauprojekte binär in legitim oder illegitim einteilt, erscheint daher nicht sinnvoll. Es wird daher weiter unten der Versuch unternommen, eine Vielzahl von wesentlichen Äußerungsformen von Legitimität festzulegen, um die allgemeine Legitimität der Moscheebauprojekte besser einschätzen zu können (s. u.). Eine Festlegung der Legitimität ist vor allem auch deswegen schwierig, da Legitimität, wie schon mehrmals angeführt, ein Prozess und insofern ein dynamisches Phänomen ist, das mit dem Zeitverlauf verschiedene Ausprägungen annehmen kann. Es wird also versucht, auf der einen Seite den Grad von Legitimität und auf der anderen Seite die inhaltliche Prägung der Legitimierungsdiskurse festzustellen. Ersteres erlaubt den Vergleich der Konflikthaftigkeit bzw. der Befürwortung zwischen den untersuchten Fällen, letzteres verdeutlicht die Deutung des Moscheebauprojekts und die Einbindung der lokalen Diskurse in übergeordnete gesellschaftliche Diskurse. Beide Aspekte sind miteinander verbunden, da die Deutungen die Legitimitätsbewertungen beeinflussen und Einfluss auf das Handeln der Akteure haben.

Zudem können, wie bereits oben angedeutet, die Erwartungen an die muslimische Gemeinde bzw. ihr Moscheebauprojekt sich je nach Stakeholder widersprechen und somit kann die Beurteilung von Legitimität je nach Stakeholder sehr unterschiedlich ausfallen. Daraus ergibt sich, dass weder von einem gleichförmigen Legitimitätszustand noch von einer über den Zeitverlauf stabilen Legitimität ausgegangen werden kann. Trotzdem lässt sich ein Gesamteindruck des Moscheebauprojekts gewinnen. Es geht an dieser Stelle darum, ein Raster zur Einschätzung einer allgemeinen Legitimität zu entwerfen, um Legitimität zu operationalisieren. Die allgemeine Klärung der Legitimität eines Bauvorhabens umfasst verschiedene Bereiche der Stadtgesellschaft und spiegelt sich in verschiedenen Äußerungsformen. Dabei werden möglichst objektive Kriterien gewählt sowie die Beurteilung der Legitimität der Moscheebauprojekte von den interviewten Experten miteinbezogen. Zunächst werden einige Aspekte vorgestellt, aus denen sich die Gesamteinschätzung von Legitimität zusammensetzt. Diese Aspekte werden aus dem bisherigen Forschungsstand und neo-institutionalistischen Ausführungen zur Legitimität von Organisationen abgeleitet. Bei der Operationalisierung der Legitimität wurde berücksichtigt, dass Legitimitätsvorstellungen sowohl auf der verbalen und semantischen Ebene, z. B. durch öffentliche Stellungnahmen, als auch auf der Handlungsebene, z. B. durch Organisation von Widerständen oder Unterstützung beobachtet werden können (vgl. Schneider 2012: 187f). Eine Untersuchung der Einstellungsebene durch quantitative Befragungen konnte aus zeitlichen Gründen und Ressourcenmangel nicht stattfinden. Jedoch werden Äußerungen von beteiligten Akteuren in den Interviews entsprechend ausgewertet (vgl. Kap. 5). Hierbei handelt es sich um den Versuch, neben der inhaltlichen Prägung des Legitimierungsdiskurses mit seinen zahlreichen Bezugnahmen, ein Legitimitätsverständnis zu berücksichtigen, das die Legitimität als handlungswirksamen, sich wandelnden Zustand und eine Ressource versteht,

die Opportunitätsstrukturen für die Realisierung der eigenen Ziele bietet und möglichst graduell fassbar ist.

Zunächst ist die bürokratisch-politische Ebene zu nennen. Hier wird die Genehmigungsdauer<sup>142</sup> betrachtet und der allgemeine Rückhalt in der politischen Elite der Stadt beurteilt. War es ein einvernehmliches Zulassungsverfahren oder kam es zu einer Gerichtsverhandlung?

Die nächste Analyse betrifft die mediale Ebene.<sup>143</sup> Dabei wird geschaut, welchen Tenor die Berichterstattung hatte. Ist tendenziell positiv oder negativ über das Moscheebauprojekt berichtet worden? Haben die Medien die Moscheegemeinde als problematisch charakterisiert oder erschien die Gemeinde in einem positiven Licht? Wurden tendenziell Probleme wie Beschwerden von Nachbarn oder Erfolge wie z. B. eine friedliche Bürgerversammlung zum Moscheebau aufgegriffen?

Die Behandlung der Ebene der Bürger beinhaltet Informationen darüber, ob sich eine Bürgerinitiative gegen den Moscheebau gegründet hat, ob es einen prominenten oder mehrere prominente Gegner, die sich öffentlich gegen den Moscheebau ausgesprochen haben, und ob es Demonstrationen gegen den Bau gegeben hat. Hat es Übergriffe auf die Moscheebaustelle gegeben, z. B. Graffitis, Schweineblut etc. (vgl. Allievi 2010)? Auf der anderen Seite wird betrachtet, ob das Moscheebauprojekt von der Bevölkerung unterstützt wurde, z. B. mit Geldspenden, Widerstand gegen rechte Anti-Moschee-Demonstrationen etc.

Außerdem wird die Selbsteinschätzung aufgenommen und geprüft, wie die muslimischen Akteure ihre Moscheebauprojekte selbst beurteilen. Hinzugezogen werden Aussagen von Experten, die an den Moscheebauprojekten beteiligt waren und im Rahmen ihrer Tätigkeit einen privilegierten Zugang zu Informationen hatten (vgl. Kap. 5).

Die Aspekte werden gemeinsam betrachtet, um die Legitimität des Vorhabens zu beurteilen. In die Einordnung fällt auch die Frage, ob es eine aktive oder nur eine passive Unterstützung bzw. Duldung gegeben hat. Dieses Raster richtet das Augenmerk in erster Linie auf die korporative Umwelt, d. h., dass die Perspektiven von einzelnen Bewohnern nur am Rande angesprochen werden. Auch wenn die Definition der Ebenen als eine Vereinheitlichung erscheint, versuche ich bei der Bewertung der Legitimität auch die Kontroversen innerhalb der Ebenen der Bürger, Parteien etc. zu berücksichtigen. Die folgende Tabelle (Tab. 9) gibt einen Überblick über die unterschiedlichen Aspekte der Bewertung der Legitimität.

---

<sup>142</sup> Die Genehmigungsdauer war nicht immer präzise zu bestimmen, da das genaue Datum der Bauvoranfrage und der Genehmigung nicht zu ermitteln war. Daher handelt es sich in manchen Fällen um eine Schätzung der Zeiträume.

<sup>143</sup> Der Fokus liegt auf jeweils einer Zeitung der regionalen Berichterstattung (vgl. Kap. 5).

Tabelle 9: Aspekte zur Beurteilung der Legitimität des Moscheebauprojekts

<b>Bereich</b>	<b>Operationalisierung</b>
Bürokratisch-politische Ebene	Genehmigungsdauer, Rückhalt in der politischen Elite, Kontroversen im Stadtrat
Mediale Ebene	Positive oder negative Berichterstattung
Ebene der Bürger	Organisierter Widerstand, Demonstrationen, Bürgerinitiativen, aktive Unterstützung des Bauprojekts
Bewertung durch Vertreter der muslimischen Gemeinde	Aussagen in den Interviews über den Ablauf, Einschätzung der Legitimität bzw. Akzeptanz
Bewertung von Experten	Aussagen in Experteninterviews über den Moscheebauprozess

*Quelle: eigene Darstellung*

## 4.4 Zusammenfassung

Das vorliegende Kapitel konzipierte den Untersuchungsgegenstand Moscheebauprojekt als einen interaktiven und diskursiven Prozess, der in übergeordnete Diskurskontexte eingebettet ist und führte in die beiden Hauptanalysekategorien, Legitimität und Vernetzung, ein. Mithilfe von migrationssoziologischen und netzwerktheoretischen Überlegungen hat das Kapitel verdeutlicht, dass soziale Vernetzung zwischen Migrantenorganisationen und der restlichen Gesellschaft eine wichtige Bedingung für Teilhabe von Migranten und gesellschaftliche Integration ist. Durch Vernetzung können sich Ressourcenflüsse ergeben, wird Verständigung vereinfacht und Vertrauensbeziehungen aufgebaut. Daher liegt die Hypothese nahe, dass bei Moscheebauprojekten mit stark vernetzten Moscheegemeinden die Umsetzung des Bauvorhabens infolge von Unterstützung, Transparenz und Akzeptanz erleichtert.

Die im ersten Kapitel vorgestellten relationalistischen Überlegungen, die Wandel und Prozesshaftigkeit, Beziehungen und Interaktionen sowie Aushandlungen und Konstruktionen sozialer Realität in den Vordergrund der Analyse stellen, wurden unter Rückgriff auf netzwerktheoretischen und neo-institutionalistischen Ansätzen vertieft und konkretisiert. Während der Bezug auf neo-institutionalistische Perspektiven die unterschiedlichen Erwartungen und Narrative in den Vordergrund der Untersuchung stellen, rücken durch die vorgestellten netzwerktheoretischen Ansätze die Vernetzungsstrukturen, deren Wirkungen und Wandel ins Zentrum der Betrachtung.

Das neo-institutionalistische Konzept der Legitimität ermöglicht es, Moscheebauprojekte nuancenreich jenseits der binären Unterscheidungen von Befürwortung oder Ablehnung und einer Konflikthaftigkeit oder eines harmonischen Verlaufs zu beschreiben. Zugleich ist es mit dem Konzept möglich, die unterschiedlichen Gesellschaftsbereiche, in die die Bauprojekte hineinrechnen können (z B: Integrationspolitik, Stadtentwicklung, etc.) aufzudecken. Hierfür habe ich die unterschiedlichen Dimensionen von Legitimität (formalrechtliche, moralische, pragmatische kognitive Legitimität und Einflusslegitimität) und Formen des Legitimierens (Konformität, Intervention und Entkopplung) eingeführt und an den Untersuchungsgegenstand angepasst. Die neo-institutionalistischen Ausführungen legen die Hypothese nahe, dass eine weitgehende Kongruenz der Pläne der Moscheegemeinden mit den Erwartungen insbesondere der entscheidungsbefugten Stakeholder den Legitimierungsprozess vereinfacht. Ebenso kann davon ausgegangen werden, dass die Bereitwilligkeit und die Fähigkeit einer Moscheegemeinde, die Erwartungen der sozialen Umwelt in ihr Vorhaben miteinzubeziehen, förderlich für den Legitimierungsprozess sind.

Die netzwerktheoretischen Ausführungen werden dazu genutzt, die Vernetzung der Moscheegemeinden mit ihrer sozialen Umwelt differenziert und jenseits von den häufig eindimensionalen („integriert“ vs. „abgeschottet“) Integrationsverständnissen darzustellen. Hierfür wurden folgende Beziehungsinhalte eingeführt, über die die Moscheegemeinden mit ihrer sozialen Umwelt vernetzt sein können: Kontakt/Bekanntschaft/Kennbeziehung, persönliche Freundschaften, Beteiligung an gemeinsamen Aktionen, Mehrfachzugehörigkeit, gemeinsames Gremium und Ressourcentransfer.



Die migrationssoziologischen Ansätze ergänzten die in Kapitel 1 und 3 angesprochenen stadt- und raumsoziologischen Ausführungen, so dass beide Gegenstandsbereiche von repräsentativen Moscheen mit ihren sozialen Implikationen theoretisch erfasst werden konnten. Während erstere die sozio-religiöse Infrastruktur von Migrantengemeinden und ihre Bedeutung für die Integration ihrer Zielgruppen sowie die Vernetzung zwischen den Migranten und der restlichen Gesellschaft begrifflich fassen (z. B. korporative Integration, Binnenintegration) helfen letztere die räumlich-symbolischen Aspekte (Betreten des öffentlichen Raums, Erlangung einer Sichtbarkeit) auszudrücken.

Bezieht man sich auf die oben angesprochenen konfliktsoziologischen Aussagen zur integrativen Wirkung von Konflikten und die stadt- und raumsoziologischen Aussagen zum Wandel der Beziehungen durch Präsenz und Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, kann die Hypothese aufgestellt werden, dass sowohl durch den Moscheebauprozess als auch das Bestehen eines repräsentativen Gebäudes die Beziehungen zur sozialen Umwelt verstärkt werden.

Die in diesem Kapitel vorgenommenen Differenzierungen nutze ich sowohl für die inhaltliche Gestaltung und Strukturierung der Leitfadeninterviews als für das Aufstellen der Auswertungskategorien. Das nächste Kapitel befasst sich mit dem methodischen Vorgehen dieser Untersuchung, das v. a. durch das Fallstudiendesign, die Experteninterviews und die qualitative Inhaltsanalyse gekennzeichnet ist.

## 5 Methodisches Vorgehen

### 5.1 Begründung des qualitativen Forschungsdesigns

Im Folgenden werde ich darlegen, auf welchen methodologischen Fundamenten die vorliegende Studie fußt, und anschließend werde ich zu einer besseren Nachvollziehbarkeit des empirischen Vorgehens die einzelnen Schritte der Datenerhebung und Datenauswertung erläutern.

Wie im ersten Kapitel gezeigt, geht es bei der Erforschung von Legitimität und Legitimierung um die Ergründung dessen, welche Wahrnehmung, Normen, Werte, Interessen und Erwartungen von Akteuren hinsichtlich der Moscheegemeinde und ihres Vorhabens zum Ausdruck kommen. Aus diesen Gründen ist die vorliegende Studie als ein qualitatives Forschungsprojekt konzipiert. Qualitative Forschung zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass die Lebenswelten der Akteure „von innen heraus“ (Flick et al. 2007: 14) beschrieben werden. „Damit will sie zu einem besseren Verständnis sozialer Wirklichkeit(en) beitragen und auf Abläufe, Deutungsmuster und Strukturmerkmale aufmerksam machen“ (Flick et al. 2007: 14). Soziale Wirklichkeit wird dabei „als Ergebnis gemeinsam in sozialer Interaktion hergestellter Bedeutungen und Zusammenhänge“ (ebd.: 20) verstanden. „Beides wird von den Handelnden in konkreten Situationen im Rahmen ihrer subjektiven Relevanzhorizonte [...] interpretiert und stellt damit die Grundlage für ihr Handeln und ihre Handlungsentwürfe dar“ (ebd.). Daraus ergibt sich für die qualitative Forschung die Aufgabe, den Inhalten und Formen der sozialen Handlungen und den ihnen zugeschriebenen Bedeutungen auf den Grund zu gehen (vgl. ebd.: 20).

Es geht jedoch in dieser Arbeit nicht nur um die Interpretation und die Sinnzuschreibung durch Akteure, sondern auch um möglichst „objektiv“ feststellbare Sachverhalte (vgl. Helfferich 2009: 162) wie z. B. die Entstehung von bestimmten sozialen Konstellationen (z. B. Runder Tisch mit entsprechender Besetzung) und mögliche Erklärungen für diese Befunde. In der vorliegenden Arbeit werden soziale Situationen und Prozesse aus der Auswertung von unterschiedlichen Quellen rekonstruiert, so dass nicht die Wahrnehmung einzelner Interviewpartner das Gesamtbild dominiert. Sozialforscher wie Jochen Gläser und Grit Laudel (2010) oder Renate Mayntz (2002) sprechen in diesem Zusammenhang von kausaler Rekonstruktion sozialer Mechanismen. Diese Rekonstruktion besteht darin, „eine Sequenz von kausal miteinander verbundenen Ereignissen, die unter bestimmten Bedingungen wahrscheinlich auftritt und von spezifischen Ausgangsbedingungen zu einem spezifischen Ergebnis führt“, nachzuzeichnen (Gläser/Laudel 2010: 26; vgl. auch Mayntz 2002: 13<sup>144</sup>). Dies impliziert, dass Ausgangsbedingungen, Ereignissequenz und die spezifischen Ergebnisse miteinander verknüpft werden (vgl. Gläser/Laudel 2010: 26).

Ein Forschungsdesign, das die oben skizzierten Ansprüche (Erfassung von subjektiven Sichtweisen, Rekonstruktion von Abläufen, Aufdeckung von Mechanismen) einlöst, sind Fallstudien. Daher geht die Arbeit den Fragestellungen in erster Linie im Rahmen von Fallstudien nach, bei denen einzelne Moscheebauprojekte und ihre Folgen verdichtet beschrieben und

---

<sup>144</sup> Diese „kausale Rekonstruktion sucht keine statistischen Zusammenhänge zwischen Variablen, sondern eine Erklärung des fraglichen Makrophänomens durch die Identifikation der an seinem Zustandekommen beteiligten Prozesse und Interdependenzen“ (Mayntz 2002: 13, zit. nach Lauth et al. 2009: 27). Wolfgang Muno spricht in diesem Fall von „process tracing“ (Muno 2009: 124).

analysiert werden. Grundsätzlich gelten Fallstudien als eine Methode qualitativer Sozialforschung, die ihren Fokus auf einen Untersuchungsgegenstand legt und ihn „als Ganzes erfasst sowie in seinen Teilen und deren Beziehungen zueinander“ (Schmidt 2002: 220) beschreibt.

Dies ist vor dem Hintergrund begrenzter Zeit und Ressourcen nur anhand einer detaillierten Analyse zuvor festgelegter Fälle zu realisieren. Solche Forschungsprojekte enthalten relativ wenige Fälle im Vergleich zur Anzahl der berücksichtigten Variablen bzw. Einflussfaktoren. Sie sind also im Gegensatz zu den quantitativen, variablenzentrierten Studien fallzentriert (vgl. Blatter et al. 2007: 124).

Um eine möglichst detaillierte Darstellung der Fälle zu ermöglichen, wurden sowohl reaktive (Experteninterviews, Gespräche) als auch nicht-reaktive Erhebungsverfahren (Presseanalyse, Dokumentenanalyse, teilnehmende Beobachtung) eingesetzt. Insgesamt wurden drei kürzere und zwei vertiefte Fallstudien durchgeführt, die sich durch vielfältige Feldzugänge auszeichnen (Interviews, teilnehmende Beobachtung, informelle Gespräche<sup>145</sup>, Presse- und Dokumentenanalyse<sup>146</sup>). So wurde z. B. im Fall der Merkez-Moschee in Duisburg und bei der Al-Muhajirin-Moschee auch der Zeitraum nach der Einweihung der Moschee betrachtet, was nicht für alle Fälle gleichermaßen vorgenommen werden konnte, da die Einweihung der Moschee zum Zeitpunkt der Verschriftlichung der Fallstudien noch nicht stattgefunden hatte. Insofern handelt es sich in zwei Fällen um Langzeitstudien, die entsprechend mehr Raum einnehmen. Es wurden sechs weitere Moscheebauprojekte untersucht, um allgemeinere Tendenzen feststellen zu können, da jeder Fall, der betrachtet wird, den Geltungsbereich der festgestellten Tatbestände erweitern und neue Tatbestände aufdecken kann (vgl. Mayring 2007: o. S.). Diese Fallstudien zeichnen sich ebenfalls durch diverse Feldzugänge aus; allerdings fallen sie in der Darstellung knapper aus und werden nur partiell zu Rate gezogen, um jeweils spezifische Ausprägungen der verschiedenen Fälle zu veranschaulichen. Zudem werden die Fallstudien herangezogen, um eine breitere empirische Basis für eine möglichst umfassende Zusammenstellung der für die Beantwortung der Fragestellung relevanten Aspekte zur Verfügung zu haben. Gleichzeitig wurde durch den differenzierten Feldzugang bzw. die unterschiedliche Datengrundlage sichergestellt, dass der Ablauf des Moscheebauprojekts möglichst ausgewogen dargestellt wird.

In den Sozialwissenschaften und vor allem in der Politikwissenschaft herrscht ein breites Verständnis von dem vor, was als Fall gelten kann. So können Personen, Gemeinschaften, Organisationen sowie verschiedene Phänomene als Fall definiert werden (vgl. Flick 2007: 253f). Wie schon in Kapitel 1 angesprochen, können, um den untersuchten Prozess zu

---

145 Im Rahmen der Arbeit wird zwischen Gespräch und Interview unterschieden. Ein Interview erfolgte immer geplant und auf der Grundlage eines Leitfadens. Es wurde aufgenommen, vollständig transkribiert und systematisch ausgewertet. Die meisten Interviews dauerten ca. 75 Minuten. Gespräche hingegen ergaben sich geplant wie auch spontan, waren in der Regel kürzer als Interviews (ca. 10 - 40 Minuten), weniger umfassend und wurden häufiger am Telefon oder im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung durchgeführt. Auch haben sich im Rahmen der Treffen für Interviews häufiger Gespräche vor oder nach den Interviews ergeben. Die Gespräche wurden nicht immer transkribiert, jedoch ausführlich protokolliert.

146 Als Datengrundlage konnten nur deutschsprachige Quellen herangezogen werden, da der Autor über keine Sprachkenntnisse in Türkisch, Arabisch, Bosnisch und anderen Sprachen in muslimisch geprägten Ländern und von muslimischen Minderheiten in Deutschland verfügt. Daher konnten Wertevorstellungen, Meinungen und andere Inhalte, die nicht auf Deutsch kommuniziert wurden, nicht erfasst werden. Dass es Foren und Kontexte gibt, in denen in anderen Sprachen über Moscheebauprojekte und -gemeinden sowie ihre Beziehungen zur Gesellschaft debattiert wird, zeigt das Beispiel der Merkez-Moschee in Duisburg (vgl. Kap. 6). Dies wurde jedoch zum Teil durch Bezugnahmen auf diese Diskurse durch die muslimischen Interviewpartner mit entsprechenden Sprachkompetenzen kompensiert. Eine Übersetzung schien nicht angemessen, da bereits mit der Übersetzung Selektionen und Interpretationen einhergehen. Für die Rekonstruktion von Abläufen war dies aufgrund des umfangreichen auf Deutsch vorhandenen Materials nicht zwingend notwendig.

verstehen, die Akteure nicht isoliert von der Umwelt betrachtet werden. Deshalb ist ein Fall in der Studie kein ausgewählter Akteur bzw. keine festgelegte Einheit. Ein Fall im Rahmen der vorliegenden Arbeit ist der Moscheebauprozess bzw. das Moscheebauprojekt und seine Folgen sowie die damit zusammenhängenden sozialen Beziehungen, Akteure, Deutungen, Darstellungen und sozialen Handlungen (vgl. Merkens 2007: 297).

Insofern geht es im Rahmen der Arbeit sowohl darum, die Abläufe und soziales Handeln darzustellen und zu erklären, als auch die Legitimierungsdiskurse zu rekonstruieren und die damit verbundenen Bezugnahmen auf die Moschee und Moscheegemeinde sowie die damit verbundenen Werte, Wahrnehmungen, Normen und Interessen aufzudecken. Als Diskurse werden im Rahmen dieser Arbeit die Gesamtheit der öffentlich getätigten Aussagen oberhalb der Ebene situativ-singulärer Äußerungen zu einem Thema verstanden. Eine Definition des Diskurses, die veranschaulicht, dass der Moschee und dem Moscheebauprojekt verschiedene Bedeutungen zugeschrieben werden, und mit der man an die in Kapitel 2 vorgestellte Perspektive vom Islam als Diskursfeld anknüpfen kann, stammt von Maarten Hajer und ist forschungsleitend für die vorliegende Arbeit: Ein Diskurs ist demnach „a specific ensemble of ideas, concepts, and categorisations that are produced, reproduced, and transformed in a particular set of practices and through which meaning is given to physical and social realities“ (Hajer 1995: 44).

Bei den Moscheebauprojekten handelt sich sowohl um öffentliche als auch direkte, nicht öffentlich präsente, Aushandlungen. Unter Diskurs wird in den meisten Studien zum Thema Muslime in Deutschland eine öffentliche Austragung verstanden (vgl. z.B. Biermann 2014). Auch im Rahmen dieser Arbeit wird primär der öffentliche Diskurs untersucht. Bestimmte Äußerungen bzw. Bezugnahmen, die bestimmte Aspekte ansprechen, werden zu Erzählungen bzw. Narrativen verdichtet (vgl. Maussen 2009: 23). Sie fokussieren einen spezifischen Wirklichkeitsausschnitt und geben Aufschluss über Werthaltungen, Deutungen und Kategorien (vgl. Maussen 2009: 24), die zum einen durch die eigene Biographie und den eigenen Erfahrungshorizont und zum anderen durch einen übergeordneten Rahmen wie Kultur und gesamtgesellschaftliche Diskurse geprägt sind (vgl. ebd.). Narrative bilden semantisch zusammengehörige Einheiten, die im Rahmen dieser Arbeit als Grundgerüst für die Untersuchung von Legitimierungsdiskursen betrachtet werden. Die Äußerungen können z. B. auf Veranstaltungen, die allen offen stehen, in Medien sowie im Internet getätigt worden sein. Als halböffentlich werden Äußerungen innerhalb von Kollektiven (z. B. Kirchengemeinden) bezeichnet, die zwar medial nicht veröffentlicht sind, jedoch Personen erreichen, die potenziell zu den Stakeholdern des Moscheebauprojekts gehören.<sup>147</sup>

Diese Arbeit umfasst zusätzlich den Anspruch, eine breitere Orientierung in dem Themenfeld „Legitimierung von Moscheebauprojekten und die Vernetzung von Moscheegemeinden“ zu geben und die einzelnen Fallstudien in einen Gesamtzusammenhang einzubetten. Zu diesem Zweck habe ich zusätzlich, über die Fallstudien hinausgehend, Interviews mit

---

<sup>147</sup> Inhalte von abgeschlossenen Etappen (z. B. Konflikte im Rahmen des Antragsverfahrens), die den Interviewpartnern zufolge in direkten Gesprächen zwischen Beteiligten vermittelt wurden, gelten als nichtöffentliche Inhalte. In manchen Fällen ließen die Formulierungen der Interviewpartner Schlüsse zu, dass es sich bei den Aussagen um Inhalte mit einem besonders starken Publikumsbezug handelte und dies im Legitimierungsdiskurs entsprechend eingesetzt wurde. Dies war z.B. an folgenden Ergänzungen zu erkennen: „das zitiere ich gern“ (Int. Henrichs) und „ich erzähle bei der Gelegenheit immer“ (Int. Schenker), weswegen die Aussagen als öffentlich gewertet werden.

relevanten Akteuren, Presse- und einschlägige Dokumentenanalysen sowie teilnehmende Beobachtungen durchgeführt. Dazu gehören Interviews mit Vertretern der islamischen Dachverbände IGMG, VIKZ und DITIB, was dazu dient, über die einzelnen untersuchten Fälle hinaus einen Überblick über die (organisationsspezifische) Situation in ganz Deutschland zu bekommen. Damit die Fallstudien einen wissenschaftlichen Gehalt im Sinne der Verallgemeinerung von Ergebnissen haben, wurden die Fälle gezielt ausgewählt, was im nächsten Abschnitt näher erläutert wird.

## 5.2 Fallauswahl<sup>148</sup>

Die Fallauswahl, das Vergleichsdesign und die Generalisierung der Beobachtungen hängen eng miteinander zusammen und bedingen sich gegenseitig (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2010: 173). Die von Gläser/Laudel beschriebene Suche nach Kausalitäten durch die Betrachtung von Prozessen (s. o.) wird zusätzlich durch die punktuelle Gegenüberstellung der Fälle unterstützt. Wie bereits erwähnt, gibt es in der sozialwissenschaftlichen Forschung auf der einen Seite die detaillierte Rekonstruktion eines Einzelfalls (one N), die möglichst viele Variablen einbezieht, und auf der anderen Seite gibt es breite Untersuchungsanlagen (large N), die zwar viele Fälle untersuchen, jedoch ihre Erhebung und Analyse auf wenige Variablen reduzieren (vgl. Muno 2009: 114; Lauth et al. 2009: 26f). Die hier vorliegende Studie fußt auf einem Forschungsdesign, das dazwischen einzuordnen ist. Dies erlaubt sowohl eine detaillierte Fallbeschreibung als auch punktuelle Vergleiche zwischen den Fällen (vgl. Flick 2007: 254). Es ermöglicht über eine kausale Erklärung hinaus die Feststellung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden und somit die Identifizierung von Allgemeinem und Besonderem (vgl. Lauth et al. 2009: 27). Grundsätzlich kann bei dem Sampling unterschieden werden zwischen einer Auswahl nach vorab festgelegten, der Theorie entnommenen Kriterien, was auf die gezielte Auswahl von Fällen mit bestimmter Ausprägung von Variablen zutrifft (s. o.), und einer Auswahl erst im Forschungsprozess, die schrittweise auf der Grundlage des jeweils erreichten Erkenntnisstandes vollzogen wird (theoretisches Sampling; vgl. Merrens 2007: 292; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2010: 177f). Das Sampling der Fälle für die vorliegende Arbeit beruht auf verschiedenen Überlegungen. Zum einen gab es einen qualitativen Stichprobenplan, der aus Samplingkriterien besteht, die aus dem Forschungsinteresse der Arbeit und den in Kapitel 4 vorgestellten theoretischen Ansätzen sowie forschungspragmatischen Überlegungen abgeleitet wurden (kriteriengeleitete Fallauswahl, s. u.). Untenstehend sind die genannten Kriterien bei der Fallauswahl dargestellt:

- **Samplingkriterien, forschungspragmatisch, Gemeinsamkeiten:**
  - Das Moscheebauprojekt befindet sich in NRW.
  - Alle Moscheegemeinden existierten schon vor der Errichtung einer repräsentativen Moschee.
  - Bei der Errichtung einer repräsentativen Moschee sollten möglichst zwei Veränderungskriterien erfüllt sein, wie bereits in dem Analyserahmen im ersten

---

<sup>148</sup> Da in der vorliegenden Studie die Fälle und die Interviewpartner nicht identisch sind, stellt sich die Frage nach dem Sampling mehrmals. Die Auswahl der Interviewpartner wird weiter unten behandelt.

Kapitel begründet wurde: Repräsentanz der Architektur und sozio-religiöse Infrastruktur.

- Moscheebauprojekte liefen im Zeitraum der Datenerhebung oder wurden zuvor abgeschlossen.
- **Mögliche Varianz (a priori):**
  - Hohe und geringe Legitimität: Was ist die Ursache für die unterschiedlich stark ausgeprägte Legitimität? Warum sind manche Moscheebauprojekte legitimer als andere?
  - Moscheegemeinden mit und ohne Dachverbandszugehörigkeit, unterschiedliche Organisationszugehörigkeiten: Wie reagiert die soziale Umwelt in der Stadtgesellschaft auf die Dachverbandszugehörigkeit von Moscheegemeinden? Kann dies einen Einfluss auf die Legitimität von Moscheebauprojekten haben? Hat die Organisationszugehörigkeit Einfluss auf die Legitimität des Moscheebauprojekts?

Zum anderen wurden parallel zur Datenerhebung neue Fälle identifiziert und anschließend untersucht, um bestimmte Aspekte, deren Bedeutung sich im Nachhinein erwiesen hat, in die Theoriebildung miteinbeziehen zu können. So wurde z. B. das Moscheebauprojekt der bosnischen Gemeinde in Witten-Mitte vertieft, um die gemeindeinterne Ressourcenmobilisierung sowie die Vernetzung des Gemeindesprechers näher zu beleuchten. Jedes Moscheebauprojekt zeichnete sich durch ein für die Fragestellungen interessantes Spezifikum aus, das in den Fallstudien näher erläutert wird.

Der anfangs genannte Kriterienkatalog umfasst bestimmte forschungspragmatische Aspekte sowie theoretisch angeleitete Kriterien für die Fallauswahl. Im Folgenden sollen die Auswahlkriterien beleuchtet werden. Dem regionalen Forschungsschwerpunkt der Nachwuchsforchergruppe geschuldet, sind die Moscheebauprojekte in NRW angesiedelt. Dies stellt keine große Einschränkung hinsichtlich der Fallauswahl dar, da NRW – wie schon in Kapitel 1 dargestellt – das Bundesland mit den meisten Muslimen und den meisten repräsentativen Moscheen in Deutschland ist. Da es ein Ziel der Arbeit ist, die Situation nach Jahren des Bestehens einer repräsentativen Moschee zu untersuchen und zu sehen, wie sich die sozialen Netzwerke vor Ort langfristig gestalten, mussten für diesen Zweck Moscheen gefunden werden, deren Fertigstellung einige Zeit zurückliegt. Zugleich durfte der Bau nicht zu lange zurückliegen, da Interviewpartner gefunden werden mussten, die sich an die Phase vor dem Moscheebau sowie an den Moscheebauprozess erinnern konnten und für ein Interview bereitstanden. Außerdem sollte der Bias durch retrospektive Befragung möglichst geringgehalten werden. Insofern kamen die am Anfang der 90er Jahre entstandenen Moscheen (vgl. Kap. 3) nicht in Frage.

Da zusätzlich im Rahmen der Studie untersucht wird, wie die Aushandlung von Legitimität der Moscheegemeinde und ihres Bauvorhabens in der Stadtgesellschaft abläuft, habe ich auch laufende Moscheebauprojekte ins Sample aufgenommen. Dies bot dem Autor die Chance, bei den Verhandlungen selbst dabei zu sein und die Akteure, Fronten, Beziehungen und Aushandlungen direkt zu beobachten. Die Betrachtung der aktuellen Fälle hat außerdem den

Vorteil, dass die Interviewpartner sich zur Zeit der Befragung in den Aushandlungsprozessen befanden und sich somit an Einzelheiten besser erinnern konnten.

Damit die Veränderung und Dynamik der sozialen Netzwerke untersucht werden konnten, sollten alle Moscheegemeinden schon vor der Errichtung der repräsentativen Moschee existiert haben. Zielsetzung war es, die Moscheebauprojekte in einem Spannungsfeld zwischen dem Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur und der Sichtbarwerdung bzw. der Präsenz von muslimischen Gemeinden im öffentlichen Raum zu erfassen. Hierfür habe ich beim Sampling darauf geachtet, dass der Übergang von der Hinterhofmoschee zur repräsentativen Moschee sowohl die Erweiterung der Räumlichkeiten für zusätzliche Angebote als auch die Präsenz im öffentlichen Raum betrifft.

Neben den Kriterien, die Moscheebauprojekte erfüllen mussten, wurde darauf geachtet, dass sich die Moscheebauprojekte hinsichtlich bestimmter Merkmale (s. u.) unterscheiden, um sie miteinander kontrastieren zu können. Da eine zentrale Frage die Legitimität von Moscheebauprojekten betrifft, ist die Varianz hinsichtlich der Konflikthaftigkeit bzw. der Widerstände sowie Unterstützungsleistungen von besonderer Bedeutung gewesen.

Widerstand wird, wie in Kapitel 4.3 in der Tabelle zur Beurteilung der Legitimität der Moscheebauprojekte angemerkt, als ein Indikator für eine fehlende Legitimität verstanden. Das Bauprojekt widerspricht dabei den eigenen Vorstellungen, Interessen und Erwartungen. Die mit dem Widerstand verbundenen Handlungen wie z. B. Demonstrationen, Leserbriefe auf der Ebene der Bürger oder die Verweigerung der Zustimmung zum Verkauf eines kommunalen Grundstücks an die Moscheegemeinde auf der kommunalpolitischen Ebene zielen auf die Delegitimierung des Bauprojekts durch die Beeinflussung der Position anderer Stakeholder, auf das Ausüben von Druck auf die Entscheidungsträger oder auf die direkte Verhinderung der Realisierung einer geplanten Moschee. Betrachtet man diese Handlungen als aktiven Ausdruck von Legitimitätsbewertung (vgl. Kap. 4.3) bilden Widerstandshandlungen das Gegenstück zur Unterstützung und machen aus einem latenten Konflikt einen manifesten Konflikt (vgl. Bonacker 2009: 184).

Um die Ursachen für einen widerstandsfreien Moscheebauprozess zu finden, wurden Moscheebauprojekte in das Sample aufgenommen, die nicht durch ihre Konflikthaftigkeit aufgefallen sind, sondern in der Presse positiv rezipiert wurden (z. B. Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh). Diese Fälle könnten, angelehnt an politikwissenschaftliche Samplingmethoden, als „best practice“ oder „best case“ bezeichnet werden (vgl. Schoppengerd 2008: 81). Um Legitimierungsprobleme zu verstehen, wurden auch Moscheebauprojekte hineineingenommen, die von zähen Verhandlungen begleitet waren (z. B. Al-Muhajirin-Moschee in Bonn-Tannenbusch).

Im Gesamtsample befinden sich Moscheevereine mit unterschiedlicher ethnischer Zusammensetzung und Verbandszugehörigkeit, um zu prüfen, welchen Einfluss dies auf die Vernetzung der Moscheegemeinden und die Legitimierung ihrer Bauvorhaben hat. Um einen möglichst umfassenden Einblick in das Gemeindeleben und die Vernetzung von Moscheevereinen in Nordrhein-Westfalen zu bekommen, greife ich zudem auf Interviews mit

Moscheevereinsvertretern und auf informelle Gespräche mit Gemeindemitgliedern zurück, die in muslimischen Gemeinden ohne realisierte Bauprojekte geführt wurden. Die Einbeziehung von Moscheevereinen ohne eine repräsentative Moschee soll dazu dienen, bestimmte Faktoren wie z. B. den allgemeinen Trend zu mehr Kooperation zwischen Kommune und Moscheegemeinden mitberücksichtigen zu können.

Aus den obigen Ausführungen wird ersichtlich, dass es sich hierbei um keine schematische Gegenüberstellung der Moscheebauprojekte handelt. Vielmehr zeigen die ausgewählten Fälle einen Teil des „Möglichkeitsraums“ (Schmitt 2003: 158) der Verläufe von Moscheebauprojekten und der Vernetzung von muslimischen Gemeinden mit ihrer sozialen Umwelt auf, die an einigen Stellen zueinander in Beziehung gesetzt werden. Die von politikwissenschaftlichen Ansätzen (z. B. von Rohlfing 2009) vorgeschlagene schemenhafte Gegenüberstellung aller Fälle auf der Grundlage gleicher Variablen war weder sinnvoll für das Forschungsinteresse noch praktikabel aufgrund des jeweils unterschiedlichen Zugangs zu Daten in den Fallstudien und der unterschiedlichen Stadien der Moscheebauprojekte, an denen der Feldzugang erfolgte. So lagen in manchen Fällen detaillierte Ratsprotokolle mit zahlreichen Informationen zu den einzelnen Zeitpunkten und der Zeitdauer von Antragsprozessen vor, wohingegen in anderen Fällen diese Informationen durch Interviewaussagen erlangt werden mussten. Auch war die Berichterstattung unterschiedlich intensiv. Zudem handelt es sich bei dem Untersuchungsgegenstand um eine stark beschränkte Grundgesamtheit, was die Auswahlmöglichkeiten für ein gezieltes Sampling sehr einengt. Bei den untersuchten Moscheebauprojekten und Moscheevereinen handelt es sich um folgende Fälle, die den Tabellen 10 bis 13 zu entnehmen sind:

Tabelle 10: Hauptfallstudien

Moscheename und offizieller Vereinsname <sup>149</sup>	Stadt	Relevanz für die Arbeit
Al-Muhajirin-Moschee, (Al-Muhajirin Moschee in Bonn e.V.)	Bonn	Konflikthafte Auseinandersetzung um den ersten Standort und die Angebote für Jugendliche in der Moschee. Starker Gefährdungsdiskurs.
Merkez-Moschee und Begegnungsstätte (Kulturvereins DITIB in Duisburg-Marxloh/ DITIB Begegnungsstätte Duisburg Marxloh e.V.)	Duisburg	Große Unterstützung für das Projekt durch die korporative Stadtgesellschaft. Starke Repräsentanz des Gebäudes.

*Quelle: eigene Darstellung*

<sup>149</sup> Die Entscheidung, ob der türkische oder der deutsche Name angegeben wird, hängt von der eigenen Selbstdarstellung der Moscheegemeinden ab (auf dem Schild an der Moschee oder der der Internetpräsenz). Teilweise war diese Selbstdarstellung jedoch nicht einheitlich.



Tabelle 11: Kontrastfallstudien zu weiteren Moscheebauprojekten

Moscheename und offizieller Vereinsname	Stadt	Relevanz für die Arbeit
Weißer Moschee (Bosnisches Kulturzentrum Gemeinde Witten e.V.)	Witten	Gemeindesprecher als Netzwerkakteur. Große Befürwortung durch die Stadtgesellschaft.
Herten-Camii/Blaue Moschee (Zentrum für Bildung und Integration in Herten e.V., VIKZ)	Herten	Nach der Errichtung der Moschee Legitimitätsprobleme um die Einrichtung von Übernachtungsmöglichkeiten in der Moschee.
Sultan Ahmet Camii (DITIB Türkisch Islamische Kultur Verein e.V.)	Herten	Einrichtung eines runden Tisches, um das Moscheebauprojekt zu realisieren. Widerstand von antimuslimischen Akteuren.

*Quelle: eigene Darstellung*

Tabelle 12: Durchgeführte und verschriftliche Fallstudien, die in der Arbeit nur ausschnittsweise vorgestellt werden

Moscheename und offizieller Vereinsname	Stadt
DITIB Zentralmoschee Bonn (DITIB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Bonn e.V.)	Bonn
Ulu-Moschee (DITIB-Türkisch Islamische-Gemeinde zu Hamm-Herringen e. V.)	Hamm (Herringen)
Fatih-Moschee <sup>150</sup> (Türkische Moschee Essen-Katernberg e.V.)	Essen

*Quelle: eigene Darstellung*

Tabelle 13: Feldkontakte zu folgenden Moscheebauprojekten<sup>151</sup>

Moscheename und offizieller Vereinsname	Stadt
Yunus Emre Moschee (Türkisch-Islamische Gemeinde zu Hamm-Heessen e.V.)	Hamm (Heessen)
Türkiye-Gladbeck-Camii (DITIB-Türkisch Islamische Gemeinde Gladbeck e. V.)	Gladbeck
Selimiye-Moschee, (DITIB Türkisch Islamische Gemeinde zu Lünen e.V.)	Lünen
Mesxhidi-Aksa (Mesxhidi Aksa e.V.)	Leverkusen
Diyanet-Merkez-Camii (Türkisch-Islamische Gemeinde zu Remscheid e.V.)	Remscheid
Salam-Moschee (Ahmadiyya Muslim Jamaat e.V.)	Iserlohn
Sultan-Ahmet-Camii (DITIB Türkisch Islamische Gemeinde zu Dortmund Hörde e.V.)	Dortmund

*Quelle: eigene Darstellung*

Tabelle 14: Feldkontakte zu folgenden Moscheegemeinden ohne repräsentative Moscheen<sup>152</sup>

Moscheename und offizieller Vereinsname	Stadt
Ehli-Beyt-Moschee (Muslimische Gemeinde e.V., schiitisch)	Bochum
Ditib Bochum-Merkez-Camii (Türkisch-Islamische Gemeinde zu Bochum e.V.)	Bochum
VIKZ-Moschee (Bildungs- und Kulturverein Bochum-Stahlhausen e.V., VIKZ)	Bochum
Khaled-Moschee (Islamischer Kulturverein Bochum e.V.)	Bochum
IGMG Bochum (IGMG Bochum e.V., Ortsverein Bochum)	Bochum
DITIB Fatih Camii Hattingen (DITIB - Türkisch Islamische Gemeinde zu Hattingen e.V.)	Hattingen
Moschee Röhlinghausen (Islamische Gemeinde Herne-Röhlinghausen e.V.)	Herne

*Quelle: eigene Darstellung*

Aus den Zielen der vorliegenden Forschungsarbeit ergibt sich eine spezifische Wahl der Erhebungs- und Auswertungsinstrumente, die im Rahmen der empirischen Studie verwendet werden. Da es der primäre Zweck einer Fallstudie ist, möglichst detailliert den sozialen Sachverhalt zu erfassen und die dahinter liegenden Mechanismen zu rekonstruieren, habe ich mich für eine Kombination aus unterschiedlichen Erhebungsmethoden entschieden (vgl. Lamnek 2005: 299). Das empirische Grundgerüst bilden Leitfadeninterviews, die mit Moscheevorsitzenden und Imamen sowie kirchlichen, kommunalpolitischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren durchgeführt wurden. Zudem fließt eine umfangreiche Analyse von lokalen Presseartikeln und anderen Dokumenten (Satzungen, Ratsprotokolle etc.) in die Gesamtauswertung ein (s. o.). Somit konnten die Hintergründe, der Verlauf des Moscheebauprojekts und die Aushandlungsprozesse möglichst detailliert dargestellt werden sowie die Charakteristika der Fälle (z. B. Akteurskonstellationen) erschlossen werden.

## 5.3 Erhebungsmethoden

### Experteninterviews

Im Rahmen meines empirischen Vorgehens war das Experteninterview das geeignetste Instrument der Datengenerierung. Für die vorliegende Arbeit habe ich mich auf 39 Interviews bezogen.<sup>153</sup> Eine der am häufigsten rezipierten Definitionen von Experten ist haben Michael Meuser und Ulrike Nagel (2005) vorgenommen. Demnach sind Experten beruflich oder ehrenamtlich in einer festgelegten Rolle im Rahmen eines Kollektivs tätig. In dieser Rolle befassen sie sich

<sup>150</sup> Hierbei handelt es sich um eine Fallstudie, die im Rahmen meiner Diplomarbeit durchgeführt wurde, die Ende des Jahres 2009 fertiggestellt war.

<sup>151</sup> Hier wurde mindestens ein Interview und/oder eine teilnehmende Beobachtung und Auswertung von Dokumenten/Presseartikeln.

Die in dieser Tabelle angeführten Fälle werden nicht als eigenständige Fallstudien behandelt, sondern exemplarisch im 8. Kapitel angeführt.

<sup>152</sup> Ebd.

<sup>153</sup> Davon habe ich drei im Rahmen meiner Diplomarbeit und 35 im Rahmen der Dissertation durchgeführt. Das Interview mit dem Sprecher der DITIB-Gemeinde aus Hamm-Herringen hat mir freundlicherweise A. K. Nagel zur Verfügung gestellt. Bei dieser Zahl rechne ich die durchgeführten und in Teilen transkribierten Gespräche, die sich spontan ergeben haben und nicht nach einem Leitfaden durchgeführt wurden, nicht mit.

mit der Bearbeitung eines (den Forschenden) interessierenden Sachverhalts, hier mit dem Moscheebauprojekt, und erlangen somit spezifisches Wissen über Abläufe, Prozesse und institutionalisierte Zusammenhänge in diesem Themenfeld (vgl. Meuser/Nagel 2005: 74, Gläser/Laudel 2010: 11 f., Przyborski/Wohlrab-Sahr 2010: 132).

Differenzierungstheoretisch betrachtet sind es also spezialisierte Rollen und wissenssoziologisch ein detailliertes und spezialisiertes Wissen, was diese Personen zu Experten macht (vgl. Liebold/Trinczek 2009: 33). In Experteninterviews werden im Gegensatz zu biografischen Interviews die Interviewpartner nicht als Gesamtperson, sondern in ihrer Rolle als Repräsentanten einer Organisation befragt (vgl. Meuser/Nagel 2009: 476). Meuser/Nagel unterscheiden zwei typische Formen wissenschaftlicher Bezugnahme auf Expertenwissen. In dem einen Untersuchungstypus bilden die Experten selbst einen Teil der Zielgruppe, bzw. der im Zentrum der Untersuchung stehenden Akteure, und ihr eigentliches Handlungsfeld wird untersucht (Betriebswissen). In der anderen Untersuchungsanlage sind die Experten „[...] eine zur Zielgruppe komplementäre Handlungseinheit, und die Interviews haben die Aufgabe, Informationen über die Kontextbedingungen des Handelns der Zielgruppe zu liefern“ (Kontextwissen, Meuser/Nagel 2005: 75, Herv. i. Orig.). Im Rahmen der vorliegenden Fallstudie trifft beides auf die meisten Interviewpartner (Stadtverwaltung, Integrationspolitik, Stadtteilmanagement) zu: Auf der einen Seite werden sie als Stakeholder des Bauprojekts hinsichtlich ihrer Rolle im Moscheebauprozess und ihrem Verhältnis zur Moscheegemeinde befragt. Auf der anderen Seite geben sie Einschätzungen über die Auswirkung der repräsentativen Moschee auf die Moscheegemeinde und ihre Umwelt wie die Nachbarschaft bzw. den Stadtteil. Es wurde also zum einen Wissen abgefragt, das sich direkt auf die Partizipation an den interessierenden Prozessen bezieht (z. B. Verhandlungen, Vorbereitung einer Bürgerversammlung etc.). Zum anderen wurde davon profitiert, dass der Interviewpartner sich in einem (kommunalen) Informationsfluss befindet und die Möglichkeit besitzt, auf dieser Grundlage bestimmte Sachverhalte zu beobachten und zu reflektieren.

Eine andere Dimension von Wissen wird von Bogner/Menz beim Expertenwissen in den Vordergrund gestellt. Sie sprechen von einem Deutungswissen, das für sozialwissenschaftliche Untersuchungen relevant ist, „weil es in besonderem Ausmaß praxiswirksam wird“ (Bogner/Menz 2005: 45). Das Wissen von Experten zeichnet sich nicht nur durch seine Exklusivität und mögliche Präzision aus, sondern auch durch eine Wirkmächtigkeit (vgl. ebd.). „Demnach lassen sich Experten als Personen verstehen, die sich – ausgehend von spezifischem Praxis- oder Erfahrungswissen, das sich auf einen klar begrenzbaren Problembereich bezieht – die Möglichkeit geschaffen haben, mit ihren Deutungen das konkrete Handlungsfeld sinnhaft und handlungsleitend zu strukturieren“ (Bogner/Menz 2005: 45). Die Einflussmöglichkeit ist zwar aufgrund der verschiedenen Positionen, in denen sich die im Rahmen der vorliegenden Studie interviewten Personen befinden, sehr unterschiedlich zu bewerten. Doch es sind Akteure, die im interessierenden Handlungsfeld ein besonderes Gewicht haben, die Prozesse entscheidend beeinflussen (s. o.) und an der Etablierung und Durchsetzung von Deutungen beteiligt sind. Aufgrund ihrer Beteiligung am Moscheebauprojekt besitzen sie also einen Anspruchsgruppen-

Status. Es sind in der Regel nicht gesamtgesellschaftlich Einfluss nehmende und als Autoritäten anerkannte Persönlichkeiten. Ihr Expertenstatus leitet sich aus dem Forschungsinteresse des Forschers ab und kann auf die spezifische Fragestellung beschränkt sein (vgl. ebd.). In der vorliegenden Studie sind es Personen, die der korporativen Stadtgesellschaft zugerechnet werden und Schlüsselpositionen zwischen Organisationen (Kirche, Verwaltung, Moscheegemeinde) und ihrer städtischen Umwelt besetzen und die an den des Moscheebauprojekts beteiligt waren. Aus den bisherigen Studien (vgl. Schoppengerd 2008; Schmitt 2003, Leggewie 2009) wurden Positionen herausgearbeitet, die qua Tätigkeitsprofil besonders in Integrationsangelegenheiten und Moscheebauprozesse involviert sind (Vertreter der Kommunalpolitik, der Zivilgesellschaft, der christlichen Gemeinden, der muslimischen Gemeinden etc.).

Ich habe versucht, in allen Fallstudien Personen aus den gleichen Positionen zu befragen, um eine Vergleichbarkeit der Fallstudien zu gewährleisten. Darüber hinaus habe ich auf der Grundlage von Internet- und Presserecherche sowie bereits durchgeführter Interviews weitere Personen ausfindig gemacht, die in den Moscheebauprozess involviert waren und als potenzielle Interviewpartner in Frage kamen.

Für die angemessene Beantwortung der Fragestellung war es eine wichtige Anforderung an die Interviewpartner, dass diese bereits vor dem Moscheebauprojekt in ihren Funktionen oder ähnlichen Funktionen tätig waren, so dass sie Vergleiche zwischen dem gegenwärtigen und dem vergangenen Zustand ziehen konnten. Zusammengefasst lauten die grundlegenden Anforderungen an die Interviewpartner wie folgt:

- Beteiligung an dem Moscheebauprojekt,
- Kontakt zum Bauherren/zur Moscheegemeinde (oder Teil davon sein),
- Tätigkeit in ihrer Position vor dem Bau sowie nach dem Bau der Moschee,
- Eine zentrale Position, um so auch Kontakt zu anderen Akteuren und Moscheegemeinden zu haben,
- Bereitschaft, Auskunft zu geben.

Korrespondierend mit den oben vorgestellten Zielen der Arbeit geht es zum einen um die Abfrage von bestimmten Strukturen, objektiv feststellbaren Konstellationen und Abläufen und zum anderen um die Deutung der Geschehnisse. Bogner/Menz sprechen vom Prozess- und Deutungswissen (vgl. Bogner/Menz 2005: 44). Die Interviewleitfäden waren entsprechend konzipiert, um den Wissensformen Rechnung zu tragen.

Um zu gewährleisten, dass alle wichtigen Themenaspekte in den einzelnen Interviews behandelt werden, wurden Interviewleitfäden angefertigt. In allen Fällen handelt es sich um einen teilstrukturierten Leitfaden, in dem die Interviewpartner offen auf die Fragen antworten konnten. Die teilstrukturierten Leitfäden boten die Möglichkeit, bestimmte, vorher als relevant identifizierte, Aspekte zu thematisieren und ließen auch genügend Raum für neue Gesichtspunkte. Die fallübergreifend gestellten Fragen sollten die Vergleichbarkeit der Fallstudien gewährleisten (vgl. Helfferich 2009: 181).

Ein Leitfaden ist ein Erhebungsinstrument und das Ergebnis einer Operationalisierung, und so wurden die einzelnen Leitfragen (vgl. Kap. 1) in Interviewfragen übersetzt und nach Themenblöcken gegliedert (vgl. Gläser/Laudel 2010: 142). Die einzelnen Fragen konnten je nach beruflicher Position des Interviewten variieren. Einige Fragen betrafen genau bestimmbare Informationen und waren auf relativ kurze Antworten ausgerichtet. Diese Fragen dienten meistens der Validierung von Informationen, die aus dem Internet gewonnen wurden (z. B. Anzahl der Moscheegemeinden; Gründungsdatum von bestimmten Gemeinden). Einen bedeutenden Anteil nahmen Fragen ein, die der Rekonstruktion von sozialen Prozessen und Konstellationen dienten, und Fragen, die die persönliche Einschätzung zu bestimmten Entwicklungen erkundeten. Vor allem die ersten Fragen aus den einzelnen Themenblöcken wurden bewusst offen gestellt, um sowohl die Relevanzsetzung wie die Kenntnis bezüglich der einzelnen Bereiche auszuloten und die nachfolgenden Fragen gegebenenfalls anzupassen. Sind einige interessierende Aspekte nicht eindeutig geklärt gewesen, dann habe ich die Interviewpartner gebeten, diese Sachverhalte durch Beispiele zu konkretisieren oder weitere Details zu nennen (immanente Nachfragen). Die Reihenfolge der weiteren Fragen war zwar durch den Leitfaden vorgegeben (Sachlogik), faktisch wurde sie aber von den Äußerungen des Interviewpartners abhängig gemacht, um den Sprechfluss nicht zu stören.

Die Interviews wurden zumeist am Arbeitsplatz der Interviewten durchgeführt und dauerten zwischen 45 und 100 Minuten. Der Zeitraum, in welchem der Großteil der Interviews durchgeführt wurde, reichte von Dezember 2010 bis November 2013. Um die Entwicklungen nachvollziehen zu können sowie Detailfragen klären zu können, habe ich im späteren Forschungsverlauf mehrere Interviews und Gespräche, häufig telefonisch, durchgeführt. Auch unabhängig von den Interviews habe ich mehrere Gespräche mit Akteuren aus der Stadtgesellschaft durchgeführt und sie für die Rekonstruktion der Fallstudien als Datengrundlage genutzt. Die meisten Gespräche fanden in den Moscheen und/oder im Rahmen von Veranstaltungen (Tag der offenen Moschee, Integrationsratssitzung, etc.) statt und wurden anschließend protokolliert. Jedes Interview wurde nach der Zustimmung des Interviewpartners auf einem Tonträger aufgezeichnet. Im Anschluss an die Interviews wurden in manchen Fällen Gespräche geführt, die ebenfalls eine wichtige Rolle für die Informationsgewinnung gespielt haben. Die Interviewten konnten sich teilweise an die Sachverhalte und Abläufe nicht genau erinnern. Vor allem der Vergleich zwischen dem Zustand vor dem und nach dem Moscheebau fiel aufgrund der zeitlichen Distanz teilweise schwer (s. o.). Außerdem erschienen zum Teil manche Aussagen geschönt. In diesem Fall wurde versucht, den diesbezüglichen Sachverhalt gezielt bei anderen Interviewpartnern zu erfragen. Anschließend wurden die Aussagen zueinander in Beziehung gesetzt und die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus gezogen. Zudem wurden an manchen Stellen offensichtlich Mutmaßungen geäußert, deren Inhalte nur bedingt auf den professionellen Erfahrungshorizont der Befragten zurückzuführen waren. Bei der Auswertung wurde weitgehend auf diese Aussagen verzichtet. Außerdem wichen die Antworten der einzelnen Interviewpartner zum Teil voneinander ab. Ich habe versucht, bei relativ objektiv bestimmbarem Faktenwissen (z. B. Zeitpunkte, Orte etc.) durch weitere Recherche (Telefonate,

Internetseiten) die nötigen Informationen zu erhalten. Bei weiteren unterschiedlichen Aussagen hinsichtlich der Bewertung von Sachverhalten oder der Akzentsetzung wurde nicht zwischen Richtig oder Falsch unterschieden, sondern die Vielfalt der Perspektiven berücksichtigt. In der Schlussphase des Forschungsprojekts wurden mehrere telefonische Nachfragen bei den Interviewpartnern und anderen betroffenen Personen durchgeführt, um bestimmte Informationen zu validieren oder zu präzisieren. Um die Anonymität der Interview- und Gesprächspartner\*innen zu wahren, habe ich den Personen Pseudonyme gegeben. Damit eine Identifizierung erschwert wird, habe ich die Namen der interviewten Personen in Zeitungsartikeln, Interviewaussagen und anderen Dokumenten an die Pseudonymisierung angepasst.

## **Presseanalyse**

Eine wichtige Quelle der Datenerhebung sind Zeitungsartikel. Die Presseanalyse ist besonders gut geeignet, um Prozesse der Legitimitätsherstellung und Legitimitätserhaltung zu analysieren, weil ein Teil der in diesem Zusammenhang entstandenen Aushandlungen öffentlich geführt wurde. Medien haben über diverse Zusammenkünfte, Aktionen, Dispute etc. und über die angeführten Argumente bezüglich des Moscheebaus berichtet und somit auch die damit verbundenen Deutungen, Meinungen bzw. Sichtweisen und Erwartungen transportiert.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die beteiligten Akteure gezielt versucht haben, Botschaften über die Presse in der Öffentlichkeit zu verankern, um damit den eigenen Interessen und Ansichten sowie Positionen in Deutungskämpfen besonderes Gewicht zu verleihen. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird von „claims“ gesprochen. Ein Claim ist „eine strategische Aktion, mit der ein Sprecher seiner politischen Meinung öffentlich Ausdruck verleiht“ (Adam 2008: 183). In diesem Zusammenhang stellt Nagel (2008) fest, dass es problematisch sei, in Presseberichten und Medienreporten zu identifizieren, was intentional von den Akteuren geäußert wurde. Er diskutiert die Frage, was davon als tatsächliche Sicht der Dinge bzw. Wahrnehmung betrachtet werden kann und was als intentional eingesetzte Strategie zu deuten ist. Diese Annahmen dürften auch auf Moscheebaudiskurse zutreffen, da die öffentlichen Aushandlungen über das Moscheebauprojekt zum Teil, wie noch zu zeigen ist, einer bewussten Öffentlichkeitsarbeit unterliegen und diverse Interessen bei der Gestaltung des öffentlichen Raums eine Rolle spielen. Autoren wie Schmitt (2003) und Leggewie (2009) verweisen darauf, dass hinter den geäußerten Meinungen zum Moscheebau sich andere Motive verbergen können. So kann z. B. als ein Argument gegen den Moscheebau der Stellplatzmangel angeführt werden, obwohl dahinter eine generelle Ablehnung der Muslime steckt, die jedoch nicht geäußert wird (Leggewie 2009). In diesem Zusammenhang wird von einem verdeckten Konflikt gesprochen (vgl. Kap. 3), und insofern ist es bei der Analyse von Diskursen, die in Kapitel 4.3 definiert wurden, notwendig, zwischen der Darstellung bzw. Äußerung einerseits und der Wahrnehmung und Deutung andererseits zu unterscheiden, denn politische und öffentliche Kommunikation wird bewusst im Sinne der eigenen Interessen gestaltet (vgl. Adam 2008: 183). So sind öffentliche Stellungnahmen sowohl Ausdruck von spezifischer Legitimitätswahrnehmung als auch (De-) Legitimierungsschritte, wie z. B. bei Fürsprache oder öffentlicher Kritik deutlich

wird. Zugleich wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahmen durch vorausgegangene Diskurse beeinflusst sind und diese reproduzieren und transformieren (Keller 2011: 61).

Für öffentliche Stellungnahmen sind Medien ein wichtiger Träger des öffentlichen Diskurses. Diesbezüglich ist hervorzuheben, dass die Presse<sup>154</sup> selbst einen wichtigen Akteur in den Aushandlungen darstellt. Dies wurde auch schon im Zusammenhang mit Moscheebaukonflikten durch Leggewie et al. (2002) und Schmitt (2003) dargestellt. Sie veranschaulichen die enorme Bedeutung der Presse als Akteur, der nicht nur berichtet, sondern den Diskurs auch aktiv gestaltet. Insofern kann den Medien eine „duale Rolle“ (Adam 2008: 183) zugeschrieben werden: „Einerseits sind Medien selbst Akteure, wenn sie ihre eigene Stimme – beispielsweise in Kommentaren – erheben; andererseits selektieren sie aus dem externen Input und bieten damit denen, die den Filter durchdringen, eine Plattform“ (Adam 2008: 183). Bei den Bezugnahmen, die entweder eine eigene Wahrnehmung bzw. Deutung oder eine diskursive Strategie von Akteuren oder beides darstellen können, handelt es sich häufig um „medial vermittelte Kommunikationsbeziehungen“ (Adam 2008: 184). Dies kann vor dem Hintergrund der methodologischen Prämisse verstanden werden, dass die „claims“ verschiedene Beziehungsinformationen beinhalten: Beziehung zwischen Sprechern und Adressaten bei symbolischer Unterstützung einer Seite (Fürsprache) oder bei auf einen Akteur oder seine Handlungen bezogener Kritik sowie auf Beziehungen der Sprecher untereinander bei gemeinsam gestellten Forderungen (z. B. Allianz) (vgl. Adam 2008: 184).<sup>155</sup>

Neben der Rekonstruktion von Meinungen und Deutungen sowie diskursiven Strategien von Akteuren liefert die Presseanalyse einen Beitrag zur Rekonstruktion von Interaktionen zwischen Akteuren und erlaubt somit Schlussfolgerungen für die Bedeutung von Beziehungen zwischen Moscheegemeinde und anderen Akteuren aus der sozialen Umwelt für den Verlauf des Moscheebauprozesses. Mediale Berichte können zudem dazu verwendet werden, um verschiedene Kooperationsformen (z. B. interreligiösen Dialog) zu rekonstruieren, da häufiger von Gremienarbeit etc. entweder von der Presse berichtet wird und/oder in Zitaten von beteiligten Akteuren darauf verwiesen wird. Presseartikel berichten in der Regel über aktuelle Ereignisse, so dass die chronologische Zusammenstellung und Analyse von Artikeln bzw. Berichten es wegen der impliziten Geschichtlichkeit (vgl. Nagel 2008: 7) von Zeitungsartikeln erlaubt, den sozialen Wandel bzw. die Dynamik eines Geschehens nachzuzeichnen. Wie bei der Analyse von Dokumenten ist auch hier der Vorteil der Nichtreaktivität gegeben.<sup>156</sup> So werden teilweise von den Interviewpartnern tabuisierte Themen wie z. B. Konflikte, Namen von Gegnern etc. von der Presse bevorzugt aufgenommen, wohingegen Interviewpartner solche Aspekte wegen der Konflikthaftigkeit bei ihren Ausführungen eher umgehen. Auch waren meist konkrete Angaben zu Zeitpunkten, die in der Regel von den Interviewpartnern nicht oder nur mit Einschränkungen genannt werden konnten, weil sie sich nicht mehr erinnern konnten (s. o.), der Presse zu

---

<sup>154</sup> Hier wird meistens der Ausdruck „Presse“ verwendet, da ich den Großteil der Medieninhalte aus Zeitungsartikeln bezogen habe.

<sup>155</sup> Allerdings macht Adam darauf aufmerksam, dass diese Beziehungen und Netzwerke nicht unbedingt auf Sozialbeziehungen zwischen den Akteuren basieren, sondern „medial vermittelte Kommunikationsbeziehungen“ (Adam 2008: 184), wie oben erwähnt, darstellen. Diese sind in der öffentlichen Dimension der Aushandlungen (s. o.) verankert und lassen keine Schlussfolgerungen über private Zusammenkünfte oder bestimmte, nicht-öffentliche parlamentarisch-administrativen Prozesse zu.

<sup>156</sup> Dabei ist die Nichtreaktivität nicht gleichzusetzen mit Objektivität, da der Forscher bei der Auswertung interpretativ vorgeht (vgl. Nagel 2008: 7 mit Bezug auf Merten 1995).

entnehmen. Hinsichtlich bestimmter Angaben konnten Aussagen in Presse und Interviews miteinander abgeglichen werden. Abweichungen können einen Hinweis dafür liefern, dass bestimmte Details noch in dritten Quellen recherchiert werden sollten. Insofern dienen Presse und Interviews zu einem gewissen Grad als Korrektiv.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Presseanalyse sowohl eine Vorbereitung für die Interviews darstellte als auch neue Arten von Daten (medial vermittelte Kommunikationsbeziehungen) liefert. Sie erlaubt die Präzisierung und Validierung (bei konkreten Angaben wie z. B. Datum, Anzahl) von Aussagen aus den Interviews und liefert Erkenntnisse über Legitimierungsdiskurse und gegenseitige Bezugnahmen der Akteure.

### **Leserkommentare**

Um einen Eindruck von der Position der Bürger, v. a. Teilen der nichtkorporativen Stadtgesellschaft, zu bekommen, bin ich zusätzlich auf die häufig vorhandenen Leserkommentare eingegangen und habe auf einschlägige Internetplattformen zurückgegriffen. Dies ermöglichte, Meinungen und Legitimitätsvorstellungen jenseits der interviewten Experten und Personen der korporativen Stadtgesellschaft, die sich aktiv in die Moscheebauprojekte einbrachten, kennenzulernen.<sup>157</sup> Dies war insofern wichtig, als dass die Bevölkerung einen bedeutenden Teil der sozialen Umwelt der Moscheegemeinde darstellt und die Leserkommentare ein Medium für öffentliche Bezugnahmen auf die Moscheegemeinde und ihr Bauprojekt darstellen.<sup>158</sup> Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Aussagen nicht für alle repräsentativ sind und dass v. a. Extrempositionen durch diesen Kommunikationskanal geäußert werden.

### **Internetpräsenzen**

Die Internetpräsenz ist ein wichtiges Medium für Organisationen, um sich selbst darzustellen, ihre Positionen darzulegen und mit ihrer sozialen Umwelt zu kommunizieren. So wird z. B. auf diese Weise zu Demonstrationen gegen Moscheebauprojekte oder zu Gegendemonstrationen aufgerufen. Diese zusätzliche Datengrundlage ermöglicht es, andere Legitimitätsvorstellungen in die Auswertung und die Darstellung des Legitimierungsdiskurses einfließen zu lassen. Die Internetpräsenzen ermöglichten es zudem, auf Positionen von Akteuren einzugehen, die nicht bereit waren, sich interviewen zu lassen (z. B. Vertreter von Pro NRW).

### **Dokumentenanalyse**

Dokumente dienen nach Stephan Wolff als „institutionalisierte Spuren“ (Wolff 2007: 503), aus denen „legitimerweise Schlussfolgerungen über Aktivitäten, Absichten und Erwägungen ihrer Verfasser bzw. der von ihnen repräsentierten Organisationen gezogen werden“ (ebd.) können. Durch ihre Verfügbarkeit unabhängig von der Zeit ihrer Entstehung, ähnlich wie bei den

---

<sup>157</sup> Selbstverständlich beteiligen sich auch Repräsentanten von Organisationen und Bürger, die nicht Teil der entsprechenden Stadtgesellschaft sind. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass lokale Zeitungen, auch wenn sie im Internet für alle zugänglich sind, v. a. das Interesse der Stadtgesellschaft wecken. Wenn es Hinweise gibt, dass Akteure außerhalb der Stadtgesellschaft Leserkommentare verfasst haben, die vermutlich durch Verlinkungen auf überregional genutzten Portalen (z. B. WWW.PI-NEWS.NET) auf die Internetpräsenz der Zeitung gekommen sind, wird darauf hingewiesen.

<sup>158</sup> Nicht immer war nachvollziehbar, ob es sich bei den kommentierenden Personen um jemanden aus der Nachbarschaft bzw. der entsprechenden Stadtgesellschaft handelte. Repräsentative Umfragen waren aus Zeit- und Ressourcengründen nicht möglich.



Presseartikeln, können sie Informationen enthalten, an die sich die Interviewpartner nicht erinnern konnten. In erster Linie handelt es sich bei den verwendeten Dokumenten um Ratsprotokolle, die im Ratsinformationssystem der Kommunen verfügbar sind. Als Aufzeichnungen von Prozessen wurden sie im Rahmen dieser Arbeit genutzt, um Hintergrundinformationen über Abläufe, rechtliche Hintergründe (v. a. betreffend des Baurechts) sowie Positionen (z. B. der Ratsmitglieder) zu erlangen, die anderweitig in dieser Ausführlichkeit nicht zu bekommen waren.

### **Teilnehmende Beobachtung:**

Für die Gewinnung von Daten kam die teilnehmende Beobachtung ebenfalls mehrmals zum Einsatz. So besuchte ich Demonstrationen, Feste von muslimischen Gemeinden, Moscheeführungen (v. a. am Tag der offenen Moschee<sup>159</sup>), Ratssitzungen, Seminare, Informationsveranstaltungen und Gebete und begab mich mehrmals in Moscheen ohne besondere Anlässe, um den Moscheealltag beobachten zu können. Anschließend verfasste ich Beobachtungsprotokolle bzw. Memos. So konnte das Untersuchungsfeld zusätzlich zur kognitiven Verarbeitung auch emotional wirksam werden und entsprechende Schlussfolgerungen ermöglichen. Der Vorteil dieser Methode war, dass ich einen unmittelbaren Eindruck von bestimmten Erscheinungen gewinnen konnte und so nicht ausschließlich auf die Schilderung durch Interviewpartner oder Berichterstattungen angewiesen war. Stimmungen und bestimmte Interaktionsformen von Akteuren konnten so eingefangen und thematisiert werden.

Da es in dieser Arbeit um gegenständliche Aspekte geht wie die Erscheinung eines Gebäudes im öffentlichen Raum und die Nachbarschaft einer Moscheegemeinde als Handlungskontext sowie die Infrastruktur in Moscheen, bot es sich an, mehrere Begehungen durchzuführen. Dies geschah zum Teil in Begleitung meiner Interviewpartner. Aus den Beobachtungen ergaben sich häufig informelle Gespräche, die ebenfalls zum Teil verwertet wurden (s. o.). Die Beobachtungen wurden notiert und anschließend in Beobachtungsprotokollen festgehalten. Im Folgenden ist die Datengrundlage als Liste dargestellt:

- Experteninterviews
- Gespräche
- Teilnehmende Beobachtung
- Zeitungsartikel
- Leserkommentare
- Dokumente
- Internetpräsenzen

## **5.4 Auswertungsmethoden**

Der Einsatz von unterschiedlichen Erhebungsmethoden und die damit verbundene Verfügbarkeit von mehreren, unterschiedlichen Datenquellen, was häufig unter dem Begriff der

---

<sup>159</sup> Der Tag der offenen Moschee findet jährlich am 3. Oktober statt.

Triangulation behandelt wird (vgl. Flick 2007: 309ff.), hat einen breiten Fundus von Texten hervorgebracht, die ich mithilfe der von Gläser und Laudel entwickelten Inhaltsanalyse, ergänzt durch einige diskursanalytische Elemente (s. u.), ausgewertet habe. Die Triangulation hat mehrere Vorzüge für diese Arbeit: Zum einen ist die ergänzende Funktion zu nennen, die sich dadurch auszeichnet, dass eine umfassende, auf Moscheebauprojekte bezogene Datengrundlage zur Verfügung steht und eine detaillierte Rekonstruktion der Bauprojekte erlaubt. Mit dieser Datengrundlage steht eine Vielzahl relationaler Daten zur Verfügung, die Auskunft geben über die Vernetzung der Moscheegemeinde sowie die verschiedenen Bezugnahmen auf das Moscheebauprojekt. Die einzelnen Datenquellen liefern dabei Informationen, die die anderen Datenquellen nicht liefern. So konnten z. B. bestimmte Maßnahmen, die im Rahmen des Legitimierungsprozesses erfolgt sind (z. B. Bürgerbriefe durch die Kommune) und in der Presse erwähnt wurden, jedoch in den Interviews nicht zur Sprache gekommen sind, mit in die Darstellung der Legitimierungsschritte aufgenommen werden. Die Gründe für die Auslassungen der Interviewpartner können unterschiedlich sein wie z. B. Vergessen, Verschweigen oder niedrige Relevanz für den Interviewten, was unter Umständen berücksichtigt werden muss.

Zum anderen ermöglichte die Triangulation der Datentypen bei einem spezifischen Datentyp wie bei der Angabe über objektive Sachverhalte (z. B. Zeitpunkte) eine Validierung der Angaben, was bereits oben beschrieben wurde. Ferner erlauben die verschiedenen Daten eine Erweiterung der Erkenntnismöglichkeiten (vgl. Flick 2007: 314), denn die unterschiedlichen Quellen liefern spezifische Daten bzw. konstituieren den Untersuchungsgegenstand auf spezifische Weise (vgl. Flick 2007: 311): Interviews ermöglichen die Offenlegung von subjektiven Perspektiven (Relevanzsetzung, Werthaltung etc.) einzelner Personen, was die Presseanalyse wegen der oben angesprochenen Filterfunktion nur bedingt kann. Dafür eignet sich die Presseanalyse gut für die Darstellung des öffentlichen Diskurses, da die Zeitungsartikel als ein leitendes Medium der öffentlichen Bezugnahmen gelten (s. o.; vgl. Schneider 2012: 189). Die teilnehmende Beobachtung vermittelt, wie oben dargelegt, einen Eindruck von Stimmungen und Kommunikationsweisen beim direkten Kontakt zwischen den Akteuren, was die anderen Methoden nicht leisten können. Außerdem dienten einige Datensorten, v. a. die Zeitungsartikel, als Grundlage für die Identifizierung von Interviewpartnern. Zu nennen wäre also die vorbereitende Funktion. Mit der Triangulation sollen Grenzen der einzelnen Erhebungsmethoden und Datenquellen überwunden werden und die Untersuchung durch die ergänzenden Informationen mehr Breite und durch andere Formen von Daten mehr Tiefe und damit verbunden zusätzliche Erkenntnismöglichkeiten erlangen (vgl. Flick 2007: 311).

Die verschiedenen Erhebungsmethoden führten zu einem umfassenden Datenmaterial, das in verschriftlichter Form für die Analyse vorlag. Während die Zeitungsartikel, Dokumente und Internetpräsenzen in schriftlicher Form vorlagen, wurden die Interviews vollständig transkribiert, um „vergegenwärtigbare Daten“ (Hitzler 2002: 4) zu besitzen. In bestimmten Fällen wurde auf lautliche Gestaltung und auf redebegleitendes non-verbales Verhalten eingegangen. Diese wurden erfasst, wenn sie als Irritation im Gesprächsfluss wahrnehmbar waren. Auch Lacher sind als Irritation im Sprachfluss schriftlich festgehalten. Unverständliche Passagen

aufgrund von lauten Hintergrundgeräuschen, vom Mikrophon abgewandtem Sprechen oder partiell unverständlichem Sprechen wurden in der Regel durch „(???)“ und kurze Pausen durch „...“ im Transkript gekennzeichnet. Bei mehreren Interviewpartnern wurden zeitliche Sprachüberschneidungen durch „[,“ und „]“ jeweils zu Beginn und Ende der Sprachüberschneidung gekennzeichnet. Unvollendete Wörter und Sätze wurden durch ein „-“ am Ende der letzten geäußerten Silbe markiert. Wortdehnungen und -betonungen wurden nur bei offensichtlich beabsichtigter Verwendung als solche mit dem Unterstreichen der betonten Begriffe markiert. Grammatikalische Fehler und Versprecher, die das Verständnis beim Lesen der Arbeit erschweren könnten, wurden bei direkten Zitaten im Text korrigiert, in der Transkription aber beibehalten. Die Interviews wurden anonymisiert, da es sich bei manchen Aussagen zum Teil um kritische Stellungnahmen bezüglich anderer Akteure handelt.

Die in Textform vorliegenden Daten habe ich anschließend inhaltsanalytisch ausgewertet. Wie oben dargelegt, lagen unterschiedliche Quellen vor (Transkripte, Ratsdokumente, Presseartikel, Internetseiten, zudem Gesprächs- und Beobachtungsprotokolle), die allesamt der Analyse unterzogen wurden, wobei die Spezifika der Datenquellen berücksichtigt werden mussten.<sup>160</sup>

Entsprechend der vorgeschlagenen Herangehensweise von Gläser/Laudel (2010) habe ich auf der Grundlage der in Kapitel 4 vorgestellten theoretischen Überlegungen ein Kategoriensystem erstellt. Bei der Analyse standen somit thematische Einheiten stärker als die Sequenzialität der Aussagen im Vordergrund.<sup>161</sup> Die Kategorien korrespondieren zum Teil mit den Wirklichkeitsausschnitten, die bereits im Leitfaden verankert waren (s. o.).

Das Kategoriensystem wurde, anders als in herkömmlichen Methoden der Inhaltsanalyse, im Laufe des Forschungsprozesses und neuer Erkenntnisse zum Teil modifiziert und angepasst. Dies ermöglichte es, unvorhergesehene Informationen des Materials zu verarbeiten (vgl. Gläser/Laudel 2010: 199). Somit lagen deduktiv und induktiv erstellte Kategorien vor, denen ich die jeweiligen Passagen aus den Quellentexten zugeordnet habe (Kodierung). Zugleich habe ich aus den Textpassagen für die Forschungsfragen wesentliche Informationen extrahiert und in kurzen Memos verschriftlicht. Das mehrmalige Lesen aller Quellentexte garantierte ihre Kodierung mit dem jeweils aktualisierten Kategoriensystem. Das Verfahren erfolgte computergestützt unter Verwendung des Programms MAXQDA.

Die Kategorien gruppieren sich um die im Kapitel vorgestellten und das Forschungsprojekt abgrenzenden Aspekte und ihre Querbezüge: die Sichtbarkeit von Moscheegemeinden, ihre sozio-religiöse Infrastruktur bzw. ihre sozialen und religiösen Angebote, ihre soziale Vernetzung sowie die Legitimität der Moscheebauprojekte. Aus den einzelnen Aspekten wurden eigene Kategorien erstellt. Abhängig von ihren inhaltlichen Beziehungen zueinander wurden die Kategorien hierarchisch mit Unterkategorien versehen (Gläser/Laudel 2010: 46).

---

<sup>160</sup> So war das Protokoll des Runden Tisches in Herten als ein Resultat von zuvor stattgefundenen Aushandlungen zu verstehen, während die Aussagen in einem Gespräch als Ausdruck der individuellen Sichtweise gesehen wurden. Alle Zitate in Zeitungsartikeln wurden als öffentlich gewertet, wohingegen Gespräche mit Personen, die nicht am öffentlichen Legitimierungsdiskurs beteiligt waren, als privat bewertet wurden.

<sup>161</sup> Allerdings wurde innerhalb der Fallstudien auf den sequenziellen Verlauf einzelner Ereignisse geachtet, um die Mechanismen rekonstruieren zu können (s.u.).

Am Beispiel des zentralen Konzepts „Legitimität“ kann dies veranschaulicht werden. Aus den von Suchmans Konzept entlehnten Legitimitätsdimensionen habe ich zunächst drei gleichrangige Kategorien erstellt: „moralische Legitimität“, „pragmatische Legitimität“ und „kognitive Legitimität“.

Nachdem die ersten Interviews und Zeitungsartikel ausgewertet waren, wurde der Bedarf nach weiteren Unterkategorien deutlich, da z. B. Sympathie gegenüber oder Ängste von Stadtteilibewohnern vor der Moscheegemeinde bzw. ihren Vertretern bei ihrer Bewertung der Moscheebauprojekte mitentscheidend waren. Mangels entsprechender Legitimitätsdimensionen in den theoretischen Ansätzen wurde die Unterkategorie „emotionale Legitimität“ eingeführt. Um den Kategorienbaum zum Legitimitätskonzept nicht zu groß werden zu lassen und die Übersichtlichkeit zu wahren, habe ich versucht, einzelne Legitimitätsdimensionen, die eine ähnliche innere Logik aufweisen als Unterkategorien einer Kategorie zuzuweisen. Zugleich sollten sie wegen ihrer Besonderheit als separate Unterkategorien, denen die Textpassagen zugeordnet werden können, bestehen. Für Sympathien und Ängste wurde z. B. „emotionale Legitimität“ aufgrund des nichtevaluativen, sondern unmittelbar wirkenden, Charakters der kognitiven Legitimität zugeordnet, was sich entsprechend im Kategorienbaum widerspiegelt. Jede Textpassage, die hierzu Aussagen enthielt, wurde dieser Unterkategorie zugeordnet.

Ferner sind auch Aspekte, die für die Rekonstruktion der Abläufe von Moscheebauprojekten relevant sind, als eigene Kategorien aufgenommen worden (z. B. Akteure, Legitimierungshandlungen, Dauer, Unterstützung etc.). So konnte ich auf der Grundlage der thematisch passenden Kategorien, den zugeordneten Textpassagen und den extrahierten Informationen die entsprechenden Unterkapitel mit ihren Schwerpunkten verfassen. Der fallstudienbezogene Abruf der Kategorien machte möglich, Aussagen zu einzelnen Fällen zu treffen sowie die Fälle hinsichtlich eines Aspekts, der als eine Kategorie im Kategoriensystem verankert war, gegenüberzustellen. Für eine Analyse von Zusammenhängen konnten fallstudienbezogen mehrere Kategorien miteinander in Beziehung gesetzt werden, wie z. B. Legitimitätsdimensionen und Legitimierungshandeln, was eine Grundlage für die Aufdeckung kausaler Mechanismen gebietet hat. Ich habe zudem Kategorien für Informationen und Textpassagen erstellt, die Auskunft geben über bestimmte theoretisch angenommene und in Kapitel 4 vorgestellten Zusammenhänge, wie z. B., dass Vernetzung zu Unterstützung führen kann.

Die oben genannte Unterscheidung in Deutungswissen und Prozesswissen spielte bei der Auswertung eine wichtige Rolle. So wurden beim Prozesswissen differierende Aussagen zu Abläufen und Prozessen miteinander verglichen, um die Sachlage zu klären. Beim Deutungswissen geht es darum, die Interviewpartner, aber auch die betrachteten Medien, Verfasser von Leserbriefen etc. als Teil des Prozesses und v. a. der Aushandlungen zu begreifen und ihre Einstellungen, Deutungen des Geschehens, Werte- und Normverständnisse offenzulegen, um v. a. die Legitimität von Moscheebauprojekten und die Bezugnahmen auf andere Akteure erfassen zu können (vgl. Meuser/Nagel 2005).

Kausale Mechanismen (s. o.) wurden also durch folgende Auswertungstechniken aufgedeckt: Die Rekonstruktion der zeitlichen Abfolge bestimmter Tatbestände, weshalb der

chronologische Ablauf der Fallstudien bei der Analyse und der Darstellung beachtet wurde,<sup>162</sup> die Einschätzungen der Experten hinsichtlich bestimmter Zusammenhänge sowie punktuelle Vergleiche zwischen den Fallstudien, um z. B. organisationsspezifische Zusammenhänge zu erkennen (vgl. Gläser/Laudel 2010: 248 f.).<sup>163</sup>

Nachdem ich in den letzten Kapiteln den Forschungsstand, die theoretischen Ansätze sowie das methodische Vorgehen vorgestellt habe, folgt nun der empirische Teil, in dem die Fallstudien dargelegt werden. Kapitel 6 und Kapitel 7 beinhalten die zwei Hauptfallstudien, die Moscheebauprojekte der Merkez-Moschee in Duisburg und der Al-Muhajirn-Moschee. In Kapitel 8 folgen die drei Kurfallstudien zu der Weißen Moschee in Witten sowie der Blauen Moschee und der Sultan-Ahmet-Moschee, beide in Herten. Die Struktur der Fallstudien richtet sich nach den Unterfragen der vorliegenden Arbeit und der konzeptionellen Unterscheidungen, die im 4. Kapitel vorgenommen wurden. Zugleich sollen die Ausführungen die Eigendynamik der Fallstudien zum Ausdruck bringen, weshalb die Fallstudien sich in ihrer Schwerpunktsetzung und ihrer Gliederung leicht voneinander unterscheiden.

---

<sup>162</sup> Es geht nicht darum einzelne Variablen herauszulösen und zu kontrollieren und die Intensität des Einflusses von Faktoren auf die beschriebenen Entwicklungen zu quantifizieren. Entsprechend des Verständnisses von Mechanismen geht es vielmehr darum, dass ein Zusammenhang besteht zwischen dem beschriebenen Phänomen und den möglichen, zeitlich vorausgegangenen Ursachen, die in Betracht gezogen werden. Dieser Zusammenhang wird qualitativ näher erläutert.

<sup>163</sup> Der Einsatz einer Diskursanalyse wäre für die Zwecke der vorliegenden Arbeit nicht ausreichend, da die Aussagen der Interviewpartner unter anderem auch als subjektive Sinnzuschreibungen verstanden wurden, was jedoch nicht der Perspektive der Diskursanalysen entspricht, die sich v. a. mit überindividuellen Diskursen befassen (vgl. ebd.). Gleiches gilt für die Rekonstruktion objektiver Sachverhalte. Bei der Darstellung und Analyse der Legitimierungsdiskurse ging es mir daher weniger darum, wie in Diskursanalysen detailliert nachzuzeichnen, wie sich Bezugnahmen auf andere Bezugnahmen beziehen und sich die Legitimierungsdiskurse in ihren inhaltlichen Nuancen entwickeln und wandeln. Da die vorliegende Arbeit ebenfalls die Handlungsabläufe rekonstruiert, würde diese Herangehensweise über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Daher beschränke ich die Darstellung und Analyse weitgehend auf eine Gesamtschau von Deutungen, Darstellungen und den dahinterstehenden Interessen, Werten und Normen. Gleichzeitig wird jedoch versucht, Bezugnahmen inklusive der Legitimitätsbewertungen mit (vorausgegangenen) Legitimierungsschritten in Zusammenhang zu bringen, um Mechanismen der Legitimierung offenlegen zu können.

## **Teil II: Fallstudien – Empirische Befunde**

## **6 Hauptfallstudie: Merkez-Moschee und Begegnungsstätte in Duisburg-Marxloh**

Im Folgenden werde ich auf den Moscheebau in Duisburg-Marxloh als einen besonders prominenten Fall eingehen, der von der Presse als auch der Wissenschaft (vgl. Schoppengerd 2008, Balke 2008) aufgegriffen wurde und als ein Leuchtturmprojekt in den öffentlichen Diskurs eingegangen ist. Dies ist vor allem auf drei Spezifika des Bauprojekts zurückzuführen:

Zum einen ist der Planungs- und Bauprozess sehr friedlich verlaufen und es war kaum offener Widerstand zu vernehmen. Zum anderen wurde das Projekt mit öffentlichen Geldern (Land NRW und EU) gefördert und damit die Etablierung einer in dem Moscheekomplex integrierten Bildungs- und Begegnungsstätte ermöglicht, die von einem separaten Verein geleitet wird. Zusätzlich handelte es sich bei der Merkez-Moschee zum Zeitpunkt ihrer Einweihung um die größte Moschee Deutschlands, die über mehrere Kuppeln und ein Minarett verfügt.

Vor allem im Hinblick auf den Schwerpunkt der vorliegenden Forschungsarbeit, der Legitimierung von Moscheebauprojekten, liefert der Fall wichtige Einsichten und veranschaulicht, wie ein solches Projekt diskursiv in der Stadtgesellschaft verankert wird. Zugleich stellt das Projekt ein Anschauungsobjekt dar, das aufzeigt, wie soziale Angebote im Kontext einer Moscheegemeinde ausgebaut und unter der Beteiligung der Gesellschaft organisiert werden können. Im Gegensatz zum Großteil der bestehenden Forschung lenkt diese Studie den Blick zusätzlich auf die Situation nach der Einweihung der Moschee und untersucht damit die Auswirkungen der Errichtung und des Unterhalts des Moscheekomplexes auf die muslimische Gemeinde, den Stadtteil und die Beziehung zwischen der muslimischen Gemeinde und ihrer sozialen Umwelt. Da die Geschichte des Bauherrn und die Entstehung der Moschee wie der Legitimierungsdiskurs stark mit dem Stadtteil Marxloh verschränkt sind, werde ich den Fokus stärker auf den Stadtteil als auf die Stadt als Handlungskontext legen. Den Handlungskontext werde ich im nächsten Abschnitt vorstellen und das muslimische Gemeindeleben in den Vordergrund stellen.

### **6.1 Ausgangslage und stadträumlicher Kontext**

#### **6.1.1 Zuwanderungsgeschichte und sozio-ökonomische Entwicklung in Duisburg-Marxloh**

Duisburg liegt am westlichen Rand des Ruhrgebiets und ist mit knapp einer halben Million Einwohnern nach Dortmund und Essen die drittgrößte Stadt dieser Ballungsregion. Mit ihrer industriellen Vergangenheit steht sie für eine Ruhrgebietsstadt schlechthin, die durch die Montanindustrie gewachsen und in ihrer Struktur stark geprägt worden ist. Außerdem steht Duisburg mit manchen seiner Stadtteile, darunter vor allem Marxloh, exemplarisch für Stadtviertel, die durch Arbeiter und Migranten geprägt, und für Herausforderungen, die mit dem Strukturwandel verbunden sind. Heutzutage ist Duisburg immer noch ein bedeutender Standort für Industrie und Logistik. Die Stadt beheimatet den größten Binnenhafen Europas und ist noch immer

Standort eines der größten Stahlproduzenten (vgl. Kracht 2008: 87ff). Sie ist administrativ aufgeteilt in 46 Stadtteile, die sich in sieben Stadtbezirken befinden.

Einer der schillerndsten Stadtteile ist Marxloh, welches weit im Norden Duisburgs im Stadtbezirk Hamborn liegt und 20.422 Einwohner hat (vgl. Stadt Duisburg/EG-DU 2017). In seiner Geschichte hat der Stadtteil eine Entwicklung durchgemacht von einem idyllischen Dorf im 19. Jahrhundert zu einer industriellen Arbeiter-Hochburg Anfang des 20. Jahrhunderts und von einem bekannten Einkaufsstadtteil in der Nachkriegszeit zum benachteiligten Stadtteil in den 90er Jahren (vgl. Voll 2016: 11ff.) Es war die Industrialisierung, die die Grundlage für das Wachstum des Stadtteils gelegt hat. Im 19. Jahrhundert siedelten sich Unternehmen der Kohle- und Stahlindustrie wie z. B. Thyssen an. Die unmittelbare Verbindung zum Rhein hat diese Entwicklung begünstigt. Durch den Arbeitsbedarf wurden schon damals, also schon lange vor der Ära der türkischen Arbeitsmigranten, Menschen aus dem nahen Umfeld, aber auch Arbeitskräfte von weit her angezogen, so z. B. die „Ruhrpolen“ aus den Ostprovinzen Preußens (vgl. Herbert 2003: 74ff).

Wie auch in anderen Teilen des Ruhrgebiets hat die wirtschaftliche Entwicklung zu einem rasanten Bevölkerungswachstum beigetragen. Die gute Konjunktur der Stahlindustrie in den 1960er-Jahren führte zu einem starken Zuzug ausländischer Arbeitnehmer (vgl. Kracht 2008: 92). Seit Mitte der 70er Jahre ist Marxloh durch den Strukturwandel in der Kohle- und Stahlindustrie besonders betroffen (vgl. Bell 2004: 24). Durch die wachsende Arbeitslosigkeit ging die Kaufkraft zurück, was auch den Rückgang von Einzelhandel und Dienstleistungen in Marxloh zur Folge hatte. Junge Arbeitskräfte wanderten ab und es kam zu einem verstärkten Wandel der Bevölkerungsstruktur. Laut dem Sozialbericht der Stadt Duisburg von 2010 betrug Dichte beim Bezug von Leistungen nach SGB II 34,4 %, was nach Hochfeld der zweithöchste Wert in Duisburg ist (vgl. Busch-Geertsema/Ruhstrat 2010: 61). Generell kam es zu einem Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitigem Anstieg des Migrantenanteils.<sup>164</sup> Das für viele NRW-Städte typische Segregationsmuster (vgl. Strohmeier 2006: 13) gibt es auch in Duisburg. So zeigt die Analyse der drei Dimensionen von residentieller Segregation – sozial, demografisch und ethnisch –, dass es hier eine räumliche Konzentration von Ausländern, Arbeitslosen und kinderreichen Familien gibt.<sup>165</sup>

Die religiöse und ethnische Landschaft in Duisburg und insbesondere in Marxloh wurde durch die Einwanderung der türkischen Arbeitsmigranten stark geprägt. Es waren allen voran türkische Arbeitsmigranten, die in den 1960er Jahren kamen, nach dem Anwerbestopp 1973 in Duisburg und Marxloh blieben und ihre Familien nachholten. Die Türkeistämmigen konzentrieren sich in erster Linie auf die nördlichen Stadtteile Marxloh, Hochfeld und Bruckhausen, in denen der Kohlebergbau und die Stahlindustrie besonders ausgeprägt sind bzw. waren. Die Zahl von 52 Moscheen (vgl. Int. Acar) weist darauf hin, dass das muslimische Leben organisatorisch stark in der Stadt verankert ist. Die Moscheevereine gehören unterschiedlichen Verbänden an

---

<sup>164</sup> Seit dem Jahr 2010 steigt die Einwohnerzahl wieder (vgl. die Einwohnerstatistik der Stadt Duisburg, <https://opendata-duisburg.de/dataset/einwohnerstatistik>, letzter Zugriff am 06.06.21).

<sup>165</sup> Die Sozialraumanalyse macht ebenfalls deutlich, dass es hier eine Problemkumulation hinsichtlich der Indikatoren ‚Einkommensdefizit‘, ‚Wahlverhalten‘ (also geringe Wahlbeteiligung) und ‚Bevölkerungsfluktuation‘ gibt (Fischer 2001: 54).



oder sind als unabhängige Gemeinden organisiert. Mit der hohen Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Prägung des Stadtteils durch Türkeistämmige hat der Stadtteil in der medialen Darstellung den Status eines problematischen Stadtteils erlangt.<sup>166</sup>

Die Voraussetzungen für die Legitimität eines muslimischen Bauvorhabens in Marxloh können anhand der demografischen und sozio-strukturellen Grundlagen des Viertels als ambivalent eingeschätzt werden. Zum einen kann der hohe Anteil von Muslimen in der unmittelbaren sozialen Umwelt des Bauherrn förderlich sein. Dies resultiert daraus, dass sich dort potenziell Akteure befinden, für die z. B. aufgrund ihrer Sozialisation oder ihrer Herkunft aus einem muslimisch geprägten Land eine repräsentative Moschee normal erscheint (kognitive, verständnisbezogene Legitimität). Entsprechend können ihre Wertvorstellungen z. B. von der Angemessenheit von Gebetsräumen (moralische Legitimität) tendenziell vorteilhaft für das Bauprojekt sein. Ein Teil der Bevölkerung kann ein unmittelbares Interesse haben an einer symbolischen Aufwertung der eigenen Religionsgemeinschaft und einer Bereitstellung von Infrastruktur für den eigenen Gebrauch (pragmatische Legitimität). Laut Hüttermann ist die Prägung des Stadtteils hinsichtlich der Präsenz von Türkeistämmigen dergestalt, dass sich die „wohnumfeldnahe Öffentlichkeit“ (Hüttermann 2000: 276) in zwei (größere) Teilöffentlichkeiten gliedert. Daraus folgt, dass weder der deutsch geprägte Teil der Bevölkerung noch die türkischstämmige Bevölkerung „verbindliche Definitionsmacht [hat], über welche die eine Seite exklusiv verfügen könnte“ (ebd.), was starke Implikationen für den Legitimierungsprozess haben kann.<sup>167</sup> Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass es in der türkeistämmigen Bevölkerung verschiedene Gruppierungen gibt, z. B. links-säkular geprägte, die sich womöglich nicht mit dem Moscheebau identifizieren. Festzuhalten ist, dass der Entstehungskontext der Merkez-Moschee stark von türkeistämmigen Personen und Organisationen geprägt ist, was für den Legitimierungsprozess von Bedeutung erscheint.

### **6.1.2 Integrationspolitik in Duisburg: Verhältnis zwischen Stadt und muslimischen Gemeinden<sup>168</sup>**

Um den Entstehungskontext der Moschee zu charakterisieren, ist es hilfreich, auf die Integrationspolitik der Stadt Duisburg einzugehen. Die in diesem Abschnitt beschriebenen Strukturen entstanden parallel zu Planung und Bau der Merkez-Moschee, bauen jedoch auf einem Integrationskonzept auf, welches bereits seit der Jahrtausendwende den Handlungskontext der Duisburger Integrationspolitik charakterisiert. Dies betrifft z. B. die Kooperation mit

---

<sup>166</sup> So z. B. auf Spiegel TV (vgl. <https://www.spiegel.de/video/ehere-ghetto-als-integration-duisburg-marxloh-6-video-1082089.html>, letzter Zugriff am 06.06.21).

<sup>167</sup> Hüttermann stellt in seiner Studie fest, dass Marxloh ein exemplarischer Stadtteil für den Wandel des Etablierten-Außenseiter-Verhältnisses ist. Er stelle eine Überschreitung der gewohnten Statusgrenzen z. B. durch Immobilienerwerb und den sichtbaren Aufbau oder Ausbau der eigenen sozialen Infrastruktur (Läden, Vereine) fest. Zugleich konstatiert er eine „statustranszendierende (aber unmittelbar fürchteinflößende) Formation eines machistischen Eckenstehermilieus“ (Hüttermann 2000: 291) in Anlehnung an das Konzept der „Street-Corner-Society“ von William Foote Whyte (1943).

<sup>168</sup> Bei den Quellen, auf die ich mich in diesem Abschnitt beziehe, handelt es sich um neuere Ausführungen, die Aussagen treffen über den Zustand nach dem Stellen des Bauantrages im Jahr 2002. Allerdings hat es die Bemühungen um Kooperation mit Migrantenorganisationen und eine ressourcenorientierte Perspektive in der kommunalen Integrationspolitik bereits um die Jahrtausendwende gegeben (vgl. Schoppengerd 2008: 86f., 96f.). Insofern können die von Akteuren geäußerten Ansichten und Strategien als Handlungskontext des Moscheebauprojekts in seiner Anfangsphase gesehen werden.

Migrantenorganisationen und eine ressourcenorientierte Perspektive in der kommunalen Integrationspolitik (vgl. Schoppengerd 2008: 86f., 96f.).

Integration gilt in Duisburg ähnlich wie in anderen Kommunen als eine Querschnittsaufgabe, die Bereiche wie Wohnen, Arbeiten und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund am kommunalen Leben umfasst. Wie in Integrationskonzepten anderer Städte hat auch in Duisburg ein Paradigmenwechsel stattgefunden, der dazu geführt hat, dass die Ressourcenorientierung die Defizitorientierung abgelöst hat (vgl. Gissendanner 2011: 37 ff.). Dieser Ansatz ist dadurch gekennzeichnet, dass man versucht, Migranten vor allem als Potenzial für die Stadt zu gewinnen, und danach strebt, mit Bildungsarbeit die Situation der Migranten zu verbessern. Darüber hinaus werden Migrantenselbstorganisationen als wichtige Partner für die Integrationsarbeit anerkannt. Sie werden als die vermittelnde Instanz zwischen Personen aus den Migrantencommunities und der Stadtverwaltung betrachtet.<sup>169</sup> Dies soll durch die Schaffung der Kontaktstelle für Migrantenselbstorganisationen am Referat für Integration organisatorisch erleichtert werden (vgl. Stadt Duisburg o. J.: 18). Duisburg profiliert sich mittlerweile durch seine ethnisch und religiös plurale Bevölkerung. Diese Diversität ist akzeptiert und soll nach der offiziellen Linie der städtischen Integrationspolitik gefördert und gestaltet werden (vgl. Stadt Duisburg o. J.: 20). An mehreren Stellen des Integrationskonzepts wird grundsätzlich anerkannt, dass die Migrantencommunities den Migranten Halt liefern und wichtige Unterstützungsleistungen bereitstellen (vgl. ebd.).

Das oberste Ziel der Duisburger Integrationspolitik ist es, die „Einbindung der MSO in die Infrastruktur der Stadtteile“ (ebd.: 17) zu gewährleisten. Durch die Förderung und die Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen wird versucht, das „Gegenteil von Parallelstrukturen oder die Befestigung von Projekten, die sich von der Gesellschaft abgewandt haben“ (ebd.: 17), zu erreichen. Aus der Wortwahl wird eine gewisse Skepsis gegenüber der Selbstorganisation von Migranten deutlich, die sich in erster Linie auf die Tendenz zur Abschottung und zur Entstehung von Parallelstrukturen bezieht. Gleichzeitig werden den Communities immanente Behinderungen von Integration gesehen, die es zurückzudrängen gelte:

„Es gehört dabei in Duisburg zur kollektiven Stadtgeschichte und zur Biographie vieler Bürgerinnen und Bürger, zu erkennen, dass Herkunft und Community persönlichen Halt geben und zugleich den Aufbruch in neue Zeiten und Verhältnisse beschränken können“ (ebd.: 11).

Unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit soll die für alle geltende „einheitliche Stadtbürgerschaft“ als eine gemeinsame Identität wirksam sein. Diese gemeinsame Identität soll über das Motto „Wir sind DU“ verstärkt und verstetigt werden. Dies kann als Versuch der Stadt Duisburg gewertet werden, eine grenzüberwindende Identität der Duisburger herzustellen. Hierfür wurde ein Portal „WWW.WIR-SIND-DU.DE“ aufgebaut, welches die Kommunikation von

---

<sup>169</sup> So heißt es im Integrationskonzept: „Die Arbeit mit den MSO ist ein entscheidender Baustein, um Brücken in die Communities und aus den Communities heraus zu schlagen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken“ (Stadt Duisburg o. J.: 17).

verschiedenen Akteuren erlaubt und Transparenz bezüglich der Tätigkeiten der Stadt und der Migrantenselbstorganisationen im Integrationsbereich fördert.<sup>170</sup>

Ein zusätzlicher Faktor, der als unentbehrlich für den kommunalen Zusammenhalt betrachtet wird, ist die Dialog- und Netzwerkarbeit.<sup>171</sup> Durch Dialog sollen Vorstellungen darüber ausgetauscht werden darüber, was Integration ausmachen soll (ebd.: 11). Eine wichtige Rolle nehmen dabei die muslimischen Gemeinden ein. Als ein Gremium, das eine Schnittstelle von muslimischen Gemeinden und der Stadtverwaltung darstellt, ist vor allem der Integrationsrat zu nennen, in dem unter anderen auch organisierte Muslime ihre Interessen vertreten. Dieser setzt sich aus neun aus dem Stadtrat entsandten Mitgliedern und 18 direktgewählten Migrantenvertretern zusammen. Darunter befanden sich in der Zeit von 2010 - 2014 Mitglieder der DITIB (drei Vertreter) und der IGMG (zwei Vertreter). Die in den Wahlen des Integrationsbeirats 2010 erfolgreichste Liste ist die der Muslimischen Türken Union (MTB), die fünf Vertreter im Integrationsrat stellte.

Die Zusammensetzung macht deutlich, dass sich die Mitglieder dieses kommunalpolitischen Gremiums primär aus muslimischen Gruppierungen rekrutieren. Dies wird auch von der Duisburger Integrationsbeauftragten so beurteilt, die die große Bedeutung des Rats für die Einbringung von muslimischen Interessen betont:

„Die muslimischen Gemeinden haben eigentlich immer eine große Rolle gespielt in Duisburg. In der letzten Zeit konzentriert sich die Arbeit der muslimischen Gemeinden eher auf den Integrationsrat, da sind sehr viele, das sind gewählte Vertreter der muslimischen Gemeinden im Integrationsrat, also so im politischen Kontext und da werden eben sehr viele Anfragen und auch Themen reingebracht, die das muslimische Alltagsleben betreffen. Zum Beispiel muslimische Seelsorge in Gefängnissen oder bei Unfällen oder auch in Krankenhäusern oder auch Religionsunterricht an Schulen usw.“ (Int. Acar).

Die Zusammenarbeit zwischen muslimischen Gemeinden und der Stadt konzentriert sich also stark auf den Dialog und Austausch über muslimische Belange im Integrationsbeirat. Diesen Dialog schätzt die Integrationsbeauftragte als sehr wichtig ein. Ein Grund für das besondere Interesse der Stadt an Moscheegemeinden sind die vielen Jugendlichen, die über die Moscheegemeinden erreicht werden können. Gleichzeitig wird, korrespondierend mit dem Prinzip des Säkularismus, Religion als eine Privatangelegenheit betrachtet, in die durch die Stadt nicht interveniert werden sollte. Das spiegelt sich darin wider, dass eine direkte finanzielle Unterstützung von Moscheevereinen laut den Aussagen der Integrationsbeauftragten kein Bestandteil der kommunalen Integrationspolitik ist (vgl. Int. Demir). Gefördert werden stattdessen säkulare Vereine, die gelegentlich aus den Moscheegemeinden heraus gegründet werden. Diese doppelte

---

<sup>170</sup> Dieses Instrument wird in dem Integrationskonzept als eine „zeitgemäße Verkommunizierung der Integration“ (ebd.: 19) verstanden und dargestellt.

<sup>171</sup> Die Vernetzung des Referats für Integration mit verschiedenen Gremien und lokalen Organisationen dient dazu, „die tatsächliche Wirkung und Zukunftsorientierung der Integrationsarbeit in der Stadt im Auge zu behalten und bewerten zu können (Wirkungs- und Zielcontrolling)“ (ebd.: 15).

Organisationsstruktur beurteilt die Integrationsbeauftragung als praktikablen Weg, die Jugendlichen über das Vernetzungspotenzial der Moscheegemeinden zu erreichen.

Sowohl aus offiziellen Dokumenten (z. B. das Integrationskonzept) als auch aus den Aussagen der Integrationsbeauftragten erschließt sich, dass die Stadt die Moscheevereine als wichtige Erbringer von religiösen Diensten für Muslime grundsätzlich anerkennt. Auch wird anerkannt, dass die Moscheevereine darüber hinaus soziale Dienste anbieten.

Wie auch in anderen Städten spielt die Sicherheitspolitik in Zusammenhang mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle. Ein besonders prominentes Beispiel ist die sogenannte Sicherheitspartnerschaft, die für eine Kooperation zwischen der Duisburger Polizei und den Moscheevereinen steht. Diese besteht seit 2007 und zeichnet sich dadurch aus, dass Polizei und Moscheevereine zusammen diverse Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche anbieten und damit versuchen, der Radikalisierung bei jungen Muslimen vorzubeugen. Auf muslimischer Seite sind der DITIB Genc-Osman-Moscheeverein und der dazugehörige Fußballverein SV Genc-Osman daran beteiligt. Zudem gibt es zwei Kontaktbeamte der Duisburger Polizei (Int. Demir), die sich bei verschiedenen Problemen an Moscheevereine wenden (vgl. Website der Polizei Duisburg<sup>172</sup>). Diese Zusammenarbeit wird von der Stadtverwaltung aktiv gefördert (vgl. ebd.).

Erklärte Aktivitäten und Ziele dieser Kooperation(en) sind „vertrauensvolle Zusammenarbeit mit muslimischen Institutionen und Einrichtungen“, „zielgruppenorientierte Netzwerkarbeit innerhalb der Stadt Duisburg“, „Repräsentation der Polizei bei islamischen Veranstaltungen und in interkulturellen Gremien“ und die „Repräsentation der Polizei bei islamischen Veranstaltungen und in interkulturellen Gremien“ (ebd.).<sup>173</sup>

Es ist festzustellen, dass die Duisburger Integrationspolitik dadurch charakterisiert ist, dass Migrantenorganisationen anerkannt und gefördert werden, jedoch gleichzeitig das Primat des Säkularismus vorherrschend ist und deswegen eine Förderung von nichtreligiösen Strukturen bevorzugt wird. Hier ist das typische, in Kapitel 2 beschriebene Muster zu erkennen: Zum einen dienen Moscheevereine als „pressure groups“ bzw. Lobbygruppen, die die Interessen muslimischer Gemeinde in der Stadt vertreten. Zum anderen dienen sie als Multiplikatoren, mit deren Hilfe ein Teil der muslimischen Bevölkerung durch die Stadt erreicht werden kann.

Zusätzlich zu der Duisburger Integrationspolitik als Teil des Entstehungskontexts werde ich im nächsten Abschnitt auf eine Entwicklung der 1990er Jahre in Duisburg eingehen, die, wie sich später zeigen wird, eine entscheidende Rolle für das Moscheebauprojekt der DITIB-Moscheegemeinde spielte.

### **6.1.3 Der Muezzin-Konflikt in den 1990er Jahren und die Folgen für den Umgang der Stadt mit muslimischen Gemeinden**

Ein einschneidendes Ereignis hinsichtlich des Zusammenlebens von Muslimen und Nichtmuslimen in Duisburg und der symbolischen Präsenz der Muslime im öffentlichen Raum ist ein

---

<sup>172</sup>[https://polizei.nrw/duisburg/artikel\\_256.html](https://polizei.nrw/duisburg/artikel_256.html), letzter Zugriff am 25.03.13.

<sup>173</sup> Ebd. In den letzten Jahren haben sich diverse Projekte und Programme im Bereich der Radikalisierungsprävention herausgebildet, wie z. B. das vom Land NRW geförderte Programm „Wegweiser“, das Beratungsarbeit in diesem Bereich leistet und mit diversen Moscheegemeinden in Kontakt steht (vgl. Website von Wegweiser Duisburg: <https://www.awo-duisburg-wegweiser.de/>, letzter Zugriff am 06.06.21).

Antrag von zwei muslimischen Gemeinden auf einen lautsprecherverstärkten Gebetsruf und der damit verbundene Konflikt. Dieser spielte sich in den Jahren 1996 und 1997 „vor dem Hintergrund einer krisenhaften Zuspitzung der sozioökonomischen Situation der Stadt“ ab (Schmitt 2003: 274; s. o.). Es war eine ATIB<sup>174</sup> Gemeinde aus Marxloh, die den ersten Antrag stellte; daraufhin beantragte eine in Duisburg-Laar beheimatete DITIB-Gemeinde ebenfalls einen Gebetsruf. Die beiden Anträge führten zu heftigem Widerstand in der Bevölkerung, an dessen Spitze sich ein radikaler Pastor der Evangelischen Kirchengemeinde Laar stellte, der zu einer „vulgär-theologische Aufladung“ (ebd.: 343) beigetragen hat. Der Konflikt, der sich in Streitereien auf öffentlichen Veranstaltungen und durch abwertende Leserbriefe äußerte, nahm solche Ausmaße an, dass beide Moscheevereine ihre Anträge zurückzogen und somit auf den Gebetsruf verzichteten (vgl. Int. Acar).

Für engagierte Akteure aus dem zivilgesellschaftlichen, religiösen und politischen Bereich war es verwunderlich, dass es trotz vorhandener Dialogstrukturen, die seit den 1980er Jahren etabliert wurden, zu einem derartigen Konflikt kommen konnte. Diese Tatsache bringt Geschäftsführerin der Begegnungsstätte Fadime Acar zu der kritischen Auffassung, die auch von anderen Akteuren der Stadtgesellschaft geteilt wird, dass der Dialog bloß auf Gemeindevorsitzende beschränkt geblieben sei. Die Interviewpartnerin berichtet folgendes über den Konflikt:

„Das war im benachbarten Stadtteil in Laar, aber das war ja ganz Duisburg, das war ja, das ging ja sogar bundesweit über die Presse. Also, ich bin in Duisburg seit über 25 Jahren im christlich-islamischen Dialog, aber spätestens bei dem Streit um den Muezzinruf haben wir gesehen, dass der Dialog wirklich in der intellektuellen Ebene verankert ist und nicht durchgesickert ist zu den normalen Menschen“ (Int. Acar).

Eine detaillierte Beschreibung des Konflikts würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Hervorzuheben ist, dass dieses Ereignis einen starken Einfluss auf die Kontakte zwischen städtischen Behörden und muslimischen Gemeinden gehabt hat (vgl. Tezcan 2000: 437f.; Schmitt 2003: 345) und somit als Einflussfaktor beim DITIB-Moscheebauprojekt in Duisburg-Marxloh zu berücksichtigen ist.

Wie zu zeigen ist, flossen die aus den Ereignisse während des Konflikts gewonnenen Einsichten in den Deutungsrahmen und die Legitimierung des Bauprojekts der Merkez-Moschee mit ein (vgl. Schoppengerd 2008: 86). Auch die Integrationsbeauftragte sieht Lerneffekte bei der Stadtverwaltung und den Migrantenorganisationen aufgrund des alten Konflikts und die Einrichtung ihrer Stelle zum Teil dadurch begründet. Außerdem führt sie diesbezüglich Folgendes aus:

---

<sup>174</sup> ATIB ist die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V. Sie gilt als eine Organisation, die der rechtsextremistischen Bewegung „Graue Wölfe“ nahesteht, die in Deutschland häufig unter dem Namen „Idealisten-Vereine“ auftreten (vgl. Bozay 2017, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland>, letzter Zugriff am 06.06.21).

„Ich glaube, daran wurde, an diesem Beispiel des Muezzinrufes, hat man sich gestritten. Gestritten. Und das, was für mich sehr wichtig ist als Erkenntnis, sowohl für die alteingesessene Bevölkerung, die Muslime sind da, die werden auch nicht weggehen. Das ist, also diese Erkenntnisse sind sehr wichtige Erkenntnisse, auch für Politik und Verwaltung. Richtig zu begreifen, was es bedeutet. Erstens das und zweitens haben auch ganz viele Migrantengruppen verstanden, wenn wir hier friedlich leben wollen, müssen wir miteinander verhandeln. Das machen sie ja auch jetzt“ (Int. Demir).

Wenn man diesen Ausführungen folgt, kann man davon ausgehen, dass dieser Konflikt zum ersten Mal die Präsenz der Muslime für die Stadtgesellschaft sichtbar bzw. greifbar gemacht hat und zugleich die Notwendigkeit zur Verhandlung nahegelegt hat. Auch wenn dies nicht bedeutet, dass die nichtmuslimische Stadtteilgesellschaft die Interessensbekundungen der Muslime gutheißt, ist davon auszugehen, dass der Konflikt die zunehmende Etablierung des Islam und der Muslime in der Stadtgesellschaft und den Wandel der Normen anschaulich gemacht hat (moralische Legitimität).

Bezug nehmend auf eine schon während des Muezzin-Konflikts durchgeführte öffentliche Veranstaltung, die vom damaligen Oberbürgermeister Josef Krings initiiert wurde und die die Möglichkeit geboten hat, Ängste zu artikulieren und Begründungen für die Projekte zu präsentieren, zieht die Integrationsbeauftragte folgende Schlussfolgerung:

„Deswegen müssen, egal, auch jetzt für die Zukunft und damals eben auch der tragende Gedanke, alles, was jetzt neu hinzukommt, muss von allen Beteiligten öffentlich besprochen, diskutiert werden. Aber schon in so einem Kontext und diesem Kontext, diesen Rahmen kann die Verwaltung und Politik, also insbesondere Verwaltung, geben. Das ist so der springende Punkt, wo die Verwaltung was machen kann“ (Int. Demir).

Vor allem die offene Aushandlung von neuen Erscheinungen in der Stadtgesellschaft, wie ein Muezzinruf, werden hier angesprochen. Mit dem Rahmen, den die Verwaltung und Politik für diese Partizipation bieten kann, ist vor allem die städtische Integrationspolitik und die Stadt- bzw. Stadtteilentwicklung (s. o.) angesprochen.

Seit dem Muezzin-Konflikt haben also diverse Veränderungen stattgefunden. Dies ist zum einen auf der kognitiven Ebene geschehen, indem verantwortliche Akteure sich bei ihrem Handeln das Negativgeschehen vor Augen geführt haben und nun versuchen, ähnlichen Tendenzen entgegenzuwirken (vgl. Int. Möller, Int. Acar, Int. Demir). Dabei scheint sich die Einsicht durchgesetzt zu haben, dass ein Dialog auf der Ebene der Politik und der Kirchen sowie der Vereinsvorständen nicht ausreicht und folglich die Kommunikation auch auf der Ebene der Stadtbevölkerung stattfinden muss (vgl. Yardim/Faust 1999: 76 f., Int. Acar). Die Akteure im religiösen Bereich haben auf den Konflikt reagiert, indem sie den Dialog ausgebaut und versucht haben, über den theologischen Dialog auf der Ebene der Gemeindeleitung hinaus interreligiöse Begegnung auf der Ebene des Stadtteils zu etablieren. Hier ist vor allem das Projekt

„Aufeinander zugehen, miteinander leben“ zu nennen, das 1998 ins Leben gerufen wurde und sich zum Ziel gesetzt hat, „den begonnenen Dialog zwischen Christen und Muslimen in Duisburg fortzusetzen und gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit in der Stadt einzutreten“ (Webseite von Ekir 2004<sup>175</sup>).<sup>176</sup> Die Veränderungen durch den Konflikt spiegeln sich ebenfalls, wenn auch in geringem Maße, auf der institutionellen Ebene wider. So hat der Konflikt, wie oben erwähnt, die Einrichtung der Stelle einer Integrationsbeauftragten für die Stadt Duisburg gefördert und zudem die Einrichtung eines Islambeauftragten bei der Evangelischen Kirche in Duisburg angeregt (vgl. Int. Demir, Gespräch mit dem Pfarrer der Bonhoeffer Gemeinde Marxloh-Obermarxloh Ulrich Wagner).

Nachdem ich den Kontext der Fallstudie dargestellt habe, werde ich im nächsten Kapitel auf den Ablauf des Moscheebauprojekts der DITIB-Moscheegemeinde in Duisburg-Marxloh eingehen.

## **6.2 Das Moscheebauprojekt: Fallskizze und Legitimität**

### **6.2.1 Fallskizze**

Hauptakteur des Geschehens ist ein DITIB Moscheeverein, der 1985 gegründet wurde und mit ca. 900 Mitgliedern einer der ältesten und größten Moscheevereine in Duisburg ist. Zusammen mit den Familienangehörigen der offiziellen Mitglieder sind es über 2000 Personen, die der Moscheegemeinde angehören (Int. Dersin). Die Mitglieder kommen ursprünglich aus der Schwarzmeerregion der Türkei, unter anderem der Hafenstadt Trabzon. Es sind vor allem ehemalige Arbeitsmigranten, die nach Marxloh gekommen sind, um in den Thyssen-Werken und der Marxloher Zeche zu arbeiten, sowie ihre Nachkommen.

Im Jahre 1985 hat die Moscheegemeinde eine Zechenkantine inklusive des umliegenden Grundstückes von der Ruhrkohle AG (RAG) erworben (vgl. Schoppengerd 2008: 90). Die ehemalige Kantine hatte einen Gebetsraum und einen Teeraum und konnte insgesamt ca. 300 Menschen zum Freitagsgebet beherbergen. Im Vergleich zu den Räumlichkeiten von anderen Moscheevereinen war der Gebetsraum groß. Zusätzlich boten die Lage und die Größe des Grundstückes Parkmöglichkeiten, so dass viele Gläubige sich entschlossen haben, der Gemeinde beizutreten.<sup>177</sup> Mit der Zeit ist die Gemeinde zunehmend gewachsen, und der Wunsch nach einer größeren Moschee hat sich im Laufe der 90er Jahre herauskristallisiert. Dabei gab es eine interne Debatte darüber, ob das bestehende Gebäude saniert werden oder ob ein Neubau auf demselben Gelände entstehen sollte. Schon relativ früh, also 1995, noch bevor die Gemeinde sich für einen konkreten Plan entschieden hat, hat es erste Gespräche über einen Moschee-Neubau oder -Umbau gegeben zwischen Vertretern der muslimischen Gemeinde und einer Angestellten

---

<sup>175</sup><https://www.ekir.de/www/downloads-archiv/duisburg2004woche-programm.pdf>, letzter Zugriff am 12.12.14.

<sup>176</sup> Der Wille, den Dialog auf der Ebene des Alltags und der Stadtbevölkerung zu verankern, wird deutlich an der mehrmaligen Durchführung der „Woche der christlich-islamischen Begegnung“, bei der mehrere Veranstaltungen dezentral und an unterschiedlichen Orten (Moscheen, Kirchen, Kindergärten etc.) stattfanden und möglichst niedrigschwellig sein sollten (ebd.).

<sup>177</sup> Ein anderer Grund war die DITIB-Zugehörigkeit, die für die türkischen Arbeiter ebenfalls attraktiv erschien. Sowohl der Türkei- bzw. Heimatbezug als auch die Vertretung laizistischer Werte (vgl. Kap. 2.3.1) wurden mit der DITIB assoziiert und damals von vielen türkischen Arbeitern in Marxloh gutgeheißen (vgl. Int. Demir).

bei der Entwicklungsgesellschaft Duisburg (EG-DU)<sup>178</sup>, die einige Personen aus der Moscheegemeinde schon vorher gekannt hat:

„Ja, da gab's ein erstes Zusammenkommen mit dem Baudezernenten, mit dem Bildungsdezernenten, ja, wir waren dann alle da und ich war auch da, ich war damals frisch, neu. Und da wurde gesagt und ich habe den Vermerk geschrieben, dass die Verwaltung diese Gemeinde unterstützt, damit sie bauen können“ (Int. Demir).

Offensichtlich war der Rückhalt der DITIB-Gemeinde bei der EG-DU von Anfang an groß. Allerdings sind noch einige Jahre vergangen, bis die muslimische Gemeinde sich 1998 mit konkreteren Vorstellungen, nämlich einem Neubau der Moschee, an verschiedene Stellen der Verwaltung gewendet hat. Die Verzögerung ist unter anderem mit dem Muezzin-Konflikt (s. o.) zu erklären, der vorher stattgefunden hatte, die Moscheegemeinde vorsichtig gestimmt hatte und eine interne Aushandlung über die Ausgestaltung der Moschee mit sich gebracht hat.

Eine intensive Planungsphase setzte ab dem Jahr 2000 ein und war bereits von Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Die großen Anstrengungen um eine möglichst breite Akzeptanz des Projekts sind vor dem Hintergrund des 1996 stattgefundenen Konflikts zu deuten (s. o.). In der Planungsphase befand sich Marxloh im Stadium des Ziel-2-Programms (2000-2006), das eine Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Stadtentwicklungsprogramm „Soziale Stadt NRW“ umfasste und unter anderem die „Verbesserung der sozialen Infrastruktur“ zum Ziel hatte (vgl. Int. Demir, Website Soziale Stadt NRW<sup>179</sup>).

Da die Gemeinde schon vor der Planung einer Moschee hinsichtlich ihrer sozialen Aktivitäten und Teilnahme an Dialogen tätig gewesen ist, wie z. B. der Bibellesung in der Moschee mit christlichen Vertretern, und die EG-DU-Mitarbeiterin die Gemeinde kannte und davon wusste, machte sie die Gemeinde auf die Möglichkeit aufmerksam, den Bau einer Moschee mit einer öffentlichen Einrichtung für Begegnung zu kombinieren und sich zugleich um eine Teilfinanzierung aus öffentlichen Geldern, die aus den beiden Förderungsprogrammen stammen sollten, zu bemühen (vgl. Int. Demir, Int. Acar). Diese Idee wurde nach einigen Diskussionen innerhalb der Gemeinde von den Vertretern befürwortet und in gemeinsamen Gesprächen mit der EG-DU konkretisiert.<sup>180</sup> Diese Entwicklung unterscheidet den Fall von den meisten anderen Moscheebauprojekten und hatte weitreichende Implikationen für die Angebotspalette, die Legitimität des Projekts und die Vernetzung der muslimischen Gemeinde, wie noch in den folgenden Kapiteln zu zeigen ist.

Um den Planungsprozess konzeptionell zu begleiten, wurde eine informelle Planungsgruppe gegründet, die sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren (Verwaltung, Kirchen, Politik etc., s. u.) zusammensetzte. Als eine Verbindung zwischen der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte dient eine Steuerungsgruppe, die sich aus Vertreter der DITIB-

---

<sup>178</sup> Die Entwicklungsgesellschaft Duisburg wurde 1999 auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses der Stadt als städtische Tochtergesellschaft gegründet (vgl. Website von EG-DU: [HTTPS://WWW2.DUISBURG.DE/MICRO/EG-DU/EGDUINTERN/EGDU\\_INTERN\\_GRUENDUNG.PHP](https://www2.duisburg.de/micro/eg-du/egduintern/egdu_intern_gruendung.php), letzter Zugriff am 06.06.21). Sie stellte mehrere Jahre den Stadtteilmanager Harald Möller, der das Moscheebauprojekt begleitet hat (s. u.).

<sup>179</sup> [HTTP://WWW.SOZIALE-STADT.NRW.DE/STADTTEILE\\_PROJEKTE/PROJEKTE/MARXLOH\\_BBSTAETTE.PHP](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/projekte/marxloh_bbstaette.php), letzter Zugriff am 15.10.12.

<sup>180</sup> Die genaue organisatorische Ausgestaltung wird weiter unten dargestellt.



Zentrale, Vorstandsmitgliedern des Moscheevereins sowie der Begegnungsstätte zusammensetzte (vgl. Int. Henrichs).

2002 hat der Moscheeverein die Baugenehmigung beantragt und im selben Jahr die Zustimmung bekommen. Die Moschee sollte am selben Standort an der Warbruckstraße 51, 47169 Duisburg, wo die alte Moschee stand, errichtet werden. Im Juni 2002 wurde der Begegnungsstätten-Beirat gegründet, der die Planungsgruppe ersetzte, die um einige Mitglieder erweitert wurde. Zugleich wurde er durch die Beiratsmitglieder, die Stadt Duisburg und die Moscheegemeinde prominent in der Öffentlichkeit als ein Instrument der Transparenz und Partizipation verankert.<sup>181</sup>

Nachdem die Konzeption des Projekts und die Finanzierung im Beirat weitgehend geklärt waren<sup>182</sup>, stellte die Stadt Duisburg im Juli 2004 einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für das Projekt (vgl. LRH 2013: 7), welcher dann im Januar 2005 von der Bezirksregierung genehmigt wurde. Somit konnte das Projekt mit einer Zuwendung von über 3,5 Millionen Euro bei insgesamt 7,5 Millionen Euro Baukosten gefördert werden (vgl. Tagesspiegel 25.10.08). Die Übergabe des Bewilligungsbescheids wurde von Seiten der Verantwortlichen (Moscheegemeinde und Stadtverwaltung) mit einer Übergabezeremonie (vgl. RP 29.01.05) gefeiert, indem der damalige NRW-Bauminister Michael Vesper den Bescheid persönlich übergab.<sup>183</sup> Zwei Monate später, am 22.03.05, begann der Bau mit dem ersten Spatenstich, bei dem diverse politische und gesellschaftliche Akteure anwesend waren.

Neben den positiven Reaktionen gab es im selben Jahr eine von Neonazis<sup>184</sup> organisierten Demonstration in der Nähe der Baustelle unter dem Motto „Multikultur abschaffen – Moscheebau stoppen“ (vgl. Özmal 2008: 224), was ein Impuls für die Gründung des Marxloher Bündnisses war, welches sich für den Moscheebau aussprach und an der Gegendemonstration beteiligte (vgl. Gespräch Wordelmann).

Während der Bauzeit im Jahr 2006 wurde der Verein „DITIB Begegnungsstätte Duisburg Marxloh e.V.“ gegründet, so dass er seine Arbeit noch vor der Fertigstellung des Moscheekomplexes aufnehmen konnte. Einer der Schwerpunkte zu dieser Zeit war das Projekt „Begegnungsstätte-Jetzt“, mit dem eine Möglichkeit zur Information der Öffentlichkeit geschaffen wurde (vgl. Özmal 2008: 227). Der Ort für die provisorische Begegnungsstätte war ein Informationscontainer („Rosencontainer“ s. u.). Damit sollte die Offenheit des Projekts, die vorher angekündigt worden war, bereits zu Bauzeiten realisiert werden. Im selben Jahr kam es zu einer weiteren Demonstration von Rechtsradikalen gegen den Moscheebau, wogegen sich Gegendemonstrationen bildeten (vgl. ebd.). Am 8. September 2006 fand das Richtfest der Moschee statt, das ähnlich wie die Grundsteinlegung und die Übergabe des Bewilligungsbescheids feierlich

---

<sup>181</sup> Aufgrund der großen Bedeutung des Beirats für das Moscheebauprojekt werde ich dieses Gremium weitem unten detailliert beschreiben.

<sup>182</sup> Für die Erstellung des organisatorischen Aufbaus wurde das Unternehmen „Klaus Wagener Organisationsentwicklung“ beauftragt, was die Professionalität des Vorgehens verdeutlicht. Es war zuständig für „das Abstimmen mit den Interessensgruppen, das Abgrenzen der gemeindlichen Teile (die eigentliche Moschee) von den Teilen der öffentlichen Begegnungsstätte, die Berechnungen der Investitionen beim Innenausbau, das Erstellen von Antragsunterlagen für eine Förderung mit öffentlichen Mitteln [...]“ ([HTTPS://WWW.KLAUS-WAGENER.DE](https://www.klaus-wagener.de), letzter Zugriff 12.12.14).

<sup>183</sup> Dabei bekundete der Bauminister: „Ich kann nicht jeden Bewilligungsbescheid persönlich überbringen, aber es wird auch nicht jedes Bauvorhaben von so vielen Menschen begleitet“ (Vesper, zitiert nach RP 29.01.05). Damit betonte er den hohen Stellenwert des Bauprojekts und spielte sowohl auf die hohe Zahl der Anwesenden als auch auf das Bürgerengagement im Rahmen des Bauprojekts an.

<sup>184</sup> Konkrete Gruppierungen wurden weder von den Interviewpartnern noch in den zur Verfügung stehenden Zeitungsartikeln genannt.

inszeniert wurde. Auch hierbei waren prominente Politiker und Kirchenvertreter anwesend und beteiligten sich neben den Vertretern der DITIB-Moscheegemeinde durch Ansprachen an der Veranstaltung. Ende des Jahres 2006 kam es zu einer Störung des an sich friedlichen Moscheebauprozesses. So stellte sich heraus, dass das für den Bau zuständige Bauunternehmen einem polizeilich registrierten Neo-Nazi, nämlich Günther Kissel<sup>185</sup>, gehörte. Die Vertreter der Moscheegemeinde distanzierten sich öffentlich von dem Unternehmen, verwiesen aber auf einen Vertrag, der nicht mehr gekündigt werden konnte, da es sonst zu einem Vertragsbruch gekommen wäre und dies zu hohen Zusatzkosten geführt hätte (vgl. RP 12.10.06).<sup>186</sup> Der Fall wurde entgegen den Befürchtungen mancher Beteiligten nicht in der Öffentlichkeit debattiert (vgl. Int. Henrichs).

Am 26.10.08 wurde die Merkez-Moschee feierlich eingeweiht. Die große Bedeutung, die die Moscheeeröffnung besaß, spiegelt sich in der Zusammensetzung der Gäste und Redner wider. Es kamen ca. 5.000 Besucher aus dem In- und Ausland, darunter Vertreter aus Politik, Kirche und Zivilgesellschaft (Welt 26.10.08). Die mediale Berichterstattung war vorwiegend positiv geprägt. Untenstehend sind die wichtigsten Ereignisse, auch über die Einweihung hinaus, die in den weiteren Abschnitten näher beschrieben werden, in einer Zeittabelle dargestellt.

Tabelle 15: Zeittabelle des Moscheebauprojekts

Datum/Periode	Entscheidende Ereignisse bzw. Phasen des Moscheeprojekts
1985	Gründung der Gemeinde, Erwerb einer Zechenkantine inklusive des umliegenden Grundstücks von der Ruhrkohle AG (RAG)
1990er Jahre	Diskussion innerhalb der DITIB-Gemeinde über Sanierung oder Neubau
1994	Aufnahme in das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Soziale Stadt“ Gründung des "Projekt Marxloh", bestehend aus der Entwicklungsgesellschaft Duisburg-Marxloh als Sanierungsträger (später umbenannt zu Entwicklungsgesellschaft Duisburg, EG-DU).
1995	Aufnahme des Stadtteils Marxloh in das europäische Förderprogramm URBAN
1995	erste Kontaktaufnahme der Moscheevertreter mit der Stadt bezüglich eines Moscheebauprojekts
1996	Konflikt nach dem Antrag auf die Genehmigung eines lautsprecherverstärkten Gebetsrufes durch zwei Moscheevereine aus Marxloh und Laar

<sup>185</sup> Kissel ist nach den Aussagen vom NRW-Innenministerium 2001 „als Spender für rechtsextremistische Parteien bekannt geworden“ (NRW-Innenministerium, zit. nach RP 07.10.06).

<sup>186</sup> Das Unternehmen „Kissel-Rapid“ wurde nach einer europaweiten Ausschreibung durch die Stadt Duisburg ausgewählt, ohne, dass der rechtsradikale Hintergrund des Eigentümers den Verantwortlichen bewusst gewesen war. Als die Beteiligung eines Unternehmers mit rechtsradikalen Hintergrund nach einiger Zeit bekannt wurde und an die Presse gelangt war, fürchtete laut der RP das leitende Gemeindemitglied Zülfiye Kaykin, dass der Umstand das Image des Gotteshauses schädige und die Spendenbereitschaft bei den Muslimen negativ beeinflussen könnte. Inwiefern der Vorfall die Bereitschaft der Muslime zu spenden beeinflusst hat, ist nicht feststellbar. Laut Aussagen der stellvertretenden Vorsitzenden der Begegnungsstätte haben die Moscheegemeinde und die Begegnungsstätte dies „gut überstanden“ (Int. Henrichs).

<b>Datum/Periode</b>	<b>Entscheidende Ereignisse bzw. Phasen des Moscheeprojekts</b>
2000	Bauvoranfrage, dann Planungsphase
2002	Bauantrag und Baugenehmigung, Einrichtung einer Planungsgruppe Gründung des Begegnungsstätten-Beirats
08.07.2004	Stadt stellt einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für das Begegnungsstätten-Projekt
18.01.2005	Bezirksregierung bewilligt die finanzielle Förderung der Begegnungsstätte innerhalb des Moschee Neubaus
22.03.2005:	Bauprozess des Moscheekomplexes beginnt, symbolischer Spatenstich
30.07.2005	Demonstration von Rechtsradikalen gegen den Moscheebau, große Gegendemonstration von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und der Stadt Duisburg
2006	Gründung des Vereins „DITIB Begegnungsstätte Duisburg Marxloh e. V.“, Einrichtung des Informationscontainers
09.09.2006	Richtfest
26.10.2008	Eröffnung des Moscheekomplexes
Herbst 2009	Konflikte innerhalb der Moscheegemeinde. Der Vorstandsvorsitzende Ahmet Özlem tritt zurück. Murat Kaya wird als neuer Vorstandsvorsitzender gewählt. Zusammenarbeit zwischen Moscheegemeinde und Begegnungsstätte verschlechtert sich.
11. 04.2010	Trauerfeier für den 1997 verstorbenen Führer der aus der Türkei stammenden rechtsextremen MHP (Partei der Nationalen Bewegung), Alparslan Türkeş, in dem Moscheekomplex. Die Feier wird öffentlich, es folgt Kritik daran.
27./28.03.10	Demonstration von rechten Parteien für ein Minarettverbot in Marxloh. Große Gegendemonstration.
Im Laufe 2010	Die Anschubfinanzierung läuft aus. Es kommt zu Finanzierungsengpässen in der Begegnungsstätte. Die Moscheegemeinde übernimmt zwischenzeitig die Finanzierung. Das Bistro geht über in die Verantwortlichkeit der Moscheegemeinde.
Ende 2011	Der Vorstandsvorsitzende des Moscheevereins spricht sich gegen die Schließung der Kirche St. Peter und Paul aus.
Frühjahr 2013	Der Landesrechnungshof stellt Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung der öffentlichen Mittel fest. Betrugsvorwürfe gegen Z. Kaykin
2014	Interviewpartner berichten von guter Zusammenarbeit zwischen der Begegnungsstätte und der Moscheegemeinde.

<b>Datum/Periode</b>	<b>Entscheidende Ereignisse bzw. Phasen des Moscheeprojekts</b>
2021	Ende der pflichtgemäßen Existenz der Begegnungsstätte als eigener Verein.

*Quelle: eigene Darstellung*

Die Begegnungsstätte ist in einem eigenständigen Verein organisiert, erhielt jedoch die öffentlichen Finanzmittel von der Moscheegemeinde, die den Letztempfänger der Zuwendungen darstellt (vgl. LRH 2013: 3). Mit dieser rechtlichen und räumlichen Trennung soll auf der einen Seite eine organisatorische Unabhängigkeit beider Vereine gewährleistet sein und gleichzeitig durch das gemeinsame Dach eine Einheit des Projekts sichergestellt und symbolisch vermittelt werden.

Neben der räumlichen Nähe durch die Unterbringung im selben Gebäudekomplex sind die Moscheegemeinde und die Begegnungsstätte personell durch Mitgliederüberschneidung miteinander vernetzt. So sind zwei Vorstandsmitglieder der Moscheegemeinde gleichzeitig im Vorstand der Begegnungsstätte. Daneben beteiligen sich andere Gemeindemitglieder an der Arbeit der Begegnungsstätte und nutzen ihre Angebote. Mitwirkende und Mitglieder beider Vereine sind zudem in zwei gemeinsamen Gremien vertreten: dem Begegnungsstätten-Beirat und der Steuerungsgruppe. In dieser Steuerungsgruppe sind neben Vertretern der Kommunalpolitik und Stadtverwaltung zwei DITIB-Dachverbandsvertreter präsent.

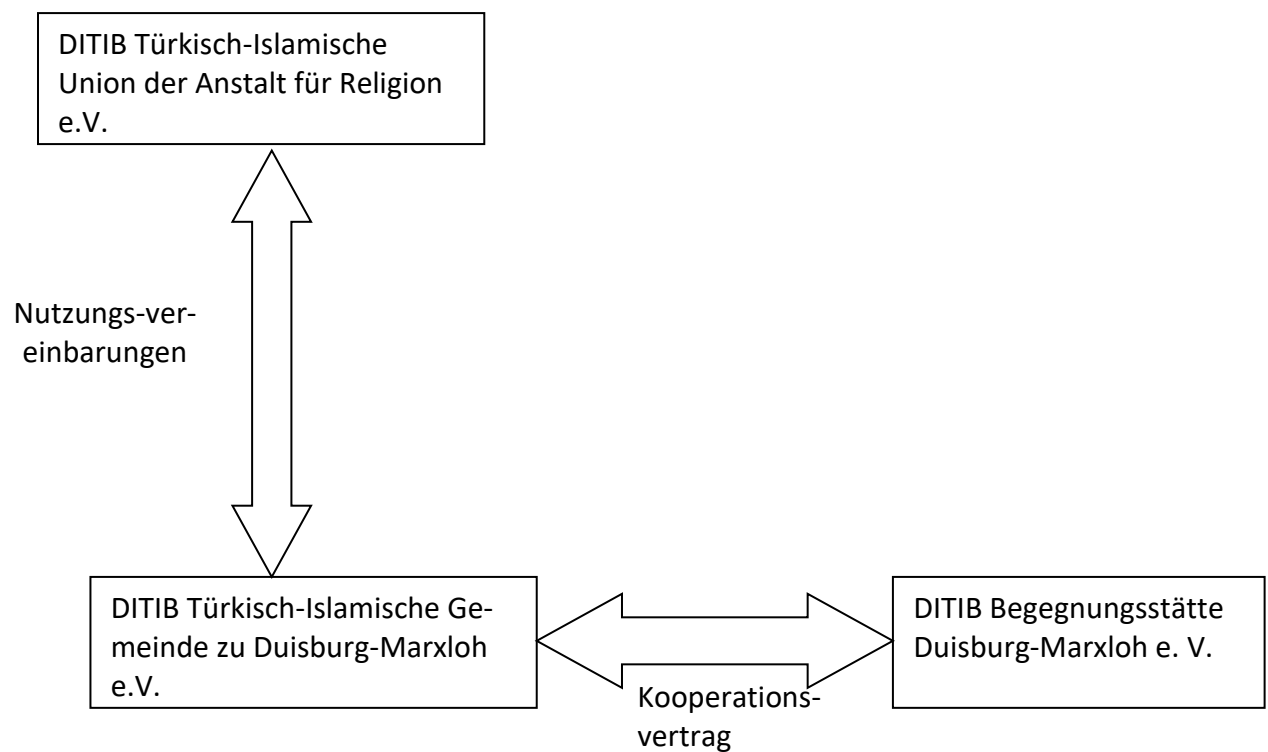
Die Beziehungen zwischen den an dem Konstrukt beteiligten Akteuren werden durch Verträge geregelt. So gehört das Gebäude offiziell dem DITIB-Dachverband, und zwischen ihm und dem Moscheeverein bestehen Nutzungsvereinbarungen. Der Moscheeverein wiederum verpflichtet sich für die Mindestdauer von 15 Jahren zur unentgeltlichen Überlassung von verschiedenen Räumlichkeiten an die Begegnungsstätte zur Erfüllung ihrer in der Satzung vorgeschriebenen Aufgaben (vgl. LRH 2013: 20). Die zwei Abbildungen zeigen auf einen Blick die beteiligten Akteure, ihre vertraglichen Verbindungen sowie ihre Funktion bei der Abwicklung der öffentlichen Förderung.

Tabelle 16: Akteure und ihre Funktionen bei der Abwicklung der öffentlichen Förderung

Akteur	Funktion
Bezirksregierung Düsseldorf (BR)	Bewilligungsbehörde
Stadt Duisburg	Erstempfänger der Zuwendung
Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) in Köln (DITIB Köln)	Dachverband der türkischen Gemeinden - Grundstückseigentümer -
DITIB Türkisch-Islamische Gemeinde zu Duisburg-Marxloh e. V. (Türkische Gemeinde e. V.)	Letztempfänger der Zuwendung -Bauherr
DITIB Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh e. V. (BGST e. V.)	Betreiber der Begegnungsstätte
Entwicklungsgesellschaft Duisburg GmbH (EG-DU)	Mitglied der Steuerungsgruppe des BGST e. V.

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf LRH 2013: 7

Abbildung 11: Vertragliche Beziehungen zwischen DITIB-Moscheeverein, DITIB-Dachverband und DITIB-Begegnungsstätte



Quelle: eigene Darstellung

An der Fallskizze wird bereits deutlich, dass die Moschee zum Teil Produkt von Aushandlungen gewesen ist und durch den Kontakt zur Entwicklungsgesellschaft Duisburg Formen angenommen hat, die ursprünglich nicht geplant waren. Außerdem hat das Bauprojekt eine große Akzeptanz in der Stadtgesellschaft und darüber hinaus erfahren.

Nachdem ein grober Überblick über den Ablauf gegeben wurde, wird der nächste Abschnitt die Legitimität des Moscheebauprojekts anhand der in Kapitel 4.3 vorgestellten Legitimitätsebenen aufzeigen.

### **6.2.2 Legitimität des Moscheebauprojekts**

Bürokratisch-politische Ebene: Auf der bürokratisch-politischen Ebene handelt es sich um ein einvernehmliches Zulassungsverfahren. Die baurechtliche Genehmigung war relativ unkompliziert, und die generelle Zulässigkeit wurde im Zusammenhang der Bauvoranfrage im Jahr 2000 geklärt (vgl. Schoppengerd 2008: 91). Das Grundstück der neuen und alten Moschee lag im unbeplanten Innenbereich (nach § 34 Bau GB) und unterlag somit keinem Bebauungsplan. Es wurde keine Notwendigkeit von den Behörden gesehen, einen Bebauungsplan aufzustellen, da kein Widerstand von den Nachbarn erwartet wurde und die örtlichen Gegebenheiten eine Genehmigung nach § 34 Bau GB zuließen (vgl. Schoppengerd 2008: 92.) Eine gewisse Abweichung wurde von der unteren Bauaufsichtsbehörde aufgrund der besonderen Funktion der Moschee akzeptiert (vgl. ebd.), was zeigt, dass die Verwaltung Ermessensspielräume vorteilhaft für die DITIB-Gemeinden auslegte.

Der Stadtrat als Beschlussfassungsorgan wurde nicht eingeschaltet, da kein Bebauungsplan aufgestellt werden musste. Die Tatsache, dass entschieden worden ist, keinen neuen Bebauungsplan zu erstellen, verweist auf weitgehende Akzeptanz des Moscheebauvorhabens innerhalb von Verwaltung und Kommunalpolitik.<sup>187</sup> Der Stadtrat stellte somit keinen Aushandlungsort und keine Entscheidungsinstanz dar bezüglich der Legitimität des Projekts. Auf der bürokratisch-politischen Ebene erfolgte also kein Widerstand durch einzelne politische Vertreter oder politische Parteien. Die Fraktionen befürworteten das Projekt weitgehend (Int. Demir). Allerdings berichteten einige Interviewpartner von internen Widerständen innerhalb der politischen Parteien, vor allem der Duisburger CDU. Innerhalb der CDU hatte sich der damalige Oberbürgermeister dezidiert für das Bauprojekt und die finanzielle Förderung ausgesprochen und somit die eigene Partei auf Linie gebracht. Der Rückhalt in der Verwaltung und der Kommunalpolitik war dermaßen groß, dass beschlossen wurde, eine öffentliche Finanzierung zu veranlassen und das Moscheebauprojekt, nachdem diese Pläne mit der Moscheegemeinde diskutiert worden waren, mit einer öffentlichen Bildungs- und Begegnungsstätte zu kombinieren.

Mediale Ebene: Wie noch in Kapitel 6.1.3 aufzuzeigen ist, war die mediale Berichterstattung weitgehend positiv geprägt, auch wenn gelegentlich Artikel erschienen, die die Zusammenarbeit mit einem rechtsradikalen Unternehmer kritisierten. Außerdem wurden Bedenken hinsichtlich einer öffentlichen Ausrichtung der Begegnungsstätte geäußert. Doch insgesamt war die Berichterstattung von affirmativen Beiträgen geprägt; die Äußerungen des Bauherren und der Unterstützer wurden aufgegriffen und in die Öffentlichkeit transportiert, z. B. durch das Narrativ vom „Wunder von Marxloh“ (vgl. Kap. 6.1.3).

---

<sup>187</sup> Dies ist in manchen Fällen ein Streitpunkt bei Moscheebaukonflikten. Die Erstellung eines (neuen) Bebauungsplans, der nach der NRW-Gemeindeordnung durch den Stadtrat abgesegnet werden muss (§ 41 Abs. 1 GO NRW), wird gelegentlich von Moscheegegnern gefordert in der Hoffnung, dass dieser entsprechend gestaltet wird, so dass die Errichtung einer Moschee auf der vorgesehenen Fläche nicht (mehr) stattfinden kann (z. B. Duisburg Süd).

Ebene der Bürger: Während des Bauprozesses gab es fast keinen öffentlich vernehmbaren Widerstand gegen das Bauprojekt. Ausnahmen bildeten Demonstrationen von Neonazis im Jahr 2005, gegen die sich eine von der Kommunalpolitik und der Zivilgesellschaft getragene Gegendemonstration formierte. Bei den Neonazis handelte es sich um Akteure, die nicht aus Marxloh kamen und zum Großteil nicht aus Duisburg (vgl. Özmal 2008). Einige Leserkommentare und auch Interviewpartner verwiesen auf Ängste und Abneigung in der Bevölkerung (Kap. 6.1.3). Bei den Informationsveranstaltungen hat es kritische Stimmen vor allem zu der Größe der Moschee gegeben. Daraus sind aber weder eine Bürgerinitiative noch Bürgerproteste erwachsen. Die Interviewpartner teilten lediglich übereinstimmend mit, dass einige autochthone Einwohner die Moschee als Bestätigung eines Wandels zu einem türkischen Stadtteil sehen. Doch waren diese Personen nicht organisiert und daher nicht öffentlich präsent (vgl. Int. Henrichs, Gespräch Braun). Leserkommentare in den Zeitungen (z. B. auf WAZ) waren zum Teil sehr kritisch bis ablehnend. So wurde kritisiert, dass das Moscheebauprojekt über Steuergelder finanziert wurde, und die DITIB-Moscheegemeinde wurde als Ableger des türkischen Staates bezeichnet. Doch es gab auch viele Kommentare, die das Moscheebauprojekt befürworteten und die ablehnenden Kommentare kritisierten (vgl. Leserkommentare in der WAZ vom 22.10.08). Auch berichtete der Pfarrer aus der Nachbargemeinde von kritischen Äußerungen in seiner Kirchengemeinde von Personen, die sich durch eine gefühlte Zunahme von Moscheen in eine Minderheitensituation gedrängt sahen (vgl. Int. Schenker).

Bewertung durch Vertreter der muslimischen Gemeinde: Die (damaligen) muslimischen Vertreter beurteilen den Moscheebauprozess sehr positiv und stufen ihn als „friedlich“ und das Moscheebauprojekt als „akzeptiert“ ein. Lediglich zwei Vorkommnisse, die Auseinandersetzung um den rechtsradikalen Bauunternehmer und die Neonazi-Demonstrationen, wurden von der Leiterin der Begegnungsstätte als Probleme und Widerstände genannt. Immer wieder betont wird die Unterstützung durch die Stadt und auch die Unterstützung durch die Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit der Nazi-Demonstration.

Die öffentliche Förderung deutet, wie bereits erwähnt, auf eine hohe Legitimität des Moscheebauprojekts hin. Die Förderung spiegelt sich zugleich in dem Gefühl der Moscheegemeinde, anerkannt worden zu sein, wie aus den folgenden Aussagen des damaligen Mitglieds im Moscheevorstand deutlich wird:

„Guckt mal. Wir kriegen die Förderung, wir sind ein Teil dieser Gesellschaft. Die Mehrheitsgesellschaft, die Deutschen, wollen es, sehen es als ein Teil von sich. Das ist eine Bestätigung, wir sind hier angekommen, wir sind ein Teil der Gesellschaft, genauso wie eine Kirche, ein Verein einer Kirche, ein Jugendzentrum etc. oder sonst wie Förderung empfangen kann, wir können es auch, wir sind ein Teil dieser Gesellschaft, man will uns, also du bist hier angekommen, ne? Die Förderung war eigentlich gut, nicht für mich im Nachhinein, nicht des Geldes wegen, sondern einfach nur, weil die, weil die Gesellschaft hier sich dann geöffnet hat. Das fand ich damals total klasse, total großartig“ (Int. Dersin).

Offensichtlich bedeutete die öffentliche Förderung der Begegnungsstätte eine symbolisch grenzüberwindende Gleichstellung mit anderen Trägern von sozialen Diensten und förderte das Gefühl, zur Gesellschaft dazuzugehören.

Bewertung von anderen Interviewpartnern: Die interviewten Experten beurteilen den Moscheebauprozess als „friedlich“ und „reibungslos“ (Int. Henrichs). Vor allem die Vertreter der Stadt zeigen sich sehr zufrieden mit dem Ablauf des Moscheebauprojekts und sehen in der aktiven Öffentlichkeitsarbeit einen wichtigen Faktor für den geringen Widerstand gegen die Moschee. Auf der pragmatischen Ebene gab es einige kritische Positionen, unter anderem von der AWO, die laut Gerlinde Henrichs, einer CDU-Politikerin und Mitglied des Beirats der Begegnungsstätte, eine breitere Verteilung der Finanzmittel für verschiedene Projekte, darunter vermutlich auch ihre eigenen, propagiert habe (vgl. Int. Henrichs). Insofern berührte das Moscheebauprojekt auch die Frage der Konkurrenz um Ressourcen, ohne dass es jedoch zu manifesten Konflikthandlungen deswegen gekommen wäre.

Abweichung von den Plänen: Die Moscheegemeinde musste ihre Pläne nicht wesentlich reduzieren, da sie noch in ihrer Entstehung mit der Stadtverwaltung besprochen wurden. Durch die vorhandenen Fördertöpfe und das Vertrauen in die Moscheegemeinde hat die Stadtverwaltung die ursprünglichen Pläne der Gemeinde um die Räumlichkeiten der Begegnungsstätte und die Angebotspalette (vgl. Kap. 6.1.1) sogar ausgeweitet. Durch die gemeinsame Planung in der Planungsgruppe und im Beirat wurde die maximale Höhe des Minaretts festgelegt, was von dem damaligen Moscheevereinsvorsitzenden seinen Aussagen nach nicht als Einschränkung empfunden wurde (vgl. Int. Özlem).

Auf Grund der obigen Ausführungen kann die Legitimität des Moscheebauprojekts als hoch eingeschätzt werden.

### **6.3 Legitimierung und Durchführung des Moscheebauprojekts**

In diesem Abschnitt gehe ich der Frage nach, was von der Moscheegemeinde und ihren Unterstützern unternommen wurde, um das Moscheebauprojekt zu legitimieren. An dieser Stelle sollen also bestimmte Handlungen und Ereignisse in Zusammenhang gesetzt werden mit der Tatsache, dass das Moscheebauprojekt bei nur wenig Widerstand realisiert werden konnte. Dabei greife ich auf die Beschreibungen und Einschätzungen der Interviewpartner zurück. Zusammen mit dem Bezug auf in der Presse beschriebene Ereignisse rekonstruiere ich den Ablauf des Moscheebauprojekts und versuche Bedingungen, Verläufe und Wirkungen in Zusammenhang zu bringen.

Als die Pläne intern im Groben feststanden, fing die Moscheegemeinde damit an, die Öffentlichkeit über das Projekt zu informieren. Dies geschah im Wesentlichen über Informationsmaterial (Broschüren etc.), Informationsveranstaltungen, Pressearbeit, Besuche von Einrichtungen, Empfang von Externen in der Moschee und einem Informationscontainer, der eine Anlaufstelle für interessierte oder besorgte Bürger darstellte (s. u.).

Es waren die Erinnerungen an die Auseinandersetzungen um den Muezzinruf in Duisburg, die die Akteure dazu bewogen haben, möglichst alle notwendigen Schritte zu



unternehmen, damit ähnliche Ereignisse sich nicht wiederholten. Das wird aus den Äußerungen der Leiterin der Begegnungsstätte deutlich:

„Und aus dieser Situation [Konflikt der 1990er Jahre] haben wir gelernt. Das heißt, als wir hier die Idee hatten, wir möchten bauen, haben wir nicht gesagt, wir bauen jetzt fertig, ne, das war auch der Fehler in Köln, sondern wir hatten damals gelernt, dass man eben bei allen Sachen, die man macht, alle mitbeteiligen muss“ (Int. Acar).

Von Anfang an waren die Verantwortlichen bemüht, die Bedürfnisse der Moscheegemeinde darzulegen:

„Wichtig ist, dass wir, beziehungsweise die Muslime, ihren Bedarf kommunizieren können. Warum brauch ich das, warum brauch ich jenes. Man hätte ja auch wie im Beispiel Köln sagen können: ‚Wir haben die Baugenehmigung. Wir haben das Geld. Wir bauen.‘ (---) Und dann hat man eben so Kräfte, denen man im Grunde in die Hand spielt, ne, die brauchen da, was das wohl wird, wie das wohl aussieht, was die da wohl machen wollen, dann spielt man denen im Grunde in die Hand“ (Int. Özlem).

Der damalige Vorsitzende des Moscheevereins hebt in seiner Aussage die Notwendigkeit hervor, die Situation der Gemeinde zu veranschaulichen, Verständnis für ihre Anliegen zu schaffen und zugleich für Transparenz zu sorgen. Im Hintergrund schwebt immer die Befürchtung mit, dass Gegner die Unwissenheit der Menschen und die fehlenden Informationen nutzen, um gegen den Moscheebau zu mobilisieren. Ein wichtiges Motiv bei der Öffentlichkeitsarbeit war es also, wie oben dargestellt, Verständnis für das Bauprojekt zu schaffen, den Protest innerhalb der Bevölkerung gering zu halten und zugleich die Instrumentalisierung durch rechtsradikale Kräfte zu verhindern.<sup>188</sup>

Im Rahmen der Informationsarbeit ließ der Moscheeverein ein Modell der Moschee anfertigen und stellte es an verschiedenen Orten aus, wie z. B. im Rathaus und bei Veranstaltungen des interreligiösen Dialogs. Zudem wurden Broschüren erstellt, die ebenfalls an verschiedenen Institutionen und im Informationscontainer ausgelegt wurden und detaillierte Informationen über das Konzept des Projekts und die Gestalt des Moscheekomplexes inklusive Bauplänen beinhalteten. Außerdem wurden diverse Veranstaltungen entweder eigens zwecks Bürgerinformation organisiert oder es wurden bestimmte unabhängig vom Moscheebau stattfindende Veranstaltungen dazu genutzt, den Gästen Informationen über das Bauprojekt zukommen zu lassen. Zudem konnten Fragen zum Projekt gestellt werden. Beim letzteren wird der Vorteil des bestehenden interreligiösen Dialogs deutlich. Für die Vorstellung des Bauprojekts im Rahmen des interreligiösen Dialogs stand zum einen die entsprechende Infrastruktur (meist kirchliche Räumlichkeiten) zur Verfügung und zum anderen existierte ein Stamm von Zuhörern, auch wenn dieser sehr selektiv war, da er sich größtenteils aus Interessierten am interreligiösen

---

<sup>188</sup> Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass der starke Bezug auf rechtspopulistische Parteien erst im Nachhinein, nach dem Planungsprozess, entstanden ist, da die PRO-Bewegungen, die den Moscheebau als Schwerpunkt ihrer Öffentlichkeitsarbeit entdeckten, erst nach dem Baubeginn (Pro NRW in 2007) gegründet worden sind. Andere rechtsradikale Parteien, die Hetze gegen Muslime praktizierten, gab es jedoch schon davor (z. B. die NPD).

Dialog zusammengesetzt haben dürfte. Eine der ersten Veranstaltungen fand im Stellwerk (Marxlöh) statt, zu der ca. 40 Personen, allen voran Vertreter von örtlichen Organisationen, kamen. Dort wurden die Baupläne vorgestellt und anschließend diskutiert (vgl. Telefonat Der-sin).

Neben der Vorstellung der Baupläne auf Veranstaltungen sind die Vertreter der Moscheegemeinde auf Personen und Organisationen zugegangen und haben ihr Vorhaben präsentiert und diskutiert. Dabei haben sie z. B. Schulen und Bezirksvertretungen aufgesucht. Generell wird die Öffentlichkeitsarbeit der Moscheegemeinde im Rahmen des Moscheebauprozesses sowohl von der Presse als auch den Interviewpartnern als intensiv beschrieben und positiv eingeschätzt. Die damalige Mitarbeiterin bei der EG-DU Zeynep Demir beschreibt den Prozess folgendermaßen:

„Die haben ja ganz stark Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Die haben eingeladen, das sind so Instrumentarien, Infoveranstaltungen, Dialogangebote, vor Ort sein, wenn die Leute kommen, Baustellenbesichtigungen, Tag der offenen Türe, zum Fastenbrechen einladen, selber hingehen. Man muss das Vertrauen von unten, das ist das. [...] das ist auch, aber sehr wichtig ist es, die Menschen zu gewinnen. Zu gewinnen, sich ja für die eigenen Interessen einzusetzen und dafür den Dialog zu suchen. Das ist, das ist am Beispiel von Moscheen, kann man das gut formulieren, weil das ja sehr konfliktträchtig sein kann, aber ich glaube insgesamt, geht es darum, dass wir Migranten und Migrantinnen ranholen müssen, auch in ihrer Verantwortung packen müssen“ (Int. Demir).

Deutlich wird an diesen Aussagen, dass die damalige Mitarbeiterin der EG-DU den Moscheeverein dazu ermuntert hat, aktiv Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Offensichtlich bot der Moscheebauprozess Verwaltungsangestellten eine Gelegenheit, ihre Vorstellungen, bezüglich eines aktiven Engagements in der Stadt einzubringen und ihre Erwartungen an den Moscheeverein zu vermitteln. Auch der Stadtteilmanager beurteilt die Öffentlichkeitsarbeit ähnlich und sieht darin einen der wichtigsten Erfolgsfaktoren bei dem Moscheebauprozess in Duisburg:

„Alles, was an Bedenken da war, wurde diskutiert und das auch ziemlich offensiv. Also an allen Stellen, keiner hat sich da gedrückt, die Diskussion wurde überall, also auch eher in konservativen, ich weiß noch, ich war mal bei der Kolping-Familie, da haben wir das sehr intensiv diskutiert, oder bei der Bürgerunion, auch so eine eher konservative Wählergemeinschaft. Jeder hat sich der Diskussion gestellt. Und da hat keiner weggeduckt, und das fand ich unheimlich wichtig“ (Int. Möller).

Offensichtlich hält der Interviewpartner vor allem die frühe Information der Bevölkerung und die Möglichkeit ihrerseits, Bedenken auszusprechen, für die entscheidende Komponente der Öffentlichkeitsarbeit. Auch zeigt diese Passage, dass der Stadtteilmanager sich für den Moscheebau engagiert hat, indem er mit den genannten Akteuren persönlich gesprochen bzw., wie er selber sagt, „sehr intensiv diskutiert“ hat. Dieses Engagement des Stadtteilmanagers bestätigt, dass das Bauprojekt von der Stadtverwaltung getragen wurde und die zuständigen

Verwaltungsmitarbeiter entsprechende Schritte unternahmen, um die Gesamtbevölkerung von dem Projekt zu überzeugen. Ein entscheidender Faktor für die Öffentlichkeitsarbeit war die starke Beteiligung durch die Verwaltung. Da es, wie oben bereits ausgeführt, eine öffentliche Mitfinanzierung gab und die Errichtung der Begegnungsstätte als Teil der Stadtentwicklung verstanden wurde, fiel die Informierung über das Projekt ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der EG-DU. So wurde an mehreren Stellen im Internet und auf diversen Veranstaltungen, die unabhängig vom Moscheebauprojekt stattfanden, das Bauprojekt beschrieben und in seiner stadtentwicklungspolitischen Bedeutung erläutert. Außerdem fiel die Öffentlichkeitsarbeit ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich des schon früh gegründeten Vereins der Begegnungsstätte, so dass auch diese Mitglieder wie z. B. die seit Jahrzehnten in Marxloh lebende und der CDU angehörende Henrichs, die in der Stadtgesellschaft verankert waren, die Legitimierung des Projekts vorantrieben.

Eine wichtige Rolle für die Öffentlichkeitsarbeit spielte der Informationscontainer, was im Folgenden näher beleuchtet werden soll. Der Container wurde schon während der Bauzeit 2005 - 2008 unter dem Label „Begegnungsstätte-Jetzt“ etabliert, womit die Möglichkeit für die konstante Informierung der Öffentlichkeit geschaffen werden sollte. Der Container, in dem sich tagsüber die Geschäftsführerin Zülfiye Kaykin und ehrenamtliche Mitglieder des Trägervereins der Begegnungsstätte aufhielten, diente im Gegensatz zu punktuellen Informationsveranstaltungen als eine konstante Informationsmöglichkeit über das Bauprojekt und die geplanten Aktivitäten in der Begegnungsstätte und als Anlaufstation für Besucher, die sich die Baustelle im Rahmen von Baustellenführungen anschauen wollten. Die Verantwortlichen waren bemüht, eine Instanz zu schaffen, die einen Kommunikationsraum für die Bürger darstellte, wie aus dem folgenden Zitat deutlich wird:

„Es war nur der Rohbau, aber es ging einfach darum, diese Idee weiterzugeben. Und das haben wir schon während der Bauphase gemacht: Dialogarbeit. [...] Und uns ist wichtig in der Begegnungsarbeit tatsächlich: niederschwelliges Angebot. Dass wir an der Basis ansetzen und an den Berührungspunkten an der Basis arbeiten [...]“ (Int. Acar).

Es ging also um die Vermittlung nicht nur sachlicher Informationen über das Bauprojekt. Darüber hinaus sollte die Idee der Begegnung, für die das Projekt stehen sollte, vermittelt, die gesellschaftspolitische Rolle, die der Moscheekomplex mit der Begegnungsstätte einnehmen würde, kommuniziert und somit die moralische Legitimität gesichert werden. Auch wurden Vorteile für den Stadtteil wie z. B. die Belebung des Tourismus und die Beteiligung der Bewohner am kommunalen Leben hervorgehoben (vgl. Int. Acar). Dieses Format der Öffentlichkeitsarbeit eröffnete die Möglichkeit von persönlichen Gesprächen zwischen Mitgliedern der Begegnungsstätte und Teilen der Bevölkerung. Dabei kamen interessierte Besuchergruppen aus dem Stadtteil und darüber hinaus wie z. B. Architekten und Verwaltungsangestellte aus anderen Städten. Es kamen aber auch Personen, die dem Projekt kritisch oder ablehnend gegenüber eingestellt waren. Laut den Aussagen von Interviewpartnern ist es dem Personal der

Begegnungsstätte zum Teil gelungen, in bilateralen Gesprächen Personen von dem Projekt zu überzeugen. Aber es gab auch Personen, die bei ihrer ablehnenden Haltung geblieben sind (vgl. Int. Özlem, Int. Henrichs). Bis zur Eröffnung sind nach Angaben auf der Projektseite von Soziale Stadt ca. 70.000 Besucher gekommen, um sich die Baustelle anzuschauen und über das Projekt zu informieren (vgl. Acar 2010<sup>189</sup>), was zeigt, dass das Interesse weit über Marxloh hinaus verbreitet war.

Die Einrichtung und Unterhaltung des Containers war die Realisierung der Idee, mit der Öffentlichkeitsarbeit auch Personen aus der nichtkorporativen Gesellschaft zu erreichen, was, wie bereits oben gesagt, wesentlich durch den Muezzin-Konflikt der 90er Jahre mit beeinflusst wurde (s. o.). Für die konkrete Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Idee konnten sich die Verantwortlichen Inspiration und Informationen in Gladbeck holen, wo 1998 die Turkiye-Moschee ebenfalls von einer DITIB-Gemeinde fertiggestellt wurde. Dort wurde in den 1990er Jahren ebenfalls ein Container aufgestellt, wo sich die Bevölkerung über das Bauprojekt informieren konnte, wie die Interviewpartnerin Defne Schneider berichtete, die sich in beiden Moscheegemeinden engagierte und zu einem Erfahrungstransfer beitragen konnte (vgl. Int. Schneider). Der bei der EG-DU eingestellte Stadtteilmanager arbeitete in den 90er Jahren in dieser Stadt, so dass auch er seine Erfahrungen aus dem Moscheebauprozess in Gladbeck in Duisburg-Marxloh einbringen konnte (vgl. Int. Möller).<sup>190</sup>

Die Einrichtung des Rosencontainers war also ein wichtiges Element für die Legitimierung des Projekts. Zwar kann aufgrund des Zeitpunkts der Einrichtung des Containers nicht von Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung auf das Gebäude gesprochen werden, da die Entwürfe schon feststanden und der Informationscontainer somit keine geeignete Grundlage für die Einflusslegitimität war, aber es wurde ein wichtiger Beitrag zur kognitiven Legitimität geleistet, indem kontinuierlich über einen längeren Zeitraum Personen und die entsprechende Infrastruktur (Informationstafeln etc.) bereitstanden, um Interessierte zu informieren. Es scheint, dass die Anwesenheit des Bauherrn und die Möglichkeit, Ängste und Skepsis direkt zu kommunizieren, eine Art „Katharsiseffekt“ bewirkt haben, so dass von einem Teil der Bevölkerung die Skepsis direkt aus- und besprochen werden konnte. „Das heißt, es war für jeden sichtbar und es war auch sofort diskutierbar“, um es mit den Worten des damaligen Stadtteilmanagers zu formulieren. Er schätzt, dass die Möglichkeit, die Bedenken direkt zu artikulieren und ernst genommen zu werden, die Akzeptanz des Moscheebauprojekts gesteigert hat. Insofern wurde der Anspruch auf Offenheit und Begegnung mit dem Informationscontainer schon während der Bauphase realisiert und symbolisiert, was förderlich für die informationsbezogene Legitimität und vermutlich auch für die affektive Legitimität förderlich gewesen ist.

---

<sup>189</sup> [http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile\\_projekte/projekte/marxloh\\_bbstaette.php](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/projekte/marxloh_bbstaette.php), letzter Zugriff am 10.03.13.

<sup>190</sup> Der Container sollte noch vor der Entstehung der Begegnungsstätte auch in seiner materiellen Erscheinung einladend wirken und Grenzen symbolisch überwinden. So ist der Informationscontainer von der Bürgerinitiative „Gülhane Elise“ und einigen Gemeindemitgliedern mit Rosenmotiven bemalt worden. Wie in einem im Internet verfügbaren Interview deutlich wird, wollten die Verantwortlichen die Rose als ein verbindendes Element verstanden wissen. So äußerte Demir, dass die Rose „Symbol für die Sehnsucht der Menschen nach Schönheit und der gegenseitigen Zuneigung“ sei und als „Sinnbild für das Gemeinsame der Menschen“ gelte (Demir, zitiert nach der Website von „Wir sind du“: [HTTP://WWW.WIR-SIND-DU.DE/2010/07/GULHANE-ROSEN-FUR-MARXLOH-INTERVIEW-MIT-DUISBURGS-INTEGRATIONSBEAUFTRAGTE-LEYLA-OZMAL-UND-GITTI-SCHWANTES-ROSEN-FUR-MARXLOH-E-V/](http://www.wir-sind-du.de/2010/07/gulhane-rosen-fur-marxloh-interview-mit-duisburgs-integrationsbeauftragte-leyla-ozmal-und-gitti-schwantes-rosen-fur-marxloh-e-v/), letzter Zugriff am 06.06.21). Die Rose auf dem Container diene somit als Symbol der Grenzüberschreitung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Der Prozess der Errichtung des Moscheegebäudes wurde nicht nur durch Baustellenbesichtigungen und Treffen in dem Rosencontainer flankiert, sondern auch von diversen Veranstaltungen begleitet. Dabei handelte es sich um Feierlichkeiten, bei denen die Fortschritte im Bauprozess zelebriert und ins öffentliche Bewusstsein gebracht wurden. In Ergänzung zu dem häufig sehr sachlichen Zweck der Informationsveranstaltung, nämlich der Informationsvermittlung und der Möglichkeit, Fragen zu stellen, handelte es sich hier um Aktionen, die vor allem die Emotionen beim Publikum ansprachen und einen Beitrag zur Grenzüberwindung leisteten, da in diesem Kontext das Projekt als ein gemeinsames Projekt vorgestellt wurde. Die Veranstaltungen wurden von der Moscheegemeinde und ihren Kooperationspartnern (z. B. EG-DU) vorbereitet und nach ihren Vorstellungen (z. B. Auswahl der Redner) organisiert. Bei den öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen handelt es sich um den ersten Spatenstich am 22.03.05, das Richtfest am 09.09.06 und die Einweihung des Moscheekomplexes am 26.10.08. Es waren Veranstaltungen, die durch die Anwesenheit hoher Politiker und gesellschaftlicher Vertreter (z. B. der Kirchen) und die breite mediale Berichterstattung die große gesellschaftspolitische Bedeutung und Anerkennung des Bauprojekts verdeutlichten. Es waren Ereignisse der Fürsprache und grenzüberwindender Worte und Gesten. Bei dem Richtfest z. B., bei dem unter anderen NRW-Bauminister Oliver Wittke und Oberbürgermeister Adolf Sauerland zugegen waren, wurde eine Grenzüberwindung beim Bau zelebriert. Die Interviewpartner betonten, dass ein Richtfest eine typisch deutsche Sitte sei und sie dies als ein Zeichen der Integration sähen (vgl. Int. Schenker, Int. Henrichs).<sup>191</sup>

Eine weitere symbolische Geste bestand darin, dass der damalige NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und der Präsident von Diyanet (vgl. Kap. 2), Ali Bardakoğlu, zum Anlass der Einweihung des Moscheekomplexes gemeinsam ein rotes Band durchschnitten.<sup>192</sup> Ein anderes Beispiel für beispielhafte Grenzüberwindung war der gemeinsame Auftritt der Duisburger Philharmonie zusammen mit einer türkischen Band auf der Einweihungsveranstaltung, so dass eine Musikvorführung aus der Gemeinsamkeit zweier Gruppen aus unterschiedlichen Kulturkreisen entstand und von über 3000 Anwesenden gehört wurde. Die anwesenden Redner sprachen ihre Unterstützung für die Moscheegemeinde und das gesamte Projekt aus und stellten dies als einen Gewinn für die Stadt Duisburg und Nordrhein-Westfalen dar. Eine Veranstaltung, die medial besonders viele Personen erreichte und für die Überwindung von emotionalen und religiösen Grenzen sowie für die interreligiöse Unterstützung im Moscheebauprozess steht, war der TV-Gottesdienst in der evangelischen Kreuzkirche der Bonhoeffer-Gemeinde am 03.06.07, der im ZDF übertragen wurde (vgl. WAZ 04.06.07).

Ein entscheidender Schritt, der die Öffentlichkeitsarbeit in der beschriebenen Form ermöglichte, war ein Personenwechsel, der einen Generationenwechsel im Vorstand einleitete. Es

<sup>191</sup> So ist von Henrichs Folgendes zu vernehmen: „Also das, das war schon. Er hat nachher gesagt auch, dass ein Richtfest gab, gibt es eigentlich nicht, aber wir sind angekommen und wir haben ein Richtfest und hat auf diesem Richtfest noch, also wie klassischerweise bei deutschen Gebäuden“ (Int. Henrichs).

<sup>192</sup> Die Einweihung des Moscheekomplexes war naturgemäß die feierlichste Veranstaltung. Anwesend waren unter anderen der damalige Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, der Integrationsminister Armin Laschet, Bauminister Oliver Wittke, unterschiedliche Abgeordnete aus dem Landtag und dem Bundestag wie z. B. die Landtagspräsidentin Regina van Dinter und Duisburger Ratsmitglieder. Religiöse Repräsentanten waren vertreten durch den katholischen Bischof Felix Genn, den Präses der evangelischen Kirche Nikolaus Schneider und den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen (vgl. RP 27.10.08). Zudem kamen auch der damalige Oberbürgermeister Adolf Sauerland und der Alt-Oberbürgermeister Josef Krings.

ist naheliegend, dass die angesprochenen Informationsveranstaltungen und Stellungnahmen in der Presse ausreichende kommunikative Fähigkeiten erforderten. Da sich Anfang der 2000er Jahre, also während der Planungsphase, in den Vorständen Mitglieder der ersten Generation befunden hatten, die nur über mäßige Deutschkenntnisse verfügten, kam es im Jahr 2003 zu einer personellen Umstrukturierung des Moscheevereinsvorstands. Dabei haben sich jüngere Personen wie z. B. Özlem und später auch Mustafa Dersin zur Wahl gestellt und wurden erstmals in den Vorstand und Özlem auch zum Vorsitzenden gewählt. Diese Personen sind in Deutschland aufgewachsen und sprechen fließend Deutsch. Letzterer war zudem in der SPD aktiv (Int. Özlem). Die Übergabe der Zuständigkeit verlief nach Aussagen der Gemeindemitglieder weitgehend problemlos, da diese Personen schon vorher dem Vorstand in Verwaltungsangelegenheiten und Öffentlichkeitsarbeit behilflich gewesen waren (vgl. Int. Dersin, Int. Özlem). Auch waren es in erster Linie die jüngeren Gemeindemitglieder, die auf öffentlichen Veranstaltungen gesprochen und somit bereits vor dem Vorstandswechsel die Moscheegemeinde zum Teil nach außen repräsentiert hatten.<sup>193</sup> Der neue Vorstand war im Vergleich zu der älteren Generation stärker mit der Umwelt vernetzt, z. B. durch Mitgliedschaft in anderen Organisationen, u. A. durch Parteimitgliedschaft bei der SPD.

Offensichtlich wurde der Vorstandswechsel positiv aufgenommen, was an positiven Äußerungen in der Presse und in Interviews mit anderen Akteuren deutlich wird. So berichtet Pfarrer Schenker über ein „unkompliziertes Verhältnis [...] mit dem damaligen Vorsitzenden, dem Herrn Özlem“ (Int. Schenker), der ab 2003 das neue Gesicht der Moscheegemeinde darstellte und gemeinhin als liberal und kooperativ galt. Hieran wird deutlich, dass die Legitimität eines Moscheevereins und seines Vorhabens mit dem Personal des Vereins zusammenhängt.

Parallel zur Wahl des neuen Vorstands wurde auch das Personal für die Begegnungsstätte aufgestellt. Vor dem Hintergrund, dass in der Regel sich die Vorstände und damit die Repräsentanten in den meisten Moscheevereinen aus Männern zusammensetzen, ist die große Bedeutung von Frauen für dieses Moscheebauprojekt auffallend. Es waren mehrere Frauen wesentlich an dem Moscheebauprojekt beteiligt. Die Repräsentanten der Begegnungsstätte waren vor allem die zwei Frauen mit Migrationshintergrund, Elif Saat und Zülfiye Kaykin. Elif Saat, gebürtig in Marxloh und langjähriges Mitglied in der DITIB-Moscheegemeinde, war in der Anfangsphase Vorsitzende des Trägervereins der Begegnungsstätte und anschließend weiterhin im Vereinsvorstand aktiv. Die wohl bekannteste Frau und gleichzeitig auch das Gesicht des Moscheebauprojekts und der Begegnungsstätte ist Zülfiye Kaykin, die von 2005 bis 2010 Geschäftsführerin der Begegnungsstätte gewesen ist. Auch sie ist in Marxloh aufgewachsen und Teil der Gemeinde. Beide Frauen sind zudem Töchter von Gründungsmitgliedern der Gemeinde. Gemeinsam traten die beiden Frauen auf öffentlichen Veranstaltungen auf und waren stark in der Presse präsent (s. u.). Eine weitere Frau, die prägend für die Arbeit in der Begegnungsstätte und gleichzeitig für das Image der Begegnungsstätte und des gesamten Projekts

---

<sup>193</sup> Ein wichtiger Grund für die Übernahme der Zuständigkeiten durch Mitglieder der zweiten Generation war auch die Tatsache, dass die Älteren in der Gemeinde sich im Sommer über mehrere Monate in der Türkei aufhielten und in dieser Zeit die Aktivitäten des Moscheevorstands ruhen ließen. Da der Moscheebauprozess zeitaufwendig war, hätten die Vorstandsmitglieder auf den Türkeiurlaub verzichten müssen, was man ihnen von Seiten der jüngeren Gemeindemitglieder jedoch nicht zumuten wollte (Gespräch Dersin).

war, ist Fadime Acar. Sie ist im Süden Duisburgs aufgewachsen, war in der Begegnungsstätte ab 2005 Bildungsreferentin und Dialogbeauftragte und ab 2010 als Nachfolgerin von Kaykin Geschäftsführerin. Seit 2005 existierte also eine Personalkraft, die dafür zuständig war, die Begegnungsstätte nach außen zu repräsentieren und Ansprechpartnerin für Akteure aus der sozialen Umwelt zu sein. Für Anfragen und Anliegen zum Moscheekomplex und zur muslimischen Gemeinde stellte sie eine Brücke zwischen der DITIB-Gemeinde und der sozialen Umwelt dar.

In einem Gespräch mit einem ehemaligen Vorstandsmitglied Dersin wurde deutlich, dass vom Moscheevorstand Frauen in repräsentativen Funktionen erwünscht waren und sie zum Engagement ermutigt wurden (vgl. auch WAZ 17.10.08). Laut dem Gesprächspartner kommen bei Migranten und insbesondere bei Türken bzw. Personen mit türkischem Migrationshintergrund „Frauen in der Öffentlichkeit besser an“, da „Frauen glaubwürdiger“ seien (Gespräch Dersin). Zudem bezeichnet der Interviewpartner Kaykin als ein Aushängeschild des Projekts. Daraus wird deutlich, dass für die Aufstellung des Personals für den Moscheevorstand und die Begegnungsstätte gesellschaftliche Erwartungen prägend waren. Das positive Erscheinungsbild hinsichtlich der Rolle der Frauen war zusätzlich von Demir geprägt, die anfangs in der EG-DU tätig war und 2007 Integrationsbeauftragte der Stadt Duisburg wurde<sup>194</sup>. Da es sich bei der Frage um Gleichheit von Frau und Mann um einen zentralen Diskursstrang über den Islam und Muslime in Deutschland handelt, ist die öffentliche Repräsentation des Moscheebauprojekts durch Frauen für die moralische Legitimität des Projekts nicht zu unterschätzen.<sup>195</sup> Kennzeichnend für das neue Personal waren also zum einen die Fähigkeiten der Kommunikation mit der sozialen Umwelt und zugleich die äußere Erscheinung, die sich auf das gesamte Projekte übertragen sollte.

Aus den Interviews geht hervor, dass die äußere Gestaltung des Moscheegebüdes als ein entscheidendes Mittel der Legitimierung des Projekts gilt. Die Gestaltung des Gebäudes wird näher in Kapitel 6.5.1 beschrieben. An dieser Stelle sei jedoch kurz auf die Legitimierungsfunktion der Moscheegestaltung hingewiesen. Wie aus den obigen Ausführungen hervorgeht, hat die Moscheegemeinde auf ein höheres Minarett verzichtet, obwohl es rechtlich zulässig gewesen wäre, was offensiv in die Öffentlichkeit getragen wurde. Ein zusätzliches Zeichen und wichtiger Schritt bei der Legitimierung des Vorhabens war der Verzicht auf den Muezzinruf. Der Verzicht hatte nicht nur den Vorteil, dass das Genehmigungsverfahren vereinfacht wurde, weil immissionsrechtliche Aspekte nicht abgewogen werden mussten, es ist gleichzeitig auch als ein Zeichen des Entgegenkommens zu deuten, was sich zusätzlich in einer eigens dafür abgegebenen Erklärung durch den Vorstand manifestiert. Der Verzicht war relativ unstrittig innerhalb der Moscheegemeinde, weil die Gemeindemitglieder den Streit um den Muezzinruf aus den 1990er Jahren in Erinnerung hatten und sich über die Konfliktrichtigkeit des akustischen Symbols im Klaren waren. Dies wird unter anderen aus den Worten des ehemaligen Moscheevereinsvorsitzenden Özlem deutlich. Er berichtet in einem Interview davon, dass der

---

<sup>194</sup> Sie ist kein Mitglied der Gemeinde, aber gehörte zu denjenigen, die die Moscheegemeinde im Rahmen ihrer Arbeit bei der EG-DU und darüber hinaus beraten haben. Sie sprach sich zudem innerhalb der Stadtpolitik und Verwaltung für den Moscheebau aus und repräsentierte auch in der medialen Darstellung das Moscheebauprojekt als eine emanzipierte Frau mit türkischem Migrationshintergrund.

<sup>195</sup> Wie die Präsenz von Frauen in der Öffentlichkeit rezipiert wurde, wird in Kapitel 6.4 näher behandelt.

„Baukörper zunächst verdaut“ werden müsse, bevor man überhaupt versuchen könne, den Muezzinruf durchzusetzen. Außerdem führt er in einem Interview folgendes zu dem Verzicht auf den Muezzinruf aus:

„Davor noch, die Gemeinde hat eine Erklärung abgegeben, vor unserer Zeit noch, bevor die erste Baugenehmigung erteilt wurde, dass aus dem Minarett kein Muezzin zu erhören war, was ich auch richtig finde. [...] Weil es nicht verpflichtend ist. Zum einen ist es nicht Pflicht. Zum zweiten, was ich dann auch den Kölnern gesagt habe, wenn ich mit dem Bau dieser Moschee die Gesellschaft entzweie, in Moscheebefürworter und Moscheegegner, dann ist was falsch gelaufen, dann läuft was falsch, dann wartet mit dem Moscheebau. Man kann natürlich nicht immer 100 % mitgehen, aber man darf die Gesellschaft nicht so zersplittern. [...] Und wenn das nicht verpflichtend ist, warum soll ich denn so was machen? Warum soll ich denn gerade so Heinis wie Pro NRW oder NPD noch sagen, ich rufe noch vom Minarett? Die machen doch, also ohne diesen Muezzinruf machen die doch schon, ne, und dann gebe ich denen noch ein bisschen Futter“ (Int. Özlem).

Den Aussagen kann man entnehmen, dass der Muezzinruf für den Sprecher keinen hohen Stellenwert zu besitzen scheint. Der Interviewpartner verweist auf die nicht vorhandene religiöse Pflicht, einen Muezzinruf an einer Moschee erschallen zu lassen. Trotzdem wird deutlich, dass der Grund für den Verzicht vor allem die angenommene Ablehnung der Umwelt ist, und die Befürchtung, dass rechtsradikale Gruppen es als Grund („Futter“) nehmen würden, um gegen das Moscheebauprojekt Widerstand zu leisten. Insofern kann angenommen werden, dass der Verzicht zum Teil an den Erwartungen von Rechtsradikalen ausgerichtet wurde. Der Legitimierungsprozess wurde von einer Kampagne begleitet, die die Maßnahmen, wie z. B. die Informierung der Öffentlichkeit hervorhob und gezielt positiv besetzte Narrative, z. B. vom „gemeinsamen Projekt“, in den Vordergrund stellte.

Dabei nahmen sowohl die Vertreter der Moscheegemeinde als auch die Unterstützer des Projekts wie der Bürgermeister, die christlichen Repräsentanten und die Akteure aus der Stadtentwicklung in Marxloh eine aktive Rolle ein. Die positiven Bezugnahmen wurden über die Internetpräsenz des Stadtentwicklungsprogramms Soziale Stadt veröffentlicht. Die Presse griff die positiven Bezugnahmen weitgehend auf (vgl. Kap. 6.1.3).

Nachdem erläutert wurde, wie das Moscheebauprojekt nach außen legitimiert wurde, gehe ich noch kurz auf die interne Legitimierung ein. An mehreren Stellen oben wurde die Perspektive der Gläubigen angeschnitten. Im Folgenden werde ich auf die Beziehung zwischen dem Vereinsvorstand und den Gemeindemitgliedern eingehen und die interne Legitimierung erläutern, die mit der Errichtung der Merkez-Moschee und der dazugehörigen Begegnungsstätte verbunden ist. Interne Legitimität war primär wichtig für die Spendenbereitschaft der Gemeindemitglieder und die Verhinderung von Protest und Widerstand, welche das Moscheebauprojekt hätte verzögern können. Nach Aussagen eines früheren



Moscheevereinsvorsitzenden ist die Planungs- und Bauzeit innerhalb der Gemeinde relativ konfliktfrei verlaufen, was er unter anderem der Vermittlungsleistung durch den Gemeindevorstand zuschreibt:

„Und ja, er [Özlem] hatte, er hatte oder wir hatten während der Bauzeit Eigenschaften entwickelt oder auch umgesetzt, die wirklich mit der Gemeinde zusammen, mit allen drum herum zusammen wirklich sehr gut harmoniert haben und auch sehr gut funktioniert haben, um so einen Bau mit sechshundert Gemeindemitgliedern, zweitausend Personen, die dann alles besser wissen als wir, das zu jonglieren, damit sie klarkommen, dafür hatten wir unsere eigenen Strategien“ (Int. Dersin).

Diese Passage veranschaulicht noch einmal die Position der Gemeindevorsitzenden, die die Interessen und Vorbehalte der Gläubigen berücksichtigen mussten. Der Ausdruck „jonglieren“ verweist darauf, dass der Gemeindevorsitzende sich in der Pflicht sah, mehrere, evtl. sich widersprechende, Positionen im Gleichgewicht zu halten. Denn schon bei der Entscheidung für die öffentliche Förderung und für die Einrichtung eines Beirats gab es Befürworter und Gegner, wie aus den folgenden Zitaten eines ehemaligen Vorstandsvorsitzenden deutlich wird:

„Ja, in jeder Kirche gibt es unterschiedliche Fraktionen, die etwas gut halten und dafür die anderen etwas dagegen halten, auch bei uns im Bau gab es Fraktionen, Personen, die sich gegen die Begegnungsstätte, gegen die Förderung gestellt haben, die gesagt haben ‚Wir brauchen das nicht, was soll der Beirat überhaupt, was tagen die bei uns‘, [...]. Die gibt es eben, die gibt es in jeder Einrichtung, dass man eben Leute hat, die, gerade auch wenn sie was Neues schaffen, neuen Weg gehen, wo es kein Beispiel gibt, es gab kein Beispiel eines Beirates für einen Moschee Neubau, da beschreitet man ja im Grunde neue Wege, umso schwieriger ist natürlich auch sowas zu akzeptieren. Das Vertrauen da reinzustecken“ (Int. Özlem).

Die obigen Aussagen bestätigen, dass es sich bei dem Beirat um eine Neuheit handelte. Hieran wird deutlich, warum neue Ideen und Erscheinungen zunächst Akzeptanzprobleme haben. Offensichtlich hatten die Verantwortlichen bei der internen Vermittlung der Idee keine Möglichkeit, auf bereits bestehende Phänomene zu verweisen und die (bestätigten) Vorteile dessen zu präsentieren oder womöglich auf die Verbreitung des Phänomens aufmerksam zu machen, um es als Normalität erscheinen zu lassen, die auch in der eigenen Organisation Einzug erhalten könne, was laut Suchman (vgl. 1995) gängige Praktiken der Legitimierung darstellt. Während die Innovation, eine Begegnungsstätte in einer Moschee einzurichten, in der stark vom Integrationsgedanken geprägten Öffentlichkeit folgerichtig positiv kommentiert, musste diese neue Idee der Gemeinde erklärt werden, die in der Moschee primär einen Ort des Gebets und des islamischen Gemeindelebens sah. Dies geschah durch Informationsveranstaltungen, die in einem zeitlichen Abstand von zwei bis drei Monaten während des Planungs- und Bauprozesses stattfanden und, bei denen die Mitglieder über das Bauvorhaben, Planung, Baufortschritte, Spendenaufkommen, Ausgaben etc., informiert und der Bedarf, Wünsche sowie die Vorteile für

der Gemeindemitglieder hinsichtlich der Begegnungsstätte erörtert und kommuniziert wurden (Int. Özlem).<sup>196</sup> Zusätzlich zu den direkten Gesprächen wurden Pinnwände aufgestellt, auf denen die Gläubigen ihre Erwartungen an die Begegnungsstätte und die neue Moschee artikulieren konnten. Gewünscht wurde z. B. die Anschaffung von Computern und der Ausbau der Jugend- und Frauenarbeit. Insbesondere die männlichen Erwachsenen sahen in der Begegnungsstätte eine Chance, die Kontakte zu Verwaltung und Politik auszubauen (vgl. Int. Özlem) und brachten diesen Wunsch zum Ausdruck. Es zeigt sich, dass die Wünsche der Gemeindemitglieder, insbesondere der Wunsch nach Bildung und Vernetzung, mit den Integrationsvorstellungen der Gesellschaft, korrespondierten. Doch erkennbar stand die pragmatische Legitimität für viele Gemeindemitglieder im Vordergrund. Aus der Binnenperspektive war es der konkrete Nutzen, den man sich aus dem Moscheebauprojekt erhoffte, ohne die symbolische integrationspolitische Aufladung, die im Legitimierungsdiskurs zu verzeichnen war.

Es wird also deutlich, dass Überzeugungsarbeit auch innerhalb der Gemeinde stattfinden musste und dass es durch die Informationen sowie die Partizipation durch Abfrage der Bedürfnisse gelungen ist, eine große interne Zustimmung für das Projekt zu erreichen.

### **Der Beirat als Legitimitätsbasis und Vernetzungsinstrument**

Ein entscheidendes Element der Legitimierung, das von allen Interviewpartnern immer wieder als Grund für den Erfolg des Duisburger Moscheebauprojekts genannt wird, ist die Einrichtung des Beirats. In diesem Abschnitt werde ich den Beirat in seiner Zusammensetzung, Funktionsweise und Bedeutung für die Vernetzung der DITIB-Gemeinde und die Legitimität des Moscheebauprojekts untersuchen. Es wurde bereits erwähnt, dass der Beirat das Projekt auf eine breite gesellschaftliche Basis stellen und die Begegnungsstätte bei ihrer Arbeit unterstützen sollte. Für die Betrachtung des Beirats in seiner Funktion als Vernetzungsgremium und Legitimierungsinstrument sind folgende Fragen zu klären: Wie wurden die Mitglieder für den Beirat rekrutiert? Waren es primär Akteure, die schon vorher mit der Moscheegemeinde in Verbindung standen, oder sind es neue Akteure, die dadurch erst mit der Moscheegemeinde in Kontakt gekommen sind? Welche Unterstützung für das Bauprojekt und später für die Unterhaltung der Begegnungsstätte erfolgt durch den Beirat? Hinsichtlich der Legitimierungsfunktion ist danach zu fragen, welche Erwartungen im Kontext des Beirats artikuliert werden und welche Normen, Werte, Deutungen, Interessen und Erwartungen bei der Einrichtung und Unterhaltung des Beirats wirksam wurden. Zudem ist die Außenwirkung des Beirats auf die Umwelt der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte zu eruieren.

Da es das erklärte Ziel war, die Stadtgesellschaft mit in das Projekt einzubeziehen, war die Aufnahme in den Beirat relativ einfach. Dies äußerte sich dadurch, dass die Mitglieder des Beirats nicht Mitglied im Verein der Begegnungsstätte sein mussten und dass die Anzahl der Mitglieder anfangs nicht begrenzt war. Potenzielle Mitglieder wurden von der

---

<sup>196</sup> Erkennbar war letzteres als ein wichtiger Punkt, was auch an dem folgenden Zitat deutlich wird:

„Nee, ich komm da hin, sag bauen wir da so eine Begegnungsstätte rein. Ja wofür ist das, was soll das bringen, was ist dein Bedarf als, was erwartest du von so einer Begegnungsstätte. Wo kann die dir persönlich vielleicht sogar, oder dir als Muslim, dir als Gemeinde, wo kann die mit anpacken?“ (Int. Özlem). Dabei ist zu bedenken, dass viele Gemeindemitglieder einen geringen Bildungsstatus besitzen und die Bedürfnisse nach interreligiösem Dialog und Aufklärungsarbeit über den Islam nachrangig sind.

Steuerungsgruppe dazu eingeladen, sich an dem Beirat zu beteiligen. Vor allem Gemeinde- und Begegnungsstätten-Vorstandsmitglieder, die Erfahrungen mit Gremienarbeit und vielfältige Kontakte hatten wie z. B. in der Anfangsphase Zülfiye Kaykin, haben Personen und Organisationen angesprochen und in den Beirat eingeladen. Eine stark vernetzte Person war auch Demir, die als damalige Mitarbeiterin der EG-DU und Mitglied der Grünen bei der Einbindung von Akteuren in den Beirat maßgeblich beteiligt war (vgl. Int. Demir, Int. Schwammel).

Laut Satzung sind folgende Akteure an dem Beirat zu beteiligen: Ein Vertreter des DITIB-Dachverbandes, ein Vertreter der Stadt Duisburg, das Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP), Vertreter der Kirchen, der Jüdischen Gemeinde und anderer Religionsgemeinschaften. Zudem sollen Persönlichkeiten aus Kultur, Politik und Gesellschaft, muslimischen und nichtmuslimischen Vereinen beteiligt sein (vgl. Satzung der Begegnungsstätte: 6). Hier besteht das Bemühen, die relevanten Akteure aus der sozialen Umwelt zu definieren und mit einzubeziehen.

Aus der Zeitungsanalyse, Internetrecherche und den Aussagen der Interviewpartner kristallisieren sich folgende Akteure, die an dem Beirat beteiligt sind, heraus:

- Katholische Gemeinde St. Peter und Paul, lange Zeit vertreten durch Pfarrer Schenker, schließlich durch Pastor Wolfgang Köhler
- EG-DU, anfangs vertreten durch Zeynep Demir, später auch von anderen Angestellten wie z. B. Harald Möller
- Das Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) der Universität Duisburg-Essen, in erster Linie vertreten durch Peter Krumpholz
- Volkshochschule Duisburg, vertreten durch den Geschäftsführer
- Evangelisches Bildungswerk, vertreten durch den Geschäftsführer
- Katholisches Bildungswerk, vertreten durch den Geschäftsführer
- Alevitische Gemeinde Marxloh, vertreten durch den Vorstand
- Grillo Gesamtschule
- Jüdische Gemeinde
- Schulen, vertreten durch Rektoren (z. B. die Grillo-Gesamtschule)
- Austin Peter Brandt (eine Zeit lang im Beirat gewesen), Evangelischer Pfarrer in Duisburg-Walsum und im Vorstand des Vereins Phönix e. V.
- DITIB Köln
- Gewerkschaften
- SPD Duisburg, vertreten unter anderem durch Michael Braun, Vorsitzender im SPD-Ortsverein Marxloh

Wie zu erkennen ist, sind mit diesen Akteuren verschiedene Bereiche der korporativen Stadtgesellschaft abgedeckt. Funktional betrachtet sind vor allem Organisationen aus dem Bereich der Bildungsarbeit, dem religiösen und dem städtischen Bereich vertreten. Zugleich sind es Organisationen, die bestimmte Gesellschaftsgruppen (Katholiken, Aleviten etc.) repräsentieren.

Neben der Repräsentationsfunktion von Gruppierungen ging es vor allem darum, Akteure einzubinden, die über eine Expertise im Bereich der Aktivitäten und rechtlichen Regelungen des dritten Sektors bzw. Non-Profit-Sektors verfügten und vermitteln konnten. So konstatiert eine Nachbarin der Moschee: „Das waren natürlich alles Leute, die auch ein unglaubliches Know-How haben. Und dann sagen können, hier, macht das mal so oder so. Also, das war schon gut“ (Int. Schwammel).

Neben Organisationsvertretern, von denen ein Teil wie z. B. Schenker schon vorher mit der Moscheegemeinde in Kontakt gestanden hatten, waren auch Privatpersonen Mitglied im Beirat. Da sie sowohl ein elementarer Bestandteil des Netzwerks als auch eine wichtige Rolle im Legitimationsprozess einnahmen, wird im Folgenden kurz auf diese Akteure eingegangen. Während Organisationen als Teil der korporativen Stadtgesellschaft bekannt und anhand ihres offiziellen Organisationszwecks und ihrer geografischen Lage bzw. Zuständigkeit relativ einfach identifizierbar waren und für die Teilnahme am Beirat angefragt werden konnten und einige Akteure obligatorisch vertreten sein mussten (z. B. von der Stadtverwaltung), stellte sich bei der Auswahl von Privatpersonen die Frage nach den Selektionskriterien bzw. Rekrutierungsmechanismen. Um zu verdeutlichen, wie eine Einzelperson bzw. Privatperson in den Beirat kam, sei exemplarisch ein Blick auf die Aussagen des Beirat-Mitglieds Gertrud Schwammel gerichtet:<sup>197</sup>

„Also ich glaube, 2003 wurde der Beirat gegründet. Und da habe ich das Projekt mit begleitet als Deutsche, biodeutsche Nachbarin. Ansonsten sind ja im Beirat Parteien und eigentlich mehr so Institutionen. [...] Über Zeynep, die hat gesagt, also, die hat mich da mitgenommen als Nachbarin quasi. Über, die hat ja hier in Marxloh gearbeitet, Stadtteilarbeit. Die war ja hier bei der EG-DU, Entwicklungsgesellschaft Duisburg. Und hat hier immer so Kultursachen gemacht, und mich interessiert da auch mehr Kulturaktionen. Und dadurch hatten wir Kontakt [...]“ (Int. Schwammel).

Diese Stellungnahme zeigt, wie über bestehende Kontakte Informationen über das Projekt und den Beirat vermittelt und Personen ermuntert bzw. motiviert wurden, daran teilzunehmen. Aus den Ausführungen und Aussagen von anderen Experten (vgl. Int. Henrichs) wird deutlich, dass das Kriterium der (nationalen) Herkunft von Anfang an eine wichtige Rolle gespielt hat bei der Zusammenstellung der Mitglieder des Beirats und auch der Begegnungsstätte. Die Dominanz der türkisch geprägten Moscheegemeinde sollte durch Repräsentanten der Aufnahmegesellschaft ausgeglichen werden. Auch das Kriterium der Nachbarschaft war außerordentlich wichtig, da damit vor allem eine Gruppe einbezogen wurde, die von dem Moscheebau durch Lärm, Mangel an Parkplätzen etc. besonders betroffen war. Zudem zeigt sich, dass der enge Kontakt zur Vertreterin der EG-DU, der sich durch gemeinsame Aktionen in der Vergangenheit und eine persönliche Bekanntschaft auszeichnet, zur Beteiligung an dem Projekt geführt hat.

---

<sup>197</sup> Mittlerweile ist sie nach Berlin umgezogen und hat ihre Ämter ruhen lassen.

Ein dritter identifizierter Typ von am Beirat beteiligten Akteuren umfasst Personen, die zwar anderen Kollektiven wie z. B. Parteien angehören, jedoch primär über ihren Bezug zum Stadtteil und/oder zur Moscheegemeinde in den Beirat gelangt sind. Als Beispiel für solch eine Akteurin kann Henrichs, mehrere Jahre stellvertretende Vorsitzende der Begegnungsstätte, angeführt werden. Ihr Interesse für das Moscheebauprojekt, ihr Engagement, die Tatsache, dass sie bereits mit der Moscheegemeinde in Kontakt war, sowie ihr parteipolitischer Hintergrund haben ihrer Schilderung nach dazu beigetragen, dass sie zunächst in den Beirat gelangt und anschließend auch dem Trägerverein der Begegnungsstätte beigetreten ist (vgl. Int. Henrichs).

Vor dem Hintergrund der Zusammensetzung des Beirats ist danach zu fragen, ob es sich bereits bei der Auswahl der teilnehmenden Akteure um eine Form der Legitimierung des Projekts im Sinne einer Auswahl von Anspruchsgruppen („audience selection“) handelt. Dabei geht es um „efforts to select among multiple environments in pursuit of an audience that will support current practices“ (Suchman 1995: 587). Mit Blick auf die Mitglieder des Beirats kann gesagt werden, dass es sich zum größten Teil um affirmative Akteure handelt. Dies resultiert unter anderen aus der Rekrutierungslogik der Einzelmitglieder: Die Rekrutierung anhand persönlicher Kontakte der Beteiligten führte dazu, dass Personen mit ähnlichen Haltungen für das Projekt gewonnen wurden. Doch es gibt auch einige Organisationsvertreter, die grundsätzlich kritisch dem Projekt gegenüber eingestellt zu sein scheinen. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Beirats gab Daniel Holsten<sup>198</sup>, der das Gremium als „wesentlichstes Kontrollgremium“ (Int. Holsten) bezeichnet, zu verstehen, dass Kritiker des Projekts vertreten seien.

„Da sind Skeptiker drin. Eben, wie ich sagte, Leute, die sagen: ‚Naja, man muss was tun für die Integration, aber eigentlich sind wir gegenüber dem Islam sehr, sehr misstrauisch, und da muss man denen immer auf die Finger gucken, dass da, dass da keine bösen Sachen passieren.‘ Es gibt also Leute, die, ich würde mal so sagen, mehr zähneknirschend im Beirat drin sind. Nach dem Prinzip, man muss was tun“ (ebd.).

Die Teilnahme der kritischen Akteure am Beirat leitete sich also ab aus einem Misstrauen gegenüber der Moscheegemeinde und dem Bedürfnis, die Arbeit der Begegnungsstätte zu kontrollieren, was die Rolle des Gremiums als Kontrollgremium gestärkt haben mag.

Die Problematik der Zusammensetzung des Beirats und der damit verbundenen Außenwirkung hat für die Interviewpartner durchaus eine Rolle gespielt. Die Befürchtung, dass der Beirat von der sozialen Umwelt als ein Gremium gesehen wird, das der Moscheegemeinde untergeordnet ist und den Einfluss der Gesellschaft nur vortäuscht, schwang bei den Ausführungen der Verantwortlichen von Seiten der Verwaltung und der Moscheegemeinde mit. Der Beirat wurde von ihnen als ein Gremium mit einer großen Offenheit und Inklusionskraft dargestellt, was mit dem bereits erwähnten Zweck des Gremiums korrespondiert, das Projekt auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen. So erklärte ein Mitglied der Begegnungsstätte und des Moscheevereins die Gründung des Beirats als eine „Öffnung in den Stadtteil hinein“ (Int. Dersin)

---

<sup>198</sup> Holsten engagierte sich beim Moscheebauprojekt ehrenamtlich und unterstützte die Moscheegemeinde, indem er Führungen in der Moschee für externe Interessierte durchführte.

und Henrichs sah in dem Gremium einen „offenen Beirat“ (Int. Henrichs), in dem sich unterschiedliche Akteure engagieren können. Zudem betonten die Interviewpartner immer wieder, dass im Beirat ein sehr kritischer Umgangston geherrscht habe. So bezeichnete z. B. der Stadtteilmanager die Diskussionen im Beirat als „konstruktiv, aber auch sehr kritisch“ (Int. Möller). Die Akteure waren bemüht, ein Bild bedingungsloser Unterstützung zu vermeiden. Der Interviewpartner Dersin bezeichnete den Beirat als „vom ersten Tag dann auch glaubwürdig“ und fügte hinzu, dass er „nicht konstruiert“ sei und es nicht bloß darum ginge, damit „Ruhe zu stiften“ (Int. Dersin). Das gleiche Argumentationsmuster zeigte sich bei dem Zitat der Begegnungsstätten-Vorsitzenden Acar, die dem Beirat eine wichtige Rolle beimaß und zu verstehen gab: „Aber die haben wirklich durch diesen Gesprächskreis, also es war nicht nur, um irgendwie zu zeigen: ‚Wir sind offen‘; das war schon eine ernste Sache.“ (Int. Acar). Damit wird betont, dass der Beirat einen realen Beitrag zur Einflusslegitimität beigetragen hat und nicht oberflächliche Symbolik war.<sup>199</sup>

Nach der Erörterung von Rekrutierung und Zusammensetzung der Mitglieder werde ich im Folgenden auf die Funktionen dieses Gremiums eingehen. Die offiziell definierten Aufgaben des Beirates bestehen darin, planerisch und konzeptionell durch „Ideen und Empfehlungen“ zur Einhaltung der Förderzwecke und der inhaltlichen Ziele beizutragen (vgl. Satzung der Begegnungsstätte: 5). Seine Aufgabe ist es, „Unterstützung zu organisieren, sei es in ideeller oder finanzieller Hinsicht“ (Satzung der Begegnungsstätte: 5). Außerdem nimmt er „die Rechenschaft der Steuerungsgruppe über die inhaltliche Entwicklung des Vereins entgegen“ (ebd.: 6).

Eine wichtige Funktion des Beirats war die Vermittlung von Erwartungen der Umwelt an die Verantwortlichen in der Moscheegemeinde während der Planungsphase hinsichtlich der Gestaltung der Moschee und anschließend hinsichtlich der Ausgestaltung der Angebote in der Begegnungsstätte. Das bekannteste Beispiel der Einflussnahme auf die Gestalt der Moschee betraf das Minarett und die Fenster der Moschee. Der Beirat prägte die Gestalt der Moschee erheblich mit, obwohl er primär für die Gestaltung der Begegnungsstätte zuständig war und ist. Die Vertreter von Kollektiven versuchten die Einstellungen und Ängste in ihren Kollektiven in den Beirat zu transportieren und dort entsprechenden Einfluss auf die Gestalt der Moschee, die Öffentlichkeitsarbeit des Moscheevereins oder die Ausgestaltung der Angebote auszuüben. Neben der Vermittlung der Erwartungen spielte die Transparenz- und Fürsprachefunktion eine wichtige Rolle für das Moscheebauprojekt. Diese Funktionen ergaben sich im Wesentlichen durch den multiplikatorischen Charakter des Beirats. Die Repräsentanten von Organisationen nehmen im Beirat eine Multiplikatorfunktion ein und verbinden somit die Begegnungsstätte und Moscheegemeinde mit anderen Kollektiven bzw. Organisationen. Folgt man den Ausführungen von Ronald Burt, wonach Brückenpersonen bzw. Netzwerkakteure für den Informationsfluss zwischen zwei Gruppen sorgen, können diese Akteure als Bindeglieder zwischen der Begegnungsstätte und anderen Gruppierungen betrachtet werden (vgl. Burt 1980: 91, Kap. 4.2).

---

<sup>199</sup> Die Sprecherin des Marxloher Bündnisses, lehnte es sogar ab, an dem Beirat teilzunehmen, da ihr die Rolle der Kontrolle durch das Gremium missfiel (vgl. Gespräch Brennemann). Interessanterweise betonten die muslimischen Vertreter eher die unterstützende Rolle und die nichtmuslimischen interviewten Akteure die kontrollierende Rolle. Hierbei liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die muslimischen Vertreter die Unterstützung als ein Zeichen der Legitimität ihres Projekts gewertet sehen möchten, wohingegen Vertreter der Mehrheitsgesellschaft implizit die verbreitete Unterstellung eines Rückzugs von Muslimen in ihre Gemeinden ansprechen.

Durch ihre persönliche Nähe zu dem Moscheebauprojekt und der Moscheegemeinde, sowie dem Anliegen, dass das Projekt erfolgreich verläuft und dass der gesellschaftliche Frieden in der Stadt gewahrt bleibt, neigen die Beirats-Mitglieder dazu, für das Moscheebauprojekt vor ihrem Kollektiv Fürsprache zu halten und damit zur Legitimation beizutragen. Schenker macht dies am Beispiel seiner Gemeinde deutlich:

„Und vor, was weiß ich, nach dem Krieg gab es mal in Marxloh 18.000 Katholiken und davon sind wir im Moment, naja, wenn es hochkommt bei dreieinhalb Tausend angelangt, nicht? So, das sind die Zahlen [räuspert sich], die nicht nur für hier, für diese Region gelten, sondern auch ruhrgebietsweit gelten. Also diese ganze Gemengelage also hat zu Ängsten, aber damit verbunden auch zu Auseinandersetzungen geführt, und ich habe immer sehr vertreten, also gegen Ängste hilft kein Schimpfen, sondern hilft nur Erklärung, nicht? Also Information und Erklärung. Also zum Beispiel, dass die Moschee jetzt nicht noch eine weitere Moschee ist, sondern eine anstelle der alten und so weiter, was sie auch mitbekommen haben und so. Ähm und ich habe viel aus der Beiratsarbeit erklärt, dass die uns, dass die uns einbezogen haben und so weiter und so weiter“ (Int. Schenker).

Hieran wird deutlich, dass der Pfarrer sich dafür zuständig sah, falsche Vorstellungen innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches, der Kirchengemeinde, zu korrigieren und somit eine größere Akzeptanz für das Projekt zu schaffen. Dies ist umso wichtiger, wenn die christliche Präsenz abnimmt und gleichzeitig die muslimische im öffentlichen Raum des Stadtteils zunimmt. Dies wird an der zunehmenden Schließung von Kirchen im Norden Duisburgs deutlich und stellte laut den Interviewpartnern eine Herausforderung für die Legitimität eines Moscheebauprojekts unter den christlichen Bewohnern Marxlohs dar (vgl. Int. Schenker, Gespräch Fuchs). Ein anderes Beispiel für Unterstützung durch christliche Vertreter stellte Pfarrer Paul Fuchs von der evangelischen Bonhoeffergemeinde Marxloh dar, der sich laut Acar ebenfalls in seiner Gemeinde für das Projekt eingesetzt hat. Vor allem der Aspekt der Partizipation, also der Einflusslegitimität, wurde von den Interviewpartnern als sehr wichtig eingeschätzt. Offensichtlich wirkte, so die Einschätzung der Interviewpartner, die Tatsache, dass die Repräsentanten der christlichen Gemeinden sich mit den muslimischen Bauherren in Kontakt befanden, beruhigend auf die Menschen. Aber auch die Vermittlung der Informationen um das Geschehen in der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte waren hier bedeutend. Damit konnten auch Personen erreicht werden, die nicht auf Informationsveranstaltungen waren. Eine weitere wichtige Funktion des Beirats ist die Kontrollfunktion, die vor allem nach dem Bauprozess wirksam wurde. Der Beirat war Voraussetzung für die Gewährung der Fördermittel des Landes und der EU. Er war und ist nach wie vor also ein Instrument, mit dem eine Entkopplung der Vorgaben und ihrer Umsetzung verhindert werden soll.

Wie schon oben angesprochen, ist es zudem die erklärte Aufgabe des Beirats, verschiedene Formen der Unterstützung zu organisieren (vgl. Satzung der Begegnungsstätte: 5). Konkret äußert sich dies darin, dass neben der Vermittlung von Erwartungen aus der sozialen Umwelt

auch Informationen hinsichtlich der Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit, der verschiedenen Angebote in der Begegnungsstätte und hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte an die Begegnungsstätte geleitet wurden (vgl. Int. Dersin). Folglich kann der Beirat als eine Ansammlung von Sozialkapital verstanden werden, aus der hilfreiche Ressourcen für die Gestaltung der Begegnungsstätte hervorgegangen sind. Ein Beispiel für die Unterstützung stellte die Aktivität eines Bauingenieurs dar, der zunächst als Verwaltungsbeamter in dem Beirat und später im Verein der Begegnungsstätte vertreten war und den Bauleiter bei seiner Arbeit unterstützte. Da der Bauleiter, der Mitglied des Moscheevereins ist, die Arbeit ehrenamtlich ausführte, konnte er während des Bauprozesses häufig nicht auf der Baustelle anwesend sein. Deshalb beobachtete der Ingenieur den Bauprozess, ging zu Baubesprechungen und berichtete anschließend dem Bauleiter darüber, einschließlich von Einschätzungen und Tipps. Er nahm somit einen „Zwischenpart“ (Int. Dersin) zwischen dem Bauprozess und dem Bauleiter ein und konnte auf der Grundlage seiner Ausbildung und Erfahrung erfolgreich Hilfestellung leisten. Ein weiteres Beispiel für Unterstützung stellten die Moscheeführungen durch das oben vorgestellte Beiratsmitglied Holsten dar. Wie hilfreich diese Unterstützung war, zeigt das folgende Zitat der damaligen Geschäftsführerin der Begegnungsstätte Acar:

„Und bei der Eröffnung zum Beispiel hatten wir einen Riesenandrang. Hier, alle wollten die Moschee sehen, wir konnten das vom Personal gar nicht leisten, Moscheeführung. Dann ist der Beirat eingesprungen, der Herr Dr. Holsten, andere, Wolfgang Köhler von der katholischen Gemeinde, die gesagt haben: ‚Zeigt uns mal, wie ihr führt, was ihr erzählt. Wir führen dann‘“ (Int. Acar).

Hieraus wird die Flexibilität der Unterstützungsleistungen deutlich, und der Interview-Ausschnitt oben zeigt, dass diese Hilfe eine große Entlastung für die verantwortlichen Muslime war bzw. ist und dazu beiträgt, dass die Begegnungsstätte den gesellschaftlichen Erwartungen an ein konstruktives Miteinander gerecht werden kann.

In den Ausführungen oben habe ich dargelegt, welche Schritte im Rahmen des Legitimierungsprozesses unternommen wurden. Dabei habe ich mich primär auf die Handlungsebene bezogen. Im nächsten Kapitel werden hingegen die Inhalte und Bezugnahmen im Vordergrund stehen.

## **6.4 Der Legitimierungsdiskurs der Merkez-Moschee: „Das Wunder von Marxloh“**

Nachdem der Prozess der Errichtung in seinen wichtigsten Ereignissen beschrieben wurde, gehe ich in diesem Kapitel auf die diskursive Ebene des Moscheebauprozesses ein und arbeite die zentralen Narrative des Legitimierungsdiskurses heraus. Das vorliegende Kapitel ist das Ergebnis einer Analyse von Presseartikeln, Broschüren und Internetpräsenzen, die Stellungnahmen zu dem Moscheebauprojekt beinhalten. Die zitierten Stellungnahmen sind als exemplarische Zusammenstellung zu betrachten. Da der Legitimierungsdiskurs stark von den affirmativen Äußerungen der Moscheegemeinde und der Stadt geprägt wurde, fließen diese Äußerungen



in die Darstellung verstärkt ein. Die Darstellung des Diskurses bezieht sich primär auf den Zeitraum 2005-2008, eine Phase, in der besonders viele symbolträchtige Veranstaltungen stattgefunden haben und die Presse über das Projekt berichtet hat. Der Zeitraum nach der Einweihung wird separat im Kontext der Aufrechterhaltung der Legitimität behandelt. Der Zeitraum, der in die Betrachtung einbezogen wird, setzt erst an dem Zeitpunkt an, als der Bau und die Förderung beschlossen waren und die Baustelle eingerichtet wurde. Damit wird die Phase vor 2005 nicht erfasst, obwohl schon 2004 die Stadtverwaltung und die Moscheegemeinde sich hinsichtlich der Entstehung eines Moscheekomplexes geeinigt hatten und das Projekt kurz darauf in die Öffentlichkeit gelangt ist. Dies stellt ein methodisches Problem dar und ist darauf zurückzuführen, dass nur wenige Dokumente und Presseartikel aus der Zeit vor 2005 für die Auswertung zur Verfügung standen. So hat die Rheinische Post (RP) nicht über Informationsveranstaltungen berichtet und erst bei der anstehenden Errichtung des Moscheekomplexes mit der Berichterstattung über den Moscheebau begonnen. Für die Rekonstruktion der medialen Darstellung beziehe ich mich auf Online-Presseartikel der Rheinischen Post, der WAZ sowie „DIE ZEIT“ und „DER SPIEGEL“ für den Zeitraum zwischen 01.01.05 und 01.01.09.

Die Marxloher DITIB-Moscheegemeinde, die schon vorher in der Stadtgesellschaft aufgrund ihrer Größe relativ bekannt war, trat mit der Verkündung, eine repräsentative Moschee zu errichten, verstärkt in die Öffentlichkeit und gelangte auch über die Stadt hinaus in die öffentliche Wahrnehmung. Damit gingen eine Selbstdarstellung der Moscheegemeinde und eine Darstellung durch die Stadtverwaltung einher, bei denen versucht wurde, gezielt Narrative ins Feld zu führen und eine legitimatorische Grundlage für den Moscheebau zu schaffen (vgl. Gespräch Wordelmann, Balke 2009: 104). Der öffentliche Diskurs wurde rege geführt, was an der aufmerksamen überregionalen Berichterstattung in den Printmedien, aber auch in Radio und Fernsehen deutlich wird.<sup>200</sup> Dabei handelte es sich jedoch nicht wie in vielen anderen Fällen (z. B. Al-Muhajirin-Moschee, vgl. Kap. 7, oder Sultan-Ahmet-Moschee, vgl. Kapitel 8.3) um ein Politikum in Bezug auf die Zulassung des Moscheebaus, da die Zulassung baurechtlich relativ unstrittig war und die Stadt Duisburg und das Land Nordrhein-Westfalen das Moscheebauprojekt und die finanzielle Förderung befürworteten. Auch war der Diskurs nicht durch prominente Gegner des Moscheebauprojekts beeinflusst, so dass der Grundtenor im

---

<sup>200</sup> Ein Gespräch mit Gläubigen verdeutlichte, dass der Legitimierungsdiskurs im halböffentlichen Rahmen stattfand und von den einzelnen Gemeindemitgliedern getragen wurde:

„Und in dieser Firma arbeiten über hundert Leute, mit allem Drum und Dran, sage ich mal. Ich bin der einzige Türke, Moslem in dieser Firma und das schon seit vielen Jahren. Und die, wie die, wie diese Moschee hier gebaut wurde, waren auch so viele Meinungsunterschiede, sage ich mal, auch junge Leute, Deutsche, sage ich mal, auch: ‚Ja, was soll das mit der Moschee und warum muss das gebaut werden‘, hin und her. Habe ich gesagt: ‚Leute, wo sollen die Leute hin‘, habe ich gesagt, ‚sollen die in Hinterhöfen weiterbeten?‘ Und dann ist immer diese Aussage, was tun die hinter diesen Gebäuden oder hinter diesen Mauern? Ich sage: ‚Da wird jetzt was Offenes gebaut, öffentlich, kann jeder hingehen, kann jeder reingucken, dann sieht man, was die da machen. Also da ist ja nix, die gehen einfach nach ihrem Glauben, habe ich gesagt, ja? Ich meine, klar, manche haben das verstanden, manche nicht und hin und her, [...]“ (Int. Gläubiger 1).

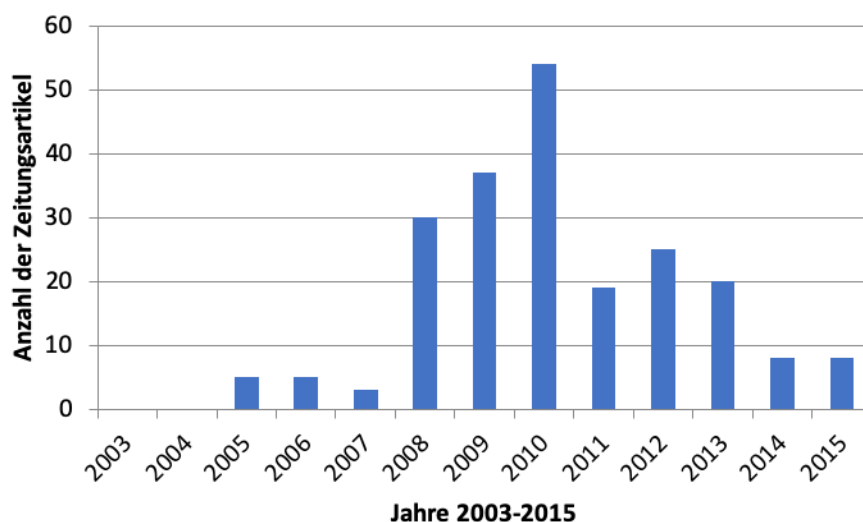
Diese Aussagen legen nahe, dass der Legitimierungsdiskurs neben den bereits erwähnten Kommunikationskanälen wie Presse, Leserkommentaren, Gremien etc. auch im Arbeitsleben stattfindet. Hier sprechen nicht Repräsentanten der Moscheegemeinde, sondern „einfache“ Gläubige, die durch die Präsenz des Moscheebauprojekts in der Öffentlichkeit in die Rolle des Verteidigers gelangen. Bemerkenswerterweise bezieht sich der Interviewpartner bei den Auseinandersetzungen mit seinen Arbeitskollegen auf das gleiche Narrativ der Offenheit der Moschee, um auf die Skepsis einzugehen und das Moscheebauprojekt zu rechtfertigen. Dabei wird die Moschee nicht in den Dienst eines höheren Auftrags für die Gesellschaft gestellt wie im öffentlichen Diskurs, was v. a. auf moralische Legitimität zielte. Die Offenheit im Sinne der öffentlichen Zugänglichkeit wird in diesem Kontext als ein Mittel der Transparenz und des Durchleuchtens der Moscheegemeinde gesehen, was die Friedfertigkeit beweisen soll und in dieser Situation v. a. die emotionale Legitimität sichern sollte, indem den Menschen Ängste genommen werden sollten.

Moscheebaudiskurs positiv war und hauptsächlich Befürworter des Moscheebaus zu vernehmen waren (s. o.).

Wie ich bereits mehrfach ausgeführt habe, wird die Moscheegemeinde durch eine repräsentative Moschee im öffentlichen Raum sichtbar und durch den Moscheebaudiskurs in der Öffentlichkeit präsent. Dieses kommt vor allem in der Häufigkeit der Berichterstattung über die Moscheegemeinde zum Ausdruck. In der Abbildung 13 sieht man, nach Quartalen aufgeteilt, die Häufigkeit der Berichterstattung über die Merkez-Moschee in DuisburgMarxloh. Es wird erkennbar, dass die Merkez-Moschee, die schon seit den 1980er Jahren bestand, erst mit dem Moschee-Neubau von der Berichterstattung der Rheinischen Post erfasst wurde.<sup>201</sup> Die Suchbegriffe richteten sich nach dem Namen der Moschee und nicht nach dem des Moscheevereins, da in der Regel allgemein von „Moscheegemeinde“ oder „Moscheeverein“ gesprochen wird und der Name des Moscheevereins in den Zeitungsartikeln selten auftaucht. Der Begriff „Merkez-Moschee“ in Kombination mit „Marxloh“ als Identifikationsnamen eignete sich deswegen besser.<sup>202</sup> Der Suchzeitraum erstreckt sich von 2003 bis 2015.

Während die Rheinische Presse vor dem Jahr 2005 noch nicht über die Merkez-Moschee berichtet hat<sup>203</sup>, ist die Moschee im Zusammenhang mit verschiedenen Ereignissen (Baufortschritte, Führungen bzw. Besuche von verschiedenen Gruppen in dem Moscheekomplex) regelmäßig in der Presse erschienen.

Abbildung 12: Zeitungsberichte über die Merkez-Moschee



Quelle: eigene Darstellung

Auffallend an der Berichterstattung ist, dass während des Planungsprozesses, vor dem ersten Spatenstich, relativ wenig über das Bauprojekt berichtet worden ist. Offensichtlich hat es bis

<sup>201</sup> Inwiefern vor dem Jahr 2001 über die Merkez-Moschee berichtet worden ist, kann nicht gesagt werden, da das Archiv nur bis zum Jahr 2001 zurückreicht. Anzunehmen ist, dass die Berichterstattung nicht wesentlich von der in den Jahren 2001-2004 abweicht.

<sup>202</sup> Da es mehrere Merkez-Moscheen in Deutschland gibt, war ein Zusatz zu einer eindeutigen Identifizierung des Moscheebauprojekts notwendig. Der Name des Stadtteils bot sich aufgrund des starken Stadtteilbezugs an. In die Fallstudie sind jedoch auch Artikel eingeflossen, die nicht aus dieser Suchanfrage stammen, sondern im Rahmen der Internetrecherchen zum Fall aufgefunden wurden.

<sup>203</sup> Die alte Moschee hieß ebenfalls Merkez-Moschee.

zum ersten Spatenstich kein oder nur wenig mediales Interesse für das Bauprojekt gegeben, was evtl. darauf zurückzuführen ist, dass die Genehmigung unstrittig war.<sup>204</sup>

Im Gegensatz zu vielen anderen Moscheebauprojekten sind in diesem Fall auch überregionale Medien aufmerksam geworden. Damit wurde sowohl für das Projekt als auch für die Moscheegemeinde eine bundesweite Öffentlichkeit hergestellt. Die Wochenzeitungen *DIE ZEIT*, *DIE WELT* und *DER SPIEGEL* berichteten vor 2005/2006 nicht über die Moscheegemeinde und widmeten sich ihr erst zur Moscheeeröffnung mit ausführlichen Artikeln (vgl. *DIE ZEIT* 23.10.08: „Ein Minarett mal ohne Streit“; *DER SPIEGEL* 30.12.06: „Das Wunder von Marxloh“; *DIE WELT* 09.09.06: „Richtfest für Deutschlands größte Moschee. Gebetsstätte in Duisburg-Marxloh soll 1300 Muslimen Platz bieten - CDU lobt Bau als Zeichen der Integration“). Einen weiteren Hinweis für die Präsenz in der Öffentlichkeit bietet eine Internetrecherche mit der Suchmaschine Google. Sie findet ca. 8.510 Ergebnisse für die Suchbegriffe „Merkel Moschee“ und „Marxloh“, was ein Hinweis dafür ist, dass die Moschee Gegenstand von internetbasierten Darstellungen und Diskussionen ist.

### **Die Moschee und Begegnungsstätte als Resultat von Kooperation**

Im Diskurs fällt das Narrativ des kooperativen Prozesses bei der Planung und Errichtung des Moscheekomplexes ins Auge. Die in Kapitel 6.1.2 beschriebene Zusammenarbeit im Beirat, die diversen Absprachen und die starke Involvierung der Stadt Duisburg wurden zu einem immer wiederkehrenden Narrativ in den Äußerungen der Vertreter aus Politik, Verwaltung, Moscheegemeinde und der Mitglieder des Begegnungsstätten-Beirats. Aufgrund der Ähnlichkeiten in der Darstellungsweise kann man die genannten Parteien als eine Diskurs-Koalition bezeichnen (vgl. Jobst 2012: 32). Vor allem der Moscheeverein stellte dieses Narrativ häufiger in den Vordergrund seiner Öffentlichkeitsarbeit. So heißt es in der Informationsbroschüre des Marxloher DITIB-Moscheevereins:

„Das Projekt Begegnungsstätte und Moschee in Duisburg-Marxloh ist einzigartig in Deutschland. Es wurde im Dialog mit allen direkt und indirekt Beteiligten erarbeitet: Moscheegemeinde, Verantwortliche im Stadtteil und in der Stadt, Kirchenvertreter, interessierte Einzelpersonen, Wissenschaftler“ (DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V. o. A.: 2).

Der Planungsprozess wird hier als ein dialogisches Vorhaben dargestellt. In der Informationsbroschüre wird zugesichert, dass der Beirat auch längerfristig in die Organisation der Begegnungsstätte eingebunden werde, um „Offenheit in den Ortsteil und für alle Bürger sicherzustellen“ (DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V.: 3). Das Bild des dialogischen Prozesses wird ebenfalls in dem Imagefilm der Gemeinde vermittelt, der darüber berichtet, wie sich von verschiedenen Seiten „Botschafter des guten Willens“ (DITIB-Imagefilm) verständigt und beteiligt haben. Die im obigen Kapitel erwähnten Maßnahmen bei der Legitimierung des Vorhabens wurden auch

---

<sup>204</sup> In anderen Fällen (z. B. Al-Muhajirin, Bonn) hat es noch vor dem Baubeginn eine rege Berichterstattung gegeben, die sich primär mit den Widerständen in der Politik befasst hat (vgl. Kap. 7).

in zahlreichen Stellungnahmen in den Vordergrund gestellt und von der Presse regelmäßig aufgegriffen. So wird z. B. Schenker, der im Begegnungsstätten-Beirat saß, in der Rheinischen Post zitiert, dass er die Zusammenarbeit mit der Moscheegemeinde als „offen und vertrauensvoll“ (RP 09.09.06) bezeichnet hat.

Im Rahmen des Narrativs vom gemeinsamen Projekt und der gelungenen Kooperation wird die DITIB-Gemeinde als ein offener und kooperationsbereiter Akteur portraitiert. Dies geschieht vor allem in der Selbstdarstellung und in der Fürsprache von an dem Prozess beteiligten Akteuren. So heißt es in der Internetpräsenz: „Die DITIB Gemeinde in Duisburg-Marxloh ist seit ihrer Gründung im Jahre 1984, heute mit rund 900 Mitgliedern (Familien), immer daran interessiert einen offenen Dialog zu führen“ (Website von DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V.<sup>205</sup>). In der Informationsbroschüre (s. o.) stellt die muslimische Gemeinde ihre Moschee folgendermaßen vor:

„Der Name Merkez (dt. „Zentrum“) verdeutlicht die mit der Gemeinde von Anfang an verbundene und gewollte Funktion für die Muslime in Duisburg, aber auch für Andersgläubige und sonstige initiativ Bürger, die an der Warbruckstraße zu verschiedenen Themen und Aktionen immer auf Wohlwollen und Partner gestoßen sind: Zentrum für Begegnungen über Kulturgrenzen hinaus zu sein“ (DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V. o. A.: 3).

Offensichtlich wird schon die alte Moschee als ein Ort der Begegnung vorgestellt und die Bezeichnung „Merkez“ (deutsch: „Zentrum“), die ursprünglich einen zentralen Ort für die muslimischen Gläubigen der ersten Generation in Duisburg markierte, wird grenzübergreifend semantisch umgedeutet und auf alle erstreckt. Somit dienen die bisherigen Kontakte als eine diskursive Ressource im Moscheebauprozess und bilden eine Grundlage, auf der das Projekt der Begegnungsstätte glaubhafter vermittelt werden kann.

Einer der prominentesten Fürsprecher war der damalige Oberbürgermeister Adolf Sauerland, der z. B. bei den Feierlichkeiten zum ersten Spatenstich den Beitrag der Stadtverwaltung zu dem Moscheebauprojekt betonte und somit verdeutlichte, dass das Projekt ein Resultat einer Kooperation zwischen der Moscheegemeinde und der Stadtverwaltung sei. So gab er in seiner Rede zu verstehen, dass die Mitarbeiterin der städtischen EG-DU Demir einen „großen Anteil an Konzept und Realisierung dieser Moschee mit Begegnungsstätte hier in Duisburg-Marxloh“ (Rede Sauerland am 22.03.05) gehabt habe.

In jedem Interview, in zahlreichen Artikeln und öffentlichen Stellungnahmen wird in diesem Zusammenhang der Beirat vorgestellt und seine Rolle bei dem Moscheebauprozess hervorgehoben. Auf der Einweihungsveranstaltung sprach der damalige Ministerpräsident Jürgen Rüttgers von der Zusammenarbeit, ging auf die Entstehung der Begegnungsstätte ein, bedankte sich dafür bei der Moscheegemeinde und betonte den hohen Stellenwert von „Begegnung und Gespräch“ (Rede Rüttgers am 26.10.08), etwas was während des Muezzin-Streits gefehlt habe

---

<sup>205</sup> [HTTPS://WWW.DITIB-DU.DE/DITIB-DU/](https://www.ditib-du.de/ditib-du/), letzter Zugriff am 13.06.21.

(vgl. Kap. 6.1.1.3).<sup>206</sup> Der Muezzin-Konflikt der 1990er Jahre diente, wie oben gezeigt, als Deutungsrahmen im Planungsprozess und war zugleich im Diskurs ein rhetorisches Mittel, das die Besonderheit des neuen Moscheebauprojekts durch seinen friedlichen Verlauf als positives Kontrastbeispiel unterstich.

Die Bezugnahme auf den kooperativen Entstehungsprozess kulminierte in dem Postulat der Zugehörigkeit der Moschee zur ganzen Stadt durch den Oberbürgermeister Adolf Sauerland beim ersten Spatenstich und später auch bei der Eröffnungsveranstaltung:

„Herzlich und mit großer Freude begrüße ich Sie im Namen der Stadt Duisburg zu diesem Tag, an dem sich hier erstmals der Spaten in den Boden bohrt für die, nein, ich sage: für unsere Moschee hier an der Warbruckstraße. Damit wird hier nun endlich auch äußerlich sichtbar, was hinter den Kulissen schon seit mehr als 20 Jahren konzipiert und gedacht, erträumt und erstritten wurde: das Projekt einer Großen Moschee mit Begegnungsstätte für die DITIB-Merkez-Moscheegemeinde“ (Rede Sauerland am 22.03.05).

Durch diesen verbalen Brückenschlag bekundet der oberste Repräsentant der Stadt seine Befürwortung und Unterstützung für den Moscheebau und trägt zugleich zur Grenzüberwindung zwischen der Moscheegemeinde und der Stadtgesellschaft bei. Außerdem unterstreicht er mit seinen Worten das jahrzehntelange Bestehen der muslimischen Gemeinde, die nun sichtbar geworden sei. Die in der Regel vorgestellte Dichotomie zwischen den muslimischen Bauherren und der Stadtgesellschaft wurde in dem vorliegenden Fall durch Repräsentanten der Stadtgesellschaft symbolisch überwunden. Zwar bleiben die unterschiedlichen religiösen und kulturellen Kategorien erhalten, die Gemeinschaftlichkeit wird jedoch in den Vordergrund gestellt, indem der damalige Oberbürgermeister das Bauprojekt als ein „sichtbares Zeichen für interkulturelles und friedfertiges Miteinander“ (zit. nach DIE WELT 09.09.06) bezeichnet.

Ein prägnantes Beispiel für die Demonstration der Unterstützung durch hohe Politiker und des Bauprojekts als einer gemeinschaftlichen Angelegenheit ist das untere Foto, welches in der WAZ zum Anlass eines Besuchs des damaligen Verkehrsministers Wolfgang Tiefensee erschienen ist (vgl. WAZ 01.09.07). Es zeigt, wie dieser sich über das Modell des Moscheekomplexes beugt und die Vertreter des Moscheevereins und der Begegnungsstätte sowie der Kommunalpolitik hinter ihm stehen. Dadurch entsteht der Eindruck einer Schirmherrschaft des Politikers für das Moscheebauprojekt und die Moschee.

Im Rahmen des Narrativs des dialogischen Prozesses entstand ein Entstehungsmythos, welcher in mehreren Interviews und zahlreichen Presseartikeln vorzufinden war. Er erzählt von deutschen und türkischen Bergarbeitern in Marxloh, die schon vor Jahrzehnten gemeinsam unter Tage gearbeitet haben und dadurch zusammengeschweißt wurden. Des Weiteren suggeriert die Erzählung, dass die gute und ethnische Grenzen überschreitende Kooperation der Kumpel die Grundlage für den kooperativen Planungsprozess der Moschee und der Begegnungsstätte

---

<sup>206</sup> Dies sollte laut Rüttgers genutzt werden, um weiter „ins Gespräch zu kommen über Grenzen hinweg“ (ebd.) und in Kontakt zu treten, womit Grenzen angedeutet werden, aber zugleich auch die Möglichkeit und Notwendigkeit der Grenzüberwindung angesprochen wird.

darstellte und dieses damals geschaffene Band sich in der Zusammenarbeit bei dem Moscheebau widerspiegelte. Ursprünglich durch einen Mönch der St. Peter Gemeinde in den öffentlichen Diskurs eingebracht, wurde diese Erzählung immer wieder aufgegriffen und in der Öffentlichkeit verankert. So wird z. B. Schenker im Magazin DER SPIEGEL mit folgenden Aussagen zitiert:

„Die Notwendigkeit, sich miteinander zu verständigen, liegt 1000 Meter tiefer, im Bergbau. [...] Deutsche und türkische Kumpel haben Seit an Seit gearbeitet. Die mussten sich verstehen, sich aufeinander verlassen können. Das hat sich auf den Stadtteil übertragen“ (DER SPIEGEL 26.10.08).<sup>207</sup>

Auch die Dialogbeauftragte griff diese Erzählung bei den Vorstellungen des Projekts immer wieder auf. In der Gesamtschau der Stellungnahmen fällt auf, dass die Offenheit und andere positive Attribute, die im Zusammenhang mit dem Verlauf des Moscheebauprojekts assoziiert werden, primär dem Stadtteil zugeschrieben wurden. Zwar war der eigentliche Bauherr die Moscheegemeinde, der immer wieder Offenheit und Kooperationsbereitschaft attestiert wird, aber die eigentliche Leistung, die friedliche Errichtung des Moscheekomplexes, wurde häufig dem Stadtteil mit seinen Akteuren zugeschrieben. Der Begegnungsstätten-Beirat war sehr präsent im Diskurs und erschien neben dem Stadtteil, der solch ein Projekt bewerkstelligt hat, als ein zentrales Gremium, das die Einflusslegitimität der Stadtgesellschaft wahrt.

Die Inszenierung des Moscheebauprojekts und das symbolische Einfügen der neuen Moschee in das Gesamtgefüge des Stadtteils wird durch die Imagekampagne „Made in Marxloh“ besonders offensichtlich. Bei der Eröffnung der Moschee haben Dutzende von Jugendlichen aus Marxloh gelbe Schilder mit der Aufschrift „Made in Marxloh“ gezielt in die Kameras der anwesenden Medien gehalten. Die Initiative ging vom Verein „Medienbunker“ aus, der seinen Sitz einige hundert Meter von der Merkez-Moschee entfernt hat und der die Kreativwirtschaft im Stadtteil und darüber hinaus fördert (vgl. Website Stadt Duisburg<sup>208</sup>, Website der Kampagne<sup>209</sup>). Die damalige Nachbarin Schwammel, die bei der Eröffnungsfeier dabei war, sieht in der Kampagne eine äußerst gelungene Aktion:

„Die hatten natürlich mit ihrem, die hatten das ja mit dem ‚Made in Marxloh‘. Die sitzen da vorne am Johannesmarkt. Und zur Eröffnung haben die sich ausgedacht, diese ‚Made in Marxloh‘-Schilder, ‚Willkommen in Marxloh‘ hochzuhalten. Und das war für die Presse, die sind da unheimlich drauf abgefahren“ (Int. Schwammel).

Auch der damalige Stadtteilmoderator sieht darin einen Einfluss auf das Erscheinungsbild des Moscheebauprojekts und kommentiert die Werbekampagne folgendermaßen:

---

<sup>207</sup> Die Erzählung wurde auch nach der Fertigstellung des Moscheekomplexes weitergetragen. So wird diese Erzählung bei Moscheeführungen an die Besucher kommuniziert und die Moschee zugleich grenzübergreifend symbolisch aufgeladen (Besuch des Autors am 03.12.13).

<sup>208</sup> <https://www.duisburg.de/wohnenleben/geografisch/stadtbezirke/made-in-marxloh.php>, letzter Zugriff am 19.06.21.

<sup>209</sup> <https://www.madeinmarxloh.de>, letzter Zugriff am 12.12.13.

„Also es, ich meine die Außenwirkung, die ja noch untermauert worden ist zum Beispiel durch diese Kampagne ‚Made in Marxloh‘ und so was, da sind ja sehr clever verschiedene Dinge miteinander verbunden worden. Das hat schon dazu geführt, dass das insgesamt, das Image, sich verändert hat, dass wir heute auch nochmal angefragt werden, wenn positive Dinge zu berichten sind“ (Int. Möller).

Aus einem Gespräch mit Mehmet Akay, einem der Verantwortlichen der Kampagne, geht hervor, dass es vor allem darum gegangen ist, auf die Präsenz des Medienbunkers aufmerksam zu machen. Es sei zwar mit dem Moscheeverein abgesprochen worden, jedoch kein von der offiziellen Stadtentwicklung lancierter Schritt gewesen. Somit wird zusammen mit den Aussagen des damaligen Stadtteilmoderators klar, dass es ein Zusammenspiel von verschiedenen Gruppen und Interessen war, welches die Gesamtkampagne gestaltet und den öffentlichen Diskurs geprägt hat. Durch die Werbekampagne wurde eine dreifache Botschaft kommuniziert: Zugehörigkeit der entstandenen Moschee zum Stadtteil, Unterstützung der Stadtteilbewohner für den Moscheebau und Stolz der Bewohner von Marxloh auf ihre Moschee, was als ein Gegendiskurs zu dem anfangs dargestellten Negativimage Marxlohs verstanden werden kann.

### **Moschee und Begegnungsstätte als Ort der Begegnung und des Dialogs und ein Beitrag zur interkulturellen und interreligiösen Verständigung**

Im Rahmen der Darstellung des Moscheebauprojekts stellten die Vertreter der DITIB-Gemeinde und die anderen Akteure die soziale Begegnung in den Vordergrund. In der Selbstdarstellung stellte die Begegnung ein Leitmotiv dar und ist ein zentrales Narrativ, welches für die Legitimierung des Bauvorhabens steht. In der Informationsbroschüre der DITIB-Gemeinde wird der Moscheekomplex mit der Begegnungsstätte als ein Beitrag zur Entwicklung einer „Kultur des Miteinanders“ (DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V. o. J.: 2) im Stadtteil verstanden. Die Initiierung des Projekts wird als Anknüpfung an die bestehende Offenheit und Kooperationsbereitschaft der DITIB-Gemeinde (s. o.) dargestellt. In dem Informationsheft ist Folgendes zu lesen:

„Die DITIB-Merkez Moscheegemeinde hat sich vorgenommen, noch mehr als bisher die Zukunft der eigenen Heimat Marxloh in Richtung Miteinander und Dialog mitzugestalten. Das Projekt Begegnungsstätte an der Moschee soll den muslimischen Bürgern Marxlohs und Duisburgs eine kulturell-religiöse Heimat und allen Bürgern der Stadt eine Stätte der Begegnung, des Dialogs und des menschlichen Miteinanders sein“ (DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V. o. J.: 4).

Damit wird das offizielle Programm der Begegnungsstätte auf das gesamte Bauprojekt übertragen und der Moscheekomplex zu einem Objekt der Infrastruktur hochstilisiert, das verschiedene Gruppen zusammenführt und somit integrative Prozesse in Gang setzt. Damit wird dem bisherigen Segregationsdiskurs, der häufig im Zusammenhang mit Moscheebauprojekten geführt wird, ein potenzialorientierter Integrationsdiskurs entgegengesetzt. Sowohl die

Programmatik der Begegnungsstätte als auch das lancierte Narrativ sind in ein Integrationsverständnis eingebettet, das starken Fokus auf die kulturelle und religiöse Identität von Individuen und Gruppen legt und die zwischenmenschliche Begegnung und den interkulturellen und interreligiösen Dialog als einen wichtigen Aspekt der Integration betrachtet. Dieses Konzept fügt sich ein in die Philosophie der öffentlichen Förderprogramme. So ist es ein integraler Bestandteil des Programms der „Sozialen Stadt NRW“, die Akteure vor Ort besser zu vernetzen und bürgerschaftliche Potenziale zu mobilisieren (vgl. Website der BpB<sup>210</sup>). Offensichtlich ist der Legitimierungsprozess von Seiten der Bauherren ideell und in seinen Narrativen beeinflusst von den finanziellen Förderströmen und dem in diesem Zusammenhang bestehenden persönlichen Austausch zwischen Vertretern der Moscheegemeinde und der Verwaltung.

Das Konzept der Begegnungsstätte wurde in den Medien aufgenommen und auch in den öffentlichen Äußerungen immer wieder aufgegriffen. Dabei wurde nicht nur die Begegnungsstätte als Ort der Begegnung vorgestellt, sondern es wurde auch immer wieder betont, dass die Moschee für alle offen sei. Überschriften in den Zeitungen wie „Eine Moschee für alle“ (WAZ 09.09.06), „Begegnung unter der Kuppel“ (NRZ 07.09.06), „Symbol für Integration“ (RP 30.06.06) und „Moschee soll Ängste nehmen“ (RP 09.09.06) bekräftigten das Narrativ der Begegnung und Offenheit des Moscheekomplexes. Eine exemplarische Aussage stammt von Elif Saat, der damaligen Vorstandsvorsitzenden der Begegnungsstätte: „[...] die Moschee ist grundsätzlich von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang für alle Menschen, egal welcher Religion oder Nationalität, geöffnet“ (Elif Saat, zitiert nach WAZ 05.07.06).

Analog zu den geäußerten Einladungen sprachen sich andere Akteure in Bezug auf die erwartete Offenheit in der neuen Moschee aus. Ein Beispiel dafür ist die Aussage von Pfarrer Fuchs der evangelischen Gemeinde in Marxloh: „Aus dem gemeinsamen Weg ist ein Haus geworden, eine Moschee, in der auch wir willkommen geheißen werden“ (NRZ 05.06.07). Zugleich wird in dieser Aussage deutlich, dass das Moscheebauprojekt als ein gemeinsames Projekt aufgefasst wird, wodurch Grenzen diskursiv überschritten werden. In vielen Quellen verschwimmen die Grenzen zwischen Moschee und Begegnungsstätte, was zum einen von der Moscheegemeinde lanciert wurde und zum anderen von Akteuren als Öffnung der Moschee für die Gesellschaft verstanden wurde. Den potenziellen Widerspruch spricht der damalige Oberbürgermeister Sauerland an:

„Meine Damen und Herren, eingangs habe ich wohlüberlegt von ‚unserer Moschee‘ gesprochen, die hier in Marxloh entstehe. Vielleicht bin ich damit einen Schritt zu weit gegangen. Denn natürlich entsteht hier erst einmal Ihre Moschee, sehr geehrter Herr Özlem, und die ihrer Glaubensbrüder und –schwestern. Das will ich respektieren. Aber es muss und es wird uns gelingen, diese Moschee zu einem Haus für alle Duisburger zu machen, zu einem Haus, das mit seinen Kuppeln und Minaretten für ein tolerantes, weltoffenes Duisburg steht. Hier entsteht kein Haus der Abgrenzung, sondern ein

---

<sup>210</sup> [HTTP://WWW.BPB.DE/POLITIK/INNENPOLITIK/STADT-UND-GESELLSCHAFT/64443/SOZIALE-STADT](http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/64443/soziale-stadt), letzter Zugriff am 22.04.14.



Gotteshaus, das alle Duisburger in ihr Herz schließen können, auch wenn sie in diesem Herzen einen anderen oder auch keinen Gott tragen“ (Rede Sauerland am 22.3.2005).

In bemerkenswerter Weise geht der damalige Oberbürgermeister in seiner Rede kritisch auf die eigene Formulierung „unsere Moschee“ (s. o.) ein und spricht die potenziellen Spannungen an zwischen der muslimischen Gemeinde und ihrer sozialen Umwelt hinsichtlich des Verfügens über die Moschee. Dabei lässt er jedoch offen, ob es sich um die tatsächliche Nutzung der Moscheeräume handelt oder ob er auf die symbolische Ebene abzielt im Sinne der Akzeptanz der Moschee als Teil der Stadt. Beides erfordert Anstrengung sowohl der muslimischen Gemeinde als auch der Stadtbewohner und stellt somit einen Appell an beide Seiten dar. In diesem Kontext wurden während diverser Veranstaltungen auch die klaren Erwartungen artikuliert, dass der Moscheekomplex tatsächlich ein Ort der Begegnung werde (vgl. z. B. RP 23.03.05).

### **Das „Wunder von Marxloh“**

Neben dem Narrativ der vertrauensvollen Zusammenarbeit und Offenheit der Moschee und der Begegnungsstätte spielte, wie schon oben angedeutet, der sozialräumliche Bezug zum Stadtteil eine prominente Rolle im Diskurs. Eine Formel, die die gelungene Kooperation in Verbindung mit dem Stadtteil Marxloh bringt, lautet „Wunder von Marxloh“. Sie wurde zum ersten Mal am Tag des ersten Spatenstichs von dem damaligen Bauminister Vesper verkündet und ist seitdem von den Medien und verschiedenen Internetpräsenzen rezipiert worden. Der Bauminister hat in seiner Rede darauf hingewiesen, dass in der Nähe der Moschee-Baustelle Dreharbeiten zu dem Spielfilm „Das Wunder von Bern“ stattgefunden haben und zog eine Parallele zu der Verwirklichung des Moscheebauprojekts (vgl. RP 23.03.05). Durch den Leitspruch wird das Moscheebauprojekt symbolisch mit dem Stadtteil verwoben; damit kann die Formel als ein Beitrag zur Aufwertung des Stadtteils und als eine Grenzüberwindung zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen durch die implizite Kategorie „Bewohner Marxlohs“ gewertet werden. Der Ausdruck leistet einen Beitrag zur kognitiven und emotionalen Legitimität, indem er eine prägnante und angenehme Formel, die leicht rezipiert werden kann, darstellt und das Bauprojekt greifbar macht. Die Verantwortlichen haben diese Formel aufgegriffen und haben versucht, sie im öffentlichen Diskurs zu verankern. Ein Beispiel dafür ist der angesprochene Image-Film, der die Formel zum Titel gemacht hat.

Durch die Wahl des Substantivs „Wunder“ werden vor allem zwei Dinge markiert: Zum einen ist es etwas Positives und zum anderen etwas Erstaunliches, was eine gängige Definition des Begriffs nahelegt, die Wunder als ein „außergewöhnliches, den Naturgesetzen oder aller Erfahrung widersprechendes und deshalb der unmittelbaren Einwirkung einer göttlichen Macht oder übernatürlichen Kräften zugeschriebenes Geschehen, Ereignis, das Staunen erregt“ (Website Duden<sup>211</sup>) beschreibt. Das Erstaunliche kann sich auf verschiedene Aspekte beziehen: Es kann den bis dahin weitgehend konfliktfreien Verlauf des Planungsprozesses (s. o.) betreffen, der vor dem Hintergrund der vielfältigen konflikthafter Moscheebauprojekte erstaunlich

---

<sup>211</sup> [HTTP://WWW.DUDEN.DE/RECHTSCHREIBUNG/WUNDER](http://www.duden.de/rechtschreibung/Wunder), letzter Zugriff am 10.09.13.

erscheint. Damit bezieht das Narrativ seine Aussagekraft aus den Konflikten an anderen Orten. Oder es bezieht sich auf die Tatsache, dass etwas Schönes und Hochwertiges wie ein repräsentativer Bau in einem Stadtteil entstanden ist, der bisher eher durch negative Schlagzeilen („Ghetto“, „Arbeitslosigkeit“ etc.) aufgefallen ist. Damit wird der Stadtteil symbolisch aufgewertet. Der friedliche Ablauf des Moscheebauprojekts spielt im Rahmen des „Wunders von Marxloh“ im Diskurs eine entscheidende Rolle. Die unter diesen Bedingungen entstandene Moschee wird hiermit zu einer Institution, die die Toleranz des Stadtteils und der Stadtgesellschaft als „ein tolerantes, weltoffenes Duisburg“ (Rede Sauerland am 22.3.05) demonstriert.

Die Proteste in anderen Städten, die immer wieder angesprochen werden, werden somit zur diskursiven Ressource, da sich dieses Moscheebauprojekt von anderen abhebt und es durch die ansonsten stark verbreitete Konflikthaftigkeit von Moscheebauprojekten zum Wunder hochstilisiert werden kann. Zugleich wird in dem Narrativ ein Ausnahmestatus von friedlichen Moscheebauprojekten zementiert, da durch die Darstellung der Entstehung der Moschee als Wunder diesem die Selbstverständlichkeit genommen wird.

### **Moscheebau als Chance für den Stadtteil**

Neben der mystischen Aufladung und der Hervorhebung der Einzigartigkeit des friedlichen Ablaufs wird der Nutzen für den Stadtteil Marxloh prominent thematisiert. Die Bauherren und die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung möchten den Moscheekomplex als Dienst am Stadtteil und an der Stadt verstanden wissen. Durch die Errichtung der Moschee mit der integrierten Begegnungsstätte werde ein wichtiger Beitrag zur Attraktivität der Stadt und des Stadtteils geleistet. Ein Erzählstrang behandelt die Attraktivität der Moschee für potenzielle Touristen. Die Moschee wird zum touristischen Highlight (Int. Möller; vgl. WAZ 08.12.06) hochstilisiert und es wird davon ausgegangen, dass dadurch Marxloh zu einem Touristenmagnet werde. Dies schien sich schon während des Bauprozesses zu bestätigen, da auch größere und prominente Gruppen die Baustelle des Moscheekomplexes besichtigt haben. Diese Besuche wurden von der WAZ regelmäßig aufgegriffen. So schrieb die WAZ am 08.12.06 zum Besuch von städtebaulichen Verbänden in der Moschee von einem „Besuchermagnet Moschee“:

„Das muslimische Gotteshaus an der Warbruckstraße befindet sich zwar noch im Bau, wirkt aber bereits jetzt wie ein Magnet: Aus aller Welt reisten schon Gäste zur Besichtigung nach Marxloh an“ (WAZ 08.12.06).

Von der touristischen Attraktivität würden ferner die Geschäftsleute profitieren, da die Nachfrage nach ihren Dienstleistungen und Produkten durch die Präsenz der Touristen steigen würde. Dadurch ist das Moscheebauprojekt in einen ökonomischen Diskursstrang eingebettet und die Geschäftsleute in Marxloh erscheinen hier als Stakeholder, die von der neuen Moschee profitieren.

Neben dem touristisch-ökonomischen Aspekt wird im Rahmen des Nutzennarratives die Existenz der Moschee als ein Standortvorteil gewertet, da dieser „kulturelle und soziale Höhepunkt“ (DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V. o J.: 5) des Stadtteils vermarktet werden könne und

den Investitionsstandort Duisburg und besonders Marxloh v. a. für muslimische Investoren stärken könne (vgl. ebd.). Auf der Grundlage der Prämisse „Wirtschaft und Kultur hängen zusammen“ (ebd.) wird argumentiert, dass der Moscheekomplex als ein weicher Standortfaktor dazu beitrage, den im Stadtteil ansässigen Mittelstand und somit auch die Kaufkraft im Stadtteil zu halten. Dieser wirtschaftliche Fokus ist auf der Grundlage des Konzepts des „Soziale Stadt“-Programms zu verstehen, von dem Marxloh als „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“ erfasst ist und welches die wirtschaftliche Entwicklung eines Stadtteils als wesentliches Element der Stadtentwicklung begreift.

Im Zusammenhang mit der stadtentwicklungspolitischen Repräsentation des Moscheebauprojekts kommt Jan Balke in seiner Analyse zu dem Schluss, dass der Moscheebau ein Beispiel sei für die „Möglichkeit und Chance einer stadtteilbezogenen Imagetransformation, die alleine auf ein singuläres städtebauliches Element zurückzuführen“ ist (Balke 2009: 107).

### **Muslime als Teil Duisburgs und die Moschee als eine logische Konsequenz**

Ein anderes, wichtiges Narrativ des Diskurses rund um den Moscheebau in Marxloh ist die Darstellung des Moscheebaus als eine selbstverständliche Konsequenz der Präsenz von Muslimen in Deutschland und Duisburg und als eine Normalisierung des muslimischen Lebens in der Stadt. Der damalige Moscheevereinsvorsitzende erklärt die Entstehung der Moschee folgendermaßen:

„Na ja, klar gibt es 50 Gemeinden, die erkennen Sie nicht als Gemeinden, die sind in irgendwelchen Hinterhöfen, in irgendwelchen ehemaligen Läden, in Untergeschoss im Keller oder wo auch immer, und diese Moscheegemeinden gibt es. Und die haben Bedarfe. [...] Die Leute sind zwar hier, aber mit der Sehnsucht, sie sind seit 40 Jahren hier, 50 Jahren hier, und haben keine richtige, würdige Gebetsstätte. Das sind ja alles Moscheebauten, die in den 80ern oder Ende der 70er entstanden sind aus der Notwendigkeit, ein Ort des Begegnens, ein Ort des Gebetes zu haben mit entsprechend geringen Mitteln, die die Gemeinden dann selber zusammengeschmissen haben, notdürftig hergestellt worden sind“ (Int. Özlem).

In dem Zitat werden zwei Aspekte genannt, durch die der Sprecher die Präsenz der Muslime in Duisburg charakterisiert. Zum einen ist es die große Anzahl der muslimischen Gemeinden, auf die bereits eingegangen wurde, zum anderen die langjährige Präsenz in der Stadt. Er verweist auf den Widerspruch, dass einerseits die Muslime schon seit Jahrzehnten in Duisburg leben, andererseits ihr religiöses Leben aber von einem Provisorium geprägt ist. In diesem Zusammenhang geht er auf die Bedürfnisse der Muslime ein, die eine „würdige Gebetsstätte“ umfassen und denen man als Moscheeverein nachkommen müsse. Ähnlich wird die Lage in dem Imagefilm für das Moscheebauprojekt dargestellt. Darin wird der Satz des Schriftstellers Max Frisch „Arbeiter wurden geholt, aber Menschen sind gekommen.“ zitiert und dargestellt, wie die Arbeitsmigranten anfangs auf vieles verzichteten und sich in erster Linie mit Arbeit beschäftigten, sich jedoch dann zunehmend in Deutschland einrichteten, ihre Familien nachholten oder

gründeten und damit nach und nach ein „türkisches Leben“ in Duisburg entstand. Die Errichtung der ersten Moschee in der ehemaligen Kantine wird als ein elementarer, jedoch viele Jahre mangelhafter Bestandteil dieses Lebens bezeichnet: „Doch diesen Menschen fehlte etwas zu ihrem Glück, das zuhause zu ihrem Leben gehört hat“ (DITIB Imagefilm) Hinzugefügt wird, dass die Moschee noch „unsichtbar“ und „versteckt“ war. Die Errichtung der neuen, großen und nach außen als solche erkennbaren „richtigen Moschee“ wird als ein selbstverständlicher Schritt der Präsenz der türkischen Migranten in der Stadt verstanden, was auch an dem mehrmals auftauchenden Satz „Die Zeit ist reif!“ zum Ausdruck kommt. Die langjährige Präsenz wird dabei allgemein auf türkische Migranten als auch speziell auf die Marxloher DITIB-Gemeinde bezogen. So wird in diesem Zusammenhang betont, dass der Bauherr der repräsentativen Moschee die größte und älteste Moscheegemeinde Duisburgs sei. Auch in Interviews wird im Zusammenhang mit der Entstehung der Moschee auf die Größe und die über zwanzigjährige Geschichte der Moscheegemeinde verwiesen (vgl. Int. Demir, Int. Acar). Dieses Narrativ überschneidet sich zum Teil mit dem architektonischen Narrativ, in dem die repräsentative Moschee als Zeichen des Ankommens gedeutet wird (s. o.), und kann vor allem aus den affirmativen Redebeiträgen von Befürwortern des Bauprojekts abgeleitet werden. Ein prägnantes Beispiel bildet der Ausspruch des damaligen Oberbürgermeisters am Tag des ersten Spatenstichs:

„Ich gehe davon aus, dass die hier entstehende Moschee, meine Damen und Herren, einen spürbaren Schritt nicht zur Ausgrenzung, sondern zur Integration eines großen Teiles unserer Duisburger Bevölkerung bedeuten wird, wenn sie eines Tages eingeweiht wird. Seit mehr als 40 Jahren leben wir mit Muslimen zusammen, und es ist höchste Zeit, dass ihr Glaubensleben aus Hinterhöfen und billig angemieteten Ladenlokalen herausfindet in ein offenes, selbstbewusstes Miteinander, [...]“ (Rede Sauerland am 22.03.05).

Offensichtlich sieht auch der Repräsentant der Stadtverwaltung einen Normalisierungsbedarf der muslimischen Religionsausübung, der dadurch gekennzeichnet ist, dass Muslime in repräsentativen Gebäuden ihre Religion ausüben. Implizit legitimiert er das Projekt durch den Verweis auf die Muslime als Teil „unserer Duisburger Bevölkerung“. Aus der Zugehörigkeit der Muslime zur Stadt leitet er implizit die Zugehörigkeit und Zulässigkeit der repräsentativen Moschee zu Duisburg ab und interpretiert diese Moschee als Integrationsbeitrag. Umgekehrt betrachtet er die Tatsache, dass eine neue Moschee entsteht, als ein Zugehörigkeitsbeweis zur Stadt. Auf der Eröffnungsveranstaltung äußerte der oberste Repräsentant der Stadt Folgendes:

„Hier ist eine muslimische Gemeinde, die in Deutschland ihre Heimat hat, auch die Heimat ihres Glaubens. An der Warbruckstraße steht nichts anderes als ein Stein gewordenes Bekenntnis zu unserer Stadt“ (Rede Sauerland am 26.10.08).

Im Zusammenhang mit der Präsenz von muslimischen Migranten wurde ferner darauf verwiesen, dass sie nicht nur ein Teil Duisburgs seien, sondern zu dessen Wiederaufbau beigetragen hätten. In dem Imagefilm wurden die damaligen Arbeitsmigranten als hart arbeitende und

pflichtbewusste Menschen portraitiert, und es wurde bildlich vermittelt, dass sie einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands und Duisburgs geleistet haben. Die Legitimität des Moscheebauprojekts wurde somit zusätzlich aus den Verdiensten der türkischen Arbeitsmigranten abgeleitet. Im Gegensatz zu den Narrativen, in denen der Nutzen für den Stadtteil und die aus dem Moscheekomplex erwachsenden Potenziale betont werden und die Moschee sowie die Begegnungsstätte in den Dienst von Dialog und Stadtteilentwicklung gestellt werden, umfasst dieses Narrativ die Bedürfnisse der Muslime und ihre legitimen Ansprüche auf eine „würdige Moschee“ sowie die Selbstverständlichkeit der Entstehung der Moschee qua langjähriger und der zahlenmäßig hohen Präsenz der Muslime in der Stadt.

An manchen Stellen des Diskurses wurden die öffentlichen Veranstaltungen genutzt, um Erwartungen an die Moscheegemeinden und andere Muslime zu stellen, die darauf abzielten, zu verdeutlichen, dass die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland noch keine Normalisierung erfahren hat und hinsichtlich der Integration eine Bringschuld der Muslime bestehe. Besonders häufig wird die oben zitierte Rede von Jürgen Rüttgers, dem damaligen Repräsentanten des Landes NRW, rezipiert, und zwar vor allem seine Forderung nach mehr repräsentativen Moscheen, aber auch seine kritischen Aussagen zu Muslimen in Deutschland. Im zweiten Teil seiner Rede während der Einweihung des Moscheekomplexes wendet sich Rüttgers kritischen Integrationsfragen zu und veranschaulicht damit, welche Anpassungserwartungen an Muslime in Deutschland von der politischen Elite gestellt werden. Dabei geht er auf die Briefe von Bürgern ein, die für ihn allgemeine Ängste, Sorgen und Fragen der nichtmuslimischen Mehrheitsbevölkerung bezüglich der Muslime und des Islams zum Ausdruck bringen. Es seien Fragen, von denen er wisse, wie schwer es sei, „sie öffentlich gestellt zu bekommen“.<sup>212</sup> Dann fährt er fort: „Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen nicht so tun, als gäbe es diese Fragen nicht. Es gibt diese Fragen. [...] Einige dieser Fragen möchte auch ich heute stellen. Stellvertretend für viele Menschen in unserem Land.“ Rüttgers zufolge habe die Integrationspolitik versagt, weil die Menschen der ersten Generation, die sich schon seit Jahrzehnten in Deutschland befänden, kein Deutsch sprächen. Daraus leitet er eine konkrete Erwartung an das türkischstämmige Publikum ab, insbesondere der älteren Generation, der er gleichzeitig für ihre Lebensleistung seinen Respekt zollt:

„Ich erwarte gerade von den Älteren, dass sie den Kindern und Enkelkindern helfen, es besser zu machen. Deutsch zu lernen. Sprache ist der Schlüssel zur Zukunft. Das zu fordern, nötigt uns der Respekt vor unseren Kindern ab. Das ist das Recht der Generation, der die Zukunft gehört. Das verlangt die Verantwortung für unser Land“ (Rede Rüttgers am 26.10.08).

Neben der Erwartung, Verantwortung für die jüngere Generation mit türkischer Herkunft zu übernehmen<sup>213</sup>, formuliert er noch weiterreichende Erwartungen. So sollen Muslime in

---

<sup>212</sup> Dies betrifft Rüttgers Meinung nach z.B. die Vereinbarkeit von Demokratie und Islam und die Deutschkenntnisse der Türkeistämmigen (ebd.).

<sup>213</sup> Er geht zwar anfangs auf Integrationspolitik ein; mit den darauffolgenden Äußerungen wird die Verantwortung für die nächsten Generationen den Migranten zugeschrieben und nicht etwa den Institutionen der Aufnahmegesellschaft wie z. B. Schulen.

Deutschland eine Antwort auf die Frage nach Vereinbarkeit von Islam und Demokratie geben, die er als eine der „nationalen Schicksalsfragen unseres Jahrhunderts“ bezeichnet und der er damit eine besondere Bedeutung verleiht. Es gehe darum zu fragen,

„ob zwei so unterschiedliche Kulturkreise – der judäo-christliche und der islamische – miteinander auskommen können, unter demokratischen Bedingungen auskommen können. [...] Wir müssen die Frage nach der Vereinbarkeit von Demokratie und Islam stellen. Nein! – Wir müssen sie nicht nur stellen. Wir brauchen eine Antwort. Klar. Eindeutig. Unzweifelhaft. Und für diese Antwort gilt: Den größeren, den gewichtigeren Teil können nicht wir geben, die Nicht-Muslime. Das können wir den Muslimen in Deutschland, ihren Gemeinden, ihren Vereinen und Verbänden nicht abnehmen“ (ebd.).

Nachdem der Redner anfangs die Zugehörigkeit der Muslime zum Land NRW vorgebracht hat, vollzog er an dieser Stelle eine symbolische Grenzziehung, indem er die Unterschiedlichkeit der Muslime und Nichtmuslime hervorhob und sogar die Vereinbarkeit des Islams mit der hiesigen, demokratischen Gesellschaft in Frage stellte. Ganz deutlich nimmt der Sprecher die muslimischen Organisationen, darunter auch den Marxloher DITIB-Moscheeverein, in die Verantwortung für eine positive Beantwortung dieser Frage. Damit wurde zugleich implizit die Erwartung an eine entsprechende Programmatik der angegliederten Begegnungsstätte geäußert.

### **Frauen als Motor des Projekts**

Ein weiteres Narrativ im Diskurs ist die bereits angesprochene Rolle der Frauen in dem Moscheebauprozess. Die beschriebene Entwicklung, dass Frauen in wichtige Positionen der Begegnungsstätte gelangt sind und leitende Funktionen bei dem Moscheebauprozess übernommen haben, hat auf eine positive Weise Eingang in den Legitimierungsdiskurs gefunden. Ein Interviewpartner, der im Vorstand der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte war, betonte „dass die Frauen in dieser Gemeinde eigentlich der Hauptmotor waren“ (Int. Dersin). Dies wird auch von anderen Interviewpartnern bestätigt (vgl. Int. Schwammel; Int. Schneider). Die Präsenz der Frauen im Projekt, z. B. in der Rolle der Begegnungsstätten-Vorsitzenden, entspricht gesellschaftlichen Erwartungshaltungen und Normen hinsichtlich der Frauenemanzipation und Geschlechtergleichheit (moralische Legitimität). Abweichend von anderen Diskursen, die die türkische oder muslimische Frau in der Opferrolle thematisieren (vgl. Naumann 2010: 19), stehen hierbei offensichtlich emanzipierte Frauen im Vordergrund. Diese Frauen fügen sich nicht in das Bild der unterdrückten islamischen Frau, die sich aus dem öffentlichen Leben heraushalten, sondern repräsentieren das Gegenteil davon. In diesem Zusammenhang erschienen diverse Zeitungsartikel, die die Leistungen der Frauen im Rahmen des Moscheebauprojekts aufgegriffen haben (z. B. WAZ 05.07.06). In einem Artikel des Magazins DIE ZEIT mit der Überschrift „Ein Minarett mal ohne Streit - Wie engagierte Musliminnen in Duisburg Deutschlands größte Moschee bauten“ wurde das Engagement der Frauen als der Hauptgrund für das Gelingen des Projekts genannt: „Es waren vor allem Frauen, die das Projekt vorantrieben. Das Wunder von

Marxloh ist weiblich“<sup>214</sup> (DIE ZEIT 23.10.08). Die Neue Rheinische Zeitung (NRZ) berichtete von „Frauen, die diesen Bau vorangetrieben haben“ (NRZ 17.10.08) und sah darin ebenfalls einen Erfolgsfaktor für das Projekt. Im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stand die damalige hauptamtliche Geschäftsführerin der Begegnungsstätte Kaykin, die in der Presse als eine säkulare und karriereorientierte sowie sozial engagierte Frau charakterisiert wurde (ebd.).<sup>215</sup> Auch Elif Saat trat als eine souveräne und medial versierte Person auf. Mit ihrem durch das Kopftuch offensichtlich muslimischen Auftreten zeugte sie von einer Vereinbarkeit von Religiosität und Traditionsbewahrung einerseits und Partizipation an der heutigen Gesellschaft andererseits.

### **Das architektonische Narrativ: „Größte Moschee Deutschlands“**

Die Thematisierung der äußeren Erscheinung des Moscheekomplexes und seiner Größe, der zum Zeitpunkt der Einweihung größten Moschee Deutschlands, ist ein elementares Element im Duisburger Moscheebaudiskurs. Die eindrucksvolle Repräsentanz des Gebäudes wurde durch die beteiligten Akteure dargestellt als Ausdruck der Bestrebung, eine Begegnung zwischen Vertretern der Moscheegemeinde und Muslimen allgemein und ihrer sozialen Umwelt auf Augenhöhe zu ermöglichen (vgl. RP 17.02.07, Domradio 27.10.08). Mit Bezug auf den damaligen Vorsitzenden des Moscheevereins schreibt die Rheinische Post:

„Den eigenen Leuten soll die Imposanz Mut und Ansporn sein, in der Gesellschaft anzukommen und den Menschen auf Augenhöhe zu begegnen. Den Deutschen aber will das Leuchtturmprojekt nicht als Gegnerschaft, sondern als Einladung dienen: die fremden Mitbürger endlich kennenzulernen“ (RP 17.02.07).

Damit wird die Architektur in den Dienst der interreligiösen und interkulturellen Begegnung gestellt und zugleich als symbolische Aufwertung der Moscheegemeinde verstanden. An anderen Stellen wird diese Aufwertung auf alle in Deutschland lebenden Muslime übertragen (vgl. Domradio 27.10.08).

Zwei besonders prominente Aussprachen, die Eingang in den Legitimierungsdiskurs gefunden haben und sich auf die Sichtbarkeit und Architektur der Moschee beziehen, stammen vom Jürgen Rüttgers und Adolf Sauerland. Beide erkannten grundsätzlich die Rechtmäßigkeit der architektonischen Repräsentanz von Moscheen an.

Der damalige NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers äußerte sich affirmativ, indem er ein vergangenes Gespräch mit einigen Chefredakteuren schilderte, wo er den folgenden Satz geäußert habe: „Wir brauchen mehr Moscheen in unserem Land, aber nicht in den Hinterhöfen, sondern sichtbar, erkennbar. [...] Mir ist wichtig, das auch hier zu sagen. Der Satz ist richtig. Ich bin überzeugt davon“ (Rede Rüttgers am 26.10.08). Damit postuliert er die grundsätzliche Legitimität von Moscheebauvorhaben, nicht nur für die Moscheegemeinde in Marxloh, sondern

<sup>214</sup> [HTTP://WWW.ZEIT.DE/2008/44/LS-MARXLOHE](http://www.zeit.de/2008/44/LS-MARXLOHE), letzter Zugriff am 10.05.12.

<sup>215</sup> In diesem Kontext ist Kaykin stark in den öffentliche Aufmerksamkeit getreten und wurde von der Presse zu einer Vorzeige-Muslima gemacht, die als emanzipiert, engagiert und modern portraitiert wurde (vgl. WAZ 12.05.06). Eine Überschrift der WAZ veranschaulicht dies eindrücklich und hebt die Kategorie „Duisburgerin“ hervor: „Türkin? Deutsche? Duisburgerin!“ (WAZ 17.08.08)

für das ganze Land NRW, als dessen Repräsentant er seine Forderung an sein Publikum adressiert. Wie Sauerland die inkludierende Einheit „Stadt Duisburg“ anführt (s. o.), so geht Rüttgers auf die politisch-gesellschaftliche Einheit „Land NRW“ ein, das dem Sprecher zufolge offensichtlich auch Muslime als Teil der Bevölkerung umfasst.

Der damalige Oberbürgermeister Adolf Sauerland brachte in seinen Äußerungen eine Auslegung des Islams und die Legitimität der Sichtbarkeit von Moscheen in Zusammenhang. Er wird mit folgenden Worten zitiert: „Ein weltoffener Islam hat keinen Grund, seine Minarette zu verstecken“ (RP 23.03.05). Damit sprach er potenzielle Kritiker an und brachte zugleich eine Ansicht zum Ausdruck, die die legitime Präsenz einer Religion im öffentlichen Raum von ihrer Konformität mit bestimmten Werten abhängig macht; „Weltoffenheit“ könnte z. B. für Aufgeschlossenheit und Gesprächsbereitschaft stehen. Zugleich, so kann man annehmen, impliziert die Feststellung, dass die Gemeinde einen „weltoffenen Islam“ praktiziere, einen Appell, diese Haltung beizubehalten oder vielleicht gar zu stärken. Insofern handelt es sich um eine legitimierende Fürsprache und Erwartungsäußerung zugleich.

Der herausragende Erzählstrang dabei ist die Größe der Moschee. So war die Feststellung, dass es sich bei der Merkez-Moschee um „die größte Moschee Deutschlands“ handele, in zahlreichen Zeitungsartikeln präsent und war, analog zum restlichen Diskurs, weitgehend positiv konnotiert. Das Narrativ „größte Moschee Deutschlands“ fügte sich ein in die mediale Tendenz und Logik, prioritär über Superlative zu berichten (vgl. Karidi 2015: 51).<sup>216</sup>

Im Gegensatz zu anderen Moscheebauprojekten, in denen aufgrund tatsächlicher oder befürchteter Widerstände die Größe der Moschee von den Bauherren nicht thematisiert wurde oder die Moschee eher kleingeredet wurde, ging die DITIB-Moscheegemeinde offensiv mit der Größe ihrer Moschee um. Anders als im weit verbreiteten Antimoscheediskurs, bei dem um die Höhe des Minaretts gestritten wird und die Moscheegegner lautstark gegen die geplante Höhe des Minaretts protestieren (vgl. Kapitel 3), gab es in Marxloh keine offenen Widerstände gegen das Minarett.

Trotz Selbstdarstellung als „größte Moschee Deutschlands“ findet eine Unterordnung unter die benachbarte Kirche hinsichtlich der Minarett Höhe Eingang in den Diskurs. Wie bereits ausgeführt, wurde auf Anraten der Mitglieder des Beirats die Höhe des Minaretts geringer gehalten, als es das Baurecht erlaubt hätte und es manche Gemeindemitglieder gewünscht hätten. Dieser Schritt spielte eine Rolle im Legitimierungsdiskurs und wurde in mehreren Zeitungsartikeln thematisiert und begrüßt (z. B. DER SPIEGEL 30.12.06). Ein Beispiel ist „DER SPIEGEL“, der folgendes geschrieben hat:

„Entsteht so mitten im Ruhrgebiet ein Kontrastprogramm zu gescheiterten Dialogversuchen? Eine weise Entscheidung der Moschee-Erbauer nahm den Deutschen ein Gutteil ihrer Ängste. Sie verzichteten auf ein Recht, das ihnen eigentlich niemand hätte streitig machen können: Der Muezzinruf wird hier nicht erschallen. Und noch zu einer

---

<sup>216</sup> Beispiele sind: „Deutschlands größte Moschee eröffnet in Duisburg“ (DER SPIEGEL 26.10.08), „Richtfest für Deutschlands größte Moschee“ (DIE WELT 09.09.06), „Deutschlands größte Moschee in Duisburg“ (RP 23.03.05), „Prachtbau für Marxloh“ (RP 17.02.07), „Minarett ragt über Marxloh“ (RP 18.11.03).



zweiten symbolischen Geste waren die Bauherren bereit. Das Minarett wurde auf exakt 34 Meter beschränkt - damit es nicht höher ist als der Turm der katholischen Kirche St. Peter“ (DER SPIEGEL 30.12.06).

Dieser Ausschnitt aus dem Spiegel-Artikel artikuliert einen diskursiven Spagat zwischen der betonten Größe und Pracht der Moschee und einer damit einhergehenden Überwindung der Randständigkeit im öffentlichen Raum einerseits und einer Unterordnung der Moscheegemeinde unter die Dominanzgesellschaft andererseits. Die Betonung des Rechts auf den Muezzinruf und der Verzicht darauf sowie die Geste, die Minarethöhe niedriger zu halten als den Turm der benachbarten Kirche, legt ein kluges Entgegenkommen nahe. Zugleich wird von einer weisen Entscheidung gesprochen, und in der Formulierung klingt eine Befürwortung des Verzichts und damit der Unterordnung mit. Der Verzicht, den ich im Rahmen von Legitimierungshandlungen in Kapitel 6.3 beschrieben habe, findet Eingang in den Diskurs und kommt im Legitimierungsdiskurs zur Geltung.

Die Unterordnung war zwar im Diskurs präsent, spielte jedoch eine sekundäre Rolle, so dass nicht von einer unterwürfigen Haltung der Moscheegemeinde gegenüber der sozialen Umwelt gesprochen werden kann. Zwar stellten auch die Vertreter der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte den Verzicht bzw. die Unterordnung in der Öffentlichkeit dar. So betonte Acar in einem Film der WAZ, dass die Moscheegemeinde auf den Muezzinruf aus Rücksicht auf die Umwelt verzichtet habe:

„Da wir hier vor Ort um die Befindlichkeiten wissen, weil wir die Ängste wahrnehmen und auch ernst nehmen, haben wir gesagt, wir wollen die Menschen nicht beängstigen, und haben das gar nicht beantragt“ (Acar im Video auf Website von derwesten.de<sup>217</sup>).

Özlem wurde mit den folgenden Worten zitiert: „So lange, wie dies nicht allgemein akzeptiert wird, nein. Gerade eine Religionsgemeinschaft darf doch nicht für Ärger sorgen“ (WAZ 29.09.08). Bei den Stellungnahmen schwang eher eine Großzügigkeit mit als das Eingeständnis einer Unterordnung.

Der osmanische Baustil der Moschee wurde mit der Demonstration der Zugehörigkeit der muslimischen Gemeinde zur Gesellschaft im Sinne eines Zeichens für das Angekommen-sein in Zusammenhang gebracht (vgl. DW 24.10.08). In manchen Stellungnahmen und Artikeln wurde der traditionelle Baustil jedoch als ein Bezug zum Herkunftsland und (implizit oder explizit) als eine Abgrenzung von der Gesellschaft dargestellt (vgl. z. B. FAZ 09.12.09).

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die großen Fenster der Moschee sehr prominent thematisiert wurden. Drei Sachverhalte wurden angesprochen: Zum einen wurde betont, dass die Größe der Fenster von dem klassischen Architekturstil der Moscheen abweiche. Darin schwingt implizit eine partielle Abwendung von der Herkunftsgesellschaft mit, was von der DITIB-Gemeinde hervorgehoben und von den beteiligten Akteuren, z. B. dem CDU-Mitglied Gerlinde Henrichs, begrüßt wurde. Des Weiteren wurde in diesem Zusammenhang ins Feld

---

<sup>217</sup> [HTTP://WWW.DERWESTEN.DE/REGION/RHEIN\\_RUHR/MOSCHEE-DER-VERSOEHNUNG-ID145011.HTML](http://www.derwesten.de/region/rhein_ruhr/moschee-der-versoehnung-id145011.html), letzter Zugriff am 22.07.14.

geführt, dass diese Fenster auf Anraten des Beirats erfolgt seien. Damit wurde die Konformität der Moscheegemeinde demonstriert.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der im Diskurs mit der Größe der Fenster verbunden ist, ist die Demonstration von Transparenz. Die Forderung, dass die DITIB-Gemeinde Einblick in den Gebetssaal geben solle, impliziert ein Bild von Moscheen, in denen Geheimnisvolles oder Gefährliches vonstattenginge.<sup>218</sup> Der Gemeinde wird somit in diesem Narrativ der „Großen Fenster“ indirekt unterstellt, dass sie potenziell etwas Gefährliches für die soziale Umwelt berge und dass sie deswegen einer Transparenz und Überwachung bedürfe. Damit fügt sich der Diskurs, wenn auch in abgeschwächter Form, in den islambezogenen bzw. muslimbezogenen Gefährdungsdiskurs in Deutschland ein.<sup>219</sup> Zugleich wollten die Bauherren und Unterstützer die großen Fenster als Zeichen der Offenheit interpretiert sehen. Sprecher der muslimischen Gemeinde haben sowohl in der Presse als auch in den Interviews dies immer wieder geäußert. So zitiert die Rheinische Post Kaykin mit dem Satz: „Die großen Fenster im Gebäude sind eher ungewöhnlich für eine Moschee und sollen Offenheit signalisieren“ (RP 25.11.07). Damit soll die Offenheit und Transparenz der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte auch architektonisch zum Ausdruck kommen.

Es wird deutlich, dass im Legitimierungsdiskurs neben den affirmativen Bezugnahmen auch diverse Erwartungen an die Moscheegemeinde adressiert wurden. Dass es bei diesem Diskurs um ein überregionales Ereignis ging und die Erwartungen durchaus über das lokale Gemeindeleben hinausgehen können, wurde aus den Äußerungen der Vertreter der beiden christlichen Kirchen deutlich.

Präses Nikolaus Schneider, Repräsentant der evangelischen Kirche im Rheinland, ging in seinem Grußwort zur Moschee-Eröffnung auf die Angehörigen der evangelischen Gemeinden ein und spricht von ihrem Unbehagen, das durch den zunehmenden Bau von repräsentativen Moscheen bei gleichzeitiger Kirchenschließung entstehe. Er fügte hinzu:

„Es sind Menschen, die mit diesem Wandel nicht so ohne Weiteres klar kommen. Hier überwiegen Skepsis und Trauer. Diese Menschen gilt es nicht zu verlieren, sondern mitzunehmen auf den gemeinsam zu gestaltenden Weg“ (Rede Schneider am 26.10.08).

Im Anschluss bat er darum, wie im Fall der Merkez-Moschee „auf die Vorstellungen und Gefühle der anderen wirklich zu hören“ (ebd.), was die Notwendigkeit der Einflusslegitimität von Moscheebauprojekten und ihrer Ausgestaltung unterstreicht. Damit wird zugleich die

---

<sup>218</sup> Die Aspekte der Transparenz und Mitwirkung des Beirats werden z. B. in dem folgenden Ausschnitt aus einem ZEIT-Artikel deutlich: „Es war ein Vorschlag des Beirats, durch großzügig geschnittene Fenster und Türen einen Blick ins Innere der Moschee zu erlauben. Ein Zeichen der Transparenz. Die Ratschläge des Gremiums fänden in der Regel Gehör, sagt Schenker, der als Pastor an der katholischen Nachbarpfarrei selbst dem Beirat angehört“ (DIE ZEIT 18.03.09).

<sup>219</sup> Ein Gespräch mit einem Gläubigen aus der Gemeinde verdeutlicht, dass auch ein Teil von ihnen sich hinsichtlich der architektonischen Gestaltung der Moschee zum Gefährdungsdiskurs positionieren: „[...] aber im Allgemeinen ist das [die Situation nach der Einweihung der Moschee] kein Problem, können die hier anschauen, können die gucken, wir haben nix versteckt, wir haben auch die Fenster extra offen gebaut, das ist ja die Offenheit, dass wir nix verstecken, also das ist alles offen, kann jeder besuchen, wie er will [...]“ (Int. Gläubiger 2). In dem Werbefilm wird die Präsenz im öffentlichen Raum mit der Anmerkung kommentiert, dass es „ja nichts zu verbergen“ gäbe. Das Eintreten in den öffentlichen Raum wird so mit einem Beweis für die Gesetzestreue in Verbindung gebracht oder die Gesetzestreue einer Religionsgemeinschaft wird als eine legitime Bedingung für das Eintreten in den öffentlichen Raum gesehen.

emotionale Legitimitätsdimension angesprochen und die Christen erscheinen hier in einer inferioren Stellung. Es wird deutlich, wie ein christlicher Repräsentant die kritischen und abneigenden Positionen in den Diskurs transportiert. Auch die geäußerten Erwartungen des damaligen Bischofs vom Bistum Essen, Felix Genn, betreffen die Thematik des Moscheebaus. So forderte der Bischof, dass Imame in den muslimischen Gemeinden sowohl über gute Deutschkenntnisse als auch über genügend Wissen bezüglich Deutschlands verfügen sollten. Außerdem regte er an, dass die muslimischen Gemeinden ihre Dialogarbeit ausbauen sollten (FAZ 26.10.08). In den Aussagen zeigt sich, dass hierbei die Moscheegemeinde stärker bei dem Dachverband DITIB als im Stadtteil verortet wurde, was sicherlich auch durch die Anwesenheit der Verbandsvertreter bedingt war.

Über den Lokal- und Deutschlandbezug hinaus werden Erwartungen hinsichtlich der Religionsfreiheit der Christen in der Türkei artikuliert. So nutzte Präses Schneider die Anwesenheit der türkischen Vertreter Ali Bardakoğlu (Diyanet) und Sadi Arslan (Botschaftsrat) für die direkte Bitte, in ihren „Bemühungen um mehr Religionsfreiheit in der Türkei nicht nachzulassen“ (Rede Schneider am 26.10.08). In die gleiche Richtung geht auch seine geäußerte Hoffnung, dass das Bauprojekt nicht nur „in andere Regionen Nordrhein-Westfalens und Deutschlands [...], sondern bis in die Türkei“ (ebd.) ausstrahlen werde. Auch Bischoff Genn richtete entsprechende Erwartungen an die Vertreter der DITIB und des türkischen Staates und bat sie, „sich aktiv für die Religionsfreiheit und die Rechte der Christen in der Türkei einzusetzen“ (WAZ 27.10.08). Die transnationale Dimension der Eröffnungsveranstaltung und der darin geäußerten Erwartungshaltungen wird ebenfalls in den Worten von Ministerpräsidenten Rüttgers deutlich. So sagte Rüttgers, dass das friedliche Zusammenleben erleichtert werde, wenn

„der Wunsch als berechtigt angesehen wird, dass bei uns Moscheen gebaut werden. Wenn aber auch der Wunsch als berechtigt angesehen wird, dass jene Orte in Kleinasien, an denen Paulus die ersten christlichen Gemeinden gegründet hat, wo die ersten Kirchen entstanden sind, dass diese Orte wieder erkennbar werden.<sup>220</sup> Und erlebbar bleiben. Und wenn ein solcher Wunsch dann auch eine öffentlich spürbare Unterstützung erfährt von den hier lebenden Muslimen“ (Rede Rüttgers am 26.10.08).

Damit wird eine Analogie zwischen der Situation der Muslime in Deutschland und der Situation von Christen in der Türkei hergestellt; bezeichnenderweise werden Muslime in dieser Aussage direkt aufgefordert, sich für die Situation der Christen in der Türkei zu engagieren. Hier kommt somit das Reziprozitätsprinzip zur Geltung, wonach mehrere Akteure sich gleich behandeln sollen. Allerdings wird im Gegensatz zur Argumentation der Moscheebaugegner der Bau von Moscheen in Deutschland nicht von der Religionsfreiheit der Christen in muslimisch geprägten Ländern abhängig gemacht, sondern als ein Vorbild und eine Art Vorleistung betrachtet. Insofern kann hier von einem positiven Retorsionsgrundsatz gesprochen werden, wonach eine positive Vorleistung ins Feld geführt wird und eine Nachahmung erwartet wird. Implizit könnte

---

<sup>220</sup> Damit spielt Rüttgers auf die Situation der Pauluskirche in der Stadt Tarsus an, die 1943 vom türkischen Militär beschlagnahmt wurde und aktuell als Museum genutzt wird.

hier eine auf gegenseitiger Leistungserbringung basierende pragmatische Legitimität ihre Geltung entfalten.

Die oben vorgestellten Aussagen bestätigen, dass der Legitimierungsdiskurs in einen Gesamtdiskurs über den Islam in Deutschland eingebettet ist. Die Sprecher nutzten die Gelegenheit, um ihre Sicht auf die Situation der Muslime in Deutschland zu präsentieren und allgemeine Erwartungshaltungen zu artikulieren. Sie verliehen ihren Aussagen besonderen Stellenwert, indem sie darauf hinwiesen, dass sie im Namen ihrer Mitglieder sprachen.

Der Abschnitt über den Legitimierungsdiskurs zeigt, dass mit dem Moscheebauprojekt vielfältige Bezugnahmen verbunden waren. Mit dem Moscheebauprojekt trat die muslimische Gemeinde in die Öffentlichkeit und stellte ihren Moscheekomplex, seinen Sinn und seine Funktionen für Gesellschaft dar. Zugleich wurden Deutungen der Moschee und Erwartungen seitens der sozialen Umwelt artikuliert. Stärker als in anderen Moscheebauprojekten gelangte die Moschee in die öffentliche Sphäre, was zum einen resultiert aus der Einbindung in ein Stadtentwicklungsprojekt, der finanziellen Mitfinanzierung durch das Land NRW und die EU sowie zum anderen aus der Einrichtung einer öffentlichen Begegnungsstätte sowie der Größe der Moschee in einem stigmatisierten Stadtteil. Es zeigt sich, dass anstelle eines Defizit- und Gefährdungsdiskurses ein Potenzialdiskurs geführt wurde, in dem die Chancen des entstehenden Moscheekomplexes in den Vordergrund gestellt wurden. Dies wurde erreicht über eine gezielte Lancierung von positiven Zuschreibungen durch die Moscheegemeinde und die Stadtverwaltung im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik sowie über prominente Fürsprecher. Zugleich wurde die Merkez-Moschee zu einer Projektionsfläche von Integrationsvorstellungen prominenter Personen aus dem politischen und religiösen Gesellschaftsbereich.

Die Legitimierungsschritte, die den verbreiteten gesellschaftlichen Erwartungen entsprechen, wie z. B. die Einbeziehung von gesellschaftlichen Akteuren in die Planung des Vorhabens (Einflusslegitimität) und die Schaffung von Transparenz durch unterschiedliche Informationsangebote (informationsbezogene Legitimität) wurden prominent im Legitimierungsdiskurs verankert. Korrespondierend mit der öffentlichen Mitfinanzierung und der Unterstützung durch Akteure aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik ist ein Bild eines gemeinschaftlichen Projekts entstanden ist, womit die Grenze zwischen der Moscheegemeinde und ihrer sozialen Umwelt symbolisch überwunden wurde (zugehörigkeitsbezogene Legitimität). Zudem wurde durch die aufwendige Architektur und die mit dem Moscheebau verbundene Einrichtung der Bildungs- und Begegnungsstätte das gesamte Moscheebauprojekt in den Dienst der Gesellschaft gestellt, in dem zum einen auf einer pragmatischen Dimension die Aufwertung des Stadtteils angekündigt und zum anderen eine Chance der Begegnung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionen in den Vordergrund gerückt wurde, was einem verbreiteten Wert einer offenen und multikulturellen Gesellschaft entspricht (moralische Legitimität).

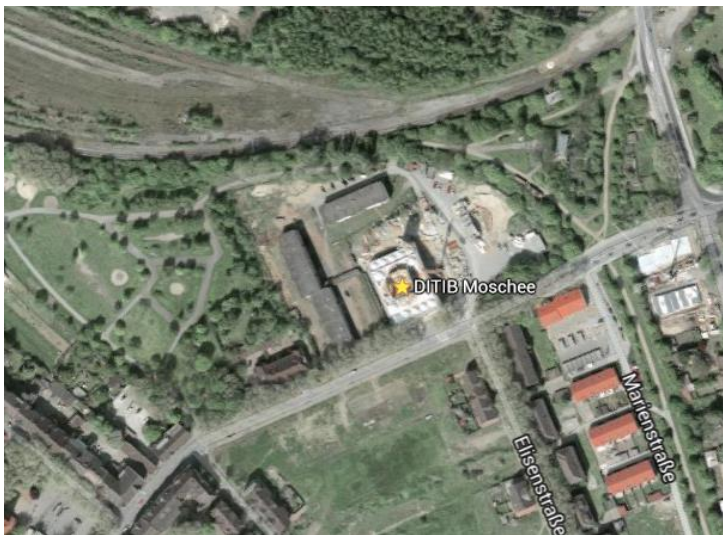
## 6.5 Der neue Moscheekomplex: Sichtbarkeit und die Angebotspalette der Moscheegemeinde und Begegnungsstätte

Wie deutlich geworden ist, konnte das Moscheebauprojekt mit großer Legitimität realisiert werden. Der Legitimierungsdiskurs wies viele positive Stellungnahmen hinsichtlich des Moscheekomplexes und der DITIB-Gemeinde auf. Im letzten Kapitel wurden primär die diskursive Aushandlung und die öffentliche Wahrnehmung des Moscheebauprozesses und des Moscheekomplexes analysiert. Im Folgenden werde ich auf die Gestaltung des Moscheekomplexes eingehen. Dies betrifft zum einen die bauliche Form, die die Präsenz der muslimischen Gemeinde im öffentlichen Raum prägt, und zum anderen die sozio-religiösen Angebote, die das Innenleben des Moscheekomplexes charakterisieren.

### 6.5.1 Die neue Sichtbarkeit der Merkez-Moschee

Wie bereits angesprochen, kann die Repräsentanz der Moschee durch den Standort, die Größe des Gebäudes und die Architektur erfasst werden (vgl. Kap. 3.3). Die neue Moschee steht auf dem Gelände, auf dem auch schon die als Moschee genutzte Kantine gestanden hat (Warbruckstraße 51). Diese Straße stellt wegen ihrer Nähe zur Autobahnauffahrt (A 59) die zentrale Zufahrtsstraße nach Marxloh und dem dort ansässigen Krupp-Werk dar. Gegenüber der Moschee, auf der anderen Seite der Warbruckstraße, befinden sich vorwiegend Werkswohnungen. Im Norden grenzt die Moschee an ein Werksgelände, das zurzeit nicht genutzt wird (siehe Abb. 16).

Abbildung 13: Die Umgebung des Moscheekomplexes



Quelle: Googlemaps

Zwar ist der Standort relativ weit vom Stadtzentrum und auch vom Zentrum Marxlohs (Pohlmannskreuz) entfernt. Durch die Tatsache, dass die Straße stark befahren ist und von den Autofahrern bei der Einfahrt nach Marxloh direkt erblickt werden kann, kann der Standort dennoch als relativ repräsentativ bezeichnet werden. Was die Größe und Architektur angeht, weist die Moschee eine hohe Repräsentanz auf. Mit einer Minarethöhe von 34 Metern und einer

Kuppelhöhe von 23 Metern ist es die größte Moschee Deutschlands nach dem Moscheekomplex der DITIB-Zentrale in Köln. Die Gesamtfläche des Gebäudes beträgt 1120 m<sup>2</sup> und die Bruttonutzfläche 2474 m<sup>2</sup> (DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V.: 16).

Die Architektur hebt sich durch ihren osmanischen Baustil von ihrer Umwelt ab. Zusätzlich zum Minarett sind Kuppeln ein markantes Erkennungszeichen einer Moschee. Die Merkez-Moschee besitzt eine Hauptkuppel in der Mitte des Dachs, die von vier Halbkuppeln umgeben ist. Diese werden von vier kleineren Kuppeln umkränzt. Ein architektonisches Element, das im Diskurs stärker präsent war als das Minarett, waren die an den Seiten des Moscheegebäudes angebrachten Rundbogenfenster (vgl. Abb. 17, s. u.).

Abbildung 14: Die Merkez-Moschee, Ansicht vom Parkplatz



Quelle: iStockphoto

Für die Moscheegemeinde spielte es eine wichtige Rolle für die Moscheegemeinde, dass die Moschee als solche erkennbar war und zudem an neo-osmanischen Stil anknüpfte (Int. Acar). Auch war die Repräsentanz ein zentrales Element im Rahmen der öffentlichen Förderung des Projekts, da hier ein möglichst prestigeträchtiges Symbol entstehen sollte und eine architektonische Aufwertung des Stadtteils angestrebt wurde (vgl. Int. Demir, vgl. Schoppengerd 2008: 93). Zudem war es für das Projekt kennzeichnend, dass sich die Begegnungsstätte in dem Moscheegebäude befindet, um damit den öffentlichen Auftrag und muslimische Sakralarchitektur in Einklang zu bringen. Damit war die Frage verbunden, wo die Eingänge zu den beiden



Einrichtungen Moschee und Begegnungsstätte sich befinden sollten, wie das folgende Zitat des Beiratsmitglieds Henrichs zeigt.<sup>221</sup>

„Man hat auch sehr bewusst die Eingangs-, den Eingang zur Begegnungsstätte zur Straße hin gemacht. Also alles auch in Absprache mit den, mit dem Gemeindevorstand und mit dem Beirat und das war schon so. Also zur Straße hin, die Offenheit zur Mehrheitsgesellschaft, das war. [...] Und der Eingang der Moschee ist auf der anderen Seite. Ich will jetzt nicht Rückseite sagen, sondern auf der anderen Seite. Aber hier hat man sehr deutlich halt Zeichen setzen wollen: ‚Wir sind offen. Wir wollen gemeinsam was machen‘“ (Int. Henrichs).

Das Zitat verdeutlicht, wie sehr die beteiligten Akteure darauf bedacht waren, eine Offenheit der Begegnungsstätte mit der Architektur zu symbolisieren und zu signalisieren. Anhand dieses Beispiels wird ersichtlich, dass über die Elemente Minarett, Kuppel und Fenster hinaus auch die Platzierung der Eingänge als ein Ausdruck einer Beziehung zwischen der Moscheegemeinde bzw. der Begegnungsstätte und der Gesellschaft verstanden wurde und die Gestaltung dieses Elements dem Ansinnen der Begegnungsstätte dienlich sein soll.

### **6.5.2 Die Angebotspalette der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte**

Zumeist handelt es sich bei der Angebotspalette von Moscheevereinen um diverse religiöse, aber auch säkulare Angebote für Mitglieder des Moscheevereins und ihre Familienangehörigen. Das Kennzeichnende für den Fall Merkez-Moschee ist, dass durch die Entstehung einer Begegnungsstätte, die als eigenständiger Verein organisiert ist, diverse Angebote für die Gemeinde und für die soziale Umwelt bereitgestellt werden und dass die Öffnung der Aktivitäten in Richtung der Gesellschaft programmatisch für die Arbeit der Begegnungsstätte ist.

Durch das neu erbaute Gebäude ist die räumliche Infrastruktur der Gemeinde erheblich erweitert worden. Waren in der alten Moschee ein Gebetsraum für Männer, ein kleiner Frauengebetsraum, kleine Sanitäranlagen und ein Teeraum vorhanden, so ist die räumliche Infrastruktur des aktuellen Moscheekomplexes folgendermaßen geprägt: Es gibt einen Jugendraum, zwei Seminarräume und einen Büroraum sowie einen Seniorenraum. Zudem gibt es hinter der Empore zwei Unterrichtsräume und einen Mädchenraum. Das Informations-Center der Begegnungsstätte befindet sich direkt am Eingang der Begegnungsstätte und ist mit mindestens einer Person besetzt, die Auskunft über die Moschee und Begegnungsstätte gibt. Gleichzeitig ist dies der Versammlungspunkt für Gruppen, von dem aus die Führungen in der Moschee stattfinden. Dort liegen auch verschiedene Materialien über die Angebote der Begegnungsstätte aus.

Wie bereits mehrfach erwähnt, liegt der Schwerpunkt von Moscheevereinen auf einer möglichst umfassenden Pflege der islamischen Religion. Dies trifft auch auf die Marxloher DI-TIB-Moscheegemeinde sowohl vor dem Moscheeneubau als auch danach zu. Dazu zählt vor allem das tägliche fünfmalige Gebet, das durch den Imam durchgeführt wird. In der Regel

---

<sup>221</sup> Offensichtlich hatte man sich entschieden, zwei separate Eingänge zu bauen, vermutlich um die beiden Sphären des Religiösen und der Bildungs- und Begegnungsarbeit, an der viele nichtmuslimische Personen von außerhalb der Moscheegemeinde teilnehmen sollen, auseinanderzuhalten.

nehmen ca. fünfzehn bis zwanzig Personen an den einzelnen Gebeten teil. Deutlich mehr Gläubige kommen zu dem als besonders segensreich angesehenen kollektiven Freitagsgebet, bei dem in der Regel mindestens 800 Personen anwesend sind. Die Freitagspredigt findet in türkischer Sprache statt. An besonderen Festtagen während des Ramadans kommen laut Frau Acar sogar bis zu 3000 Menschen zu dem Gebet, so dass auch der Saal in der untersten Etage genutzt wird (Int. Acar). Es sind Mitglieder des Moscheevereins, Angehörige und zum Teil auch Muslime aus der Umgebung. Im Vergleich zu dem Stand vor dem Moscheeumbau hat es einen leichten Anstieg der Gebetsteilnehmer gegeben, der teilweise auf die neue und attraktive Moschee zurückgeführt werden kann (vgl. Int. Dersin).

War die DITIB-Moscheegemeinde schon vor der Errichtung des neuen Moscheekomplexes eine zentrale Instanz der muslimischen Religionsausübung im Stadtteil, so hat sich vor allem hinsichtlich der sozialen Angebote im Kontext der Moscheegemeinde durch das Moscheeumbauprojekt viel entwickelt und verändert. Dies betrifft vor allem die Angebotspalette der Begegnungsstätte, aber auch die Moscheegemeinde hat in der neuen Moschee neue Angebote außerhalb der Religionspraxis geschaffen. Mit dem Moscheeumbau hat die Moscheegemeinde ihre Infrastruktur für Angebote ausgebaut, z. B. indem Jugendräume geschaffen wurden. Der Großteil der sozialen Angebote jedoch wird primär von der eigens dafür errichteten Begegnungsstätte getragen:

Durch die Etablierung eines Vereins und der personellen sowie räumlichen Infrastruktur ist die Grundlage für eine vielfältige Angebotspalette geschaffen worden, die sich sowohl an die Gemeindemitglieder als auch an die soziale Umwelt richtet. Dabei hat die Begegnungsstätte Teile der sozialen Angebote für die Gemeinde übernommen und ausgebaut, z. B. die Seniorenarbeit; der Moscheeverein sollte weiterhin schwerpunktmäßig für die religiöse Betreuung der Gemeindemitglieder zuständig sein.

Die besondere Ausrichtung der Angebote auf Senioren ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass sie mehr als die Hälfte der Gemeinde ausmachen. Aus den Interviews mit der Integrationsbeauftragten wird ersichtlich, dass die Angebote begrüßt werden, v. a. aufgrund einer bisher unzureichenden interkulturellen Öffnung der Einrichtungen für Senioren in der Stadt (vgl. Int. Demir). Für eine angemessene Betreuung der Senioren, insbesondere für die Einholung von Informationen bei besonderen Problemlagen (z. B. bei Umgang mit Demenz) kooperiert die Begegnungsstätte mit anderen Einrichtungen wie z. B. dem Amt für Soziales und Senioren und dem Runde Tisch Demenz. Kontakte zu anderen Seniorenzentren werden unterhalten, um Begegnungen zwischen verschiedenen Seniorengruppen zu organisieren.

Während die Räumlichkeiten zur Kontaktpflege primär von Männern genutzt werden, gibt es speziell für Frauen andere Angebote. Bei der Bildungs- und Begegnungsarbeit wird neben der Seniorenarbeit ein Schwerpunkt dezidiert auf Frauen gelegt. So steht die Begegnungsstätte in Kontakt mit Frauenhäusern und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Duisburg und nimmt am Runden Tisch „Gewaltschutz“ teil. Gemeinsam mit der Katholischen Familienbildungsstätte wird mehrmals im Jahr ein Frauenfrühstück organisiert, bei dem Frauen aus dem Kontext der Gemeinde und der Familienbildungsstätte zusammen frühstücken und sich



unterhalten. Die Idee hinter diesem Angebot besteht darin, dass die Frauen über ihre religiösen Ansichten und Kulturen hinaus Gemeinsamkeiten erörtern und Erfahrungen austauschen, die sie in Gesellschaft und Familie teilen. Gesprächsthemen sind z. B. Frauenemanzipation, Ehe, Kinder und Mode (vgl. Int. Acar). Ein Projekt, das 2010 initiiert wurde und vom Bundesministerium des Innern gefördert wurde, heißt „Engel ist Melek“. Dessen Ziel war es, Mütter von Kindern mit Behinderungen zu unterstützen und Kontakte zwischen Eltern und Förderschulen herzustellen (vgl. Int. Özlem, WAZ 27.02.12). Somit stellte die Begegnungsstätte eine Brückeninstanz zwischen Eltern mit türkischem Migrationshintergrund und deutschen Einrichtungen auch außerhalb der Moscheegemeinde dar.

Neben den Senioren und Frauen gelten Jugendliche offiziell als dritte wichtige Zielgruppe im Bildungs- und Begegnungsprogramm der Begegnungsstätte, die nun über Räume verfügen. Phasenweise gibt es an mehreren Tagen in der Woche Hausaufgabenbetreuung, die für Kinder im Alter zwischen sechs und 16 Jahren in verschiedenen Schulfächern angeboten wird. Die Interviewpartner bewerteten den Stand der Jugendangebote jedoch als niedrig (vgl. Int. Kaya). Acar bestätigte die höhere Relevanz von Frauen- und Seniorenarbeit im Vergleich zur Jugendarbeit. Ein Gespräch mit Gläubigen in der Gemeinde vermittelte denselben Eindruck. Dies mag daran liegen, dass die Jugendlichen eine geringere Lobby innerhalb der Gemeinde hatten. Denkbar ist auch, dass der weitgehende Verzicht auf Jugendangebote förderlich für die Legitimität des gesamten Moscheebauprojekts gewesen ist. Das ist eine Erklärung der damaligen Geschäftsführerin Kaykin, in der sie betont, dass „sie nicht in Konkurrenz zu anderen Organisationen treten, die bereits sehr erfolgreich auf diesem Feld im Stadtteil tätig sind“ (Kaykin, zit. nach WAZ 13.09.08; vgl. dazu auch Int. Henrichs). Diese Strategie ist wegen der allgemeinen Skepsis bezüglich der Jugendangebote in Politik und Verwaltung naheliegend.

Es zeigt sich, dass zielgruppenspezifische Angebote mit einer erhöhten Kooperation mit einschlägigen Organisationen bzw. Einrichtungen einhergehen. Dies resultiert aus dem Bedarf an fachlichen Austausch zwischen den Verantwortlichen und den Leitgedanken der interreligiösen und interkulturellen Begegnung der Zielgruppen. Laut der Vereinssatzung ist der Zweck des Vereins „die Förderung der Erziehung und Volks- und Berufsbildung und der internationalen Gesinnung und Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und der Völkerverständigung“ (Satzung der Begegnungsstätte: 5). Über die Kooperation der Organisationen kann dieser Anspruch zum Teil eingelöst werden, wie es die Aussagen der Interviewpartner andeuten.

Neben der Infrastruktur und der eigens auf die genannten Zielgruppen ausgerichteten Angebote gibt es Angebote der Begegnungsstätte, die drei Hauptbereiche umfassen und stärker auf die Interessen an den Interessen der sozialen Umwelt ausgerichtet sind: Beratung von Einrichtungen zu islambezogenen Themen (z. B. Pflege von muslimischen Senioren), Veranstaltungen<sup>222</sup> und regelmäßige Moscheeführungen. Dadurch entwickelte sich die Begegnungsstätte

---

<sup>222</sup> Die Veranstaltungen umfassen Diskussions- und Präsentationsveranstaltungen zu Themen wie z. B. „Fasten in den Religionen“ „Gottesbild und Menschenbild im Islam“ (vgl. Bildungsprogramm der Begegnungsstätte 2011, [HTTP://DITIB-DU.DE/INDEX.PHP?OPTION=COM\\_CONTENT&VIEW=CATEGORY&ID=43](http://ditib-du.de/index.php?option=com_content&view=category&id=43), letzter Zugriff am 12.12.13).

Eine Veranstaltungsreihe aus dem Kulturbereich brachte z.B. mehrere Auftritte des Komödianten Jürgen Becker und seiner Kollegen unter dem Motto „Kabarett unterm Minarett“. Bemerkenswert ist dabei, dass der Inhalt eine humoristische Thematisierung von Religion, darunter auch des Islam, war (WAZ 28.11.12).

zu einem Ort des Wissensaustauschs über hauptsächlich islambezogene Themen. Durch die öffentliche Präsenz konnte sich die Begegnungsstätte als Ansprechpartner für Veranstaltungen und Beratungen mit dem inhaltlichen Fokus auf islambezogene Fragen etablieren. So beriet z. B. die Geschäftsführerin Krankenhäuser und Arztpraxen über eine adäquate Behandlung von Muslimen und über die Rolle der Gesundheit im Islam.

Allerdings kann die Begegnungsstätte nicht als Begegnungsort im Alltagsleben bzw. in der „leibhaftigen Welt“ (Tezcan 2000) bezeichnet werden, was ursprünglich geplant war. In der Selbstdarstellung der Moscheegemeinde und im Rahmen des Legitimierungsprozesses wurde vielfach vom Ort der Begegnung von Menschen gesprochen. Vor allem der Gastronomiebereich bzw. das Bistro des Moscheekomplexes sollte eine „zwanglose Begegnung unter der Kuppel“ (DITIB-Selbstdarstellung) ermöglichen. Potenziell steht es allen Besuchern offen, allerdings handelt es sich allem Anschein nach und laut der Bewertung der Interviewpartner nicht um einen Stadtteiltreff, in dem Muslime von außerhalb der Gemeinde und Nichtmuslime ihre Freizeit verbringen und somit in den Räumen des Moscheekomplexes Kontakt zu den Gemeindemitgliedern knüpfen. Dies ist zum einen auf die fehlenden finanziellen Kapazitäten und damit die Überführung des Bistros in die Nutzung der Moscheegemeinde zurückzuführen und zugleich scheint es keine Nachfrage von nichtmuslimischen Einzelpersonen zu geben (vgl. Gespräch Braun).

Hinsichtlich der Alltagskontakte zwischen Gemeindemitgliedern und externen Personen lässt anhand der beobachteten Aktivitäten im Moscheekomplex (v. a. Moscheeführungen) und der Angaben der Interviewpartner (vgl. Gespräch mit Gläubigen, Braun) sagen, dass die persönlichen interreligiösen oder außerreligiösen Netzwerke der Gemeindemitglieder durch den Moscheebau weitgehend unberührt geblieben sind. Es lässt sich daher resümieren, dass die räumliche und mediale Sichtbarkeit der repräsentativen Moschee zusammen mit dem beworbenen Angebot der Begegnungsstätte muslimische und nichtmuslimische Besuchergruppen anzieht, jedoch wenig persönlicher Austausch zwischen den Menschen stattfindet. Die Interaktion beschränkt sich jedoch auf die Besuchergruppen mit (ehrenamtlichen) Mitarbeitern der Begegnungsstätte, welche die Führungen anbieten. Interaktionen und Austausch zwischen nichtmuslimischen und muslimischen Menschen auf individueller Ebene, jenseits der Leitungsebene, finden jedoch kaum statt. Die Kontakte kommen primär über korporative Akteure wie die Begegnungsstätte und z. B. die VHS oder Kirchengemeinden zustande und verlaufen auf der organisationalen Ebene, wo die Führungen in der Moschee den gemeinsame Beziehungsinhalt darstellen.

In bestimmten Bereichen wurde zeitweise von einem engagierten Moscheevorstandsmitglied, Vorstand der Begegnungsstätte und anderen aktiven Gemeindemitgliedern ein Ausbau der Angebote angestrebt. Das Interview mit ihm verdeutlicht, dass die Beirat-Mitglieder bei der Entwicklung von Konzepten halfen. So brachten Akteure wie z. B. Peter Krumpholz vom RISP und ein ehemaliger Mitarbeiter der VHS Duisburg, den Planungen angeschlossen ihr Know-how und Ideen ein (vgl. Int. Dersin). Auch Akteure aus dem evangelischen Bildungsbereich,

die dort bereits eine große Fachkenntnis haben und zum Beirat gehören, berieten den Moscheevorstand und waren ebenfalls im Beirat:

„Ich gehe jetzt konkret auf die evangelische, auf das evangelische Familienbildungswerk zu, auf den Leiter dieser Einrichtung, und bitte ihn dann halt bei verschiedenen Punkten und Bereichen um Hilfe, dass er mich berät, wie ich das machen sollte, ob das so richtig ist. [...] Der ist auch in diesem Beirat. [...] Ja. Sonst hätte ich diese Person nie kennengelernt, genauso wie, weiß ich nicht, so Personen wie der Geschäftsführer der Volkshochschule, wie auch also von der Universität ein, ein Fachbereich, RISP nennt sich das, und da den Herrn Krumpholz kennen sie wahrscheinlich, weil das jetzt sich eigentlich so ein bisschen ähnelt, was sie machen“ (Int. Dersin).

Wie zu erkennen ist und oben bereits angesprochen wurde, ist die Unterstützung durch erfahrene Akteure innerhalb des Beirats von großer Bedeutung für Gestaltung und Ausbau der Angebote der Begegnungsstätte. Dabei lernte das Vorstandsmitglied durch den Beirat die entscheidenden Akteure für sein Vorhaben kennen.

## **6.6 Vernetzung der DITIB-Gemeinde: Beitrag zum Moscheebauprojekt und ihr Wandel**

Die Ausführungen in den obigen Abschnitten bestätigen Aussagen in Kapitel 3 und 4, dass der Bau einer Moschee ein interaktiver Prozess ist, in dem die Moscheegemeinde mit einer Vielzahl von verschiedenen Akteuren der Stadtgesellschaft in Kontakt kommt. Vielseitige Interaktion zwischen der Moscheegemeinde und ihrer sozialen Umwelt z. B. in Form von Informationsveranstaltungen und Unterstützungsleistungen für die Gemeinde im Rahmen des Moscheebauprozesses wurden aufgezeigt. In diesem Abschnitt werden die vernetzungsrelevanten Aspekte detaillierter dargestellt und analysiert. Dabei gehe ich auf einzelne gesellschaftliche Bereiche ein und schaue, inwiefern durch die Kontakte der Gemeinde Unterstützung generiert wurde und sich die Vernetzung in dem jeweiligen Gesellschaftsbereich verändert hat. Dieser Doppelschritt erlaubt es, den Nutzen und die Dynamik von sozialen Netzwerken nachzuvollziehen.

Analog zu dem Narrativ eines „Gemeinschaftsprojekts“ im Legitimierungsdiskurs wird die DITIB-Gemeinde von den Interviewpartnern als eine offene und vernetzte Gemeinde beschrieben. Ihre Offenheit und Dialogbereitschaft wurde von allen Interviewpartnern geteilt und als ein wichtiger Erfolgsfaktor des friedlichen Moscheebauprojekts angesehen. Gemeint ist zum einen die Bereitschaft, auf die Anregungen von außen einzugehen, wie dies in Kapitel 6.3 veranschaulicht wurde, zum anderen betrifft dies die Bereitschaft, Kontakte mit der Stadtgesellschaft zu pflegen.

Die Integrationsbeauftragte zeichnete ein Bild einer Moscheegemeinde, die schon in den 90er Jahren in die Stadtgesellschaft eingebunden war. Erkennbar gab und gibt es von Seiten der Verwaltung und Politik ein Interesse daran, mit der Gemeinde in Kontakt zu stehen, da sie hinsichtlich der Mitgliederzahl eine relativ große Moscheegemeinde war und nach wie vor ist. Die Interviewpartner beschrieben die damaligen Vorsitzenden als kontaktbereite Personen, die

von Anfang an nicht nur um die Religionspflege in der Gemeinde bemüht waren, sondern auch gerne Kontakt zu anderen Akteuren pflegten und gerne in die Moschee einluden.<sup>223</sup> Wie die Kontakte im Einzelnen aussehen, werde ich in den folgenden Absätzen erörtern.

## **Verwaltung**

Im Rahmen der Integrationspolitik ist die Moscheegemeinde vielfach mit verschiedenen städtischen Behörden vernetzt. Anfangs wurde bereits darauf hingewiesen, dass Moscheevereine als wichtige Ansprechpartner für Politik und Verwaltung fungieren und sie als eine vermittelnde Instanz zwischen der muslimischen Bevölkerung und der Stadtverwaltung betrachtet werden.

Das Verhältnis zwischen der DITIB-Moscheegemeinde und der Stadtverwaltung ist gekennzeichnet durch regelmäßigen Kontakt, Bekanntschaften zwischen Mitarbeitern der Stadt und Mitgliedern der Moscheegemeinde sowie gemeinsame Aktionen wie z. B. Fastenbrechen und Gemeindefeste, auf denen regelmäßig Vertreter der Stadt als Redner auftreten.

Zwischen einigen Mitarbeitern der Verwaltung und der Moscheegemeinde existieren langjährige persönliche Freundschaften, die dem Moscheebauprozess zugutegekommen sind, da sich daraus verschiedene Ideen und Unterstützungsleistungen ergeben haben. Ein hervorstechendes Beispiel für eine Vernetzung der Moscheegemeinde mit der Stadtverwaltung ist Demir, die während der Planungsphase Mitarbeiterin der EG-DU war und anschließend Integrationsbeauftragte geworden ist. Wie bereits angesprochen, stellte sie eine Brückenperson zwischen der Moscheegemeinde und der Stadtverwaltung dar. Dass die Verwaltungsangestellte stark mit der Gemeinde vernetzt war und ist, wird durch ein sehr detailliertes Wissen über die Gemeinde und einzelne Gemeindemitglieder sowie den Verweis auf regelmäßige Kontakte deutlich. Die Kontakte zu manchen Gemeindemitgliedern, insbesondere zu Frau Kaykin, gingen über die Tätigkeiten einer Verwaltungsangestellten hinaus und können als freundschaftlich bezeichnet werden. Die Verbindung, die Demir zwischen der Verwaltung und der Moscheegemeinde darstellte, ist charakterisiert durch Informationsvermittlung (kulturelles Kapital) und Zurverfügungstellung der eigenen Kompetenzen (Humankapital) hinsichtlich der öffentlichen Fördermöglichkeiten und Antragsstellung sowie ihre Fürsprache für das Moscheebauprojekt der Gemeinde (vgl. Int. Demir). Die Beratung von Migrantenselbstorganisationen liegt im Aufgabenspektrum von Mitarbeitern der EG-DU, doch das zusätzliche Engagement von Demir in ihrer Freizeit ging über die herkömmlichen Tätigkeiten einer Verwaltungsangestellten hinaus. Das lag zum einen daran, dass sie und weitere Vertreter der Stadtverwaltung zusammen mit Kommunalpolitikern ein integrationspolitisches Projekt initiieren wollten und die Kooperation mit

---

<sup>223</sup> Die Bildungsbeauftragte der Begegnungsstätte macht die Kooperationsbereitschaft und Offenheit in der Vergangenheit an der Bereitschaft schon in den 90er Jahren fest, verschiedene Gruppen von außerhalb in der Moschee zu empfangen. Sie führte das auf die Offenheit der einzelnen Personen innerhalb der Gemeinde zurück:

„Einfach die Menschen, es kommt immer auf die Persönlichkeiten an. Und ich habe früher, bevor ich hier gearbeitet habe, also vor vier, fünf Jahren, für die Volkshochschule Duisburg gearbeitet, auch Fachbereich Interkulturelle Bildung. Die haben auch Moscheeführungen organisiert und nicht in alle Moscheen konnten wir Gäste bringen - hier konnte ich immer anrufen, wir waren jederzeit willkommen. Auch als mein Professor von der Uni damals gesagt hat, wir wollen 'ne Moschee besuchen, aber nicht nur als Museum, wir wollen beim Gebet teilnehmen, uns dazu stellen und mitbeten. Normalerweise habe ich dann so Moscheen angerufen, die in der Nähe der Uni sind, die haben gesagt: ‚Nein, das geht nicht. Also, die können sich die Moschee anschauen, aber das Gebet ist nur was für Muslime.‘ Die haben das zum Beispiel nicht angenommen, und dann habe ich hier angerufen, die haben gesagt: ‚Na klar, wieso nicht, sollen sie sich doch dazustellen‘“ (Int. Acar). Die Moschee in der alten Zeckenkantine stellte also schon vor der Errichtung der neuen Moschee eine Infrastruktur zum Kennenlernen des Islam dar, wodurch die Moscheegemeinde mit anderen Organisationen wie z. B. der Volkshochschule in Kontakt gestanden hat.

Moscheegemeinden bzw. angegliederten säkularen Vereinen dabei als ein wichtiges Element gesehen wurde. Zum anderen resultierte das Engagement von Demir vermutlich aus den persönlichen freundschaftlichen Kontakten zwischen ihr und den Gemeindemitgliedern und ihrem Wissen um die engagierte Gemeindearbeit. In den intensiven Gesprächen zwischen ihr als Verwaltungsmitarbeiterin und den Vertretern der Moscheegemeinde wurden die Pläne einer öffentlichen Förderung und der Einrichtung einer Begegnungsstätte entwickelt.

Auf der Basis der bestehenden Kontakte und einer dialogbereiten Gemeinde konnte sich ein Vertrauensverhältnis entwickeln, das es nicht zwischen allen Moscheegemeinden und der Verwaltung gegeben hat, wie im folgenden Zitat des Stadtteilmoderators deutlich wird:

„Das waren jetzt nochmal wieder andere Fördertöpfe, außerhalb der Sozialen Stadtförderung. Ja, und ich sage mal IGMG und VIKZ erwarten nicht, dass sie Förderung kriegen, weil die sich einfach zurück-, die wären, die wären ja verrückt, wenn die so eine Idee hätten. {Lachen} Weil sie wissen ganz genau in dem Moment, wo sie sich zurücknehmen und eben nicht diese Öffnung in den Stadtteil hinein, der da einfach eine Anforderung von uns ist, praktizieren, können sie auch nichts kriegen. Ich meine IGMG, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, ich glaube, die erwarten das eh nicht“ (Int. Möller).

In den Aussagen kontrastierte der damalige Stadtteilmoderator die Moscheegemeinden der VIKZ sowie IGMG mit der DITIB-Gemeinde. Die Öffnung in den Stadtteil hinein, die eine Bedingung der finanziellen Förderung ist, wurde den Moscheevereinen (im Gegensatz zum DITIB-Verein) nicht zugetraut. Seine Aussagen leiten sich zum einen aus seinen Praxiserfahrungen mit muslimischen Gemeinden ab und zum anderen spielt aber auch die Verbandszugehörigkeit eine Rolle bei der Beurteilung der Gemeinden. So delegitimiert die Beobachtung durch den Verfassungsschutz in seinen Augen die IGMG von der Inanspruchnahme einer öffentlichen Förderung, insbesondere hinsichtlich der moralischen Legitimität.<sup>224</sup> Hier wird deutlich, dass das Bundesamt und das Landesamt für Verfassungsschutz eine Referenzinstanz darstellen, die die Konformität einer muslimischen Organisation mit den Normen und Werten bescheinigen. Die Einschätzung und Bezugnahme dieser Institution wirkt stigmatisierend und hat unmittelbaren Einfluss auf die Bereitschaft von, über öffentliche Mittel verfügende, Akteure, mit der muslimischen Organisation zu kooperieren und sie zu fördern.<sup>225</sup>

Durch das Bestehen der repräsentativen Moschee und der Begegnungsstätte haben sich die Beziehungen zwischen Stadtverwaltung und Moscheegemeinde intensiviert im Sinne der

---

<sup>224</sup> Aus dem Zitat wird auch deutlich, dass mit der öffentlichen Förderung auch eine Einschränkung der Autonomie einhergeht, da sich Moscheevereine bei der Ausrichtung ihrer Veranstaltungen an bestimmte, häufig rechtlich fixierten, Erwartungen des Geldgebers halten müssen.

<sup>225</sup> Die Nichtförderung kann dadurch begründet sein, dass Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, von den Akteuren grundsätzlich abgelehnt werden und daher kein Wille besteht, sie in ihrem Wirken zu unterstützen. Zudem kann es sich um offizielle Vorgaben von übergeordneten Instanzen und gesetzliche Regelungen handeln, die eine entsprechende Kooperation und Förderung untersagen. So kann Organisationen, die im Verfassungsschutzbericht namentlich erwähnt werden, die Gemeinnützigkeit abgesprochen werden. Dabei schreiben die Förderkriterien von öffentlich finanzierten Programmen häufiger die Gemeinnützigkeit als Bedingung für die Förderfähigkeit von Vereinen vor, wie z. B. aktuell das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (vgl. <https://www.demokratie-leben.de>). Zusätzlich fallen die steuerrechtlichen Vorteile für die Organisation weg, wenn ihr die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. Damit zeigt sich, wie mangelnde Legitimität sich negativ auf einen Ressourcenfluss für eine Organisation auswirken kann. Ein dritter Grund für die Nichtkooperation und Nichtförderung von Seiten der Behörden und Akteuren aus der Stadtentwicklung kann eine Befürchtung der Kritik durch die soziale Umwelt einer solchen Unterstützung und Kooperation sein.

Häufigkeit von Kontakten und neuer Handlungsfelder (s. u.). Während des Bauprozesses hat es einen intensiven Austausch zwischen Mitgliedern des Gemeindevorstands und Verwaltungsmitarbeitern gegeben. Hierbei ging es vor allem um zwei Themenfelder: Die Abwicklung der Finanzierung und die Öffentlichkeitsarbeit bzw. die Informierung der Stadtgesellschaft.

Seit der Errichtung des Moscheekomplexes stellt das Personal der Begegnungsstätte einen Ansprechpartner für die Verwaltung dar, vor allem im Themenbereich Frauenarbeit und Seniorenarbeit unter Muslimen. Zusammenarbeit erfolgt z. B. mit dem Seniorenamt der Stadt Duisburg. Anknüpfungspunkte bestehen ferner bei Kooperationen zwischen der Stadt Duisburg und der Senioren- und Pflegeberatung in den Ortsteilen, die zumeist in der Trägerschaft der freien Wohlfahrtsverbände liegen.

Aufgrund der Repräsentativität des Moscheekomplexes ist die Bedeutung der Moscheegemeinde für die Stadtverwaltung gewachsen. Die Verwaltung lässt verschiedene, besonders prestigeträchtige Veranstaltungen wie z. B. den Besuch von Landes- und Bundespolitikern in der Begegnungsstätte stattfinden und spricht sich diesbezüglich mit den Vorständen der Begegnungsstätte und des Moscheevereins ab. Außerdem leitet die Stadtverwaltung die Anfragen von diversen Akteuren in Schulen und Vereinen für Führungen in der und für andere Anliegen (z. B. Beratung) weiter und stellt somit eine Brücke zwischen der Moscheegemeinde, Begegnungsstätte und anderen stadtgesellschaftlichen Einrichtungen dar. Ein wichtiges Vernetzungsorgan zwischen der Moscheegemeinde und der Verwaltung ist der Beirat (vgl. Kapitel 6.2), wie der Stadtteilmanager berichtete (vgl. Int. Möller).

Dadurch, dass die Stadt Duisburg den Antrag bei der Bezirksregierung gestellt hat (s. o.) und sich affirmativ am Legitimierungsdiskurs mit integrationspolitischen Narrativen beteiligte, übernahm sie zugleich auch eine längerfristige Mitverantwortung für das Projekt. Aus dem Zitat und anderen Interviews mit Verwaltungsangestellten wird ersichtlich, dass die Verwaltung unter Druck steht und sich in der Verpflichtung sieht, dass die Arbeit der Begegnungsstätte weitergeht und die Zugänglichkeit der Moschee für Externe gewahrt bleibt. Dieser Tatbestand führt dazu, dass, wie in Kapitel 6.1.2.3 und durch das obigen Zitat veranschaulicht, die Stadtverwaltung mit der Begegnungsstätte und der Moscheegemeinde in Kontakt bleibt und sich sowohl beratend als auch mahnend am Beirat beteiligt.<sup>226</sup> Es zeigt sich, dass die Vernetzung der Moscheegemeinde mit der Verwaltung, ihr guter Ruf hinsichtlich Offenheit und Kooperationsbereitschaft verbunden mit entsprechenden integrationspolitischen und gesellschaftspolitischen Überzeugungen, z.B. die Anerkennung MSO's als wichtige Akteure, Anerkennung von Migranten und Muslimen als Teil der Stadt, zur Bereitschaft der Verwaltung, insbesondere der EG-DU, beitrugen, das Moscheebauprojekt zu unterstützen und die Idee einer Begegnungsstätte darin zu verankern.

### **Parteilpolitische Vernetzung**

Im politischen Feld ist die Moscheegemeinde vielfach durch Mitgliederüberschneidung mit politischen Parteien vernetzt. Hinsichtlich der parteipolitischen Vernetzung kann konstatiert

---

<sup>226</sup> Die EG-DU war Anfang 2012 mit zwei Mitarbeitern im BS-Beirat vertreten.

werden, dass zur Duisburger SPD (v. a. dem Ortsverein Marxloh) schon seit den 90er Jahren Kontakte bestehen (vgl. Int. Demir, Int. SPD). Dies ist unter anderen darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde hauptsächlich aus Arbeitern bestand, einige von ihnen in Gewerkschaften aktiv waren und sich dadurch eine besondere Nähe zu den Sozialdemokraten entwickelt hatte (vgl. Int. Demir).<sup>227</sup> Die zweite und zum Teil dritte Generation in der Moscheegemeinde ist hinsichtlich der Parteiaffinität diversifizierter und engagierter als die erste Generation. So ist z. B. der zwischenzeitige Vorsitzende des Moscheevereins Murat Kaya Mitglied in der FDP, Ismail Komsucuk in der CDU und Zülfiye Kaykin in der SPD. Die Tendenz, dass sich Muslime zunehmend in der Kommunalpolitik engagieren, ist somit auch für die Stadt Duisburg zu bestätigen (vgl. Kapitel 2). Während manche Mitglieder eher Nebenrollen in den Parteien wahrnehmen, war Kaykin eine zentrale Person in der Duisburger SPD. Seit 1994 ist sie Mitglied in der Partei (Ortsverein Duisburg-Röttgersbach) und sie war von 2008 bis 2010 im Unterbezirksvorstand Duisburg. Ihr Engagement, unter anderen beim Moscheebauprojekt und in der Begegnungsstätte sowie ihre Position innerhalb der SPD verhalfen ihr 2010 zum Aufstieg zur Staatssekretärin für Integration beim Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (vgl. Int. Schwammel, WAZ 26.04.10).

Durch das politische Alltagsgeschäft in den Parteien, die räumliche Nähe (Wohnen in Marxloh) und verschiedene Stadtteilprojekte bestehen verschiedene mehr oder weniger intensive Bekanntschaften zwischen Mitgliedern der Moscheegemeinde und anderen politischen Vertretern (z. B. zu Gerlinde Henrichs von der CDU und Manfred Braun von der SPD).

In dem politischen Gremium des Integrationsbeirats sind seit einigen Jahren mehrere Mitglieder der Marxloher DITIB-Gemeinde vertreten. Über die Teilnahme an dem politischen Gremium hat die Moscheegemeinde Kontakt zu diversen Kommunalpolitikern aus den etablierten Parteien und anderen, durch Migranten geprägten politischen Listen. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Integrationsrates und der Partizipation der DITIB-Gemeindemitglieder am Rat bestätigt der langjährige Integrationsratsvorsitzende (von 2004-2014), dass die Mitglieder der DITIB-Gemeinde auf verschiedene Parteien „verstreut“ seien, was auf die Heterogenität der Moscheegemeinde hinweist und die parteipolitische Vernetzung mit anderen Muslimen und Migranten verdeutlicht. Die Zugehörigkeit der einzelnen Mitglieder des Integrationsrats zu den einzelnen Moscheevereinen scheint laut Aussage des ehemaligen Integrationsratsvorsitzenden im Alltagsbetrieb des Gremiums relativ unbedeutend zu sein. So hat der Geschäftsführer des Integrationsrats nicht auf Anhieb sagen können, wie viele DITIB-Gemeindemitglieder im Gremium vertreten sind, und konnte die Integrationsbeiratsmitglieder den Gemeinden nicht immer eindeutig zuordnen. Die DITIB-Moscheegemeinde ist also durch einzelne Mitglieder im Gremium, aber weder durch einen Repräsentanten der Gemeinde noch durch eine einheitliche Liste vertreten, die vornehmlich für die Interessen der Gemeinde eintritt. Vielmehr scheinen gesamt-muslimische Interessen in dem Gremium vertreten zu sein (vgl. Kapitel 6.1.1.2).

---

<sup>227</sup> Die lokale Wahlstatistik zeigt, dass in dem Bezirk Walsum, in dem sich Marxloh befindet, die SPD seit Jahrzehnten die meisten Wählerstimmen auf sich vereint und die stärkste politische Kraft vor Ort darstellt (vgl. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen).

Die beschriebene parteipolitische Vernetzung hat es bereits vor dem Moscheebau gegeben. So waren z. B. Kaykin und andere Gemeindemitglieder in der SPD und anderen Parteien sowie im Integrationsbeirat bzw. dem damaligen Ausländerbeirat aktiv (vgl. Int. Demir). An dieser Stelle soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern die Vernetzung mit dem politischen Feld den Moscheebauprozess beeinflusst hat. In Kapitel 6.3 wurde bereits ausgeführt, dass die Befürwortung des Projekts durch die politische Führung ein wichtiger Faktor für das Gelingen des Moscheebauprojekts gewesen ist. Ein Grund für die Unterstützung durch die politischen Entscheidungsträger war der Wille, die Attraktivität des Stadtteils Marxloh zu steigern, und die sich durchsetzende Einsicht, dass (religiöse) Migranten dazu einen Beitrag leisten können (ressourcenorientierter Ansatz), was sich u. a. an dem Integrationskonzept zeigt. Zudem wollte man sich an einem prestigeträchtigen Integrations- und Bauprojekt beteiligen.

Es waren aber auch zahlreiche Verbindungen, die zwischen der Moscheegemeinde und den politischen Entscheidungsträgern bestanden und das Moscheebauprojekt positiv prägten. Da der Stadtrat in diesem Fall kein Entscheidungsgremium war, spielte die Vernetzung mit ihm eine geringere Rolle. Die Mitgliedschaft und Beteiligung der Gemeindemitglieder an den politischen Parteien hat jedoch dazu geführt, dass Informationen über die Pläne und den Moscheebauprozess an die Parteikollegen weitergeleitet wurden, und somit auf diesem Weg zur „informellen Transparenz“ des Bauprojekts beigetragen. So erklärte der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins in Marxloh, dass er und seine Kollegen im Verein meistens informiert gewesen seien, da ihre Parteigenossin Zülfiye Kaykin sie auf dem Laufenden gehalten habe. Laut dem Vorsitzenden des Ortsvereins habe das Gemeindemitglied Kaykin in die Partei hinein „einiges transportiert“ (Gespräch Braun), was dem Ortsvereinsvorsitzenden und den anderen Parteimitgliedern wichtig gewesen sei und von ihnen wertgeschätzt wurde. Somit hat die Vernetzung zu einer informationsbasierten Legitimität geführt.<sup>228</sup> Der Interviewpartner hat das Projekt gutgeheißen und sich nach eigenen Angaben in verschiedenen Kontexten dafür ausgesprochen, so z. B. beim Informationsstand der Partei oder im Gespräch mit besorgten Besuchern des Partei-Ortsvereins. Durch Gespräche mit Bürgern des Stadtteils haben der Ortsvorsitzende und andere Mitglieder des Ortsvereins zusätzlich zur Transparenz des Vorhabens beigetragen (vgl. Gespräch Braun). Der Informationsfluss, der sich durch die Mitgliederüberschneidung ergab, kann auch für andere Parteien (CDU, FDP, s. o.) angenommen werden.

Einige Gemeindemitglieder und Akteure aus Politik und Verwaltung sind überzeugt, dass die Mitgliederüberschneidungen mit den politischen Parteien den Moscheebauprozess erleichtert haben. Laut Özlem hat vor allem das Ansehen von Kaykin innerhalb der SPD dazu beigetragen, dass die Partei das Projekt befürwortet hat, was sich mit den Aussagen des SPD-Ortsvorsitzenden deckt (s. o.):

„[...] wir haben aber auch Vorstandsmitglieder gehabt oder auch unsere Geschäftsführung in der Bildungs- und Begegnungsstätte, die Frau Kaykin, war ja SPD, der SPD zugehörig, auch natürlich in dieser Partei auch dann für ne andere Ansprache gesorgt,

---

<sup>228</sup> Es ist anzunehmen, dass hierbei zudem eine zugehörigkeitsbezogene Legitimität eine Rolle gespielt hat, da eine führende Person des Moscheebauprojekts gleichzeitig eine Genossin war.



als wenn jetzt da keine SPD-zugehörige Geschäftsführerin, die hat die Sache in Richtung SPD einfacher gemacht [...]“ (Int. Özlem).

Auch wenn dieses Projekt relativ unumstritten war, war es bei Weitem keine bloße Verwaltungsangelegenheit, sondern spielte in die Kommunal- und Landespolitik hinein. Zu nennen ist an dieser Stelle vor allem der damalige Oberbürgermeister Adolf Sauerland, der sich vehement für das Moscheebauprojekt ausgesprochen und sich gegen die internen Kritiker aus eigener Partei durchgesetzt hat (vgl. Gespräch Wordelmann). Sein Engagement ist u. a. aus seiner engen Bindung an die türkisch-muslimische Bevölkerung zu erklären, was z. B. daran zu erkennen ist, dass er grundsätzlich positiv über die Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund gesprochen und im Wahlkampf sich ausdrücklich an sie gewandt hat (vgl. WAZ 26.01.12).

Das Moscheebauprojekt stellte ein öffentlichkeitswirksames Betätigungsfeld für Politiker dar, weshalb auch die pragmatische Legitimitätsdimension für ihre Unterstützung des Projekts bedeutsam war. Dies geht z. B. aus den Aussagen des SPD-Ortsvereinsvorsitzenden hervor. Anhand dessen kann ein wichtiger Beweggrund für die Beteiligung am Moscheebauprojekt und den Legitimierungsdiskurs und für die in diesem Rahmen stattfindenden Kontakte mit der Moscheegemeinde festgestellt werden: Der Ortsvereinsvorsitzende berichtete, dass das Moscheebauprojekt und der damit verbundene Diskurs „in die Stadt hinein“ gewirkt habe und man deswegen am Geschehen „möglichst nah dran sein“ wollte (vgl. Gespräch Braun).

Politische Vertreter beteiligten sich im Rahmen des Moscheebauprozesses auf Veranstaltungen wie z. B. dem ersten Spatenstich oder der offiziellen Eröffnung am Diskurs und prägten den Legitimitätsdiskurs erheblich mit. Wie sich Politiker und Politikerinnen in der Öffentlichkeit für das Projekt aussprachen und ihre Erwartungen an die Moschee sowie vor allem an die Begegnungsstätte artikulierten, wurde anhand des vorstellten Legitimierungsdiskurses nachgezeichnet.

Durch die Errichtung der Moschee und insbesondere der Begegnungsstätte haben sich die Beziehungen zwischen Akteuren aus dem politischen Feld und der Moscheegemeinde durchaus intensiviert. Sowohl Absprachen hinsichtlich des Konzepts und des Ablaufs als auch diverser Informationsveranstaltungen haben zu Kontakten zwischen einzelnen Gemeindemitgliedern und politischen Entscheidungsträgern geführt. Auf der anderen Seite gingen die Gemeindemitglieder auf Politiker zu, um sie über ihr Vorhaben zu informieren und möglichst zu überzeugen. Gemeindemitglieder sprachen Politiker aus der Stadt an und baten sie, sich für das Moscheebauprojekt einzusetzen. So gingen z. B. Gemeindemitglieder auf den Integrationsbeiratsvorsitzenden zu und baten ihn, sich an dem Legitimierungsprozess zu beteiligen. Im Rahmen des Moscheebauprozesses ist dieser auf verschiedenen Informationsveranstaltungen vertreten gewesen und hat sich für das Projekt ausgesprochen. Außerdem ist er dem DITIB-Moscheeverein beigetreten, wodurch die Beziehung zwischen ihm und dem Moscheeverein sich formalisiert hat:

„Ja, die brauchten Leute, die auch politisch engagiert sind. [...] Politisch braucht man Unterstützung. Und Unterstützung heißt das, wenn man irgendwelche

Gemeindehäuser baut, braucht man a) Mitgliedergelder und b) braucht man in der Gesellschaft Fürsprecher. Ohne politische Fürsprecher kommen Sie nicht zurecht. Sie wissen, was in Köln sich seit Jahrzehnten verzögert. Und es Widerstände von den Kölnern gibt. Und deshalb soll so etwas in Duisburg nicht geschehen. Wir haben in Duisburg dieses Thema überparteilich organisiert und auch gut durchgezogen. Dadurch haben wir ohne irgendwelche Probleme die Sache erledigt“ (Gespräch Akbay).

Der Sprecher hob die Bedeutung von Fürsprache im Moscheebauprojekt hervor und betonte damit den politischen Aspekt jenseits von rein administrativen Vorgängen. Das Personalpronomen „wir“ deutet daraufhin, dass auch er dies als ein Gemeinschaftsprojekt empfunden und sich aktiv eingebracht hat. Der Beitritt zum Moscheeverein sollte seine Unterstützung des Vorhabens unterstreichen. Die Tatsache, dass er von Vertretern der Gemeinde angesprochen und um Unterstützung gebeten wurde, weist auf aktive Netzwerkarbeit der DITIB-Moscheegemeinde im Rahmen des Moscheebauprozesses hin und resultiert möglicherweise aus bereits vorhandenen Kontakten zu dem Vorsitzenden des Integrationsbeirats. Nach Aussagen des damaligen Integrationsratsvorsitzenden gab es auch keine konflikthafter Auseinandersetzungen mit den Politikern, da die Mehrheit der Kommunalpolitiker den Moscheebau befürwortete.

Politische Vertreter wie z. B. der Ortsverbandvorsitzende der SPD Braun beteiligten sich auch nach der Eröffnung am Beirat, um Einfluss auf das Geschehen in der Begegnungsstätte zu behalten. Ein Grund dafür liegt sicherlich in der Tatsache, dass sie im Rahmen des Planungs- und Bauprozesses Versprechungen hinsichtlich der Vorteile des Projekts wie interkulturelle und interreligiöse Begegnung, Schaffung eines Ortes der Begegnung und Steigerung der Attraktivität des Stadtteils öffentlich kommuniziert haben. Deshalb fühlten sie sich, wie die Stadtverwaltung, verantwortlich für die Kontinuität der Arbeit der Begegnungsstätte und die Offenheit der Moschee für Externe und beteiligten sich deshalb aktiv am Beirat. Dadurch stehen sie nach wie vor mit Vertretern der Moscheegemeinde in Kontakt.

Bei Besuchen von Kommunal-, Landes- und Bundespolitikern in Marxloh gehören die Begegnungsstätte und die Moschee häufig zum Besuchsprogramm. Politische Entscheidungsträger und Vertreter des Integrationsbeirats kommen regelmäßig zum Neujahrsempfang, und der Integrationsbeirat nutzt gelegentlich die Räume der Begegnungsstätte für diverse Veranstaltungen. So fand z. B. eine Veranstaltung zum Anlass der Oberbürgermeisterwahl statt. Der Integrationsrat hat dazu die verschiedenen Bürgermeisterkandidaten in die Begegnungsstätte eingeladen, wo sie sich ihren Wählern vorstellten und an einer Podiumsdiskussion teilnahmen (vgl. Gespräch Akbay). Solche Veranstaltungen sind nicht ausschließlich an die DITIB-Gemeinde oder die Besucher der Begegnungsstätte adressiert, stellen jedoch Gelegenheitsstrukturen für Kontakte vor allem zwischen der Moscheegemeinde und Vertretern aus der Politik dar.

Anhand einiger Beispiele wurde oben aufgezeigt, welche positiven Aspekte mit der Vernetzung der Moscheegemeinde im politischen Bereich verbunden sind. Allerdings ist die Vernetzung in diesem Feld ambivalent zu beurteilen. Dies resultiert aus dem Konkurrenzverhältnissen im Politikbetrieb und den vielfältigen Interessensdivergenzen und Konflikten, die dort ausgetragen werden. In der Darstellung der längerfristigen Entwicklungen nach der

Einweihung des Moscheekomplexes und der Aufrechterhaltung der Legitimität ist deutlich geworden, wie stark die Entwicklungen in der Moscheegemeinde und bezüglich der Begegnungsstätte politisiert waren und dass dies zum nicht geringen Teil aus der politischen Vernetzung der Geschäftsführerin der Begegnungsstätte resultierte. Dies ist wahrscheinlich ein Grund für eine gewisse Vorsicht hinsichtlich der politischen Vernetzung und des parteipolitischen Engagements, was aus den Aussagen des ehemaligen Moscheevereinsvorsitzenden Özlem, der mehrere Jahre im Politikbetrieb aktiv war, hervorgeht:

„Ja, das [parteipolitische Engagement der Moscheevereinsmitglieder] kann Vorteile haben, das kann Nachteile haben. Ne politische Auseinandersetzung, die diese Person dann führt, kann ja dann zum Nachteil der Gemeinde ausgelegt werden. Ja, ich mein, es gab auch mal so einen Stadtverband der DITIB-Gemeinden in Duisburg, ja, da gab’s auch Personen, die politisch aktiv waren, aktiv werden wollten, und da war ich auch im Vorstand [des Moscheevereins] und eigentlich dagegen gesprochen, gesagt: ‚Leute, Ihr seid Gemeindevorsitzende, Ihr seid Gemeindevorstandsmitglieder! Findet Leute aus Euren Gemeinden, die politisch aktiv werden!‘ Das muss sowieso gefördert werden! Wir fördern eben Migranten, dass sie aktiver in der Politik sind, aber das müssen nicht unbedingt Vorstandsmitglieder sein, weil jede politische Auseinandersetzung, die du mit dem OB führst, mit ner anderen Fraktion führst oder mit wem auch immer, die wird dann später auf die Gemeinde zurück, wenn der Vorsitzende, was weiß ich, für irgendwas mit dem OB kämpft und diskutieren muss, und ich politisch den irgendwie fertig machen will, ja, wirft doch ein schlechtes Bild auf die Gemeinde, die dann hinget und sagt: ‚Lieber Oberbürgermeister, ich hätte Sie gerne zu diesem Besuch oder ich hätte gerne diese Fördergelder wegen jenes‘, das beißt sich“ (Int. Özlem).

Der Interviewte hat offensichtlich eine kritischere Meinung zur Verflechtung von politischem Engagement und Gemeindezugehörigkeit als der weiter oben zitierte, ehemalige Integrationsratsvorsitzende. Seine Aussagen legen ein Problem offen, womit Moscheegemeinden allgemein konfrontiert sind: Die Beteiligung an der Politik wird zum einen angestrebt und auch von einzelnen Mitgliedern realisiert. Dabei handelt es sich häufig um aktive Personen, die gleichzeitig im Vereinsvorstand sind und somit die Moscheegemeinde nach außen repräsentieren. Dies vereinfacht die Einbringung von Positionen der Moscheegemeinde(n) in die politischen Parteien und den Politikbetrieb (s. o.). Allerdings besteht die Gefahr, dass durch die politisch aktiven Vorstandsmitglieder und muslimischen Repräsentanten die gesamte Moscheegemeinde sich entlang von parteipolitischen Konfliktlinien (wenn auch nur temporär) positioniert, was aus der Perspektive des Interviewpartners offensichtlich unerwünscht ist. Der Ausdruck „das beißt sich“ verweist auf den Widerspruch zwischen den parteipolitischen Konkurrenzverhältnissen und dem Zusammengehörigkeitsdiskurs mit symbolischer Grenzüberwindungen, in den sich Muslime häufig zu fügen versuchen. Es besteht die Befürchtung, dass die Legitimitätsbeurteilung der Anliegen der Moscheegemeinde nicht als solche bewertet werden, sondern im Zusammenhang parteipolitischer Interessen und Konflikte erfolgt. Damit ist auch die Befürchtung des

damaligen Moscheevorsitzenden verbunden, dass der Ressourcentransfer bzw. eine spätere Unterstützung für die Gemeinde dadurch erschwert werde.

Ein weiterer Aspekt, der das politische Engagement der Repräsentanten der Moscheegemeinde betrifft, ist die interne Heterogenität der Moscheegemeinde und die fehlende Eignung von einzelnen Vorstandsmitgliedern, diese widerzuspiegeln, wie aus dem folgenden Zitat deutlich wird:

„Die Leute sollen aktiv werden, aber dann sollen die ihre Posten in der Gemeinde [abgeben], das ist genauso, als wenn die Sie eine Kirchenleitung haben und die dann irgendwo politisch so eine aktive Position besetzen. So eine Gemeinde besteht ja aus vielen anderen Ansichten, politischen Ansichten, und da sich der Vorstand oder Vorstandsmitglieder für eine Partei in aktiver Form, also in so einer gewählten Position schon, find ich nicht richtig“ (Int. Özlem).

Die vom Interviewpartner angesprochene Heterogenität der Gemeinde deckt sich unter anderen mit der Feststellung der unterschiedlichen Parteimitgliedschaften der Gemeindemitglieder weiter oben. Eine Lösung liegt für den ehemaligen Moscheevorstand offensichtlich darin, dass die Vereinsmitglieder sich politisch engagieren und die Vereinsvorstände sich zurückhalten. Deswegen hatte er sich nach eigener Angabe entschieden, sich von der SPD zurückzuziehen, als er zum Moscheevereinsvorstand gewählt worden war, was eine (temporäre) Abschwächung der Beziehung zur Partei bedeutete. Nachdem er einige Jahre später aus dem Moscheevereinsvorstand ausgeschieden war, ist er wieder in der SPD aktiv geworden. Hier dienen also seine eigenen Entscheidungen als ein erwünschtes Modell für zukünftiges Vorgehen. Die Auseinandersetzungen um Kaykin als Gemeindemitglied und SPD-Politikerin zeigen, dass parteipolitische Auseinandersetzungen die Problemlage verschärfen und den Diskurs negativ prägen können.

Nachdem die parteipolitische Vernetzung, der Nutzen und die Veränderungen in der Vernetzung nachgezeichnet wie auch auf die Probleme aufgezeigt wurden, die mit einer politischen Vernetzung der Gemeindemitglieder verbunden sind, möchte ich auf die Vernetzung mit den Kirchengemeinden in Marxloh eingehen.

### **Interreligiöser Dialog**

Anfangs wurde bereits gezeigt, dass es seit dem Konflikt um den Muezzinruf 1996 große Bemühungen um interreligiösen Dialog zwischen Christen und Muslimen in Duisburg und in Marxloh gegeben hat. In Marxloh befinden sich zwei größere christliche Gemeinden zu denen die DITIB-Gemeinde seit einigen Jahren Kontakt pflegt: Die evangelische Bonhoeffer-Gemeinde und die katholische Gemeinde St. Peter und Paul. Sowohl die ehemaligen muslimischen Gemeindevorstände als auch die beiden christlichen Vertreter bezeichnen die interreligiösen Beziehungen als gut. Diese Einschätzung wird auch weitgehend von anderen Interviewpartnern geteilt (Int. Möller, Int. Acar).

Es sind verschiedene Beziehungsinhalte, über welche die DITIB-Gemeinde mit den beiden christlichen Gemeinden vernetzt ist. Bei Gemeindefesten in den drei Gebets- und

Versammlungshäusern gehören Mitglieder aus den jeweils anderen Gemeinden zu festen Gästen. Seit den 90er Jahren gibt es Bibelrezitationen in der Merkez-Moschee und Koranrezitationen in der Kreuzeskirche.<sup>229</sup> Begonnen hat die Zusammenarbeit mit Kontakten, die zwischen den Vorgängern der heutigen christlichen und muslimischen Vertreter geknüpft wurden. Wie die nachfolgenden Abschnitte zeigen, sind diese Kontakte zwischen den Gemeinden von den nachfolgenden Repräsentanten beibehalten worden. Diesbezüglich gab Schenker zu verstehen:

„[...] also es waren immer so generelle Kontakte oder gute Nachbarschaft so- sozusagen. Also dass man eingeladen wurde zu Festen, zu Jubiläen, zu Gemeindefesten, zum Neujahrsempfang, das hab ich praktisch hier auch vorgefunden und dann auch weitergeführt, so in dieser, in dieser Hinsicht“ (Int. Schenker).

Jedes Jahr findet ein gemeinsamer Abschlussgottesdienst statt, mit dem die Viertklässler von den Grundschulen verabschiedet werden und bei dem die Geistlichen der drei Gemeinden vertreten sind und die Gebete leiten. Zu diesem Anlass nimmt die DITIB-Gemeinde faktisch eine repräsentative Funktion für alle anwesenden Muslime wahr, da an dem Gottesdienst auch muslimische Kinder aus anderen Gemeinden oder ohne jegliche Anbindung an Gemeinden teilnehmen. Özlem wertschätzte daran, „dass das muslimische Kind da auch eine Identifikation vorne hat und dass da nicht nur der Pfarrer und der Priester steht“ (Int. Özlem), was darauf hinweist, dass dies eine Facette der Anerkennung der Muslime sein kann.

Außerdem findet jährlich der Einschulungsgottesdienst in der gleichen Konstellation in der katholischen Schule des Stadtteils statt. Andere Gottesdienste finden seit der Fertigstellung der Moschee abwechselnd in dem Moscheekomplex, in den Kirchen oder in den Schulen statt – eine Möglichkeit, die es vor dem Moscheebau aufgrund der knappen Platzverhältnisse in der alten Moschee nicht gegeben hat. Die knappen Räume in der alten Moschee und die damit eingeschränkten Möglichkeiten zur Ausrichtung von Dialogveranstaltungen stellten ein Problem dar, das immer wieder in Gesprächen bzw. Interviews und diversen Stellungnahmen von christlichen sowie muslimischen Gemeindevertretern zur Sprache gekommen ist. Die Möglichkeit, Räumlichkeiten in allen beteiligten Gemeinden nutzen zu können und somit sowohl als Gastgeber wie auch als Gast an dem Dialog auf Augenhöhe beteiligt zu sein, wird in den Interviews immer wieder hervorgehoben. Eine weitere gemeinsame, interreligiöse Veranstaltung ist das Erntedankfest, was von den drei Gemeinden und den Schulen gemeinsam begangen wird. Insgesamt spielen die Schulen des Stadtteils, laut dem katholischen Priester Schenker, eine sehr bedeutende Rolle sowohl für den Kontakt zwischen Muslimen und Christen auf der individuellen Ebene als auch für die Verbindung zwischen den christlichen Kirchen und der DITIB-Moscheegemeinde. Bei den beteiligten Schulen handelt es sich um die Henrietten- und die Regenbogen-Schule (vgl. Int. Schenker). Dabei handelt es sich um symbolträchtige Veranstaltungen, die durch das gemeinsame Begehen der Festlichkeiten und die enge Kooperation der religiösen Repräsentanten als grenzüberwindende Akte verstanden werden können.

---

<sup>229</sup> Dabei handelt es sich um Kontakte, die es zwischen den Vorgängern der christlichen und muslimischen Vertretern gegeben hat. Wie die nachfolgenden Abschnitte zeigen, sind die Kontakte zwischen den Gemeinden auf die nachfolgenden Repräsentanten übergegangen.

Die Vertreter der beiden Kirchen waren von Anbeginn im Beirat vertreten, wo sie dem Begegnungsstätten-Verein und der Moscheegemeinde beratend zur Seite standen und somit für einen Wissenstransfer sorgten. Eine Form des Kontakts hat sich in den letzten Jahren durch regelmäßige Treffen der Gemeindeleitungen, also durch gemeinsame Besprechungen zwecks Austausches, entwickelt. Diese Treffen wurden aus der Erkenntnis heraus initiiert, dass in dem Begegnungsstätten-Beirat ein starker Fokus auf die Aktivitäten und Probleme der Begegnungsstätte gelegt wurde und das muslimische Gemeindeleben und der Kontakt zur Gemeindeleitung nach Aussagen der beiden christlichen Vertreter vernachlässigt worden war (vgl. Int. Schenker, Gespräch Wagner). Diese Treffen werden dazu genutzt, sich über Entwicklungen in den Gemeinden auszutauschen. Neben dem inhaltlichen Austausch geht es bei den Treffen um einen direkten persönlichen Kontakt zwischen den Vorständen der Gemeinden. Insofern sind die Zusammenkünfte als eine Form der Kontaktpflege zu verstehen. Neben dem Priester, Pfarrer und den Vorstandsvorsitzenden des Moscheevereins sind manchmal auch je zwei Personen aus dem Presbyterium und dem Gemeinderat vertreten (vgl. Int. Schenker).

Eine verstetigte Kooperation geschieht durch die christlich-islamische Frauengruppe Duisburg-Marxloh, zu der auch Kaykin gehörte. Diese Gruppe setzt sich aus Frauen der DITIB-Gemeinde und der evangelischen Bonhoeffer-Gemeinde zusammen, und der mit den Treffen verbundene Zweck ist ein geselliges Beisammensein, das über die männlich geprägte Gemeindevorstandsebene hinausgeht und für bestimmte Projekte finanziell von der Stadt Duisburg gefördert wird (vgl. Website EG-DU<sup>230</sup>).

Die starke Rolle des interreligiösen Dialogs für die Duisburger Integrationspolitik geht aus den folgenden Aussagen der (damaligen) Integrationsbeauftragten hervor:

„Ja, und dann haben wir ja einen Oberbürgermeister, der ja auch großen Wert auf interreligiösen Dialog legt. Er lädt einmal jährlich ein zu einem religiösen Anlass. [...] Also, Ziel ist, was ist in unserer Stadtgesellschaft an Religion, an religiösen Ritualen, an Gebetsritualen oder auch an Feierlichkeiten, und wie können wir das gemeinsam begehen. Das ist, glaub ich, auch noch mal so ein, auf der höchsten Ebene sozusagen ein Zeichen, was auch gut ist“ (Int. Demir).

Daraus wird ersichtlich, dass die angesprochenen Wertehaltungen wie die Befürwortung von Vielfalt und des friedlichen Zusammenlebens in der Stadt ihren grenzübergreifenden Ausdruck findet in den interreligiösen Veranstaltungen mit der Beteiligung des obersten städtischen Vertreters.

Neben dem explizit religiösen Kontext der interreligiösen Vernetzung gibt es stadtteilbezogene Kontexte, in denen Vertreter der Kirchen und der muslimischen Gemeinden und damit auch der DITIB-Gemeinde zusammen mit anderen Akteuren des Stadtteils sich an gemeinsamen Aktionen beteiligen. Zumeist handelt es sich um stadtteilbezogenes Engagement und materialisiert sich z. B. in gemeinsamen Aktionen für Marxloh, die über diverse Gremien wie

---

<sup>230</sup> [https://www2.duisburg.de/micro/eg-du/marxloh\\_projekte/projekt\\_skulptur\\_d\\_dialogs\\_mxl.php](https://www2.duisburg.de/micro/eg-du/marxloh_projekte/projekt_skulptur_d_dialogs_mxl.php), letzter Zugriff am 21.06.21.

z. B. den Runden Tisch Marxloh und diverse Ad-hoc-Arbeitsgruppen koordiniert werden (vgl. Int. Schenker).

Die Betrachtung der Vernetzung zwischen den religiösen Gemeinden Marxlohs verdeutlicht, dass die DITIB-Moscheegemeinde von allen anderen muslimischen Gemeinden am stärksten mit den christlichen Gemeinden vernetzt ist. Beide Kirchenvertreter sehen in der DITIB-Gemeinde den wichtigsten Gesprächspartner ihrer christlich-muslimischen Kontakte. Dies wird insbesondere durch das folgende Zitat klar:

„Ähm {räuspert sich}, also wir haben hier in Marxloh einen guten nachbarschaftlichen Kontakt und auch zugleich den intensivsten Kontakt eben mit der DITIB-Merkez-Moschee. [...] Wir haben ganz dezidiert gesagt, ohne uns anderen zu verschließen, wir pflegen und intensivieren den Kontakt zur DITIB-Moscheegemeinde, weil da auch lange vor meiner Zeit etwas gewachsen war an Kontakt, ja, und die auch sehr offen auf uns zukamen mit der Planung schon und dann natürlich also auch mit dem Bau, den Bau zu begleiten, in Form der Mitarbeit im Beirat. Sodass wir da gesagt haben, also da wollen wir auch uns nicht verzetteln, Kontakte zu allen Gemeinden, das wäre einfach nicht zu leisten. Wir haben gesagt, wir konzentrieren uns, das ist mit dem Gemeinderat auch so entschieden worden, auf diesen Kontakt und ohne uns, wenn Anfragen sind, anderen zu verschließen, aber das ist so unsere Fährte“ (Int. Schenker).

Im Gegensatz zu den Aussagen der Interviewpartner aus der Verwaltung (vgl. Int. Demir), die gemäß ihrem Auftrag angeben, keine Gemeinde zu bevorzugen, wird hier ganz explizit der Schwerpunkt der Kontakte auf die DITIB-Gemeinde gelegt. Der Ausdruck „verzetteln“ verweist auf mangelnde Ressourcen und/oder mangelnden Willen, mit allen muslimischen Gemeinden des Stadtteils interreligiöse Kontakte zu pflegen. Förderlich für die offene Haltung gegenüber der DITIB-Moscheegemeinde ist die Tatsache, dass die muslimischen Vertreter auf den Priester zugegangen sind. Ähnliche Aussagen sind von Pfarrer Wagner der evangelischen Bonhoeffer-Gemeinde zu hören gewesen. Bei dieser Gemeinde basieren die Kontakte zu Muslimen laut eigenen Aussagen ausschließlich auf den Kontakten zur DITIB-Gemeinde. Aus dem Gespräch geht hervor, dass die DITIB-Gemeinde als Stellvertreter aller organisierten Muslime im Stadtteil und in der Stadt betrachtet wird. Dies steht für eine starke Anerkennung der DITIB-Gemeinde zum einen und eine verengte Perspektive auf die Vielfalt der Duisburger und Marxloher Muslime zum anderen. Offensichtlich wird auch keine Notwendigkeit gesehen, auf die anderen muslimischen Gemeinden einzugehen, und das Bedürfnis nach interreligiösem Dialog wird durch den Kontakt zu einer Gemeinde „gestillt“. Pfarrer Wagner verweist ebenfalls, wie sein katholischer Kollege, auf den Beirat und die Begegnungsstätte und sieht darin die wichtigste Vernetzungsart zur DITIB-Gemeinde. Die Kontakte verliefen „im Wesentlichen über die Begegnungsstätte“, so der Pfarrer. Somit haben sich die Kontakte zwischen den Gemeinden durch die Gründung der Begegnungsstätte von einzelnen interreligiösen Begegnungen bzw. gemeinsamen Aktionen auf die Mitarbeit am Beirat, also die Vertretung in einem gemeinsamen Gremium und die damit verbundenen Maßnahmen verlagert.

Aufschlussreich sind die Aussagen des Pfarrers bezüglich seiner Motivation für die Zusammenarbeit mit der Begegnungsstätte. Die Fokussierung auf die Begegnungsstätte erklärt er sich folgendermaßen: „Das liegt am besonderen Auftrag der Begegnungsstätte. Das gehört zum Auftrag, solchen Dialog zu fördern. Ist auch aus Sicht der Stadt der Ansprechpartner. Sie ist im öffentlichen Raum präsent“ (Gespräch Wagner). Der Pfarrer geht mehrmals auf den Auftrag der Begegnungsstätte ein und bringt dies mit der eigenen Zusammenarbeit mit der Begegnungsstätte sowie seiner Partizipation im Beirat in Verbindung.

Der Bezug auf die Stadt verdeutlicht, dass hier der christliche Vertreter die interreligiöse Komponente der kommunalen Integrationspolitik verinnerlicht hat und in seiner Arbeit einen Beitrag dafür sieht. Die Betonung der öffentlichen Präsenz der Begegnungsstätte legt die Feststellung von Tezcan nahe, dass die Kirchen mit dem interreligiösen Dialog „ihre gesellschaftliche Relevanz unterstreichen“ (Tezcan 2006: 31) können. Ein weiteres Motiv für den interreligiösen Dialog wird aus den Ausführungen des katholischen Vertreters deutlich:

„Ich glaube, dass es hier für ein Kirche-Sein in diesem Stadtteil für das friedliche Zusammenleben hier im Stadtteil ja keine andere Alternative gibt, also in einem Stadtteil wie diesem hier mit der hohen Prozentzahl von, von türkischstämmigen Muslimen, respektive insgesamt Muslimen. Ich habe die Zahl der Moscheen<sup>231</sup> ja genannt, es gar keine Alternative gibt als zu sagen, für dieses Zusammenleben von Christen und Muslimen und sofern Christen in meiner Verantwortlichkeit eben auch die oder die Christen der katholischen Gemeinde sind, braucht es Formen des Kennenlernens, braucht es Möglichkeiten der Begegnung, um, und das ist eigentlich das Ziel des interreligiösen Dialoges, das hört sich ja sehr akademisch und hochtrabend an, um Menschen in den ganz konkreten Lebensumfeldern und dann ist es die Wohngemein-, dann ist es die Hausgemeinschaft, die unmittelbare Nachbarschaft, dann sind es Kontakte in Arztpraxen, öffentlichen Verkehrsmitteln oder Schlangen vor der Kasse, um dort Menschen unterschiedlichen Glaubens in einem in ein – ja, wie soll ich sagen? – zu rüsten, Begegnung zu gestalten, die von der Atmosphäre der Anerkennung, des Respektes, der Toleranz und insofern friedfertig sind“ (Int. Schenker).

Aus den Ausführungen des Pfarrers wird ersichtlich, dass hinter der Motivation für den interreligiösen Dialog neben der offiziellen Politik der Katholischen Kirche die Einsicht steht, dass der Stadtteil muslimisch geprägt ist und dass er darin einen (praktischen) Beitrag sieht zum friedlichen Zusammenleben von Christen und Muslimen und evtl. zur Integration der eigenen Gemeinde bzw. für die Gewährung einer sicheren und komfortablen Position der Christen in dem Stadtteil. Insofern wird versucht oder zumindest erhofft, dass der interreligiöse Dialog über die Kommunikation der Vorstände und den akademischen Austausch, wie häufig am interreligiösen Dialog Kritik geübt wird, hinausgeht und das Alltagsleben positiv beeinflusst. Die starke muslimische Präsenz im Stadtteil ist kein Grund für Resignation, wie bei manchen Bürgern

---

<sup>231</sup> Hier wird eine Diskrepanz zwischen der Erwähnung der „Zahl der Moscheen“ und der Konzentration des interreligiösen Dialogs auf die repräsentative Moscheegemeinde (s. o.) deutlich, was den Sonderstatus der DITIB-Moscheegemeinde veranschaulicht.



festzustellen war, sondern Ansporn für die Gestaltung eines Dialogs. Inwiefern dies tatsächlich auf den Alltag ausstrahlt und das Zusammenleben von Christen und Muslimen beeinflusst, lässt sich nur schwer beurteilen. Doch durch regelmäßige Berichte des Pfarrers an seine Gemeindeglieder gibt er die Informationen weiter. Zudem stellt der Pfarrer, wie er berichtete, einen Ansprechpartner für islambezogene Fragen dar.

An dieser Stelle bleibt zu prüfen, inwiefern die Verbindungen der DITIB-Moscheegemeinde zu den christlichen Gemeinden im Stadtteil den Bauprozess beeinflusst bzw. vereinfacht haben. Im Rahmen des Legitimierungsdiskurses wurde festgestellt, dass die christlichen Gemeinden eine unterstützende Rolle im Moscheebauprozess eingenommen haben. Ihre Unterstützung basierte in erster Linie darauf, dass sie sich für den Moscheebau öffentlich in den Medien und halböffentlich innerhalb der Gemeinden aussprachen. Insofern haben die Kirchenvertreter mit ihrer Fürsprache einen Beitrag zur Legitimierung des Moscheebauvorhabens geleistet. Bei den internen Diskussionen in den christlichen Gemeinden beriefen sich die religiösen Repräsentanten auf die bereits seit längerem bestehenden Kontakte zur Moscheegemeinde und versuchten auf diese Weise, den christlichen Gläubigen Ängste zu nehmen, was von den muslimischen Vertretern durchaus wahrgenommen und geschätzt wurde, wie aus der folgenden Aussage von Zehr Acar deutlich wird:

„Also unser Pfarrer Fuchs ist dann zu seiner Gemeinde, hat gesagt, da wird eine Moschee gebaut, ihr braucht keine Angst zu haben, wir kennen die Menschen vor Ort, wir wissen, was dort stattfindet, wir sind mitbeteiligt. Das war wichtig“ (Int. Acar).

Auch Pastor Schenker sprach sich innerhalb seiner Kirchengemeinde für den Moscheebau aus und erklärte seiner Gemeinde, dass keine neue bzw. zusätzliche Moschee entstünde, sondern ein repräsentatives Gebäude anstelle eines alten errichtet würde (vgl. Int. Schenker). Im öffentlichen Diskurs wurde, wie bereits gezeigt, immer wieder auf die interreligiösen Kontakte verwiesen; der interreligiöse Dialog wurde als diskursive Ressource genutzt, indem der Dialog als Beleg für Offenheit und Vernetzung der Moscheegemeinde angeführt wurde. Entsprechende Aussagen wurden sowohl von den muslimischen als auch den christlichen Vertretern öffentlich getätigt (vgl. Int. Schenker, Int. Acar).

Durch die vorher bestehenden Kontakte zwischen den Gemeinden war es für die Verantwortlichen in der Moscheegemeinde einfacher, auf den Pastor und den Pfarrer zuzugehen, wie bereits in Kapitel 6.2 angesprochen. Das ehemalige Vorstandsmitglied Özlem berichtet davon, dass die Schwellen deshalb geringer gewesen seien, um die christlichen Vertreter anzusprechen und für die Teilnahme am Beirat zu gewinnen.

Im Rahmen der Beiratsarbeit vermittelten die Kirchenvertreter dem Begegnungsstätten-Verein und der Moscheegemeinde wichtige Informationen hinsichtlich der Organisation von Veranstaltungen (Öffentlichkeitsarbeit, geeignete Referenten etc.) und erleichterten damit die Arbeit der Begegnungsstätte und den Wissenstransfer (vgl. Int. Acar). Wie oben bereits gezeigt, war die Unterstützung des Moscheebauprojekts und die Beteiligung am Beirat durch den katholischen Vertreter nicht ausschließlich auf die vorherigen Kontakte zur Moscheegemeinde

zurückzuführen, sondern ergaben sich aus dem Selbstverständnis der katholischen Gemeinde und den Bemühungen um eine friedliche Koexistenz von Muslimen und Christen.

Als nächstes ist zu klären, inwiefern sich die Beziehungen zwischen der Moscheegemeinde und den christlichen Gemeinden bzw. Vertretern durch den Moscheebauprozess und die Unterhaltung der Moschee und der Begegnungsstätte verändert haben. Laut den Aussagen der christlichen Vertreter haben sich die Kontakte zwischen den Gemeinden durch den Moscheebau intensiviert. Dies betrifft vor allem drei Aspekte: Die Interaktionen während des Planungsprozesses, die Veranstaltungen in der Begegnungsstätte und die Teilnahme am Begegnungsstätten-Beirat durch die christlichen Vertreter.

Durch den intensiven Planungsprozess, in den die christlichen Vertreter eingebunden waren, kam es zu einer Interaktionsdichte, die es in dieser Intensität in der Vergangenheit nicht gegeben hatte, was ebenfalls auf Akteure aus Verwaltung und Politik zutrifft. Dies führte laut Schenker und Özlem dazu, dass sich die christlichen und muslimischen Repräsentanten besser kennenlernen konnten (vgl. Int. Schenker).

Durch die Gründung der Begegnungsstätte wurde eine Plattform geschaffen, auf deren Grundlage eine Vielzahl religionsbezogener Veranstaltungen stattfinden und wo die christlichen Nachbargemeinden regelmäßige und aktive Teilnehmer sind. Die Begegnungsstätte bietet Raum für interreligiöse Veranstaltungen, bei denen häufig andere religiöse und säkulare Akteure (z. B. Vertreter der jüdischen Gemeinde) beteiligt sind, was es in dieser Form vor der Gründung der Begegnungsstätte nicht gegeben hat.

Wie weiter oben dargestellt, haben die Veranstaltungen in der Begegnungsstätte häufig einen religiösen Fokus, was vermutlich auch auf die starke Beteiligung der christlichen Akteure bei der Konzipierung der Begegnungsstätte zurückzuführen ist, und die anschließende regelmäßige Teilnahme erklärt. Zudem sind Vertreter von beiden christlichen Gemeinden in dem Begegnungsstätten-Beirat vertreten, wo es regelmäßig zu Treffen und einem Austausch kommt (ca. vier Mal im Jahr). Aus den Aussagen der kirchlichen Vertreter und des ehemaligen Moscheevereinsvorsitzenden geht hervor, dass die Partizipation am Beirat die Kontakte zwischen den kirchlichen Vertretern und des Moscheevereins verstetigt hat (s. o.).

Das Moscheebauprojekt scheint zudem Einfluss auf die grundsätzliche Einstellung zur Frage der Vernetzung zwischen den Gemeinden gehabt zu haben. So wusste Schenker die Einbeziehung in den Beirat durch die Muslime zu schätzen und muslimische Vertreter schätzten die Unterstützung durch die christlichen Vertreter. Die gegenseitige Unterstützung fand auch ihren Ausdruck, als der Vorstand Kaya sich gegen die Schließung der Kirche aussprach. Neben dem positiven Ausstrahlungseffekt in die Stadtgesellschaft (vgl. WAZ 01.01.12) wussten diesen Schritt anscheinend auch die Kirchengemeindemitglieder zu schätzen, wie Schenker zu verstehen gibt:

„Und auf diesem Hintergrund hat zuletzt jetzt eben auch die Unterstützung durch die Moscheegemeinden, glaube ich, nochmal einiges korrigiert, auch so an so alten Vorbehalten, dass hier eben auch Christen gesagt haben, ,aha, die, die stehen tatsächlich

dann auch hinter uns, wenn's drauf ankommt, nicht?' Also das war von daher schon sehr, sehr wichtig auch“ (Int. Schenker).

Dabei berief sich der damalige Moscheevereinsvorstand auf den gewachsenen Dialog zwischen den Gemeinden, der durch die Schließung der Kirchen gefährdet sei. Auch hier diene der interreligiöse Dialog als diskursive Ressource, um die Legitimität des Bestehens der Kirche zu unterstreichen. Zugleich war es der Dialog und die vorher erfahrene Unterstützung beim Moscheebau, was den damaligen Vorsitzenden antrieb, sich für die Kirchengemeinde zu engagieren, wie aus dem folgenden Zitat deutlich wird:

„Weil wir uns nun lange Jahre kannten, die Gemeindemitglieder, den Pastor von der Kirche, und die hatten wiederum in der Bauphase uns ja auch sehr stark mit unterstützt, und das war für uns selbstverständlich, dass wir uns auch für die Kirche dann eingesetzt haben. Und das war auch ein sehr großer Medienspektakel, ich hatte nicht damit gerechnet, muss ich dazu sagen. Ich habe auch keine Pressemitteilung diesbezüglich erteilt, gar nix. Die haben das irgendwie von der Kirchenseite mitbekommen, und dann kamen alle Presseleute auf uns zu [...]“ (Int. Kaya).

Im Gegensatz zur weiter oben beschriebenen Beziehung zwischen der Verwaltungsangestellten Demir und der damaligen Geschäftsführerin der Begegnungsstätte Kaykin scheint es keine freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem zwischenzeitigen Moscheevorsitzenden Kaya und den christlichen Vertretern zu geben.<sup>232</sup> Dies wird daran deutlich, dass Kaya in erster Linie von „der katholischen Gemeinde“ und „der evangelischen Gemeinde“ gesprochen hat, was auf die personenunabhängige Komponente der interorganisationalen Beziehungen hindeutet. Dies kann daran liegen, dass der zwischenzeitige Vorstand einen größeren Fokus auf das Gemeindeleben als die Kontakte nach außen gelegt hat.

Der Vorstandswechsel und die Auseinandersetzungen innerhalb der Moscheegemeinde wegen der Begegnungsstätte beeinflussten laut den Aussagen von Schenker und Wagner die Kontakte zwischen den Gemeinden zwischenzeitig negativ, v. a. in Bezug auf die grundsätzliche Einstellung dem jeweils anderen gegenüber, denn durch die jährlich stattfindenden Wahlen kommen bisweilen neue Personen in den Vorstand, die zunächst neu kontaktiert werden müssen (vgl. Gespräch Wagner):

„Es ist sicherlich so, dass durch den Wechsel des Vorstands bestimmte Personen nicht vorhanden sind, die vorher noch Ansprechpartner waren. Auch diejenigen, die man über Jahre als Ansprechpartner hatte, sind dann nicht mehr da durch diese Konflikte“ (Gespräch Wagner).

---

<sup>232</sup> Ob freundschaftliche Beziehungen zwischen christlichen und muslimischen Gemeindemitgliedern bestehen, kann nicht gesagt werden. Vor dem Hintergrund, dass die christlichen Gemeinden eher aus älteren Menschen bestehen (vgl. Kinzig 2009: 11) und Ältere weniger häufig interethnische Freundschaftsbeziehungen pflegen (vgl. Haug 2010: 29), ist davon auszugehen, dass die Freundschaften zwischen christlichen und muslimischen Gemeindemitgliedern eher selten sind.

Zu ergänzen ist hierbei, dass auch die Leitung der Kirchengemeinden gewechselt hat und dies mit einer Umstellung und einer Art Neuanlauf für die Vertreter der Moscheegemeinde verbunden war (vgl. Int. Acar). Der Wechsel der leitenden Person innerhalb der christlichen Gemeinden ist jedoch aufgrund einer anderen Organisationsform seltener und der Vorstand wird nicht jährlich zur Wahl gestellt.

Der Kontakt zwischen den Gemeinden verläuft meist zwischen dem Pfarrer bzw. Pastor und Vorstandsmitgliedern der muslimischen Gemeinde. Der Kontakt zu Imamen der muslimischen Gemeinde besteht lediglich bei wenigen Anlässen des theologischen Austauschs. Insofern wiederholt sich hier das typische Muster interreligiösen Dialogs, welches sich durch die Kontakte zwischen hauptamtlichem religiösem Personal auf christlicher Seite und ehrenamtlichen säkularem Personal auf muslimischer Seite auszeichnet (vgl. Klinkhammer 2011 et al.: 108). Die in Kapitel 6.1.3 beschriebenen übergeordneten Strukturen, die nach dem Muezzinruf-Konflikt eingerichtet wurden, wie z. B. die Einrichtung eines Islambeauftragten im Kirchenkreis der evangelischen Kirche, spielen bei dem Kontakt zwischen der evangelischen Bonhoeffer- und der DITIB-Gemeinde aufgrund der sehr direkten Beziehung zwischen den Gemeinden keine Rolle.

Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen der interreligiösen Vernetzung der Moscheegemeinde und dem Moscheebauprojekt ist v. a. hervorzuheben, dass der interreligiöse Dialog hier v.a. als diskursive Ressource gedient und eine wichtige Säule im weitgehend affirmativen Legitimierungsdiskurs fungiert hat. Über die Vernetzung zwischen den christlichen und muslimischen Vertretern wurden zudem Unterstützungsleistungen wie Fürsprache und Wissenstransfer generiert.

### **Vernetzung mit der Zivilgesellschaft und ökonomischen Akteuren**

Nachdem die Vernetzung im politischen und religiösen Kontext veranschaulicht worden ist, werde ich im nächsten Abschnitt auf die Vernetzung zwischen Akteuren innerhalb der Zivilgesellschaft eingehen. Dabei beleuchte ich die Beziehungen zu den im Stadtteil sehr präsenten Organisationen: den Runden Tisch Marxloh, das Marxloher Bündnis und den Verein türkischer Geschäftsleute in Duisburg und Umgebung (TIAD)<sup>233</sup>. Diese drei Organisationen stellen Knotenpunkte dar, in denen diverse Akteure zusammenkommen und den Stadtteil gestalten. Diese Personen gehören zu den beteiligten Gruppen beim Moscheebauprojekt und waren auf vielfache Weise von ihm betroffen. Der Abschnitt zeigt, dass über die Verwaltung und die interreligiöse Vernetzung hinaus auch aus anderen Teilen der Zivilgesellschaft vielfältige Unterstützungsleistungen erfolgten.

---

<sup>233</sup> TIAD e.V. ist ein Verein türkischstämmiger Geschäftsleute in Duisburg und Umgebung (s. u.). Da er nicht gewinnorientiert ist, eine Selbstorganisation darstellt und laut Satzung über die Interessen der Unternehmer, das Zusammenleben verschiedener Menschen fördern möchte und kulturelle und soziale Projekte unterstützt (vgl. [HTTPS://TIAD-EV.DE/SATZUNG](https://tiad-ev.de/satzung), letzter Zugriff am 06.07.21), wird er hier als Teil der Zivilgesellschaft aufgefasst.

## Runder Tisch Marxloh (RTM)

Bei dem Runden Tisch Marxloh handelt es sich um einen eingetragenen Verein, der sich um verschiedene stadtteilbezogene Aktivitäten kümmert. „Ziel des RTM e. V. ist es, zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse im Stadtteil Duisburg Marxloh beizutragen“ (Website VDUBV e.V.<sup>234</sup>). Verschiedene Vereine und Einzelpersonen sind Mitglied im Runden Tisch, darunter sind (oder waren) auch die katholische Gemeinde und andere Moscheevereine aus Marxloh. Einzelne Mitglieder können eigene Projekte im Gremium vorstellen und dafür Gelder beantragen.

Die DITIB Gemeinde war seit mehreren Jahren im Runden Tisch vertreten. So war Kaykin Mitglied im Gremium und von 1999 bis 2001 sogar Vorsitzende. Hier zeigt sich wieder die Brückenfunktion, die Frau Kaykin bei der Vernetzung der Moscheegemeinde übernommen hat. Mit der Vertretung im Runden Tisch verfügte die DITIB-Moscheegemeinde über ein Gremium, in dem sie mit anderen Akteuren vernetzt war. Zu nennen sind z. B. die alevitische Gemeinde und die katholische Gemeinde, was zusätzliche Kontakte zwischen den Gemeinden bedeutete und somit eine multiplexe Beziehung zwischen der muslimischen- und der Kirchengemeinde bewirkte. Im Moscheebauprozess konnte durch diese Art der Vernetzung, noch bevor der Begegnungsstätten-Beirat gebildet wurde, die Information über den Moscheebau und die Idee von der Begegnungsstätte an die Stadtgesellschaft herangetragen werden. Der damalige Stadtteilmanager fasst es folgendermaßen in Worte:

„Das Zweite war, dass zu der damaligen Zeit, ich hatte das schon gesagt, Frau Kaykin war Geschäftsführerin oder ist dann Geschäftsführerin geworden und war aber Vorsitzende des Runden Tisches. Das heißt die Gemeinde war auch in der Stadtteilgesellschaft, in der organisierten Stadtteilgesellschaft verankert. Und dadurch haben sich auch sofort die Möglichkeiten ergeben, dieses Projekt dann im Stadtteil gedanklich zu verankern. Es konnte sofort breit diskutiert werden“ (Int. Möller).

Aus den Aussagen wird deutlich, dass die Einbettung in vorhandene Strukturen für die informationsbezogene Legitimierung des Vorhabens in der korporativen Stadt(teil)-gesellschaft außerordentlich hilfreich war, da sie den Informationsfluss erheblich erleichterte. Mit dem Runden Tisch war ein Stamm an Personen, Organisationen und gleichzeitig Multiplikatoren gegeben, dem die Informationen und, wie das Kapitel 6.1.2. gezeigt hat, die Idee hinter dem Bauprojekt zugeführt werden konnte. Der Runde Tisch stellte somit, noch bevor der Begegnungsstätten-Beirat ins Leben gerufen wurde, einen Knotenpunkt für Multiplikatoren dar.

Im Gegensatz zu den Kirchenvertretern waren die Repräsentanten des Runden Tisches nicht im Beirat vertreten und waren an der Planung des Projekts daher weniger beteiligt. Auch gab es keinen Geldtransfer durch den Runden Tisch für das Moscheebauprojekt (vgl. ebd.). Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass für die Finanzierung der Begegnungsstätte Landes- und EU-Gelder zur Verfügung standen und für die Moschee die Spenden primär unter

---

<sup>234</sup> [HTTPS://WWW.VDUBV.DE/B%C3%BCRGERVEREINE/MARXLOH/](https://www.vdubv.de/b%C3%BCRGERVEREINE/MARXLOH/), letzter Zugriff am 23.06.21.

Muslimen eingesammelt worden sind. Außerdem hat es scheinbar innerhalb des Runden Tisches Konflikte hinsichtlich der Finanzierung der Projekte von Migrantenselbstorganisation und insbesondere muslimischen Gemeinden gegeben. So kritisierte z. B. der Sprecher der alevitischen Gemeinde in Marxloh im Sommer des Jahres 2012, dass die Migrantenvereine zu wenig berücksichtigt würden. Auf der anderen Seite unterstellten die Vorsitzenden des Runden Tisches den Migrantenselbstorganisation, sie würden sich nur an den Versammlungen des Gremiums beteiligen, um Gelder für die eigenen Projekte zu bekommen (vgl. WAZ 19.06.12). Inwiefern diese Konfliktlage für das Verhältnis zwischen der DITIB-Gemeinde und dem Runden Tisch galt, lässt sich allerdings nicht sagen. Die sachlich-kühlen Äußerungen der Vertreter des Runden Tisches legen nahe, dass das Verhältnis zwischen ihnen und den Vertretern der Moscheegemeinde eher sachbezogen als freundschaftlich war und ist (vgl. Gespräch Vogel).

Wie es scheint, basierte die Vernetzung zwischen der Moscheegemeinde und dem Runden Tisch vor allem auf dem Engagement von Zülfiye Kaykin. Als diese wegen des intensiven Engagements während des Bauprozesses und danach sich nicht mehr im Gremium engagierte, schwächten sich die Beziehungen ab, wie der damalige Stadtteilmanager berichtete:

„Das war eigentlich immer ein Bestandteil, aber es hing auch da, wie bei deutschen Vereinen ist es ja auch nicht anders, an den Personen. Also in dem Moment, wo Frau Kaykin eigentlich die ganze Kraft für die Moschee, für die Geschäftsführung der Moschee brauchte, der Begegnungsstätte besser gesagt, Moschee war ja nicht ihr Haupttätigkeitsfeld, hat sie sich aus dem Runden Tisch zurückgezogen. Und leider ist dann passiert, dass insgesamt die ganze, der ganze Aufbau, die Gründung des Vereins Begegnungsstätte, das hat so viele Ressourcen bei denen [beansprucht], die haben da einfach die andere Arbeit nicht mehr machen können. Die kommen zwar dann spontan, gestern war der Neujahrsempfang, da kommen die dann auch hin, also sie sind schon eingebunden, aber haben praktisch über den Moscheebau ihr eigenes Netzwerk, den Beirat zum Beispiel, entwickelt“ (Int. Möller).

Die Aussagen korrespondieren mit den Äußerungen der Vertreter des Runden Tisches. Ihr Sprecher bestätigt die Auslastung der damaligen Geschäftsführerin der Begegnungsstätte und der damit verbundenen Abschwächung der Kontakte zum Runden Tisch. Diese Entwicklung zeigt, dass die Vernetzung sehr stark an Einzelpersonen und ihren vorhandenen Kapazitäten hängt. Das Netzwerk wurde nach den Bedürfnissen der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte ausgerichtet und der Austausch und die Unterstützungsleistungen fanden nach der Gründung des Beirats hauptsächlich innerhalb dieses Gremiums statt. Zugleich bleibt der Beziehungsinhalt der Kontaktpflege bestehen, wie der Verweis auf den Besuch des Neujahrsempfangs zeigt. Die Vertreter des Runden Tisches kommen nach wie vor zum Fastenbrechen in die Moschee (vgl. Gespräch Vogel). Auch wenn die Vertreter der Moscheegemeinde nicht mehr regelmäßig im Runden Tisch erschienen sind, wurde bei der Arbeit der Moscheegemeinde auf diesen Kontakten aufgebaut. Unter anderem beteiligten sich die leitenden Personen des RTM an den Gegenprotesten im Zuge des Aufmarsches von Rechtsradikalen vor der Moschee (vgl. Gespräch

Vogel). Ein Beispiel, das neue Kooperationsfelder veranschaulicht, die sich durch das Bestehen der Moschee ergeben haben, ist ein Fest im Herbst 2011, bei dem einzelne Vertreter des Runden Tisches bei der Organisation z. B. der Sicherung des Parkplatzes an der Moschee halfen (vgl. WAZ 13.11.11, Gespräch Vogel). Ein Hauptbeweggrund für diese Unterstützung war der Wille, einen Beitrag zur Attraktivität des Stadtteils zu leisten, und in dem Fest, das Personen von außerhalb anzog, wurde eine Möglichkeit dafür gesehen. Zugleich veranschaulicht dieses Beispiel, dass neue Kooperationsfelder neue Konfliktfelder entstehen ließen. So gab es Meinungsverschiedenheiten über den Umgang mit den Massen von Besuchern und Autos, so dass sich die Vertreter des Runden Tisch entschieden, sich nicht mehr an den Festen zu beteiligen (vgl. Gespräch Vogel). Neben der Auslastung von Frau Kaykin und den nicht aufgearbeiteten Konflikten gibt der Sprecher zudem organisatorische und personelle Umstrukturierungen im Jahr 2012 als Grund für die Abschwächung der Kontakte zwischen Moscheegemeinde und dem Runden Tisch an. Zugleich geht aus den Aussagen des Vorsitzenden des Runden Tisches hervor, dass von Seiten des Runden Tisches ein starker Kooperationswunsch vorhanden war. Mit dem Ausbau des sozialen Angebotes des Runden Tisches (Jugendarbeit, Behindertenhilfe) bemühte sich dieser, diverse Akteure aus dem Stadtteil in die Arbeit einzubinden. In der DITIB-Gemeinde wird ein potenzieller und wertvoller Partner gesehen, über welchen man eine Vielzahl von Migranten erreichen könne (vgl. Gespräch Vogel). Es lässt sich also resümieren, dass Kooperationswunsch und -realität zum Zeitpunkt des Gesprächs (2014) aufgrund des genannten Konflikts und der Ablenkung durch die internen Umstrukturierungen nicht miteinander übereinstimmten.

### **Marxloher Bündnis**

In der Marxloher Zivilgesellschaft sticht vor allem das Marxloher Bündnis hervor. Es kann konstatiert werden, dass das Bündnis mit diesem Namen und Selbstverständnis indirekt durch den Bau der Merkez-Moschee entstanden ist, da die Proteste der Neonazis 2005 gegen den Bau der Moschee gerichtet waren und das Bündnis eine Reaktion darauf gewesen ist. Bei dem ersten Protest sind Einzelpersonen aus verschiedenen muslimischen Gemeinden beteiligt gewesen. Zudem gab es Proteste des Bündnisses gegen eine den Äußerungen von Beteiligten nach unsachliche Berichterstattung durch das ZDF über Marxloh (vgl. z. B. DIE ZEIT 20.10.05). An diesen Protesten beteiligte sich auch Zülfiye Kaykin als Mitglied der Moscheegemeinde, indem sie kritische Stellungnahmen in verschiedenen Zeitungsartikeln (vgl. ebd.) veröffentlichte.

Die Sprecherin des Bündnisses war und ist Sarah Wordelmann, die die Aktionen maßgeblich koordiniert hat. Sie lebt in direkter Nachbarschaft der Moschee und pflegt ein freundschaftliches Verhältnis zu verschiedenen Gemeindemitgliedern (vgl. Gespräch Wordelmann).

Das Bündnis revitalisierte sich 2010 als es den Sternenmarsch von Rechtsradikalen in Marxloh gab (vgl. Int. Möller, Gespräch Wordelmann), um dagegen zu protestieren und Fürsprache für die Moscheegemeinde zu halten. Bei diesem Anlass hat sich das Bündnis für die Moschee und die Zugehörigkeit der Moscheegemeinde zur Stadt und zum Stadtteil

ausgesprochen und das Bauprojekt damit öffentlich unterstützt.<sup>235</sup> Die neuen Räumlichkeiten in der Moschee und der Begegnungsstätte wurden vom Marxloher Bündnis genutzt, um Planungstreffen und Pressekonferenzen dort zu organisieren (vgl. Gespräch Wordelmann).

Aus dem geschilderten Beispiel wird deutlich, dass auf der Grundlage von vorhandenen Strukturen und Vernetzung eine Mobilisierung für die Unterstützung im Sinne einer kollektiven Fürsprache für die Moschee und die Moscheegemeinde entstehen konnte. Diese Unterstützung ist aus einer kollektiven Verantwortung für den Stadtteil, der Gleichwertigkeit von Menschen und der Ablehnung von rechtsradikalen Gruppen erwachsen. Zusätzlich scheint es, dass das freundschaftliche Verhältnis einiger Gemeindemitglieder zur Sprecherin des Bündnisses Wordelmann ein zusätzlicher Ansporn gewesen war, sich konkret für die Moscheegemeinde zu engagieren (ebd.).

Da das Bündnis den Gegenprotest gegen das Auftreten von rechtsradikalen Gruppen erfolgreich durchgeführt hat – es gab mehr Gegendemonstranten als Teilnehmer des Aufmarsches und letztere haben es 2010 nicht geschafft, bis zur Moschee vorzurücken –, kann davon ausgegangen werden, dass der Moscheebau, der der Grund für den rechtsradikalen Aufmarsch in Marxloh war, insgesamt sich positiv auf den Zusammenhalt des zivilgesellschaftlichen Bündnisses ausgewirkt hat. Zudem wurde die Zusammenarbeit zwischen der Moscheegemeinde und dem restlichen Bündnis hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit und Organisation als zufriedenstellend erlebt (vgl. Int. Acar, Gespräch Wordelmann). Die Gegenproteste gegen die Neonazis haben dem Vorstand und den Mitgliedern der muslimischen Gemeinde gezeigt, dass sie durch die Akteure im Stadtteil auch in schwierigen Zeiten unterstützt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieser Schritt die emotionale Verbindung zwischen der Moscheegemeinde und anderen Akteuren des Stadtteils, die sich am Bündnis beteiligen, gestärkt hat.

Da ein Großteil der Unterstützung v. a. durch öffentliche Stellungnahmen im Namen des Marxloher Bündnisses durch die Person Wordelmann erfolgte, sei an dieser Stelle kurz auf das Verhältnis zwischen ihr und der DITIB-Moscheegemeinde eingegangen. Sie steht beispielhaft für jemanden, bei dem die enge Verbindung zur Gemeinde aus dem nachbarschaftlichen sozialen Gefüge heraus entstanden ist:

„In der Vergangenheit, dadurch dass wir alle im Stadtteil leben und ich bin hier aufgewachsen, ich war nie irgendwo anders, also ein großer Teil der Aktivisten der Gemeinde sind alte Schulkameraden von mir, sind Nachbarn von mir. [...] Der Kontakt zur Gemeinde, wie gesagt, das ist nicht weit von meinem Haus entfernt. Wir sind auf den Kermes-Veranstaltungen, wir sind zum Iftar eingeladen, ein Vorstandsmitglied wohnt direkt neben mir, da gibt Über-Gartenzaungespräch. [...] Für meine Person, ich

---

<sup>235</sup> Die Motivationsgrundlage für das Engagement war die entschlossene Ablehnung rechtsradikaler Gruppierungen und ihres Gedankenguts und das Anliegen, Widerstand dagegen zu leisten, wie aus dem Aufruf ersichtlich wird: „Ausgangspunkt des Aufrufes zur Reaktivierung des Marxloher Bündnis sind die menschenverachtenden Parolen der rechtsextremen Gruppen, die sich gegen das Zusammenleben von Menschen vieler Nationen in unserem Stadtteil wenden. Denn was anderes heißt die Parole von PRO-NRW ‚Abendland in Christenhand‘ und der NPD ‚Niemand deutsches Land in Moslem-Hand‘ als eine **Aufforderung zur Vertreibung**. Wie sollen sich die 60% unserer Mitbürger mit Migrationshintergrund bei solchen Provokationen fühlen? Hier wird Menschenrecht mit Füßen getreten und man mag es fast kaum glauben, dass solcher Ungeist nach den traumatischen Erfahrungen der Nazizeit noch in irgendwelchen Köpfen Platz hat.“ (Website Marxloher Bündnis, Herv. i. Orig., WWW.MARXLOHER-BUENDNIS.DE, letzter Zugriff am 12.12.13).



habe diesen Moscheebau all die Jahre begleitet dadurch, dass ich hier wohne. Habe mich aktiv eingesetzt für den Bau der Moschee [...]“ (Gespräch Wordelmann).

Die Aussagen der Sprecherin verweisen auf persönliche Bekanntschaften zwischen Personen aus der Moscheegemeinde und ihren deutschen Nachbarn. Anfangs wurde bereits kurz angesprochen, dass Schulen wichtige Kontaktzonen zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Kindern sind; dies gilt auch für Sprecherin des Bündnisses, deren Kontakte zur Moscheegemeinde auf die Schulzeit zurückgehen. Für die ältere Generation, zu die ehemalige Ratsfrau Henrichs gehört, die in den frühen 1940er Jahren geboren wurde, trifft dies nicht zu, da es in ihrem Schulalltag noch keine oder nur wenige Schüler mit Migrationshintergrund gab. Es zeigte sich, dass sie im Stadtteil vernetzt ist und die Gemeindemitglieder ebenfalls schon vor dem Moscheebauprojekt kannte, jedoch keine schulkameradschaftlichen Bekanntschaften und Freundschaften zu gleichaltrigen Gemeindemitgliedern unterhielt. Dies erklärt auch die stärkere Vernetzung der jüngeren Gemeindemitglieder (Özlem, Kaykin etc.) und bestätigt den Generationenwandel in den Vorständen der Moscheegemeinden als einen Faktor für die zunehmende Vernetzung der Moscheegemeinden. Neben ihrem allgemeinen Engagement für den Stadtteil waren es die räumliche Nähe und die persönlichen Bekanntschaften, die bewirkt haben, dass Wordelmann zum unterstützenden Teil des Moscheebauprojekts geworden ist.<sup>236</sup> Nachdem der Moscheekomplex errichtet worden war, haben sie und ihr Mann dabei geholfen, die Besucherströme durch die Moschee zu führen (Gespräch Wordelmann).

Auf die Frage, inwiefern der Moscheebau einen Einfluss auf die Beziehung zwischen ihr und der Moscheegemeinde hatte, antwortete sie Folgendes:

„Also ich wohne direkt neben der Moschee, und von daher war da immer Kontakt, auf privater und hinterher, als da so eine Riesenmoschee draus wurde, auch auf gesellschaftspolitischer Ebene, wenn man so will. Und jetzt ist es im Moment ja sehr ruhig. Wir gehen zu den Kermesveranstaltungen, da treffen wir Nachbarn, aber das ist alles eher im privaten Bereich, weil jetzt ist zum Glück alles ruhig [lacht] (Gespräch Wordelmann).“

Die von der Interviewpartnerin angesprochene gesellschaftspolitische Ebene betrifft ihr öffentliches Engagement im Rahmen des Marxloher Bündnisses (s. o.) und zeigt, wie sehr das Moscheebauprojekt auch Nichtgemeindemitglieder involvierte bzw. aktivierte und wie aus einer nachbarschaftlichen Beziehung eine öffentlich präsente Vernetzung diverser Akteure geworden ist. Längerfristig scheint sich die freundschaftliche bzw. nachbarschaftliche Beziehung nicht verändert zu haben, wie dem Interview mit Wordelmann zu entnehmen ist:

„Das ist ja so. Von vielen DITIB-Leuten, die in der Gemeinde Mitglied sind, werden wir da schon immer als Gemeindemitglied subsumiert. Also ich bin da im E-Mail-Verteiler, im SMS-Verteiler, wenn Beerdigungen sind, wenn es in der direkten

---

<sup>236</sup> Das Zitat unterstreicht die Kontakthypothese, die besagt, dass räumliche Nähe und häufiger Kontakt zum Abbau von Vorurteilen und freundschaftlichen Beziehungen führen kann (vgl. Allport 1991).

Nachbarschaft ist, werde ich mit rübergeschürt und das hat sich durch den Moscheebau nicht verändert“ (Gespräch Wordelmann).

Durch den Informationsfluss hat Wordelmann potenziell Zugang zu Informationen über Ereignisse und Veranstaltungen wie z. B. Beerdigungen, was über öffentliche Vernetzungsveranstaltungen wie das gemeinsame Fastenbrechen hinausgeht und zeigt, wie über die Nutzung moderner Kommunikationsmedien die Einbindung von nichtmuslimischen Nachbarn aussehen kann. Die umstrittene Totenfeier für Alparslan Türkeş hat sie verärgert, doch zeigte sie sich wohlwollend gegenüber den Erklärungen der Vorstandsmitglieder, die darauf verwiesen, dass die DITIB-Zentrale die Veranstaltung befürwortete und stattfinden lassen wollte unter der Bedingung, dass keine politische Symbolik gezeigt würde. Dies ist vermutlich auch durch die privaten Bekanntschaften und Sympathien bestärkt worden.

### **Verein türkischstämmiger Geschäftsleute in Duisburg und Umgebung e.V. (TIAD)**

Ein stark vernetzter und vor allem für die Bevölkerung Marxlohs und Duisburgs mit Migrationshintergrund bedeutender Verein ist der Verein türkischstämmiger Geschäftsleute in Duisburg und Umgebung e.V. (TIAD). TIAD, der als Interessenvertretung primär von Geschäftsleuten mit türkischem Migrationshintergrund in Duisburg und Umgebung fungiert, wurde 1996 gegründet, besteht aus ca. 65 Mitgliedern und hat seinen Sitz in Marxloh.

Die Vernetzung besteht primär durch Mitgliederüberschneidung, private Bekanntschaften und gemeinsame Veranstaltungen. Da einige Mitglieder der DITIB-Moscheegemeinde selbständige Geschäftsleute sind, fühlen sie sich auch vom TIAD vertreten und sind dort Mitglied. Beispiele dafür sind der damalige Gemeindevorsitzende Kaya und der Vorsitzende der Begegnungsstätte Komsucuk.<sup>237</sup> An der Mitgliederüberschneidung mit dem TIAD, die vor allem aus Gemeindemitgliedern der zweiten Generation besteht, zeigt sich, dass die Vernetzung der Moscheegemeinde durch den demografischen Wandel zugenommen hat.

Der Vorsitzende des TIADS, der selbst in einer anderen Moscheegemeinde Mitglied ist, berichtet im Interview, dass es zwar fast keine Überschneidungspunkte in den Tätigkeitsfeldern gäbe, da die Moscheegemeinde primär religiöse und TIAD wirtschaftliche Interessen verfolge. Doch durch die räumliche Nähe und die Mitgliederüberschneidung gäbe es einen kontinuierlichen Informationsfluss über die Ereignisse in der Moschee und der Begegnungsstätte. TIAD feiert alljährlich das Fastenbrechen in den Räumlichkeiten der Begegnungsstätte zusammen mit der Moscheegemeinde. Außerdem wird der Verein jedes Jahr zum Neujahrsempfang eingeladen. Andersherum lädt auch der TIAD sowohl die Vertreter der Begegnungsstätte als auch der Moscheegemeinde ein, wenn er öffentliche Veranstaltungen organisiert (vgl. Gespräch Akgün). Der TIAD vereint sowohl religiöse als auch nichtreligiöse Mitglieder, und die muslimischen Mitglieder sind an unterschiedliche Moscheevereine angebunden. Deswegen bemüht sich der Verein, sich allen Moscheen gegenüber gleich zu verhalten.

---

<sup>237</sup>Murat Kaya ist Steuerberater und leitet einen Lohnsteuerhilfsverein (ALB Lohnsteuerhilfe e.V.) und Ismail Komsucuk war Geschäftsführer von T.C. Schweißtechnik GmbH.

Grundsätzlich, konstatiert der Interviewpartner, seien die Verbindungen zu allen Moscheegemeinden im Stadtteil ähnlich. In der Praxis scheint jedoch der Kontakt zur DITIB-Gemeinde stärker zu sein als zu den anderen Moscheegemeinden, was auf ihre Größe und das neue Moscheegebäude zurückgeführt wird (vgl. Gespräch Akgün).<sup>238</sup> Die Größe und die Prominenz sind wiederkehrende Elemente in den Stellungnahmen und Interviews mit TIAD-Akteuren (Gespräch Akgün), was sowohl die Haltung gegenüber der Moscheegemeinde als auch die Vernetzung mit der Moscheegemeinde positiv zu beeinflussen scheint. Die oben genannte Bemühung, alle Vereine und alle Moscheegemeinden gleich zu behandeln, zeigt sich vor allem an der Förderungspraxis. Der Vorsitzende betont, dass der TIAD „keiner Moscheegemeinde verpflichtet“ sei und dass keine Spenden an Moscheevereine flössen. Somit habe es für den Moscheebau laut Aussagen des TIAD-Vorsitzenden keine Unterstützung finanzieller Art gegeben.<sup>239</sup> Durch die Bündelung der Geschäftsleute mit türkischem Migrationshintergrund gibt es allerdings die Möglichkeit, dass Anfragen nach Spenden oder andere Unterstützung an die Geschäftsleute weitergeleitet werden und somit ein großer Pool an Unterstützern angesprochen werden kann (vgl. Gespräch Akgün).

An dem Beispiel des TIAD wird Folgendes hinsichtlich der Vernetzung und Unterstützung deutlich: Eine Organisation, die sich hinsichtlich der politischen und/oder religiösen Überzeugungen und Zugehörigkeiten heterogen zusammensetzt, muss auf Neutralität der Organisation gegenüber den Moscheevereinen achten, damit es nicht zu internen Konflikten kommt. Allerdings beteiligte sich, nachdem der Moscheekomplex errichtet worden war, der TIAD finanziell an einigen Veranstaltungen der Begegnungsstätte und Moschee, wie z. B. dem Kinderfest im Jahr 2013. Dort war der TIAD mit einem Stand präsent und verteilte Luftballons und T-Shirts an die Besucher und nutzte dies als Werbemöglichkeit für den Verein (vgl. Gespräch Akgün).

Durch die häufigeren und größeren Veranstaltungen im und um den Moscheekomplex ergab sich ein größerer Bedarf an finanziellen Ressourcen, der durch die einzelnen Geschäftsleute teilweise gedeckt wird. Auf einem Plakat, das ein Gemeindefest in der Merkez-Moschee bewirbt, wird von Handyshops über Restaurants bis hin zu einem Textilienhändler geworben und werden 21 Unternehmen von Geschäftsleuten mit türkischem Migrationshintergrund angeführt, was auf einen Ressourcentransfer zwischen den Akteuren hinweist.

Diese Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zeigt, dass im Moscheebauprojekt auf vorhandenen Strukturen aufgebaut werden konnte. Dies umfasst sowohl die Informierung der korporativen Stadtteilgesellschaft in bestehenden Gremien, was die kognitive informationsbezogene Legitimität betrifft, als auch die Organisierung des Widerstands gegen rechtsradikale Proteste, was v. a. von grenzübergreifenden Narrativen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen geprägt war) und die moralische Legitimität des Bauprojekts unterstrichen hat. Es zeigt sich, dass der rechtsradikale Protest, der die Legitimität von Moscheebauprojekten und

---

<sup>238</sup> Ein zusätzlicher Grund kann die türkische Prägung der Moscheegemeinde sein.

<sup>239</sup> Da der Interviewpartner während der Planungs- und Bauzeit der Moschee nicht Vorsitzender gewesen war, konnte er nicht mit Sicherheit sagen, dass kein Geld gespendet worden ist. Er gab jedoch zu verstehen, dass er nichts davon zu hören bekommen habe und dass er dies für unwahrscheinlich halte.

die Präsenz von Muslimen in Deutschland allgemein bestritt, zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Bündnisses beigetragen hat. Über den TIAD, mit dem es eine Mitgliederüberschneidung gab und gibt, wurde der Transfer von Geld organisiert und anschließend wurde die Infrastruktur für Festlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die Existenz des neuen Moscheekomplexes mitsamt der Begegnungsstätte hat zum Teil zu einer Intensivierung der Vernetzung zwischen der Moscheegemeinde und den zivilgesellschaftlichen Akteuren beigetragen, da neue Betätigungsfelder wie Feste und andere Veranstaltungen entstanden sind. Beim Runden Tisch Marxloh zeigte sich jedoch, dass sich die Vernetzung im Sinne der Mitarbeit im Gremium durch das Moscheebauprojekt abschwächen kann, was zum einen an der Auslastung von Frau Kaykin lag. Zum anderen ist durch den Beirat ein neues Gremium entstanden. Der Stadtteilmoderator beschreibt es als „eigenes Netzwerk“ (s. o.), was ebenfalls die Kapazitäten der Moscheegemeinde bindet und zudem besser zur Nutzungsmöglichkeit der Begegnungsstätte passt.

### **Beziehung zu anderen Moscheegemeinden und der DITIB-Zentrale**

Als letztes werde ich die Beziehung zwischen der Marxloher DITIB-Gemeinde und der DITIB-Zentrale in Köln beleuchten. Wie anfangs erwähnt, gehört die Moscheegemeinde zum DITIB-Dachverband und ist damit über verschiedene Beziehungsinhalte mit der Zentrale verbunden. An dieser Stelle soll untersucht werden, welchen Einfluss die DITIB-Zugehörigkeit im Moscheebauprojekt gespielt und wie das Projekt die Beziehungen zwischen der Moscheegemeinde und der Zentrale geprägt hat. Wie in Kapitel 2.3 dargestellt wurde, bildet die DITIB ein Netzwerk mit über 800 Moscheegemeinden in Deutschland und weiteren Moscheegemeinden in anderen europäischen Ländern. Durch dieses Netzwerk standen der Moscheegemeinde eine Vielzahl von anderen muslimischen Gemeinden zur Verfügung, die sie um Unterstützung fragen konnte. Dies war, wie bereits oben gezeigt, zum einen der Wissenstransfer von der Gladbecker DITIB-Gemeinde, die schon in den 90er Jahren Erfahrung mit einem Moscheebauprojekt gemacht hatte und ihre Ideen zur Schaffung von Transparenz (Informationscontainer, kognitive Legitimität) an die Marxloher Gemeinde vermitteln konnte.

Zum anderen kamen viele Spenden von anderen Moscheegemeinden (Sammel Spenden) und Einzelpersonen vor allem aus DITIB-Gemeinden für den Moscheebau in Marxloh. Über das Spendensammeln führte der damalige Vorstandsvorsitzende Folgendes aus:

„Die Gemeinde, ja, sagen wir mal die erste Generation, die 60-, 70-jährigen, die sich dann aufgemacht haben, um Spenden zu sammeln, ja, die andere Gemeinden besucht haben für eine Kollekte, die dann Gemeindemitglieder abgegrast haben, um für die Moschee Geld zu sammeln, die geben ihnen im Grunde auch Kraft, wenn die sich samstags dann getroffen haben und samstags und sonntags, weiß ich nicht, nach Frankfurt gefahren sind, nach Belgien, nach Holland, nach München, nach Österreich oder auch in umliegende Städte, eben Stadtteile abgrasen waren und für die Moschee Spendengelder zu sammeln, die haben einem eigentlich sehr viel Kraft gegeben [...] Ja ja, also zu den DITIB-Gemeinden sind die hingefahren und haben dort eben freitags für

mit Kollekte gesammelt und so für unseren Bau oder auch Stadtteile abgegrast, wo eben mehrheitlich oder türkische Mitbürger wohnten, um da eben bei den Leuten für den Bau zu sammeln“ (Int. Özlem).

Die Aussagen des Interviewpartners verweisen zum einen auf die interne Mobilisierung, das große Engagement vor allem der älteren Gemeindemitglieder, was den Vorstand damals in seiner offensichtlich strapazierenden Arbeit stärkte und, zum anderen, der Unterstützung durch Muslime aus anderen Gemeinden. Wie man sieht, war das muslimische finanzielle Unterstützungsnetzwerk stadt- und sogar landübergreifend. Das ehemalige Vorstandsmitglied Dersin gibt an, dass durch das Spendensammeln zeitweise ca. 20.000 Euro monatlich zusammengekommen sind. Ein Teil der Gemeinden kannten die Marxloher Gemeindemitglieder aus dachverbandsinternen Zusammenkünften, ein anderer Teil wurde während des Moscheebauprojekts zum ersten Mal kontaktiert. Offensichtlich besteht zwischen den Moscheegemeinden eine Solidargemeinschaft auf der Grundlage der DITIB-Zugehörigkeit, innerhalb derer Unterstützungsleistungen für besondere Investitionen der einzelnen Gemeinden mobilisiert werden können. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass eine gemeinsam geteilte Identität bzw. Kategorie der Zugehörigkeit und gemeinsame Strukturen in einem Dachverband gegenseitige Unterstützung ermöglichen bzw. vereinfachen, auch wenn es vorher keine direkten Kontakte zwischen Geber und Empfänger der Unterstützungsleistungen gegeben hat. Für einen Transfer von Geld und Gütern an die Marxloher DITIB-Gemeinde durch die DITIB-Zentrale gibt es keine Hinweise.

Trotz der geschilderten Unterstützungsleistungen durch den Dachverband an die Moscheegemeinden im Rahmen von Bauprojekten wird durch manche Interviewpartner ein Bild vermittelt von einer eher störend intervenierenden Zentrale. Auf die Frage nach Unterstützung durch den Dachverband wurde diese von dem ehemaligen Vorsitzenden Özlem als gering eingeschätzt. Wie in allen Moscheebauprojekten hat der Vorstand der Moscheegemeinde mit dem Dachverband Rücksprache gehalten und sich über das Bauprojekt und die Idee einer integrierten Begegnungsstätte beraten. Dersin berichtet, dass die Dachverbandsvertreter häufiger als sonst die Moscheegemeinde aufgesucht hätten, um sich über den Verlauf des Bauprozesses zu informieren und den Bauherrn zu beraten (Int. Dersin). Die Verbindung zur DITIB-Zentrale zeigte sich nicht zuletzt während der Begleitveranstaltungen wie z. B. der Eröffnungsveranstaltung, zu der der damalige Präsident von Diyanet, Ali Bardakoğlu, gekommen ist, mit affirmativen Redebeiträgen an dem öffentlichkeitswirksamen Ereignis beteiligt war.

Wie bei der DITIB üblich, gehören das Grundstück und der Moscheekomplex offiziell zur Zentrale. Diesbezüglich gab es keine Veränderung, da das Grundstück schon vor dem Moscheebauprojekt in den 1990er Jahren gekauft worden und der DITIB überführt worden war, womit die Abhängigkeit potenziell gestiegen war, da die Zentrale den lokalen Vereinen die Räumlichkeiten kündigen kann. Durch die Nutzungsvereinbarung wird der Rahmen für die Nutzung des Gebäudes vorgegeben und somit eine Kontrolle durch den Dachverband gewährleistet. Der Dachverband hat zudem über die Steuerungsgruppe Einfluss auf die Ausrichtung der Begegnungsstätte. Der Einfluss der Zentrale auf die Begegnungsstätte und die Moscheegemeinde bedeutete ein Aushandlungs- und Konfliktfeld. Grundsätzlich wurde die Idee der

öffentlich ausgerichteten Begegnungsstätte vom Dachverband befürwortet. Allerdings zeigten sich einige Brüche mit dem Dachverband nach der Einweihung des Moscheekomplexes.

Nachdem der Moscheebauprozess noch durch die Präsenz der Vertreter der DITIB-Zentrale auf den Bau rahmenden Veranstaltungen begleitet worden war (s. o.) und somit das Moscheebauprojekt als ein Projekt der DITIB-Zentrale markiert werden konnte, schien die Verbindung nach der Einweihung verloren gegangen zu sein. Nach Aussagen verschiedener Interviewpartner bedauerte die Zentrale, trotz der institutionellen Sicherung des Einflusses (s. o.), einen Kontrollverlust und versuchte den Einfluss durch die Eingliederung der Begegnungsstätte in die Strukturen des DITIB-Dachverbands zu stärken. Wie zu sehen ist, führten der Moscheebau und die Existenz der Begegnungsstätte, verbunden mit unterschiedlichen Vorstellungen über die Offenheit der Moschee und der Arbeit der Begegnungsstätte, zu Konfliktthemen zwischen Moscheegemeinde und Dachverband.

Im Rahmen von Moscheebauprojekten wird häufig von finanzieller Unterstützung durch die Dachverbände und das Ausland und einer anschließenden Abhängigkeit und einer Verpflichtung zur Loyalität der Moscheegemeinde gegenüber den Spendern gesprochen. Ferner ist festzustellen, dass die Richtung des Wissenstransfers umgedreht wurde: So wurde die Moscheegemeinde in Marxloh aufgrund ihres friedlich abgelaufenen Moscheebauprojekts von der Zentrale, die selbst dabei war, ihre Moschee in Köln Ehrenfeld zu errichten und dabei massiven Widerstand erfuhr, angefragt und gebeten, den Baubeauftragten in Köln zu beraten. Danach führen die damalige Geschäftsführerin der Begegnungsstätte Kaykin und der Bauleiter Dersin regelmäßig nach Köln und berieten den Baubeauftragten und andere Verantwortliche v. a. hinsichtlich der Beteiligung der Stadtteilbevölkerung, Transparenz und technischer Angelegenheiten (vgl. Int. Acar, Int. Dersin). Aus dem Interview mit Dersin wird ersichtlich, dass ein Interesse von der Zentrale an dem Know-how bestand, das im Rahmen des Moscheebauprojekts in Marxloh gesammelt worden war.

Hinsichtlich der Vernetzung mit dem Dachverband zeigt sich, dass die Moscheegemeinde auf ein Solidarnetzwerk für den Transfer von Geld zurückgreifen konnte. Die Vernetzung mit der DITIB-Zentrale durch übergeordnete Organisationsstrukturen führte jedoch zu Versuchen, über manche Personen aus der Moscheegemeinde stärker Einfluss auf die Arbeit in der Begegnungsstätte zu nehmen, was zu einer allgemeinen Kritik geführt hat und die Einflusslegitimität der korporativen Stadtgesellschaft zu schwächen drohte.

Bezüglich der Vernetzung mit anderen Moscheevereinen aus dem Stadtteil ist festzustellen, dass die Kontakte sich teilweise verstärkt haben. Vor allem die religiöse Infrastruktur in der Moschee hatte einen verstärkenden Einfluss auf die Vernetzung der Moscheegemeinde. So zelebrierten z. B. externe Muslime und andere Moscheegemeinden Totenmessen in der Merkez-Moschee. Für die DITIB-Moscheegemeinde ergab sich dadurch eine neue Einnahmequelle.

Die Begegnungsstätte rekrutiert auch Muslime aus anderen, DITIB unabhängigen Gemeinden, wie das Beispiel von Frau Yardim zeigt, die das Projekt „Engel ist Melek“ koordiniert und Mitglied in einer VIKZ-Gemeinde ist. Allerdings ist dies als eine generelle Konsolidierung der islamischen Verbandsstruktur in Deutschland und die Überwindung von den noch in den

1980er Jahren bestehenden Konfliktlinien zu verstehen, wie in der Aussage von Özlem an-  
klingt:

„Auch eine Öffnung. Ich mein, dass auch die, das ist ja mittlerweile auch schon abge-  
klungen [die Konflikte zwischen den Dachverbänden]. Früher war das, früher war das  
schärfer getrennt, ja, die Millî Görüş und DITIB und VIKZ, aber mittlerweile ist da  
auch so ne (---) sanftere Begegnung möglich, und ich denke, dass auch in diesem  
Punkte die Begegnungsstätte sich gut geöffnet hat“ (Int. Özlem).

Die Begegnungsstätte baut also auf der Entwicklung der letzten Jahrzehnte auf und bietet Mög-  
lichkeiten für innermuslimische Kontakte. Die Führungen in der Moschee durch junge, enga-  
gierte Muslime bewirken zudem eine wichtige Vernetzung zwischen der DITIB-Gemeinde und  
andere Muslimen.

### **Allgemeine Einschätzung durch die Vertreter der Moscheegemeinde**

Es zeigt sich, dass die Vertreter der Moscheegemeinde die Vernetzung der Moscheegemeinde  
als positiv für das Moscheebauprojekt beurteilten und einen deutlichen Wandel der Vernetzung  
durch das Moscheebauprojekt feststellen. Der ehemalige Moscheevereinsvorsitzende Kaya  
kam dem Moscheebauprojekt zugute, dass die Moscheegemeinde sich bereits Jahre vor der  
Ankündigung, eine Moschee errichten zu wollen, mit Teilen der Stadtgesellschaft in Kontakt  
befunden hat (Int. Kaya). Der andere ehemalige Moscheevereinsvorsitzende Özlem konstatiert,  
dass sich durch die zuvor vorhandenen Kontakte ein Vertrauensverhältnis insbesondere zur Ver-  
waltung etablieren und eine Grundlage für ein niedrigschwelliges Aufeinanderzugehen entste-  
hen konnte. Er fasst es folgendermaßen in Worte:

„Ich mein, das ist genauso}, wie wenn wir uns lange kennen würden, würde ich mich  
mit ihnen zu jeder Zeit wieder irgendwo hinsetzen, brauchen wir nicht lange drum  
herum reden, man kennt sich, man setzt sich hin, man kann gut miteinander in Aus-  
tausch gehen und das wäre anders, wenn wir uns nicht kennen, das ist in diesem Fall  
{lacht} jetzt zwar auch anders gelaufen, aber Sie rufen eben an, Sie möchten sich mal  
zusammensetzen, wofür? Warum, wieso, was wollen Sie? Das sind eben so Sachen,  
die dann eben wegfallen, das Vertrauen war da, das hat unheimlich für einen Vertrau-  
ensvorschub gesorgt, das man im Grunde lange Jahre zuvor miteinander gearbeitet  
hatte (Int. Özlem).

Laut den Gemeindemitgliedern veränderte sich die Vernetzung der Moscheegemeinde zur so-  
zialen Umwelt v.a. dadurch, dass durch die Angebotsvielfalt in der Begegnungsstätte eine Viel-  
zahl an neuen Themen hinzugekommen ist, die z.B. mit der Stadtverwaltung behandelt werden.  
Damit ist auch verbunden, dass Kontakte zu neuen Akteuren entstanden sind:

„[...], man hat ja viel mehr Kontakte, Anknüpfungspunkte, Projektpartner als vorher.  
Vorher waren das eben wirklich nur die katholische, evangelische Kirche vor Ort,

punktuell, mit anderen, jetzt hat man Projekte mit dem Krankenhaus, wo man das Krankenhauspersonal schult in der Bildungs- und Begegnungsstätte in Bezug auf interkulturelle Akzeptanz, Kompetenzen, oder auch andere Partner, wo man regelmäßig mit zusammenarbeitet (Int. Özlem).

Es gab also eine Ausweitung sowohl der Beziehungsinhalte als auch der Akteure im Netzwerk der Moscheegemeinde. Durch die verschiedenen Angebote und die angekündigte Öffnung kamen diverse Akteure und dockten mit ihrer Arbeit an den Strukturen an. Dies wird durch das damalige Vorstandsmitglied des Moscheevereins bestätigt:

„Weil was mich ja am Anfang so ein bisschen gewundert hat, war, kaum haben wir uns geöffnet, waren ja alle da. Die, die katholische Kirche, evangelische Kirche, die baut ja keine Mauern gegenüber muslimischen Einrichtungen, die wollen zusammenarbeiten, die wollen mitmachen, also die wollen ja Gemeinsames leisten. Auch die anderen städtischen Einrichtungen, die waren ja bereit, zusammenzuarbeiten“ (Int. Dersin).

Hier zeigt sich, korrespondierend mit dem Integrationskonzept, das die Zusammenarbeit mit MSO's befürwortet, eine offensichtlich große Bereitschaft der korporativen Stadtgesellschaft unter bestimmten Bedingungen, die in dem Fall gegeben waren (Bekanntheit mit den Vorständen, guter Ruf, Engagement der Moscheegemeinde, keine Islamismusvorwürfe), mit Moscheegemeinden zu kooperieren.

## **6.7 Entwicklung nach der Moscheeeröffnung und die Aufrechterhaltung von Legitimität**

Um das Phänomen des Moscheebaus in seinen Implikationen für die Beziehungen der muslimischen Gemeinden zu ihrer Umwelt und die nachhaltige Legitimität des Bauvorhabens der Moschee zu verstehen, ist es hilfreich, einen Blick auf die Situation nach der Einweihung der Moschee zu richten. Es wird untersucht, welche zivilgesellschaftlichen Potenziale der bestehende Moscheekomplex bietet und welche Herausforderungen mit der Unterhaltung einer repräsentativen Moschee für die Moscheegemeinde verbunden sind. In diesem Zusammenhang ist danach zu fragen, inwiefern die Begegnungsstätte und die Moscheegemeinde den Erwartungen der sozialen Umwelt nachgekommen sind. Die Ausführungen in Kapitel 6.2 haben gezeigt, dass das Moscheebauprojekt ohne einen manifesten Konflikt geplant und durchgeführt werden konnte. Übereinstimmend mit den Ausführungen von Suchman (1995), wonach ein Legitimierungsprozess die Aufmerksamkeit der sozialen Umwelt auf die entsprechende Organisation lenkt, ist die muslimische Gemeinde stark in den Fokus der Öffentlichkeit getreten und, wie der vorliegende Abschnitt zeigen wird, geblieben (vgl. dazu auch Brighenti 2007). Zur besonderen Situation trug die Tatsache bei, dass der Moscheeverein mit der Entscheidung, das Moscheebauprojekt mitzufinanzieren, die Verpflichtung eingegangen war, die Förderkriterien umzusetzen, z. B. die Räumlichkeiten für die zahlreichen Angebote der Begegnungsstätte und damit Teile des Moscheekomplexes für die Öffentlichkeit offen zu halten.



In diesem Abschnitt geht es darum, die Entwicklungen über einige Jahre nach der Einweihung des Moscheekomplexes (Ende 2008 – Ende 2013) zu betrachten und die Arbeit der muslimischen Gemeinde sowie der Begegnungsstätte zu beschreiben und mit den Erwartungen der sozialen Umwelt abzugleichen.

### **Positiver Einfluss des Moscheekomplexes**

Es hat sich feststellen lassen, dass der vorgestellte positiv konnotierte Legitimierungsdiskurs auch einige Jahre nach Einweihung des Moscheekomplexes einen positiven Einfluss auf den Stadtteil ausübt. Tatsächlich ergaben sich für verschiedene Akteure im Stadtteil und darüber hinaus (s. o.) Vorteile, weshalb hier von einer längerfristigen pragmatischen Legitimität gesprochen werden kann. Die Strahlkraft der lancierten Imagekampagne und die positive Resonanz in den Medien wirken auch nachhaltig auf den Stadtteil Marxloh. Damit tragen der von Öffentlichkeitsarbeit und der „Made in Marxloh“-Kampagne begleitete Moscheebauprozess und der errichtete Moscheebaukomplex zu einer Imageverbesserung des ansonsten stigmatisierten Stadtteils bei. Der positive Wandel wird auch in den Worten eines Interviewpartners deutlich:

„Das hat schon dazu geführt, dass das insgesamt, das Image, sich verändert hat, dass wir heute auch nochmal angefragt werden, wenn positive Dinge zu berichten sind. Früher wurden wir immer nur angefragt bei negativen. Also das ist eindeutig so, das kann ich über diesen Elfjahreszeitraum ganz klar beobachten“ (Int. Möller).

Der Moscheekomplex bietet durch den friedlichen Bauprozess und die für Deutschland außergewöhnliche Architektur einen positiven Bezugspunkt zum Stadtteil. Auch die Integrationsbeauftragte sieht in der neu errichteten Moschee und Begegnungsstätte wichtige Einrichtungen zur Verbesserung der Situation von Marxloh, die vor allem im Zusammenspiel mit den anderen touristischen Attraktionen wie z. B. der Brautmodenmeile ihre Wirkung entfalten (vgl. Int. Demir).

Eng mit der Imageverbesserung verbunden ist der touristische Anreiz des Moscheekomplexes. Verschiedene Tourismus-Internetportale präsentieren die Moschee im Zusammenhang mit einem Besuch im Ruhrgebiet, in der Stadt Duisburg oder in Marxloh<sup>240</sup>. Damit ergeben sich, wenn auch im geringen Umfang, neue Stakeholder, die vom Bestehen des Moscheekomplexes profitieren. Ein Beispiel dafür ist die Agentur „urban rhizome“, die Stadtteilführungen in Marxloh organisiert. Eine interreligiöse Themenroute heißt „Himmlisches Marxloh“ und umfasst Besuche in verschiedenen Gebets- und Versammlungshäusern des Stadtteils. Die Merkez-Moschee leistet einen entscheidenden Beitrag zur Attraktivität der Führungen, bereichert das Angebot der Agentur und fördert somit die Arbeit von „urban rhizome“, wie der Gründer der Agentur Mehmet Akay berichtet (vgl. Gespräch Akay). Die im Legitimierungsdiskurs

---

<sup>240</sup> [HTTP://WWW.ROUTE-INDUSTRIEKULTUR.DE/THEMENROUTEN/26-SAKRALBAUTEN/MERKEZ-MOSCHEE-DU-MARXLOH.HTML](http://www.route-industriekultur.de/themenrouten/26-sakralbauten/merkez-moschee-du-marxloh.html), letzter Zugriff am 13.12.14.

[HTTP://WWW.METROPOLERUHR.DE/FREIZEIT-SPORT/AUSFLUGSZIELE/DUISBURG/DITIB-MERKEZ-MOSCHEE.HTML](http://www.metropoluhr.de/freizeit-sport/ausflugsziele/duisburg/ditib-merkez-moschee.html), letzter Zugriff am 13.12.14. Auch hier wird nicht nur die Architektur des Moscheekomplexes und die Arbeit der Begegnungsstätte beschrieben, sondern auch der friedliche Entstehungsprozess erwähnt.

angesprochenen, positiven touristischen Auswirkungen sind also weitgehend eingetroffen. Der Moscheekomplex zog in den ersten Jahren nach der Einweihung ca. 1.200 externe Besucher monatlich an, die nach Aussagen des damaligen Stadtteilmanagers bei dem Anlass des Moscheebesuches in anderen Geschäften des Stadtteils einkaufen oder in Restaurants essen gegangen sind (vgl. Int. Möller, Deuter 2011). Für politische Delegationen oder Geschäftspartner der Marxloher Geschäftsleute bietet der Moscheekomplex einen interessanten Besuchsort (vgl. ebd.). Allerdings hält sich der Einfluss auf die Wirtschaft des Stadtteils in Grenzen. So schätzt der Vorsitzende des TIADs, dass es durch den Moscheekomplex keine große Veränderung für die von TIAD repräsentierten Geschäftsleute gegeben habe (vgl. Gespräch Akgün).

Im Fall der Moschee in Marxloh sind laut Aussagen des Stadtteilmanagers die Bodenpreise des gegenüberliegenden Grundstücks, anders als häufig von Moscheegegnern befürchtet (vgl. Kap. 3), gestiegen. Außerdem konnten Reihenhäuser an der Wolfsbahntrasse, für die es anfangs keine Käufer gegeben hat, mit der Fertigstellung vermarktet werden. Zum Teil wird sogar in der Werbung für die Immobilien in der Nachbarschaft auf die Moschee verwiesen (vgl. WAZ 07.10.06). Autoren eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts für Marxloh kommen in ihrer Bewertung der sozialen und wirtschaftlichen Situation des Stadtteils zu dem Urteil, dass der Bau der Moschee als Katalysator für die Entwicklung des Umfelds gewirkt hat (vgl. Möl- ders et al. 2009: 70). Als ein positiver Effekt ist zudem zu nennen, dass im Zusammenhang mit dem Moscheebau und der Unterhaltung der Moschee wie auch der Arbeit der Begegnungsstätte zum Teil neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements entstanden sind bzw. diese gestärkt wurden. Ein Beispiel ist der Verein „Bürgerinitiative Gülhane Elise - Rosen für Marxloh e. V.“, der sich im Kontext des Moscheebauprojekts aus einer Initiative heraus gegründet hat, die den Rosencontainer auf der Baustelle gestaltet hat. Im Zusammenhang mit dem Projekt „RUHR.2010 – Kulturhauptstadt Europas“ errichtete sie einen Rosenpavillon in unmittelbarer Nähe zur Merkez-Moschee. Doch es ergaben sich auch mehrere Probleme hinsichtlich der Kooperation und langfristigen Legitimität des Moscheebauprojekts, die in den weiteren Abschnitten dargelegt werden.

### **Interne Konflikte und Störungen in der Legitimität**

Mit der Zeit kam es zu einigen Störungen hinsichtlich der Legitimität der Unterhaltung von Moschee und Begegnungsstätte, so dass sich in den Medien „Zweifel am ‚Wunder von Marxloh‘“ (WDR 07.04.10) verbreitete. Grund war ein interner Konflikt zwischen Vorstandsmitgliedern des Moscheevereins sowie zwischen einigen Mitgliedern des Moschee- und des Begegnungsstättenvorstands. Häufig werden in Analysen von Moscheebauprojekten Organisationen und Gruppierungen als kohärente Akteure betrachtet (vgl. Leggewie et al. 2008). Die folgenden Ausführungen zeigen jedoch, dass eine muslimische Gemeinde unterschiedliche Gruppierungen bzw. Strömungen beinhalten kann, die sich hinsichtlich ihrer Vorstellungen vom Gemeindeleben und der Beziehungen zur sozialen Umwelt voneinander unterscheiden. Dieser Konflikt war in der Öffentlichkeit sehr präsent und beeinflusste die Legitimität des Moscheebauprojekts und der dazugehörigen, im Legitimierungsdiskurs vorgestellten Pläne im

Nachhinein negativ. Zudem hatte der Konflikt einen Einfluss auf die Vernetzung der Moscheegemeinde, was im Folgenden dargelegt wird.

Ungefähr ein Jahr nach der Einweihung haben sich die internen Strukturen des Moscheevorstands geändert. Der Pressesprecher wurde vom Vorstand aus dem Dienst entlassen und der damalige Vorstandsvorsitzende Özlem, der gegen die Entlassung war, legte seinen Posten nieder.<sup>241</sup> Daraufhin wurde ein neuer Vorstandsvorsitzender gewählt, was nach Aussagen einiger Interviewpartner zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte geführt hat.

Aus den Interviews und den Zeitungsartikeln lässt sich folgende Konfliktlinie innerhalb der muslimischen Gemeinde nachzeichnen: Auf der einen Seite befanden sich eher konservative und dachverbandstreue Mitglieder, repräsentiert durch Kaya, und auf der anderen Seite eher liberale, verbandskritische Gemeindemitglieder, die den Moscheekomplex für die Mitgestaltung der Stadtgesellschaft nutzen wollten. Diese Gruppe zeichnete sich durch eine stärkere Ausrichtung auf die Erwartungen der sozialen Umwelt jenseits des Dachverbands aus, wie im Folgenden verdeutlicht wird.<sup>242</sup>

Erstere versuchten, die Begegnungsstätte an die DITIB-Zentrale zu nähern. So wollte die konservative Fraktion, dass der Begegnungsstättenverein dem DITIB-Dachverband als Mitglied beitrifft und somit mit der Zentrale institutionell enger verbunden ist. Es wurde argumentiert, dass dieser Schritt zu einer besseren Kommunikation zwischen Moscheegemeinde, Begegnungsstätte und Dachverband führen werde. Allerdings wollten viele Mitglieder der Begegnungsstätte und auch der ehemalige Moscheevorstand die Selbstständigkeit bewahren (vgl. RP 08.02.10).

Der zweite Konfliktpunkt betrifft den Zugang zum Gebetssaal durch Externe bzw. Nichtmuslime. Durch die konservative Fraktion wurde der Fokus auf ungestörte Religionsausübung gelegt, und es wurde eine Reduzierung der Führungen in dem Gebetssaal angestrebt, wohingegen die liberalere Fraktion die Führungen als einen wichtigen Dienst an der Gesellschaft verstand und sie nicht reduzieren wollte. Die Kontaktpflege nach außen spielte auch nach dem Vorstandswechsel nach wie vor eine Rolle, allerdings sollte sie selektiver stattfinden, so dass z. B. der damalige Kontaktbeamte der Duisburger Polizei nicht mehr in der gleichen Häufigkeit eingeladen wurde (vgl. WDR 07.04.10).

Der dritte Konfliktpunkt, der mit den beiden anderen verbunden ist, betrifft die Beziehung zwischen der Begegnungsstätte und der Moscheegemeinde. Dieser Punkt war bedeutend, da er den Kern des Konzepts betrifft, welches zwei separate und miteinander kooperierende Vereine vorsieht. Durch den Vorstandswechsel haben sich nach Aussagen mehrerer Interviewpartner die Beziehungen zwischen der Begegnungsstätte und dem Moscheevorstand

---

<sup>241</sup> Beiratsmitglied Schwammell berichtete im Interview, dass es in türkischen Medien Gerüchte über gemeinsame Ausflüge des Pressesprechers und der Geschäftsführerin Kaykin gegeben habe, was einige Personen in der Gemeinde und im Vorstand gegen ihn aufgebracht hätte. Dies könnte ein Hinweis sein bezüglich der Bedeutung der türkischsprachigen Öffentlichkeit für die Entwicklungen in der Moscheegemeinde.

<sup>242</sup> Dieser Eindruck ist zum Teil der Berichterstattung durch die Presse entnommen, die sich auf „Kenner“ der Moscheegemeinde beruft, wird aber auch durch Aussagen von Mitgliedern der Gemeinde in Interviews und von anderen involvierten Interviewpartnern bestätigt. So nehmen einige Mitglieder der Moscheegemeinde, mit denen ich gesprochen habe, eine sehr kritische Haltung gegenüber der DITIB-Zentrale ein, wohingegen ein Interviewpartner, der im Jahr 2009 Özlem ersetzt hat, eine eindeutig DITIB freundliche Haltung einnimmt.

entschieden verschlechtert (vgl. Int. Henrichs, Int. Acar). Zum einen gab es persönliche Animositäten zwischen dem neuen Vorstandsvorsitzenden und der Geschäftsführerin der Begegnungsstätte. Mitglieder der Begegnungsstätte berichteten in den Interviews von Bestrebungen des neu gewählten Vorstands, die beiden Vereine zusammenzuführen.<sup>243</sup>

Dagegen wehrten sich die Mitglieder der Begegnungsstätte mit dem Verweis auf die Förderrichtlinien, die das eigenständige Bestehen des Vereins für mindestens 15 Jahre vorschreiben. Außerdem hat der Beirat sich auf die Seite der Begegnungsstätte gestellt und in gemeinsamen Sitzungen versucht, Druck auf den Moscheevorsitzenden auszuüben (vgl. Int. Acar).

Zu der Ausweitung des Einflusses auf die Begegnungsstätte durch den Moscheeverein soll auch der Versuch gehört haben, das Vorstandsmitglied Henrichs, die sehr stark auf der Unabhängigkeit der Begegnungsstätte bestand, aus dem Vorstand zu drängen. Sie war zunächst im Beirat, anschließend Mitglied im Verein der Begegnungsstätte und zum Zeitpunkt des Interviews (15.11.12) als einzige Person ohne Migrationshintergrund im Vorstand der Begegnungsstätte. Ein Gespräch<sup>244</sup> mit ihr offenbarte, dass sie sich in der Rolle einer Repräsentantin der Dominanzgesellschaft und als kritische Instanz gesehen hat, die für eine Abwehr der Einflussnahme durch den Moscheevorstand und die DITIB-Zentrale gesorgt hat. Darin wird deutlich, welche Abhängigkeiten und Verpflichtungen sich durch finanzielle Unterstützungen ergeben haben, ein Argument, welches häufiger hinsichtlich der Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern angeführt wird. Auch wenn die Interviews, auf die sich der Autor bezieht, persönlich gefärbt sind und sicherlich nicht die angesprochene Problematik vollständig widerspiegeln, so kann doch durch weitgehende Überschneidungen der Aussagen in verschiedenen Interviews zumindest die Schlussfolgerung gezogen werden, dass der Vorstandswechsel und die dominanter gewordene konservative Fraktion die Beziehung zwischen der Begegnungsstätte und dem Moscheeverein erschwerten. Dies hat nach Aussagen einiger Interviewpartner einen einschränkenden Einfluss auf die Angebotspalette der Begegnungsstätte gehabt und hat zugleich das öffentliche Bild erheblich negativ geprägt.

Hier ist festzustellen, dass es zu einem Zustand gekommen ist, den Brighenti mit „super visibility“ umschreibt: „On the other hand, as you push yourself – or are pushed – over the upper threshold of fair visibility, you enter a zone of supra-visibility, or super-visibility, where everything you do becomes gigantic to the point that it paralyses you“ (Brighenti 2007: 330). Er fügt hinzu, dass die Kontrolle über das Bild von einem, das in der Öffentlichkeit verbreitet ist, verloren geht (ebd.). Im Fall der Merkez-Moschee wurden durch die Medienpräsenz (vgl. Kap. 6.1.4) und die Beobachtung der Einhaltung der Förderkriterien durch verschiedene Akteure die beschriebenen Konflikte zu einer öffentlichen Angelegenheit, ebenso wie es der Legitimierungsdiskurs gewesen war. Während im Legitimierungsdiskurs in der Bauphase die positiven Bezugnahmen weitgehend prominent durch Vertreter der Moscheegemeinde und die

---

<sup>243</sup> Die damalige Geschäftsführerin der Begegnungsstätte zitierte den damaligen Vorsitzenden mit folgenden Worten: „An einem Körper kann es nur einen Kopf geben!“ (Int. Acar) und drückte somit ihre Sorge vor einer Übernahme der Begegnungsstätte durch den Moscheeverein aus.

<sup>244</sup> Henrichs äußerte sich erst nach dem Interview in informeller Atmosphäre zu der Problematik, deswegen können hierfür keine direkten Zitate angegeben werden.

Unterstützerin platziert werden konnten, dominierten jetzt die negativen Bezugnahmen, zu denen sich die Moscheegemeinde verhalten musste.

So wurde die Tatsache, dass der Polizist nach dem Vorstandswechsel seltener eingeladen wurde, durch mehrere Beiträge, in denen er zu Wort gekommen ist und den Moscheevorstand dafür kritisiert hat, öffentlich (vgl. WDR 07.04.10). Die Heftigkeit des Konflikts und die Relevanz für die beteiligten Akteure wie für die Entwicklung nach der Einweihung der Moschee werden auch in der folgenden Aussage eines Interviewpartners, der hier auf seine Bitte hin nicht genauer benannt werden soll, deutlich:

„Mit dem neuen Vorstand, der dann 2008, also nachdem ich raus war, dann hat sich ein komplett neuer Vorstand gebildet, gab's dann einen Bruch, in der, in der Zeit ist er aus dem Vorstand heraus ausgetreten, und dann gab's diesen, dann gab's diesen großen Streit zwischen, zwischen, also dann gab's irgendwie so 'ne Disharmonie zwischen beiden Vereinen<sup>245</sup>. Und hat sich auch so ein persönlicher Streit entwickelt, aus dem dann halt auch wirklich diese ganze Presselawine dann.“

Der Ausdruck „Presselawine“ veranschaulicht die Hilflosigkeit der muslimischen Gemeinde und die nicht zu kontrollierende Präsenz in der Öffentlichkeit, eine „super visibility“ im Gegensatz zum Legitimierungsprozess, der durch eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit geprägt gewesen war.

In der Öffentlichkeit zeichnete sich ein Bild der Gefährdung der zuvor guten Beziehungen zur sozialen Umwelt ab. Teilweise kam in der Öffentlichkeit der Eindruck auf, dass Konservative, die an keiner Kooperation interessiert wären, sich durchgesetzt hätten und die Begegnungsstätte unterwandern würden. So kamen Schlagzeilen auf wie die oben genannte vom „Zweifel am ‚Wunder von Marxloh‘“ (WDR 07.04.10, s. o.) oder „Wunder dauern etwas länger“ (WAZ 25.10.09). Diese Entwicklungen bedeuteten eine Gelegenheit für antimuslimische Akteure, die ihre Kritik an dem Moscheebau bestätigt sahen und das Narrativ des gescheiterten Wunders aufgriffen, was in Artikelüberschriften zum Ausdruck kommt wie „‚Wunder von Marxloh‘ – ein Scherbenhaufen“ (PI NEWS 28.10.09) und „Wunder von Marxloh verblasst“ (PI NEWS 28.05.10).

Die große Relevanz, die das Projekt für die Politik hat, wurde gerade in dieser kritischen Zeit offensichtlich. Dies wird z. B. daran deutlich, dass der damalige Integrationsbeauftragte der Landesregierung Thomas Kufen sich öffentlich zu dem Thema äußerte und betonte, dass die Landesregierung beobachte, „was sich in der Duisburger Merkez-Moschee“ tue (WAZ 14.12.09). An anderer Stelle wird er mit folgenden Worten zitiert: „Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob der Kurs der Öffnung durch Personalwechsel oder rückwärtsgewandte Kräfte in Frage gestellt wird“ (Kufen, zitiert nach RP 11.02.10). Ein prägnantes Beispiel für die Intervention eines Akteurs auf Bundesebene stellt die Einmischung von Johannes Pflug dar, einem SPD-Bundespolitiker mit seinem Wahlkreis in Duisburg. In mehreren Medienberichten wird

---

<sup>245</sup> Damit sind der Moscheeverein und die Begegnungsstätte gemeint.

deutlich, dass er das Geschehen in der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte verfolgt, seine Kritik öffentlich geäußert und den Vorstand der muslimischen Gemeinde damit unter Druck gesetzt hat (vgl. WAZ 09.02.10). Anknüpfend an die neo-institutionalistischen Ausführungen in Kapitel 4 könnte der Konflikt so gedeutet werden, dass der neue Vorstand eher auf die Erwartungen der DITIB-Zentrale und einiger Mitglieder eingegangen ist, die der Öffnung der Moschee gegenüber kritisch eingestellt waren, wohingegen der zwischenzeitige Vorstand Özlem und die Geschäftsführerin Kaykin stärker auf die Erwartungen der gesellschaftlichen Anspruchsgruppen wie Verwaltung, Politik und diverse zivilgesellschaftliche Organisationen eingegangen sind. Der Konflikt betraf vor allem die Einflusslegitimität, da es um die Kontrolle über die Arbeit der Begegnungsstätte ging.

Der Umgang mit diesem Problem war dadurch geprägt, dass der neue Gemeindevorstand versuchte, öffentlich Bedenken auszuräumen und zu versichern, dass das ursprüngliche Konzept (zwei separate Vereine, Führungen, Begegnungsarbeit etc.) gewahrt bleibe. Die Vertreter der Begegnungsstätte befanden sich in einem Dilemma, da sie sich einerseits durch den neuen Vorstand in ihrer Arbeit behindert sahen, aber andererseits den Gemeindevorstand nicht öffentlich kritisieren wollten, um den negativen Diskurs nicht zu verstärken und dadurch die Legitimität des Moscheebauprojekts und der Arbeit der Begegnungsstätte weiter zu schwächen. Um ihre Autonomie zu wahren, versuchten sie deswegen mit der Unterstützung des Beirats Druck auf den Gemeindevorstand auszuüben. (vgl. Int. Henrichs, Int. Acar).

Von Seiten der DITIB-Zentrale, die zu diesem Zeitpunkt dabei war, ihre ebenso prestigeträchtige wie umstrittene Moschee in Köln zu errichten, war zu befürchten, dass die Probleme in Marxloh ihrem eigenen Projekt schaden würden (vgl. Int. Schwammel). Folglich waren die drei Akteure DITIB-Zentrale, Begegnungsstätte und der DITIB-Moscheeverein darum bemüht, die Vorwürfe auszuräumen. Auf der Grundlage einer gemeinsamen Sitzung, in der über die Probleme gesprochen wurde, entstand eine gemeinsame Erklärung, die den Negativdiskurs beenden sollte. Auch einzelne Mitglieder des Beirats äußerten sich in der Öffentlichkeit affirmativ (vgl. RP 17.12.09). So versicherte Pfarrer Schenker, dass Kaya kein Extremist sei und die Arbeit in der Begegnungsstätte weitergehen würde. Zugleich wurde durch den Beirat Druck ausgeübt, um die Eigenständigkeit der Begegnungsstätte zu wahren. Auf der internen Ebene wurden die Interessengegensätze zum Teil durch Absprachen und Einigungen beseitigt. So trat die Begegnungsstätte dem DITIB-Dachverband formal bei, wobei ihr jedoch weitgehende Autonomie garantiert wurde. Zudem haben sich der Moscheeverein und die Begegnungsstätte darauf verständigt, dass keine Führungen während der Gebetszeiten stattfinden sollen.

### **Finanzierungsschwierigkeiten**

Eine wichtige Herausforderung für die Begegnungsstätte war die nachhaltige Finanzierung der diversen, oben genannten Angebote. Zunächst gab es eine Anschubfinanzierung für die Projektleitung, die Vorbereitung der Arbeit der Begegnungsstätte sowie den Informationscontainer. Nach einiger Zeit sollte die Begegnungsstätte sich selbst finanzieren über Einnahmen im Bistro und Eintrittsgelder für bestimmte Veranstaltungen, was jedoch nicht gesichert war. So stellte

sich heraus, dass die Einnahmen des Bistros ungenügend waren, da die Konkurrenz im türkisch geprägten Stadtteil mit einer Vielzahl an türkischen Restaurants sehr groß ist. So war die Nachfrage nach dem beschränkten Angebot im Bistro v. a. durch externe Personen zu gering. Andererseits waren die Gemeindemitglieder nicht bereit, höhere Preise für die angebotenen Speisen in einer Einrichtung ihrer Gemeinde zu bezahlen (vgl. Int. Acar). Als die Anschubfinanzierung auslief, kam es zu Finanzierungsengpässen und die Angebote mussten gekürzt werden. Phasenweise wurde im Jahr 2010 die Bildungsreferentin entlassen und der Etat einer Deutschlehrerin nach dem Auslaufen der öffentlichen Finanzierung ebenfalls gestrichen (vgl. Int. Acar).

Generell, so berichteten einige Interviewpartner (z. B. Acar), sank zwischenzeitig die Bereitschaft im Gemeindevorstand für neue Ideen und Veranstaltungen in der Begegnungsstätte. Der Moscheeverein musste zum Teil die Finanzierung der Begegnungsstätte übernehmen, da er sich als Letztempfänger der Mittel verantwortlich für die Abwendung der drohenden Insolvenz sah (vgl. LRH 2013: 18). Der Verein hatte aufgrund der fehlenden Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts und der damit verbundenen Steuereinnahmen erkennbare finanzielle Mühen und nur begrenzt Kapazitäten und Bereitschaft für die Unterhaltung von professioneller Bildungs- und Begegnungsarbeit, was die ablehnende Haltung gegenüber der Idee einer Begegnungsstätte mit einer vielfältigen Angebotspalette für Muslime und Nichtmuslime bestärkt haben mag (vgl. Int. Schwammel). Durch die hohe Integrationsrelevanz und die Vorstellung einer integrationsförderlichen Begegnungsstätte hat diese Entwicklung eine große öffentliche Resonanz erfahren. In der Öffentlichkeit wurde die Kürzung des Angebots zum Teil als Abschottung und Vertrauensbruch gedeutet und mit dem neuen Gemeindevorstand in Verbindung gebracht (vgl. WDR 07.04.10, RP 26.05.10).<sup>246</sup> Nach einiger Zeit gelang es der Begegnungsstätte glücklicherweise, zunächst eine Finanzierung durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS) des Landes NRW und anschließend von der Mercator-Stiftung zu bekommen (vgl. Int. Holsten, Int. Henrichs).

Die hohen Erwartungen von außen und das Unvermögen, diesen nachzukommen, wurden von Vertretern der Moscheegemeinde und Begegnungsstätte als eine Belastung und Überforderung empfunden:

„Das ist ja, vom Urgedanken her, ist das ein Stadtteilprojekt gewesen, ne, das ist eine Ortsgemeinde in Marxloh, das ist eine Bildungs- Begegnungsstätte für den Stadtteil so angedacht gewesen, aber dadurch, dass das eben so große Wellen geschlagen hat, bundesweit, europaweit, in allen möglichen Zeitungen, steigerte natürlich die Erwartung an unsere Gemeinde und unsere Begegnungsstätte. Die Vorreiter, das ist für Duisburg, aber gedacht ist das ganze Ding eigentlich für das, für den Stadtteil. Deswegen sind da

---

<sup>246</sup> Eine auch zum Teil während des Moscheebauprozesses artikulierte Kritik beinhaltet den Vorwurf, dass die Moscheegemeinde die Integrationsangebote nur als Vorwand gebraucht habe, um an öffentliche Gelder zu kommen, und nicht wirklich daran interessiert sei, Integration zu fördern.<sup>246</sup> Entsprechend dem Bekanntheitsgrad des Projekts haben sich hier zum Teil prominente Personen eingeschaltet. Ein Beispiel ist eine ARD-Sendung („Entweder Broder“) von Henryk Broder, der zusammen mit dem deutsch-ägyptischen Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad die Merkez-Moschee aufgesucht und folgende Aussage gemacht hat: „Die Moscheeleute haben 3,2 Millionen € von EU und Steuergeldern bekommen, damit sie diese Moschee bauen. Sie haben damals gesagt, sie werden Kurse, Sprachkurse für Frauen anbieten, Integrationsarbeit leisten, und kaum haben sie die Moschee eröffnet, da wurden alle Integrationsprojekte gestrichen, Dialogsbeauftragte entlassen, Bildungsbeauftragte entlassen“ (ARD 07.11.10).

natürlich einige Ansprüche, die wir zum Teil vielleicht auch an uns selber gestellt haben, natürlich dann in die Brüche gegangen. Wir sind eine Ortsgemeinde! Wir strahlen zwar über unseren Ort hinaus, aber wir sind eine Ortsgemeinde, eine etwas größere, etwas mit Minarett und Kuppel, aber wir sind eine Ortsgemeinde“ (Int. Özlem).

Das Zitat verdeutlicht noch einmal, dass der Legitimierungsdiskurs mit seinen Narrativen und seiner medialen Breitenwirkung, einer „super visibility“ (vgl. Brighenti 2007), hohe Erwartungen an die Moscheegemeinde und die Begegnungsstätte über den Stadtteil hinaus geweckt und sich bei der Frage der Aufrechterhaltung der Legitimität eine Vielzahl von Anspruchsgruppen zu Wort gemeldet hat. Die öffentliche Präsenz des Moscheebauprojekts, die Bekanntheit der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte führte zu einer hohen Nachfrage nach Kooperationsprojekten, der man nicht nachkommen konnte. Zugleich sind die obigen Interview-Aussagen als Versuch zu werten, das Moscheebauprojekt, die Moschee und die Moscheegemeinde sowie die Begegnungsstätte von einer Erwartungs-Überfrachtung zu entlasten, nachdem im Legitimierungsdiskurs eine starke gesellschaftspolitische Aufladung stattgefunden hat. Zudem wird hier die mentale Belastung deutlich, die dadurch entstanden ist, dass die Akteure mit den im Legitimierungsprozess gemachten Versprechen durch die Anspruchsgruppen konfrontiert werden. Dabei macht der Sprecher keinen Unterschied zwischen Begegnungsstätte und Moscheegemeinde, was darauf hinweist, dass die Erwartungen, die von außen gestellt werden, nicht zwischen den beiden Instanzen differenzieren.

### **Interne Legitimität**

Neben den personalen und finanziellen Schwierigkeiten ist eine dritte Frage entscheidend für die Legitimitätsprobleme nach der Eröffnung. Der Vorstand des Moscheevereins stand vor der Herausforderung, die externe Legitimität zu wahren und zugleich die Interessen der Mitglieder zu berücksichtigen. Dabei können die externen und internen Erwartungen zueinander im Widerspruch stehen.

Das Gemeindeleben hat sich durch die Errichtung des Moscheekomplexes verändert, u. a. durch die diversen Angebote für die Gemeindemitglieder (s. o.). Ein würdiger Ort des Gebets ist entstanden und ein Gemeindezentrum, das viele religiöse Bedürfnisse abdeckt, sowie außerdem eine Begegnungsstätte, die ihr Leistungsangebot unter anderem auch auf die Gemeindemitglieder ausrichtet, z. B. durch Kurse für türkische Senioren.

Nach der Einweihung hat es jedoch einige Entwicklungen gegeben, welche die interne Legitimität geschwächt haben. Von Bedeutung ist da die Tatsache, dass das Innenleben der Moschee sich durch die zahlreichen Führungen und die damit verbundene Präsenz externer Besucher verändert hat:

„Und viele Leute wollen das aber nicht, dass die beobachtet werden. Also viele Leute sind dagegen, manche haben schon die Moschee, glaube ich, hier auch deswegen verlassen, weil die hier so ein bisschen offen sind. [...] Ja, sind auch in eine andere Moschee gegangen. Viele Leute sind nicht mehr damit zufrieden, weil hier Frauen sitzen



dann manchmal, und bei uns ist das in Religion nicht erlaubt, wenn wir eine Frau sehen, zum Beispiel Augenkontakt ein-, zweimal kann man haben, aber wenn diese Frau schön angezogen ist, hübsch angezogen ist, dann hat man ja andere Gedanken dann, ne. Das bringt auch einen dann ab von der Religion, von Gott“ (Int. Gläubiger).

Die Aussage des Gläubigen, der Mitglied des Moscheevereins ist und an anderen Stellen des Interviews die Führungen grundsätzlich befürwortete, dokumentiert, dass es zu zweifacher Störung des Gemeindelebens gekommen ist: Zum einen ist es die Vielzahl der Besucher, die dazu führt, dass sich die Gläubigen beobachtet fühlen. Zum anderen sind v. a. weibliche Besucher, darunter auch das weibliche Personal der Begegnungsstätte, zahlreicher geworden, was einige männliche Gläubige zu stören scheint. Den Aussagen nach gibt es einen Widerspruch zwischen den islamischen Keuschheitsvorstellungen (vgl. Sure 24:30, Sure 33:35), wonach unnötiger Kontakt zwischen den Geschlechtern zu vermeiden sei. Dies führte dazu, dass die moralische Legitimität der Ausgestaltung des Gemeindelebens für einen Teil der Gläubigen gestört war. Eine weitere Entwicklung betrifft die gestiegene öffentliche Aufmerksamkeit, die in Kapitel 6.1.4 u. a. an der Vielzahl der veröffentlichten Artikel aufgezeigt wurde. Dies äußerte sich im Gemeindeleben durch die regelmäßige Anwesenheit von Journalisten in der Moschee und die zum Teil hitzigen Debatten auf der Internetplattform der WAZ „derwesten.de“ bei Anlässen wie z. B. dem Wechsel des Gemeindevorstands (vgl. z. B. WAZ 29.03.11, s. o.). Einige Gemeindeglieder bekamen diese Debatten mit und fühlten sich durch die zum Teil sehr harschen Aussagen persönlich verletzt, was ihre Akzeptanz für das Moscheebauprojekt ebenfalls vermindert hat (vgl. Gespräch mit Gläubigen). Dies verdeutlicht, wie sich die „super visibility“ gemeindeintern bemerkbar gemacht hat.

Zu den oben geschilderten Problemen kommt, dass die monatlichen Beiträge erhöht und diejenigen Gläubigen, die vorher die alte Moschee genutzt hatten, ohne offizielles Mitglied zu sein (häufig Familienangehörige der Vereinsmitglieder), ermuntert wurden, dem Verein beizutreten, um regelmäßige Beiträge zu entrichten.<sup>247</sup> Dies ist notwendig geworden, da die Unterhaltungskosten durch die Größe des Moscheekomplexes gestiegen sind. Auch sind die Kosten aufgrund der oben beschriebenen Finanzierungsschwierigkeiten der Begegnungsstätte für die DITIB-Gemeinde gestiegen. Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass sich innerhalb der Gemeinde bei manchen Mitgliedern Widerstand geregt hat. Die Unzufriedenheit der Gläubigen wurde in privaten Gesprächen mit den Vorstandsmitgliedern und in Mitgliederversammlungen geäußert (vgl. Int. Dersin). Laut Aussage eines ehemaligen Vorstandsmitglieds beschwerten sich Gläubige beim Vorstand vor allem über die störenden Führungen in der Moschee während der Gebetszeiten. Es war der spätere Vorsitzende der Moscheegemeinde Kaya (s. o.), der die Unzufriedenheit eines Teils der Gemeinde aussprach und forderte, die Führungen während der Gebetszeiten einzustellen.

Ein weiterer Hinweis auf die Probleme bei der internen Legitimität könnte die relativ geringe Beteiligung von Gemeindegliedern an den Führungen in der Moschee sein. Es sind

---

<sup>247</sup> Dies hat dazu beigetragen, dass die Mitgliederzahl von ca. 600 vor dem Baubeginn auf 900 Mitglieder im Jahr 2013 gestiegen ist (vgl. Int. Özlem).

häufig Personen aus dem Vorstand, externe Ehrenamtliche und Mitglieder des Beirats. Als es in der Phase nach der Einweihung zu einem Besucherandrang kam, mussten nichtmuslimische Beiratsmitglieder einspringen, um die vielen Besucher durch den Moscheekomplex zu führen, was auf beschränkte oder nicht genutzte Potenziale in der Gemeinde hindeutet. Der geringe Anteil an Führungen durch Mitglieder der Moscheegemeinde könnte an dem relativ geringen formalen Bildungsniveau, beschränkten Deutschkenntnissen oder einem traditionsgebundenen Islamverständnis ohne fundiertes theologisches Wissen der älteren Gemeindemitglieder liegen.

Neben der partiellen „Entspiritualisierung“ des Gebetsortes durch Touristen und der Erhöhung der Beiträge stellte sich die Frage nach der Akzeptanz der im Rahmen der Arbeit der Begegnungsstätte stattfindenden Veranstaltungen durch die muslimische Gemeinde. Hierbei ist festzustellen, dass ein Teil der Gemeinde eine ablehnende Haltung gegenüber den Veranstaltungen im Moscheekomplex entwickelt hat. Diese Ablehnung leitete sich unter anderem daraus ab, dass der Moscheekomplex als ein nicht adäquater Ort für bestimmte Veranstaltungen betrachtet wurde, wie z. B. den kabarettistischen und religionskritischen Auftritt von Jürgen Becker, der in den Räumen der Begegnungsstätte stattgefunden hat (s. o.). Zudem fühlen sich einige, vor allem ältere Gemeindemitglieder, von den Veranstaltungen wie Vorträgen zum interreligiösen Dialog etc. nicht angesprochen, was an einer geringen Beteiligung an den Veranstaltungen deutlich wird (vgl. Int. Özlem).

Die Interviewpartner schätzen, dass das Programm der Begegnungsstätte eher auf deutsche Akademiker ausgerichtet gewesen sei, und die erste Generation türkischer Arbeitsmigranten sich davon nicht angesprochen gefühlt hat. Dies könnte sich, so legen es auch Aussagen von Interviewpartnern nahe, negativ auf die Identifikation mit der Begegnungsstätte ausgewirkt haben (vgl. Int. Schwammel, Int. Dersin).

Laut Aussagen der damaligen Nachbarin und des Mitglied im Beirat Schwammel waren die Verantwortlichen für die Begegnungsstätte durch die Interaktion mit diversen Anspruchsgruppen, z. B. durch Moscheeführungen und Gespräche mit Medienvertretern dermaßen eingespannt, dass sie die Kommunikation in die Moscheegemeinde hinein über die Ausrichtung der Angebote vernachlässigt worden war. Analog erklärte Schenker dazu, dass man in der Beiratsarbeit zu wenig mit den Gemeindemitgliedern in Kontakt gewesen sei und daher nicht genügend auf die Bedürfnisse der Gemeinde Rücksicht genommen habe (vgl. Int. Schenker).

Anders als bei den Konflikten zwischen dem Vorstand der Gemeinde und dem der Begegnungsstätte fand der Widerstand von den Gemeindemitgliedern fast keinen Eingang in den öffentlichen Diskurs. In den Interviews mit den Duisburger Akteuren wurde zum Teil Verständnis für die Gemeindemitglieder geäußert und die Medien fokussierten ihre Kritik auf den Gemeindevorstand (s. o.).

Vor dem Hintergrund der abnehmenden Akzeptanz durch die Gemeindemitglieder war der Gemeindevorstand bemüht, die Erwartungen von außen und innen auszubalancieren. Neben dem Arrangement, die Führungen während der Gebetszeit einzustellen (vgl. Int. Kaya), waren die Gemeindevorsitzenden bemüht, den Gläubigen die Vorteile der Öffnung des Moscheekomplexes für diverse öffentliche Veranstaltungen und Nichtmuslime verstärkt zu vermitteln, z. B.

die Verbesserung des Images der Moscheegemeinde und des Islam, und zum anderen stärker auf die Bedürfnisse der Gemeindemitglieder einzugehen. Auch wenn dies bereits bei der Konzeption der Moschee und der Begegnungsstätte passiert war (s. o.), wurden und werden Anstrengungen unternommen, um die Meinungen der Gemeindemitglieder einzuholen und das künftige Programm dem anzupassen (vgl. Int. Özlem).

### **Öffentlicher Protest gegen die Merkez-Moschee stellvertretend für die Ablehnung der Muslime und ihrer Moscheen in Deutschland**

Ein Ereignis, das die „super visibility“ der Moscheegemeinde und ihrer Moschee sowie ihren hohen symbolischen Stellenwert u. a. auch für rechtsradikale Gruppierungen wie Pro NRW, NPD, SVP etc. veranschaulicht und zugleich ein enormes zivilgesellschaftliches Unterstützungspotenzial aufzeigt, war eine Demonstration für die Einführung eines Minarettverbots von rechtsradikalen Organisationen am 28.03.10. Es war ein Ereignis, das die Stadtgesellschaft in Aufruhr versetzte und viele Akteure zu einer Positionierung brachte hinsichtlich der Legitimität des Moscheebauvorhabens und der Zugehörigkeit von Muslimen zu Deutschland.

Die Demonstration vom 27. und 28. März 2010 machte deutlich, dass die Merkez-Moschee zur Projektionsfläche islamfeindlicher Akteure auch aus dem europäischen Ausland wurde. Anders als bei lokalen Widerständen ging es den rechtsextremen Propagandisten darum, möglichst breite Resonanz für ihre islamfeindlichen Positionen zu bekommen.<sup>248</sup>

Als Reaktion formierte sich ein Widerstand gegen die rechtsradikale Demonstration, der von ca. 5.000 Personen aus verschiedenen Städten getragen wurde. Organisatorisch und konzeptionell wurde ein Großteil der Gegendemonstration vom „Marxloher Bündnis“ getragen, das sich zu diesem Anlass wieder neu formierte. Der Erklärung des Bündnisses ist folgende Ausrichtung des Gegenprotests zu entnehmen:

„Wir, das Marxloher Bündnis, haben uns zusammengeschlossen, um diesen diffamierenden Aktionen gegenüber der Moschee, ihrer Gemeinde, aber auch gegen unseren Stadtteil mit demokratischen Kräften entgegenzutreten [...]. Wir Marxloher halten zusammen! Wir setzen uns engagiert und selbstbewusst für unseren Stadtteil ein!“ (Erklärung Marxloher Bündnis 2010).

Diese Worte machen deutlich, dass die Demonstration von Rechtsradikalen als ein Angriff auf den gesamten Stadtteil interpretiert wurde. Somit war bei dem Gegenprotest der Schutz der muslimischen Gemeinde und des Stadtteils vor Rechtsradikalen handlungsleitend. Damit wurden die Grenzen zwischen den verschiedenen Gruppierungen im Stadtteil nivelliert und die Kategorie des Stadtteils und seiner Bewohner in den Vordergrund gestellt. An den Gegenprotesten beteiligten sich verschiedene Akteure, mit denen die Moscheegemeinde in Kontakt stand. So spielten die Kirchenvertreter eine wichtige Rolle, was z. B. daran sichtbar wird, dass die

---

<sup>248</sup> Dies wird z. B. an einem von der NPD artikuliertem Motto für die Demonstration ersichtlich: „Der kulturellen, ethnischen und religiösen Überfremdung unserer Heimat entgegentreten – Keine islamische Machtsymbolik in unseren Städten und Gemeinden!“ (LOTTA 12.01.10).

anfänglichen Vorbereitungstreffen im Pfarrsaal von St. Peter und dann in der evangelischen Kreuzeskirche in Marxloh stattfanden (vgl. Gespräch Wordelmann).

Auch an diesem Ereignis wird die überregionale Bedeutung des Moscheekomplexes deutlich. So beteiligten sich NRW-Verkehrsminister Lutz Lienenkämper, der damalige SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel sowie seine Stellvertreterin Hannelore Kraft mit Solidaritätsbekundungen an den Gegenprotesten. Interviews mit den Vertretern der Begegnungsstätte und der Moscheegemeinde offenbarten, dass die Solidaritätsaktionen von der Moscheegemeinde bzw. der muslimischen Vertreter sehr hoch eingeschätzt wurden und zur Identifikation mit der Stadt Duisburg beigetragen haben (vgl. Int. Acar, Int. Dersin). Das Narrativ der „gemeinsamen Moschee“ wurde häufig aufgegriffen und war zentral bei den Solidaritätsbekundungen.<sup>249</sup>

Viel stärker als bei anderen Moscheevereinen, gegen die protestiert wurde (z. B. DITIB in Bonn, VIKZ in Herten), engagierte sich der Vorstand der Merkez-Moschee gegen den Aufmarsch von Rechtsradikalen und beteiligte sich aktiv an dem zuständigen Planungsgremium (vgl. Int. Kaya, Int. Schwammel). Die grundsätzliche Legitimität der Moschee, aber auch die Präsenz der Muslime in der Stadt und in Deutschland allgemein wurde zwar von einem öffentlichkeitswirksamen rechten Bündnis hinterfragt, aber von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis bestätigt. Ähnliche Konstellationen ergaben sich zudem im Jahr 2013, als sich das Bündnis „Bündnis für Toleranz und Zivilcourage“ aus einer Gegendemonstration gegen den Aufmarsch der antimuslimischen Partei „Pro Deutschland“ vor der Merkez-Moschee gründete (vgl. WAZ 17.08.13)

### **Umstrittene Totenfeier in der Merkez-Moschee**

Eine weitere Herausforderung für die Legitimität des Moscheebauprojekts betrifft die Prägung der Gruppierungen, die die Moscheeräumlichkeiten nutzen. Am 11.04.10 fand in der Moschee eine Trauerfeier für den 1997 verstorbenen türkischen Politiker Alparslan Türkeş statt, der eine leitende Figur der rechtsradikalen MHP (Milliyetçi Hareket Partisi, deutsch: Partei der Nationalistischen Bewegung) war. Der Ableger der Partei in Deutschland ist die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland (ADÜTDF), die als Graue Wölfe (s. o.) bekannt ist. Organisiert wurde die Veranstaltung von fünf in Duisburg ansässigen Idealistenvereinen und es kamen nach Angaben von Yücel Güngör, der als führendes Mitglied eines Duisburger Idealistenvereins gilt (WAZ 28.01.11), ca. 2000 Personen, darunter Listenvertreter aus dem Integrationsrat und Vorstände von verschiedenen Kultur- und Sportvereinen (vgl. Leserkommentar von Güngör in Ruhrbarone 28.04.10).

Die Tatsache, dass eine Totenfeier für den Gründer einer nationalistischen Partei an einem so prestigeträchtigen Ort stattgefunden und viele Besucher angezogen hat, verweist zudem

---

<sup>249</sup> Wie die Gegendemonstration aus der Perspektive von Acar wahrgenommen wurde, zeigt das folgende Zitat von Acar: „Und dann gab's ja 2010, letztes Jahr, Ende März letztes Jahr, 2010, wieder nach dem Minarettverbot in der Schweiz, sind die Nazis wieder bei uns aufmarschiert. Und das war sehr schön an dem Tag, weil, also, angekündigt weiß ich nicht, wie viel da waren, aber es sind, glaube ich, nur zwei Busse oder drei Busse Nazis gekommen und dann hier aber 6.000, glaube ich, Polizisten, also wir haben mehr grün gesehen {lacht}. Und an dem Tag haben auch wieder Leute aus dem Stadtteil haben gesagt: ‚Das also ist nicht nur eure Sache, wir wollen hier in Duisburg keine Nazis haben. Es geht auch uns was an, das ist auch unsere Moschee, das ist die Marxloher Moschee‘. Also das fand ich sehr schön. Also die Kirchengemeinden, andere Institutionen, auch linksgerichtete Institutionen, alle Institutionen, die sich so feindlich sind, haben Sie an dem Tag jetzt zusammen friedlich demonstrieren sehen“ (Int. Acar). Aus den Aussagen wird eine Freude über das Engagement der Zivilgesellschaft und die Unterstützung und Solidarität deutlich.

auf einen gewissen Zuspruch für die Grauen Wölfe in Duisburg. Da es sich hierbei um eine rechtsradikale Partei handelt, wurde die Veranstaltung in der Öffentlichkeit kritisch beurteilt, und sie hat eine Debatte über Extremismus türkischer Organisationen und die Verbindung der DITIB-Gemeinde zu diesen Gruppierungen ausgelöst.<sup>250</sup>

Damit wurde grundsätzlich die Frage aufgeworfen, welche Veranstaltungen in dem Moscheekomplex legitim sind und welche nicht. Zudem wird hier deutlich, wie die Kontakte der Moscheegemeinde zum Gegenstand von Legitimitätsbewertungen geworden sind. Durch die Veranstaltung ist der in Moscheebauprozessen häufig anzutreffende Extremismusvorwurf, der im Fall der Merkez-Moschee nur am Rande und v. a. durch antimuslimische Akteure geäußert wurde, nach der Errichtung der Moschee in die Öffentlichkeit gelangt. Im Unterschied zu manchen anderen Fällen wie z. B. bei der Al-Muhajirin-Moschee handelte es sich nicht primär um islamistische Akteure, insbesondere Salafisten, sondern um religiös-nationalistische Akteure, die Anlass für die Extremismusvorwürfe waren. Während im Legitimierungsprozess die Kontakte der Moscheegemeinde in der Öffentlichkeit bisher tendenziell positiv konnotiert waren, wie z. B. der interreligiöse Dialog mit den Nachbargemeinden, wurden durch die Veranstaltung der Grauen Wölfe negativ konnotierte Beziehungen der Moscheegemeinde bekannt.

Welche Kommunikationskanäle genutzt wurden und welche Personen von der DITIB-Moscheegemeinde an der Organisation der Veranstaltung beteiligt waren, konnte nicht hinlänglich geklärt werden. Doch die Nutzung des Moscheekomplexes für eine Trauerfeier legt nahe, dass bestimmte Verbindungen zwischen den Idealistenvereinen und den leitenden Mitgliedern der Marxloher DITIB-Gemeinde bestanden haben. Damit wurde das moralische Legitimitätsdefizit der Grauen Wölfe auf die Moscheegemeinde projiziert und die Legitimitätsprobleme erfassten durch die Nutzung der Räumlichkeiten der Moschee durch diese Gruppierung ebenfalls das Moscheebauprojekt.

Nachdem der Gemeindevorstand durch Sprecher des Marxloher Bündnisses im direkten Gespräch mit der Kritik konfrontiert worden war, distanzierte er sich von der Veranstaltung und gab zu verstehen, dass er sich einer Anordnung vom Amt für religiöse Angelegenheiten der Türkei (Diyanet) hätte beugen müssen (vgl. Marxloher Bündnis 2010). Die Verantwortung wurde somit auf die Diyanet übertragen und zugleich indirekt der Einfluss von externen Akteuren aus der Türkei eingeräumt. Auch die DITIB-Zentrale schaltete sich ein und betonte die parteipolitische Neutralität der DITIB. Zugleich wurde die Veranstaltung der Religionsfreiheit zugeordnet, indem der religiöse Charakter der „Totenmesse“ hervorgehoben wurde. Damit wurde sowohl das eigene Recht, aber auch die eigene Pflicht angesprochen, diese Veranstaltung auszurichten.<sup>251</sup> Auch der Organisator der Veranstaltung betonte, ähnlich wie die DITIB-

---

<sup>250</sup> Neben diversen Zeitungsartikeln, in denen die Veranstaltung verurteilt wurde (vgl. DIE WELT 20.12.09), übten auch die zuvor die Moscheegemeinde unterstützenden Akteure Druck aus, was an dem folgenden Abschnitt einer Erklärung des Marxloher Bündnisses deutlich wird:

„Mit Befremden und Abscheu mussten wir nunmehr feststellen, dass in den Räumen der Merkez-Moschee am 11.4.10 eine Trauerfeier für den verstorbenen historischen Führer der aus der Türkei stammenden rechtsextremen MHP (Partei der Nationalen Bewegung), Alparslan Türkeş, abgehalten wurde. [...] Wir dulden keine rechtsextremistischen Veranstaltungen jeglicher Couleur in unserem Stadtteil und werden im Falle der Wiederholung zu aktivem Protest aufrufen“ (Erklärung Marxloher Bündnis 2010).

<sup>251</sup> So heißt es in einer Erklärung der DITIB: „DITIB und alle in ihr organisierten Moscheevereine stehen als offene Zivilorganisationen im selben gebührenden Abstand zu allen Personen, Parteien und Institutionen. Eine solche Totenmesse zu veranstalten, gehört zum Spektrum von Religionsdiensten, die Menschen nicht verwehren können“ (Ruhrbarone 28.04.10).

Zentrale, dass dies keine politische, sondern eine religiöse Veranstaltung, „eine Totenmesse ganz nach moslemischer Tradition“ gewesen sei (Leserkommentar von Güngör in Ruhrbarone 28.04.10). Den Aussagen der Initiatorin des Marxloher Bündnis zufolge habe der Organisator zugesichert, keine politischen Symbole und keine Erkennungszeichen der Gruppenidentität zuzulassen. Allerdings hätten sich die Teilnehmenden nicht daran gehalten (vgl. Gespräch Wordelmann), was ein Spannungsfeld zwischen der religiösen und politischen Sphäre bei der Legitimitätsbewertung aufzeigt.<sup>252</sup>

Die obigen Aussagen verweisen auf eine relativ eindeutige Zuweisung von Legitimität zu einem bestimmten Typ von Veranstaltungen: religiöse Veranstaltungen sind durch das Grundgesetz geschützt und scheinen nicht hinterfragbar, wohingegen politische Veranstaltungen, vor allem wenn sie mit einem extremistischen Gedankengut vermenget sind, hingegen als illegitim gelten. Allerdings wird auch deutlich, wie fließend die Grenzen sein können, vor allem wenn Gruppierungen ins Spiel kommen, die religiös-nationalistische Züge aufweisen und politisch aktiv sind.

Die Vorkommnisse zeigen, dass die Entscheidung über den Zugang bestimmter Gruppierungen zu den Moscheeräumen den Ruf der Moscheegemeinde stark prägen kann. Vor diesem Hintergrund muss die Moscheegemeinde erwägen, wem sie die Moscheeräume zur Verfügung stellt und wen sie unter Umständen ausschließt. Dabei kann die Autonomie der Moscheegemeinde durch die Einflussnahme seitens des Dachverbandes eingeschränkt sein, was das Ausbalancieren der verschiedenen Erwartungen und Interessen schwieriger machen kann.

Das Ereignis sorgte ferner für Kritik an der Leitung der Begegnungsstätte, die sich bei dieser Angelegenheit zurückhielt (vgl. Ruhrbarone 28.04.10). Als Reaktion verwies die damalige Geschäftsführerin auf die institutionelle Unabhängigkeit der beiden Vereine.<sup>253</sup> Soweit dem Autor bekannt ist, gab es keinen öffentlich-offensiven Umgang der Vertreter der Begegnungsstätte mit der ausgerichteten Totenfeier.

Diese Entwicklung veranschaulicht mehrere Aspekte: Zum einen wird ersichtlich, dass auch in Duisburg im muslimischen Spektrum Gruppierungen bestehen, die der Vorstellung der Gleichwertigkeit von allen Menschen und einer demokratischen Regierungsform widersprechen. Laut einigen Quellen waren die Grauen Wölfe sogar im Duisburger Integrationsrat vertreten (vgl. WAZ 28.01.11).

Zudem zeigt sich, dass eine radikale Gruppierung zu einer Anspruchsgruppe der Moscheegemeinde wurde, spätestens indem sie Räumlichkeiten der Moschee nutzen wollte. Damit wurde die Moscheegemeinde mit folgendem Widerspruch konfrontiert: Zum einen war da die Erwartung, zusammen mit der Begegnungsstätte zur Toleranz und interkulturellen Verständigung beizutragen, was zugleich das eigene selbstgesteckte Ziel war und bestimmte Gruppierung ausschließt. Auf der anderen Seite war es schwer für die Moscheegemeinde, die Nutzung der Moscheeräume für angekündigte religiöse Zwecke zu verwehren. Dies verdeutlicht, dass die

---

<sup>252</sup> Spannungsfeld meint hier, dass je mehr eine Seite des Spannungsfeldes (das Politische) im Handlungskontext der Stadtgesellschaft ihre Wirkung entfaltet, umso weniger die andere Seite (das Religiöse) im selben Kontext zur Geltung kommt und andersherum.

<sup>253</sup> [HTTP://WWW.RUHRBARONE.DE/KRAFTS-SCHATTENMINISTERIN-SCHWEIGT-ZU-GRAUEN-WOLFEN-IN-DEUTSCHLANDS-MUSTER-MOSCHEE/10205](http://www.ruhrbarone.de/krafts-schattenministerin-schweigt-zu-grauen-wolfen-in-deutschlands-muster-moschee/10205), letzter Zugriff am 12.04.2021.

Moscheegemeinde durch ihre starke öffentliche Präsenz unter besonderer Beobachtung steht und darauf achten muss, wer Zugang zu den Räumen der Moschee bekommt und wer nicht.

### **Betrugsvorwürfe gegen Zülfiye Kaykin**

Eine Entwicklung, die die Legitimität des Moscheebauprojekts auf die Probe stellte und den Ruf der Moscheegemeinde sowie der Begegnungsstätte schädigte, betrifft Unregelmäßigkeiten beim Umgang mit den öffentlichen Finanzen und ein daraus entstandenes Politikum. Anfang 2011 sind die ersten Vorwürfe aufgekommen, die den Umgang der damaligen Vorsitzenden der DITIB-Begegnungsstätte mit Fördergeldern betrafen. Einige Zeit später ermittelte die Staatsanwaltschaft NRW gegen Zülfiye Kaykin. Der Vorwurf lautete „Veruntreuen von Arbeitsentgelt“ sowie „Beihilfe zum Betrug“ (vgl. DIE WELT 21.01.14).

Zülfiye Kaykin soll die tatsächliche Höhe eines Gehalts für einen geringfügig Beschäftigten der Begegnungsstätte gegenüber dem Sozialversicherungsträger falsch angegeben haben und ihm somit ermöglicht haben, unberechtigt Sozialleistungen zu beziehen. Zudem wurden weitere Unregelmäßigkeiten bei den Abbuchungen der öffentlichen Gelder festgestellt, was sich im Nachhinein als Missverständnis hinsichtlich des Umgangs mit Abrechnungsmodalitäten zwischen dem Landesrechnungshof und der Bezirksregierung Düsseldorf herausstellte (vgl. WDR 11.01.13).

Die Medien, die dem Moscheebauprojekt freundlich gesonnen waren, griffen die Vorwürfe auf, und die damalige „Macherin der Moschee“ (DIE ZEIT 23.10.08) wurde im öffentlichen Diskurs zur Betrügerin. Die lokale wie die bundesweite Presse thematisierten die Causa Kaykin in einem ungewöhnlichen Umfang, zumeist personalisiert auf die ehemalige Vorsitzende und konnotiert mit der Arbeit der Begegnungsstätte in der Moschee Marxloh.<sup>254</sup>

Auch die Landespolitik schaltete sich ein und Politiker der Oppositionsparteien CDU und FDP äußerten sich zu dem Fall. Dies ist zum einen auf die allgemeine Prominenz des Moscheebauprojekts und der großzügigen öffentlichen Mitfinanzierung zurückzuführen, zum anderen scheint die Etablierung von Zülfiye Kaykin in der Landespolitik und damit einer Frau mit türkischem Migrationshintergrund ein wichtiger Grund für die große öffentliche Resonanz bezüglich der finanziellen Unregelmäßigkeiten zu sein. Dies wird daran deutlich, dass Vertreter der Parteien sich in mehreren öffentlichen Stellungnahmen gegen Zülfiye Kaykin aussprachen und ihren Rücktritt vom Posten der Staatsministerin für Integration im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW forderten (vgl. WAZ 06.12.12). Damit wurde das Problem auf eine parteipolitische Ebene gehoben, was die „super visibility“ des Moscheebauprojekts und ihrer Träger zusätzlich verstärkte und diese veranschaulicht.<sup>255</sup>

---

<sup>254</sup> Die kritische Berichterstattung wird z. B. an folgenden Überschriften deutlich: „Schwarze Kasse‘ belastet Staatssekretärin Kaykin“ (DIE WELT 16.01.13); „Im Fall Kaykin spricht die Polizei von ‚schwarzer Kasse‘“ (WAZ 05.12.12); „Staatssekretärin Zülfiye Kaykin wegen Integrationsprojekt in Erklärungsnot“ (WAZ 30.01.12); „Betrugsvorwürfe: 2,8 Millionen Euro nicht korrekt verwendet – Druck auf Kaykin wächst“ (WAZ 09.01.13); „Staatsanwalt jagt NRW-Staatssekretärin Kaykin“ (WAZ 12.03.12); „Causa Kaykin: Kein Wunder in Marxloh“ (WAZ 25.01.12); „Der Fall Zülfiye Kaykin hat eine ‚ganz schön dicke Akte‘“ (WAZ 05.09.13).

<sup>255</sup> So nahm der damalige Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Karl-Josef Laumann die Situation zum Anlass, die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft direkt zu kritisieren und die Absetzung Kaykins zu fordern. Der Appell ist nachzulesen auf der Internetseite der CDU-NRW-Landtagsfraktion: <http://www.cdu-nrw-fraktion.de/frau-kraft-muss-ihre-integrations-staatssekretaerin-entlassen.html>, Zugriff am 12.06.15).

Damit vermengte sich Landespolitik mit den ohnehin vorhandenen Schwierigkeiten, die sich bei der Unterhaltung der Begegnungsstätte ergaben. Die Interviewpartnerin Wordelmann konstatierte allgemein eine Instrumentalisierung der Existenz der Moschee und der Begegnungsstätte für politische Zwecke und sah darin einen Schaden für den Ruf der Moschee:

„Es war ja schon in der Bau- und Planungsphase so, dass die Moschee von außen herangetragen jede Menge Konfliktpotenzial aushalten musste. Also es wurde immer wieder und auch nach der Eröffnung der Moschee, ja, also die Moschee wurde instrumentalisiert von verschiedenen Gruppierungen. Die damaligen Führungskräfte wurden massiv angegriffen. Das dauert ja noch an [...]. Frau Zülfiye Kaykin, die ist unsere Geschäftsführerin der Begegnungsstätte, ist von politischen Gegnern so ein Skandalantrag geflickt worden. Sie hätte irgendwelche Sozialabgaben nicht bezahlt für einen Mitarbeiter und so ein Stuss irgendwie. Da geriet die Moschee ja deutlich unter Beschuss“ (Gespräch Wordelmann).

Auch wenn Kaykin im Fokus der Berichtserstattung um die Betrugsvorwürfe stand, übertrug sich der daraus resultierende Vertrauensverlust auf Begegnungsstätte und Moscheegemeinde durch die Nennung beider Vereine im Kontext. Damit wurde die formalrechtliche Legitimität des Moscheebauprojektes nachhaltig beschädigt. Etwas abgedämpft wurde diese Legitimitätschädigung dadurch, dass Frau Kaykin zum Zeitpunkt der Causa nicht mehr für die Begegnungsstätte tätig war. Dies erklärt mutmaßlich auch die weitgehende Zurückhaltung des Beirates und anderer Akteure aus den beiden Vereinen, sich öffentlich zu dem Fall zu äußern.

Es wurde deutlich, dass es positive „spill-over-Effekte“ der Legitimitätsurteile von Personen auf das Moscheebauprojekt haben kann. An dem beschriebenen Vorfall zeigen sich jedoch auch Risiken, die damit verbunden sind, wenn einzelne Personen zu prominenten Repräsentanten von Moscheebauprojekten werden. Als ihre Glaubwürdigkeit und ihre Legitimität angezweifelt wurde, gab es einen negativen Effekt auf die Legitimität des Moscheebauprojekts und der Akteure, der DITIB-Moscheegemeinde und des Begegnungsstätten-Vereins. Zudem zeigt das Beispiel, dass die parteipolitische Vernetzung zu einer zusätzlichen Politisierung der Sachverhalte geführt hat und den öffentlichen Diskurs zu Ungunsten des Moscheebauprojekts beeinflusst hat.

Die Ausführungen verdeutlichen, dass im Legitimierungsdiskurs vorgestellten Vorteile des Moscheebauprojekts wie die Öffnung der Moschee, die Einrichtung von verschiedenen Bildungs- und Begegnungsangeboten sowie ein positiver Einfluss auf das Image des Stadtteils Marxloh weitgehend eingetroffen sind. Dies betrifft die pragmatische Legitimität und die moralische Legitimität. Die Einflusslegitimität schien zeitweise gestört gewesen zu sein, was deutlich wird durch die Befürchtung der Stakeholder wie z.B. die EG-DU und die christlichen Vertreter, dass die Begegnungsstätte der Moscheegemeinde untergeordnet werde. Davon war auch die moralische Legitimität betroffen, da es zeitweise schien, dass die Begegnungsstätte dem Auftrag der Integration und interkulturellen Begegnung nicht nachkommen konnte, was zum Teil auf die Finanzierungsschwierigkeiten zurückzuführen war. Es hat sich zudem gezeigt, dass



es Widersprüche zwischen internen und externen Erwartungen gab, was sich darin manifestierte, dass eine Reihe von Mitgliedern der Gemeinde primär an einem ruhigen Gebets- und muslimischen Versammlungsort interessiert war, wohingegen die soziale Umwelt eine Öffnung des Moscheekomplexes für die Gesellschaft erwartete. Für einige Gemeindemitglieder war die Öffnung für die Allgemeinheit keine Selbstverständlichkeit und gehörte nicht zu ihrer Vorstellung von der Aufgabe einer Moschee. Diese internen Legitimitätsprobleme kamen in der Kritik innerhalb der Moscheegemeinde zum Ausdruck. Durch regelmäßige Gespräche zwischen den beteiligten Anspruchsgruppen, den öffentlichen Druck, zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten sowie Kompromisse z. B. bezüglich der Frage von Führungen, konnten einige Probleme gelöst werden. Die beschriebenen Herausforderungen bei der Aufrechterhaltung der Legitimität des Moscheebauprojekts und ihrer Träger z. B. durch mangelnde personelle Kapazitäten konnten zum Teil durch Unterstützung durch diverse Akteure v. a. bei Moscheeführungen kompensiert werden. Zudem sind trotz der öffentlichen Kritik die Ressourcenzuflüsse für die Begegnungsstätte nicht abgebrochen. Dies liegt vermutlich daran, dass die politischen Entscheidungsträger das für die Landespolitik prestigeträchtige Projekt nicht scheitern lassen wollten und dass es diverse Quellen für eine finanzieller Förderung integrationspolitischer Projekte gibt, wie z. B. die Mercator-Stiftung.

Der Konflikt innerhalb des Gemeindevorstands und zwischen den dem Gemeindevorstand und Vertretern der Begegnungsstätte, bei denen es unter anderem um die Gestaltung der Angebotspalette und die Zugänglichkeit der Moscheeräumlichkeiten für Externe ging, wirkten sich zeitweise negativ auf die Vernetzung aus. Die Auseinandersetzungen und die damit verbundene öffentlich-mediale Berichterstattung schaden dem Ruf der Moscheegemeinde und zum Teil auch der Begegnungsstätte. Dies wird an einem Gespräch mit einem Leiter des Begegnungs- und Beratungszentrum Marxloh-Obermarxloh deutlich, der wegen der Konflikte und der negativen Berichterstattung verunsichert schien. Der Gesprächspartner gab an, dass es in der letzten Zeit „drum herum zu viel Wirbel“ (gemeint ist die Moscheegemeinde) und die Kontakte zur Moscheegemeinde deshalb „politisch zu brisant“ seien. Er verwies ferner darauf, dass die Moscheegemeinde der DITIB angehöre und man allgemein der Zusammenarbeit mit einer Organisation des türkischen Staates kritisch gegenüber stünde (Gespräch Lehmann). Anders als bei Wordelmann, die die Gemeindemitglieder persönlich kannte, wurde seine Haltung gegenüber der Moscheegemeinde und der Begegnungsstätte durch die Ereignisse und die negativen öffentlichen Bezugnahmen negativ beeinflusst. Inwiefern sich diese Verunsicherung auf die Zusammenarbeit mit der Begegnungsstätte unmittelbar auswirkte, konnte nicht näher bestimmt werden.

## **6.8 Zusammenfassung**

Die vorliegende Fallstudie präsentierte ein Moscheebauprojekt, das durch eine große Legitimität geprägt war und das eine vieldimensionale Vernetzung zwischen der Moscheegemeinde und ihrer sozialen Umwelt veranschaulicht. Für die große Legitimität des Moscheebauprojekts sind

mehrere Gründe anzuführen, die sich in (begünstigende) Ausgangsbedingungen, Legitimierungshandlungen und Legitimierungsdiskurse unterteilen lassen.

Hinsichtlich der Ausgangslage erscheinen v. a. folgende Aspekte entscheidend: Zu nennen sind der vorausgegangene Konflikt um den Muezzinruf, der große Teile der korporativen Stadtgesellschaft, insbesondere der Verwaltung und Kommunalpolitik für mögliche mit Moscheebauprojekten einhergehende Konflikte sensibilisiert und motiviert hat, möglichst konfliktpräventiv vorzugehen und das Bauprojekt konstruktiv zu begleiten. Die Tatsache, dass der Stadtteil zum Stadtentwicklungsprogramm Soziale Stadt gehörte, kombiniert mit einer Vernetzung der Moscheegemeinde im Rahmen persönlicher Kontakte, vorausgegangener Kooperationen und Mitgliederüberschneidungen und einem damit einhergehenden Vertrauensverhältnis zwischen der Moscheegemeinde und der Verwaltung sowie der Kommunalpolitik und der Moscheegemeinde führte zu einer Integration des Moscheebauprojekts in das Stadtentwicklungsprogramm. Damit standen zum einen finanzielle Ressourcen für die Einrichtung einer Begegnungsstätte zur Verfügung. Zum anderen konnte das Moscheebauprojekt entsprechend mit stadtentwicklungspolitischen affirmativen Narrativen („Bereicherung für den Stadtteil“) in der Öffentlichkeit kommuniziert werden (pragmatische Legitimität). Für die Akteursgruppe aus Kommunalpolitik und Verwaltung wurde dem Bauprojekt eine hohe pragmatische Legitimität zugeschrieben, da sie das Moscheebauprojekt als Teil der Stadtentwicklung und der Aufwertung eines stigmatisierten Stadtteils nutzen konnten. Eindeutig lässt sich das Moscheebauprojekt nach der Typologie von Leggewie et al. (2002) der „unterstützten Moschee“ zuordnen. Die These von Kapphann (2004), wonach ein Moscheebauprojekt dann erfolgreich verläuft, wenn sich der Verwaltungsvorstand und die politische Führung hinter das Projekt stellen und es unterstützen (vgl. Kap. 3.5), kann für den vorliegenden Fall bestätigt werden. Ein weiterer Faktor für die große Legitimität des Moscheebauprojekts war die zahlenmäßige Dominanz der türkischstämmigen Bevölkerung, was die Entwicklung in bestimmten postindustriellen Stadtteilen in Westdeutschland und den damit einhergehenden Wandel des Statusgefüges veranschaulicht. Auch wenn die Konfliktlinien keinesfalls scharf zwischen Muslimen und Nichtmuslimen verlaufen, kann davon ausgegangen werden, dass ein Moscheebau sich stärker in das Werte- und Normverständnis und in die bekannten kulturellen Muster von (v. a. bei konservativeren und sunnitischen) Türkeistämmigen fügt und eher ihrem Interesse entspricht als bei Autochthonen. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass dem Moscheebau eine gewisse moralische Legitimität, kognitive-normenbasierte sowie pragmatische Legitimität in dem Stadtteil zugeschrieben wurde. Zudem brachte die Bevölkerungszusammensetzung mit sich, dass – so eine Einschätzung der damaligen Integrationsbeauftragten – Gegner des Moscheebauprojekts sich nicht in der Lage sahen, sich kritisch am Legitimierungsdiskurs zu beteiligen, was im Einklang steht mit den Einschätzungen Hüttermanns, dass sich das Etablierten-Außenseiter-Verhältnis zwischen Autochthonen und Allochthonen gewandelt hat (vgl. Kap. 3) und die autochthone Bevölkerung daher nicht mehr die Normen im Stadtteil alleine bestimmen kann. Der Umstand, dass eine breite Unterstützung und Fürsprache durch die korporative Stadtgesellschaft erfolgten, hinderte vermutlich die Gegner und Kritiker, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion,

daran, offenen Widerstand zu leisten. Damit sind die vorhandenen negativen Legitimitätsbewertungen zu keinem manifesten Konflikt geworden. Eine weitere für die Legitimität des Moscheebauprojekts positive Ausgangslage ist der Umstand, dass der bisherige Standort für den Bau genutzt werden konnte und daher die sich häufig schwierig gestaltende Suche nach neuen Grundstücken und der Überzeugung von (neuen) Anspruchsgruppen in der unmittelbaren Nachbarschaft weggefallen sind.

Die Legitimierungsschritte waren gekennzeichnet durch eine Konformität der Moscheegemeinde, die offen für die Vorschläge der korporativen Stadtgesellschaft war, was sich z. B. an der Mitwirkung an der Öffentlichkeitsarbeit, der Gestaltung der Fenster und Beschränkung der Minarethöhe zeigt. Die Einflusslegitimität war durch die Einrichtung eines Beirats und regelmäßigen Austausch in der Steuerungsgruppe gewährleistet.

Der Legitimierungsdiskurs war zudem dominiert von der Selbstdarstellung der Moscheegemeinde sowie den affirmativen Bezugnahmen von Befürwortern, womit das Moscheebauprojekt in einem positiven Licht und im Einklang mit gesellschaftlichen Werten wie der interreligiösen Begegnung, einer Aufwertung eines stigmatisierten Stadtteils und der Emanzipation von (muslimischen) Frauen erschienen ist, was Ausdruck der moralischen Legitimität war und als eine Stärkung der moralischen Legitimität bei dem Publikum gewertet werden kann. Prägend für den Diskurs waren grenzübergreifende Narrative, die davon erzählten, dass das Moscheebauprojekt von den Marxlohern und Duisburgern gemeinsam realisiert und der Moscheekomplex mit der angegliederten Begegnungsstätte der Gesellschaft zugutekommen werde. Insofern wurde das Moscheebauprojekt diskursiv in den Dienst der Gesellschaft gestellt.

Dabei war die Vernetzung der Moscheegemeinde hilfreich. Zum einen bot u. a. das Engagement im interreligiösen Dialog eine diskursive Ressource für eine positive Darstellung der Moscheegemeinde durch Fürsprecher und die Gemeinde selbst. Zum anderen erleichterte die vor dem Bauprojekt vorhandene Vernetzung die Besetzung des Beirats, aus dem heraus zahlreiche Unterstützungsleistungen, wie z. B. Wissenstransfer, aber auch Kontrolle erfolgten. Dadurch, dass die Moscheegemeinde mit dem stadtentwicklungspolitischen Akteur EG-DU in (persönlichen) Kontakt gestanden hatte, wurde der Moscheegemeinde genügend Vertrauen entgegengebracht, um das Projekt mit 3,5 Millionen Euros an öffentlichen Mittel zu fördern.

Die Vernetzung erweiterte sich auf neue Akteure und Kooperationen insbesondere durch die breite Angebotspalette mit diversen Veranstaltungen der Begegnungsstätte und die zahlreichen Führungen in der Moschee. Durch diesen Ausbau an Aktivitäten ergaben sich mit der Verwaltung neue Betätigungs- und Kooperationsfelder, wie z. B. die Planung des Bildungsprogramms der Begegnungsstätte. Dabei bildete der Begegnungsstättenverein, der offiziell zuständig für Kooperationen war und in dem auch Mitglieder der Moscheegemeinde vertreten sind, eine Brückeninstanz zwischen der Moscheegemeinde und der sozialen Umwelt.

Die Aufrechterhaltung der Legitimität wurde insbesondere durch die zum Teil widersprüchlichen Erwartungen erschwert. Dazu zählte zum einen der Dachverband, nach Aussagen einiger Interviewpartner seinen Einfluss auf die Begegnungsstätte stärken wollte, Mitglieder des Beirats und des Begegnungsstättenvereins, die versuchten den gesteckten Zielen und dem

gesellschaftlichen Auftrag, der sich aus der öffentlichen Finanzierung ergab, in Abgrenzung vom Dachverband gerecht zu werden sowie Mitgliedern der Moscheegemeinde, die sich teilweise durch das Wirken der Begegnungsstätte im selben Gebäude in ihrem Gemeindeleben gestört sahen. Auch ergaben sich Finanzierungsschwierigkeiten, die die Zuschüsse durch den Dachverband erforderlich machten, was tendenziell die Abhängigkeit der Begegnungsstätte von der DITIB-Zentrale stärkte. Zudem gab es Veruntreuungsvorwürfe gegen die damalige Geschäftsführerin der Begegnungsstätte, was die formalrechtliche und damit zugleich die moralische Legitimität der Einrichtung zeitweise erheblich schwächte.

Durch die bestehenden Probleme gab es zwischenzeitig eine Entkopplung zwischen der Außendarstellung (Bereitschaft, dem gesellschaftlichen Auftrag nachzukommen) und dem Handeln der Moscheegemeinde und des Begegnungsstättenvereins (zeitweise Kürzung der Angebote). Dies führte zu einer Vielzahl negativer Legitimitätsbewertungen in bundesweiten und regionalen Medien und diversen Stakeholdern, z. B. einem Duisburger Polizisten, was die Schwierigkeit des Umgangs mit der „super visibility“ der Moscheegemeinde durch das Moscheebauprojekt veranschaulicht. Bezüglich der öffentlichen Aufmerksamkeit, der Gebäu- degröße und der sozio-religiösen Infrastruktur und die auch für Externe konzipierte Angebote unterscheidet sich der vorliegende Fall von den anderen Fallstudien aus Bonn, Witten und Her- ten. Die finanzielle Förderung mit öffentlichen Mitteln stellt im vorliegenden Sample ein Al- leinstellungsmerkmal dar. Dies führte u. a. dazu, dass die Zahl der Stakeholder und Erwartun- gen, denen es nachzukommen galt, weit höher war als in anderen Fällen. Das nächste Kapitel untersucht den Fall der Al-Muhajirin-Moschee, der sich im Gegensatz zum vorliegenden Fall durch bereits am Anfang vorhandene Legitimitätsprobleme und Widerstände in der Kommu- nalpolitik auszeichnet.

## **7 Hauptfallstudie: Die Al-Muhajirin-Moschee in Bonn – Angst vor „Ghettoisierung“ vs. Religionsfreiheit**

Nachdem das Moscheebauprojekt in Duisburg-Marxloh behandelt und dargestellt wurde, wie eine Moschee mit einer hohen Legitimität und ohne großen Widerstand entstehen konnte, gehe ich in diesem Kapitel auf das Moscheebauprojekt der Al-Muhajirin-Moscheegemeinde<sup>256</sup> in Bonn ein, bei dem es Legitimierungsprobleme auf mehreren Dimensionen insbesondere hinsichtlich der Bewertung durch einige kommunalpolitische Entscheidungsträgern gegeben hat. Diese Fallstudie bringt auch einige Unterschiede hinsichtlich der legitimitätsrelevanten Vernetzungsstrukturen arabisch geprägter im Vergleich zu türkisch geprägter Moscheegemeinden, wie z. B. im vorherigen Fall, zum Ausdruck. Zunächst wird der Kontext des Geschehens vorgestellt, indem ich auf die Sozialstruktur Bonns eingehe und besonderen Fokus auf die muslimische Bevölkerung und die Moscheegemeinden lege. Anschließend skizziere ich chronologisch den Ablauf des Moscheebauprozesses von der Idee, die Moschee zu errichten, bis zu ihrer Einweihung. Anschließend beschreibe ich, mit welchen Schritten die Moscheegemeinde und ihre Unterstützer versucht haben, das Bauprojekt in der Bonner Stadtgesellschaft zu legitimieren, und wie aus einem anfangs u. a. durch die abneigende Haltung einiger politischer Entscheidungsträger blockierten Projekt letztendlich eine repräsentative Moschee entstehen konnte. Dominante Bezugnahmen im lokalen bzw. regionalen Legitimierungsdiskurs, die sich von denen im Marxloher Moscheebauprojekt unterscheiden, werden in Kapitel 7.2. vorgestellt. Daraufhin charakterisiere ich die Legitimität des Moscheebauprojekts anhand der in Kapitel 4.3 erstellten Kriterien. Die Zeit nach der Errichtung der Moschee von 2013 bis 2017 werde ich ebenfalls beleuchten und danach fragen, wie die Legitimität des Projekts aufrechterhalten wurde. Das Kapitel 7.2.5 legt dar, in welcher Form die neue Moschee im öffentlichen Raum präsent ist und welche Angebote sie beinhaltet. Als nächstes folgt, basierend auf den vorherigen Unterkapiteln, das Kapitel 7.2.6 mit der Analyse, inwiefern die bestehende Vernetzung für das Moscheebauprojekt von Vorteil war und wie das Bauprojekt und die Unterhaltung der Moschee sich auf die Vernetzung der muslimischen Gemeinde auswirkten. Am Ende werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst.

### **7.1 Ausgangslage und stadträumlicher Kontext**

#### **7.1.1 Die ehemalige Hauptstadt als Heimat vieler Nationen und einer heterogenen muslimischen Bevölkerung**

Die ehemalige Hauptstadt und heutige Bundesstadt mit einer Bevölkerung von ca. 333.000 Einwohnern (vgl. Website Stadt Bonn<sup>257</sup>) ist Standort für verschiedene Bildungseinrichtungen, darunter die Friedrich-Wilhelms-Universität, und nach wie vor Sitz mehrerer Bundesbehörden, z. B. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der, zweite Sitz der Kanzlerin und des Bundespräsidenten. Außerdem ist die am Rhein gelegene

---

<sup>256</sup> Die erste Bauvoranfrage wurde im Jahr 2006 gestellt und im Jahr 2013 wurde die Moschee eingeweiht.

<sup>257</sup> [HTTPS://WWW.BONN.DE/SERVICE-BIETEN/AKTUELLES-ZAHLEN-FAKTEN/BONN-IN-ZAHLEN.PHP](https://www.bonn.de/service-bieten/aktuelles-zahlen-fakten/bonn-in-zahlen.php), letzter Zugriff am 24.06.2021.

Stadt international ausgerichtet, was sich unter anderem durch den Sitz von 16 Organisationen der Vereinten Nationen und mehreren international agierenden NGO's zeigt. Wirtschaftlich ist Bonn trotz des Verlusts des Hauptstadtstatus relativ solide aufgestellt. Neben den immer noch ansässigen Behörden sind diverse große Dienstleistungsunternehmen in der Stadt angesiedelt. Die Arbeitslosenquote in Bonn liegt bei 7,8 % (vgl. Website Bundesagentur für Arbeit, Berichtsmonat Mai 2021<sup>258</sup>).

Im Laufe der Nachkriegsgeschichte zog Bonn eine Vielzahl von Migranten an, die wie in vielen anderen Städten Westdeutschlands wegen der Arbeitsplätze in der Industrie kamen oder als Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen ihrer Länder in Bonn arbeiteten. Zu nennen sind ferner Flüchtlinge z. B. aus Bosnien, Irak und anderen Krisenregionen. So zählt Bonn aktuell zu den ausgesprochen multikulturellen Städten Deutschlands. Offizielle Statistiken zeigen, dass über 30 % der Bonner Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat und sich aus insgesamt 174 Ländern, darunter vielen muslimisch geprägten Ländern, zusammensetzt (vgl. Website Stadt Bonn<sup>259</sup>). In der traditionell katholisch geprägten Stadt leben ca. 36.000 Muslime, das sind ca. 10,8 % der Bevölkerung (vgl. Bundesstadt Bonn Statistikstelle 2020: 11). Die Prägung der muslimischen Bevölkerung ist eng mit der Geschichte der Stadt verwoben. So kamen neben den Arbeitsmigranten aus der Türkei, Marokko, Tunesien und Jugoslawien auch Botschaftsmitarbeiter und ihre Familienangehörigen. Neben muslimischen Flüchtlingen aus Krisengebieten wie Syrien, Afghanistan und Bosnien-Herzegowina kamen Muslime wegen der vielfältigen Bildungsmöglichkeiten in die Stadt.

Infolgedessen ist die muslimische Bevölkerung in Bonn hinsichtlich der Herkunft und des sozialen Milieus heterogener als z. B. in den Ruhrgebietsstädten. Raida Chbib (2015) stellt in ihrer Studie zu islamischen Vereinigungen und Einrichtungen in Bonn fest, dass die in den letzten Jahrzehnten entstandenen muslimischen Zusammenschlüsse primär aus drei verschiedenen sozialen Milieus erwachsen sind. Sie nennt das Arbeitermilieu, die diplomatischen Kreise und den studentisch-akademischen Zirkel. Die meisten Moscheen wurden von türkischen oder nordafrikanischen muslimischen Arbeitern gegründet (Chbib 2015: 43). Neben den „klassischen“ Moscheevereinen haben sich andere muslimische Gruppierungen herausgebildet wie studentisch-islamische Gruppen und Frauengruppen, die kollektiv ihrem Glauben nachgehen und für ihre Aktivitäten zum Teil Räumlichkeiten in den bestehenden Moscheen anmieten. Ein Beispiel ist die Jugendbewegung „Lifemakers“, die sich auf ihren islamischen Hintergrund bezieht, mittlerweile mehrere Lokalgruppen in Deutschland aufweist und unter anderem im Bereich der Obdachlosenspeisung am Hauptbahnhof und Nachhilfeunterricht tätig ist (vgl. Chbib 2015: 31).

Aktuell befinden sich auf dem Bonner Stadtgebiet mindestens neun Moscheen, von denen laut dem Portal „moscheesuche.de“ zwei der DITIB, eine dem VIKZ und eine weitere der IGMG angehören. Neben den vier türkisch geprägten Moscheegemeinden gibt es noch eine

---

258 <https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-geltungsbereich/politische-gebietsstruktur/kreise/nordrhein-westfalen/05314-bonn-stadt.html>, letzter Zugriff am 24.06.21.

259 <https://www.bonn.de/service-bieten/aktuelles-zahlen-fakten/bonn-in-zahlen.php>, letzter Zugriff am 24.06.2021.

bosnische und mehrere arabisch geprägte Moscheegemeinden, darunter auch die Al-Muhajirin-Moscheegemeinde (vgl. Int. Bayer, Chbib 2015).

Die Moscheegemeinden haben im Laufe der letzten Jahrzehnte ihre Angebote weiter ausgebaut und ausdifferenziert und wechselten oder vergrößerten dafür ihre Räumlichkeiten (Chbib 2015: 46, 48). Eine muslimische Einrichtung, die über die Stadtgrenzen Bonns hinaus bekannt ist, ist die 2017 geschlossene König-Fahd-Akademie im Stadtbezirk Bad Godesberg. Die Einrichtung wurde von Saudi-Arabien finanziert und stand somit unter dem Einfluss eines Staates, der eine sehr restriktive Form des Islam, den Wahabismus, propagiert (vgl. Kap. 2). Die Schule mit zuletzt 150 Schülern verfügte über eine angeschlossene Moschee, die mit einem Minarett ausgestattet war (vgl. Website König-Fahd-Akademie<sup>260</sup>). Bis auf die in den 90er Jahren gegründete arabische Akademie sind die Bonner Moscheen eher klein und architektonisch unscheinbar. Parallel zur Al-Muhajirin-Gemeinde erbaute eine DITIB-Gemeinde in der Bonner Altstadt eine repräsentative Moschee, was im Vergleich zum Moscheebauprojekt der Al-Muhajirin-Gemeinde wesentlich konfliktfreier verlief.<sup>261</sup>

Ein Teil der Bonner Muslime war seit 2006 im Rat der Muslime (RMB)<sup>262</sup> organisiert. Der RMB wurde als Reaktion auf den Karikaturenstreit gegründet und war ein Zusammenschluss von neun Moscheevereinen<sup>263</sup> und drei weiteren muslimischen Organisationen<sup>264</sup> (GA 21.09.06). Das Ziel war es zum einen, die verschiedenen muslimischen Organisationen zu bündeln, und zum anderen, einen gemeinsamen Ansprechpartner für Politik und Verwaltung zu stellen. Übergeordnetes Ziel war es, sich für die Interessen von Muslimen in der Stadt zu engagieren und Probleme wie Islamunterricht, Diskriminierung von Muslimen und Bekleidung im Sportunterricht zu thematisieren (ebd.). Eine Schilderung des Initiators des Rates der Muslime, Hamit Bulut, verdeutlicht, dass die Gründung des Rates den Versuch darstellt, den städtisch erwarteten Strukturen von einem einheitlichen Ansprechpartner zu entsprechen<sup>265</sup>, damit den lokalen Islamdiskurs zu beeinflussen und gesellschaftspolitische Herausforderungen (z. B. Arbeitsleben, Schule), im Gegensatz zu theologischen Debatten, anzugehen (vgl. Int. Bulut). Der RMB war im Legitimierungsdiskurs des Moscheebauprojekts sehr aktiv, stellte jedoch seine Aktivitäten im Jahr 2013 weitgehend ein. Laut Aussage des Gemeindesprechers in

<sup>260</sup> [HTTP://WWW.KFA-BONN.DE/](http://www.kfa-bonn.de/), letzter Zugriff am 12.08.16.

<sup>261</sup> Dies äußert sich an den Aussagen der Interviewpartner, an der weitgehend positiven Berichterstattung und an der Tatsache, dass die Bauvoranfrage zur Nutzungsänderung des vorhandenen Gebäudes von der Verwaltung relativ schnell positiv beschieden wurde. Es gab zwei Bürgeranträge von Personen aus der Nachbarschaft („Bewohner der Bornheimer Str. 102-108“). Diese äußerten im Kern (städtebauliche) Bedenken hinsichtlich der Parkplatzsituation und des Verkehrsaufkommens, aber auch Befürchtungen, dass sich die neue Moschee auf die Zusammensetzung der Bevölkerung sowie die Geschäftsstruktur negativ auswirken könnte.

Im Bürgerausschuss sprachen sich die Politiker für die Genehmigung aus und die Verwaltung verwies auf die Rechtslage, bestätigte die formalrechtliche Legitimität des Vorhabens und versuchte, die Bedenken zu zerstreuen, indem sie die Auswirkungen des Moscheebaus auf den Stadtteil relativierte.

<sup>262</sup> Vgl. [HTTP://MUSLIMRAT-BONN.DE/](http://muslimrat-bonn.de/), letzter Zugriff 12.02.13. Auftakt der (öffentlichkeitswirksamen) Kontakte zwischen dem RMB und der Kommunalpolitik sowie den Behörden war eine Einladung zum Fastenbrechen am 20.10.06 (vgl. KStA 20.10.06).

<sup>263</sup> Fünf arabische, drei türkische Gemeinden und eine bosnische Gemeinde (GA 21.09.06). Die DITIB-Gemeinden nicht im Rat der Muslime (RDM) vertreten. Der Gemeindesprecher der DITIB-Gemeinde, die zeitgleich ihre Moschee errichtete berichtet:

„Nein, nein. Und dann unterhält man sich, wie läuft's bei euch, gibt's Probleme oder wie habt ihr dies oder jenes gemacht oder mit wem arbeitet ihr. So was. Aber, also nicht Absprache in dem Sinne, das machen wir gemeinsam dies oder jenes so. Austausch. [...] Also, Rat der Muslime ist ja etwas, was es nur hier in Bonn gibt. Gibt's auch in anderen Städten, aber es ist etwas Lokales. Aber wir sind über unsere Organisation schon deutschlandweit verankert, vernetzt mit den anderen“ (Int. Korkmaz). Aus den Aussagen des Gemeindesprechers lässt sich schließen, dass die Mitgliedschaft im RDM nicht als notwendig angesehen wird, weil die Zugehörigkeit zum DITIB-Dachverband schon einen überregionalen Austausch ermöglicht.

<sup>264</sup> Deutsche Muslim-Liga, Islamische Hochschulvereinigung, Muslimischer Sozialbund

<sup>265</sup> Sein skeptischer Unterton lässt erkennen, dass seiner Meinung nach die Forderung nach einem einheitlichen Ansprechpartner als Vorwand genutzt wurde, die muslimischen Positionen nicht ernst nehmen zu müssen

Sommer 2017 ruhten die Aktivitäten und der Austausch zwischen den entsprechenden Akteuren sei informeller Natur wie gegenseitige Besuche, Teilnahme am Gebet, Hochzeiten etc. (vgl. Telefoninterview Fischer). Ein Grund für die Einstellung der Aktivitäten kann der Umstand sein, dass der RMB wegen seiner Verbindungen zu Salafisten unter Druck geraten ist. Der damalige Sprecher Karim Lakhal beteiligte sich laut einigen Presseartikeln u. a. an der Werbung für eine Benefizveranstaltung, die von Akteuren, u. a. „Helfen in Not“ (vgl. Drucksache 16/7654), organisiert wurde, die vom Verfassungsschutz NRW als fundamentalistisch eingestuft wurden (vgl. GA 04.10.13, GA 08.12.13, vgl. auch Website Stadt Bonn 09.10.13<sup>266</sup>).<sup>267</sup>

Nennenswert für die Charakterisierung der Muslime in Bonn ist die Gründung des Bündnisses für Frieden & Fairness (BFF), später in Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG) Bonn umbenannt, in dem sich Vertreter der Al-Muhajirin-Gemeinde ebenfalls engagieren. Das Bündnis ist aus den bestehenden Strukturen des Rates der Muslime entstanden, sieht sich aber offiziell als unabhängig von diesem Gremium. Es setzt sich primär aus Muslimen zusammen, stellt sich jedoch nicht als eine muslimische Gruppierung dar und möchte nach eigenen Angaben alle Menschen, insbesondere aber die mit Migrationshintergrund, ansprechen. Da der RMB nach Auffassung der Beteiligten keine ausreichende Resonanz bekommen hat, wurde der Beschluss gefasst, ein Bündnis zu gründen, das eine direkte politische Vertretung im Stadtrat hat, was mit dem Einzug von zwei Vertretern in den Stadtrat mit den Kommunalwahlen 2009 realisiert werden konnte (vgl. DER TAGESSPIEGEL 02.09.09).<sup>268</sup> Das Bündnis artikuliert seine Interessen als „pressure group“ u. a. zu spezifisch islam- oder muslimbezogenen Themen, indem es verschiedene Anträge, die die Situation von Muslimen thematisieren, über seine Ratsmitglieder in den Stadtrat und den Integrationsrat einbringt. Ein Beispiel, welches das Thema Moscheebau allgemein betrifft, war eine Anfrage, mit der u. a. der Vorstandsvorsitzende der Al-Muhajirin-Gemeinde als BIG/BFF-Mitglied im Integrationsrat die Verwaltung nach vorhandenen Flächen für Moscheebau gefragt und darauf hingewiesen hat, dass „die vorhandenen Gebetsplätze für MuslimInnen dem Bedarf nicht gerecht“ (DS 1112672) würden.

Die kurze Darstellung von muslimischen Organisationen und ihren Tätigkeiten zeigt, dass die in Kapitel 2 und 4 genannte Funktion von religiösen Migrantenorganisationen Interessenartikulation („claims-making“) in Bonn verhältnismäßig stark ausgeprägt ist. Inwiefern sich dies in dem Moscheebauprojekt der Al-Muhajirin-Gemeinde ausdrückt, wird im weiteren Verlauf der Arbeit diskutiert, indem gezeigt wird, dass die Al-Muhajirin-Gemeinde mithilfe des RMB den Legitimierungsdiskurs stark geprägt hat und Muslime versucht haben, Druck auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben (vgl. Kap. 7.3).

---

<sup>266</sup> [HTTPS://WWW.BONN.DE/RAT\\_VERWALTUNG\\_BUERGERDIENSTE/PRESSEPORTAL/PRESSEMITTEILUNGEN/23581/INDEX.HTML?LANG=DE](https://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/presseportal/pressemitteilungen/23581/index.html?lang=de), letzter Zugriff am 12.10.14.

<sup>267</sup> Es handelt sich um eine Person, die erst 2013 Sprecher des RMB geworden ist und im Legitimierungsprozess des Moscheebauprojekts der Al-Muhajirin-Gemeinde keine Rolle gespielt hat.

<sup>268</sup> 2010 hat sich BFF mit zwei weiteren Wählervereinigungen aus Köln und Gelsenkirchen zu der Kleinpartei „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ (BIG) zusammengeschlossen, die eine der ersten, von Muslimen gegründeten Parteien in Deutschland ist und als AKP nah gilt (vgl. DER SPIEGEL 16.09.11).



### 7.1.2 Bonn als „Hochburg des Islamismus“?

Parallel zur Entwicklung der islamistischen Szene in Deutschland (vgl. Kap. 2.2) und dem damit verbundenen Gefährdungsdiskurs entwickelte sich auch in der Bundesstadt eine öffentliche Debatte um muslimischen Extremismus und die davon ausgehende Gefahr. Die besondere Problemlage in der Stadt schildert der damalige Vorsitzende der Bonner SPD:

„Ja, Bonn ist ein bisschen ein gebranntes Kind, ist das Problem. Also Bonn ist mit den Verhandlungen, die nach dem 11. September auch in Deutschland stattgefunden haben, immer wieder in den Fokus der Ermittlungen geraten. Dass es hier Kontakte gab mit einem der Attentäter des 11. Septembers etc. Dann gab es die King Fahd Akademie, wo deren Bücher auch quasi dazu aufriefen, den Verfassungsstaat abzuschaffen, solche Geschichten also, die auch dann nicht geschlossen worden ist, aber doch massiv eingegrenzt wurde in ihren Möglichkeiten. Und das alles hat in Bonn natürlich auch in der Kommunalpolitik die Leute erschrocken und auch überfordert“ (Int. Peters).

Diese Aussage erfolgte unmittelbar im Zusammenhang mit den Ausführungen zu Angeboten in muslimischen Einrichtungen in Bonn. Daraus wird ersichtlich, welche starke Verbindung zwischen den Angeboten in Moscheegemeinden und dem Gefährdungsdiskurs gezogen werden. Neben den personellen Verbindungen zu den islamistischen Attentaten am 11. September 2001 in den USA ergab sich offensichtlich auch eine besondere Problemlage mit der Einrichtung der König-Fahd-Akademie. Diese Erfahrungen und die vom Interviewpartner geschilderte Überforderung und Unsicherheit prägten den Deutungsrahmen des Moscheebauprojekts der Al-Muhajirin-Gemeinde, auch wenn es keinerlei bekannte personelle Vernetzung zwischen der Moscheegemeinde und der Akademie gab. Die realen extremistischen Tendenzen und die diskursive Behandlung der Gefahr floss in die Legitimitätsbewertungen bzw. den Legitimitätsdiskurs ein. Deshalb soll hier kurz auf die islamistischen Tendenzen und den Bonner Gefährdungsdiskurs eingegangen werden.

In den Interviews mit der Integrationsbeauftragten und der medialen Berichterstattung wird deutlich, dass Bonn als eine vom islamistischen Extremismus besonders betroffene Stadt gilt. 2005 wurde der damalige Sprecher der Bonner Polizei in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (10.03.05) mit folgenden Worten zitiert: „In Bonn gibt es weiter einen beachtlichen Anteil an Personen, die dem islamistischen Extremistenbereich zugeordnet werden“ (FAZ 10.03.05). Es ist ein Satz, der die Problemlage und den islambezogenen Diskurs in Bonn verdeutlicht.

Eine besondere Problemlage gab es in Zusammenhang mit der König-Fahd-Akademie in Bad Godesberg. Sie ist wegen islamistischen Inhalten und Verbindungen negativ in Schlagzeilen geraten. Neben den schulischen Angeboten, die juristisch nicht der deutschen Schulaufsicht unterstehen, wird von der Akademie eine Moschee unterhalten, die freitags von vielen Gläubigen aus der Umgebung besucht wird. Unterschiedliche Berichte, die sich auf Aussagen der Polizei Bonn sowie Aussagen des Islamwissenschaftlers Ralph Ghadban stützen,

beschrieben kritikwürdige Tendenzen in der Akademie.<sup>269</sup> Ghadban konstatiert, dass durch die Vermittlung entsprechender Inhalte bei den Schülern die Bereitschaft zu einem gewalttätigen Terrorismus geweckt werden könne (vgl. ARD 23.10.03). Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (23.06.04) veröffentlichte Übersetzungen aus Schulbüchern der Akademie und stellte ebenfalls problematische Inhalte fest. Der entsprechende Artikel mit dem Titel „König-Fahd-Akademie verherrlicht Kampf gegen ‚Ungläubige‘“ vom 23.06.04 präsentiert Passagen, in denen der Märtyrertod verherrlicht und das Bild von einer Feindschaft zwischen Muslimen und Christen sowie Juden gezeichnet wird.<sup>270</sup> Außerdem lagen der Polizei Informationen vor, die auf Verbindung von Besuchern der Fahd-Akademie zu Al-Qaida hinwiesen (vgl. ARD 23.10.03). Die Fahd-Akademie schien eine Anziehungskraft auf arabische Familien zu haben, die sich aus verschiedenen Regionen des Vorderen Orients um die Akademie herum angesiedelt haben sollen. Dabei soll es sich zum Teil um besonders konservative Personen gehandelt haben, die nicht wollten, dass ihre Kinder „westliche“ Schulen besuchen. Auch Islamisten sollen sich von der Akademie angesprochen gefühlt haben und zogen in ihre Nähe (vgl. DIE ZEIT 15.09.16).

Im Zusammenhang mit Islamismus wurde zudem die Muhsinin-Moscheegemeinde in Bonn-Beul sowohl in der Presse als auch in den Interviews mehrmals erwähnt. In diese marokkanisch geprägte Moschee gingen laut unterschiedlichen Zeitungsberichten (vgl. DIE ZEIT 30.04.09) unter anderem die Brüder Mounir und Yassin C., die später als Dschihadisten nach Wasiristan ausgewandert sind. Außerdem lud die Moscheegemeinde Prediger von dem salafistischen Verein „Die wahre Religion“ ein. Noch bevor das geplante Seminar stattfinden konnte, sprach sich das in der Stadt herum und die Moscheegemeinde wurde von Stadtverwaltung und Kommunalpolitik mit dem Vorwurf direkt konfrontiert. Laut Aussagen der Integrationsbeauftragten sagte die Gemeinde das Seminar anschließend ab.<sup>271</sup>

Aufgrund dieser Entwicklungen setzte sich in der Bonner Kommunalpolitik und Verwaltung die Einstellung durch, dass die Kommune mehr Kontrolle über die Aktivitäten und Strukturen muslimischer Organisationen ausüben müsse (vgl. Int. Peters).

<sup>269</sup> So zeigte die ARD in der TV-Sendung Panorama vom 23.10.03 Aufnahmen von einer Predigt, die mit einer versteckten Kamera gefilmt wurde und in der der Imam zum Jihad aufrief. Die Übersetzung wurde als Text eingeblendet: „Ihr müsst euch um die körperliche Ertüchtigung Eurer Kinder kümmern. Bringt ihnen das Speerwerfen, das Schwimmen und das Reiten bei, damit sie stark und tapfer werden – und bereit sind, in den Dschihad, den Heiligen Krieg zu ziehen. Im Namen Allahs“ (schriftliche Übersetzung des ARD, Presseerklärung 02.10.03).

<sup>270</sup> So ist in der Zeitung z. B. folgende Passage zu finden: „Ein Schüler der siebten Klasse lernt aus dem Lesebuch, daß Allah denen, ‚denen es vergönnt ist, auf dem Weg Gottes zu sterben, (...) ein Leben im Paradies schenken (wird). (...) Und sie (die Kämpfer) werden auch glücklich sein, dort zu erfahren, was Allah für die noch lebenden Mudschaheddin an Belohnungen und Verzeihungen bereithält‘“ (FAZ 23.06.04).

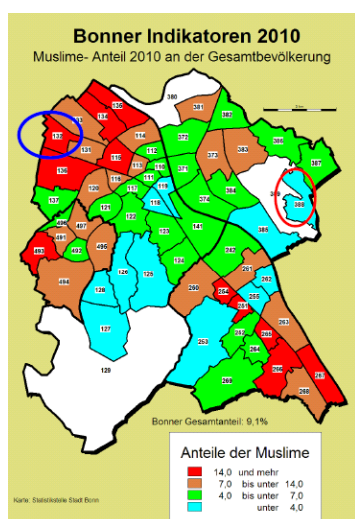
<sup>271</sup> Bemerkenswerterweise gibt es zur Reaktion der Al-Muhsinin-Gemeinde unterschiedliche Bewertungen durch die Interviewpartner. Die Integrationsbeauftragte berichtet, dass sie Gespräche mit der Al-Muhsinin-Gemeinde gehabt hätte, und entwickelte einen differenzierten Blick, wie das folgende Zitat zeigt: „Und ich hab eigentlich immer so einen Anknüpfungspunkt entweder über bestimmte Themen wie bei Muhsinin, wo es zum Beispiel um die Seminare mit dem Verein ‚Die Wahre Religion‘ ging, wo ich aber jetzt auch ein gutes Gespräch hatte mit einem Vertreter des Vereins, wo ich auch weiter dran arbeiten möchte. Und auch weiß, dass es da Akteure und Mitglieder, die eigentlich das alles gar nicht wollen und auch anders möchten. Wo ich auch immer davor warne, dass man direkt so einen ganzen Moschee-Verein abhakt. Außer man kann da wirklich nachweislich feststellen, dass da solche extremistischen Sachen insgesamt gelaufen sind“ (Int. Bayer). In ihren Worten wird eine Determiniertheit ersichtlich, Problemlösungen durch Dialog zu suchen. Als Bedingungen für die Problemlösung erscheinen dialogbereite Gemeindemitglieder und ihr differenzierter Blick auf die Gemeinde. Sie scheint entsprechende Personen gefunden zu haben, die den problematischen Tendenzen in der Gemeinde selber glaubhaft kritisch gegenüberstehen. Hinter ihren Ausführungen steht die Erkenntnis, dass eine Moscheegemeinde aus verschiedenen Strömungen bzw. Gruppierungen bestehen kann. Der damalige Vorsitzende der Bonner SPD zeigte sich hingegen von der Moscheegemeinde enttäuscht, brach die Kontakte ab und distanzierte sich von der Gemeinde, da sie, seiner Meinung nach, das Problem verharmloste, anstatt sich zu distanzieren.

### 7.1.3 Tannenbusch – Die Hochhaussiedlung im Norden Bonns

Der Standort der Al-Muhajirin-Moschee ist Bonn-Tannenbusch, ein Stadtteil, der einen besonders hohen Anteil an Migranten und Muslimen aufweist. Der Bonner Ortsteil Tannenbusch besteht aus Alt-Tannenbusch und Neu-Tannenbusch. Neu-Tannenbusch, in dem sich das erste anvisierte Grundstück für den Moscheebau befand, wurde als eine Wohngroßsiedlung in den 1970er Jahren u. a. als Reaktion auf Wohnungsknappheit errichtet und ist von mehrgeschossigen Hochhäusern geprägt. Im Norden der Siedlungen befinden sich Einfamilienhaussiedlungen im Reihenzstil. Dem Integrationskonzept ist zu entnehmen, dass in Neu-Tannenbusch 55,8 % der Bevölkerung ausländische Wurzeln haben (vgl. Bonn 2010). Laut der offiziellen Bevölkerungsstatistik der Stadt Bonn ist Tannenbusch der Stadtteil mit dem höchsten Anteil an Muslimen (vgl. Statistikstelle Stadt Bonn 07.06.10, Abbildung 19).

Seit einigen Jahren ist der Stadtteil von verschiedenen Problemlagen geprägt. So betrug die Arbeitslosenquote im Jahr 2010 19 %, was im Vergleich zu den meisten anderen Stadtteilen sehr hoch ist. Die niedrige sozio-ökonomische Stellung der Bewohner wird begleitet von Geschäftsschließungen und einem zunehmenden Leerstand. Diese sozialen Probleme in Verbindung mit dem hohen Migrantenanteil führten zu einem negativen öffentlichen Image des Stadtteils. Entsprechend wird der Stadtteil mit Begriffen wie „Ghetto“ oder „sozialer Brennpunkt“ etikettiert. Schlagzeilen wie „Brennpunkt Tannenbusch – Macht unser Viertel lebenswerter!“ im EXPRESS (24.05.12) und „Problemviertel Tannenbusch – Nährboden für Salafismus?“ im Bonner Generalanzeiger (17.11.14) verdeutlichen dies nachdrücklich. Wegen der Präsenz von Islamisten in den Stadtteilen verdichtete sich der Bonner Gefährdungsdiskurs vor allem auf die Stadtteile Lannesdorf (Standort der König-Fahd-Akademie) und Tannenbusch (vgl. Kapitel 7.2.3).

Abbildung 15: Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung, nach statistischen Bezirken



Quelle: Statistikstelle Stadt Bonn

Wegen der vielfachen Problemlagen stellte die Stadtverwaltung einen Antrag beim Land NRW um die Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. 2009 wurde der Stadtteil in

das Programm aufgenommen (vgl. Website Soziale Stadt<sup>272</sup>). Unter anderem sollen Bildung und Beschäftigung im Stadtteil steigen, Orte für Kommunikation und Aktivität geschaffen sowie das Image des Stadtteils verbessert werden (vgl. ebd.).

#### **7.1.4 Bonner Integrationspolitik**

In ihrem Integrationskonzept stellt die Stadt Bonn, wahrscheinlich auch unter dem Eindruck der islamistischen Tendenzen in der Stadt, die Beziehung zwischen Migranten und der Aufnahmegesellschaft ausdrücklich auf die normative Grundlage des Grundgesetzes, welches den Rahmen des Handelns, Grundrechte sowie Verpflichtungen für beide Seite beinhaltet. Integration wird unter Rückgriff auf die Definition des Landes NRW beschrieben als ein „interaktiver Prozess, zwischen Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft, der sowohl eine Integrationsleistung der Zuwanderer als auch eine Veränderung der Mehrheitsgesellschaft beinhaltet“ (Stadt Bonn 2010). Dieses Verständnis von Integration impliziert bereits auch einen Wandel der Gesellschaft durch Migration und durch das Bestehen von entsprechenden, auch religiösen Minderheiten in der Stadt. Die Stadt Bonn versteht Integration in Anlehnung an die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement als eine „gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Geschehen in all seinen Facetten“ (Stadt Bonn 2010: 8). Entsprechend wird der Wille geäußert, die Bürgerbeteiligung von Migranten zu stärken. Großer Wert wird auf die Kooperation mit Migrantenorganisationen gelegt, die als ein Instrument zur Partizipation und Mitgestaltung der Stadt durch Migranten gesehen werden. Dabei werden Migrantenorganisationen zum einen als Brücken zu Menschen gesehen, die von deutschen Einrichtungen nicht hinreichend erreicht werden. Dem Integrationskonzept zufolge handelt es sich um Instanzen, die in den „jeweiligen Herkunftsgruppen Rückhalt und Gehör finden“ (Stadt Bonn 2010: 36) und deswegen in die Institutionenlandschaft Bonns eingebunden werden und gefördert werden sollen. Zum anderen ist man bemüht, die Migrantenorganisationen als Berater und Unterstützer bestimmter Öffnungsprozesse in der Verwaltung zu nutzen. Zudem sieht die Stadt die Notwendigkeit, im Bereich von Gesundheit und Pflege mit den Migrantenorganisationen zusammenzuarbeiten sowie die sozialen Einrichtungen mit den Migrantengruppen zu vernetzen. Es wird deutlich, dass die Vernetzung und Kooperation mit den Migrantenorganisationen als ein wichtiges Mittel der Integration vor Ort betrachtet wird, was zugleich einer Professionalisierung bedürfe. Das Integrationskonzept legt besonderen Fokus auf Muslime. Die Ausführungen im Integrationskonzept honorieren die Brückenfunktion der Moscheegemeinden, indem z. B. die interreligiösen Dialoginitiativen wie der Arbeitskreis Muslime und Christen im Bonner Norden (MuChri) und der Interreligiöse Dialogkreis in Bad Godesberg (vgl. Stadt Bonn 2010: 41) angeführt werden. Zugleich werden Herausforderungen wie die mangelnde Transparenz des Gemeindelebens und Probleme wegen der Nicht-Teilnahme von Schülerinnen an Klassenfahrten angesprochen (vgl. ebd.), ohne jedoch in einen Gefährdungsdiskurs zu verfallen und pejorative Begriffe wie „Parallelgesellschaft“ oder „Ghetto“ zu verwenden. Die Vorkommnisse um Islamisten aus Bonn werden nicht erwähnt, vermutlich um

---

<sup>272</sup> <https://www.soziale-stadt-nrw.de/?ST=BONN-TANNENBUSCH>, letzter Zugriff am 12.12.13.

nicht zu einer Stigmatisierung der Bonner Muslime beizutragen. Die Stadt bekräftigt, dass der Dialog mit Muslimen einen besonderen Schwerpunkt der Integrationsarbeit darstellt.

Der Linie der Kooperation mit Migrant\*innenorganisationen entsprechend, werden auch Moscheevereine als wichtige Ansprechpartner definiert und eine Vertiefung der Kooperation wird ausdrücklich gewünscht. Neben der Inaussichtstellung von Förderung (vgl. Stadt Bonn 2010: 40) werden vor dem Hintergrund des Gefährdungsdiskurses klare Erwartungen an Muslime formuliert, sich allen voran um Engagement, Transparenz und Offenheit zu bemühen.

Diese Erwartungshaltungen werden in den Dienst des öffentlichen Bildes von Muslimen in der Stadt gestellt. So könnten Transparenz und Offenheit

„weit mehr als bisher dazu beitragen, dass nichtmuslimische Nachbarn, Stadtteilakteure, Organisationen, aber auch Kommunalpolitik, Kirchen und viele andere erfahren, welche Arbeit engagierte Muslime oder Moscheevereine – teilweise bereits seit langem – leisten. Auch der Tag der Offenen Moschee, der jedes Jahr am 3. Oktober stattfindet und an dem sich bereits etliche Moscheegemeinden in Bonn beteiligen, trägt dazu bei. Die Offenheit und Bereitschaft, sich – auch kritischen – Fragen zu stellen, ist eine wichtige Grundlage für Verständigung und Zusammenarbeit“ (Stadt Bonn 2010: 40).

Zusätzlich wird hier die Erwartung deutlich, dass Moscheegemeinden sich den aus dem Islamdiskurs ergebenden Fragen stellen sollten, und eine allgemeine Bereitschaft, sich inspicieren zu lassen, erwartet wird.

Vielfach stellt sich die Stadt Bonn als eine multikulturelle Gesellschaft dar und hebt ihre Weltoffenheit hervor (vgl. ebd.: 13, 39). Die multikulturelle und heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung fügt sich in das Selbstverständnis einer UN-Stadt: „Die UN-Stadt Bonn schätzt die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt ihrer Bewohnerinnen und Bewohner“ (ebd.: 26). Somit wird religiöse Vielfalt betont und die UN-Stadt gewährt als grenzüberwindende Zugehörigkeitskategorie verschiedenen Gruppen Zugang zur Bonner Identität.<sup>273</sup> Die integrationspolitische Relevanz von Moscheebauprojekten gesehen wird, wird daran deutlich, dass diese explizit ins Integrationskonzept aufgenommen wurden. In diesem Zusammenhang wird unter dem Eindruck der Aushandlungen der Wunsch, „durch Umbau und Neubau würdige Gebetsstätten zu errichten“ (ebd.: 41), anerkannt. Zugleich werden Transparenz und Offenheit sowie die Übernahme von „Verantwortung für das gute und nachbarschaftliche Miteinander im Viertel“ (ebd.) erwartet.

Wie anhand der kurzen Darstellung des historisch-räumlich Kontextes deutlich wird, ist auch Bonn stark durch Muslime geprägt, unterscheidet sich jedoch in der Geschichte und der Zusammensetzung der muslimischen Bevölkerung von anderen Großstädten Westdeutschlands. Nachdem ich den Handlungskontext der Fallstudie dargestellt habe, werde ich im nächsten

---

<sup>273</sup> Mittlerweile scheint sich ein offener Umgang mit der Multikulturalität der Städte in (West-) Deutschland durchgesetzt zu haben und gehört häufig zur Selbstdarstellung dazu.

Kapitel auf den zentralen Akteur, die Al-Muhajirin eingehen und den Ablauf ihres Moscheebauprojekts beschreiben.

## **7.2 Das Moscheebauprojekt: Fallskizze und Legitimität**

### **7.2.1 Fallskizze**

Bauherr ist der sunnitische Al-Muhajirin-Moscheeverein. Die Geschichte des Vereins reicht in die 1960er Jahre hinein. Damals hatten sich Studierende aus verschiedenen arabischen Ländern in einer angemieteten Altbauwohnung zu Gebeten getroffen. Da die Räumlichkeiten knapp geworden sind und es immer wieder zu Streitigkeiten mit der Nachbarschaft um Lärmbelästigung kam, verlegte die Gruppe ihre Aktivitäten in eine damals afghanisch geprägte Moschee an der Theaterstraße. In den 1990er Jahren kehrte ein Großteil der afghanischen Gemeinde in ihr Heimatland zurück und einige Personen aus der Studentengruppe übernahmen die Leitung und gründeten im Jahr 1997 in den gleichen Räumlichkeiten den neuen Verein „Al-Muhajirin e.V.“ (vgl. Int. Fischer, Chbib 2015). Der Verein hat über 60 Mitglieder und zum Freitagsgebet kamen in der alten Moschee zwischen 300 und 400 Gläubige zusammen. Im Gegensatz zu vielen anderen, v.a. türkischen Moscheegemeinden in Deutschland ist sie ethnisch sehr gemischt und gehört keinem Dachverband an. Der Großteil der Besucher stammt aus dem Nahen Osten (v.a. Syrien), Afghanistan und Nordafrika. Durch die starke arabische Prägung ist Arabisch die leitende Sprache in der Gemeinde. Das Grenzübergreifende seien nicht die nationalen Identitäten, sondern die Zugehörigkeit zur gleichen Religionsgemeinschaft:

„Also, dass was mir immer dazu einfällt, ist, dass wir halt, nach meinem persönlichen Geschmack, die bunteste Gemeinde ist. Also, ist, wirklich für alle offen, ich frag doch nicht welche Rechtsströmung angehört. Leute kommen zum Gebet, wenn am Freitag schaut, würde man wirklich sehen, dass wirklich in allen Reihen verschiedene Nationalitäten Fuß an Fuß stehen und dass es wirklich ein sehr brüderliches Verhältnis ist. Also die Gemeinsamkeit ist nicht aufgrund eines Passes, den man mit sich rumführt, äh, begründet, sondern, tatsächlich eine religiöse Identität, ja, die auch verbindet“ (Int. Fischer).

Eine weitere Besonderheit der Moscheegemeinde ist die Beständigkeit der Leitungsebene. Seit mehreren Jahren engagieren sich in der Moscheegemeinde vor allem zwei Personen: Der langjährige Moscheevereinsvorsitzende Mahmoud Kharrat, der von 1978 bis 1982 Kulturattaché der syrischen Botschaft war und Vorstandsmitglied Abdel Abbas, der in den 1980ern nach Deutschland gekommen ist. Beide sind seit der Gründung des Vereins im Gemeindevorstand und damit stärker verankert als in der Marxloher DITIB-Gemeinde. Ein Großteil der Vernetzung der Moscheegemeinde findet über Abbas statt. Er stellt einen gemeindeinternen Netzwerkakteur dar, der eine Schnittstelle zwischen der Moscheegemeinde und der sozialen Umwelt darstellt.

Die Moschee an der Theaterstraße befand sich in angemieteten Räumlichkeiten eines Gebäudes in einer zentral gelegenen Häuserreihe, unfern des Rheins. In den Räumen – ein

Gebetsraum für Männer, ein Gebetszimmer für Frauen und eine Wohnung für den Imam – wurden Koranunterricht, Seelsorge, Familienberatung, Pilgerfahrten und Freitagsgebete für die Gläubigen angeboten. Im Laufe der Jahre ist die Gemeinde gewachsen und empfand die vorhandenen Räumlichkeiten zunehmend als zu klein. Zudem gab es auch hier wegen fehlender Parkmöglichkeiten regelmäßig Konflikte mit den Nachbarn.

Motiviert durch eine große Spendenzusage von einer Million Euro eines im Ausland lebenden Katarers machte sich der Vorstand der Gemeinde auf die Suche nach geeigneten Grundstücken und meinte Anfang 2006 einen passenden Standort gefunden zu haben. Im Stadtteil Tannenbusch an der Hohen Straße befand sich eine alte Halle, die nach den Vorstellungen der Gemeinde zu einer Moschee umgebaut werden sollte. Der Moscheeverein stellte daraufhin eine Bauvoranfrage und trat damit unvorhergesehen in einen langjährigen Aushandlungsprozess ein. Der Plan der Gemeinde sah den Bau einer Moschee mit zwei Minaretten und einem angegliederten Kulturzentrum vor, welches Schulungs- und Jugendräume sowie einen Festsaal beinhalten sollte (vgl. GA 15.02.07).

Ende des Jahres 2006 wurde ein Bürgerantrag von Personen aus der Nachbarschaft des neuen Grundstücks gegen den Bau der Moschee bei dem Stadtrat eingereicht. Anfang 2007 wurde die Bauvoranfrage vom Bauordnungsamt abgewiesen mit dem Hinweis auf die Unzulässigkeit einer kulturellen Einrichtung in einem Industriegebiet, was nur in Ausnahmefällen möglich sei, einer Unvereinbarkeit mit dem bestehenden Bebauungsplan sowie eines Risikos, einer unerwünschten Verstärkung der ethnischen Segregation. Dieser Aspekt wurde im weiteren Verlauf des Aushandlungsprozesses zum Streitpunkt zwischen der muslimischen Gemeinde und der Stadtverwaltung.

Daraufhin protestierte die Moscheegemeinde durch einen Brief an den Bauamtsleiter und legte Einspruch gegen die Entscheidung ein. Der Unterausschuss Bauplanung des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz des Stadtrats bestätigte die Ablehnung der Bauvoranfrage, mit einer Mehrheit aus SPD und CDU, wohingegen die Grünen und die FDP gegen die Ablehnung waren. Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung jedoch, einen alternativen Standort für den Bau der Moschee zu finden. Anfang des Jahres 2008 wurde, auch als Reaktion auf die Streitigkeiten und Missverständnisse im Rahmen des Moscheebauprojekts, die Stelle einer Integrationsbeauftragten für die Stadt Bonn geschaffen. Die Integrationsbeauftragte hatte bedeutenden Anteil daran, dass der Gemeinde im Mai 2008 sechs verschiedene Standorte vorgeschlagen wurden. Nachdem sich die Moscheegemeinde für ein Grundstück an der Brühler Straße in Alt-Tannenbusch entschieden hatte, wurde der Prozess des Grundstückverkaufs eingeleitet. Im September 2009 gelang es nach mehreren Wochen der Aushandlungen zwischen Stadt und Moscheegemeinde über den Kaufvertrag, einen Kompromiss zu finden. Am 16.12.09 hat der Stadtrat dem Verkauf des städtischen Grundstücks zugestimmt und die Bauphase wurde eingeleitet.

Nach einer Phase von konstruktiven Verhandlungen zwischen Vertretern der Stadt und der Moscheegemeinde kam es zwischenzeitlich (Ende 2010/Anfang 2011) zu Störungen der Kontakte. Hintergrund war die Berichterstattung, die sich auf ein geheimes LKA-Papier stützte

und über islamistische Prediger berichtete, die in der Muhsinin-Moschee und der Al-Muhajirin-Moschee tätig gewesen sein sollen (vgl. GA 15.01.11 a, b). Nach einigen intensiven Diskussionen zwischen Vertretern der Moscheegemeinde und Akteuren aus Politik und Verwaltung sowie die Distanzierungen der Al-Muhajirin-Gemeinde von Islamisten beruhigte sich die Situation. Am 24.05.13 wurde die Moschee feierlich eingeweiht.

Tabelle 17: Chronologischer Ablauf des Moscheebauprojekts<sup>274</sup>

<b>Datum/Periode</b>	<b>Entscheidende Ereignisse, bzw. Phasen des Moscheeprojekts</b>
1960er	Arabische Studierende treffen sich zu Gebeten in einer angemieteten Wohnung
1990er 1997	Umzug in die Theaterstraße Gründung des Moscheevereins Al-Muhajrin
2006	Pläne in neue Räumlichkeiten kristallisieren sich raus, Stellung der Bauvoranfrage Rat der Muslime in Bonn (RMB) wird gegründet
08.08.06	Bürgerantrag gegen den Moscheebau
Februar 2007	Behandlung der Bauvoranfrage im Stadtrat Ablehnung der Bauvoranfrage
Anfang 2007-Mai 2008	Phase des Suchens nach Grundstücken für die Gemeinde Besuche der Fraktionen aus dem Stadtrat in der Moschee
Anfang 2008	Schaffung der Stelle der Integrationsbeauftragten
Juni 2008	Vorschlag von Grundstücken durch die Stadt / Integrationsbeauftragte
Mai 2008 – September 2009	Phase, Vorbereitung des Kaufs des Grundstücks
November 2008	Informationsveranstaltung über das geplante Bauvorhaben im Gemeindesaal der Apostelkirchgemeinde
30. August 2009	Kommunalwahl (OB + Stadtrat), neuer OB, ebenfalls von der SPD; BFF/BIG <sup>275</sup> wird in den Rat gewählt
September 2009	Aushandlung des Grundstückkaufvertrags
November 2009	Nutzungskonzept wird auf der Internetpräsenz der Moscheegemeinde präsentiert
14. Dezember 2009	Erneute Informationsveranstaltung über das geplante Bauvorhaben im Gemeindesaal der Apostelkirchgemeinde
16. Dezember 2009	Entscheidung im Stadtrat: Zustimmung zum Kaufvertrag. Im Vorfeld: mehrfache Anpassung des Nutzungskonzepts durch die Moscheegemeinde.
Ende 2009	Bauvoranfrage, Genehmigung/ Positiver Bauvorbescheid
2010	Kauf des Grundstücks

<sup>274</sup> Die Tabelle enthält Informationen aus der Gesamtheit des Kapitels zu der vorliegenden Fallstudie.

<sup>275</sup> BFF steht für Bündnis für Frieden & Fairness, später umbenannt in BIG-Bonn (Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit). Mitglieder der Al-Muhajirin-Gemeinde engagierten sich für diese Partei.



05. Februar 2010	Einrichtung der Arbeitsgruppe „Neue Moschee in Tannenbusch“
2010	Baugenehmigung
Ende 2010/Anfang 2011	Gespräche über Islamisten in der Al-Muhajirin-Moschee kommen durch ein internes Papier des LKA, das dem GA vorlag, auf. Darauf folgen konflikthafte Auseinandersetzungen zwischen Moscheegemeinde und anderen Akteuren, insbesondere CDU-Politiker. Es gibt Gespräche zwischen Verwaltung und dem Vorstand der muslimischen Gemeinde.
02.04.2011	Demonstration von Pro NRW gegen den Bau der Moscheen der Al Muhajirin und DITIB, begleitet von großen Gegendemonstrationen
Mai 2011- Mitte 2013	Bauprozess
31.01.2013	Firma des Gemeindevorsitzenden wird ins Handelsregister eingetragen AL-MUHAJIRIN HAJJ UND UMRA REISEN UND SERVICES
24.05.13	Einweihung der Moschee
Mitte 2013	Vorstand des RMB ruft zur Teilnahme an salafistischen Veranstaltungen auf und gerät in Kritik
Ende 2013	Kontakte zwischen dem RMB und der Stadt werden eingestellt, da der RMB sich nicht hinreichend von den Salafisten distanziert. Der RMB stellt seine Aktivitäten ein.

*Quelle: eigene Darstellung*

### 7.2.2 Legitimität des Moscheebauprojekts

Die Fallskizze deutet bereits darauf hin, dass das Moscheebauprojekt in Bonn weit mehr als ein städtebauliches Thema darstellte und erhebliche Legitimierungsprobleme aufwies. Das Novum des Phänomens Moscheebau für die Beteiligten wird an diesem Beispiel deutlich.<sup>276</sup> Anfänglich waren Politiker auf ein derartiges Vorhaben der Muslime nicht vorbereitet, und die Stadtverwaltung bot zu dem Zeitpunkt keine geeigneten Strukturen, um das Verfahren entsprechend zu regeln bzw. zu bearbeiten. Dies wirkte sich elementar auf eine erst herzustellende Legitimität des Moscheebauprojektes aus und veranschaulicht die von Suchman konstatierte „liability of newness“ (vgl. Kap. 4.3). Im Folgenden stelle ich kurz anhand der in Kapitel 4.3 vorgestellten Ebenen die Legitimität des Moscheebauprojekts vor.

#### Bürokratisch-politische Ebene

Anders als z.B. im Fall Merkez-Moschee in Duisburg (vgl. Kap. 6) handelt es sich hier nicht um ein einvernehmliches Zulassungsverfahren, sondern um stadtratsinterne Auseinandersetzungen und eine Ablehnung der ersten Bauvoranfrage. Es wurde von einer Person, die in der

<sup>276</sup> Prägnant zeigt sich dies an der Aussage des Vertreters des Moscheevereins: „Das kannte weder Verwaltung noch Politik, das Thema Moscheebau! Weil es hier in dem Sinne noch nie akut war!“ (Int. Fischer).

Nähe des anvisierten Grundstücks wohnte und die zu der Ratsfraktion der CDU gehörte, ein Bürgerantrag auf Ablehnung der Bauvoranfrage gestellt, so dass der Stadtrat sich mit dieser Angelegenheit befasste. Die Mehrheit der Ratsmitglieder hat sich daraufhin für die Ablehnung der Bauvoranfrage ausgesprochen. Einige Vorschriften bezüglich der Gebäudegröße etc. wurden nicht eingehalten, so dass eine Ablehnung mit einem Hinweis auf das Baurecht hätte begründet werden können. Bemerkenswerterweise waren jedoch nicht baurechtliche Gründe ausschlaggebend für die Ablehnung, sondern die Besorgnis, dass die Moschee zu einer Verstärkung einer ethnischen Segregation führen könnte. Legalität, die häufig der Legitimität als formale Rechtmäßigkeit des Handelns gegenübergestellt wird, spielte also bei dem Verfahren eine nachgeordnete Rolle. Während die Nichteinhaltung baulicher Vorschriften im Rahmen des Ermessensspielraums nach Ansicht des Stadtrats noch vertretbar waren (vgl. DS 0710354), konnte wegen der vermeintlich negativen Folgen für die Integration der Muslime eine Ausnahmeregelung für eine kirchliche und kulturelle Nutzung an dem geplanten Standort von der Verwaltung nicht bewilligt werden (ebd.).<sup>277</sup> Im Stadtrat sprachen sich v. a. die CDU und SPD gegen den Moscheebau aus. Hingegen sprachen sich einige Vertreter der FDP und der Grünen für den Moscheebau aus. Manche Interviewpartner vermuteten, dass die Ablehnung einiger Politiker persönliche Gründe hatte, da ihre Häuser in der Nähe des ersten anvisierten Standortes lagen und sie für sich einen erhöhten Personenverkehr von Muslimen, höhere Immissionen und einen Werteverfall ihrer Häuser befürchteten (vgl. Int. Bayer, Int. Roth, DS 0612248ED2). Damit finden sich hier Elemente eines überdeckten Konflikts, da sich hinter den ausgesprochenen Ablehnungsgründen (vermutlich) andere Einwände befanden (vgl. Kap. 2, Kapphan 2004: 247). Zudem finden sich hier Verhaltensweisen nach dem Sankt-Florians-Prinzip, bei dem ein Gut bzw. eine Planung grundsätzlich befürwortet wird, es jedoch in der eigenen Nähe abgelehnt wird (vgl. Kap. 3.5).

Pfarrer Roth, der den Prozess selbst miterlebt hat, fasste es folgendermaßen:

„So, da sind ganz schnell die ganzen Stadtverordneten hier sind auf die Barrikaden gegangen und haben gesagt, das kommt hier bei uns nicht hin. Also haben auch ziemlich heftig Stimmung gemacht. [...] Das haben die immer gesagt, klar. Und dazu gehört dann eben auch eine Moschee. Die haben immer von vornherein gesagt, das ist nicht das Umstrittene. Jede Religion soll seinen Ort haben, nur es geht immer um den Ort (schmunzelt). Nur nicht bei uns, heißt es immer, nicht von meiner Haustür, sondern geht woanders hin“ (Int. Roth).

Die Tatsache, dass die Akteure, die das Moscheebauprojekt ablehnten, einen Bürgerantrag stellten und der Initiator des Antrags Vorsitzender im CDU-Ortsverband Bonn Tannenbusch war, der direkten Kontakt zu den Stadtratsmitgliedern hatte, beweist die Konfliktfähigkeit dieser Akteure<sup>278</sup>. Die Stadtspitze versuchte das Moscheebauprojekt zunächst aufzuschieben, so dass

---

<sup>277</sup> Damit verdeutlicht der vorliegende Fall, wie der in Kapitel 3 angesprochene rechtliche Ermessensspielraum zu Ungunsten der Moscheegemeinde ausgelegt werden kann, wenn es anderweitige Legitimitätsprobleme gibt.

<sup>278</sup> Zur Konfliktfähigkeit von Akteuren in Moscheebauprojekten vgl. Landman/Wesels 2005: 1138.

es fast zwei Jahre dauerte (Anfang 2007 bis Mitte 2008), bis neue Grundstücke für den Bau vorgeschlagen wurden. Vor allem die zur Zeit der Antragsstellung regierende Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann von der SPD stand dem Moscheebauprojekt ablehnend gegenüber. Nach Aussagen einiger Interviewpartner beschleunigte sich der Prozess nach der Kommunalwahl und der Abwahl der Oberbürgermeisterin. Das zeigt zum einen den Stellenwert, den die Haltung der Stadtspitze zum Verlauf des Bauprojekts einnimmt. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Entscheidung zur Standortauswahl aus politischem Kalkül hinausgezögert wurde, um einen erwarteten Stimmenverlust in der Oberbürgermeister- und Kommunalwahl zu vermeiden. Nach der Kategorisierung von Leggewie et al. (2002) ist der Umgang durch die Stadtspitze mit dem Moscheebauprojekt als ein „Aussitzen“ zu bezeichnen, da die politischen Entscheidungsträger und der Oberbürgermeister die Entscheidung hinausschieben und den Prozess hinauszögern.

Beim zweiten Antrag war der neue Standort weitgehend anerkannt, da er von der Verwaltung selbst vorgeschlagen wurde. Da dieser Standort an der Brühlerstraße in Alt-Tannenbusch der Stadt gehörte, hatte der Stadtrat die Entscheidungsbefugnis über den Verkauf des Grundstücks, womit er eine politische Legitimitätszertifizierungsinstanz dargestellt hat.<sup>279</sup> Auch in diesem Fall gab es intensive Diskussionen zwischen den Fraktionen im Stadtrat und der Moscheegemeinde, zumeist moderiert durch die Integrationsbeauftragte. Sie stellte einen gemeindexternen Netzwerkakteur dar, der die Moscheegemeinde mit anderen Akteuren in Kontakt brachte.

Nach der Standortfindung und der damit einhergehenden Akzeptanz der grundsätzlichen Legitimität des Moscheebauprozesses transferierten sich der Legitimitätsdiskurs auf den Moscheebau und die inhaltliche Konzeption der Moschee. Kritisiert wurde einerseits, insbesondere von der FDP, mangelnde Transparenz bezüglich der Standortauswahl und des Bauprozesses und andererseits die von der Moscheegemeinde geplanten Angebote für Jugendliche. Wie bereits zuvor bei der Grundsatzfrage wurde auch hier eine gesteigerte ethnisch-religiöse Segregation befürchtet. Nachdem bekannt wurde, dass in der alten Moschee Islamisten verkehrten, wurde zudem die Forderung des Ausschlusses von Islamisten im neuen Moscheekomplex an die Gemeinde herangetragen.

Es fanden ferner Demonstrationen von Pro NRW und anderen rechten Gruppierungen gegen die Moscheebauprojekte der Al-Muhajirin-Moscheegemeinde an der Brühler Straße sowie der DITIB-Gemeinde am Hochstadenring statt, wogegen jedoch breite Gegenproteste organisiert wurden. Die Gegendemonstrationen brachten, ähnlich wie in Duisburg, Akteure mit unterschiedlichen politischen Hintergründen wie z.B. die CDU und die Antifa zusammen. Es fand sowohl von der Kommunalpolitik als auch von den Kirchen eine klare Fürsprache für die Moscheegemeinden und ihre Projekte statt. So wurde z. B. von Roth der evangelischen Apostelgemeinde der Moscheebau als z.B. das „Grundrecht der freien Religionsausübung“ (Roth, zitiert nach GA 04.04.11) bezeichnet. Der grenzübergreifende Tenor der Veranstaltung war buntes und friedliches Miteinander in der Stadt (Gespräch Bayer). Die Aufrufe zu der

---

<sup>279</sup> Der entscheidungsbefugte Stakeholder war der Unterausschuss Bauplanung des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz zuständig.

Gegendemonstration und die Organisation ging u.a. von MuChri und der Arbeitsgruppe „Neue Moschee in Tannenbusch“ aus, was die Unterstützungspotenziale dieser Gremien verdeutlicht (vgl. Int. Peters, Int. Roth).

Der Legitimierungsdiskurs bekam durch die starke Gegendemonstration und die damit verbundene Solidarisierung mit den Moscheegemeinden und die Verurteilung von Rassismus für das Moscheebauprojekt positive Impulse, nachdem ihn Islamismusvorwürfe Anfang 2011 dominiert haben.<sup>280</sup>

Da die Aushandlungen um die genannten Aspekte den Legitimierungsprozess, sowohl den Diskurs als auch die Handlungsabläufe, erheblich geprägt haben, werden sie hier kurz vorgestellt. Gleichzeitig werden die wesentlichen Narrative des Legitimierungsdiskurses vorgestellt.

### **Vom Moscheebau zur „Ghettobildung“**

Die Verwaltung hat, wie oben berichtet, die Bauvoranfrage abgelehnt und dies u. a. mit der Gefahr einer Gettobildung wegen der hohen Zahl von Muslimen im Stadtteil begründet. Der Begründung des Urteils ist Folgendes zu entnehmen:

„Durch das Kulturzentrum wird ein zusätzliches Angebot für vorwiegend arabische Einwohner aus allen Stadtteilen, den Umlandgemeinden und auch über die Region hinaus geschaffen. Damit wird auch der Wohnstandort Neu-Tannenbusch zunehmend für Muslime attraktiver. Es ist davon auszugehen, dass sich die Konzentration von Muslimen in Neu-Tannenbusch vergrößern wird, da zusätzliche Migranten mit islamischem Hintergrund in den Stadtteil ziehen werden. In diesem Zusammenhang wird eine Verstärkung der bereits jetzt eingetretenen unerwünschten Tendenzen zur „Ghettobildung“ befürchtet. [...] Für eine erfolgreiche Integration der Migrantinnen und Migranten ist aber eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur im Bonner Stadtgebiet erforderlich. Einseitige Verdichtungen in einzelnen Stadtteilen erschweren hingegen den Integrationsprozess“ (DS 0710354).

Verschiedene Ausschüsse beteiligten sich an der Beschlussvorlage, und die damalige Oberbürgermeisterin unterzeichnete diese persönlich, was das Gewicht dieser Entscheidung veranschaulicht. Der Bau eines multifunktionalen, größeren Moscheegebäudes an dem geplanten Standort schien nicht nur dem Baurecht und den Interessen einiger Einwohner zu widersprechen. In diesem Dokument wird ersichtlich, dass vielmehr die angenommene Gefährdung der „ausgewogene[n] Bevölkerungsstrukturen“ (DS 0710354ST3) wie der Integration von Muslimen durch das Moscheebauprojekt im Vordergrund der Debatte stand (vgl. Suder 2013).

Der darauffolgende, medial ausgetragene Streit zwischen der Al-Muhajirin-Gemeinde und den Entscheidungsträgern sowie der Verwaltung und außerdem zwischen einigen Befürwortern (Teile der FDP und der Grünen) und den Gegnern (große Teile der CDU und SPD) in

---

<sup>280</sup> Zudem wird deutlich, dass die Zivilgesellschaft stärkere Widerstandshandlungen gegen rechtsradikale als gegen islamistische Tendenzen entwickelt. Eine Demonstration, um die islamistischen Umtriebe in Bonn zu delegitimieren, war nicht vernehmbar.

den politischen Parteien drehte sich um die Frage, ob eine Moschee in einem Stadtteil mit einer hohen Zahl von Muslimen gebaut werden sollte. Während die eine Seite betonte, dass eine Moschee vor allem wohnortnah und von den Gläubigen leicht zu erreichen sein sollte, ging die andere Seite davon aus, dass eine Moschee die ethnisch-religiöse Segregation verstärken würde. Eine hohe Konzentration von muslimischen Migranten wird eindeutig als negativ für die Integration bewertet. Die Stellungnahme der Verwaltung und die damit verbundenen Vorstellungen von Bevölkerungsverteilung scheinen noch in den Integrationsvorstellungen der 1970er Jahren zu gründen, als die Behörden durch Zuzugsbeschränkungen für Ausländer versuchten, die ethnische Konzentration in Stadtteilen zu verhindern (vgl. Gesemann 2009: 200). Die negative Beurteilung der Lage in Tannenbusch und insbesondere Neu-Tannenbusch muss allerdings vor dem Hintergrund der diversen Probleme des Stadtteils wie die relativ hohe Arbeitslosigkeit und Armut sowie das Image als „sozialer Brennpunkt“ betrachtet werden.<sup>281</sup> Insofern vermischten sich sozio-ökonomische sowie ethnisch-religiöse Aspekte in dem Diskurs. Während die Merkez-Moschee in Marxloh als ein Beitrag zur Aufwertung des Stadtteils gewertet wurde, sah man in diesem Fall eine Bedrohung für den Stadtteil.

### **Moschee ja, Jugend- und Kulturangebote nein**

Unmittelbar mit dem Ghettoisierungsnarrativ ist der Aspekt der geplanten Angebote für Jugendliche in der neuen Moschee verknüpft. Der grundsätzliche Anspruch auf einen größeren Gebetsraum wurde von den politischen Entscheidungsträgern anerkannt, aber darüber hinaus sollte das Raumangebot möglichst nicht verändert werden. Dahinter steckte die Annahme, dass die Angebote der Moscheegemeinde die Jugendlichen binden würden und diese damit von anderen Institutionen fernblieben. Damit würde sich vor dem Hintergrund der konstatierten Segregation die Situation in den Bildungs- und Freizeiteinrichtungen der Stadt verschlechtern, wie aus der Stellungnahme der Verwaltung deutlich wird:

„Integration kann nicht gelingen, wenn junge Zuwanderer ab etwa dem Grundschulalter überwiegend solche Schulen und Jugendhäuser besuchen, in denen sie weitgehend „unter sich“ bleiben - sei es, weil sie ohnehin die Mehrheit der Besucher stellen, sie sich innerhalb der Einrichtungen in relativ homogenen ethnischen Gruppen bewegen oder an bestimmten „freiwilligen“ Angeboten (z. B. der Nachmittagsbetreuung in Ganztagschulen, den Wahl-Arbeitsgemeinschaften der weiterführenden Schulen und den Bildungsangeboten der Familienbildungsstätten...) nicht teilnehmen“ (DS 0710354ST3).

Das hier vertretene Ideal eines Integrationsprozesses ist offensichtlich eine Durchmischung verschiedener Bevölkerungsgruppen sowohl auf der Ebene der sozialräumlichen Verteilung der

---

<sup>281</sup> Zu der Ablehnung des ersten Standorts der Moschee führt die Integrationsbeauftragte Folgendes aus und verdeutlicht den sozio-ökonomische Aspekt, der zu dem schlechten Image des Stadtteils beigetragen hat: „Tannenbusch und insbesondere Neu-Tannenbusch in Bonn ist sozialer Brennpunkt, hat viele vernachlässigte Hochhäuser mit schlechter Wohnqualität, hat den allerhöchsten Migrantenanteil von ganz Bonn und den allerhöchsten Anteil von Leuten, die Transferleistungen bekommen, wie man heute auf Neu-Deutsch so schön sagt, den allerhöchsten Anteil an Arbeitslosigkeit.“

Bevölkerung als auch auf der Ebene der Institutionen. Im Kern beinhalten beide Ebenen die Befürchtung, dass eine Konzentration von Migranten und Muslimen eine Integration verhindert und somit vermieden werden müsste. Diese Haltung der Ratsmehrheit und von Teilen der Verwaltung begleitete sowohl das erste als auch das zweite Antragsverfahren in Alt-Tannenbusch, bei dem der Standort weitgehend akzeptiert wurde und eher die Angebote für die Jugendlichen einen Streitpunkt darstellten. Die Aussagen der Integrationsbeauftragten veranschaulichen die Problematik des Plans, eine Moschee mit Räumlichkeiten für säkulare Aktivitäten zu errichten:

„Das ist aber eine Erkenntnis, die noch wachsen muss, weil vielen ist eigentlich eine große Befürchtung, dass Moschee-Vereine etwas machen könnten für die Zielgruppe Muslime, was sich der staatlichen Kontrolle und der Öffentlichkeit und Transparenz entzieht. Also die Sorge, es wird da etwas Ideologisches vermittelt, die Sorge, wenn ich da etwas anbiete, zum Beispiel Deutschkurse, ich bin immer wieder gewarnt worden, ich dürfte keine Deutschkurse in Moschee-Vereinen unterstützen, weil die müssten zu den öffentlichen Stellen und Trägern gehen. [...] Da war die Debatte: Boah! Die machen alle Kulturzentrum, die machen da Parallelangebote. Was wird da sein? Wir werden es nicht wissen, wir wollen das nicht. Wir haben das nicht im Griff.“ (Int. Bayer).

Die Haltung vor allem der SPD und CDU im Stadtrat lässt sich zusammenfassen als „Moschee ja, Jugend- und Kulturangebote nein“. Dies wurde vereinzelt von der FDP und den Grünen hinterfragt, die der abwehrenden Haltung der anderen Ratsmitglieder den Aspekt der Religionsfreiheit und der multikulturellen Prägung der Stadt entgegensetzten. Im vorliegenden Fall wurde deutlich, dass es einen Widerspruch gibt zwischen dem Willen des Moscheevereins, seine Angebote über das Beten hinaus v. a. für Jugendliche auszubauen, und den Kontroll- sowie Sicherheitsansprüchen der Parteien und der städtischen Behörden.<sup>282</sup>

### **Radikalisierung von Jugendlichen und Kontakte zu Islamisten**

Die Befürchtungen hinsichtlich des islamischen Fundamentalismus betreffen zwei Aspekte. Wie die obigen Aussagen der Integrationsbeauftragten zeigen, wird zum einen eine Radikalisierung der Jugendlichen in der Moscheegemeinde befürchtet, indem die Moschee eine Sogwirkung auf junge Leute ausübt und diese einseitig beeinflusst werden. Der zweite, damit verbundene Aspekt betrifft die Kontakte zu Islamisten. Nach dem Verkauf des Grundstücks und der Genehmigung des Bauantrags gab es Kritik an der Moscheegemeinde, weil Berichte über salafistische Besucher in der Moschee bekannt geworden waren.

Er verwies darauf, dass ein bekannter Salafist Abu Dujana regelmäßig in die Al-Muhajirin kommen würde. Dies bestätigte der Gemeindevorstand und machte jedoch deutlich, dass er in der Moschee nicht predigen dürfe (vgl. GA 15.12.10). Einen Monat später erschien ein Artikel, der sich auf ein internes LKA-Papier stützte und über die salafistische Szene in

---

<sup>282</sup> Eine ähnliche Ablehnung der zusätzlichen Angebote einer Moscheegemeinde war auch in München vorzufinden (vgl. Lauterbach/Lottermoser 2009).

Bonn berichtete. Demnach war ein Mitglied der somalischen Al-Shabab-Milizen, Hussein Kassim M. eine Zeitlang Koranlehrer in der alten Moschee. Zudem hätten sich regelmäßig junge Somalier, Anhänger der Al-Shabab-Milizen, dort aufgehalten (vgl. GA 15.01.11 a, b).

Ein Problem für die Legitimierungsprozess durch die Moscheegemeinde war, dass das LKA-Dokument, das eine Referenzinstanz für die Legitimitätsbewertung darstellte, nicht zugänglich war und die Gemeindevertreter sich folglich nicht vollumfänglich zu den Aussagen positionieren konnten. Daher kritisierte der Gemeindesprecher die mangelnde Transparenz und bemängelte damit die nicht vorhandene informationsbezogene Legitimität der Berichterstattung (vgl. Al-Muhajirin, Offener Brief).

Tatsächlich gab der Vorstand der Moscheegemeinde zu, dass bekannte Salafisten in der alten Moschee an der Theaterstraße verkehrten, und man versicherte, dass man in Zukunft dafür sorgen würde, dass keine radikalen Personen in der Moschee predigen dürften (vgl. GA 15.12.10).

### **Ebene der Bürger**

Von Seiten der Stadtgesellschaft war nur wenig Widerstand zu vernehmen. Eine Form des Widerstands bildete ein Bürgerantrag (08.08.06) von einem CDU-Politiker und 18 weiteren Personen, die ihn unterschrieben haben. Dies führte dazu, dass das Moscheebauprojekt öffentlich in Stadtrat debattiert wurde und dieser zu einer zentralen (De-)Legitimierungsinstanz wurde. In diesem Rahmen ist es zur Vielzahl von Bezugnahmen von politischen Entscheidungsträgern und einer Legitimierung der Verwaltungsentscheidung gegen die Bauvoranfrage durch die Mehrheit im Gremium gekommen. Damit erhielt die Ablehnung zusätzliches Gewicht.

Bürgerproteste während der Informationsveranstaltungen waren nicht zu vernehmen. Im Interview mit der Integrationsbeauftragten zeichnete sich allerdings ab, dass an einigen der anvisierten Standorte das Risiko eines Widerstandes aus der Nachbarschaft zu groß gewesen wäre und man deshalb von diesen Grundstücken abgesehen hat:

„Entweder waren sie in einem Zustand, dass man überhaupt erst mal Kanäle anlegen muss oder sie waren an einem Standort, wo man wusste, man hat drei Jahre Diskussion mit Bürgern, die schon eine Initiative angekündigt haben, bevor es überhaupt in der Diskussion war" (Int. Bayer).

Ohne dies vertieft darstellen zu können, deutet sich an, dass es hierbei offensichtlich negative Legitimitätsbeurteilungen hinsichtlich des Moscheebauprojekts gab und dass Widerstand von Bürgern präventiv geäußert wurde und die Entscheidung über die Standortwahl beeinflusst hat.

### **Bewertung durch Vertreter der muslimischen Gemeinde**

Den Aussagen des Gemeindesprechers ist zu entnehmen, dass er und andere Gemeindemitglieder den Genehmigungsprozess als kompliziert erlebt haben. Vor allem die für ihn nicht nachvollziehbare Ablehnung des ersten Antrags und die immer wiederkehrenden

Islamismusvorwürfe auch noch nach der Genehmigung wurden beklagt, und die damit verbundene Notwendigkeit, sich vom Islamismus distanzieren zu müssen.

### **Bewertung von anderen Interviewpartnern**

Auch in den Aussagen der interviewten Akteure wird deutlich, dass sie das Verfahren als kompliziert wahrgenommen haben. Vor allem vor dem Hintergrund der islamistischen Umtriebe in der Stadt und der Befürchtungen von Kommunalpolitik und Behörden, der Islamismus könne sich ausbreiten, empfand es die Integrationsbeauftragte durchaus als anstrengend, Sachlichkeit in die Diskussion zu bringen. Die regelmäßig auftretenden Gerüchte in den Medien über Kontakte der Moscheegemeinde zu Islamisten und Terroristen wurden als zusätzlich erschwerend wahrgenommen. Der Pfarrer einer evangelischen Kirchengemeinde in Tannenbusch fasst die Situation wie folgt zusammen:

„Ich glaube, das sind mehrere Gründe, aber der Hauptgrund [für die Legitimitätsprobleme] ist einfach der, dass es vom Verein so unvermittelt kam. Es war nicht vorbereitet. Auf einmal hieß es: Da will ein Moscheeverein ein Kulturzentrum im Tannenbusch bauen. So, da sind ganz schnell die ganzen Stadtverordneten hier auf die Barrikaden gegangen und haben gesagt, das kommt hier bei uns nicht hin“ (Interview Pfarrer).

### **Abweichung von Plänen / Verzicht**

Die Moscheegemeinde hat letztendlich ihre Moschee errichtet und verfügt über eine der größten und repräsentativsten Moscheen in der Stadt und der Region. Allerdings musste sie durch die Ablehnung der Bauvoranfrage auf den Bau am ersten Standort verzichten. Auch musste sie die Moschee geringfügig verkleinern und hat auf den Einzelhandel im Moscheekomplex verzichtet. Im nächsten Abschnitt werden Schritte bzw. Handlungen herausgearbeitet, die dazu beigetragen, das anfangs umstrittene Moscheebauprojekt zu realisieren.

Vor dem Hintergrund der Widerstände und der Tatsache, dass die Moschee im Anschluss an die Konflikte entstehen konnte, ist das der Fall als Moscheebauprojekt mit Legitimitätsproblemen einzustufen.

## **7.3 Legitimierung und Durchführung des Bauprojekts**

Insgesamt wurden mehrere wichtige Handlungen und Ereignisse identifiziert, die den Verlauf des Moscheebauprojekts entscheidend mitgeprägt haben. Zu nennen sind diverse Zusammenkünfte zwischen politischen Entscheidungsträgern der Verwaltung und der Moscheegemeinde, Informationsveranstaltungen wurden durchgeführt, die Stelle einer Integrationsbeauftragten wurde eingerichtet und es wurden Arrangements zwischen der Moscheegemeinde und der Politik getroffen. Zudem zeigt sich, dass Muslime den Legitimierungsdiskurs aktiv mitgeprägt und versucht haben, eine Deutungshoheit über das Geschehen zu erlangen. Sie haben selbstbewusst die Politik und Verwaltung kritisiert und ihre Erwartungen artikuliert und damit die Richtung der Erwartungsformulierung, die häufig an Moscheegemeinden gestellt werden, teilweise umgedreht.



## Öffentliche Beteiligung von Muslimen am Legitimierungsdiskurs

Wie in Kapitel 6.2.1 dargelegt wurde, gibt es seit 2006 einen Rat der Muslime, der mehrere Moscheegemeinden vereint, sowie die BIG, in der mehrheitlich Bonner mit muslimischem Hintergrund organisiert sind. Sowohl in Interviews mit dem Vertreter der Al-Muhajirin-Gemeinde und dem Vorsitzenden der BIG sowie in manchen Zeitungsartikeln wird ersichtlich, dass der Moscheebaudiskurs stark von den Muslimen auch jenseits der Moscheegemeinde mitgeprägt wurde und die Interessen der Moscheegemeinde offensiv artikuliert wurden. So wurde als Reaktion auf die Ablehnung der Bauvoranfrage im Februar 2007 eine Pressekonferenz durch den RMB einberufen, wo die Solidarität des gesamten Rates für die Al-Muhajirin Gemeinde und ihr Moscheeprojekt bekundet und die Erwartung artikuliert wurde, dass die Moschee doch an dem ersten Standort in Neu-Tannenbusch gebaut werden könne (vgl. Int. Fischer). Der RMB beklagte in seiner Zeitschrift „Bonner Muslimblatt“, die er eine Zeitlang herausgegeben hat, dass die Kommunalpolitik und die Verwaltung den Antrag abgelehnt habe, obwohl der Standort für die Moschee gut geeignet gewesen sei (vgl. RMB 2007: 1). Ferner heißt es in der Zeitschrift, dass die SPD und die CDU „[...] beschlossen [haben], einen anderen Standort zu suchen. Aber wo? Man darf gespannt sein. So hoffen die Muslime in Bonn, dass das Problem nicht ausgesessen, sondern im Sinne echter Integration gelöst wird“ (ebd.). Der abwartend kritische Stil veranschaulicht, wie der RMB die Politiker unter Druck setzen wollte.

Die Al-Muhajirin-Gemeinde trug mit der Unterstützung des Rates der Muslime nicht nur die eigenen Bedürfnisse in die Öffentlichkeit, sondern beanstandete auch das langsame Verfahren der Grundstücksuche und die mangelnde Transparenz der Verwaltung (vgl. GA 15.12.07). Dass dies in dieser Form geschehen konnte, ist v. a. darauf zurückzuführen, dass die Bonner Muslime in starkem Umfang organisiert sind und die Vertreter der Al-Muhajirin-Gemeinde einen relativ hohen Bildungsgrad besitzen. Bei anderen Moscheebaukonflikten zeigte sich, dass Vertreter der muslimischen Gemeinden zum Teil nicht über genügende Deutschkenntnisse, Kenntnisse über Verwaltungsabläufe, juristisches Wissen etc. verfügten, um bei Bürgerversammlungen und anderen Treffen ihre Vorhaben verteidigen zu können (vgl. Schmitt 2003).<sup>283</sup>

Bei der Ablehnung im Jahr 2007 kritisierte der Sprecher der Moscheegemeinde in einem offenen Brief den Leiter des Bauordnungsamtes.<sup>284</sup> Darin wurde zum Argument einer sich verstärkenden „Ghettoisierung“ ein Gegenstandspunkt vorgebracht, in dem nach Anhaltspunkten für diese Annahme gefragt und darauf hingewiesen wurde, dass es am alten Standort der Moschee sowie anderen Moscheestandorten nicht zu einer Verdichtung der muslimischen Bevölkerung in der Umgebung gekommen sei. Damit wurde die informationsbezogene Legitimität

---

<sup>283</sup> Bezeichnenderweise kam auch von der CDU Kritik an der Oberbürgermeisterin, als sich die Grundstücksuche verzögerte. Offensichtlich gab es innerhalb der CDU-Fraktion Befürworter einer Moschee an einem anderen Standort, und der schwelende Konflikt zwischen der Verwaltung und der Moscheegemeinde konnte genutzt werden, um an der politischen Konkurrenz Kritik zu üben:

„Die Moschee in der Theaterstraße platzt aus allen Nähten. Ich kann den Wunsch der dort beheimateten muslimischen Glaubensbrüder und -schwestern gut nachvollziehen, sich gerne bald in einem größeren Haus treffen und beten zu können. Die CDU-Fraktion erwartet von der Oberbürgermeisterin, dass sie schnell die Standortfrage für den beantragten Moscheebau klärt [...]“ (zitiert nach RMB 29.05.07).

Dabei wurde zugleich konstatiert, dass von einem Kulturzentrum abgesehen und der Fokus auf die Moschee gelegt werden sollte (vgl. ebd.).

<sup>284</sup> Es zeigt sich, dass der Verfasser des Briefs möglichst eine breite Öffentlichkeit erreichen wollte, der Brief u. a. an den Bonner General Anzeiger, Bonner Rundschau, Kreisverband CDU, CDU-Ratsfraktion, EXPRESS-Zeitung und andere Redaktionen versendet wurde.

der Aussagen der Verwaltung, dass die Moschee zu einer „Ghettoisierung“ führen würde, in Frage gestellt:

„Obgleich der Automatismus [Zusammenhang zwischen Moscheebau und Konzentration von Muslimen in der entsprechenden Nachbarschaft] jeglicher Grundlage entbehrt und [...] den Erfahrungswerten widerspricht, führt der von den Entscheidungsträgern gezogene Gedanke in seiner Stringenz zu einem unauflöslichen Widerspruch zwischen dem unbestreitbaren Bedarf an Gebetsmöglichkeiten für die in Bonn lebenden Muslime im Allgemeinen und den im Gebiet des Neu-Tannenbusch lebenden Muslimen im Besonderen auf der einen Seite und der Realisierung dieses Bedarfs“ (Al-Muhajirin Brief 19.02.07).

Diese Aussage verweist ferner auf eine Unvereinbarkeit zwischen dem Versuch, Moscheen in von Muslimen bewohnten Stadtteilen zu verhindern, und dem Bedarf an wohnortnahen Gebets- und Versammlungsmöglichkeiten.<sup>285</sup> Damit wird der Entscheidung die pragmatische Legitimität abgesprochen, da die ihr zugrundeliegende Prämisse Muslimen nach dieser Lesart die Religionspraxis erschwert. Die Kritik wurde von der Presse aufgegriffen (vgl. KStA 10.01.08) und wurde nach Aussagen der Integrationsbeauftragten in Verwaltung und Kommunalpolitik durchaus vernommen (vgl. Int. Bayer).

Zudem bezog sich der Gemeindesprecher auf das Integrationskonzept der Stadt und unterstellte ihr implizit, sich selbst nicht an die darin geäußerten Prinzipien zu halten, womit die moralische Legitimität des Verhaltens der Stadt in Frage gestellt wurde:

„Gleichwohl werden [in dem Integrationskonzept] einige vielversprechende Ansätze beschrieben, zumal Integration als ein auf Gegenseitigkeit beruhender Prozess beschrieben und nicht nur als einseitige Forderung an die Zuwanderer formuliert wird“ (Al-Muhajirin Brief 19.02.07).

Auf die Kritik, die ein in Tannenbusch lebender CDU-Vertreter wegen mangelnder Transparenz und Dialogbemühungen von Seiten der Gemeinde in einem offenen Brief äußerte (vgl. CDU Bonn-Tannenbusch/Becker o. J.) reagierte die Moscheegemeinde ebenfalls mit einem offenen Brief. Darin entgegnete sie, dass Dialog und Transparenz durchaus beabsichtigt waren, die Pläne jedoch zunächst grundsätzlich auf rechtliche Zulässigkeit in der Verwaltung geprüft werden sollten (vgl. Al-Muhajirin Brief 19.10.09). Später im Laufe des Jahres 2009 während der Aushandlungen des Grundstückverkaufs sprachen sich die zwei Vertreter der BFF- /BIG-Partei im Stadtrat für den Moscheebau aus.<sup>286</sup> Unter den organisierten Muslimen wird eine Haltung deutlich, die durch eine hohe Erwartung an Politik und Stadtverwaltung gekennzeichnet ist und sich mit symbolischen Akten in Form von gegenseitigen Besuchen oder Bekundungen bezüglich der Zugehörigkeit der Muslime zur Stadt nicht zufriedengibt. So führt der BIG-Vorsitzende folgendes aus:

---

<sup>285</sup> Auf diesen Widerspruch machte bereits Leggewie (2009) aufmerksam.

<sup>286</sup> In der Kommunalwahl am 30.08.09 wurden zwei Mitglieder der BFF in den Rat gewählt.

„Und haben auch da festgestellt, das war immer so ein Schmusekurs, also man hat immer miteinander gesprochen, gerade so einmal im Jahr beim Iftar, bei dem mittlerweile traditionellen Iftar, wo dann die Politik kam. Aber wenn es dann um konkrete Handlungen ging, wie die Muhajirin-Moschee und dass man sie genehmigt, dann hat man immer einen Grund gefunden, zu sagen: ‚Aus dem Grund können wir das nicht.‘ und hat das abgelehnt. Und nach drei Jahren, als wir dann in den Stadtrat gekommen sind, als Vertreter, als sogenannte auch wahrgenommene Vertreter der Muslime, dann hat man sich sehr schnell geeinigt, weil man gesagt hat: ‚Warum sollen wir das jetzt zu einem Problem machen?‘ Weil die haben jetzt eine politische Stimme, die die Muslime nicht hatten. [...] ‚Entscheidet so, dass es gerecht ist, und wir werden natürlich diese Entscheidung unterstützen. Aber wenn ihr das nicht macht, dann werden wir auch dagegen reden.‘ [...] Jetzt ist auch noch eine BIG da, die kann das auch politisch nochmal richtig ausschlichten, [...]“ (Int. Bulut).

Aus dem Zitat wird ersichtlich, dass der Moscheebau als Gradmesser der Religionsfreiheit und der Offenheit der Politik gegenüber den Muslimen gesehen wird. Der Zusammenschluss von Muslimen und die Erhöhung des Drucks über das politische Gremium des Stadtrats, in dem Muslime zu „wahrgenommenen Vertretern“ (s. o.) geworden sind, erscheint angesichts der Widerstände in der Politik als eine wichtige Voraussetzung, die Rechte von Muslimen zur Geltung zu bringen. Aus den Ausführungen geht auch die Legitimitätsgrundlage der gegründeten Partei hervor, die sich als parteipolitischer Arm des Engagements für die Rechte der Muslime etablieren wollte. Dem oben zitierten Interview-Ausschnitt kann man entnehmen, dass es der Partei in erster Linie um eine Androhung von öffentlichem Protest ging, was letztendlich durch die positive Entscheidung, das Grundstück an die Moscheegemeinde zu verkaufen, nicht realisiert werden musste.

Auch der Sprecher der Moscheegemeinde hebt die Rolle des Zusammenschlusses der Muslime hervor und sieht in ihrem gemeinsamen Auftreten einen förderlichen Faktor für die Genehmigung des Moscheebaus:

„Und aus dieser Erfahrung [Ablehnung der ersten Bauvoranfrage] heraus hat man dann Kontakt gesucht auch über den Rat der Muslime, der zu dieser Zeit auch schon gegründet war, er ist 2006 gegründet worden, der natürlich dann auch eine ganz andere Kommunikationsmöglichkeit dargestellt hat, weil über den Sprecher, hat die Stadt gesehen, aha, die erreichen damit ne Menge Muslime in Bonn über dieses Gremium und die haben dann, der Sprecher bzw. der Rat selber hat dann auch versucht, diese Kontakte zu nutzen und sagte: ‚Passt mal auf Leute, das mit der Moschee muss aber irgendwie weitergehen‘“ (Int. Fischer).

In den Forderungen nach einer Beschleunigung des Suchverfahrens und der Betonung, dass die Moscheegemeinde irgendwo unterkommen müsse, gingen die Moscheegemeinde und der RMB davon aus, dass der Moscheebau eine Selbstverständlichkeit darstelle, womit ihre moralische

normbezogene Legitimitätsvorstellung selbstbewusst in den Legitimierungsdiskurs eingebracht wurden. Insgesamt scheint das gemeinsame Auftreten in der Öffentlichkeit, das wahrgenommene eigene politische Gewicht bzw. die offensichtliche Wirkmacht und letztendlich die Genehmigung des Moscheebaus den Zusammenhalt unter den organisierten Muslimen und ihr Selbstbewusstsein gestärkt zu haben.

Durch die öffentlichen Stellungnahmen verschaffte sich die Moscheegemeinde zusammen mit der Fürsprache der anderen Muslime eine Stimme im Diskurs und prägte diesen aus ihrer Perspektive mit. Damit fügte sich die Moscheegemeinde nicht ausschließlich den Erwartungen der sozialen Umwelt, sondern gestaltete durch ihren Protest bzw. aktive Intervention („manipulation“) den Deutungsrahmen mit, in dem das Moscheebauprojekt stattfand. Das Moscheebauprojekt stellte zugleich eine Gelegenheit für den RMB und das BFF/BIG dar, zu demonstrieren, dass sie sich für muslimische Belange engagieren.

Bezeichnenderweise schätzt der SPD-Vorsitzende die Rolle der organisierten Muslime im Moscheebauprojekt anders ein und sieht weder den RMB noch die BIG als einen entscheidenden Akteur:

„Bei diesem Prozess hier, war die BIG, waren die BIG-Leute irgendwo mit dabei, aber jetzt auch nicht, also das war jetzt auch nicht das Nötige, es war nicht nötig, uns da unter Druck zu setzen, das war nicht notwendig. [...] Aber, wenn Sie mich fragen, ob es irgendwie diesen Prozess beschleunigt hat, dass zum Beispiel ein Herr Kharrat auf der Ratsliste von BIG stand bei der Kommunalwahl, dann sag ich Nein. Denn das hätten wir so oder so gemacht. Also es war jetzt nicht so, man wirft ja Politikern immer vor, sie würden nur auf politischen Druck oder so agieren, das war ja nicht notwendig“ (Int. Peters).

Die zitierten Aussagen des Politikers zeigen den wahrgenommenen Gegensatz zwischen einer konstruktiven Politik nach rechtsstaatlichen Kriterien und einer konflikthaften Auseinandersetzung, bei der die religiösen Minderheiten bzw. Migrantenorganisationen Druck ausüben müssen, um ihre Ziele zu erreichen. Implizit sieht der SPD-Vorsitzende die rechtsstaatlichen Kriterien gewahrt und bewertet daher die Rolle des RMB und der BIG-Partei als eher überflüssig.

In anderen Passagen des Interviews und im Gespräch mit dem Verwaltungsmitarbeiter Franz Vollmer ist, finden sich Aussagen, die darauf hinweisen, dass das politische Engagement der Muslime kritisch betrachtet und das Misstrauen auch gegenüber den Vertretern der Al-Muhajirin-Gemeinde verstärkt wird. Vollmer berichtete, dass die Gründung der BIG-Partei und die enge personelle Verflechtung mit dem RMB den Eindruck einer Vermischung von Integrationsangelegenheiten, Religion und politischen Interessen erweckte. Dies sei bei einigen kommunalpolitischen Vertretern unerwünscht.

„Also da war die Skepsis schon groß, warum jetzt auf einmal so eine Vermischung, dass eben jetzt einzelne Moscheevereinsmitglieder da mitmachen. Das hat schon einige Irritationen hervorgerufen. Die hatten letztlich keine Konsequenzen, aber man hat

dann schon irgendwie gedacht, hier geht es nicht um eine gesellschaftliche Repräsentanz, sondern da stecken auch politische Ziele dahinter. Hinzu kommt, dass Herr Bulut sich nie so richtig abgegrenzt von der Salafistenszene. Da verschwamm so einiges“ (Int. Vollmer).

Die Skepsis gegenüber politischen Zielen von Muslimen ist in Bonn vor dem Hintergrund der aktiven islamistischen Gruppierungen zu betrachten, die u. a. von dem SPD-Vertreter angesprochen wurden (s. o.). Diese definieren sich als Muslime, grenzen sich von der Gesellschaft durch diese religiöse Kategorie ab und verfolgen u. a. das Ziel eines auf Scharia aufbauenden Staates. Dies wird u. a. durch die Aussage eines FDP-Ratsherren deutlich, der im Bonner General-Anzeiger (GA) mit den Worten zitiert wird, dass „Vertrauen kaputtgegangen ist“ (Stamp, zitiert nach GA 26.09.09). Die Skepsis gegenüber dem Moscheebauprojekt begründet er durch das von Muslimen gegründete Bündnis für Frieden und Fairness (BFF), das „personell eng verquickt ist mit Al-Muhajirin“ (Stamp in GA 26.09.09).<sup>287</sup> Damit half die Vernetzung mit der BFF/BIG-Partei der Al-Muhajirin-Gemeinde zwar (halböffentlich) Druck auf die Politiker aufzubauen, aber durch die Verquickung von religiösen Gemeinden und politischen Parteien verlor das Moscheebauprojekt für manche Politiker an Legitimität.<sup>288</sup> Dem Vorsitzenden der BIG war dieser Konflikt wohl bewusst, weshalb er im Interview betonte, dass die Partei sich trotz der aktiven Fürsprache nicht zu sehr mit dem Thema Moscheebau „schmücken“ wollte, um das Moscheebauprojekt nicht weiter zu politisieren und damit zu gefährden (vgl. Int. Bulut).<sup>289</sup>

Hinsichtlich der Kontakte zu Islamisten distanzierte sich die Moscheegemeinde von Gewalt und versprach, radikale Einflüsse zu verhindern bzw. zu unterbinden (vgl. Int. Peters, Int. Bayer). Nach Aussagen des Gemeindevorstands sei die Tätigkeit auf Wunsch somalischer Eltern erfolgt und sei jedoch eingestellt worden.<sup>290</sup> Er versicherte, dass keine Aufrufe zum Dschihad erfolgt seien und dass dies auch in Zukunft nicht passieren würde (vgl. GA 15.01.11 a, b. vgl. auch GA 15.12.10). Über die Gesinnung der jungen Somalier könne er keine Auskunft

---

<sup>287</sup> Dazu mag beigetragen haben, dass eine als extremistisch eingestufte Gruppierung „Way-to-Allah“ (vgl. MIK NRW 2015: 141) am 25.08.09 dazu aufgerufen hat, BFF zu wählen (vgl. [HTTP://WWW.WAY-TO-ALLAH.COM/ANLIEGEN/SONSTIGES/56.HTML](http://www.way-to-allah.com/anliegen/sonstiges/56.html), letzter Zugriff am 26.06.21.). Zudem wurde eine Fatwa von einem bekannten Salafisten, Sheikh al Araby, ausgesprochen, die besagt, dass Muslime ausnahmsweise wählen dürften. Ein Youtube-Video zu der Fatwa von seinem Sohn, Abu Dujana, der ein bekannter Bonner Salafist ist (s. o.), ist unter dem folgenden Link zu sehen: [HTTPS://WWW.YOUTUBE.COM/WATCH?V=6XRZUONDHBA](https://www.youtube.com/watch?v=6XRZUONDHBA), letzter Zugriff am 26.06.21.

<sup>288</sup> Die Wahrnehmung der BIG als eng mit der türkischen Regierungspartei AKP verbunden kann die Skepsis gegenüber der Partei verstärkt haben.

<sup>289</sup> Eine Passage im Interview mit dem BIG-Vorsitzenden weist auf einen Aspekt hin, der zeigt, welche Opportunitätsstrukturen für politischen Tauschmöglichkeiten bzw. Deals sich ergeben durch die Präsenz muslimischer Gruppierungen in politischen Entscheidungsgremien wie dem Stadtrat. So berichtete der Interviewpartner, dass ein SPD-Abgeordneter an ihn herangetreten sei und ihm nahegelegt habe, dass er und die zweite BIG-Stadträtin bei der Wahl des dritten Bürgermeisters für einen Wunschkandidaten der SPD stimmen. „Aber ich kann mich gut erinnern, dass ein Abgeordneter der SPD zu mir gekommen ist, der auch im Landtag sitzt, und meinte: ‚Wir wollen einen dritten Bürgermeister von der FDP haben.‘ Und das war eine sehr knappe Abstimmung. Und unsere zwei Stimmen wurden gebraucht. Da meinte er: ‚Wollen Sie die Moschee haben?‘ sagte er, ‚Dann stimmen für unsere Liste‘. Da habe ich gesagt: ‚Wissen Sie was?‘ sage ich, ‚A habe ich heute Morgen der CDU versprochen, die hatten mich angerufen und dann habe ich versprochen, wir werden ihre Liste unterstützen, weil wir das vernünftig finden. Zweitens,‘ sage ich, ‚[...] bin ich doch nicht fünf Jahre für eine Moschee gewählt worden.‘“ (Int. Bulut). Wie aus dem Zitat hervorgeht, hat der BIG-Vorsitzende sich nicht auf das Angebot eingelassen. Es zeigt jedoch die potenziellen informellen Legitimierungsmöglichkeiten, die sich durch Tauschgeschäfte im politischen Betrieb auszeichnen und die pragmatische Legitimität durch Tausch betreffen.

<sup>290</sup> An dem Fall deutet sich an Spannungsverhältnis an, das dadurch gekennzeichnet ist, dass manche Gemeindeglieder und Teile der korporativen Stadtgesellschaft das Personal, das den Koranunterricht durchführt, und die Ausgestaltung der Angebote unterschiedlich bewerten. Während vermutlich die genannten Eltern eine streng konservative bis salafistische Erziehung ihrer Kinder befürworteten, beurteilten die Behörden, der General Anzeiger sowie die Kommunalpolitik dies als antidemokratische Tendenzen und Gefährdung der Jugendlichen sowie letztlich auch der Stadtgesellschaft. Dies verdeutlicht die konträren Normen- und Wertevorstellungen und widersprüchlichen Erwartungen der Stakeholder der Moscheegemeindearbeit und damit auch des Moscheebauprojekts und betrifft die moralische Legitimität der Angebote in der Moschee.

geben, da er diese nicht kenne, auch wüsste er nicht, welche Inhalte sie anderswo verbreiten würden (vgl. ebd.).

Zugleich ist sie jedoch auch in die Offensive gegangen und hat u. a. in einer auf ihrer Internetseite veröffentlichten Erklärung mit dem Titel „Geht’s noch?“ Kritik an der Berichterstattung geübt und diesen Standpunkt auch der Arbeitsgruppe „Neue Moschee in Tannenbusch“ vertreten. In der Erklärung heißt es:

„Bei aller Unklarheit darüber, was als ‚extremistisch‘, ‚fanatisch‘ oder ‚islamistisch‘ zu gelten hat, so ist zu betonen, dass man nicht ‚extremistisch‘, ‚fanatisch‘ oder ‚islamistisch‘ beten, fasten, pilgern oder spenden kann. Diese Handlungen folgen einem festgelegten Ritus, der von niemandem geändert werden kann. Die Teilnahme an diesen gottesdienstlichen Handlungen steht daher jedem offen. Wir werden und können hiervon niemanden ausschließen“ (Website Al Muhajirin Moschee in Bonn e.V. 19.01.11).

Die ersten Sätze stellen eine Reaktion dar auf die als schwammig empfundenen Formulierungen über „radikalen“ Gruppierungen sowohl in der Presse als auch in den Berichten der Sicherheitsbehörden. Welches Gefahrenpotential von ihnen ausgeht und inwiefern sie den gesellschaftlichen Werten widersprechen, wird häufig nicht ausgeführt. In diesem Fall war die Moscheegemeinde nicht direkt von den Sicherheitsbehörden kontaktiert worden, sondern erfuhr die Vorwürfe bezüglich der Kontakte zu Islamisten aus der Presse (vgl. Int. Vollmer). In der Erklärung werden Kontakte wie Spenden und die Teilnahme am Ritus in der Moschee aus dem Bereich des Radikalen genommen und damit versucht, den Behauptungen die Grundlage zu entziehen. Die Bezugnahme auf das Beten kann als eine Antwort verstanden werden auf den Artikel mit dem Titel „Gotteskrieger unter uns“, in dem das LKA zitiert wird, dass sich in der Moschee die Shabab-Gruppe treffe. Hierbei wird deutlich, wie wichtig das Wording im Legitimierungsdiskurs ist. Während „Treffen“ suggeriert, dass die Moschee eine Art Zentrale der Islamisten sei, unterstreicht der Begriff „Gebete“ die religiöse Ebene und stellt die Moschee als Ort der Religionspraxis dar. Folglich resultiert hieraus, dass die Moscheegemeinde im ersten Fall als Unterstützer der Islamisten erscheint und im zweiten Fall als Dienstleister, die die Moschee zur Verfügung stellt. Dieser Aspekt wirft die Frage auf, ab wann die Moscheegemeinde als mit Islamisten vernetzt gelten kann, was offensichtlich von der Moscheegemeinde und Akteuren aus der sozialen Umwelt unterschiedlich beantwortet wird.

Die Aussagen spiegeln zudem den Legitimierungsdiskurs wider, in dem primär auf die Kontakte zu Islamisten rekurriert wurde. Er stellte eine eher oberflächliche Behandlung des Problemfeldes dar und umfasste primär die performative Bezugnahme auf das Grundgesetz sowie die Distanzierung bzw. Erwartungen der Distanzierung von Gewalt. Inwiefern die demokratischen Werte in Bonn im Konkreten zum Ausdruck und inwiefern die islamistischen Gruppierungen, jenseits von Terroristen und Jihadisten, dem Wertekanon der Gesellschaft widersprechen und ihre Einstellung der Menschenwürde zuwiderläuft, fand keinen Eingang in die

Berichterstattung. Vermutlich konnte dies eingehender in der Arbeitsgruppe diskutiert werden (vgl. Int. Bayer).

Die Moscheegemeinde und der RMB gingen zudem auf die Angebote für Jugendliche ein und rechtfertigten ihre Intention, Schulungsräume einzurichten. Die Gemeinde bemühte sich in diversen Stellungnahmen und Presseerklärungen klarzustellen, dass sie sich als zivilgesellschaftlicher Akteur versteht und ihre Zuständigkeiten über die Bereitstellung von Gebetsräumen hinaus sieht. So betonte der Vorsitzende der Gemeinde die Notwendigkeit, etwas für die zahlreichen arbeitslosen Jugendlichen zu tun und stellte die Intentionen des Vereins gar in den Dienst der ganzen Stadt („Wir wollen doch was für Bonn tun“, GA 24.02.07). Der damalige Vorsitzende des Rates der Muslime, Hamit Bulut, erklärte, dass es vor allem Moscheevereine seien, die muslimische Migranten effektiv erreichen könnten („Wer soll die Jugendlichen abholen, wenn nicht wir?“, IZ 25.02.07). Zudem wurde von mehreren Stellen auf den integrationsfördernden Charakter der Angebote verwiesen, die auch Sprach- und Integrationskurse beinhalten sollen (vgl. GA 24.02.07). Auch ging die Moscheegemeinde auf den vorhandenen interreligiösen Dialog ein und schlug einer Kooperation mit MuChri vor. Ein wichtiger Punkt war die Betonung der Komplementarität der Angebote zu anderen Trägern:

„[...] aber wenn es sie gab [die Befürchtungen der Stadt, P.S.], haben wir von vornherein gesagt, passt mal auf Leute, das ist, wenn nur eine minimale Ergänzung zu dem Programm, das es sowieso schon gibt. Also, äh, ein Gebäude kann nicht die ganze Jugendarbeit übernehmen, woher denn? Es ist ja, schon fast äh abwegig so was auch nur anzunehmen, ne. Dass es natürlich auch vielleicht da Inhalte gibt, die die Stadt nicht bietet. Um zum Beispiel einfach mal den jungen Leuten zu sagen, Leute wie sieht es aus mit eurer Religion? Was wisst ihr eigentlich über Religion? Das sind doch Angebote, die die Stadt sich gar nicht leisten kann, ja“ (Interview Fischer).

Bei diversen Veranstaltungen wurden von der muslimischen Gemeinde und ihren Unterstützern bei der Erläuterung der neuen Pläne das Moscheegeäude mit einem Kirchengebäude und die geplanten Aktivitäten mit einem katholischen oder evangelischen Gemeindeleben verglichen. Der Vertreter der muslimischen Gemeinde erklärte im Interview, dass der Vergleich mit dem kirchlichen Gemeindeleben Verständnis für ihr Vorhaben schaffe. Dieser Vergleich knüpfte an die vorhandenen kulturellen Muster an, was die (normenbasierte) kognitive Legitimität betraf, und drückte zugleich den Anspruch auf Gleichbehandlung aus.

### **Politischer Druck durch die Ratsfraktionen**

Die Tatsache, dass die Standortfindung sich verzögerte, der Stadtrat involviert war und über den Grundstücksverkauf entscheiden sollte, das Moscheebauprojekt große öffentliche Aufmerksamkeit genoss und im Folgejahr Kommunalwahlen anstanden, führte dazu, dass verschiedene Fraktionsvertreter Kritik an der Oberbürgermeisterin übten, die im Verdacht stand, das Verfahren auszusetzen. Alle im Stadtrat vertretenen Fraktion außer der SPD, der die Oberbürgermeisterin angehörte, übten Kritik an dem Verfahren und sprachen sich grundsätzlich für den

Moscheebau aus. So kam z. B. auch von der CDU Kritik an der Oberbürgermeisterin. Offensichtlich gab es innerhalb der CDU-Fraktion Befürworter einer Moschee an einem anderen Standort, und der schwelende Konflikt zwischen der Verwaltung und der Moscheegemeinde konnte genutzt werden, um an der politischen Konkurrenz Kritik zu üben:

„Die Moschee in der Theaterstraße platzt aus allen Nähten. Ich kann den Wunsch der dort beheimateten muslimischen Glaubensbrüder und -schwestern gut nachvollziehen, sich gerne bald in einem größeren Haus treffen und beten zu können. Die CDU-Fraktion erwartet von der Oberbürgermeisterin, dass sie schnell die Standortfrage für den beantragten Moscheebau klärt [...]“ (zit. in RMB 29.05.07).

Diese Aussagen fanden nach der Besichtigung der Moschee an der Theaterstraße statt, was als ein Hinweis darauf gewertet werden kann, dass ein Besuch der Moschee den Eindruck von der Beengtheit der Räume vermittelt und sowohl zur informationsbezogenen Legitimität als auch zu einer emotionalen Legitimität des Moscheebauprojekts beigetragen hat.

Die GRÜNEN stellten in regelmäßigen Abständen Fragen zum Stand der Grundstücksfindung und anschließend zur Aushandlung des Grundstückverkaufs und der Genehmigung des Bauprojekts, als diese sich verzögerten, weil SPD, CDU und FDP immer wieder Änderungen an den Plänen forderten (vgl. GA 22.02.07, GA 23.10.08). Auch wurde die Berichterstattung im GA als eine verkürzte und damit unnötig Angst machende Darstellung kritisiert (GRÜNE Ratsfraktion Januar 2011).<sup>291</sup>

Die Kontakte zur Moscheegemeinde, die weitgehend über die Arbeitsgruppe erfolgten, erschienen förderlich für das Vertrauen in die Moscheegemeinde und stellten die Grundlage für die Fürsprache für das Moscheebauprojekt dar.

„Das sind ernste Vorwürfe [Moschee als Treffpunkt von Islamisten]. Allerdings besteht mit den Vertretern des Moscheevereins seit langem ein intensiver Kontakt, bei dem auch immer wieder die Arbeit in der neuen Moschee thematisiert wurde. Dabei gab und gibt es von GRÜNER Seite keine Zweifel daran, dass der Verein einen moderaten Islam vertritt und Extremisten weder erwünscht sind noch toleriert werden“ (GRÜNE Ratsfraktion Januar 2011).

Die Fürsprecher, die grundsätzlich eine repräsentative Moschee in Bonn befürworteten, stützten sich dabei auf die Tatsache, dass Bonn als eine UN-Stadt gilt, dies zum Selbstbild der (korporativen) Stadtgesellschaft gehört und daher größere und erkennbare muslimische Gotteshäuser akzeptiert werden müssten. So betonte z. B. ein FDP-Politiker im Unterausschuss Bauplanung: „Wir sind UN-Stadt und dürfen Moslems nicht in Hinterhöfe verbannen“ (zit. nach GA 01.03.07). Auch betonte die Arbeitsgruppe, die das Moscheebauprojekt begleitete, als über Kontakte zu Islamisten berichtet wurde, dass die UN-Stadt Bonn gegenseitiges Misstrauen

---

<sup>291</sup> Ferner wird in einer Erklärung zum Moscheebau im Stadtrat die das „Recht auf freie Religionsausübung“ betont und die Einschätzung abgegeben, dass die Moscheegemeinde einen Islam praktiziere, der „den Gepflogenheiten und Werten unserer Verfassung“ entspreche (vgl. GRÜNE Bonn 08.10.10), womit sowohl die formalrechtliche als auch die moralische Legitimität des Moscheebauprojekts konstatiert wurde.



nicht hinnehmen dürfe (vgl. IZ 26.01.11). Dieses Verständnis von Bonn als einer offenen Stadt war handlungsleitend für die Integrationsbeauftragte, sich für einen neuen Standort für die Moschee einzusetzen. Generell schien die konfliktbehaftete Diskussion nach Ansicht verschiedener Akteure nicht in das Selbstbild der vielfältigen Stadt zu passen, wie z. B. in der folgenden Aussage der Integrationsbeauftragten deutlich wird:

„Eine Stadt wie Bonn muss eine schöne neue Moschee vertragen können, muss aber auch andere Standorte haben, muss auch keine Vorgaben machen, kann auch nicht alle Muslime in eine, in eine Schublade stecken“ (Int. Bayer).

„UN-Stadt“ diene als grenzübergreifende und identitätsstiftende Kategorie, die für Werte wie Toleranz und Vielfalt steht und im Widerspruch zu konflikthafter Auseinandersetzungen um eine Moschee. Anders als die Identitätskategorie der „Marxloher“ im Fall der Marxloher Merkez-Moschee ging es hierbei weniger darum, die Zugehörigkeit der Muslime zu betonen, als vielmehr Attribute bzw. Werte wie Toleranz und Vielfalt der Stadt und die Unvereinbarkeit mit den Widerständen gegen die Moschee und mit den hitzigen Debatten hervorzuheben.

Förderlich für das Moscheebauprojekt war ebenfalls der Wechsel des Oberbürgermeisters im Jahr 2009, der im Gegensatz zu seiner Vorgängerin Moscheebau aufgeschlossener gegenüberstand und sich mehrfach für die Moschee (am neuen Standort) aussprach (vgl. Int. Bayer).

### **Einrichtung der Stelle einer Integrationsbeauftragten bei der Stadt Bonn**

Ein wichtiger Schritt im Legitimierungsverfahren war die Einrichtung der Stelle einer Integrationsbeauftragten durch die Stadtverwaltung. Sie ist direkt dem Oberbürgermeister unterstellt und leitet die Stabsstelle Integration. Die Einrichtung dieser Stelle ist gewiss auch auf einen allgemeinen Trend in Deutschland zurückzuführen (vgl. Kühn 2018: 27). Doch maßgeblich für diesen Schritt im Bonner Kontext war eine Störung im Verhältnis zwischen der Stadt Bonn und den muslimischen Gemeinden, was unter anderem auf den Gefährdungsdiskurs und auf das sich hinziehende Moscheebauprojekt der Al-Muhajirin-Gemeinde zurückzuführen war (vgl. Int. Bayer). Auch das relativ lang andauernde Moscheebauprojekt der DITIB-Gemeinde (s. o.) trug zu der Missstimmung bei (vgl. ebd.).

Innerhalb von Stadtverwaltung und Stadtpolitik ist zudem das Bewusstsein dafür gewachsen, dass muslimische Gemeinden anfangen, ihre eigenen Projekte zu realisieren und Forderungen zu stellen, dass dies möglichst konstruktiv von der Stadt begleitet werden sollte. Cornelia Bayer, die integrationspolitische Sprecherin der Grünen in Bonn, übernahm die Aufgabe der Integrationsbeauftragten und bekleidet diesen Posten bis heute (Sommer 2018). Die Integrationsbeauftragte begründete die Einrichtung ihrer Stelle folgendermaßen:

„Also ich bin seit drei Jahren Integrationsbeauftragte, und es war eine meiner ersten Aufgaben und auch Vorhaben, dass ein bisschen Kontinuität und Selbstverständlichkeit in die Zusammenarbeit der Stadt Bonn mit Moscheevereinen kommt. Denn genau

daran mangelte es, bevor ich kam, und das war auch mit ein Grund, dass die Stadt Bonn damals entschieden hat, dass sie eine Integrationsbeauftragte braucht. [...] Das [Begleiten des Moscheebauprojekts] war eben eine meiner ersten Aufgaben und auch mein Anliegen, da ein bisschen Sachlichkeit reinzubringen, das ganze strukturieren und Vertrauen zu schaffen. Denn als ich anfang, gab es auf beiden Seiten kein Vertrauen. Die Moscheevereine waren sehr enttäuscht gewesen von der Stadt, und die Stadt wiederum war auch letztlich auch enttäuscht von Moscheevereinen, weil sie die Vorstellung falsch fand. Zu fordernd auftreten und ähnliches. Und die ersten Monate waren eigentlich davon beherrscht, gerade bei den Moscheevereinen, die konkrete Bauvorhaben hatten und warteten auf Entscheidungen und schon lange warteten, einfach eine Situation herzustellen, in der man wieder miteinander reden, in der man überlegt, was möchte der eine, was kann die Stadt [...] solche baulichen Dinge, aber natürlich dann auch die inhaltliche Debatte, was passiert dann eigentlich in der Moschee“ (Int. Bayer).

Diese Aussage veranschaulicht das doppelte Prüfverfahren bzw. die Durchleuchtung, die im Rahmen von Moscheebauprojekten stattfindet, wenn der Verein nicht bekannt ist und/oder Ungewissheit hinsichtlich seiner religiös-ideologischen Prägung besteht. Zum einen geht es um baurechtliche Angelegenheiten und zum anderen um die Prägung des Vereins, ein Aspekt, der sich jenseits der gängigen Kompetenzen von Bauämtern befindet. Aus den Ausführungen geht hervor, dass Frau Bayer persönlich vor allem für Vertrauen zwischen der Stadt und den Moscheegemeinden sorgen wollte. Zudem war es ihr Ziel, mehr Sachlichkeit in den Diskurs über Moscheebauprojekte hineinzubringen. Deshalb trug sie im Fall des Moscheebauprojekts der Al-Muhajirin-Gemeinde aktiv dazu bei, dass der Dialog zwischen Moscheegemeinde und Stadt kontinuierlich fortgeführt wurde. So wurde sie als Vertreterin der Verwaltung zum Hauptansprechpartner für die Gemeinde. Sie brachte zudem Vertreter der Moscheegemeinde und Politiker in Form einer Arbeitsgruppe zusammen. Ferner vermittelte sie zwischen der Moscheegemeinde und der Stadtverwaltung und den Politikern. Eine Grundlage für ihr Engagement für die Moscheegemeinde war, dass sie selbst überzeugt war, dass die Vertreter der Moscheegemeinde als nicht radikal und kooperativ einzustufen waren. Zu dieser Überzeugung gelangte sie dadurch, dass die Moscheegemeinde immer ansprechbar war und bereitwillig Auskunft über ihre Angebote und das Gemeindeleben gab (vgl. Int. Vollmer):

„Das muss ich schon sagen. Hat [die Moscheegemeinde] sich jetzt auch bestimmten Veranstaltungen immer auch eingebracht und beteiligt mit Mitgliedern. Hat sich auch der ganzen Diskussion um die Frage nach Kontakt mit Extremisten in verschiedenen Runden gestellt. Was sicherlich nicht immer einfach ist für alle Beteiligten, aber das muss ich schon sagen“ (Int. Bayer).

Ein wichtiger Faktor für die Durchführung des Projekts, dürfte die Tatsache sein, dass es durch die Sicherheitsbehörden bezüglich extremistischer Bestrebungen keine konkreten Vorwürfe

gegen Personen der Gemeindeführung oder Hinweise auf mögliche Rechtsverstöße gab. Frau Bayer versuchte innerhalb der Verwaltung und Kommunalpolitik auf die Unterschiede zwischen den verschiedenen muslimischen Gruppierungen, Muslimen und Islamisten aufmerksam zu machen und sprach sich für die Al-Muhajirin- als weitgehend unbedenkliche Gemeinde aus. Auch versuchte sie, das unter den Vertretern der Moscheegemeinde entstandene Gefühl der Ablehnung zu relativieren, indem sie auf technische Aspekte der Verzögerungen bei der Standortfindung (z. B. gute Anbindung) hinwies. Damit agierte sie als Brückenperson bzw. Brokerin zwischen der Moscheegemeinde und der Kommunalpolitik sowie der Verwaltung.

Ferner beriet sie die Gemeinde in ihrem Vorgehen (Öffentlichkeitsarbeit, Grundstückssuche etc.) und war an der Findung eines geeigneten Grundstücks maßgeblich beteiligt. Außerdem stand sie für die Bürger bei Fragen bezüglich der geplanten Moschee und der Moscheegemeinde zur Verfügung und hat den Dialog mit den Bürgern maßgeblich angeleitet. Sie bemühte sich um eine differenziertere Wahrnehmung bei der Bevölkerung und machte auf die Unterschiede zwischen Islamisten und Muslimen einerseits sowie zwischen den einzelnen Gemeinden andererseits aufmerksam (vgl. Int. Bayer).<sup>292</sup> Damit trug die Integrationsbeauftragte zur informationsbasierten und emotionalen Legitimität bei, indem sie den Informationsfluss organisierte und die Moscheegemeinde von Islamisten diskursiv abgrenzte.

### **Austausch mit den Entscheidungsträgern und Informierung der Stadtgesellschaft**

Nachdem das Antragsverfahren an dem ersten Standort nicht geglückt war und der Moscheegemeinde in Aussicht gestellt wurde, an anderer Stelle bauen zu können, bemühte sich die Moscheegemeinde proaktiv, ihr Vorhaben durch Informierung und Austausch mit den politischen Entscheidungsträgern sowie der Verwaltung, der Nachbarschaft und der Presse ihr Vorhaben zu legitimieren.

Während innerhalb der Kommunalpolitik und der Verwaltung zahlreiche Gespräche über das Moscheebauprojekt geführt wurden, gab es zunächst wenige direkte Kontakte zwischen den politischen Entscheidungsträgern und der muslimischen Gemeinde. Ein wichtiger Schritt bei der Legitimierung des Moscheebauprojekts war es, mit den politischen Entscheidungsträgern in direkten Kontakt zu treten. Da der Stadtrat über den Verkauf des Grundstücks entscheiden sollte und keine alternativen Grundstücke in Aussicht waren, hing das Anliegen der Moscheegemeinde direkt von der Entscheidung der Mehrheit im Stadtrat ab, weshalb besonders diese Akteursgruppe zu überzeugen war (s. o.). Die ersten Zusammenkünfte, in denen es zum Austausch kam, waren ein interfraktionelles Treffen und eine Einladung der Politiker in die alte Moschee an der Theaterstraße, um sie dort auf die schlechten Bedingungen vor Ort aufmerksam zu machen. Das interfraktionelle Treffen wurde von der Verwaltung initiiert und ermöglichte

---

<sup>292</sup> „Also das wollt ich auch grade noch anschließen. Die Moschee-Vereine sind ja sehr unterschiedlich, was ich vielen Bürgerinnen und Bürgern immer erkläre, die ganz klischeemäßige Vorstellungen von Moscheen haben. Und ich versuche immer deutlich zu machen, deswegen haben wir auch vor, eine Broschüre darüber zu schreiben, damit jeder auch mal so ein bisschen blättern kann, wie sind die eigentlich entstanden. Manche haben auch was mit der Hauptstadtzeit zu tun, dass viele Leute aus dem diplomatischen Bereich, viele Ortskräfte auch, was zum Beten gesucht haben und überlegt haben: Kann die Botschaft jemanden unterstützen, einen Verein unterstützen?“ (Int. Bayer). Es gibt in Bonn Moscheegemeinden, in denen im Gegensatz zur Al-Muhajirin-Gemeinde bekannte Islamisten wichtige Posten bekleideten oder regelmäßig Freitagspredigten hielten. So war z.B. der nach Afghanistan ausgereiste Bakkay Harrach, der in einem Drohvideo Deutschland mit Anschlägen drohte stellvertretender Vorstand in der Ar-Rahma-Moschee in Bonn-Pennenfeld (vgl. GA 19.11.09).

den direkten Austausch zwischen dem Moscheevorstand und den Stadtratsfraktionen sowie den Baudezernenten.

Bezugnehmend auf die gescheiterte erste Bauvoranfrage beschrieb der Gemeindesprecher die relative anfängliche Unkenntnis der Gemeindevertreter bezüglich des politischen Vorgehens und einen Lernprozess im Rahmen des Legitimierungsprozesses:

„Mmh (-), wobei man wahrscheinlich sagen muss [nachdenklich], das ist der Verein (-) nicht mit schuld, aber er hätte da vielleicht geschickter agieren müssen, weil das ohne politische Kommunikation in die Wege geleitet wurde, dieses Projekt. Ne, auf einmal hat der Bauantrag bei der Stadt, das hat jemand aus der Stadt mitbekommen, der da auch in unmittelbarer Nachbarschaft lebte, und er bekam dann Angst um sein Häuschen und dass er demnächst kein Parkplatz mehr finden würde. Also, alle diese Befürchtungen, die man aber ausräumen! Also, es gibt ja Befürchtungen und Vorbehalte, die man ausräumen kann. Also, alles was technisch ist, z. B. der Muezzin vom Minarett, abwegig, war nie geplant, äh, ist, denke ich, auch die absolute Ausnahme, wenn es hier und da irgend, äh, irgendeine Gemeinde genehmigt ist. Parkplätze, da achtet das Bauamt sowieso sehr, sehr! sorgfältig drauf, dass da genügend sind, damit es nicht zu Problemen kommt. [...] Und im Zuge dieser Ablehnung im Vorfeld hat man aber mit der Stadt und der Verwaltung und den Parteien Kontakt aufgenommen und hat sagt, ist ja schön und gut, wenn ihr das ablehnt, aber irgendwohin müssen wir ja!“ (Int. Fischer).

Aus den Aussagen geht hervor, dass die Moscheegemeinde mit ihrer Moschee zwar den öffentlichen Raum betreten wollte, sie jedoch ursprünglich nicht vorgehabt hat, dies zu einer öffentlich debattierten Angelegenheit zu machen. Es zeigt sich zudem, dass die Moscheegemeinde bereit war, Änderungen am Bauplan der Moschee vorzunehmen, damit sie nicht im Widerspruch zu den Interessen der Nachbarn standen (pragmatische Legitimität). Zudem wird die Bereitschaft hervorgehoben, sich an die baurechtlichen Vorschriften zu halten und somit die formalrechtliche Legitimität zu wahren. Zugleich wird an dieser Stelle die (potenzielle) Teilbarkeit des Konfliktes ersichtlich. Darunter fallen v. a. Aspekte, die in dem Zitat als „technisch“ beschrieben werden und im weiteren Verlauf des Interviews genannt werden wie Verzicht auf Muezzinruf oder Anzahl der Parkplätze). Diese Teilbarkeit wurde daran deutlich, dass die politischen Entscheidungsträger bei der Ablehnung der ersten Bauvoranfrage durch das Bauamt das grundsätzliche Recht auf eine Moschee im Rahmen der Religionsfreiheit bestätigten und auf andere Standorte verwiesen. Durch die Ablehnung und spätere Verzögerungen bei der Grundstückssuche kam jedoch der Eindruck einer generellen Ablehnung hoch, was die Gemeinde dazu bewog, ihren grundsätzlichen Anspruch auf eine neue Moschee deutlich zu machen, wie aus dem letzten Satz hervorgeht („aber irgendwohin müssen wir ja!“) und was in den öffentlich getätigten Aussagen zum Ausdruck kommt.

Die politischen Entscheidungsträger wiederum nutzten die Treffen, um sich über den Moscheeverein und sein Vorhaben direkt zu informieren. Bei diesen Treffen spielte das Narrativ

der „Kritischen Fragen“ eine wichtige Rolle, wie unter anderem aus dem Interview mit dem damaligen Vorsitzenden der Bonner SPD hervorgeht:

„Und dann wurden zum ersten mal Pläne ausgetauscht, Vorstellungen ausgetauscht etc. Und wir haben Fragen gestellt. Wir haben auch kritische Fragen gestellt. Ich wollte wissen, das waren Fragen, die ich ganz konkret gestellt habe, ich wollte wissen, wo kommt das Geld her? Wo kommt das Geld für die Finanzierung einer Moschee her? Und was gibt es, was für gesellschaftspolitische Ansichten sind in diesem Verein vertreten? Wer geht in diesen Verein? Wer nimmt alles teil an dem Freitagsgebet etc.? Weil ich das nicht wissen kann, wenn ich nicht Mitglied eines Moscheevereins bin, wenn ich nicht, erst recht, wenn ich nicht Gläubiger, gläubig bin und nicht Teil dieser Religion bin. Woher soll ich wissen, was dieser Verein darstellt, was er repräsentiert? Und diese Fragen habe ich gestellt. Und ich habe auch darauf gedrängt, dass wir Antworten kriegen. Klare Antworten kriegen“ (Int. Peters).

Die Passage verdeutlicht, welch hoher Informationsbedarf über die Moscheegemeinde bei dem Politiker herrschte und dass die Moscheegemeinde vor der Aufgabe stand, die Fragen zufriedenstellend und möglichst vertrauensvoll zu beantworten. Auch veranschaulichen diese Treffen und die darin gestellten Fragen eine Durchleuchtung der Moscheegemeinde. Hier war vor allem die informationsbasierte kognitive Legitimität angesprochen. Die Aussagen zeugen von großer Skepsis gegenüber dem Bauträger und von Befürchtungen, dass die Spenden aus dubiosen Quellen stammen könnten. Sowohl der anfängliche geringe Informationsstand über die Moscheegemeinde als auch der Bonner Gefährdungsdiskurs (vgl. Kap 7.2) spiegeln sich in den Aussagen wider. Hintergrund dieser Aussagen sind die beschriebenen islamistischen Tendenzen in der König-Fahd-Akademie und der schwierige Umgang damit durch die Stadt Bonn (s. o.).

Die Veranstaltungen im Rahmen des Legitimierungsdiskurses boten auch für die anderen politischen Vertreter die Möglichkeit, sich über die Moscheegemeinde zu erkundigen. Die Tatsache, dass dieses Fragen auch öffentlich inszeniert wurde – in einem Zeitungsartikel (vgl. GA 21.01.11) wird Peters mit den Worten zitiert, dass er danach mit Sicherheit gefragt hätte, wenn die Moscheegemeinde ihre Pläne nicht offengelegt hätte – zeigt, dass es für den Politiker um die Profilierung und Inszenierung als kontrollierende Instanz und gewissermaßen Beschützer der Stadtgesellschaft vor weiteren islamistischen Tendenzen ging. Dieser Sachverhalt betrifft die moralische Legitimität, da es hier um die Werte und die Rollenbilder von Politikern geht, die sich um die Sicherheit der Bürger kümmern. Laut dem Interviewpartner haben die Vertreter der Moscheegemeinde sich gesprächsbereit gezeigt und sind auf die verschiedenen Fragen eingegangen, was seine Haltung zum Moscheebauprojekt positiv beeinflusst habe (vgl. Int. Peters).

Nachdem der erste Standort abgelehnt worden war und die Moscheegemeinde sich für einen der neuen Standorte an der Brühler Straße entschieden hatte, fanden mehrere Informationsveranstaltungen statt, in denen die Moscheegemeinde sich und ihr Moscheebauprojekt vorstellte. Die erste Veranstaltung fand im November 2008 in dem Gemeindesaal der

Apostelgemeinde statt. Eine weitere folgte im Dezember 2009. Da die Moscheegemeinde aus einem anderen Stadtteil zuziehen sollte (von Stadtmitte nach Alt-Tannenbusch) und sie daher in der Nachbarschaft noch wenig bekannt war, war Ziel der Veranstaltung, die Geschichte, die Ausrichtung und die Personen der Gemeinde vorzustellen (vgl. Int. Fischer). Als Ansprechpartner waren neben den Vertretern der Moscheegemeinde auch die Integrationsbeauftragte sowie ein Mitarbeiter des Stadtplanungsamts anwesend (vgl. Int. Roth). Es kamen ca. 280 Personen zur ersten Veranstaltung, sowohl aus der unmittelbaren Nachbarschaft als auch Interessierte aus dem Stadtteil Tannenbusch und Umgebung.

Von den Anrainern wurden Befürchtungen wegen mangelnder Parkplätze geäußert (vgl. GA 16.12.09). Diese Befürchtungen konnten sowohl von der Moscheegemeinde als auch von den anwesenden Vertretern der Stadt ausgeräumt werden, unter anderem durch den Verweis, dass die Baubehörde die Einhaltung der baurechtlichen Angelegenheiten genau beobachte (vgl. GA 16.12.09), so dass keine weitere Kritik geäußert wurde.

Ferner wurde danach gefragt, wie extremistische Tendenzen in der Moscheegemeinde verhindert werden könnten. Diesbezüglich machte die Moscheegemeinde klar, dass man mindestens drei Jahre eingetragenes Mitglied sein müsse, bevor man in den Vorstand gewählt werden könne. So würde eine extremistische Prägung des Vorstands strukturell verhindert. Zudem wurde zu verstehen gegeben, dass radikale Strömungen in der Moscheegemeinde die Existenz der Gemeinde gefährden würde (vgl. GA 16.12.09). Im Rahmen der Informationsveranstaltungen betonte die Moscheegemeinde, dass der Lebensmittelladen aus dem Nutzungsplan gestrichen wurde.

Grundsätzlich war während der Informationsveranstaltung fast kein Widerspruch zu vernehmen, was den Pfarrer verwunderte. Aus den Interview mit Roth wird deutlich, dass auch die Informationsveranstaltung in ihrer Konzeption darauf ausgerichtet war, nicht nur Sachfragen zu klären, sondern auch die häufig vorhandenen, diffusen Ängste zu artikulieren und somit die Moscheegemeinde zu durchleuchten. Diese Erwartungshaltung wurde auch zum Teil von der Presse vertreten, die betonte, dass „Pfarrer Matthias Roth [...] die rund 200 Zuhörer im voll besetzten Saal regelrecht ermuntern [musste], doch auch ruhig kritische Fragen zu stellen“ (GA 16.12.09). Die Verwunderung des Pfarrers über das Ausbleiben von kritischen Fragen lag vermutlich daran, dass bei ihm der Bonner Gefährdungsdiskurs sehr präsent war, ohne jedoch, dass er sich zu der Problematik der Kontakte zu Islamisten geäußert hat.

Ein Grund für die Abwesenheit von offenem Widerspruch lag darin, dass es in der Stadt keine islamfeindlichen Akteure gab, die die Veranstaltung hätten instrumentalisieren können, (vgl. Kap. 9.2.1).<sup>293</sup> Ferner kann vermutet werden, dass die Moscheegemeinde bereits seit längerem versucht hatte, ihr Moscheebauprojekt zu realisieren, und sie dies auch entsprechend öffentlich kommuniziert hatte. Ein weiterer Grund kann das gemeinsame Auftreten der Moscheegemeinde mit der Integrationsbeauftragten und dem evangelischen Pfarrer sein sowie

---

<sup>293</sup> Es gab ab der Wahl 2009 einen Ratsherrn von Pro NRW im Stadtrat, der die Vorwürfe über die Kontakte zu Islamisten aufgegriffen und damit versucht hat, die Al-Muhajirin-Gemeinde als Kooperationspartner zu diskreditieren und außerdem die Verwaltung für die Grundstückssuche kritisierte (vgl. DS 1110207). Dennoch spielten islamfeindliche Akteure und rechte Parteien in den Interviews keine Rolle. Auch wird Bonn in einschlägigen Ausführungen zu islamfeindlichen oder neonazistischen Akteuren in Deutschland nicht erwähnt (vgl. den Sammelband von Virchow et al. (2017).

auch einem Großteil der politischen Entscheidungsträger, die das Vorhaben an dem neuen Standort befürworteten. Diese tendenziell anerkannten Akteure stuften die Moscheegemeinde dabei als unbedenklich ein. Außerdem ist zu bedenken, dass in Alt-Tannenbusch viele Muslime leben (s.o.) und diese entweder selbst von einem Gebetshaus in ihrer Nähe profitieren wollten oder zumindest Verständnis für das Vorhaben hatten. Vermutlich ging die Integrationsbeauftragte deswegen davon aus, dass es an diesem Standort wenig Widerstand von der Bevölkerung geben würde (s. o.). Insgesamt wurden nach Einschätzung der Interviewpartner und der Presse die Informationsveranstaltungen von der Nachbarschaft gut angenommen (vgl. Int. Bayer, Int. Roth, GA 16.12.09). Zudem sind nach Aussagen von Roth die Kritiker und Gegner der Moschee der Veranstaltung ferngeblieben, so dass der Protest durch das Fernbleiben zum Ausdruck gebracht wurde (vgl. Int. Roth), was jedoch nicht in dem Legitimierungsdiskurs vernehmbar gewesen ist.

Die Moscheegemeinde bemühte sich um Transparenz, indem sie sowohl die Verwaltung als auch die Kommunalpolitik in regelmäßigen Abständen über ihr Vorhaben informierte: Anfang 2009 verschickte die Moscheegemeinde ein detailliertes Raum- und Nutzungskonzept an alle Fachämter der Stadt Bonn. Nach der Besprechung der Pläne mit einigen Fachämtern wurden die Entwürfe den Ratsfraktionen zugeschickt, und die diese anschließend im Rahmen eines interfraktionellen Treffens besprochen haben.

Laut Vollmer hat sich die Moscheegemeinde sehr offen und transparent gegenüber Pressevertretern verhalten und war stets bereit, auf Presseanfragen einzugehen (vgl. Int. Vollmer).<sup>294</sup> Von Vorteil für die Verständigung war, dass der Gemeindesprecher Fischer als Herkunftsdeutscher fließend Deutsch sprach. Die Bemühungen der Gemeinde um Aufklärung und Abbau von Ängsten wurde von anderen Muslimen unterstützt durch Gespräche in verschiedenen Kontexten, wie z. B. in privaten Gesprächen oder auf öffentlichen Veranstaltungen. Dies erfolgte v. a. von engagierten Muslimen, die sich im Rat der Muslime zusammengeschlossen hatten und später auch die Partei BFF/BIG gründeten (Int. Bulut). Auch beteiligte sich die Moscheegemeinde zusammen mit zwei christlichen Gemeinden der Initiative OASE, die günstige Mahlzeiten für Bedürftige anbietet, um u.a. sich im Stadtteil zu präsentieren.

### **Einrichtung der Arbeitsgruppe „Neue Moschee in Tannenbusch“**

Anfang 2010 initiierte die Integrationsbeauftragte eine Arbeitsgruppe „Neue Moschee in Tannenbusch“, was förderlich für die Einflusslegitimität gewesen ist. Das Ziel war es, die Diskussion um den Moscheebau zu versachlichen und einen größeren Einfluss auf den Verlauf des Bauprojekts durch die Stadt zu haben sowie feste Ansprechpartner für die Bürger zu etablieren und somit für Transparenz zu sorgen. In dem Gremium waren neben Vertretern der Moscheegemeinde, der Stadtverwaltung und aus der Kommunalpolitik auch katholische und

---

<sup>294</sup> Allerdings hat es nach Aussagen von Vollmer einige Verstimmungen zwischen ihm und dem Gemeindesprecher gegeben, nachdem er über die islamistischen Tendenzen in der Moscheegemeinde berichtet hatte (vgl. ebd.). Bei der Außenkommunikation scheint es eine Aufgabenteilung geben zu haben. Der Gemeindesprecher Fischer, der Anwalt ist und deutschsprachig aufgewachsen ist, war für das Ausüben von Druck zuständig. Dies wird deutlich, dass er den öffentlichen Brief und die kritische Stellungnahme mit dem Titel „Geht's noch?“ verfasst hat. Dagegen galt der Moscheevorstand, Abbas und Kharat, als immer gesprächsbereit, ehrlich und dialogorientiert (ebd.) und sind in den öffentlichen Stellungnahmen auf die Kritiker verständnisvoll eingegangen.

evangelische Kirchenvertreter sowie Vertreter von MuChri und des RMB präsent. Es waren vorwiegend Akteure, die sich schon vorher in das Moscheebauprojekt und den Diskurs eingebracht hatten. Der SPD-Vertreter Salvatore Peters sah in der Teilnahme an dem Arbeitskreis die Möglichkeit, seine Fragen und Bedenken zu artikulieren (s. o.) und betrachtete das Gremium zugleich als eine „Einbettung in einen gesellschaftlichen Prozess“ (Int. Peters).

Aus der Perspektive der politischen Entscheidungsträger, die vorher das Moscheebauprojekt kritisiert hatten, war eine Kooperation in der Arbeitsgruppe und die Unterstützung des Projekts vermutlich dadurch möglich geworden, dass der Bau am zuerst vorgesehenen Standort und die damit verbundenen Risiken (Konzentration von Muslimen, Abwertung der Immobilien) abgewendet worden waren und die Moscheegemeinde die Bereitschaft signalisiert hatte, auf die Erwartungen der Politik einzugehen, so dass auch SPD und CDU sich hinter das Projekt stellen konnten.<sup>295</sup>

Besprochen wurden Themen wie die Öffentlichkeitsarbeit der Moscheegemeinde, Umgang mit möglichen Widerständen in der Bevölkerung, Verbindung der Moscheegemeinde zu Islamisten sowie die Ausgestaltung der Moschee und der Angebote in den neuen Räumlichkeiten (vgl. Int. Bayer, Int. Peters, Int. Fischer). Mehrere Akteure regten an, Informationsveranstaltungen durchzuführen, und im Rahmen des Gremiums konnten sie sich verständigen, an welchem Ort und zu welcher Zeit diese stattfinden sollten und wer die Veranstaltungen organisatorisch unterstützen konnte.

Als nach der Berichterstattung des General Anzeigers über Kontakte der Al-Muhajirin-Gemeinde zu Islamisten eine hitzige Diskussion in Bonn aufkam, traf sich der Arbeitskreis, um dieses Thema zu behandeln. Die Situation spitzte sich v. a. Anfang 2011 zu, als weitere Zeitungsartikel über Kontakte der Moscheegemeinde zu Islamisten veröffentlicht wurden (s. o.). Schädlich für das Image der Moscheegemeinde war zudem die Tatsache, dass ein salafistischer Verein „Dar ul Huda“ zu Spenden für den Moscheebau aufgerufen hatte (vgl. GA 15.12.10, Int. Bayer), was verdeutlicht, dass Unterstützung von Akteuren, die den gesellschaftlichen Werten widersprechen, sich negativ auf die Legitimität von Moscheebauprojekten auswirken kann. Der Moscheeverein konnte in einem relativ kleinen Kreis seine Perspektive schildern und nähere Detailinformationen zu den fragwürdigen Kontakten geben. Zugleich drückten die anderen Akteure einhellig ihre Erwartung aus, dass sich die Moscheegemeinde von jeglicher Form des Islamismus distanzierte, was laut Aussage von Interviewpartnern auch geschehen sei (vgl. Int. Bayer, Int. Peters).

Die Arbeitsgruppe „Neue Moschee in Tannenbusch“ war vermutlich ein geeigneterer Rahmen für die Besprechung eines solch sicherheitsrelevanten Themas als eine Informationsveranstaltung, da hier genug Zeit zur Verfügung stand, das Thema ausdiskutieren und die Positionen aller Beteiligten darzulegen. Die Integrationsbeauftragte verstand den Arbeitskreis dezidiert als ein Gremium eines direkten und kritischen Austauschs, wie ihre folgenden Aussagen zeigen:

---

<sup>295</sup> Der schärfste Kritiker des Projekts, der auch den Bürgerantrag gegen die Genehmigung am ersten Standort gestellt hatte, war jedoch nicht in dem Gremium vertreten.



„Wir hatten auch diesen, eine offene Diskussion darüber [Kontakte zu Islamisten] in dieser Arbeitsgruppe. Ich habe extra zu dem Thema eingeladen, weil ich gesagt habe, wir sind nicht nur eine Arbeitsgruppe, die sich trifft, wenn es um Runde Tische vor Ort geht, um Nachbarschafts- und Stadtteilinformationen, sondern auch wenn es Streit gibt und wenn so was in den Zeitungen steht, dann müssen alle Mitglieder einer solcher Arbeitsgruppe das Recht haben, den Moscheeverein auch zu fragen: ‚Leute was macht ihr da eigentlich? Das geht so nicht!‘“ (Int. Bayer).

In dieser Passage betont die Integrationsbeauftragte die Seriosität des Gremiums und dass die Funktion der Arbeitsgruppe nicht nur auf Informationsvermittlung beschränkt sei. Zugleich wird der hohe Stellenwert der Berichterstattung im General Anzeiger deutlich, die Auslöser für die Diskussionen gewesen ist. An den Aussagen wird erneut der hohe Wert deutlich, der dem kritischen Fragen beigemessen wird, und es wird ersichtlich, dass das Gremium u. a. einer „Inspektion“ der Moscheegemeinde im Rahmen des Moscheebauprojekts dient. Dies erscheint für die Anspruchsgruppen umso erforderlicher, je ungewisser der Wertekonsens mit der Moscheegemeinde und je fragwürdiger ihre Kontakte sind.

Zudem wurden Erwartungen geäußert und auch medial aufgegriffen, wie ein Zeitungsartikel der Kölnischen Rundschau veranschaulicht: „An einem runden Tisch informierten nun Moscheeverein, Stadtverwaltung und Architekt im Gemeindehaus an der Apostelkirche die künftigen Nachbarn. Tenor: Es wird ein offenes Gotteshaus. ‚Das ist eine konkrete Erwartung‘, betonte Cornelia Bayer“ (KR 08.10.10), womit ein prominentes, auch von anderen Fällen bekanntes Narrativ angesprochen wird und was eine medial vermittelte Erwartungsbeziehung veranschaulicht.

Nachdem sich die Moscheegemeinde sowohl im General Anzeiger (vgl. GA 15.01.11 a, b) als auch in der Arbeitsgruppe von Gewalt und radikalen Predigern distanziert und versichert hatte, dass man gegen Extremismus in der Moschee vorgehe, wurde dies mit einer Fürsprache und einer positiven öffentlichen Resonanz honoriert, was z. B. an der folgenden Schlagzeile „Arbeitskreis Neue Moschee begrüßt Erklärung von Al-Muhajirin“ (GA 21.01.11) deutlich wird. Aus den Interviews mit den Beteiligten aus Verwaltung und Politik wird ersichtlich, dass die Distanzierung eine Bedingung für die weitere Unterstützung im Rahmen der Arbeitsgruppe war. Die Arbeitsgruppe bot diverse unterstützende Leistungen für die Moscheegemeinde und ihr Bauprojekt. Neben hilfreichen Informationen z. B. hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit nutzten die Akteure das Gremium, um eine Gegendemonstration gegen den Naziaufmarsch zu organisieren (vgl. Int. Peters). Trotz der zum Teil kritischen Befragung empfand der muslimische Vertreter die Arbeitsgruppe als eine Unterstützung:

„Auf jeden Fall, die ist hilfreich. Weil eben kommuniziert in die Fraktionen hinein, in die Verwaltung hinein. Da sind Teilnehmer der Kirche, das heißt, die Pfarrer, die dort teilnehmen, an diesem Arbeitskreis, sie können natürlich auch innerhalb ihrer Gemeinde viel leisten. Weil die auch angesprochen werden: ‚Wie ist das mit den Muslimen?‘ Und die haben auch alle schon gesagt: ‚Also wenn ihr erst mal eure Moschee

dort stehen habt, werden wir kommen!’ Wir sagen: ‚Ja, willkommen!’ [lacht]“ (Int. Fischer).

Wie auch in Duisburg zeigte sich hier die Multiplikatorfunktion der Teilnehmer des Gremiums. Die Vertreter vermittelten die Informationen in ihre Organisationen und trugen damit zur Transparenz und zur informationsbezogenen Legitimität des Moscheebauprojekts bei. Zugleich zeigt sich an dem Zitat, wie die beteiligten Akteure ihre Erwartungen an die Moscheegemeinde bezüglich der Öffnung artikulierten. Die Arbeitsgruppe war außerdem eine Brückeninstanz zwischen dem Stadtrat und der Gemeinde und transportierte die dort gestellten Erwartungen hinsichtlich des Umgangs mit Islamisten.

Nach Einschätzung der Interviewpartner stärkte das Gremium den Legitimierungsprozess (vgl. Int. Bayer, Int. Fischer, Int. Roth). Die Berichterstattung darüber war weitgehend positiv und die Multiplikatoren bemühten sich, in ihren Organisationen Vorbehalte gegenüber dem Moscheebauprojekt auszuräumen.

Die Rekrutierung der Teilnehmer des Gremiums erfolgte v. a. durch die Integrationsbeauftragte. Die Idee bestand darin, alle wichtigen Akteure aus dem Bereich der Integrationspolitik und des muslimischen Lebens in Bonn an einen Tisch zu bringen. Ein Teil der Teilnehmer war schon vor dem Moscheebauprojekt mit der Al-Muhajirin-Gemeinde vernetzt und gehörte von Anfang an zu den Unterstützern des Moscheebauprojekts (MuChri, RMB). Mit anderen Teilnehmern kamen die muslimischen Vertreter im Laufe des Moscheebauprojekts in Kontakt, z. B. mit Vertretern der Apostelkirche und der SPD.

Was die Dauerhaftigkeit des Gremiums angeht, kann festgestellt werden, dass das Gremium über einen längeren Zeitraum (2011-2013) tagte und vor allem dann aktiv wurde, als bestimmte Entscheidungen (Ausrichtung einer Informationsveranstaltung) anstanden oder Legitimitätsprobleme im Zusammenhang mit den Kontakten zu Islamisten aufkamen (vgl. Int. Roth). Nach der Fertigstellung der Moschee hat es keine Treffen der Arbeitsgruppe mehr gegeben (vgl. Int. Vollmer). Vor dem Hintergrund, dass nur selten öffentliche Veranstaltungen stattfanden, die auch an Nichtmuslime adressiert waren (vgl. ebd.), gab und gibt es im Gegensatz zum Beirat der Begegnungsstätte in Marxloh keinen Koordinierungsbedarf. Außerdem war das Bestehen des Gremiums trotz der Vereinbarung, im ständigen Austausch über die Nutzung der Moschee zu stehen (vgl. Website Stadt Bonn 17.01.11<sup>296</sup>, s. u.), keine rechtliche Verpflichtung oder Teil eines Projektkonzepts, wie dies ebenfalls in Marxloh der Fall ist. Eine offizielle Auflösung des Gremiums hat es nicht gegeben.

Das Moscheebauprojekt war für die Integrationsbeauftragte sehr arbeitsintensiv, und vor dem Hintergrund der in Bonn bestehenden Herausforderungen wie weitere Auseinandersetzung mit Islamisten und der Zuzug von Geflüchteten ist es denkbar, dass für eine regelmäßige Begleitung einer solchen Arbeitsgruppe keine Kapazitäten mehr frei waren.

---

<sup>296</sup> [HTTP://WWW.BONN.DE/RAT\\_VERWALTUNG\\_BUERGERDIENSTE/PRESSEPORTAL/PRESSEMITTEILUNGEN/14677/](http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/presseportal/pressemitteilungen/14677/), letzter Zugriff am 12.12.2013.

## Kontrolle durch Kooperation und Abbau von Einrichtungen des Moscheekomplexes

Da unter den politischen Entscheidungsträgern auch während des zweiten Antragsverfahrens die Befürchtung verbreitet war, dass sich aus dem Moscheebauprojekt ein soziales bzw. kulturelles Zentrum mit diversen Angeboten v. a. für Jugendliche entwickeln würde, auf das die Stadt keinen Einfluss hätte (vgl. Int. Bayer), verpflichtete sich die Moscheegemeinde, die Infrastruktur für die Angebote zu reduzieren, indem sie einen geplanten Lebensmittelladen aus den Plänen strich und den geplanten Jugendraum zu einem Multifunktionsraum umwandelte. Dieser Verzicht wurde auf Antrag von SPD und CDU als Bedingung für den Verkauf des Grundstücks an der Brühler Straße im Kaufvertrag verankert (vgl. GA 26.09.09, Int. Fischer).

Zudem haben sich die Stadt und die Moscheegemeinde geeinigt, bei der Gestaltung der Jugendangebote miteinander zu kooperieren, und die Moscheegemeinde bot der Stadt daraufhin in Anknüpfung an Versprechen im Zusammenhang mit der ersten Bauvoranfrage an, ihre Aktivitäten in regelmäßigen Abständen kontrollieren zu lassen (vgl. GA 24.02.07, Int. Fischer), um die Einflusslegitimität zu steigern. Dieses Arrangement hatte zwar beim ersten Bauantrag nicht geholfen (vgl. Kap. 7.2), wurde aber bei dem zweiten Antragsverfahren beibehalten (vgl. Website Stadt Bonn 17.01.11). Zudem wurde im Kaufvertrag sowie im Nutzungskonzept eine Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen und anderen Trägern verankert, als Beispiel wurde MuChri angeführt (vgl. GA 21.01.11, Website Al-Muhajirin Moschee in Bonn e.V. 19.01.11<sup>297</sup>).

Hiermit ist ein Punkt angesprochen, der das Antragsverfahren prägte: der Versuch der politischen Kontrollsicherung durch Kooperation und das öffentliche Kommunizieren dessen durch Kommunalpolitik und Verwaltung, um der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Dabei war es nach eigenen Aussagen die Integrationsbeauftragte, welche die Moscheegemeinde ermunterte, auf Erwartungen seitens der Politiker einzugehen (s. o.).

Das Nutzungskonzept wurde von der Moscheegemeinde mehrmals überarbeitet und an die durch die Politiker artikulierten Erwartungen angepasst, ohne jedoch auf Räumlichkeiten für soziale Aktivitäten zu verzichten. Der Blick auf die verschiedenen Nutzungskonzepte im Zeitverlauf zeigt, dass anfangs (Nutzungskonzept vom 07.07.09) im Konzept sowohl Jugendräume als auch ein Lebensmittelladen enthalten waren. Der Rat beauftragte die Verwaltung, gemeinsam mit der Moscheegemeinde das Konzept zu überarbeiten und den Schwerpunkt auf die Planung als Gebetshaus zu legen, in dem andere Nutzungen untergeordnet sind:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Überarbeitung des Nutzungskonzeptes mit dem Verein Al-Muhajirin den Schwerpunkt auf die Planung als Gebetshaus zu legen, dem sich anderweitige Nutzungen unterzuordnen haben“ (DS 0912440AA4).

In einem zweiten Konzept wurde der Jugendraum bereits nicht mehr explizit aufgeführt und in einen „Multifunktionsraum“ überführt (DS 0912832ED2). Aus dem dritten Nutzungskonzept wurde auch der Lebensmittelladen gestrichen (vgl. Website Al-Muhajirin-Moschee in Bonn

---

<sup>297</sup> [HTTP://WWW.ALMUHAJIRIN-BONN.DE/DE/NUTZUNGSKONZEPT/](http://www.almuhajirin-bonn.de/de/nutzungskonzept/), letzter Zugriff am 01.11.18.

e.V. <sup>298</sup>), was letztlich vom Stadtrat akzeptiert wurde. Als Beitrag zur Transparenz wurde das Nutzungskonzept auf der Internetpräsenz öffentlich zugänglich gemacht.

Die Tatsache, dass die Moscheegemeinde auf die Forderungen der Politiker einging und sie ihr Vorhaben mehrmals erklären konnte, trug dazu bei, dass auch die Skeptiker dem Verkauf des Grundstücks an die Moscheegemeinde zustimmen konnten (vgl. Int. Bayer).

Die Aushandlung der verschiedenen Elemente des Moscheekomplexes ermöglichte eine Annäherung von Kritikern unter den politischen Entscheidungsträgern und der Moscheegemeinde und verdeutlicht die Teilbarkeit des Konflikts. Durch diese Annäherung des Moscheebaukonzepts an die Erwartungen der kommunalpolitischen Entscheidungsträger konnte die Einflusslegitimität gestärkt werden. Zugleich war es für die emotionale Legitimität förderlich, dass die Moscheegemeinde auf die Ängste von Kritikern und Gegnern eingegangen ist. Dies zeigt sich beispielhaft an der Umfunktionierung des geplanten Jugendraumes zu einem Multifunktionsraum, durch welche auf die Sorge eingegangen wurde, dass Jugendliche radikalisiert werden könnten.

Wie die Bereitschaft der Moscheegemeinde, auf die Erwartungen von politischen Entscheidungsträgern einzugehen, wahrgenommen wurde, zeigt die folgende Äußerung des SPD-Vorsitzenden:

„Es wurden auch Zugeständnisse gemacht, was die konkrete Planung der Moschee und vor allen Dingen der zusätzlichen Bauten oder der geplanten, der geplanten Einrichtungen, weil da war ja, da waren dann Wohnungen geplant, ein Einkaufszentrum, und das waren so Dinge, die ein bisschen zurückgenommen wurden. Dass dann eben ein kleines Ladenlokal entsteht, aber dann wirklich nur um bestimmtes Essen, was an Feiertagen einfach nur nicht überall zu kaufen ist, eben den Gläubigen verkaufen zu können. Oder auch mal einen Kaffee zu servieren. Aber nicht mehr das Geschäft. Und auch nicht mehr eine Vielzahl an Wohnungen, sondern eben eine Wohnung für, für den Hausmeister, glaube ich, eine für den Imam. Und ansonsten ein paar Seminarräume, aber nichts Großartiges mehr. Kein großes Zentrum. Und damit wurde dann klar, ja, Zugeständnisse werden gemacht“ (Int. Peters).

Der Reduzierung der geplanten nichtreligiösen Infrastruktur wirkte offensichtlich positiv auf die Wahrnehmung der Politiker im Hinblick auf die Moscheegemeinde und die Bereitschaft, dem Projekt zuzustimmen. Dies steht im Kontrast zum Fall der Merkez-Moschee in Marxloh, wo genau die nichtreligiösen Angebote ausgebaut werden sollten.

Gleichzeitig hat einigen Interviewpartnern zufolge auch ein Lernprozess stattgefunden (vgl. Int. Roth, Int. Fischer). Mit der Zeit setzte sich bei den Politikern die Einsicht durch, dass eine Moschee nicht bloß ein Ort des Gebets, sondern auch das soziale Zentrum einer Gemeinde ist (vgl. Int. Roth), was zu einem Legitimitätszuwachs auf kognitiver Dimension geführt hat. Während in den Diskussionen im Stadtrat anfangs der Fokus eindeutig auf die religiöse

---

<sup>298</sup> [HTTP://WWW.ALMUHAJIRIN-BONN.DE/DE/NUTZUNGSKONZEPT/](http://www.almuhajirin-bonn.de/de/nutzungskonzept/), letzter Zugriff: 19.09.17.

Funktion gelegt wurde, wurde im Beschlusspapier des Stadtrates die Gemeindearbeit über religiöse Angebote hinaus anerkannt, wie aus der folgenden Passage ersichtlich ist:

„Der Rat der Stadt Bonn teilt die Einschätzung der Deutschen Islamkonferenz, der zufolge Moscheen nicht nur der Religionsausübung dienen, sondern immer auch Orte der Begegnung und der Gemeindearbeit sind. Darüber hinaus sind Moscheegemeinden heute wichtige Partner kommunaler Integrationsarbeit“ (DS 0912832NV4).

An mehreren Stellen wurde auf ein Positionspapier der Deutschen Islamkonferenz verwiesen, welches zur einem Orientierungsdokument und einem normativen Referenzinstanz für die Aushandlung des Moscheebauprojekts wurde. Dies wurde dadurch deutlich, dass der damalige Vorsitzende der SPD-Bonn in dem Interview angab, sich daran zu orientieren (vgl. Int. Peters). Der Verweis in dem obigen Dokument auf Moscheegemeinden als wichtige Partner in der Integrationspolitik zeigt, dass diese Art der Vernetzung vom Stadtrat als grundsätzlich legitimierender Aspekt betrachtet wird.

Zum einen geschah ein Lernprozess durch die Beschäftigung mit Muslimen in Deutschland unter Zuhilfenahme von Dokumenten der DIK. Zum anderen geschah der Lernprozess durch den bereits erwähnten Vergleich von Moscheen und Kirchen, wie an den Aussagen des SPD-Vorsitzenden deutlich wird.

„Und dann gab es aber wieder die Gegenüberstellung, es hat, das habe ich, aber auch andere gesagt, dann gab es wieder die Gegenüberstellung, Moment mal, das hieße, dass jede Kirche {lacht} nur ein Gebetsraum ist, nur die Kirche an sich. Aber jede Kirche hat ein Zentrum, hat ein Jugendzentrum, Begegnungszentrum, wie auch immer man das nennen mag, direkt daneben. Fast jede. Was machen wir denn mit denen? Wir können, wir müssen alle Religionen gleich behandeln. Ich habe dann letztendlich immer dieses Grundgesetz als die Formel herausgeholt. Das Grundgesetz, das klarmacht, das die Gesellschaft vor Extremismus schützt, vor politischem, aber auch religiösem Extremismus schützt und eben auch Rechtsstaatlichkeit vor Scharia stellt und gegen das, gegen die Gebote des Alten Testaments sogar, gab's keine Frage. Und nichts steht über diesem Grundgesetz, das aber auch die Religionsfreiheit schützt. Und dass wir alle Religionen auch gleich behandeln. Und dass Religionsausübung in diesem Land geschützt ist. Und dass, und daraus immer Forderungen an die Mehrheitsgesellschaft gestellt, aber auch an diejenigen, die hier Religion ausüben wollen. Also“ (Int. Peters).

Aus den Aussagen wird ersichtlich, dass der Vergleich zwischen Kirchen und Moscheen sich zum einen auf der kognitiven Legitimitätsdimension befindet und dem Verständnis für die Funktion einer Moschee dienlich sein soll. Zum anderen betrifft der Vergleich die moralische Dimension, die im Sinne einer Gleichbehandlung von Christen und Muslimen die Realisierung einer Moschee inklusiver der säkularen Angebote legitimiert. Als normatives Bezugssystem bei der Legitimitätsbewertung des Moscheebauprojekts dient das Grundgesetz. Zugleich wurde das

Grundgesetz genutzt, die Moscheegemeinde auf die Werte und Normen der Gesellschaft und auf die Distanzierung von Islamisten zu verpflichten.

Während die SPD und die CDU-Vertreter den Abbau der nichtreligiösen Angebote bzw. der Infrastruktur einforderten, legten die GRÜNEN Wert auf die Öffnung der Moschee auch für Nichtmuslime. So formulierten die GRÜNEN den Wunsch, dass die Moscheegemeinde in ihrer neuen Moschee diverse Veranstaltungen und Integrationsangebote ausrichten sollten:

„Die neue Moschee bietet darüber hinaus mit ihren Räumlichkeiten eine hervorragende Möglichkeit für Veranstaltungen und Integrationsangebote – wer Tannenbusch kennt, weiß, dass dafür Bedarf besteht. Wir werden Al-Muhajirin beim Wort nehmen und den Bau und die nachfolgende Arbeit des Vereins in der fertiggestellten Moschee intensiv begleiten“ (Website Die GRÜNEN in Bonn 08.10.2010<sup>299</sup>).

An dieser Aussage wird ersichtlich, wie Fürsprache und das Stellen von Erwartungen zugleich geschieht. Parteiübergreifend wird die Begleitung der Arbeit der Moscheegemeinde betont und soll vermutlich vor dem Hintergrund des Gefährdungsdiskurses beruhigend auf die Stadtgesellschaft wirken. Zudem wird hier symbolisch eine Vergemeinschaftung der Moschee vollzogen. Diese Erwartungshaltung ist auch der Erklärung der Verwaltung zu entnehmen:

„Der Rat der Stadt Bonn setzt voraus, dass der Moscheeverein Al-Muhajirin eine offene Moschee, deren Aktivitäten transparent gestaltet werden und die auch für Nichtmuslime zugänglich ist, verbindlich zusagt und die in der Grundsatzerklärung aufgeführten inhaltlichen Angebote der Gemeinde insbesondere für Kinder, Jugendliche und Frauen im ständigen Dialog mit der Stadt Bonn mit dem Ziel einer positiven Integrationsarbeit diskutiert und abstimmt“ (DS 0912832EB6).

Damit werden drei Erwartungen an die Moscheegemeinde hinsichtlich der Gestaltung ihrer Gemeindefarbeit ersichtlich: Transparenz, Offenheit für Nichtmuslime und Integrationsorientierung. Diese Aspekte wurden in die Grundsatzerklärung der Moscheegemeinde aufgenommen. Dort betont die Moscheegemeinde, dass sie sich in das Stadtleben einbringen wolle und die Moschee allen offenstehe. Damit wurde eine Kooperation nach der Errichtung der Moschee selbst zu einer Grundlage für die Genehmigung des Grundstückverkaufs.

Zugleich scheint es bei den Behörden und politischen Entscheidungsträgern einen Wandel der Beurteilung der Kontakte von Moscheegemeinden zu Islamisten gegeben zu haben. Da mit der Zeit die Kritik an der Position der Moscheegemeinde, dass ein Besuch von Islamisten als Betende durchaus passieren könne, nicht mehr zu verzeichnen war, kann angenommen werden, dass eine differenziertere Perspektive die binäre Sicht hinsichtlich der Kontakte zu Islamisten (von Islamisten unterwandert vs. keinerlei Berührungspunkte zu Islamisten) abgelöst hat. Insgesamt scheint sich in der Stadtverwaltung und -politik folgende Perspektive herausgebildet zu haben: Wenn die kritikwürdigen Akteure keine führenden Positionen in der

---

<sup>299</sup> [HTTPS://WWW.GRUENE-BONN.DE/PARTEI/2010/10/08/MOSCHEE-ALS-CHANCE-FUER-BONN-SEHEN/](https://www.gruene-bonn.de/partei/2010/10/08/moschee-als-chance-fuer-bonn-sehen/), letzter Zugriff am 26.05.21.

Moscheegemeinde einnehmen und es keine Anhaltspunkte für eine Störung des Friedens in der Stadt gibt, wird die Moscheegemeinde als Ansprechpartner nicht ausgeschlossen, auch wenn eine bestimmte Grundskepsis bestehen bleibt. Der sicherheitspolitische Fokus richtete sich aktuell auf einzelne sogenannte Gefährder und eine Moscheegemeinde in Bad Godesberg und eine andere Moscheegemeinde in Beuel (vgl. GA 28.03.18).

#### **7.4 Legitimierungsdiskurs zwischen, „Ghettobildung“, „Islamismusgefahr“ und „Religionsfreiheit“**

Die zahlreichen Presseartikel, öffentliche Stellungnahmen über die Moscheegemeinde führten zu einer starken öffentlichen Präsenz, die die Moscheegemeinde nicht beabsichtigt hatte.<sup>300</sup> Diese „super visibility“ führte unter anderen dazu, dass die Kontakte, die Besucher der Moschee sowie Prediger in der Vergangenheit und vermeintlich integrationsschädliche und sicherheitsgefährdende Prägung der Moscheegemeinde öffentlich diskutiert wurden.

Die Moschee erschien im Legitimierungsdiskurs als eine Verstärkung des Einflusses der Moscheegemeinde und damit eine Verschärfung von (vermeintlichen) Problemen in der Integration von Muslimen und Sicherheitslage. Hiermit wurde die moralische Legitimität des Moscheebauprojekts grundsätzlich hinterfragt. Interessanterweise ist das private Anliegen des Kommunalpolitikers, keine Moschee in der Nähe seines Hauses zu haben, nicht prominent in den öffentlichen Diskurs

Zwar wurde dieser Aspekt häufiger in Interviews genannt, jedoch war dieser nicht in öffentlichen Stellungnahmen und der medialen Berichterstattung zu vernehmen. Dies mag daran liegen, dass die Tatsache, dass ein Politiker und seine Partei aus privaten Gründen ein Moscheebauprojekt ablehnen nicht vereinbar mit dem Wert der Verpflichtung der Politik gegenüber dem öffentlichen Gemeinwohl. Allgemeine Narrative über eine Ghettoisierung des Stadtteils schienen stärker dabei opportuner.

Gleichzeitig wurde von der Moscheegemeinde und weiteren Muslimen in der Stadt die Realisierung des Bauprojekts erwartet und implizit als eine gesellschaftliche Normalität empfunden und im öffentlichen Diskurs entsprechend dargestellt. Damit nahm die Moscheegemeinde eine aktive Rolle im öffentlichen Legitimierungsdiskurs ein.

Die Tatsache, dass ein Versammlungs- und Gebetshaus einer nichtchristlichen Gemeinde entstehen sollte, in das Selbstverständnis von Teilen Stadtverwaltung und -politik von Bonn als einer weltoffenen Stadt. Im Rahmen dieses Narratives erschien die Moschee und ihre Realisierung als ein Ausdruck der Toleranz und Weltoffenheit der Stadt.

Der Diskurs wurde durch den General Anzeiger mitgetragen, der in regelmäßigen Abständen von dem Bauprojekt berichtete und die Stellungnahmen verschiedener Akteure präsentierte. Auch der Kölner Express berichtete gelegentlich über das Moscheebauprojekt.

---

<sup>300</sup> Vor dem Moscheebauprojekt war die Al-Muhajirin-Gemeinde in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Das erste Mal wurde die Moscheegemeinde im Zusammenhang mit dem Antrag für ihr Moscheebauprojekt für den Standort Hohe Straße in Tannenbusch im General Anzeiger genannt. Seitdem ist die Moscheegemeinde in der Öffentlichkeit (Medien, Informationsveranstaltungen, politische Gremien, Demonstration) sehr präsent gewesen.

Allerdings blieb das Projekt hinsichtlich der beteiligten Akteure und der Berichterstattung weitgehend eine lokale Angelegenheit.

## **7.5 Die neue Moschee: Sichtbarkeit und Angebotspalette der Moscheegemeinde**

### **7.5.1 Die neue Sichtbarkeit der Al-Muhajirin-Moschee**

Mit der Fertigstellung des Gebäudes ist die größte Moschee in Bonn und eine der größten Moscheen in Deutschland entstanden. Die Moschee wurde von dem Architekten Ahmet Altunbas entworfen, verantwortlich für die Strategie- und Projektentwicklung war die a+a Planungsgruppe. Das Gebäude befindet sich in dem Stadtteil Tannenbusch an der hoch frequentierten Brühler Straße, ca. 1.200 m Luftlinie vom Bonner Hauptbahnhof entfernt. Die Lage ist weniger zentral als am alten Standort in der Theaterstraße, der nur ca. 500 m vom Bahnhof entfernt war.

Trotzdem besitzt der Standort eine gewisse Repräsentativität, da er von der Brühler Straße aus von den Verkehrsteilnehmern gesehen werden kann. Die Straße befindet sich durch ihre Anbindung an die Autobahn auf der Route von Köln nach Bonn, so dass ein Großteil des Verkehrs aus Köln, der über den Westen kommt, an der Moschee vorbeiführt. Diesbezüglich verkündete der Vertreter der Moscheegemeinde in einem Gespräch stolz, dass diejenigen, die aus Köln kämen, direkt bei der Einfahrt nach Bonn die Moschee erblicken würden (vgl. Gespräch Fischer). Nach den drei Kriterien der Repräsentativität eines Sakralgebäudes (Zentralität der Lage, Auffälligkeit/Aufwand der Architektur und Größe) ist die Moschee als stark repräsentativ einzuschätzen.

Die Moschee steht auf einem Grundstück, das fast 6.000 m<sup>2</sup> groß ist, und besitzt eine Nutzfläche von ca. 2.200 m<sup>2</sup>. Das zweistöckige Gebäude ist durch seine architektonischen Elemente eindeutig als ein muslimisches Gebets- und Versammlungshaus erkennbar. Es verfügt über ein 18 Meter hohes, schmales und viereckiges Minarett im arabischen Baustil. In der Mitte des Gebäudes befindet sich eine etwas niedrigere Kuppel (12,5m) mit einem Durchmesser von acht Metern. Nach Aussage des Architekten soll die Kuppel die religiöse Prägung des Gebäudes hervorheben (vgl. Vortrag Eröffnungsveranstaltung, 24.05.13), was den Stellenwert der Sichtbarmachung der religiösen Identität verdeutlicht. Rechts und links daneben, jeweils über den Eingangsbereichen, befinden sich zwei kleinere Kuppeln in der gleichen Form. Das Gebäude ist im Frontbereich mit mehreren Rundbogenfenstern ausgestattet. Während ein Teil des Gebäudes, in dem der Festsaal untergebracht ist, einen gelben Anstrich hat, ist der andere Teil des Gebäudes, in dem sich der Gebetsraum befindet, durch eine braune Klinkerfassade gekennzeichnet. An der Gestaltung der Moschee wird auch der zunehmende gesellschaftliche Trend, auf Umweltschutz und Barrierefreiheit zu achten, ersichtlich. Auf der Eröffnungsveranstaltung betonte der Architekt sowohl die „umweltbewusste Planung“ durch eine Zisternenanlage zur Regenwassernutzung als auch die behindertengerechte Gestaltung der Innenräume durch Rampen, einen Aufzug sowie große Türöffnungen.

Die Moschee weist eine großzügige Infrastruktur sowohl für religiöse als auch für säkulare Aktivitäten auf. Der Gebetsraum stellt den größten Raum des Gebäudes dar und bietet



Platz für 600 Gläubige und auf einer Empore Raum für weibliche Gläubige. Im Inneren der Hauptkuppel befinden sich Stuckarbeiten und die Wände sind mit Kalligrafie geschmückt. Im ersten Obergeschoss befinden sich mehrere Büros, eine Wohnung, ein Frauenraum und Multifunktionsräume. Zudem verfügt das Gebäude über einen großen Festsaal.

Abbildung 16: Umgebung der Moschee



Quelle: Googlemaps

Abbildung 17: Die Al-Muhajirin-Moschee



Quelle: eigene Aufnahme

Interessanterweise spielten, auch wenn der Architekt bei der Einweihungsveranstaltung die religiöse Prägung betonte, weder das Minarett noch die Kuppeln im Legitimierungsdiskurs eine

wichtige Rolle. Eine Kritik an dem Minarett war nicht zu vernehmen.<sup>301</sup> Dass an der Besetzung des öffentlichen Raums durch ein als islamisch erkennbares Gebäude keine Kritik geäußert wurde, dafür sind vor allem zwei Gründe denkbar. Es ist möglich, dass dies durch den Gefährdungsdiskurs über die Konzentration von Muslimen im Stadtteil und die Radikalisierung Jugendlicher überlagert wurde. Außerdem kann das Selbstverständnis der Stadt Bonn als offene und internationale Stadt, das durch das Narrativ „Bonn als UN-Stadt“ zum Ausdruck kommt und von der Kommunalpolitik propagiert wird, dazu geführt haben, dass eine repräsentative Moschee als durchaus passend empfunden und das Selbstbild damit sogar symbolisch unterstrichen wurde.

„Es ist und war von Anfang ein Anliegen des Vereins, es nach außen sichtbar zu machen, dass es sich hier um eine Moschee handelt. Nicht um irgendwelche, um demonstrativ zu zeigen: ‚Hallo, hier sind wir und wir treten hier mit dem wirklich großen Fuß auf!‘ Im Gegenteil, der Verein hat also von Anfang bei den Planungen dem Architekten gesagt, keine übertriebenen Minarette, keine übertriebene Kuppel, denn das sind die Nebenkriegsschauplätze. Wir wollen also nicht nachher streiten, ist das Minarett 10 Meter niedriger als der nächstgelegene Kirchturm oder ist er sogar einen Meter drüber. Das sind völlig überflüssige Debatten, für uns überflüssige Debatten. Die sollten von vornherein gemieden werden. Es ging halt nur darum, dass durch Stilelemente und die ja noch nicht mal im klassischen Sinne islamische sind. Das muss nicht sein! Moschee soll dort, wo man sich niederwirft zum Gebet, braucht kein Minarett, braucht keine Kuppel. Aber im Laufe der Zeit und der Jahrhunderte sind es die typischen Stilelemente einer Moschee und an diesen Elementen erkennt man eine Moschee [...]. Zur Not macht man es ohne Minarett. Also, am Minarett soll es, darf so was nie scheitern oder eine große Diskussion sich entfachen“ (Int. Fischer).

Wie sich an den Aussagen zeigt, wird den Symbolen aufgrund der damit gegebenen Erkennbarkeit des Gebäudes als Moschee ein bestimmter Stellenwert beigemessen. Im Vergleich zu den zusätzlichen Räumlichkeiten spielen sie jedoch eine untergeordnete Rolle. Zur Not hätte das Minarett auch eine Verhandlungsmasse darstellen können, um die geplanten Räumlichkeiten zu realisieren. An dieser Stelle wird das Spannungsfeld bzw. der wahrgenommene Trade-off zwischen dem Bestreben, eine eigene sozio-religiöse Infrastruktur zu errichten und Sichtbarkeit zu erreichen, erkennbar, wobei Letzteres nachrangig zu sein scheint.

Durch die technischen Möglichkeiten der digitalen sozialen Netzwerke nimmt die Moschee neue Formen der Sichtbarkeit und öffentlichen Präsenz an. So posten v. a. Muslime und einige nichtmuslimische Besucher ihre Fotos von der Moschee und bilden sich vor ihr ab. Dabei kommentieren sie gelegentlich den Besuch und schildern somit in Kurzform ihre Erlebnisse in

---

<sup>301</sup> Die Berichterstattung über die Architektur inklusive des Minaretts erscheint im Vergleich zum Gefährdungsdiskurs tendenziell positiv konnotiert.

der Moschee sowie ihre meist positive Bewertung dieser Einrichtung.<sup>302</sup> Dabei bedanken sich die Gläubigen bei der Moscheegemeinde häufig für die Ausrichtung von Festen und Festtags- und Freitagsgebeten. Zum Teil werden die repräsentativen Elemente der Moschee wie Kronleuchter oder Minarett, zum Teil aber auch der eigene Besuch in Szene gesetzt. Dies verdeutlicht die Anerkennung, die der Moscheegemeinde durch ihre neue Moschee zuteilwird. Das Präsentieren der eigenen Religiosität über soziale Netzwerke wird durch die Moschee aufgewertet. Auf dem Profil der Moscheegemeinde sind Fotos von diversen architektonischen Elementen wie der Kronleuchter sowie Postings über Veranstaltungen zu sehen. Damit informiert die Leitung der Moscheegemeinde eine breitere Community über Angebote und kommuniziert mit den geposteten Fotos von zahlreichen, meist fröhlichen Menschen auf den Veranstaltungen und der ansprechenden Architektur die eigene Attraktivität in die Öffentlichkeit.

### 7.5.2 Die Angebotspalette der Moscheegemeinde

Die schon in der alten Moschee vorhandenen Angebote wurden in der neuen Moschee ausgebaut. Dies ist durch das Vorhandensein von vielen zusätzlichen Räumlichkeiten und die Herausbildung eines Frauen- und eines Jugendgremiums zu erklären. Die Gremien verwalten die Räumlichkeiten und organisieren zielgruppenspezifische Aktivitäten. Die Angebotspalette ist vor allem neben den Angeboten der Religionsausübung (Gebete, Pilgerfahrten etc.) geprägt von islambezogenen Diskussionstreffen, Kursen und Vorträgen mit externen Referenten.<sup>303</sup> In den letzten Jahren fanden außerdem mehrere Koranwettbewerbe statt. Ferner werden Pilgerfahrten nach Mekka organisiert; interessanterweise wurde parallel zur Errichtung der Moschee das Unternehmen „al-Muhajirin Hajj und Umra Reisen und Services“ gegründet<sup>304</sup>, das die Pilgerfahrten in Zusammenarbeit mit einem Reisebüro durchführt. Die Tatsache, dass das langjährige Vorstandsmitglied Mahmoud Kharrat der Inhaber und das Unternehmen in dem Moscheegeäude untergebracht ist, verdeutlicht starke und langjährige Dominanz von Einzelpersonen in der Moscheegemeinde.

Gelegentlich finden Vorträge in der Moschee statt. Beispiele sind Vorträge von einem Autor, der Fragen wie „Welchen Beitrag hat die islamische Zivilisation für die Menschheit geleistet?“ und „Wie haben Muslime mit anderen Religionsangehörigen, ethnischen Gruppen & Völkern zusammengelebt?“ (Veranstaltungsplakat auf der Facebook-Präsenz) beantwortet hat und eine Sira<sup>305</sup>-Schulung, bei der Referenten wie z. B. Ibrahim El-Zayat, ein ehemaliger Vorsitzender der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD)<sup>306</sup>, zu Gast waren. Das

---

<sup>302</sup> Auf google.de wurde die Moschee mit 4,8 von fünf möglichen Punkten bewertet (bei 544 Rezensionen, Zeitpunkt 26.06.21). Am 26.06.21 hatte das Profil auf Facebook des Moscheevereins 2.236 Abonnenten. Auch auf Instagram wurden zahlreiche Fotos von der Al-Muhajirin-Moschee gepostet.

<sup>303</sup> Ein Blick in den Veranstaltungskalender auf der Website des Vereins für den Zeitraum April 2017 zeigt, dass fast jeden Tag Veranstaltungen stattfinden: „Islamkurs für Frauen“, „Arabisch für Kinder“, „Deutschkurs für Männer“, „Quran mit korrekter Aussprache erlernen für Kinder“ (verschiedene Altersgruppen), „Quran für deutschsprachige Frauen“, „Das Leben des Propheten Mohammed sas für Mädchen“, „Quran auswendig lernen für junge Frauen“, „Islamkurs für Frauen“, „Deutschkurs für Frauen“, „Arabisch als Fremdsprache für Frauen“, „Konvertitinnentreffen“, „Wunderbare Geschichten im Quran für Frauen“, „Sitzung für Grundschulmädchen“ etc. Ferner gibt es zusätzliche Arabisch-/Deutschkurse, Alphabetisierungskurse, Mutter-Kind-Kurse und Sozialberatung.

<sup>304</sup> Das Unternehmen wurde am 04.02.13 im Handelsregister beim Amtsgericht Bonn eingetragen ([HTTPS://WEB2.CYLEX.DE/FIRMA-HOME/AL-MUHAJIRIN-HAJJ-UND-UMRA-REISEN-UND-SERVICES-10470011.HTML](https://web2.cylex.de/firma-home/al-muhajirin-hajj-und-umra-reisen-und-services-10470011.html), letzter Zugriff: 12.07.17).

<sup>305</sup> Sira (Abkürzung für as-Sīra an-Nabawīya, arab. ‚die Prophetenbiografie‘) steht für eine Literaturgattung, die sich mit der Biografie Mohammeds befasst (vgl. Görke/Schoeler 2005).

<sup>306</sup> Die IGD, mittlerweile heißt sie Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG) ist eine der ältesten muslimischen Organisationen in Deutschland, gegründet im Jahr 1958, und unterhält bundesweit mehrere Moscheen. Sie wird vom Verfassungsschutz NRW beobachtet (vgl.

Jugendforum lädt auf der Facebook-Seite separat zu eigenen Veranstaltungen ein, wie z. B. dem Fastenbrechen für junge Leute sowie eine „Ima<sup>307</sup> Stärkung“ mit diversen Vorträgen. In der Moschee hat zudem die „Islamische Jugendkonferenz NRW“ der JUMIT („Junge Muslime miteinander“), einer Jugendplattform der DMG, stattgefunden, in der der Aspekt der Identität von Muslimen, Islamfeindlichkeit und die Beziehung zwischen Muslimen und dem Rest der deutschen Gesellschaft behandelt wurden.

Auf den Veranstaltungsplakaten ist zu erkennen, dass die Moscheegemeinde im Rahmen der Veranstaltungen mit diversen muslimischen Organisationen zusammenarbeitet. So kooperiert die Gemeinde z. B. mit dem Zafran-Restaurant, einem afghanischen Restaurant in Bad-Godesberg, der DMG und der KT Bank<sup>308</sup>, einer Bank, die nach eigenen Angaben nach islamischen Grundsätzen handelt, keine Zinsen nimmt und nicht in als verwerflich angesehene Sektoren investiert wie z. B. Waffen- und Alkoholindustrie (vgl. Website KT Bank<sup>309</sup>).

Anders als in DITIB-Gemeinden werden, u. a. aufgrund der multiethnischen Zusammensetzung der Gemeinde, keine nationalen Feiertage oder Feste gefeiert. Doch einen Bezug zu den Herkunftsregionen der Gläubigen gibt es durch die Einladung der Prediger aus dem Nahen Osten (z. B. Prof. A. M. Alaskar aus Saudi-Arabien<sup>310</sup>) sowie Arabischunterricht für die hier aufgewachsenen Kinder, in Zusammenarbeit mit Noorania e.V., einer Gruppe Studierender, die sich auf die Vermittlung der arabischen Sprache spezialisiert hat (vgl. Website Noorania<sup>311</sup>). Zudem gibt es integrationsbezogene Angebote wie die oben erwähnten Deutschkurse und Nachhilfeunterricht. Die Kurse werden durch Akademiker und Studierende aus der Gemeinde angeboten (Gespräch Fischer).

Im großen Festsaal finden diverse Festivitäten statt wie Beschneidungsfeiern und Fastenbrechen. Außerdem bietet der Saal für Gemeindemitglieder und andere Gläubige die Möglichkeit, ihre Freizeit dort zu verbringen. Für Jugendliche gibt es die Möglichkeit, sich in einem der Multifunktionsräume zu treffen. Es handelt sich somit nicht, wie anfangs von einem Teil der Politiker befürchtet, um eine Konkurrenz zu anderen Trägern von sozialen Angeboten.

Die religiösen Angebote werden v. a. durch den Imam übernommen. Die anderen Veranstaltungen werden auf der Basis von Honorarverträgen mit Referenten aus Bonn und Umgebung durchgeführt.

Ein Zettel an der Wand verrät, dass in der Moschee wohl auch eine Heiratsvermittlung bzw. eine Partnerbörse stattfindet. Beiträge auf Youtube sowie auf Facebook zeigen, dass auch Konversionen in der Moschee stattfinden. Angebote, die sich v. a. an die soziale Umwelt richten, sind Vorträge und Führungen am „Tag der offenen Moschee“, Fastenbrechen und die Veranstaltungsreihe „Tee in der Moschee“ (GA 21.02.16). Bei allen drei Veranstaltungen geht es darum, die Gemeinde und den Islam vorzustellen und möglichst Nichtmuslime in der Moschee

---

MIK NRW 2020 244). Vom Verfassungsschutz NRW wird die DMG als Vertretung der Muslimbruderschaft in Deutschland betrachtet (vgl. ebd.: 213).

<sup>307</sup> Iman steht im Islam für den Glauben an Gott.

<sup>308</sup> Kuwaitisch-Türkische Beteiligungsbank AG

<sup>309</sup> [HTTPS://WWW.KT-BANK.DE/UEBER-UNS/KT-BANK/](https://www.kt-bank.de/ueber-uns/kt-bank/), letzter Zugriff am 26.06.2021.

<sup>310</sup> Die Predigt ist auf Youtube unter folgendem Link zu sehen: [HTTPS://WWW.YOUTUBE.COM/WATCH?V=CVSS10C-WFA&T=1308S](https://www.youtube.com/watch?v=CVSS10C-WFA&T=1308S), letzter Zugriff am 03.10.18.

<sup>311</sup> [HTTPS://WWW.NOORANIA-BZZ.DE/](https://www.noorania-bzz.de/), letzter Zugriff 24.10.18.

zu empfangen. Auch ist hier der „Tag der offenen Moschee“ jeweils am 03. Oktober zu nennen, an dem zahlreiche Muslime und Nichtmuslime erscheinen.<sup>312</sup> In der alten Moschee hat es nach Aussagen des Gemeindesprechers keine Besucher gegeben, was verdeutlicht, dass das Interesse an der Moschee durch ihre Repräsentanz gewachsen ist.

Die viel diskutierten Angebote für Jugendliche konzentrieren sich auf Koran- und Arabischunterricht, Nachhilfe und die selbstorganisierten Veranstaltungen und Treffen vom Jugendgremium, wie oben angedeutet. Eine dauerhafte Einrichtung mit einem festen Personal und einer entsprechenden Ausstattung wie z. B. Kickertische etc. gibt es nicht. Auch gibt es nach Aussagen des Gemeindesprechers nur wenige Freizeitaktivitäten wie z. B. Ausflüge, obwohl Eltern aus der Gemeinde immer wieder diesen Wunsch äußern (vgl. Gespräch Fischer). Als Grund dafür werden die fehlenden personellen Kapazitäten und das ausreichende Angebot in anderen Gemeinden genannt. Ein Grund kann zudem die Umstrittenheit des Themas Jugendangebote sein und der Wille, keine Angriffsfläche für Kritik durch die soziale Umwelt zu bieten. Damit deckt sich die Ausrichtung der Jugendangebote mit den im Legitimierungsdiskurs angekündigten Aussagen, dass man keine zu anderen Trägern konkurrierenden Angebote aufstellen wolle.

## **7.6 Vernetzung der Al-Muhajirin-Gemeinde: Ihr Beitrag zum Moscheebauprojekt und ihr Wandel**

An dieser Stelle untersuche ich das Moscheebauprojekt daraufhin, welche Unterstützungsleistungen sich durch die Vernetzung der Al-Muhajirin-Moscheegemeinde ergeben haben und wie sich die Vernetzung der Gemeinde, primär mit der Stadtgesellschaft, durch den Moscheebau verändert hat. Zudem werden weitere Unterstützungsleistungen aufgezeigt und ihr Zustandekommen beleuchtet.

### **Innermuslimische Vernetzung**

Die Moscheegemeinde unterhielt bereits vor dem Moscheebauprojekt verschiedene Kontakte zur Stadtgesellschaft. Zu nennen sind auch vor allem die Kontakte zu anderen Muslimen bzw. muslimischen Organisationen. Die Moscheegemeinde gehörte, wie bereits angedeutet, keinem Dachverband an. Ein Grund dafür ist vermutlich der in den Gesprächen und Interviews mit dem Gemeindesprecher immer wieder feststellbare Wille, das Gemeindeleben möglichst autonom gestalten zu können. Dies liegt wahrscheinlich an der seit vielen Jahren kontinuierlichen Gemeindeführung<sup>313</sup>, die entsprechend großen Einfluss auf die Gemeinde ausüben kann und nicht in ihrer Handlungsreichweite beeinträchtigt werden möchte. Außerdem passt die Moscheegemeinde mit ihrer multinationalen Zusammensetzung nicht in das Mitgliedsprofil der häufig national orientierten islamischen Dachverbände. Doch dafür ist die Moscheegemeinde stark mit

---

<sup>312</sup> An dem Tag, an dem auch der Autor zugegen war (03.10.15), erschienen ca. 100 Besucher, davon ca. 50, dem Anschein nach, herkunftsdeutsche, vor allem ältere Besucher. Ungefähr 15 v. a. jüngere Personen kümmerten sich um die Besucher. Es wurden Führungen angeboten und aus dem Koran rezitiert. Anschließend gab es Diskussionen. Den Fragen nach zu urteilen, waren die herkunftsdeutschen Besucher v. a. an Themen wie Selbstjustiz im Koran, Gewalt gegen und Ungleichbehandlung von Frauen interessiert. Die Antworten eines weiblichen Gemeindeführers zielten in die Richtung, dass die Übel wie Ungleichbehandlung von Frauen und Selbstjustiz in den Gesellschaften des Nahen Ostens verankert wären, jedoch Abweichungen vom Kern des Islam seien.

<sup>313</sup> Mahmoud Kharrat ist seit 1997 Vorsitzender der Moscheegemeinde (vgl. GA 26.04.16).

anderen Muslimen auf städtischer Ebene vernetzt. Es wurde bereits gezeigt, dass die Gemeinde zu den Initiierungsmitgliedern des Rates der Muslime gehörte. Zudem waren sowohl der Gemeindesprecher Fischer als auch das Vorstandsmitglied Abbas in der BFF/BIG seit ihrer Gründung im Jahr 2009 aktiv.

Diese Zugehörigkeit zu muslimischen Strukturen in der Stadt sicherte der Moscheegemeinde v. a. Unterstützung im Rahmen des Legitimierungsdiskurses, wie oben gezeigt wurde. Der Rat der Muslime Bonn stellte sich hinter die Moscheegemeinde und übte offen Kritik an Politikern und Stadtverwaltung, die seiner Meinung nach das Moscheebauprojekt verzögerten. Zudem fand ein interner Austausch statt, indem die Vorstandsmitglieder in ihrem Vorhaben bestärkt wurden.

Außerdem setzte sich das Bündnis für Frieden & Fairness, das mit zwei Abgeordneten im Stadtrat vertreten war, in verschiedenen Ausschüssen für das Moscheebauprojekt ein (vgl. Int. Bulut). Inwiefern dies zu einer letztendlich positiven Entscheidung im Stadtrat geführt hat, ist schwer zu beurteilen. Zwar wurde Druck auf die politischen Entscheidungsträger ausgeübt, indem die anfangs ablehnende Haltung öffentlich kritisiert wurde. Die Verbindung der Moscheegemeinde(n) mit einer politischen Partei wurde jedoch von einigen Politikern abgelehnt und ihr Bild von der Al-Muhajirin-Gemeinde dadurch beeinträchtigt.

Eine weitere Unterstützung von Muslimen ist ein finanzieller Ressourcentransfer von Einzelpersonen. So hat ein wohlhabender Katarer dem Moscheeverein 2005 zugesagt, eine Moschee mitzufinanzieren. Diese transnationale Spendenzusage von einer Million Euro hat dazu beigetragen, dass die Moscheegemeinde in der Entscheidung bestärkt wurde, eine neue Moschee zu errichten. Der namentlich nicht genannte Sponsor war nach Bonn zu einer medizinischen Behandlung gekommen und war in der alten Al-Muhajirin-Moschee einige Male zum Gebet. Den Aussagen des Gemeindesprechers nach zu urteilen, handelte es sich um eine relativ lose Kennbeziehung, aus der sich die Spende ergab.

„Das ist ein Herr, der hier in Bonn war zu einer Krankenbehandlung. Wir haben hier in Bonn relativ viele Araber, die sich behandeln lassen. Auch historisch gewachsene durch die Botschaften, die gibt es vor allen Dingen in München und in Bonn. So Gesundheitszentren für Emiratis, Kataris und Saudis. Die werden hierhin kommen; der das gesehen hat, sagt, ja klar. Also, er ist ein sehr alter Mann, will das eine oder das andere Gute tun, bevor er das Zeitliche segnet, und dann hat er gesagt, ich unterstütze euch, und aus dieser Situation heraus wurde es ja auch erst möglich. Dann neben dieser Großspende, woraus das Grundstück gekauft wurde und der Abriss finanziert wurde, wird es finanziert durch Spenden der Mitglieder, der Besucher und auch über Bonn hinaus, ja. Also, Spendenaufrufe. [...] Wir haben genug Leute, in anderen Städten, bei den Freitagsspenden Geld sammeln, wir haben eine Internetseite, wo wir zu Spenden aufrufen. Also, es spricht sich rum. Es gibt komplett, es gibt regelmäßige Treffen von Ärzten arabischer Herkunft, wo wir zu Spenden aufrufen. Also, jeder ist eingeladen zu Spenden“ (Int. Fischer).



Eine Bedingung für die Spende war, dass die Moscheegemeinde für alle offen sein müsse und keine politischen oder ideologischen Bestrebungen verfolgen dürfe (Int. Bulut).<sup>314</sup>

Es scheint, dass es lose Netzwerke von zum Teil wohlhabenden arabischen Muslimen in Bonn und Umgebung gibt, die entweder Mitglieder im Moscheeverein sind, aber auch nur gelegentlich die Moschee aufsuchen und das Bauprojekt durch Geldtransfer unterstützten. Der Gemeindesprecher betont v. a. religiöse Motive der Unterstützer, für die Moschee zu spenden. Neben dem konstatierten Wunsch der Bonner Muslime nach einem würdigen Ort des Gebets stelle die Spende für eine Moschee eine gottgefällige Tat dar.<sup>315</sup> Hinsichtlich der Deckung der erhöhten Nebenkosten in der neuen Moschee zeigte sich der Gemeindesprecher schon vor dem Bauprozess optimistisch und verwies darauf, dass bereits in der alten Moschee durch Spendenaufrufe z. B. wegen einer Nebenkostennachzahlung genug Gelder zusammengekommen wären. Diese Annahme wurde für die neue Moschee bestätigt (Telefoninterview Fischer).

Durch die oben beschriebene Verbesserung der Infrastruktur und die architektonische Repräsentanz der Moschee, aber auch durch den Zuzug von Geflüchteten kommt eine höhere Anzahl von Gläubigen in die Moschee, v. a. zum Freitagsgebet und zu religiösen Festen (Telefoninterview Fischer). Die große Bedeutung der Moschee für Muslime bestätigt auch der Verwaltungsmitarbeiter (vgl. Telefoninterview Vollmer). In den Aussagen geht der Gemeindesprecher distanziert auf die Besucher ein. Der verbindende Beziehungsinhalt der Vernetzung ist die Teilnahme an gemeinsamen Aktionen wie den Gebeten sowie der Transfer von Geld in Form von Spenden (vgl. Telefoninterview Fischer). Es scheint sich in erster Linie um Gläubige zu handeln, die zu den sporadischen Besuchern gehören. Es entsteht nicht der Eindruck, dass der Gemeindesprecher die Besucher nicht als eine zusammenhängende Gemeinde versteht.<sup>316</sup> Ein Grund kann die Tatsache sein, dass es viele Besucher auf Zeit aus dem arabischen Raum gibt. Tatsächlich ist die Zahl der eingetragenen Vereinsmitglieder trotz der gestiegenen Zahl der Besucher nur geringfügig gewachsen (vgl. Gespräch Fischer). Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass nach wie vor viele Gläubige in die Moschee kommen, um lediglich an Freitagen und Feiertagen an Gebeten teilzunehmen, und an die Moscheegemeinde spenden, ohne eine Notwendigkeit zu sehen, Vereinsmitglied zu werden. Das ist sicher bedingt durch die Tatsache,

---

<sup>314</sup> Dieser Punkt wurde von der Moscheegemeinde öffentlich kommuniziert und somit transparent gemacht (vgl. Telefoninterview Fischer). Kritische Stimmen dazu waren, vermutlich wegen des offenen Umgangs damit, nicht zu vernehmen (vgl. Int. Vollmer). Zwar waren in der Presse einige kritische Anmerkungen zur Einflussnahme aus anderen Ländern zu vernehmen (vgl. Telefoninterview Fischer). Doch nach dieser offensiven Umgangsweise wurde von Vertretern der Kommunalpolitik und der Stadt Verständnis für die Spende geäußert (vgl. Int. Harder, Int. Bayer).

<sup>315</sup> Dementsprechend platzierte die Moscheegemeinde während des Moscheebauprozesses einen Spendenaufruf auf ihrer Internetseite (<https://www.almuhajirin.de/de/helfen-sie-mit-einer-spende>, letzter Zugriff am 25.10.18), der die religiösen Quellen noch einmal hervorhebt: „Wer um Allahs Willen eine Moschee baut, dem wird Allah ein Haus im Paradies bauen lassen (Bukhari)“. „Wenn wird er (vom Verdienst) seiner Taten getrennt, ausser [sic!] in drei (Fällen): eine Sadaqa, die fort dauert (Sadaqa dscharija), Wissen, das Nutzen bringt, und ein aufrechter Nachkomme, der für ihn bittet (Muslim)“ (ebd.). Die Unterstützung der Moscheegemeinde wird hier als Gotteswille gedeutet und damit gewissermaßen sakralisiert. Die Überlieferungen von Muhammad ibn Isma'il al-Bukhari und Muslim ibn al-Haddschadsch stellen den potenziellen Spendern Gotteslohn in Aussicht. Damit wird eine religiös begründete Verbindung zwischen der Unterstützung eines Bauprojekts und der Belohnung im Jenseits hergestellt, was nach Aussagen des Gemeindesprechers viele Muslime motivieren würde, für das Projekt zu spenden. Dadurch, dass in der Darstellung des Moscheebaus die Hadithen als normatives Bezugssystem dienen, sollte der der Moscheebaus auf eine moralische Legitimitätsdimension gehoben werden. Die Legitimität und damit die Unterstützungsbereitschaft des konkreten Bauvorhabens sollte sich aus einer allgemeinen Gutheißung und Befürwortung der Errichtungen von Moscheen durch den Propheten Mohammed und den Gläubigen speisen.

Der Aspekt der Spenden von vielen Einzelpersonen wurde immer wieder Legitimierungsdiskurs von der Moscheegemeinde hervorgehoben, vermutlich um den Behörden und politischen Entscheidungsträgern die Ängste vor fremder Einflussnahme zu nehmen.

<sup>316</sup> Ein Grund für die distanzierte Haltung gegenüber den Besuchern kann die beschriebene Problematik der Besuche durch Islamisten sein. Mit der distanzierten Haltung möchte der Gemeindesprecher die Verantwortung für die Zusammensetzung der Besucher von sich weisen.

dass sie das Konzept der Vereinsmitgliedschaft aus den Heimatländern nicht kennen. Zudem gab es keine Bestrebungen des Vorstands, die Mitgliederzahl zu erhöhen. Diesbezüglich merkte der Gemeindesprecher an, dass eine höhere Vereinsmitgliederzahl eine Einschränkung für die Arbeit des Vorstands bedeuten würde, da „sich sonst jeder einmischen würde“ (Gespräch Fischer). Um die eigene Autonomie (s. o.) des etablierten Gemeindevorstands zu wahren und seine (interne) Legitimität nicht zu gefährden, soll die Zahl Vereinsmitglieder niedrig gehalten werden, die institutionalisiert ihre Erwartungen an den Moscheevorstand artikulieren können, z. B. in Mitgliederversammlung. Im Gegensatz zu anderen Fällen (z. B. DITIB Marxloh) ist die Moscheegemeinde wegen der anhaltend hohen Spenden nicht auf zusätzliche zahlende Mitglieder angewiesen, was vermutlich auch an den wohlhabenden Muslimen in Bonn liegen mag.<sup>317</sup> Die Facebook-Recherche und die vorgefundenen artikulierten Stellungnahmen zeigen, dass neue Besucher die Moschee aufsuchen, was für ein Hinzukommen von Akteuren in die soziale Vernetzung der Moscheegemeinde spricht. Die Stellungnahmen veranschaulichen ferner, zum einen die Anerkennung für die Moscheegemeinde mit ihrer neuen Moschee. Zum anderen wird ersichtlich, dass der Moscheegemeinde durch ihre neue Moschee viel Anerkennung durch die Gläubigen zuteilwird und dass zugleich Ansprüche bzw. Erwartungen an die Verantwortlichen der Moscheegemeinde von diesen Gläubigen, auch wenn sie keine Vereinsmitglieder zu sein scheinen, artikuliert werden, was die obigen Aussagen des Gemeindesprechers über die Autonomie des Gemeindevorstandes plausibel macht:

„Assalamu aleykum wr wb, erstmal ein Kompliment das Aussehen dieser Masjid ist echt schön und groß, gerade der Bereich der Frauen ist groß genug und nicht wie bei vielen anderen Moscheen. Nur was ich bemängeln muss ist, dass viele Männer durch den hinteren Eingang der Frauen austreten nach dem Gebet und der Waschraum nicht durch eine Gardine oder so abgetrennt ist. Es entsteht unnötig Fitna<sup>318</sup> und es sollte schnell geändert werden! Ein zweiter Punkt ist, dass die Partnervermittlung nicht mehr zu erreichen sein soll und viele Geschwister bis heute nicht einen einzigen Anruf erhalten haben, das sollte auch ernster genommen oder abgegeben werden an Personen, die mehr Zeit dafür haben.. Barak ALLAHu fikum, wa salam“ (Mitteilung einer Gläubigen auf der Facebook-Präsenz der Moscheegemeinde, 26.07.15).

Die Autorin der Mitteilung hebt die Besonderheit der Moschee hervor und äußert zugleich eine Erwartung an die räumliche Gestaltung der Moschee sowie eine Verbesserung des Service der Hochzeitsvermittlung. Hieran wird deutlich, dass die Moscheegemeinde potenziell als Vermittler individuell innerislamischer (intimer) Vernetzung fungiert. Ein weiteres Beispiel betrifft den Kommentar eines Gläubigen zur Ansprache durch den Imam:

---

<sup>317</sup> Dies ist darauf zurückzuführen, dass Bonn ehemaliger Botschaftsort und ein Kurort für arabische Patienten ist, welche zumeist wohlhabend sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Spendenbereitschaft von älteren Personen, die eine Krankheit überwunden haben, groß ist.

<sup>318</sup> „Fitna“ steht im Islam für eine Herausforderung bzw. schwere Prüfung des eigenen Glaubens.



„Asalamu aleikum liebe Geschwister von der Al-Muhajirin Moschee, erst einmal möchte ich mich bei euch für die Taraweeh<sup>319</sup>-Gebete vom ganzen Herzen danken 🍀

Es ist immer ein atemberaubendes Gefühl, wenn ich die wunderschönen Stimmen der Vorbeter höre, maschaa Allah.

Aber um eine Sache möchte ich euch unbedingt bitten. Heute am Donnerstag Abend wurde während des Taraweeh-Gebets zwei Mal eine Ansprache an die Gemeinde auf arabisch gehalten, aber leider wurde es nicht ins Deutsche übersetzt 😞😞

Könntet ihr daher bitte zukünftig darauf achten und Rücksicht nehmen auf die Geschwister, die die arabische Sprache nicht verstehen, damit die das auch mitbekommen.

Barak Allahu fikum.“ (Mitteilung eines Gläubigen auf der Facebook-Präsenz der Moscheegemeinde, 25.05.18).<sup>320</sup>

Diese Mitteilung aus der Perspektive einer externen Person, was aus der Ansprache „liebe Geschwister von der Al-Muhajirin Moschee“ hervorgeht, zeigt, dass es hier zu einer Vernetzung mit einem nichtarabischen Muslim gekommen ist und die Gemeindeführung vor der Herausforderung für die innermuslimische Legitimität steht, die multiethnische Zusammensetzung der Gläubigen zu berücksichtigen, was jedoch auch schon vor dem Moscheebau der Fall gewesen war.<sup>321</sup>

Mit Rückgriff auf die Einschätzung des Gemein德斯prechers kann konstatiert werden, dass durch die neue Moschee neue Anspruchsgruppen bzw. Stakeholder hinzugekommen sind, die vorher nicht zu regelmäßigen Besuchern oder Vereinsmitgliedern gehört haben, und dass durch die fortschreitende Digitalisierung neue öffentliche Ausdrucksweisen der an die Moscheegemeinde bzw. ihre Leitung herangetragenen Erwartungen, entstanden sind.<sup>322</sup>

Neben den Gebeten ziehen auch die diversen Vorträge und Veranstaltungen (s. o.) Gläubige an. Gespräche mit Gläubigen während der offiziellen Eröffnungsveranstaltung der Moschee im am 24.05.13 offenbarten, dass einige Personen, die vorher die Al-Muhajirin-Moschee nicht besucht haben, die neue Moschee künftig häufiger besuchen würden. Eine Person teilte mit, dass sie sich gerne in die Organisation von diversen Veranstaltungen einbringen würde, um islambezogene Themen gemeinsam mit anderen Gläubigen zu vertiefen (vgl. Gespräch mit Gläubige 1), was den Stellenwert der Moscheegemeinde als Knotenpunkt für die Vernetzung zwischen den Gläubigen verdeutlicht. Eine andere Gläubige teilte mit, dass sie ihre Kinder

---

<sup>319</sup> Taraweeh-Gebete sind Gebete, die von Sunniten während des Ramadan täglich nach dem Nachtgebet verrichtet werden und einen wichtigen rituellen Bestandteil des Fastenmonats bilden.

<sup>320</sup> Diese Aussage verdeutlicht das spirituelle Erlebnis durch das gesanghafte Vorbeten des Imams und die Akustik der Moschee.

<sup>321</sup> In der Antwort auf die Mitteilung hat der Moscheeverein versprochen, auf den Wunsch nach einer Übersetzung ins Deutsche einzugehen (vgl. ebd.).

ungern in die alte Moschee gebracht hätte, da diese unansehnlich und klein gewesen sei: „Welchen Eindruck sollen die Kinder von ihrer Religion haben? Aber hier ist es schon anders. Hierhin kann man sie mitbringen" (sinngemäß). Hier wird also eine Symbolwirkung des Gebäudes auf die religiöse Erziehung gesehen. Die Repräsentanz der neuen Moschee hat diese Gläubige dazu bewogen, häufiger mit ihren Kindern diese Moschee zu besuchen. Es sind also die umfangreicheren Angebote in der neuen Moschee, die Personen anziehen und Anknüpfungspunkte für ein Engagement bieten, sowie die architektonische Repräsentanz, die die Anziehungskraft der Moschee gesteigert hat. Weitere Besucher, die zusätzlich in der Moschee erschienen sind, waren im Jahr 2015 und danach eingewanderte Geflüchtete, die die Moschee u. a. aufgrund der arabischen Sprache regelmäßig aufgesucht haben (vgl. Telefoninterview Fischer). Ein weiterer Grund für die Anziehungskraft auf Muslime, die bis zur Eröffnung der neuen Moschee wenig Kontakt zur Moscheegemeinde hatten, sind die beschriebenen neuen Räumlichkeiten, die vermietet werden. Eine in der Moscheegemeinde engagierte Frau erzählte von Anfragen verschiedener kleinerer islamischer Gruppen, die selbst über keine eigenen Räume verfügen und ihre Aktivitäten wie Koranrezitationen oder Diskussionskreise in das Moscheegebäude verlegen. Dabei handelt es sich primär um studentische Gruppierungen aus Bonn und Umgebung (vgl. Gespräch Halabi).

Eine mögliche Veränderung in der Vernetzung mit Muslimen kann zudem die Kontakte zu salafistischen Akteuren betreffen. Dies muss vor dem Hintergrund des Konflikts um islamistische Kontakte der Al-Muhajirin-Moscheegemeinde betrachtet werden. Nach Aussagen einer Gläubigen, die sich in der Gemeinde engagiert, ist der Moscheevorstand durch seine Erfahrungen in der Vergangenheit mit Islamisten und der damit verbundenen öffentlichen Kritik vorsichtig im Umgang mit unbekannten Personen geworden. Daher prüft der Moscheeverein die Anfragen, führt Gespräche mit den Interessierten und versucht dadurch sicherzustellen, dass keine islamistischen Bestrebungen verfolgt werden (vgl. Gespräch Halabi). Insofern zeigt sich, dass den Erwartungen der sozialen Umwelt, Islamisten von der Moschee fernzuhalten, nachgekommen wird. So wurden z. B. Salafisten, die auf dem Gelände der Moschee Flyer verteilten, vom Vorstand weggeschickt (vgl. Gespräch Halabi) und es wurde zwei Personen untersagt, in der Moschee zu predigen, da sie im salafistischen Spektrum verortet wurden (vgl. Gespräch KMI). Somit fand eine symbolische wie auch zumindest zum Teil soziale Grenzziehung zu islamistischen Akteuren statt. Hierbei kann es zu einem Widerspruch zwischen den Erwartungen von einzelnen muslimischen Akteuren und den Erwartungen der sozialen Umwelt kommen. So ist es denkbar, dass salafistische Akteure und ihre Sympathisanten durchaus erwarten, dass sie selbstverständlich Zugang zur Moschee erhalten. Zugleich wurde von dem Gemeindesprecher betont, dass es nicht möglich sei, Gläubige von der Moschee auszuschließen. Aus einem Gespräch mit dem Gemeindesprecher und dem Bonner KMI wird deutlich, dass es ein Arrangement zu geben scheint, wonach zwar salafistische Gläubige in die Moschee kommen dürfen, es jedoch keine radikalen Funktionsträger in der Moschee geben dürfe (vgl. Gespräch KMI).

## Interreligiöse Vernetzung

Es gibt diverse Beziehungsinhalte, über die die Al-Muhajirin-Gemeinde mit anderen christlichen und muslimischen Gemeinden vernetzt ist. Vom Gemeindesprecher wurden zum Thema interreligiöser Dialog v. a. der Arbeitskreis „Muslime und Christen im Bonner Norden“ (MuChri) genannt, in dem mehrere muslimische und christliche Gemeinden organisiert sind, sowie die Initiative „Mittagstisch OASE Bonn e. V.“, über die die Moscheegemeinde mit zwei weiteren kirchlichen Gemeinden vernetzt ist. Ausgehend von diesen Verbindungen wird die Vernetzung zu den christlichen Gemeinden aufgezeigt.

### Arbeitskreis Muslime und Christen im Bonner Norden – MuChri:

Der Arbeitskreis MuChri wurde 2003 gegründet und engagiert sich für die Begegnung von Muslimen und Christen im Bonner Norden sowie für ein friedliches Miteinander und vertritt dabei die Maxime der gegenseitigen Achtung und Toleranz (vgl. Website MuChri<sup>323</sup>). Anfangs waren die evangelische Lukaskirchengemeinde und die katholische Pfarrgemeinde St. Petrus Bonn Mitte sowie die Moscheegemeinden DITIB An der Esche sowie eine IGMG-Gemeinde (Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.) beteiligt. Aus den Aussagen des Priesters, Wilfried Hübner, der den Arbeitskreis MuChri mit initiierte und sein christlicher Sprecher war, wird deutlich, dass der christlich-muslimische Zusammenschluss als Reaktion auf die terroristischen Angriffe vom 11.09.01 und die wahrgenommene Polarisierung zwischen Muslimen und Nicht-muslimen in Deutschland verstanden wird:

„Also hier in Bonn bin ich seit gut zehn Jahren dabei. Mein erster Arbeitstag [in der Kirchengemeinde] war der 11.9.2001, sehr eindrucksvoller und heftiger Beginn. Also das hat uns dann im Team, wir hatten Dienstbesprechung, beschäftigt und alles andere nicht mehr. Und das ist auch ein verstärkter Punkt, weshalb ich in diesem Feld Muslime und Christen drin bin [...]. Wir haben fünf Abende gemacht mit verschiedensten muslimischen Gruppen, um zu gucken, wer ist überhaupt da“ (Int. Hübner).

Der Wille, sich gegen diese Problemlage zu engagieren, bildete die Grundlage für die Bemühungen der Kirchenvertreter um einen Dialog.<sup>324</sup> Neben regelmäßigem Austausch zwischen den Gemeindeleitungen wurden auch öffentliche Veranstaltungen zu religiösen Themen organisiert.<sup>325</sup> Bei der Suche nach muslimischen Kooperationspartnern wurde primär in der

---

<sup>323</sup> [HTTP://WWW.MUCHRI.DE/](http://www.muchri.de/), letzter Zugriff am 12.11.16.

<sup>324</sup> Diese Motivlage ist somit identisch mit einem Großteil der von Klinkhammer et al. (2011) identifizierten Initiativen des interreligiösen Dialogs.

<sup>325</sup> Islamistische Tendenzen und mögliche Kontakte der Moscheegemeinde ins salafistische Spektrum spielten während des Legitimierungsdiskurses auch im interreligiösen Dialog im Rahmen von MuChri eine Rolle, wurden jedoch nicht auf das Moscheebauprojekt bezogen. Doch anders als in den Äußerungen von Vertretern aus Verwaltung und Politik, die in erster Linie das normative Bezugssystem Verfassung sowie die Gefährdung der Sicherheitslage durch Salafisten hervorhoben (s. o.), wurde in den christlichen Gemeinden die Beleidigung der Christen durch salafistische Propaganda v. a. des Vereins „Die wahre Religion“ kritisiert. Die Diskussionen um die Salafisten blieben jedoch weitgehend im halböffentlichen Rahmen der stattfindenden Veranstaltungen. Anlass für die Kritik und die Thematisierung waren Aussagen vom Initiator des mittlerweile verbotenen Vereins „Die wahre Religion“, der in Bonn sehr aktiv war und in Youtube-Videos behauptete, dass Christen in die Hölle kämen. Die Diskussionen verliefen offensichtlich weitgehend zufriedenstellend für die Beteiligten, da der Pfarrer von keiner direkten Verstimmung in Zusammenhang mit der Kooperation mit der Al-Muhajirin-Gemeinde erzählte. Ein Beispiel für solche christenfeindlichen Aussagen ist ein weit verbreiteter Aufkleber, der dem Verein zugerechnet wird, auf dem eine Hadithe mit einer entsprechenden Aussage zitiert wird: „Niemand von dieser Gemeinschaft hört von mir, sei der Jude oder Christ, und stirbt

Umgebung bzw. Nachbarschaft der christlichen Kirchen geschaut, was den lokalen Fokus der Kirchengemeinden in ihrer Arbeit verdeutlicht. Die IGMG-Gemeinde verließ den Arbeitskreis, als der Dialogbeauftragte der Moscheegemeinde den Schwerpunkt seiner Arbeit in die IGMG-Zentrale in Köln verlagerte (vgl. Int. Hübner), was die Rolle von Einzelpersonen für die Vernetzung veranschaulicht. Die Al-Muhajirin-Gemeinde kam 2005/2006 dazu und der Moscheevorsitzende Abbas wurde kurz darauf zum muslimischen Sprecher des Gremiums.

Der Arbeitskreis MuChri ist als ein loser Zusammenschluss zu verstehen, der auf der festen Zusammenarbeit von zwei christlichen und zwei muslimischen Gemeinden basiert. Die Al-Muhajirin-Gemeinde ist sowohl nach dem Verständnis des Priesters Hübner als auch dem Selbstverständnis nach ein fester Bestandteil des interreligiösen Gremiums (vgl. Int. Hübner, Int. Fischer).

Der Beitritt der Al-Muhajirin-Gemeinde zum Arbeitskreis MuChri fällt zeitlich zusammen mit der Herauskristallisierung der Idee, neue Räume für die Gemeinde zu suchen. Ein Zusammenhang zwischen dem Moscheebauprojekt und dem Beitritt zu MuChri wurde von den christlichen Vertretern nicht gesehen (vgl. Int. Hübner; Gespräch Herrmann). Auch gab es in dem Interview mit dem Gemeindesprecher keine Hinweise darauf, vielmehr schien es für die Gemeinde eine Möglichkeit zu sein, mit der Stadtgesellschaft in Kontakt zu treten, ein Anliegen, das dem Vorsitzenden Abbas am Herzen lag, wie er mir in einem Gespräch erklärte (vgl. Gespräch Abbas). Seitdem ist die Moscheegemeinde in regelmäßigem Kontakt mit den beiden christlichen und der DITIB-Gemeinde. Tatsächlich gab der Sprecher der DITIB-Gemeinde an, primär über MuChri Kontakt zur Al-Muhajirin-Gemeinde zu haben, da die DITIB nicht im Rat der Muslime vertreten war (vgl. Int. Korkmaz). An diesem Beispiel zeigt sich, wie interreligiöse Dialogforen innerreligiöse Vernetzung stärken können.

Der Vertreter der Al-Muhajirin-Gemeinde führte die Arbeitsgemeinschaft MuChri und die darin vertretenen christlichen Gemeinden als Unterstützer im Moscheebauprojekt an. Unter anderen waren Vertreter von MuChri auch vertreten in der o. g. Arbeitsgruppe „Neue Moschee in Tannenbusch“. Nach Ablehnung der ersten Bauanfrage des Moschee Neubaus, deren Begründung, Gefahr einer „Ghettoisierung“, der Pfarrer kritisch beurteilte, solidarisierten sich MuChri-Vertreter öffentlich mit der Al-Muhajirin Gemeinde:

„Da gab’s eben, da wurde das nochmal eben abgelehnt, die Vorschläge, und auch nochmal mit Gründen der Öffentlichkeit von Politikern transportiert, die ich einfach nicht angemessen fand. Und danach haben wir zum Beispiel als Arbeitskreis auch öffentlich da, einen öffentlichen, ja, so einen Leserbrief geschrieben, der auch abgedruckt wurde, und dort an die, an alle Fraktionen gewandt“ (Int. Hübner).

So beteiligte sich das Gremium mit einem öffentlichen Leserbrief an dem Legitimierungsdiskurs und leistete Fürsprache für das Moscheebauprojekt. Diese Fürsprache stand in einem

---

ohne an das zu glauben, womit ich gesandt wurde, außer dass er zu den Bewohnern des Höllenfeuers gehört“ (Sahih Muslim Nr. 153, vgl. Basler Zeitung 26.02.14).

weiteren Zusammenhang bezüglich der Stärkung von Muslimen als aktive Kooperationspartner in der Stadtgesellschaft:

„Die, die Verantwortlichen in der Stadt, denke ich, da hat es einen wichtigen, ganz wichtigen Beitrag geleistet, dass also die Muslime für die Stadtspitze und für die Politiker ganz anders gesehen werden und dass da Kooperationen entstanden sind. Da hat der jetzige Oberbürgermeister auch einen großen Anteil, auch die Integrationsbeauftragte. Aber unsere Arbeit hat da auch viel Vertrauen geschaffen, so. Wir haben auch mit dem Rat der Muslime zusammengearbeitet, nicht mit allen Moscheen, aber mit der Spitze, und da ist was gewachsen, also dass zum Beispiel jetzt eben diese zwei Moscheebauten genehmigt wurden, nach langer Prozedur in einem Fall. Also das war auch ne sehr mühsame Geschichte, aber mit Erfolg ist schließlich, ähm, das ist auch, auch Anteil unseres Arbeitskreises. So, wir haben uns da auch öffentlich positioniert und, äh, aber eben auch einfach dieses, da, da arbeiten welche kontinuierlich zusammen, das ist einfach wichtig für Leute in der Stadt zu wissen und dann, dann weckt es auch Vertrauen“ (Int. Hübner).

Der Pastoralreferent sieht in der öffentlichen Präsenz des interreligiösen Dialogs einen Beitrag dazu, dass eine Akzeptanz der Bonner Moscheebauprojekte, der DITIB-Gemeinde und der Al-Muhajirin-Gemeinde, entstanden ist. Vor allem die Kontinuität der Zusammenarbeit scheint vertrauensbildend gewesen zu sein. In der Vollendung der Moscheebauprojekte sieht der Pfarrer offensichtlich eine Bestätigung seiner Arbeit. Mit dem Engagement wurde die Kirchengemeinde als gesellschaftspolitischer Akteur vernehmbar und unterstricht ihre Rolle im Integrationsprozess der Bonner Muslime.

Eine weitere Form der Fürsprache erfolgte auf der Gegendemonstration zu der Demonstration von Rechtsradikalen am 02.04.11 (vgl. Gespräch Herrmann). Zudem spielte bei der Unterstützung des Moscheebauprojekts der Informationstransfer eine Rolle, da der Pfarrer von der Lukasgemeinde sich mit Bauanträgen gut auskannte und die Moscheegemeinde diesbezüglich beriet (vgl. Gespräch Herrmann).

Die Moscheegemeinde berief sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf die Kontakte zum Arbeitskreis MuChri und stellte ihn in der Grundsatzerklärung als potenziellen Kooperationspartner in der Ausgestaltung der Angebote in der Moschee dar, was zeigt, dass MuChri eine diskursive Ressource im Rahmen des Moscheebauprojekts gewesen ist. Auch in der öffentlichen Darstellung ihrer Aktivitäten stellte die Moscheegemeinde den interreligiösen Dialog strategisch in den Vordergrund.

Nach der Einweihung fanden gemeinsame Treffen und Veranstaltungen in der Moschee statt. Eigentlich war der Arbeitskreis MuChri territorial nicht mehr zuständig für den neuen Standort der Moscheegemeinde in Tannenbusch (vgl. Int. Hübner), doch die über Jahre gewachsene Kooperation blieb auch nach dem Umzug bestehen. Durch die in ihrer Moschee stattfindenden Veranstaltungen ist die Al-Muhajirin-Gemeinde stärker in die Planung der Veranstaltungen eingebunden. Und Anke Herrmann, die Vertreterin der evangelischen Gemeinde und

Nachfolgerin von Pfarrer Hübner, berichtete, dass sie dadurch, dass sie häufiger an Treffen in der Moschee teilnahm, mehr von der Moscheegemeinde durch punktuelle Kontakte zu Gemeindemitgliedern mitbekäme als vor dem Moscheebau. Zudem hätte sie als christliche Vertreterin auch Kontakt zu den neu gegründeten Gremien innerhalb der Moscheegemeinden, allen voran dem Frauengremium.

## OASE

Die Al-Muhajirin-Gemeinde ist neben dem Engagement bei MuChri auch Gründungsmitglied der Initiative „Mittagstisch OASE“, die sich im Jahr 2009 gegründet hat und von der katholischen Kirchengemeinde St. Thomas Morus, der evangelischen Apostelkirchengemeinde und dem Moscheeverein Al-Muhajirin e.V. getragen wird. Sie bietet in dem von Armut geprägten Stadtteil Tannenbusch günstige Mahlzeiten an und organisiert Feste wie z. B. das gemeinsame Fastenbrechen oder Weihnachtsfeiern. Sie stellt den organisatorischen Rahmen für wohltätige Zwecke dar und gewährt zugleich die Verstetigung von Kontakten zwischen den Religionsgemeinden. Dadurch, dass die Zusammenkünfte nicht nur auf der Leitungsebene stattfinden, sondern gemeinsam Feste gefeiert werden und auch Gemeindemitglieder sich an der Initiative beteiligen, stellt die OASE Opportunitätsstrukturen für Begegnungen dar (vgl. Int. Roth). Seit 2014 ist aus der Initiative ein gemeinnütziger Verein entstanden, womit sich die Vernetzung der beteiligten Akteure formalisiert hat. Der hohe Stellenwert des gemeinsamen Fastenbrechens im Selbstverständnis geht aus der folgenden Aussage des Gemeindesprechers hervor:

„Das sind Mitarbeiter dabei, die kochen auch manchmal. In dem Rahmen laden die ein, im Fastenmonat Ramadan an einem Abend mit denen das Fastenbrechen zu feiern, das heißt, die kochen dann, und dann abends beten die Männer dann draußen und anschließend wird dann gemeinsam gegessen und dann sind - kommen eben auch Leute aus dem Mittagstisch dazu und einer vom Vorstand vom Moscheeverein erzählt dann noch ein bisschen über die Bedeutung des Fastens im Islam und so. Das war jetzt zwei Jahre hintereinander. Das ist schon so eine kleine Tradition geworden“ (Int. Roth).

Zeitlich fällt die Gründung der Initiative mit der Entscheidung der Moscheegemeinde zusammen, das Grundstück an dem vorgeschlagenen Standort an der Brühler Straße für die Moschee zu kaufen, jedoch noch vor die entsprechende Entscheidung im Stadtrat im Dezember 2009. Zu diesem Zeitpunkt stand es für die Moscheegemeinde bereits fest, dass sie sich in dem Stadtteil niederlassen würde, und die Idee, die Initiative gemeinsam zu tragen, entstand im Rahmen der Gespräche bezüglich des Moscheebauprojekts zwischen Vertretern der Kirchen und der Moscheegemeinde. So führte Roth die Beteiligung der Moscheegemeinde der OASE deutlich auf das Moscheebauprojekt zurück:

„Der Moscheebau hat eben dazu beigetragen, dass der Moscheeverein sich einbringt in das Geschehen auch im Stadtteil, dass sie sagen: ‚wir sind auch ein Teil oder wir wollen auch ein Teil auch dieses Stadtteils sein‘“ (Int. Roth).

Nach dieser Lesart kann die Beteiligung an der Initiative als ein Zeichen gedeutet werden, zum Stadtteil dazuzugehören, wichtige Aufgaben darin zu übernehmen, noch bevor man dort im öffentlichen Raum als neuer Akteur sichtbar bzw. präsent ist. Die Initiative, die auf den Stadtteil Tannenbusch ausgerichtet ist, lieferte neben der Beteiligung am Arbeitskreis MuChri, an dem die Al-Muhajirin-Gemeinde bereits vorher beteiligt war, eine weitere Möglichkeit, öffentlichkeitswirksam interreligiöse Dialogbereitschaft zu kommunizieren. Die Aussagen des muslimischen Gemeindeglieds legen dies nahe:

„Das wird eben von der evangelischen, katholischen Kirche und dem Moscheeverein gemacht. Auch das ist natürlich eine schöne Sache, wenn man gemeinsam Armen helfen kann, das ist ja gemeinsames Anliegen auch der Religion. Also, es ist die Summe von vielen kleinen Sachen, die so unter dem Strich dazu führen, dass die Menschen sehen: ‚Aha, die sind ok. Ja, wir müssen keine Angst haben vor denen‘“ (Int. Fischer).

Zum einen ging es darum, die religiösen Vorstellungen von Nächstenliebe in einer von Armut geprägten Nachbarschaft zu realisieren, die das Christentum und der Islam aus der Perspektive des Gemeindeglieds gemeinsam haben. An den Aussagen wird zum anderen aber auch deutlich, dass die Beteiligung an der Initiative den Ruf der Moscheegemeinde im Kontext ihres Moscheebauprojektes verbessern sollte. Insofern kann festgestellt werden, dass das Moscheebauprojekt zu einer Vernetzung beigetragen hat, die an der Schnittstelle zwischen „Gemeinsamem Gremium“ und „Beteiligung an gemeinsamen Aktionen“ zu verorten ist und einen legitimitätssteigernden Effekt für das Moscheebauprojekt haben sollte und gehabt hat, wie aus der Erwähnung im Stadtratsprotokoll ersichtlich wird. Während das politische Engagement der Mitglieder der Al-Muhajirin-Gemeinde tendenziell negativ bewertet wurde, fand die Beteiligung an der Initiative OASE und dem Arbeitskreis MuChri großen Zuspruch sowohl in der Berichterstattung (vgl. GA 15.02.10) als auch bei den Aushandlungen im Stadtrat (vgl. Int. Peters) und stellte eine diskursive Ressource dar. So wurden die bereits vor dem offiziellen Antragsverfahren bestehenden Dialoginitiativen von den Entscheidungsträgern positiv bewertet und in den Beschlussvorlagen explizit erwähnt. So heißt es in der Beschlussvorlage der Verwaltung für die Ratssitzung am 24.09.09:

„Der Moscheeverein Al-Muhajirin ist im christlich-muslimischen Dialog im Bonner Norden aktiv und organisiert zudem gemeinsam mit der Kath. Kirchengemeinde St. Thomas Morus und der Ev. Apostelkirchengemeinde einen Mittagstisch für bedürftige Menschen in Tannenbusch“ (DS 0912440).

Die Tatsache, dass das Engagement und die interreligiöse Vernetzung in eine Beschlussvorlage Eingang gefunden hat, zeigt, wie dies von den Politikern wertgeschätzt wurde und dass dies in die Bewertung der Legitimität des Moscheebauvorhabens ein Stück weit eingeflossen ist. Wie in Kapitel 7.3 deutlich wurde, sprachen sich die Kirchenvertreter aus Tannenbusch ebenso wie die christlichen MuChri-Vertreter öffentlich für den Moscheebau aus. Außerdem haben sie den

Moscheevorstand in seinem Vorhaben ermuntert sowie Tipps hinsichtlich der Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit gegeben (vgl. Int. Roth, Int. Hübner).

Wie in Kapitel 7.3 erklärt, fanden zwei Informationsveranstaltungen in dem Pfarrsaal der Apostelgemeinde statt. Dies wusste der Sprecher der Al-Muhajirin-Gemeinde offensichtlich sehr zu schätzen und zeigte sich in dem Interview und in den Gesprächen dafür dankbar:

„Ja, also Pfarrer Roth war sehr zuvorkommend und auch sehr hilfreich, weil er eben seinen Gemeindesaal, das hat natürlich von der Symbolik schon sehr viel zu sagen! Wenn man in dem Gemeindesaal, als Moscheeverein seinen Moscheebau vorstellt!“ (Int. Fischer).

Die Motive des Pfarrers werden aus den folgenden Ausführungen deutlich:

„Zu den Moscheevereinen oder eigentlich zu dem einen mehr, das ist eben dieser Verein, der ursprünglich unten an der Hohe Straße, also zwei Kilometer die Straße runter, 1,5 km ursprünglich bauen wollte. Das zieht sich alles über fünf Jahre schon hin. Da haben wir relativ früh gesagt: ‚Ok wir möchten als Gemeinde, das steht in unserer Gemeindekonzeption so drin, mit dazu beizutragen, dass die verschiedenen Gruppen, Nationalität, Bevölkerungsgruppen in der Gemeinde [Kommune] gut miteinander leben können. Da möchten wir als Gemeinde unseren Teil dazutun, als Kirchengemeinde.‘ Da haben wir überlegt, was können wir machen. Haben wir gesagt: ‚Ok, wir stellen zum Beispiel Räumlichkeiten zur Verfügung‘“ (Int. Roth).<sup>326</sup>

Das Zitat zeigt, dass der Moscheebau ein Handlungsfeld für die Realisierung der eigenen Ansprüche der Kirchengemeinde darstellt. Normatives Bezugssystem für das Handeln der Kirchengemeinde und allen voran des Pfarrers war eine Gemeindekonzeption, die einige Jahre zuvor aufgestellt worden war. Dabei ging es um die friedliche Gestaltung der Vielfalt in der Stadt und insbesondere im Stadtteil. Weitere Äußerungen verdeutlichen, dass nicht persönliche Sympathie oder Freundschaft zwischen den Gemeindevertretern den Pfarrer dazu motiviert haben, die Moscheegemeinde zu unterstützen, sondern die Möglichkeit, im Stadtteil einen muslimischen Ansprechpartner zu finden<sup>327</sup>, wo es vorher keine Moscheegemeinde gegeben hat, den

---

<sup>326</sup> Der Pfarrer hat für das Engagement in der Gemeinde zum Teil Kritik erfahren. Allerdings hat die rassistische Internetplattform pi-news.net einen GA-Artikel online gestellt, in dem die Unterstützung des Pfarrers für den Moscheebau deutlich wird, und hat unter den Artikel seine E-Mail-Adresse platziert. So erhielt der Pfarrer E-Mails mit Vorwürfen, zur Islamisierung Deutschlands beizutragen (vgl. pi-news 17.12.09, Int. Roth). Zudem wurde er auf dem Internetportal beleidigt. Welch verächtliche Inhalte dies sind, zeigt diese beispielhafte Stellungnahme „Dieser ‚Pfarrer‘ ist, wie Lenin gesagt – und damit ausnahmsweise recht gehabt hätte – ein ‚nützlicher Idiot‘ des totalitären, verbrecherischen Museltums!“ (Leserkommentar, pi-news 17.12.09).

<sup>327</sup> Aus dem Interview geht zudem hervor, dass die Aussicht auf die Vertiefung des interreligiösen Dialogs handlungsleitend für sein Engagement war. Neben den praktischen Erwägungen der räumlichen Nähe nannte er auch theologisch inspirierte Motivlagen. So bezog sich der Pfarrer in Bonn-Tannenbusch auf den Apell „Suchet der Stadt Bestes“ im Brief des Propheten Jeremia und schöpfte laut seinen eigenen Aussagen daraus seinen Antrieb für das Engagement für Religionsfreiheit und den Frieden in der Stadt: „[...] es gibt, kann man jetzt drüber streiten ob man das so eins zu eins übersetzen darf, aber es gibt den schönen Satz in der Bibel von dem Propheten Jeremia, der hat zu seinen Leuten gesagt: ‚Suchet der Stadt Bestes‘. Er hat also damit gesagt: ‚Ihr als‘, in dem Fall war es jetzt das Volk Israel, ‚ihr seid jetzt da, wo ihr seid, nämlich in der Verbannung, aber jetzt, jetzt seid ihr da, wo ihr seid und jetzt sucht da das Beste für die Stadt, da wo ihr seid.‘ Und das haben wir jetzt so für uns als Gemeinde auch so übertragen, dass wir als Gemeinde da, wo wir leben, der Stadt Bestes suchen sollen und das Beste für eine Stadt ist, wenn die Menschen miteinander in Frieden leben. Und damit dazu beizutragen für ein friedliches Miteinander der Menschen in der Stadt. Da wollen wir zu beitragen und das kann man durch Gespräche, über Dialog, über Austausch“ (Int. Roth). Aus den Aussagen wird ersichtlich, wie das Moscheebauprojekt sinnhaft aufgeladen und mit dem theologisch begründeten Auftrag verknüpft wurde. Dabei diente das Alte Testament als normative Grundlage.“ (Int. Roth).



interreligiösen Dialog auf einer praktischen Ebenen zu realisieren und einen Beitrag zur Religionsfreiheit zu leisten. Die Kirchgemeinde sah in dem Moscheebauprojekt eine Möglichkeit, den Kontakt zu Muslimen aufzubauen, und die Unterstützung des Moscheebauprojekts erschien als eine gute Ausgangsbedingung für einen Dialog. Der Wunsch nach Dialog mit der Moscheegemeinde wird u. a. aus dem Gemeindebrief vom März 2010 ersichtlich, in dem das Moscheebauprojekt kurz dargelegt wird und die erfolgte Unterstützung in Form einer Informationsveranstaltung angesprochen wird. Dies wird beschrieben als eine Realisierung des Ziels in der Gemeindekonzeption, „mit Menschen anderer Religionen, insbesondere muslimischen Glaubens, in einen Dialog [zu] treten“ (Gemeindebrief März 2010). Der Gemeindebrief veranschaulicht zugleich, wie die christlichen Gemeindemitglieder außer über Ansprachen der Priester auch auf dem schriftlichen Weg über den Moscheebau informiert wurden und wie von der Kirchenleitung versucht wurde, Verständnis für das Bauprojekt der Muslime zu schaffen, was ein Beitrag zur informationsbezogenen Legitimität war. Hier zeigt sich eine Bedingung für Fürsprache und Schaffung von Transparenz: Damit Multiplikatoren in ihren Organisationen über das Moscheebauprojekt informieren können, müssen sie die Informationen selbst besitzen, die sie am ausführlichsten durch den direkten Kontakt zur Moscheegemeinde bekommen (s. o.). Zudem sprach sich der Pfarrer für das Moscheebauprojekt und gegen die rassistische Demonstration von Pro NRW aus. Hierzu berichtete Roth:

„[...] es ging wirklich darum, doch das Grundrecht besteht, aber man muss gut gucken, wo man das hinbaut, und jetzt haben wir einen guten Platz gefunden und jetzt stehen wir dafür ein und verteidigen diesen Standort auch und verteidigen diesen Standort auch gegenüber der z. B. Pro NRW, die bei uns auch im Stadtrat vertreten sind [...]. Es war eine Gegendemonstration gegen Pro NRW, also für das friedliche Zusammenleben der Religionen im Stadtteil. Dafür haben wir uns ausgesprochen, dass wir uns also von Leuten wie Pro NRW hier nicht auseinanderdividieren lassen, wenn es darum geht, dass muslimische Mitbürger hier gleichberechtigt mit allen auch einen Ort haben, wo sie beten sollen dürfen“ (Int. Roth).

Wie aus den Aussagen hervorgeht, bedeutete die Gegendemonstration für die Beteiligten eine versinnbildlichte Abkehr von dem vorherigen Widerstand gegen den Moscheebauprozess und dokumentierte die Entschiedenheit, die Moschee an dem neuen Standort zu errichten bzw. errichten zu lassen. Der Widerspruch gegen Pro NRW war eine Fürsprache für die Moscheegemeinde, aber zugleich auch auf einer abstrakteren Ebene das Einstehen für Religionsfreiheit und gegen Rassismus.

Als eine weitere wichtige Unterstützung durch die Kirchengemeinde nennt der Sprecher der Moscheegemeinde die Informationsvermittlung an die Moscheegemeinde. Nach eigenen Aussagen hatte die Moscheegemeinde keine bis wenig Informationen darüber, wie man ein Moscheebauprojekt durchführt und dabei die Öffentlichkeitsarbeit gestaltet. Dies führte der Gemeindesprecher u. a. darauf zurück, dass die Gemeinde in keinem Dachverband organisiert ist und nicht aus den Erfahrungen anderer Moscheegemeinden schöpfen konnte (vgl. Int.

Fischer). Im Rat der Muslime war keine Moscheegemeinde, die bereits Erfahrungen hatte sammeln können. Bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit erhielt die Moscheegemeinde Informationen von den Kirchenvertretern. Zudem schätzte der Gemeindesprecher eine andere Art der Informationsvermittlung, die vor allem vor dem Hintergrund des Konflikts um den Moscheebau zu verstehen ist:

„Informationen spielen natürlich eine sehr entscheidende Rolle. Es ist immer hilfreich, wenn man Leute hat, die sagen: ‚Äh, passt mal auf, es gibt dieses oder jenes Gerücht!‘, weil es sind oft auch sehr einfach nur Gerüchte. Zum Beispiel, wenn jemand sagt, ja, was weiß ich, es gab ein Gerücht, dass die Stadt uns das Grundstück geschenkt habe. Da kann man natürlich sehr schnell gegenargumentieren und sagen: ‚Das ist doch Quatsch, hier gibt es einen Kaufvertrag, da steht eine bestimmte Summe drin. Wie kommt ihr darauf, dass uns das geschenkt wird?‘ Ich weiß nicht, wer solche Gerüchte in Umlauf bringt. Ob das absichtlich passiert oder einfach, weil die Leute einfach quatschen von Sachen, von denen sie keine Ahnung haben. Das weiß ich nicht“ (Int. Fischer).

Dieses Zitat zeigt, dass die bewusste Beobachtung des Legitimierungsdiskurses einen hohen Stellenwert besitzt, um Falschinformationen bzw. Gerüchte dementieren und mit eigenen Stellungnahmen entsprechend reagieren zu können. Hier zeigt sich, dass Akteure die Moscheegemeinde über Befürchtungen und Stimmungen jenseits von sachbezogenen Aspekten (Baurecht, Ausrichtung von Informationsveranstaltungen etc.) informieren konnten. Dies erfolgte sowohl in direkten Zweiergesprächen als auch im institutionalisierten Rahmen der Arbeitsgruppe „Neue Moschee in Tannenbusch“<sup>328</sup>, konnte als Grundlage dienen für die Schaffung von Transparenz und das bewusste Ansprechen von Ängsten und Vorbehalten und erhöhte damit die informationsbezogene und v. a. die emotionale Legitimität. Außerdem versuchte der Pfarrer die Ängste in der Apostelgemeinde anzusprechen und zu relativieren (vgl. Int. Roth).

In einem Gespräch mit Roth einige Monate nach der Einweihung im September 2013 zeigte sich, dass er mit der neuen Moschee die Erwartung verband, den interreligiösen Dialog zu pflegen und die Moschee in diesem Rahmen regelmäßig zu besuchen.<sup>329</sup> So war er an Ramadan zusammen mit dem Pfarrgemeinderat in der Moschee, wo sie eine Führung durch das neue Gebäude und Informationen über das Fasten im Islam erhielten (vgl. Gespräch Roth). Eine weitere Veranstaltung, an der der Pfarrer beteiligt war, war der Abschluss des interreligiösen Projektes der Fachstelle für interkulturelle Bildung und Beratung (FiBB e. V.) in der Moschee, bei dem es darum ging, durch Informationsvermittlung über Feste und religiöse Gegenstände die Religionen Kindern gemeinsam näherzubringen (vgl. Tannenbuscher Zeitung 2015: 6).

---

<sup>328</sup> Der Informationstransfer erfolgte vor allem durch Personen, die in engem Kontakt mit zahlreichen anderen Personen standen, wie z. B. die Kirchenvertreter mit ihren Gemeindemitgliedern, aber auch durch die Integrationsbeauftragte, die über Kontakte zu Verwaltung und Politik verfügte.

<sup>329</sup> Dies wird auch an seiner Andacht deutlich, die er im Jahr 2013 gehalten hat und in der er betonte, dass er „auf Begegnungen und Gespräche gespannt“ sei (Evangelische Apostelkirchengemeinde Bonn 2013: 3).

## Politik und Verwaltung

Vor dem ersten Antrag hat es nur wenige Kontakte zwischen der Moscheegemeinde und der Verwaltung sowie der Kommunalpolitik gegeben. Um den Einfluss der Vernetzung sowie des Images der Gemeinde auf das Moscheebauprojekt zu verdeutlichen, wird ein Vergleich mit dem Moscheebauprojekt der DITIB-Gemeinde gezogen.

Die nicht vorhandenen Kontakte waren, nach Aussagen des SPD-Politikers Peters, in Verbindung mit den islamistischen Umtrieben und dem damit verbundenen Gefährdungsdiskurs in Bonn ein wichtiger Grund für das Misstrauen der Moscheegemeinde gegenüber, was sich in der Bewertung ihres Moscheebauprojekts niederschlug. Dies ergänzte er mit folgenden Aussagen:

„Es ist anders als, wenn, als bei den christlichen Kirchen, wenn ich höre, da ist die katholische Kirche als Trägerin einer Maßnahme für Jugendliche, um jetzt zu der konkreten Frage zurückzukommen, dann weiß ich, ok, das ist die katholische Kirche, da steckt ein bestimmtes politisches Weltbild dahinter, ein bestimmtes religiöses Weltbild dahinter. Muss ich alles nicht teilen, aber ich kenne es. Ich weiß, wo die ihr Geld her haben, ich weiß, wie die gesellschaftspolitisch ticken, um es mal ganz salopp auszudrücken. Das mag mir nicht gefallen oder doch, das spielt keine Rolle. Aber ich weiß es. Bei einem Moscheeverein weiß ich es nicht unbedingt, weil es, wenn es ein kleiner Moscheeverein ist, der nur hier in Bonn existiert, dann weiß ich nicht, was dahinter ist. Dann ist das ein Verein wie viele andere auch und ich kenne diesen Hintergrund nicht per se. Bei größeren Organisationen ist das dann anders. Also, wir haben ja hier in Bonn auch die türkische DITIB, und die DITIB in Bonn kennen wir, wir wissen, dass die DITIB nicht nur in Bonn existiert, sondern auch weit darüber hinaus. Wir wissen, wir kennen ihren Ursprung und das ist schon mal viel wert. Das ist vertrauensbildend und bei den anderen Moscheevereinen müssen wir das nachholen“ (Int. Peters).

Der SPD-Vorsitzende zieht zwei Vergleiche, die beide ausdrücken, dass die Legitimitätsbeurteilung bei bekannten Akteuren positiver ausfällt als bei Akteuren wie der Al-Muhajirin-Gemeinde, die man vorher nicht kannte: zum einen die katholische Kirche, die geschichtlich und institutionell in Deutschland fest verankert ist (vgl. dazu Kinzig 2009), und zum andern die DITIB, die bundesweit aktiv und seit ihrer Gründung 1984 ein wichtiger Ansprechpartner für die deutschen Behörden ist, auch wenn sich dies aufgrund der Vorkommnisse der letzten Zeit zu relativieren scheint (vgl. Kap. 2). Die Aussagen verdeutlichen den Stellenwert der informationsbezogenen Legitimität für die Legitimität des Moscheebauprojekts. Durch die Anknüpfung an Bekanntes bzw. Gewissheiten bezüglich der übergeordneten Organisationsstrukturen, auch wenn diese nicht mit den eigenen Werten und Haltungen übereinstimmen, besteht Handlungssicherheit und eine tendenziell größere Bereitschaft, für die Akteure favorable Entscheidungen zu treffen. An den Aussagen zur DITIB erkennt man zudem den positiven Spill-Over-

Effekt der Beurteilung des Dachverbands auf die Beurteilung der Moscheegemeinde vor Ort sowie ihr Moscheebauvorhaben.

Zudem zeigt das Beispiel der Bonner DITIB-Gemeinde, die schon mehrere Jahre vor ihrem Moscheebauprojekt Kontakte zur Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik aufgenommen hatte, dass auch die Vernetzung bzw. als positive erlebte Kontakte zum Gemeindevorstand einen Einfluss auf die Legitimitätsbeurteilung der Moscheebauprojekte hatte. Der damalige Bonner SPD-Vorsitzende äußerte sich über das DITIB-Bauprojekt und die Gemeinde folgendermaßen:

„Es [das Moscheebauprojekt der DITIB-Gemeinde] ging viel schneller, viel leichter [als das der Al-Muhajirin-Gemeinde], was in meinen Augen vor allen Dingen daran lag, dass wir die DITIB gut kannten. Also wir jetzt als Politik. Wir kannten die DITIB bereits. In meinen Augen lag das auch massiv an dem ehemaligen Sprecher, Herrn Korkmaz, den wir schon kannten, den kennen wir einfach schon lange, und wir haben mit der DITIB hier in Bonn sehr gute Erfahrungen“ (Int. Peters).

Die Integrationsbeauftragte kommentierte das Moscheebauprojekt und die DITIB-Gemeinde wie folgt:

„Und bei DITIB war es so, dass die auch schon sich für andere Gebäude interessiert haben, die wollten sich einfach ein bisschen vergrößern. Die sind an der Esche relativ klein und sind halt sehr, sehr aktiv. Die haben auch nicht so viel Wert darauf gelegt, dass es jetzt unbedingt neu und riesig sein muss, weil sie eigentlich auch nicht so ein großer Moschee-Verein sind, auch eine Mitglieder-Klientel haben, die jetzt nicht furchtbar reich ist. Aber auch da war es so, dass es vorher an einer anderen Stelle nicht gelungen ist. Es war nicht so ein Politikum, [...] und es hatte eigentlich keine politischen Gründe, weil der Verein eigentlich relativ anerkannt ist und alle wissen, dass der schon lange im Dialog ist [...]“ (Int. Bayer).

Beide Aussagen bestätigen die Feststellung, dass die DITIB-Moscheegemeinde aufgrund ihres Engagements und ihrer Kooperationen von wichtigen Entscheidungsträgern anerkannt war und ihr ein gewisses Vertrauen entgegengebracht wurde, was im Fall der Al-Muhajirin-Gemeinde, die zwar bei MuChri und später auch der OASE engagiert war (s. o.), nicht der Fall gewesen ist.<sup>330</sup>

Wie in Kapitel 7.3 gezeigt, konnten erst durch die Arbeitsgruppe die politischen Entscheidungsträger und die Vertreter der Al-Muhajirin-Moscheegemeinde sich näher kennenlernen.<sup>331</sup> Durch das Gremium gab es über mehr als zwei Jahre verstetigten Kontakt zwischen der

---

<sup>330</sup> Ein Grund für die geringere Konflikthaftigkeit kann zudem die Tatsache sein, dass in der Nachbarschaft keine Akteure wohnten, die ihren Widerstand in die Politik tragen konnten, obwohl es auch hier einen Bürgerantrag gegeben hat. Außerdem ging es im Fall der Bonner DITIB-Moschee nicht um ein öffentliches Grundstück, weshalb vermutlich das öffentliche Interesse kleiner war und es weniger Möglichkeiten gab, das Moscheebauprojekt im Stadtrat abzuwehren.

<sup>331</sup> Die Tatsache, dass im Fall der DITIB keine Arbeitsgruppe wie im Fall der Al-Muhajirin eingerichtet wurde, bestätigt die Feststellung, dass die Arbeitsgruppe v. a. aufgrund von Legitimitätsproblemen und des Bedarfs, diese zu überwinden, etabliert wurde.

Verwaltung, der Politik und der Moscheegemeinde sowie den Kirchengemeinden. Darüber hinaus gab es mehrere Besuche der Fraktionsmitglieder (CDU, SPD, GRÜNE) in der Moschee (vgl. Int. Peters). Dies führte laut dem SPD-Politiker dazu, dass die Akteure sich jederzeit bei Bedarf kontaktieren konnten (vgl. Int. Peters).

Wie in Kapitel 7.3 gezeigt, waren diese Begegnungen die Bedingung für die Schaffung von Vertrauen und letztendlich für die positive Legitimitätsbeurteilung und die Genehmigung des Grundstückverkaufs. Die GRÜNEN haben die Moscheegemeinde von Anfang an unterstützt und sich bereits für die Genehmigung des ersten Antrags ausgesprochen. Pro NRW, die im Jahr 2009 in den Stadtrat eingezogen ist, kritisierte das Moscheebauprojekt v. a. auf der Grundlage einer Unterstellung islamistischer Tendenzen der Moscheegemeinde. Dies spielte jedoch in den Aussagen der Interviewpartner keine Rolle, vermutlich aufgrund der unter den etablierten Parteien weit verbreiteten Ansicht, dass es bei Pro NRW um keine demokratische Partei handele und diese auszugrenzen sei. Die Partei wurde hauptsächlich im Zusammenhang mit der Demonstration genannt, was offensichtlich den Legitimierungsdiskurs stärker geprägt hat als die Diskussionen im Stadtrat.

Wie schon deutlich wurde, waren die Kontakte zur Integrationsbeauftragten während des Legitimierungsprozesses sehr intensiv, was schließlich zur Realisierung des Moscheebauprojekts beigetragen hat. Die Unterstützung resultierte, wie bereits angedeutet, aus der grundsätzlichen Anerkennung des Rechts auf eine angemessene Moschee sowie der Empfindung, dass die Ablehnung des Antrags zu einer Verschlechterung der Stimmung in der Stadt geführt habe. Die grundsätzliche Befürwortung durch den neuen Oberbürgermeister ermöglichte es der Integrationsbeauftragten, sich für das Moscheebauprojekt einzusetzen. Nach der Fertigstellung haben sich die Kontakte abgeschwächt, was durch eine niedrigere Frequenz der Treffen deutlich wurde.

Da die BFF/BIG-Partei an Bedeutung verloren hat – 2014 zog nur noch ein Mitglied in den Stadtrat ein und die Moscheegemeinde scheint dort mittlerweile weniger engagiert zu sein (vgl. Telefoninterview Vollmer) – sind Kontakte über die offiziellen politischen Kanäle zwischen der Moscheegemeinde und BIG/BFF nicht mehr vorhanden. Im Gespräch mit dem Gemeindesprecher entsteht der Eindruck, dass seine Haltung gegenüber den politischen Entscheidungsträgern von der Position der Politiker im Legitimierungsdiskurs beeinflusst wurde. So sprach er positiv von den Vertretern der GRÜNEN, wohingegen in seinen Aussagen Ablehnung gegenüber den CDU-Vertretern zu verzeichnen war (vgl. Gespräch Fischer).<sup>332</sup> So scheint der Legitimierungsdiskurs Einfluss auf die gegenseitige Haltung gehabt zu haben.

Eine Form der Unterstützung von Seiten der Kommunalpolitik war die Organisation und die aktive Teilnahme an der Gegendemonstration. So organisierte z. B. der SPD-Politiker einen Abschnitt der Gegendemonstration und hielt eine Rede. Für die Planung insgesamt war der Arbeitskreis eine wichtige Grundlage:

---

<sup>332</sup> Selbstverständlich wird dies mit anderen Faktoren zusammenhängen, wie z. B. der allgemeinen Einschätzung der Politik der Fraktionen etc.

„Und übrigens, dort [Arbeitskreis] gab es auch die, gab es auch die Absprache, sollte es zu Gegendemonstrationen kommen, aus rechtsradikaler Seite, dass wir dann auch diesen Runden Tisch nutzen, um uns zu mobilisieren und zu organisieren, um dann ein Gegenstatement öffentlich darzustellen. Also das ging auch ein Tick von diesem Runden Tisch aus, von dieser Arbeitsgruppe aus. Wir haben das dann als SPD und DGB organisiert und das war sehr erfolgreich, ist auch erwähnenswert, weil da ist zum ersten Mal in Bonn, ich glaub sogar insgesamt das erste Mal, nicht nur die üblichen Verdächtigen an einer Anti-Nazi Demo teilnehmen, sondern auch FDP und CDU, die sich bis jetzt immer gescheut haben, mit Antifa {lacht} an einer Demonstration teilzunehmen gemeinsam. Ist aber diesmal gelungen. Weil es wichtig war gegen Pro Bonn<sup>333</sup> [Pro NRW] da ein wichtiges Signal zu setzen“ (Int. Peters).

Diese Aussage verdeutlicht den Stellenwert, den die Demonstration auch für die Kommunalpolitik hatte, dass sie verschiedenste Akteure zusammenbracht hat, geeint gegen Pro NRW und Rassismus. Die Tatsache, dass alle bürgerlichen Parteien an der Gegendemonstration teilgenommen haben, deutete der Gemeindesprecher als eine Zustimmung zur Gemeinde und zur Moschee (Int. Fischer).

Bezeichnenderweise gibt es im Gegensatz zu den im Legitimierungsdiskurs geäußerten und im Kaufvertrag und Nutzungskonzept festgelegten Plänen keine nennenswerte Kooperation zwischen den Behörden und der Kommunalpolitik einerseits und der Moscheegemeinde andererseits im Bereich der Jugendarbeit. So gibt es keine öffentlich finanzierten Projekte oder Angebote in diesem Bereich.

Mögliche Gründe können die primär religiöse Ausrichtung der Angebote im Jugendbereich, das Bestreben der Moscheegemeinde, möglichst autonom zu sein, sowie eine mögliche Auslastung der Behörden mit anderen Themen sein.<sup>334</sup> Der Wille, das Gemeindeleben inklusive der Angebote möglichst autonom zu gestalten, kommt in der Tatsache zum Ausdruck, dass sich die Moscheegemeinde nicht um öffentlich finanzierte Projekte bemüht mit der Begründung, dass man diverse auferlegte Regeln befolgen müsse (vgl. Gespräch Fischer). In den Aussagen des Stadtangestellten wird deutlich, dass er etwas enttäuscht ist und dass er sich v. a. nach den Aushandlungen mehr von der großen Moschee versprochen hatte (vgl. Int. Vollmer). Offensichtlich weckt eine repräsentative Moschee mit ihrer Auffälligkeit und vielfältigen Räumlichkeiten sowie der Legitimierungsdiskurs mit den Äußerungen hinsichtlich Kooperation und Offenheit Erwartungen der sozialen Umwelt hinsichtlich der Zusammenarbeit und der Angebote. Dies wird vom Gemeindesprecher bestätigt (vgl. Telefoninterview Fischer). Vor allem im Bereich der Jugendarbeit hätte sich der Stadtangestellte mehr Zusammenarbeit gewünscht, was Erwartungen verdeutlicht, denen schwer nachzukommen ist, wenn die Moscheegemeinde den Fokus auf religiöse Angebote und Themen legt.

---

<sup>333</sup> Hier handelt es sich um einen Versprecher. Gemeint ist Pro NRW.

<sup>334</sup> Z. B. durch die Suche nach neuem muslimischem Ansprechpartner, nachdem der RMB sich diskreditiert und seine Aktivitäten eingestellt hat, und die Beschäftigung mit anderen Moscheegemeinden, die nicht salafistisch geprägt sind.

Eine nennenswerte Entwicklung, die nicht unmittelbar mit dem Moscheebau in Zusammenhang steht, jedoch die Faktoren für die Kooperation zwischen den Behörden und muslimischen Organisationen veranschaulicht, betrifft den Rat der Muslime. Dabei handelt es sich um ein Gremium, das, wie in Kapitel 6.2.3 angesprochen, zeitweise eine Brückeninstanz zwischen Kommunalpolitik und einigen Moscheegemeinden darstellte, darunter auch zur Al-Muhajirin-Gemeinde. Das Beispiel des Rats der Muslime zeigt, wie ein islamisches Gremium durch Kontakte oder ungenügende Abgrenzung gegenüber islamistischen Gruppierungen für eine Interessensartikulation in der Stadt an Bedeutung verliert. Vor allem durch ihre Beteiligung an der Werbung für eine salafistische Kundgebung, die von großen Teilen der Stadtgesellschaft abgelehnt wurde, ist die Verbindung zu Verwaltung und Kommunalpolitik abgerissen. Der RMB trat danach als Ansprechpartner bzw. Kooperationspartner nicht mehr in Erscheinung.

Im Mai 2011 stuften die Interviewpartner aus der Verwaltung und Kommunalpolitik den RMB noch als Akteure ein, mit dem man zusammenarbeitet und den man bei Bedarf kontaktieren könnte (vgl. Int. Bayer, Int. Hübner). Auch wenn es zum Teil Vorbehalte gab und der häufige Vorstandswechsel bemängelt wurde, gab die Integrationsbeauftragte noch im Jahr 2011 zu verstehen, dass der Kontakt zum RMB durch den damaligen Vorsitzenden Baceem Dziri gut gewesen sei.

„Der jetzige Sprecher Bacem Dziri ist wieder sehr angenehm, sehr hilfreich. Ja, habe ich auch kennengelernt. Aber der hat wenig Zeit für diese, für diese ganzen Details. Wenn es um so was geht, dann kommt der, und ich kann mich absolut auf ihn verlassen und er sich auf mich, aber er muss da auch nicht immer kommen, also das kann man dann auch mit den Moschee-Vereinen machen“ (Int. Bayer).

Die Aussagen offenbaren den hohen Stellenwert der Einzelperson, die diesen Zusammenschluss repräsentierte, für die Wahrnehmung durch die Integrationsbeauftragte und ihre Kooperationsbereitschaft. Nach dem Vorstandswechsel zwei Jahre später und dem Bekanntwerden der Nähe des neuen Vorstands zu Salafisten geht die Integrationsbeauftragte in einem Interview mit dem katholischen Radiosender Domradio auf Distanz zum RMB und relativiert seine Bedeutung für die Kontakte zu diesem Gremium:

„Wir haben zu vielen, die sich klarer [zu Kontakten zu Salafisten] positionieren, deutlich engeren Kontakt als zum Rat der Muslime. Insofern ist das jetzt vielleicht etwas hoch gegriffen mit der Unterwanderung, aber dass der Sprecher des Rates der Muslime gleichzeitig zu Veranstaltungen mit diesen Predigern [u. a. Pierre Vogel] wie in Köln aufruft, das ist nicht in Ordnung und das wird die Stadt auch nicht hinnehmen“ (Bayer, zitiert nach Domradio 07.10.13).

Hieran wird nochmals der hohe Stellenwert der Distanzierung von extremistischen Gruppierungen deutlich. Neben der Tatsache, dass er nicht alle Moscheegemeinden in Bonn vertreten hat, war die Zusammenarbeit mit als extremistisch eingestuften Predigern die Ursache für die Abnahme der Legitimität des RMB, für Muslime sprechen zu können. Der damalige

Oberbürgermeister rief den RMB dazu auf, klar Stellung in Bezug auf Kontakte zu Salafisten zu beziehen (Stadt Bonn 09.10.13). Dies ist jedoch nicht passiert, wie ein Mitarbeiter der Stabsstelle Integration mitteilte (vgl. Telefoninterview Vollmer), was, wie in der obigen Aussage der Integrationsbeauftragten bestätigt wird, dazu geführt hat, dass die Stadt Bonn beschlossen hat, nur noch direkt mit den Moscheegemeinden und nicht über den RMB zu kooperieren (vgl. Telefoninterview Vollmer). Kurz darauf stellte der RMB seine offiziellen Aktivitäten ein und unterhält seitdem keine Internetpräsenz mehr. Da es sich bei den beschriebenen Ereignissen um ein Politikum handelte und die Kommunalpolitik in ihrer Haltung zu Moscheegemeinden negativ prägte, ist es denkbar, dass dies ebenfalls die Sichtweise auf die Al-Muhajirin negativ beeinflusst hat.

### **Vernetzung mit anderen Akteuren und der Zivilgesellschaft**

Die Moscheegemeinde hatte auf der Stadtteilebene diverse Kontakte zur Nachbarschaft in Form von Alltagsgesprächen, v. a. zu lokalen Geschäftsleuten, die durch den Umzug weitgehend verloren gegangen sind (vgl. Telefoninterview Fischer), anders als die Akteure, die in dem Arbeitskreis „Muslime und Christen im Bonner Norden“ organisiert und durch vielfältige Beziehungsinhalte (gemeinsame Zugehörigkeit zu einem Gremium, regelmäßige Treffen, gemeinsame Veranstaltungen) vernetzt waren.

Es kann grundsätzlich angenommen werden, dass die Moscheegemeinde durch den öffentlichen Diskurs über den Stadtteil hinaus bekannt und für die Stadtgesellschaft vernehmbar geworden ist. Für die unmittelbare neue Nachbarschaft ist die Moscheegemeinde zudem durch die Informationsveranstaltungen in Erscheinung getreten.

Zahlreiche Nichtmuslime kommen seit 2013 jedes Jahr<sup>335</sup> zum Tag der offenen Moschee, wo es zu direkten Gesprächen zwischen ihnen und Gemeindemitgliedern über islambezogene Themen kommt. Die Nachfrage nach Führungen ist groß, was in der alten Moschee nicht der Fall gewesen ist.

Weiter oben wurde gezeigt, dass durch die neue Moschee und die darin stattfindenden Veranstaltungen viele Muslime angezogen werden und muslimische Gruppierungen sich dort für ihre Aktivitäten treffen, womit die muslimische Zivilgesellschaft Bonn belebt wurde. Ein Beispiel dafür ist der Verein FIBER e. V., eine Fraueninitiative, die sich v. a. aus muslimischen Frauen aus der Moscheegemeinde und von außerhalb zusammensetzt und die gelegentlich Veranstaltungen in der Moschee organisiert (vgl. Telefoninterview Vollmer), wie z. B. Veranstaltungen im Rahmen des Projekts „Malkurs für Mädchen“ (vgl. Website FIBER e.V.)<sup>336</sup>.

Seit der Eröffnung der Moschee haben einige Veranstaltungen unter Beteiligung von verschiedenen nichtmuslimischen Akteuren der Bonner Stadtgesellschaft stattgefunden. Zu nennen ist die Veranstaltung „Mein Beruf, meine Zukunft. Mit Ausbildung zum Erfolg“, welche in Zusammenarbeit mit dem Projekt „Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte NRW“, dem Elternnetzwerk NRW und der Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk e. V. (ZWH)

---

<sup>335</sup> Der betrachtete Zeitraum umfasst die Jahre von 2013 bis 2018.

<sup>336</sup> [HTTP://FIBER-BONN.DE/PRODUCTS/MALKURS-FUER-MAEDCHEN/](http://fiber-bonn.de/products/malkurs-fuer-maedchen/), letzter Zugriff am 27.06.21.



stattfand und das Ziel hatte, Jugendliche über ihre beruflichen Perspektiven zu informieren (vgl. Website LMZ<sup>337</sup>). Solche Veranstaltungen haben in der alten Moschee aufgrund des knappen Raumangebots, der nicht vorhandenen Repräsentanz des Gebäudes und wahrscheinlich wegen der geringeren Vernetzung und der schwächeren Bekanntheit der Moscheegemeinde vor dem Moscheebauprojekt nicht stattgefunden.

Die Moscheegemeinde ist Mitglied des Arbeitskreises „Vielfalt in Tannenbusch“, der aus Anlass der Aufnahme des Stadtteils Neu-Tannenbusch in das Landesprogramm „Soziale Stadt“ im Jahr 2010 gegründet wurde. Ziel ist es, die Stadtteilentwicklungspolitik aus zivilgesellschaftlicher Perspektive im Sinne der Verbesserung der Lebensqualität und der Chancengleichheit zu begleiten (vgl. Website „AK Vielfalt in Tannenbusch“<sup>338</sup>). Die Moscheegemeinde nimmt dabei eine aktive Rolle ein, was daran deutlich wird, dass Abbas Sprecher des Arbeitskreises war. Über die Beteiligung bzw. Mitgliedschaft ist die Moscheegemeinde u. a. mit folgenden Akteuren vernetzt: Deutsch-Somalischer Freundschaftskreis e. V., Familienkulturverein, Caritas und Diakonie (vgl. Tannenbuscher Zeitung 2014: 9). Diese Vernetzung hängt nicht unmittelbar mit dem Legitimierungsdiskurs während des Moscheebauprojekts oder der neuen repräsentativen Moschee zusammen. Die neuen Kontakte sind zurückzuführen auf den Umzug der Moscheegemeinde, der im Rahmen des Moscheebauprojekts stattgefunden hat, sowie auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen aus dem Landesprogramm.

Im Rahmen des Legitimierungsdiskurses konnte v. a. Fürsprache als Unterstützung des Moscheebauprojekts verzeichnet werden: zum einen die Fürsprache von Teilen der neuen Nachbarschaft im Rahmen der Informationsveranstaltungen und zum anderen die Gegendemonstration gegen die Demonstration von Pro NRW im April 2011, die jenseits nachbarschaftlicher Vernetzung organisiert wurde. So sprach sich z. B. während der Informationsveranstaltung im November 2008 der Sprecher der „Initiative Tannenbusch“ für den Moscheebau aus, u. a. mit der Begründung, dass man einen muslimischen Ansprechpartner für die Probleme mit Jugendlichen gewinnen würde (vgl. GA 28.11.08). Allerdings hatten die Auseinandersetzungen um die Kontakte zu Islamisten im Jahr 2011 einen negativen Einfluss auf die Bereitschaft, mit der Moscheegemeinde zu kooperieren. So berichtete der Sprecher der Initiative in einem Telefongespräch im Jahr 2012, dass er enttäuscht gewesen sei, als er in der Berichterstattung von islamistischen Verbindungen der Gemeinde erfahren habe. Seine Feststellung, auf dieser Grundlage könne er die Moscheegemeinde nicht mehr als einen adäquaten Ansprechpartner betrachten, macht den negativen Einfluss der Kontakte zu Islamisten und der damit verbundenen, zum Teil überzogenen Berichterstattung auf die Vernetzung deutlich.<sup>339</sup>

An der genannten Gegendemonstration gegen die Demonstration von Pro NRW beteiligten sich zivilgesellschaftliche Akteure v. a. über das Bündnis „Bonn stellt sich quer“. Dieses Aktionsbündnis besteht seit einigen Jahren und hat sich zum Ziel erklärt, „das Zusammenleben

---

<sup>337</sup> [HTTP://WWW.LMZ-NRW.DE/INFORMATIONSVORANSTALTUNG-MEIN-BERUF-MEINE-ZUKUNFT-MIT-AUSBILDUNG-ZUM-ERFOLG-IN-DER-BONNER-AL-MUHAJIRIN-MOSCHEE/](http://www.lmz-nrw.de/informationsveranstaltung-mein-beruf-meine-zukunft-mit-ausbildung-zum-erfolg-in-der-bonner-al-muhajirin-moschee/), letzter Zugriff am 30.09.17.

<sup>338</sup> [HTTPS://VIELBUSCH.DE/DAS-SIND-WIR/](https://vielbusch.de/das-sind-wir/), letzter Zugriff am 27.06.2021.

<sup>339</sup> Im Telefonat am 02.11.18 teilte der Interviewpartner mit, dass er seit einigen Jahren aus privaten Gründen nicht mehr ehrenamtlich aktiv sei und auch daher keine Kontakte zur Moscheegemeinde pflegen würde. Inwiefern es sich also um einen nachhaltigen negativen Effekt handelt, kann an dieser Stelle nicht gesagt werden.

in Vielfalt und mit lebendiger Erinnerungskultur zu verteidigen“ (vgl. Website „Bonn stellt sich quer“<sup>340</sup>) und sich gegen Demonstrationen und Aufmärsche von rechtsradikalen Kräften zu engagieren (vgl. ebd.).

Dem Sprecher des Bündnisses zufolge hätten zuvor keine intensiven Kontakte zwischen dem Bündnissprecher und den Moscheegemeinden bestanden. Das Bündnis ist auf die Moscheegemeinden zugegangen und hat ihnen mitgeteilt, dass es sich an der Gegendemonstration und dem Fest am Hochstadenring, dem Standort der zu dem Zeitpunkt im Bau befindlichen DITIB-Moschee, beteilige. Nach der Demonstration gab es keinen kontinuierlichen Kontakt, und insgesamt gestaltet sich das Verhältnis zu Moscheegemeinden aus der Sicht des Sprechers des Bündnisses schwierig. Er sieht wenig Motivation bei der Al-Muhajirin, die er als zurückhaltend beschreibt, wie auch bei anderen Moscheegemeinden, sich an den Aktionen des Bündnisses zu beteiligen. Den einzigen Berührungspunkt bilden Demonstrationen von Rechtsradikalen vor Moscheen. Die Mitglieder der Al-Muhajirin-Gemeinde betrachtet er als weitgehend nicht in der Stadtgesellschaft „verwurzelte“ Personen und spricht dabei vermutlich die zahlreichen, neu zugewanderten arabischen Studierenden an. In der DITIB sieht er hingegen eine Gemeinde, die aus Personen bestehe, die bereits seit Jahrzehnten in Bonn lebten (vgl. Gespräch Bayer). Dies könnte ein Hinweis dafür sein, dass eine hohe Fluktuation von Gläubigen sich tendenziell negativ auf die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft auswirkt. Ein möglicher Grund für die wenigen Kontakte zwischen dem Bündnis und der Moscheegemeinde könnte sein, dass in solchen zivilgesellschaftlichen Bündnissen tendenziell linksliberal orientierte Akteure vernetzt engagiert sind und Moscheegemeinden tendenziell dem konservativen Milieu zuzuordnen sind, weshalb eine ideologische Basis für intensive Kontakte fehlt.

Ein weiteres Beispiel, das für eine Vernetzung zwischen der Moscheegemeinde und einem zivilgesellschaftlichen Akteur steht, ist das „MA’AN-Miteinander“ – Projekt. Angesichts der drohenden politisch-religiösen Radikalisierung von Jugendlichen wurde in Bonn ein Projekt<sup>341</sup> initiiert, in dem junge Menschen geschult werden, ihr Umfeld für die Gefahren, die von gewaltbereiten Salafisten ausgehen, zu sensibilisieren und Alternativen aufzuzeigen. Federführend ist die Otto-Bennecke-Stiftung, die das Projekt leitete und mit der Al-Muhajirin-Gemeinde offiziell kooperierte. Der Kontakt zwischen der Stiftung und der Moscheegemeinde wurde über die Stadt vermittelt (vgl. Gespräch Lüders). Es liegt nahe, dass ohne das Moscheebauprojekt und die damit entstandenen Kontakte die Stadt auf eine andere, in der Stadtgesellschaft präsen- te Moscheegemeinde verwiesen hätte. Von einem Sozialarbeiter in der Moscheegemeinde sollten Jugendliche angesprochen und für das Thema Radikalisierung sensibilisiert werden. Allerdings stellte sich nach einiger Zeit heraus, dass unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der

---

<sup>340</sup> [HTTP://WWW.BONN-STELLT-SICH-QUER.DE/%C3%BCBER-BSSQ](http://www.bonn-stellt-sich-quer.de/%C3%BCBER-BSSQ), letzter Zugriff 29.08.17.

<sup>341</sup> Das Projekt wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

Das Bundesprogramm unterstützt sowohl Kommunen als auch Vereine im Bereich der Demokratieförderung und u. a. der Präventionsarbeit gegen politisch-religiöse Radikalisierung von Jugendlichen (vgl. [www.demokratie-leben.de](http://www.demokratie-leben.de)). Zu den Zielen des Programms gehört, junge Muslime als Zielgruppe anzusprechen sowie Moscheegemeinden in ihrer Jugendarbeit zu stärken, weshalb sie in dem Programm häufiger als Kooperationspartner von Projektträgern akquiriert werden (vgl. z. B. [https://www.demokratie-leben.de/mp\\_radikalisierungspraevention/modellprojekte-zur-radikalisierungspraevention/extremismuspraevention-durch-professionelle-jugendarbeit-in-moscheegemeinden.html](https://www.demokratie-leben.de/mp_radikalisierungspraevention/modellprojekte-zur-radikalisierungspraevention/extremismuspraevention-durch-professionelle-jugendarbeit-in-moscheegemeinden.html), letzter Zugriff am 21.10.18)

Kooperation bei den beteiligten Akteuren bestanden, woraufhin die Otto-Bennecke-Stiftung ihr Interesse auf die Kooperation mit dem Haus der Generationen in Bonn verlagerte (vgl. ebd.).

Es wird deutlich, dass die Moscheegemeinde sich aktiv im Stadtteil einbringt und darüber Kontakte zu diversen zivilgesellschaftlichen Akteuren unterhält. Zugleich ist sie nach innen, d. h. bezüglich der Gestaltung des Gemeindelebens, konsequent bemüht, möglichst autonom zu bleiben, was dazu führt, dass Kooperationen nicht eingegangen oder vertieft werden. Die Vernetzung der Moscheegemeinde hat sich zum Teil durch den Umzug in einen neuen Stadtteil verändert, in dem am neuen Standort neue Kontakte entstanden und die alten Kontakte aus der unmittelbaren Nachbarschaft verloren gegangen sind. Das Engagement der Moscheegemeinde weist einen starken Stadtteilbezug auf.

Grundsätzlich kann für den vorliegenden Fall festgestellt werden, dass sich zahlreiche Interaktionen im Rahmen des Moscheebauprojekts ergeben haben, im Zuge derer die Sprecher der Moscheegemeinde verschiedene Akteure kennengelernt haben. Diese Beziehungen wurden zum Teil nach der Fertigstellung der Moschee aufrechterhalten. Zu der Einschätzung, wie der Moscheebauprozess die Vernetzung der Moscheegemeinde beeinflusst hat, berichtet der Gemeindesprecher Folgendes:

„Also, durch diesen Prozess, der jetzt wirklich auch schon längere Zeit läuft haben sich natürlich Kanäle und Kontakte geöffnet, die es vorher einfach nicht gab, ja. Ähm, zum Beispiel, dass man Leute jetzt aus den Fraktionen namentlich kennt und wir auch Leute aus dem Vorstand kennen. Sodass man, auch zum Hörer greifen und anrufen kann, wenn was ist. Was wir haben, dass wir unheimlich sympathische Menschen aus der christlichen Gemeinde, Pfarrer und Priester kennen gelernt haben, die wir vorher nicht kannten, zum Beispiel den Pfarrer Roth [...] Das ist die nächstgelegene Kirche“ (Int. Fischer).

In den Aussagen zeigt sich die positive Haltung gegenüber dem christlichen Vertreter, der das Moscheebauprojekt unterstützt hat, was als Grundlage für eine Beziehung zwischen den Gemeinden dienen kann.

## **7.7 Zusammenfassung**

Das Ziel des Kapitels war es, aufzuzeigen, wie ein anfangs höchst umstrittener Moscheebauplan in der Stadtgesellschaft verhandelt wurde und welche Mechanismen und Entwicklungen dazu beigetragen haben, dass der Bau der Moschee letztlich einvernehmlich beschlossen und in die Wege geleitet werden konnte.

Die Fallstudie in Bonn verdeutlicht die Vielzahl an Bedenken und Erwartungen, mit denen die Al-Muhajirin-Gemeinde im Rahmen ihres Moscheebauprojekts konfrontiert war. Dabei reichte es für die Moscheegemeinde nicht aus, baurechtliche Erfordernisse einzuhalten (formale Legitimität) oder nicht in Konflikt mit den Interessen einzelner Nachbarn aufgrund von ihnen befürchteten Nachteilen zu geraten (pragmatische Legitimität). Eher ging es um die Erlangung einer allgemeinen Anerkennung ihrer religiösen und auch sozialen bzw.

zivilgesellschaftlichen Rolle innerhalb der Stadtgesellschaft (moralische Legitimität). Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Behörden und Entscheidungsträger in den Plänen der Moscheegemeinde sowohl ein Sicherheits- (Radikalisierung von Jugendlichen) als auch ein soziales Problem („Ghettoisierung“) sahen. Auch wenn Gefährdungsdiskurse in allen untersuchten Fällen eine Rolle spielen, war der vorliegende Fall stärker als die anderen Fälle durch delegitimierende Bezugnahmen auf Islamismus gekennzeichnet, was nicht zuletzt auf den spezifischen Handlungskontext Bonn mit seinen islamistischen Strömungen und den schwierig zu durchschauenden Vernetzungsstrukturen zurückzuführen ist. Zudem stellte sich das Problem, dass unter den Entscheidungsträgern Personen waren, die private Nachteile durch das Moscheebauprojekt befürchteten. Dies wurde jedoch nicht gleichermaßen offen kommuniziert und stellte daher ein mit gesellschaftspolitischen Themen verdeckten Konfliktpunkt dar. Im Rahmen des Legitimierungsprozesses versuchte die Al-Muhajirin-Gemeinde zu verdeutlichen, dass Moscheegemeinden durchaus auch soziale Angebote zur Verfügung stellen und Moscheen nicht rein religiöse Orte darstellen, was die kognitive normenbezogene Legitimität betrifft.

Um ihr Moscheebauprojekt zu realisieren, hat die Moscheegemeinde ihr Handeln an den Erwartungen, allen voran der Entscheidungsträger aus dem Stadtrat, ausgerichtet. Beispielsweise hat sie direkte Kontrollen angeboten und die Fläche in der neuen Moschee verkleinert sowie den Gemüseladen aus dem Nutzungskonzept gestrichen (Konformität). Die Seminarräume konnten hingegen von der Moscheegemeinde durchgesetzt werden. Die Fallstudie zeigt, dass die Teilbarkeit des Konfliktgegenstandes Moscheebau es ermöglichte, auf die verschiedenen Erwartungen einzugehen, ohne komplett auf die eigenen Ziele zu verzichten. Im Gegensatz zu vielen bisher dokumentierten Moscheebaukonflikten ging es nicht um die Aushandlung der islamischen Symbole (z. B. Höhe des Minaretts), sondern primär um die Gestaltung der sozio-religiösen Infrastruktur und der sozialen Angebote innerhalb der Moschee. Auffallend war der öffentliche Druck durch die Interventionsform Protest, der von der Moscheegemeinde und anderen Muslimen (v. a. dem Rat der Muslime und BIG) ausgegangen ist, was als eine Überwindung einer Außenseiterrolle von Muslimen gedeutet werden und als ein Aspekt der Etablierung des Islam in Deutschland, insbesondere hinsichtlich der politischen Repräsentation (Facette 3, vgl. Kap. 2.1), gewertet werden kann. Zugleich waren die Vernetzung mit der politischen Partei BIG der Moscheegemeinde durch Mehrfachzugehörigkeit des Personals und ihr politisches Engagement Anlass zur Skepsis von Teilen der Kommunalpolitik, was abermals das Spannungsfeld zwischen der religiösen und der politischen Sphäre veranschaulicht.

An dem untersuchten Fall wird ersichtlich, wie eng die soziale Vernetzung der Moscheegemeinde und ihr Image sowie die Legitimität bzw. Legitimierung ihres Bauvorhabens miteinander verbunden sind: Zum einen wurde deutlich, wie Kontakte zu als radikal geltenden Akteuren und Gruppierungen sich negativ auf das Image der Moscheegemeinde auswirkten und die Legitimitätsbewertungen der Kontakte einen „spill-over-Effekt“ auf die gesamte Moscheegemeinde sowie partiell auch auf ihr Moscheebauprojekt hatten. Hieran wird auch deutlich, dass der sozialräumliche Kontext Bonn, der verhältnismäßig stark von islamistischen Akteuren geprägt zu sein scheint, sich in der Vernetzung der Moscheegemeinde zum Teil widerspiegelte.

Zum anderen wurden die bestehenden Kontakte zu christlichen Gemeinden vom Stadtrat wertgeschätzt und bei der Entscheidung über den Verkauf des Grundstücks an die Moscheegemeinde berücksichtigt, was verdeutlicht, dass die interreligiöse Vernetzung eine diskursive Ressource dargestellt hat. Gleichzeitig stellten sich die mit der Al-Muhajirin-Gemeinde in Kontakt stehenden Dialogpartner auf ihre Seite und demonstrierten die Zugehörigkeit der muslimischen Gemeinde zur Stadt durch öffentliche Fürsprache.

An der Fallstudie wird ersichtlich, dass die Moscheegemeinde während des Moscheebauprojekts vor allem auf Kontakten zu Muslimen aufbauen konnte. Von muslimischen Akteuren erfolgte vor allem finanzielle Unterstützung sowie öffentliche Fürsprache. Interreligiöse Kontakte haben sich in den Jahren vor dem Moscheebau herausgebildet und vor allem in dem interreligiösen Gremium MuChri seinen Niederschlag gefunden. Der Zeitpunkt, in dem der Vorsitzende auf die Kirchengemeinden zugegangen ist, fiel mit der Herausbildung des Wunsches nach einer größeren Moschee zusammen. Dies deutet darauf hin, dass der Moscheebau auch für eine allgemeine Bereitschaft steht, in der Stadtgesellschaft wahrgenommen zu werden bzw. sich aktiv(er) mit seinem Umfeld zu befassen. Besonders deutlich wurde dies anhand des Engagements der Moscheegemeinde bei der wohltätigen Aktion OASE, die nach Aussagen des muslimischen Gemeindegemeindeglieds zur Akzeptanz der Moscheegemeinde und ihres Moscheebauprojekts beitragen sollte. Es war die räumliche Nähe, die das Interesse der Apostelkirchengemeinde an dem Moscheebau und der Moscheegemeinde weckte. Sie entschloss sich den Moscheebau mit der Bereitstellung von Räumlichkeiten und Beratung über Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen (Wissenstransfer). Die beschriebenen Unterstützungen speisten sich nicht primär aus der Vernetzung, sondern aus Motiven wie der Realisierung der Religionsfreiheit oder Abwehr von rechtsradikalen Gruppierungen.

Im Rahmen des Moscheebauprojekts ist es vor allem im Zuge der Legitimierungsschritte (Informationsveranstaltungen, interfraktionelle Treffen) zu diversen neuen Kontakten zwischen Vertretern der Moscheegemeinde und ihrer sozialen Umwelt. Die anfänglich fehlende Legitimität des Vorhabens brachte die Moscheegemeinde dazu, auf andere Akteure zuzugehen, um ihnen im Rahmen verschiedener Begegnungen (interfraktionelles Treffen, Informationsveranstaltungen etc.) ihre Perspektive und Bedarfe zu präsentieren und um Verständnis zu werben (Intervention), was förderlich für die kognitive Legitimität war. Vor dem Hintergrund der hohen kommunalpolitischen Bedeutung des Moscheebaukonflikts fühlten sich einige Akteure (Vertreter der Kirchen und der Politik) aufgefordert, sich aktiv an dem Prozess zu beteiligen und mit der Moscheegemeinde in Kontakt zu treten. Es sind also neue Kontakte zwischen der Al-Muhajirin Gemeinde und anderen Akteuren im Rahmen des Moscheebauprojekts entstanden. Daher kann von einer Integration durch Konflikt gesprochen werden. Die Vernetzung vollzog und vollzieht sich primär durch die gemeindeinternen Netzwerkakteure Abbas, Kharrat und Fischer sowie die in der Stadt angesiedelte Integrationsbeauftragte.

Seit der Einweihung zieht die Moschee viele Muslime an, die nicht zur alten Moschee gekommen waren und insbesondere wegen der Attraktivität der neuen Moschee immer wieder zum Freitagsgebet eintreffen. Dies verdeutlicht ebenso wie in der vorherigen Fallstudie der

Merkez-Moschee, dass die architektonische Repräsentanz im öffentlichen Raum und die attraktive Ausgestaltung des Inneren der Moschee Einfluss auf die innerreligiöse Vernetzung der Moscheegemeinde, im Sinne eines Hinzukommens von Akteuren im Beziehungsgefüge der Moscheegemeinde, haben kann.

Im Gegensatz zum Fall der Merkez-Moschee gibt es keinen öffentlichen Geldtransfer für soziale Angebote in der Al-Muhajirin-Moschee, da die Vertreter der Moscheegemeinde großen Wert auf Autonomie in ihrer Arbeit legen und daher keine mit der finanziellen Unterstützung einhergehenden Verpflichtungen eingehen möchten. Zudem ist es vorstellbar, dass die Förderbereitschaft der Kommune relativ gering ausgeprägt ist, da bestimmte Legitimitätsdefizite aufgrund der mutmaßlichen Nähe zu islamistischen Gruppierungen bestehen.

Das nächste Kapitel analysiert die Fallstudien der Weißen Moschee in Witten, der Blauen Moschee sowie der Sultan-Ahmet-Moschee in Herten in der genannten Reihenfolge.

## 8 Kontrastfälle: Moscheebauprojekte in Witten und Herten

### 8.1 Die Weiße Moschee in Witten – Der Gemeindesprecher als Netzwerkakteur

#### 8.1.1 Fallskizze und Legitimierung

Die hier kurz dargestellte Fallstudie zeigt, dass ein Moscheebauprojekt relativ konfliktfrei realisiert und dabei eine vielschichtige Unterstützung mobilisiert werden kann. Durch eine langjährige persönliche Vernetzung der Moscheegemeinde mit einem Pfarrer, der für den evangelischen Kirchenkreis Hattingen-Witten tätig ist, und die starke Vernetzung des Gemeindesprechers primär mit Kommunalpolitik und Verwaltung infolge von Mitgliederüberschneidung wurde die Legitimierung des Moscheebauprojekts vereinfacht. Durch die Mobilisierung von Gemeindemitgliedern und der Beziehungen zu anderen Bosniaken aus der Region konnte die Moscheegemeinde ihr Moscheebauprojekt kostengünstig durchführen.

Von 2013 bis Mitte 2017 baute in Witten eine bosnische Moscheegemeinde eine repräsentative Moschee. Witten ist eine mittelgroße Stadt im Südosten des Ruhrgebietes (Ennepe-Ruhr-Kreis) mit über 96.000 Einwohnern (vgl. Statistisches Landesamt 2020: 1). Wie im übrigen Ruhrgebiet haben der Bergbau und die industriellen Anlagen, in Witten insbesondere Edeltahlerzeugung, Elektrotechnik, Glasverarbeitung und chemische Industrie, zahlreiche Arbeitsmigranten aus muslimischen Ländern in die Stadt geholt. Heute gibt es vier Moscheegemeinden in der Stadt: neben der bosnischen Gemeinde zwei DITIB-Gemeinden und eine IGMG-Gemeinde<sup>342</sup>. Bereits Ende der 1970er Jahren bildeten sich Initiativen des interreligiösen Dialogs, an dem Christen und Muslime teilnahmen und die seit 1983 unter dem Dach „Weltkonferenz der Religionen für den Frieden (WCRP) Witten“<sup>343</sup> stattfinden (vgl. Gespräch Sommer, Website WCRP<sup>344</sup>).

Die bosnische Gemeinde, offiziell „Bosnisches Kulturzentrum Gemeinde Witten e.V.“, die in erster Linie aus bosnischen Arbeitsmigranten, ihren Nachkommen sowie aus Personen besteht, die in den 1990er Jahren als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, gründete ihren Moscheeverein 1993. Es war der Zuzug von diesen Geflüchteten, der ausschlaggebend war für die Formalisierung des Gemeindelebens bzw. des losen Zusammenschlusses, den es schon vor 1993 gegeben hat<sup>345</sup>. Mittlerweile hat die Gemeinde 150 Mitglieder. Sie gehört dem im Jahr 1994 gegründeten Dachverband „Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland“ (IGBD) an.

---

<sup>342</sup> Im Vorfeld des Moscheebauprojekts der bosnischen Gemeinde, wollte die in Witten-Annen ansässige IGMG-Gemeinde ein zentral gelegenes Grundstück erwerben und dort eine Moschee errichten. Doch die Stadtverwaltung, die Kommunalpolitik und Teile der Nachbarschaft lehnten diese Pläne ab, was zu einer Enttäuschung in der Moscheegemeinde geführt hat. Sie entschied sich, das vorhandene Gebäude zu renovieren (vgl. Gespräch Sommer). Der Pfarrer schätzt, dass es v. a. die politische (islamistische) Ausrichtung der Moscheegemeinde gewesen ist, die Kommunalpolitik und Verwaltung davon abhielten, das geplante Moscheebauprojekt mitzutragen (vgl. ebd.). Zudem habe es keine Öffentlichkeitsarbeit der Moscheegemeinde gegeben, was auch als ein Grund für die Ablehnung gewertet wird (vgl. ebd., WAZ 01.02.13). Dies habe dazu beigetragen, so Sommer, dass sich die Stimmung in Bezug auf das Zusammenleben im Stadtteil zweitweise verschlechtert habe (vgl. ebd.).

<sup>343</sup> Die WCRP besteht seit den 1970er Jahren und versteht sich als eine internationale und interreligiöse Friedensbewegung, die in verschiedenen Ländern Verständigungsarbeit macht.

<sup>344</sup> [HTTP://WWW.WCRP-WITTEN.DE/](http://www.wcrp-witten.de/), letzter Zugriff am 27.06.21.

<sup>345</sup> Hintergrund der Fluchtmigration war der Bosnienkrieg (1992-1995).

Bis 1992 verfügte die Gemeinde über keine festen und eigenen Räumlichkeiten und nutzte diverse Gebäude wie z. B. eine türkische Moschee in der Nähe oder zwei Räume in einer nahegelegenen Schule. Nach einiger Zeit schien den Gemeindemitgliedern die Situation nicht mehr tragbar, so dass sie nach Gebäuden bzw. Räumen Ausschau hielten, um sie zu mieten und eine eigene Moschee zu gründen. Der engagierte Pfarrer Dittmar Sommer, der den interreligiösen Dialog in der Stadt initiierte und die bosnischen Gemeindemitglieder, darunter den Gemeindevorstand, sowohl privat als auch über interreligiöse Veranstaltungen kannte, wusste von der Suche der Gemeinde. Er informierte sie über die Möglichkeit, ein leer stehendes Haus der Deutschen Bahn nutzen zu können. 1992 zog die Gemeinde in das Backsteingebäude ein, und 2008 kaufte sie das Gebäude inklusive umliegendem Grundstück an der Breite Straße 5 in Witten-Mitte der Deutschen Bahn ab. Da der Gebetsraum zum Freitags- und Feiertagsgebet überfüllt war, das Gebäude eine schlechte Bausubstanz aufwies, die Räume während der Wintermonate zu kalt waren und die Gemeindemitglieder nicht mehr Zeit und Geld in ein altes Gebäude investieren wollten, wurde im Jahr 2010 entschieden, das Gebäude abzureißen, um einen Neubau zu errichten. Ein zusätzlicher Grund war, dass die Gemeindemitglieder einen attraktiven Ort haben wollten, an den sie auch Externe einladen konnten, ohne sich für den schlechten Zustand ihrer Moschee vor Besuchern wie z. B. Gemeindevertretern rechtfertigen zu müssen. Daraufhin informierte die muslimische Gemeinde das Bauamt von ihren Plänen, engagierte einen Architekten aus Mülheim an der Ruhr und begann die Pläne für den Neubau voranzutreiben (vgl. Int. Soldo). Für die Gemeinde stand fest, dass die Moschee sowohl ein Minarett als auch eine Kuppel haben sollte. Allerdings wurde auch kommuniziert, dass das Minarett die umliegenden Gebäude nicht überragen werde und nicht begehbar sein sollte. Auch erklärte die Moscheegemeinde, dass sie auf den Muezzinruf verzichtete (vgl. WAZ 13.12.11). Parallel wurde innerhalb der Gemeinde und der bosnischen Community für die Unterstützung des Baus mobilisiert.

Es folgten mehrere Informationsveranstaltungen mit der Stadtgesellschaft, wofür die Moscheegemeinde bereits bestehende Strukturen nutzte. Zu nennen ist vor allem das Wittener Internationale Netzwerk (WIN) (vgl. WAZ 13.12.11). WIN stellt ein loses Netzwerk ohne feste Mitgliedschaft oder Vereinsstatus dar, das von der Integrationsbeauftragten der Stadt Witten, Claudia Formann, koordiniert wird und sich aus Vertretern von Migrantenorganisationen und Wohlfahrtsverbänden, Fraktionsmitgliedern, Verwaltungsmitarbeitern im Bereich der Integration und interessierten Bürgern zusammensetzt. Das Ziel des Netzwerks ist es, Kooperationspartner für integrationsfördernde Aktivitäten zu finden, Wissensaustausch zu ermöglichen und dies gemeinsam öffentlich zu kommunizieren (vgl. Website Stadt Witten<sup>346</sup>). Der Gemeindegremienleiter und teilweise auch andere Gemeindemitglieder nahmen vor dem Moscheebauprojekt an Veranstaltungen des Netzwerks teil. In diesem Rahmen hatte Moscheegemeinde die Möglichkeit, auf die Stadtgesellschaft zuzugehen und sie über ihre Pläne zu informieren. So wurden mehrere Informationsveranstaltungen innerhalb des Wittener Internationalen Netzwerks

---

<sup>346</sup> [HTTPS://WIN.WITTEN.DE/WILLKOMMEN/](https://win.witten.de/willkommen/), letzter Zugriff am 27.06.2021.



durchgeführt, die anschließend von der größten Tageszeitung der Region, der WAZ, aufgegriffen und über Internetseiten und Broschüren veröffentlicht wurden (vgl. z. B.: Stadt Witten: o. J.).

Insgesamt sprachen sich die Akteure in dem Netzwerk für die Moschee aus, und es wurde bereits früh ersichtlich, dass die korporative Stadtgesellschaft hinter dem Moscheebauprojekt der Gemeinde stand. Auch führten die Informationsveranstaltungen dazu, dass einige Wittener von der Existenz der bosnischen Gemeinde erfuhren (vgl. WAZ 13.12.11).<sup>347</sup> Es zeigte sich, dass es bei diesen Veranstaltungen nicht nur um Informationsvermittlung im Sinne von Transparenz ging. Durch den mehrfach öffentlich kommunizierten Verzicht auf den Muezzinruf wurde ein Entgegenkommen signalisiert (s. o.), was auf einen präventiven Aspekt des Verzichts hindeutet.<sup>348</sup> Dieser Verzicht betraf sowohl die pragmatische Legitimität und damit das Bedürfnis nach Stille in der Nachbarschaft als auch eine normbasierte Legitimität: Die Norm, dass der öffentliche Raum akustisch nicht vom islamischen Gebetsruf geprägt ist, wurde nicht hinterfragt. Zugleich wurde die Moschee, um die Normalität und Selbstverständlichkeit des Bauprojekts zu vermitteln, von den Verantwortlichen mit Kirchen verglichen, ohne jedoch die akustische Außenwirkung (Kirchglocken/Muezzinruf) in den Vergleich mit einzubeziehen.

Im Februar 2013 griff die WAZ die allgemein positive Stimmung hinsichtlich des Moscheebauprojekts auf und titulierte einen Artikel „Wittener stehen hinter bosnischer Moschee“ (WAZ 01.02.13). Der Gemeindesprecher war bemüht, über das Bauprojekt zu informieren und die Akzeptanz für das Projekt möglichst aufrecht zu erhalten. Nach eigenen Angaben hielt die Moscheegemeinde regelmäßigen Kontakt zur Lokalpresse (WAZ) und gab Interessierten Auskunft über die Baupläne (vgl. Gespräch Gemeindevorstand).

Mitte 2013 wurde das alte Gebäude abgerissen und der Bau der neuen Moschee begonnen. Die Moscheegemeinde organisierte mehrere Baustellenbesichtigungen für Interessierte, um für Transparenz des Vorhabens zu sorgen und die weitgehende Zustimmung aufrechtzuhalten. Die Einweihung der Moschee mit einem Minarett und einer Kuppel fand am 21.05.17 statt, zu der der Staatssekretär für Integration im Integrationsministerium NRW und der Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises, eingeladen waren. Ein Bundestagsabgeordneter, eine Landtagsabgeordnete sowie die Unterstützer des Moscheebauprojekts wie die Superintendentin des Kirchenkreises Witten-Hattingen, Integrationsbeauftragte der Stadt Witten und der Sprecher von der WCRP waren anwesend, womit die politische und gesellschaftliche Anerkennung für die Moscheegemeinde und ihr Projekt ersichtlich wurde. Zugleich waren diverse religiöse Amtsträger aus Bosnien-Herzegowina sowie der Großmufti aus Sarajevo zu Besuch, was als ein Hinweis auf die transnationale Vernetzung der Moscheegemeinde gedeutet werden kann. Die Tabelle 18 fasst die genannten Ereignisse im Rahmen des Moscheebauprojekts zusammen.

---

<sup>347</sup> So wird z. B. eine Person mit den folgenden Worten zitiert: „Ich wusste nicht, dass es eine bosnische Moschee in Witten gibt“ (WAZ 13.12.11), was verdeutlicht, dass die Moscheegemeinde durch die Veranstaltungen öffentlich vernehmbar wurde.

<sup>348</sup> Dass dies zum Teil dankbar angenommen wurde, wird aus dem folgenden Leserkommentar ersichtlich: „schön das das minarett nicht bestiegen werden kann, da hätte ich doch einige bedenken wenn da irgendein mensch lautstark zum gebet ruft. alles ruhig wie gehabt .gottseidank“ [sic!] (Leserkommentar WAZ 13.12.11).

Tabelle 18: Chronologischer Ablauf des Moscheebauprojekts

<b>Datum/Periode</b>	<b>Entscheidende Ereignisse bzw. Phasen des Moscheebauprojekts</b>
Anfang 1993	Gründung des Moscheevereins, ohne eigene Räumlichkeiten
Ende 1993	Einzug in ein Gebäude der Deutschen Bahn an der Breite Straße 5
2005	Gründung des Wittener Internationalen Netzwerks
2008	Erwerb des Gebäudes und Grundstücks an der Breite Straße 5 von der Deutschen Bahn
2010	Entscheidung für den Moscheebau Nach der Landtagswahl: Bauvoranfrage
22. August.2011	Baugenehmigung
Winter 2011	Erste öffentliche Vorstellung der Pläne im Rahmen einer Informationsveranstaltung
Januar 2013	Gründung des Kreisverbands Pro NRW Ennepe-Ruhr (s. u.)
Mitte 2013	Abriss des alten Gebäudes an der Breite Straße
19.10.2013	Pro NRW-Kundgebung und Gegendemonstration
25. Mai 2014	Kommunalwahl: Einzug von Pro NRW mit zwei Sitzen in den Stadtrat. Der Gemeindesprecher der bosnischen Gemeinde zieht ebenfalls in den Stadtrat.
Mitte 2016	Fertigstellung der Moschee
17. Mai 2016	Demokratiekonferenz in der neuen Moschee
21. Mai 2017	Einweihung der Moschee

*Quelle: eigene Darstellung*

### **8.1.2 Die Legitimität des Moscheebauprojekts: Die erwünschte Moschee**

Die Legitimität des Moscheebauprojekts kann als stark bezeichnet werden. Die Bauvoranfrage wurde in etwa einem Jahr positiv beschieden (vgl. Gespräch Sommer, E-Mail Soldo). Da die Moscheegemeinde sich entschieden hatte, ihre alte Moschee abzureißen und am selben Standort eine neue zu errichten, gab es keine Erfordernisse bezüglich einer Grundstücksuche. Das alte Grundstück galt städtebaulich als allgemeines Siedlungsgebiet, weshalb Moscheen und andere soziale Einrichtungen grundsätzlich zulässig waren. Daher stellte der Stadtrat in diesem Fall kein politisches Entscheidungsgremium und keine Legitimierungsarena dar wie z. B. im Fall der Al-Muhajirin-Moschee, wo über den Verkauf des Grundstücks an die Moscheegemeinde entschieden wurde. Die Verwaltung beriet die Moscheegemeinde, wie bestimmte rechtliche Hürden auf einfache Weise bewältigt werden konnten, was grundlegend zum Gelingen des Moscheebauprojekts beigetragen hat (vgl. Int. Soldo, s. u.).

Die Berichterstattung in der WAZ über das Moscheebauprojekt war sehr positiv. Die Zeitung begleitete die einzelnen Bauabschnitte der Moscheegemeinde wohlwollend, wie die Überschriften „Weiße Moschee wächst an der Breite Straße in Witten“ (WAZ 04.10.13),

„Gebete unter goldenem Kronleuchter in Wittener Moschee“<sup>349</sup> (WAZ 23.11.15) veranschaulichen. Auch bestätigten die Mitglieder des Gemeindevorstands, dass die Presse sehr positiv berichtet habe (vgl. Gespräch Gemeindevorstand).

Auf der Ebene der Bürger gab keine größeren Widerstände oder Proteste gegen die Moschee. Allerdings formierte sich 2013 ein neuer Kreisverband der rechtspopulistischen Partei Pro NRW, der vor allem durch Protestaktionen gegen den Moscheebau im Internet und im öffentlichen Raum<sup>350</sup> sowie durch einen Bürgerantrag gegen die Errichtung der Moschee, der von allen Ratsmitgliedern abgelehnt wurde, (vgl. IslamIQ 18.03.14) auf sich aufmerksam gemacht hat. Als Reaktion auf die Demonstration gegen das Moscheebauprojekt im Herbst 2013 bildete sich ein breites Unterstützungs-Bündnis aus Parteien, kirchlichen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Durch die zeitliche Überschneidung der Initiierung des Moscheebauprojekts und der Gründung des Verbands ist anzunehmen, dass Ersteres die Entstehung der neuen rechten Vergemeinschaftung beförderte. Ein Grund für die Aktionen durch Pro NRW waren die anstehenden Kommunalwahlen 2014 und die damit verbundene Hoffnung, islamkritische Wähler für sich zu gewinnen. Dies ist ihr insofern gelungen, als die Partei zwei Sitze im Stadtrat erlangen konnte. Laut Sommer gab es vereinzelt kritische bis ablehnende Positionen, unter anderem in den katholischen Gemeinden, die jedoch nicht öffentlich artikuliert wurden. Ein Kanal, über den ablehnenden Stimmen zu vernehmen waren, waren Leserkommentare in der WAZ, die die mangelnde Mitbestimmung durch die Nachbarschaft und den unangepassten Architekturstil kritisierten (vgl. WAZ: 13.12.11). Die kritischen Kommentare wurden mit dem Fortschreiten des Bauprozesses jedoch seltener. Zudem monierte laut den Aussagen des Gemeindesprechers ein Nachbar und unmittelbar betroffener Stakeholder zu geringe Abstandsflächen, was jedoch im Austausch mit dem Bauamt beigelegt werden konnte (Int. Soldo).

Laut dem Gemeindesprecher ist das Moscheebauprojekt „gut gelaufen“ (Int. Soldo). Auch andere Akteure bewerten dies als ein weitgehend gelungenes und friedliches Bauprojekt. Pfarrer Dietrich Sommer zeigte sich in einem Gespräch zufrieden, dass es in Witten so gut wie keinen Widerstand gegen die Moschee gegeben habe. Er fügte in einem Gespräch hinzu, dass große Teile der Zivilgesellschaft stolz seien auf die Moschee und den friedlichen Verlauf des Bauprojekts, was er als eine Bestätigung für das friedliche Zusammenleben von verschiedenen Religionen und Kulturen versteht (vgl. Gespräch Sommer).

Aufgrund der positiven Grundstimmung in der Stadtgesellschaft und der Befürwortung durch die Verwaltung und Kommunalpolitik, was zum Teil auf die Netzwerkarbeit im Vorfeld des Bauantrags zurückzuführen war, musste die Gemeinde nicht von ihren Plänen abweichen (vgl. Gespräch Gemeindevorstand). Hinzukam, dass sie die Moschee auf einem bereits der Gemeinde gehörenden Grundstück bauen wollte.

---

<sup>349</sup> In dieser Überschrift wurde die Moschee zu einer Moschee der Stadt („Wittener Moschee“) gemacht, was als eine symbolische Grenzüberwindung gewertet werden kann.

<sup>350</sup> Die Kundgebung von Pro NRW, in der sie versuchte, das Moscheebauprojekt zu delegitimieren, wird in einem eigenen Abschnitt weiter unten beschrieben und analysiert.

### 8.1.3 Die neue Sichtbarkeit der Moschee

Die neue Moschee hat 500 m<sup>2</sup> Nutzfläche und drei Etagen. Im Vergleich zu vielen vom Autor besuchten repräsentativen Moscheen ist sie relativ klein. Es befinden sich eine Wohnung für den Imam und sein Büro, ein Gästezimmer, eine Küche, ein Gemeinschaftsraum, ein Seminarraum sowie ein Gebetsraum mit Empore und sanitäre Einrichtungen in dem Moscheekomplex. Vor der Moschee soll noch ein Kindergarten für die Kinder der Gemeinde entstehen. Das Moscheegebäude besitzt eine kleine Kuppel mit einem Durchmesser von 6,10 Metern. Das schlanke 16,3 Meter hohe Minarett besteht aus einer nicht begehbaren Stahlkonstruktion. Ein architektonisches Element, das relativ auffällig ist, sind die Fenster, die von der Breite Straße erkennbar sind und den Schriftzug „Selam“ (arab. „Frieden“) ergeben. Dieses Element ist aufschlussreich hinsichtlich der Kommunikation durch Architektur im öffentlichen Raum. Geht man von der stadtsoziologischen Annahme aus, dass Architektur stets eine Mitteilung des Bauherrn an seine soziale Umwelt ist (vgl. Schäfer 2006: 9), kann dies als eine Nachricht der Friedfertigkeit der Moscheegemeinde gewertet werden. Allerdings handelt es sich hierbei um eine codierte Nachricht, die von der sozialen Umwelt nicht unmittelbar dechiffrierbar ist. So war der Gemeindesprecher positiv überrascht, dass ein Mitarbeiter vom Bauamt wusste, dass es sich um Kalligrafie und das Wort „Frieden“ handelt. Die Vermittlung der in der Architektur eingeschriebenen Aussage erfolgte über Kanäle wie die Presse (vgl. WAZ 04.10.13) sowie Informationsveranstaltungen und Moscheeführungen/Baustellenführungen, bei denen ausdrücklich auf die Fenster hingewiesen wurde und wird (vgl. z. B. Website Otto-Schott-Realschule<sup>351</sup>). Die Reaktionen darauf waren und sind weitgehend positiv, weshalb man darauf schließen kann, dass dieses architektonische Element den Legitimierungsprozess förderte. Die Schriftzeichen unterstreichen zudem die Bedeutung von Fenstern als ein symbolisch aufgeladenes Element, das von der Moscheegemeinde genutzt wurde, um ein grenzüberwindendes Signal an die Stadtgesellschaft zu senden. Während es bei der Merkez-Moschee in Marxloh die Größe der Fenster ist, die für Offenheit und Transparenz stehen, ist dies bei der bosnischen Moschee die Form bzw. der eingeschriebene Inhalt, der für die Friedfertigkeit der Moscheegemeinde steht. Beide Elemente reihen sich indirekt in den Gefährdungsdiskurs ein, wobei die Merkez-Moschee der Logik der potenziellen Gefahr, die von der muslimischen Gemeinde ausgehen könnte, durch die Schaffung der Möglichkeit, in die Moschee jederzeit von außen hineinzuschauen (vgl. Int. Acar), stärker entspricht als die bosnische Moschee mit ihrem Schriftzug. Durch den Vertrauensvorschuss durch die Stadt und die finanzielle Unabhängigkeit von öffentlichen Geldern konnte die bosnische Gemeinde ihre Moschee frei gestalten und aus eigener Initiative die positive Botschaft an die Stadtgesellschaft vermitteln.

---

<sup>351</sup>[http://www.otto-schott-realschule.de/in-DEX.PHP?ID=168&TX\\_TTNEWS%5BTT\\_NEWS%5D=667&CHASH=F21C2017601A52AECC4CB61ECF985CF3](http://www.otto-schott-realschule.de/in-DEX.PHP?ID=168&TX_TTNEWS%5BTT_NEWS%5D=667&CHASH=F21C2017601A52AECC4CB61ECF985CF3), letzter Zugriff am 05.09.16.

Abbildung 18: Die Weiße Moschee während der Eröffnungsfeier am 21.05.17



*Quelle: eigene Aufnahme*

Die Moschee ist nur wenige hundert Meter vom Hauptbahnhof und der Wittener Einkaufsmeile entfernt und daher relativ zentral gelegen. Zugleich ist sie komplett neu errichtet worden und durch die Fensterform (arabischer Schriftzug, Spitzbögen), die Kuppel und ein Minarett eindeutig als ein muslimischer Sakralbau erkennbar.

Trotz der weitgehenden Akzeptanz der Moschee war der Bau des Minaretts keine Selbstverständlichkeit und vereinzelt wurde in Leserkomentaren und durch Pro NRW Kritik an den Plänen, ein Minarett zu errichten, geübt (vgl. Facebook-Präsenz<sup>352</sup>). Durch diese Kritik sah sich der Gemeindesprecher veranlasst das Moscheebauprojekt zu legitimieren, indem die Moschee kleingeredet wurde:

„Die Seitenfassade ist durch zwei Gebäude zur Breite Straße hin verdeckt. Vom Berliner Platz ist der Bau, anders als uns unterstellt wird, gar nicht zu sehen. Das Minarett ist lediglich ein Stahlgerüst von 1,50 Meter Durchmesser, nicht begehbar und nicht beschallt. Die Wittener werden keinen Muezzin rufen hören - das wäre ja auch Quatsch, denn dort wohnt ja keiner unserer Gemeindemitglieder“ (Soldo, zitiert nach WAZ 01.02.13)

<sup>352</sup> [HTTPS://WWW.FACEBOOK.COM/KEINEMOSCHEEINWITTEN/INFO?TAB=PAGE\\_INFO](https://www.facebook.com/KEINEMOSCHEEINWITTEN/INFO?TAB=PAGE_INFO), letzter Zugriff am 28.05.15.

Auch war das Minarett Gegenstand gemeindeinterner Auseinandersetzungen. Es gab Gemeindeglieder, die zur Vorsicht rieten, weil sie befürchteten, dass das Minarett mehr Widerstand provozieren und vor allem Rechtsradikale auf den Plan rufen könnte.<sup>353</sup> Andere Gemeindeglieder hingegen wollten auf das Minarett nicht verzichten, da sie die Chance eines Neubaus nutzten wollten, um eine Moschee nach ihren Vorstellungen zu errichten; ganz nach dem als Motivationsgrundlage beim Moscheebau verbreiteten Prinzip „wenn schon, dann richtig“, wie der Gemeindeglieder zu verstehen gab:

„Mit der Kuppel und mit dem Minarett ist eigentlich ein Luxus, den wir uns leisten, weil wir uns sagen, ok, komm, wenn wir schon mal Moschee bauen, es wird immer mehr. [...] Mit dem Minarett hatten wir sogar intern, ja, nicht heftige Diskussionen, aber wir hatten da schon eine Diskussion drum. [...] Das war alles noch so eine Sache, die hätte nicht sein müssen, aber wir dachten uns, wenn wir eine Moschee bauen, dann so, dass es auch halt wenigstens offiziell aussieht wie eine Moschee. [...] Das war so der Gedanke halt. Aber Priorität hat eigentlich nur erst mal Neubau, damit diese kalte und frustrierende Situation hier nicht mehr wirklich gegeben ist. [...]. Aber da ist wieder so, dass die jüngere Generation sagt: ‚What the fuck? Interessiert uns einen Scheiß-dreck‘, weißt du. ‚Wir sind hier geboren, wir sind hier aufgewachsen, wir haben das Schulsystem hier absolviert, wir haben studiert, wir waren bei der Bundeswehr,‘ ich Arsch war sogar im Auslandseinsatz für dieses Land, weißt du. Wer zum Teufel, weiß’t, was soll der Scheiß? ‚Quatsch mich nicht voll wegen des Minaretts. Weißt du, ich will das jetzt haben. Fertig! Aus!‘ Die Älteren, wie gesagt, das ist immer die Gastarbeiter-Generation, die sind da wesentlich vorsichtiger und zurückhaltender. Während die Jüngeren das dann schon einfordern, im Sinne von: was solls? Wo ist das Problem? Ich zahle meine verdammten Steuern, dann darf ich doch, bitte schön, wenn rechtlich alles ok ist, auch mein Gebäude so bauen, wie ich haben will halt. Also wir, die Jüngeren, sehen so was gar nicht erst ein, so die Diskussion darum zu führen halt. Wozu? Die Älteren sehen sich immer noch als Gastarbeiter. Das ist mal ganz interessant“ (Int. Soldo).

Das Minarett wird als Luxus bezeichnet, was im Sinne von etwas Überflüssigem zum Ausdruck bringt, dass es für die Religionspraxis nicht erforderlich ist (vgl. Kap. 3.2). Zum anderen drückt das Wort Luxus etwas Begehrtes aus, das für die Sehnsucht der Muslime steht, eine „richtige Moschee“ zu haben, wie man sie aus muslimischen Ländern kennt. Der Wunsch, dass das eigene Gebets- und Versammlungshaus die muslimische Identität im öffentlichen Raum widerspiegelt, war offensichtlich auch bei dieser Gemeinde sehr stark. Das Wort Luxus beinhaltet aber auch etwas schwer Erreichbares. Diese Haltung resultiert aus dem Bewusstsein, dass ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland die sichtbare Präsenz von Muslimen ablehnt (vgl. Kap. 2.2). Offensichtlich befürchtete man, dass der Legitimierungsprozess durch diesen

---

<sup>353</sup> Die Bedenken wurden dadurch bestärkt, dass die Abbildung der Minarette als Raketen auf einem Plakat der Schweizer Volkspartei (SVP) im Vorfeld des Volksentscheids 2009 und später auch in Deutschland auf Pro NRW Plakaten präsent waren.

Faktor erschwert würde, zumal die Priorität ganz klar mit der Schaffung eines angenehmen Gebets- und Versammlungsraums gesetzt ist, womit wiederum das Spannungsfeld zwischen der Präsenz im öffentlichen Raum und der Schaffung geeigneter bedürfnisbezogener Räumlichkeiten ersichtlich wird (s. o.).

Allerdings bestand vor allem die jüngere Generation auf einem Minarett und bezog die Legitimität ihrer Wünsche aus einer konstatierten Selbstverständlichkeit ihrer gesellschaftlichen Zugehörigkeit, die aus der Geburt und dem Aufwachsen in diesem Land resultiert und den Gaststatus ihrer Eltern zu überwinden trachtet. Zudem werden die Leistungen, die die jungen Muslime für die Gesellschaft erbracht haben, betont und ebenfalls zur Grundlage einer legitimen Errichtung eines Minaretts gemacht. So wird implizit eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Raum gefordert. Dass es dennoch Widerstände dagegen gab, verdeutlicht jedoch die unterschiedliche Auffassung bezüglich der Legitimität der Errichtung von Minaretten und dass der von Suchman als höchste Stufe der Legitimität beschriebene Zustand der Selbstverständlichkeit für die soziale Umwelt keinesfalls erreicht wurde.

Ein Teil der Legitimität des Bauprojekts ergab sich aus der Tatsache heraus, dass die alte Moschee sich in einem schlechten Zustand befand, dies von Akteuren aus Politik und Verwaltung erkannt und eine würdevolle Religionspraxis befürwortet wurde. Im Legitimierungsdiskurs wiesen diese Akteure auf diesen Umstand hin und hielten damit Fürsprache für die Moscheegemeinde (vgl. z. B. WAZ 13.12.11).

Trotz ihrer zentralen Lage ist die Moschee von den umliegenden Straßen wenig einsehbar, da sie im Osten und Süden von Gebäuden umgeben ist. Hier handelt es sich um eine repräsentative Moschee, die sich in einem Hinterhof befindet, so dass ihre Architektur nur bedingt ihre Wirkung entfaltet. Im Westen grenzt das Moscheegrundstück an mehrere Bahngleise, die von verschiedenen Zügen des Nahverkehrs befahren werden. Hier ergibt sich ein neuer Aspekt für die lagebezogene Repräsentativität: Die Lage an einem Bahngelände führt dazu, dass die Moschee für Bahnreisende, also eine große Personenzahl, deutlich erkennbar ist. Ein kritischer Leserkommentar greift dies auf und äußert Verärgerung über diese Art der Repräsentativität: „Der Bahnreisende wird nun in Witten zuerst eine orientalische Moschee erblicken. Was für den einen ein Traum aus 1001 Nacht sein möge, ist für mich sehr fragwürdig“ (WAZ 13.12.11). Dahinter steckt wahrscheinlich die Befürchtung, dass die Stadt Witten von Externen mit der Moschee assoziiert werde.<sup>354</sup>

Auf eine akustische Präsenz im öffentlichen Raum durch einen Muezzinruf hat die Moscheegemeinde verzichtet, zum einen, um den Legitimierungsprozess nicht zu erschweren, und zum anderen, weil nur wenige Gemeindemitglieder in der direkten Nachbarschaft wohnen und den Ruf zu hören bekämen. Der Gemeindesprecher war auch auf Informationsveranstaltungen darum bemüht, durch die Unterstreichung des funktionalen Aspekts des Muezzinrufs, nämlich Gemeindemitglieder zu informieren, den Machtaspekt der Beschallung des öffentlichen Raums zu relativieren.

---

<sup>354</sup> Eine ähnliche Form der Repräsentativität ist auch bei einer DITIB-Moschee in Münster vorzufinden, die aufgrund ihrer relativ unauffälligen Häuserkulisse auf der Ostseite nicht als eine Moschee erkennbar ist und von der Westseite wegen des erhöhten Bahngeländes durch ihre Kuppel sowie durch das auf derselben Seite montierte Minarett als muslimisches Gebets- und Versammlungshaus auffällt.

### 8.1.4 Die Vernetzung der bosnischen Gemeinde: Ihr Beitrag zum Moscheebauprojekt und ihr Wandel

Das Moscheebauprojekt wies eine hohe Legitimität auf und erfuhr diverse Unterstützung durch die soziale Umwelt. An dieser Stelle wird untersucht, inwiefern die soziale Vernetzung zu der Legitimität und Unterstützung beigetragen hat.

#### Innerreligiöse Unterstützung

Während des Moscheebauprojekts zeigte sich eine vielschichtige Mobilisierung der Gemeindeglieder und anderer bosnienstämmigen Muslime aus der Region. Dadurch, dass in der Moscheegemeinde und in ihrem Umfeld zahlreiche Bosniaken in der Baubranche tätig waren, konnten Leistungen unentgeltlich erbracht werden, so dass die Moscheegemeinde viel Geld bei der Realisierung ihres Moscheebauprojektes einsparen konnte.<sup>355</sup> So übernahm ein Bauunternehmer, der eher selten in der Moschee anwesend war, sich jedoch mit der Gemeinde verbunden fühlte, einen Großteil der Arbeitskosten seiner Baufirma. Zusätzlich haben weitere Gemeindeglieder, die eine kleinere Baufirma in Hagen besaßen, den Bau einer ganzen Etage mit Arbeitskraft und Material unterstützt. Ein anderes Gemeindeglied, ein ausgebildeter Bauleiter, übernahm die wichtigsten Planungs- und Koordinierungsaktivitäten rund um das Bauprojekt. Verschiedene, v. a. bosnische Gemeinden haben für das Moscheebauprojekt gespendet. So spendete das Bosniakische Kulturzentrum Hagen e. V. 5.000 € für den Moscheebau (vgl. Website BKC-Witten<sup>356</sup>). Diese Beispiele veranschaulichen, dass innerhalb der Moscheegemeinde mobilisiert und wie über eine Vernetzung entlang ethnisch-religiöser Zugehörigkeit für die Unterstützung des Moscheebauprojekts aktiviert wurde.

Die Moscheegemeinde unterhält regelmäßigen Kontakt zu anderen muslimischen Gemeinden in der Stadt. Neben informellen persönlichen, zum Teil langjährigen Bekanntschaften mit der in der Nähe liegenden Sultan-Ahmet-Moscheegemeinde, in deren Moschee die Bosniaken noch vor der Errichtung ihrer Moschee gebetet hatten, arbeiteten die Moscheegemeinden auch politisch miteinander. So waren die drei türkisch geprägten Moscheegemeinden und die bosnische Gemeinde zusammen mit zwei säkularen Vereinen über die Liste „Türk Birliği“ (türk. „Türkische Union“) im Integrationsrat vertreten (vgl. Website Integrationsrat Witten<sup>357</sup>). Die Moscheevereine haben sich für die Moschee ausgesprochen und die Sultan-Ahmet-

---

<sup>355</sup> Es gab eine große Bereitschaft, das erforderliche Geld zu spenden. Doch es hat gezeigt, dass die Vorsitzenden und Verantwortlichen die Bereitschaft zu spenden zusätzlich forciert haben, indem sie sozialen Druck aufgebaut haben. So berichtete z. B. der Gemeindesprecher der bosnischen Gemeinde in Witten Folgendes:

„Unser Vorsitzender hier war richtig krass. Zum Bayram, zu diesem Feiertag, wenn die Moschee rappellvoll ist, das passiert ja zweimal im Jahr, dann siehst du auch die Leute, die nie da sind, da lief er mit einem Mikro rum, das war vor drei, vier Jahren, lief er rum. Er lief rum mit einem Mikro und hat die Leute gefragt, als die alle hier waren: ‚Wie viel willst du spenden?‘ Und dann über Lautsprecher hier, alle haben es gehört: ‚Wie viel willst du dann? [...] Jetzt habe ich die Zusage von dem so und so viel, sonst kriege ich nie wieder so viele Personen ins Haus.‘ War eine richtig heikle diskutierte Sache halt. Normalerweise ist das echt krass. Aber er ist so rumgelaufen und hat jeden reinsprechen lassen: ‚du, du, du, du, du, du‘, und so weiter. Die Leute haben dann was sagen müssen halt. Was willst du machen?“

Sicherlich ist dies eine der härteren Gangarten, um Spenden einzusammeln. An der Ausdrucksweise wird auch deutlich, dass der Gemeindesprecher selber überrascht darüber war. Zugleich wird jedoch die Autorität des Vorsitzenden deutlich und die Tatsache, dass sich die meisten offensichtlich dem Druck fügten, auch wenn hinter vorgehaltener Hand diese Methode kritisiert wurde, wie der Gemeindesprecher berichtet. Auf der anderen Seite bemühten sich die Vorstände selber, Vorbilder zu sein, indem sie besonders viel spendeten. So gab z. B. der bosnische Gemeindesprecher an, mehr als ein Monatsgehalt für den Moscheebau gespendet zu haben.

<sup>356</sup> [HTTP://WWW.BKC-WITTEN.DE/](http://www.bkc-witten.de/), letzter Zugriff am 28.06.21.

<sup>357</sup> [HTTPS://INTEGRATIONS RAT-WITTEN.DE/](https://integrationsrat-witten.de/), letzter Zugriff am 13.12.2018.



Moschee konnte von der bosnischen Gemeinde nach Abriss ihrer Moschee während des Bauprozesses genutzt werden (vgl. Gespräch Soldo). Anders als z. B. in Bonn kam es nicht zu einer konflikthafter Auseinandersetzung zwischen dem Zusammenschluss von Muslimen einerseits und Kommunalpolitik und Verwaltung andererseits.

### **Interreligiöse Vernetzung und Unterstützung**

Hinsichtlich der interreligiösen Vernetzung sind v. a. die langjährigen persönlichen Kontakte zwischen Sommer und einigen Moscheegemeindemitgliedern zu nennen und das damit verbundene Engagement der Moscheegemeinde im Rahmen der oben genannten Weltkonferenz der Religionen für den Frieden (WCRP). Seit 1983 gibt es einen Ortsverein in Witten, der verschiedene interreligiöse Zusammenkünfte organisiert. Dabei werden häufig Themen aufgegriffen, die aus der Perspektive von diversen religiösen Traditionen behandelt und zugleich als gesellschaftspolitische Herausforderungen diskutiert werden (vgl. Gespräch Sommer, Int. Soldo). Zudem gehören gemeinsame Friedensgebete zum wichtigen und symbolträchtigen Tätigkeitsfeld vom WCRP (vgl. Website WCRP-Witten<sup>358</sup>). Ausgangsbasis des Wirkens der Bewegung und des lokalen Vereins ist das Verständnis von Religionen als friedensstiftende Weltanschauungen, wie aus den Worten des Initiators des Ortsvereins deutlich wird:

„Alle Religionen verstehen sich als Einladung und Anleitung zum Frieden: dem inneren Frieden jedes Einzelnen, dem Frieden zwischen den Menschen und dem Frieden zwischen Mensch und Gott – oder wie wir auch immer die letzte, umfassende Wirklichkeit nennen“ (Sommer in WIN 3. Newsletter 2006: 1).

Sommer, der seit 1976 in Witten lebt und als Religionslehrer an einer Berufsschule gearbeitet hat, initiierte den Ortsverein, um die informellen interreligiösen Begegnungen in einen größeren Kontext zu setzen (vgl. Gespräch Sommer).

Bereits seit den 1970er Jahren pflegte der Pfarrer auch privat Kontakte zu Muslimen sowohl in der türkischen Gemeinde (Sultan Ahmet-Gemeinde) als auch zu Bosniaken in Witten. Er bezeichnet seine Kontakte zu einigen bosnischen Arbeitsmigranten, die 1983 den Moscheeverein gegründet haben und im Vorstand aktiv waren, als freundschaftlich. Auch nahm er während des Bosnienkrieges eine Flüchtlingsfamilie, die sich der Moscheegemeinde anschloss, bei sich auf. So war die Beziehung zur Moscheegemeinde durch den Kontakt zu verschiedenen Personen gekennzeichnet. Nach einiger Zeit formalisierten sich die interreligiösen Kontakte weiter, indem das Engagement des Pfarrers im Rahmen von WCRP in den offiziellen interreligiösen Dialog des Kirchenkreises Hattingen-Witten überführt wurde (vgl. Gespräch Sommer). Zudem werden seine Aktivitäten von der Stadt Witten gefördert. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden die interreligiösen Aktivitäten intensiviert (vgl. Gespräch Sommer, WCRP-Witten), was auf die bereits angedeutete Tendenz hinweist, dass interreligiöse Dialoge

---

<sup>358</sup> [HTTP://WWW.WCRP-WITTEN.DE](http://www.wcrp-witten.de), letzter Zugriff am 28.06.2021.

als eine Form der Friedenssicherung betrachtet und integrationspolitisch durch den Staat genutzt werden.

Über den WCRP stand die bosnische Gemeinde mit diversen anderen religiösen Gemeinden in Kontakt, z. B. die Bahá'í – Gemeinde, evangelische und katholische Gemeinden sowie die Sultan-Ahmet-Moscheegemeinde, zu der es auch privat Kontakte gab. Dieses Engagement in dem Gremium kann als religiöse Toleranz gewertet werden, da damit eine gewisse Anerkennung der Bahá'í – Gemeinde erfolgt, die in Teilen der islamischen Orthodoxie als Abtrünnige betrachtet und diskriminiert wird (Ende/Steinbach 2005: 728 f.).

Durch das Engagement im WCRP lernte die Moscheegemeinde zudem Vertreter des Kirchenkreises Hattingen-Witten kennen (vgl. Int. Soldo). Die IGMG-Gemeinde ist nicht im WCRP vertreten, obwohl, so die Einschätzung von Sommer, es mehrere Zusagen von Seiten der Moscheegemeinde gegeben hat, sich dem anzuschließen (vgl. Gespräch Sommer). Der Sprecher der bosnischen Gemeinde gab an, dass die Moscheegemeinde v. a. durch Sommer in die Strukturen der Stadtgesellschaft integriert wurde:

„Die [Kontakte zur Stadtgesellschaft] sind eigentlich verdammt gut. Dafür bin ich ja auch zuständig. Nicht deshalb sind die verdammt gut, sondern weil die Gemeinde irgendwann mal, das war noch kurz vor meiner Zeit, erstens mit diesem ehemaligen Pfarrer Dittmar Sommer in Kontakt getreten ist. Der hatte auch irgendwie eine eigene Flüchtlingsfamilie aufgenommen während des Krieges. Daher ist er sehr bosnifiziert worden. Und der hat zum Beispiel ‚Religion für den Frieden‘ als Ortsverein hier [...]. Da waren wir von Anfang an leicht engagiert. Der hat uns langsam ins Boot, wir sind da reingekommen, so dass wir zum Beispiel im interreligiösen Bereich, gerade im Bezug auf ‚Religion für den Frieden‘, sehr stark aktiv sind“ (Int. Soldo).

Neben dem Hinweis, dass Kontakte über den Pfarrer entstanden sind („langsam ins Boot geholt“), wird deutlich, dass dem Sprecher der Bezug zur Gemeindeidentität bei dem Kooperationspartner, den er als „bosnifiziert“ bezeichnet, wichtig war. Dadurch, dass es enge Kontakte zwischen ihm und einigen Gemeindemitgliedern gab, wusste der Pfarrer, welchen Bedarf die Moscheegemeinde hatte und dass sie gerne über eigene Räume verfügen würde. So half er 1992 dabei, wie oben erwähnt, ein Gebäude für die Einrichtung einer Moschee zu finden und stellte den Kontakt zwischen der Gemeinde und der Deutschen Bahn her, woraus sich der Erwerb des Gebäudes ergab (vgl. Gespräch Sommer, Int. Soldo).<sup>359</sup>

Der Pfarrer schätzte, dass das Wohlwollen der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik gegenüber dem Moscheebauprojekt auch auf den jahrzehntelangen interreligiösen Dialog zurückzuführen war, in den die bosnische Gemeinde eingebunden war. Nach eigenen Angaben sprach er sich in zahlreichen Gesprächen für die Moschee aus. So hat er sein Verständnis des Moscheebauprojekts, das er als Zeichen des Bleibenwollens und somit als Bekenntnis zu Stadt

---

<sup>359</sup> Zuvor setzte er sich bei der Stadt ein, auf dem städtischen Friedhof muslimische Gräberfelder einzurichten. Anlass war der Tod eines Bekannten aus der Moscheegemeinde und die Tatsache, dass er wegen des Kriegs nicht in Bosnien-Herzegowina begraben werden konnte (vgl. Gespräch Sommer, Int. Soldo).

und Gesellschaft versteht, auch unter den christlichen Gläubigen verbreitet (vgl. Gespräch Sommer). Er geht davon aus, dass durch die allgemeine Anerkennung seiner Person und seiner Arbeit seine Worte meinungsprägend bei den christlichen Gläubigen gewesen sind (vgl. Gespräch Sommer). Die Moscheegemeinde nutzte das Netzwerk von WCRP-Witten, um über das Moscheebauprojekt zu informieren.

Die Unterstützung durch den Pfarrer resultierte aus den engen persönlichen Kontakten, durch die er mitbekommen hatte,<sup>360</sup> wie die Bosniaken sich die Grundlagen ihre Gemeindelebens aufbauen mussten, und weil er sich damit identifizieren konnte. Die Unterstützung für die Moscheegemeinde resultierte jedoch auch aus seiner generellen Überzeugung, dass Vertreter verschiedener Religionen zusammenarbeiten und einen Beitrag zur Gestaltung einer friedlicheren Welt leisten sollten. Nach eigenen Aussagen hätten seine Eltern in der Vergangenheit versagt und nichts gegen den Antisemitismus unternommen, was ihn offensichtlich in seiner Einstellung stark geprägt hat (vgl. Gespräch Sommer). Die Errichtung der Moschee und das Ausbleiben von manifesten Konflikten sieht er als Ausdruck eines gelungenen interreligiösen Dialogs. Insofern trug das Moscheebauprojekt zur Bestätigung seines jahrzehntelangen Engagements bei.

Die Beziehung des Pfarrers zur Moscheegemeinde hat sich seit dem Bestehen der neuen Moschee nur unwesentlich verändert, was den Eindruck aus anderen Fallstudien bestätigt, dass Moscheebauprojekte dann keinen großen Wandel im Beziehungsverhältnis zur Folge haben, wenn die Beziehungen schon vor dem Moscheebauprojekt stark ausgeprägt waren. Aufgrund der Prominenz des Pfarrers in der Stadt ist er schon seit längerem Ansprechpartner für Personen, die an Moscheeführungen interessiert sind. In erster Linie leitete er die Interessierten an die Sultan-Ahmet-Moscheegemeinde weiter, da er auch zur ihr gute Kontakte gepflegt hat und sie größer war als die bosnische Moschee. Seit der Fertigstellung der neuen Moschee leitet er die Besucher auch häufiger zur neuen bosnischen Moschee weiter.

Auch andere Kirchenvertreter unterstützten die Moscheegemeinde in ihrem Moscheebauprojekt. Der damalige Superintendent wies seine Mitarbeiter an, auf die Leserkommentare in der Berichterstattung zu achten und bei negativen Kommentaren ggf. mit befürwortenden Kommentaren zu reagieren (vgl. Int. Soldo). Der Gemeindesprecher führt das Engagement des Superintendenten auf die guten Beziehungen und seine Erfahrungen mit der Moscheegemeinde zurück.

„Wie gesagt, von ganz oben, der Superintendent steht auch dahinter. Der kennt uns, der kennt unsere Arbeit, gerade auch im interreligiösen Bereich, und das wird ihm dann natürlich auch weitergetragen oder zu ihm hingetragen, im Sinne von das, was wir mit ‚Religion für den Frieden‘ [WCRP-Witten] machen, wie wir mit den anderen Kirchen, hier mit der Johannes-Gemeinde zum Beispiel, unserem direkten Nachbarn, oder mit der Franziskus-Gemeinde. Keine Probleme, alles supertoll. Man kennt sich

---

<sup>360</sup> Im Fall der geplanten Moschee der IGMG-Gemeinde in Witten-Annen lehnte der Pfarrer, anders als die Behörden, die Moschee nicht ab, war jedoch in den Prozess nicht involviert. Ein Grund war, dass er die Vertreter der Moscheegemeinde nicht gut kannte, weil die IGMG-Gemeinde u. a. sich nicht am WCRP-Witten beteiligte, und er primär die religiösen Vertreter aus der Nachbarschaft in der Verantwortung sah, sich dort zu engagieren („Die Gemeinde hätte die Unterstützung des dortigen Pfarrers gebraucht“, Gespräch Sommer).

halt. Und, wie gesagt, nach dem ersten Mal in der Zeitung ist es dann erst mal relativ gut gelaufen und so weiter, ist auch weiter getragen worden“ (Int. Soldo).

Das Zitat zeigt zudem, dass die Zugehörigkeit zu WCRP-Witten bei der Fürsprache durch die Unterstützer als diskursive Ressource genutzt wurde und zur Legitimität des Moscheebauprojekts beitrug.<sup>361</sup> Die christlichen Vertreter der benachbarten Kirchen übten Fürsprache für die Moscheegemeinde:

„Ich habe auch über bestimmte Netzwerke dann gehört, dass sogar bei den Kirchen einige Personen dann mal hingekommen sind mit der Aussage {verstellt die Stimme ein wenig}: ‚Ach guck mal, hier wird eine Moschee gebaut und so weiter. Das kann doch nicht sein. Wir sollten was dagegen unternehmen.‘ Dass die Pfarrer dann einfach nur mit der Schulter gezuckt haben: ‚Wieso? Die Bosniaken, sollen die doch ruhig bauen. Ist doch OK, mit denen stehen wir in Kontakt und so weiter, die kennen wir alle““ (Int. Soldo).

Die Aussage deckt sich mit den Aussagen von Sommer und verweist darauf, dass interreligiösen Beziehungen die Fürsprache durch christliche Vertreter vereinfachen, da sie auf die Kontakte verweisen können und somit die ablehnende Haltung mancher Gläubiger oder ihre Ängste relativieren können. Zugleich wird ersichtlich, dass die Kontakte und die Legitimierung auf der Leitungsebene ablaufen und in den Gemeinden von oben an die Gemeindemitglieder weitergeleitet werden.

### **Der Gemeindesprecher als Netzwerkakteur**

Neben der institutionalisierten interreligiösen Vernetzung, welche aus den persönlichen Kontakten zwischen Sommer und mehreren muslimischen Gemeindemitgliedern hervorgegangen ist und durch sein Engagement bereits Unterstützungsleistungen hervorgebracht hat, war die Vernetzung auf individuell-persönlicher Ebene durch den Gemeindesprecher Adem Soldo ein hervorstechendes Merkmal des Moscheebauprojektes. Im Gegensatz zu den Kontakten im Rahmen der WCRP-Witten wurden die Kontakte zu Verwaltung und Kommunalpolitik über den aktuellen Gemeindesprecher gestaltet. Er war seit dem Jahr 1998 in der Gemeindearbeit aktiv, seit 2004 Dialogbeauftragter der Gemeinde bzw. Gemeindesprecher, seit mehreren Jahren in verschiedene Netzwerke eingebunden und wird in der Stadtgesellschaft als das Gesicht der Moscheegemeinde wahrgenommen. Dies wurde z. B. daran deutlich, dass er in der Regel der Einzige aus der Moscheegemeinde war, der in der Presse namentlich erwähnt wurde. Dass er eine

---

<sup>361</sup> Diese Art der Unterstützung, bei der es um die Deutungshoheit im Legitimierungsdiskurs geht, wurde an mehreren Stellen der Berichterstattung durch die WAZ deutlich. Dort relativierten Leser Kommentare, die das Moscheebauprojekt kritisierten, mit eigenen Kommentaren. So wird z. B. dem Vorwurf, eine zu auffällige Moschee mit Minarett zu bauen, der folgende Kommentar entgegnet: „Also. Wie ich auf der Veranstaltung vom WIN (an der überwiegend Nicht-Migranten teilnehmen) vernommen habe, wird das Gebäude (samt Minarett) nicht die drei umliegenden Gebäude überragen“ (Leserkommentar, WAZ 12.12.11). Das veranschaulicht, dass die Schaffung von Transparenz auf der WIN-Veranstaltung eine diskursive Ressource für die Befürworter darstellte. Ein anderer Leser ermutigte die Moscheegemeinde direkt und kritisierte die Gegner des Moscheebauprojekts: „Viel Glück mit diesem Vorhaben [Moscheebauprojekt]...wünsche ich von Herzen allen Beteiligten. Und, klar, sicher werden irgendwelche Betonköpfe wieder den Untergang unserer ‚christlichen‘ Zivilisation fürchten, bloß weil sie ein Minarett sehen werden“ (Leserkommentar, WAZ 12.12.11).

Schnittstelle zwischen der Moscheegemeinde und der sozialen Umwelt einnahm, zeigte sich auch daran, dass er gemeindeintern eine zentrale Position hinsichtlich der Netzwerkarbeit einnahm:

„Es ist eigentlich immer meine Person, die immer dahinter steckt, weil genau das ist auch meine Aufgabe hier in der Gemeinde. Ich geh nach draußen, mach die Kontakte, ich sage dann den alten Leuten Bescheid, was ich brauche, und die liefern dann, im Sinne von wir brauchen Nahrungsmittel oder wir brauchen Essen oder wir brauchen Manpower zum Aufbauen und so weiter. Dann kommen die rum und machen“ (Int. Soldo).

Dieser Eindruck wurde im Gespräch mit zwei Gemeindemitgliedern bestätigt, die sich darüber zufrieden zeigten, dass der Gemeindesprecher die Moscheegemeinde repräsentierte, was auf eine interne Legitimität seiner Person hindeutete (Gespräch Gemeindemitglieder, s. o.). Zugleich waren sie dabei, Funktionen wie Moscheeführung etc. sukzessive von ihm zu übernehmen (s. u.). Im Gegensatz zu den türkisch geprägten Moscheegemeinden war seine Position als Gemeindesprecher relativ stabil, und er stellte seit vielen Jahren (s. o.) einen konstanten Ansprechpartner für die soziale Umwelt dar, was die Beziehungen im Sinne der Nachhaltigkeit positiv prägte.

Die Vernetzungskapazität von Soldo wurde durch mehrere Charakteristika der Person gestützt: Er ist in Deutschland aufgewachsen, spricht fließend Deutsch, ist redegewandt, wohnt in Witten, so dass er auch privat in der Stadtgesellschaft vernetzt ist und, wie er selbst schilderte, relativ problemlos auf verschiedenen Veranstaltungen erscheinen konnte. Förderlich für den Umgang mit der Verwaltung und Kommunalpolitik war vermutlich das theoretische Fundament, das er sich im Rahmen seines sozialwissenschaftlichen Studiums angeeignet hat. Außerdem berichtete er von seinem Interesse für kommunalpolitische und integrationspolitische Themen (vgl. Int. Soldo).

Die Moscheegemeinde schien einen Sonderstatus in der Integrationspolitik in der Stadt einzunehmen. So gab ein Mitarbeiter einer Integrationsagentur eines freien Trägers an, ausschließlich Kontakt zur bosnischen Gemeinde zu haben und dies über den Gemeindesprecher Soldo. An die anderen Moscheegemeinden sei schwieriger heranzukommen (vgl. Gespräch Scholz)<sup>362</sup>. Ein städtischer Mitarbeiter aus dem Jugendamt bestätigte, dass der Gemeindesprecher mit der Stadtgesellschaft gut vernetzt sei. So hatte er im Jahr 2015 im Rahmen eines Präventionsprojekts gegen islamistische Radikalisierung die Kontakte zwischen der Stadtverwaltung (Abteilung für Jugendhilfeplanung) und anderen Moscheegemeinden vermittelt, und der Großteil der Kommunikation zwischen der Verwaltung und den muslimischen Gemeinden war über ihn gelaufen. Laut dem Verwaltungsmitarbeiter hatte er für die Verwaltung den Zugang zu den muslimischen Gemeinden hergestellt und das Präventionsprojekt organisiert (vgl. Gespräch

---

<sup>362</sup> Hierbei handelt es sich um den Zustand bereits nach dem Moscheebau. Weiter unten werden jedoch Beziehungsinhalte beschrieben, die schon vor dem Moscheebauprojekt bestanden haben.

Moser). Damit hatte er also als Broker bzw. Brückenperson zwischen den Moscheegemeinden und der Verwaltung agiert.

Seit mehreren Jahren Soldo Mitglied in der SPD und stellvertretender Vorsitzender des Wittener Integrationsrats. Die Wittener SPD informierte über das Moscheebauprojekt in ihrem Magazin „Der Sackträger“, und ein SPD-Ratsherr, der dem Ausschuss für Soziales vorstand, lud den Gemeindesprecher ein, das Projekt dort vorzustellen (vgl. Int. Soldo). Im Mai 2014 wurde Soldo selbst in den Stadtrat gewählt. Für den Wahlkampf empfand er das Moscheebauprojekt als ein nützliches Thema, denn damit hat seiner Meinung nach die SPD „nochmal versucht [sich] zu vermarkten, in die Öffentlichkeit zu gehen oder Wählerstimmen zu generieren“ (Int. Soldo), was die wahrgenommene Legitimität des Moscheebauprojekts verdeutlicht. Die Mitgliedschaft des Gemeindesprechers in der lokal stärksten Partei, der SPD Witten, verstärkte seinen Rückhalt in der Kommunalpolitik. Dass dieses Thema nicht zu parteipolitischen Auseinandersetzungen geführt hat, in denen der politische Konkurrent von der Moscheegemeinde kritisiert wird, wie z. B. im Fall der Merkez-Moschee in Duisburg, steht für eine hohe Legitimität des Moscheebauprojekts innerhalb der Kommunalpolitik.

Des Weiteren arbeitete Soldo seit 2013 im kommunalen Integrationszentrum für den Ennepe-Ruhr-Kreis. Dadurch kannte er verschiedene Akteure aus dem Bereich der Integrationspolitik, wie z. B. die Integrationsbeauftragte Formann, die sich von Anfang an für das Moscheebauprojekt ausgesprochen hat. Der Gemeindesprecher war seit der Gründung im Jahr 2005 im „Wittener Internationalen Netzwerk“ (WIN) aktiv, hat es beruflich begleitet und dort auch die Moscheegemeinde repräsentiert.

Wie Soldo im Interview erläuterte, lernte er über dieses Netzwerk diverse andere Akteure kennen und hat in diesem Kontext eine Vielzahl von Gesprächen über das Moscheebauprojekt geführt. Das WIN bot eine auf die Förderung von Vielfalt in der Stadt angelegte Plattform, auf der er das Bauprojekt Anfang des Jahres 2011 und zwei Jahre später ein zweites Mal vorstellen konnte, was weitgehend auf Zustimmung gestoßen ist (Int. Soldo) und öffentlich transportiert wurde (vgl. WAZ 01.02.13, Stadt Witten 2011). Im Rahmen des WIN-Netzwerks wurde für das Moscheebauprojekt Fürsprache gehalten, was aus dem folgenden Zitat hervorgeht:

„Nein, das [Proteste gegen den Moscheebau] brauchen wir nicht. Denn wir in Witten schätzen die kulturelle Vielfalt und dazu gehört auch die Vielfalt der Religionen. Wie Christen ihre Kirche brauchen und ehren, ist es bei den Menschen muslimischen Glaubens ihre Moschee. Diese Botschaft möchten wir vermitteln. Die WINner und WINnerinnen begrüßen das Bauvorhaben und wünschen der Bosnischen Gemeinde ein gutes Gelingen“ (Stadt Witten o. J.).

Dass diese Narrative sich stark verbreiteten zeigt sich u.a. auch daran, dass Soldo mit dem gleichen Wortlaut in der WAZ zitiert wurde (WAZ 13.12.11). Mit dieser und ähnlichen Aussagen stellten die Befürworter wie die Integrationsbeauftragte und andere Mitglieder des WIN-Netzwerks eine Verbindung zwischen dem Moscheebauprojekt und der Frage der kulturellen

Vielfalt her, die ausdrücklich als wünschenswert bezeichnet wurde und damit den Bau der Moschee als folgerichtig unterstützte. Somit wurde die moralische Legitimität des Bauprojekts unterstrichen.<sup>363</sup>

Es scheint, dass das positive Image des Gemeindesprechers auf die Moscheegemeinde übertragen wurde und dies die Legitimität des Moscheebauprojekts beeinflusst hat („spill-over“). Der Fall der bosnischen Gemeinde zeigt gleichzeitig, dass eine augenscheinlich tolerante Gesinnung, durch die Beteiligung an WCRP und der „euroislamischen“ Prägung (s.u.) zusammen mit der starken Vernetzung der Moscheegemeinde mit Verwaltung, Politik und Presse sowie Teilen der Stadtgesellschaft dazu geführt hat, dass diese Moscheegemeinde weniger öffentlich inspiziert wurde als andere Moscheegemeinden. Dies wird v. a. durch den folgenden Sachverhalt bestätigt: In der Moscheegemeinde gab es vereinzelt salafistische Mitglieder, die restriktive und ultrakonservative Meinungen vertraten und versuchten, Einfluss auf die Moscheegemeinde zu nehmen, indem sie sich z. B. für die Wahl in den Vereinsvorstand beworben haben (vgl. Gespräch mit Gemeindemitgliedern). Allerdings waren sie nach Aussage von zwei Gemeindemitgliedern weitgehend isoliert und haben es nicht geschafft, in den Vorstand gewählt zu werden.

Zwei Personen, die behaupteten, auf einer Veranstaltung u. a. mitbekommen zu haben, wie diese in einer Diskussionsveranstaltung körperliche Strafen befürworteten und die Ungleichheit von Frau und Mann propagierten, warfen der Moscheegemeinde vor, salafistische Umtriebe zu tolerieren. Diese Kritik verkündeten sie über verschiedene Kanäle. So trugen sie auf einer Veranstaltung in der Moschee, auf der der Autor zugegen war und auf der das Programm „Wegweiser“ vorgestellt wurde, ihre Kritik derart vehement vor, dass die Veranstaltung abgebrochen werden musste. Die anwesenden Akteure gingen jedoch nicht auf die Behauptungen der Kritiker ein. Nach der Veranstaltung war in erster Linie Verärgerung über die beiden Personen zu vernehmen (Beobachtungsprotokoll Wegweiser-Veranstaltung). Auch sollen sie Flugblätter, die die Moscheegemeinde kritisierten, verteilt haben (vgl. Gespräch Gemeindemitglieder).

Es ist den beiden Personen offensichtlich nicht gelungen, Skepsis gegenüber der Moscheegemeinde zu verbreiten, was darin deutlich wurde, dass Vertreter der Verwaltung und andere im Integrationsbereich Engagierte sich auch danach positiv über die Moscheegemeinde und ablehnend gegenüber den beiden Kritikern geäußert haben (vgl. Beobachtungsprotokoll Wegweiser-Veranstaltung, Gespräch Integrationsagentur). Auch wurde diese Kritik nicht in den öffentlichen Diskurs getragen, was z. B. daran deutlich wird, dass im WAZ-Archiv kein Artikel zu finden ist, der auf die salafistischen Mitglieder eingehen würde. Dies mag auch daran liegen, dass die salafistischen Mitglieder marginalisiert werden und dies glaubhaft durch die Gemeinde und insbesondere den Gemeindesprecher kommuniziert wurde.

---

<sup>363</sup> Der Befund von Halm et al. (2012: 114), dass die bosnischen Gemeinden im Vergleich zu den türkisch geprägten DITIB- und IGMG-Gemeinden nur wenige Kontakte nach außen haben, kann in diesem Fall durch die starke Vernetzung der Gemeinde durch den Gemeindesprecher nicht bestätigt werden.

Offensichtlich ist die Zuversicht und das Vertrauen gegenüber der Moscheegemeinde wegen der als gut empfundenen Zusammenarbeit dermaßen groß, dass kein Grund für eine weitere öffentliche Thematisierung der salafistischen Problematik gesehen wird.

### **Kooperative Verwaltung**

Zwischenzeitlich gab es Probleme mit einem Nachbarn, der aufgrund der Unterschreitung der Abstandsflächen Kritik äußerte. In diesem Fall unterstützte das Bauamt die Moscheegemeinde mit wichtigen Informationen bezüglich des Baurechts. Wie die Verwaltung der Moscheegemeinde half, um dieses Problem zu lösen, wird aus folgenden Ausführungen des Gemeindevertreters ersichtlich:

„Und da war das Bauamt dann die Instanz, die hat uns gesagt: ‚Hör mal, ihr müsst einfach nur ein bisschen was verschieben von eurer Planung und so weiter und dann seid ihr schon so weit weg, dass ihr den erst gar nicht mehr um Erlaubnis fragen müsst.‘ Und so haben wir dann letztendlich das Problem gelöst, das heißt, mit Hilfe des Bauamtes sind wir auf einige Ideen gekommen, die wir nicht hatten. Auch das Minarett zum Beispiel [...]. Und dann hieß es vom Bauamt, hört mal, dann versetzt es doch da und da hin, dann haltet ihr auch die Abstandsfläche zu dem und zu den Gleisen ein. Dann ist es rechtlich alles kein Problem mehr. Also das Bauamt stand eigentlich direkt die ganze Zeit sehr konstruktiv in Verbindung zu uns, hat uns beraten, was gehen wird oder wie wir was gestalten können. Und da haben die uns keine Stolpersteine in den Weg gelegt, im Sinne von wir wollen das Gebäude nicht und so weiter“ (Int. Soldo).

An den Aussagen des Gemeindesprechers wird deutlich, dass die Beratung durch die Verwaltung weit mehr beinhaltete als bloße Auskunft zu baurechtlichen Regelungen. Es war richtungsweisender Wissenstransfer, der die Entscheidungen der Gemeinde beeinflusst und den Gang des Moscheebauprojekts vereinfacht hat. Die Verwaltungsbeamten vom Bauamt hatten vor dem Moscheebauprojekt nicht in Kontakt mit der Moscheegemeinde gestanden. Allerdings schätzt der Gemeindesprecher die Situation so ein, dass die Verwaltung aufgrund des guten Rufs der Moscheegemeinde dermaßen wohlwollend gewesen sei (vgl. ebd.).

Unter anderen diese Form der Unterstützung wurde von dem islamfeindlichen Akteur Pro NRW im Vorfeld der Kommunalwahlen 2014 vielfach kritisiert. Der wohlwollende Umgang der Kommune mit dem Moscheebauprojekt wurde dazu genutzt, ein Schreckensszenario über eine vermeintliche „Islamisierung“ zu entwerfen, das von Muslimen zusammen mit den politischen Eliten vorangetrieben würde (vgl. Facebook-Präsenz Pro NRW<sup>364</sup>, Rede von Peggy Hufenbach<sup>365</sup> auf der Pro NRW-Kundgebung 19.10.13). Auf Grundlage dieser Behauptung stellt sich die Partei als die einzige legitime Partei dar, die die Interessen einer in völkischen Kategorien gedachten Stadtgesellschaft repräsentiert.<sup>366</sup>

---

<sup>364</sup> [HTTPS://WWW.FACEBOOK.COM/PRONRW.ENNEPE.RUHR/](https://www.facebook.com/PRONRW.ENNEPE.RUHR/), letzter Zugriff am 12.12.14.

<sup>365</sup> Peggy Hufenbach war zu diesem Zeitpunkt führendes Mitglied bei Pro NRW in Witten.



## Bündnis gegen Anfeindungen von rechts

Eine weitere Unterstützungsleistung, die das Moscheebauprojekt prägte; war eine breite Fürsprache von Teilen der korporativen und nichtkorporativen Stadtgesellschaft im Rahmen von Protesten gegen die Kundgebung von Pro NRW.

Die Kundgebung bestand aus ca. 15 Personen von Pro NRW und richtete sich gegen die bosnische Gemeinde und ihr Bauprojekt sowie gegen die Muslime und den Islam allgemein. Damit wollte die rechtsextreme islamfeindliche Partei kurz nach der Gründung des Ortsvereins und vor den Kommunalwahlen sich als Verteidiger gegen die sogenannte Islamisierung Wittens profilieren. Der Moscheebau wurde als ein Herrschaftsausdruck gedeutet und die Präsenz von Muslimen im öffentlichen Raum mit einer Gefährdung der Sicherheitslage in den Innenstädten sowie einer vermeintlich fehlenden Integration der Muslime vermengt (vgl. Rede Hufenbach am 19.10.13). In den Ausführungen waren Grenzziehungen zwischen der Moscheegemeinde und der nichtmuslimischen Stadtgesellschaft zentral, was z. B. an Formulierungen wie „Ich sage Ihnen hier eines ganz klar, wer sich hier gut integriert, braucht mit Sicherheit keine Prunk- und Protz-Moschee mit Riesenminarett, die den Machtanspruch des Islams inmitten unserer Wittener Innenstadt zementiert“ (ebd.) deutlich wird. „Unsere Wittener Innenstadt“ wird einem angeblichen Machtanspruch des Islam gegenübergestellt und das Personalpronomen „unsere“ damit ausschließlich und ausschließend auf die nichtmuslimische, herkunftsdeutsche Bevölkerung bezogen.<sup>367</sup>

Gegen diese Kundgebung formierte sich ein breites politisches und zivilgesellschaftliches Bündnis, das aus ca. 200 Personen und Kirchen, Parteien und Gewerkschaften bestand. Es organisierte eine Gegendemonstration und drückte damit seine Solidarität mit der bosnischen Gemeinde aus. Im Vorfeld hatten verschiedene Organisationen auf ihren Internetseiten zu Gegendemonstrationen aufgerufen, wie z. B. die Stiftung der Diakonie Ruhr (Website Diakonie Ruhr<sup>368</sup>). Es wurde die Vielfalt in Witten z. B. mit Transparenten wie „Witten bleibt bunt“ und die Ablehnung von Rechtsextremisten durch Rufe wie „Nazis raus“ sowie die Religionsfreiheit betont. Die Mitglieder aus der Moscheegemeinde waren ebenfalls dabei, ohne jedoch eigene öffentlich vernehmbare Stellungnahmen verbal oder durch Transparente zu verkünden. Laut dem Gemeindesprecher wurde vom Dachverband geraten, sich möglichst zurückzuhalten, um die Lage nicht weiter zu polarisieren (Gespräch Soldo).<sup>369</sup>

Anschließend nutzte die Moscheegemeinde jedoch den Anlass geschickt, um die Gegendemonstranten in die halb fertiggestellte Moschee zu Kaffee und Kuchen einzuladen und

---

<sup>367</sup> Auf der Kundgebung haben die Pro NRW-Sprecher den guten Ruf der Moscheegemeinde kritisch aufgegriffen und auch die Unterstützung des Moscheebauprojekts durch die korporative Stadtgesellschaft kritisiert: „Sie geben sich handzahn, tun so als wollen sie Teil der Gesellschaft sein und die örtliche Presse kauft denen das vasallenhaft auch voll ab. [...] So paktieren also fröhlich integrationsunwillige Islamisten, die Wittener Stadtpolitik und die ihm hörige Presse miteinander. Dies wollen und müssen wir ändern. Denn wir, die Bürgerbewegung Pro NRW, werden mit Ihrer Hilfe dafür sorgen, dass im Wittener Stadtparlament endlich eine Stimme erklingt, die bislang immer fehlte! Die Stimme des deutschen Volkes, meine Damen und Herren {Plenum: Applaus} [...]“ (Rede Pro NRW-Sprecher am 19.10.13). Vgl. auch Facebook-Präsenz: [https://www.facebook.com/PG/KEINEMOSCHEEINWITTEN/ABOUT/?TAB=PAGE\\_INFO](https://www.facebook.com/PG/KEINEMOSCHEEINWITTEN/ABOUT/?TAB=PAGE_INFO), letzter Zugriff am 28.05.15.

<sup>368</sup> <https://www.diakonie-ruhr.de/suchseite?id=27376>, letzter Zugriff am 28.06.2021.

<sup>369</sup> Dies entspricht dem Verhalten von Moscheegemeinden in anderen Fallstudien (z. B. VIKZ in Herten) und verweist auf eine allgemeine Bemühung der muslimischen Organisationen, öffentlich unauffällig zu bleiben und keine aktive Rolle in der Polarisierung einzunehmen. Vermutlich liegt dies an der bereits starken Politisierung des Themas Islam/Muslime in Deutschland und der Tätigkeit von Moscheegemeinden, so dass der Wille besteht, diesen Trend nicht weiter zu verstärken.

dort ihr Moscheebauprojekt durch den Gemeindesprecher vorzustellen. In Gesprächen mit den Gegendemonstranten zeigten sich verschiedene Motive für ihre Ablehnung des Moscheebauprojekts. Unter anderem wurde das Recht auf Religionsfreiheit<sup>370</sup> angesprochen und unterstrichen, dass es nicht um ein Problem zwischen Pro NRW und der bosnischen Gemeinde gehe, sondern dass das Auftreten von islamfeindlichen Gruppierungen die gesamte Gesellschaft betreffe. Es herrschte gute Stimmung, der Gemeindesprecher bedankte sich bei den Gästen und diese applaudierten. Angesichts der Vielzahl der Gegendemonstranten, dem Zusammenkommen in der Moschee und der affirmativen Haltung der Besucher und den wenigen erkennbaren Anhängern von Pro NRW auf der Kundgebung kann festgestellt werden, dass die von der Partei intendierte Grenzziehung von der Grenzüberwindung überlagert wurde. Zudem bot die Kundgebung einen Anlass, miteinander ins Gespräch zu kommen, was tendenziell als förderlich für die Vernetzung zu werten war.

Laut dem Gemeindesprecher hat die Gründung des Ortsverbandes von Pro NRW das Interesse der befürwortenden Akteure aus Presse und Politik an dem Moscheebauprojekt gestärkt und sie darin bekräftigt, durch eigene Beiträge zur Transparenz und Fürsprache für die Legitimität der Moschee zu sorgen. Insofern ist festzustellen, dass die rechten Proteste positiv auf die Unterstützung des Moscheebauprojekts durch die Stadtgesellschaft gewirkt haben und der Moscheegemeinde Aufmerksamkeit im öffentlichen Diskurs geboten haben. So wurde der Gemeindesprecher mehrmals von Pressevertretern angesprochen und gebeten, Stellung zu den Äußerungen von Pro NRW zu nehmen (vgl. Int. Soldo). Dementsprechend hat die WAZ-Berichterstattung zur symbolischen Grenzüberwindung und Legitimierung beigetragen, was das folgende Zitat aus einem Artikel veranschaulicht:

„Bei einer Kundgebung brachte die grundsätzlich zu Wahlen zugelassene, vom NRW-Verfassungsschutz aber beobachtete und als rechtsextremistisch eingestufte Splitterpartei in der Bahnhofstraße 20 Mann auf die Beine. 200 stärkten den Bosniaken den Rücken“ (WP 18.03.14).

In diesem Fall wird die Partei mit dem Verfassungsschutz in Verbindung gebracht, was die Partei als einen legitimen Akteur, der im Namen der Wittener sprechen kann, grundsätzlich diskreditieren soll.<sup>371</sup> Gleichzeitig wurde die Zahl der die Moscheegemeinde unterstützenden Akteure unterstrichen, was die Legitimität des Bauvorhabens verdeutlichen sollte.

Noch deutlicher hinsichtlich der Grenzziehung wird ein Kommentar der WAZ mit dem Titel „Unsere Nachbarn“:

„Diese bosnischen Muslime sind Nachbarn und Arbeitskollegen, die sich Jahre und Jahrzehnte lang hier krumm gelegt, Steuern gezahlt und Renten gesichert haben.

---

<sup>370</sup> Zur Gegendemonstration hatte u. a. auch der Kirchenkreis Hattingen-Witten aufgerufen, der das „Grundrecht der Glaubensfreiheit“ (vgl. [HTTPS://WWW.KIRCHE-HAWI.DE/](https://www.kirche-hawi.de/), letzter Zugriff am 12.12.14) betont hat.

<sup>371</sup> Hieran zeigt sich, dass mit dem Verweis auf diese (de-)legitimierenden Referenzinstanz sowohl Muslime mit islamistischen Bezügen als auch antimuslimische Akteure in Legitimitätsdruck gebracht werden können bzw. sollen.

Sie sprechen unsere Sprache, Fremde sind sie schon lange nicht mehr. Sie beten derzeit in einem alten Bahnschuppen, der eines Anbetungsraums unwürdig ist. Das wollen sie mit einem Neubau ändern.

Fremde und Eindringlinge gibt es aber auch in Witten. Das sind diejenigen, die Nachbarn gegeneinander aufhetzen, Rassismus verbreiten, Unruhe stiften wollen“ (WAZ 15.01.13).

Hier wurden der Fremdverortung der Muslime durch Pro NRW die Zugehörigkeitskategorien „Nachbarn“ und „Arbeitskollegen“ entgegengestellt und die Leistung der Bosniaken für die Stadt hervorgehoben (zugehörigkeitsbezogene Legitimität). Eine deutliche Grenze wird zu Pro NRW gezogen, indem sie als „Fremde und Eindringlinge“ bezeichnet und somit aus der Stadtgesellschaft symbolisch ausgeschlossen wurden. Zudem wird ihrem Handeln, das als rassistisch und unruhestiftend bezeichnet wird, die moralische Legitimität (Rassismus, Unruhe) abgesprochen. Wie in Moscheebaudiskursen häufig zu beobachten, wird auch hier auf die unwürdige Situation in der alten Moschee und die Notwendigkeit einer neuen Moschee aufmerksam gemacht. Außerdem wird hier die Legitimität des Moscheebauprojekts aus der durch die Muslime erbrachte Leistung („Steuern gezahlt“) abgeleitet (moralische Legitimität, Wert: Leistung).

### **Vernetzung als diskursive Ressource**

Die Vernetzung der Moscheegemeinde mit der Stadtgesellschaft und die Unterstützung des Moscheebauprojekts durch die Stadtgesellschaft wurde im Interview mehrmals betont und von dem Gemeindevertreter öffentlich kommuniziert, was z. B. aus der folgenden Aussage, die in der WAZ zitiert wurde, ersichtlich wird:

„Vereine und Verbände in Witten kennen uns seit Jahren“ [...]. „Wir sind in der Stadt bekannt, gut vernetzt und arbeiten mit den unterschiedlichsten Institutionen gut zusammen. Die Wittener sind tolerant, und viele Deutsche haben für unseren Moscheebau gespendet““ (Soldo, zit. in WAZ 15.01.13).

So diene nicht nur der Verweis auf die Vernetzung der muslimischen Gemeinde, sondern auch auf die Unterstützung durch Nicht-Muslime als eine diskursive Ressource, die die Legitimität des Moscheebauprojekts hervorheben sollte. Die große Wertschätzung des Engagements der Moscheegemeinde und ihrer Vernetzung wurde auf der Eröffnungs-Veranstaltung der Moschee deutlich. Die Superintendentin<sup>372</sup> betonte in ihrer Rede, dass sie bereits mehrfach in der Moschee zu Besuch gewesen und dass die bosnische Gemeinde eine sehr offene Gemeinde sei. Wie auch in anderen Fällen wurde in mehreren Redebeiträgen die Moschee als ein Zeichen des Ankommens der muslimischen Gemeinde in der Wittener Stadtgesellschaft gedeutet. Mehrmals wurden die Dialogaktivitäten auch von anderen Mitgliedern der Moscheegemeinde erwähnt,

---

<sup>372</sup> Es handelt sich um die Nachfolgerin des Superintendenten, der das Moscheebauprojekt unterstützt hat.

was die Wertschätzung des Engagements der Moscheegemeinde verdeutlicht (vgl. Protokoll Eröffnungsveranstaltung 21.05.17).

Die oben beschriebenen Unterstützungsleistungen sind nicht alle auf die Vernetzung der Moscheegemeinde zurückzuführen. Es zeigte sich jedoch, dass v. a. das Engagement des Pfarrers aus dem bestehenden interreligiösen Dialog aus der Zugehörigkeit zum gemeinsamen Gremium „WCRP-Witten“ und seinen persönlichen Kontakten zu Gemeindemitgliedern resultierte. Die Vernetzung in kommunale Netzwerke eröffnete der Moscheegemeinde die Möglichkeit, das Projekt zu präsentieren und die Stadtgesellschaft in einem wohlwollenden Rahmen zu informieren. Durch die Zugehörigkeit der Moscheegemeinde zu dem Dialogkreis eröffneten sich weitere Kontakte zum Kirchenkreis Hattingen-Witten.

Die berufliche Vernetzung des Gemeindesprechers mit der Kommunalverwaltung führte dazu, dass das Moscheebauprojekt von einer persönlich bekannten Person an die Behörden herangetragen wurde und eine Vertrauensgrundlage vorhanden war. Zugleich konnte er auf über Jahrzehnte v. a. im interreligiösen Bereich gewachsenen Strukturen aufbauen (vgl. Gespräch Sommer).

Laut eigenen Aussagen des Gemeindesprechers haben die Kontakte, die er durch seine politische, ehrenamtliche sowie berufliche Tätigkeit aufgebaut hatte, sehr geholfen. Zu den Erfahrungen mit der Befürwortung der Moschee und der Unterstützung des Moscheebauprojekts äußert der Sprecher der bosnischen Gemeinde in Witten Folgendes:

„Aber das ist die ganze beschissene Arbeit, die man vorher geleistet hat, dieses Ehrenamtliche. Da zählt es sich tatsächlich aus, und ich bin auch froh, dass wir diesen Schritt schon längst gemacht haben, seit fünfzehn Jahren da unterwegs sind und so weiter, dass die uns kennen, dass wir so gut vernetzt sind, so dass keiner irgendwie ein Problem hat“ (Int. Soldo).

Ähnlich wie Acar in Duisburg weiß der Gemeindesprecher die Unterstützung durch Teile der Stadtgesellschaft zu schätzen. Offensichtlich verlieh ihm die Gewissheit, dass die Leiter der religiösen Gemeinden sich für die Moscheegemeinde und das Bauprojekt aussprechen, Gelassenheit und Zuversicht. Die etwas raue Ausdrucksweise deutet darauf hin, dass er sein Engagement durchaus als aufwändig empfindet, dieses jedoch als lohnend ansieht.

Der Fall zeigt, dass ein Großteil der Vernetzung über eine Person erfolgt. Das kann von Nachteil sein, da die Moscheegemeinde von einer Person abhängig ist und damit ein gewisser Druck auf dem Gemeindesprecher lastet, wie aus den folgenden Aussagen des Gemeindesprechers deutlich wurde:

„Also es kommen dann auch noch junge Leute rein, die dann Aufgaben übernehmen, wenn ich delegiere. Ich delegiere aber leider sehr ungern, weil wenn es richtig gemacht werden soll, dann muss man es leider immer selber machen. Und ich würde mich aber echt dann auch freuen, wenn ich mehrere Leute hätte, auch jüngere Leute, die dann stärker auch mal in diesen Bereich hineinrutschen könnten. So dass ich dann zum

Beispiel auch krankheitsbedingt mal wirklich krank sein darf. Und ich nicht irgendwie mit einer Grippe irgendwo rumlaufen muss“ (Int. Soldo).

Auf die Nachfrage, wer die Netzwerkarbeit vor seinem Engagement im Vorstand gemacht habe, gab der Gemeindesprecher folgendes zu verstehen:

„So gut wie keiner. Da waren auch die Aktivitäten wesentlich geringer, die Kontakte nach draußen waren wesentlich geringer. Es gab hauptsächlich Kontakt zu ‚Religion für den Frieden‘ [WRRP-Witten] in dem Fall“ (Int. Soldo).

Der starke Ich-Bezug hinsichtlich der Vernetzung bestätigt die (empfundene) Hauptverantwortung des Sprechers für die Dialog- bzw. Netzwerkarbeit. An den Aussagen wird deutlich, dass der Generationenwechsel im Vorstand zu einer verstärkten Vernetzung der Moscheegemeinde geführt hat.<sup>373</sup> Wenn der Gemeindesprecher z. B. wegen eines Umzugs in eine entferntere Stadt wegfallen würde, hätte dies wahrscheinlich abschwächenden Einfluss auf die Vernetzung der Gemeinde. Dies wird auch daran deutlich, dass mehrere Personen sich ausschließlich auf ihn bezogen haben, wenn sie von der Moscheegemeinde gesprochen haben (vgl. Gespräch Moser, Gespräch Scholz).

Im nächsten Abschnitt wird erörtert, inwiefern sich die bereits vor dem Moscheebau vorhandene starke Vernetzung durch das Moscheebauprojekt gewandelt hat.

### **Gründe für den friedlichen Verlauf des Bauprojekts und der Stellenwert der sozialen Vernetzung**

Ein möglicher Grund für den friedlichen Ablauf war die räumliche und verwaltungstechnische Gegebenheit, dass die Moscheegemeinde keinen neuen Standort für ihre Moschee benötigte. Die Suche nach einem Standort entfiel und damit auch der potenzielle Protest von Anrainern und die damit verbundenen Schwierigkeiten, ein Grundstück zu erwerben<sup>374</sup>. So mag auch hier die schrittweise Erlangung von Repräsentativität (Erwerb des Grundstücks, einige Jahre später der Neubau) von Nutzen gewesen sein. Zudem waren Teile der korporativen Stadtgesellschaft bemüht, einen Konflikt erst gar nicht aufkommen zu lassen, da sie die Auseinandersetzungen in Witten-Annen im Zusammenhang mit der geplanten Moschee einer IGMG-Gemeinde in Erinnerung hatten (vgl. Gespräch Sommer). Daher unterstützten sie die bosnische Moscheegemeinde bei der Schaffung von Transparenz und damit der Legitimierung ihres Vorhabens.

Die Moschee erschien wegen ihrer Größe und der Verdeckung durch andere Gebäude relativ bescheiden, so dass dies sicherlich die Akzeptanz des Bauprojekts stärkte und daher Vorwürfe einer Übertreibung in der Stadtverwaltung und -politik erst gar nicht aufkamen.

Dass die WAZ die Stellungnahmen der Moscheegemeinde stärker aufgriff als die Kritik und Hetze von Pro NRW, ist sicherlich sowohl als Ausdruck als auch ein förderlicher Faktor für die Legitimität zu werten. Die Tatsache, dass es sich bei dem Bauherren um eine bosnische

---

<sup>373</sup> Mittlerweile [Jahr 2021] haben zwei weitere, einige Jahre jüngere Gemeindemitglieder einen Teil der Vernetzung übernommen.

<sup>374</sup> Dass die Schwierigkeit einer Moscheegemeinde sich in der Grundstücksuche manifestieren können, wird im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee in Herten wie auch der Al-Muhajirin-Moschee in Bonn deutlich.

Gemeinde handelte, hat das Bauprojekt vermutlich ebenfalls gefördert, zumindest öffentlich gehäußerte Bedenken in Grenzen gehalten. Die bosnischen Muslime gelten im (Fach-) Diskurs über den Islam als liberal, und der Islam, der in Bosnien-Herzegowina praktiziert wird, gilt als vorbildlich für die Vereinbarkeit von Religion und Säkularismus (vgl. Schmid 2008). Diesen Ruf wusste der Gemeindesprecher auf die bosnische Moscheegemeinde in Witten zu übertragen, indem er die Bosniaken und die Gemeinde in verschiedenen Kontexten als „relativ soft, sehr relaxed“ (Int. Soldo) beschrieb und die Liberalität und Toleranz der bosnischen Muslime hervorhob (vgl. diverse Gespräch Soldo, Rede Gegendemonstration).<sup>375</sup> Die jahrzehntelange Präsenz der Gemeinde in Witten, der gute Ruf der Gemeinde und ihre vielfältige Vernetzung zur Stadtgesellschaft hat die Moscheegemeinde im Legitimierungsdiskurs als Teil Wittens und ihre geplante Moschee für viele Akteure als wünschenswert erscheinen lassen.

### **Wandel der Vernetzung durch das Moscheebauprojekt**

Anhand der Gespräche mit mehreren Gemeindemitgliedern und dem Gemeindevorstand wurde deutlich, dass die Befürwortung und Unterstützung des Moscheebaus und ihrer Gemeinde das Gefühl, zur Stadt dazuzugehören, verstärkt hat.

„Wie gesagt, das mit den Kirchen, mit dem Superintendent, wo er dann uns klipp und klar sagte: ‚Hör mal, wir stehen dahinter, ich schreibe direkt einen Gegenartikel, wenn du es sagst, und so weiter und wenn da was notwendig ist‘. Die Kontakte werden enger sogar, also man kommt näher zusammen halt, man versteht sich dann, was heißt besser, aber man hat das gleiche Ziel, Glaubensfreiheit und so weiter, und das bringt dann auch einen schon zusammen, im Sinne von ‚wir stehen gegen Rechts ein, wir sind eine gemeinsame Front, ihr seid nicht die Bosniaken oder so oder ihr seid nicht die Muslime, wir sind Wittener‘. [...] Es entsteht so langsam ein Block, teilweise, oder der ist ja auch schon da, aber wir rücken als Bosniaken, als bosnische Gemeinde in diesen Block so langsam rein halt. Und ich glaube dadurch entstehen dann tiefere Kontakte als es jetzt schon ist. Aber wenn ich daran denke, halt auch zu Linken und so weiter, die, mit denen ich jetzt kaum weniger oder wenig oder bis gar nichts zu tun hatte, dann plötzlich hast du Kontakte noch und so weiter und so fort. Also man kommt da mehr

---

<sup>375</sup> Im Zusammenhang mit bosnischem Islam und Muslimen wird von einem „Euro-Islam“ gesprochen. Bosnische Islamgelehrte gehören zu den führenden Theologen, die eine multiperspektivische Auslegung des Islam propagieren, wie z. B. Enes Karic, der von einer „multi-interpretability“ des Koran spricht, oder Fikret Karic, der die Scharia als religiöse und ethnische Norm und nicht als positives Recht definiert (vgl. Schmid 2008: o.S.). Hintergrund dafür ist die Jahrhunderte alte multikonfessionelle Prägung Bosnien-Herzegowinas, das im 6. und 7. Jahrhundert christianisiert wurde, im 15. Jahrhundert Teil des osmanischen Reiches und später Teil der Österreichisch-Ungarischen Monarchie geworden ist. Dort sind mit dem Islamgesetz von 1912 Regelungen bezüglich der Minderheitensituation der Muslime in die staatlichen säkularen Strukturen integriert worden (vgl. Schmid 2008: o. S.).

Dies Geschichte hat ein spezifisches Selbstverständnis der Bosniaken zur Folge, was z. B. an der folgenden Aussage des Haupt-Imams der Bosniaken in Deutschland Mustafa Klanco in den 1990er Jahre deutlich wird:

„Die bosniakischen Muslime leben den Islam schon 120 Jahre lang in einem säkularen Staat, in einem westlichen Kulturkreis. Sie haben ein Modell gefunden, wie sie ihren Glauben, ihre Kultur und ihre Tradition beibehalten können. Sie haben herausgefunden, wie sie ihren Glauben auch in einem säkularen Staat leben können“ (Klanco, zitiert nach Arbutina 2007: o. S.).

Auch wenn die bosnischen Muslime, die seit 1994 in dem Dachverband „Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland“ (IGBD) organisiert sind, in der deutschen Öffentlichkeit wenig vernehmbar waren (vgl. ebd.), gelangte das bosnische Selbstverständnis durchaus in den deutschen Islamdiskurs, was sich in Zeitungsartikeln mit Schlagzeilen wie „Bosnien – Ein Islam für Europa“ (FAZ 14.08.14) widerspiegelt. Dies mag ein Grund sein, warum die salafistischen Mitglieder in der Gemeinde nicht zum Politikum geworden sind, da davon ausgegangen werden kann, dass die liberalen Strömungen überwiegen.

in diese Szene nochmal rein und ich habe das Gefühl, echt, es wird vertieft so“ (Int. Soldo).

Die Aussagen machen deutlich, dass v. a. die grenzübergreifende Kategorie der „Wittener“, wie im Fall der Merkez-Moschee die Kategorie der „Marxloher“, der bosnischen Gemeinde die Möglichkeit gab, sich identifikativ in die Stadtgesellschaft einzufügen, und dass der gemeinsame Widerstand gegen rechtsradikale Proteste ein Gefühl des Zusammenhalts gestärkt hat. Zudem wird das Prozesshafte der Vernetzung im Zusammenhang des Moscheebauprojekts verdeutlicht („kommt näher zusammen halt“; „das bringt dann auch einen schon zusammen“; „es entsteht so langsam...“; „dann plötzlich hast du Kontakte“; „es vertieft sich so“). Zusätzlich eröffnete das Bestehen der Moschee neue Kooperationsmöglichkeiten mit der Stadtgesellschaft. Bereits vor dem Baubeginn stand für die Moscheegemeinde fest, dass der Veranstaltungsraum von Gruppen und Vereinen, die über keine entsprechenden Räumlichkeiten verfügen, und für diverse öffentliche Veranstaltungen genutzt werden sollte (vgl. Int. Soldo). Dies wurde im Legitimierungsdiskurs entsprechend öffentlich kommuniziert und das Moscheegeäude somit in den Dienst der Stadtgesellschaft gestellt. So wird der Gemeindegliedsprecher mit folgenden Worten zitiert: „Unsere Moschee soll weltoffen sein und auch Vereinen oder der Stadt für Veranstaltungen zur Verfügung stehen.“ (Soldo, zit. nach WAZ 13.12.11). Mittlerweile nutzen kleinere säkulare Vereine tatsächlich den Saal für Veranstaltungen (vgl. Gespräch Gemeindeglieder). Dies verdeutlicht den Wandel von randständigen, wenig etablierten Gemeinden in der Emigration, die andere Moscheen in Anspruch nehmen mussten und bei dem Ausbau ihrer Infrastruktur auf die Hilfe eines Pfarrers angewiesen waren, hin zu einer Etablierung mit einem eigenen, gut ausgestatteten und repräsentativen Zentrum, dessen Infrastruktur Akteuren mit weniger Ressourcen zur Verfügung gestellt werden kann. Mit Rückgriff auf Elias' Gegenüberstellung von Etablierten und Außenseitern (vgl. Hüttermann 2006, Kap. 3) kann dies als Ausdruck eines Wandels von Außenseitern hin zu Etablierten betrachtet werden, was von vielen Akteuren der Stadtgesellschaft für legitim befunden wird, wie aus der Fürsprache und Befürwortung des Moscheebauprojekts ersichtlich wird. Auch finden öffentliche Veranstaltungen statt wie z. B. die Demokratiekonferenz, eine Konferenz des lokalen Projekts des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, was die Öffnung der Moschee und die Offenheit der Moscheegemeinde bestätigt (vgl. Gespräch Moser). Im Gespräch mit einem städtischen Mitarbeiter erklärte dieser, dass die neue Moschee ein Ort sei, den die Stadt im Blick habe und an dem künftig möglichst verschiedene Veranstaltungen im Themenbereich „Integration und Demokratie“ stattfinden sollen. Die Moschee soll genutzt werden, um der Zivilgesellschaft Zugang zu Muslimen zu ermöglichen (vgl. Int. Moser), was zum Teil bereits durch Veranstaltungen geschehen ist. Eine weitere Kooperation zwischen Moscheegemeinde und Verwaltung sind Moscheeführungen. So bewarb und organisierte das Wittener Stadtmarketing, das auch Führungen im Kohleflöz des Nachtigallenstollen im Wittener Westen Werbung macht, Führungen in der Moschee und vermittelte Interessierte an die Moscheegemeinde (vgl. Website Stadt Witten

24.06.18<sup>376</sup>). Nach einiger Zeit ist das Interesse an Moscheeführungen jedoch etwas abgeebbt, so dass die Intensität der Führungen im Jahr 2019 geringer war als in den Monaten nach der Moscheeeröffnung (E-Mail Soldo).

Zudem fanden seit der Fertigstellung der neuen Moschee mehr Veranstaltungen in der Moschee statt, an denen auch Bosniaken von außerhalb der Moscheegemeinde teilnahmen. So fand z. B. im Oktober 2018 Veranstaltungen mit Gastpredigern aus Bosnien und Herzegowina statt und im Dezember 2017 eine humanitäre Veranstaltung „Speisen für Weisen“ in Zusammenarbeit mit der Hilfsorganisation „Islamic Relief“. Die Einnahmen wurden nach Bosnien und Herzegowina gespendet, was auf die transnationale Vernetzung der Moscheegemeinde hindeutet. Im September 2018 wurde im Namen des gesamten Dachverbands eine Lesung mit dem Autor Harun Hodzic über die Konflikte in Bosnien und Herzegowina durchgeführt (vgl. BKC-Facebook-Präsenz<sup>377</sup>). Zudem werden jetzt regelmäßig Veranstaltungen des Jugendnetzwerkes der Islamischen Gemeinschaft der Bosniaken, eines Zusammenschlusses der Jugendgruppen der Moscheegemeinden, die zum Dachverband gehören, in der Moschee organisiert. So wurde z. B. im Vorfeld eines alljährlich stattfindenden Schweigemarsches, der an das Massaker in Srebrenica erinnert, ein Workshop in der Moschee zu dem Thema durchgeführt. Das Gedenken an die bosniakischen Opfer der Balkankriege scheint ein wichtiges Thema zu sein. So erinnern die Gemeinde und der Gemeindesprecher auf Facebook durch entsprechende Postings an das Geschehen und die Moscheegemeinde beteiligt sich aktiv an den jährlichen Schweigemärschen. Außerdem leistete die Moscheegemeinde einen Beitrag zur Ausstellung anlässlich des Weltflüchtlingstags mit der Gestaltung von zwei Plakaten zur Flucht aus Bosnien und Herzegowina (vgl. BKC-Facebook-Präsenz). Damit flossen die Erfahrungen der Gemeindemitglieder in die allgemeine Beschäftigung der (Stadt-) Gesellschaft mit Fluchtmigration ein. Nach Angaben des Gemeindesprechers habe es solche Veranstaltungen in dieser Menge und Vielfalt in der alten Moschee aus Platzgründen nicht gegeben (vgl. Gespräch Soldo). Ferner gibt es eine Folklore-Gruppe, an der sich auch Nicht-Gemeindemitglieder beteiligen, das jedoch von den salafistischen Gemeindemitgliedern abgelehnt und kritisiert wird, was zeigt, dass die Angebote in der Moschee Gegenstand von Aushandlungen sind (vgl. E-Mail von Soldo).

Wie oben schon angesprochen, hat es durch den Moscheebau keine nennenswerte Veränderung in der Vernetzung zu Sommer gegeben, da die Vernetzung bereits vorher intensiv war, was typisch für intensive Beziehungen zu sein scheint. Es zeigt sich, dass durch das Moscheebauprojekt die Moschee und der Gemeindesprecher stärker in das Bewusstsein der Stadtgesellschaft getreten sind und einige Entwicklungen wie der Einzug des Gemeindesprechers in den Stadtrat 2014 dadurch beeinflusst wurden.

Die obigen Ausführungen zeigen, dass die Vernetzung der Moscheegemeinde zur Legitimität des Moscheebauprojekts stark beigetragen hat. Der nächste Abschnitt erörtert noch weitere Gründe für die relativ hohe Legitimität des Moscheebauprojekts.

---

<sup>376</sup> [https://www.witten.de/rathaus-service/verwaltung/presseinformationen/news-einzelansicht/news/moscheefuehrung-jetzt-anmelden-fuer-den-23-juni/?TX\\_NEWS\\_PI1%5BCONTROLLER%5D=News&TX\\_NEWS\\_PI1%5BACTION%5D=DETAIL&CHASH=7DB1784669FE72D875E783F6C791C659](https://www.witten.de/rathaus-service/verwaltung/presseinformationen/news-einzelansicht/news/moscheefuehrung-jetzt-anmelden-fuer-den-23-juni/?TX_NEWS_PI1%5BCONTROLLER%5D=News&TX_NEWS_PI1%5BACTION%5D=DETAIL&CHASH=7DB1784669FE72D875E783F6C791C659), letzter Zugriff am 29.0.2021.

<sup>377</sup> <https://pt-br.facebook.com/BKCWITTEN/PHOTOS/A.1477355435870193/2197443270528069/?TYPE=3>, letzter Zugriff am 29.06.21.



### 8.1.5 Zusammenfassung

Die vorliegende Fallstudie verdeutlicht, wie die Vernetzung einer Moscheegemeinde zur Legitimität ihres Moscheebauprojekts beigetragen hat. Zum einen sind die Ausgangsbedingungen für die Legitimität und den Verlauf des Moscheebauprojekts als positiv zu werten, wie die tendenziell positive Wahrnehmung der bosnischen Muslime durch die soziale Umwelt und einem bereits im Besitz der Moscheegemeinde befindlichen Grundstück.

Die bosnische Gemeinde ist die einzige Moscheegemeinde aus dem Sample, deren Organisationszugehörigkeit und ethnisch-religiöse Prägung keine Herausforderung im Legitimierungsprozess dargestellt hat, mit Ausnahme der Demonstration von Pro NRW, die allerdings keinen Rückhalt in der Kommune und der lokalen Presse hatte.

Hinsichtlich der Befürwortung durch die Kommune ähnelt der vorliegende Fall dem der Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh, ohne jedoch eine vergleichbare öffentlich-mediale Präsenz erlangt zu haben. Ähnlich wie im Fall der Merkez-Moschee spielte die Vernetzung des Gemeindesprechers, insbesondere durch die Mitgliederüberschneidung eine wichtige Rolle für die Legitimierung und Legitimität der Moscheebauprojekte. Das langjährige Engagement der Moscheegemeinde u. a. im interreligiösen Dialog und die vielfältige Vernetzung der Gemeinde, insbesondere durch ihren in der Kommunalpolitik und Verwaltung aktiven Sprecher (über Mitgliederüberschneidung und intensive Bekanntschaften) als gemeindeinterner Netzwerkakteur, trugen zudem zur Transparenz des Vorhabens und eines Vertrauens gegenüber der Gemeinde von Seiten der Politik und Verwaltung und somit zur Legitimität des Moscheebauprojekts bei. Für den Legitimierungsprozess konnten bestehende Kommunikationskanäle genutzt werden. Der gute Ruf der Moscheegemeinde und der konstante Informationsfluss waren förderlich für die moralische sowie die kognitive informationsbezogene Legitimität.

Der Stadtrat hat zwar in diesem Fall eine untergeordnete Rolle gespielt, da er hier keine formelle Entscheidungskompetenzen hatte. Doch für die Realisierung des Moscheebauprojekts war es förderlich, dass das Projekt in der Politik weitgehend befürwortet wurde, mit Ausnahme der rechtspopulistischen und rechtsradikalen Pro NRW, die von den etablierten Parteien marginalisiert wurde. Von der Verwaltung wurde der Moscheebau durch wohlwollende Beratung (Informationstransfer) unterstützt.

Diverse Unterstützungsleistungen, wie z. B. Geldtransfer und das Zur-Verfügung-Stellen von eigenen Kompetenzen bzw. der eigenen Arbeitskraft für die Errichtung der Moschee erfolgten v. a. über die intrareligiöse Vernetzung innerhalb der bosnischen Community. Dies zeigt, dass das Ereignis Moscheebau innerreligiöse Unterstützungspotenziale und Sozialkapital mobilisiert hat.

Da die Vernetzung zwischen der korporativen Stadtgesellschaft und der Moscheegemeinde bereits intensiv gewesen war, konnte nach dem Moscheebau kein großer Wandel der Vernetzung verzeichnet werden. Doch durch die bestehende neue Infrastruktur, die Bereitschaft der Moscheegemeinde und das Interesse der sozialen Umwelt ergaben sich bereits verschiedene Veranstaltungen in dem Moscheegebäude und zahlreiche Führungen. Damit kam es zu einer Ausweitung der Beziehungsinhalte zu kommunalen Stellen, die an dem Gebäude als

Austragungsort von Veranstaltungen interessiert sind und es besteht eine neue Opportunitätsstruktur für das Kennenlernen neuer Personen.

## **8.2 Die Blaue Moschee in Herten – Übernachtungsmöglichkeiten in der Moschee als Politikum**

### **8.2.1 Fallskizze und Legitimierung**

Die vorliegende Fallstudie beschäftigt sich mit einer Moscheegemeinde des VIKZ-Dachverbandes in der Ruhrgebietsstadt Herten. Der VIKZ zeichnet sich dadurch aus, dass er besonderen Fokus auf religiöse Bildungsangebote legt und die zugehörigen Gemeinden ihre Moscheen häufig ohne Minarette und Kuppel errichten. Der Fokus wird nicht auf die Legitimierung im Vorfeld der Errichtung der Moschee gelegt, sondern auf den Zeitraum danach, da es erst dort zu Legitimitätsproblemen gekommen ist, die zum Teil charakteristisch für die Beziehungen zwischen den VIKZ-Gemeinden und ihrer sozialen Umwelt sind. Konkret geht es um eine geplante Wochenend- und Ferienbetreuung in der neu erbauten „Blauen Moschee“ und die Widerstände, die sich in der Stadtgesellschaft ergeben haben. Es werden Gründe für die Widerstände und der Umgang der Moscheegemeinde damit aufgezeigt und der Legitimierungsdiskurs im Spannungsfeld zwischen Parallelgesellschaftsvorwürfen und Integrationsleistungen der Gemeinde nachgezeichnet.

Herten liegt im nördlichen Ruhrgebiet, gehört zum Kreis Recklinghausen und war hinsichtlich der Fördermenge zeitweise eine der größten Bergbaustädte Europas (vgl. Kracht 2008: 164). Ähnlich wie in anderen industriellen Städten haben sich auch hier Muslime angesiedelt, was vor allem auf die Gastarbeiterära zurückzuführen ist. Aktuell wohnen hier über 61.000 Einwohner, 12,6 % davon sind Ausländer, von denen viele aus der Türkei stammen (vgl. Website Stadt Herten 2015<sup>378</sup>). Die in der Stadt lebenden Muslime organisieren sich in sechs Moscheegemeinden, wobei eine Hälfte der Gemeinden dem VIKZ und die andere Hälfte der DITIB angehört. Davon haben zwei Gemeinden in den letzten Jahren neue Moscheen errichtet. Abgesehen von der VIKZ-Gemeinde, die ihre Moschee im Jahr 2009 einweihte, baute auch die DITIB-Gemeinde, offiziell „DITIB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Herten-Langenbochum e. V.“, eine Moschee im Nachbarstadtteil, die im Jahr 2018 fertiggestellt wurde und im nächsten Kapitel behandelt wird.

Die VIKZ- und DITIB-Moscheegemeinden sind über eine gemeinsame Liste „Gemeinsam für Herten“ (GfH) im Integrationsrat vertreten. Sie stellen dort die stärkste Liste dar, die in den Wahlen 2010 71,7% und 2014 61,3% der Stimmen geholt hat (vgl. WAZ 28.05.14). Seit 2003 besteht der Christlich-islamische Arbeitskreis Herten (CIAK). Dieser Arbeitskreis ist aus dem Schulprojekt einer Hertener Grundschule „Wir entdecken unsere Schätze“ hervorgegangen und setzt sich zusammen aus DITIB- und VIKZ-Gemeinden, der katholischen Gemeinde und wird geleitet durch die evangelische Kirchengemeinde. Neben einem monatlichen internen Treffen der religiösen Vertreter für theologischen und sachbezogenen Austausch finden

---

<sup>378</sup><https://www.herten.de/leben-in-herten/stadtporrait/zahlen-daten-fakten/bevoelkerung/index.html>, letzter Zugriff am 07.09.16.

verschiedene öffentliche Informationsveranstaltungen statt wie z. B. über Toleranz in Christentum und Islam.<sup>379</sup>

Wie andere Ruhrgebietsstädte war und ist Herten mit den Herausforderungen des Strukturwandels konfrontiert, die sie mit integrierten Stadtentwicklungsprojekten zu bewältigen versucht. Ein Beispiel ist das integrierte Handlungskonzept Nord, in dem auch Moscheegemeinden als Ansprechpartner für die Bedarfe der Bevölkerung fungieren (vgl. Int. Lueke).

In Herten, in dem traditionell die SPD die Mehrheiten im Stadtrat stellt, haben sich kleine Wählerinitiativen herausgebildet, die im Stadtrat vertreten waren und sich am Legitimierungsdiskurs stark gegen die Moscheebauprojekte, insbesondere gegen die DITIB-Moschee ausgesprochen haben. Zu nennen ist eine Stadtverordnete von der von der Wählerinitiative „WIR in Herten“ (WIR) und die die „Unabhängigen Bürger Partei“ (UBP), die beide 2009 in den Stadtrat eingezogen sind.<sup>380</sup> Beide haben eine starke Ausrichtung auf das Thema Zuwanderung und Islam und verurteilen die Moscheegemeinden in ihren öffentlichen Stellungnahmen als gefährlich und integrationsfeindlich.

Tabelle 19: Chronologischer Ablauf

Datum/Periode	Entscheidende Ereignisse, bzw. Phasen des Moscheeprojekts
1977	Gründung der Gemeinde, Moschee in einer angemieteten Wohnung
1983/84	Moscheegemeinde zieht in ein angemietetes altes Kino in Herten-Mitte
1991	Alter Supermarkt wird erworben und die Moscheegemeinde zieht dort ein, Feldstraße 118
1996/1997	Wunsch nach einer neuen Moschee kristallisiert sich heraus
1998	Kauf des Grundstücks an der Paschenbergstraße von der Ruhrkohle AG
1998-2002	„... vier Jahre der aktiven Überzeugungsarbeit“ (Int. Özdemir <sup>381</sup> ) durch die Moscheegemeinde
2002	Erster Spatenstich
2006	Gründung der antimuslimischen „Unabhängigen Bürger Partei“ (UBP)
2008	Wählerinitiative „WIR in Herten e.V.“ (WIR) wird gegründet

<sup>379</sup> Am 24.09.09 verabschiedete der CIAK eine Konsenserklärung, in der er sich als eine wichtige Aufgabe vornimmt, „[...] das friedliche Zusammenleben der Menschen in Herten zu fördern und bei eventuell auftretenden Konflikten deeskalierend und beruhigend zu wirken“ (CIAK Herten 24.09.09). Dieses Schreiben wurde vom damaligen Bürgermeister unterschrieben, was veranschaulicht, welch hohen Stellenwert der interreligiöse Dialog für die Kommunalpolitik hat.

<sup>380</sup> Die Vertreterin von WIR, Jutta Becker, war bereits vorher im Stadtrat als parteiunabhängige Ratsfrau vertreten.

<sup>381</sup> Adnan Özdemir ist langjähriger Sprecher der Moscheegemeinde.

April 2008	<p>Kölner Stadtanzeiger (KstA) veröffentlicht Artikel, in denen die VIKZ als „integrationsfeindlich“ eingeschätzt wird.</p> <p>Haupt- und Finanzausschuss stimmen gegen eine Förderung der VIKZ in Herten. Demonstration der VIKZ-Gemeinden in Herten mit dem Slogan: „Wir sind integrationsfreundlich! Grenzt uns nicht aus!“</p> <p>VIKZ-Verband gibt Untersuchung seiner Einrichtungen in Auftrag (Herten ist jedoch nicht dabei).</p> <p>30.04.2008: Beschluss des Rates: Einstellung von Förderung für Integrationsmaßnahmen der VIKZ-Gemeinden - unter Vorbehalt</p> <p>11.06.2008: Beschluss wird zurückgenommen.</p>
05. April 2009	<p>Offizielle Einweihung der neuen Moschee, Abnahme ohne Übernachtungsmöglichkeiten.</p>
2009	<p>Veranstaltung mit Dr. Spuler-Stegemann</p>
2010	<p>Diverse Auseinandersetzungen um die Einrichtung von Übernachtungsmöglichkeiten im Moscheekomplex. Moscheegemeinde möchte Pläne für Übernachtungen am Wochenende und in den Ferien realisieren.</p> <p>Januar 2010: Antrag zurückgezogen (vgl. HA 17.03.10).</p> <p>26. März 2010: Demonstration von Pro NRW im Vorfeld der NRW Wahlen.</p> <p>WIR zieht in den Stadtrat</p>

*Quelle: eigene Darstellung*

Die VIKZ-Gemeinde, die den offiziellen Namen „Zentrum für Bildung und Integration“ (ZBI) trägt, wurde 1977 gegründet und hat sich anfangs für ihre Gemeindezwecke eine kleine Wohnung in der Stadt angemietet. Danach zog die Moscheegemeinde in ein ehemaliges Kino und später in einen ehemaligen Supermarkt. Doch auch diese Räume sind mit der Zeit v. a. für das Freitagsgebet zu klein geworden. Da die Gemeinde zudem beabsichtigte, ihre Angebote in der Moschee ausbauen, fasste sie den Beschluss, nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, eine größere Moschee einzurichten. Nach diversen Aushandlungen sowie einer mehrjährigen Standortsuche mit Unterstützung der Kommune wurde 2002 der Bauprozess im Stadtteil Paschenberg an der Paschenbergstraße 151 eingeleitet (vgl. Int. Özdemir).

Nach Angaben des Gemeindesprechers war wie im Fall der bosnischen Gemeinde auch hier eine Person leitend. Ersoy Sam war sowohl in der Moscheegemeinde als auch in der Stadtgesellschaft sehr engagiert, was u. a. daraus ersichtlich wird, dass er zeitweise Vorsitzender des Moscheevereins und des Ausländerbeirats bzw. Integrationsrats in Herten war. Vor allem über ihn wurden diverse Politiker kontaktiert, um auf das Vorhaben aufmerksam zu machen, was dem Gemeindesprecher zufolge dazu beigetragen hat, dass das Projekt weitgehend akzeptiert wurde.

Um mit Stakeholdern mit Entscheidungskompetenz in Kontakt zu kommen und sie über ihr Projekt zu informieren haben die Vertreter der Moscheegemeinde, insbesondere Sam,

bewusst Netzwerkarbeit als Legitimierungshandlung betrieben, wie aus den Aussagen des Gemeindesprechers hervorgeht:

„Also Gespräche, man hat die kennengelernt, das ist ein Prozess, das geht nicht von heute auf morgen, weil das sind Prozesse, [Personen,]die man sich erst mal eingeladen hat, zum Beispiel Fraktionsvorsitzenden, dann Gespräche geführt hat, man hat sich kennengelernt, und das ist natürlich jetzt so gesehen '96, '97 haben wir schon angefangen mit dem Gedanken, etwas kaufen und bauen zu wollen, und das ging Schritt für Schritt natürlich, also das geht nicht von heute auf morgen, man muss die Leute, Persönlichkeiten kennenlernen und auch ihr Vertrauen aufbauen (Int. Özdemir).

Eine andere Passage zeigt, wie die Netzwerkarbeit aktiv betrieben wurde:

„Also Sie kennen Herrn X und Sie haben mich vorgestellt, also ich hab gebeten, ich möchte mal den Vorsitzenden der CDU kennenlernen und da wurde ich vorgestellt und den haben wir dann in die Moschee eingeladen, uns vorgestellt. Da haben auch unser Iftar-Essen, Fastenbrechen-Essen, es hat natürlich einen sehr großen Vorlauf beziehungsweise eine sehr große Funktion ausgeführt, dass wir uns kennenlernten, also dass Menschen uns kennenlernen konnten. Diese Iftar-Essen, Fastenbrechen-Essen waren um die Hemmschwelle zu sinken, also dass man niederschwellig da einsteigen konnte, dass: ‚Ah, ich wurde zur Moschee eingeladen zum Essen‘. Und dann ging's los, also dann hat man natürlich dann geguckt, wer ist Vorsitzender, okay, Internet gab's nicht so viel jetzt in den Jahren, aber dann hat man geguckt, ja, wen kann man da einladen, ja Fraktionsvorsitzende, Ratsmitglieder, die man kannte oder die man sah. Ja, dann sind diese Netzwerke entstanden, Schritt für Schritt“ (Int. Özdemir).

Aus den Aussagen wird ebenfalls deutlich, dass die muslimischen Vertreter das Iftar-Essen als eine Art Vernetzungsinstrument nutzen und damit ihre Beziehungen zu den politischen Entscheidungsträgern ausbauen wollten. Zudem wird ersichtlich, dass Kontakte weiteren Kontakten geführt haben, wie der Sprecher mit dem Ausdruck „Schritt für Schritt“ nahelegt. Auch wenn die Nachbarschaft anfangs vernachlässigt wurde, ist man mit der Zeit dazu übergegangen, im Rahmen von Informationsveranstaltungen und Führungen in der alten Moschee die Bürger zu informieren.

Der Dachverbandssprecher sowie der Hertener Baurat bestätigen den friedlichen Verlauf des Moscheebauprojekts. Aus dem Interview mit dem Baurat wird ersichtlich, dass die Stadtverwaltung und ein Großteil der Stadtpolitik den Bedarf nach einer neuen Moschee aufgrund der Raumknappheit und der Parkplatzschwierigkeiten sowie der damit einhergehenden Konflikte mit der Nachbarschaft grundsätzlich anerkannten. So kam es dazu, dass die Stadt das Moscheebauprojekt auch aktiv unterstützt hat, indem nach einem geeigneten Grundstück suchte (Zur-Verfügung-Stellen von Kompetenzen) und die Verkaufsgespräche mit der Ruhrkohle AG dahingehend begleitete, dass das Unternehmen sein Grundstück verkauft (Fürsprache) (vgl. Int.

Lueke). Trotz der initiierten Kontakte gab es Unklarheiten und parteiübergreifende Vorbehalte gegenüber den Plänen, Schlafplätze in dem Gebäude einzurichten (vgl. Int. Lueke).

Am 05.04.2009 fand die offizielle Eröffnungsveranstaltung statt, zu der ca. 4.000 Gäste gekommen sind, darunter der Bürgermeister, der Präsident der VIKZ, Vertreter des türkischen Generalkonsulats Münster und Vertreter der Kirchen. Das mehrstöckige Haus mit weißen Fassaden und blauen Umrahmungen der Fenster und blauen Dächern, was ihr den Namen „blaue Moschee“ einbrachte, befindet sich in einem Mischgebiet und ist mit 2.000 m<sup>2</sup> und mehreren Räumen auf drei Etagen großzügig angelegt. Hinsichtlich der Symbole ist ein Spezifikum der VIKZ vorzufinden, denn sie besitzt trotz ihrer Größe kein Minarett und keine Kuppel und ist nicht unmittelbar als eine Moschee erkennbar (siehe Abb. 23).<sup>382</sup> Darauf wurde verzichtet, um keinen Konflikt zu riskieren. Sowohl im Interview mit dem Dachverbandsvertreter als auch mit dem Gemeindesprecher wird betont, dass die Form des Gebäudes v. a. der Arbeit der Gemeinde(n) entsprechen sollte und das äußere Erscheinungsbild sekundär sei (vgl. Int. Özdemir, Int. VIKZ).<sup>383</sup> Auch war zwischenzeitlich eine Ummauerung der Moschee geplant. Diese Pläne stellten jedoch in der Wahrnehmung der Verwaltung ein Symbol von Abschottung dar, so dass sie die Gemeinde dazu gebracht hat, darauf zu verzichten (vgl. Int. Lueke), was darauf hinweist, dass auch architektonische Elemente jenseits von Minaretten symbolisch aufgeladen und umstritten sein können.

---

<sup>382</sup> Obwohl die Moschee keine als muslimisch erkennbarer Gebets- und Versammlungshaus erkennbare Symbole aufweist, hat die antimuslimische Partei Pro NRW das Gebäude gewählt, um am 26. März eine Mahnwache unter dem Motto „Abendland in Christenhand“ abzuhalten (vgl. HA 19.03.10), was zeigt, dass es keiner Minarette und Kuppel bedurfte, um als Symbol für eine vermeintliche Islamisierung zu fungieren. Dagegen formierte sich eine Gegendemonstration und die Kirchengemeinden in Herten verfassten eine Erklärung „Nein zu ‚Abendland in Christenhand‘“ gegen die Aktion und das Motto von Pro NRW, bei der sie sich gegen eine Vereinnahmung des christlichen Glaubens zur Verunglimpfung von Muslimen aussprachen und sich für ein friedliches Miteinander von Muslimen und Christen aussprachen. Interessanterweise bezogen sich die christlichen Sprecher dabei auf die Konsenserklärung des CIAK (Christlich-Islamischer Arbeitskreis), die als normativer Bezugspunkt diente. Daran zeigt sich die normative Wirkung vom interreligiösen Dialog für das Zusammenleben von Christen und Muslimen in der Stadt und den Umgang mit antimuslimischen Akteuren und Narrativen. Dass v.a. genuin christliche Akteure der Partei das Recht absprachen, im Namen der Christen zu sprechen, um sich von Muslimen abzugrenzen, darf die Legitimität dieser Aktionen geschwächt haben.

<sup>383</sup> Der Dachverbandsvertreter stellte v. a. den funktionalen Aspekt der Moschee in den Vordergrund, was dem hohen Stellenwert der Einrichtungen für die Jugendlichen entspricht:

„Räumlichkeiten, die wir dann benötigen, auch wirklich dann funktional ausnutzen und ausschöpfen, das ganze Gelände, dass wir einfach unsere Arbeit dann optimal tun können. Uns geht es überhaupt gar nicht darum, dass wir irgendwie expressionistisch irgendwie unser Gebäude darstellen oder sagen: ‚Hier, schaut mal, was wir hier irgendwie errichtet haben.‘ Es geht uns wirklich nur darum, dass wir unsere Arbeit täglich dann auch funktional erledigen können“ (Int. VIKZ). Tatsächlich gibt der Dachverbandsvertreter an, dass nur drei Moscheen von ca. dreihundert ein Minarett besäßen.

Vor dem Hintergrund des Bemühens der Gemeinde um entsprechende Räume für ihre Jugendarbeit kann man annehmen, dass sie dieses nicht durch Konflikte um ein Minarett gefährden wollten. Der Gemeindesprecher fasst es folgendermaßen in Worte:

„Weil einfach es nicht auf Gebäude ankommt. Also es kommt nicht auf Gebäude an, wenn ich hier die Menschen gegenüber Islam aufbringe und unsere Gemeinde aufbringe, davon habe ich nichts, davon habe ich nichts, auch als VIKZ nicht. [...] was die Gemeinde möchte und was ein sehr wichtiger Aspekt ist, was ich Ihnen erzählt habe, mit dem Volk zusammenleben. Also ein Gebäude zu versuchen zu bauen, was das Volk spaltet, gegenüber Islam aufbringt, mehr Hetze aufbringt gegenüber Islam, ist nicht Ziel des VIKZ's“ (Int. Özdemir). Insofern scheint es auch in diesem Fall ein wahrgenommenes Spannungsfeld zwischen dem Ausbau der Angebote und dem Betreten des öffentlichen Raums durch Moscheen zu geben.

Abbildung 19: Die Blaue Moschee



Quelle: eigene Aufnahme

### 8.2.2 Die Legitimität des Moscheebauprojekts: Moschee als Grundlage für eine religiöse „Parallelgesellschaft“? Umgang der Stadtgesellschaft mit den Plänen für Übernachtungsmöglichkeiten

Kurz vor der Fertigstellung entbrannte ein offener Legitimierungsdiskurs um die Einrichtung und die Genehmigung von Übernachtungsmöglichkeiten und Ferienbetreuung in der Moschee. Dabei wurden das geplante Angebot von den Kritikern mit Segregationstendenzen assoziiert und von der Moscheegemeinde mit Integrationsangeboten für Jugendliche in Verbindung gebracht. Die Verwaltung und Teile der Politik nahmen zunächst eine abwartende Position ein, da nicht klar war, was die Moscheegemeinde konkret plante. Die Skepsis der Stadt resultierte bei der Abnahme des Gebäudes, schließlich in einer Auflage, die Übernachtungsmöglichkeiten in der Moschee verbietet (vgl. Int. Özdemir). Der Plan, Wochenend- und Ferienbetreuung in der Moscheegemeinde einzurichten, bestand augenscheinlich schon seit längerem, jedoch wurde er nicht direkt und offen kommuniziert. Offensichtlich wurde mit dem Gebäude eine sozio-religiöse Infrastruktur angelegt, die erst im späteren Verlauf den Behörden und der Stadtgesellschaft kommuniziert werden sollte. Vermutlich gab es eine Zurückhaltung der Moscheegemeinde aufgrund des kritischen Diskurses um die Einrichtungen des VIKZ (s. u.).<sup>384</sup>

<sup>384</sup> Ein Blick in die Presseerklärungen des Verbandes in der Phase, als in Herten die Moschee gebaut wurde, offenbart, dass die Zentrale den bundesweiten Diskurs aufmerksam verfolgte und sich gegen diverse Vorwürfe von integrationsfeindlichen und parallelgesellschaftlichen Tendenzen aktiv wehrte (vgl. VIKZ 02.10.03, VIKZ 12.07.05).

Hier zeigte sich, dass sich die Moscheegemeinde durchaus der Legitimitätsprobleme der geplanten Angebote bewusst war und sich möglicherweise aus diesem Grund und in Absprache mit der Zentrale entschieden hatte, die Legitimierung ihres Gesamtvorhabens schrittweise zu gestalten: erst die sozio-religiöse Infrastruktur aufbauen, dann die Betreuungsangebote in den Räumlichkeiten. Kurz vor der Fertigstellung und Abnahme des Moscheegebäudes im April 2008, als ein Antrag auf Betriebserlaubnis für die Ferien- und Wochenendbetreuung hätte gestellt werden können<sup>385</sup>, gab es eine Entwicklung, die eine negative Ausgangslage für die Legitimierung der Betreuung darstellte, die hier kurz erläutert werden soll. Im April 2008 berichtete der Kölner Stadtanzeiger, dass die Kölner Polizei unter Berufung auf die Islamwissenschaftlerin Spuler-Stegemann (vgl. Kap. 2.3) den VIKZ als „antiwestlich, antidemokratisch und anti-jüdisch“ und „integrationsfeindlich“ (KStA 10.04.08) einstuft. Unter anderem wurde dem Verband vorgeworfen, eine streng konservative Auslegung des Islam zu propagieren und dadurch die Radikalisierung von Jugendlichen zu befördern (vgl. ebd.). Zudem stellte sich heraus, dass eine VIKZ-Gemeinde in Waltrop, eine Stadt unweit von Herten, wie einige andere VIKZ-Gemeinden zuvor, nicht genehmigte Internate betrieben hatte (vgl. ebd., Kap. 2).

Daraufhin gerieten auch die beiden VIKZ-Gemeinden in Herten in die Kritik und der Haupt- und Finanzausschuss des Stadtrates, v. a. angetrieben durch eine WIR-Abgeordnete, eine antimuslimischen Politikerin, und die CDU, beschloss einstimmig, die Integrationsprojekte der Moscheegemeinde aus den Mitteln des Handlungskonzeptes Nord (s. o.) nur dann öffentlich zu fördern, wenn das NRW-Innenministerium und der Verfassungsschutz die Eignung des Verbands für derartige Projekte bescheinigten (vgl. HA 28.04.08). Damit wurde ein neuer, überkommunaler Stakeholder in den Legitimierungsdiskurs eingeschaltet. Zudem häuften sich nach der Berichterstattung über das Wohnheim in Waltrop kritische Anfragen im Stadtrat über die Pläne der VIKZ-Gemeinde hinsichtlich der Ausgestaltung der Angebote in ihrer Moschee.

Sowohl die VIKZ-Zentrale als auch die lokalen Gemeinden in der Stadt protestierten gegen diese Behauptungen und die Entscheidung des Stadtrats. So verfasste die Zentrale eine Pressemitteilung, in der sie die Berichterstattung des Kölner Stadtanzeigers und das Dossier der Polizei als tendenziös und unhaltbar bezeichnete und den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses kritisierte und als kontraproduktiv für die Integration erklärte. Zugleich betonte die Pressemitteilung den eigenen Beitrag zur Integration. So heißt es, „dass der VIKZ seit Jahrzehnten intensiv in der Integrationsarbeit in Herten mitwirkt. Insbesondere seit Mitte der 90er-Jahre hat sich der Verband zur treibenden Kraft der Integrationsarbeit in Herten entwickelt“ (VIKZ 28.04.08). Auch ging die Zentrale auf die Vernetzung der VIKZ und der Moscheegemeinde ein, indem sie das langjährige Engagement von Sam, einem Mitglied der Gemeinde, im Integrationsrat betonte und ihre Funktion als Ansprechpartner der Landesregierung und ihre

---

<sup>385</sup> Solche Anträge werden über das städtische Jugendamt beim Landesjugendamt gestellt. Die Stadt bewertet die baurechtlichen Aspekte des Antrags (vgl. HA 24.09.14). Laut dem Landesjugendamt ist eine Betriebserlaubnis in folgenden Fällen notwendig: „Betriebserlaubnispflichtig sind Einrichtungen, die über Teile des Tages mit Tagesstruktur, ganztags oder verbunden mit Übernachtungen zur regelmäßigen Nutzung Betreuungen für Kinder und Jugendliche anbieten. Im Einvernehmen mit der obersten Landesjugendbehörde in NRW bedeutet „regelmäßig“: für Ferienbetreuungen, dass diese öfters als zweimal im Jahr stattfinden oder eine Jahresgesamtdauer von sechs Wochen überschreiten, für Wochenendbetreuungen, dass sie mindestens viermal im Jahr durchgeführt werden“ (Antwortschreiben des LWL-Landesjugendamts an „WIR in Herten“ 04.03.10).



Beteiligung an der Deutschen Islam-Konferenz hervorhob (vgl. ebd.). Damit zeigte sich, dass sowohl die Angebote in der Moscheegemeinde als auch die Dialogaktivitäten als diskursive Ressource genutzt wurden. Als Protest zogen die VIKZ-Gemeindemitglieder mit einem Transparent „Wir sind integrationsfreundlich“ (Int. Özdemir, HA 28.04.08) vor das Hertener Rathaus. Sam, der mittlerweile juristischer Berater beim VIKZ-Dachverband war, distanzierte sich von der Gemeinde in Waltrop und kritisierte in der Presse die Entscheidung des Hertener Stadtrats als integrationsfeindlich und diskriminierend (vgl. HA 28.04.08), womit der die Rollen von Integrierten und der Integrationsunwilligen rhetorisch tauschte:

„20 Jahre intensive Integrationsarbeit werden übersehen, wenn von heute auf morgen unbelegte und unhaltbare Vorwürfe (...) für bare Münze genommen werden. Wer ist hier eigentlich integrationsfeindlich? Wir oder die, die über uns auf diese Weise ihr Urteil fällen?“ (Sam, zitiert nach HA 28.04.08).

Letztendlich stellte sich heraus, dass die Behauptungen keine ausreichenden Beweise als Grundlage hatten und daher in dieser Form nicht stehen gelassen werden konnten. So wurde vom NRW-Integrationsministerium ein Schreiben an den Hertener Bürgermeister geschickt, wonach die Einstufung des VIKZ als „integrationsfeindlich“ nach aktuellem Erkenntnisstand nicht zu bestätigen sei (vgl. DS Herten: 11.06.08). Entlastend für die Moscheegemeinde kam hinzu, dass ein Vertreter des NRW-Integrationsministeriums (MGFFI) vor dem Haupt- und Finanzausschuss bescheinigte, dass der VIKZ nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werde (vgl. HA 12.06.08), was der Kommunalpolitik zeigte, dass es keinen Verdacht auf politisch-antidemokratische bzw. demokratiefeindliche Aktivitäten des Verbandes gibt. Die Hertener Allgemeine titulierte den zusammenhängenden Artikel entsprechend „VIKZ steht nicht unter Beobachtung“ (ebd.). Die Entscheidung des Stadtrats wurde daraufhin rückgängig gemacht (vgl. HA 30.04.08), was zeigt, dass die Einschätzung des staatlichen Akteurs außerhalb der Stadtgesellschaft eine Legitimierungsgrundlage bildete und der Verfassungsschutz hierbei eine Referenzinstanz bildete.

Damit zeigte sich, dass auch bei den Aussagen der Moscheegemeinde die Frage der Integration den Referenzpunkt darstellte und dass die integrationsbezogenen Angebote als Legitimierungsressource genutzt wurden. Diese und noch andere offensive Stellungnahmen der VIKZ-Mitglieder (vgl. ebd.), die der Legitimierungshandlung „Intervention durch Protest“ entsprechen, zeigen, dass Muslime öffentlich an den Legitimitätsvorstellungen ihrer Vorhaben mitwirken konnten. Die beschriebene Entwicklung veranschaulicht, wie engagiert muslimische Akteure vorgehen können, um durch Protest Störungen ihrer (zum Teil hart erarbeiteten) Legitimität zu begegnen. Es wird dabei auch das Zusammenspiel einer lokalen Gemeinde mit der Zentrale ersichtlich. In diesem Fall war die Vernetzung zwischen dem lokalen Verein und der Zentrale besonders eng, da der damalige Gemeindevorsitzende Sam zugleich der juristische Berater der VIKZ gewesen ist (s. o.).

Dieser Sachverhalt verdeutlicht, wie Fehler von verbandszugehörigen Gemeinden einerseits und pauschale Urteile wie „integrationsfeindlich“ (s. o.) durch Behörden und Medien

über die gesamte Organisation andererseits Einfluss auf das Ansehen einer lokalen Gemeinde und die Legitimität ihrer öffentlichen Förderung haben kann. Es zeigte sich, wie das Image des Verbands und anderer Verbandsgemeinden von der Kommunalpolitik auf die lokale Gemeinde projiziert („spill-over“) wurde und dadurch die Legitimität öffentlicher Förderung der Gemeinde hinterfragt wurde. Es zeigte sich zugleich, dass die selektive Veröffentlichung von zugespitzten Dossiers von Sicherheitsorganen durch die Presse eine sachliche Auseinandersetzung mit einer Kritik durch den Verband erschwerte. Die Quellen waren für den Dachverband nicht einsehbar und es wurden v. a. emotionalisierende Narrative wie „Integrationsfeindlichkeit“ von der Kommunalpolitik zur Kenntnis genommen. Darin liegen Parallelen zu den Vorgängen in Bonn, wo ein LKA-Papier, das für die Moscheegemeinde nicht einsehbar war, zu einem Politikum bezüglich der Kontakte der Al-Muhajirin-Gemeinde geführt hat.

Die Skepsis gegenüber den Plänen der VIKZ-Gemeinde blieb und die Planung der Ferien- und Wochenendbetreuung sowie die Einrichtung eines Internats wurde immer wieder zum Thema in der Stadtgesellschaft. Die Moscheegemeinde hatte ihre Absichten, einen Antrag für die Betriebserlaubnis für ihre zahlreichen Räumlichkeiten zu stellen, angekündigt, jedoch nicht über ihre Pläne vollumfänglich informiert. Sowohl in direkten Gesprächen in der Nachbarschaft (vgl. Hertener DS 16.02.10, Int. Lueke) als auch in Anfragen im Stadtrat sowie in der Berichterstattung der Hertener Allgemeinen kam das Thema immer wieder auf, ohne dass die Absichten hätten sachlich geklärt und ausgehandelt werden können. Dies führte dazu, dass bei der Abnahme der Moschee die Moscheegemeinde sich verpflichten sollte, die Räume nicht für Schlafmöglichkeiten zu nutzen, wie bereits oben angemerkt (vgl. Int. Özdemir). Offensichtlich ist hier eine schrittweise Legitimierung wegen mangelnder Transparenz und infolge der Verbreitung von Gerüchten durch antimuslimische Akteure ohne Erfolg geblieben.

Vor dem Hintergrund, dass Wochenend- und Ferienbetreuung bei anderen Organisationen wie z. B. der Caritas, den Pfadfindern etc. durchaus üblich sind (vgl. Int. Özdemir) und diese Angebote des VIKZ in anderen Städten genehmigt wurden (vgl. Kap. 2), stellt sich die Frage nach den Legitimitätsproblemen, die es diesbezüglich in Hertener gab.<sup>386</sup>

Zuallererst ist festzuhalten, dass es keine Absage durch die Genehmigungsstelle und damit keine offizielle Bescheinigung eines Mangels an formalrechtlicher Legitimität gegeben hat. Zwischenzeitlich hatte die Gemeinde einen Antrag auf die Einrichtung von Schlafplätzen direkt beim Landesjugendamt in Münster gestellt, diesen jedoch wieder zurückgezogen. Vielmehr ging es um einen schwelenden Konflikt, in dem es zu keiner direkten Konfrontation zwischen der Moscheegemeinde und den Kritikern aus der Kommune gekommen ist und die Gemeindevorstand wegen der Ablehnung durch die Verwaltung und Teile der Kommunalpolitik wie auch durch die Nachbarschaft mit der Verfolgung ihrer Pläne zögerte.

Ein wichtiger Grund für die Ablehnung war die kritisierte mangelnde Transparenz (s.u.). Offensichtlich wurden die Kontakte, die während des Legitimierungsverfahrens und des Planungsprozesses für den Moscheebau hergestellt wurden (vgl. Int. Özdemir, Int. Lueke) nicht

---

<sup>386</sup> Hier verschwimmt die Unterscheidung zwischen religiösen und sozialen bzw. Aktivitäten (vgl. Kap. 2), da die Betreuung über Wochenenden und Ferien keine genuin religiöse Praxis ist, sie jedoch ein gemeinschaftsstiftendes Element der muslimischen Gemeinde im Rahmen der religiösen Unterweisung ist.

genutzt. Neben der hinderlichen Atmosphäre aufgrund des bundesweiten kritischen Diskurses über den VIKZ ist ein weiterer Grund für die fehlende Kommunikation im Verlauf des Konflikts nach 2010 denkbar: Der damalige Gemeindesprecher, der 18 Jahre Integrationsratsvorsitzender und für den Großteil der Kontakte der Moscheegemeinde sowie die Aushandlung des Moscheebauprojekts zuständig war, verließ Herten und zog nach Köln, wo er juristischer Berater des Dachverbandes wurde. Auch wenn er qua seiner Tätigkeit beim Verband weiterhin in den Prozess involviert war, kann dies auf der Ebene der alltäglichen Kommunikation eine negative Folge gehabt haben.

Die mangelnde Transparenz bemängelten mehrere HA-Leser und Mitglieder des Stadtrats (vgl. HA 10.03.10, HA 28.04.08), und die Hertener Allgemeine warf folgende Frage auf: „Vielleicht erklärt der Vorstand auch noch einmal öffentlich, wofür die kleinen Zimmer und sanitären Anlagen im Obergeschoss der Moschee gedacht sind“ (HA 10.03.10), was auf Probleme in der informationsbezogenen kognitiven Legitimität hindeutet.

Die empfundene mangelnde Transparenz und Skepsis kann u. a. den Aussagen des Bau-rats, Volkhard Lueke, entnommen werden:

„Das, was wir damals, das ist ja schon ein paar Jahre her, Anfang Zweitausend noch was, irgendwas so in der Ecke, ist, was wir damals nicht so sehr einschätzen konnten oder auch nicht kritisch genug möglicherweise eingeschätzt haben, wie groß und riesenhaft dieses Gebäude geworden ist. Also offensichtlich ein Gebäude in der Größenordnung, das über die, meinen wir jedenfalls, Bedürfnisse der Gemeinde hinausgeht. Die Gemeinde ist ähnlich groß wie die DITIB-Gemeinde, also was die Zahl der offiziellen Mitglieder angeht, so um die 300, und da haben wir uns natürlich im Nachhinein gefragt: wofür brauchen die so ein großes Gebäude und was sind so die Räumlichkeiten, die jetzt als Nebenräume dargestellt sind, die auch Schlafmöglichkeiten bieten und so weiter, was soll da passieren? Sollen da Übernachtungen, internatsmäßiger Betrieb und so weiter? Und da haben wir dann eigentlich erst mit der Realisierung des Gebäudes, als es relativ groß wurde, so ein bisschen draufgeschaut, haben das nicht so kritisch gesehen, wie allgemein die Bevölkerung in Langenbochum und Paschenberg das gesehen hat“ (Int. Lueke).

In dieser Passage des Interviews werden trotz der relativ einfachen Genehmigung und der anfangs wohlwollenden Haltung gegenüber dem Moscheebauprojekt Bedenken deutlich. Bemerkenswert ist der Wandel in der Haltung der Stadt zu den Räumen in der neuen Moschee, der hier angedeutet wird. Die Größe der Moschee wird hier nicht etwa mit einer Machtdemonstration gleichgesetzt<sup>387</sup>, sondern mit der Gefahr von (nicht genehmigten, also formalrechtlich illegitimen) Angeboten an Jugendliche, v. a. in Form von Übernachtungsmöglichkeiten oder der Einrichtung eines Internats.

---

<sup>387</sup> Dieser Vorwurf kommt tendenziell aus der Zivilgesellschaft oder der Politik und nicht aus der Verwaltung.

Die mangelnde Transparenz, die Fehlritte des VIKZ, die großzügig angelegte sozio-religiöse Infrastruktur der Moscheegemeinde und die kritisch-ablehnende Öffentlichkeitsarbeit v. a. durch die WIR-Stadtverordnete<sup>388</sup> führten dazu, dass Unklarheit darüber bestand, ob im Moscheekomplex Schlafmöglichkeiten entstehen und was in der neuen sozio-religiösen Infrastruktur genau angeboten werden sollte, was auf eine fehlende informationsbasierte Legitimität hindeutet. Auch wenn der damalige Gemeindesprecher und Integrationsratsvorsitzende Sam der Verwaltung versicherte, dass eine Einrichtung wie in Waltrop nicht entstehen werde (vgl. Hertens DS 11.06.08), kursierte im Legitimierungsdiskurs das Gerücht von einem geplanten Internat, was z. B. daran deutlich wird, dass auch noch 2014 ein CDU-Ratsherr Befürchtungen bezüglich eines Internatsbetriebs äußerte (vgl. HA 08.09.14). In der Hertener Allgemeinen wurde die CDU mit folgenden Zuschreibungen im Hinblick auf die Pläne zitiert: „Internatsbetrieb, integrationshemmende Maßnahme, Förderung einer Parallelgesellschaft“ (HA 24.09.14), was die ablehnende Haltung sowie die Befürchtungen bezüglich der Einrichtung eines Internats sowie seine Gleichsetzung mit der Errichtung einer „Parallelgesellschaft“ verdeutlicht.

Diversen Stellungnahmen ist zu entnehmen, dass eine grundsätzliche Skepsis gegenüber einer größeren Bindung von Jugendlichen an die Moscheegemeinde durch intensive Betreuung, verbunden mit Schlafmöglichkeiten, bestanden hat. Ein Internatsbetrieb, der eine residentielle Segregation der Schüler bedeuten würde, wurde daher noch kritischer gesehen als gelegentliche Wochenend- und Ferienbetreuung. Dies wird z. B. an der Äußerung des Bürgermeisters deutlich, dass die Verwaltung ähnliche Strukturen wie in der Waltroper VIKZ-Gemeinde ablehne (DS Hertens 06.11.08), wohingegen keine ablehnenden Stellungnahmen gegen eine Wochenend- und Ferienbetreuung zu verzeichnen waren. Diesbezüglich wurde darauf verwiesen, dass das Landesjugendamt für die Genehmigung zuständig sei (vgl. Antwortbrief Paetzel an Becker, 11.02.10).<sup>389</sup>

Der Gemeindesprecher schätzt, dass die Realisierung von Schlafmöglichkeiten v. a. durch den Widerstand der Wählerinitiative WIR erschwert wurde (vgl. Int. Özdemir). So verbreitete die Vorsitzende von WIR, Jutta Becker, die zugleich im Stadtrat vertreten war, das Bild einer gefährlichen und sich abschottenden Gemeinde.

In einem Leserbrief zitierte Becker einen Auszug aus dem genannten Gutachten von Spuler-Stegemann:

„[...] In Praxis werden die akzeptierten Auflagen dann so gut wie möglich unterlaufen oder gar nicht erst umgesetzt. Die Wohnheimschüler werden in diese besondere Ausprägung des Islam hineinindoktriniert und gegen das Christentum wie auch gegen den ‚Westen‘ ebenso immunisiert wie gegen unser Grundgesetz, wenn es etwa um

---

<sup>388</sup> Im Gegensatz zu Pro NRW, die häufiger punktuelle Demonstrationen für Wahlkampfzwecke organisiert und gegen Moscheegemeinden und ihre Moscheebauprojekte polemisiert und sich dabei auf diverse, landesweit zusammengerufene Mitglieder gestützt hat, handelte sich hier um einen Akteur aus der Stadtgesellschaft. Dieser inspierte die Moscheegemeinde über einen längeren Zeitraum und versuchte über verschiedene Maßnahmen, die Moscheegemeinde in der Stadtgesellschaft zu diskreditieren und die Unterstützung und Kooperation mit ihr zu delegitimieren, was, wie man aus den Aussagen vom Gemeindesprecher entnehmen kann, die Wahrung des Rufs der Moscheegemeinde erschwerte.

<sup>389</sup> Das Landesjugendamt verwies auf die Standards, die eingehalten werden müssten und bezog in den öffentlich zugänglichen Stellungnahmen keine Partei für oder gegen die VIKZ-Gemeinde.

Menschenrechte, die Gleichstellung der Frau oder das Verhältnis zwischen Staat und Religion geht. Jegliches Fehlverhalten von Schülern gilt als Ungehorsam und ist zu bestrafen, dabei bleibt unklar, ob es in den Schülerwohnheimen auch zu körperlichen Züchtigungen wie Schlägen kommt. Der VIKZ ist von Rigidität durch und durch geprägt. [...]“ (Spuler Stegemann, zitiert nach Leserbrief von Becker, HA 24.03.10).<sup>390</sup>

In dem Zitat wird dem VIKZ die formalrechtliche Legitimität seiner Vorhaben dadurch abgesprochen, dass eine Umgehung von Auflagen unterstellt wird. Zugleich wird eine klare Grenze zwischen dem Verband und der deutschen Gesellschaft gezogen und die Unvereinbarkeit von beiden konstatiert. Zudem werden dem Verband nichtjugendkonforme gewalttätige Methoden unterstellt, was den anerkannten und rechtlichen pädagogischen Standards widerspricht. Damit wird dem Verband und damit zugleich der Moscheegemeinde und ihrem Vorhaben die moralische Legitimität, also die Konformität mit Werten wie Gleichstellung der Frau, Säkularismus und friedliches Miteinander abgesprochen. Die unterstellte Einrichtung eines Wohnheims würde eine Infrastruktur bewirken, die diese Tendenzen verstärken und die nächste Generation von Muslimen gegen die demokratische Gesellschaft aufbringen würde.

Die Ratsfrau versuchte über Recherchen, Privatgespräche und diversen Anfragen an die Verwaltung die Moscheegemeinde zu inspizieren und mögliche Abweichungen zu finden, um über öffentliche Stellungnahmen in der Presse (vgl. HA 04.10.14), offene Briefe an die Verwaltung und Stellungnahmen im Stadtrat sowie ihrer Internetpräsenz<sup>391</sup> (vgl. [WWW.WIRINHERTEN.WORDPRESS.COM](http://WWW.WIRINHERTEN.WORDPRESS.COM)) das Vorhaben der Gemeinde weiter zu delegitimieren.

Für den Entscheidungsprozess war die Beteiligung des Stadtrats nicht vorgesehen (s. o.). Doch die Umstrittenheit, die Einbettung des Geschehens in einen übergeordneten Diskurs und die aktive Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen von WIR und CDU sowie eine sowie eine rege Berichterstattung hatten zur Folge, dass das Vorhaben zu einem öffentlichen Legitimierungsdiskurs führte. Die Moscheegemeinde geriet wider Willen ins Zentrum der Aufmerksamkeit, was auf eine Diskursivierung ihres Vorhabens und eine zeitweise „super visibility“ der Moscheegemeinde durch ihr Vorhaben hindeutet.

Derweil hat der VIKZ-Dachverband als eine Reaktion auf die zahlreichen Vorwürfe und als Legitimierungshandlung seiner Arbeit eine Studie über seine Einrichtungen bei der Sozialwissenschaftlerin Ursula Boos-Nünning in Auftrag gegeben, die der Organisation und den dazugehörigen Gemeinden einen starken Konservatismus bescheinigt und mehr Jugendbeteiligung empfiehlt, jedoch eine Integrationsfeindlichkeit und politisch-religiöse Indoktrination nicht feststellen konnte und somit die kritische Position von Spuler-Stegemann relativierte (vgl. Boos-Nünning 2010). Der Dachverband veröffentlichte die Studie auf seiner Internetseite und auch der Gemeindesprecher der Hertener Gemeinde bezog sich auf diese im Interview (vgl. Int. Özdemir). Dies zeigt, dass auch Bewertungen durch Wissenschaftlerinnen in diesem Fall als normative Referenzpunkte im Legitimierungsdiskurs dienen.

---

<sup>390</sup> Ob es sich hierbei um ein originalgetreues Zitat handelt, kann aufgrund des nicht vorliegenden Gutachtens nicht beurteilt werden.  
<sup>391</sup> [HTTPS://WIRINHERTEN.WORDPRESS.COM/](https://wirinherten.wordpress.com/), letzter Zugriff am 29.06.2021.

Auch wenn eine Verfassungsfeindlichkeit und die Indoktrination von Jugendlichen ausgeräumt wurde, schien das Spezifikum der VIKZ, die mystische und v. a. die stark auf die eigene Gemeinde bezogene Praxis, die in Kapitel 2 kurz angesprochen wurde, erschwerend für die Legitimität ihres Vorhabens zu wirken. So spricht Klinkhammer von einer „Besinnung auf den eigentlichen innermuslimischen religiösen Sendungsauftrag“ (Klinkhammer 2012: 29).

Die enge Bindung zwischen den Gläubigen und dem Imam, die als Grundlage der religiösen Bildung betrachtet wird (vgl. Kap. 2.3) und durch Internate und mehrtätige Aufenthalte tendenziell gestärkt wird, konnte in der Stadtgesellschaft nicht verständlich gemacht werden, so dass es hierfür nur wenig oder keine Fürsprache gegeben hat. Die vorgefundenen affirmativsten Beiträge kamen von einer evangelischen Nachbargemeinde, die 2008 nach dem Bekanntwerden des Tatbestandes in Waltrop die VIKZ-Gemeinde in Herten in Schutz nahm (vgl. HA 06.05.08). Ob die Selbstbezogenheit zwangsläufig aus der mystischen Prägung folgen muss, ist fraglich. Entscheidend nach Einschätzung von Jonker (2002) und Klinkhammer (2012) war sicherlich der Führungswechsel in der Türkei im Jahr 2000.<sup>392</sup> Ein Zitat des Baurats verdeutlicht die Wahrnehmung der Gemeinde als tendenziell zurückgezogen:

„VIKZ steht mehr, nach unserem Eindruck, sozusagen die stehen auf eigenen Beinen, aber isolieren sich auch so ein bisschen stärker. Die machen viele Veranstaltungen, wo sie ihr Umfeld einladen, wo sie uns auch einladen, aber letzten Endes ist es doch für uns schwieriger zu sehen, was sind eigentlich die inhaltlichen Geschichten, die auch wirklich in aktive Integration hineinlaufen auf Seiten der VIKZ, und insofern betrachten wir die Zusammenarbeit, die vorhanden ist, doch kritischer“ (Int. Lueke).

Die Aussage deutet darauf hin, dass die religiösen Inhalte und die Praxis in der Moschee schwieriger nachzuvollziehen sind und daher skeptisch gesehen werden.

### **8.2.3 Bildung und Gebete als Kern des Gemeindelebens und Beitrag zur Integration – Perspektive der VIKZ-Gemeinde**

Im Legitimierungsdiskurs distanzierte sich die Gemeinde von Plänen ein Internat<sup>393</sup> zu errichten, hob die Respektierung von Vorschriften hervor (vgl. HA 17.03.10) und gab die Fehler der anderen Gemeinden zu. Anders als die Al-Muhajirin beteiligte sie sich weniger am öffentlichen Legitimierungsdiskurs. In der Mehrzahl der Stellungnahmen versuchte sie ihre Angebote als förderlich für die Integration darzustellen. Kommunalpolitiker und Nachbarschaft wurden in die neue Moschee eingeladen, um ihnen Ängste und die ablehnende Haltung für die Pläne der Moschee zu nehmen. Dies habe aber nur teilweise geholfen, die Abneigung gegenüber den

---

<sup>392</sup> An dieser Stelle ist jedoch anzumerken, dass die VIKZ-Gemeinde in diverse Dialoggremien und Dialogaktivitäten eingebunden ist. So ist die Gemeinde über ihren damaligen Vorsitzenden, wie bereits angesprochen, im Integrationsrat vertreten gewesen. Zudem ist die Gemeinde seit dem Jahr 1999 im Christlich-Islamischen Arbeitskreis Herten (CIAK) (Int. Özdemir) vertreten, woraus sich eine Fürsprache durch einen ebenfalls beteiligten Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde ergab. Dieser kritisierte 2008, als die Vorwürfe gegen die Waltroper VIKZ auf die Hertener Gemeinde projiziert wurden, dies als eine Vorverurteilung und hob den gelungenen interreligiösen Dialog mit der Gemeinde hervor (Vgl. HA 06.05.08): „Für den Bereich Herten ergibt sich aber für mich, dass sich der VIKZ-Verband nach einer zeitweiligen Pause im christlich-islamischen Dialog vor allem in den letzten Jahren wieder verstärkt engagiert. Ebenso bringt sich der Verband nach meiner Wahrnehmung stark im aktuell stattfindenden Integrationsprozess der Stadt Herten ein“ (Stahl, zitiert nach HA 06.05.08).

<sup>393</sup> Gelegentlich distanzierte sie sich auch von den Plänen, Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche bereitstellen zu wollen (vgl. z.B. HA 17.03.10).

Übernachtungsmöglichkeiten in der Moschee abzubauen, wie der Gemeindesprecher berichtet (Int. Özdemir). Welch hohen Stellenwert Bildung und Bildungsarbeit in der Gemeinde und ihrer Außendarstellung einnimmt, wird an den folgenden Aussagen des Gemeindesprechers ersichtlich, der auf die Selbstdarstellung des Verbandes Bezug nimmt:

„Ja, einer der wichtigsten Aufgaben des VIKZs ist ja die Bildung, das heißt die Bildung, nicht nur die religiöse Bildung, sondern unser Leitsatz des Propheten auch ist unser Leitsatz äh des Vereins oder des Verbandes islamischer Kulturzentren: ‚Der beste ist der Mensch, der anderen auch nützlich ist.‘ Unsere Gemeinde ist es so, dass wir nur hier in Herten, ich spreche nur für Herten, eine Arbeitslosenquote von unter 30jährigen nur bei zwei Prozent haben“ (Int. Özdemir).

Das Zitat zeigt, wie eine überlieferte Aussage des Propheten als normatives Bezugssystem für die Gestaltung des Gemeindelebens, insbesondere der Jugendarbeit, dient. In der Gemeinde findet seit mehreren Jahren u. a. Nachhilfeunterricht statt, was auch in öffentlichen Stellungnahmen vom Gemeindesprecher in den Vordergrund gestellt wurde (vgl. HA 17.03.10). Die niedrige Arbeitslosenquote unter den Jugendlichen in der Gemeinde, die nicht näher überprüft werden kann, wird auf die Jugendarbeit in der Gemeinde zurückgeführt. Damit wird die Gemeindegemeinschaft in den Dienst der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration der Gemeindeglieder gestellt, womit die moralische Legitimität der Gemeindegemeinschaft unterstrichen wird. In der Hertener Allgemeinen wurde der Gemeindesprecher mit folgender Aussage zitiert:

„Wir bieten jeden Nachmittag zwischen 15 und 18 Uhr eine Hausaufgabenhilfe an, zu der 40 Jungs und 43 Mädchen in die blaue Moschee kommen. Jugendliche, die ohne Hilfe keinen Schulabschluss bekommen hätten, sind jetzt auf einem guten Weg. Vier Schüler gehen nächstes Jahr ins Abitur!“ (Özdemir, zitiert nach HA 17.03.10).

Bezeichnenderweise spielte in diversen öffentlichen Stellungnahmen der Moscheegemeinde der spirituelle Aspekt der Gemeinschaft keine Rolle. Vielmehr fügte sich die Gemeinde in den Integrationsdiskurs ein und hob die säkularen Angebote hervor. Damit wurde das Spezifikum der religiösen Bildung der VIKZ von der nichtreligiösen Bildung rhetorisch überdeckt.

Im Interview berichtete der Gemeindesprecher, dass durch die neue Moschee die Nachfrage nach den Kursen sogar gestiegen sei. Von ca. 15 Kinder in der alten Moschee auf knapp 90 im Jahr 2011, was den Wandel der Anziehungskraft der Angebote durch Moscheebau veranschaulicht. Neben den zusätzlichen Räumlichkeiten stand auch zusätzliches Personal dafür zur Verfügung. In erster Linie werden zusätzlich Praktikanten und Auszubildende in Anspruch genommen. Nationale Feste werden in der Moschee nicht gefeiert, da sie, so der Gemeindesprecher, in erster Linie Wert auf Religion und Bildung legen würden und Nation sekundär sei. Zudem finden immer wieder Führungen für Interessierte in der Moschee statt. Dementsprechend bezeichnete der Gemeindesprecher die Moschee als ein offenes Haus, das bei Interesse jedem offen stünde (vgl. Int. Özdemir).

Eine Kooperation mit anderen Trägern der Stadt, was evtl. vorhandenes Misstrauen abbauen könnte und sicherlich förderlich für die außerreligiöse Bildungsarbeit der Gemeinde wäre, gibt es nicht, wurde jedoch nach Aussagen der Gemeinde angestrebt nach dem Muster von VIKZ-Gemeinden in Duisburg und Köln, wo die Gemeinden mit der Otto-Benecke-Stiftung zwei Projekte realisiert haben (vgl. HA 17.03.10, Int. Özdemir).<sup>394</sup>

Die selten angesprochene religiöse Bildung wurde als eine Immunisierung bzw. Prävention gegen religiösen Extremismus dargestellt: „Das [Religion] gehört zur Identitätsstiftung, zur Wertevermittlung. Wer die wahre Interpretation des Koran nicht kennt, ist anfällig für andere Parolen“ (HA 17.03.10). Damit wird der Gefährdungsdiskurs implizit aufgegriffen und die eigene Gemeinde mit ihrer Arbeit als Kontrapunkt zu radikalen Muslimen dargestellt, um die Legitimität ihrer Arbeit zu steigern.

Die religiöse Erziehung von Kindern und Jugendlichen gehört zum Selbstverständnis der Gemeinde und des Dachverbands (vgl. 2.3) und die Wochenend- und Ferienbetreuung inklusive Übernachtungsmöglichkeiten soll zu diesem Organisationsziel verhelfen. Die Tatsache, dass dies von der Kommunalpolitik abgelehnt wurde, wurde vom Gemeindesprecher als sehr einschränkend empfunden:

„Das bedeutet zum Beispiel, dass wir hier bei unserer normalen Arbeit, dass wir auch Wochenendbetreuung haben in anderen VIKZ-Gebäuden, hier nicht schlafen können, also Seminare, obwohl wir das große Gebäude haben, können wir hier nicht schlafen, Wochenendseminare hier. [...] Das hat mit dem Gemeinschaftsleben was zu tun, Gemeinschaftsleben, dass man morgens zusammen aufsteht, das Gebet zusammen macht, dass man gemeinsam lernt. Aber eine Unterbrechung, zum Beispiel wenn man nach Hause geht, dann kommt das Fernsehen, dann kommt vieles, was diese Atmosphäre stört, dazu. Und das ist schwierig bei den Menschen, wirklich diese Konzentration weiter zu behalten. Es ist sehr, sehr schwierig, auch dieses Mystische, Geistliche, diesen Geist zu haben, dieses Spirituelle beizubehalten.

[...] Also das ist nicht so leicht zu sagen über einen Menschen, den man bestimmt nicht hundertprozentig kennt, zu sagen: 'okay, wer unsere Ausbildung genießt, unsere Erziehung genießt, hat mit Kriminalität nix zu tun.' Aber das den Mitmenschen beizubringen, ist schwierig, weil einfach die Umwelt schwieriger geworden ist“ (Int. Özdemir).

---

<sup>394</sup> Der Schwerpunkt wird in der Gemeindearbeit trotz der Nachhilfeangebote eindeutig auf religiöse Angebote, insbesondere Koranrezitationen, Islamunterricht und gemeinsame Gebete, gelegt. Säkulare Angebote werden tendenziell als wenig erstrebenswert betrachtet, womit ein VIKZ-Spezifikum deutlich wird, was in Abgrenzung zur DITIB vom Gemeindesprecher kommuniziert wird:

„[...] weil wir natürlich auch eine islamische Institution sind, also wir nennen uns nicht nur, das zeigen wir jedem, das sagen wir auch und wir sind eine islamische Religionsgemeinschaft, das wird sich auch nicht ändern, wir sind eine islamische Religionsgemeinschaft. Darum brauche ich auch Moscheen, also ich brauche keine Jugendhäuser, also ich baue Moscheen. Aber bei der DITIB ist es so, dass natürlich durch die laizistische Haltung des Staates Türkei das auch in die - ähm - Vorsätze oder Grundsätze des DITIB eingeflossen sind. Das heißt, da werden auch sehr viele türkische, nationalistische Gesänge, dann kommt, dazu kommt Musik, alles, was mit der Türkei zu tun hat, auch mitbenutzt, was wir ja haben. Wir werden hier keinen Gitarrenkurs geben, bei den DITIB-Moscheen könnte es das sein, ist kein Problem für die“ (Int. Özdemir).

Den Aussagen ist zudem eine Distanzierung vom türkischen Staat zu entnehmen, woran die historischen Erfahrungen des Konflikts zwischen dem Gründer Süleyman Hilmi Tunahan der Mutterorganisation in der Türkei und dem laizistischen Kurs des türkischen Staates erkennbar wird (vgl. Klinkhammer 2012: 27, Kap. 2).



Die mehrtätigen Zusammenkünfte sollen also den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Jugendlichen stärken sowie die Ablenkung durch andere Einflüsse begrenzen und die Konzentration auf die religiösen Inhalte und Spiritualität ermöglichen, ein Aspekt, der keinen Eingang in den öffentlichen Legitimierungsdiskurs erhalten hat.<sup>395</sup> Auch wird durch die Gemeinde ihre Erziehung in den gesellschaftlichen Dienst gestellt, indem der Gemeindegredner betont, dass dies die Jugendlichen von Kriminalität fernhalten würde. Auch betonte der der Gemeindegredner, dass die Eltern aus der Gemeinde diese Angebote erwarten (vgl. Int. Özdemir).

Aus der Haltung der sozialen Umwelt zu den Angeboten für Jugendliche und den obigen Aussagen wird ersichtlich, dass der Verein und der Verband Probleme haben, ihre Vereinsarbeit als zivilgesellschaftliches Engagement darzustellen und es entsprechend im Legitimierungsdiskurs zu platzieren. Im Gegensatz zum Moscheebauprojekt der Al-Muhajirin Moscheegemeinde in Bonn, wo von den Behörden und der Politik ein negativer und zu intensiver Einfluss auf die Sozialisation im Sinne von (religiöse-politischer) Radikalisierung der Jugendlichen und Verfassungsfeindlichkeit befürchtet wurde, sind in Herten die religiösen Angebote v. a. aufgrund der mangelnden Transparenz, der konservativen Selbstbezogenheit der geplanten Angebote in der Moschee und damit einer Integrationsfeindlichkeit sowie dem fehlenden Verständnis für die spirituelle Ebene der Gemeinschaftspflege in der Moschee durch die Stadtgesellschaft kritisch gesehen worden.<sup>396</sup>

Gemeindegarbeit konnte also nicht in dem gewünschten Umfang durchgeführt werden, weil sich in der sozialen Umwelt keine Legitimität dafür ergab. Hier findet sich der von Leggewie konstatierte und in Kapitel 3 erwähnte „Verdacht des Rückzugs in ein religiöses Paralleluniversum“ (Leggewie 2009: 128). Im Fall der VIKZ-Moschee stehen sich also ein Verständnis der Moschee als eine Begünstigung der Gemeinschaftspraxis und Vergemeinschaftung auf der einen Seite und ein Verständnis der Moschee als eine Bildung einer Parallelgesellschaft auf der anderen Seite gegenüber.

Im weiteren Verlauf ließ sich die Moscheegemeinde vom Dachverband rechtlich beraten und versuchte scheinbar größere öffentliche Aufmerksamkeit zu meiden (vgl. Int. Özdemir, Int. VIKZ). Ob ein Internatsbetrieb tatsächlich geplant wurde oder nicht, kann nicht endgültig beurteilt werden. Es wurde schließlich die Einrichtung von 36 Schlafplätzen für Wochenendübernachtungen von Jugendlichen im Rahmen der Jugendarbeit beantragt (vgl. HA 24.09.14). Da die formalrechtliche Legitimität hinsichtlich der räumlichen Bedingungen und Gestaltung gegeben war und zudem vermutlich der befürchtete Internatsbetrieb ausblieb und die VIKZ laut Verfassungsschutz keine Gefährdung für die Sicherheit darstellte, waren von Seiten der Stadtverwaltung keine Widerstände zu verzeichnen und das Fachdezernat Planen und Bauen informierte am 29.08.14 im Integrationsrat über die VIKZ-Pläne und ihre Genehmigungsfähigkeit hinsichtlich der baurechtlichen Aspekte (vgl. ebd.).

---

<sup>395</sup> Die Behandlung der spezifischen Religionsvermittlung in den VIKZ-Gemeinden würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Hier sei primär auf die Legitimität dieser Angebote eingegangen. Eine tiefgehende Analyse ist bei Jonker (2002) und Boos-Nünning (2010) zu finden.

<sup>396</sup> Die antimuslimischen Akteure, allen voran die WIR-Ratsfrau, unterstellten dem Verband und der Gemeinde auch politische Absichten (s. o.).

#### 8.2.4 Zusammenfassung

Die vorliegende Fallstudie zeigt, wie die Errichtung einer Moschee mit einer mittelstark ausgeprägten Vernetzung zur Stadtgesellschaft relativ friedlich erfolgen konnte und es jedoch im Nachhinein zu Problemen der Aufrechterhaltung von Legitimität („maintaining legitimacy“) gekommen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur in Form von Übernachtungsmöglichkeiten nach der Errichtung des Gebäudes aufgrund von Intransparenz (informationsbezogene Legitimität) und Befürchtungen der Bildung von parallelgesellschaftlichen Strukturen im Jugendbereich zu einem Konfliktgegenstand geworden ist. Diese Befürchtungen waren v. a. auf die Vorbehalte gegenüber der Moscheegemeinde und insbesondere ihrer Zugehörigkeit zum VIKZ-Dachverband zurückzuführen, der als nicht mit dem gesellschaftlichen Werten konform schienen (moralische Legitimität). Es zeigte sich, dass die Moscheegemeinde Probleme hatte, den Stakeholdern verständlich zu machen, dass für sie die Übernachtungsmöglichkeiten elementar für das Gemeindeleben und die religiöse Gemeinschaftsstiftung sind, was insbesondere die kognitiv normenbezogene Legitimität betraf. Damit unterscheidet sich der vorliegende Fall hinsichtlich des „claims making“ der Moscheegemeinde und dem Aushandlungsgegenstand des Legitimierungsdiskurses von anderen Fällen aus dem Sample, insbesondere den Fällen der Merkez-Moschee, der Blauen Moscheen und der Sultan-Ahmet-Moschee.

Ebenso wie im Fall der Al-Muhajirin-Moschee verdeutlicht diese Fallstudie, wie eine Moscheegemeinde über Protest versucht, die Stadtgesellschaft von ihrer Legitimität und der Legitimität ihrer Vorhaben zu überzeugen und Druck auf die entscheidungsbefugten Stakeholder bzw. die Kommune auszuüben. Dadurch wird ersichtlich, wie eine Moscheegemeinde, hier mit der Unterstützung ihres Dachverbands, ihrerseits Erwartungen an die Kommune stellt und zum Teil erfolgreich ihre Interessen durchsetzen kann. Da die formalrechtliche Legitimität des Vorhabens gegeben war und die Befürchtungen eines Internatsbetriebes, wenn auch eher langsam, ausgeräumt werden konnten, wurde die Genehmigung der Schlafplätze durch die Kommune zugesagt.

Hinsichtlich der Vernetzung ist hier v. a. anzumerken, dass die neue Moschee zu einem Anwachsen der Moscheegemeinde geführt hat, was die innermuslimische Vernetzung betrifft. Zudem bietet die Moscheegemeinde Führungen an, was ebenfalls wie in anderen Fällen Opportunitätsstrukturen für inter- und außerreligiöse Kontakte darstellt. Ferner ist durch die neue große Moschee und den Legitimierungsdiskurs um die Übernachtungsmöglichkeiten im Moscheekomplex die Moscheegemeinde bekannter geworden, was jedoch u. a. aufgrund von (unterstellten) Transparenzversäumnissen teilweise zu einem Negativimage geführt hat. Die nächste Fallstudie spielt sich ebenfalls in Herten ab, unterscheidet sich jedoch stark in dem Aushandlungsgegenstand im Legitimierungsdiskurs. Während in der vorliegenden Fallstudie die geplanten Angebote Konfliktpunkt waren, steht in der Fallstudie der Sultan-Ahmet-Moschee die Standortfindung und das Legitimierungsgremium Runder Tisch im Zentrum der Aushandlungen.

## 8.3 Die Sultan-Ahmet-Moschee in Herten – Das verzögerte Moscheebauprojekt und der Runde Tisch als Legitimierungsinstrument

### 8.3.1 Fallskizze und Legitimierung

Die vorliegende Fallstudie beschreibt ein Moscheebauprojekt, in dem nach einer längeren Phase einer Grundstücksuche und Widerständen in der Bevölkerung und von lokalen antimuslimischen Akteuren gegen die Moscheebaupläne von der Verwaltung ein Runder Tisch eingerichtet wurde. Es sollte ein geeigneter Standort gefunden, Einfluss auf die Ausgestaltung einer möglichen Moschee genommen und die Perspektive der Stadtteilbevölkerung aufgegriffen werden, um die Legitimität des Bauvorhabens v. a. hinsichtlich der Beteiligung (Einflusslegitimität) und der Transparenz (informationsbezogenen Legitimität) zu steigern. Laut Aussagen des Baurats sollte der schwelende Konflikt, der sich in immer wieder auftauchenden Kritik an den Moscheeplänen durch antimuslimische Akteure und Teile der Stadtteilbevölkerung kennzeichnete, gelöst werden, da ansonsten das Zusammenleben im Stadtteil und damit die Ziele des bestehenden integrierten Handlungskonzepts für die Stadtteilentwicklung gefährdet seien. Kennzeichnend für den Fall ist, dass der Runde Tisch selbst mit Legitimitätsproblemen konfrontiert war, da der Meinung der Kritiker zufolge seine Zusammensetzung nicht hinreichend demokratisch legitimiert sei. Letztendlich hat er jedoch dazu beigetragen, dass die Moscheegemeinde (DITIB) ihre beengten Räumlichkeiten verlassen und in eine neue Moschee umziehen konnte.

1985 gründeten Muslime, die als Arbeitsmigranten nach Herten gekommen waren, eine Moscheegemeinde, die zum DITIB-Dachverband gehört und den offiziellen Namen „DITIB Türkisch Islamische Gemeinde zu Herten Langenbochum e.V.“ trägt. Die Gemeinde mit aktuell ca. 300 Mitgliedern war über mehrere Jahre in einem Wohnblock an der Langenbochumerstraße 251 untergebracht. 1990 zog sie in ein Gebäude, das vorher eine Gaststätte beherbergte. Mit der Zeit wurde dieses Gebäude zu eng für die wachsende Gemeinde und durch die Verwinkelung im Gebetsraum konnte beim Freitagsgebet nicht die gesamte Gemeinde den Imam sehen. Zudem gab es in der alten Sultan Ahmet-Moschee<sup>397</sup> keinen Platz für einen Jugendraum, den man in der neuen Moschee einrichten wollte, um das Gemeindeleben auch für die Jüngeren attraktiv zu gestalten, wie der Gemeindesprecher Tahsin Akdemir berichtet (Int. Akdemir).

1999 entschied die Gemeinde deshalb, in ein größeres Gebäude zu ziehen oder eine neue Moschee zu errichten. Sie trat an die Stadt heran, um nach geeigneten Standorten zu fragen. Da die Stadt mit solchen Aufgaben bereits vertraut war – sie hatte Ähnliches für die VIKZ und die griechische Gemeinde organisiert – und keinen Einwand gegen einen Moscheebau hatte, erklärte sich der Baurat bereit, ein Grundstück zu suchen.<sup>398</sup>

---

<sup>397</sup> Benannt nach Ahmed I., einem Sultan des Osmanischen Reiches im 17. Jahrhundert.

<sup>398</sup> Dass die Verwaltung bei der Grundstücksuche für religiöse Migrantengemeinden bisher über ihre Pflichten hinaus handelte und dies daher auch der DITIB zugutekommen sollte, wird aus der folgenden Aussage des Baurats deutlich:

„Dieser Wunsch ist an uns herangetragen worden und da sind wir ja im Grunde nicht nur in der Funktion einer Baugenehmigungsbehörde, das ist ja einfach so zu fragen, wo ist es denn baurechtlich zulässig, sondern auch immer die Erwartung, die Stadt besorgt irgendwie das Grundstück. Und für die VIKZ haben wir es ja im Übrigen getan. Wir haben das vermittelt zumindest. Es war nicht unser Grundstück, aber wir haben es vermittelt, und die Erwartung an die Stadt war nun die, dass wir auch hier entsprechend vermittelnd tätig sind, um ein Grundstück zu besorgen, wie wir es im Übrigen für eine griechische Kirchengemeinde auch getan haben, als sie einen Standort suchte“ (Int. Luke). Offensichtlich resultierte die Unterstützung der DITIB-Gemeinde aus einer allgemeinen Haltung der Stadt gegenüber religiösen Gemeinden, dass sie die Möglichkeit haben sollten, religiöse Zentren (möglichst ohne Übernachtungsmöglichkeiten) zu errichten. Die Aussage

Dieser Prozess zog sich mehrere Jahre: 1999 kam die erste Anfrage der Moscheegemeinde, 2006 wurden die ersten Grundstücke vorgeschlagen und 2010 das finale Grundstück gefunden, da es bei mehreren anvisierten Grundstücken Widerstand in Form von Unterschriftensammlung sowie Kritik durch die WIR-Ratsfrau gegeben hatte (vgl. Int. Lueke, pi-news 13.01.07).<sup>399</sup> Der präferierte Standort befand sich auf einem Gelände am südlichen Rand der Zechenbrache Schlägel & Eisen (neben Westerholter Straße), ca. 300 Meter Luftlinie von der VIKZ-Moschee entfernt, und war im Besitz der Entwicklungsgesellschaft Schlägel & Eisen mbH (vgl. HA 14.11.12). Doch es gab auch hinsichtlich des neuen Standorts Legitimitätsprobleme bzw. Kritik durch die Ratsfrau von WIR und der UBP (Unabhängige-Bürger-Partei Herthen) sowie aus der Nachbarschaft, was sich v. a. auf die Tatsache bezog, dass bereits eine zweite Moschee entstand, in unmittelbarer Nähe zu der zuvor erbauten Blauen Moschee.

Die zeitgleiche Schließung von zwei Kirchenstandorten trug zu einer Wahrnehmung eines Statusverlusts im Verhältnis zu Muslimen bei Teilen der autochthonen Bevölkerung bei. Dies bildete einen Kontextfaktor, welcher weder durch die DITIB-Gemeinde verursacht worden war noch von ihr hätte beeinflusst werden können. Dennoch war der Moscheegemeinde die Problemlage klar und daher distanzierte sie sich im Legitimierungsdiskurs von der VIKZ, indem sie darauf hinwies, dass es sich um unterschiedliche Organisationen mit jeweils unterschiedlichen Traditionen handele und dass es bei ihrer Moschee um ein wesentlich kleineres Gebäude ohne Übernachtungspläne für Jugendliche gehe (vgl. HA 01.06.11, Int. Akdemir).

Im Allgemeinen entsteht der Eindruck, dass die Moscheegemeinde sich tendenziell passiv verhielt und sich auf die Stadtverwaltung sowohl bezüglich der Grundstücksuche als auch der Legitimierung des Moscheebauprojekts verließ. So war die Moscheegemeinde in der Presse relativ wenig vernehmbar, und im Interview verwies der Gemeindesprecher bezüglich des Ablaufs des Moscheebauprojekts häufig auf die Verwaltung. Dafür war die Gemeinde bereit, auf die Erwartungen der Verwaltung und der Kommunalpolitik einzugehen und ihr Projekt entsprechend zu gestalten. Insofern lässt sich das Legitimierungshandeln der Moscheegemeinde v.a. gegenüber der Kommunalpolitik und der Verwaltung als Konformität bzw. Responsivität charakterisieren, was eine Einflusslegitimität bei den Stakeholdern mit Entscheidungskompetenz sicherstellte. Dazu gehört z. B. der Verzicht auf Minarette, die in den Vorstellungen der Moscheegemeinde ohnehin nachrangig waren, wie aus dem Gespräch mit dem Gemeindesprecher und einigen Gläubigen während des ersten Spatenstichs deutlich wird (vgl. Int. Akdemir, Gespräch Gläubige).

Eine Legitimierungshandlung, die scheinbar einen Eindruck beim Baurat hinterlassen und ihn bewogen hat, die Moscheegemeinde bei dem Plan einer neuen Moschee zu unterstützen, war ein Besuch in der alten Moschee im Jahr 2007:

---

lässt durchklingen, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz handlungsleitend gewesen ist. Ein Ausbau dieser Zentren kann jedoch auch Skepsis hervorrufen.

<sup>399</sup> Für die Grundstückssuche kam erschwerend hinzu, dass die Moscheegemeinde in den Stadtteilen Paschenberg und Langenbochum, ihrem Einzugsbereich, bleiben wollte und dort die Immobilien knapp waren (vgl. Int. Lueke, Int. Özdemir). Die Kritik an dem geplanten Moscheebauprojekt äußerte sich in informellen Gesprächen und durch eine Unterschriftenaktion. Als Argumente wurden in erster Linie städtebauliche Gründe angeführt, allen voran die schlechte Parkplatzsituation und eine mögliche Lärmbelästigung (vgl. Int. Lindner), was primär die pragmatische Legitimität betraf.

„Das ist aus meiner Sicht so ein Schlüsselerlebnis, weil man eigentlich merkt, die arbeiten da in vollen menschenunwürdigen Verhältnissen. Also für eine Gemeinde dieser Größenordnung geht das einfach nicht so. Abgesehen auch von bauaufsichtlichen Problemen und so weiter, die da drinstecken. Für mich war eigentlich ab dem Zeitpunkt 2007, 2008, wo ich das Gebäude erstmals selbst gesehen habe und besichtigt habe, völlig klar, da müssen wir zu einer anderen Lösung kommen. Und im Grunde die Tatsache, dass so eine Besichtigung, so ein Schlüsselerlebnis dazu führen kann, dass man auch innerlich zu einer ganz anderen Haltung kommt, was diese Neubauabsichten angeht, also man behandelt das eigentlich im Inneren, also eigenem Engagement, nicht mehr so wie ein normales Ansiedlungsvorhaben, sondern man steht da auch emotional ganz anders dahinter, also im Sinne von Unterstützung“ (Int. Lueke).

Das persönliche emotionale Erlebnis der Beengtheit und einer unzureichenden Infrastruktur für ein Gemeindeleben prägte die Sicht des Baurats auf das Moscheebauprojekt und machte das Anliegen der Moscheegemeinde nachvollziehbar. An den Aussagen zeigt sich, welch wichtiges Legitimierungsinstrument eine Einladung in die Moschee sein kann. Das Beispiel zeigt einen gelungenen Einfluss auf die Legitimitätsvorstellung eines Moscheebauprojekts, indem auf die eigenen Bedarfe eindrücklich aufmerksam gemacht wurde. Zugleich wird hier die Kontakthypothese bestätigt, wonach direkte Kontakte dazu beitragen, die Bedürfnisse des Anderen emotional nachzuvollziehen (vgl. Allport 1991). Auch die Vertreter von Fraktionen, andere Verwaltungsmitarbeiter sowie interessierte Privatpersonen wurden in die Moschee eingeladen, um sie auf die schlechten Verhältnisse in der Moschee aufmerksam zu machen (vgl. Int. Akdemir). Diese Erfahrung hat den Baurat später dazu ermuntert, zusammen mit dem Bürgermeister einen Runden Tisch zu initiieren, um mögliche Wege der Realisierung des Moscheebauvorhabens zu suchen (s. u.), weshalb die Initiierung dieses Gremiums als eine Unterstützung der DITIB-Gemeinde durch die Kommune verstanden werden kann (vgl. Int. Akdemir, s. u.). Der Runde Tisch tagte über mehrere Wochen und sprach sich letztlich einstimmig für die neue Moschee aus<sup>400</sup>. Die Empfehlungen des Runden Tisches, wie z. B. die Wahl des Standorts auf dem Schlägel und Eisen-Gelände sowie eine zukünftige Nutzung der Moschee durch andere Akteure in der Stadtgesellschaft, wurden anschließend an den Stadtrat weitergeleitet, wo sie im Sommer 2011 akzeptiert und als Beschluss übernommen wurden. Allerdings stimmten CDU, WIR und UBP dagegen (vgl. ebd.). Anders als im Fall der VIKZ-Moschee sollte der Stadtrat entscheiden, da es sich hier um ein Unternehmen mehrheitlich im städtischen Besitz handelte und die Veräußerung von Immobilien durch dieses Gremium legitimiert werden musste. Damit wurde, ähnlich wie im Fall der Al-Muhajirin-Moschee in Bonn, der Stadtrat ein Aushandlungsort für die Legitimierung des Moscheebauprojekts.

Einige Monate darauf kaufte die DITIB das Grundstück von der Schlägel & Eisen mbH (vgl. ebd.). Anschließend wurde der Bauantrag gestellt, der dann positiv beschieden wurde. Im November 2013 begann der Bauprozess mit dem feierlichen ersten Spatenstich. Nach nicht

---

<sup>400</sup> Nähere Ausführungen zu diesem Runden Tisch finden sich weiter unten.

einem ganzen Jahr wurde das Richtfest gefeiert, und die Gemeinde ist seit Juli 2016 in den neuen Räumlichkeiten (vgl. Abb. 20).<sup>401</sup> In der folgenden Tabelle ist der chronologische Ablauf des Moscheebauprojekts zu sehen.

Tabelle 20: Chronologischer Ablauf des Moscheebauprojekts

Datum/Periode	Entscheidende Ereignisse, bzw. Phasen des Moscheeprojekts
1985	Gemeindegründung, Untergebracht in einem Wohnblock, Langenbochumerstraße 251, Anschluss an den DITIB-Dachverband
1990	Erwerb eines Gebäudes an der Langenbochumerstraße 251, eine frühere Kneipe
1999	Moscheegemeinde beschließt eine neue Moschee zu finden oder zu bauen. Moscheegemeinde schreibt zum ersten Mal die Stadt an, mit der Bitte um Unterstützung.
2006	Standorte werden vorgeschlagen, Widerstände der Anwohner. Suche nach Standort geht weiter. UBP wird gegründet
2007	Erste Begehung der Moschee durch Verwaltung und Politik (Int. Lueke).
2009	Kommunalwahlen
2010	Grundstück der Entwicklungsgesellschaft „Schlägel und Eisen“ kommt ins Gespräch als möglicher Standort für die Moschee.
Mai 2011	Bürgerinitiative gegen den Moscheebau gründet sich
24.05.11-12.07.11	Der Runde Tisch tagt (insgesamt sechs Mal)
Juni 2011	Umfrage der Hertener Allgemeinen
20.07.11	Stadtrat beauftragt die Entwicklungsgesellschaft „Schlägel und Eisen“, das Grundstück an die Moscheegemeinde zu verkaufen.
17.09.11	Demonstration von Pro NRW gegen die Moscheen Im Vorfeld: „Bündnis für Demokratie“ gründet sich.
Ende 2011	Kauf des Grundstücks durch die Moscheegemeinde
November 2012	Baupläne werden der Stadtspitze vorgestellt und im HA veröffentlicht
Winter 2012/2013	Bauantrag und seine Genehmigung

<sup>401</sup> Nach den Repräsentativitätskriterien von Baumann/Tunger-Zanetti ist Folgendes festzuhalten: Hinsichtlich der Größe befindet sich die Moschee mit ihren 1.500 m<sup>2</sup> Nutzfläche im Mittelfeld. Das Gebäude ist architektonisch durch seine kleinen Kuppeln und angedeuteten Minarette ebenfalls im Mittelfeld der Repräsentativität von Moscheen anzusiedeln. Die Lage ist wenig repräsentativ, da die Moschee sich am Rande eines Zechengeländes befindet und sie von keiner Hauptverkehrsader sichtbar ist. Der Standort der neuen Moschee kann als Ausdruck eines doppelten Wandels verstanden werden. Zum einen steht die Tatsache, dass ein neues Gebäude mit nichtindustrieller Nutzung auf einer Zechenbrache entstanden ist, für den Strukturwandel, der v. a. im Ruhrgebiet stattfindet. Zum anderen steht die Tatsache, dass eine Moscheegemeinde solch ein großes Grundstück erworben und einen Neubau errichtet hat, für einen Wandel der Muslime in Deutschland, der durch einen Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur von Moscheegemeinden und ihrer Angebote sowie eine zunehmende Sichtbarkeit gekennzeichnet ist. Zugleich ist in diesem Kontext auf eine Stetigkeit hinzuweisen: Die industriellen Strukturen wurden stark abgebaut, die Menschen, die ihrertwegen gekommen sind, sind geblieben.

26.11.13	erster Spatenstich
2011-2014	Stadtteilbüro Herten-Nord
Juli 2016	Gemeinde zieht in die neue Moschee

*Quelle: eigene Darstellung*

Abbildung 20: Sultan-Ahmet-Moschee



*Quelle: DITIB Langenbochum*

### 8.3.2 Die Legitimität des Moscheebauprojekts: Kirchenschließungen und eine zweite Moschee – der befürchtete Statusverlust der Autochthonen

An dem vorliegenden Fall wird ersichtlich, wie sich der Widerstand im Zuge der Grundstückssuche manifestieren kann. An unterschiedlichen Orten gab es Widerstand (Unterschriftenaktion, ablehnende Leserkommentare, Kritik aus der Nachbarschaft), der vor allem von den lokalen antimuslimischen Akteuren im Legitimierungsdiskurs durch ablehnende öffentliche Stellungnahmen bezüglich der geplanten Moschee zugespitzt wurde. Während bei den zwischenzeitigen Widerständen – zumindest offiziell – die nachbarschaftlichen Interessen im Vordergrund des Legitimierungsdiskurses standen wie z. B. die Befürchtung von Lärm und Parkplatzmangel (pragmatische Legitimität), gab es bei dem anvisierten Grundstück keine unmittelbaren Nachbarn, da es sich um ein Gewerbegebiet handelte (vgl. Bebauungsplan Nr. 179, „Projekt Schlägel & Eisen“, WAZ 07.07.11). Im Fokus des Legitimierungsdiskurses stand hier die Tatsache, dass es sich bereits um die zweite Moschee in der Gegend handelte<sup>402</sup>.

<sup>402</sup> Es handelt sich um zwei unterschiedliche Stadtteile, die Moscheen liegen dennoch nah beieinander (ca. 300 Meter).

Neben sehr vagen Vorwürfen einer Islamisierung und den städtebaulichen Argumenten (s. o.) war vor allem ein Narrativ prägend: „Keine zweite Moschee!“ In Interviews und in öffentlichen Stellungnahmen kam immer wieder zum Ausdruck, dass Teile der Nachbarschaft und der Stadtgesellschaft eine neue Moschee ablehnten, weil sie nicht einsehen konnten oder wollten, dass Muslime bereits eine zweite Moschee errichteten, obwohl in unmittelbarer Nähe die VIKZ-Moschee gebaut bzw. 2009 fertiggestellt (vgl. Kap. 6.3.2) worden war. Vor allem angesichts der Größe der VIKZ-Moschee war es für Teile der Stadtteilgesellschaft nicht nachvollziehbar, warum diese Moschee nicht gemeinsam genutzt werden konnte (vgl. Int. Lueke, s. u.).<sup>403</sup> Ein weiterer wesentlicher Grund für diese Haltung war dem Baurat zufolge, dass Herten in den letzten Jahren von Kirchenschließungen und Zusammenlegungen von Gemeinden betroffen war. Dieser Prozess führte nach Aussagen vom Baurat und dem Gemeindesprecher dazu, dass die Bereitschaft der nichtmuslimischen Bevölkerung für die Akzeptanz einer Moschee geringer war:

„Wir haben nämlich parallel zu der Tatsache, dass vor allen Dingen die Muslime neu Gebäude errichten, in den christlichen Gemeinden genau das Gegenteil, nämlich dass Gemeinden zusammengelegt werden, dass Kirchengebäude funktionslos werden und gerade in diesem Zeitraum am Paschenberg in der katholischen Kirche, aber auch in der evangelischen Kirche zwei Kirchenstandorte letzten Endes aufgegeben werden mussten. [...] Das ist eine Gefühlslage, die sich auch so ein bisschen auf die gesamte Bevölkerung dann so übertrug. [...] Also in der Diskussion jetzt auch mit Pfarrern und Gemeindevertretern, die eigentlich nichts direkt gegenüber den Moscheebauten persönlich sagten, die aber gesagt haben: ‚Unsere Gemeindemitglieder sehen das so und so.‘ Und daraus entstehen Vorbehalte“ (Int. Lueke).<sup>404</sup>

Der folgende Leserkommentar bringt diese Sichtweise prägnant zum Ausdruck:

„In unmittelbarer geographischer Nähe gibt es bereits eine islamische Moschee (VIKZ), die groß genug ist und ganz sicher genügend Raum und auch Platz bietet für die Veranstaltungen der Moslems hier in Herten. Warum also schon gleich eine zweite in sehr nahem räumlichen Umfeld ? Und das Angesichts [sic!] der Tatsache das [sic!] bei uns immer mehr Kirchen geschlossen und abgerissen werden. — Es sei denn, die islamische Gemeinde möchte ihre Macht durch äußere Bauwerke in Form von Moscheendichte demonstrieren“ (Leserkommentar, HA 14.11.12).

Die Aussage verweist auf eine undifferenzierte Wahrnehmung von Muslimen, die als eine zusammenhängende islamische Gemeinde wahrgenommen werden, ohne zwischen den

---

<sup>403</sup> Die Vorstellung, dass die VIKZ-Moschee für beide Gemeinden ausreichen sollte, wurde nach Einschätzung des Gemeindesprechers durch den Tatbestand verstärkt, dass die VIKZ-Gemeinde die Offenheit ihrer geplanten Moschee für alle Nichtmuslime und Muslime betont hatte (vgl. Int. Akdemir). Damit hat das Offenheitsversprechen der VIKZ-Gemeinde, selbst wenn es im medialen Diskurs nicht prominent verankert zu sein schien, den Legitimierungsprozess der DITIB-Gemeinde erschwert.

<sup>404</sup> Die katholische Kirchengemeinde in Paschenberg wurde in die Kirchengemeinde Herten-Mitte integriert, so dass eine Kirche geschlossen werden musste (vgl. Int. Lueke).



unterschiedlichen Organisationszugehörigkeiten zu unterscheiden. Dieser Sachverhalt deckt sich mit der These, dass der Islam häufig als ein monolithischer Block wahrgenommen und im Diskurs über den Islam entsprechend thematisiert wird (vgl. Kap. 2). Zudem wird der Moscheebau als Herrschaftssymbol interpretiert. Es ist anzunehmen, dass es sich hierbei um eine Mischung aus mangelnder Akzeptanz einer Besserstellung von Muslimen und mangelndem Wissen um die Unterschiede zwischen den Moscheegemeinden handelt (vgl. auch Leserkommentar, HA 20.06.11: „Warum eine zweite Moschee?“). An dieser Stelle kann die These der Desintegration von Teilen der Stadtteilbevölkerung als eine Ursache der Ablehnung (vgl. Kap. 3) einer Moschee herangezogen werden. Demnach lehnen Bewohner aufgrund diverser Problemlagen wie Arbeitslosigkeit und schlechter Lebens- und Wohnqualität im Stadtteil die Moschee ab, da sie vor dem Hintergrund ihrer Probleme mit zusätzlicher Veränderung überfordert sind und keine Akzeptanz für „Fremdes“ aufbringen können (vgl. Hohmann 2003: 8). Dieser Aspekt der mangelnden Akzeptanz gegenüber „Fremden“ aufgrund diverser Probleme kann auch auf die Situation der Kirchenschließung und dem Gefühl des Verlusts einer eigenen religiösen Heimat bezogen werden. Die Kirchenschließung kann eine Überforderung mit dieser Situation darstellen, die das Aufbringen für Neues und Fremdes allgemein schwieriger macht (vgl. ebd.).<sup>405</sup> Zudem kann das Überfremdungsgefühl doppelt genähert werden: zum einen durch die Präsenz einer anderen Religionsgemeinschaft im öffentlichen Raum der eigenen Lebenswelt, zum anderen durch das gleichzeitige Schwinden von gewohnten Einrichtungen (der christlichen Religionsgemeinschaft) aus der eigenen unmittelbaren Umgebung.<sup>406</sup> In Langenbochum liefen beide Prozesse gleichzeitig ab. Damit hängt das Problem der mangelnden Bereitschaft zusammen, einen Statusverlusts hinsichtlich der Präsenz im öffentlichen Raum im Verhältnis zu den Muslimen hinzunehmen, wie ihn Hüttermann (2006) in seiner Studie beschreibt.

Hier zeigt sich, dass es v. a. Probleme bezüglich der kognitiven Legitimität gab, insbesondere der Nachvollziehbarkeit einer zweiten repräsentativen Moschee bzw. eines zweiten Neubaus in der Gegend angesichts der bereits bestehenden Moschee. Zum anderen betrifft diese Ablehnung die normenbezogene Legitimität. Offensichtlich ist hier der Referenzrahmen ein von den Akteuren gesetztes „christliches Land“, in dem es mehr Kirchen als Moscheen gibt. Dieser Anspruch wurde doppelt in Frage gestellt, einerseits durch Kirchenschließungen- und Fusionierungen durch einen Rückgang der aktiven Partizipation der Bevölkerung an christlicher Infrastruktur und andererseits durch die sichtbare Praktizierung muslimischer Religiosität im öffentlichen Raum. Das empfundene Ungleichgewicht betrifft also nicht nur die die

<sup>405</sup> Diese Entwicklung war auch dem VIKZ-Gemeindesprecher durchaus bewusst. Zu der Problematik, dass die DITIB-Gemeinde nicht in der bereits bestehenden Moschee bete, äußerte er Folgendes:

„Ich hätte ein Argument, aber das passt mit der Zeit nicht. Also durch die Fusion der Kirchen passt es nicht, [...] Ja, das Argument passt einfach nicht, wenn ich sage: ‚Komm, okay, warum beten jetzt die Westerholter Christen nicht in Langenbochum?‘ Aber machen die jetzt! Das ist das, verstehen Sie? Ich würde gerne dieses Argument bringen, passt aber nicht, weil es einfach durch sehr viele Probleme der Kirche, diese Fusion zusammenführt“ (Int. Özdemir).

Wie zu sehen ist, hat die Tatsache, dass Kirchengemeinden zusammengelegt wurden, eine gängige Form der Erklärung – das Schaffen des Verständnisses durch Ziehen von Analogien zum christlichen Gemeindeleben – erschwert. Allerdings handelt es sich bei den zusammengelegten christlichen Gemeinden um die gleiche religiöse Traditionslinie und dieselbe Organisationszugehörigkeit, was bei den Moscheegemeinden VIKZ und der DITIB nicht der Fall ist (vgl. Kap. 2).

<sup>406</sup> Einschränkung zur Desintegrationsthese ist zu sagen, dass die Kritik auch von Personen außerhalb der christlichen Gemeinden geäußert wurde (vgl. Int. Lueke), was darauf hinweist, dass auch nicht unmittelbar vom (oben erwähnten) Desintegrationsprozess Betroffene sich gegen die religiöse Sichtbarkeitsverschiebung im öffentlichen Raum wehren.

symbolische Präsenz im öffentlichen Raum, die sich z. B. in der Höhe der Minarette oder Kirchtürme manifestiert, sondern auch durch die aktive Nutzung der vorhandenen religiösen Infrastruktur.

Die ablehnende Haltung gegenüber der zweiten Moschee dürfte durch die Öffentlichkeitsarbeit der antimuslimischen Akteure, allen voran der WIR-Stadtverordnete, verstärkt worden sein, indem sie die „Gefühlslage“ aufgriff und sie nutzte, um das Moscheebauprojekt zu delegitimieren, wie z. B. an der folgenden Aussage in einer öffentlichen Stellungnahme deutlich wird:

„Unfassbar auch deshalb, weil in unmittelbarer Nähe vor kurzem eine VIKZ-Moschee auf einem ca. 7.000 m<sup>2</sup> Grundstück und mit ca. 2.700 m<sup>2</sup> Nutzfläche errichtet wurde, die seit dem immer wieder für ‚Schlagzeilen‘ sorgte. Was will man den BürgerInnen des Stadtteils eigentlich noch zumuten?“ (Website WIR: 07.07.11).

Wie dieser und diversen anderen Aussagen zu entnehmen ist, war ein zusätzlicher Faktor, der die Legitimierung des Bauprojekts erschwerte, dass der Prozess nach der Errichtung der ersten Moschee mit dem Diskurs um die Übernachtungsmöglichkeiten konflikthaft verlaufen ist. So vermengten sich in mehreren Stellungnahmen das Misstrauen gegenüber der VIKZ-Gemeinde mit den Bezugnahmen zum Moscheebauprojekt der DITIB-Gemeinde, und Teile der Nachbarschaft gingen davon aus, dass die Moschee die gleichen Ausmaße annehmen würde wie die zuvor erbaute Moschee (vgl. Int. Lueke).

Weitere Vorbehalte betrafen die „Fremdsteuerung“ durch den türkischen Staat, ein Legitimitätsproblem, das im Zusammenhang mit der DITIB aufgrund der engen Vernetzung der lokalen Moscheegemeinden mit der DITIB-Zentrale in Köln und damit auch mit der der Religionsbehörde in der Türkei immer wieder vorzufinden ist (vgl. Kap. 2.3). So betitelte die Ratsfrau von WIR ihren Leserbrief in der Hertener Allgemeinen folgendermaßen „Grundsätzlich wird alles von außen gebaut und gesteuert“ (in HA 14.07.11). Zudem wurden Lärmbelästigung und das Religionsverständnis dieser Gemeinde als Gegenargumente angeführt (vgl. Gespräch Landorf).

Auffällig am vorliegenden Fall ist, dass es eine Vielzahl an antimuslimischen Akteuren gab, die sich am Legitimierungsdiskurs aktiv beteiligt haben. Zu nennen ist die Stadtverordnete von der 2008 gegründeten Wählerinitiative „WIR in Herten“ und die 2006 gegründete Unabhängige-Bürger-Partei Herten (UBP) und Pro NRW, die einen Ortsverein in Recklinghausen gegründet hat. Alle drei Akteure beteiligten sich am Legitimierungsdiskurs durch ablehnende Stellungnahmen, die sie mit allgemeinen Vorbehalten gegenüber Muslimen („Terrorismus“, „Parallelgesellschaft“, „Islamisierung“, vgl. Kap. 2) verknüpft haben, was die Ergebnisse von Allievi (2009) sowie Häusler (2008) über die Vermengung von antimuslimischen Positionen mit der Kritik an Moscheebauprojekten sowie die Instrumentalisierung des Legitimierungsdiskurses für eigene Profilierungszwecke (als Beschützer des Abendlandes) bestätigt (vgl. Kap. 3). Die Tatsache, dass WIR und UBP seit 2009 im Stadtrat waren und auch 2014 wiedergewählt wurden, verdeutlicht einen gewissen Rückhalt in der Hertener Bevölkerung und ermöglichte es

den Akteuren zudem, die Verwaltung und den Bürgermeister für die Unterstützung der Moscheegemeinde(n) direkt anzugreifen und öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Pro NRW war nicht im Stadtrat vertreten und versuchte über eine Demonstration gegen das Moscheebauprojekt zu initiieren, wogegen sich ein Bündnis bildete und eine Gegendemonstration organisierte (vgl. HA 28.06.11). Dies bestätigt den in anderen Fallstudien beobachteten Trend zur zivilgesellschaftlichen Bildung von Bündnissen gegen rechtsradikale, antimuslimische Demonstrationen.<sup>407</sup> Dass die antimuslimischen Akteure den Diskurs prägten und in der Wahrnehmung des Baurats die Meinung von breiten Bevölkerungsteilen repräsentieren, wird aus dem folgenden Zitat deutlich:

„Ja, na, ich glaube, das ist eigentlich der entscheidende Punkt, dass diese politischen Gruppen, die da auftauchen, WIR oder die UBP oder dann eben Pro NRW oder sonst was, sich im Grunde eine breite schweigende Mehrheit, kann man nicht sagen, aber doch eine sehr breite schweigende Bevölkerungsgruppe angeln letzten Endes, die, ich sage mal, ihre Skepsis oder Ablehnung nicht offen äußert. Und sich aber versucht, diese Stimmen zu angeln. Und im Grunde sind diese politischen Gruppierungen eigentlich nur die Spitze des Eisberges. Das ist eigentlich das Problem, dass man die eigentlich in so einem dialogorientierten Integrationsprozess zunächst einmal nicht erreicht“ (Int. Lueke).

Die Haltung der Rechtspopulisten und Rechtsradikalen zu Moscheebau (und Muslimen) scheint demnach in der Mitte der Gesellschaft verankert zu sein, was eine besondere Herausforderung für die Schaffung einer breiten Legitimität für Moscheebauprojekte und das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft darstellt. Durch das aktive Vorgehen der antimuslimischen Akteure im Stadtrat, über Leserkommentare etc., gelangten, so der Eindruck des Baurats, kritische bis ablehnende Haltung der Bevölkerung stärker in den öffentlichen Legitimierungsdiskurs.

Ein Faktor, der dazu beigetragen hat, dass kritische bis ablehnende Positionen von antimuslimischen Akteuren sowie von Teilen der Bevölkerung in den Legitimierungsdiskurs eingeflossen sind, ist die aktive und aktivierende Rolle der Hertener Allgemeinen Zeitung, die einen zentralen Aushandlungsort bzw. ein Aushandlungsmedium der Legitimität des Moscheebauprojekts darstellte.

Dies wird z. B. daran deutlich, dass aktiv zum Kommentieren aufgerufen wurde (vgl. HA 14.11.12), dass eine Vielzahl von ablehnenden, aber auch befürwortenden Leserkommentaren veröffentlicht wurde und dass sie den antimuslimischen Akteuren mit der Veröffentlichung ihrer Stellungnahmen eine Plattform geboten hat. So konnte z. B. die WIR-Stadtratsmitglied unter der Überschrift „Jeder islamische Verein kann in Herten seinen Staat gründen“ (Pro Herten, Pressespiegel) das Moscheebauprojekt kritisieren, die DITIB-Gemeinde mit Islamisten gleichsetzen und gleichzeitig die Verwaltung für die Unterstützung des Moscheebauprojekts

---

<sup>407</sup> Aus diversen Quellen und Einschätzungen wird deutlich, dass diese Akteure im Konkurrenzverhältnis standen und in ihrer Ablehnung keine Bündnisse gegründet haben, was den Umgang mit ihnen durch die Verwaltung und die größeren Fraktionen vermutlich erschwert hätte (vgl. HA 27.06.11).

angreifen. Zudem bezog die Zeitung selbst Position, indem sie sowohl die antimuslimischen Akteure (für ihre Unsachlichkeit) als auch die Verwaltung (für ihre Intransparenz) kritisierte. Neben einer sachlich deskriptiven Berichterstattung zeichnete sie zwischenzeitig ein Bild eines sich zuspitzenden Konflikts, was zur Fortführung und möglicherweise zur Intensivierung des Konfliktes beigetragen hat. Dies wird z. B. aus dem Artikel mit der Überschrift „Und das ist erst der Anfang – Die Moschee-Diskussion wird sich noch verschärfen, glaubt Frank Bergmannshoff [Redakteur der HA]“ (HA 28.05.11):

„Man darf gespannt sein, wie sich die Diskussion weiter entwickelt. Wie gesagt: Wir stehen erst am Anfang. Der Runde Tisch hat gerade die Arbeit aufgenommen; eigentlich ist noch gar nichts passiert. Wie mag sich das Klima erst verändern, wenn in wenigen Wochen konkrete Standorte für einen möglichen Moschee-Bau zur Sprache kommen?“ (HA 28.05.11).

Zudem initiierte die Redaktion eine Internetumfrage über die Meinungen und Erwartungen der Bevölkerung zum Moscheebauprojekt. Kurz nachdem der Gemeindesprecher am 15.06.11 den Standort auf dem ehemaligen Zechengelände von Schlägel & Eisen am Runden Tisch als Wunschort dargestellt hatte, stellte die Zeitung den Standort in einer Internet-Umfrage zur Diskussion<sup>408</sup>. Das Ergebnis sah am 17.06.11 folgendermaßen aus: rund 52% hielten Schlägel & Eisen für eine „gute Idee“. Rund 38% Prozent lehnten den Bau von Moscheen grundsätzlich ab (bis dahin insgesamt 289 Umfrage-Teilnehmer).<sup>409</sup> Damit hat die Hertener Allgemeine Zeitung einen entscheidenden Beitrag zur Diskursivierung des Moscheebauprojekts inklusive der Moschee, der Moscheegemeinde sowie des Vorgehens der Verwaltung geleistet. D. h., dass das Moscheebauprojekt zu einem überregionalen Diskursobjekt wurde, auf das öffentliche Zuschreibungen und Erwartungen über die betroffenen Akteure (Stakeholder) und die politischen Entscheidungsträger hinaus projiziert wurden. Öffentliche Fürsprache der VIKZ-Gemeinde konnte im medialen Diskurs nicht vernommen werden, weil diese vermutlich mit ihren eigenen Legitimitäts herausforderungen beschäftigt war und/oder die politische Distanz zur DITIB zu groß war, um sich öffentlich für sie auszusprechen. Da der oben genannte Runde Tisch einen wichtigen Einfluss auf die Realisierung des Moscheebauprojekts hatte, werde ich ihn im nächsten Abschnitt kurz in seiner Zusammensetzung und Funktionsweise erläutern.

### **8.3.3 Der Runde Tisch als zentrales Gremium zur Realisierung des Moscheebauprojekts**

Da es sich bei dem Runden Tisch um eine entscheidende Legitimierungsinstanz des Moscheebauprojekts handelt, wird im Folgenden näher darauf eingegangen und verdeutlicht, wie dieses

---

<sup>408</sup> Die Frage lautete folgendermaßen: „Was halten Sie von Schlägel & Eisen als Moschee-Standort?“ (HA 15.06.11).

<sup>409</sup> Allerdings zeigte sich auch an diesem Instrument, dass der Beteiligungskreis über die (unmittelbar betroffene) Nachbarschaft hinausreicht und die Umfrage instrumentalisiert wurde. So wurde nach einigen Tagen in den rechtspopulistischen und antimuslimischen Foren „reconquista-europa“ und „pi-news.net“ auf die Umfrage aufmerksam gemacht und ein entsprechender Link eingefügt, so dass sich vermutlich durch die Teilnahme der Leser dieser Foren die Proportionen der Befürworter und Gegner änderten (ca. 65% Gegner und 30% Befürworter des Standorts bei insgesamt 5263 Stimmen, vgl. HA 22.06.11). Neben der Abstimmung wurde eine Vielzahl an ablehnenden Kommentaren in dem Forum veröffentlicht. Durch die Möglichkeiten des Internets wurde der Legitimierungsdiskurs auf Akteure außerhalb der Hertener Stadtgesellschaft ausgedehnt.

Gremium zur Legitimität des Moscheebauvorhabens beigetragen hat und welche Herausforderungen sich dabei ergaben.

Der Runde Tisch hat insgesamt fünf Mal<sup>410</sup> in einem Zeitraum von eineinhalb Monaten (24.05.11 – 12.07.11) mit ca. 20 Personen, v. a. Akteuren aus Langenbochum, getagt. Hintergrund der Initiierung des Runden Tisches zum Moscheebau durch die Stadtverwaltung ist die grundsätzliche Befürwortung des Moscheebauprojekts bei gleichzeitiger Wahrnehmung von negativer Legitimitätsbewertung in der Bevölkerung (s. o.) und anderen Realisierungsproblemen in der Vergangenheit wie Anwohnerproteste oder baurechtliche Hindernisse (vgl. Int. Lueke, Gespräch Landorf<sup>411</sup>) durch die Stadtverwaltung.

Laut den Aussagen des Baurats entschieden der Bürgermeister und die Verwaltungsspitze, das Gremium ohne eine Teilnahme der Kommunalpolitik einzurichten und es als ein „politisch ungebundenes Gremium“ (Abschlussbericht RT: 3, vgl. Int. Lueke) öffentlich zu kommunizieren. Teile der Kommunalpolitik, v. a. die größte und den Bürgermeister stellende SPD-Fraktion<sup>412</sup>, stimmten dem Vorgehen zu mit dem Verweis, dass der Stadtrat die Entscheidung treffen würde (vgl. Int. Lueke). Dem Baurat zufolge waren es die oben genannten Erfahrungen mit Widerständen aus der Bevölkerung, Auseinandersetzungen mit den antimuslimischen Akteuren im Stadtrat (s. o.) und die anstehenden Kommunalwahlen (2009), die es nahelegten, ein Gremium ohne parteipolitische Auseinandersetzungen zu initiieren. Somit wurde der Runde Tisch als ein primär zivilgesellschaftliches Gremium konzipiert (vgl. Int. Lueke, Gespräch Landorf). Teilnehmen sollten Menschen, „die privat oder beruflich mit dem Stadtteil verbunden sind und den ortsansässigen Vereinen und Kirchen sowie der Kaufmannschaft und der Anwohnerschaft entstammen“ (Abschlussbericht RT: 4). Die Teilnehmerliste zeigt, dass primär Vertreter von Organisationen teilgenommen haben, womit ein Schwerpunkt auf der korporativen Stadtteilgesellschaft lag. Die Einbeziehung der Nachbarschaft resultierte stark aus den vorausgegangenen Stadtentwicklungsprojekten. Herten-Nord war in ein integriertes Handlungskonzept eingebunden, das im Rahmen der Förderung des Bundes-Länderprogramms „Stadtumbau West“ initiiert wurde. Dieses sieht eine weitreichende Bürgerbeteiligung an den Stadtentwicklungsprozessen vor. Die Leitlinien des Stadtentwicklungsprojekts bzw. des damit verbundenen integrierten Handlungskonzepts bestärkten die Mitarbeiter in der Verwaltung in der Meinung, die Bewohner in das Moscheebauprojekt einzubinden, wie aus dem Interview mit dem Baurat hervorgeht (vgl. Int. Lueke).

Das Ziel bestand darin, sich zunächst mit dem Thema sachlich auseinanderzusetzen und die Gestaltung des Moscheebauprojekts vor allem hinsichtlich der Standortfindung, aber auch de facto hinsichtlich der Ausgestaltung der Moschee und der Angebote der künftigen Moscheegemeinde mit zu prägen. Zudem war, wie oben bereits erwähnt, ein erklärtes Ziel, auf die Kritikpunkte, die von der Bevölkerung geäußert wurden (s. o.), einzugehen (vgl. Int. Lueke, Gespräch Landorf). Anschließend sollten Empfehlungen an den Stadtrat weitergeleitet werden.

---

<sup>410</sup> Es gab zudem eine sechste, kleinere Sitzung, an der der Abschlussbericht dem Bürgermeister und dem Baurat vorgelegt wurden.

<sup>411</sup> Jochen Landorf moderierte den Runden Tisch.

<sup>412</sup> Die Befürwortung des Ausschlusses von politischen Parteien geht aus den Auseinandersetzungen im Stadtrat hervor, indem die größte Zustimmung für die Arbeit des Gremiums aus der SPD kam (vgl. Beobachtungsprotokoll Stadtratssitzung 20.07.11) und das Gremium von anderen Fraktionen als undemokratisch bezeichnet wurde.

Dieser sollte darüber entscheiden, ob die Entwicklungsgesellschaft Schlägel und Eisen mbH, bei der die Stadt Herten größter Anteilseigner ist, ermächtigt werden sollte, ein geeignetes Grundstück oder Bestandsgebäude an die DITIB zu verkaufen. Vermutlich, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass der Runde Tisch ein Unterstützungsgremium für die Moscheegemeinde sei und die politischen Entscheidungsträger umgangen würden, wurde von den Organisatoren mehrfach die Ergebnisoffenheit der Aushandlungen in dem Gremium betont (vgl. Abschlussbericht RT: 3). Dies kann ein Hinweis dafür sein, dass die Unterstützung der Moscheegemeinde auf Ablehnung in der Stadtgesellschaft getroffen ist. Der Stellenwert, den der Baurat dem Runden Tisch beimaß, zeigt sich in der folgenden Aussage von ihm:

„Das war so die Grundidee des Runden Tisches, dass dort so ein Diskussionsprozess stattfindet und dass man sich auch im Rahmen dieses Diskussionsprozesses nicht so gegenüber sitzt, wie man das in einem politischen Gremium oder in einer Bürgerversammlung tut, wo ja jeder seine Interessen äußert, und dann muss irgendein Moderator sehen, wie er damit zurechtkommt, sondern dass man sich wirklich miteinander unterhält. Bedeutet natürlich auch, die DITIB muss da mit am Tisch sitzen. Man kann nicht über DITIB verhandeln, während die nicht am Runden Tisch sitzt, {klopft auf den Tisch} sondern die muss da mit am Tisch sitzen“ (Int. Lueke).

Der Baurat grenzt den Runden Tisch von anderen Formen des Dialogs und der Beteiligung der Stadtgesellschaft ab und sieht in diesem Gremium die Möglichkeit eines tendenziell kompromissorientierten Austauschs, wie dies zum großen Teil anhand des Beirats und der Arbeitsgruppe in den Fällen der Merkez-Moschee in Duisburg und der Al-Muhajirin Moschee in Bonn zu beobachten war.

Die Sitzungen waren nicht öffentlich zugänglich, vermutlich um Stimmungsmache von Gegnern des Moscheebauprojekts zu verhindern. Laut den Aussagen des Moderators achtete er grundsätzlich darauf, dass keine „extremistische[n] Organisationen“ (Gespräch Landorf) in solchen Gremien vertreten waren, um ihnen keine Plattform zu bieten (vgl. ebd.). Zugleich betonte der Moderator, dass er für Organisationen und Bürgerinitiativen offen war, die „einfach nur Ängste“ (ebd.) der Bevölkerung ausdrückten, ohne dass sich damit eine übergeordnete politische Agenda verband. Außerdem wurde in den Interviews und in der Presse immer wieder betont, dass auch kritische Fragen diskutiert wurden (vgl. Gespräch Landorf, Int. Lueke). Um die Perspektiven der Stadtbevölkerung einfließen zu lassen, wurden Leserbriefe und Stellungnahmen aus dem zwischen den Sitzungen des Runden Tisches aufgestellten Meinungskasten aufgegriffen und diskutiert. Insgesamt wurden 56 Aspekte angesprochen (vgl. Abschlussbericht RT: 6). Dies zeigt, wie zwei Beteiligungsformen miteinander verbunden waren. Für die Information der Stadtgesellschaft wurden Pressevertreter (WAZ, HA, Sonntagsblatt) eingeladen, die in mehreren Artikeln über den Runden Tisch und die darin besprochenen Themen teils kritisch, aber meist affirmativ berichteten (s. u.).

In den insgesamt fünf Sitzungen wurden Aspekte wie Standortanforderungen, Bedarf an Räumlichkeiten durch die Moscheegemeinde und mögliche Auswirkungen auf die Umgebung z. B.

durch die Ausrichtung von größeren Festen besprochen. Die Moscheegemeinde und die Stadtverwaltung sind auf die Befürchtungen hinsichtlich pragmatischer Legitimität wie Lärm und Parkplatzmangel eingegangen, indem sie diese mit geplanten Maßnahmen wie der Einrichtung von Stellplätzen relativierten.

Die Aspekte hinsichtlich der „Fremdsteuerung“ (s.o.) durch die türkische Regierung, Fundamentalismus in der Moschee sowie einer nicht genutzten Möglichkeit, in die Moschee der VIKZ-Gemeinde zu ziehen, wurden ebenfalls diskutiert. Zum einen verwies die Moscheegemeinde auf eine von der DITIB-Zentrale unabhängige Finanzierung des Gebäudes, zum anderen lud sie die Akteure zu einer Führung in ihre Moschee ein, um die Raumknappheit und das Gemeindeleben nachvollziehbar zu machen. Dabei wurden Integrationsangebote wie die dort stattfindende Hausaufgabenhilfe erwähnt (vgl. Int. Akdemir). Außerdem wurde ein fachkundiger Politikwissenschaftler eingeladen<sup>413</sup>, der die Unterschiede zwischen der VIKZ und der DITIB erläuterte. Bei seiner Präsentation bescheinigte dieser den Teilnehmern, dass die DITIB eine gemäßigte Form des Islam praktiziere und ebenso wie der VIKZ nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werde (vgl. HA 21.06.11). Dies wurde von der Presse aufgegriffen und entsprechend der Stadtgesellschaft berichtet, was an Überschriften wie „Geplanter Moscheebau in Langenbochum ‚Ditib ist weit von extremistischen Bestrebungen entfernt‘“ (WAZ 22.06.11) und „Runder Tisch – Kein Geld aus der Türkei“ (WAZ 03.06.11) deutlich wird. Auch gremiumsintern hatten die Ausführungen des Wissenschaftlers und die Möglichkeit eines Austauschs mit ihm anscheinend eine legitimatorische Relevanz. So berichtete der Moderator des Runden Tisches, dass einige Personen danach geäußert hätten, dass sich einige Vorbehalte aufgelöst hätten und sie den Moscheebau befürworteten würden (vgl. Gespräch Landorf).

Dies zeigt, wie Wissenschaftler direkt den lokalen Moscheebaudiskurs mitprägen können und zu einer Referenzinstanz werden. Damit bildete wie auch im Fall der VIKZ-Gemeinde eine wissenschaftliche Expertise eine Legitimierungsgrundlage für das Moscheebauprojekt. Die sachlich vorgetragenen Informationen trugen zur informationsbasierten Legitimität bei und es konnten Falschinformationen hinsichtlich einer Finanzierung aus dem Ausland widerlegt und Befürchtungen bezüglich einer Gefahr des Extremismus innerhalb der Gemeinde relativiert werden.<sup>414</sup>

Zugleich wurden auch Erwartungen an die Moscheegemeinde gestellt, die, so der Eindruck aus dem Interview mit dem Gemeindegredher, nicht wesentlich von den Vorstellungen der Gemeinde abwichen. Dies betraf, wie oben erwähnt, die zurückhaltende Architektur<sup>415</sup>

---

<sup>413</sup> Dabei handelte es sich um Dirk Halm, der selbst aus Herten stammt und für das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) arbeitet.

<sup>414</sup> Bezeichnenderweise wurde die Wahl des Experten von der WIR-Stadtverordneten kritisiert und als Alternative die Islamkritikerin Necla Kelek vorgeschlagen (vgl. [HTTPS://WIRINHERTEN.WORDPRESS.COM/2011/07/](https://wirinherten.wordpress.com/2011/07/), letzter Zugriff am 30.06.2021). Dies weist wie im Fall der VIKZ-Gemeinde, darauf hin, dass die Auswahl der Experten bzw. der Expertengutachten einerseits selbst umstritten sein und andererseits bestimmten Akteuren bzw. ihren Interessen im Legitimierungsprozess behilflich sein kann.

<sup>415</sup> Dass bereits im Vorfeld zur Planung der Moschee der Moscheegemeinde nahegelegt wurde, auf eine klassische Gestaltung der Moschee zu verzichten, ist aus der folgenden Aussage des Gemeindegredhers ersichtlich:

„Ja, weil die [der Runde Tisch] haben gesagt, wenn wir von vornerein mit Minarett beantragen würden, würde sich sowieso noch mehr in die Länge ziehen. Sie haben ja jetzt gesehen, dass wir ohne Minarett schon [lacht kurz] so viele ja Gegner oder die, die nicht dafür waren, oder jetzt über Zeitungen, Medien, ne? Ja, hätten wir wahrscheinlich überhaupt nicht realisieren können. [...] Nein, das war von vornerein haben wir so uns. Weil um, um Gebete, jetzt nach meiner Sicht oder nach unserer Vorstellung, braucht man auch keine Minarette erst mal. Weil wir sind in einem Christenland und ich brauch erst mal Gebetsräume, ja? Um, um die Gebete abhalten zu können“ (Int. Akdemir).

sowie den Verzicht auf Anbauten und weitere Einrichtungen wie ein Internat oder verschiedene Geschäfte. Zugleich wurde, wie in anderen Fällen auch, die Forderung nach einer Öffnung der Moschee für andere Organisationen geäußert:

„Das, was wir eingefordert haben, ist, dass wir natürlich möchten, und darauf hat die Stadt auch mitzuachten, dass das in einen Prozess reinkommt, dass diese Räumlichkeiten auch offen sind, auch offen für andere Organisationen. Denn z. B. auch damals auch dieses Jugendparlament, das für kurze Zeit hier in Herten sich etabliert hatte, dass die zum Beispiel das nutzen können. Einfach nur dass man sagt, das ist nicht nur was für sich, was wie eine gekapselte Zelle in einem Wohnviertel zugegen ist und ansonsten keinen Kontakt hat, sondern es sollte schon so eine Art Begegnungsstätte sein“ (Gespräch Landorf).

Hieran wird ersichtlich, wie die soziale Umwelt die geplante Moschee in den Dienst der Stadtgesellschaft stellt und dabei die Negativvorstellung einer möglichen segregierten Gemeinde mitschwingt. Zugleich wurde die vorhandene Kooperation der Moscheegemeinde mit dem Stadtteil stark in den Vordergrund gestellt und ein Ausbau der Kooperationen eingefordert (vgl. Gespräch Landorf, Int. Lueke, Int. Akdemir). Entsprechend wurde in der Presse und im Abschlussbericht des Runden Tisches mehrmals darauf hingewiesen, dass die Moscheegemeinde sich an verschiedenen Aktivitäten im Stadtteil beteiligt und seit mehreren Jahren eine Kooperation mit dem benachbarten Familienzentrum „Kiko“ habe (vgl. Abschlussbericht RT: 8). Hier diene die Vernetzung der Moscheegemeinde eindeutig als Legitimierungsressource, die mit dem Abschlussbericht und der Empfehlung des Runden Tisches an den Stadtrat in den Entscheidungsprozess eingeflossen ist.<sup>416</sup>

Das Resultat der Sitzungen war, dass sich alle Teilnehmenden einstimmig für die „Empfehlung aus[sprachen], die Absichten des DITIB Vereins für einen Neubau [...] zu unterstützen“ (Abschlussbericht RT: 6). Nach den Sitzungen löste sich der Runde Tisch auf. Dieses Gremium diene also im Gegensatz zum Beirat in Duisburg nicht der Begleitung der Arbeit in dem Moscheegebäude, sondern der Klärung von wichtigen Fragen im Vorfeld der Genehmigung und Errichtung einer Moschee.

---

Der Wunsch, einen möglichst unauffälligen Bau zu errichten, resultierte vermutlich aus den Eindrücken des Konflikts im Rahmen des VIKZ-Bauprojekts. Außerdem ist ersichtlich, dass aufgrund der kritischen Haltung in der Stadtgesellschaft der Anspruch auf Präsenz im öffentlichen Raum nicht gestellt wurde. Der Fokus wurde ganz klar auf Gebetsräume gelegt, und an den Aussagen wird ein Trade-off zwischen der Sichtbarkeit und den Angeboten sichtbar. Ferner verinnerlichte der Gemeindegliedersprecher das von Moscheegegnern ins Feld geführte Argument, dass Deutschland ein „Christenland“ sei und Muslime sich daher hinsichtlich ihrer Präsenz im öffentlichen Raum zurückhalten sollten. Hier wird die assimilierende Wirkung der Erwartungen der sozialen Umwelt erkennbar. Darin unterscheidet sich der vorliegende Fall von dem Fall der Merkez-Moschee in Duisburg, in dem es eine breite Zustimmung zum Moscheebauprojekt gegeben hat und die Größe sowie die muslimische Prägung der Architektur ein wichtiges Narrativ im Legitimierungsdiskurs war.

<sup>416</sup> Zugleich wurden Erwartungen an die Moscheegemeinde artikuliert, dass die Kontakte verstetigt und formalisiert werden sollten. Welchen großen Stellenwert die Vernetzung der Moscheegemeinde und ihr Engagement für die beteiligten Akteure einnimmt, wird daran deutlich, dass die Beteiligten der Moscheegemeinde geraten haben, die Kooperation mit dem Kiko viel stärker öffentlich zu kommunizieren. Einem Teil der Teilnehmer des Runden Tisches war vor Sitzungen des Gremiums das Kooperationskonzept Kiko/DITIB nicht bekannt. Im Abschlussbericht des Runden Tisches wird davon ausgegangen, dass es „solche Konzepte [seien], die als Ergebnis Offenheit und partnerschaftliches Miteinander mit sich bringen [...], die zumindest ein Nachdenken [bei den Moscheekritikern] bewirken können“ (Abschlussbericht RT: 9).



## Kritik an der Legitimität des Runden Tisches

Allerdings sind, wie eingangs angedeutet, auch Grenzen dieses Gremiums für die Legitimierung des Moscheebauprojekts deutlich geworden. Ein wesentliches Legitimitätsproblem bestand in der Kritik an der Zusammensetzung des Gremiums. Diesbezüglich wurde ein Mangel an Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungsfindung hinsichtlich der Genehmigung und Ausgestaltung des Moscheebauprojekts wahrgenommen (Einflusslegitimität). Kritik kam von Teilen der Kommunalpolitik, der LINKEN, der CDU, der UBP und der WIR-Stadtratsverordneten sowie aus der Stadtbevölkerung. Der Legitimierungsdiskurs war ab der Einrichtung des Runden Tisches im Mai 2011 vom fordernden Narrativ „Moscheebau als Entscheidung der Bevölkerung“ geprägt. Kritische Bezugnahmen auf das Moscheebauprojekt kamen vor allem über Leserbriefe in der Hertener Allgemeinen Zeitung (s. o.), die von der Verwaltung bewusst zur Kenntnis genommen wurden (vgl. Int. Lueke), über den Meinungskasten (s. o.), der während der Sitzungen des Runden Tisches der teilnehmenden Bevölkerung zur Eingabe von Anmerkungen und Kritik offenstand, sowie über Stellungnahmen im Stadtrat durch die CDU und WIR sowie die UBP (vgl. Protokoll Ratssitzung). Die Kritik von Teilen der Bevölkerung hinsichtlich der Einflusslegitimität wird aus dem folgenden Leserkommentar ersichtlich:

„Ich denke, dass dieses Bauvorhaben aus unterschiedlichen Gründen keine Unterstützung aus breiten Massen der Bevölkerung erhält, da bereits die Blaue Moschee am Paschenberg steht und sich der Hertener Bürger von einem Runden Tisch der Politiker und Funktionäre bevormundet fühlt. Die Lösung für den bisher unmündigen Bürger wäre also ein Volksentscheid auf kommunaler Ebene, um dem Findungsprozess des Baus einen demokratischen Rahmen zu geben“ (Leserkommentar, HA 21.06.11).

Dieses Beispiel verdeutlicht den Anspruch, über den Moscheebau mitentscheiden zu dürfen. Hier taucht die typische Kritik an Beteiligungsgremien auf, die den politischen Entscheidungsträgern und der Verwaltung vorwirft, den Bürgern keine richtigen Einflussmöglichkeiten zu gewähren. Auch andere Leserkommentare gingen in eine ähnliche Richtung. In einem Kommentar, der auf der Internetseite von WIR veröffentlicht wurde, ist die Kritik noch schärfer formuliert und der Anspruch auf Mitbestimmung hervorgehoben:

„[...] 2. Kritisiere ich sehr die völlig und total undemokratische Vorgehensweise der Stadt Herten am sogenannten Runden Tisch bzgl. der Vorfeldplanung. Das war sozusagen ein absolut abgekartetes und manipuliertes Spiel. Hier fehlt wirklich jede Legitimation. [...] Denn die Stadtspitze hatte ja diesbezüglich die Besetzung hinter verschlossenen Türen und ohne transparente Kriterien vorgenommen. Und das Publikum, also Bürger von Herten waren gar nicht zugelassen und konnten dann nur Fragen und Anmerkungen aufschreiben und in einen Meinungskasten werfen. —

- Undemokratischer und unfairer ging es doch wohl nun gar nicht mehr, oder ?“ (Herv. i. Orig., Website WIR 16.11.12<sup>417</sup>).

Solche und ähnliche Zitate legen ein bestimmtes Legitimitätsverständnis nahe: Die Legitimität eines Moscheebaus wird von einer breiten Zustimmung der Bevölkerung abhängig gemacht und nicht etwa vom Grundrecht auf Religionsfreiheit. Ein weiteres Beispiel, das die basisdemokratischen Ansprüche verdeutlicht, betrifft den Vorschlag eines Teilnehmers am Runden Tisch. So schlug ein Nachbar der alten Moschee, der an dem Runden Tisch teilnahm, beziehungsweise auf den Meinungskasten (s. o.) vor, mit Abstimmungslisten in Langenbochum die Zustimmung zum Moscheebauprojekt abzufragen und somit die Mehrheitsverhältnisse in der Stadtteilgesellschaft zu erfahren.<sup>418</sup> Über die oben angesprochenen und von der Hertener Allgemeinen Zeitung abgedruckten, zahlreiche öffentlich bekundeten Bezugnahmen bzw. Legitimitätsbewertungen des Moscheebauprojekts wurde die Forderung aufgestellt, direkt über die Errichtung oder Nichterrichtung der Moschee entscheiden zu können.

Auch aus der Kommunalpolitik kam Kritik am Runden Tisch. So artikulierten UBP, die eine Bürgerinitiative gegen den Moscheebau mitinitiiert hat (vgl. HA 01.06.11) und WIR ihre Kritik am Runden Tisch, um ihre Ablehnung gegenüber der Moschee und der Moscheegemeinde auszudrücken sowie um die Verwaltung und die Mehrheitsfraktion SPD zu kritisieren. Dies wird aus der folgenden Aussage eines UBP-Stadtverordneten ersichtlich:

„Es drängt sich der Eindruck auf, als wolle Paetzel [der Bürgermeister] an der Politik vorbei einen weiteren Moscheebau in Herten legitimieren. Wir begrüßen es, wenn eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in die Diskussion einbezogen werden. [...] Das Ergebnis steht ja bei einem solchen Besetzungsplan bereits jetzt fest, nämlich: pro Moscheeneubau in Langenbochum [...] In Herten ist ja bekannt, dass die SPD und auch Herr Dr. Paetzel Moscheebauten sehr positiv gegenüberstehen.“ (Alinaghi, UBP-Ratsfraktion, zitiert nach HA 08.04.11).

In dieser Aussage erscheint der Runde Tisch als ein Instrument des Bürgermeisters, um die anderen politischen, moscheekritischen Akteure auszuschließen und das Moscheebauprojekt durchzusetzen. Sowohl in diesem, als auch den vorherigen Kommentar wird der (rechts-) populistische Wunsch nach „direkter Demokratie“ bzw. „Volksentscheiden“ deutlich; dahinter kann sich, wenn man die Thesen von u.a. Karin Priester (2008: 28ff) zur Erklärung heranzieht, eine gefühlte Machtlosigkeit und Kontrollverlust in Bezug auf die Gestaltung der Gesellschaft im Allgemeinen verbergen, welcher sich dann an direkt wahrnehmbaren Veränderungen im kommunal-nachbarschaftlichen Umfeld manifestiert.<sup>419</sup> Moscheebauvorhaben und die kommunale Unterstützung in Form eines Runden Tisches werden dann als Projektionsfläche für diese

---

<sup>417</sup> <https://wirinherten.wordpress.com/2012/11/16/schlagel-eisenditib-gemeinde-stellt-moschee-plane-vor/>, letzter Zugriff am 30.06.21.

<sup>418</sup> Der Moderator betonte jedoch, dass es eher um die Klärung inhaltlicher Fragen ginge als um eine Prozentzahl der Zustimmung, womit er deutlich machte, dass die Rolle der Bevölkerung eine beratende und nicht eine entscheidungsvorgebende ist (vgl. ebd.).

<sup>419</sup> Diese Argumentation ähnelt der Desintegrationsthese, die den sozialen Abstieg und den Statusverlust der Autochthonen in Relation zu Migranten als Ursache für den Widerstand gegen Moscheebau thematisiert (vgl. Hohmann 2003).

Sorge vor Fremdbestimmung bzw. gefühlter fehlender Repräsentation durch die Politik verwendet. Dabei kommen grundsätzlicher antimuslimischer Rassismus mit der Eliten-Kritik des Rechtspopulismus zusammen, was in der rechtspopulistischen Rhetorik typisch ist. Bei der UBP und anderen sich in politischer Konkurrenz um Stimmen und Sitze in politischen Gremien befindlichen rechtspopulistischen Akteure handelt es sich zudem um eine Strategie, diese Unzufriedenheiten und Abneigungen gegenüber Muslimen zu instrumentalisieren und daraus eine Wählerschaft zu rekrutieren.

In dieser Perspektive steht die Dimension der Einflusslegitimität vor der moralischen Legitimität und formalrechtlichen Legitimität. Der Wert der Religionsfreiheit und der Gleichbehandlung von Religionen sowie die Tatsache, dass das Vorhaben grundsätzlich im Einklang mit den Gesetzen, wie z.B. dem Baurecht ist, werden hierbei weitgehend ignoriert und zur Disposition gestellt. Diese Kritikpunkte, die mit einer gewissen Aggression vorgetragen wurden, so z.B. der Auftritt des UBP-Politikers im Stadtrat, bieten für die Moscheegemeinde keine Anknüpfungspunkte für Legitimierungshandlungen außer dem eines Verzichts auf die Moschee.

Es stellt sich die Frage, warum in dem vorliegenden Fall das Gremium größere Legitimitätsprobleme hatte als in anderen Fällen, in denen ähnliche Gremien gebildet wurden, wie z.B. in Bonn und Duisburg. Denkbar sind v.a. die Erfahrungen mit den als problematisch betrachteten Plänen der VIKZ-Gemeinde im benachbarten Stadtteil und die starke Öffentlichkeitsarbeit von antimuslimischen Akteuren, die sowohl die Moscheebaupläne als auch den Runden Tisch stark kritisierten und somit die Stimmung in der Stadt und den Legitimierungsdiskurs mitprägten. Außerdem gibt es in beiden Stadtteilen Paschenberg und Langenbochum eine nennenswerte Bevölkerungsgruppe von Herkunftsdeutschen, die vom Strukturwandel und der Fusion von Kirchengemeinden negativ betroffenen waren, sich benachteiligt fühlten und empfänglich für die Ansprache von antimuslimischen Akteuren waren.

Wie aus den obigen Zitaten zu entnehmen ist, ging der Legitimierungsdiskurs vor allem um die Aushandlung der Entscheidungs- bzw. Mitbestimmungsinstanz in Bezug auf das Moscheebauprojekt. Ähnliche Kritik kam von der WIR-Stadtverordneten, die den Runden Tisch als einen „Moscheebau-Unterstützerverein“ (zitiert nach HA 28.05.11) bezeichnete und eine mangelnde Beteiligung der Politik und der Bürger kritisierte (vgl. WAZ 29.04.11). Hier wird eine typische Konstellation erkennbar, bei der rechtspopulistische und antimuslimische Akteure sich durch die Kritik an der Verwaltungsspitze und der Mehrheitsfraktion als Sprecher einer Mehrheit der Bürger profilieren. Nicht nur die Moscheegemeinde, sondern die Unterstützung dieser an sich wird zum dominierenden Kritikpunkt.

Auch bei den anderen Parteien, v. a. der CDU-Fraktion im Stadtrat, zum Teil auch bei der Links-Fraktion, war die weitgehende Verlagerung des politischen Meinungsbildungsprozesses an den Runden Tisch bei gleichzeitigem Ausschluss der Politik aus diesem Gremium kritisiert worden (vgl. Beobachtungsprotokoll Ratssitzung 20.07.11).

So gab es eine doppelte Legitimitätsschwäche des Gremiums: Manche Bürger fühlten sich ausgeschlossen und hätten gerne mitentschieden, und Teile der politischen Entscheidungsträger, durften am Ende mitentscheiden, bemängelten jedoch die mangelnde Mitwirkung am

Meinungsbildungsprozess. Der Legitimierungsdiskurs wurde somit auf das Verfahren verlagert und betraf stark die Inputlegitimität. Viele der moderateren Positionen, die die Moschee nicht von vornherein komplett ablehnten, kritisierten primär die Zusammensetzung des Gremiums, da dieses die Bevölkerung nicht hinreichend widerspiegeln würde.

Die in den Leserbriefen geübte Kritik wurde im Gremium diskutiert, und der Bürgermeister verteidigte diese Vorgehensweise, indem er die öffentliche Facette des Runden Tisches betonte. So stellte er den Beschluss des Runden Tisches als ein „Bürgergutachten“ dar und erklärte das Gremium zu einem bedeutenden Beitrag zur Transparenz und zum „öffentlichen Dialog“. Zudem wurden die kritischen Positionen gegenüber dem Moscheebauprojekt und die Behandlung von kritischen Punkten innerhalb des Gremiums in den Vordergrund gestellt. Damit sollte die Kritik am Moscheebauprojekt durch das Gremium der Legitimierung des Gremiums selbst dienen.

Zugleich nahm die Stadtverwaltung die an sie herangetragene Kritik ernst, und der Baurat sowie der gesamte Runde Tisch als Gremium erklärten, dass evtl. eine Neukonzipierung des Besetzungsverfahrens im Fall eines erneuten Runden Tisches (vgl. Int. Lueke, Abschlussbericht RT) notwendig sei.<sup>420</sup> Dem Baurat zufolge habe sich das Anwerben von Teilnehmern stark über das Netzwerk einer Pfarrerin vollzogen. Der Interviewpartner schätzte, dass ihr Netzwerk tendenziell stärker von Personen geprägt sei, die grundsätzlich offen für religiöse Vielfalt seien, weswegen es am Runde Tisch zu einem Übergewicht durch Befürworter gekommen sei. Damit kam es zum Teil zu einer „audience selection“, also einer selektiven Einbeziehung von tendenziell befürwortenden Akteure in die Entscheidungsfindung über das Moscheebauprojekt. Das damit verbundene Problem beschreibt der Baurat folgendermaßen:

„Und insofern ist es vielleicht nicht in der, in der Gesamtzusammensetzung ist es vielleicht dann auch nicht ganz gelungen, jetzt sozusagen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Befür- oder zwischen Aufgeschlosseneren gegenüber Integration und kritischen, eher kritisch eingestellten Menschen zu finden und, das muss man, ich habe eben von der schweigenden Mehrheit gesprochen, die erreicht man natürlich durch so eine Art von Ansprache<sup>421</sup> gar nicht: Das heißt also, wir haben auch in der Bewertung des Runden Tisches auch alle zusammen, auch Mitglieder des Runden Tisches und Moderator und so weiter, hinterher auch nochmal zu der Erkenntnis, hat, die hat auch nochmal zu der Erkenntnis geführt, dass wir gesagt haben: wir müssen, wenn wir das nochmal machen, auch was das Besetzungsverfahren angeht, nochmal einen drauflegen, ne. Also so zu-, beispielsweise Losverfahren, dass man aus der Bevölkerung ganz einfach über, wir haben ja die Bevölkerungsdaten, die Adressdaten und so weiter, über

---

<sup>420</sup> In dem Abschlussbericht heißt es: „Sollte es bei weiteren Themen zur Einberufung eines RT kommen, empfiehlt der (aktuelle) RT die Auswahlkriterien für die Teilnehmer frühzeitig und umfänglich in der Öffentlichkeit darzustellen. Aus den Leserbriefen, aber auch aus direkten Ansprachen der TN wurde das Misstrauen deutlich, das einberufene Gremium sei bereits in die Gespräche mit dem Positiventscheid für einen Moscheebau gegangen und kritische Meinungen seien von vornherein ausgeblendet gewesen. Dieses Stimmungsbild im laufenden Prozess zu relativieren, fällt ausgesprochen schwer bzw. kann nicht gelingen“ (Abschlussbericht RT: 10). Das Zitat legt nahe, dass vorausgegangene Moscheebauprojekte Einfluss auf nachfolgende Moscheebauprojekte, v. a. ihre Legitimierung, haben können und ein gewisser Lernprozess der Kommune stattgefunden hat.

<sup>421</sup> Indem man sich über Organisationen an die Personen wendet.

Losverfahren Leute rausfinden und die dann gezielt ansprechen und sagen, ‚willst du nicht mitmachen?‘“ (Int. Lueke).

An dem Zitat des Baurats wird deutlich, dass er den nicht organisierten Bürgern ein Recht zuspricht, sich in einem Gremium mit ihrer Perspektive und ihren Erwartungen an dem Moscheebauprojekt zu beteiligen. Zugleich zeigt sich die Schwierigkeit, einen Querschnitt des Stadtteils über die korporative Stadtteilgesellschaft zu erreichen. Zugleich wird ersichtlich, dass die Multiplikatorfunktion der Vertreter, die sich dadurch auszeichnet, dass die Vertreter die Meinung ihres Kollektivs in das Gremium tragen und zugleich Transparenz schaffen, indem sie die Ergebnisse der Aushandlungen an ihre Kollektive transportieren, nicht vollends funktioniert hat.

Der Baurat wählt die Bezeichnungen für die Befürworter und Gegner der Moschee sehr allgemein, indem er von „Aufgeschlosseneren gegenüber Integration und kritischen, eher kritisch eingestellten Menschen“ (Int. Lueke) spricht, woraus zu schließen ist, dass ein Teil der Personen, die das Verfahren bemängelten, den Moscheebau als Ganzes ablehnten, also nicht nur die Input-Legitimität anzweifeln. Hier zeigen sich Elemente eines überdeckten Konflikts, da die Kritik an dem Moscheebau über die Kritik an dem Verfahren geübt wurde (vgl. Kap. 3). Auch ging es nicht primär um Auswirkungen der Moschee auf die Nachbarschaft (pragmatische Legitimität). Mit dem vorgestellten Verfahren bestünde daher potenziell das Risiko, dass weniger kompromissbereite Akteure sich im Gremium befinden und die Realisierung des Moscheebaus erschwert werden könnte.<sup>422</sup> Vermutlich hatten der Bürgermeister und die Verwaltung mit ihrem öffentlich kommunizierten Anspruch, die Nachbarschaft einzubeziehen und die Meinung des Stadtteils zu erfassen, entsprechende Erwartungen geweckt bei Personen mit einer tendenziell ablehnenden Haltung gegenüber Muslimen. Auch die Rhetorik der antimuslimischen Akteure kann diese Haltung gestärkt haben und machte die Kritiker des Moscheebaus im Legitimierungsdiskurs, das wird an den Aussagen des Baurats deutlich, vernehmbar. Zudem kam die Tatsache hinzu, dass die Erfahrungen mit dem VIKZ-Moscheebauprojekt - wie oben erwähnt - sich negativ auf die Legitimitätsbewertungen des Projekts der DITIB-Gemeinde auswirkte.

Am Beispiel des Runden Tisches zeigte sich die Herausforderung für die Kommune, zum einen antimuslimische und an einer konstruktiven Lösung nicht interessierte Akteure auszuschließen und zum anderen dem Gremium einen repräsentativen Charakter zu verleihen und dabei den Eindruck zu verhindern, dass kritische Stimmen, die ein Moscheebauprojekt nicht grundsätzlich ablehnten, ausgeschlossen würden. Zugleich ergab sich die Herausforderung, den Anspruch auf basisdemokratische Entscheidungsprozesse zu relativieren und zu verdeutlichen, dass die Beteiligung der Bevölkerung in einer gemeinsamen Suche nach einer konstruktiven Problemlösung und dem Einbringen von eigenen Sichtweisen bestand.

### **Positiver Beitrag zur Legitimität**

Trotz der Legitimitätsprobleme des Runden Tisches trug das Gremium wesentlich zur Legitimität des Moscheebauprojekts bei. Insgesamt wertete der Baurat und Moderator den Runden

---

<sup>422</sup> Zudem ergab sich die Schwierigkeit, Bürger allgemein für das Gremium zu rekrutieren. Laut dem Baurat wurden verschiedene Vereine angeschrieben, jedoch waren diese häufig desinteressiert (vgl. Int. Lueke).

Tisch positiv, da ein offener Diskussionsprozess initiiert und eine klare Entscheidungsgrundlage dem Stadtrat vorgelegt wurde. Tatsächlich konnten Pro- und Kontra-Argumente hinsichtlich des geplanten Standorts erörtert werden und die Moscheegemeinde konnte sich und ihr Vorhaben über dieses Gremium einflussreichen Akteuren der Stadtgesellschaft vorstellen.<sup>423</sup> Trotz aller Kritik erschienen einige positive Beiträge über den Runden Tisch in der Presse und durch die Anwesenheit von Pressevertretern wurde eine gewisse Transparenz geschaffen (kognitive informationsbezogene Legitimität), auch wenn die Hertener Allgemein Zeitung eine wesentliche Plattform für zum Teil unsachliche Kritik am Runden Tisch und dem Moscheebau darstellte (s. o.). Wichtige Akteure der Stadtgesellschaft wurden in den Ausgestaltungsprozess integriert (Einflusslegitimität). Auch konnten Erwartungen von Teilen der Stadtgesellschaft artikuliert und berücksichtigt werden (z. B. stärkere Kooperation mit anderen Trägern, unauffällige Architektur). Zudem konnten von den Teilnehmern auch einige kritische Fragen gestellt werden und somit die Bedenken von einem Teil der Stadtteilbevölkerung aufgegriffen werden, was öffentlich thematisiert wurde. Es gab die Möglichkeit, sachlich über kritische und umstrittene Fragen zu diskutieren (z. B. das Verhältnis zur VIKZ, die Beziehung zum türkischen Staat). Durch die Entschlossenheit der Verwaltung und des Bürgermeisters, die v. a. auf den langjährigen, unerfüllten Wunsch der Moscheegemeinde zurückging, ihre räumliche Situation zu verbessern, konnte das Projekt realisiert werden. Die mäßig ausgeprägte Vernetzung der Moscheegemeinde spielte hierbei eine untergeordnete Rolle, da für die Konstituierung des Gremiums Runder Tisch primär die Verwaltung die Verantwortung übernahm. Somit konnte durch die Stadt Herten ein Kommunikationsprozess eingeleitet werden, in dem die Moscheegemeinde für die Verwaltung und den Rest der beteiligten Akteure durchaus als eine offene Gemeinde erschien. Dieser Befund legt nahe, dass die Rolle der Kommune und die geschaffenen Strukturen einen entscheidenden Beitrag im Legitimierungsprozess leisten können.

Es waren jedoch weniger die vorgenommenen Legitimierungsschritte der Moscheegemeinde, sondern die geschaffenen Strukturen durch die Verwaltung, die im Legitimierungsprozess entscheidend waren und den Bauprozess einleiteten. Der Gemeindesprecher schätzt den Runden Tisch als sehr hilfreich ein für das Moscheebauprojekt:

„Dann haben wir einige Grundstücke noch uns angeguckt, das war auch nichts. Zuletzt haben die uns dann angeboten, die werden dann, um die Öffentlichkeitsarbeit voranzutreiben, einen Runden Tisch einrichten. [...]

Auch sehr gut, wir können damit leben, wenn Runder Tisch, weil das war die einzige Lösung wahrscheinlich. [...] Die haben ja am Ende ja einstimmig empfohlen, dass wir die Räumlichkeiten brauchen. Das ist ja auch in den Medien so rübergekommen“ (Int. Akdemir).

---

<sup>423</sup> Neben den Erwägungen, die die pragmatische Legitimität und Einflusslegitimität betreffen, spielte auch die moralische Legitimität eine große Rolle in den Auseinandersetzungen. So bezog sich ein Ratsmitglied auf Grundgesetz und verwies auf die Glaubensfreiheit. „Wir können also nicht sagen, ja oder nein, sondern es ist ganz klar, das Grundgesetz sagt, die Glaubensfreiheit, dazu gehört auch die Ausübung dieser Glaubensfreiheit“ (Ratssitzung 20.07.11). Dabei wird das legitimitätstiftende Momentum des normativen Bezugssystems Grundgesetz deutlich.

Offensichtlich wurden der Runde Tisch und der positive Beschluss nach längerer Phase des Suchens und der Ablehnung als eine Erleichterung und Anerkennung empfunden und diente in seiner Wahrnehmung als letzte Chance, das Moscheebauprojekt zu legitimieren. Das war vermutlich ein Grund für die Bereitschaft, sich den Erwartungen wie dem Verzicht auf ein Minarett zu fügen. Gleichzeitig wurde eine normative Grundlage für die Entscheidung im Stadtrat formuliert, diese mit der Mehrheit der Stimmen angenommen hat und die Entwicklungsgesellschaft Schlägel & Eisen mbH ermächtigte, ein geeignetes Grundstück oder Bestandsgebäude an die DITIB zu verkaufen (vgl. Stadt Herten DS 11/222).

#### **8.3.4 Zusammenfassung**

In dieser Fallstudie wurde deutlich, dass die Grundstücksuche eine Opportunitätsstruktur für Widerstände gegen den Moscheebau darstellte und dies folglich, nicht zuletzt aufgrund der negativen Legitimitätsbewertung durch die potenziellen Anrainer, eine der größten Herausforderungen bei der Realisierung der Moschee war. Die Fallstudie zeigte, wie sich eine Kommune entschied, aus einem empfundenen Problemdruck heraus, der sich aus der Raumknappheit der Moscheegemeinde auf der einen Seite und den Widerständen in der Bevölkerung gegen die Moscheebaupläne auf der anderen Seite ergab, ein Grundstück zu suchen und dies über einen Runden Tisch zu legitimieren. Das Gremium brachte die Moscheegemeinde und Teile der korporativen Stadtgesellschaft in Kontakt und erlaubte ein gegenseitiges Kennenlernen und die Erörterung möglicher Standorte sowie der Gestaltung der zukünftigen Moschee. Der Runde Tisch hatte jedoch Legitimitätsprobleme (Einflusslegitimität), da Moscheegegner diesen als Unterstützungsinstrument der Kommune für die Moscheegemeinde betrachteten und Teile der Stadtgesellschaft, darunter auch die Moscheegegner sowie Teile der im Stadtrat vertretenen politischen Parteien, kritisierten, nicht am Gremium beteiligt worden zu sein. Damit wurde die Einflusslegitimität eingefordert, was sich im Spannungsfeld mit dem Recht der Moscheegemeinde auf Religionsfreiheit befand und den Legitimierungsdiskurs prägte.

Der Legitimierungsdiskurs wurde für die Moscheegemeinde und die Kommune dadurch verschärft, dass es bereits die zweite Moschee in dem Stadtgebiet war und gleichzeitig Kirchengemeinden fusionierten, so dass die Norm, der vorwiegend christlichen Präsenz im öffentlichen Raum und der zahlenmäßigen Dominanz des christlichen Gemeindelebens in doppelter Hinsicht relativiert wurde (moralische Legitimität). Da sich die Moscheegemeinde kooperativ zeigte (Konformität) und z. B. auf ein Minarett verzichtete und bei der Planung darauf geachtet wurde, dass es keine unmittelbare Nachbarschaft gab, die vom Moscheebau auf der pragmatischen Legitimitätsebene negativ betroffen wäre, fand sich letztlich eine Mehrheit im Stadtrat, die dem Verkauf des Grundstücks an die Moscheegemeinde zugestimmt hat, womit die Moschee realisiert werden konnte.

### **Teil III: Zusammenführung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen**



## **9 Moscheebauprojekte zwischen diskursiven Bezugnahmen und sozialen Beziehungen. Darstellung anhand ausgewählter Aspekte und theoretische Implikationen**

Nachdem ich in den letzten Kapiteln die Fälle in ihrer Dynamik und Eigenlogik untersucht und detaillierter dargestellt habe, führe ich in diesem Kapitel die Ergebnisse zusammen. Dabei werden die Befunde aus den Fallstudien themenzentriert zusammengefasst und es werden fallübergreifend Schlussfolgerungen für die Legitimität und Legitimierung von Moscheebauprojekten sowie die Vernetzung von Moscheegemeinden gezogen.

Das Kapitel verfolgt mehrere Ziele: Es trägt die Ergebnisse aus den zuvor vorgestellten Fallstudien zusammen, ergänzt sie durch relevante empirische Daten und kontextualisiert die Befunde, indem der Forschungsstand und die theoretischen Ansätze aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Für eine bessere Veranschaulichung und empirische Fundierung der Befunde werden partiell Daten und Ergebnisse aus den umfangreichen Erhebungen zusätzlich herangezogen, die aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht ausführlicher dargestellt werden. Dazu zählen u. a. Interviews mit Dachverbandsvertretern, Verwaltungsdokumente und vereinzelt Presseartikel. Die zum Teil unterschiedlichen Verläufe von Moscheebauprojekten erlauben punktuelle Vergleiche und Schlüsse auf Faktoren, die die Legitimität von Moscheebauprojekten erhöhen oder zu einem Wandel der Vernetzung von Moscheegemeinden führen.

### **9.1 Moscheebauprojekte zwischen dem Betreten des öffentlichen Raums und dem Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur**

Wie bereits in der Einleitung angeführt, umfasst das Phänomen „Moscheebauprojekt“ sowohl das Betreten des öffentlichen Raums als auch den Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur. Im Folgenden werde ich auf die Motive der muslimischen Gemeindevertreter eingehen und Implikationen für Legitimität und Vernetzung ausarbeiten.

#### **9.1.1 Präsenzsteigerung muslimischen Lebens im öffentlichen Raum**

Die untersuchten Moscheegemeinden sind aus unscheinbaren und von außen kaum als Moschee erkennbaren Immobilien in größere Gebäude gezogen, die architektonisch durch islamisch konnotierte Merkmale wie Kuppel, Bogenfenster und Minarett deutlich als Moschee wahrnehmbar sind. Damit haben die Moscheegemeinden eine stärkere Präsenz im öffentlichen Raum der jeweiligen Stadtteile und Städte beansprucht und erlangt. Die Fallstudien zeigen, dass die architektonische Gestaltung des Gebäudes eine wichtige Rolle im Legitimierungsprozess von Moscheebauprojekten auch jenseits der rechtlich vorgeschriebenen Baustandards spielen. Auch wenn die Elemente Minarett und Kuppel in den Interviews mit den muslimischen Vertretern im Vergleich zu Räumlichkeiten und Angeboten als nachrangig bezeichnet werden (vgl. Int. VIKZ, Int. Fischer), legten die Moscheegemeinden einen großen Wert darauf, ihre Moscheen als solche erkennbar zu gestalten, was durch Kuppeln und Minaretten bei nahezu allen fertiggestellten Moscheen deutlich wird. Die architektonische Gestaltung der neuen Moschee stellte in den

Fallstudien eine Herausforderung für die Muslime dar, da diese den eigenen Vorstellungen von einem würdigen und schönen Gotteshaus entsprechend die klassischen Elemente Minarett und Kuppel beinhalten sollte. Zugleich stellt diese Architektur eine Form der Kommunikation mit der sozialen Umwelt dar und setzt verschiedene Gruppen in ein Verhältnis zueinander (vgl. Kap. 1, Emmet 2009). Die diversen Bezugnahmen auf die Minarette v. a. unter den Gegnern der Moscheebauprojekte zeigen, dass die Architektur als eine Botschaft hinsichtlich der Verhältnisse zwischen der muslimischen Gemeinde und der Bevölkerung verstanden wurde. So stellten v. a. die antimuslimischen Akteure die repräsentativen Moscheen mit Minaretten als Herrschaftssymbole und Zeichen der „Islamisierung“ dar, wie an dem Protest von Pro NRW in Witten gegen das Moscheebauprojekt der bosnischen Gemeinde (vgl. 8.1) oder einer Demonstration an der fertiggestellten Merkez-Moschee in Duisburg (vgl. Kap. 6) erkennbar ist. Die Markierung der eigenen Identität als Muslime im öffentlichen Raum durch eine entsprechende Gestaltung der Moschee bietet zugleich eine Grundlage für eine Grenzziehung zwischen Muslimen bzw. der Moscheegemeinde und der Dominanzgesellschaft, was Versuche der zugehörigkeitsbezogenen Delegitimierung erleichtert, indem die Fremdheit und Nichtzugehörigkeit der Moscheegemeinde zur Stadtgesellschaft betont wird (vgl. Kap. 1). Gleichzeitig ist in den Interviews der Eindruck entstanden, dass für die Vertreter der Verwaltung und der etablierten Parteien die negative symbolische Aufladung der Architektur eine geringere Rolle spielte. Hier gibt es also scheinbar eine Verinnerlichung der verwaltungsrechtlichen Normen, z.B. der Vorrang des Baurechts vor persönlichen Meinungen, die in Moscheebauprojekten grundsätzlich handlungswirksam werden.

Auch zeigt sich, dass die muslimische Präsenz im öffentlichen Raum durch eine repräsentative Moschee nicht im Widerspruch steht zu dem Wertekanon liberal verfasster Stadtgesellschaften. Die Entstehung der repräsentativen Moscheen wurde weitgehend im Einklang gesehen mit den Werten der Religionsfreiheit und der Vielfalt, wie z. B. in Witten und Duisburg deutlich geworden ist. Auch wurde – wie etwa in Bonn – die Entstehung einer repräsentativen Moschee als Ausdruck einer weltoffenen Stadt gesehen (vgl. Kap. 7).

Zudem waren die Kommunen stärker an den Angeboten in den Moscheegemeinden interessiert, sei es als Befürchtung einer Segregation oder Radikalisierung von Jugendlichen wie im Fall der VIKZ-Gemeinde in Herten und der Al-Muhajirin-Gemeinde oder sei es als Hoffnung, integrationsfördernder Angebote wie im Fall der DITIB-Gemeinde in Duisburg. Dies erscheint den Gemeinden einen größeren Einfluss auf das Zusammenleben in der Stadt.

Allerdings wurde auch ersichtlich, dass die Kommunen dazu beigetragen haben, die öffentliche muslimische Präsenz in Grenzen zu halten, um die Widerstände und Legitimitätsprobleme damit zu minimieren. So empfahl in Herten die Verwaltung der DITIB-Gemeinde, auf das Minarett zu verzichten, um die Widerstände in der Nachbarschaft gering zu halten und den Legitimierungsprozess damit zu vereinfachen (vgl. Kap. 8.3). Die Fallstudie der Merkez-Moschee zeigt, dass selbst bei einem Moscheebauprojekt mit einer hohen Legitimität, u. a. durch einen guten Ruf und eine starke Vernetzung der Gemeinde mit der Stadtgesellschaft, die Wahrung von Hierarchien hinsichtlich der Präsenz im öffentlichen Raum (vgl. Kap. 3) von den

das Moscheebauprojekt unterstützenden Anspruchsgruppen erwartet wurde. So achteten die Moscheegemeinde und die Beiratsmitglieder, dass das Minarett die Höhe des benachbarten Kirchturms unterschreitet (vgl. Kap. 6). Zugleich zeigte das Beispiel, dass die große Legitimität des Moscheebauprojekts in Duisburg begünstigte, dass die Größe der Moschee sowie die Elemente Kuppel und Minarett im Legitimierungsdiskurs positiv konnotiert waren und sogar als Legitimierungsressource genutzt wurden. Damit wurde die Norm der Nichtpräsenz von Muslimen im öffentlichen Raum bei gleichzeitiger Wahrung einer Dominanz der christlichen Dominanzgesellschaft überwunden. Das Beispiel legt nahe, dass eine hohe Legitimität eines Moscheebauprojekts eine größere Sichtbarkeit befördert, die dann im öffentlichen Legitimierungsdiskurs tendenziell positiv erscheint. Damit können die Befunde von Leggewie et al. (2002, vgl. Kap. 3.5), dass die architektonische Gestaltung Einfluss auf die Legitimierung und Legitimität des Moscheebauprojekts haben, bestätigt werden.

Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit bestätigen, dass der Fokus auf Aushandlungen im Rahmen der Legitimierung und damit auf Schnittpunkte zwischen Moscheegemeinden und ihrer sozialen Umwelt eine wichtige Facette von Moscheebauprojekten aufdeckt: Es zeigt sich, dass repräsentative Moscheen keine kompromisslose Realisierung von abgeschlossenen Plänen eines monolithischen Islam sind, wie von manchen Moscheegegnern nahegelegt wird (vgl. Kap. 2,3). Vielmehr sind sie zumindest teilweise ein relationales Produkt von Aushandlungen in der Stadtgesellschaft. So wurde in Duisburg gemeinsam mit den Anspruchsgruppen die Idee von großen Fenstern entwickelt und die Minarethöhe ausgehandelt, in Herten wurde wegen der kritischen Haltung der Verwaltung von der VIKZ-Gemeinde auf die Ummauerung verzichtet, in Witten wurde die Idee, das Fenster in der Schriftform „Selam“ zu gestalten, durch den Kommentar einer Bekannten der Gemeinde in die Planung eingebracht (vgl. Int. Soldo) und in Herten hat sich die DITIB-Gemeinde nach den zum Teil konflikthaften Auseinandersetzungen mit der Stadtgesellschaft dazu entschlossen, Kuppel und Minarett nur in angedeuteter Form zu realisieren. In allen Fällen wurde auf den Muezzinruf verzichtet, was von den Moscheegemeinden im Legitimierungsdiskurs öffentlich kommuniziert wurde, um (zusätzlichen) Widerständen vorzubeugen. Offensichtlich scheint die akustische Präsenz im öffentlichen Raum dermaßen umstritten, so dass sie gar nicht erst in Erwägung gezogen wurde. Im Anschluss an die Feststellung Leggewies (vgl. 2009: 122f., Kap. 3) bezüglich der Teilbarkeit eines Konfliktgegenstands, die Kompromisse erlaube, kann an dieser Stelle eine Gestaltbarkeit des Gegenstands konstatiert werden, die durchaus unter Einbringung neuer Ideen durch die Stadtgesellschaft die Kompromissbereitschaft der Moscheegemeinde signalisiert und die Einflusslegitimität des Moscheebauprojekts steigert. Dadurch konnten repräsentative Moscheen unter Berücksichtigung der Erwartungen aus der Stadtgesellschaft realisiert werden. An den sehr unterschiedlichen Endprodukten der Moscheebauprojekte zeigt sich gewissermaßen die Flexibilität der Muslime, auch wenn diese durch den Erwartungsdruck der Stadtgesellschaft, wie z. B. bei der DITIB-Moschee in Herten, forciert wurde.

Die Fallstudien der Merkez-Moschee wie der bosnischen Gemeinde zeigen, dass das architektonische Element der Fenster im Legitimierungsdiskurs positiv besetzt waren bzw.

wurden und im Legitimierungsdiskurs als Symbole für Offenheit, für Transparenz sowie für Frieden bewusst eingesetzt wurden, um die Moscheegemeinde in ein positives Verhältnis zur Stadtgesellschaft zu setzen. Dies zeigt, dass architektonische Elemente nicht nur Konfliktgegenstände darstellen, sondern auch als diskursive Ressource genutzt werden und einen positiven Einfluss auf die moralische Legitimität haben können.

Die stadtsoziologischen Einsichten, dass die architektonischen, im öffentlichen Raum präsenten Elemente eine Form der Kommunikation darstellen und Einfluss auf die Wahrnehmung der Moscheegemeinde durch die soziale Umwelt haben (vgl. Schmitt 2003), können somit bestätigt werden. Die Aufwertung des materiellen Rahmens der Moscheegemeinde hat zudem zur Folge, dass die Bereitschaft bei den Gemeinden wächst, externe Personen bei sich zu empfangen. Analog zeigen die Fallstudien, dass das Interesse der Stadtgesellschaft und von Akteuren an Moscheen als Besuchsorte wächst (vgl. Kap. 9.6). Daher wachsen Vernetzungsmöglichkeiten und Austausch zwischen der Moscheegemeinde und der sozialen Umwelt durch die Anwesenheit der repräsentativen Moschee.<sup>424</sup> Bei der Betrachtung von Etablierungsprozessen des Islam und der muslimischen Bevölkerung durch Moscheebauprojekte kann festgehalten werden, dass die räumlich-symbolische Dimension zu berücksichtigen ist, da sie einen hohen Stellenwert bei den Aushandlungsprozessen einnimmt und zudem Einfluss auf das tägliche Zusammenleben haben kann.

Bei den Interviews wird ein übergreifendes Muster hinsichtlich des Stellenwertes der Sichtbarkeit von Moscheen deutlich: Es war in erster Linie die Raumknappheit, die sich mit der Zeit und dem Wachsen der Gemeinde ergeben hat. Als sich herauskristallisierte, dass ein neues oder erweitertes Gebäude notwendig war, haben die Gemeinden bei entsprechenden Möglichkeiten entschieden, die Moschee nicht nur größer, sondern auch möglichst nach außen sichtbar, zu gestalten nach dem Motto: „Wenn schon, dann richtig!“ (vgl. Int. DITIB, Int. Soldo).

Nach dieser Lesart scheint die Sichtbarwerdung tendenziell ein erwünschtes Nebenprodukt der Vergrößerung oder Neugestaltung der Moschee zu sein. Gleichzeitig machten die muslimischen Vertreter in den Interviews deutlich, dass es sich um eine Konsequenz aus und eine Demonstration der Zugehörigkeit zu Deutschland handelt. Dies wird auch aus den Aussagen der Stellvertreter der muslimischen Dachverbände deutlich. So sprach der VIKZ-Vertreter von einem Zeichen des „Bleibenwollens“ (Int. VIKZ) und der Vertreter der IGMG bezeichnete die im Stadtbild vernehmbaren Neubauten als ein „Ausdruck eines Verständnisses von Heimisch-Werden“ (Int. IGMG).

Die bisher in der Debatte konträr zueinander vorgetragenen Stellungnahmen, dass die Moscheen entweder ein Zeichen des Ankommens oder ein Zeichen der Betonung der eigenen Identität seien, lassen sich in dem Sinne vereinen, dass die Muslime in ihrer Identität als Muslime, also einer eigenen religiösen Identität, in Deutschland als fester Bestandteil der Gesellschaft verankert sein möchten.

---

<sup>424</sup> Auf die Bedeutung der Präsenz der neuen Moscheen im öffentlichen Raum auf die Vernetzung von Moscheegemeinden, insbesondere das Interesse der sozialen Umwelt an den Moscheen, wird gesondert in Kapitel 9.6 eingegangen.

Grundsätzlich zeigt sich, dass die architektonische Gestaltung und damit die Teilhabe am öffentlichen Raum sowohl in der Motivlage der Muslime als auch im Legitimierungsdiskurs eine wichtige Rolle einnimmt, und zwar v. a. im Zusammenhang mit der Frage nach der Zugehörigkeit zu Deutschland bzw. der symbolischen Grenzziehung und Grenzüberwindung. Doch auch der Stellenwert der Angebote ist als hoch zu bewerten, was Gegenstand des nächsten Kapitels ist.

### **9.1.2 Moscheegemeinden und ihre Angebote: Träger von sozialen Dienstleistungen?**

In diesem Abschnitt gehe ich auf den zweiten Gegenstandsbereich der Moscheebauprojekte ein, die sozio-religiöse Infrastruktur der Moscheegemeinden. In diesem Kontext stellt sich die Frage, welche Rolle die Angebote im Kontext der Diskussion um die zivilgesellschaftlichen Potenziale und Segregationstendenzen von Moscheegemeinden spielen.

Hinsichtlich der Angebote unterstreichen die muslimischen Vertreter das Primat der religiösen Angebote der Moscheegemeinden. Häufigstes und laut den muslimischen Vertretern wichtigstes Angebot ist das Durchführen des fünfmaligen Gebets. Religions- bzw. Koranunterricht wird ebenfalls in allen Moscheen angeboten. Der Fokus wird jedoch auf säkulare Aktivitäten gelegt, da diese durch die Moscheebauprojekte primär ausgebaut wurden und sie für zivilgesellschaftliche Potenziale der Moscheegemeinden stehen (vgl. Kap. 1). Religiöse Angebote wurden bereits relativ häufig thematisiert und sind gut erforscht (vgl. Ceylan 2010). Ferner wird der Frage nachgegangen, welche Rolle die Angebote im Legitimierungsdiskurs einnehmen.

#### **Ausgewählte Angebote aus den Fallstudien**

Grundsätzlich ist in den Fallstudien festzustellen, dass in den neuen Moscheen diverse Räumlichkeiten hinzugekommen sind, die über den Gebetsraum, einen Teeraum und sanitäre Einrichtungen hinausgehen. Ein Blick auf das Gemeindeleben zeigt, dass die Moscheen religiöse Orte, aber auch Orte der Kontaktpflege sind. Alle neu errichteten und untersuchten Moscheegebäude verfügen über mehr oder weniger großzügige Räumlichkeiten wie Bistros oder mindestens Teerräume zum Beisammensein und überschneiden sich somit in ihrer Angebotspalette und ihrer Funktion mit säkularen Einrichtungen wie z. B. türkischen Cafés.

Die in allen Moscheen vorhandenen Teestuben sind die Orte für Diskussionen, aber auch für den Kontakt zur Herkunftsregion, sei es über Zeitungen oder Fernsehsender aus dem Herkunftsland. Die Klientel besteht meist aus männlichen Senioren. In einigen Moscheegebäuden befinden sich Wohnungen. Ein extremes Beispiel ist die DITIB-Gemeinde in Marxloh, die über mehrere Wohnungen auf ihrem Grundstück verfügt. Diese werden vermietet und dienen als Einnahmequelle für die Gemeinde. In den anderen Moscheegemeinden, die über Wohnungen verfügen wie z. B. die Al-Muhajirin-Gemeinde, handelt es sich um eine bis drei Wohneinheiten, in denen der Imam wohnt und in denen Gemeindemitglieder zweitweise wohnen können, wenn sie über keine Wohnung verfügen, was die Unterstützungsleistungen innerhalb der Gemeinde veranschaulicht. Die DITIB-Moscheegemeinde in Essen verfügt über einen Lebensmittelladen, dessen Sortiment durch zahlreiche türkische Produkte auf die Verbindung zum Herkunftsland

verweist. Die zusätzlichen Räume werden für Festivitäten wie Beschneidungs- und Hochzeitsfeiern vermietet, was eine Einnahmequelle darstellt und zu Kontakten mit Muslimen außerhalb der Moscheegemeinden führt. Dies zeigt sich u. a. daran, dass die Räumlichkeiten der Merkez-Moschee wie der Al-Muhajirin-Moschee an Externe vermietet werden.

In den Vorgängermoscheen gab es keine oder nur weniger attraktive Räume, so dass die Nachfrage geringer war. Der Fall der Al-Muhajirin zeigt, dass durch die zahlreichen Feiern die Moschee und Moscheegemeinde ins Blickfeld von Kleinunternehmen rückt, die passende Dienstleistungen anbieten wie z. B. Raumdekoration und Catering oder als Sponsoren der Veranstaltungen auftreten (vgl. z. B. Kap. 7). Insofern stellen repräsentative Moscheen Potenziale für unternehmerische Akteure und Aktivitäten dar, ohne dass dies jedoch in den Interviews von großer Relevanz gewesen ist. In den meisten Moscheegemeinden gibt es zudem Nachhilfe und Sprachkurse in den Sprachen der Herkunftsregionen der Mitglieder sowie Deutschkurse, zu meist auf ehrenamtlicher Basis.

Die Untersuchung der neu errichteten Moscheen und der Vergleich mit ihren Vorgängermoscheen zeigt, dass neben der Vergrößerung der Gebetsräume Frauen- und Jugendräume hinzugekommen sind. Die für die jüngeren Mitglieder der Gemeinde vorgesehenen Räumlichkeiten in den untersuchten Moscheen bieten eine Ausstattung für die Freizeitgestaltung: Tischtennis- und Billardtische sowie elektronische Medien. Diese Infrastruktur wird von den Jugendlichen häufig selbst verwaltet. Dafür entstanden v. a. bei größeren Gemeinden eigene Jugendabteilungen und Jugendvereine, wie bei der bosnischen Gemeinde in Witten und der Al-Muhajirin-Gemeinde in Bonn. Ähnlich verhält es sich mit anderen zielgruppenspezifischen Räumen wie Mädchen- oder Frauenräumen. In manchen Moscheegemeinden wie der Al-Muhajirin-Gemeinde in Bonn entwickelten die Zielgruppen regelmäßige Aktivitäten, die in Eigenregie durchgeführt werden, wie z. B. Diskussionsrunden, Nähkurse etc. Offensichtlich kann die neue räumliche Infrastruktur den Trend zu einer Herausbildung von offiziellen Abteilungen wie Frauengruppe oder Jugendvereinen, die jeweils ihre eigenen Räumlichkeiten verwalten, in der Moscheegemeinde verstärken. So zeigte sich in der Al-Muhajirin-Gemeinde, dass sich Frauen zusammenschlossen, um über die Nutzung der neuen Räume mitzubestimmen.<sup>425</sup> Die Einrichtung bzw. der Ausbau von Jugendräumen ist als eine Bemühung zu verstehen, die Jugendlichen, die laut einigen Interviews tendenziell weniger am Gemeindeleben interessiert sind, stärker in die Moscheegemeinde einzubinden (vgl. Int. Akdemir).<sup>426</sup> Halm/Sauer werten diesen Trend als einen „Hinweis darauf [...], dass den im SGB<sup>427</sup> formulierten Prinzip der Selbstverantwortung Rechnung getragen“ (Halm/Sauer 2015: 62) werde. Auch wenn es in den alten Moscheen bereits Angebote für Jugendliche und Frauen gegeben hat, zeigt sich, dass durch die Moscheebauprojekte eine ansprechendere Infrastruktur entstanden ist, die die Einbeziehung von Gruppen ermöglicht hat, die ursprünglich nicht den Kern der Moscheebesucher ausmachten. So lässt sich feststellen, dass die Anzahl von Frauen und Jugendlichen, die regelmäßig am Gemeindeleben teilnehmen, nach einem Moscheebau angestiegen ist. Das ist

---

<sup>425</sup> Jedoch legt die Gegebenheit, dass Frauenräume entstanden sind, nahe, dass die restliche Moschee nach wie vor männlich dominiert ist.

<sup>426</sup> Auch Ausflüge und andere Unternehmungen, die vom Vorstand unterstützt werden, sollen diesem Zweck dienen.

<sup>427</sup> Sozialgesetzbuch

zumindest die Einschätzung der Gemeindevertreter (vgl. Int. Özlem, Int. Özdemir). Insofern kann der Befund von Schmitt, dass besonders Frauen und Jugendliche bzw. Kinder (vgl. Schmitt 2003: 359) durch die neue Moschee räumlich bessergestellt werden, bestätigt werden. Insofern wird der weitere Nutzerkreis (vgl. Kap. 2, Chbib 2011: 100 f.) der Moscheegemeinde stärker in die Moscheegemeinde integriert. Es gibt daher Anhaltspunkte, dass es durch den Ausbau der Räumlichkeiten zu einem binnenintegrativen Effekt kommt im Sinne der Integration in die ethnische bzw. religiöse Gemeinschaft.<sup>428</sup> Es zeigt sich zudem, dass die Besucherzahl der Freitagsgebete in vielen Moscheen wie der DITIB in Marxloh oder der Al-Muhajirin in Bonn nach dem Moscheeumbau angestiegen ist. Einige Gemeindeglieder wie z.B. bei der Al-Muhajirin-Gemeinde und der Duisburger DITIB-Gemeinde erklären dies mit der Attraktivität der neuen Moschee. Manche Muslime entscheiden sich zu besonderen Anlässen, z. B. an Ramadan, in eine repräsentative Moschee zu gehen (vgl. Gespräch Fischer).

Die Angebote in den Moscheegemeinden wurden durchaus auch auf Personen ausgeweitet, die zuvor keine Kontakte zur Moscheegemeinde hatten. Auch wenn die Datenerhebung zum größten Teil vor dem starken Zuzug von Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 erfolgt ist, konnten einige Hinweise für ein Engagement von Moscheegemeinden im Flüchtlingsbereich gefunden werden. So nutzten aus naheliegenden Gründen (muslimische Prägung, keine eigenen Moscheen) Geflüchtete die bestehenden Moscheen zum Gebet und verbrachten zudem Zeit vor und nach den Gebeten zum geselligen Beisammensein, so z. B. im Fall der bosnischen und der Al-Muhajirin-Gemeinde (vgl. Gespräch Soldo, Gespräch Fischer). Außerdem zeigte sich, dass Moscheegemeinden sich wohlwollend engagierten, indem sie z. B. Kleidung sammelten und an Geflüchtete spendeten oder kostenfrei Deutschkurse für die Geflüchteten anboten und sie bei Behördengängen begleiteten wie im Fall der Al-Muhajirin-Gemeinde (vgl. GA 26.04.16). Dank der Sprachkenntnisse und einer ähnlichen religiösen Prägung verfügen die Moscheegemeinden über ein entsprechendes kulturelles Kapital, um sich in die Flüchtlingsarbeit einzubringen. Damit können die Ergebnisse von Nagel/El-Menouar (2017) gestützt werden. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass Muslime sich im Vergleich zu anderen Konfessionen oder Konfessionslosen überdurchschnittlich stark in der Flüchtlingshilfe engagieren (vgl. Nagel/El-Menouar 2017: 45).

Durch den Moscheebau und die dadurch zur Verfügung stehenden Räume nahm vor allem die Zahl der Veranstaltungen zu. Damit wurde nicht nur die Vernetzung mit der sozialen Umwelt verstärkt, sondern auch das Angebotsspektrum für die Gemeindeglieder erweitert. Je nach inhaltlicher Schwerpunktsetzung der Veranstaltung ist dies entweder durch innermuslimische Kooperationen geschehen, wie im Fall der Al-Muhajirin-Gemeinde z. B. mit FIBER e. V. bei der Ausstellung „Malkurs für Mädchen“ (vgl. Kap. 7.6), oder durch interreligiöse Kooperationen, wie im Fall der Diskussionsveranstaltung über das Fasten in den Religionen in der Begegnungsstätte der Merkez-Moschee. Mehrere empirische Beispiele zeigen, dass das Interesse von städtischen Behörden an der Moschee als Veranstaltungsort gestiegen ist und sie dort

---

<sup>428</sup> Inwiefern dieser Effekt die Integration in die Gesellschaft befördert, kann auf der Grundlage vorhandener Daten nicht gesagt werden.

Veranstaltungen ausrichten möchten, wie z. B. eine Demokratiekonferenz in Witten (vgl. Kap. 8.1), was einer außerreligiösen Kooperation zuzuordnen ist.

Grundsätzlich ist mit der Entstehung der Moscheeneubauten ein Wandel der Angebotspalette zu beobachten. Meistens handelte es sich dabei um die Intensivierung der vorhandenen Angebote wie bei der Hausaufgabenhilfe und bei Festen, so z. B. bei der VIKZ-Gemeinde in Herten und der Al-Muhajirin in Bonn. Der qualitative Wandel der Angebote war v. a. bei der DITIB-Gemeinde in Duisburg zu beobachten, wo diverse Beratungen und Veranstaltungsformate mit einer hauptamtlichen Fachkraft installiert worden sind. Zudem betraf der qualitative Wandel den Sachverhalt, dass externe Akteure die Räumlichkeiten nutzten, um Veranstaltungen durchzuführen, was vor der Errichtung der neuen Moschee nicht der Fall war, wie z. B. die Organisierung einer Demokratiekonferenz in der bosnischen Moschee in Witten zeigt. Auch die Nutzung der Räumlichkeiten von spezifischen Gruppen wie Frauen oder Jugendliche stellte in mehreren Moscheeneubauten eine neue Entwicklung dar, wie bei Al-Muhajirin in Bonn).

Die Gegebenheit, dass die Verwaltung und die Politik die Moscheegemeinden im Legitimierungsprozess in einigen Fällen wie in Herten bei der DITIB-Gemeinde und in Bonn bei der Al-Muhajirin-Gemeinde angehalten haben, entsprechende Kooperationen im Bereich sozialer Dienste einzugehen, zeigt, dass die Vernetzung mit Akteuren aus dem Wohlfahrtsbereich hilfreich für die Legitimierung des Ausbaus der sozio-religiösen Infrastruktur ist. Damit wurden zwei Absichten verfolgt: zum einen die Kontrolle der Angebote und ggf. die Abwehr von antidemokratischen Einflüssen auf die Zielgruppe der Jugendlichen wie im Fall der Al-Muhajirin, wo die Befürchtung von islamistischen Tendenzen groß war und daher eine Abstimmung der Angebote mit dem Jugendamt erfolgte (vgl. Kap. 7). Zum anderen ging es darum, die Qualität der bisher wenig professionalisierten Gemeinden zu heben, indem sozialpädagogische Standards stärker in die Arbeit der Gemeinden eingeführt werden. Dies war im Fall der DITIB-Gemeinde in Herten zu beobachten, wo die Moscheegemeinde vom Runden Tisch, in dem die Verwaltung und andere zivilgesellschaftliche Akteure repräsentiert waren, ermuntert wurde, die säkularen Angebote mit dem Stadtteilbüro zu planen und diese in ein Gesamtkonzept einzubetten (vgl. Abschlussbericht RT: 9). Im Fall der DITIB-Gemeinde in Duisburg erfolgte eine enge Absprache mit diversen Akteuren der Stadtgesellschaft im Rahmen eines Beirats, was den zum Gesamtkonzept gehörenden Einfluss auf die Gestaltung der Angebote der Begegnungsstätte durch die Stadtgesellschaft sicherstellte. Zudem konnte die Moscheegemeinde auf die Expertise der im Beirat vertretenen Akteure wie z. B. der Evangelischen Erwachsenenbildung zurückgreifen, um die Bildungsangebote zu planen (vgl. Kap. 6). Es wird daraus ersichtlich, dass die sozialen Dienste der Moscheegemeinden ein potenzielles Kooperationsfeld mit der Stadtgesellschaft darstellen, auch wenn zu den Erhebungszeitpunkten die empfohlenen bzw. von der Kommune gewünschten Kooperationen nicht ausgebaut waren (vgl. Kap. 9.4).

Im Legitimierungsdiskurs war zu verzeichnen, dass die Moscheegemeinden ihre geplanten Angebote in den Dienst der Integration stellten und damit zugleich die Vorstellung ihres Moscheebauprojekts an den Erwartungen der sozialen Umwelt, der Integration von Muslimen,



ausrichteten. Die integrationsfördernden Angebote wurden an mehreren Stellen mit der Präventionsleistung gegen islamistische Radikalisierung in Verbindung gebracht. Dies geschah sowohl in der Presse als auch in den Interviews mit den Dachverbänden, die die Position vertraten, dass die Angebote, v. a. die Vermittlung eines friedlichen Islams durch die Moscheegemeinden, die Jugendlichen gegen eine Einflussnahme von radikalen Kräften immunisieren würden.<sup>429</sup> Damit stand diese Position konträr zu Vorbehalten Teilen der Kommunalpolitik (vgl. Kap. 7) und Behauptungen von antimuslimischen Akteuren, dass die muslimischen Gemeinden Jugendliche segregieren und radikalisieren würden.

### **Hintergründe der Entstehung sozio-religiöser Infrastruktur**

Als Motive für den Ausbau der säkularen Angebote in den Moscheegemeinden wurden mehrere Aspekte identifiziert: Zum einen ging es dem Vorstand darum, das Gemeindeleben attraktiver zu machen und somit die interne pragmatische Legitimität der Moscheegemeinde gegenüber den Gemeindemitgliedern zu stärken. In dem vorliegenden Kapitel wird dargelegt, dass es der Wunsch der Gemeinde nach mehr Angeboten war, welcher das Moscheebauprojekte antrieb. An einigen Stellen äußerten die Gemeindevertreter, dass die Gemeindemitglieder die verschiedenen Angebote erwarten würden. So erwarteten die Eltern, dass den Jugendlichen Arabisch in der Al-Muhajirin-Moscheegemeinde beigebracht würde, und der VIKZ-Gemeindesprecher betonte in seiner Stellungnahme in der Presse, dass die Eltern sich die umstrittene Wochenend- und Ferienbetreuung wünschten, womit sich die interne und externe Legitimität im Konflikt befanden. In mehreren Interviews mit Gemeindesprechern wurde geäußert, dass nach einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge, die für den Moscheebau notwendig waren, auch die Angebote in der Moschee ausgebaut werden mussten, um die höheren Beiträge zu rechtfertigen (vgl. Int. Fischer, Int. Akdemir). Damit können die Aussagen von Caglar, wonach die Angebote in den Moscheegemeinden eine wichtige interne Legitimierungsgrundlage bilden, bestätigt werden (vgl. Kap. 2.3.2.1).

In dem Interview mit dem IGMG-Sprecher, verdeutlichte dieser, dass durch die Errichtung einer neuen Moschee zugleich die Erwartung der Gemeindemitglieder an den Gemeindevorstand bezüglich der Angebotspalette steigen, so dass der Fokus der Arbeit entsprechend auf neue Angebote ausgerichtet wird (vgl. Int. IGMG). Der DITIB-Sprecher betonte, dass der Bau und Ausbau von Moscheen eine wichtige Grundlage für die Versorgung von Muslimen mit sozialen Diensten wie Jugend-, Seniorenarbeit seien (vgl. Int. DITIB). Ferner stellte er die Entstehung der Moscheen als eine Reaktion auf die mangelnde Versorgung von Muslimen mit sozialen Diensten in Deutschland dar, trotz der partiell stattgefundenen interkulturellen Öffnung der deutschen Einrichtungen. Mit Blick auf die Struktur der muslimischen Dachverbände (VIKZ; IGMG; DITIB) kann festgehalten werden, dass Moscheegemeinden wichtige Akteure in einem Organisationsnetzwerk bilden, das verschiedene Einrichtungen umfasst, wie Bestattungsinstitute, Hadsch-Anbieter etc. (vgl. Kap. 2). Hier wird die in der Einleitung vorgestellte

---

<sup>429</sup> Hier kann der Beitrag von Moscheegemeinden zur Prävention gegen islamistische Radikalisierung nicht diskutiert werden. Diesbezüglich sei auf Charchira 2017 verwiesen.

These bestätigt, dass der Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur eine elementare Triebfeder der Entstehung von repräsentativen Moscheen ist.

Eine Ursache für die Angebote ist die zum Teil geringe sozio-ökonomische Teilhabe von Muslimen. Bei den muslimischen Vertretern und Teilen der Moscheegemeinden besteht ein Bewusstsein für diese Defizite, und mit den integrationsbezogenen Angeboten wie Nachhilfe wird ein Versuch unternommen, einen Beitrag zur Überwindung der Integrationsprobleme zu leisten. Hier besteht ein substantielles Interesse der Gemeinde, da die sozio-ökonomische Integration und das damit verbundene Einkommen der Gemeindemitglieder Einfluss auf die Einnahmen und die Ausstattung der Moscheegemeinde hat (vgl. Kap. 8.3). In den Interviews wollten die Gemeindesprecher zudem diese Angebote als einen Beitrag für die Gesellschaft verstanden wissen. Dies spielt v. a. bei der Aushandlung der Jugendangebote eine wichtige Rolle, war jedoch auch darüber hinaus in den Interviews mit Gemeindesprechern sehr präsent (vgl. Int. Özdemir, Int. IGMG). Für den Sprecher der IGMG ist der Ausbau sozialer Angebote Ausdruck einer Verantwortungsübernahme für die Menschen (vgl. Int. IGMG). Außerdem bieten Einrichtungen wie Festräume und Cafés Einnahmequellen für die Moscheegemeinde, wie z. B. bei der Merkez-Moschee in Marloh oder der Al-Muhajirin-Moschee in Bonn.

Das ehrenamtliche Engagement der Gemeindevorstände, das unverlässlich für die Angebote in den Moscheegemeinden ist (s. u.), resultiert zum Teil aus einer solidarischen Haltung gegenüber der Moscheegemeinde, die auf Reziprozität fußt. So berichtete mir ein ehrenamtlicher Imam der VIKZ-Gemeinde in Bochum, der Ingenieurswissenschaft studierte und Nachhilfeunterricht in Mathematik in der Gemeinde anbot, dass er der Gemeinde, von der er viel Rückhalt erhalten habe, mit seinem Engagement etwas zurückgeben wolle (vgl. Gespräch VIKZ Bochum). Ähnliches berichtete ein Sprecher der DITIB-Gemeinde in Lünen (vgl. Int. Kalem). Dieser Befund veranschaulicht, dass die Zugehörigkeit bzw. der Beitritt zur Gemeinde sich bereits im Kindesalter vollzieht und intergenerational vermittelt wird.

Zu guter Letzt sind die religiös fundierten Motive der verantwortlichen Vorstände und ehrenamtlich Engagierten zu nennen, die den Angeboten und sozialen Hilfestellungen in den Moscheegemeinden zugrunde liegen. Die im zweiten Kapitel angesprochene muslimische Sozialethik gehört, so zeigen die Internetpräsenz von Dachverbänden und einige Interviews, zum theologischen Selbstverständnis.<sup>430</sup>

Die Attraktivität von Moscheegemeinden durch die neue Moschee und die Angebote können außerdem zusätzliche Mitglieder anziehen, wie dies der Vertreter der IGMG anmerkte. Er berichtete, dass attraktive Moscheen den Gemeinden helfen, neue Mitglieder anzusprechen (vgl. Int. IGMG).<sup>431</sup> Diese Perspektive wie die Befunde, dass Personen aus dem weiteren Netzwerk nach der Errichtung der Moschee stärker angezogen wurden, legen nahe, dass repräsentative Moscheen von den Gemeinden als ihr Kapital verstanden werden, das eine stärkere

---

<sup>430</sup> Beispiele aus dem Koran für sozialethische Aspekte im Islam sind: „Ihr werdet echte Frömmigkeit nicht erlangen, ehe ihr nicht von dem spendet, was ihr liebt; und was immer ihr spendet, siehe, Allah weiß es.“ [Sure 3 Vers 92]; „Wer sich für etwas Gutes einsetzt, erhält einen Anteil am Segen dafür, und wer sich für etwas Böses einsetzt, dem fällt die Verantwortung dafür zu; und Allah ist immer über alles wachend“ [Sure 4 Vers 85] (vgl. Int. Fischer).

<sup>431</sup> Inwiefern dies in Konkurrenz zu anderen muslimischen Organisationen stattfindet, kann nicht gesagt werden. Der IGMG-Sprecher wies jedoch darauf hin, dass die Phase der Etablierung neuer Gemeinden und der Konkurrenz um Gläubige zwischen den Verbänden in erster Linie in den 1980er stattgefunden habe und abgeschlossen sei (Int. IGMG).

interne Legitimität der Gemeindegemeinschaft sowie, in der Perspektive der Dachverbände, eine größere Anhängerschaft unter Muslimen sichern kann.

Die Prägung der Angebote variiert je nach Fokus der Dachverbände und den individuellen Interessen und Fähigkeiten der Gemeindevorstände. So zeigte sich, dass die VIKZ-Gemeinden größeren Wert auf religiöse Bildung legen und dafür säkulare Angebote wie Kultur- und Sportveranstaltungen oder das Begehen von türkischen Nationalfeiertagen im Gegensatz zu DITIB-Gemeinden bei der VIKZ nicht zu finden sind (vgl. Int. VIKZ). Auch gibt es Anhaltspunkte, dass das Bildungsniveau des Vorstands die Bildungsangebote in der Moschee beeinflusst. So hat sich gezeigt, dass der Gemeindegemeinschaftsleiter der DITIB-Gemeinde in Bonn, der selbst Akademiker ist, großen Wert auf den Aufbau einer Bibliothek in dem neuen Moscheekomplex gelegt hat und dies auch realisieren konnte (vgl. Int. Korkmaz). Auch der Aufbau der Bibliothek in der islamischen Gemeinde Röhlinghausen ist auf das persönliche gesellschaftswissenschaftliche Interesse des Gemeindevorstands zurückzuführen. Der Gemeindevorsitzende stattete die Bibliothek mit Dutzenden von Büchern zu gesellschaftlichen und historischen Themen aus, die er regelmäßig bei der Bundeszentrale für politische Bildung bezog (vgl. Beobachtungsprotokoll, Islamische Gemeinde Röhlinghausen).

Die vorgefundenen Angebote sind weitgehend auf Muslime beschränkt. Zwar werden sie immer als offen für Nichtmuslime dargestellt und es fanden auch vereinzelt Veranstaltungen von externen Akteuren in den Moscheeräumlichkeiten statt, de facto aber konnte in den Fallstudien mit wenigen Ausnahmen wie Festlichkeiten oder Tagen der offenen Moschee keine Teilnahme von Nichtmuslimen an den Angeboten der Moscheegemeinde festgestellt werden. Mögliche Gründe dafür können zum einen die fehlende Professionalität der Moscheegemeinden oder alternative Möglichkeiten sein, z. B. deutsche Vereine für Freizeitgestaltung, kommerzielle Anbieter von Nachhilfe etc., und zum anderen die bestehende Distanz der nichtmuslimischen Bevölkerung zu Moscheegemeinden, die in Kapitel 2 beschrieben wurde.

Wie bereits angedeutet, bedeutet der Ausbau der Räume noch keinen automatischen Ausbau von Aktivitäten bzw. Angeboten. Zwar steigt die Angebotsvielfalt in den Moscheegemeinden durch den Moscheeumbau, wie die Fallstudien und die obigen Ausführungen zeigen, aber es scheint, dass die Angebote zumindest kurz- und mittelfristig hinter den eigenen Wünschen und Vorstellungen oder den Angeboten anderer Träger der freien Wohlfahrt mehr oder weniger deutlich zurückbleiben (vgl. Kap. 6). Aus der Feldforschung kommt der Eindruck, dass die Angebote sich stark auf die Zur-Verfügung-Stellung von Räumen konzentrieren. Jugendliche können sich in Räumen, die mit Unterhaltungsmedien ausgestattet und für sie bestimmt sind, aufhalten und dort ihre Freizeit verbringen. Das findet am häufigsten an Wochenenden und im Anschluss an den Koranunterricht statt wie in der DITIB Moschee in Duisburg. Eine Betreuung von Jugendlichen durch pädagogisches Fachpersonal konnte indes nicht festgestellt werden. An dieser Stelle muss also deutlich unterschieden werden, ob die sozio-religiöse Infrastruktur im Sinne entsprechender Räumlichkeiten ausgebaut wurde oder ob durch die zusätzliche Etablierung von Personal tatsächlich Angebote, die als soziale Dienste (vgl. Kap. 2) bezeichnet werden können, entstanden sind. Die Moscheegemeinden verfügen über keine

hauptamtlichen Fachkräfte und sind auf Ehrenamtliche angewiesen. Hauptamtliches Personal ist, abgesehen von der Begegnungsstätte an der Merkez-Moschee, in allen Fällen lediglich der Imam und im Fall der Al-Muhajirin-Gemeinde auch der Hausmeister. Die VIKZ-Gemeinde in Herten stellte nach der Errichtung der neuen Moschee zwei Imame zusätzlich ein und stockte, entsprechend ihrem Fokus auf religiöse Angebote, damit ihr religiöses Personal auf (vgl. Int. Özdemir). Die Kosten der Unterhaltung der größeren Moscheen sind grundsätzlich höher, womit die häufig angehobenen Mitgliederbeiträge aufgezehrt werden, so dass keine Gelder für das Personal zur Verfügung stehen. Öffentliche Regelförderung war nur im Fall der Begegnungsstätte an der Merkez-Moschee in Duisburg der Fall. Ausdruck und Grund für die relativ geringe Professionalität der säkularen Angebote ist das Fehlen der Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe und der damit verbundenen Unterstützung. Entsprechend spielen die Moscheegemeinden für die Erstellung des Jugendförderplans der Kommune keine oder nur eine untergeordnete Rolle.<sup>432</sup>

Die Gründe dafür können unterschiedlich sein. Im Fall der Al-Muhajirin gab der Gemeindesprecher an, unabhängig von den Erwartungen der öffentlichen Stellen sein zu wollen. Ein Grund kann zudem die Auslastung der Vorsitzenden mit der alltäglichen Gemeindearbeit sein, was in verschiedenen Gemeinden angeführt wurde (vgl. Kap. 7), und damit verbunden ein Mangel an Zeit, sich um eine institutionelle Anerkennung und Förderung zu kümmern. Ferner zeigten sich Legitimitätsprobleme bzw. Skepsis auf Seiten der Verwaltung und Kommunalpolitik gegenüber muslimischen Gemeinden und ihrer Jugendarbeit, wie bei der CDU-Politikerin in Duisburg oder dem Stadtteilmoderator gegenüber der IGMG, was die Bemühungen um eine Anerkennung erschweren kann (vgl. Kap. 6).

Die Vernetzung mit der Verwaltung auf der Ebene der Ressourcentransfers ist also relativ gering, auch wenn in den neuen Moscheen mehr gemeinsame Veranstaltungen stattfinden (s. o.). Doch ist der Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur ein Schritt in die Richtung einer stärkeren Einbeziehung der Moscheegemeinden in das System der Wohlfahrtspflege, da geeignete Räumlichkeiten eine von mehreren Bedingungen für die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe sind.<sup>433</sup> Dies zeigt sich an der Moscheegemeinde in Gladbeck, in der die Moscheegemeinde nach der Errichtung ihrer neuen Moschee solch einen Status erhalten hat (vgl. Int. Schneider).

In den Interviews hoben die Gemeindesprecher daher die besondere Bedeutung von engagierten Gemeindemitgliedern als wichtige Garanten der Angebote in den Moscheen hervor. In mehreren Moscheen hat sich gezeigt, dass Gemeindemitglieder und der erweiterte Nutzerkreis durch die neu vorhandenen Möglichkeiten aktiviert wurden. So kamen ehrenamtlich Tätige zusätzlich dazu, wie im Fall der Hertener VIKZ-Gemeinde im Bereich Hausaufgabenhilfe. Insofern wird die Annahme, dass Moscheebauprojekte durch den Ausbau der Räumlichkeiten zivilgesellschaftliche Potenziale wecken, bestätigt. Die unterschiedlichen Aktivitäten in den

---

<sup>432</sup> Keiner der städtischen Mitarbeiter nannte eine Moscheegemeinde als entscheidenden Akteur für den Förderplan. In Witten wurde explizit gesagt, dass Moscheegemeinden darin nicht vorkämen (vgl. Gespräch Moser).

<sup>433</sup> Weitere Bedingungen sind u. a. fachliche und personelle Voraussetzungen und die Verfolgung von Zielen des Grundgesetzes (vgl. § 75 SGB VIII).

Moscheegemeinden, die größtenteils durch Gemeindemitglieder inklusive des erweiterten Nutzerkreises geleistet wurden, bestätigen die anfangs vorgestellte Perspektive von Moscheegemeinden als Plattformen für ehrenamtliches Engagements mit diversen internen Unterstützungsleistungen (vgl. Kap. 1, Kap. 2, Nagel/El-Menouar 2017: 10, Nagel 2016).

Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die neuen Moscheen eine Infrastruktur für einen zukünftigen Ausbau der Angebote bieten. So planten mehrere Gemeinden einen Kindergarten zu errichten, wie die DITIB-Gemeinde in Essen. Die VIKZ-Gemeinde plante eine Ferien- und Wochenendbetreuung inklusiver Schlafsäle in ihrem Moscheekomplex. Wenn im Rahmen eines Moscheebauprojekts eine Immobilie erworben wird, besteht für künftige Pläne ein gewisser Gestaltungsspielraum, auf den bereits Leggewie (2009) hingewiesen hat, was die Bedeutung der Moscheegemeinden und ihrer Moscheen für die sozialen Dienstleistungen in der Zukunft unterstreicht.

Nachdem die Gründe und Motive für die Entstehung der sozio-religiösen Infrastruktur und die Angebote der Moscheegemeinden sowie ihr Stellenwert im Legitimierungsdiskurs erläutert wurden, bleibt hier zu klären, welchen Einfluss die sozio-religiöse Infrastruktur und die Angebote der Moscheegemeinden auf die Vernetzung der Moscheegemeinden mit ihrer sozialen Umwelt haben. Es wurde bereits gezeigt, dass Personen aus dem weiteren Nutzerkreis der Moscheegemeinden die Moscheen häufiger frequentierten. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass durch den Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur und damit der Angebote der Moscheegemeinden einzelne Kontakte verstärkt bzw. verstetigt werden. Auch konnte beobachtet werden, dass sich die Moscheegemeinden umstrukturierten, um die einzelnen Räumlichkeiten und Angebote zu verwalten, was an der Herausbildung von zielgruppenspezifischen Abteilungen wie Frauenabteilung oder Jugendabteilung im Fall der Al-Muhajirin deutlich wird.<sup>434</sup> Durch das Vorhandensein von Ansprechpartnern fand eine graduelle Formalisierung der Angebote statt.

Trotz der stärkeren Attraktivität der Moschee für die Gemeindemitglieder und andere Muslime kann bei den Moscheen keine Sogwirkung festgestellt werden, die bewirken würde, dass Jugendliche oder andere Zielgruppen anderen Einrichtungen fernblieben. Zwar sind die städtischen Vertreter auch nach dem Moscheebau skeptisch gegenüber einem möglichen Ausbau von Jugendangeboten, wie im Fall der Al-Muhajirin-Gemeinde in Bonn und der VIKZ-Gemeinde in Herten, aber in keiner Fallstudie wurde nach der Errichtung der Moschee von einem Wegbleiben von Jugendlichen aufgrund der Moscheeangebote oder von einer Konkurrenz der Träger gesprochen. Vor dem Hintergrund der nach wie vor schwach ausgeprägten Ressourcenlage und des Personalbestands in den Moscheegemeinden kann von einer institutionellen Vollständigkeit („Institutional Completeness“) nach Raymond Breton (1964) oder einer Parallelgesellschaft, die in der Forschung und in den gesellschaftlichen Debatten mit einer

---

<sup>434</sup> Dies ist ein Trend, der sich auch in anderen Gemeinden vollzieht, wie Halm/Sauer (2015) belegen. Doch scheint die Errichtung einer neuen Moschee durch die zur Verfügung und zur Aufteilung stehenden Räumlichkeiten den Prozess zu beschleunigen. Andere begünstigende Faktoren sind die Förderbedingungen der Geldgeber. So verlangt der Jugendring, der die kommunalen Mittel an Jugendorganisationen vergibt, dass die Jugend innerhalb von religiösen Gemeinden und Vereinen eigene Strukturen aufweist. Dies kann ein eigener Verein sein oder ein eigener Vorstand, ein eigenes Konto und eine eigene Satzung. Dies führte dazu, dass in einer Bochumer Moscheegemeinde die Jugend eigene Strukturen herausgebildet hat.

Abschwächung der Kontakte zwischen Muslimen und der Dominanzgesellschaft assoziiert wird (vgl. Kap. 4.1), nicht gesprochen werden. Zugleich waren in den Interviews Meinungen von muslimischen Vertretern zu vernehmen, die deutlich machten, dass ein Ersatz von anderen Einrichtungen wie Jugendzentren oder Schulen nicht beabsichtigt sei (vgl. Int. Akdemir).

Festzustellen ist, dass eine Vernetzung mit der sozialen Umwelt durch eine Mitgliedschaft in einschlägigen Gremien, die die Planung sozialer Dienste in der Stadt mitgestalten, oder eine Vernetzung durch Finanztransfers gering ausgeprägt ist, was sich weitgehend mit den Ergebnissen von Halm/Sauer (2015) deckt. Dies kann als ein Grund für die noch immer geringe Professionalisierung der sozialen Dienste in den Moscheegemeinden gelten. Vor diesem Hintergrund wird der in Kapitel 2 angesprochene Wunsch der Dachverbände verständlich, als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt zu werden und damit ein besonderes Rechtsverhältnis mit dem Staat einzugehen, welches die Möglichkeit von Finanztransfers beinhaltet.

Nachdem jetzt sowohl das Betreten des öffentlichen Raums durch die repräsentative Architektur als auch der Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur beleuchtet wurden, werden diese beiden Aspekte in einem Spannungsverhältnis zueinander dargestellt.

### **9.1.3 Spannungsfeld zwischen architektonischer Repräsentanz und Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur**

In den letzten Abschnitten wurde gezeigt, dass die Moscheegemeinden durch ihre Moscheebauprojekte sowohl ihre sozio-religiöse Infrastruktur als auch ihre Präsenz im öffentlichen Raum ausgebaut haben. In den Interviews mit den muslimischen Vertretern ergeben sich jedoch Anhaltspunkt für ein wahrgenommenes Spannungsfeld zwischen der Zunahme an Sichtbarkeit bzw. Erkennbarkeit der Moschee und dem Ausbau der religiösen und sozialen Infrastruktur. Das Spannungsfeld betrifft sowohl einen legitimatorischen als auch finanziellen Aspekt.

Bei dem legitimatorischen Aspekt geht es darum, dass die Errichtung von Kuppel und Minaretten den Legitimierungsprozess für den Moscheebau erschweren kann und somit der primäre Grund des Moscheebaus, der Ausbaus der sozio-religiösen Infrastruktur, von muslimischen Vertretern als gefährdet angesehen wird. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Errichtung von Moscheen häufig immer noch nicht als Norm anerkannt ist und Moscheebauprojekte in Gefährdungs- und grenzziehende Diskurse eingebettet sind.

Sowohl die Interviews mit den Gemeindevertretern als auch die mit den Verbandsvertretern zeigen eine eindeutige Prioritätensetzung auf sozio-religiöse Infrastruktur (s.o.). In ihren Aussagen erklärten sich die Interviewpartner bereit, auf die Kuppel und Minarett zu verzichten, um eine befürchtete Gefährdung des Ausbaus der sozio-religiösen Infrastruktur zu verhindern, nach der Logik des Designleitsatzes aus der Architektur „form follows function“ (Website Designlexikon<sup>435</sup>). So wurde z. B. gezeigt, dass die DITIB-Gemeinde in Herten auf ein Minarett verzichtet hat, um das Verfahren vor dem Hintergrund von bereits vorhandenen Legitimitätsproblemen (vgl. Kap. 8.3) nicht zu erschweren. Auch baurechtlich wären damit zusätzliche Erschwernisse verbunden (vgl. Int. Akdemir). Die Al-Muhajirin-Gemeinde in Bonn wäre im

---

<sup>435</sup> [HTTP://WWW.DESIGNLEXIKON.NET/FACHBEGRIFFE/F/FORMFOLLOWSFUNKT.HTML](http://www.designlexikon.net/fachbegriffe/f/formfollowsfunkt.html), letzter Zugriff am 01.07.2021.

Notfall bereit gewesen, auf das Minarett zu verzichten, und ihr Vertreter hat den Streit um Kuppel und Minarette als „Kriegsnebenschauplätze“ (Int. Fischer) bezeichnet (vgl. Kap. 7). Die Option, auf das Minarett zu verzichten, zeigte sich ferner an der internen Aushandlung der bosnischen Gemeinde in Witten, wo ein Teil der Gemeindemitglieder es für ratsam gehalten hat, auf das Minarett zu verzichten (vgl. Kap. 8.1). Aus den Interviews mit den Dachverbandsvertretern geht hervor, dass der Ausbau von Räumlichkeiten für diverse Aktivitäten Priorität hatte und auf eine aufwendige Architektur mit einem Minarett notfalls verzichtet worden wäre (vgl. Int. IGMG, Int. VIKZ). Die Aussagen der muslimischen Interviewpartner verdeutlichen, dass die räumlich-sichtbare Präsenz von den Gemeinden in den Aushandlungsprozessen als Verhandlungsmasse gesehen und zum Teil verwendet wurde, um funktional sozio-religiöse Infrastruktur aufbauen zu können. So kann der Verzicht auf bestimmte architektonische Elemente als eine Legitimierungshandlung gewertet werden. Auch die VIKZ-Gemeinde in Herten verzichtete auf eine Kuppel und ein Minarett. Dies begründete der Gemeindesprecher mit geringerem Widerstand bei der Legitimierung des Moscheebauprojekts (vgl. Int. Özdemir).

Zudem wurde in Kapitel 8.2 deutlich, dass die Schwerpunktsetzung im Spannungsfeld zwischen Sichtbarkeit und Angeboten bei der VIKZ-Gemeinde und dem VIKZ allgemein wegen seiner intensiven Gemeindearbeit und Bemühung um eine (spirituelle) Gemeinschaftsbildung noch deutlicher auf dem letzteren liegt. Dies wird an den großzügigen Räumlichkeiten, der Einrichtung von Schlafplätzen und dem Verzicht auf Minarette ersichtlich.

Das Spannungsfeld zwischen einer aufwendigen und islamisch geprägten Architektur und der sozio-religiösen Infrastruktur beruht des Weiteren auf den begrenzten finanziellen Ressourcen, die einer Gemeinde zur Verfügung stehen. Moscheebauprojekte sind, wie im dritten Kapitel gezeigt, kostspielige Unternehmungen. Auch wenn diejenigen Gemeinden, die einen Moscheebau schultern, häufig wegen ihrer großen Mitgliederzahl zu den finanziell besser gestellten Moscheegemeinden gehören (vgl. Halm et al. 2012), sind sie, wie in Kapitel 3 gezeigt, mit erheblichen finanziellen und organisatorischen Herausforderungen konfrontiert. Die Ressourcenrestriktion, die sich u. a. daraus ergibt, dass die hier untersuchten muslimischen Organisationen nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind und die Finanzierung aus dem Ausland zum Teil große Legitimitätsprobleme aufweist, bringt die Gemeinde in die Situation, entscheiden zu müssen, in welche Bereiche der Moschee investiert werden soll und welche Bereiche vernachlässigt werden können bzw. sollen.

Zudem verweisen die Fallstudien darauf, dass die Gemeindemitglieder unterschiedliche Vorstellungen über die Ausgestaltung des Moscheegebäudes hatten und dies in den unterschiedlichen Vorstellungen bezüglich des Gemeindelebens – die Gemeinde als ein hauptsächlich religiöser Ort oder ein Ort mit diversen sozialen Angeboten – begründet lag, was auf ein Spannungsfeld zwischen religiösen und säkularen Angeboten hinweist. Dennoch haben viele Gemeinden beide Bereiche stark ausgebaut, was sich u. a. durch die Mobilisierung von internen und externen Ressourcen und Unterstützungen ergeben hat. Nachdem ich mich im letzten Kapitel mit den Gegenstandsbereichen von Moscheebauprojekten beschäftigt habe, steht im

nächsten Kapitel die übergeordnete Frage nach der Legitimierung von Moscheebauprojekten im Zentrum.

## **9.2 Moscheebau als Katalysator von Legitimitätsfragen – Legitimierungshandlungen zwischen Konformität und Intervention**

Die modellhaft vereinfachte Zweiteilung des Ablaufs von Moscheebauprojekten, wonach die Vernetzung der Moscheegemeinde die Legitimität und den Verlauf des Moscheebauprojekts beeinflusst und zeitlich nachgelagert das Moscheebauprojekt zu einem Wandel der Vernetzung führt, sollte den Fokus auf die Wirkungsrichtung der Mechanismen legen und bildet einen Schwerpunkt in dem späteren Teil des Abschnitts. Die einzelnen Abschnitte folgen jedoch nicht dieser analytischen Trennung, da es sich bei den Legitimierungsprozessen, und dies zeigt die Dynamik der Fälle, um parallel oder zeitversetzt zueinander ablaufende Handlungsketten handelte, die auf vorhandenen Beziehungen aufbauten und/oder zu neuen Kontakten führten und bei denen daraus Unterstützungen und Vorteile<sup>436</sup> für das Projekt erwachsen. Zum anderen bestehen die Phänomene, die in den Abschnitten beschrieben werden wie z. B. die Entstehung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen antimuslimische Anti-Moschee-Demonstrationen, aus dem Engagement einer Vielzahl von Akteuren, von denen ein Teil zum Netzwerk der Moscheegemeinde gehört hat und ein Teil nicht, weswegen sich das Phänomen „Entstehung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen“ weder einseitig als Nutzen bringend noch als Netzwerkandel beschreiben lässt, sondern beiden zuzuordnen ist.

In den Fallstudien stellte sich ferner deutlich heraus, dass Unterstützungsleistungen auch von Akteuren kamen, die vorher nicht mit der Moscheegemeinde in Kontakt gestanden hatten (s. o.). Zum Teil können diese Unterstützungen als beziehungsstiftend verstanden werden und stellen eine empirische Grundlage dar für die Analyse des Wandels sozialer Vernetzung der Moscheegemeinde durch Moscheebauprojekte (s. o., vgl. Kap. 4.2).

Der Sachverhalt des Nutzens, der aus der Vernetzung resultiert, ist mit dem Blick auf die Fallstudien nicht als ein rein instrumentelles Verhältnis der Moscheegemeinde zu den anderen Akteuren zu verstehen, bei dem die Moscheegemeinde ihre Kontakte für ihr Vorhaben aktivierte, denn die Ergebnisse zeigen, dass es sich vielfach um interaktive Prozesse handelte, bei denen die Akteure aus dem Netzwerk der Moscheegemeinde selbst die Initiative z. B. bei der Organisation von Gegenprotesten gegen Anti-Moschee-Demonstrationen (vgl. 9.3) ergriffen haben. Zudem wurde ersichtlich, dass förderliche Handlungen wie z. B. der Wissenstransfer hinsichtlich der Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit häufig beiläufig im Rahmen von regulären Zusammenkünften stattgefunden haben.

Grundsätzlich können die Befunde vor dem Hintergrund einer „Dualität der Struktur“ (Giddens, zitiert nach Vester 2010: 155) verstanden werden, wonach die Strukturen sowohl als Bedingung und Begünstigung von Interaktionen als auch als Folgen der Interaktionen zu verstehen sind (vgl. Scherr/Peuckert 2006: 119). Die in dieser Studie behandelten Aspekte der

---

<sup>436</sup> So z. B. im Fall der Kooperation zwischen der Al-Muhajirin-Gemeinde und der Apostelkirchengemeinde im Rahmen der Mittagssessensausgabe für Bedürftige OASE in Bonn-Tannenbusch, was in den offiziellen Dokumenten der Kommune erwähnt wurde (vgl. Kap. 7).



Vernetzung, Nutzen der Vernetzung, Unterstützung und Wandel der Vernetzung stehen dabei in einer komplexen Wechselwirkung zueinander, was den Legitimierungsprozess und die Legitimierungsdiskurse auf verschiedenen Dimensionen und in unterschiedlichen Zusammenhängen gekennzeichnet hat.

Die Fallstudien verdeutlichten, dass die Moscheegemeinden einen erhöhten Bedarf an Legitimität haben und dies in ihrem Moscheebauprojekt berücksichtigen müssen. Die besonderen Legitimierungserfordernisse resultierten v. a. daraus, dass die Moscheegemeinden die Zustimmung der Verwaltung und in manchen Fällen auch die der politischen Entscheidungsträger brauchten sowie Widerstände gegen ihr Bauvorhaben aus der Nachbarschaft vermeiden wollten.<sup>437</sup>

Im Rahmen der Fallstudien hat sich zudem noch gezeigt, wie sehr die Moscheegemeinden nicht nur auf die Befürwortung, sondern auch auf die aktive Unterstützung ihres Vorhabens angewiesen waren. Dies betrifft v. a. die Unterstützungsleistungen durch Informationsvermittlung und das persönliche Verfügbarmachen von eigenen Kompetenzen und praktischen Hilfeleistungen. Während die Beratung bezüglich des Baurechts eine standardmäßige Leistung darstellt, zeigte sich, dass die Suche nach einem geeigneten Grundstück eine freiwillige Leistung darstellte, die für die Realisierung des Moscheebauprojekts relevant war und in drei der präsentierten Fälle erfolgt ist (in den beiden Fällen in Herten und im Fall der Al-Muhajirin-Moschee). Im Fall der Merkez-Moschee äußerte sich die Unterstützung insbesondere dadurch, dass die Kommune sich für eine öffentliche Mitfinanzierung eines Moscheebauprojekts eingesetzt hat, das um die Einrichtung einer Begegnungsstätte erweitert war und einer besonderen Legitimität bedurfte. Wegen der Entscheidungsbefugnis über die Legitimität des Bauvorhabens waren wichtige Adressaten der Legitimierung die kommunale Verwaltung und die politischen Entscheidungsträger. Durch die unmittelbaren Auswirkungen im Nahraum (mögliche Emissionen, Sichtbarkeit im öffentlichen Raum) war zudem die Nachbarschaft der geplanten Moschee ein wichtiger Adressat der Legitimierung. Zudem zeigten die Legitimierungsdiskurse, dass auch andere Akteure der Stadtgesellschaft am Legitimierungsprozess beteiligt waren und die Moscheegemeinden durch das mediale Interesse eine öffentliche Präsenz erhielten, so dass die legitimatorischen Stellungnahmen breitere Teile der Stadtgesellschaft erreichten. Daher kann konstatiert werden, dass es im Rahmen der Moscheebauprojekte zu einer „Inspektion“, also einer genauen, bisweilen öffentlich inszenierten, Betrachtung der Moscheegemeinden hinsichtlich ihrer Konformität mit gesellschaftlichen Werten und Normen sowie ihrer Vernetzung durch die soziale Umwelt und insbesondere die Stakeholder gekommen ist.

### **9.2.1 Einflussfaktoren auf die Legitimität von Moscheebauprojekten**

Für die Legitimität der Moscheebauprojekte erwies sich ein Dreiklang von Bedeutung und zwar erstens den Ausgangsbedingungen sowie den Entwicklungen, die nicht im Einflussfeld der Moscheegemeinden und ihren Unterstützern lagen, zweitens den Legitimierungsdiskursen, die aus kommunikativen, zur Legitimierung initiierten Handlungen und Narrativen bestanden und

---

<sup>437</sup> Die Aussage, dass man nicht gegen den Willen der Stadtgesellschaft bauen wolle, kam in den Interviews mit den muslimischen Vertretern immer zum Tragen (vgl. Int. Özdemir). Ähnliches berichtete ein Gemeindeglied aus Hamm.

zugleich eine eigene Dynamik entfalteten, sowie drittens den Legitimierungshandlungen, die intentionale und beiläufige Maßnahmen zur Schaffung und/oder Stärkung der Legitimität des Moscheebauprojekts umfassten und die Realisierung des Moscheebaus voranbringen sollten. Sie gingen sowohl von der Moscheegemeinde als auch von den Unterstützern und Befürwortern aus und umfassten unterschiedlich geartete Aktionen.

Der Blick auf den Forschungsstand (vgl. Kap. 3.5, 3.6) und die Ergebnisse aus den Fallstudien zeigt, dass sich die von den Moscheegemeinden gestaltbaren und nicht gestaltbaren Einflussfaktoren grundsätzlich unterscheiden lassen nach überregionalen und kommunalen Ausgangsbedingungen, nach Faktoren, die den Legitimierungsprozess und solchen, die die Moscheegemeinde und ihre Vernetzung mit der Stadtgesellschaft betreffen, sowie nach Faktoren bezüglich der geplanten Moschee und ihrer Angebotspalette. Der Legitimierungsprozess ist v. a. der Input-Legitimität zuzuordnen, wohingegen die (geplante) Moschee und die unterstellten Folgen des Moscheebauprojekts der Output-Legitimität zuzuordnen sind.

Unter *überregionalen Ausgangsbedingungen* sind zu nennen z. B. der Islamdiskurs und die Haltung der Dominanzgesellschaft gegenüber dem Islam und den Muslimen (fünfte Facette der Etablierung des Islam) sowie die rechtliche Anerkennung von muslimischen Organisationen (vierte Facette der Etablierung des Islam, vgl. Kap. 2) z. B. in Form der Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Eine solche Anerkennung würde z. B. gewährleisten, dass Moscheegemeinden sich bereits in der Aufstellung des Bauleitplans einbringen können und ihnen eine langwierige und konflikthafte Grundstückssuche (s. u.) wahrscheinlich dann erspart bliebe.

Unter *kommunale Ausgangsbedingungen*<sup>438</sup> fallen z. B. die Existenz und das Wirken von antimuslimischen Akteuren, die Anzahl freier Grundstücke, ein spezifisches Selbstverständnis der Stadtgesellschaften<sup>439</sup>, was den Deutungsrahmen der Legitimierung von Moscheebauprojekten prägt, sowie die Anzahl von Muslimen in der Stadt oder im Stadtteil und ihre Beziehungen zur Stadtgesellschaften. Weitere Faktoren, die den Deutungsrahmen der Moscheebauprojekte beeinflussen, sind einzelne Entwicklungen in der Vergangenheit wie z. B. das Bekanntwerden islamistischer Umtriebe oder ein vorausgegangenes Moscheebauprojekt, was Einfluss auf die Deutung des aktuellen Moscheebauprojekts hat.

*Beispiele für Faktoren, die direkt den Legitimierungsprozess betreffen*, sind z. B. die Rolle der Medien, die entweder affirmativ oder kritisch über das geplante Moscheebauprojekt berichten, die Haltung des Verwaltungsvorstands und der Mehrheit im Stadtrat zum Projekt oder die Frage, ob eine Grundstückssuche nötig ist, sowie die Möglichkeit, Dialoggremien zu nutzen oder einzurichten, um das Moscheebauprojekt zu moderieren, was durch die Implementierung von Stadtentwicklungsprogrammen vereinfacht wird (vgl. Kap. 9.4). Zudem ist das Mitwirken von einflussreichen Personen zu nennen, die sich prominent für oder gegen das Moscheebau aussprechen, und die rechtlich-institutionelle Konstellationen, die die Beteiligung von Gremien, insbesondere des Stadtrats, bei relevanten Entscheidungen (z. B. Verkauf eines

---

<sup>438</sup> Dies kann sich auf die gesamte Stadt oder auf einzelne Stadtteile beziehen.

<sup>439</sup> Bonn als weltoffene UN-Stadt (vgl. Kap. 7), Duisburg-Marxloh als ein schillerndes Beispiel für die (vielfältige) türkische Präsenz in Deutschland (vgl. Kap. 6)

kommunalen Grundstücks) erfordert. Dies eröffnet Legitimierungsarenen, in denen ein entscheidender Teil des Legitimierungsdiskurses geführt wird, und bietet kritischen und antimuslimischen Akteuren eine Bühne, sofern sie im Stadtrat vertreten sind, wie sich in den Fällen der Sultan-Ahmet-Moschee und der Al-Muhajirin-Moschee gezeigt hat.

Beispiele für *Faktoren, die die Moscheegemeinden und ihre Vernetzung betreffen*, sind z. B. die Dachverbandszugehörigkeit und die Legitimität des Dachverbands in der Gesellschaft, das Image der Gemeindevertreter und ihre Beziehungen zur Stadtgesellschaft, ihre Ressourcenausstattung und die Responsivität auf die Anregungen und Erwartungen aus der sozialen Umwelt (vgl. Kap. 9.2.3).

*Faktoren, die die Moscheepläne betreffen*, sind die Gesetzeskonformität der Pläne (s. u.), die Konformität der Architektur mit den Erwartungen der Stadtgesellschaft (z. B. mit oder ohne Minarette), ihr geplanter Standort (zentral oder eher abgelegen) sowie die Ausrichtung der Angebote in der künftigen Moschee, z. B. für ältere Menschen oder für Jugendliche (vgl. Kap. 9.1.2). Bei den Faktoren handelt es sich weniger um Attribute einzelner Akteure, als vielmehr um die Beziehungen zueinander und die Bezugnahmen auf Moscheebauprojekte, die auf Interessen, symbolischen Grenzen, Werten und Normen beruhen, die den Deutungsrahmen von Moscheebauprojekten prägen.

Einige der Einflussfaktoren, die in den Fallstudien besonders relevant erscheinen, sollen im Folgenden kurz erläutert werden. Da bereits im Forschungsstand einige Faktoren herausgearbeitet wurden, sollen die vorliegenden Ausführungen v. a. einen ergänzenden Charakter haben. Zudem werden Faktoren mit einem besonders starken Vernetzungsbezug wie z. B. das Vorhandensein von Dialoggremien in den darauffolgenden Abschnitten separat aufgegriffen.

Besonders wichtig erscheinen für den Legitimierungsprozess folgende Faktoren: Aufzugreifen ist hier die Verfügbarkeit von Grundstücken für das Moscheebauprojekt. In den Fallstudien ist deutlich hervorgetreten, dass die Grundstückssuche eine Gelegenheitsstruktur für Widerstände gegen das Moscheebauvorhaben darstellte.<sup>440</sup> Dies hat sich insbesondere in den Fällen der Sultan-Ahmet-Moschee und der Al-Muhajirin-Moschee gezeigt. In Fällen, in denen die Moscheegemeinden bereits über das nötige Grundstück verfügten (Weiße Moschee in Witten und Merkez-Moschee in Duisburg), entfiel die konfliktbeladene Suche danach. Es wurde ersichtlich, dass die Grundstückssuche also neue Stakeholder mit neuem Legitimierungsbedarf implizierte.<sup>441</sup> Auch waren die Moscheegemeinden diesbezüglich weniger angewiesen auf die Unterstützung durch die Kommunen, was grundsätzlich ein größeres Legitimierungserfordernis impliziert (vgl. Schneider 2012: 186 ff.). Damit wurde die Suche nach einem geeigneten Grundstück zu einem Prozess, der symbolisch stehen kann für das sprichwörtliche Finden ihres Platzes in der Stadtgesellschaft durch eine Moscheegemeinde.

---

<sup>440</sup> Es zeigt sich, dass Moscheebauprojekte nicht realisiert oder verzögert werden durch ökonomische Aspekte und die Konkurrenzkonstellation zwischen Organisationen um Grundstücke und weniger durch die Ablehnung der Moscheegemeinden. So hat eine in Hattingen ansässige DITIB-Gemeinde, die schon seit mehreren Jahren versucht, ihr Moscheebauprojekt zu realisieren (vgl. WAZ 18.01.19), eine Absage für ein anvisiertes Grundstück der Hattinger Stadtwerke erhalten, da ein anderer Investor bereit war, eine höhere Summe zu bezahlen. Hierbei spielte in erster Linie die pragmatische Legitimitätsabwägungen (höhere Einnahmen) für die Stadtwerke eine Rolle.

<sup>441</sup> So kann man davon ausgehen, dass bei einem Umzug der Moscheegemeinde v. a. auf der kognitiven informationsbezogenen Dimension (Informationen über die Gemeinde und ihr Vorhaben) und vielleicht auch auf der emotionalen Dimension (Sympathien für die Gemeindeglieder) weniger Legitimität vorhanden ist und sich zusätzliche Legitimierungserfordernisse ergeben.

Zudem bewirkte die Anwesenheit von antimuslimischen Akteuren in den Städten, dass der Legitimierungsdiskurs von negativen Bezugnahmen bzw. Narrativen geprägt war und zum Teil Widerstände in der Stadtgesellschaft provoziert wurden. Ergänzend zum Forschungsstand kann auf der Grundlage der Fallstudien konstatiert werden, dass für den Ablauf der Moscheebauprojekte entscheidend war, wie sehr diese Akteure in die Stadtgesellschaft hineinwirkten und dort vernetzt waren. Während die häufig von außerhalb der jeweiligen Städte angereisten Mitglieder von Pro NRW die Entstehung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen bewirkten, die sich für den Moscheebau aussprachen und eine klare Grenze zu den antimuslimischen Akteuren zogen (vgl. die Fälle der Al-Muhajirin, der Merkez-Moschee), konnte die in Herten ansässige Wählerinitiative WIR im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee die Grundstücksuche dazu nutzen, das Moscheebauprojekt zu delegitimieren, das kritische bis ablehnende Potenzial in der Nachbarschaft zu verstärken und dem Ausdruck zu verleihen. Ihre Präsenz im Stadtrat erhöhte naturgemäß die Resonanz der antimuslimischen Akteure, wie sich ebenfalls im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee gezeigt hat (vgl. Kap. 8.3).

Ein weiterer Faktor ist die ethnisch-religiöse Zusammensetzung des Stadtteils, in dem das Moscheebauprojekt stattfinden soll. Dies kann als ein Faktor unter vielen für den weitgehend friedlichen Verlauf des Moscheebauprojekts der Merkez-Moschee gelten. Auch im sonst konfliktträchtigen Fall der Al-Muhajirin-Moschee gab es in dem von muslimischen Migranten stark geprägten Stadtteil Tannenbusch keine vernehmbaren Widerstände von Seiten der Stadtteilbevölkerung.<sup>442</sup> In muslimisch geprägten Stadtteilen kann der eigene Nutzen am Projekt unter den Anwohner gegeben sein (pragmatische Legitimität), insofern es sich um praktizierende Muslime handelt, die mit der religiösen und politischen Ausrichtung der Moscheegemeinde einverstanden sind. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass die kognitive Legitimität unter vielen Muslimen gegeben ist, da sie wissen, worum es sich bei einer Moschee handelt. Zudem ist es naheliegend, dass auch eine emotionale Legitimität gegeben ist, da Muslime über private Netzwerke mit der Moscheegemeinde vernetzt sind und sie die hinter dem islambezogenen Islamdiskurs stehenden Sichtweisen, in denen Muslime als Gefährdung betrachtet werden, weitgehend ablehnen.<sup>443</sup>

Nach Einschätzung eines Interviewpartners (Int. Demir) sind die Teile der Dominanzgesellschaft, die sich in einer Minderheitensituation befinden, weniger protestbereit und protestfähig. Dies hieße, dass Mehrheitsverhältnisse hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung Einfluss auf die Deutungshoheit über die Legitimierungsprozesse befördern können.<sup>444</sup>

<sup>442</sup> Dort war es ein Kommunalpolitiker, der in der Nähe der Siedlung gewohnt, gegen das am ersten Standort geplante Bauprojekt den Widerstand in die Kommunalpolitik getragen und zur Delegitimierung des Vorhabens beigetragen hat. Obwohl es sich vermutlich um eigene Interessen wie den Erhalt der Grundstückspreise gehandelt hat (pragmatische Legitimität), war im Legitimierungsdiskurs die Befürchtung einer Verstärkung von ethnisch-religiöser Segregation präsent (vgl. Kap. 7). Daher muss hier relativierend hinzugefügt werden, dass eine hohe Konzentration von Muslimen in einem Stadtteil auch eine Grundlage für negative integrationsbezogene Narrative darstellen und Probleme bezüglich der moralischen Legitimität verursachen kann. Grundsätzlich herrscht in der Literatur weitgehend Konsens, dass Moscheen in oder in der Nähe von muslimisch geprägten Stadtteilen entstehen sollten, um eine wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten (vgl. Schoppengerd 2008: 94; Leggewie 2002 et al.: 42), vorausgesetzt, dass sie keine überregionale Bedeutung haben.

<sup>443</sup> So stellen Pollack et al. in einer Umfrage unter Türkeistämmigen fest, „dass 83 % der Befragten der Aussage zustimmen, es mache sie wütend, wenn nach einem Terroranschlag als erstes die Muslime verdächtigt werden“ (Pollack et al. o. J.: 16).

<sup>444</sup> Der Befund über weniger Widerstände in muslimisch geprägten Stadtteilen stimmt mit den Aussagen von Matthias Koenig überein, der festgestellt hat, dass Muslime mit ihren Interessenbekundungen insbesondere in muslimisch besiedelten Städten und Stadtteilen erfolgreich sind (vgl. Koenig 2003: 169). Diese Argumentation soll jedoch keinesfalls unterstellen, dass die Mehrheitsgesellschaft Moscheebau grundsätzlich ablehnen und alle Muslime eine Moschee befürworten würden.

Außerdem ist die sozio-ökonomische Zusammensetzung der Bevölkerung im entsprechenden Stadtteil zu nennen. So gab es in Bonn Hinweise dafür, dass die Verwaltung bestimmte Stadtteile, in denen bessergestellte Herkunftsdeutsche lebten, meiden wollte, um keine Widerstände zu provozieren (vgl. Kap. 6.2, Int. Bayer). Auf der anderen Seite stellte sich heraus, dass auch in sozio-ökonomisch schlechter gestellten Stadtteilen wie Herten Langenbochum sich Widerstände gegen die Moschee zeigten (vgl. Kap. 8.3). Damit gab es Hinweise sowohl für die Stützung der Desintegrationsthese, die die Ängste von sozio-ökonomisch benachteiligten Schichten vor einem Statusverlust hervorhebt (vgl. Hohmann 2003, Landman/Wessels 2005: 1138 ff.), als auch der gegenteiligen These, wonach sozio-ökonomisch Bessergestellte Moscheebauprojekte ablehnen und erfolgreich Widerstand organisieren können. Hier stehen die verschiedenen Kapitalsorten der Anwohner im Vordergrund, die sich ausdrücken in einem größeren Selbstbewusstsein, den nötigen Finanzen, um Anwälte zu bezahlen, und einer größeren Aussicht auf Erfolg des Widerstands durch die Vernetzung mit Behörden (vgl. Landman/Wessels 2005: 1138ff).<sup>445</sup> Zu bedenken ist hierbei, dass die sozio-ökonomische Schlechterstellung eines Stadtteils mit einem höheren Anteil an Migranten und Muslimen einhergeht und somit sozio-ökonomisch Schlechtergestellten.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Legitimitätsbewertung des Moscheebauprojekts durch politische Entscheidungsträger und den Verwaltungsvorstand, was ebenfalls häufiger in vorausgegangenen Studien angeführt wurde (vgl. z. B.: Fetzer/Soper 2005: 12). Die grundsätzliche Befürwortung durch die Stadtspitze gewährleistete, dass der Interpretationsspielraum favorable für die Moscheegemeinde ausgelegt wurde und entweder dem Verkauf des kommunalen Grundstücks zugestimmt (vgl. 8.3) und/oder die Baugenehmigung erteilt wurde (vgl. Kap. 8.1). Zudem führte dies dazu, dass die Stadtspitze ihre eigene Entscheidung in der Stadtgesellschaft legitimieren musste und dadurch verschiedene Maßnahmen, zum Teil in Kooperation mit der entsprechenden Moscheegemeinde, unternommen hat, wie Informationsveranstaltungen und öffentliche Stellungnahmen, wie dies in den meisten Fallstudien zu beobachten war. Die Befürwortung durch die Kommune hat in den untersuchten Fällen jedoch nicht dazu beigetragen, dass Legitimierungsdiskurse ausschließlich durch positive Narrative geprägt waren. Vielmehr zeigte sich hier eine Spaltung und Grenzziehung zwischen den Akteuren, die gegen den Moscheebau waren, und den kommunalen Akteuren. Letztere waren Ziel von Kritik und Vorwürfen, gegen die Interessen der Stadtteilbevölkerung zu agieren, wie dies z. B. in Witten und Herten zu beobachten war. Abschließend muss hinzugefügt werden, dass der Verlauf von Moscheebauprojekten von der Kombination der möglichen Faktoren abhängt und nicht auf eine Ursache zu reduzieren ist (vgl. Schmitt 2013: 164).

### **9.2.2 Legitimität: Überlappung mit gesellschaftlichen Werten und zugleich Projektionsfläche von Wertekonflikten**

Wie vielfach aufgezeigt, wurden insbesondere von antimuslimischen Akteuren aber auch von politischen Vertretern der etablierten Parteien und der (nichtkorporativen) Stadtgesellschaft mit

---

<sup>445</sup> Tatsächlich machen Studien deutlich, dass Bürgerinitiativen sich überwiegend aus der Mittelschicht rekrutieren (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013: 180).

dem Islam in Verbindung gebrachte Wertekonflikte auf die Moschee und die Moscheegemeinde projiziert (vgl. Kap. 3). Dies variierte zum Teil nach der Organisationszugehörigkeit der jeweiligen Gemeinde, dem lokalen Kontext und den bewertenden Akteursgruppen. Die Errichtung der Moscheen galt in diesen Fällen als eine Verfestigung der wertewidersprechenden Praktiken und Strukturen, z. B. durch die Geschlechtertrennung, die zum Raumprogramm der meisten Moscheen gehört, oder die Ausweitung des Einflusses auf die Sozialisation von Jugendlichen, was vermeintlich zu einer größeren Distanz zwischen diesen und der Gesellschaft und ihren Werten führen würde („Parallelgesellschaft“) (vgl. Kap. 8.2).

Von den interviewten politischen Entscheidungsträgern und den Verwaltungsangestellten war allerdings nicht zu vernehmen, dass ihrer Meinung nach der Moscheebau an sich den gesellschaftlichen Werten widersprechen würden. Zum Teil wurde der Moscheebau, wie in Kapitel 9.8 noch einmal deutlicher hervorgehoben wird, als Realisierung von über die Religionsfreiheit und Gleichberechtigung hinausgehenden Werten wie gesellschaftliche Vielfalt und Multikulturalität gedeutet.

Es wurde deutlich, dass die Moscheebaupläne in den meisten Fällen unter den entscheidungsbefugten Stakeholdern grundsätzlich als legitim galten. Die Interviews mit Vertretern aus Verwaltung und Politik vermittelten den Eindruck, dass die Legitimität des Vorhabens allgemein anerkannt wurde, wenn auch in manchen Fällen mit einer Verzögerung (z. B. im Fall der Al-Muhajirin-Moschee), solange die formalrechtliche Legitimität des Moscheebauvorhabens gewahrt war und die Moscheegemeinde sich grundsätzlich für die an sie herangetragenen Erwartungen offen zeigte. Dies kann partiell erklärt werden durch die hohe Verbindlichkeit von Normen, die rechtlich fixiert sind und deren Einhaltung ggf. eingeklagt werden kann (vgl. Schäfers 2002: 31), und die damit verbundene normative Kraft des Gesetzes auf das Verwaltungshandeln (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013: 9, 14).<sup>446</sup> Der potenzielle Protest, der mit der Einforderung der Rechte verbunden sein könnte, beförderte die Befürwortung des Vorhabens.

Die Legitimität schöpft sich zudem aus dem Tatbestand, dass ein Moscheebau und die Unterhaltung eines Gebets- und Gemeindehauses, unabhängig davon, ob im öffentlichen Raum sichtbar oder nicht, grundsätzlich nicht mit den Werten der Gesellschaft im Widerspruch steht, also eine moralische Legitimität gegeben ist. Ein Moscheebau konfligiert laut der Legitimitätsbewertung zentraler Akteure, wie der Kommunen aber auch der Bundesregierung<sup>447</sup> nicht mit zentralen gesellschaftlichen Werten, im Gegensatz zu anderen durchaus kontrovers diskutierten Themen mit Bezug zum Islam und zur Etablierung des Islam (vgl. Kap. 2), wie z. B. die Geschlechtergleichbehandlung in Verbindung mit dem Stellenwert des Kopftuchs (vgl. Kreutzer 2015) oder der in den letzten Jahren häufig diskutierten Meinungsfreiheit in Verbindung mit den Mohammed-Karikaturen. Hier zeichnen sich tendenziell unterschiedliche Legitimitätsbewertungen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen ab (vgl. Ata 2011: 269 ff., Garton Ash

---

<sup>446</sup> Dieser Aspekt wird noch mal detaillierter in Kapitel 9.8 unter dem Narrativ „Moscheebau als Verwaltungsangelegenheit“ aufgegriffen.

<sup>447</sup> Dabei lassen sich pauschal Wertegegensätze zwischen Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft nicht konstatieren (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2015).

2016: 413, Pollack et al. o.J.: 16).<sup>448</sup> Hier muss jedoch hinzugefügt werden, dass es angesichts der Heterogenität in der Gesellschaft und innerhalb der Muslime nicht sinnvoll erscheint, religiösen Gemeinden und allen gesellschaftlichen Gruppierungen identische Werthaltungen zuzuschreiben (vgl. Kap. 2).

Man kann also mit Blick auf die Fallstudien und die obigen Ausführungen konstatieren, dass die Folgen des Moscheebaus für die soziale Umwelt bzw. die Stakeholder sowie die Aushandlungen der Legitimität „lokal verdichtet“ (Schmitt 2012: 192) sind und die Moscheebauprojekte sich zugleich durch eine hohe moralische Legitimität auszeichnen. Die Fallstudien legen jedoch nahe, dass die Übereinstimmung mit gesellschaftlichen Werten noch keinen Konsens bei der Legitimitätsbewertung garantiert, wie Hüttermann es bereits festgestellt hat (vgl. Hüttermann 2006: 26). Hier sind zudem die Ergebnisse von Pollack heranzuziehen, die zeigen, dass die Werte wie Religionsfreiheit und Gleichbehandlung von einem großen Teil der Gesellschaft befürwortet werden, diese jedoch in ihrer Konkretisierung bzw. Realisierung (z. B. durch einen Moscheebau) weniger gutgeheißen werden (vgl. Pollack 2014: 35). Zu der Erklärung dieser Befunde ist es sinnvoll, die in Kapitel 4 vorgestellte Dimensionierung der Legitimität heranzuziehen. So kann die Grenzziehung zu Muslimen und die damit verbundene Fremdheitswahrnehmung sowie die mit dem Islam in Verbindung gebrachten Wertekonflikte dazu führen, dass Muslimen der Anspruch auf die Realisierung der Werte abgesprochen wird, wie sich dies deutlich an dem Retorsionsgrundsatz zeigt (vgl. Kap. 3.5). Ein zusätzlicher Grund für die Ablehnung des Moscheebaus trotz der Befürwortung von Religionsfreiheit und Gleichbehandlung kann in der mangelnden pragmatischen Legitimität liegen, wenn konkrete, nicht zwingend mit dem Religionsaspekt in Zusammenhang stehende, Nachteile befürchtet werden wie z. B. Lärmbelästigung und Verfall der Immobilienpreise (vgl. Kap. 3), wie sich dies im Fall der Al-Muhajirin-Moschee bei dem in der Nähe des ersten Standorts wohnenden Politiker zeigte. Dieses Phänomen der grundsätzlichen Befürwortung einer Maßnahme einerseits, aber der Ablehnung andererseits, wenn die eigenen Interessen davon negativ betroffen sind, wurde als Nimby-Gut bzw. das Sankt-Florians-Prinzip in Kapitel 3.5 vorgestellt.

Auch die spürbare Relativierung der Normen der muslimischen Nichtpräsenz im öffentlichen Raum und der Wandel des damit verbundenen Hierarchiegefüges kann zu einer Ablehnung führen, wie gezeigt werden konnte (vgl. Kap. 8.3, Kap. 9.1.1). Ferner kann auch eine konzeptionelle Unterscheidung zwischen einer wertebezogenen Dimension und einer emotionalen Dimension eine Grundlage dafür bieten, den Sachverhalt zu erklären. So können bestimmte Werte kognitiv befürwortet werden, die Abneigung oder Ängste gegenüber den mit dem Moscheebau einhergehenden Veränderungen können jedoch dazu führen, dass eine

---

<sup>448</sup> Dies betrifft z. B. auch den koedukativen Schwimmunterricht, für den manche muslimischen Vertreter sich engagieren. So erzählte mir der Vertreter der BIG-Partei, der das Moscheebauprojekt der Al-Muhajirin-Gemeinde unterstützt hat, dass es nicht ausreiche, dass muslimischen Mädchen Badeanzüge tragen würden, die den gesamten Körper bedeckten, da sie ja trotzdem die Körper der Jungen sehen könnten. Der Politiker setzt sich in seiner Arbeit ein u. a. für einen geschlechtergetrennten Schwimmunterricht und für mehr Verständnis für Eltern, die ihre Töchter vom Schwimmunterricht freistellen möchten. Dies auch vor größerem Publikum wie z. B. in der Talkshow „Maischberger“ (vgl. ARD 07.06.18). Hierbei handelt es sich um ein Spannungsverhältnis zwischen dem religiösen Erziehungsrecht der Eltern und dem staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag (vgl. Hinrichs et al. 2012: 28). Im Jahr 2017 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, dass Schulen muslimische Schülerinnen zur Teilnahme am gemischten Schwimmunterricht verpflichten können und dass das staatliche Interesse an einer sozialen Integration (durch den Unterricht) höher zu gewichten sei als die religiös begründeten Wünsche nach einer Freistellung (vgl. Tagesspiegel 10.01.17). Wie zu sehen ist, ist dieses Beispiel legitimatorisch anders geartet als Moscheebauprojekte, die im deutschen Kontext bisher von legitimatorischen Referenzinstanzen nicht als allgemeinverbindlich illegitim bezeichnet wurden.

Ablehnung überwiegt. Zudem wurde in den Legitimierungsdiskursen durch die Aberkennung des Status der Moschee als religiöse Einrichtung kombiniert mit der Unterstellung, in ihr würden politische Ziele verfolgt (vgl. Kap. 9.8), Moscheebauprojekte aus der Sphäre der Werte der Religionsfreiheit und Gleichbehandlung gehoben. Hier zeigt sich, wie Kategorien und Kategorisierungen mit der (Nicht-)Gewährung von normativ fundierten Rechten zusammenhängen können. Doch wie oben bereits dargelegt, verzögerten diese Vorbehalte der Stakeholder die Errichtung der Moschee lediglich und führten zu negativen Bezugnahmen im Legitimierungsdiskurs. Doch ausschlaggebend für die Realisierung des Moscheebauprojekts waren die positiven formalrechtlichen Legitimitätsurteile und die moralische Legitimität der Vorhaben.

Vor diesem Hintergrund kann perspektivisch davon ausgegangen werden, dass dieser Aspekt der Etablierung des Islam auf der Bundesebene vermutlich weniger kontrovers diskutiert werden wird als die oben genannten Themen, die entweder von Teilen der muslimischen Vertreter durch „claims-making“ angestrebt, von Teilen der Muslime praktiziert oder von der Dominanzgesellschaft mit dem Islam in Verbindung gebracht werden.<sup>449</sup>

### **9.2.3 Legitimierung durch Konformität und Intervention**

Ausgangspunkt einiger neo-institutionalistischen Ansätze ist, dass Legitimität von Organisationen teilweise gestaltbar ist (vgl. Kap. 4.3), was durch die hier präsentierten Befunde gestützt werden kann. Ein Teil der oben genannten Faktoren kann also von der Moscheegemeinde und den Unterstützern des Moscheebauprojekts mitgestaltet werden, was hier aufgezeigt werden soll. Der Legitimierungsprozess erfolgte insbesondere durch Konformität und Intervention.

#### **Austausch und Konformität**

Die Legitimierung erfolgte in weiten Teilen dialogisch durch eine intensive Kommunikation zwischen Vertretern der Moscheegemeinden und ihrer sozialen Umwelt. Aus den Interviews und den Fallstudien geht hervor, dass, wie oben bereits angedeutet, insbesondere die Konformität der muslimischen Vertreter, d. h. die Ansprechbarkeit und das Eingehen auf die Vorschläge der kommunalen Vertreter, förderlich für eine positive Legitimitätsbewertung durch die Kommune war (vgl. Kap. 6, Kap. 7, z. B. Int. Bayer). Zudem wurde an einigen Aussagen (vgl. Int. Peters, Int. Bayer, Int. Özdemir) deutlich, dass die politischen Entscheidungsträger Wert darauf legten, die Pläne möglichst direkt von der Moscheegemeinde und nicht erst über die Medien zu erfahren, was das Bedürfnis nach Kontrolle und der Kontrollwahrung durch die Stakeholder im politischen Feld im Rahmen von Moscheebauprojekten verdeutlicht. Hier ergab sich insbesondere im Fall der Übernachtungsmöglichkeiten in der Blauen Moschee in Herten ein Legitimitätsdefizit (vgl. Kap. 8.2). Für die Legitimierung eines Moscheebauprojekts lässt sich daher festhalten, dass der Legitimierungsprozess idealerweise zunächst über bilaterale Kanäle mit entscheidungsbefugten Stakeholdern stattfindet, bevor er in den öffentlichen

---

<sup>449</sup> Ein Interview mit den Gemeindemitgliedern in der Merkez-Moschee zeigte, dass die Legitimierungsprozesse auch zwischen ihnen und der sozialen Umwelt häufig bilateral oder in kleinen Gruppen z. B. auf der Arbeit geführt wurden, ein Befund, der bisher keine wissenschaftliche Aufmerksamkeit erhalten hat (vgl. Int. Gläubige, Merkez-Moschee, Kap. 6).



Legitimierungsdiskurs Eingang findet (vgl. Int. Özdemir, Int. Peters), was in den meisten Fallstudien der Fall gewesen ist.

Der Austausch zwischen den politischen Entscheidungsträgern, aber auch mit den Vertretern der Verwaltung war nicht nur für die formalrechtlichen Legitimität förderlich, indem baurechtliche Details geklärt werden konnten, sondern auch für die kognitive informationsbezogene Legitimität sowie die Einflusslegitimität. Insbesondere die Aufmerksamkeitslenkung auf Bedarfe der Moscheegemeinden und Defizite, die im Legitimitätsdiskurse häufig als unwürdig beschrieben wurden (vgl. Kap. 9.8), konnten durch direkte Besuche veranschaulicht werden. Zudem war es insbesondere in den kontrovers diskutierten Fällen den politischen Entscheidungsträgern ein wichtiges Anliegen, die Moscheegemeinde und ihre religiös-politische Prägung kennenzulernen, was sich besonders an dem Fall der Al-Muhajirin-Moschee zeigte.

### **Kommunale Stellen als Netzwerkakteure und Vermittlungsinstanzen**

Entscheidend im Legitimierungsprozess war das Wirken einzelner Akteure in der Verwaltung in der Funktion von Netzwerkakteuren, die die Erwartungen der Kommune sowie der Stadtgesellschaft an die Moscheegemeinde weitervermittelt haben, ein direktes Zusammenkommen der Moscheegemeinde und anderer Akteure aus der Kommunalpolitik arrangiert sowie Dialoggremien und Informationsveranstaltungen maßgeblich organisiert und moderiert haben.<sup>450</sup> Diese Akteure waren im kontinuierlichen Austausch mit den Moscheegemeinden, so dass sie die Stadtgesellschaft über das Bauvorhaben informieren konnten und angesichts ihrer grundsätzlichen Befürwortung der Moscheebauprojekte (s. o.) Fürsprache für das Moscheebauprojekt gehalten haben. Dies gewährleistete einen konstanten Informationsfluss, so dass sich die politischen Entscheidungsträger nicht übergangen fühlten und sowohl eine gewisse kognitive, informationsbezogene als auch eine Einflusslegitimität gewährleistet werden konnte (vgl. Kap. 6.2). Zugleich wurden die Moscheepläne, wie in den Fallstudien aufgezeigt, in und von diesem Kommunikationsprozess mitgestaltet, was sich z. B. an dem Verzicht auf bestimmte bauliche Maßnahmen oder an der Erweiterung des Moscheebauprojekts um eine Begegnungsstätte im Fall der Merkez-Moschee in Duisburg zeigte. Die Auseinandersetzungen mit den politischen Entscheidungsträgern und dem Vertretern der Verwaltung zeichnete sich durch eine Mischung aus Intervention im Sinne der Überzeugungsarbeit und Konformität im Sinne des Verzichts auf bestimmte architektonische Elemente oder Elemente der sozio-religiösen Infrastruktur (s. o.) aus. Hierbei zeigt sich die in den vergangenen Studien genannte Teilbarkeit des Aushandlungsgegenstandes (vgl. Kap. 3.7), was eine Konformität ohne die Aufgabe der eigenen Ziele durch die Moscheegemeinde ermöglichte.

---

<sup>450</sup> Beispiele für diese Stellen sind die EG-DU-Mitarbeiterin in Duisburg, die Integrationsbeauftragten in Bonn und Witten, wobei letztere aufgrund der starken Vernetzung des Gemeindegemeindeführers in die Kommune weniger als Brückeninstanz fungieren musste, sowie der Baurat im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee. Im Fall Bonn waren die dort stattfindenden Moscheebauprojekte mitentscheidend dafür, dass die Stelle der Integrationsbeauftragten eingerichtet wurde.

## **Moscheebau als schrittweiser Prozess**

Als eine nicht unwesentliche Legitimierungshandlung erscheint die Tatsache, dass die Moscheegemeinden zum Teil die Bereitschaft zeigten, auf bestimmte Elemente wie z. B. den Muezzinruf oder umfangreiche Angebote für die Jugend verzichteten. Bereits Leggewie stellte fest, dass die neuen Moscheen mit dem dazugehörigen Grundstück eine geeignete Grundlage für einen weiteren Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur bieten (vgl. Leggewie 2009). Und in den Fällen zeigte sich, dass bereits Pläne für die Zukunft bestanden, wie z. B. die Einrichtung eines Kindergartens in der Weißen Moschee in Witten. Auch konnte sich der damalige Sprecher der DITIB-Gemeinde in Duisburg einen Muezzinruf vorstellen, jedoch erst, wenn die Gemeinde den Eindruck hat, dass dies weitgehend legitim erscheint (vgl. Int. Özlem). Legitimitätstheoretisch betrachtet kann davon ausgegangen werden, dass durch das Bestehen einer repräsentativen Moschee ein Gewöhnungseffekt eintritt, die Moschee vielleicht sogar als Selbstverständlichkeit betrachtet wird (normenbezogene kognitive Legitimität), und somit ein Erweiterungsschritt eher legitim erscheint als er in der anfänglichen Legitimierungsphase erschienen wäre. Der Verzicht auf bestimmte Einrichtungen war jedoch nicht ausschließlich den Legitimierungserwägungen geschuldet. Vielmehr war dies ein Resultat aus den begrenzten finanziellen Ressourcen, internen Aushandlungen und der (vorweggenommenen) Erwartungen der Stakeholder.

Relativierend ist jedoch hinzuzufügen, dass der Fall der Blauen Moschee in Herten gezeigt hat, dass ein schrittweiser Ausbau durchaus konflikthaft verlaufen kann, wenn keine transparente Kommunikation gewährleistet ist (vgl. Kap. 8.2), was verdeutlicht, dass die Legitimität und der Verlauf von Moscheebauprojekten und den dazugehörigen Maßnahmen immer ein Resultat eines Zusammenspiels mehrerer Faktoren sind.

Was im Kontext der Thematisierung des Spannungsfelds zwischen dem Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur und der Architektur als Verzicht thematisiert wurde, kann ggf. als ein zeitweiser Verzicht betrachtet werden (vgl. Kap.9.1.3). Vermutlich werden der Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur, aber auch die entsprechende Gestaltung der Präsenz im öffentlichen Raum und ihre Legitimierung auf lange Sicht als ein schrittweiser Prozess erscheinen.

## **Immer wiederkehrende Versuche als Legitimierungshandlungen**

Das Kriterium der Dauer eines Moscheebauprojekts, das als Ausdruck mangelnder Legitimität in Kapitel 4.3 vorgestellt wurde, stellt sich mit Blick auf die Fallstudien zugleich als ein Faktor heraus, der in Kombination mit anderen Faktoren die Realisierung des Projekts letztlich doch ermöglichte. Damit zeigt sich, dass die Beharrlichkeit der Moscheegemeinden selbst, die Kommune von ihrem Vorhaben zu überzeugen, um ihre Unterstützung zu erhalten, kombiniert mit zum Teil (öffentlicher) Kritik durch die Moscheegemeinden und Fürsprecher, wie im Fall der Al-Muhajirin-Moschee geschehen, zu einer Anerkennung der Legitimität ihres Vorhabens und einer damit verbundenen Unterstützung in der Kommune geführt hat. Ein langandauernder Prozess des (erfolglosen) Suchens von Grundstücken in Verbindung mit einer Konflikthaftigkeit bzw. latenten Konflikte der Stakeholder führte zu einer Konstellation, die die Kommune dazu

veranlasste, das Moscheebauprojekt durch die Grundstücksuche und die Moderation des Legitimierungsprozesses zu unterstützen. Die lange Dauer war zum Teil dem kommunalen Umgang mit dem Bauvorhaben geschuldet, die vermutlich aus Befürchtung vor negativen Reaktionen der Stadtgesellschaft das Vorhaben hinauszuschieben schien (vgl. Leggewie et al. 2002). Diese Konstellation war in Herten im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee sowie der Al-Muhajirin-Moschee beobachtbar. Es waren zum einen der Problemdruck, der sich durch eine negative Stimmungslage in der Stadt niederschlug und (in Bonn) auch die Beziehungen zwischen Verwaltung und den Muslimen belastete. Die Verwaltung und insbesondere die den Bürgermeister stellenden politischen Entscheidungsträger hatten daher ein Eigeninteresse daran, die Baupläne unter Einbeziehung von relevanten Stakeholdern zu realisieren. Ein Wechsel des Bürgermeisters nach Wahlen kann diesen Prozess, wie in Bonn deutlich geworden ist, beeinflussen (s. o.). In dieser Konstellation wurde der (friedlichen) Realisierung des Bauprojekts eine pragmatische Legitimität zugeschrieben, weil ein Eigeninteresse der Kommune daran bestand. Zum anderen war in den Interviews mit dem Baurat in Herten und der Integrationsbeauftragten in Bonn durchaus auch ein Verständnis für die Unzufriedenheit der muslimischen Vertreter zu vernehmen, was auch ein Antrieb für die Unterstützung gewesen ist und die emotionale Legitimität betrifft. Insofern wurde dem Moscheebauprojekt eine Legitimität qua Dauer der Bemühungen zugeschrieben. In Bonn zeigte sich zudem, dass mit der Zeit und nach vielfachem Austausch mit der Moscheegemeinde ein Lerneffekt bei den politischen Entscheidungsträgern festzustellen ist, der in der Einsicht mündete, dass eine Moschee, wie eine Kirche auch, durchaus auch soziale Angebote beherberge und entsprechend räumlich dafür ausgerichtet sein müsse.<sup>451</sup>

### **Junge gemeindeinterne Netzwerkakteure als Repräsentanten der Repräsentativwerdung**

In manchen Fällen kam es zudem im Zuge der Moscheebauprojekte zum Wechsel des Vorstands, so dass jüngere, fließend Deutsch sprechende und mit der Stadtgesellschaft stärker als die ältere Generation vernetzte Personen die Moscheegemeinden repräsentierten. Dies war in den Fällen der Merkez-Moschee, der Weißen Moschee in Witten und der Ulu-Moschee in Hamm zu beobachten. Diese Personen übernahmen zugleich die Posten von Pressesprechern und/oder Dialogbeauftragten und stellten damit eine Schnittstelle zwischen der Moscheegemeinde und der sozialen Umwelt dar (interne Netzwerkakteure). Damit konnten die Anliegen der Moscheegemeinden verständlicher und durch die Vernetzung über die Mitgliederüberschneidung (s. o.) direkter erklärt werden. In Anlehnung an neo-institutionalistische Annahmen über „boundary-spanning personnel“ (vgl. Suchman 1995: 595) kann auch davon ausgegangen werden, dass sie durch die Vernetzung mit der Stadtgesellschaft besser ihre Erwartungen kannten als die ältere Generation. Sie entsprachen den gesellschaftlichen Erwartungen an Muslime (Sprachkenntnisse, Bildung) und prägten den Legitimierungsdiskurs und die öffentliche Erscheinung der Moscheegemeinde.<sup>452</sup> Im Fall der Merkez-Moschee wurde dies durch die

---

<sup>451</sup> In diesem Kontext erwiesen sich die Vergleiche von Moscheen mit Kirchen, die zu den kulturellen Standards der Stadtgesellschaften entsprachen, als fruchtbar für die kognitive normenbezogene Legitimität.

<sup>452</sup> Zugleich wurde deutlich, dass insbesondere die jüngeren, in Deutschland sozialisierten und höher gebildeteren muslimischen Vertreter in den Interviews eine größere Bereitschaft zum Protest gegen ein als ungerecht empfundenes Handeln der Kommune aufwiesen. Dies zeigte

prominente Rolle der Frauen verstärkt (vgl. Kap. 6.1). Es gibt Hinweise dafür, dass es einen „spill-over“-Effekt von dem Personal auf das Moscheebauprojekt gegeben hat (vgl. Kap. 6.1, Kap. 6.3). Daher kann davon ausgegangen werden, dass die Platzierung von jüngeren und in Deutschland sozialisierten Personen als eine effektive Legitimierungshandlung gelten kann. Dies kann von zentralen Personen strategisch geplant gewesen sein oder es war eher ein sozial-dynamischer gemeindeinterner Prozess, der Personen in diese Rollen gebracht hat, die für die Repräsentation des Moscheebaus im gegebenen gesellschaftlichen Kontext prädestiniert waren. Daher kann das Moscheebauprojekt als ein Katalysator des Organisationswandels betrachtet werden. Doch zugleich ist darauf hinzuweisen, dass der Vorstand nach Fertigstellung im Fall der Merkez-Moschee seine Vorstandsposition aufgegeben hat. Im dem Fall zeigte sich, dass der nachfolgende Vorstand laut Aussagen mancher Interviewpartner eine geringere Bereitschaft hatte, die Arbeit der Begegnungsstätte zu unterstützen und sein Augenmerk im Vergleich zu seinen Vorgängern stärker an den Erwartungen des Dachverbandes ausgerichtet hat als an den Erwartungen der anderen Stakeholder. Dies wurde von einigen Interviewpartnern, auch aus der Moscheegemeinde, als ein Rückschritt beschrieben (vgl. Int. Henrichs, Kap. 6.1), was vorsichtig als ein Hinweis gewertet werden könnte, dass der Prozess des Organisationswandels hinsichtlich der Öffnung zur und Vernetzung mit der Stadtgesellschaft nicht linear verlaufen muss.

Wie die obigen Ausführungen zeigen, wurde ein großer und entscheidender Teil des Legitimierungsprozesses von den Kommunen in Zusammenarbeit mit den Moscheegemeinden gestaltet. Dazu gehörten insbesondere Informationsveranstaltung und die Nutzung oder Initiierung von Dialogforen, die sich für die Legitimierung des Bauvorhabens und die Vernetzung der Moscheegemeinde als bedeutend erwiesen haben.

### **Informierung und Beteiligung im Rahmen von Moscheebauprojekten**

Wie in anderen umstrittenen Maßnahmen in den Städten griffen die Kommunen in Kooperation mit den Moscheegemeinden auf institutionell etablierte Formen der Information, Moderation und Beteiligung der Stadtgesellschaft zurück: Informationsveranstaltungen und Dialoggremien. Die Tatsache, dass diese Maßnahmen ergriffen wurden, ist zum einen als ein Hinweis auf eine positive Legitimitätsbewertung des Moscheebauvorhabens durch die Kommune zu werten. Zum anderen waren diese Maßnahmen Instrumente der Legitimierung im doppelten Sinne: Einerseits wurde das Moscheebauprojekt legitimiert, andererseits legitimierten die Kommunen ihre Befürwortung und Unterstützung des Moscheebauprojekts innerhalb der Stadtgesellschaft.

Informationsveranstaltungen stellten ein Instrument zur Einlösung des Anspruchs auf Transparenz dar (informationsbezogene Legitimität).<sup>453</sup> Diese Maßnahmen ergriffen auch andere Akteure in Zusammenarbeit mit den Moscheegemeinden, wie z. B. die evangelische Kirchgemeinde im Fall der Al-Muhajirin-Moschee, was nach Einschätzung der

---

sich z. B. in der öffentlichen Kritik an der Verzögerung der Grundstücksuche durch die Verwaltung durch den Sprecher der Al-Muhajirin-Gemeinde und der Betonung der Bereitschaft, die Rechte einzufordern, durch den Sprecher der bosnischen Gemeinde.

Dies steht im Einklang mit der Beobachtung von Aladin El-Mafaalani, dass insbesondere die in Deutschland sozialisierten Menschen mit Migrationshintergrund ihre Erwartungen an die Gesellschaft offener stellen würden als ihre Eltern oder Großeltern, da sie zum einen dazu eher in der Lage seien und zweitens andere Ansprüche an das Leben hätten (El-Mafaalani 2018).

<sup>453</sup> Im Gegensatz zu Bürgerversammlungen, die eine obligatorischen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB bei bestimmten Bauverfahren darstellen, sind Informationsveranstaltungen eine freiwillige Leistung der Kommune.

Interviewpartner eine wichtige Unterstützungsleistung darstellte. Die Moscheegemeinden konnten sich einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen, ihre Bedarfe und Vorhaben erklären. Auf der anderen Seite konnten die Bürger ihre Legitimitätsbewertungen des Moscheebauprojekts und ihre Erwartungen vortragen. Neben den Informationen zum Moscheebauprojekt wurden die Teilnehmenden über den Bauherren informiert.

Anhand von Aussagen einiger Vertreter aus Politik und Verwaltung wird deutlich, dass die aktive Beteiligung der muslimischen Vertreter an diesen Veranstaltungen und die Bereitschaft über sich und ihre Bauvorhaben bereitwillig zu informieren, sehr wertgeschätzt wurde (Int. Bayer, Int. Peters). Wie die Fallstudien zeigen, entspricht die aktive Beteiligung an Informationsveranstaltungen also einer wichtigen Erwartung der städtischen Vertreter (vgl. ebd., Kap. 8.3).<sup>454</sup>

Daher können Informationsveranstaltungen unter aktiver Beteiligung der Moscheegemeinde zum einen dazu beitragen, dass die Erwartungen der Kommune erfüllt werden und dem Bauprojekt eine Einflusslegitimität verliehen wird. Auch wird der Informationsbedarf der Bevölkerung durch die ausführliche Darstellung der Moscheegemeinde und des Moscheebauprojekts weitgehend gedeckt (informationsbezogene Legitimität) und die Moscheegemeinde tritt als eine offene und kooperationsbereite Organisation in Erscheinung (moralische Legitimität). Zugleich können die geäußerte Kritik und die delegitimierenden grenzziehenden Narrative den Legitimierungsdiskurs negativ beeinflussen (zugehörigkeitsbezogene und moralische Legitimität).

Zusätzlich zu den Informationsveranstaltungen gab es in mehreren Fällen die Einrichtung von Dialoggremien, die maßgeblich von den Kommunen eingerichtet und moderiert wurden und die die Moscheebauprojekte durch verstetigte Kommunikationsformen legitimieren sollten. Durch diese Gremien sollten die Moscheebauprojekte in der Stadtgesellschaft eingebettet werden. Während im Fall der Merkez-Moschee die Einrichtung des Beirats ein obligatorisches Element des öffentlich geförderten Projekts gewesen ist und die Gestaltung der Begegnungsstättenarbeit längerfristig auf eine breitere gesellschaftliche Basis stellen sollte, wurden die Arbeitsgruppe „Neue Moschee in Tannenbusch“ im Fall der Al-Muhajirin-Moschee und der „Runde Tisch Langenbochum“ im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee als Antworten auf die konflikthafter Aushandlungen in den Stadtgesellschaften initiiert.

Im Gegensatz zu Informationsveranstaltungen, die keine Zugangsbarrieren beinhalten, haben diese Dialoggremien einen exklusiven Charakter gehabt. Es waren primär Vertreter der korporativen Stadtgesellschaften (Parteien<sup>455</sup>, Kirchengemeinden, zivilgesellschaftliche

---

<sup>454</sup> Bei zwei Veranstaltungen, jenseits der präsentierten Fallstudien, war der Autor zugegen (Hamm und Iserlohn). Die Veranstaltungen boten eine Gelegenheitsstruktur für die Moscheegemeinde und die (zukünftige) Nachbarschaft, auch am Rande des offiziellen Teils ins Gespräch zu kommen und sich direkt kennenzulernen. Zugleich hat sich gezeigt, dass diese Legitimierungsarenen eine Plattform für antimuslimische Akteure und ihre Versuche sein konnten, die Moscheebauprojekte, die Moscheegemeinden sowie die Kommunen zu delegitimieren. Auf der Informationsveranstaltung in Hamm zum Bau der Ulu-Moschee einer DITIB-Gemeinde waren es eine freie Kameradschaft und Pro NRW, die die Moscheepläne energisch abgelehnt und sich als die Repräsentanten der volksdeutsch definierten Bürger inszeniert haben. Anhand der beobachteten Informationsveranstaltungen können die Ergebnisse von Hüttermann (2006) und Schmitt (2003, vgl. Kap.3) bestätigt werden, die besagen, dass diese zu einer Zuspitzung eines Konfliktes bzw. zu seiner Manifestierung beitragen können. Zu berücksichtigen ist, dass diese Aushandlungen und Narrative anschließend durch die Berichterstattung und das Aufgreifen durch Internetaktivisten in den medialen und digitalen Legitimierungsdiskurs eingeflossen sind und eine noch breitere Öffentlichkeit erreichten.

<sup>455</sup> Im Fall der Al-Muhajirin-Moschee konnte sich der SPD-Vorsitzende als eine Kontrollinstanz inszenieren, wohingegen im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee die politischen Entscheidungsträger an dem Runden Tisch nicht beteiligt werden sollten, damit das Moscheebauprojekt

Vereine), die tendenziell zu den Befürwortern der Moscheebauprojekte gehörten, womit es zu einer von Suchman als „audience selection“ bezeichneten Selektion von Stakeholdern in diesem Gremium des Legitimierungsprozesses gab. Dies führte in Herten zu Legitimitätsproblemen des Gremiums, da Teile der Stadtgesellschaft sich in dem Gremium nicht repräsentiert sahen (mangelnde Einflusslegitimität). Die Zusammensetzung konstituierte sich nicht nur auf der Grundlage ihrer Rollen, die die Akteure in den Städten und Stadtteilen einnahmen, sondern auch auf der Grundlage vorhandener Vernetzungsstrukturen, in Herten mitgeprägt durch das Netzwerk einer beteiligten Pfarrerin (vgl. Kap. 6.3) und in Duisburg durch Teile des Netzwerks der Moscheegemeinde (vgl. Kap. 6.1).

Die Mechanismen, über die die Dialoggremien zur Legitimierung der Moscheebauprojekte beigetragen haben, lassen sich folgendermaßen beschreiben. Zu nennen ist die informationsbasierte Legitimitätsdimension: Durch die verstetigte Kommunikation konnten die Stakeholder die Pläne der Moscheegemeinde ausführlich kennenlernen. Zudem konnten diejenigen, die die Moscheegemeinde nicht kannten, in direkten Kontakt mit ihr treten. Da es u. a. auch darum ging, die Moscheegemeinde unter den Gesichtspunkten der Sicherheit und der Wertekonformität zu betrachten, kann davon gesprochen werden, dass es eine „Inspektion“ der Moscheegemeinde gab.<sup>456</sup> Da es sich in der Regel um Vertreter von Organisationen handelte, nahmen diese eine Multiplikatorfunktion ein, die sich dadurch auszeichnete, dass diese Akteure die Informationen und zugleich ihre darauf basierten Legitimitätsbewertungen an ihre Kollektive weiterleiteten.

Neben dieser Transparenzfunktion kam den Dialoggremien eine Beeinflussungsfunktion zu (Einflusslegitimität). So wurden die Erwartungen der Stakeholder im Rahmen der Aushandlungen an die Moscheegemeinden herangetragen. Zum Teil wurden die Positionen der Mitglieder der Organisationen in die Gremien hineingetragen und mit den Moscheegemeinden Vereinbarungen getroffen, die die Ausgestaltung des Begegnungsstättenprogramms, die Höhe des Minaretts sowie die künftige Offenheit der Moscheen für die soziale Umwelt betrafen.

Die Aushandlungen wurden durch die mediale Berichterstattung zum Element der Legitimierungsdiskurse. Durch die Teilnahme der Moscheegemeinden an den Gremien und dem bereitwilligen Austausch mit den anderen Akteuren wurde eine Kooperationsbereitschaft und Konformität der Moscheegemeinde und zugleich die Kontrolle über dieses Verfahren durch die Kommunen an die Stadtgesellschaft kommuniziert. Kontrolle bezog sich dabei sowohl auf den Zugang zu relevanten Informationen über die Moscheegemeinde und das Bauprojekt als auch auf die Beeinflussung des Bauprojekts.

Korrespondierend mit der Feststellung, dass vorrangig befürwortende Akteure an den Dialoggremien beteiligt waren (s. o.), gingen aus diesem Gremium eine Vielzahl an Unterstützungsleistungen hervor. Durch den verstetigten Austausch zwischen den Moscheegemeinden und zumeist erfahrenen Akteuren aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft bekamen die

---

möglichst nicht in der anstehenden Kommunalwahl instrumentalisiert wird, mit möglichen negativen Folgen für die den Bürgermeister stellende Partei, der SPD (vgl. Kap. 6.3).

<sup>456</sup> Im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee wurde ein fachkundiger Politikwissenschaftler zum Runden Tisch eingeladen, der über die DITIB und ihre Vernetzung zur Türkei referierte. Im Rahmen des Arbeitskreises in Bonn wurde die Einschätzung des Verfassungsschutzes aufgegriffen und die Moscheegemeinde positionierte sich zum Extremismus.

muslimischen Vertreter hilfreiche Informationen hinsichtlich der Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit, der Findung von geeigneten Standorten für die Moschee und der Ausgestaltung von Bildungsangeboten, was zivilgesellschaftliche Potenziale veranschaulichte. In den Interviews mit den Vertretern der Moscheegemeinden wurde deutlich, dass sie die Arbeit in den Gremien grundsätzlich als hilfreich empfunden haben (vgl. z.B. Int. Dersin).

An diesen Ausführungen zeigt sich, wie eng die Vermittlung von Erwartungen und die Bereitstellung von Unterstützung zusammenhängen können. Insofern können diese Dialoggremien als verstetigte, in den Legitimierungsprozessen und den Legitimierungsdiskursen eingebettete temporäre Vernetzungsstrukturen mit Kontroll- und Unterstützungsfunktion verstanden werden. Der Einfluss auf eine längerfristige Vernetzung der Moscheegemeinden hielt sich jedoch in Grenzen, da diese Gremien sich nach einiger Zeit aufgelöst haben. Während der Beirat der Begegnungsstätte an der Merkez-Moschee darauf ausgelegt ist, die Arbeit der Begegnungsstätte nachhaltig zu begleiten und auch weiterhin besteht, hat die Arbeitsgruppe in Bonn mit der Zeit ihre Aktivitäten eingestellt, da der primäre Zweck, nämlich das friedliche Durchführen eines Moscheebauprojekts, erfüllt war. Der Runde Tisch in Herten war von Anfang auf wenige Treffen konzipiert. Insofern stellten die Gremien zwar Gelegenheitsstrukturen für einen intensiveren Austausch dar, können jedoch nicht als nachhaltige Vernetzung bezeichnet werden.

Auf der Grundlage der geschilderten Beobachtungen und Überlegungen zu Erwartungsstrukturen kann man davon ausgehen, dass ein Teil der Legitimierungshandlungen auf zwei Ebenen wirkte, der unmittelbaren Wirkungsebene und der Konformitätsebene. Zum einen liegt es nahe, auch wenn dies nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte, dass die Informationsveranstaltungen und Dialoggremien direkt wirkten, indem durch sie bestimmte Informationen zur Verfügung gestellt und ein Austausch ermöglicht wurde. Auf der zweiten Ebene handelt es sich durch die Teilnahme der Moscheegemeinden um die Erfüllung der Erwartungen, die an die Moscheegemeinde v. a. von den Kommunen gerichtet werden. Hier geht es weniger um die umzusetzenden Pläne der Moscheegemeinde, sondern ob sie den Anregungen der Kommunen nachkommt und sich als offen und kooperativ erweist. Während es sich auf der unmittelbaren Wirkungsebene primär um die informationsbezogene Legitimität und zum Teil auch Einflusslegitimität handelt, geht es bei der Konformitätsebene um Einflusslegitimität sowie die Übereinstimmung mit bestimmten Werten und Normen, v. a. einer offenen und kooperationsbereiten Moscheegemeinde und wurde primär von kommunalen Akteuren erwartet (vgl. Kap. 6.2, Kap. 6.3).

Die Anpassungen der Moscheebaupläne an die Erwartungen der Kommunen und zum Teil der korporativen Stadtgesellschaften, die ihre Erwartungen in den Dialoggremien geäußert haben, betrafen die Einflusslegitimität (Kontrolle über das Moscheebauprojekt) und zum Teil die normenbezogene Legitimität, z. B. im Fall der Merkez-Moschee die Beschränkung der Minarethöhe, so dass das Minarett den benachbarten Kirchturm nicht überragt. Die gemeinsame Planung von Moscheegemeinden und der Verwaltung war zudem darauf ausgerichtet, möglichst eine pragmatische Legitimität zu erreichen, indem darauf geachtet wurde, dass die Bevölkerungsdichte in der Nähe des Grundstücks nicht zu hoch war und genügend Stellplätze

gewährleistet waren, damit sich potenzielle Anrainer nicht gestört fühlten. Zudem verzichteten die Moscheegemeinden, wie bereits gesagt, in allen Fällen auf den Muezzinruf. Dabei überschritten sich die Vorstellungen zwischen den Stakeholdern und der Moscheegemeinde, was von einer Verinnerlichung der Werte und Vorstellungen durch die muslimischen Vertreter zeugt.

### Diskursivierung von Moscheebauprojekten

In den obigen Ausführungen wurde gezeigt, dass die Moscheegemeinden versuchten, die Legitimität ihres Moscheebauprojekts durch die Anpassung der Pläne an die Erwartungen der Stakeholder (Konformität) sowie direkte Informations- und Überzeugungsgespräche (Intervention) zu steigern. Bei den obigen Ausführungen standen die unmittelbaren Handlungen im Vordergrund der Betrachtung. Ein wichtiger Aspekt, der sich mit den oben angeführten Maßnahmen überschneidet, jedoch die Darstellung und Deutung der Handlungen in den Vordergrund rückt, sind die Legitimierungsdiskurse.<sup>457</sup> Die Inhalte und Verläufe der Legitimierungsdiskurse wurden mit Rückgriff auf die neo-institutionalistischen Ansätze als Ausdruck von Legitimitätsvorstellungen der Stadtgesellschaft (vgl. Schneider 2012: 187 f.) und als bestimmend für den Legitimierungsprozess (vgl. Suchman 1995) verstanden (vgl. Kap. 4.3). Da die Legitimierungsdiskurse häufig von Versuchen der Delegitimierung geprägt waren, soll an dieser Stelle die ambivalente Rolle von Legitimierungsdiskursen im Legitimierungsprozess aufgezeigt werden.

Mit Blick auf die Ergebnisse der Fallstudien kann von einer Diskursivierung der Moscheebauprojekte im Rahmen von Legitimierungs- und Delegitimierungshandlungen gesprochen werden. Damit ist der Prozess gemeint, *in dem das Moscheebauprojekt zu einer öffentlichen Angelegenheit gemacht wurde*, deren Legitimität von unterschiedlichen Akteuren diskutiert wurde, auch von denen, die selbst nicht unmittelbar von dem Moscheebauprojekt betroffen waren, z B. antimuslimische Akteure. Es entspricht also der Erweiterung des in Kapitel 4.3 angesprochenen organisationalen Feldes bzw. des „issue fields“ und der mehrfach konstatierten vielseitigen normativ-symbolischen Aufladung der Moschee und des Moscheebauprojekts.<sup>458</sup>

Die hauptsächlichen Ursachen und Mechanismen dahinter waren die Umstrittenheit des Vorhabens, die Instrumentalisierung der Bauvorhaben durch antimuslimische Akteure für ihre politischen Zwecke<sup>459</sup> sowie ein in der Regel großes mediales Interesse. Über verschiedene Kommunikationskanäle wie Zeitungsartikel, Leserkommentare, Kundgebungen und Demonstrationen, Internetforen, öffentlichen Stellungnahmen und Diskussionen in Gremien wurden die den Moscheebauprojekt betreffenden Sachverhalte kommuniziert und verschiedenen Deutungen des Moscheebauprojekts sowie der Moschee öffentlich präsentiert.

---

<sup>457</sup> In Kapitel 9.8 werden die Narrative zusammengeführt, wohingegen es hier darum geht, die Gestaltung des Legitimierungsdiskurses als Legitimierungshandlung vorzustellen.

<sup>458</sup> Zugleich ist festzustellen, dass Legitimierungsdiskurse Zugangsbarrieren beinhalten und bestimmte Akteursgruppen nicht überall gleichermaßen repräsentieren. Dieser Schluss liegt nahe, wenn berücksichtigt wird, dass in manchen Fällen die Interviewpartner von einer Ablehnung der Moschee durch Teile der nichtkorporativen Stadtgesellschaft gesprochen haben, diese sich jedoch im medialen Diskurs nicht widerspiegeln (vgl. Int. Demir, Int. Lindner). Dies betrifft z. B. Teile der autochthonen Bevölkerung und Duisburg-Marxloh. Der Baurat in Herten sprach in diesem Zusammenhang von einer „breite[n] schweigende[n] Bevölkerungsgruppe“ (Int. Lindner).

Allerdings waren diese Positionen, auch ohne eine aktive Beteiligung dieser Bevölkerungsteile, im übergeordneten Gefährdungsdiskurs derart präsent, dass sie in den Interviews mit den kommunalen Vertretern und im Handeln der Kommunen durchaus gegenwärtig waren. Zudem wurden diese Positionen durch antimuslimische Akteure aufgegriffen und in zugespitzter Weise in den Legitimierungsdiskurs eingebracht, wie sich das im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee in Herten gezeigt hat.

<sup>459</sup> Die Initiierung eines öffentlichen Diskurses war im Fall der Blauen Moschee in Herten ein selbsterklärtes Ziel der antimuslimischen Akteure (vgl. Kap. 8.2).



Es lässt sich argumentieren, dass die Gestaltung der Legitimierungsdiskurse partiell mit der Vernetzung der Moscheegemeinden zusammenhing und zugunsten des Moscheebauprojekts beeinflussbar war. So war es ein wesentliches Element in den Dialoggremien, die öffentliche Darstellung des Moscheebauprojekts zu besprechen und zu planen (vgl. dazu auch Hohage 2013: 220).

Bei den Legitimierungsdiskursen ging es stark um Zugehörigkeitskategorien (zugehörigkeitsbezogene Legitimität) und die Wahrnehmung hinsichtlich der Entsprechung mit den gesellschaftlichen Werten (moralische Legitimität). So gab es sowohl von den Moscheegemeinden als auch von ihren Unterstützern grenzübergreifende Darstellungen der Moscheegemeinden als Teil der Stadtgesellschaft, und die Moscheen wurden diskursiv in den Dienst der Stadtgesellschaft gestellt („Moschee als Ort der Begegnung“) sowie den übergeordneten Werten wie der Integration („Moschee als Ort der Integration) zugeordnet (Output-Legitimität). Bezüglich der Input-Legitimität wurde von den beteiligten Akteuren betont, dass es sich bei dem Verfahren um einen dialogischen Prozess handele.

Hier spielte die Fürsprache von anerkannten Akteuren wie den kirchlichen Vertretern eine wichtige Rolle (vgl. Kap. 9.3). Und die politischen Entscheidungsträger signalisierten öffentlich, dass sie die Kontrolle über das Moscheebauprojekt haben, was sowohl sie als Vertreter der Stadtgesellschaft als auch das Moscheebauprojekt legitimieren sollte.

Das mediale Interesse an dem Moscheebauprojekt war in den meisten Fallstudien groß, was sich daran zeigte, dass die lokalen Zeitungen über die einzelnen Legitimierungsschritte wie z. B. Informationsveranstaltungen, aber auch die Delegitimierungsschritte wie Demonstrationen gegen den Moscheebau berichteten.<sup>460</sup> Die Moscheegemeinden wurden dadurch zum Teil zum ersten Mal in dieser Intensivität in der Öffentlichkeit vernehmbar, was ihre Bekanntheit in der Stadtgesellschaft steigerte (vgl. Int. Özdemir).

Je nach Bildungsstand und Deutschkenntnissen waren die muslimischen Vertreter mehr oder weniger präsent in den Legitimierungsdiskursen. So zeigte sich z. B. im Fall der Al-Muhajirin-Moschee, der Merkez-Moschee und der Weißen Moschee eine relativ starke Präsenz der muslimischen Vertreter in der lokalen Presse (s. o.), wohingegen die öffentliche Präsenz im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee, wo die Moscheegemeinde sich in erster Linie darauf beschränkte, den Anweisungen der Kommune zu folgen, um von ihr bei der Grundstücksuche unterstützt zu werden, deutlich geringer ausgefallen ist.<sup>461</sup> Zum Teil ist der Eindruck entstanden, dass die muslimischen Akteure es tendenziell bevorzugten, nicht öffentlich aufzutreten. Der Sprecher der VIKZ-Gemeinde in Herten stellte klar, dass sie sich nicht an der Gegendemonstration gegen Pro NRW beteiligen wollten, weil ihnen das zu öffentlich und konfliktreich erschien. Der Sprecher der DITIB-Gemeinde in Bonn, deren Bauprojekt aus den

---

<sup>460</sup> Eine einseitig ablehnende Berichterstattung, wie es manche Publikationen nahelegen (vgl. Karis 2013: 12), konnte in den Fallstudien nicht festgestellt werden. Es scheint aber, dass die Medien insbesondere an konflikthafter Konstellationen, in denen es Legitimitätsprobleme gab, interessiert waren. Dies zeigt auch der unmittelbare Vergleich zwischen dem Projekt der DITIB-Gemeinde in Bonn und dem der Al-Muhajirin-Gemeinde, wo sich der Bonner General Anzeiger in der Berichterstattung primär auf das umstrittene Bauvorhaben der letzteren konzentrierte (Int. Korkmaz).

Dies kann grundsätzlich dazu beitragen, dass der allgemeine Eindruck in der Öffentlichkeit über die mangelnde Legitimität von Moscheebauvorhaben und die Konflikthaftigkeit verstärkt wird.

<sup>461</sup> Im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee hat es keinen Vorstandswechsel und somit keinen agilen Netzwerkakteur als Vertreter der Moscheegemeinde gegeben (vgl. Kap. 6.3).

geschilderten Gründen (vgl. Kap. 7) weniger stark in der Öffentlichkeit gestanden hatte wie das der Al-Muhajirin-Gemeinde, äußerte sich damit zufrieden. Diese Zurückhaltung ist unter Rückgriff auf die Ausführungen von Tim Karis verständlich. Laut dem Autor birgt allein die Präsenz in den Massenmedien ein Konfliktpotenzial, weil in Deutschland Religion als Privatsache angesehen wird und das massenmediale Aufgreifen islambezogener Themen den Islam unter „Politikverdacht“ stellt bzw. den Eindruck erweckt, dass er „einen politischen Anspruch auf gesellschaftlichen Einfluss und Teilhabe“ (Karis 2013: 312) stelle, was auf das häufiger abgesprochene Spannungsgeld zwischen Politik und Religion hinweist (vgl. Kap. 6, 7).

In diesem Zusammenhang kann die Zurückhaltung der muslimischen Vertreter sich einerseits aus dem religiösen Selbstverständnis ergeben, andererseits kann sie Bescheidenheit im Rahmen der Erzeugung legitimitätsförderlicher Konformität demonstrieren. Zudem kann sich die Zurückhaltung auch erst im Prozess der Diskursivierung ergeben, indem Moscheegemeinden so versuchen, einem negativen Legitimitätsdruck z. B. durch den Gefährdungsdiskurs oder andere negative Assoziationen entgegenzuwirken.

Im Fall der Al-Muhajirin-Moschee brachte die Berichterstattung über mögliche Verbindungen zu Islamisten die Moscheegemeinde in Erklärungsdruck und schwächte ihre Position im Legitimierungsprozess. Im Fall der Merkez-Moschee kehrte sich die anfängliche positive Berichterstattung mit ähnlicher Intensität ins Negative, als interne Konflikte und ein Betrugsverdacht gegen die Vorsitzende der Begegnungsstätte aufkamen.

Es ist zudem denkbar, dass manche Vertreter der Moscheegemeinden ihr Handeln stärker an den Erwartungen der Dachverbände ausgerichtet und sich bei ihren öffentlichen Stellungnahmen weitgehend zurückgehalten haben, um keine negativen „spill-over“-Effekte auf die gesamte Organisation zu riskieren. Dies kann man aus den Interviews mit den Sprechern der Dachverbände schlussfolgern, die auf Bestrebungen hingedeutet haben, Konflikte auf lokaler Ebene zu vermeiden (vgl. Int. DITIB, Int. IGMG, Int. VIKZ). Insofern lässt sich folgern, dass die durch ein Moscheebauprojekt bedingte öffentliche Sichtbarkeit dazu beiträgt, dass eine Moscheegemeinde auch längerfristig Objekt öffentlich artikulierter Legitimitätsbewertungen wird.

Festzuhalten bleibt, dass das Betreten des öffentlichen Raums mit dem Bauvorhaben einer repräsentativen Moschee tendenziell durch den Legitimierungsdiskurs mit einer vorausgehenden Vernehmbarkeit in der Öffentlichkeit verbunden ist. Diese öffentliche Präsenz ist nicht als eine Strategie der Moscheegemeinden zu verstehen, die von ihr als Legitimierungsschritt gänzlich kontrolliert werden könnte. Zwar können sie ihre öffentliche Erscheinung mitbeeinflussen, doch anknüpfend an das Konzept der „super-visibility“ von Brighenti (2007) kann gesagt werden, dass die öffentlichen Legitimierungsdiskurse eine Dynamik entfalten, die sich der Kontrolle durch die Moscheegemeinden entziehen und die Legitimität ihrer Moscheebauvorhaben beeinflussen. Der Befund, dass einige muslimische Vertreter zwar mit ihren Moscheegemeinden im öffentlichen Raum präsent sein, jedoch die Öffentlichkeit tendenziell meiden wollten, bestätigte die Notwendigkeit und Nützlichkeit der in Kapitel 3.8 vorgestellten Unterscheidung zwischen dem öffentlichen Raum als einer sozial-physischen Gegebenheit und der

Öffentlichkeit als Sphäre, in der ein entscheidender Teil des Legitimierungsdiskurses stattfindet.

### **9.3 Gute und schlechte Beziehungen: Wie die Beziehungen von Moscheegemeinden zum Legitimitätskriterium von Moscheebauprojekten werden.**

Während in den vorherigen Kapiteln die Vernetzung zwischen den Akteuren die Interaktionen und Transfers betrachtet wurden, werden in diesem Absatz die Darstellung und die Deutung der Vernetzung von muslimischen Gemeinden in den Fokus gerückt, ein Aspekt, der die Legitimierungsprozesse und Legitimierungsdiskurse mitgeprägt hat und über einzelne Gemeinden hinaus die gesamtgesellschaftliche Islamdebatte bestimmt. Die Befunde der vorliegenden Studie verdeutlichen, dass die Inspektion bzw. die Durchleuchtung von Moscheegemeinden im Rahmen von Moscheebauprojekten (vgl. Kap. 9.2) auch ihre Vernetzung betraf. In den Fallstudien hat sich mehrfach gezeigt, dass bestimmte Beziehungen der Moscheegemeinden medial aufgegriffen wurden und Gegenstand von positiven und negativen Legitimitätsbewertungen geworden sind. Dies hatte einen Einfluss auf das Ansehen der Moscheegemeinden und die Legitimität ihrer Moscheebauprojekte, auch wenn diese Aspekte in keinem der Studienfälle ein Moscheebauprojekt verhinderten oder zu einem Durchbruch im Legitimierungsprozess geführt haben. Dieses Unterkapitel beleuchtet die Einsichten von Netzwerktheorien, wonach die Interaktionen zwischen einem Akteur und einem anderen die Beziehung zu anderen Akteuren beeinflussen können (vgl. Tiberius 2008: 100).

Beispiele für Legitimitätsstörungen<sup>462</sup> durch zugeschriebene oder tatsächliche, als problematisch erachtete Beziehungen von Moscheegemeinden finden sich u. a. in der Fallstudie der Al-Muhajirin-Moschee in Bonn, wo anscheinend deutsche Salafisten zu den Besuchern zählten und vermeintliche Anhänger der somalischen Al-Shabab-Milizen zum Teil auch für den Religionsunterricht zuständig waren, was durch den Bonner General-Anzeiger aufgegriffen und daraufhin in der Stadtgesellschaft kritisch diskutiert wurde. In Duisburg wurde die in der Moschee veranstaltete Trauerfeier für den rechtsradikalen Politiker Alparslan Türkeş als Verbindung zwischen der Moscheegemeinde und den Grauen Wölfen aufgefasst, was vielfach negative Kommentare im öffentlichen Diskurs auslöste und zu einem Politikum wurde (vgl. Kap. 6). Bei der VIKZ-Gemeinde in Herten sollte zwischenzeitig die städtische Förderung für Integrationsprojekte eingestellt werden, weil der Dachverband VIKZ in der bundesweiten öffentlichen Debatte als integrationsfeindlich diskutiert wurde.

Auch die Transfers an Moscheegemeinden aus dem Ausland wurden von der sozialen Umwelt tendenziell negativ bewertet, was sich ausdrückt in der anfänglichen Skepsis in der Politik gegenüber der großen Einzelspende aus Katar für die Al-Muhajirin-Moschee oder den in mehreren Fällen unterstellten Geldströmen für die DITIB-Gemeinden von Seiten der

---

<sup>462</sup> Zum Teil gab es innerhalb derselben Fallstudien sowohl positive Bezugnahmen als auch negative Bezugnahmen auf unterschiedliche Beziehungen der gegebenen Moscheegemeinden. Dies war z.B. bei der Merkez-Moschee als auch der Al-Muhajirin-Moschee der Fall.

Religionsbehörde Diyanet in der Türkei. Die Zugehörigkeit zu DITIB<sup>463</sup> und die damit einhergehende transnationale Vernetzung in die Türkei und ein damit einhergehender Geldtransfer für die Moschee wurde in Legitimierungsdiskursen mit einer Fremdsteuerung durch den türkischen Staat gleichgesetzt und damit das Moscheebauprojekt als ein Projekt des Staatschefs Recep Tayyip Erdogan dargestellt, so z. B. im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee in Herten (vgl. Kap. 8.3, WAZ 03.06.11).

Zugleich konnte in den Interviews mit städtischen Vertretern festgestellt werden, dass die Haltung gegenüber der DITIB ambivalent war. So wurden die DITIB und die dazugehörigen Moscheegemeinden als professionell und dialogbereit beschrieben, wenn auch Bedenken bezüglich des Einflusses durch den Dachverbands oder die Türkei vorhanden waren (vgl. Int. Sternkopf, Int. Peters).<sup>464</sup> Es gab zudem Hinweise dafür, dass die starke Herkunftslandorientierung dazu geführt hat, dass die politischen Veränderungen in der Türkei, die sich durch eine Verstärkung der autoritären Züge der türkischen Regierung und eine verstärkte Einflussnahme auf die Moscheegemeinden in Deutschland auszeichnen (vgl. Beilschmidt 2015: 180, 198, Arslan 2017: o. S.), Einfluss auf die lokalen Beziehungen zwischen den DITIB-Moscheegemeinden und den städtischen Behörden hatten. Dies wurde in den Aussagen eines Verwaltungsmitarbeiters in Bonn deutlich, der durch die Situation verunsichert war und berichtete, dass es zu der Moscheegemeinde, die in der Vergangenheit als kooperativ gegolten hatte, keinen Kontakt mehr gäbe (vgl. Int. Vollmer).<sup>465</sup>

Bei der Zugehörigkeit der Moscheegemeinden zur IGMG ergaben sich besondere Legitimitätsprobleme. Zwar wurde im Rahmen der Studie kein Moscheebauprojekt der IGMG untersucht. Doch in den empirischen Daten sind einige Hinweise dafür zu finden, die zeigen, dass die IGMG von den städtischen Vertretern besonders kritisch gesehen wird und dies besondere Legitimierungsforderungen für die Moscheebauprojekt der entsprechenden Gemeinden mit sich bringt. Durch die Organisationsvergangenheit, die ihre Wurzeln in der politisch-religiösen Bewegung der 1970er Jahre des türkischen Islamisten Necmettin Erbakan hat, und die Dachverbandspolitik, die immer wieder als im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehend gesehen wurde, ist die Organisation immer wieder einem Islamismus-Vorwurf ausgesetzt und steht teilweise unter Beobachtung durch den Verfassungsschutz, die, wie in den Fallstudien gezeigt, die Referenzinstanzen von Legitimitätsurteilen darstellen (vgl. Kap. 7, Kap. 8.2). In der Fallstudie zur Merkez-Moschee zeigte sich in einem Gespräch mit dem Stadtteilmoderator von Duisburg-Marxloh, dass dieser eine dort ansässige IGMG-Gemeinde aufgrund ihrer Verbandszugehörigkeit kritisch beurteilt und eine Förderung aus dem für Vereine und Initiativen zur Verfügung stehenden Budget tendenziell ausgeschlossen hat (vgl. Kap. 6).

---

<sup>463</sup> Der Autor hat zusätzlich zu den vorgestellten Fallstudien in Bezug zu DITIB in Hamm, Lünen und Bonn Untersuchungen unternommen sowie ein Interview mit einem DITIB-Dachverbandsvertreter durchgeführt (vgl. Kap.5).

<sup>464</sup> Rosenow (2010) hat für den DITIB-Dachverband gezeigt, dass genau diese Unterstellung einer zu starken Ausrichtung auf die Türkei als Anreiz für Dialoge mit der Gesellschaft dienen kann (vgl. Rosenow 2010).

<sup>465</sup> Damit decken sich diese Beobachtungen mit den sozialwissenschaftlichen Publikationen zur Entwicklung der DITIB in Deutschland (vgl. Kap. 2.3.1).

Aus den obigen Ausführungen kristallisieren sich insbesondere drei übergeordnete, organisationsspezifische Problemfelder und Narrative heraus: 1. bezogen auf die DITIB, eine Fremdsteuerung durch die Türkei, 2. bezogen auf die VIKZ, eine Abschottung und Schaffung von Parallelgesellschaften und 3. bezogen auf die IGMG, eine islamistische Prägung.

Die delegitimierenden Beurteilungen leiten sich ab von objektiv feststellbaren Erwähnung im Verfassungsschutzbericht<sup>466</sup> und von schwieriger objektivierbaren Konstrukten wie der Entstehung von Parallelgesellschaften. Die Zuschreibungen bezogen sich einerseits auf die Zugehörigkeit der Moscheegemeinde zu größeren, als problematisch betrachteten Organisationsstrukturen (DITIB, IGMG, VIKZ) (Beziehungsinhalt: gemeinsame übergeordnete Organisationsstrukturen). Andere Zuschreibungen bezogen sich andererseits auch auf die Zugehörigkeit und Anwesenheit einzelner Personen und Gruppierungen, die wegen ihrer Gruppen- oder Organisationszugehörigkeit zur Gemeinde (z. B. Graue Wölfe, Al Shabab) als problematisch betrachtet wurden (Beziehungsinhalt: Mitgliederüberschneidung).

Die genannten Beispiele und die detaillierteren Ausführungen in den Fallstudien verdeutlichen, dass anhand der (unterstellten) Vernetzung Rückschlüsse auf die politische Prägung und Gesinnung sowie die Vertrauenswürdigkeit der Gemeinden gezogen wurden, womit die (geplanten oder realisierten) Moscheen der Gemeinden als Betätigungsfelder bzw. Einflussphären der zweifelhaften Akteur gewertet wurden. In diesen Deutungen gründet das Narrativ der Moschee „als politischer Ort“, das in Kapitel 8.8 vorgestellt wird. Diese negativen Legitimitätsurteile und Bezugnahmen können eine Handlungswirksamkeit entfalten und Moscheebauprojekte und die Förderung von Moscheegemeinden erschweren sowie die Gemeinden in Situationen bringen, in denen sie sich noch stärker als sonst positionieren und die Stadtgesellschaft von der eigenen Legitimität überzeugen müssen.<sup>467</sup> Zudem kann auf der Grundlage der Fallstudien davon ausgegangen werden, dass zum einen die Befürwortung von Moscheebauprojekten durch Verwaltungsangestellte und kommunale Entscheidungsträger infolge solcher Vernetzung intrinsisch sinkt und zum anderen die Unterstützung z. B. bei der Suche nach geeigneten Grundstücken erschwert wird, da sich die Behörden der Kritik einer Unterstützung von fragwürdigen Akteuren ausgesetzt sehen könnten und dadurch ihre eigene Legitimität schwinden könnte.

Der gleiche Mechanismus der Legitimitätsbewertung von Moscheegemeinden anhand einer (unterstellten) Vernetzung im Kontext von Moscheebauprojekten zeigte sich auch hinsichtlich der Vernetzung mit anerkannten und tendenziell positiv bewerteten Akteuren aus der Stadtgesellschaft. Die Kampagne für die Errichtung der Merkez-Moschee mit der integrierten Begegnungsstätte basierte zum großen Teil auf der zugeschriebenen guten Vernetzung mit der Nachbarschaft und dem Engagement im interreligiösen Dialog (vgl. Kap. 6). Die Zusammenarbeit der Al-Muhajirin-Gemeinde mit der Apostel-Kirchengemeinde im Rahmen der wohltätigen Initiative OASE in Bonn-Tannenbusch wurde in der Vorlage der Verwaltung für den Stadtrat, der über den Verkauf des Grundstücks an die Gemeinde entscheiden sollte, hervorgehoben.

---

<sup>466</sup> Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass alle vom Verfassungsschutz erhobenen Anschuldigungen legitim sein müssen.

<sup>467</sup> Zu den entsprechenden Legitimierungshandlungen siehe Ausführungen weiter unten.

Auch in der Entscheidungsvorlage des Runden Tisches in Herten wurde die Kooperation der DITIB-Gemeinde mit dem Kindergarten KiKo betont (vgl. Kap. 8.3). Diese Fälle zeigten eine hohe Wertschätzung zum einen der Tatsache der Vernetzung selbst und zum anderen des damit verbundenen Engagements. Bezüglich des interreligiösen Dialogs und seiner Präsenz im Legitimierungsdiskurs durch Bezugnahmen von unterschiedlichen Akteuren, darunter politische Entscheidungsträger und Verwaltungsmitarbeiter, kann die Feststellung von Tezcan über die hohe gesellschaftliche Wertung des interreligiösen Dialogs bestätigt werden (vgl. Tezcan 2006: 31).<sup>468</sup> Die Fallstudien zeigen, dass die Bezugnahmen, ob positiv oder negativ, den Legitimierungsdiskurs beeinflussen und wirksam bei der Legitimierung von muslimischen Vorhaben werden. Der interreligiöse Dialog erscheint vor diesem Hintergrund, mit den Worten Tezcans gesprochen, als ein Sinnbild einer friedlichen Koexistenz, einer Mäßigung der Muslime und der Wahrung des gesellschaftlichen Friedens, was förderlich für die moralische Legitimität ist und der Entstehung und Verbreitung von Narrativen wie „Moscheegemeinde als Teil der Stadt“ und der „offenen Moschee“ zuträglich ist. Die Projektion dieser Wahrnehmung auf die Moschee führte dazu, dass sie im Legitimierungsdiskurs als Ort der Begegnung und des Dialogs erschienen ist (vgl. Kap. 6).

Korrespondierend mit den Einsichten von Suchman, dass Legitimitätsbewertungen insbesondere dann handlungswirksam werden, wenn sie öffentlich vernehmbar sind (vgl. Suchman 1995: 581, 603), war die öffentliche Skandalisierung der (vermeintlichen) Vernetzung der Moscheegemeinden eine wichtige Delegitimierungshandlung von Moscheegegnern im Rahmen der Legitimierungsdiskurse. Dabei wurden Schreckensszenarien aufgestellt und die Vernetzung der Moscheegemeinden überspitzt und einseitig dargestellt, wie in Kapitel 6. die Beispiele von der Blauen Moscheen und der Weißen Moschee zeigen.

Analog dazu war das Hervorheben der als positiv geltenden Kontakte im Legitimierungsdiskurs als Legitimierungshandlung immer wieder zu verzeichnen. Ein elementarer Teil der Fürsprache durch die Unterstützer bezog sich auf die bestehenden Kontakte zur Moscheegemeinde, was von der Presse häufig aufgegriffen wurde und was dem Legitimierungsdiskurs eine positive Konnotation gegeben hat.<sup>469</sup> Die Fallstudien zeigen also, dass die bestehenden Kontakte eine Grundlage für eine grenzübergreifende Rhetorik im Sinne der zugehörigkeitsbezogenen Legitimität („die Moscheegemeinde gehört zur Stadt“) sein können. Zudem wurden die bestehenden Dialogaktivitäten oder die Zugehörigkeit zu Dialoggremien durch die meisten Moscheegemeinden in der Selbstdarstellung wiederholt betont, um den Vorstellungen und Erwartungen der sozialen Umwelt zu entsprechen und ihr Moscheebauprojekt zu legitimieren (vgl. Kap. 6, 7). Neben der Hervorhebung der Konformität mit den gesellschaftlichen Erwartungen reagierten die Moscheegemeinden mit einer symbolischen Grenzziehung durch

---

468 Die kritische Bemerkung Tezcans, dass der interreligiöse Dialog anderweitige Integrationsfragen überlagere (vgl. Tezcan 2007: 27) und die Perspektive von in sich geschlossenen, einander gegenüberstehenden Religionen und Kulturen in der Gesellschaft verstärke (vgl. ebd.: 28), spielte in den Fallstudien keine wesentliche Rolle.

469 Dass diese Unterstützung und Beziehung zu Moscheegemeinden wiederum einer kritischen Bewertung unterliegen können, zeigte sich ebenfalls in der Empirie: So wurden die beiden in Bonn interviewten christlichen Vertreter von einigen Gemeindegliedern für ihre Unterstützung des Moscheebaus kritisiert. In manchen E-Mails wurden sie und ihre Vorgesetzten von Unbekannten sogar beleidigt (Int. Roth, Int. Hübner).

Distanzierung von fragwürdigen Gruppierungen. Im Fall der Al-Muhajirin-Moschee traten als Reaktion auf die Unterstellungen der Kontakte zu extremistischen Gruppierungen Akteure aus Politik und Verwaltung mit der Moscheegemeinde in Kontakt, um Erklärungen zu erlangen. Eine Distanzierung von extremistischen Gruppierungen war für den SPD-Chef sogar eine Grundlage, um weiterhin mit der Moscheegemeinde über das Moscheebauprojekt zu verhandeln, was die besondere Relevanz der Distanzierung für die Legitimität des Bauvorhabens veranschaulicht.

Aus den Ausführungen wird eine mehrfache Problemlage ersichtlich: Es gibt vielseitige Entwicklungen und Gruppierungen im islamischen Spektrum, die hinsichtlich ihrer Konformität mit den gesellschaftlichen Werten und Normen kritisch zu bewerten sind (vgl. Kap. 2). Da diese Gruppierungen und Entwicklungen vielfach in die herkömmlichen Moscheegemeinden hineinreichen, rückt die Schwierigkeit einer adäquaten Grenzziehung zwischen Extremisten und (konservativen, organisierten) Muslimen durch die Dominanzgesellschaft in den Vordergrund. Zugleich besteht das Problem, dass antimuslimische Akteure und Moscheegegner mit ihrer digitalen Öffentlichkeitsarbeit Verbindungen von Moscheegemeinden zu extremistischen Akteuren ohne jeglichen Beweis unterstellen und damit die negative Haltung gegenüber den Moscheegemeinden in der Dominanzgesellschaft verstärken können.

Zudem wird den Moscheegemeinden abgesprochen, eigenständige Akteure und Teil der Stadtgesellschaft zu sein, wie in der vorliegenden Studie durch unterschiedlichste Beziehungsinhalte veranschaulicht. Durch Hinweise auf problematische Beziehungen können den Moscheegemeinden ungerechtfertigterweise antidemokratische Tendenzen unterstellt werden<sup>470</sup>. Damit wird die Realisierung des Grundrechts auf Religionsfreiheit erschwert.<sup>471</sup> Die grenzziehenden und grenzübergreifenden Stellungnahmen befinden sich also in einem Spannungsfeld zwischen der Zugehörigkeit der Moscheegemeinde zur Stadtgesellschaft und der Betrachtung der Moscheegemeinde als einen Außenposten einer externen politischen Einheit wie z. B. einem Dachverband.

Festzuhalten bleibt, dass die tatsächliche oder unterstellte Vernetzung von Moscheegemeinden eine diskursive Ressource oder ein Legitimitätsproblem für Moscheebauprojekte, aber auch für die Legitimität der muslimischen Organisationen insgesamt sein kann.

---

<sup>470</sup> Wenn man die Moscheegemeinde nicht als ein in sich geschlossenes Netzwerk und die Moschee als ein sozio-religiöses Zentrum begreift, welches verschiedene Personen anzieht, die selber in andere Netzwerke eingebunden sein können, wird nachvollziehbar, dass eine Moscheegemeinde über ihre Besucher indirekt mit islamistischen oder nationalistischen Gruppierungen verbunden sein kann, auch wenn die Gemeindeführung und die in der Gemeinde verkündeten Inhalte selber nicht als islamistisch oder nationalistisch gelten. Die einseitige Diskreditierung der Dachverbände erscheint problematisch angesichts der vielseitigen Unterstützungsleistungen für die lokalen Moscheegemeinden (vgl. Kap. 9.4), ihre Anpassung an die gesellschaftlichen Erwartungen insbesondere der Bundesregierung (vgl. Rosenow-Williams 2013) sowie eines trotz der Normierungsfunktion von Dachverbänden durchaus vorhandenen Spielraums bei der Gestaltung des lokalen Gemeindelebens (vgl. 9.4).

<sup>471</sup> Schiffauer kritisiert diese Tendenz als „Logik des Verdachts“ (vgl. Schiffauer 2019).

## **9.4 Unterstützungsleistungen im Rahmen von Moscheebauprojekten: Engagierte Kommunen, Realisierung interreligiöser Toleranz und inner-muslimische Solidaritätsnetzwerke**

Die vorliegende Untersuchung weist verschiedene Unterstützungsleistungen im Rahmen von Moscheebauprojekten nach. An dieser Stelle soll ein kurzer Blick auf diese Unterstützungen gerichtet und damit vernetzungsbezogene Unterstützungspotenziale von Moscheegemeinden herausgearbeitet werden. Zugleich werden auch Unterstützungsleistungen präsentiert, die nicht unmittelbar aus der Vernetzung der Moscheevereine resultieren. Eine Auflistung aller identifizierter Unterstützungen ist nicht das Ziel dieses Abschnitts. Es sollen vielmehr einige besonders hervorstechende Ergebnisse, die im Forschungsstand weniger zur Geltung kamen, präsentiert werden, die zugleich prägend für die Moscheebauprojekte gewesen sind. Es konnten folgende Unterstützungsleistungen herausgearbeitet werden, die unterschiedliche Kapitalsorten zum Ausdruck bringen und von unterschiedlichen Akteuren erfolgten:

- Fürsprache. Akteure sprechen sich für die Moscheegemeinde (Symbolisches Kapital).
- Transfer von Geld und Sachgütern (ökonomisches Kapital) sowie logistische Unterstützung
- Informationsvermittlung (kulturelles Kapital)
- Persönliche Verfügbarmachung von eigenen Kompetenzen und praktischen Hilfeleistungen (Humankapital)<sup>472</sup>

### **Moderation und Grundstücksuche durch die Kommunen – außerreligiöse Unterstützung**

Die Ergebnisse über die Unterstützung bestätigen die Annahmen der vorliegenden Studie, dass die Moscheegemeinden sozial vielfach vernetzte Einheiten sind sowie, dass Muslime und die Dominanzgesellschaft sich im Rahmen von Moscheebauprojekten nicht als geschlossene Blöcke antagonistisch gegenüberstehen (vgl. Kap. 1), was sich durch die verschiedenen Unterstützungsleistungen, die von der Dominanzgesellschaft ausgegangen sind, bestätigt. In erster Linie zeichnet sich die Unterstützung durch die Kommune durch Beratung, Suche nach Grundstücken und Moderation des Legitimierungsprozesses aus. Zudem übten angesichts der vorhandenen oder befürchteten Legitimitätsprobleme in der Stadtgesellschaft die kommunalen Vertreter (v. a. die Bürgermeister und Integrationsbeauftragte) Fürsprache für die Moscheegemeinden und ihre Vorhaben. Auch konnte beobachtet werden, wie die Bürgermeister angesichts der rassistischen Rhetorik von antimuslimischen Akteuren<sup>473</sup> gegen die Moscheegemeinden, sie in ihrer öffentlichen Kommunikation in Schutz nahmen. Dies war z. B. auf der Stadtratssitzung im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee zu beobachten.

---

<sup>472</sup> Zum (erweiterten) Kapitalbegriff im Zusammenhang mit religiösen Gemeinden siehe Elwert 2007.

<sup>473</sup> Rassistische Rhetorik gegen Muslime war keinesfalls ausschließlich von den politischen antimuslimischen Akteuren zu vernehmen, sondern war durchaus viel weiter verbreitet, wie an manchen Leserkommentaren in den Zeitungen deutlich geworden ist. Doch die antimuslimischen Akteure prägten durch ihre Vehemenz, Organisiertheit und zum Teil ihre Vertretung in politischen Gremien, wie dem Hertener Stadtrat, den Legitimierungsdiskurs viel stärker.



Die genannte Unterstützung resultierte, wie oben bereits angesprochen, aus einer grundsätzlichen formalrechtlichen und moralischen Legitimität des Vorhabens, der damit verbundenen Notwendigkeit, das Projekt und das eigene Handeln in der Stadtgesellschaft zu legitimieren und die latenten oder manifest werdenden Konflikte zu mildern. Zudem wurden die Unterstützungsleistungen seitens der Kommune auch genutzt, um die Beziehung zu der Moscheegemeinde auszubauen und die Kommune oder einzelne Akteure als weltoffen und multikulturell zu präsentieren.

### **„Suchet der Stadt Bestes“ – Interreligiöser Dialog und interreligiöse Unterstützung**

Die Fallstudien zeigen, dass die Kirchen eine wichtige Rolle im Moscheebauprojekt und insbesondere im Legitimierungsdiskurs gespielt haben. Damit werden die Befunde aus dem Forschungsstand bestätigt (vgl. Schmitt 2003, Leggewie et al. 2002). Auch wird die Beobachtung von Tezcan (2006: 31) gestützt, wonach Kirchen von der Stadtpolitik und Verwaltung in Integrationsprozesse von Muslimen eingebunden werden und/oder sich selbst einbringen und damit ihre gesellschaftliche Relevanz bestätigt wird. So nahmen an allen identifizierten moscheebaubezogenen Dialoggremien christliche Vertreter teil.

Zudem wurden die Zusammenkünfte im Rahmen des interreligiösen Dialogs dazu genutzt, die Pläne der Moscheegemeinde zu behandeln und Informationen bezüglich Standortsuche und des weiteren Vorgehens zu besprechen (vgl. Kap. 6, Kap. 7). Insofern diente der interreligiöse Dialog als eine Form des Wissenstransfers. Die geschah z B. in Witten. Somit kann konstatiert werden, dass die Unterstützung durch die kirchlichen Vertreter teilweise aus bestehender interreligiöser Vernetzung resultierte.

Die Unterstützung zeigte sich zudem durch die öffentliche Fürsprache auf Veranstaltungen, Internetpräsenzen, in der Presse sowie halböffentliche Fürsprache innerhalb der eigenen Gemeinden. Im Fall der Al-Muhajirin-Moschee ergaben sich die interreligiösen Kontakte im Zuge des Moscheebaus, wo die benachbarte evangelische Gemeinde zusammen mit der Al-Muhajirin-Gemeinde eine Informationsveranstaltung zum Bauprojekt ausgerichtet hat.<sup>474</sup> Zudem konnte eine Spende der katholischen Nachbargemeinde für das Bauprojekt der DITIB-Gemeinde in Bonn verzeichnet werden (vgl. Int. Hübner). Angesichts der häufig anzutreffenden Grenzziehung zwischen Muslimen und dem „christlichen Abendland“ (vgl. Kap. 9.8) erscheint die Fürsprache von christlichen Vertretern für Muslime für die öffentliche Wahrnehmung und Legitimitätsbewertung des Moscheebauvorhabens förderlich.

Als religiöse Vertreter, die selbst Gemeindeleben organisierten und über repräsentative Gebäude mit einer sozio-religiösen Infrastruktur verfügten, konnten sie die Bedarfe (kognitive normenbezogene Legitimität), und den Anspruch auf Religionsfreiheit (moralische Legitimität und formalrechtliche Legitimität) nachvollziehen und sich mit den religiösen Gemeinden identifizieren (kognitive zugehörigkeitsbezogene Legitimität). Aus den Interviews mit den christlichen Vertretern ging hervor, dass der Moscheebau eine konkrete Möglichkeit bot, sich für interreligiöse Toleranz in der Stadt zu engagieren und eine anerkannte Rolle in einem zunehmend

---

<sup>474</sup> Zum Teil gab es für die Unterstützung gemeindeinterne und externe, bisweilen sehr harsche, Kritik, (vgl. Int. Roth, Int. Hübner).

muslimisch geprägten Umfeld einzunehmen, wie aus den Aussagen des Pfarrers in Duisburg deutlich wurde (vgl. Int. Schenker). Beim Bonner Pfarrer Roth war sein Engagement mit der Hoffnung verbunden, dass der interreligiöse Dialog mit der neu zugezogenen Moscheegemeinde verstärkt würde. Theologische Grundlagen, wie der Apell „Suchet der Stadt Bestes“ im Brief des Propheten Jeremia, stellten dabei zum Teil das normative Bezugssystem dar. Bei der Unterstützung zeigte sich, dass entweder die räumliche Nähe und/oder die Vernetzung entscheidend war für das Engagement der christlichen Vertreter. Meistens ging beides miteinander einher, da der interreligiöse Dialog v. a. in den größeren Städten den Stadtteil als räumlichen Referenzrahmen hatte.

### **Innermuslimische und intramuslimische Solidaritätsnetzwerke**

Unterstützungsleistungen konnten auch durch intra- und innermuslimische Solidaritätsnetzwerke festgestellt werden. Erwähnenswert sind insbesondere Unterstützungen von Dachverbänden, anderen Moscheegemeinden und zumeist dem unmittelbaren nicht korporativen muslimischen Umfeld. Bezüglich der Dachverbände ist v. a. der Wissenstransfer von den Zentralen zu nennen, die sich in den letzten Jahrzehnten professionalisiert haben und eigene Abteilungen für Moscheebau eingerichtet haben, was den hohen Stellenwert der räumlichen Ausgestaltung des Gemeindelebens veranschaulicht (vgl. Int. DITIB, Int. IGMG, Int. VIKZ).<sup>475</sup> In den Interviews mit Dachverbandsvertretern wird ein großes Detailwissen über einzelne Moscheebauprojekte deutlich, was auf eine starke Involviertheit schlussfolgern lässt. Während die Unterstützung durch Dachverbände in den Interviews mit den Sprechern der Moscheegemeinden, vielleicht wegen der sozialen Erwünschtheit, eine untergeordnete Rolle gespielt haben, betonten die Dachverbandsvertreter ihre unterstützende Rolle bei gleichzeitiger Unabhängigkeit der Moscheegemeinden.

Aus den Aussagen der Dachverbandsvertreter wird ersichtlich, dass die beratende Begleitung, sehr umfassend sein kann und es liegt nahe, dass die Interaktionsdichte zwischen dem Dachverband und der Moscheegemeinde in der Planungs- und Bauphase konsequenterweise zunimmt. Es zeigt sich, dass der DITIB-Verband aber auch der IGMG- und die VIKZ-Verbände Architekten vermitteln, was hier eine, über die oben angesprochenen baulichen Standard hinaus, normierende Funktion übernehmen kann. Die Unterstützung betrifft u. a. die Architektur, was eine institutionelle Grundlage für die Normierung der Erscheinungen der Moscheen, in den Worten von DiMaggio und Powell (1991) einen Isomorphismus, darstellt und die Vorstellungen und Erwartungen der Dachverbände in die lokalen Moscheebauprojekte einfließen lässt. Doch verweisen die architektonische Vielfalt und die Aussagen der lokalen Gemeindeglieder

---

<sup>475</sup> Die IGMG hat eigens für die bauliche Gestaltung des Gemeindelebens die europäischen Moschee- und Unterstützungsgemeinschaft im Jahr 1985 gegründet. Im Interview betonte der Vertreter den Vorteil dieser zentralen Instanz bei der Unterstützung von Moscheegemeinden. Dabei ging er auf die zahlreichen Gespräche zwischen den Gemeinden und der Zentrale ein, in denen diverse verfahrenstechnische Aspekte besprochen werden. Die Ausführungen des IGMG-Vertreters geben Hinweise für eine (wohlwollende) Kontrolle der Gemeinden. Dabei gelte es darauf zu achten, dass die Moscheegemeinden ihre finanziellen Möglichkeiten nicht überschätzten und die lokalen Projekte somit nicht scheiterten. Dies verweist zum einen auf die Herausforderungen für die Moscheegemeinden und offenbart zugleich ein paternalistisches Verhältnis des Dachverbands zu den lokalen Gemeinden. Diese Haltung findet sich auch bei den anderen Dachverbandsvertretern. Aus dem Kalkül der Dachverbände ist das zum Teil nachvollziehbar, da sie ggf. finanziell unterstützend zur Seite stehen müssten. Zudem ist bei finanziellen Problemen auch mit negativer Berichterstattung zu rechnen, was zugleich dem Image des Gesamtverbands schaden kann.

darauf, dass es den Gemeinden weitgehend freigestellt ist, welche Form der Moscheen sie planen. Zudem zeigte sich in den Fallstudien, dass dies von den Aushandlungen mit der Stadtgesellschaft beeinflusst wird.

Die Dachverbände gaben an, keine (Int. DITIB, Int. VIKZ) oder nur in Ausnahmefällen finanzielle Unterstützung bereitzustellen. Der DITIB-Vertreter gab an, dass die Organisation dies bei damals ca. 800 Gemeinden, die potenziell Ansprüche auf finanzielle Unterstützung stellen könnten, ressourcentechnisch nicht bewältigen könnte (Int. DITIB). Im Interview mit dem Gemeindesprecher der DITIB-Gemeinde in Duisburg-Marxloh betonte dieser leicht kritisch, dass es die lokalen Gemeinden seien, die die Zentrale unterstützten, und spielte dabei auf die regelmäßigen Beiträge und den Finanzierungsbedarf der zu diesem Zeitpunkt in der Fertigstellung befindlichen Merkez-Moschee in Köln an (vgl. Int. Özlem). Dieser Finanzfluss, von Moscheegemeinden in Richtung Dachverband, wird in öffentlichen Diskursen tendenziell nicht aufgegriffen.<sup>476</sup>

Bei allen drei Organisationen werden die Gebäude und ggf. die Grundstücke auf die Dachverbände überschrieben, was eine gewisse Abhängigkeit der Moscheegemeinde vom Dachverband stärken kann. So besteht ein Druckmittel, bei einem Konflikt zwischen der Zentrale und einer Gemeinde ggf. die Nutzungsrechte für die Moschee zu entziehen. Allerdings gab es keinen Befund, der dies eindeutig bestätigen könnte.

Bezüglich der muslimischen Unterstützungspotenziale wurde zudem deutlich, dass die anderen Moscheegemeinden in der Umgebung für die Moscheebauprojekte gespendet haben (vgl. Kap. 6). Dabei stellten offenbar die Zugehörigkeit zum Islam und die räumliche Nähe die zugehörigkeitsbezogene Legitimitätsgrundlage für diese Unterstützungen dar. Im Fall der Merkez-Moschee zeigte sich, dass die Gemeindemitglieder über die Stadt hinaus in anderen DITIB-Gemeinden Geld gesammelt haben, was auf verbandsgestützte bzw. auf gemeinsame Organisationsstrukturen gestützte Unterstützungsnetzwerke verweist (vgl. Kap. 6, Int. Özlem).

Neben den Unterstützungsleistungen anderer Gemeinden und der gemeindeinternen Mobilisierung<sup>477</sup> der Mitglieder zeigte sich eine Mobilisierung von Personen aus dem Umfeld der Moscheegemeinde, die lose mit der Gemeinde vernetzt waren, z. B. durch gelegentliche Teilnahme an Freitagsgebeten. Hier spielten neben den Spenden insbesondere praktische Hilfeleistungen eine wichtige Rolle. Das Beispiel der bosnischen Gemeinde zeigte, dass die Kontakte der einzelnen Mitglieder ebenfalls mobilisiert werden konnten, um das Moscheebauprojekt zu unterstützen. So konnte der Bauleiter durch seine Kontakte in der Baubranche weitere Spezialisten wie z. B. einen (bosnienstämmigen) Statiker zu günstigen Konditionen vermitteln. Auch andere Fälle wie z. B. die Zentralmoschee in Bonn und die Merkez-Moschee in Duisburg zeigen eine Mobilisierung von gemeindeinternen Ressourcen und Einzelkontakten der Gemeindemitglieder auf (vgl. Int. Korkmaz).

---

<sup>476</sup> Zu nennen ist zudem, dass die Dachverbände sich auf der Bundesebene für die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts engagieren und versuchen, die Etablierung des Islam auf Bundesebene voranzubringen, was eine institutionelle Vereinfachung von Moscheebauprojekten bedeuten könnte, wie in Kapitel 2 erwähnt wurde.

<sup>477</sup> Ein Beispiel in diesem Bereich, das die vielschichtige Ressourcenmobilisierung der Gemeindemitglieder veranschaulicht, ist die bosnische Gemeinde in Witten. Hier zog die Moscheegemeinde großen Nutzen daraus, dass einige der Gemeindemitglieder in der Baubranche tätig sind (vgl. Kap. 6; vgl. dazu auch Suder 2015).

Die Großspende im Fall der Al-Muhajirin-Moschee aus Katar bildet einen Ausnahmefall im vorliegenden Sample, verweist jedoch auf transnationale Vernetzung und Unterstützungspotenziale, die jedoch große Legitimitätsprobleme aufweisen.

### **Antimuslimische Kundgebungen als Initialzündung zivilgesellschaftlicher Bündnisse**

Als eine sehr prägnante Unterstützungsleistungen sind hier die zivilgesellschaftlichen Bündnisse und Demonstrationen zu nennen, die als Reaktionen auf Kundgebungen und Demonstrationen gegen Moscheen und Moscheebauprojekte von antimuslimischen Akteuren, in erster Linie Pro NRW, entstanden sind. Die Demonstrationen richteten sich stellvertretend gegen die Präsenz von Muslimen und eine multikulturelle Verfasstheit der Gesellschaft und wurden von den Bündnissen mit grenzübergreifenden Narrativen beantwortet. Diese sich antagonistisch gegenüberstehenden Gruppierungen und Narrative prägten die Legitimierungsdiskurse in einem hohen Maße. Diese Bündnisse und Demonstrationen waren in allen Fällen zu beobachten und setzten sich aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren (politische Parteien, Kirchengemeinden, Vereine, Gewerkschaften) aber auch kommunalen Vertreter zusammen.

Dabei betonten die Bündnisse auf Transparenten im öffentlichen Raum und mit ihren medialen Stellungnahmen in der Öffentlichkeit die Zugehörigkeiten der Moscheegemeinden zur Stadtgesellschaft und ihr Recht auf Moscheebau. Zugleich zogen die Bündnisse symbolisch Grenzen zu antimuslimischen Akteuren, indem sie hervorhoben, dass sie in der Stadt nicht willkommen seien. Das normative Bezugssystem waren die Vorstellungen einer offenen, multikulturellen und toleranten Gesellschaft, die sich gegen intolerante und rassistische Ideologien und Gruppierungen wehrte.

Bezeichnenderweise führten die initiierten Demonstrationen zu Bündnissen, die sich einen identitätsstiftenden Namen mit lokalem Bezug gaben und immer wieder zweckgebunden bei rechten Aufmärschen oder stadtweiten Aktionen und Kampagnen reaktiviert wurden. Aus der Feldforschung sind folgende Bündnisse zu nennen: „Bonn stellt sich quer“, „Duisburg stellt sich quer“, Hertener „Bündnis für Demokratie“, „Remscheid tolerant“ und „Buntes Hattingen gegen Rechts“.

Insofern kann festgestellt werden, dass Moscheebauprojekte, vermittelt über die Proteste von antimuslimischen Akteuren im öffentlichen Raum Initiierungspunkte für zivilgesellschaftliche Bündnisse darstellten. Während die rechten Akteure den öffentlichen Raum nutzten, um symbolisch die Präsenz von Muslimen in Deutschland und die Entstehung von Moscheen sowie die Werte der Multikulturalität, der offenen Gesellschaft und der kulturellen und ethnischen Vielfalt zu delegitimieren, wollten die Bündnisse ebendies mit ihren Auftritten legitimieren.<sup>478</sup> Dabei überstieg die Zahl der Gegendemonstranten die Zahl der antimuslimischen Demonstranten in vielen Fällen (vgl. Kap. 6, Kap. 8.1)

---

<sup>478</sup> Angesichts der Beteiligung an der Bonner Demonstration von politischen Entscheidungsträgern und Parteien, die zuvor die Moschee aufgrund von integrationspolitischen Bedenken abgelehnt hatten, und der großen Teilnehmerzahl an den Demonstrationen ist nicht auszuschließen, dass Teile der Bündnisse durchaus antimuslimische Einstellungen haben. Dies würde mit den Erkenntnissen der „Mitte-Studie“ im Einklang stehen, die feststellt, dass die Ablehnung von eindeutig und offen rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft groß ist, dass zugleich jedoch antimuslimische Einstellungen weit verbreitet sind (vgl. Schröter et al. 2019: 1).

Es konnte festgestellt werden, dass manche Kommunen eine aktive Rolle einnahmen und diese Bündnisse maßgeblich koordinierten. Es scheint, dass manche Kommunen die Bündnisse als ein Element der allgemeinen Anerkennungspolitik gegenüber Minderheiten nutzen und sie als ein Instrument der Abwehr von Rechtsradikalismus unterstützen. Zugleich können diese losen Bündnisse als eine Ausdrucksform der Selbstbestätigung multikultureller Stadtgesellschaften betrachtet werden.

Viele Interviewpartner (vgl. z. B. Int. Korkmaz, Int. Peters, Int. Acar) gingen in ihren Aussagen auf die Demonstrationen ein, was verdeutlicht, dass dies einschneidende und für sie relevante Ereignisse im Rahmen des Legitimierungsprozesses und darüber hinaus gewesen sind. Manche muslimische Vertreter zeigten sich zufrieden damit, dass eine hohe Zahl an Menschen sich gegen antimuslimischen Rassismus und für die Muslime ausgesprochen hat (vgl. Int. Acar, Int. Korkmaz). Im Interview mit dem Sprecher der DITIB-Gemeinde in Bonn, die zeitgleich ihre Moschee mit der Al-Muhajirin-Moschee errichtete, wird ersichtlich, dass die Solidaritätsbekundungen der Nachbarschaft während der Anti-Moschee-Demonstration eines rechten Bündnisses (vgl. Kap. 7) auf ihn und die Gemeindemitglieder sehr beruhigend gewirkt haben (vgl. Int. Korkmaz). Hieraus wird die große Bedeutung von grenzübergreifenden symbolischen Akten deutlich, die dazu beitragen kann, dass die Grenzziehung und rassistische Agitation von antimuslimischen Akteuren in der Wahrnehmung der Muslime relativiert wird und die muslimische Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft bestätigt wird. Zudem wird der gemeinschaftsstiftende und vernetzende Charakter der Ereignisse deutlich und eine gewisse Dankbarkeit gegenüber der Nachbarschaft.

Diese Befunde können als Hinweise für die Bestätigung der These von Coser bestätigt werden, wonach die Anwesenheit von Gegnern den Zusammenhalt von Gruppen, in diesem Fall der liberalen Teile der Stadtgesellschaften, ihre Integration verstärkt (vgl. Coser 2009: 103 ff.). Paradoxe Weise erweist sich, dass die Proteste von antimuslimischen Akteuren sich integrierend auf Teile der Stadtgesellschaften auswirken können, indem diese sich durch Gegenproteste zusammenschließen.

Allerdings ist relativierend hinzuzufügen, dass eine mittelfristige Betrachtung offenlegte, dass die Moscheegemeinden nach den Demonstrationen und Gegendemonstrationen bei den Bündnissen eine untergeordnete Rolle gespielt haben (vgl. Gespräch Bayer, Gespräch Verwaltungsmitarbeiter Hattingen). Dies mag daran liegen, dass wie bereits gezeigt, die öffentliche Präsenz im Kontext konflikthafter Themen aus den genannten Gründen von Moscheegemeinden gemieden wird (vgl. Kap. 9.2.3). Zugleich könnte ein Grund für die geringe Beteiligung der Moscheegemeinden an den Bündnissen darin liegen, dass zahlreiche Moscheegemeinden sich tendenziell aus dem konservativen Arbeitermilieu zusammensetzen (vgl. Ceylan 2006: 103), wohingegen die Bündnisse tendenziell linksliberal geprägt zu sein scheinen und es damit nur wenige ideologische Überschneidungen gibt. Ein weiterer Grund kann sein, dass das Bewusstsein und die Betroffenheit für die Nazivergangenheit Deutschlands in Moscheegemeinden weniger ausgeprägt ist als in der Dominanzgesellschaft (vgl. Kiefer 2018: 54 ff.), weshalb

Vertreter von Moscheegemeinden sich weniger angesprochen fühlen, sich gegen rechtsradikale Gruppierungen zu engagieren.

Insofern könnte geschlussfolgert werden, dass es symbolische Grenzüberwindung gegeben hat, jedoch keine nachhaltige soziale Grenzüberwindung im Sinne einer sozialen Vernetzung. Doch es zeigt sich, dass die untersuchten westdeutschen Städte über funktionierende zivilgesellschaftliche Strukturen verfügen, im Sinne der Selbstorganisation und der öffentlichen Orientierung (vgl. Kap. 1), die gegen die Infragestellung der Normen und Werte einer multikulturellen Gesellschaft mobilisieren und für Minderheiten eintreten können. Die Tatsache, dass die Moscheen zum Zeitpunkt der Demonstrationen zum Teil bereits errichtet waren, zeigt, dass es hierbei nicht nur um die Frage der Entstehung oder Nichtentstehung von Moscheen ging, sondern auch um eine symbolische Austragung des Konflikts zwischen völkisch-nationalistischen und tendenziell linksliberal multikulturalistisch orientierten Gruppierungen handelte.

Dieser Abschnitt zeigte eine Vielzahl an inter-, intra-, inner- und außerreligiöser Unterstützungsleistungen auf. Es konnte festgestellt werden, dass bestimmte Unterstützungsformen, allen voran die Fürsprache, eher förderlich waren für die Legitimität des Bauvorhabens, im Sinne der Wahrnehmung und Bewertung durch die Stadtgesellschaft wohingegen der Transfer von Geld und Sachgütern, einen direkten Beitrag zur physischen Realisierung der Moschee leistete. Resultierend aus den Fallstudien und den verwendeten neo-institutionalistischen Ansätzen können Unterstützungsleistungen als ein Ausdruck positiver Legitimitätsbewertung aufgefasst werden (vgl. 4.3). Dabei gingen diese Handlungen über die passive Legitimitätsbefürwortung hinaus und stellten einen Ausdruck aktiver Legitimitätsbewertung dar (vgl. Schneider 2012: 187). In diesen Befunden traten die zivilgesellschaftlichen Potenziale, die durch Moscheebauprojekte aktiviert wurden, besonders hervor. Es wurde deutlich, dass ein Teil der Unterstützungen und damit der Mobilisierung des Sozialkapitals auf der Grundlage direkter Beziehungen zwischen Moscheegemeinde und anderen Akteuren entstanden ist. Das Sozialkapital wurde zudem anhand gemeinsamer Religions-, Stadt-, und Organisationszugehörigkeit mobilisiert. Dabei spielten unterschiedliche Motive (Bearbeitung latenter Konflikte, Abwehr von rassistischen Akteuren, Kontrolle etc.) eine Rolle für die Unterstützungsleistungen.

Ob und wie die Moscheebauprojekte realisiert werden, hängt also nicht nur von der Ressourcenausstattung der Moscheegemeinden (vgl. Halm et al. 2012, Kap. 3) und der Legitimität ihrer Vorhaben ab (vgl. Kap. 3.5). Auch Unterstützungsleistungen spielen bei der Realisierung von Moscheebauprojekten eine wichtige Rolle.

## **9.5 Von der Vernetzung zum Moscheebauprojekt: Vier fördernde Mechanismen sozialer Vernetzung für Moscheebauprojekte.**

Die vorliegende Studie deckt *vier Mechanismen* auf, die eine begünstigende Wirkung der sozialen Vernetzung muslimischer Gemeinden auf die Verläufe von Moscheebauprojekten beinhalten. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Vernetzung als diskursive Ressource, als

Begünstigung einer niedrigschwelligen Kommunikation und Transparenz, als Basis für Vertrauen und Wohlwollen sowie als Basis für Unterstützung (s.o.).

Unter „begünstigend“ wird im Rahmen dieser Arbeit verstanden, dass eine vernetzungsbezogene Ausgangsbedingung ermöglicht oder vereinfacht, dass das Moscheebauprojekt von der Stadtgesellschaft befürwortet und/oder unterstützt wird und dass der Legitimierungsdiskurs durch positive Bezugnahmen bzw. Narrative geprägt ist (vgl. Kap. 9.8).<sup>479</sup> Entsprechend dem Verständnis von Mechanismen, wonach spezifische Ausgangsbedingungen zu einem spezifischen Ergebnis führen und die dazwischenstehenden beobachteten Ereignisse kausal miteinander verbunden sind (vgl. Gläser/Laudel 2010: 26, Kap. 5), werden Teile der Vernetzung als den in den Fallstudien beschriebenen Ereignissen vorgelagert und zugleich auch als im Prozess entstehend betrachtet.

Es konnte folgender Nutzen aus der sozialen Vernetzung identifiziert werden: Erstens, die Vernetzung von muslimischen Gemeinden, die sich im Einklang mit den Erwartungen und Werten der sozialen Umwelt befand, diente im Rahmen von Legitimierungsdiskursen als diskursive Ressource. Die Beteiligung am interreligiösen Dialog und am Stadtteilleben traten prominent in Legitimierungsdiskursen auf und wurden von der Berichterstattung aufgegriffen. Diese Bezugnahmen wurden sowohl von der Moscheegemeinde als auch von anderen, häufig die Gemeinde unterstützenden Akteuren, vorgetragen und führten dazu, dass das Moscheebauprojekt positiv konnotiert erschien, was ein Bild einer offenen und kooperativen Moscheegemeinde vermittelte und den hohen Stellenwert der Vernetzung für die moralische Legitimität verdeutlicht (vgl. Kap. 9.3). Die Fallstudien zeigten die hohe Wertschätzung des interreligiösen Dialogs und seiner unterstellten integrierenden und konfliktpräventiven Funktion, die ihm von insbesondere kommunalen Akteuren zugeschrieben wurde.<sup>480</sup> Angesichts der Tatsache, dass antimuslimische Akteure auf interreligiöse Grenzziehung rekurrieren und christliche Vertreter, dem entgegengesetzt zum Teil auch moderierende Funktionen eingenommen haben, sind die interreligiösen Dialoge schlussfolgernd als konfliktpräventiv oder konfliktmildernd zu bezeichnen.

Zweitens konnte herausgestellt werden, dass Kooperationen in Form kommunaler Gremien auf institutioneller, aber nicht zuletzt auch auf persönlicher Ebene sich förderlich auf Moscheebauprojekte auswirkte. Durch zusätzliche Kommunikationskanäle und engere Kennverhältnisse konnte niedrigschwelliger Austausch, Wissenstransfer und kooperative Koordination zwischen Stakeholdern erfolgen. Zudem hat der regelmäßige Austausch für eine Transparenz des Vorhabens gesorgt und förderte somit die informationsbezogene Legitimität. Die eigens für die Moscheebauprojekte eingerichteten Gremien sorgten zudem dafür, dass die Stakeholder ihre Erwartungen an die Moscheegemeinde leiten konnten, was zur Einflusslegitimität beigetragen hat. Dieser Befund verweist auf die hohe Bedeutung von Stadtteilentwicklung und -moderation und der Einbeziehung von muslimischen Akteuren, um dadurch einen kontinuierlichen

---

<sup>479</sup> Hier wird also nicht der Sachverhalt betrachtet, dass Vernetzung durch z.B. Ausüben von Druck und Loyalitätsverpflichtungen negative Auswirkungen auf die Handlungsspielräume haben kann (vgl. hierzu Schnur 2008).

<sup>480</sup> Umgekehrt wurde nachgewiesen, dass (unterstellte) Kontakte zu Akteuren, die nicht den Wert- und Normvorstellungen der Stadtgesellschaft entsprechen, sich negativ auf den Legitimierungsprozess auswirken können. Beide Bezugnahmen waren auch innerhalb derselben Fallstudien anzutreffen (vgl. Kap. 7).

Austausch und dadurch sowohl Transparenz als auch Unterstützung für muslimische Organisationen zu gewährleisten. Insofern zeigt sich, wie Etablierung des Islam auf kommunaler Ebene mit einem nicht unmittelbar mit Religion in Verbindung stehendem Handlungsfeld der Stadtentwicklung zusammenhängen kann.

Drittens lassen die erhobenen Befunde die Schlussfolgerung zu, dass die Vernetzung, durch Kontakte zwischen Vertretern der Moscheegemeinde und den Akteuren aus der Stadtgesellschaft zum Vertrauensverhältnis und einem größeren Wohlwollen der entsprechenden Akteure gegenüber der Moscheegemeinde und ihrem Vorhaben beigetragen hat (passive Legitimitätsbewertung). So hat sich in den Interviews zum Teil gezeigt, dass Personen, die die Vertreter der Moscheegemeinde kannten, sich grundsätzlich positiv über sie und zuversichtlich bezüglich des Moscheebauprojekts geäußert haben (vgl. Kap. 6., Kap. 8.1). Dies erscheint vor dem Hintergrund der verbreiteten Ängste und negativen Einstellungen gegenüber Muslimen als ein wichtiger Aspekt, weil dadurch Widerstände gegen Moscheebauvorhaben gemildert werden können. Dieser Befund stützt zudem die Kontakthypothese, wonach häufigere Kontakte zum Abbau von Vorurteilen führen können (vgl. Kap. 4.1).

Viertens sind die verschiedenen Unterstützungsleistungen zu nennen, die sich aus der Vernetzung generierten und sowohl den Legitimierungsdiskurs als auch den Ablauf bzw. das Vorankommen beeinflussten. Die durch vorhandene Vernetzung erzeugte Transparenz führte dazu, dass Unterstützungsbedarf unmittelbar erkannt und aktiviert werden konnte. Zum anderen gab es Hinweise dafür, dass die Bereitschaft, die Moscheegemeinde zu unterstützen sich, neben anderen Motiven, auf der Grundlage bestehender Kontakte und der damit verbundenen Solidarität herausgebildet hat. Hinweise liefern insbesondere mehrere Gespräche und Interviews im Fall der Merkez-Moschee (vgl. Gespräch Wordelmann, Int. Demir, Int. Schenker). Ähnlich lässt sich argumentieren, dass Unterstützung Ausdruck positiver Legitimitätsbeurteilungen ist und dass diese, wie oben dargelegt, tendenziell positiv ausfallen, wenn (als positiv empfundene) Kontakte bestehen (s.o.).

Resümierend kann festgestellt werden, dass Vernetzung sowohl in Bezug auf die praktische Umsetzung als auch für die Legitimität von Moscheebauprojekten förderlich war und sich ebenfalls als hilfreich für die Etablierung des Islams erweist. Insbesondere mit Blick auf Sozialkapital (vgl. Kap. 4.2) zeigen sich unterschiedliche Aspekte bestehender Vertrauensverhältnisse, über die Reduktion von „Transaktionskosten“ und Erleichterung von Koordination, bis hin zur Generierung von Unterstützungsleistungen.

## **9.6 Öffnung von Moscheen: Von Orten des Gebets und der Gemeindarbeit zu interkulturellen Kontaktzonen?**

Die längerfristige empirische Untersuchung und die Betrachtung von Moscheegemeinden, die sich seit längerem in repräsentativen Moscheen befinden, zeigt, dass Öffnungsprozesse der Moscheen durch den Legitimierungsprozess und die Errichtung von repräsentativen Gebäude stattgefunden haben, was sowohl stark mit der Legitimierung von Moscheebauprojekten zusammenhängt als auch prägend für die Vernetzung von Moscheegemeinden ist.



Der Begriff der Offenheit war in den Interviews mit Vertretern der Stadtgesellschaft und der Berichterstattung häufig anzutreffen und umfasste auf der semantischen Ebene verschiedene Aspekte, die auf seine normativ-symbolische Aufladung und gesellschaftliche Erwartungen hindeuten, die an die Moscheegemeinden gerichtet sind. Der erste Aspekt war eine allgemeine Zugänglichkeit und Erreichbarkeit von muslimischen Gemeinden (vgl. Int. Lueke), der zweite die Beteiligung an Aktionen von öffentlichen Belangen wie z. B. Stadtteilstefen und Beteiligung an Arbeitskreisen auf lokaler oder kommunaler Ebene (vgl. Int. Sternkopf, Int. Möller) und der dritte eine liberale Haltung der Moscheegemeinde im Sinne der Verinnerlichung von bestimmten Werten wie Frauengleichbehandlung (vgl. Int. Schneider). Der vierte Aspekt betraf eine Transparenz des Gemeindelebens und schließlich der fünfte Aspekt die Offenheit des Moscheegebäudes im Sinne einer Zugänglichkeit der Räumlichkeiten insbesondere für die nichtmuslimische soziale Umwelt. Der letzte Punkt steht angesichts des auf den materiellen Unterbau der Gemeinden gelegten Schwerpunkts, den Moscheen, im Fokus der folgenden Ausführungen.

Basierend auf dem Forschungsstand zur Entstehung und dem Ausbau muslimischer Wohlfahrt (vgl. Kiefer/Ceylan 2016, Charchira 2014) und den vorliegenden empirischen Daten können theoretisch drei Formen der Öffnung der Räumlichkeiten der Moschee für die nichtmuslimische soziale Umwelt angeführt werden: Da ist erstens die interkulturelle Öffnung durch soziale Regelangebote wie Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangebote<sup>481</sup> sowie Aufenthaltsmöglichkeiten für Nichtgemeindemitglieder im Sinne eines Stadtteilzentrums. Dann ist zweitens die Öffnung der Moschee für verschiedene (eigene und durch andere Akteure initiierte) Veranstaltungen, an denen auch nichtmuslimische Akteure teilnehmen, wie z. B. Stadtteilkonferenzen, Iftar und Veranstaltungen des interreligiösen Dialogs. Und schließlich ist drittens die Öffnung der Moschee für Externe durch Führungen zu nennen. Eine Öffnung in Form von Regelangeboten für Nichtmuslime konnte nicht festgestellt werden, was vermutlich an der schwerpunktmäßigen Ausrichtung der Angebote auf die Herkunftskulturen und die Bedarfe der Gemeindemitglieder liegt sowie mit einer nach wie vor wenig professionellen Arbeit zusammenhängt (vgl. Kap. 2.3.2).<sup>482</sup> Hinsichtlich der beiden anderen Öffnungsaspekte liefern der Vorher-Nachher- bzw. der Längsschnitts- wie auch der Querschnitts-Vergleich zwischen den Moscheen Evidenzen dafür, dass die Errichtung und Unterhaltung einer repräsentativen Moschee die Durchführung von Veranstaltungen und Führungen für verschiedene Zielgruppen befördert. So teilten die meisten muslimischen Vertreter mit, dass durch die neue Moschee die Zahl der Veranstaltungen zugenommen habe und dass Führungen in den herkömmlichen Moscheen Ausnahmen gewesen seien, in den repräsentativen Moscheen jedoch regelmäßig oder häufiger stattfänden (vgl. 6.3.1, Int. Fischer).

Typische Anlässe, bei denen die Moscheegemeinden als Gastgeber auftreten, sind die sogenannte Kermes (türk. Kirmes), die häufig entweder den Frühlingsanfang oder

<sup>481</sup> Hier ist anzuführen, dass die von der Moscheegemeinde organisierten Angebote nicht notwendigerweise in den Räumlichkeiten der Moschee stattfinden müssen. Die Literatur und die vorliegenden Fallstudien zeigen jedoch, dass der Großteil der Aktivitäten in der Moschee durchgeführt wird (vgl. Kap. 2.3.2).

<sup>482</sup> Dieser Wunsch wurde insbesondere vom Stadtteilmoderator Möller und dem Gemeindesprecher der Marxloher DITIB-Gemeinde Dersin geäußert (vgl. Int. Möller, Int. Dersin).

Herbstanfang markiert, und das Opferfest (‘Īdu l-Adḥā), das zum Höhepunkt der Haddsch gefeiert wird und dem Propheten Abraham gewidmet ist. Ein weiteres Fest, zu dem häufig eingeladen wird, ist das Fastenbrechen (Iftar), das den Fastenmonat Ramadan beendet. Die Veranstaltungen werden zur Beziehungspflege mit der Stadtgesellschaft genutzt. In den neuen Moscheen fanden im Gegensatz zu den alten Moscheen Veranstaltungen von anderen Trägern und Organisationen statt, wie z. B. die Sitzungen des Integrationsrats in dem Gebäudekomplex der Merkez-Moschee und Konferenzen der Stadt Witten in der Weißen Moschee. Zudem waren die repräsentativen Moscheen häufiger Orte des interreligiösen Dialogs.

Ein herausstechender Fall hinsichtlich der Führungen und der Besucherzahl ist die Merkez-Moschee und Begegnungsstätte in Duisburg (vgl. Kap. 6). Die Blaue Moschee in Herten hat nach Angaben des Vorstands zwischen der Eröffnung im Juli 2007 und Juli 2011 knapp 15.000 Besucher von außerhalb (Muslime wie Nicht-Muslime) empfangen (Int. Özdemir).

In den Führungen, an denen der Autor mehrfach teilgenommen hat, wurden die Gäste durch die Räumlichkeiten geführt. Dabei wurden dem Publikum durch die Erläuterung der einzelnen baulichen Elemente der Moschee die Grundlagen des Islam und des Gemeindelebens nähergebracht. In manchen Fällen wurde den Besuchern die Möglichkeit gegeben, in der Moschee etwas zu verweilen und Getränke zu sich zu nehmen.

### **Institutionalisierungstendenzen und Verfestigung von Kooperationen**

Hinsichtlich der Organisation von Führungen konnten Institutionalisierungstendenzen und eine Verfestigung von losen Kooperationen zwischen der Moscheegemeinde und anderen Organisationen festgestellt werden. Die Führungen fanden häufig in einem korporativen Rahmen bzw. einer interorganisationalen Aktion statt und umfassten zumeist Gruppen aus Schulen, Reisegruppen, christlichen Gemeinden und Vereinen aus derselben Stadt oder Region.

Es hat sich gezeigt, dass manche Organisationen die Besuche in den Moscheen zu festen Bestandteilen ihrer Programme gemacht haben, was zu regelmäßigem Austausch und gemeinsamen Aktionen von Moscheegemeinden und anderen Organisationen führte (vgl. Kap. 6, Kap. 8.1). Zudem fand ein Großteil der Führungen im Rahmen des Tages der offenen Moschee statt, der vom Koordinierungsrat der Muslime bundesweit beworben wird. Er findet seit 1997 auf die Initiative des Zentralrats der Muslime am 3. Oktober, also dem Tag der Deutschen Einheit, statt. Das symbolträchtige Datum verstehen muslimische Vertreter des Zentralrats der Muslime als grenzübergreifendes Zeichen der Zugehörigkeit der Muslime zu Deutschland.<sup>483</sup> Bei den Dachverbänden war eine Professionalisierung im Bereich der Moscheeführungen festzustellen, was z. B. daran deutlich wird, dass die DITIB-Gemeindevertreter aus Herten an einem mehrtätigen Seminar des DITIB-Dachverbands teilgenommen haben, das Inhalte und Vorschläge für den Ablauf von Moscheeführungen vermittelte (Int. Akdemir). Die Öffnung von Moscheen, die Bereitschaft, die sozialen und religiösen Zentren zu präsentieren und der Dominanzgesellschaft

---

<sup>483</sup> Das Datum soll laut dem Zentralrat der Muslime „das Selbstverständnis der Muslime als Teil der deutschen Einheit und ihre Verbundenheit mit der Gesamtbevölkerung zum Ausdruck bringen“ ([HTTP://ZENTRALRAT.DE/2583.PHP](http://ZENTRALRAT.DE/2583.PHP), letzter Zugriff am 27.01.14). An diesen Tagen werden Projekte zu jährlich wechselnde Schwerpunktthemen gestaltet, die häufiger an aktuelle gesellschaftliche Themen wie z. B. Umweltschutz anknüpfen und demonstrieren, dass auch Muslime Teil dieser Entwicklungen sind.

zugänglich zu machen, kann als eine Facette der Etablierung des Islam (Facette 3: „Politische Repräsentation und Kooperation“) sowohl innerhalb der Stadt- als auch der Gesamtgesellschaft verstanden werden (vgl. Kap. 2.1).

Die interviewten muslimischen Gemeindevertreter berichteten geschlossen, dass das Interesse der sozialen Umwelt an Besuchen und insbesondere Führungen in Bezug auf die neu erbauten Moscheen größer war als bezüglich der alten Moscheen. Dies wird auch durch die anderen betrachteten Fälle sowie die Aussagen der Dachverbandsvertreter bestätigt. Sowohl der Vertreter der DITIB wie der des VIKZ als auch der der IGMG stellten übereinstimmend fest, dass innerhalb der Organisationen die neu errichteten oder umgebauten Moscheen mehr Besucher anziehen als andere Moscheen der Verbände (vgl. Int. IGMG, Int. VIKZ, Int. DITIB). Zugleich wurde durch die Betonung der Durchführung von Führungen und Veranstaltungen in diesen Interviews deutlich, dass die Öffnung zur Legitimierung von Moscheebauprojekten und der eigenen Organisation genutzt werden.

Die theoretischen Ausführungen zur Wirkung von Räumen und Symbolen auf Soziales (vgl. Kap. 1) kann an dieser Stelle bestätigt werden. Das Bestehen eines neuen, architektonisch ansprechenderen Gebäudes bewirkt ein größeres Interesse als ein unscheinbares Gebäude und verstärkt das Interesse der sozialen Umwelt an der Moscheegemeinde. Doch es war anscheinend nicht nur die Präsenz im öffentlichen Raum, sondern auch die Präsenz des Moscheebauprojekts in der Öffentlichkeit. Die öffentlich-mediale Präsenz war insbesondere im Vorfeld und im Zeitraum nach der Eröffnung stark. Dies hängt womöglich mit der Gegebenheit zusammen, dass es eine große Nachfrage nach Führungen unmittelbar in den ersten Monaten nach der Eröffnung und der Abnahme der Nachfrage in den Jahren darauf gegeben hat. Dies trifft z. B. auf die bosnische Moschee in Witten und die Merkez-Moschee mit der Begegnungsstätte in Duisburg zu (vgl. Int. Holsten, Int. Schneider, Gespräch Soldo).

### **Motive und Mechanismen**

Da Moscheeführungen nicht zu den genuinen Aufgaben von Moscheegemeinden gehören, stellt sich die Frage nach den Motiven der Muslime, ihre Gebets- und Versammlungshäuser für ihre soziale Umwelt zu öffnen. Eine vorhandene Nachfrage steht einer in den Interviews sehr deutlich gewordenen Bereitschaft gegenüber, Nichtmuslime in den Moscheen zu empfangen. Zu nennen ist die Motivation der Muslime, das *Image des Islam und der Muslime* in Deutschland zu verbessern und der sozialen Umwelt der Moscheegemeinden zu verdeutlichen, dass das Gemeindeleben fern von Gewalt und Extremismus ist und wichtige Arbeit leistet. Eng damit verknüpft sind *die Erwartungen der sozialen Umwelt*, die – insbesondere die Verwaltung und Politik sowie zum Teil die kirchlichen Vertreter – eine Öffnung von Moscheen für die Dominanzgesellschaft befürwortet und dies in *Legitimierungsdiskursen* einfordert (vgl. Kap.9.8).

Christliche Vertreter äußerten in Interviews, Gesprächen und in ihren öffentlichen Stellungnahmen die Hoffnung, dass interreligiöse Treffen künftig stärker in Moscheen stattfinden würden. In mehreren Gesprächen mit christlichen Vertretern und in ihren öffentlichen Stellungnahmen zeigte sich, analog zum Bekunden der Muslime, in der neuen Moschee häufiger die

Gastgeberrolle übernehmen zu können (vgl. z. B. Int. Roth), der Wunsch, dass interreligiöse Treffen künftig stärker in Moscheen stattfinden würden. Korrespondierend mit dem Befund von Klinkhammer et al., dass die gegenseitigen Besuche von Gebets- und Gotteshäusern die wichtigste Dialog-Aktivität darstellt (vgl. Klinkhammer et al. 2011: 67), bildet die Reziprozität der Einladungen einen wichtigen Wert für die religiösen Vertreter (vgl. Int. Roth).

Zudem ist ein gewisser *Stolz* und ein sich gewandeltes *Selbstverständnis* der Moscheegemeinde unter ihren Vertretern zu verzeichnen, der sie darin bestärkt, ihre repräsentativen Moscheen ihrer Umwelt auch zu präsentieren. Die genannten Motive und Mechanismen sollen hier kurz näher erläutert werden:

Der Aspekt der Legitimität des Islam sowie der Muslime und der eigenen Gemeinde wurde durchgehend von den muslimischen Vertretern genannt. Auch in einem Ratgeber des KRM wird der Standpunkt der Imageverbesserung und des friedlichen Miteinander betont (vgl. KRM-Ratgeber zum TOM 2012). Der schlechte Ruf des Islams und der Muslime soll somit sowohl auf der kognitiven Ebene (Aufklärung, Informationen etc.) als auch auf der sozialen bzw. emotionalen Ebene angesprochen werden. Auch die zivilgesellschaftliche Funktion der gemeindeinternen Angebote wird in dem Ratgeber hervorgehoben. Ähnliche Aussagen sind bei Vertretern der Dachverbände finden. Im Gegensatz zu den eher defensiven Bemühungen, die Legitimität für den Islam und die Gemeinden zu schaffen, indem Vorurteile bekämpft werden, steht der letzte Punkt für ein pro-aktives Einfordern von Anerkennung der eigenen Leistungen als (zivil-) gesellschaftliche Akteure (vgl. auch Kap. 7). Die Führungen in den Moscheen werden offensichtlich als ein Korrektiv sowohl für ein verzerrtes Bild des Islam wie auch für die wahrgenommene Unterschätzung der Leistungen durch Moscheevereine verstanden.<sup>484</sup>

Betrachtet man die Legitimierungsdiskurse, in denen das Narrativ der offenen Moschee und der Moscheegemeinde als Gastgeber sehr präsent war, ist es naheliegend, dass die Moscheegemeinden sich, zusätzlich zu den anderen Motiven, in der Pflicht sahen, ihre Versprechen aus den Legitimierungsdiskursen einzulösen und damit den Erwartungen der Stadtgesellschaft nachzukommen sowie die Legitimität insbesondere auf der moralischen Dimension aufrechtzuerhalten. Führungen können sowohl die moralische Legitimität von Moscheegemeinden heben, dadurch, dass die Gemeinden damit dem Wert von Offenheit und den damit verbundenen Erwartungen entsprechen. Zugleich können die Einladung in die Moschee und der damit stattfindende Austausch auch die kognitive (emotionale und informationsbezogene) Legitimität der muslimischen Gemeinden in der sozialen Umwelt steigern.

In zwei Fällen wurden die Erwartungen schriftlich fixiert, im Fall der Merkez-Moschee und Begegnungsstätte als Vertrag zwischen der DITIB-Gemeinde und der Begegnungsstätte und im Fall der Al-Muhajirin-Moschee als ein Nutzungskonzept, das der Kommunalpolitik vorgelegt werden musste und nach dem Willen der Ratsmehrheit eine Offenheit für Nichtgemeindeglieder beinhalten sollte. Damit kann es durch den Moscheebau zu einer Formalisierung der schon in Ansätzen bestehenden Beziehungen zur sozialen Umwelt kommen. In einigen

---

<sup>484</sup> Analog stellt Spielhaus in ihrer Dissertation fest, dass der Gefährdungsdiskurs Muslimen die Chance eröffnet, sich selbst zu positionieren und Einfluss auf die öffentlichen Diskurse zu nehmen (vgl. Spielhaus 2011).

Interviews zeigte sich, dass die kommunalen Vertreter die Führungen in den Moscheen zu Kenntnis nahmen und zu schätzen wussten (vgl. z. B. Int. Peters).

Ein weiterer zu nennender Aspekt betrifft den Stolz auf das realisierte Moscheebauprojekt, der in den Interviews mit den muslimischen Vertretern immer wieder festzustellen war (vgl. Int. Özdemir, Int. VIKZ), und ein mit der Realisierung einhergehendes neues Verständnis von der eigenen Moschee sowie der Rolle der Moscheegemeinde. Wie schon angeführt, findet mit der Errichtung von sichtbaren Moscheen, die den ästhetischen Ansprüchen der Gemeindemitglieder genügen und im öffentlichen Raum erkennbar sind, ein Schritt Richtung einer Überwindung des Außenseiter-Status der Muslime (vgl. Hüttermann 2006) in Deutschland statt.

Aus den Interviews geht hervor, dass der Stolz bzw. das gestiegene Selbstwertgefühl sich sowohl auf das gemeinsam erfolgreich realisierte Projekt durch die Gemeinde als auch auf das Bestehen des repräsentativen Gebäudes an sich bezieht. Der VIKZ-Vertreter bezog sich in seinen Aussagen auf den etablierteren Status der Christen und Juden in Deutschland hinsichtlich der Gebetshäuser und sieht in der Entstehung von repräsentativen Moscheen eine Annäherung der Muslime an die Situation der anderen Religionsgemeinschaften. Einige Interviews mit muslimischen Vertretern verdeutlichten zusätzlich, dass das Interesse der Dominanzgesellschaft an Führungen und die Möglichkeit, Teilen der Gesellschaft ihre neuen Moscheen zu zeigen, ebenfalls das Selbstwertgefühl steigerte, was motivierend für die Offenhaltung der Moschee sein kann (vgl. z. B. Int. Acar<sup>485</sup>).

Das Vorhandensein entsprechender Infrastruktur, kombiniert mit in der Regel jüngeren, in Deutschland sozialisierten Vorstands- und Gemeindemitgliedern, führte zu einem Selbstverständnis, wonach die Moscheen nicht nur Orte der Religionspflege, der Heimatverbundenheit und der Gemeinde sind, sondern auch Orte des Dialogs und der Präsentation der eigenen Gemeinde und der Religion sind. Dieser Aspekt veranschaulicht, dass, an die Elemente von Organisationen nach Malinowski anknüpfend (vgl. Kap. 2.3.2), der Wandel des materiellen Unterbaus Einfluss auf die Leitidee der Moscheegemeinde haben kann.<sup>486</sup> Somit finden ein materieller und ein ideeller Organisationwandel vom ursprünglich religiösen Heimatverein in einen Repräsentationsort des Islam in Deutschland statt.<sup>487</sup>

Bemerkenswert ist, dass es bei den Einladungen in die alten Moscheen im Legitimierungsprozess darum ging, die Unattraktivität zu demonstrieren und damit die Moscheebaupläne bzw. die Pläne, die Räumlichkeiten auszubauen, emotional und kognitiv nachvollziehbar zu machen. Dies hat sich insbesondere im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee in Herten gezeigt. Dagegen sollen die Führungen in den neuen Moscheen die Schönheit der Moscheen zeigen, damit eine Kommunikation mit der Dominanzgesellschaft auf Augenhöhe erlauben und generell die Bereitschaft für einen Dialog steigern. Doch ein Beispiel zeigt, dass die Organisation von Führungen in der Moschee dazu geführt hat, dass die Gemeindemitglieder weniger für anderweitige

---

<sup>485</sup> Ähnliches konnte dem Interview mit einem muslimischen Gemeindesprecher aus Lünen entnommen werden.

<sup>486</sup> Der IGMG-Vertreter sprach von einem neuen Bewusstsein und davon, dass nicht nur die Gestaltung der Angebote und des Innenlebens in den neuen Moscheen sich wandle, sondern auch die Außendarstellung und die Außenkontakte (Int. IGMG).

<sup>487</sup> Lesenswerte Beiträge, die den Wandel von Religionsgemeinschaften im Zusammenhang mit Innovationsdruck im Migrationskontext thematisieren, finden sich bei Nagel (2018 a, b).

Projekte im Stadtteil (Duisburg-Marxloh) zur Verfügung standen, was verdeutlicht, dass die Öffnung von Moscheen aufgrund der Auslastung des Personals auch einen negativen Einfluss auf die Vernetzung haben kann.

Nachdem die Öffnung von Moscheen und die damit zusammenhängenden Motive und Mechanismen erläutert wurden, werde ich im Folgenden der Frage nach dem Einfluss auf die Vernetzung der Moscheegemeinden nachgehen. Da es sich bei den Führungen in erster Linie um Besuchergruppen handelt, die von anderen Organisationen wie z. B. Schulen entsendet wurden, können die Moscheeführungen primär als interorganisationale Beziehungen auf der Ebene der gemeinsamen Aktionen gelten. Bei regelmäßigen Führungen kann dies als eine Kooperation verstanden werden. Insofern entstehen durch die neuen Moscheen und die Bereitschaft sowie vorhandenes ehrenamtliches Personal neue Kooperationsfelder mit der sozialen Umwelt.

Die Führungen stellen Gelegenheitsstrukturen für die Interaktion von Muslimen und Nichtmuslimen dar. Bei den besuchten Führungen ist dabei der Eindruck entstanden, dass die Besucher primär mit dem Führungspersonal in Kontakt kamen. Mit den übrigen Gemeindemitgliedern hat es selten direkten Kontakt gegeben. Es hat sich gezeigt, dass ein korporativer Rahmen, der öffentlich kommuniziert wird wie der Tag der offenen Moschee, förderlich für das gesellschaftliche Interesse an den Moscheen wirkt und dazu führt, dass die Hemmschwelle bei individuellen Besuchern sinkt, die nicht in einer Gruppe organisiert sind (vgl. Int. Peters).

Die Besucher, mit denen ich gesprochen habe, berichteten überwiegend positiv über ihre Erfahrungen. Die Aussagen bezogen sich sowohl auf die Architektur als auch auf neue Einsichten in die Religion des Islam wie auch auf die Freundlichkeit des muslimischen Führungspersonals. Es gab Fremdheitserfahrungen, z. B. mit Hinweis auf die Geschlechtertrennung, aber auch Entmystifizierungserfahrungen mit dem Hinweis, dass es sich primär um eine religiöse Gemeinde handele und nicht etwa um eine politische Organisation, was offenbar ein Korrektiv zu den öffentlichen Gefährdungsdiskursen darstellt<sup>488</sup>.

Daher kann konstatiert werden, dass durch regelmäßige Führungen ein aktiver Beitrag von Muslimen zur kognitiven, informations- wie kategorienbezogenen und emotionalen Legitimität von Moscheebauprojekten und Moscheegemeinden sowie evtl. sogar zur Akzeptanz des Islam geleistet wird.<sup>489</sup> Die Öffnung von Moscheen kann insofern als eine Aktivierung zivilgesellschaftlicher Potenziale von Moscheegemeinden verstanden werden. Führt man sich vor Augen, dass es sich hierbei um symbolische Akte handelt, die auch multimedial vermittelt werden (z. B. auf den Internetpräsenzen, Medien), kann davon ausgegangen werden, dass die akzeptanzfördernde Wirkung der Führungen über die auf die unmittelbar Beteiligten hinausgeht.

---

<sup>488</sup> Weitere Literatur zu Moscheeführungen findet sich bei Ali-Özgür Özdil 2002.

<sup>489</sup> Zugleich ist jedoch festzuhalten, dass auch Moscheegemeinden, die in kleineren und architektonisch unauffälligeren Gebäuden untergebracht sind, große Anstrengungen erbringen und der Gesellschaft den Islam näherbringen, sich und ihre Moscheen vorstellen, für Transparenz sorgen und einen Beitrag zum Dialog leisten. Als ein Beispiel kann die islamische Gemeinde Röhlinghausen in Herne gelten. Dort finden zwar selten Führungen statt, da räumlich wenig zu präsentieren ist, allerdings werden durch einen aktiven Vereinsvorstand viele Veranstaltungen organisiert und über öffentliche Mittel finanziert, wie z.B. Argumentationstrainings gegen Rassismus oder islamwissenschaftliche Vorträge über den Islam.

## Repräsentative Moscheen im Spannungsfeld der inneren und äußeren Erwartungen

Mit der Öffnung von Moscheen für Besucher, die nicht religiösen Handlungen nachgehen, sind einige Veränderungen für die Mitglieder der muslimischen Gemeinden verbunden, die ein bestimmtes Konfliktpotenzial bergen. Hier kann die Perspektive eingenommen werden, die neo-institutionalistische Ansätze mit der Verbändeforschung kombiniert und die Ausrichtung der Organisation mit den organisationsexternen und den organisationsinternen Erwartungsstrukturen und den damit einhergehenden Aushandlungsprozessen innerhalb der Organisation erklärt (vgl. Pries 2010, Rosenow 2010).

Es scheinen zwar laut den Aussagen der meisten interviewten muslimischen Vertreter keine Probleme diesbezüglich zu bestehen, doch wird dieses Konfliktpotenzial z. B. anhand der Fallstudie der Merkez-Moschee erkennbar (vgl. Int. Acar; Int. Schneider). Dort hat sich ein Teil der Moscheegemeinde über die zahlreichen Führungen v. a. während des Gebets beschwert und eine Einschränkung diesbezüglich gefordert. Auch wurde in einem Interview mit einem Gläubigen in der Moschee eine kritische Haltung bezüglich der Präsenz zahlreicher Frauen in dem Gebäudekomplex geäußert (vgl. Kap. 6). Empirische Evidenz für solche oder ähnlich geartete Bedenken, zum Teil mit theologischen Bezügen, und Konflikte ergibt sich auch aus verschiedenen Anfragen bei der Fatwa-Abteilung des Online-Portals Islamweb.net.<sup>490</sup>

Es ist offenkundig, dass nicht alle theologisch fundierten Regeln, die in der Moschee befolgt werden müssen, auch mit gleicher Problemlosigkeit während der Moscheebesuche von Nicht-Muslimen eingehalten werden können. Während z. B. das zum Reinheitsgebot gehörende Gebot, die Schuhe vor dem Gebetsraum zu lassen, relativ einfach einzufordern und einzuhalten ist, ist die Freihaltung der Moscheeräume von Frauen mit Menstruation, die evtl. dieses Gebot nicht kennen, sicherlich nicht praktikabel, weswegen in der Praxis davon Abstand genommen wird.<sup>491</sup>

In diesem Kapitel zeigt sich die Problematik, dass der Vorstand bei der Gestaltung der repräsentativen Moschee und des Gemeindelebens sowohl auf die Erwartungen der Umwelt als auch auf die der Mitglieder eingehen muss. Innerhalb der Stadtgesellschaft stellt die Forderung an die Moscheegemeinden nach Öffnung, Transparenz und Kooperationsbereitschaft einen normativen und integrationspolitischen Konsens dar. Der Vorstand, der für das Image der Gemeinde zuständig ist und an den die Erwartungen der Umwelt herangetragen werden (z. B. in Form von direkten Gesprächen oder formalen Vereinbarungen), ist in seiner Rolle grundsätzlich

---

<sup>490</sup> Islamweb ist ein mehrsprachiges Internetportal, das Informationen über den Islam und islamische Rechtsgutachten zur Verfügung stellt und sich dabei an Muslime und Nichtmuslime richtet. Unterstützt wird das Portal vom Religionsministerium von Katar.

<sup>491</sup> In einer anderen Online-Fatwa zeigen die Autoren, dass die Frage, ob eine Moschee grundsätzlich von Nicht-Muslimen betreten werden dürfe, von den verschiedenen islamischen Rechtsschulen sehr unterschiedlich beantwortet wird. Während die (dogmatischen) Hanbaliten es für verboten halten, sehen die Hanafiten, denen die meisten Muslime auf der Welt und in Deutschland angehören, grundsätzliche keine Probleme darin.

<sup>491</sup> Aus den obigen Ausführungen wird deutlich, dass es im Kern (mindestens) zwei Konflikte bzw. mögliche Widersprüche sind, die mit der Öffnung von Moscheen und der damit verbundenen Netzwerkarbeit und der Imagepflege verbunden sind.

Zum einen können es grundsätzliche Bedenken über die Zulässigkeit der Präsenz von Nicht-Muslimen in Moscheen sein. Dieser Punkt spielt bei den Hanafiten eine untergeordnete Rolle und in den Interviews, die mit der Ausnahme eines Schiiten ausschließlich mit hanafitischen Muslimen durchgeführt wurden, konnte ich dafür keine empirische Evidenz finden. Probleme wie z. B. die Menstruation von Frauen u. ä. spielten in den Interviews und während der besuchten Führungen keine Rolle und sind somit nicht handlungsleitend für den Umgang mit Externen in der Moschee. Zum anderen geht es, wie schon oben erwähnt, um die Einhaltung einer entsprechenden Atmosphäre in einem Raum, der in erster Linie sozio-religiösen Zwecken und der spirituellen Erfahrungen dient.

eher daran interessiert, die Moschee für Führungen zur Verfügung zu stellen als „normale“ Mitglieder der Gemeinde, die in erster Linie dort beten und Zeit mit anderen Gemeindemitgliedern verbringen möchten<sup>492</sup>. In den Fallstudien gibt es zudem Anhaltspunkte dafür, dass die Idee der Öffnung von Moscheen für die soziale Umwelt sich mit den Vorstellungen und Wünschen der Vertreter der Moscheegemeinden deckte, es sich hier also um eine Verinnerlichung von Werten und Vorstellungen und keine (rein) strategische Praxis handelte (vgl. Int. Özlem). Die potenziellen oder tatsächlichen Konflikte innerhalb der muslimischen Gemeinde erfordern daher spezifische Arrangements, um so weit wie möglich sowohl den Erwartungen der Umwelt als auch denen der Gemeindemitglieder gerecht werden zu können. Folgende Arrangements fanden sich als herausragendes Beispiel hinsichtlich der Führungen in der Merkez-Moschee und der Begegnungsstätte: Von der Gemeindeführung wurde beschlossen, dass zumindest während des Ramadan-Monats keine Führungen veranstaltet werden und bestimmte Bereiche von den Besuchern während des Gebets nicht betreten werden sollten (Int. Acar).<sup>493</sup> Ein muslimischer Vertreter aus der Merkez-Moschee gab in dem Interview zu verstehen, dass er zudem versucht habe, den Gemeindemitgliedern die Vorteile (Anerkennung, Vernetzung mit der Stadtgesellschaft) zu verdeutlichen, um die Akzeptanz für die Führungen zu vergrößern. Es zeigt sich, dass die internen und externen Legitimitätsanforderungen sich durch Arrangements weitgehend in Einklang bringen lassen.

## **9.7 Vom Moscheebauprojekt zur Vernetzung: Vier Mechanismen für den Wandel der Vernetzung durch Moscheebauprojekte und die Unterhaltung repräsentativer Moscheen.**

Die obigen Ausführungen zeigen eine Bandbreite an Veränderungsprozessen der Vernetzung von Moscheegemeinden, die durch die Moscheebauprojekte mitbedingt wurden. In den Interviews mit den Vertretern der Moscheegemeinden wurden hinsichtlich der Veränderungen der Vernetzung durch das Moscheebauprojekt und die neue Moschee v. a. diverse neue Kontakte im Rahmen ihres Planungsprozesses, eine größere Bekanntheit sowie das Gefühl, durch das realisierte Projekt anerkannt worden zu sein, genannt. Im Folgenden soll ein systematischer Überblick über die mit dem Wandel der Vernetzung verbundenen Ursachen und Mechanismen gegeben werden. Untergliedert werden die Ausführungen in die Mechanismen Interaktionen im Planungs- und Legitimierungsprozess, (temporäre) kollektive Vernetzung im Rahmen des Legitimierungsprozesses, öffentliche Vernehmbarkeit durch Legitimierungsdiskurse und Attraktivität durch die neue Architektur und sozio-religiöse Infrastruktur.

Erstens können die Planungs- und Legitimierungsprozesse als integrativ bezeichnet werden, da hiermit diverse Akteure in Kontakt getreten sind und die Möglichkeit hatten,

<sup>492</sup> Rosenow geht davon aus, dass unter den Vorständen die Befürchtung, als radikal zu gelten, stärker ausgeprägt ist als unter den Gemeindemitgliedern (vgl. Rosenow 2010: 195), was als eine Erklärung für die stärkere Befürwortung der Öffnung der Moschee gelten kann.

<sup>493</sup> Weitere Beispiele für Arrangements aus der Empirie sehen folgendermaßen aus: Der Vorstand in der Türkiye-Moschee in Gladbeck hat schon direkt nach der Errichtung der Moschee dafür gesorgt, dass während des Gebets keine Gruppen herumgeführt werden (vgl. Int. Schneider). Auch in der Selimiye-Moschee in Lünen finden Führungen nicht zeitgleich mit den Gebeten statt. Da jedoch auch eingesehen wird, dass v.a. das Gebet als zentrale Glaubenspraxis des Islam für die Besucher interessant sein kann, wird ihnen die Möglichkeit eingeräumt, diese sich einzeln nach der Führung anzuschauen.



Standpunkte auszutauschen. Hier gab es sowohl planerisch-organisatorische Angelegenheiten als auch legitimatorischen Überzeugungsbedarf. Vertreter der Moscheegemeinde kamen dadurch in Kontakt mit Vertretern der Verwaltung, politischen Entscheidungsträgern, einzelnen Bürgern, Architekten und Bauunternehmern. Der Ressourcenbedarf hat ebenfalls dazu geführt, dass die Vertreter der Moscheegemeinde mit diversen Akteuren, insbesondere aus dem muslimischen Spektrum in Kontakt kamen. Die Interviewpartner berichteten, dass man sich durch diesen Prozess kennengelernt habe und jetzt die Hemmschwellen niedriger seien, bei Bedarf erneut in Kontakt zu treten (vgl. z.B. Int. Fischer). Während des Bauprozesses selbst jedoch waren die aktiven Gemeindemitglieder zum Teil dermaßen ausgelastet, dass sie sich weniger um den Kontakt zur sozialen Umwelt kümmern konnten und sich damit die Vernetzung zeitweise abgeschwächt hat.

Als zweiter Mechanismus ist zu nennen die kollektive Vernetzung im Rahmen von Dialoggremien, die das Ziel verfolgten, das Projekt zu legitimieren und zugleich zu kontrollieren, indem Teile der korporativen Stadtgesellschaft, darunter Vertreter der Verwaltung und in den meisten Fällen auch der Politik vertreten waren und ihre Erwartungen in die Aushandlungen eingebracht haben. Zugleich hat ein Wissenstransfer stattgefunden, indem Realisierungsmöglichkeiten der Moschee und ihre Legitimierung in der breiteren Stadtgesellschaft erörtert wurden. Die Einrichtung der Gremien steht zudem für die (übergeordneten) Bemühung der Kommunen, die Moscheegemeinden stärker mit der Stadtgesellschaft zu vernetzen. Die Moscheebauprojekte lieferten Opportunitätsstrukturen für dieses integrationspolitische Vorgehen.

Außerdem entstanden als Antworten auf den antimuslimischen Widerstand gegen den Moscheebau (stellvertretend für die muslimische Präsenz in Deutschland) Bündnisse, die das Ereignis Moscheebau überdauert haben und sich ad hoc zusammenfanden. Die Anwesenheit eines gemeinsamen Gegners wirkte dabei integrationsfördernd und brachte unterschiedlichste Akteure der Stadtgesellschaft zusammen. Im Gegensatz zu den Gremien, nahmen die Moscheegemeinden hierbei tendenziell eine Randstellung ein. Beide Kollektive bildeten einen Rahmen verstetigter Interaktion und bildeten Gelegenheitsstrukturen für das Vertiefen der persönlichen Kennverhältnisse.

Drittens ist die starke öffentliche Präsenz der Moscheegemeinde durch das Moscheebauprojekt zu nennen, dies sich insbesondere in dem medial aufgegriffenen Legitimierungsdiskursen niederschlug. Die Präsenz in der Öffentlichkeit im Vorfeld, parallel zum und als Folge des Betretens des öffentlichen Raums, führte dazu, dass die Stadtgesellschaften über die Existenz der Moscheegemeinde informiert wurden und die muslimischen Vertreter einen größeren Bekanntheitsgrad erlangten.<sup>494</sup> Hierbei handelte es sich um ein asymmetrisches Verhältnis; doch führte diese öffentliche Vernehmbarkeit zu einem Interesse von Akteuren, die im integrations- und religionspolitischen Kontext aktiv waren an der der Moscheegemeinde und insbesondere den Führungen in den repräsentativen Moscheen.

---

<sup>494</sup> Ob die Moschee zu einer größeren Ablehnung der Moscheegemeinde oder von Muslimen bei den Gegnern der Moscheebauprojekte geführt hat, kann nicht beurteilt werden. Außer den Aufmärschen von antimuslimischen Akteuren in der Nähe der Moscheen konnten keine (nennenswerten) weiteren Konflikte festgestellt werden.

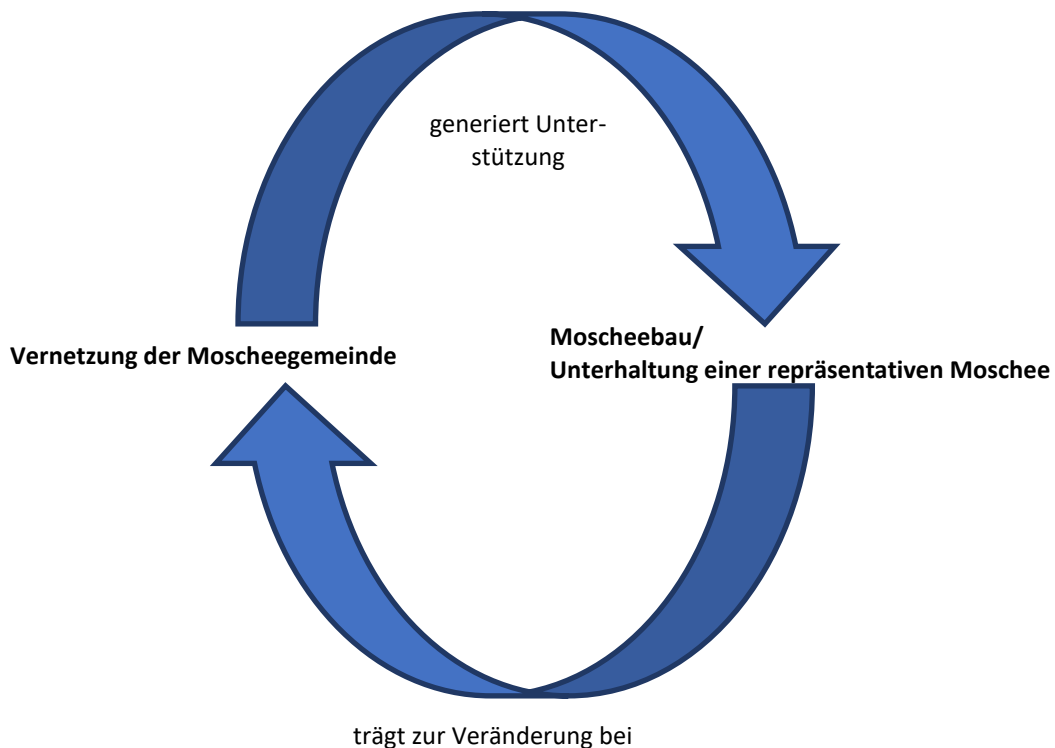
Viertens ist die neue Präsenz im öffentlichen Raum durch eine entsprechende Architektur sowie die neue sozio-religiöse Infrastruktur zu nennen. Dies hat zum einen dazu beigetragen, dass das Gemeindeleben attraktiver geworden ist und andere Muslime, die nicht oder tendenziell seltener in der alten Moschee am Gemeindeleben teilgenommen haben, die Moschee häufiger besuchten (vgl. Kap. 6, Kap. 7). Zum anderen haben sich die Moscheegemeinden durch ihre neuen repräsentativen Moscheen auch für nichtmuslimische Besucher im Rahmen von organisierten Führungen geöffnet. Dabei handelte es sich zum Teil um Kooperationen zwischen den Moscheegemeinden und anderen Organisationen, die Interessierte an die Moscheegemeinden vermittelten oder Moscheeführungen in ihr Programm aufnahmen, was neue Kooperationsfelder bzw. neue Beziehungsinhalte zwischen den Akteuren eröffnete (vgl. Kap. 6, 8.1).

Außerdem verstärkte der Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur das Interesse der kommunalen Akteure an der Gemeinde und einer Zusammenarbeit diesbezüglich für eine Professionalisierung und auch eine gewisse Kontrolle der dort stattfindenden Angebote. Ein mit der neuen sozio-religiösen Infrastruktur eingehender Ausbau der Angebotspalette zusammen mit den höheren Unterhaltungskosten der Moschee machte einen höheren Finanzierungsbedarf nötig (vgl. Int. Özdemir, Int. Özlem). Bei einer Fallstudie konnte festgestellt werden, dass im Zuge der Errichtung der neuen Moscheen ein Finanzfluss öffentlicher Mittel als Beziehungsinhalt mit der Kommune etabliert wurde. Zu nennen ist die Förderung für die Begegnungsstätte an der Merkez-Moschee in Duisburg. Im Fall der Al-Muhajirin-Moschee hat sich gezeigt, dass die Moscheegemeinde Bemühungen um öffentliche Förderungen ablehnte, um bei der Gestaltung des Gemeindelebens mehr Freiheiten zu haben (Gespräch Fischer). Bezüglich des Ressourcenbedarfs wurde in mehreren Interviews deutlich, dass hier v. a. die Mitglieder höhere Zahlungen erbringen müssen (vgl. Int. Özdemir, Int. Özlem), was nahelegt, dass das Erfordernis nach interner Legitimität gewachsen ist (vgl. Kap. 9.2).

Mit Bezug auf die in Kapitel 4.2 angeführten Beziehungsinhalte lässt sich festhalten, dass neue Akteure in das Vernetzungsgefüge integriert wurden, die Wahrnehmung über die Moscheegemeinde anstieg und Beziehungsinhalte durch innerreligiöse Moscheebesuche intensiviert und erweitert wurden. Auf Führungsebene wurden Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Gemeinden und kommunalen Akteuren geschaffen und vorhandene Kooperationen ausgebaut. Partiell wurden auch veränderte Finanztransfers beobachtet.

Mit Blick auf Kapitel 9.5 über die Wirkungen der Vernetzung lässt sich schlussfolgern, dass die Vernetzung die Moscheebauprojekte gefördert hat und dass der Bau und die Unterhaltung der Moscheen wiederum die Vernetzung der Moscheegemeinden partiell geprägt haben, was verdeutlicht, dass soziale Strukturen sowohl als Bedingung und Begünstigung von Interaktionen als auch als Folgen der Interaktionen verstanden werden können (vgl. Abb. 22).

Abbildung 21: Wechselwirkung Vernetzung und Moscheebau



*Quelle: eigene Darstellung*

Auch wenn durch die analysierten Fallstudien eine Intensivierung durch den Bau und die Unterhaltung repräsentativer Moschee belegt werden kann, so stellt dies keine notwendige Bedingung von intensiven Beziehungen zwischen den Moscheegemeinden und ihrer sozialen Umwelt dar, was sich bereits an anderen Studien gezeigt hat (vgl. Kap. 2.3.2.2) und zudem an der Betrachtung von Kontrastgemeinden in nichtrepräsentativen Moscheen (z. B: die Islamische-Gemeinde-Röhlinghausen) verdeutlicht wird, die vielfältig in die Stadtgesellschaft eingebunden sind.

## **9.8 Legitimierungsdiskurse und Narrative: Ambivalente symbolische Aufladung von repräsentativen Moscheen**

Während in den vorherigen Kapiteln die Handlungen und Vernetzungsstrukturen im Vordergrund standen, befasst sich dieses Kapitel mit den Deutungen und Darstellungen von repräsentativen Moscheen und Moscheebauprojekten in Bezug auf die Erwartungen an die Moscheegemeinden anhand von dominanten Narrativen in Legitimierungsdiskursen. Die Narrative werden verstanden sowohl als Ausdruck von kollektiven Legitimitätsvorstellungen wie auch als diskursives Mittel zur Prägung der Legitimitätsdiskurse und Schaffung eines Deutungsrahmens, der die Legitimitätsvorstellungen in den Stadtgesellschaften beeinflussen sollte (vgl. Kap. 4.3).

Diese Narrative sind in den einzelnen Fallstudien bzw. in den einzelnen Legitimierungsdiskursen unterschiedlich stark ausgeprägt und treten in unterschiedlichen Kombinationen oder inhaltlichen Überschneidungen mit den anderen Narrativen in Erscheinung. Im Fokus der

Analyse stehen, anknüpfend an das Konzept vom „Islam als Diskursfeld“, die Vorstellungen darüber, *wie* die Moscheen gedeutet wurden und *was* sie gemäß den artikulierten Erwartungen sein sollten.

### **Moschee als politischer Ort**

In diesem Narrativ, das vor allem von Moscheegegnern und antimuslimischen Akteuren vorgebracht wurde, erscheint die Moschee nicht als ein Ort der Religionspraxis und des Gemeindelebens, sondern primär als eine politische Instanz, deren Wertesystem konträr zur Dominanzgesellschaft geartet sei. Wie in Kapitel 9.3 bereits aufgezeigt, werden die entsprechenden Moscheegemeinden als Außenstellen von übergeordneten Einheiten (Dachverbänden, Herkunftstaaten) gedeutet, womit eine klare Grenzziehung zwischen den Gemeinden und der restlichen (nichtmuslimischen) Stadtgesellschaft vollzogen wird. Die Errichtung von neuen Moscheen wird ferner als Ausbreitung des Einflusses dieser politischen Instanzen dargestellt. Dieses Narrativ überschneidet sich stark mit dem Narrativ der Islamisierung, das weiter unten vorgestellt wird. Die Vorstellung, dass eine Moschee ein politischer Ort sei, gründet zum Teil auch in der Überzeugung, dass der Islam keine Religion, sondern eine politische Ideologie sei. In den Fallstudien kam diese Haltung z. B. in Herten durch die UBP zum Ausdruck, die u. a. damit ihre Ablehnung der DITIB-Moschee in Herten begründete. Hier versuchte auch Pro NRW Stimmung gegen den Moscheebau zu machen mit dem Hinweis, dass die expandierende DITIB-Zentrale „Strippenzieher dieser Islamisierung mit machtpolitischem Anspruch“ (Pro NRW 2011) sei. Die hier konstruierte Beziehung zwischen der Moscheegemeinde und ihrer sozialen Umwelt ist durch die Vorstellung von Bedrohung und Beherrschung geprägt.

Es ist anzunehmen, dass einerseits ein erstarkter antimuslimischer Rechtspopulismus und andererseits die Politisierung der Religion durch die Türkei unter Präsident Erdogan (Identifizierung politischer Gegner durch Imane, Gebete für türkische Soldaten in Nordsyrien) dieses Narrativ in den vergangenen Jahren unterfüttert hat.

Außerdem wurden in diesem Narrativ die Moscheen zu politischen Orten erklärt, indem die Moscheegemeinden mit salafistischen und islamistischen Gefährdern gleichgesetzt wurden. Dabei lag der Fokus nicht auf islamischen Staaten, sondern auf Teilen der (muslimischen) Bevölkerung, denen islamistische und terroristische Tendenzen zugeschrieben wurden. Dies war im Fall der Al-Muhajirin-Moschee zu vernehmen und wurde ebenfalls implizit von der Pro NRW-Sprecherin während der Kundgebung gegen den Bau der Weißen Moschee kommuniziert.

### **Islamisierung und die Moschee als Herrschaftssymbol**

In den Fallstudien ist immer wieder das Narrativ der Islamisierung durch die Moschee anzutreffen. Dabei steht die Moschee als ein Machtsymbol für den Islam, und die Tatsache, dass eine Moschee entsteht, verweist die Ausbreitung des Islam in Deutschland. Diese Sichtweise ist mit der Annahme verbunden, dass analog zur Ausbreitung des Islam die Dominanzgesellschaft immer weiter verdrängt werde. Die Moscheen werden als Infragestellung des christlichen

Erbes und Umkehr der Norm einer übergeordneten Stellung des Christentums verstanden oder, losgelöst vom Christentum, als Verlust des kulturellen Erbes des Abendlandes dargestellt. Es wird ein Bild der Unvereinbarkeit von verschiedenen Religionen und/oder der Unvereinbarkeit des Islam mit westlichen Gesellschaften gezeichnet. Damit erscheinen die Muslime und die Moscheegemeinden als Gefährder der gewohnten Ordnung. Propagiert wurde dieses Narrativ in der Regel von antimuslimischen Akteuren wie Pro NRW und NPD. Das Narrativ kann als Grundlage des Versuchs von Teilen der Dominanzgesellschaft verstanden werden, die eigene Dominanz zu sichern (vgl. Bukow 2010: 163) und die Etablierung des Islam aufzuhalten. Dieses Narrativ war zudem in Teilen der Stadtgesellschaft präsent und die dahinterstehende Vorstellung einer gefährdeten Norm der christlichen Dominanz (im öffentlichen Raum) wurde zusätzlich dadurch genährt, dass mehrere repräsentative Moscheen im Stadtteil oder in der Stadt entstanden sind, wie sich im Fall der Blauen Moschee und der darauffolgenden Sultan-Ahmet-Moschee in Herten zeigte.

### **Die Moschee als „würdiger Ort“, Moscheebau als Einlösung des Anspruchs auf Würde**

In den analysierten Fällen war das Narrativ von der Erlangung von Würde durch den Moscheebau bzw. die Notwendigkeit der Überwindung des entwürdigenden Zustandes in der aktuellen Moschee sehr verbreitet. In diesem Narrativ erscheint die Moscheegemeinde analog zum Moscheegebäude als in einem unfertigen Zustand ihrer religiösen Etablierung. Die Dominanzgesellschaft wird in der Pflicht gesehen, dazu beizutragen, dass die Moscheegemeinde und ihre Mitglieder architektonisch und infrastrukturell besser gestellt werden.

Die Situation in den alten und häufig zu kleinen Gebäuden oder Räumlichkeiten, die zudem in den meisten Fällen nicht als Moschee zu erkennen waren, wurde von muslimischen und nichtmuslimischen Interviewpartnern häufiger als entwürdigend beschrieben (vgl. Int. Özlem, Int. Lueke). Die häufig als unwürdig empfundenen Räumlichkeiten schienen ein wichtiger Grund bei den kommunalen Vertretern für die Befürwortung des Moscheebaus zu sein (Int. Lueke, Int. Bayer).

Durch eine tendenziell negative Beschreibung der bestehenden Moschee wurde von Befürwortern indirekt Fürsprache für ein geplantes Moscheebauprojekt geübt. Dies wurde z. B. an der folgenden, in der WAZ zitierten Aussage der Wittener Integrationsbeauftragten im Kontext des Bauprojekts der bosnischen Gemeinde in Witten ersichtlich: „Sie [die Bosnier] beten derzeit in einem alten Bahnschuppen, der eines Anbetungsraums unwürdig ist. Das wollen sie mit einem Neubau ändern“ (WAZ 15.01.13).

Die Idee eines würdevollen Sakralbaus wurde von politischen und kirchlichen Vertretern aufgegriffen (vgl. Kap. 6, Kap. 7), was darauf hindeutet, dass ein angemessener Ort für die Religionspraxis einen anerkannten Wert darstellt. So hat z. B. der damalige Bürgermeister in Herten die „unwürdige“ Situation in der DITIB-Gemeinde im Stadtrat angesprochen und für einen Neubau der Moschee plädiert. Das normative Bezugssystem für die häufig angebrachte Würde stellte vermutlich das Grundgesetz dar. Würde gilt in der deutschen Verfassungsphilosophie als oberster Grundwert und Grundlage für alle weiteren Grundrechte in der BRD und

stellt somit eine starke normative Grundlage im Legitimierungsdiskurs dar (GG Art. 1). Auch kann der Vergleich mit der Situation der Christen, die häufig in repräsentativen Gebäuden beheimatet sind, ein Grund für die Akzeptanz des Würde-Narratives sein.

### **Eine „offene Moschee“ und „Ort der Begegnung“**

Ein sehr häufig anzutreffendes Narrativ war das der „Offenen Moschee“ und der Moschee als „Ort der Begegnung“, womit die Moscheegemeinde als (potenzieller) Gastgeber erschien. In allen untersuchten Fällen wurden die geplanten Moscheen von der Moscheegemeinde als zukünftige Orte der interreligiösen und interkulturellen Begegnung vorgestellt. Insbesondere bei dem Duisburger Moscheebauprojekt der Merkez-Moschee war dies aufgrund der öffentlichen Förderung und der damit zusammenhängenden Zielsetzung zu vernehmen. Aber auch in anderen Fällen wurde eine diskursive Öffnung der Moschee vollzogen und die Moschee in den grenzüberwindenden Dienst der Gesellschaft und der zwischenmenschlichen, insbesondere der interreligiösen, aber auch der außerreligiösen Begegnung gestellt.

Die dahinterstehenden Werte sind die Begegnung von Muslimen und Nichtmuslimen sowie die Reziprozität der Einladungen. Eine repräsentative Moschee ist (potenziell) dabei nicht nur ein Ort der Religionspraxis und des Gemeindelebens, sondern auch der Begegnung. Dabei gelten Begegnung und Dialog als ein Medium des Zusammenhalts einer multikulturell geprägten Einwanderungsgesellschaft.

### **Moschee als Ort der Integration und des zivilgesellschaftlichen Engagements**

Eng mit dem Narrativ der offenen Moschee ist das Narrativ des Integrationsbeitrags durch die Moschee verbunden. Häufig wurde die geplante Moschee von den Moscheegemeinden und den Befürwortern als ein Beitrag zur Integration dargestellt (vgl. Kap. 6, Kap. 7). Hierbei wurde v. a. auf die sozialen bzw. säkularen Angebote der Moscheegemeinden rekurriert und auf die Anstrengungen verwiesen, sich um Jugendlichen zu kümmern und, v. a. im Fall der VIKZ (Int. VIKZ), ihnen Bildung zu vermitteln (vgl. Kap. 8.2).<sup>495</sup> Damit verbunden war häufig der Hinweis, dass dies alles ehrenamtlich passiere. Im Fall der Al-Muhajirin-Moschee versuchte sich die Moscheegemeinde als ein zivilgesellschaftlicher Akteur zu profilieren, um die kommunalpolitischen Entscheidungsträger von ihrem Moscheebauprojekt und dem Ausbau der Jugendangebote zu überzeugen (vgl. Kap. 7).

In diesem Kontext war in einigen Interviews und in den öffentlichen Stellungnahmen der muslimischen Vertreter zu vernehmen, dass die Moscheegemeinden die Jugendlichen von der Straße holen würden (z. B. Int. Akdemir).<sup>496</sup> An einigen Stellen wurde auf den Beitrag der

---

<sup>495</sup> Diese Betonung der säkularen Angebote ist bemerkenswert, da, nach den Ergebnissen von Matthias Kortmann, auf der Bundesebene entsprechend den institutionellen Rahmenbedingungen Deutschlands, dem Staatskirchenrecht (vgl. Kap. 2), die muslimischen Verbände dazu neigen, sich primär als Religionsgemeinschaften darzustellen, während im Gegensatz dazu die muslimischen Verbände in den Niederlanden sich als sozial-kulturelle Organisation präsentieren, entsprechend den dortigen institutionellen Rahmenbedingungen (vgl. Kortmann o.J.). Auf der lokalen Ebene scheinen die institutionellen Anforderungen und Erwartungsstrukturen stärker die sozialen Angebote zu bevorzugen. Die Betonung der säkularen Angebote im Kontext von Moscheebauprojekten kann als Hinweis gedeutet werden, dass auf der lebensweltnahen, kommunalen Ebene eine größere behördliche Wertschätzung für sozial-kulturelle Dienste von Organisationen vorherrscht.

<sup>496</sup> Zum Teil gab es auch eine Abgrenzung von den Teestuben, von deren negativen Einfluss ausgegangen wurde. So gab der Gemeindegascheher der DITIB-Moscheegemeinde in Hamm-Heessen zu verstehen.

Moscheegemeinde zur Prävention gegen islamistische Radikalisierung hingewiesen (vgl. Kap. 7). Eine neue, größere Moschee steht hiernach für mehr Integrationsarbeit und größere Bemühungen der Moscheegemeinde, integrationsfördernde Angebote bereitzustellen. Zum Teil wurde dies von Vertretern der Verwaltung erwartet, wie z. B. in Bonn von der Integrationsbeauftragten. Zugleich wurden die Angebote insbesondere für Jugendliche von den kommunalen Vertretern kritisch betrachtet, da eine Segregationswirkung und Indoktrination befürchtet wurden, was auf eine ambivalente Beurteilung der Angebote in den Moscheen hindeutet und zugleich auf das Parallelgesellschafts-Narrativ verweist.

### **Moschee als Parallelgesellschaft**

Dieses Narrativ ist konträr zu dem obigen Narrativ und ihm liegt die Vorstellung zugrunde, dass die Moschee ein Sozialisationsort ist, an dem die Klientel indoktriniert und gegen die Dominanzgesellschaft aufgebracht oder die Interaktion zwischen der Klientel und der Dominanzgesellschaft einschränkt und somit der Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet wird. Für anti-muslimische Akteure war die Moschee grundsätzlich Ausdruck einer bestehenden Parallelgesellschaft (vgl. Kap. 8.1), wohingegen für manche Akteure in politischer Verantwortung eine Moschee mit einer ausgebauten säkularen Infrastruktur die Gefahr einer Sogwirkung auf v. a. jüngere Muslime darstellte, wie es z. B. in Bonn bei der Al-Muhajirin deutlich geworden ist. Diese Vorstellung steht in Zusammenhang mit einer residentiellen ethnischen Segregation und muslimisch geprägten Stadtteilen. Hier steht die repräsentative Moschee für die Zementierung einer städteräumlich abgeschlossenen Parallelgesellschaft, wie dies z. B. auf Bonn-Tannenbusch oder Duisburg-Marxloh bezogen wurde. Mehrfachzugehörigkeiten, wie dies z. B. bei Interviewpartnern deutlich geworden ist, die Teil der muslimischen Gemeinde und zugleich anderer Einheiten sind (z. B. SPD-Mitglieder, Verwaltungsmitarbeiter, Mitglied im Betriebsrat eines deutschen Unternehmens etc.), werden bei diesem grenzziehenden Narrativ nicht berücksichtigt oder negiert. Damit werden, wie Tezcan es formuliert hat, mehrdeutigen Identitäten Eindeutigkeit verliehen (Tezcan 2006: 31).

In diesem Narrativ wird Muslimen eine generelle Integrationsunwilligkeit oder Integrationsunfähigkeit unterstellt. Hinter der Vorstellung der Moschee als Parallelgesellschaft steckt die Erwartung, dass Muslime entweder komplett auf die Errichtung von Moscheen und auf den Zusammenschluss in Gemeinden verzichten oder sich ausschließlich auf die Religionsausübung beschränken. Dies steht im Widerspruch zu dem Appell an Muslime, Verantwortung für ihre Gemeindemitglieder zu übernehmen und ihnen verschiedene (soziale, bildungsbezogene) Angebote zu eröffnen, wie dies häufiger in Äußerungen anzutreffen war, wie z. B. bei einer Rede des Oberbürgermeisters in Hamm zum Fastenbrechen. Das sehr präsente Integrations-Narrativ verdeutlicht, wie stark die Errichtung von muslimischen Sakralbauten in den gesellschaftspolitischen Bereich der Integration fällt und dass Moscheegemeinden häufig immer noch als Migrantengemeinden betrachtet, thematisiert und problematisiert werden. Diese

---

„Abholen heißt, es gibt ja verschiedene, ich sag jetzt einfach mal, Teestuben oder Spielhallen, sodass die Jugendlichen, die wollen ja eine Abwechslung haben. Und wollen in Örtlichkeiten reinkommen oder der Kollege lockt den und sagt, komm lass uns irgendwo hingehen. Und da wollen wir die wegholen und dann hier, äh, in einer vernünftigen Weise erziehen“ (Int. Tuncer).

gesellschaftspolitische Besetzung des Religiösen betrifft sowohl die Fremd- als auch die Selbstwahrnehmung.

### **Moscheebau als Verwaltungsangelegenheit**

Auf Informationsveranstaltungen und im Rahmen der Interviews wurde immer wieder die Position vertreten, dass Moscheebau eine Verwaltungsangelegenheit sei und dies nichts mit Integration oder einer Gefahr für die Sicherheit zu tun habe. In diesem Narrativ erscheint die Moschee als ein (herkömmliches) Gebäude und sein Bau durch das Baurecht gedeckt. Die entsprechende Moscheegemeinde erscheint hier wie jeder andere als Rechtssubjekt. Auf solch eine ähnliche Aussage stieß ich z. B. im Gespräch mit einem Mitglied des Hertener Integrationsrats. Die Stadträtin gab zu verstehen, dass der Moscheebau der DITIB-Gemeinde in Langenbochum im Integrationsrat nichts zu suchen habe, da es sich um eine Bauangelegenheit handle. Im Rahmen der Informationsveranstaltungen wurde mehrmals hervorgehoben, dass baurechtlich betrachtet keine Gründe gegen die Moschee sprächen, was letztlich darin resultierte, dass sie genehmigt wurde (z. B. in Hamm-Herringen und Iserlohn).

Grundsätzlich wurde diese Perspektive vertreten von Befürwortern und/oder Verwaltungsmitarbeitern, die ein Moscheebauprojekt zu versachlichen und die Moschee und das Moscheebauprojekt symbolisch zu entladen suchten. Es ging darum, die formalrechtliche Legitimitätsdimension (baurechtliche und bauordnungsrechtliche Bestimmungen) in den Vordergrund der Aushandlungen zu stellen. Das Narrativ bildet den Gegenpol zu einer Grundsatzdebatte über die Rolle der Muslime in der Stadt und der Gesellschaft und hebt die rechtliche Zulässigkeit des entsprechenden Vorhabens hervor. Dies kann eine Grundlage für die Teilbarmachung des Konfliktgegenstandes darstellen.

In diesem Narrativ werden die häufig gebrauchten ethnischen und religiösen Kategorien sowie das gastrechtlich begründete Etablierten-Außenseiter-Verhältnis relativiert (vgl. Hüttermann 2006). Für die Behörden entsteht dabei die Herausforderung, dieses Prinzip der rechtlichen Gleichbehandlung Teilen der Stadtgesellschaft plausibel zu machen bzw. sie davon zu überzeugen. Dies zeigt die egalisierende Funktion des Rechtssystems und der formalrechtlichen Legitimität, das normativ über den vorhandenen Vorbehalten und Ausgrenzungsbestrebungen in den Stadtgesellschaften angesiedelt ist und auf die Kommunen eine große Wirkmacht entfaltet. Dies wird dadurch verstärkt, dass, wie in Kapitel 2 skizziert, die Muslime in Deutschland sozio-ökonomisch aufgestiegen sind und die legitimen Mittel des Rechtssystems für sich in Anspruch nehmen, und zwar sowohl im Falle von Protest wie auch als Legitimierungshandlung und in einem bau- und verwaltungsrechtlichen Prozess der Gebäudebeantragung und -errichtung.<sup>497</sup>

---

<sup>497</sup>Dieser Verweis auf eine Bezugnahme auf geltendes Recht soll keinesfalls negieren, dass es de jure und de facto eine Benachteiligung von muslimischen Anliegen gibt. Muslime sind nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt und ihre Anliegen werden folglich nicht bei der Erstellung von Bebauungsplänen berücksichtigt, wie dies z. B. bei der evangelischen und katholischen Kirche der Fall ist. Auch zeigt der Forschungsstand, dass in einigen Städten versucht wurde, die Entscheidungsspielräume dazu zu nutzen, die Moscheebauprojekte zu verhindern. Schmitt (2003) weist darauf hin, dass es sich bei dem Verweis auf ein „ganz normales Baugenehmigungsverfahren“ auch um eine Verschleierung der realen Konflikthaftigkeit des Moscheebauprojekts handeln kann (Schmitt 2003: 252).



Bei der Betrachtung von Moscheebauprojekten als reine Verwaltungsangelegenheit werden zwei Spannungsverhältnisse berührt. Zum einen das Spannungsfeld zwischen Behörden und Moscheegegnern oder Kritikern aus der Stadtbevölkerung und zum anderen das Spannungsverhältnis zwischen gesetzesorientierter Verwaltungsrationalität und interessenorientierter oder durch Weltanschauungen geprägter Parteipolitik, das von dem Politikwissenschaftler Oscar Gabriel als typisch für die deutsche Selbstverwaltungstradition bezeichnet wird (Gabriel 1994: 224).

### **Moscheegemeinde als selbstverständlicher Teil der Stadt**

Das grenzübergreifende Narrativ der „Moscheegemeinde als Teil der Stadt“ ist ein sehr prominentes Narrativ, das von der Moscheegemeinde selbst und von Moscheebauunterstützern in dieser oder ähnlicher Form vorgetragen wurde. Es bildet das lokale Pendant zur mittlerweile verbreiteten und umstrittenen Aussage, dass der Islam Teil Deutschlands sei (vgl. Kap.2).

Diese Form der Selbstpräsentation der Moscheegemeinde und Fürsprache durch andere Akteure basiert vor allem auf zwei unterschiedlichen Bezugnahmen. Zum einen gingen die Sprecher in dem Kontext auf die *Kontakte* ein, die zwischen den Vertretern der Moscheegemeinde und der Stadtgesellschaft bestehen. In diesem Zusammenhang wurde z. B. häufig auf den interreligiösen Dialog verwiesen, der zusammen mit anderen Dialogen, wie in Kapitel 9.3 gezeigt, der Moscheegemeinde als diskursive Ressource diene.

Außerdem wird die Moscheegemeinde diskursiv zum Teil der Stadt, basierend auf Hinweisen auf das mit den Kontakten zusammenhängende Engagement<sup>498</sup> der Moscheegemeinde in der Stadt oder im Stadtteil (z. B. durch Beteiligung an gemeinsamen Festen). Insofern lässt sich sagen, dass das Narrativ Ergebnis eines bereits vorher positiv empfundenen Verhältnisses zwischen der Moscheegemeinde und Stadtgesellschaft ist, wie z. B. im Fall der Merkez-Moschee in Duisburg. In dem Fall ging damit auch die Erzählung einher, dass der Planungsprozess ein dialogischer Prozess gewesen sei (vgl. Kap. 6).

Die zweite Bezugnahme, die als Grundlage des Narrativs dient, ist der Verweis auf die (*lange*) *Dauer des Bestehens* der Moscheegemeinde in der Stadt. So betonten fast alle Moscheegemeinden, dass sie seit mehreren Jahrzehnten als Moscheegemeinden in der Stadt existent seien. In diesem Kontext konnte auch verzeichnet werden, dass die Perspektive der langen Präsenz in der Stadt nicht ausschließlich auf die Kategorie der Muslime beschränkt ist, sondern dass die Präsenz der Türken in der Stadt und ihr Beitrag zum Aufbau und Wachstum der Stadt ebenfalls berücksichtigt wird, wie dies im Fall der Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh geschehen ist.

Die Betonung der Zugehörigkeit der Moscheegemeinde zur Stadt ist häufiger im Kontext von Gegenprotesten gegen Widerstände von islamfeindlichen Akteuren wie z. B. der NPD oder Pro NRW zu vernehmen. Die Stadt wird zu einer übergreifenden identifikativen Kategorie, die sowohl Muslime als auch Nichtmuslime umfasst. Im Fall der Merkez-Moschee wurde die

---

<sup>498</sup> Diese Form des Engagements unterscheidet sich von dem Engagement für die eigene Gemeinde, z. B. im Rahmen der Jugend- oder Seniorenarbeit.

entstehende Moschee diskursiv zur Moschee der Stadtgesellschaft („unsere Moschee“). Das Narrativ diene in manchen Fällen als Korrektiv für die Fehlannahme von Teilen der Stadtgesellschaft, dass eine neue Moscheegemeinde sich gegründet habe, wie z. B. in Witten (vgl. Kap. 8.1).<sup>499</sup>

Das Narrativ konnte in mehreren Interviews und in der Presse festgestellt werden (vgl. Int. Akdemir, Int. Soldo). Es legt eine Perspektive offen, die dadurch gekennzeichnet ist, dass der Anspruch auf eine angemessene Moschee sich u. a. aus den Verdiensten der Muslime und der Dauer der Präsenz in der Stadt speist. Der Gaststatus von Muslimen wird hiernach teilweise überwunden. Dieses Narrativ veranschaulicht den in Kapitel 3 und 4 angesprochenen Zusammenhang, wonach die Wahrnehmung der Zugehörigkeit von Muslimen zur Stadt die Legitimität ihrer Moscheebauvorhaben positiv beeinflusst (zugehörigkeitsbezogene Legitimität). Grenzüberwindung stellt daher eine wichtige diskursive Strategie für einen legitimitätsfördernden Deutungsrahmen von Moscheebauprojekten dar. Doch die Tatsache, dass die Zugehörigkeit der Muslime und der Moscheegemeinden betont wurde bzw. betont werden musste, kann als Hinweis verstanden werden, dass die Zugehörigkeit zu Stadtgesellschaft (noch) nicht als Selbstverständlichkeit und damit die höchste Form kognitiver Legitimität (vgl. Kap. 4.3) gilt, jedoch von Teilen der Gesellschaft als anzustrebende Norm betrachtet wird. Die Ausführungen legen nahe, dass die sozialen Unterscheidungskategorien kontext- und situationsspezifisch sind und Identität sowie Zugehörigkeit das Ergebnis öffentlicher Aushandlungen sein können (vgl. Eder et al. 2004: 273f).

Eng mit diesem Narrativ verbunden ist die Erzählung von der „Moschee als Bekenntnis zur Stadt“. Vor allem in den Fällen, in denen die Zustimmung zur Moschee durch die leitenden Akteure in Politik und Zivilgesellschaft groß war, stand diese Art der Interpretation des Moscheebaus im Vordergrund. Das prägnanteste Beispiel dafür ist das Moscheebauprojekt in Duisburg-Marxloh, wo der damalige Oberbürgermeister die Merkez-Moschee als ein „Stein gewordenen Bekenntnis zu unserer Stadt“ (Rede Sauerland am 26.10.08; vgl. Kap. 6) bezeichnet hat.

In öffentlichen Stellungnahmen wollten die Moscheegemeinden ihr Moscheebauprojekt und ihre geplante Moschee als Bekenntnis zur Stadt verstanden wissen.<sup>500</sup> In Interviews kam dies hingegen seltener bis gar nicht vor, was darauf hinweist, dass es sich hier primär um die öffentlichkeitswirksame normativ-symbolische Aufladung des Bauprojekts und eine Inszenierung gehandelt hat. Die Aussagen bezüglich der Zugehörigkeit der Moscheegemeinde zur Stadt, die häufig von Repräsentanten der Stadt erfolgt sind, wie z. B. von Bürgermeistern, können als Teil der Anerkennungspolitik in Bezug auf Muslime in den Städten verstanden werden.

---

<sup>499</sup> Dieses Narrativ bestätigt die Aussage Samuel Korns, wonach die Legitimität von Moscheebauprojekten von der empfundenen Zugehörigkeit der Muslime zur Gesellschaft abhängt (vgl. Kap. 2).

<sup>500</sup> Dies wird z. B. an den folgenden Aussagen des damaligen Gemeindegemeinsprechers während der Einweihung der Moschee ersichtlich: „Weil wir hier zu Hause sind und sein wollen, bauen wir eine richtige Moschee, denn wir leben nicht provisorisch.“ Die Moschee sei „kein Symbol der Ausgrenzung, sondern ein Symbol der menschlichen, religiösen und gesellschaftlichen Zuwendung“ (Rede Sprecher DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V. am 26.10.08)

## **Die Errichtung der Moschee als Erlangung einer Normalität**

Die geplante Moschee wurde an manchen Stellen als eine Normalisierung der Situation der Muslime verstanden und dargestellt. Der Referenzrahmen für die Repräsentativität der Moscheen in den Herkunftsländern kombiniert mit dem Verständnis, dass Muslime bereits seit vielen Jahrzehnten in Deutschland oder in der Stadt gelebt haben, dort auch bleiben werden und somit zur dortigen Normalität gehören einerseits und der unwürdigen und ungeeigneten bisherigen Moscheen andererseits ergab ein Bild eines Ungleichgewichts zwischen Anspruch und Realität. Mit der Errichtung einer repräsentativen Moschee würde das Ungleichgewicht überwunden und eine zur Normalität passenden, neuen Präsenz der Muslime erreicht (Int. Özlem).<sup>501</sup> Um die Normalität des Moscheebauprojekts zu betonen, an die kulturellen Muster der Dominanzgesellschaft anzuknüpfen und zugleich die Grenzen zwischen dem Islam und dem Christentum zu überwinden, wurden zum Teil Vergleiche zwischen Moscheegemeinden mit ihren Moscheen und christlichen Gemeinden mit ihren Kirchen gezogen (vgl. Kap. 6).

## **Moschee als Ausdruck der Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit der Stadt**

Der multikulturelle Charakter der Stadt und/oder des Stadtteils steht im Zentrum dieses Narrativs. Eine multikulturelle und multireligiöse Zusammensetzung der Stadt wurde betont und als Normalität dargestellt. Dies erfolgte vor allem von leitenden, befürwortenden Politikern, Kirchenvertretern und Repräsentanten der Zivilgesellschaft. So wie in der öffentlichen Wahrnehmung Religion als „Identitätsmarker für den diffusen Begriff der Kultur“ (Tezcan 2007: 28) gilt, so stehen repräsentative Moscheen als Zeichen für die multikulturelle Prägung einer Stadt. Die Tatsache, dass eine Moschee in der Stadt errichtet wurde oder werden sollte, gilt in diesem Narrativ als eine Bestätigung ihrer multikulturellen Prägung und der Toleranz gegenüber Minderheiten, was manche politischen Entscheidungsträger implizit für sich reklamierten, wie z. B. der damalige Duisburger Oberbürgermeister.

Mit dem Narrativ sind Themen wie Toleranz und Weltoffenheit assoziiert und es steht im Zusammenhang mit Aushandlungen über das, was die Stadt und die Gesellschaft sein sollen: Während rechtskonservative Kreise, Moscheegegner und islamfeindliche Akteure die deutsche oder christliche Prägung der Stadt betonten und die mit Migrationsprozessen einhergehenden Veränderungen ablehnten, wurden von liberalen Kreisen der Multikulturalismus und ethnisch-religiöse Vielfalt sowie Weltoffenheit als Werte betont. Beispiele dafür sind die Ereignisse in Duisburg (s. o.) und Bonn. In Bonn wurden die Moscheebauprojekte mit dem Status Bonns als UN-Stadt in Zusammenhang gebracht (Int. Bayer).<sup>502</sup>

An diesem Narrativ wird deutlich, wie sehr die gesellschaftliche Vielfalt mittlerweile zum gesellschaftlichen Wertekanon insbesondere der westdeutschen Großstädte gehört. Dieses Narrativ und die dahinterstehende Position ist eine normative Grundlage des als solches anerkannten Einwanderungslandes Deutschland. Die Anerkennung der vielfältigen

---

<sup>501</sup> Häußermann spricht hier von einem symbolischen Ausdruck „der neuen gesellschaftlichen Normalität“ (Häußermann 2006: 87)

<sup>502</sup> Damit korrespondiert der Befund von Gale/Nylor (2002), die festgestellt haben: „In several cases, new sites of worship have been represented as welcome contributions to the production of multicultural, ethnically diverse cities“ (Gale/Nylor 2002).

Stadtgesellschaft als Norm und als erstrebenswert ist eng mit der Legitimität der Sichtbarkeit der Minderheiten verbunden. Eine vielfältige Stadt bietet zugleich eine inklusive Einheit, in der die Moscheegemeinden einen integralen Bestandteil einnehmen können.

### **Keine Moschee als Wille der (schweigenden) Mehrheit**

Dieses dominante Narrativ betrifft den Prozess der Entscheidungsfindung hinsichtlich der Errichtung von Moscheen. Vor allem nach dem Willen von Moscheegegnern und islamfeindlichen Akteuren wurde die Entscheidung darüber, ob die Moschee errichtet wird oder nicht, der Meinung der autochthonen Bevölkerung untergeordnet. Hier wurde der vermeintliche „Wille der Nachbarschaft“ oder der „Wille des Volkes“ in den Vordergrund gestellt und explizit mit einem basisdemokratischen Anspruch versehen. In diesem Narrativ stehen sich v. a. islamfeindliche Akteure und Moscheegegner einerseits und die kommunale Politik und Verwaltung andererseits antagonistisch gegenüber.

Zu vernehmen war dieses Narrativ vor allem auf Demonstrationen und Internetpräsenzen von islamfeindlichen Akteuren (vgl. 8.1). Diese Haltung zum Moscheebau war jedoch auch in der Bevölkerung vertreten und kam in Leserkomentaren und auf Informationsveranstaltungen zum Ausdruck (vgl. 8.3). In dieser Perspektive erscheint der Bau von Moscheen nur dann legitim, wenn ihm die Mehrheit der Bevölkerung zustimmt. Bei einer Verwaltungsentscheidung oder einer Entscheidung durch den Stadtrat, wie dies im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee in Herten der Fall gewesen ist, fehlt dieser Perspektive zufolge die Einflusslegitimität, die hier besonders stark eingefordert wird und normativ-symbolisch mit dem Label „Demokratie“ aufgeladen wird. Dabei wird der Mehrheitsentscheid als Prinzip über andere demokratische Prinzipien wie z. B. der Rechtsstaatlichkeit und der damit verbundenen Religionsfreiheit gestellt. An diesem Narrativ wird deutlich, dass Moscheebau sich häufig in einem Spannungsfeld zwischen direktdemokratischer Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit befindet.<sup>503</sup>

Eine Moschee erscheint hier als ein Produkt des Wohlwollens der Bevölkerung und die Muslime als eine rechtlich untergeordnete Gruppe, deren Religionsausübung von der Zustimmung einer (deutschen) Mehrheit abhängt. Das Narrativ fand sich insbesondere in der Kritik an den Dialoggremien wieder, die das Moscheebauprojekt organisieren und moderieren sollten und entgegen den Erwartungen von Moscheegegnern keine stadtweite Abstimmung über das Bauvorhaben zugelassen haben. Im Kontext dieses Narratives zeigt sich die Kritik an der Kommune für eine (vermeintliche) Unterstützung von Muslimen verbunden mit einer Ablehnung eines Demokratiekonzepts, das Rechtsstaatlichkeit über eine (vermeintliche) Mehrheitsmeinung stellt, was ein typisches Element rechtspopulistischer Rhetorik ist (vgl. Priester 2008: 20).

---

<sup>503</sup> Dies zeigt Herausforderungen für die politische Bildung auf, da es hier um schwierige Demokratievorstellungen handelt, die darauf zielen, dauerhaft einen ungleichen Zugang zu demokratischen Grundrechten zu zementieren (vgl. Stoop 2017: 334). Es ist denkbar, dass solche Maßnahmen, wie die von der Hertener Allgemeinen, die eine Umfrage initiiert hat zu der Frage, ob die Moschee gebaut werden soll oder nicht (vgl. Kap. 8.3), solch ein Hierarchiedenken bestärken.

## Moscheebau als Ausdruck von Religionsfreiheit

Moscheebau fällt rechtlich unter die Religionsfreiheit, auf die immer wieder v. a. durch kirchliche Vertreter in den Moscheediskursen rekurriert wurde. Es wurden z. B. bei der Aushandlung im Stadtrat über den Verkauf des Grundstücks für das Moscheebauprojekt im Fall der Sultan-Ahmet-Moschee in Herten die Religionsfreiheit und das Grundgesetz mehrfach betont (vgl. Kapitel 8.3).

In diesem Zusammenhang wurde v. a. die „ungestörte Religionsausübung“ (Art. 4) in den Vordergrund gestellt, unter die die Errichtung und Unterhaltung einer Moschee und anderer Gebetshäuser fällt. In den untersuchten Fällen kam es nicht zu einer Gerichtsverhandlung, so dass das Recht nicht durch Instanzen der Rechtsprechung durchgesetzt werden musste, sondern primär als Narrativ in öffentlichen Stellungnahmen zu verzeichnen war. Als normative Grundlage diente das Grundgesetz. Gleichzeitig wurde die Religionsfreiheit von Moscheegegnern in Frage gestellt mit dem Verweis, dass es sich beim Islam um eine politische Ideologie handle (s. o.) oder dass die Religionsfreiheit für Christen nicht in muslimischen Ländern gelte (Retorsionsgrundsatz, vgl. Kap. 3.5). Die Moscheebefürworter im Fall der Merkez-Moschee und Begegnungsstätte hingegen griffen dieses Narrativ auf und erwarteten, dass die DITIB-Vertreter die Realisierung der Moschee als ein positives Beispiel aufgreifen und sich im Herkunftsland Türkei für die Religionsfreiheit von Christen engagierten, was als ein positiver Retorsionsgrundsatz gelten kann (vgl. Kap. 6). Innerhalb des Narrativs der Religionsfreiheit war eine Diskussion darüber zu beobachten, ob die einzelnen (umstrittenen) Elemente der Moschee, nämlich Minarette und Muezzinruf, von der Religionsfreiheit erfasst wären. Dabei diente der Verweis, dass diese beiden Elemente keine Pflicht seien, als Beleg dafür, dass man kein gesichertes Recht darauf habe. Grundsätzlich zeigte sich, dass das im Grundgesetz verankerte Recht Muslimen aufgrund von diversen islamfeindlichen Unterstellungen abgesprochen wurde. Damit befanden sich die antimuslimischen Akteure und die Akteure, die die Moscheebauprojekte grundsätzlich ablehnten und den Moscheebau bisweilen als Zeichen der Desintegration der Muslime deuteten, in der Position, das Grundgesetz nicht anzuerkennen.

Die Darstellung der Narrative veranschaulicht die Vielfalt an Deutungen und Zuschreibungen von Moscheebauprojekten und repräsentativen Moscheen. Damit kann die Konstatierung einer normativ-symbolischen Aufladung von repräsentativen Moscheen (vgl. Kap. 1) bestätigt werden. Es zeigt sich, dass eine Moschee sehr ambivalent und partiell konträr gedeutet wurde und dass sowohl positive als auch negative Bezugnahmen die Legitimierungsdiskurse prägten. Das Konzept vom „Islam als Diskursfeld“, das auf den Legitimierungsdiskurs von Moscheebauprojekten übertragen wurde, offenbart, dass verschiedene Akteure versuchten, ihre Deutung der Moschee durchzusetzen und dass die Narrative in übergeordnete Islam-, Integrations- sowie Gefährdungsdiskurse eingebettet sind. Insofern wurde in den Legitimierungsdiskursen ebenfalls das Verhältnis zwischen den Muslimen und der Dominanzgesellschaft (Über- oder Unterordnung, Anerkennung oder Ausgrenzung) sowie die Identität der Gesellschaft ((christliches) Abendland, multikulturelle Einwanderungsgesellschaft) ausgehandelt.

Ein genauer Blick auf die semantische Ebene der Legitimierungsdiskurse und Narrative verdeutlicht, dass die Narrative durch drei Aspekte geprägt sind: einen *interpretativen* Aspekt hinsichtlich dessen, was der Moscheebau und die Moschee darstelle und wofür sie stehe (Islamisierung, Vielfalt in der Stadt), einen *prognostischen* Aspekt bezüglich dessen, wozu dies führen werde (Stärkung der Segregation der Muslime oder die Verstärkung der Identifikation mit der Stadt), und einen *normativen* Aspekt bezüglich der Frage, was die Moschee sein solle (Ort der Begegnung, Ort der Integration). Dabei können sich alle drei Aspekte in ein und demselben Narrativ niederschlagen.<sup>504</sup>

Die vielfach negativen Bezugnahmen, Grenzziehungen zu Muslimen und Versuche der rechtlichen Ausgrenzung zeigen, dass der antimuslimische Rassismus durch einen Moscheebau mobilisiert wird. Die in den Fallstudien häufig zu vernehmenden positiven Narrative, die die normative Fundierung der Unterstützungsleistungen bildeten, zeugen zugleich von einer offenen Gesellschaft, die die Muslime sowohl räumlich-infrastrukturell als auch normativ-symbolisch als Teil der Gesellschaft akzeptiert und aufnimmt.

Dabei nahmen die Muslime zwar immer noch eine reaktive Rolle ein, wie es Halm für den Islamdiskurs in seiner Untersuchung konstatiert (vgl. Kap. 2, Halm 2008). Fälle wie der Bau der Merkez-Moschee in Duisburg mit einer starken Präsenz der Aussagen von muslimischen Gemeindevertretern in der Presse und wie das Beispiel der Al-Muhajirin-Gemeinde mit ihrer Positionierung in der Öffentlichkeit verdeutlichen jedoch, dass Muslime durchaus die Intervention durch Selbstdarstellung und Beeinflussung des Deutungsrahmens als Legitimierungsstrategie wählen und die Legitimierungsdiskurse mitprägen (vgl. Kap.7.2).

In Verbindung mit der Betrachtung der Aushandlungen und Anpassungen der Moscheepläne im Rahmen des Legitimierungsprozesses (vgl. Kap. 9.2) kann hier von einem *doppelten Konstruktionsprozess der Moscheen* durch die Stadtgesellschaften gesprochen werden: Sie werden zum einen im Legitimierungsprozess in ihrer Architektur und der Ausgestaltung der sozio-religiösen Infrastruktur teilweise an die Erwartungen der sozialen Umwelt angepasst, insbesondere der entscheidungsbefugten Stakeholder in der Kommune, und damit in ihrer endgültigen Form mitgeprägt. Zum anderen werden bestimmte Bilder der Moscheen und der Moscheegemeinden in der Öffentlichkeit durch die verschiedenen Narrative diskursiv konstruiert. Dabei sind die beiden Konstruktionsprozesse Ausdruck des Verhältnisses zwischen den Moscheegemeinden und den Stadtgesellschaften und miteinander verflochten. So kann die Moschee einer Gemeinde, die als Teil der Stadtgesellschaft anerkannt wird, aufgrund einer vorhandenen Legitimität tendenziell größer ausfallen. Eine Moschee, die im Legitimierungsdiskurs primär als eine Verstärkung von parallelgesellschaftlichen Strukturen einer Gemeinde erscheint bzw. dargestellt wird, wird tendenziell weniger als legitim anerkannte sozio-religiöse Infrastruktur beinhalten können.

---

<sup>504</sup> So ist z. B. die Deutung der Moschee als Ankommen in der Stadtgesellschaft verbunden mit der Prognose, dass die Muslime sich durch den Bau stärker mit der Stadt identifizieren werden, und dem Wunsch, dass die Moschee einen Beitrag zu einer multikulturellen Stadt leistet, die für alle gleichermaßen eine Heimat bietet.

## 9.9 Lose Kopplung an die Legitimierungsdiskurse?

Es wurde deutlich, dass sich die Moscheegemeinden mit ihren Moscheen auch längerfristig für ihre soziale Umwelt öffneten (vgl. Kap. 9.6) und es somit Kongruenzen gab zwischen den Erwartungen, Bezugnahmen sowie Zusicherungen der Moscheegemeinden im Legitimierungsdiskurs und den tatsächlichen Entwicklungen nach der Moscheeerröffnung. Auf der anderen Seite zeigte sich, dass die in den Legitimierungsdiskursen geäußerten Erwartungen und Pläne hinsichtlich künftiger Vernetzung nicht realisiert wurden und es damit auch Divergenzen zwischen dem Legitimierungsdiskurs und der Entwicklung nach der Einweihung gab. So gab es z. B. in Bonn vier Jahre nach der Einweihung der Moschee keine Anzeichen für eine im Legitimierungsdiskurs von den GRÜNEN angekündigte enge Kooperation zwischen ihnen und der Al-Muhajirin-Gemeinde hinsichtlich der Ausgestaltung der Angebotspalette. Auch hatte sich der Arbeitskreis „Neue Moschee in Tannenbusch“ nach einiger Zeit aufgelöst, was auf eine mangelnde Nachhaltigkeit der Vernetzung hinweist (vgl. Kap. 7). Ebenso ist die Begegnungsstätte im Baukomplex der Merkez-Moschee nicht zu einem Stadtteilzentrum für Muslime und Nichtmuslime geworden, anders als dies im Legitimierungsdiskurs angeklingen ist (vgl. Kap. 9.8).

Aber auch die Narrative einer durch die Moschee stattfindenden Abschottung der Moscheegemeinde konnten in den Interviews nach dem Moscheebau nicht bestätigt werden. Fallende Grundstückspreise oder Proteste der Nachbarschaft nach der Errichtung der Moscheen spielten in den Fallstudien und Interviews keine Rolle (vgl. z. B. Int. Vollmer, Int. Lueke). Es kann daher festgehalten werden, dass eine gewisse Diskrepanz zwischen den Legitimierungsdiskursen und den darauffolgenden Entwicklungen besteht. Die Ursachen dafür sind einerseits darauf zurückzuführen, dass, wie schon mehrfach gezeigt, Moscheebauprojekte in allgemeine Integrations- und Gefährdungsdiskurse eingebettet und Moscheen normativ-symbolisch stark aufgeladen und somit mit Erwartungen und Deutungen gewissermaßen überfrachtet waren.

Unterstützende Akteure, insbesondere die politischen Entscheidungsträger, legitimierten ihre Befürwortung und Unterstützung mit Rückgriff auf Narrative, die positiv besetzte Themen wie Dialog und Integration implizierten. Zugleich versuchten die Moscheegemeinden im Rahmen ihrer Konformitäts- und Interventionshandlung diskursiv auf die Erwartungen einzugehen und integrierten diese in die Darstellung ihrer Vorhaben, um die Legitimität ihres Moscheebauprojekts zu steigern. Damit fanden teilweise eine diskursive Öffnung und zugleich eine gesellschaftliche Indienststellung bzw. Vereinnahmung der Moscheen für übergeordnete Ziele der Begegnung und Integration statt. So verbreiteten sich Vorstellungen von der Rolle einer Moschee und Moscheegemeinde, die ihre peripheren Funktionen wie Begegnung mit der Dominanzgesellschaft ins Zentrum der Legitimierungsdiskurse rückten („Moschee als Ort der Integration“) und zum Teil als ihre hauptsächliche Legitimitätsgrundlage erscheinen ließen.<sup>505</sup> Hier zeigen sich Parallelen zu den Rationalitätsmythen von Meyer/Rowan (1977) (vgl. Kap. 4.3), da diese idealisierten Zuschreibungen in die eigene Selbstpräsentation der

---

<sup>505</sup> Dieser Eindruck, der in den Fallstudien insbesondere durch die Presseanalyse entstanden ist, mag auch an der Logik der Medien liegen, die gesellschaftliche Diskurse zuspitzen und besonders öffentlichkeitswirksame Bezugnahmen aufgreifen und reproduzieren (vgl. Lindner 2008: 217).

Moscheegemeinden aufgenommen wurden, obwohl sie nicht das Haupttätigkeitsfeld der Gemeinden betrafen, auch wenn Öffnung und Begegnungen durchaus von den muslimischen Vertretern gewollt waren und angestrebt wurden.

Neben der normativ-symbolischen Aufladung ist andererseits ein Mechanismus zu nennen, das erklärt, warum diese Erwartungen und Ankündigungen nicht gleichermaßen in die Realität umgesetzt wurden bzw. werden konnten und es tendenziell zu einer losen Kopplung an die Inhalte des Legitimierungsdiskurses kam. Die im Legitimierungsdiskurs geäußerten Vorstellungen und Erwartungen werden aus folgenden Gründen nicht gänzlich realisiert: Zu nennen sind die beschränkte Ressourcen- und Personalausstattung der Moscheegemeinden (vgl. Kap. 2.3.2), das abnehmende Interesse der sozialen Umwelt und insbesondere die im Zeitverlauf abnehmende Relevanzsetzung hinsichtlich der im Diskurs angesprochene Themen und Erwartungen. So gehört die Begleitung von Moscheegemeinden bei der Ausgestaltung ihrer Angebotspaletten nicht zum Hauptbetätigungsfeld von politischen Parteien, auch wenn ein starker Fokus auf Moscheegemeinden in der kommunalen Integrationspolitik gelegt wird. Ebenso sind integrationsfördernde Angebote, der Dialog der Gemeindevertreter mit der Stadtgesellschaft und der Empfang von Nichtmuslimen in der Moschee zwar Aspekte des Gemeindelebens, die zum Teil durch Moscheebauprojekte und das Bestehen der repräsentativen Moscheen ausgebaut wurden (vgl. 9.6), sie gehören jedoch nicht zu den genuinen Leitideen von Moscheegemeinden (vgl. Kap. 2.3.2).

Zum Teil gab es Hinweise dafür, dass die Vorstellungen von Moscheen als Begegnungszentren einige Zeit nach der Einweihung unter den Akteuren der Stadtgesellschaften weniger stark ausgeprägt waren als im Legitimierungsdiskurs (vgl. Kap. 7). Dies könnte als eine Normalisierung des Verhältnisses von Muslimen und der Dominanzgesellschaft gedeutet werden, durch die eine neue Norm sich allmählich etabliert, in der repräsentative Moscheen ihre Existenzberechtigung auch ohne die Realisierung von integrationsbezogenen Erwartungen haben. Betrachtet man diesen Sachverhalt aus der vorgestellten neo-institutionalistischen Perspektive (vgl. Kap. 4.3) lässt sich argumentieren, dass der Zeitverlauf den Wandel des Deutungsrahmens zulässt und dies die kognitive normenbezogene Legitimität fördert.

Im Rahmen der mehrjährigen Forschungsarbeit konnte ein Normalisierungsprozess und zugleich kontinuierliche Herausforderungen für die Moscheegemeinden hinsichtlich des Erhalts von Legitimität („maintain legitimacy“) festgestellt werden. Diese gingen über den Bauprozess hinaus, bspw. im Zusammenhang der Nutzung des Moscheegebäudes durch andere Gruppen, wie in der Duisburger Fallstudie, oder durch den Ausbau der Angebote, wie im Falle der VIKZ-Gemeinde in Herten.

Möglicherweise lässt sich daher dieser öffentliche Legitimierungsdiskurs, mit Rückgriff auf Hüttermann (2006), als ein medial verstärktes „Inkorporationsritual“ verstehen, das die Positionen und gegenseitige Erwartungen zum Ausdruck kommen lässt, die außerhalb des Prozesses eine geringere Rolle im Alltagsbetrieb der Akteure spielen (vgl. Kap. 3.1).



## 10 Rückblick, Fazit und Ausblick

Die Integration von Migranten und die Ausgestaltung der Etablierung des Islam stellt eine der wichtigsten Herausforderungen westlicher Einwanderungsgesellschaften dar. Die vorliegende Arbeit beschäftigte sich ausgiebig mit der Errichtung repräsentativer Moscheen, einem zentralen Aspekt dieses Etablierungsprozesses des Islam, der viele Moscheegemeinden, Kommunen und Stadtgesellschaften in Deutschland beschäftigt.

Angesichts der islambezogenen Gefährdungsdiskurse, der weitverbreiteten antimuslimischen Einstellungen in der Gesellschaft, die in Kapitel 2 vorgestellt wurden, und der hohen Bedeutung der räumlichen Ausgestaltung für das muslimische Gemeindeleben (vgl. Kap. 3) widmete sich die Arbeit den Fragen nach der Legitimität und der Legitimierung von Moscheebauprojekten in den Stadtgesellschaften. Die vorgestellten migrationstheoretischen und netzwerktheoretischen Ausführungen (Kap. 4) legten nahe, dass die Vernetzung zwischen Migrantenorganisationen und ihrer sozialen Umwelt ein wesentlicher Bestandteil gesellschaftlicher Integration und gesellschaftlicher Teilhabe ist. Folglich stellte die soziale Vernetzung von Moscheegemeinden eine zentrale Analysedimension der Forschungsarbeit dar. So galt das Forschungsinteresse konkret den Fragen, wie Moscheegemeinden und ihre Unterstützer die Moscheebauprojekte legitimieren und welchen unterstützenden Stellenwert die soziale Vernetzung der Gemeinden bei der Ausgestaltung und bei dem Verlauf von Moscheebauprojekten hatte. Ferner wurde danach gefragt, wie die Vernetzung sich durch die bisweilen sehr intensiven und konflikthaften Aushandlungen sowie die Präsenz der multifunktionalen und im öffentlichen Raum vernehmbaren Gemeindezentren verändert.

Der Untersuchungsgegenstand Moscheebauprojekt wurde als ein interaktives und diskursives Phänomen verstanden, das in übergeordnete Diskurskontexte eingebettet ist, was es als solches zu erfassen galt. Die im Zentrum des Moscheebauprozesses stehenden Moscheegemeinden wurden in ihrer vieldimensionalen Vernetzung betrachtet, die entlang der Beziehungsinhalte rekonstruiert wurde. Während der Rückgriff auf neo-institutionalistische Perspektiven die unterschiedlichen Erwartungen und Narrative in den Vordergrund der Analyse rückte, wurden durch netzwerktheoretische Ansätze die Vernetzungsstrukturen und deren Auswirkungen und Wandel analysiert.

Um der Spezifik des untersuchten Phänomens gerecht zu werden, wurden die zwei mit der Errichtung von repräsentativen Moscheen einhergehenden gegenstandsbezogenen Veränderungen, das Betreten des öffentlichen Raums durch die repräsentative Architektur und der Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur hinsichtlich ihrer Implikationen für die Legitimität und der Vernetzung von Moscheegemeinden gleichermaßen betrachtet. Dies ist einer von mehreren Aspekten, die diese Forschungsarbeit von bisherigen Studien unterscheidet, die ihren Fokus auf die Konflikte um die Errichtung von Minaretten gelegt hatten. Der Blick auf die Motive der muslimischen Interviewpartner und die Semantiken der Aushandlungen halfen zu verstehen, dass der Ausbau sozio-religiöser Infrastruktur die Haupttriebfeder ist für die Entscheidung der Muslime, Moscheen zu errichten. Zudem gab es Befunde dafür, dass diese Entwicklung, mit der die Moscheegemeinden eine umfassendere Zuständigkeit für ihre Klientel erlangten, andere

Legitimierungserfordernisse implizierte als das Betreten des öffentlichen Raums und der damit verbundenen Relativierung der Norm muslimischer Nichtpräsenz. So erwiesen sich die geplanten Angebote für den zentralen Stakeholder Kommune häufig als relevanter bei ihren Legitimitätsbewertungen als die baulichen Elemente, da dies offensichtlich stärker die integrationspolitischen Erwägungen betraf. Hier konnte beobachtet werden, dass die sozialen und religiösen Angebote ausgebaut werden konnten, womit deutlich wird, dass die Moscheebauprojekte einen Beitrag zur Realisierung und Aktivierung zivilgesellschaftlicher Potenziale von Moscheegemeinden leisten, auch wenn zur eigentlichen Qualität der Angebote nur wenige Aussagen gemacht werden konnten. Zugleich wurde ersichtlich, dass die Moscheegemeinden einen hohen Bedarf an Ressourcen und Professionalisierung der Angebote haben und sie nur selten in die staatlichen Regelförderstrukturen eingebunden sind. Es konnte eine Anziehungskraft bzw. Sogwirkung der neuen Moscheen auf Gemeindemitglieder sowie Muslime, die keine oder nur eine lose Bindung zur entsprechenden Moscheegemeinde hatten, festgestellt werden; für die häufig befürchteten parallelgesellschaftlichen Strukturen und die Abschwächung der Vernetzung von Muslimen mit der restlichen Stadtgesellschaft gab es jedoch keine Anhaltspunkte.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass es für das Verständnis der Etablierung des Islam auf kommunaler Ebene gewinnbringend ist, die Moscheegemeinden nicht nur in ihren alltäglichen Praktiken und ihren Glaubensinhalten, sondern auch in ihrer räumlich-symbolischen Konstitution zu betrachten. Dies legt Räume und Symbole als ein relationales Produkt von Ausgrenzungs- und Anerkennungsstrategien, Erwartungshaltungen, Unterstützungsleistungen und Widerständen offen. Die Studie vermittelt die Einsicht, dass diese beiden Elemente der Etablierung des Islam einerseits in Moscheebauprojekten zusammentreffen und andererseits sich aufgrund von Legitimitäts Herausforderungen und Mangel an Ressourcen im Spannungsfeld befinden können. Damit befasste sich diese Arbeit anhand dieses lokalen Phänomens zugleich mit den Erscheinungsformen zweier übergeordneter Facetten der Etablierung des Islam in Deutschland und legte dabei Ambivalenzen und Widersprüche offen.

Unter Rückgriff auf die vier Elemente von Organisationen nach Malinowski (vgl. Kap. 2.3.2) hat die Untersuchung gezeigt, dass der Wandel der Organisationselemente im Fall der Moscheegemeinden analog zueinander verlief. So ging mit der Errichtung einer neuen Moschee (Wandel des materiellen Unterbaus) auch ein leichter Wandel der Leitidee (Moschee als Ort der Begegnung und der Präsentation des Islam und des muslimischen Gemeindelebens), des Personalbestandes (neue Gemeindemitglieder, neue Imame, neue ehrenamtlich engagierte) sowie der Normen (Anwesenheit von Frauen in den Gebetsräumen während der Führungen) einher. Zugleich konnte ich gemeindeinterne Erwartung nach Wahrung bestimmter Verhältnisse (Trennung der Geschlechter, Wahrung der Ruhe und Gebetsatmosphäre) vernehmen. Da sich bestimmte Wandlungsprozesse vor der Errichtung der Moscheen abzeichneten, wie z. B. das Anwachsen des Personalbestandes und der Wille, von der Gesellschaft als Muslime anerkannt zu werden, kann von einer Wechselwirkung des Wandels des materiellen Unterbaus und der anderen Elemente gesprochen werden.

## **Rückblick: Mehrwert der Methode**

Das empirische Gerüst der Arbeit stellten fünf Fallstudien dar, die ich in den Städten der Rhein-Ruhr-Metropolregion durchgeführt habe und die im Sinne einer Triangulation auf vielfältigen Zugängen zum Forschungsfeld basierten: Experteninterviews, Zeitungsartikel, teilnehmende Beobachtung, Gespräche, Internetpräsenzen, offizielle Dokumente und Leserkommentare. Zudem wurden über die Fallstudien hinausgehende Interviews und Gespräche durchgeführt mit Vertretern von muslimischen Dachverbänden (DITIB, IGMG, VIKZ), mit Sprechern von Moscheegemeinden, mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft sowie Vertretern von Kommunen in Städten, in denen repräsentative Moscheen errichtet wurden. Ergänzend wurde der öffentliche und halböffentliche Diskurs über die Moscheebauprojekte und die damit verbundenen Legitimitätsvorstellungen sowie Vernetzungen durch Sichtung von kommunalen und gemeindeinternen Dokumenten, Presse, Informationsmaterialien und Leserkommentaren erhoben. Mit der Erhebungstriangulation konnte ich verschiedenste Datensorten berücksichtigen. Die Vielzahl weiterer Feldzugänge, machten es möglich, die Untersuchung auf eine breitere Basis zu stellen und komplementär weitergehende Einblick in spezifischere Elemente wie z. B. den Ablauf einer Informationsveranstaltung zu bekommen und damit den „Möglichkeitsraum“ (Schmitt 2003) des Phänomens Moscheebauprojekte zu erschließen. Die Rekonstruktion von Handlungsabläufen, Ereignissen, Vernetzungen, Positionen beteiligter Akteure und zugleich Bezugnahmen in Legitimierungsdiskursen und die inhaltsanalytische Auswertung machte es möglich, die Handlungsebene einerseits und die semantische Ebene andererseits zu berücksichtigen, was in der bisherigen Forschung zu Moscheebauprojekten bisher seltener geschehen ist.

Insgesamt habe ich durch meine Erhebungsmethoden eine Fülle an Material erhalten, das unter anderem 35, für das Dissertationsprojekt durchgeführte, Interviews umfasste und das ich mit Rückgriff auf den inhaltsanalytischen Ansatz von Gläser/Laudel (2010) anhand einer Kombination aus theoretisch abgeleiteten und aus dem Datenmaterial gewonnenen Kategorien ausgewertet habe. Die Fallstudien erlaubten es, einzelne Moscheebauprojekte tiefgehender zu untersuchen und die Eigendynamik der Moscheebauprojekte sowie die dort wirkenden Mechanismen herauszuarbeiten. Damit konnte das Wechselverhältnis zwischen Handlungen und Beziehungsstrukturen einerseits und Legitimierungsdiskursen andererseits aufgedeckt werden. So konnte ich die strategische Prägung der Diskurse durch sich bildende kommunale Vernetzungsstrukturen, das öffentlich-diskursive Aufgreifen von positiv und negativ bewerteten Beziehungen der Moscheegemeinden sowie die Bemühungen um Kontrolle durch Kooperation aufgrund eines lokalen Gefährdungsdiskurses herausarbeiten. Insbesondere die Langzeitstudien erlaubten es, die längerfristigen Entwicklungen zu erfassen, wie z. B. das Anwachsen der Moscheegemeinde oder die Konflikte um die Nutzung der Räume durch bestimmte Gruppierungen, was die vorliegende Studie von der bisherigen Forschung unterscheidet.

Insgesamt konnte ich eine Diskursivierung feststellen, die sich dadurch auszeichnet, dass ein Moscheebauprojekt zu einer öffentlich ausgehandelten Angelegenheit wird. Hierbei wird die Moscheegemeinde durch ihre „super visibility“ mit öffentlich artikulierten Deutungen ihrer (geplanten) Moschee und Erwartungen konfrontiert. Dabei entzieht sich der

Legitimierungsdiskurs teilweise der Kontrolle der Moscheegemeinde. Die Ergebnisse aus den Fallstudien verdeutlichen, dass die Betrachtung der direkten sowie der öffentlich vermittelten Bezugnahmen zwischen muslimischen Gemeinden und anderen Akteuren der Stadtgesellschaft nutzbringend ist, da sich die Legitimität ihrer Vorhaben und somit auch ein elementarer Teil der Etablierung des Islams in Deutschland erkennbar aus der kommunikativen Wechselbeziehung zwischen Minderheits- und Mehrheitsgruppen auf der kommunalen Ebene ergeben.

### **Verknüpfung mehrerer Theorieansätze in einer relationalen Klammer: Eine angemessene Perspektive auf Moscheebauprojekte**

Der sozialwissenschaftliche Diskurs über Moscheebauprojekte und die Etablierung des Islam wurde durch mehrere empirisch-inhaltliche sowie theoretisch-konzeptionelle Aspekte erweitert. Die konzeptionelle Klammer der Dissertation waren relationalistische Überlegungen, die Prozesshaftigkeit und Wandel, Beziehungen und Interaktionen sowie Aushandlungen und Konstruktionen sozialer Realität in den Vordergrund der Analyse stellten. Ausgangspunkt der Analyse waren also keine Akteure, sondern Prozesse, in deren Zentrum sich Moscheegemeinden befanden und von denen verschiedene Akteure, Beziehungen und Bezugnahmen abgeleitet wurden.

Als einzelne Ansätze zu nennen sind die stadtsoziologischen und migrationssoziologischen Ansätze, beides kombiniert mit religionswissenschaftlichen Bezügen. Ersteres half, die räumlich-symbolischen Aspekte dieser Arbeit begrifflich zu fassen, letzteres den Ausbau der sozio-religiösen Infrastruktur von Migrantengemeinden und der Bedeutung für die Integration ihrer Zielgruppen. Beide Ansätze lieferten Anhaltspunkte über die Legitimität von Moscheebauprojekten und ihre Auswirkung auf die Vernetzung von Moscheegemeinden, was in Kombination mit dem Rekurs auf einschlägige Studien bedeutend für die Ausgangsthesen der vorliegenden Arbeit waren. Für die Ausgestaltung des theoretischen Rasters, insbesondere für die Konzeptionalisierung und Dimensionierung der Vernetzung zwischen Moscheegemeinden und ihrer sozialen Umwelt waren netzwerkanalytische Ansätze bedeutend. Die daraus aufgestellten Beziehungsinhalte ermöglichten es, die spezifische Vernetzung der einzelnen Moscheegemeinden und ihren Wandel zu charakterisieren und die sich daraus ergebenden Ressourcen und Gelegenheitsstrukturen im Legitimierungsprozess aufzuzeigen. Damit konnte die begriffliche Unschärfe der Konzepte von Integration und Vernetzung der vorausgegangenen Studien nicht vollends überwunden werden, doch gewann die Darstellung der sozialen Einbettung von Moscheegemeinden durch die theoretisch angeleiteten Fallstudien an analytischer Schärfe. Damit konnte Vernetzung zwischen Moscheegemeinden und ihrer sozialen Umwelt jenseits der binären und häufig normativ aufgeladenen Unterscheidung von „integriert“ und „abgeschottet“ herausgearbeitet werden.

Das konzeptionelle Zentrum bildeten neo-institutionalistische Überlegungen. Angewendet auf den Untersuchungsgegenstand, habe ich konstatiert, dass es im Kern des Prozesses um die Schaffung von Legitimität des Vorhabens einer muslimischen Gemeinde geht. Für eine vertiefte und differenzierte Beschreibung der Aushandlungen habe ich das Legitimitätskonzept

von Suchmann für die Analyse genutzt, der den Begriff der Legitimität präzisiert hat und ihn sowohl als Ressource von Organisationen wie auch als ein von Normen, Werten, Interessen und gesellschaftlichen Kategorien geprägtes, aber auch in der Interaktion zwischen Akteuren entstehendes und sich in Legitimierungsdiskursen widerspiegelndes Konstrukt versteht, das Akteure in eine Beziehung zueinander setzt. Ich habe das Konzept leicht überarbeitet und an den Untersuchungsgegenstand angepasst. So stellte ich vier Legitimitätsdimensionen mit jeweils Unterdimensionen auf, die einen differenzierten Blick auf die Legitimierungsdiskurse und die Legitimierungshandlungen ermöglichten. Unterschieden habe ich nach der pragmatischen, der Einflusslegitimität, der moralischen Legitimität, der kognitiven und der formalrechtlichen Legitimität.

Die Studie hat gezeigt, dass Moscheegemeinden im Schnittpunkt verschiedener Erwartungen agieren. Das vorliegende Konzept der Legitimität stellte sowohl die Dynamik der Aushandlungen in Rechnung als auch die Gegebenheit, dass die Handlungsorientierung von Moscheevereinen in einen konstitutiven Zusammenhang mit den kommunizierten Erwartungen der Dominanzgesellschaft zu stellen ist. Auf der Grundlage der Untersuchung konnte konstatiert werden, dass die entstehenden Moscheen das relationale Produkt gegenseitiger interessen-, werte- und normenbeladener interner und externer Erwartungshaltungen und Aushandlungen darstellen. Dies kann als Relativierung der Auffassung von parallelgesellschaftlichen Entwicklungen, im Sinne der Segregation und dem Widerspruch zu gesellschaftlich geltenden Werten, gesehen werden.

Der Fokus auf die Erwartungen der sozialen Umwelt ermöglicht es, die Verankerung von Moscheebauprojekten und Legitimierungsdiskursen in viele Gesellschaftsbereiche und Diskurse (z. B. Integrationspolitik, Sicherheitspolitik, Baurecht und Stadtentwicklung, gesellschaftliche Abwehrhaltungen etc.) anzuzeigen. Analog zu dem anfangs der Dissertation festgestellten demografischen und sozio-ökonomischen Wandel der Gemeindemitglieder als ein Grund für Moscheebauvorhaben konnte festgestellt werden, dass die internen Aushandlungen und Legitimitätsvorstellungen berücksichtigt werden müssen, um die Ausgestaltung der Moscheen zu erklären. Es zeigte sich, wenn auch nur am Rande der breiten Datenlage, dass es zu Spannungen und Widersprüchen zwischen internen und externen Erwartungen hinsichtlich der Öffnung von Moscheen für Externe kommen kann. Damit kann bestätigt werden, dass der Vorschlag von Rosenow (2010) und Pries (2010), die Handlungen von muslimischen Dachverbänden durch die Betrachtung von internen und externen Erwartungsstrukturen zu erklären, auch für muslimische Gemeinden auf der kommunalen Ebene fruchtbar gemacht werden kann. Zugleich ergaben sich auch interne Differenzen und Aushandlungen hinsichtlich der Ausgestaltung der repräsentativen Moscheen.

Da die Moscheegemeinden meistens in Dachverbänden organisiert sind, sind zudem die Positionen und Interessen der Verbände zu berücksichtigen. Auch diesbezüglich hebt sich die vorliegende Studie vom Forschungsstand zu Moscheebauprojekten ab, da sie die vielseitigen Beziehungsinhalte und Unterstützungsleistungen zwischen den lokalen Gemeinden und den Dachverbänden aufdeckte. Hier zeigte sich, dass Unterstützungsleistungen auf der Grundlage

der in den letzten Jahrzehnten entstandenen professionellen Strukturen und den zentralen Positionen der Netzwerkakteure Dachverbände erfolgen konnten.

### **Beantwortung der Forschungsfragen**

Auf der Grundlage der empirischen Untersuchung und der theoretischen Überlegungen wurde bezüglich der Legitimität von Moscheebauprojekten ein Dreiklang festgestellt, der sich auszeichnet durch die Ausgangsbedingungen sowie Entwicklungen, die nicht im direkten Einflussfeld der Moscheegemeinden und ihrer Unterstützer stehen, den Legitimierungsdiskursen, in denen die beteiligten Akteure ihre Deutung der Moscheebauprojekte durchzusetzen versuchen sowie den Legitimierungshandlungen, die unterschiedliche Maßnahmen zur Legitimierung der Bauvorhaben umfassen. Ersteres wurde zu Faktoren zusammengefasst, die als partielle Erklärgrößen für die Legitimität und den Verlauf der Moscheebauprojekte präsentiert wurden. Des Weiteren wurden die Legitimierungshandlungen herausgearbeitet, die zwischen legitimatischem Konformitätshandeln und Interventionshandeln verortet wurden.

Während die Konformität im Sinne der Anpassung der Pläne an die Erwartungen der Stakeholder primär für die pragmatische Legitimität und die Teilnahme an Dialoggremien für die Einflusslegitimität förderlich war, waren Informationsveranstaltungen und die Aufklärung durch die Moscheegemeinde wichtig für die Transparenz und somit die informationsbasierte kognitive Legitimität. Die Beteiligung am Legitimierungsdiskurs v. a. von in der Stadtgesellschaft angesehenen Akteuren mit affirmativen Bezugnahmen waren für die moralische Legitimität des Moscheebauprojekts bedeutend. Es zeigte sich, dass die Maßnahmen und Entwicklungen zumeist mehrere Legitimitätsdimensionen gleichzeitig betrafen. Damit kann die in Kapitel 4 aufgestellte Hypothese über die Legitimitätssteigerung des Moscheebauprojekts durch die Anpassung der Pläne an die externen Erwartungen (vgl. Kap. 4.4) grundsätzlich bestätigt werden kann.

Die Erwartungen der Stakeholder waren häufig von den muslimischen Vertretern selbst verinnerlicht, wie z. B. die Öffnung der Moschee für Externe oder Verzicht auf bestimmte bauliche Elemente. Zum offenen Protest durch die Moscheegemeinden kam es daher selten, auch wenn die Bereitschaft von insbesondere den jüngeren und in Deutschland sozialisierten Muslimen u. a. aufgrund anderer Erwartungshaltungen an die Gesellschaft durchaus vorhanden war.

Ein wichtiger Befund war, dass trotz der vielfach negativen normativ-symbolischen Aufladung der Moscheen und Moscheebauprojekte ihnen, in manchen Fällen erst nach einiger Zeit, von den Kommunen grundsätzliche Legitimität zugesprochen wurde. Damit wurden die Kommunen zu den Hauptakteuren der Legitimierungsbemühungen, auch um das eigene Handeln vor der Stadtgesellschaft zu legitimieren, was ein wichtiger Erklärungsfaktor für die letztliche Realisierung der Moscheebauprojekte gelten kann. Die vielfache normativ-symbolische Überfrachtung der Moscheebauprojekte mit Deutungen und Erwartungen führte dazu, dass ein Teil der öffentlich bekundeten Pläne aus verschiedenen Gründen, welche in den Fallstudien präsentiert sind, nicht gänzlich realisiert werden konnte und es somit zu einer partiellen Entkopplung oder nur einer losen Kopplung an die Inhalte des Legitimierungsdiskurses kam.

Es konnten vier Mechanismen herausgearbeitet werden, die aufzeigen, wie sich eine bestehende Vernetzung förderlich auf die Moscheebauprojekte auswirkte, sowohl für die praktische Umsetzung als auch für die Legitimität von Moscheebauprojekten. Zu nennen sind Vernetzung als diskursive Ressource, eine Begünstigung von niedrigschwelliger Kommunikation und Transparenz durch Vernetzung, Vernetzung als Basis für Vertrauen und Wohlwollen sowie Vernetzung als Basis für Unterstützung (s. u.). Es konnte festgestellt werden, dass Vernetzung legitimitätssteigernd war und den Legitimierungs- und Planungsprozess vereinfachen konnte, womit die Hypothese zur förderlichen Wirkung sozialer Vernetzung auf die Moscheebauprojekte bestätigt werden kann (vgl. Kap. 4.4). Anhand mehrerer Beispiele konnte jedoch auch gezeigt werden, dass eine Vernetzung, die nicht den Norm- und Wertevorstellungen der Stakeholder entsprach, negative Auswirkungen und „spill-over-Effekte“ auf das Moscheebauprojekte haben konnte.

Sowohl auf der Grundlage vorhandener Vernetzung als auch unabhängig von dieser konnte ich eine Vielzahl von Unterstützungsleistungen herausarbeiten. Die vielfältigen, in der Empirie festgestellten Unterstützungen habe ich zu vier übergeordneten Unterstützungsleistungen zusammengestellt: die öffentliche Fürsprache, der Transfer von Geld und Sachgütern, der Wissenstransfer sowie die Zurverfügungstellung eigener Kompetenzen. Diese Unterstützungen ergaben sich aus positiven Legitimitätsbewertungen, empfundener Solidarität und entsprechender Wertevorstellungen, der Dynamik bestehender Vernetzung (z. B. in Gremien des interreligiösen Dialogs), grenzübergreifenden Zugehörigkeitskategorien sowie den Bestrebungen, die (latenten) Konflikte zu bearbeiten und die Moscheebauprojekte zu kontrollieren, was sowohl die Kommunen als auch die Dachverbände betraf. Damit leistete die soziale Umwelt einen erheblichen Beitrag zur Entstehung repräsentativer Moscheen. Diese systematische Herausarbeitung legt zivilgesellschaftliche (Unterstützungs-) Potenziale und das Sozialkapital multikultureller Stadtgesellschaften und muslimischer Solidaritätsnetzwerke offen und stellt ein Novum in der Migrations- und Organisationssoziologie dar. Moscheebauprojekte finden also im Spannungsfeld zwischen vielfältigen Unterstützungen und Widerständen statt.

Die normativ-symbolische Aufladung der Moscheen und Moscheebauprojekte und die damit verbundenen Deutungen und Darstellungen bezüglich dessen, was die Moscheen und Moscheebauprojekte bedeuten, wozu sie führen werden und wie sie gestaltet sein sollten, wurde anhand von zwölf leitenden Narrativen herausgearbeitet, die die Vielfalt und Ambivalenz der Zuschreibungen und Erwartungen an die Moscheebauprojekte verdeutlichen. In diesem Zusammenhang stellte sich die Erweiterung der kognitiven, zugehörigkeitsbezogenen Legitimitätsdimension um die diskursive Grenzziehung bzw. Grenzüberwindung als äußerst fruchtbar heraus, denn diese Konstruktion von Zugehörigkeitskategorien bildete einen wichtigen semantischen Aspekt der Legitimierung bzw. Delegitimierung der Moscheebauvorhaben.

Schließlich habe ich in der empirischen Analyse vier Mechanismen aufgedeckt, auf die der Wandel der Vernetzung zurückzuführen ist: Interaktionen im Planungs- und Legitimierungsprozess, (temporäre) kollektive Vernetzung im Rahmen des Legitimierungsprozesses, öffentliche Vernehmbarkeit durch Legitimierungsdiskurse sowie Attraktivität durch die neue

Architektur und sozio-religiöse Infrastruktur. Hier zeigte sich ganz deutlich eine Öffnung der repräsentativen Moscheen für die soziale Umwelt und ein leichter Wandel des Verständnisses der Moscheegemeinden von ihren Moscheen: Aus Orten der Religions- und Gemeinschaftspflege wurden Orte der inter- und außerreligiösen Kontakte und der Vermittlung des Wissens über den Islam an Nichtmuslime. Diese dahinterstehende Bestrebung der Muslime wurden interessanterweise durch die Gefährdungsdiskurse mitangetrieben, da sie dem mit ihren neuen räumlichen Kapazitäten den Ängsten und Anfeindungen entgegenwirken wollten. Mit der Ausarbeitung der vier Mechanismen konnte die Hypothese aus Kapitel 4, dass das der Moscheebauprozess und das Bestehen eines repräsentativen Gebäudes die soziale Vernetzung zur sozialen Umwelt stärkt (vgl. Kap. 4.4), bestätigt und ergänzt werden.

Relativierend sei hinzugefügt, dass repräsentative Moscheen weder notwendige Bedingungen noch Garanten einer für die Beteiligten gewinnbringenden Vernetzung zwischen Moscheegemeinden mit ihrer sozialen Umwelt darstellen. Ein Blick auf eine Kontrastgemeinde zeigt z. B., dass sie einen intensiven Dialog mit unterschiedlichen Akteuren aus der Stadtgesellschaft pflegt, ohne dabei auf repräsentative Räumlichkeiten zurückgreifen zu können. Für die Vernetzung sind weitere Faktoren bedeutend wie räumliche Nähe, die Kompetenz und Bereitschaft der Organisationsvertreter zum Dialog, das Interesse der sozialen Umwelt, sowie bewährte Netzwerkstrukturen wie z. B. kommunale Gremien. Interessanterweise zeigte sich auch, dass das öffentliche Auftreten von antimuslimischen Akteuren den zivilgesellschaftlichen, grenzübergreifenden Zusammenhalt der Stadtgesellschaft stärkt. Daher lässt sich festhalten, dass Moscheebauprojekte tendenziell durch den Legitimierungsdruck, die öffentliche Vernehmbarkeit und die räumlichen Kapazitäten als Katalysatoren der Vernetzungsprozesse wirken, dabei aber in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebunden sind und keinen monokausalen oder ausschließlichen Faktor bilden.

Resümierend lässt sich festhalten, dass die Moscheen prozessual durch vielfältige Erwartungen, öffentliche Bezug- und Einflussnahmen im Zuge des Legitimierungsprozesses konstruiert werden. Dies betrifft sowohl ihre öffentlich-diskursive Erscheinung als auch partiell ihre Materialisierung.

### **Weiterer Forschungsbedarf**

An mehreren Stellen der Dissertation werden weiterführende Forschungsperspektiven erkennbar. So gab es im Fall der Merkez-Moschee Hinweise dafür, dass es parallel zum deutschsprachigen auch einen türkischsprachigen Diskurs gab, der Einfluss auf die Gemeindeführung gehabt und einen normativen Druck auf die Gemeinde ausgeübt hat. Daher wäre es interessant, auch türkisch- oder arabischsprachiges Material auszuwerten und systematisch mit dem deutschen Diskurs hinsichtlich der Erwartungen und Deutungen zu vergleichen sowie diese Diskurse als einen Faktor für das Handeln der Moscheegemeinde zu beleuchten und mögliche Spannungen offenzulegen. Zudem zeigten sich transnationale Bezüge, die nur am Rande behandelt wurden. Hier wäre es interessant, transnationale Unterstützungsleistungen aufzudecken und sie jenseits des Fremdsteuerungsvorwurfs zu beleuchten.



Weiterer Forschungsbedarf betrifft die Wahl der Methoden, was das Wissen über Moscheebauprojekte auf vielversprechende Weise erweitern könnte. So könnte eine quantitative Netzwerkanalyse mit mehreren Erhebungszeitpunkten vor und nach der Errichtung der Moschee präzise den Wandel der Vernetzung nachweisen. Der quantitative Zugang war in der vorliegenden Arbeit nicht erforderlich und nicht sinnvoll, da die Herausarbeitung von Handlungsabläufen und Legitimierungsdiskursen nur durch die gewählten qualitativen Methoden gewährleistet werden konnte.

Außerdem haben die Presseanalyse und die Internetpräsenzen verdeutlicht, dass Bilder, insbesondere Fotos ebenfalls zu einer Verbreitung von Narrativen in den Legitimierungsdiskursen beigetragen haben und dazu geeignet sind, die Menschen v. a. auf der emotionalen Ebene anzusprechen und ihre Legitimitätsbewertungen zu beeinflussen. Dieser häufig sehr aussagestarken und unmittelbar wirkenden Quelle sollte in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Diskursen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Ferner zeigte sich in mehreren Interviews und Gesprächen mit den Gemeindemitgliedern, dass die neue Moschee sich auf das religiöse Erlebnis der Gläubigen auswirkt. Hier wäre eine an individueller Erfahrung orientierte Forschung (z. B. biografische Interviews) angebracht, die die Gläubigen begleitet und der Frage nachgeht, wie sie die neuen Räume erleben und wie sie dadurch in ihrem religiösen Erleben beeinflusst werden. Es ginge also nicht wie in der vorliegenden Studie um die Wirkung der Architektur nach außen und die soziale Vernetzung, sondern um die Wirkung nach innen und die Beziehung „zu Gott“ bzw. um die individuelle Religiosität.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der konkrete Mehrwert der vorliegenden Studie für die Forschung mehrere Aspekte umfasst. Zu nennen ist das Aufdecken neuer Aspekte im Themenfeld Moscheebau und ihre empirische Fundierung. Damit wurde ein Beitrag zur Erweiterung der gegenstandsnahen Theorie zu den Bedingungen, Abläufen und Folgen von Moscheebauprojekten geleistet. Zudem ist die konzeptionell-methodische Herangehensweise mit der Kombination und Anpassung der Theoriestränge in Verbindung mit dem Fallstudiendesign für die Betrachtung anderer Untersuchungsgegenstände wie der Einrichtung muslimischer Gräberfelder oder muslimischer Kindergärten geeignet. Auch die Betrachtung anderer Religionsgemeinschaften ist hier denkbar. Insofern zeigt sich die Studie anschlussfähig für weitere sozialwissenschaftliche Forschung im Themenbereich Migration und Religion. Die in dieser Arbeit getroffenen konzeptionellen Unterscheidungen zwischen sozio-religiöser Infrastruktur und der symbolischen Präsenz durch die äußere Erscheinung, der Öffentlichkeit und dem öffentlichen Raum, der physisch-räumlichen Veränderungsformen sowie der untergliederten Legitimitätsdimensionen machen einen differenzierten Zugang zu weiteren, ähnlich gearteten Untersuchungsgegenständen möglich. Eine Besonderheit der Stichprobe dieser Arbeit ist, dass die Moscheebauprojekte in westdeutschen Städten der Metropolregion Rhein-Ruhr durchgeführt wurden. Diese Städte zeichnen sich durch eine starke Präsenz von Muslimen und eine multikulturelle Bevölkerung aus. Das schränkt zwar die Generalisierbarkeit der Ergebnisse ein, bietet

jedoch einen guten Einblick, wie Moscheebauprojekte, Legitimierungs- und Vernetzungsprozesse sich in Städten vollziehen, wo die meisten Moscheebauprojekte tatsächlich stattfinden.

Zugleich ist kritisch zu bewerten, dass unter den Interviewpartnern die Befürworter der Moscheen überrepräsentiert waren, was potenziell zu einem verzerrenden Effekt auf die Einschätzung der Legitimität der Moscheebauprojekte haben kann. Dies lag zum Teil daran, dass die Bereitschaft der Gegner, für Interviews zur Verfügung zu stehen, geringer ausgeprägt war. Allerdings konnte dieses Defizit durch andere Datenquellen wie den Presseberichten, Internetpräsenzen und Dokumenten partiell kompensiert werden.

Ebenfalls kritisch anzumerken ist, dass der Vergleich der Fallstudien nur punktuell stattgefunden hat. Ein systematischer Vergleich hätte gewährleistet, dass die Variablen kontrolliert und kausale Mechanismen eindeutiger rekonstruiert werden. Allerdings hätten für diese Herangehensweise die Daten stärker normiert sein müssen, was zu Lasten des offenen Zugangs zu den Fällen geschehen wäre und bestimmte Phänomene, die nicht theoretisch antizipiert wurden, nicht hätte aufdecken lassen.

### **Gesellschaftliche Implikationen**

Die empirischen Befunde und ihre theoretische Einbettung legen verschiedene Implikationen für das übergeordnete Phänomen der Etablierung des Islam nahe. Die Fallstudien zeigen deutlich, dass die Etablierung des Islam nicht nur von größeren rechtlichen, integrationspolitischen oder religionspolitischen Handlungsfeldern abhängt wie z. B. der rechtlichen Anerkennung der muslimischen Organisationen als Körperschaft des öffentlichen Rechts, sondern auch von den lokalen Bedingungen und Legitimierungsprozessen.

Es zeigte sich, dass die regelmäßige Kommunikation u. a. im Rahmen von bestehenden kommunalen Gremien praktischen Nutzen für die Etablierung des Islam auf kommunaler Ebene haben kann. Insofern liegt es nahe, dass für eine multikulturelle Gesellschaft der Dialog zwischen Moscheegemeinden, Behörden, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteuren ausgebaut und verstetigt werden sollte.

Vor dem Hintergrund, dass die Angebote in den Moscheegemeinden semiprofessionell aufgestellt sind, erscheinen hier ein Wissenstransfer von Seiten erfahrener, in der Wohlfahrt seit langem tätigen Akteuren wie der Caritas oder der AWO sowie eine finanzielle Förderung durch öffentliche Stellen hilfreich. Dabei sollte gleichzeitig beachtet werden, dass Moscheegemeinden primär Orte des Gebets sind und keine Integrationszentren und sie somit nicht mit Integrationserwartungen überlastet werden sollten. Zugleich sollten dabei Fragen nach dem Verhältnis von konservativer Religionsvermittlung und demokratischen Werten wie z. B. der Geschlechtergleichwertigkeit sowie die Haltung zu und Vernetzung mit nationalistischen und islamistischen Gruppierungen von Moscheegemeinden nicht ausgeblendet und kritisch-konstruktiv diskutiert werden.

Hinsichtlich der Akzeptanz der Muslime in Deutschland haben sich ambivalente Tendenzen gezeigt. Es konnte beobachtet werden, dass häufig symbolische Grenzen zwischen Gesellschaft und Muslimen gezogen und auf dieser Grundlage Etabliertenvorrechte eingefordert

wurden. Angesichts des hohen Stellenwerts der Grenzziehungen und Grenzüberwindungen in Legitimierungsprozessen liegt es nahe, davon auszugehen, dass politische Rhetorik und die öffentliche Kommunikation von verschiedenen Akteuren darauf angelegt sein sollte, gepaart mit der Anerkennung gesellschaftlicher Heterogenität, grenzübergreifende Zugehörigkeitskategorien zu festigen und damit zur Integration der Gesellschaft beizutragen.

Außerdem wurde immer wieder die Haltung festgestellt, wonach die Religionsfreiheit und die Realisierung der Rechte dem Willen einer Mehrheit Autochthoner untergeordnet werden solle. Mit dem Erstarken der antimuslimischen Partei AfD, die sich dieses Narratives bedient, und möglicherweise politische Macht in einigen Kommunen erlangen bzw. ausbauen wird, können sich diese Vorstellungen weiter verfestigen und in realer Politik manifestieren. Daher ist diesbezüglich politische Bildung gefragt, die über verschiedene Kanäle (Medien, Bildungseinrichtungen, kommunale Demokratieprojekte) verdeutlicht, dass die Demokratie mehr umfasst als das Prinzip des Mehrheitsentscheids und sie nicht darin bestehen kann, dauerhaft einen ungleichen Zugang zu demokratischen Grundrechten zu zementieren. Damit verbunden ist der Umstand, dass Rechtsstaatlichkeit eine elementare Säule des politischen Systems ist, die keine ethnischen oder religiösen Grenzen kennt.

Das für Widerstände, aber auch für Befürwortung und Unterstützung offene Legitimitätskonzept hat veranschaulicht, dass es vielfache Unterstützungsleistungen und positive, die muslimische Präsenz und gesellschaftliche Vielfalt bejahende Bezugnahmen gibt. Moscheebauprojekte können sich somit semantisch in die Selbstbilder einer sich dadurch bestätigenden und vergewissernden liberalen multikulturellen Gesellschaft fügen. Diese Perspektive trägt der in Kapitel 1 angesprochenen gesellschaftlichen Öffnung der letzten Jahrzehnte sowohl auf der symbolischen als auch auf der rechtlichen und handlungspraktischen Ebene für Muslime und andere Minderheiten Rechnung, ohne die bestehenden Probleme des Rassismus und der Diskriminierung auszublenden.

# Literaturverzeichnis

## Monographien, Beiträge, Sammelwerke, Zeitschriftenartikel und Gutachten

Adam, Silke (2008): Medieninhalte aus der Netzwerkperspektive. In: *Pub* 53 (2), S. 180–199. DOI: 10.1007/s11616-008-0074-x.

Akca, Ayşe Almila (2020): Moscheeleben in Deutschland. Eine Ethnographie zu Islamischem Wissen, Tradition und religiöser Autorität. Bielefeld: transcript-Verlag (Globaler lokaler Islam). Online verfügbar unter <https://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&db=nlabk&AN=2962312>.

Allievi, Stefano (2009): Conflicts over mosques in Europe. Policy issues and trends. London, Brussels: Alliance Publishing Trust; NEF Initiative on Religion and Democracy in Europe.

Allievi, Stefano (2010): Mosques in Europe: real problems and false solutions. In: Stefano Allievi (Hg.): Mosques in Europe. Why a solution has become a problem. Unter Mitarbeit von Alliance Publishing Trust.

Allievi, Stefano (Hg.) (2010): Mosques in Europe. Why a solution has become a problem. Unter Mitarbeit von Alliance Publishing Trust.

Allport, Gordon Willard (1991): The nature of prejudice. The classic study of the roots of discrimination. 25th anniversary edition, unabridged, 15. print. Reading, Mass.: Addison-Wesley.

Andersen, Uwe (2003): Gemeinden/kommunale Selbstverwaltung. In: Uwe Andersen und Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems. s.l: Herausgeber, S. 196–205.

Arbutina, Zoran (2007): Euro-islamisches Selbstverständnis. In: *Quantara*.

Ata, Mehmet (2011): Der Mohammed-Karikaturenstreit in den deutschen und türkischen Medien. Eine vergleichende Diskursanalyse. Zugl.: Siegen, Univ., Diss., 2011. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-94091-5>.

Balke, Jan (2009): „Das Wunder von Marxloh“. Raumbezogene Images zwischen medialer und stadtentwicklungspolitischer Konstruktion. Eine sozialgeographische Analyse diskursiver Repräsentationen am Beispiel des Moscheebaus in Duisburg-Marxloh. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Battegay, A. (1995): Mosquée de Lyon: La construction d'un symbole. In: *Hommes et Migrations*.

Battegay, Alain (1995): Mosquée de Lyon: la construction d'un symbole. In: *Hommes et Migrations* (1186), S. 26–30.

Baumann, Martin (2015): Von Gegenorten zu neuen Brücken- und Heimatorten: Moscheen, Tempel und Pagoden von Immigranten in der Schweiz. In: Adrian Hermann und Jürgen Mohn (Hg.): Orte der europäischen Religionsgeschichte. Jürgen Mohn. Würzburg: Ergon Verlag (Diskurs Religion, Band 6).

Baumann, Martin; Luchesi, Brigitte; Wilke, Annette; Schalk, Peter (Hg.) (2003): Tempel und Tamilen in zweiter Heimat. Hindus aus Sri Lanka im deutschsprachigen und skandinavischen Raum. Würzburg: Ergon (Religion in der Gesellschaft, 15).

Baumann, Martin; Tunger-Zanetti, Andreas (2008): Migration und religiöse Bauten – zur Neuaushandlung des öffentlichen Raums. In: *kunst und kirche* 4, S. 32–39.

Becher, Inna; El-Menouar, Yasemin (2014): Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern christlicher und muslimischer Religionszugehörigkeit. Hg. v. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Beilschmidt, Theresa (2015): Gelebter Islam. Eine empirische Studie zu DITIB-Moscheegemeinden in Deutschland. Bielefeld: transcript Verlag (Globaler lokaler Islam). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=4712109>.

Beinhauer-Köhler, Bärbel (2009): Moscheen in Deutschland und im islamischen Orient. In: Bärbel Beinhauer-Köhler und Claus Leggewie (Hg.): Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung. Orig.-Ausg. München: Beck.

Beinhauer-Köhler, Bärbel; Leggewie, Claus (Hg.) (2009): Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung. Orig.-Ausg. München: Beck.

Bell, Günter: Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in „sozialen Brennpunkten“. Eine Untersuchung zweier Stadtteile in Nordrhein-Westfalen. Hg. v. Institut für Soziologie, Universität Duisburg-Essen (DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG, 4/2004).

Bendel, Petra; Hildebrandt, Mathias (Hg.) (2006): Integration von Muslimen. München: Allitera-Verl (Schriftenreihe des Zentralinstituts für Regionalforschung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, N.F., 1). Online verfügbar unter [http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2768402&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2768402&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).

Bertelsmann-Stiftung (2005): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Hg. v. Bertelsmann-Stiftung und Bundesministerium des Innern.

Bertelsmann-Stiftung (2015): Religionsmonitor verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick.

Bielefeldt, Heiner (2010): Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam. In: Thorsten Gerald Schneiders (Hg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.

Biermann, André (2014): Das diskursive Verschwinden der Religionsfreiheit. Der Moscheebau zu Köln-Ehrenfeld im Spiegel der politischen Kultur. Wiesbaden: Springer VS (Theorie und Praxis der Diskursforschung). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-04838-9>.

Blatter, J.; Janning, F.; Wagemann, C. (2007): Qualitative Politikanalyse: eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden: VS, Verl. für Sozialwiss. Online verfügbar unter <http://books.google.de/books?id=UxJNCwVvVMwC>.

Bodenstein, Marc Chalîl (2010): Institutionalisierung des Islam zur Integration von Muslimen. In: Bülent Ucar (Hg.): Die Rolle der Religion im Integrationsprozess. Die deutsche Islamdebatte. Frankfurt am Main: Lang (Reihe für Osnabrücker Islamstudien, 2).

Bogner, Alexander (Hg.) (2005): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/hebis-darmstadt/toc/127242627.pdf>.

Bogumil, Jörg; Holtkamp, Lars (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bonn: Bpb, Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, Band 1329).

Bonacker, Thorsten (2009): Konflikttheorien. In: Georg Kneer und Markus Schroer (Hg.): Handbuch Soziologische Theorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 179–197.

- Boos-Nünning, Ursula (2010): Beten und Lernen. Eine Untersuchung der pädagogischen Arbeit in den Wohnheimen des Verbandes der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) - Kurzfassung.
- Bozay, Kemal (2008): Kulturkampf von rechts — Das Dilemma der Kölner Moscheedebatte. In: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Boztepe, Fuat (2005): Türken in Deutschland. In: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Integration und Islam.
- Breton, Raymond (1964): Institutional Completeness of Ethnic Communities and the Personal Relations of Immigrants. In: *American Journal of Sociology* 70 (2), S. 193–205. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/2775209>.
- Brettfeld, Karin; Wetzels, Peter (2007): Muslime in Deutschland. Hg. v. Bundesministerium des Innern.
- Brighenti, Andrea (2007): Visibility: A Category for the Social Sciences. In: *Current Sociology* 55 (323).
- Brockmann, Nils Arne: Die Rolle der Zivilgesellschaft in Konflikten um die Errichtung repräsentativer Moscheenbauten. Magisterarbeit im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.
- Brubaker, Rogers (2013): Categories of analysis and categories of practice: a note on the study of Muslims in European countries of immigration. In: *Ethnic and Racial Studies* 36 (1), S. 1–8. DOI: 10.1080/01419870.2012.729674.
- Brunn, Christine (2006): Moscheebau-Konflikte in Deutschland. Eine räumlich-semantische Analyse auf der Grundlage der Theorie der Produktion des Raumes von Henri Lefebvre. Univ., Magisterarbeit--Heidelberg, 2006. Berlin: wvb Wiss. Verl. Online verfügbar unter [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2869026&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2869026&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).
- Bühl, Achim (2017): Rassismus. Anatomie eines Machtverhältnisses. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für politische Bildung, Band 10153).
- Bukow, Wolf-Dietrich (2007): Die Rede von Parallelgesellschaften. Zusammenleben im Zeitalter einer metropolitenen Differenzgesellschaft. In: Wolf-Dietrich Bukow, Claudia Nikodem, Erika Schulze und Erol Yildiz (Hg.): Was heißt hier Parallelgesellschaft? 1. Aufl. s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften (GWV).
- Bukow, Wolf-Dietrich (2010): Urbanes Zusammenleben. Zum Umgang mit Migration und Mobilität in europäischen Stadtgesellschaften. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss (Interkulturelle Studien, 20).
- Bundesministerium des Innern: Auszug aus dem Zwischen-Resümee der Arbeitsgruppen und des Gesprächskreises der Deutschen Islam Konferenz 2008.
- Bundesministerium des Innern (o. J.): Auswahl von Empfehlungen und Schlussfolgerungen zu praxisrelevanten Themen (2006 – 2013). Hg. v. Bundesministerium des Innern im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz.
- Burt, Ronald S. (1980): Models of Network Structure. In: *Annual Review of Sociology* 6, S. 79–141.
- Busch-Geertsema, Volker; Ruhstrat, Ekke-Ulf (2010): Sozialbericht 2010. Stadt Duisburg. Schwerpunktthema: Wohnen. Handlungskonzept "WohnVision Duisburg" . Hg. v. Stadt Duisburg.

Canan, Coşkun; Foroutan, Naika; Simon, Mara; Beigang, Steffen; Hänig, Albrecht; Kalkum, Dorina; Sollorz, Rafael (2016): Nordrhein-Westfalen postmigrantisch. Einstellungen der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland : Länderstudie Nordrhein-Westfalen. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin, Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät, Berliner Institut für Empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).

Casanova, José (2004): Der Ort der Religion im säkularen Europa. Online verfügbar unter <https://www.iwm.at/transit-online/der-ort-der-religion-im-sakularen-europa/>.

Ceylan, Rauf (2006): Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Springer-11776 /Dig. Serial]). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90484-9>.

Ceylan, Rauf (2008): Islam und Urbanität – Moscheen als multifunktionale Zentren in der Stadtgesellschaft. In: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Ceylan, Rauf (2010): Die Prediger des Islam. Imame - wer sie sind und was sie wirklich wollen. Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für Polit. Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für politische Bildung, 1071). Online verfügbar unter [http://www.bpb.de/publikationen/KRXX2N,0,0,Die\\_Prediger\\_des\\_Islam.html](http://www.bpb.de/publikationen/KRXX2N,0,0,Die_Prediger_des_Islam.html).

Ceylan, Rauf; Kiefer, Michael (2016): Muslimische Wohlfahrtspflege in Deutschland. Eine historische und systematische Einführung. 1. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. Online verfügbar unter <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&AN=1093186>.

Ceylan, Rauf; Uslucan, Hacı-Halil (Hg.) (2018): Transformation Religiöser Symbole und Religiöser Kommunikation in der Diaspora. Sozialpsychologische und Religionssoziologische Annäherungen an das Diskursfeld Islam in Deutschland. Wiesbaden: Vieweg. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=5598648>.

Charchira, Samy (2017): Möglichkeit der Einbindung muslimischer Institutionen und Moscheegemeinden in die Radikalisierungsprävention. In: Jana Kärger (Hg.): "Sie haben keinen Plan B". Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr - zwischen Prävention und Intervention, S. 303–318.

Chbib, Raida (2011): Einheitliche Repräsentation und muslimische Binnenvielfalt. Eine datengestützte Analyse der Institutionalisierung des Islam in Deutschland. In: Hendrik Meyer und Klaus Schubert (Hg.): Politik und Islam. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 87–112.

Chbib, Raida (2015): Geschichte islamischer Vereinigungen und Einrichtungen in Deutschland am Beispiel der Bundesstadt Bonn. unveröffentlichtes Manuskript.

Chbib, Raida (2017): Organisation des Islams in Deutschland. Diversität, Dynamiken und Sozialformen im Religionsfeld der Muslime. 1. Auflage. Baden-Baden: Ergon-Verlag. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.5771/9783956503535>.

Christlich-Islamischer Arbeitskreis (Ciak Herten) (2009): Konsenserklärung.

Coser, Lewis A. (2009): Theorie sozialer Konflikte. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Klassiker der Sozialwissenschaften).

Dahinden, Janine; Duemmler, Kerstin; Moret, Joëlle (2010): Religion und Ethnizität: Welche Praktiken, Identitäten und Grenzziehungen? Eine Untersuchung mit jungen Erwachsenen.

Dahling-Sander, Christoph (2006): DIE »KIRCHE IM DORF« UND DIE MOSCHEE VOR DER HAUSTÜR. WENN RELIGION SICHTBAR WIRD ...

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Schuler, Julia; Handke, Barbara; Pickel, Gert; Brähler, Elmar (2020): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität : Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Originalausgabe. Gießen: Psychosozial-Verlag (Forschung psychosozial).

Desplat, Patrick A.; Schulz, Dorothea (Hg.) (2012): Prayer in the city. The making of Muslim sacred places and urban life. 1. Aufl. Bielefeld: transcript (Global - local Islam). Online verfügbar unter [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3931602&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3931602&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).

Diewald, Martin; Sattler, Sebastian (2010): Soziale Unterstützungsnetzwerke. In: Christian Stegbauer und Roger Häußling (Hg.): Handbuch Netzwerkforschung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 689–699.

DiMaggio, Paul J.; Powell, Walter W. (1983): The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. In: *American Sociological Review* 48 (2), S. 147–160.

Dubiel, Helmut (1997): Unversöhnlichkeit und Demokratie. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Erstausg., 1. Aufl., 2. [Dr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dubiel, Helmut (1999): Integration durch Konflikt? In: Jürgen Friedrichs und Wolfgang Jagodzinski (Hg.): Soziale Integration. Opladen: Westdt. Verl.

Eder, Klaus; Rauer, Valentin; Schmidtke, Oliver; Pichler, Edith; Eder-Rauer-Schmidtke (2004): Die Einhegung des Anderen. Türkische, polnische und russlanddeutsche Einwanderer in Deutschland. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.

Elias, Norbert; Scotson, John L. (1993): Etablierte und Außenseiter. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch, 1882).

El-Mafaalani, Aladin (2018): Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. 1. Auflage. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Elwert, Frederik (2007): Das Kapital religiöser Gemeinschaften. In: *zjr* (2). DOI: 10.4000/zjr.733.

Elwert, Georg (1982): Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration.

Emirbayer, Mustafa (1997): Manifesto for a Relational Sociology 103 (2), S. 281–317.

Emmett, Chad F. (2009): The Siting of Churches and Mosques as an Indicator of Christian–Muslim Relations. Islam and Christian–Muslim Relations. In: *Islam and Christian–Muslim Relations* 20 (4), S. 451–476. DOI: 10.1080/09596410903194902.

Ende, Werner; Steinbach, Udo (Hg.) (2005): Der Islam in der Gegenwart. 5., aktualisierte und erw. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für politische Bildung, 501).

Engler, Fabian (2009): Repräsentation kultureller Unterschiede als Mittel zur Ausgrenzung - Der Konflikt um den Bau einer Moschee in Frankfurt/Hausen und das Feindbild Islam. Magisterarbeit vorgelegt an der Johann Wolfgang Goethe-Universität.

Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung (Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, 40).



- Evers, Adalbert; Schulz, Andreas; Wiesner, Claudia (2004): Netzwerkanalyse und dialogische Begleitung - Schlussbericht.
- Fallgatter, Michael J.; Brink, Siegrun (2006): Zum Einfluss der Legitimation auf die Entwicklung junger Unternehmen. Das Beispiel DocMorris. BERGISCHE UNIVERSITÄT WUPPERTAL (Arbeitspapiere des Fachbereichs Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 206).
- Färber, Alexa; Spielhaus, Riem; Binder, Beate (2012): Von Präsenz zu Artikulation: Islamisches Gemeindeleben in Hamburg und Berlin aus der Perspektive der Stadtforschung. In: Jörg Pohlan, Herbert Glasauer, Christine Hannemann und Andreas Pott (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2011/2012. Opladen: Verlag Barbara Budrich (Jahrbuch StadtRegion), S. 61–79.
- Faust, Hauke; Yardim, Nigar (1999): Aufeinander zugehen, Miteinander leben. Pilotstudie – Situationsanalyse zum christlich-muslimischen Dialog in Duisburg. Duisburg.
- Fijalkowski, Jürgen; Gillmeister, Helmut (1997): Ausländervereine - ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft - am Beispiel Berlins. Berlin: Hitit (Völkervielfalt und Minderheitenrechte in Europa, Bd. 5). Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/hbz/toc/ht008185769.pdf>.
- Finster, Barbara (2003): Moschee. In: Ralf Elger (Hg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte, Alltag, Kultur. 4. aktualisierte und erw. Aufl. Bonn: BpB (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 383).
- Fischer, Yvonne (2001): Ethnische Ökonomie als Potenzial zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile? unveröffentlichte Diplomarbeit an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund.
- Flick, Uwe (2007): Design und Prozess qualitativer Forschung. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 7. Aufl., Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl., S. 252–265.
- Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (2007): 1. Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 7. Aufl., Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl.
- Foroutan, Naika (2012): Muslimbilder in Deutschland. Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte ; Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (WISO Diskurs).
- Freeman, Robert E. (1984): Strategic Management: A Stakeholder Approach.
- Frindte, Wolfgang; Boehnke, Klaus; Kreikenbom, Henry; Wagner, Wolfgang (2011): Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland. Unter Mitarbeit von Universitätsbibliothek Tübingen.
- Frishman, Martin; Binder, Klaus; Gaines, Jeremy (1995): Die Moscheen der Welt. Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Fürlinger, Ernst (2013): Moscheebaukonflikte in Österreich. Nationale Politik des religiösen Raums im globalen Zeitalter. Göttingen: VetR unipress (Wiener Forum für Theologie und Religionswissenschaft, 7).
- Gabriel, Oscar W. (1994): Lokale Politische Kultur. In: Ulrich Alemann, Kay Loss und Gerhard Vowe (Hg.): Politik. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Fachwissen für Journalisten), S. 201–254.

- Gale, Richard; Naylor, Simon (2002): Religion, planning and the city. The spatial politics of minority expression in British cities and towns. In: *Ethnicities* 2 (3).
- Galembert, Claire de (2005): The City's a "Nod of Approval" for the Mantes-la-Jolie Mosque Project: Mistaken Traces of Recognition. In: *Journal of Ethnic & Migration Studies* 31 (6), S. 1141–1159.
- Garton Ash, Timothy (2016): Redefreiheit. Prinzipien für eine vernetzte Welt. München: Carl Hanser Verlag. Online verfügbar unter <http://www.hanser-literaturverlage.de/9783446244948>.
- Gaudernack, Dorothea (2011): Muslimische Kultstätten im öffentlichen Baurecht. Der Bau von Moscheen im Spannungsfeld von Religionsfreiheit und einfachem Recht. Zugl.: Universität Regensburg, Dissertationsschrift, 2010. Berlin: Duncker u. Humblot (Schriften zum Öffentlichen Recht, 1191). Online verfügbar unter <http://elibrary.duncker-humblot.de/9783428534739/1>.
- Gebhardt, Winfried (2010): Religionssoziologie. In: Georg Kneer und Markus Schroer (Hg.): Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Gesemann, Frank (2006 a): Chancen und Schwierigkeiten der Kommunikation zwischen Moscheevereinen und Verwaltung. In: Riem Spielhaus und Alexa Färber (Hg.): Islamisches Gemeindeleben in Berlin. Berlin, S. 25–31.
- Gesemann, Frank (2006 b): Grundlinien und aktuelle Herausforderungen der Berliner Integrationspolitik. In: Sigrid Baringhorst, Uwe Hunger und Karen Schönwälder (Hg.): Politische Steuerung von Integrationsprozessen. Intentionen und Wirkungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 195–216.
- Gestring, Norbert (2011): Parallelgesellschaft, Ghettoisierung und Segregation – Muslime in deutschen Städten. In: Hendrik Meyer und Klaus Schubert (Hg.): Politik und Islam. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 168–190.
- Ghadban, Ralph (2018): Arabische Clans. Die unterschätzte Gefahr. Berlin: Econ.
- Gissendanner, Scott Stock (2011): Kommunale Integrationspolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (7).
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Lehrbuch). Online verfügbar unter [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3466269&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3466269&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).
- Gukenbiehl, Hermann (2002): Institution und Organisation. In: Hermann Korte und Bernhard Schäfers (Hg.): Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. 6., erw. und aktualisierte Aufl. Opladen: Leske + Budrich, S. 143–159.
- Güvercin, Eren (2012): Neo-Moslems. Porträt einer deutschen Generation. 1. Aufl. s.l.: Verlag Herder GmbH. Online verfügbar unter <http://gbv.eblib.com/patron/FullRecord.aspx?p=2049958>.
- Hafez, Farid (2010): Islamophober Populismus. Moschee- und Minarettbauverbote österreichischer Parlamentsparteien. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss. (VS Research).
- Hajer, Maarten A. (1995): The politics of environmental discourse. Ecological modernization and the policy process. Oxford: Oxford University Press.

- Halm, Dirk (2008): Der Islam als Diskursfeld. Bilder des Islams in Deutschland. 2. Aufl. s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften (GWV). Online verfügbar unter [http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok\\_id/18148](http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok_id/18148).
- Halm, Dirk; Sauer, Martina (2015): Soziale Dienstleistungen der in der Deutschen Islam Konferenz vertretenen religiösen Dachverbände und ihrer Gemeinden. Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Stand: Oktober 2015. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Halm, Dirk; Sauer, Martina; Schmidt, Jana; Stichs, Anja (2012): Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Forschungsbericht / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 13).
- Han, Petrus (2005): Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle, Fakten, politische Konsequenzen, Perspektiven ; 17 Tabellen und 9 Übersichten. 2., überarb. und erw. Aufl. Stuttgart: Lucius & Lucius. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/hebis-darmstadt/toc/126700664.pdf>.
- Hans, Silke (2016): Theorien der Integration von Migranten – Stand und Entwicklung. In: Heinz Ulrich Brinkmann und Martina Sauer (Hg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden: Springer VS (Lehrbuch).
- Haubach, Claudia; Salentin, Kurt (2015): Moscheebesuche: Erfahrungen von Nicht-Muslimen. Hg. v. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.
- Haug, Sonja (2004): Einzelrezension. Olaf Schnur: Lokales Sozialkapital für die „soziale“ Stadt. Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. In: *geographische revue* 1/2004.
- Haug, Sonja (2007): Soziales Kapital als Ressource im Kontext von Migration und Integration. In: Martin Diewald und Jörg Lüdicke (Hg.): Soziale Netzwerke und soziale Ungleichheit. Zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Sozialstrukturanalyse).
- Haug, Sonja (2010): Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Haug, Sonja; Müssig, Stephanie; Stichs, Anja (2009): Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. 1. Aufl. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Häusler, Alexander (2008): Antiislamischer Populismus als rechtes Wahlkampf-Ticket. In: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Häusler, Alexander (Hg.) (2008): Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91119-9>.
- Häußermann, Hartmut (2006): Umkämpfte Symbole. Moscheen in der christlichen Stadt- ein Einwurf. In: Riem Spielhaus und Alexa Färber (Hg.): Islamisches Gemeindeleben in Berlin. Berlin, S. 85–87.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration.
- Häussling, Roger; Lipp, Wolfgang (2006): Institution. In: Bernhard Schäfers, Johannes Kopp und Bianca Lehmann (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie. 9., grundlegend überarb. und aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

- Hellmann, Kai-Uwe (2006): Organisationslegitimität im Neo-Institutionalismus. In: Konstanze Senge, Kai-Uwe Hellmann und W. Richard Scott (Hg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Henning, Max (2014): Der Koran. Vollständige Ausgabe. Vollst. Ausg., 4. Aufl. Hamburg: Nikol.
- Herbert, Ulrich (2003): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für politische Bildung, 410).
- Herkenhoff, Anna Lena; Puls, Hendrik (2012): "Wir wollen gar keine Moschee!" Moscheebaukonflikt in Hamm Herringen. In: Patrick Fels, Hans-Peter Killguss und Hendrik Puls (Hg.): Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte. Köln: NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, 5), S. 10–12.
- Hinrichs, Ulrike; Romdhane, Nizar; Tiedemann, Markus (2012): Unsere Tochter nimmt nicht am Schwimmunterricht teil! 50 religiös-kulturelle Konfliktfälle in der Schule und wie man ihnen begegnet ; [geeignet für die Klassen 1 - 13. Mülheim an der Ruhr: Verlag an der Ruhr. Online verfügbar unter <http://www.vlb.de/GetBlob.aspx?strDisposition=a&strIsbn=9783834609694>.
- Hitzler, Ronald (2002): Sinnrekonstruktion. Zum Stand der Diskussion (in) der deutschsprachigen interpretativen Soziologie. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*.
- Hoffman, Andrew J. (1999): Institutional evolution and change: environmentalism and the U.S. chemical industry. In: *Academy of Management Journal* 42 (4).
- Hohage, Christoph (2013): Moschee-Konflikte. Wie überzeugungsbasierte Koalitionen lokale Integrationspolitik bestimmen. Wiesbaden: Springer Fachmedien. Online verfügbar unter <http://lib.mylibrary.com/detail.asp?id=547181>.
- Hohmann, René (2003): Konflikte um Moscheen. Eine Fallstudie zum Moscheebauprojekt in Schlüchtern (Hessen). Diplomarbeit. Humboldt Universität zu Berlin. Institut für Sozialwissenschaften.
- Hollstein, Betina (2010): Strukturen, Akteure, Wechselwirkungen. Georg Simmels Beiträge zur Netzwerkforschung. In: Christian Stegbauer (Hg.): Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften.
- Holzer, Boris (2009): Netzwerktheorie. In: Georg Kneer und Markus Schroer (Hg.): Handbuch Soziologische Theorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Hüttermann, Jörg (2000): Der avancierende Fremde. Zur Genese von Unsicherheitserfahrungen und Konflikten in einem ethnisch polarisierten und sozialräumlich benachteiligten Stadtteil. In: *Zeitschrift für Soziologie* 29, S. 275–293.
- Hüttermann, Jörg (2006): Das Minarett. Zur politischen Kultur des Konflikts um islamische Symbole. Weinheim: Juventa-Verl. Online verfügbar unter [http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2714425&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2714425&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm) / <http://www.gbv.de/dms/hebis-darmstadt/toc/179060597.pdf>.
- Hüttermann, Jörg (2011): Moscheekonflikte im Figurationsprozess der Einwanderungsgesellschaft: eine soziologische Analyse. In: Marianne Krüger-Potratz und Werner Schiffauer (Hg.): Migrationsreport 2010. Fakten - Analysen - Perspektiven. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH (Migrationsreport).

Interkultureller Rat in Deutschland e.V (2007): MOSCHEEN ALS ORTE DER SPIRITUALITÄT UND INTEGRATION. Eine Information. Hg. v. Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen.

Jansen, Dorothea (1999): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 1. Aufl. Opladen: Leske + Budrich (Lehrtexte Soziologie).

Jansen, Dorothea (2002): Netzwerkansätze in der Organisationsforschung. In: Jutta Allmendinger und Thomas Hinz (Hg.): Organisationssoziologie. Wiesbaden: Westdt. Verl. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderhefte, 42), S. 88–118.

Jansen, Dorothea (2006): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. 3., überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/ilmenau/toc/515705810.PDF> / [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2835074&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2835074&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).

Jobst, Anna: Zivilgesellschaftliche Diskurse zur EU-Grenzsicherungspolitik zwischen Viktimisierung und autonomer Migration. Magisterarbeit. Hg. v. Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft. 2012.

Jonker, Gerdien (2002): Eine Wellenlänge zu Gott. Der "Verband der Islamischen Kulturzentren" in Europa. Bielefeld: Transcript-Verl. (Global, local Islam).

Jonker, Gerdien (2005): The Mevlana Mosque in Berlin- Kreuzberg: An Unsolved Conflict. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 31 (6), 1067/1081.

Kapphan, Andreas (2004): Symbolische Repräsentation von Zuwanderergruppen im Raum: Zur Analyse von Konflikten um den Bau und die Nutzung von Moscheen. In: Walter Siebel (Hg.): Die europäische Stadt. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 244–252.

Karidi, Maria (2015): Medienlogik im Wandel. Dissertation. Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH; Ludwig-Maximilians-Universität München.

Karis, Tim (2013): Mediendiskurs Islam. Narrative in der Berichterstattung der Tagesthemen 1979 - 2010. Zugl.: Münster, Univ., Diss., 2012. Wiesbaden: Springer VS (Research).

Keller, Reiner (2008): Wissenssoziologische Diskursanalyse. 2. Aufl. s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften (GWV). Online verfügbar unter [http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok\\_id/16794](http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok_id/16794).

Keller, Reiner (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag (Qualitative Sozialforschung, Band 14). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92085-6>.

Kersting, Norbert (2008): Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung. In: Norbert Kersting (Hg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwiss.

Khorchide, Mouhanad (2017): Islam ist Barmherzigkeit. Grundzüge einer modernen Religion. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für politische Bildung, Band 10074).

Kiefer, Michael (2018): Antisemitismus und Migration. 2. Auflage 2018. Berlin: Aktion Courage e.V (Baustein, 5).

Kinzig, Wolfram (2009): Kirche in Deutschland. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Bundeszentrale für politische Bildung.

Kippenberg, Hans G. (2006): Das Sozialkapital Religiöser Gemeinschaften im Zeitalter der Globalisierung. In: Georg Pfeleiderer und Ekkehard W. Stegemann (Hg.): Religion und Respekt. Beiträge zu einem spannungsreichen Verhältnis. Zürich: TVZ Theol. Verl.

Kleinstaub, Hans J. (2002): Öffentlichkeit. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien - Methoden - Begriffe. Orig.-Ausg. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1464), S. 589–590.

Klinkhammer, Gritt (2004): Einführung: Religion – Migration – Integration. In: Flüchtlinge und Integration Beauftragte der Bundesregierung für Migration (Hg.): Religion – Migration – Integration in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft.

Klinkhammer, Gritt (2012): Religionswissenschaftliches Gutachten über die Eigenschaft der Dachverbände „Verband der Islamischen Kulturzentren e. V.“ (VIKZ), „DITIB - Landesverband Hamburg e. V.“ und „SCHURA - Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e. V.“ als Religionsgemeinschaften im Sinne der Betätigung in „umfassender Religionspflege“ nach ihrem „geistigen Gehalt“ und „äußeren Erscheinungsbild“. erstellt im Auftrag der Freien Hansestadt Hamburg.

Klinkhammer, Gritt; Frese, Hans-Ludwig; Satilmis, Ayla; Seibert, Tina (2011): Interreligiöse und interkulturelle Dialoge mit MuslimInnen in Deutschland. Eine quantitative und qualitative Studie. Bremen: Univ. Bremen (Veröffentlichungen des Instituts für Religionswissenschaft und Religionspädagogik).

Knox, Paul L.; Marston, Sallie A.; Gebhardt, Hans; Meusberger, Peter; Wastl-Walter, Doris (2001): Humangeographie. 4. Aufl. Heidelberg: Springer/Spektrum Akad. Verl. Online verfügbar unter [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2966242&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2966242&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).

Koch, Marion; Reinig, Joachim: Moscheen und Gebetsräume in Hamburg. Untersuchung der räumlichen Situation.

Koch, Sascha; Schemmann, Michael (2009): Neo-Institutionalismus und Erziehungswissenschaft - Eine einleitende Verhältnisbestimmung. In: Sascha Koch und Michael Schemmann (Hg.): Neo-Institutionalismus in der Erziehungswissenschaft. Grundlegende Texte und empirische Studien. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Organisation und Pädagogik, 6).

Koenig, Matthias (2003): Staatsbürgerschaft und religiöse Pluralität in post-nationalen Konstellationen. Zum institutionellen Wandel europäischer Religionspolitik am Beispiel der Inkorporation muslimischer Immigranten in Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie.

Koenig, Matthias (2004): Öffentliche Konflikte um die Inkorporation muslimischer Minderheiten in Westeuropa – analytische und komparative Perspektiven. In: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung* 6 (2), S. 85–100.

Kogelmann, Franz (2003): Stiftung. In: Ralf Elger (Hg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte, Alltag, Kultur. 4. aktualisierte und erw. Aufl. Bonn: BpB (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 383).

Koordinationsrat der Muslime (2012): Ratgeber für den Tag der offenen Moschee.

Korn, Salomon (2010): Zu schwach, um Fremdes zu ertragen? Streit um den Bau von Moscheen in Deutschland. In: Thorsten Gerald Schneiders (Hg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 245–252.

- Kracht, Peter (2008): Ruhrgebiet. Münster: Aschendorff (Regionen in Nordrhein-Westfalen, 4).
- Kraft, Sabine (2002): Neue Sakralarchitektur des Islam in Deutschland. Eine Untersuchung islamischer Gotteshäuser in der Diaspora anhand ausgewählter Moscheeneubauten.
- Krämer, Gudrun (2011): Demokratie im Islam. Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt: Bundeszentrale für Polit. Bildung.
- Krech, Volkhard (1999): Religionssoziologie. Bielefeld: Transcript-Verl (Einsichten).
- Kreutzer, Florian (2015): Stigma "Kopftuch". Zur rassistischen Produktion von Andersheit. Bielefeld: Transcript-Verl. (Global, local Islam). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=2055330>.
- Kuck, Kristin (2019): ARGUMENTIEREN GEGEN RASSISMUS – INSZENIERUNG UND STRATEGIE. In: *Sprachreport* 35.
- Kühn, Boris (2018): Kommunale Integrationspolitik. Eine Handreichung für die kommunale Praxis. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Politische Akademie, KommunalAkademie (Texte der KommunalAkademie, 1).
- Kuppinger, Petra (2014): Mosques and Minarets: Conflict, Participation, and Visibility in German Cities. In: *Anthropological Quarterly* 87 (3), S. 793–818. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/43653030>.
- Lamont, Michèle; Molnár, Virág (2002): The Study of Boundaries in the Social Sciences. In: *Annual Review of Sociology* 28, S. 167–195. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/3069239>.
- Landman, Nico; Wessels, Wendy (2005): The Visibility of Mosques in Dutch Towns. *Journal of Ethnic and Migration Studies*. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 31 (6), S. 1125–1140. DOI: 10.1080/13691830500282725.
- Lange, Claudio (2010): Die älteste Karikatur Muhammads. Antiislamische Propaganda in Kirchen als frühes Fundament der Islamfeindlichkeit. In: Thorsten Gerald Schneiders (Hg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.
- Lauterbach, Burkhard R.; Lottermoser, Stephanie (2009): Fremdkörper Moschee? Zum Umgang mit islamischen Kulturimporten in westeuropäischen Großstädten. Würzburg: Königshausen & Neumann (Kulturtransfer, 5).
- Lauth, Hans-Joachim; Pickel, Gert; Pickel, Susanne (Hg.) (2009): Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Lehrbuch). Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/bs/toc/354919342.pdf>.
- Leggewie, Claus (2009): Warum es Moscheebaukonflikte gibt und wie man sie bearbeiten kann. In: Bärbel Beinhauer-Köhler und Claus Leggewie (Hg.): Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung. Orig.-Ausg. München: Beck.
- Leggewie, Claus; Joost, Angela; Rech, Stefan (2002): Der Weg zur Moschee. Eine Handreichung für die Praxis ; ein Projekt der Herbert-Quandt-Stiftung. Bad Homburg v.d. Höhe: Herbert-Quandt-Stiftung.
- Liebold, Renate; Trinczek, Rainer (2009): Experteninterview. In: S. Kühl, P. Strodtholz und A. Taffertshofer (Hg.): Handbuch Methoden der Organisationsforschung: Quantitative und Qualitative Methoden: VS Verlag für Sozialw., S. 32–56.

- Lindemann, Gesa (2012): Die Kontingenz der Grenzen des Sozialen und die Notwendigkeit eines triadischen Kommunikationsbegriffs. In: *Berliner Journal für Soziologie* 22, S. 317–340.
- Lindner, Andreas (2008): Wo, wenn nicht in Köln?“ Zur Moscheebau-Berichterstattung des Kölner Stadtanzeigers. In: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Löw, Martina (2010): Stadt- und Raumsoziologie. In: Georg Kneer und Markus Schroer (Hg.): Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Luchesi, Brigitte (2003): Wege aus der Unsichtbarkeit. Zur Etablierung hindu-tamilischer Religiosität im öffentlichen Raum der Bundesrepublik Deutschland. In: Martin Baumann, Brigitte Luchesi, Annette Wilke und Peter Schalk (Hg.): Tempel und Tamilen in zweiter Heimat. Hindus aus Sri Lanka im deutschsprachigen und skandinavischen Raum. Würzburg: Ergon (Religion in der Gesellschaft, 15).
- Lüddeckens, Dorothea; Uehlinger, Christoph; Walthert, Rafael; Grigo, Jacqueline; Kestler, Annegret; Meier, Vanessa; Wackerlig, Oliver (o. J.): Sichtbar gemachte religiöse Identität, Differenzwahrnehmung und Konflikt. Universität Zürich (Nationales Forschungsprogramm NFP 58 Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft).
- Luhmann, Niklas (1969): Legitimation durch Verfahren.
- Machura, Stefan (2006): Recht. In: Bernhard Schäfers, Johannes Kopp und Bianca Lehmann (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie. 9., grundlegend überarb. und aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Marla-Küsters, Sandhya: Diaspora-Religiosität im Generationenverlauf. Dissertation (Religion in der Gesellschaft, Band 38).
- Maussen, Marcel (2006): The governance of Islam in Western Europe (IMISCOE Working Paper).
- Maussen, Marcel (2009): Constructing Mosques. The governance of Islam in France and the Netherlands.
- Mayring, Philipp (2007): Generalisierung in qualitativer Forschung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*.
- Merkens, Hans (2007): 4.4 Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktionen. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 7. Aufl., Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (2005): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig beachtet,. In: Alexander Bogner (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Meyer, John; Rowan, Brian (1977): Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony. In: *The American Journal of Sociology* 83 (2).
- Meyer, Thomas: Parallelgesellschaft und Demokratie. Hg. v. Friedrich- Ebert- Stiftung.
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2019. Hg. v. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein- (2015): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2014.



- Mölders, Ursula; Geyer, Dominik; Boddenberg, Anja (2011): Städtebauliches Entwicklungskonzept Städtebauliches Entwicklungskonzept für Duisburg-Marxloh mit dem Fokus auf Wohnen und Wohnumfeld. Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH.
- Münch, Richard (2002): Soziologische Theorie. Grundlegung durch die Klassiker. Frankfurt/Main: Campus-Verl (Soziologische Theorie, / Richard Münch ; Bd. 1). Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/F18200212031661927.pdf>.
- Muno, Wolfgang (2009): Fallstudien und die vergleichende Methode. In: Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel und Susanne Pickel (Hg.): Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Lehrbuch).
- Mykytjuk-Hitz, Karin: „Wie ein Vogel, der mit zwei Flügeln fliegt“. Engagierte Muslime in Deutschland. Dissertation. Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen.
- Nagel, Alexander-Kenneth (2008): Analysing Change in International Politics. A Semiotic Method of Structural Connotation. Hg. v. Sonderforschungsbereich 597 Universität Bremen. Bremen (70).
- Nagel, Alexander-Kenneth (2012): Vom Paradigma zum Pragma: Religion und Migration in relationaler Perspektive. *Sociologia Internationalis*. In: *Sociologia Internationalis* 48 (2), S. 221–246. DOI: 10.3790/sint.48.2.221.
- Nagel, Alexander-Kenneth (Hg.) (2013): Diesseits der Parallelgesellschaft. Neuere Studien zu religiösen Migrantengemeinden in Deutschland. 11, 1., Aufl. Bielefeld: transcript.
- Nagel, Alexander-Kenneth (2015 a): Religiöse Netzwerke: Die zivilgesellschaftlichen Potentiale religiöser Migrantengemeinden. In: Alexander-Kenneth Nagel (Hg.): Religiöse Netzwerke. Die zivilgesellschaftlichen Potentiale religiöser Migrantengemeinden. Bielefeld: transcript (Kultur und soziale Praxis), S. 11–35.
- Nagel, Alexander-Kenneth (Hg.) (2015 b): Religiöse Netzwerke. Die zivilgesellschaftlichen Potentiale religiöser Migrantengemeinden. Bielefeld: transcript (Kultur und soziale Praxis).
- Nagel, Alexander-Kenneth (2015 c): Religiöse Vielfalt in der Stadt. In: *FORUM WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG* (3), S. 121–126.
- Nagel, Alexander-Kenneth (2016): Religiöse Migrantenorganisationen als soziale Dienstleister: Eine potentialorientierte Perspektive. In: *Soziale Passagen* 8 (1), S. 81–97.
- Nagel, Alexander-Kenneth (2018): Bedeutung und Wandel von Religion im Migrationskontext. In: Rauf Ceylan und Hacı-Halil Uslucan (Hg.): Transformation Religiöser Symbole und Religiöser Kommunikation in der Diaspora. Sozialpsychologische und Religionssoziologische Annäherungen an das Diskursfeld Islam in Deutschland. Wiesbaden: Vieweg, S. 19–39.
- Nagel, Alexander-Kenneth (2018): Religion, Ethnizität und Migration. In: Detlef Pollack, Volkhard Krech, Olaf Müller und Markus Hero (Hg.): Handbuch Religionssoziologie. Wiesbaden: Springer VS (SpringerLink Bücher), S. 981–1000.
- Nagel, Alexander-Kenneth (2019): Religiöse Akteure in der Flüchtlingshilfe: Positionierung, Mobilisierung, Kooperation. In: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 3 (2), S. 1–23. DOI: 10.1007/s41682-019-00041-w.
- Nagel, Alexander-Kenneth (2020): Religion und Soziale Arbeit. In: *Migration und Soziale Arbeit* 42 (4), S. 292–301.
- Nagel, Alexander-Kenneth; Kalender, Mehmer (2013): Religions and Dialogue. International Approaches. In: Wolfram Weisse, Katajun Amirpur, Anna Körs und Dörthe Vieregge (Hg.): Religions and dialogue. International approaches. 1. Aufl. s.l.: Waxmann Verlag GmbH (Religionen im Dialog, 7), S. 85–98.

Nagel, Alexander-Kenneth; El-Menouar, Yasemin (2017): Engagement für Geflüchtete - eine Sache des Glaubens? Die Rolle der Religion für die Flüchtlingshilfe. Die Rolle der Religion für die Flüchtlingshilfe.

Naumann, Thomas (2010): Feindbild Islam - Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst. In: Thorsten Gerald Schneiders (Hg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.

Nienaber, Birte; Reich, Alexandra (2015): Moscheebauten und Minarettstreit in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland am Beispiel der Selimiye-Moschee in Völklingen. In: Birte Nienaber und Ursula Roos (Hg.): Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung. Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Nouripour, Omid (2017): Was tun gegen Dschihadisten? Wie wir den Terror besiegen können. Originalausgabe. München: dtv (dtv premium).

Nuissl (2002): Vertrauen -- Kooperation -- Netzwerkbildung: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Öcal, Mehmet (2010): Eine Art von Islamophobie: Von Moscheen und Konflikten. In: Bülent Ucar (Hg.): Die Rolle der Religion im Integrationsprozess. Die deutsche Islamdebatte. Frankfurt am Main: Lang (Reihe für Osnabrücker Islamstudien, 2), S. 185–209.

Oebbecke, Janbernd (2006): Moscheebaukonflikte und der Beitrag des Rechts. Hg. v. Rüdiger Robert und Konegen Norbert (Hg.): Globalisierung und Lokalisierung Neubestimmung Kommunalen Deutschland Münster 2006 S. 273 –. 283 in Zur ursprünglich erschienen ist in: Robert.

Olbermann, Elke (2003): Soziale Netzwerke, Alter und Migration: Theoretische und empirische Explorationen zur sozialen Unterstützung älterer Migranten.

Özdil, Ali-Özgür (2002): Wenn sich die Moscheen öffnen. Moscheepädagogik in Deutschland, eine praktische Einführung in den Islam. Münster, New York: Waxmann (Religionspädagogik in einer multikulturellen Gesellschaft, 3).

Özmal, Leyla (2008): Kommunikation und zivilgesellschaftliches Engagement am Beispiel des Projekts „Begegnungsstätte in der Moschee“ in Duisburg- Marxloh. In: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Pagenstecher, Cord (1996): Die „Illusion“ der Rückkehr. Zur Mentalitätsgeschichte von „Gastarbeit“ und Einwanderung. In: *Soziale Welt* 47 (2), S. 149–179.

Parsons, Talcott (1960): Structure and process in modern societies. New York.

Pfündel, Katrin; Sticks, Anja; Tanis, Kerstin (2021): Muslimisches Leben in Deutschland 2020. Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. 1. Auflage. Nürnberg, Mittelfr: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Forschungsberichte Schriftenreihe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, 38).

Pieper, R. (2000): Institution. In: Gerd Reinhold (Hg.): Soziologie-Lexikon: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Pollack, Detlef (2007): Religion. In: Hans Joas (Hg.): Lehrbuch der Soziologie. 3., überarb. und erw. Aufl. Frankfurt/Main: Campus-Verl.

Pollack, Detlef (2010): Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“. Westfälische Wilhelms-Universität Münster.

Pollack, Detlef (2014): Grenzen der Toleranz: Deutschlands Plädoyer für die Ungleichbehandlung von Religionsgemeinschaften. In: Detlef Pollack, Olaf Müller, Gergely Rosta, Nils Friedrichs und Alexander Yendell (Hg.): Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa. Wiesbaden: Springer VS (Veröffentlichungen der Sektion Religionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie), S. 35–46.

Pollack, Detlef (2014): Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in ausgewählten Ländern Europas: Erste Beobachtungen. In: Detlef Pollack, Olaf Müller, Gergely Rosta, Nils Friedrichs und Alexander Yendell (Hg.): Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa. Wiesbaden: Springer VS (Veröffentlichungen der Sektion Religionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie), S. 13–34.

Pollack, Detlef; Müller, Olaf; Rosta, Gergely; Dieler, Anna (o. J.): Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland. Repräsentative Erhebung von TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster.

Powell, Walter W.; DiMaggio, Paul (1991): The new institutionalism in organizational analysis. 2. Aufl.: University of Chicago Press.

Preisendörfer, Peter (1995): Vertrauen als soziologische Kategorie. In: *Zeitschrift für Soziologie* 24 (4), S. 623. DOI: 10.1515/zfsoz-1995-0402.

Pries, Ludger (2010 a): (Grenzüberschreitende) Migrantenorganisationen als Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung: Klassische Problemstellungen und neuere Forschungsbefunde. In: Ludger Pries und Zeynep Sezgin (Hg.): Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Pries, Ludger (2010 b): Soziologie der Migration. In: Georg Kneer und Markus Schroer (Hg.): Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Priester, Karin (2008): Populismus als Protestbewegung. In: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika (2008): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourg (Lehr- und Handbücher der Soziologie).

Putnam, Robert D. (2001): Bowling alone. The collapse and revival of American community. 1. touchstone ed. New York, NY: Simon & Schuster.

Reichmuth, Stefan (2003): Deutschland. In: Ralf Elger (Hg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte, Alltag, Kultur. 4. aktualisierte und erw. Aufl. Bonn: BpB (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 383).

Rohe, Mathias (2001): Der Islam - Alltagskonflikte und Lösungen. Rechtliche Perspektiven. 1. Aufl., Originalausgabe. Freiburg im Breisgau: Herder (Herder-Spektrum, 4942).

Rohe, Mathias (2016): Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. 1. Auflage. München: C.H. Beck (C.H. Beck Paperback, 6253). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=4713289>.

Rommelspacher, Birgit (1998): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. 2. Aufl. Berlin: Orlanda-Frauenverl. Online verfügbar unter <http://bookview.libreka.de/retailer/urlResolver.do?id=9783929823295&retid=100024>.

Rosenow, Kerstin (2010): Von der Konsolidierung zur Erneuerung - Eine organisationssoziologische Analyse der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB). In:

- Ludger Pries und Zeynep Sezgin (Hg.): *Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Rosenow-Williams, Kerstin (2012): *Organizing Muslims and integrating Islam in Germany. New developments in the 21st century*. Leiden, Boston: Brill (Muslim minorities, 12).
- Rosenow-Williams, Kerstin (2013): *DITIB und IGMG als grenzüberschreitende islamische Akteure - ein Vergleich*. Hg. v. Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Rückamp, Veronika (2021): *Alltag in der Moschee. Eine Feldforschung jenseits von Integrationsfragen*. 1. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag (Globaler lokaler Islam).
- Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2019): *Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2018*.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2016): *Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer*.
- Saint-Blancat, Chantal; Di Schmidt Friedberg, Ottavia (2005): *Why are Mosques a Problem? Local Politics and Fear of Islam in Northern Italy*. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 31, S. 1083–1104.
- Sandhu, Swaran (2012): *Public Relations und Legitimität. Der Beitrag des organisationalen Neo-Institutionalismus für die PR-Forschung*. Zugl.: Stuttgart, Univ. Hohenheim, Diss., 2011. Wiesbaden: Springer VS (Organisationskommunikation). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-19304-5>.
- Sauer, Martina; Halm, Dirk (2009): *Erfolge und Defizite der Integration türkeistämmiger Einwanderer. Entwicklung der Lebenssituation 1999 bis 2008*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91872-3>.
- Schäfers, Bernhard (2002): *Soziales Handeln und seine Grundlagen: Normen, Werte, Sinn*. In: Hermann Korte und Bernhard Schäfers (Hg.): *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie*. 6., erw. und aktualisierte Aufl. Opladen: Leske + Budrich.
- Schäfers, Bernhard (2006): *Architektursoziologie. Grundlagen - Epochen - Themen*. 2., durchges. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Soziologie der Architektur, der Stadt und des Wohnens / Bernhard / i.e. Bernhard] Schäfers, Bd. 1). Online verfügbar unter [http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2825561&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2825561&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).
- Scherr, Albert; Peuckert, Rüdiger (2006): *Interaktion*. In: Bernhard Schäfers, Johannes Kopp und Bianca Lehmann (Hg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 9., grundlegend überarb. und aktualisierte Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Schiffauer, Werner (1998): *Ausbau von Partizipationschancen islamischer Minderheiten als Weg zur Überwindung des islamischen Fundamentalismus?* In: Heiner Bielefeldt und Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Politisierte Religion. Ursachen und Erscheinungsformen des modernen Fundamentalismus*. Orig.-Ausg., Erstausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp Kultur und Konflikt, 2073).
- Schmid, Hansjörg (2008): *Was die bosnischen Muslime modellhaft macht*.
- Schmid, Hansjörg; Akca, Ayşe Almıla; Barwig, Klaus (2008): *Gesellschaft gemeinsam gestalten. Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Schmidt, Manfred (2002): *Fallstudie*. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien - Methoden - Begriffe*. Orig.-Ausg. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1464), S. 220–221.

- Schmitt, Thomas (2003): Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung: Forschungen zur deutschen Landeskunde Bd. 252.
- Schmitt, Thomas (2011): Städtebaulich markante Moscheen in Deutschland. Online verfügbar unter [http://aktuell.nationalatlas.de/moscheen-4\\_04-2011-0-html/](http://aktuell.nationalatlas.de/moscheen-4_04-2011-0-html/).
- Schmitt, Thomas (2012): Moschee-Debatten als raumbezogene, interkulturelle und interreligiöse Konflikte. In: Gideon Botsch (Hg.): Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich. Berlin, Boston: De Gruyter (Europäisch-jüdische Studien Kontroversen, 1), 191–200.
- Schmitt, Thomas (2013): Moschee-Konflikte und deutsche Gesellschaft. In: Dirk Halm und Hendrik Meyer (Hg.): Islam und die deutsche Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS (Islam und politik), S. 145–166.
- Schmucker, Werner (2005): Sekten und Sondergruppen. In: Werner Ende und Udo Steinbach (Hg.): Der Islam in der Gegenwart. 5., aktualisierte und erw. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für politische Bildung, 501), S. 712–732.
- Schneider, Steffen (2012): Empirische Legitimationsforschung. Sind lokale politische Systeme legitim? . In: *FORUM WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG* 4, S. 186–190.
- Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.) (2010): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92385-7>.
- Schnur, Olaf (2003): Lokales Sozialkapital für die „soziale Stadt“. Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Wiesbaden, s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-99273-4>.
- Schnur, Olaf (2008): Gute Beziehungen, schlechte Beziehungen: Lokales Sozialkapital und soziale Integration von Migranten im Quartier. VHW.
- Schoppengerd, Johanna (2008): Moscheebauten in Deutschland. Rahmenbedingungen, Fallbeispielanalyse, Empfehlungen für die kommunale Ebene. Dortmund: IRPUD Inst. für Raumplanung. Online verfügbar unter [http://www.gbv.de/dms/weimar/toc/574990186\\_toc.pdf](http://www.gbv.de/dms/weimar/toc/574990186_toc.pdf).
- Schröter, Franziska; Rotthaus, Gaby; Donaiski, Peter (2019): Kurzzusammenfassung. Mitte-Studie. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter <https://www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.
- Schubert, Nelly (2022): Inter(ethno)religiöse Kooperation. Erscheinungsformen und Kontexte kommunaler Repräsentationsbeziehungen zwischen lokalen Religionsgemeinschaften im Ruhrgebiet. Dissertation. Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen.
- Schüler, Roland (2013): Mediation bei Moscheebauten in Deutschland. Moscheen werden sichtbar. In: *perspektive mediation*.
- Schwarze, Dietrich (2006): Liebe Leserinnen und Leser. Newsletter WIN. Hg. v. Wittener Internationales Netzwerk (3).
- Scott, W. Richard (2001): Institutions and organizations. Ideas, interests and identities. Fourth edition. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: Sage.
- Simmel, Georg (1907): Soziologie der Sinne. In: *Die Neue Rundschau* 18, S. 1025–1036. Online verfügbar unter <https://socio.ch/sim/verschiedenes/1907/sinne.htm>.
- Simmel, Georg (1908): Soziologie Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin: Duncker & Humblot.

- Soper, J. Christopher; Fetzer, Joel S. (2003): Explaining the Accommodation of Muslim Religious Practices in France, Britain, and Germany. In: *French Politics*, S. 39–59.
- Soysal, Yasemin Nuhoğlu (1997): Changing Parameters of Citizenship and Claims-Making: Organized Islam in European Public Spheres. In: *Theory and Society* 26 (4), S. 509–527. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/657859>.
- Spielhaus, Riem (2011): Wer ist hier Muslim? Die Entwicklung eines islamischen Bewusstseins in Deutschland zwischen Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung. Würzburg: Ergon Verlag (Muslimische Welten, Band 3).
- Spielhaus, Riem (2013): Muslime in der Statistik. Wer ist Muslim und wenn ja wie viele? Ein Gutachten im Auftrag des Mediendienst Integration. Hg. v. Mediendienst Integration.
- Spielhaus, Riem; Herzog, Martin (2015): Die rechtliche Anerkennung des Islams in Deutschland. Ein Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin (Arbeitspapier Religion und Politik, 1). Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11386.pdf>.
- Stelzer, Franziska (2008): Legitimierungsstrategien junger Unternehmen – Ergebnisse einer experimentellen Studie. Hg. v. Schumpeter School of Business and Economics. Wuppertal (SCHUMPETER DISCUSSION PAPERS).
- Stichs, Anja (2016): Wie viele Muslime leben in Deutschland? Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31. Dezember 2015. Hg. v. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Strohmeier, Klaus Peter (2006): Segregation in den Städten. Unter Mitarbeit von Safet Alic. Hg. v. Friedrich- Ebert- Stiftung.
- Suchman, Mark C. (1995): MANAGING LEGITIMACY: STRATEGIC AND INSTITUTIONAL APPROACHES. In: *Academy of Management Review* 20 (3), S. 571–610.
- Suder, Piotr (2013): Repräsentative Moscheen, Legitimität und kommunales Networking. In: Alexander-Kenneth Nagel (Hg.): Diesseits der Parallelgesellschaft. Neuere Studien zu religiösen Migrantengemeinden in Deutschland. 11, 1., Aufl. Bielefeld: transcript, S. 69–96.
- Suder, Piotr (2015): Die zivilgesellschaftlichen Potentiale von Moscheevereinen. In: Alexander-Kenneth Nagel (Hg.): Religiöse Netzwerke. Die zivilgesellschaftlichen Potentiale religiöser Migrantengemeinden. Bielefeld: transcript (Kultur und soziale Praxis).
- Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Orig.-Ausg. Berlin: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2589).
- Tezcan, Levent (2000): Kulturelle Identität und Konflikt. Zur Rolle politischer und religiöser Gruppender türkischen Minderheitsbevölkerung. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim: Juventa-Verl.
- Tezcan, Levent (2006): Interreligiöser Dialog und politische Religionen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, S. 26–32.
- Tezcan, Levent (2007): Der exzessive Dialog der Religionen. In: *Bi.research, das Forschungsmagazin der Universität Bielefeld*, S. 27–30.
- Tiberius, Victor: Prozesse und Dynamik des Netzwerkwandels. 1. Aufl. Wiesbaden, Zugl. Braunschweig: Gabler Verlag / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-8349-9882-8>.
- Tibi, Bassam (2009): Euro-Islam. Die Lösung eines Zivilisationskonfliktes. Darmstadt: Primusverl.

Trappmann, Mark; Hummell, Hans J.; Sodeur, Wolfgang (2011): Strukturanalyse sozialer Netzwerke. Konzepte, Modelle, Methoden. 2., überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden (Studienskripte zur Soziologie).

Trier, Matthias (2010): Struktur und Dynamik in der Netzwerkanalyse. In: Christian Stegbauer (Hg.): Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften.

Trukeschitz, Birgit (2006): Im Dienst Sozialer Dienste. Ökonomische Analyse der Beschäftigung in sozialen Dienstleistungseinrichtungen des Nonprofit Sektors. Doctoral Thesis. 1. Aufl. Frankfurt a.M: Peter Lang GmbH Internationaler Verlag der Wissenschaften (Forschungsergebnisse der Wirtschaftsuniversität Wien, 11). Online verfügbar unter <https://www.peterlang.com/view/product/57953?format=EPDF>.

Tworuschka, Monika (2009): Grundwissen Islam. Religion, Politik und Gesellschaft. Unter Mitarbeit von Udo Tworuschka. Vierte, erweiterte und aktualisierte Auflage. Münster: Aschendorff Verlag.

Ulusoy, Yunus (2008): Ausfallbürge der Mehrheitsgesellschaft. Stand und Entwicklungsperspektiven von sozialen Diensten durch muslimische Organisationen. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 4/2008, S. 127–128.

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (2005): Zuwanderer in der Stadt Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. Online verfügbar unter <https://repository.difu.de/jspui/handle/difu/134767>.

Vester, Heinz-Günter (2010): Kompendium der Soziologie III: Neuere soziologische Theorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92158-7>.

Virchow, Fabian; Langebach, Martin; Häusler, Alexander (Hg.) (2017): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS (Edition Rechtsextremismus). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3>.

Volk, Thomas (2015): Islam - Islamismus. Eine Klärung in aufgeregten Zeiten. Ausgabe 164. Hg. v. Konrad Adenauer Stiftung (Analysen & Argumente).

Voll, Franz (2016): Inside Duisburg-Marxloh. Ein Stadtteil zwischen Alltag und Angst. 1st ed. Zürich: Orell Füssli Verlag. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=5103427>.

Walgenbach, Peter; Meyer, Renate (2008): Neoinstitutionalistische Organisationstheorie. Stuttgart [Germany]: W. Kohlhammer.

Wasserman, Stanley; Faust, Katherine (1998): Social network analysis. Methods and applications. Reprinted. Cambridge: Cambridge Univ. Press (Structural analysis in the social sciences, 8). Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/bowker/toc/9780521382694.pdf>.

Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen.

Weber, Max (1984): Soziologische Grundbegriffe. 6., erneut durchges. Aufl. Tübingen: Mohr (UTB für Wissenschaft Uni-Taschenbücher, 541).

Wilde, Annette (2013): Ein Hindu-Pilgerort in Westfalen: Zur gesellschaftspolitischen und sozio-religiösen Bedeutung des Kamadchi-Tempel von Hamm-Uentrop als neue kulturelle Kontaktzone. In: Edith Franke und Katja Triplett (Hg.): Religion und Politik im gegenwärtigen Asien. Konvergenzen und Divergenzen. Berlin: Lit (Religiöse Gegenwart Asiens, volume 7), S. 13–52.

Wimmer, Andreas (2008): Ethnische Grenzziehungen in der Immigrationsgesellschaft. Jenseits der Herder'schen Commonsense. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (Sonderheft 48), S. 57–80.

Wolff, Stephan (2007): Dokumenten- und Aktenanalyse. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. 7. Aufl., Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl., S. 502–513.

Yol-Gedikli, Funda (2016): Warum werden muslimische Religionsgemeinschaften nicht ‚anerkannt‘? In: *IslamiQ*. Online verfügbar unter <https://www.islamiq.de/2016/01/10/14843/>.

Zemke, Reinhold (2008): Die Moschee als Aufgabe der Stadtplanung. Städtebauliche, baurechtliche und soziale Aspekte zur Integration des islamischen Gotteshauses in die Stadt und ihre Gesellschaft ; ein Handlungsleitfaden für Planer, Architekten und Bauherren. [1. Aufl.]. Münster, Westf.: LIT-Verl. Online verfügbar unter [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3044848&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3044848&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).

### **Dokumente (amtlich)**

Al-Muhajirin Moschee in Bonn e.V.: Überarbeitetes Nutzungskonzept. Drucksache 0912832ED2.

Al-Muhajirin Moschee in Bonn e.V. (2009): Nutzungskonzept.

Deutscher Bundestag (2017): Einfluss ausländischer Staaten, Parteien und Stiftungen auf islamische Gemeinschaften in Deutschland und offene Fragen aus der Deutschen Islam Konferenz (DIK). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Katja Keul, Dr. Tobias Lindner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/13465 –. 29.09.2017.

Deutscher Bundestag (2018): Finanzierung von Moscheen bzw. „Moscheevereinen“ (WD 10 - 3000 - 028/18).

Die Landesregierung (2014): Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 2947 vom 27. November 2014 der Abgeordneten Serap Güler CDU. Drucksache 16/7451.

DITIB Bildungs- und Begegnungsstätte zu Duisburg-Marxloh e.V. (2010): DITIB Bildungs- und Begegnungsstätte e.V. Satzung.

DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V. (o. J.): Moscheebau in Duisburg-Marxloh. Informationsheft zum Moscheebauprojekt.

Lukat, Jörg: Abschlussbericht und Empfehlungen des Runden Tisches zu den Bauplanungen und zur Standortsuche des DITIB-Vereins, Feldstraße 206. zur Vorlage an Herrn Bürgermeister Dr. Uli Paetzel und Herrn Stadtbaurat Volker Lindner. Abschlussbericht Runder Tisch, Stand 12.07.2011.

Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen (11.01.13): Unterrichtung des Landtags NRW nach § 99 Landeshaushaltsordnung über die Prüfung von Zuwendungen für die Förderung der Errichtung der Begegnungsstätte am Moscheeneubau Warbruckstraße in Duisburg-Marxloh im Rahmen des Programms Soziale Stadt. Düsseldorf.

Stadt Bonn (2006): Dringender Bürgerantrag. zur Beschlussvorlage - Drucksachennummer - 0611850 anlässlich der Sitzung des Unterausschusses Bauplanung am 16. August 2006. Drucksache 0612248ED2.

Rat der Muslime in Bonn (2007): Bonns Muslime sind enttäuscht. Hg. v. Rat der Muslime in Bonn (Bonner Muslimblatt. Die Stimme des Rats der Muslime in Bonn, 1).



Stadt Bonn (2007): Grundstück Bonn, Hohe Straße 89 - Nutzungsänderung und Umbau einer Betriebshalle in ein islamisches Kulturzentrum, Az.: 151195. Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung. Drucksache 0710354ST3.

Stadt Bonn (2007): Grundstück Bonn, Hohe Straße 89 - Nutzungsänderung und Umbau einer Betriebshalle in ein islamisches Kulturzentrum. Drucksache 0710354.

Stadt Bonn (2009): Beschlussvorlage. Moscheeneubau durch den Verein Al-Muhajirin e.V. am Standort Brühler Straße 28. Drucksache 0912440.

Stadt Bonn (2009): Änderungsantrag. Moscheeneubau durch den Verein Al-Muhajirin e.V. am Standort Brühler Straße 28. Drucksache 0912440AA4.

Stadt Bonn (2009): Beschlussvorlage. Moscheeneubau durch den Verein Al Muhajirin e.V. am Standort Brühler Straße 28. Drucksache 0912832NV4.

Stadt Bonn (2009): Ergänzungsblatt. Moscheeneubau durch den Verein Al-Muhajirin e.V. am Standort Brühler Straße 28 hier: Zustimmung zum überarbeiteten Nutzungskonzept. Drucksache 0912832EB6.

Stadt Bonn (2010): Integrationskonzept der Bundesstadt Bonn. Hg. v. Stadt Bonn. Integrationsbeauftragte.

Stadt Bonn (2011): Kleine Anfrage. Zusammenarbeit mit der Al-Muhajirin-Moschee. Drucksache 1110207.

Stadt Bonn (2011): Große Anfrage. Drucksachen-Nr. 1112672.

Stadt Bonn Statistikstelle: Migranten in Bonn. Migranten in unserer Stadt. Vortrag 07.06.2010. Unter Mitarbeit von Referent: Dipl.- Geogr. Kosack. Hg. v. Stadt Bonn Statistikstelle.

Stadt Bonn Statistikstelle (2020): Statistik aktuell. Bevölkerung in der Bundesstadt Bonn. Stichtag 31.12.2019.

Stadt Duisburg (o. J.): Das Duisburger Integrationskonzept. Unter Mitarbeit von Referat für Integration. Hg. v. Stadt Duisburg.

Stadt Duisburg; Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (EG DU) (2017): Soziale Stadt NRW – Duisburg-Marxloh. Managementfassung des Integrierten Handlungskonzepts. Hg. v. Stadt Duisburg und Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (EG DU).

Stadt Herten (2008): Schreiben des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen zum Thema „VIKZ“. Drucksache.

Stadt Herten (2008): TOP 19 Integrationsarbeit in Herten - Auftrag aus der letzten Ratssitzung.

Stadt Herten (2011): "Runder Tisch Langenbochum"- Beschluss des Rates zum weiteren Vorgehen. Drucksache 11/222.

Stadt Witten (o. J.): Treffen des Wittener Internationalen Netzwerks am 1.12.2011.

Statistisches Landesamt des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): Strukturdaten für Witten, Stadt.

### **Internetpublikationen**

Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland (AMJ): Einführung - Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland. Online verfügbar unter <https://ahmadiyya.de/ahmadiyya/einfuehrung>, zuletzt geprüft am 04.07.2021.

Alder, Yasin (2003): Was ist eine Moschee? - eine multifunktionale Einrichtung. Yasin Alder über die Aspekte der Ganzheitlichkeit einer klassischen Moschee(anlage) . Online verfügbar unter <https://www.islamische-zeitung.de/was-ist-eine-moschee-eine-multifunktionale-einrichtung/>, zuletzt geprüft am 10.11.2011.

Al-Muhajirin Moschee in Bonn e.V.: Facebook-Profil von Al-Muhajirin-Moschee. Online verfügbar unter <https://de-de.facebook.com/AlMuhajirinMoscheeBonn/?rf=1401604553391888>, zuletzt geprüft am 26.06.2021.

Al-Muhajirin Moschee in Bonn e.V. (2011): Geht's noch? Online verfügbar unter <http://www.almuhajirin-bonn.de/?p=132>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Al-Muhajirin Moschee in Bonn e.V. (2011): Nutzungskonzept. Online verfügbar unter <https://www.almuhajirin.de/DE/NUTZUNGSKONZEPT/>, zuletzt geprüft am 01.11.2018.

Al-Muhajirin Moschee in Bonn e.V. (2017): Veranstaltungskalender. Online verfügbar unter <https://almuhajirin.de/>, zuletzt geprüft am 08.07.2017.

Arbeitskreis "Vielfalt in Tannenbusch": AK Vielfalt in Tannenbusch. Online verfügbar unter <https://vielinbusch.de/das-sind-wir/ak-vielfalt/>, zuletzt geprüft am 27.06.2021.

Arbeitskreis Muslime und Christen im Bonner Norden (MuChri): Über uns. Online verfügbar unter <http://www.muchri.de/>, zuletzt geprüft am 12.11.2016.

Arslan, Emre (2017): Nationalismus und Autoritarismus auf Türkisch. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260337/nationalismus-und-autoritarismus-auf-tuerkisch>.

Bertelsmann-Stiftung (2008): Muslime in Deutschland sind sehr religiös und orientieren sich auch im Alltag an ihren Glaubensvorstellungen. Hohes Maß an religiöser Toleranz - Wenig Einfluss auf die Politik - Große Vielfalt zwischen Glaubensrichtungen und Herkunftsländern. Online verfügbar unter [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F0A-4491D89B/bst/hs.xsl/nachrichten\\_90459.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F0A-4491D89B/bst/hs.xsl/nachrichten_90459.htm), zuletzt aktualisiert am 2008, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Bosnisches Kulturzentrum- Gemeinde Witten e.V.: BKC-Witten e.V. Online verfügbar unter <http://www.bkc-witten.de/>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Bozay, Kemal (2017): Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland>, zuletzt geprüft am 06.06.21.

Bundesamt für Verfassungsschutz: Extremismus/Radikalismus. Online verfügbar unter <https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/extremismus-radikalismus>, zuletzt geprüft am 10.12.2020.

Bundesministerium des Innern (o. J.): Körperschafts-status. Online verfügbar unter <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/staat-und-religion/koerperschaftsstatus/koerperschaftsstatus-node.html>, zuletzt aktualisiert am 25.09.2017, zuletzt geprüft am 04.07.2021.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Radikalisierungsprävention. Bundesprogramm "Demokratie leben!" . Online verfügbar unter [https://www.demokratie-leben.de/mp\\_radikalisierungspraevention/modellprojekte-zur-radikalisierungspraevention/extremismuspraevention-durch-professionelle-jugendarbeit-in-moscheegemeinden.html](https://www.demokratie-leben.de/mp_radikalisierungspraevention/modellprojekte-zur-radikalisierungspraevention/extremismuspraevention-durch-professionelle-jugendarbeit-in-moscheegemeinden.html), zuletzt geprüft am 21.10.2018.

Bundeszentrale für politische Bildung: Türkische Minderheit in Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/izpb/9698/tuerkische-minderheit-in-deutschland?type=galerie&show=image&i=126316>, zuletzt geprüft am 19.06.2021.

Bündnis "Bonn stellt sich quer": Über uns. Online verfügbar unter <http://www.bonn-stellt-sich-quer.de/%C3%BCber-bssq>, zuletzt geprüft am 29.08.2017.

Charchira, Samy (2014): Von der Moscheegemeinde zum Träger sozialer Arbeit. Online verfügbar unter <https://www.migazin.de/2014/11/28/von-der-moscheegemeinde-zum-traeger-sozialer-arbeit/>.

Designlexikon: Form follows function. Online verfügbar unter <http://www.designlexikon.net/Fachbegriffe/F/formfollowsfunkt.html>, zuletzt geprüft am 01.07.2021.

Deutschlandfunk (2016): Moscheen in Deutschland - Fromm, unauffällig - und gefährlich? Online verfügbar unter [https://www.deutschlandfunk.de/moscheen-in-deutschland-fromm-unauffaellig-und-gefaehrlich.724.de.html?dram:article\\_id=361983](https://www.deutschlandfunk.de/moscheen-in-deutschland-fromm-unauffaellig-und-gefaehrlich.724.de.html?dram:article_id=361983), zuletzt geprüft am 04.07.2021.

Diakonie-Ruhr: Witten steht ein für Glaubensfreiheit. Online verfügbar unter <https://www.diakonie-ruhr.de/suchseite?id=27376>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Die GRÜNEN in Bonn/Frank Müller (2010): Moschee als Chance für Bonn sehen. Online verfügbar unter <https://www.gruene-bonn.de/partei/2010/10/08/moschee-als-chance-fuer-bonn-sehen/>, zuletzt geprüft am 26.06.2021.

DITIB Bildungs-und Begegnungsstätte zu Duisburg-Marxloh e.V. (2011): Bildungsprogramm der Begegnungsstätte 2011. Online verfügbar unter [https://www.ditib-du.de/?option=com\\_content&view=category&id=43](https://www.ditib-du.de/?option=com_content&view=category&id=43), zuletzt geprüft am 12.12.2013.

DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V.: DITIB Duisburg. Geschichte. Online verfügbar unter <https://www.ditib-du.de/ditib-du/>, zuletzt geprüft am 13.06.21.

Duden: Wunder. Online verfügbar unter <https://www.duden.de/rechtschreibung/Wunder>, zuletzt geprüft am 10.09.2013.

Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (EG-DU): "Skulptur des Dialogs". Online verfügbar unter [https://www2.duisburg.de/micro/eg-du/marxloh\\_projekte/Projekt\\_Skulptur\\_d\\_Dialogs\\_mxl.php](https://www2.duisburg.de/micro/eg-du/marxloh_projekte/Projekt_Skulptur_d_Dialogs_mxl.php), zuletzt geprüft am 21.06.2021.

Fouad, Hazim: Islamismusprävention aus Sicht der Sicherheitsbehörden -. Hg. v. Konrad Adenauer Stiftung. Online verfügbar unter <https://www.kas.de/de/web/islamismus/islamismus-spraevention-aus-sicht-der-sicherheitsbehoerden>, zuletzt geprüft am 04.07.2021.

Fraueninitiative für Bildung und Erziehung (FIBER e.V.): Malkurs für Mädchen. Online verfügbar unter <http://fiber-bonn.de/products/malkurs-fuer-maedchen/>, zuletzt geprüft am 27.06.2021.

Fritzsche, Nora; Puneßen, Anja: Aufwachsen in salafistischen Familien – Herausforderung für die Jugendhilfe zwischen Religionsfreiheit und möglicher Kindeswohlgefährdung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/257455/aufwachsen-in-salafistischen-familien-zwischen-religionsfreiheit-und-moeglicher-kindeswohlgefaehrdung>, zuletzt geprüft am 28.12.2020.

Geschäftsstelle der Deutschen Islam Konferenz Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Über die DIK. Hg. v. Geschäftsstelle der Deutschen Islam Konferenz Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Online verfügbar unter [https://www.deutsche-islam-konferenz.de/DE/Startseite/startseite\\_node.html](https://www.deutsche-islam-konferenz.de/DE/Startseite/startseite_node.html), zuletzt geprüft am 04.07.2021.

haekelclub590 (2020.000Z): Gegen Islamophobie und antimuslimischen Rassismus. Online verfügbar unter <http://haekelclub590.de/?p=313>, zuletzt aktualisiert am 16.12.2020.000Z, zuletzt geprüft am 16.12.2020.387Z.

Helfferich, Cornelia (2009): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91858-7>.

Hollenbach, Michael (2017): Reformier des Islam? Die Ahmadiyya-Gemeinschaft. Online verfügbar unter <https://www.ndr.de/ndrkultur/sendungen/freitagsforum/Reformer-des-Islam-Die-Ahmadiyya-Gemeinschaft,hollenbachahmadiyya100.html>.

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeit in Nordrhein-Westfalen (<https://www.ida-nrw.de/themen/rassismus/gegenwart#c91>): Rassismus, zuletzt aktualisiert am <https://www.ida-nrw.de/themen/rassismus/gegenwart#c91>, zuletzt geprüft am 04.07.2021.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs: Selbstdarstellung. Online verfügbar unter <https://www.igmg.org/selbstdarstellung/>, zuletzt geprüft am 04.07.2021.

Islamweb: Inviting non-Muslims to mosques and having them observe prayers. Fatwa No: 83119. Online verfügbar unter <https://www.islamweb.net/en/fatwa/83119/inviting-non-muslims-to-mosques-and-having-them-observe-prayers>, zuletzt geprüft am 03.07.2021.

Kampagne "Made in Marxloh": "Made in Marxloh". Online verfügbar unter <https://www.madeinmarxloh.de>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Kirchenkreis Hattingen-Witten: „Grundrecht der Glaubensfreiheit“. Online verfügbar unter <https://www.kirche-hawi.de>, zuletzt geprüft am 12.12.2014.

König Fahd Akademie. Online verfügbar unter <http://www.kfa-bonn.de/>, zuletzt geprüft am 12.08.2016.

Koordinationsrat der Muslime (2020+00:00): Tag der offenen Moschee - KRM. Online verfügbar unter <http://koordinationsrat.de/tag-der-offenen-moschee>, zuletzt aktualisiert am 04.05.2020+00:00, zuletzt geprüft am 01.12.2020.

Kuveyt Türk (KT) Bank: KT Bank AG. Online verfügbar unter <https://www.kt-bank.de/>, zuletzt geprüft am 26.06.2021.

Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch ; [Online-Materialien]. Weinheim (Grundlagen Psychologie). Online verfügbar unter [http://www.content-select.com/index.php?id=bib\\_view&ean=9783621278409](http://www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783621278409).

Leggewie, Claus (2002): Auf dem Weg zum Euro-Islam? Moscheen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland - Herbert Quandt-Stiftung Bad Homburg, Sinclair-Haus-Gespräche, Dialog der Kulturen, Stipendienprogramm für Nachwuchsjournalisten. com2 gmbh, bad homburg. Online verfügbar unter [http://www.h-quandt-stiftung.de/root/index.php?page\\_id=662&](http://www.h-quandt-stiftung.de/root/index.php?page_id=662&), zuletzt geprüft am 17.08.2009.

Liberal-Islamischer Bund e.V: LIB e.V. Online verfügbar unter <https://lib-ev.jimdo.com/>, zuletzt geprüft am 04.07.2021.

maps123.net: Ditib Herten Cami Moschee. Online verfügbar unter <https://maps123.net/en/DE/ditib-herten-cami-moschee-p111190>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Marxloher Bündnis (2010): Aufruf. Online verfügbar unter [www.marxloher-buendnis.de](http://www.marxloher-buendnis.de), zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Marxloher Bündnis (2010): Erklärung Marxloher Bündnis. Online verfügbar unter [www.marxloher-buendnis.de](http://www.marxloher-buendnis.de), zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Netzwerk Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte (2017): Informationsveranstaltung: Mein Beruf, meine Zukunft, mit Ausbildung zum Erfolg. Online verfügbar unter <http://www.lmz-nrw.de/informationsveranstaltung-mein-beruf-meine-zukunft-mit-ausbildung-zum-erfolg-in-der-bonner-al-muhajirin-moschee/>, zuletzt geprüft am 30.09.2017.

Noorania e.V.: Noorania e.V. Online verfügbar unter <https://www.noorania-bzz.de/>, zuletzt geprüft am 11.06.2018.

Otto-Schott-Realschule. Online verfügbar unter [https://www.otto-schott-realschule.de/index.php?id=168&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=667&cHash=f21c2017601a52aee4cb61ecf985cf3](https://www.otto-schott-realschule.de/index.php?id=168&tx_ttnews%5Btt_news%5D=667&cHash=f21c2017601a52aee4cb61ecf985cf3), zuletzt geprüft am 05.09.2016.

Polizei Duisburg: Kontaktbeamten. Online verfügbar unter [https://polizei.nrw/DUISBURG/ARTIKEL\\_\\_256.HTML](https://polizei.nrw/DUISBURG/ARTIKEL__256.HTML), zuletzt geprüft am 25.03.13.

Powell, Walter W.: The New Institutionalism. Online verfügbar unter <http://www.stanford.edu/group/song/papers/NewInstitutionalism.pdf>.

PRO NRW Witten: PRO NRW . Online verfügbar unter <https://www.facebook.com/proNRW.Ennepe.Ruhr/>, zuletzt geprüft am 12.12.2014.

Rat der Muslime in Bonn (2007): CDU-Fraktion besichtigt Moschee in der Theaterstraße und diskutiert mit Rat der Muslime. Online verfügbar unter [http://muslimrat-bonn.de/index.php?id=9&tx\\_ttnews\[pointer\]=2&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=17&tx\\_ttnews\[backPid\]=10&cHash=958f01313d](http://muslimrat-bonn.de/index.php?id=9&tx_ttnews[pointer]=2&tx_ttnews[tt_news]=17&tx_ttnews[backPid]=10&cHash=958f01313d), zuletzt geprüft am 12.12.2011.

Regionalverband Ruhr: DITIB-Merkez-Moschee. Online verfügbar unter <http://www.metro-poleruhr.de/freizeit-sport/ausflugsziele/duisburg/ditib-merkez-moschee.html>, zuletzt geprüft am 13.12.2014.

Regionalverband Ruhr: Merkez-Moschee-Duisburg-Marxloh. Online verfügbar unter <http://www.route-industriekultur.de/themenrouten/26-sakralbauten/merkez-moschee-du-marxloh.html>, zuletzt geprüft am 13.12.2014.

REMID – Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst e.V: Mitgliederzahlen: Islam. Online verfügbar unter [https://www.remid.de/info\\_zahlen/islam/](https://www.remid.de/info_zahlen/islam/), zuletzt geprüft am 04.07.2021.

S.C. CYLEX TECHNOLOGIA INFORMATIEI INTERNATIONAL S.N.C.: al-Muhajirin Hajj und Umra Reisen und Services, Bonn. Online verfügbar unter <https://web2.cylex.de/firma-home/al-muhajirin-hajj-und-umra-reisen-und-services-10470011.html>, zuletzt geprüft am 26.06.2021.

Schiffauer, Werner (2019): Die Logik des Verdachts. Hg. v. Mediendienst Integration. Online verfügbar unter <https://mediendienst-integration.de/artikel/die-logik-des-verdachts-1.html>, zuletzt geprüft am 02.07.2021.

Soziale Stadt (o.J.): Gebietscharakter und Ausgangslage. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Online verfügbar unter [http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile\\_projekte/profil.php?st=bonn-tannenbusch](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/profil.php?st=bonn-tannenbusch), zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Stadt Bonn (2011): Berichte über Islamisten in Bonn sind der Stadtverwaltung bekannt. Online verfügbar unter [http://www.bonn.de/rat\\_verwaltung\\_buergerdienste/presseportal/pressemitteilungen/14677/](http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/presseportal/pressemitteilungen/14677/), zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Stadt Bonn (2013): Rat der Muslime will Fehler korrigieren. Online verfügbar unter [http://www.bonn.de/rat\\_verwaltung\\_buergerdienste/presseportal/pressemitteilungen/23581/index.html?lang=de](http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/presseportal/pressemitteilungen/23581/index.html?lang=de), zuletzt geprüft am 12.10.2014.

Stadt Bonn (2020): Bonn in Zahlen. Online verfügbar unter <https://www.bonn.de/service-bieten/aktuelles-zahlen-fakten/bonn-in-zahlen.php>.

Stadt Duisburg (o. J.): Gülhane – Rosen für Marxloh: Interview mit Duisburgs Integrationsbeauftragte Leyla Özmal und Gitti Schwantes, Rosen für Marxloh e.V. | wir-sind-du. Stadt Duisburg. Online verfügbar unter <http://www.wir-sind-du.de/2010/07/gulhane-rosen-fur-marxloh-interview-mit-duisburgs-integrationsbeauftragte-leyla-ozmal-und-gitti-schwantes-rosen-fur-marxloh-e-v/>, zuletzt aktualisiert am 06.06.2021.000Z, zuletzt geprüft am 06.06.21.

Stadt Duisburg: Made in Marxloh. Online verfügbar unter <https://www.duisburg.de/wohnen-leben/geografisch/stadtbezirke/made-in-marxloh.php>, zuletzt geprüft am 19.06.2021.

Stadt Duisburg (2021): Einwohnerstatistik der Stadt Duisburg. Hg. v. Stadt Duisburg. Online verfügbar unter <https://opendata-duisburg.de/dataset/einwohnerstatistik>, zuletzt geprüft am 06.06.21.

Stadt Witten: HERZLICH WILLKOMMEN. Online verfügbar unter <https://win.witten.de/willkommen/>, zuletzt geprüft am 27.06.2021.

Stadt Witten (2018): Moscheeführung: Jetzt anmelden für den 23. Juni. Online verfügbar unter [https://www.witten.de/rathaus-service/verwaltung/presseinformationen/news-einzelsicht/news/moscheefuehrung-jetzt-anmelden-fuer-den-23-juni/?tx\\_news\\_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=7db1784669fe72d875e783f6c791c659](https://www.witten.de/rathaus-service/verwaltung/presseinformationen/news-einzelsicht/news/moscheefuehrung-jetzt-anmelden-fuer-den-23-juni/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=7db1784669fe72d875e783f6c791c659), zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Stangl, Werner (2020): Kontakthypothese (Online Lexikon für Psychologie und Pädagogik). Online verfügbar unter <https://lexikon.stangl.eu/23058/kontakthypothese>, zuletzt aktualisiert am 22.12.2020.

Türkisch- Deutscher Unternehmer- und Akademikerverein, Tiad e.V.: Satzung. Online verfügbar unter <https://tiad-ev.de/satzung>, zuletzt geprüft am 06.07.2021.

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB): Zweck und Ziele. Online verfügbar unter <https://www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=10&lang=de>, zuletzt geprüft am 04.07.2021.

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB) (2010): Yunus Emre Moschee in Hamm-Heessen eröffnet. Pressemeldung. Online verfügbar unter <https://www.ditib.de/detail1.php?id=214&lang=de>, zuletzt geprüft am 03.07.2021.

Universität Luzern: Kuppel – Tempel – Minarett. Online verfügbar unter <https://www.unilu.ch/fakultaeten/ksf/institute/zentrum-religionsforschung/religionenschweiz/forschung/kuppel-tempel-minarett/>, zuletzt geprüft am 04.07.2021.

Verband Duisburger Bürgervereine e.V.: Runder Tisch Marxloh e. V. Online verfügbar unter <https://www.vdubv.de/b%C3%BCrgervereine/marxloh/>, zuletzt geprüft am 23.06.2021.

Verband Islamischer Kulturzentren e.V.: Organisation. Online verfügbar unter <https://vikz.de/index.php/ueber-uns.html>, zuletzt geprüft am 04.07.2021.

Wählerinitiative "Wir in Herten e.V." (<https://wirinherenten.wordpress.com/>), zuletzt aktualisiert am <https://wirinherenten.wordpress.com/>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Wählerinitiative "Wir in Herten e.V." (30.106.2011): Möglicher Moschee-Neubau in Langenbochum. Online verfügbar unter <https://wirinherenten.wordpress.com/2011/07/>, zuletzt geprüft am 30.06.2021.

Wählerinitiative "Wir in Herten e.V." (2011): Neue Ditib-Moschee in Herten beschlossen-Einstimmig ! Online verfügbar unter <https://wirinherenten.wordpress.com/2011/07/07/neue-ditib-moschee-in-herten-beschlossen-einstimmig/>, zuletzt geprüft am 30.06.2021.

Wählerinitiative "Wir in Herten e.V." (2012): Schlägel & EisenDitib-Gemeinde stellt Moschee-Pläne vor !, zuletzt aktualisiert am <https://wirinherenten.wordpress.com/16.11.2012/>, zuletzt geprüft am 30.06.2021.

Way-to-Allah (2009): BFF - Bündnis für Frieden & Fairness. Online verfügbar unter <http://www.way-to-allah.com/anliegen/sonstiges/56.html>, zuletzt geprüft am 26.06.2021.

Weltkonferenz der Religionen für den Frieden (WCRP), Witten: Religions for Peace Witten. Online verfügbar unter <http://www.wcrp-witten.de/>, zuletzt geprüft am 27.06.2021.

wikipedia.de: DITIB-Merkez-Moschee. Online verfügbar unter <https://de.wikipedia.org/wiki/DITIB-Merkez-Moschee>, zuletzt geprüft am 19.06.2021.

Yilmaz, Dursun (2010): DITIB Bildungs- und Begegnungsstätte. Online verfügbar unter [http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile\\_projekte/projekte/marxloh\\_bbstaette.php](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/projekte/marxloh_bbstaette.php).

Zentralrat der Muslime in Deutschland (2014): Tag der offenen Moschee. Online verfügbar unter <http://zentralrat.de/2583.php>, zuletzt geprüft am 27.01.2014.

Zimmer, Annette (2012): Die verschiedenen Dimensionen der Zivilgesellschaft. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138713/dimensionen>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.

## **Gesetze / Verordnungen**

Kinder- und Jugendhilfe: SGB VIII.

## **Briefwechsel**

Al-Muhajirin Moschee in Bonn e.V. (2007): Offener Brief an das Bauordnungsamt, 19.02.2007.

Al-Muhajirin Moschee in Bonn e.V. (2009): Offener Brief an Hartmut Becker/CDU Bonn-Tannenbusch, 19.10.2009.

CDU Bonn-Tannenbusch/Becker, Hartmut (o. J.): Offener Brief an den Vorsitzenden des Moscheevereins „Al- Muhajirin“ e.V.

LWL Landesjugendamt, Schulen, Koordinationsstelle Sucht Westfalen (2010): Ihre Email vom 25.02.2010. Antwortschreiben an WIR in Herten e.V., Jutta Becker, 04.03.2010.

Paetzel, Uli (2010): Anfrage nach § 15 GeschO des Rates vom 09.02.2010 - VIKZ, Übernachtungsmöglichkeiten und Razzia. Antwort an Jutta Becker, 11.02.2010.

unbekannt. E-Mail an die Kirchengemeinde St. Marien.

## **Fernsehsendung und Videos**

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (2003): Heiliger Krieg am Rhein - Terrorverdacht an deutscher Koran-Schule (Panorama). Das Erste, 23.10.2003. Online verfügbar unter <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2003/Heiliger-Krieg-am-Rhein-Terrorverdacht-an-deutscher-Koran-Schule,heiligerkrieg104.html>, zuletzt geprüft am 25.06.2021.

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (2018): Maischberger. Die Islamdebatte: Wo endet die Toleranz?, 07.06.2018. Online verfügbar unter <https://programm.ard.de/TV/tagesschau24/Startseite/?sendung=28721696334191>, zuletzt geprüft am 01.07.2021.

AtTawhidWalIkhlas (2010): Abu Dujana über die Wahlen Teil1 (ab min30). youtube.com. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=6XrZuondhBA>, zuletzt geprüft am 26.06.2021.

DITIB Bildungs-und Begegnungsstätte zu Duisburg-Marxloh e.V.: Das Wunder von Marxloh.

Erstes Deutsches Fernsehen (2010): „Entweder Broder“. Folge 2, 07.11.2010. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=POMiLSd3UbU>, zuletzt geprüft am 07.07.2021.

Westdeutsche Zeitung: Moschee der Versöhnung. Online verfügbar unter [https://www.derwesten.de/region/rhein\\_ruhr/moschee-der-versoehnung-id145011.html](https://www.derwesten.de/region/rhein_ruhr/moschee-der-versoehnung-id145011.html), zuletzt geprüft am 22.07.2014.

## **Reden**

Evangelische Apostelkirchengemeinde Bonn (2013): Andacht beim Pfarrkonvent im Juni 2013, Apostelkirchengemeinde Bonn.

DITIB zu Duisburg-Marxloh e.V. (Gemeindesprecher) (26.10.2008): Rede zur Einweihung.

Evangelische Bonhoeffergemeinde (03.06.2007): Es ist an der Zeit - den Dialog zu leben. Sendedatum: 3. Juni 2007. Evangelischer Gottesdienst im Zweiten Deutschen Fernsehen.

Rüttgers, Jürgen (26.10.2008): Rede von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers anlässlich der Eröffnung der Zentralmoschee am 26. Oktober 2008. „Arbeiten wir also auf der Grundlage unseres je und je eigenen Glaubens, gemeinsam, vereint, auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung: Für unsere Heimat. Für unser Land. Für die Menschen.“.

Sauerland, Adolf (22.03.05): Erster Spatenstich für den Neubau einer Moschee mit Begegnungsstätte in Duisburg-Marxloh. Warbruckstraße, am 22.03.2005, 16.00 Uhr. Entwurf des Grußworts von Herrn Oberbürgermeister Adolf Sauerland.

Sauerland, Adolf (26.10.2008): Eröffnung der Merkez-Moschee mit Bildungs- und Begegnungsstätte am 26.10.2008, 13.30 Uhr, Warbruckstraße, DU-Marxloh, Entwurf des Grußworts von Herrn Oberbürgermeister Adolf Sauerland.

## **Zeitungsartikel und Pressemitteilungen**

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (k. A.): Presseerklärung: Brisantes Gutachten über Schulbücher der König-Fahd-Akademie - "Töten steht nicht unter Tabu". Online verfügbar unter <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2004/erste8532.html>, zuletzt geprüft am 25.06.2021.

Basler Zeitung (2014): Aufkleber drohen Juden und Christen mit Hölle. In: *Basler Zeitung*, 26.02.2014. Online verfügbar unter <https://www.bazonline.ch/basel/stadt/aufkleber-drohen-juden-und-christen-mit-hoelle/story/12923548>, zuletzt geprüft am 27.06.2021.

DER SPIEGEL (02.09.10): Eher Ghetto als Integration. Duisburg Marxloh. In: *DER SPIEGEL*, 02.09.10. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/video/eher-ghetto-als-integration-duisburg-marxloh-6-video-1082089.html>.

DER SPIEGEL (2008): Deutschlands größte Moschee eröffnet in Duisburg, 26.10.2008. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/islam-deutschlands-groesste-moschee-eroeffnet-in-duisburg-a-586579.html>.

DER SPIEGEL (2008): Warum das Wunder in Marxloh funktioniert. In: *DER SPIEGEL*, 26.10.2008. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/moschee-eroeffnung-warum-das-wunder-in-marxloh-funktioniert-a-586613.html>, zuletzt geprüft am 19.06.2021.

DER SPIEGEL (2011): Erdogans Berliner Lobby-Truppe. In: *DER SPIEGEL*, 16.09.2011, zuletzt geprüft am 25.06.2021.

DER SPIEGEL (30.12.06): Das Wunder von Marxloh. In: *DER SPIEGEL*, 30.12.06. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/das-wunder-von-marxloh-a-e4306c7e-0002-0001-0000-000050034732>, zuletzt geprüft am 09.06.2021.



DER TAGESSPIEGEL (2009): PORTRÄT Haluk Yildiz: „Wir waren doppelt so gut wie erwartet“. In: *DER TAGESSPIEGEL*, 02.09.2009. Online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/meinung/portraet-haluk-yildiz-wir-waren-doppelt-so-gut-wie-erwartet/1591906.html>, zuletzt geprüft am 25.06.2021.

Deutsche Welle (2008): "Es ist Zeit, die Koffer auspacken". In: *Deutsche Welle*, 24.10.2008. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/de/es-ist-zeit-die-koffer-auszupacken/a-3734530>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

Deutsche Welle (26.03.19): Muslimische Kita muss endgültig schließen. In: *Deutsche Welle*, 26.03.19. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/de/muslimische-kita-muss-endg%C3%BCltig-schlie%C3%9Fen/a-48068764>.

DIE WELT (09.09.06): Richtfest für Deutschlands größte Moschee. Gebetsstätte in Duisburg-Marxloh soll 1300 Muslimen Platz bieten - CDU lobt Bau als Zeichen der Integration. In: *DIE WELT*, 09.09.06. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/print-welt/article151381/Richtfest-fuer-Deutschlands-groesste-Moschee.html>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.

DIE WELT (2009): Eine ganz normale Moschee. In: *DIE WELT*, 24.10.2009, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

DIE WELT (2013): "Schwarze Kasse" belastet Staatssekretärin Kaykin. In: *DIE WELT*, 16.01.2013. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article112797308/Schwarze-Kasse-belastet-Staatssekretaerin-Kaykin.html>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

DIE WELT (2014): Ex-Staatssekretärin Kaykin steht vor Gericht. In: *DIE WELT*, 24.01.2014. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/regionales/duesseldorf/article124066247/Ex-Staatssekretaerin-Kaykin-steht-vor-Gericht.html>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

DIE WELT (26.10.08): Mahnende Stimmen zur Eröffnung der Moschee. In: *DIE WELT*, 26.10.08. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/article2629306/Mahnende-Stimmen-zur-Eroeffnung-der-Moschee.html>, zuletzt geprüft am 06.06.21.

DIE ZEIT (2005): Alles getürkt? Nordrhein-Westfalen: Ein Stadtviertel in Duisburg kämpft um seinen Ruf - und gegen das ZDF. In: *DIE ZEIT*, 20.10.2005. Online verfügbar unter [https://www.zeit.de/2005/43/Alles\\_getuerkt\\_](https://www.zeit.de/2005/43/Alles_getuerkt_), zuletzt geprüft am 23.06.2021.

DIE ZEIT (2016): Beton als Argument. In: *DIE ZEIT* 37, 15.09.2016. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2016/37/islamophobie-muslime-moscheen-deutschland>, zuletzt geprüft am 25.06.2021.

DIE ZEIT (23.10.08): Ein Minarett mal ohne Streit. In: *DIE ZEIT*, 23.10.08. Online verfügbar unter [https://www.zeit.de/2008/44/LS\\_Marxlohe-Head](https://www.zeit.de/2008/44/LS_Marxlohe-Head), zuletzt geprüft am 09.06.21.

DIE ZEIT: Terrorismus: Bonn und sein islamistisches Milieu. In: *DIE ZEIT* 30.04.2009. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2009/19/Islamistenszene/seite-2>, zuletzt geprüft am 25.06.2021.

domradio (2008): Der katholische Pfarrer Michael Kemper zur neuen Moschee in direkter Nachbarschaft: "Ein sehr würdiger und festlicher Rahmen". In: *domradio*, 27.10.2008. Online verfügbar unter <http://www.domradio.de/aktuell/46120/ein-sehr-wuerdiger-und-festlicher-rahmen.html>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

domradio (2013): Unterwandern Salafisten den Bonner Rat der Muslime? In: *domradio*, 07.10.2013. Online verfügbar unter <https://www.domradio.de/themen/islam-und-kirche/2013-10-07/unterwandern-salafisten-den-bonner-rat-der-muslime>, zuletzt geprüft am 27.06.2021.

EXPRESS (2012): ‚Brennpunkt Tannenbusch‘ - Macht unser Viertel lebenswerter! In: *EXPRESS*, 24.05.2012. Online verfügbar unter <https://www.express.de/bonn/--brennpunkt-tannenbusch--macht-unser-viertel-lebenswerter--4568128>, zuletzt geprüft am 12.06.2013.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2004): König-Fahd-Akademie verherrlicht Kampf gegen „Ungläubige“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.06.2004. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/islamismus-koenig-fahd-akademie-verherrlicht-kampf-gegen-unglaeubige-1162549.html>, zuletzt geprüft am 25.06.2021.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2005): Bonn eine „Hochburg“ für Islamisten? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.03.2005. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/staatsschutz-bonn-eine-hochburg-fuer-islamisten-1213943.html>, zuletzt geprüft am 25.06.2021.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2008): Lautlos in Marxloh. Moschee-Eröffnung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.10.2008. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/moschee-eroeffnung-lautlos-in-marxloh-1713836.html>.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2009): Zu viel Istanbul, zu wenig Duisburg. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.12.2009. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kunst-und-architektur/architektur-und-integration-zu-viel-istanbul-zu-wenig-duisburg-1901312.html>.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2011): Bosnien – Ein Islam für Europa. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.08.2011. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bosnien-ein-islam-fuer-europa-11110257.html>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Frankfurter Rundschau (2008): "Angekommen in Mitte der Gesellschaft". In: *Frankfurter Rundschau*, 27.10.2008. Online verfügbar unter <https://www.fr.de/politik/angekommen-mitte-gesellschaft-11580502.html>.

General-Anzeiger Bonn (2006): Bonner Muslime schließen sich zusammen. In: *General-Anzeiger Bonn*, 21.09.2006. Online verfügbar unter [https://ga.de/bonn/bonner-muslime-schliessen-sich-zusammen\\_aid-40152833](https://ga.de/bonn/bonner-muslime-schliessen-sich-zusammen_aid-40152833), zuletzt geprüft am 25.06.2021.

General-Anzeiger Bonn (2007): "Wir wollen doch etwas für Bonn tun". In: *General-Anzeiger Bonn*, 24.02.2007. Online verfügbar unter [http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=GAZ&DOKV\\_NO=BN393327419EEDA497C1A221EE837E495F&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=GAZ&DOKV_NO=BN393327419EEDA497C1A221EE837E495F&DOKV_HS=0&PP=1), zuletzt geprüft am 13.12.2012.

General-Anzeiger Bonn (2007): Muslime werfen der Stadtverwaltung Untätigkeit vor. Noch immer wartet der Verein Al-Muhajirin auf Antworten in Sachen Moschee - Stadt: Komplexes Verfahren, 15.12.2007. Online verfügbar unter <http://www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=loka&itemid=10490&detailid=391604>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

General-Anzeiger Bonn (2007): Verwaltung lehnt islamisches Kulturzentrum ab. In: *General-Anzeiger Bonn*, 15.02.2007. Online verfügbar unter [http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=GAZ&DOKV\\_NO=BNBEBB770EFD2E093529FAEB69B5C65252&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-net.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=GAZ&DOKV_NO=BNBEBB770EFD2E093529FAEB69B5C65252&DOKV_HS=0&PP=1), zuletzt geprüft am 12.12.2013.

General-Anzeiger Bonn (2008): Applaus für die Moschee an der Brühler Straße. In: *General-Anzeiger Bonn*, 28.11.2008. Online verfügbar unter <http://www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=loka&itemid=10490&detailid=528588>, zuletzt geprüft am 12.12.2011.

General-Anzeiger Bonn (2009): "Diese Moschee ist ein Schmuckstück". Bei einer Infoveranstaltung über den Bau des islamischen Gotteshauses gibt es nur wenige kritische Stimmen. In: *General-Anzeiger Bonn*, 16.12.2009, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

General-Anzeiger Bonn (2009): Moscheeverein soll Pläne ändern Rat vertagt nichtöffentlich Grundstücksverkauf an Al-Muhajirin. Grüne: Das ist Täuschung. In: *General-Anzeiger Bonn*, 26.09.2009.

General-Anzeiger Bonn (2009): Muslime nehmen Stellung zu Islamist Harrach. El-Kaida-Terrorist war 2006 im Vorstand einer Bonner Moschee - "Zuweilen war er ein Hitzkopf", 19.11.2009. Online verfügbar unter <http://www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=loka&itemid=10490&detailid=665589>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

General-Anzeiger Bonn (2010): Experten warnen vor Extremisten, die in Beueler Moschee vortragen. In: *General-Anzeiger Bonn*, 04.12.2010. Online verfügbar unter [https://ga.de/bonn/experten-warnen-vor-extremisten-die-in-beueler-moschee-vortragen\\_aid-40013719](https://ga.de/bonn/experten-warnen-vor-extremisten-die-in-beueler-moschee-vortragen_aid-40013719), zuletzt geprüft am 25.06.2021.

General-Anzeiger Bonn (2010): Islamisten in Bonn. Hassprediger weiter aktiv. BONN. Bonner Moschee distanziert sich nicht von Abou Nagie und Abu Dujana. Nach Meinung von Experten ist die Bundesstadt eine Salafisten-Hochburg. In: *General-Anzeiger Bonn*, 15.12.2010. Online verfügbar unter <https://ga.de/bonn/Hassprediger-weiter-aktiv-article33237.html>.

General-Anzeiger Bonn (2010): Neue Arbeitsgruppe soll Moscheebau begleiten, 15.02.2010. Online verfügbar unter <http://www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=loka&itemid=10490&detailid=699849>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

General-Anzeiger Bonn (2011): Arbeitskreis Neue Moschee begrüßt Erklärung von Al-Muhajirin. In: *General-Anzeiger Bonn*, 21.01.2011. Online verfügbar unter <http://www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=loka&itemid=10490&detailid=838766>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

General-Anzeiger Bonn (2011): Gotteskrieger unter uns. In: *General-Anzeiger Bonn*, 15.01.2011 a. Online verfügbar unter <http://www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=loka&itemid=10490&detailid=836311>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

General-Anzeiger Bonn (2011): Islamisten kommen als Beter. In: *General-Anzeiger Bonn*, 15.01.2011 b. Online verfügbar unter <https://ga.de/lokales/bonn/Islamisten-kommen-als-Beter-article34849.html?&i=1>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

General-Anzeiger Bonn (2011): Viel Protest gegen Anti-Moschee-Demo. In: *General-Anzeiger Bonn*, 04.04.2011. Online verfügbar unter [https://ga.de/bonn/viel-protest-gegen-anti-moschee-demo\\_aid-40625757](https://ga.de/bonn/viel-protest-gegen-anti-moschee-demo_aid-40625757), zuletzt geprüft am 26.06.2021.

General-Anzeiger Bonn (2013): Wie tief ist der Sprecher in der Salafistenszene verstrickt? In: *General-Anzeiger Bonn*, 07.10.2013. Online verfügbar unter [https://ga.de/bonn/stadt-bonn/wie-tief-ist-der-sprecher-in-der-salafistenszene-verstrickt\\_aid-41565775](https://ga.de/bonn/stadt-bonn/wie-tief-ist-der-sprecher-in-der-salafistenszene-verstrickt_aid-41565775), zuletzt geprüft am 25.06.2021.

General-Anzeiger Bonn (2014): Problemviertel Tannenbusch – Nährboden für Salafismus? In: *General-Anzeiger Bonn*, 17.11.2014. Online verfügbar unter [https://ga.de/bonn/stadt-bonn/naehrboden-fuer-salafismus\\_aid-42128887](https://ga.de/bonn/stadt-bonn/naehrboden-fuer-salafismus_aid-42128887), zuletzt geprüft am 25.06.2021.

General-Anzeiger Bonn (2016): „Die Hilfsbereitschaft ist groß“. Interview mit Mahmoud Kharrat. In: *General-Anzeiger Bonn*, 26.04.2016. Online verfügbar unter <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/%E2%80%9EDie-Hilfsbereitschaft-ist-gro%C3%9F%E2%80%9C-article3240814.html>, zuletzt geprüft am 21.02.2017.

General-Anzeiger Bonn (2016): Tee in der Moschee in Bonn. In: *General-Anzeiger Bonn*, 21.02.2016. Online verfügbar unter <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/%E2%80%9EWir-wollen-zeigen-wer-wir-sind%E2%80%9C-article3190081.html>, zuletzt geprüft am 24.05.2017.

General-Anzeiger Bonn (2018): Bonn bleibt Hochburg für islamistische Gefährder. In: *General-Anzeiger Bonn*, 28.03.2018. Online verfügbar unter [https://ga.de/bonn/stadt-bonn/bonn-bleibt-hochburg-fuer-islamistische-gefaehrder\\_aid-43716853](https://ga.de/bonn/stadt-bonn/bonn-bleibt-hochburg-fuer-islamistische-gefaehrder_aid-43716853), zuletzt geprüft am 26.06.2021.

General-Anzeiger Bonn (2019): Muslimbruderschaft ist zunehmend in Bonn aktiv. In: *General-Anzeiger Bonn*, 06.04.2019. Online verfügbar unter [https://ga.de/bonn/stadt-bonn/muslim-bruderschaft-ist-zunehmend-in-bonn-aktiv\\_aid-44028723](https://ga.de/bonn/stadt-bonn/muslim-bruderschaft-ist-zunehmend-in-bonn-aktiv_aid-44028723), zuletzt geprüft am 27.06.2021.

Giordano, Ralph (2016): „Der Islam ist das Problem“. In: *Focus*, 28.02.2016. Online verfügbar unter [https://www.focus.de/politik/cicero-exklusiv/tid-7505/cicero-exklusiv\\_aid\\_133889.html](https://www.focus.de/politik/cicero-exklusiv/tid-7505/cicero-exklusiv_aid_133889.html), zuletzt geprüft am 08.07.2021.

Hertener Allgemeine (2008): "Die VIKZ-Gemeinde ist schockiert". In: *Hertener Allgemeine*, 28.04.2008.

Hertener Allgemeine (2008): Ohne Gespräche keine Integration. In: *Hertener Allgemeine*, 06.05.2008.

Hertener Allgemeine (2008): Rat entschärft VIKZ-Resolution. In: *Hertener Allgemeine*, 30.04.2008.

Hertener Allgemeine (2008): VIKZ steht nicht unter Beobachtung. In: *Hertener Allgemeine*, 12.06.2008.

Hertener Allgemeine (2010): "Abschottung gegenüber anderen Muslimen und dem Westen". Leserbrief von Jutta Becker, "WIR in Herten". In: *Hertener Allgemeine*, 24.03.2010.

Hertener Allgemeine (2010): Erklärung der Kirchen Nein zu "Abendland in Christenhand". In: *Hertener Allgemeine*, 19.03.2010. Online verfügbar unter <https://www.hertener-allgemeine.de/staedte/herten/Nein-zu-Abendland-in-Christenhand;art995,167474#fehler>, zuletzt geprüft am 13.12.2012.

Hertener Allgemeine (2010): Sollen Kinder in Moschee übernachten? In: *Hertener Allgemeine*, 10.03.2010.

Hertener Allgemeine (2010): Weniger Koran - mehr Jugendarbeit. In: *Hertener Allgemeine*, 17.03.2010.

Hertener Allgemeine (2011): "Vom Extremismus weit entfernt". In: *Hertener Allgemeine*, 21.06.2011.

Hertener Allgemeine (2011): „Grundsätzlich wird alles von außen gebaut und gesteuert“. Stellungnahme Jutta Becker. In: *Hertener Allgemeine*, 15.07.2011.

Hertener Allgemeine (2011): „Warum eine zweite Moschee??“. Leserkommentar. In: *Hertener Allgemeine*, 20.06.2011.

Hertener Allgemeine (2011): Auch "WIR" gegen den "Runden Tisch" . Leserkommentar von Jutta Becker. In: *Hertener Allgemeine*, 29.04.2011.

Hertener Allgemeine (2011): Bürgerinitiative und UBP Anwalt soll Moschee-Standort prüfen. In: *Hertener Allgemeine*, 27.06.2011. Online verfügbar unter <http://www.hertener-allgemeine.de/staedte/herten/Anwalt-soll-Moschee-Standort-pruefen;art995,498511>, zuletzt geprüft am 11.12.2012.

Hertener Allgemeine (2011): <http://www.hertener-allgemeine.de/lokales/herten/Wir-wollen-generell-keine-Moscheen;art995,480547,D>. In: *Hertener Allgemeine*, 01.06.2011. Online verfügbar unter <http://www.hertener-allgemeine.de/lokales/herten/Wir-wollen-generell-keine-Moscheen;art995,480547,D>, zuletzt geprüft am 13.12.2012.

Hertener Allgemeine (2011): Islam-Gegner stürmen HA-Umfrage. In: *Hertener Allgemeine*, 22.06.2011.

Hertener Allgemeine (2011): Neubau-Diskussion „Pro NRW“ will gegen Moschee-Bau demonstrieren. In: *Hertener Allgemeine*, 21.06.2011.

Hertener Allgemeine (2011): Pro-NRW-Demo Aktionsbündnis wird langsam wieder aktiv. In: *Hertener Allgemeine*, 28.06.2011.

Hertener Allgemeine (2011): Runder Tisch - Muss die neue Moschee so groß sein? In: *Hertener Allgemeine*, 01.06.2011.

Hertener Allgemeine (2011): UBP lehnt den "runden Tisch" zum Moscheebau ab. Leserkommentar von Borsu Alinaghi, 07.04.2011.

Hertener Allgemeine (2011): Und das ist erst der Anfang. Die Moschee-Diskussion wird sich noch verschärfen, glaubt Frank Bergmannshoff. In: *Hertener Allgemeine*, 28.05.2011.

Hertener Allgemeine (2012): Ditib-Gemeinde stellt Moschee-Pläne vor. In: *Hertener Allgemeine*, 14.11.2012. Online verfügbar unter <https://www.hertener-allgemeine.de/lokales/herten/Ditib-Gemeinde-stellt-Moschee-Plaene-vor;art995,883025>, zuletzt geprüft am 13.12.2013.

Hertener Allgemeine (2014): Stadt will Übernachtungspläne genehmigen. Die CDU wollte im Integrationsrat über die Blaue Moschee diskutieren - und schwieg dann. In: *Hertener Allgemeine*, 24.09.2014.

Hertener Allgemeine (2014): Verein stellt Antrag Mädchen sollen in Moschee übernachten dürfen. In: *Hertener Allgemeine*, 08.09.2014. Online verfügbar unter <https://www.hertener-allgemeine.de/staedte/herten/45699-Paschenberg~/Verein-stellt-Antrag-Maedchen-sollen-in-Moschee-uebernachten-duerfen;art995,1383495#fehler>, zuletzt geprüft am 09.12.2015.

Hertener Allgemeine (k. A.): Umfrage. In: *Hertener Allgemeine*, k. A. Online verfügbar unter <https://www.hertener-allgemeine.de/interaktiv/umfragen/>, zuletzt geprüft am 30.06.2021.

IslamiQ (2014): Rechte Hetze gegen Moscheebau in Witten. In: *IslamiQ*, 18.03.2014. Online verfügbar unter <https://www.islamiq.de/2014/03/18/islamfeindlichkeit-rechte-hetze-gegen-moschee-in-witten/>, zuletzt geprüft am 27.06.2021.

Islamische Zeitung (2007): „Wer soll die Jugendlichen abholen, wenn nicht wir?“. In: *Islamische Zeitung*, 25.02.2007. Online verfügbar unter <http://www.hadielislam.com/de/index.php?pg=article&id=261>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Kelek, Necla (2007): Das Minarett ist ein Herrschaftssymbol. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2007, 06.06.2007. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/koelner-moscheenstreit-das-minarett-ist-ein-herrschaftssymbol-1437435.html>, zuletzt geprüft am 03.07.2021.

Kölner Rundschau (2010): Bau einer Großmoschee wird konkret, 08.10.2010. Online verfügbar unter <http://www.rundschau-online.de/html/artikel/1283520745497.shtml>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Kölner Stadt-Anzeiger (2008): „Antiwestlich, antidemokratisch“. In: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 10.04.2008. Online verfügbar unter <https://www.ksta.de/10-4-2008---antiwestlich--antidemokratisch--13706564>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Kölner Stadt-Anzeiger (2008): Bonner Muslime sehen sich unnütz getröstet. In: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 10.01.2008. Online verfügbar unter <https://www.ksta.de/html/artikel/1195817035821.shtml>.

LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen (2010): DU: Auch NPD will Ende März in Duisburg demonstrieren. In: *LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen*, 12.01.2010. Online verfügbar unter <https://lotta-magazin.de/nrwrex/2010/01/du-auch-npd-will-ende-m-rz-duisburg-demonstrieren>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

Mayr, Lisa (19.03.14): Moscheekonflikte sind ein öffentliches Ritual. Moscheen mit Minaretten sind in Europa nicht einfach Bauwerke: Sie sind Projektionsfläche für Identität. Interview mit Ernst Furlinger. In: *DER STANDARD*, 19.03.14. Online verfügbar unter <https://www.der-standard.at/story/1395056978123/moscheekonflikte-sind-ein-oeffentliches-ritual>, zuletzt geprüft am 02.06.21.

Neue Ruhr Zeitung (17.10.08): Marketing für eine Moschee. PORTRÄT. Zülfiye Kaykin (39) hat früher in Duisburg-Marxloh Schuhe verkauft. Heute leitet sie das Begegnungszentrum. In: *Neue Ruhr Zeitung*, 17.10.08. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/region/niederrhein/marketing-fuer-eine-moschee-id959871.html>, zuletzt geprüft am 13.12.12.

Neue Ruhr Zeitung (2006): Begegnung unter der Kuppel. In: *Neue Ruhr Zeitung*, 07.09.2006.

Neue Ruhr Zeitung (2007): Viel geredet und informiert. Duisburg ist nicht Köln: Bau der Moschee mit Begegnungsstätte in Marxloh findet viel Unterstützung und stößt auf wenig Widerstand. In: *Neue Ruhr Zeitung*, 05.06.2007.

n-tv (12.03.18): Umsonst-Grundstücke für Gemeinden - Bürgermeister verteidigt Moscheebauten. In: *n-tv*, 12.03.18. Online verfügbar unter <https://www.n-tv.de/politik/Buergermeister-verteidigt-Moscheebauten-article17980296.html>.

PI NEWS (2007): Heinersdorf ist überall... In: *PI NEWS*, 13.01.2007. Online verfügbar unter <http://www.pi-news.net/2007/01/heinersdorf-ist-ueberall/>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

PI NEWS (2009): Bonn: Moschee-Modell im Pfarrsaal vorgestellt. In: *PI NEWS*, 17.12.2009. Online verfügbar unter <http://www.pi-news.net/2009/12/bonn-moschee-modell-im-pfarrsaal-vorgestellt/>.

PI NEWS (2009): Wunder von Marxloh verblasst, 19.12.2009. Online verfügbar unter <http://www.pi-news.net/2009/12/WUNDER-VON-MARXLOH-VERBLASST/>, zuletzt geprüft am 29.

PI NEWS (2010): „Wunder von Marxloh“ – ein Scherbenhaufen, 28.05.2010. Online verfügbar unter <http://www.pi-news.net/2010/05/wunder-von-marxloh-ein-scherbenhaufen/>.

Remscheider General Anzeiger (2015): Moschee wertet den Stadtteil auf. In: *Remscheider General Anzeiger*, 15.09.2015. Online verfügbar unter <https://www.rga.de/lokales/remscheid/moschee-wertet-stadtteil-5530942.amp.html>.

Rheinische Post (07.10.06): Rechtsextremer baut Moschee in Duisburg. In: *Rheinische Post*, 07.10.06. Online verfügbar unter [https://www.wiso-net.de/login?targetUrl=%2Fwebcgi%3FSTART%3DA20%26T\\_FOR-MAT%3D5%26DOKM%3D2100773\\_RP\\_0%26TREFFER\\_NR%3D24%26WID%3D11342-5990543-41829\\_72](https://www.wiso-net.de/login?targetUrl=%2Fwebcgi%3FSTART%3DA20%26T_FOR-MAT%3D5%26DOKM%3D2100773_RP_0%26TREFFER_NR%3D24%26WID%3D11342-5990543-41829_72), zuletzt geprüft am 12.12.12.

Rheinische Post (09.09.06): Islam für Anfänger. Richtfest in der DITIB-Merkez-Moschee Marxloh. In: *Rheinische Post*, 09.09.06.

Rheinische Post (2003): Minarett ragt über Marxloh. In: *Rheinische Post*, 18.11.2003.

Rheinische Post (2005): "Das Wunder von Marxloh". In: *Rheinische Post*, 23.03.2005.

Rheinische Post (2005): Deutschlands größte Moschee in Duisburg, 23.03.2005.

Rheinische Post (2006): Moschee soll Ängste nehmen. In: *Rheinische Post*, 09.09.2006.

Rheinische Post (2006): Symbol für Integration. In: *Rheinische Post*, 30.06.2006.

Rheinische Post (2007): Prachtbau für Marxloh. In: *Rheinische Post*, 17.02.2007.

Rheinische Post (2007): Ruhrbischof besuchte Moschee. In: *Rheinische Post*, 25.11.2007. Online verfügbar unter [https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/ruhrbischof-besuchte-moschee\\_aid-10997187?output=webview](https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/ruhrbischof-besuchte-moschee_aid-10997187?output=webview).

Rheinische Post (2009): Dachverband: "Kein Extremismus in Moschee", 17.12.2009. Online verfügbar unter [https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/dachverband-kein-extremismus-in-moschee\\_aid-9360213](https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/dachverband-kein-extremismus-in-moschee_aid-9360213), zuletzt geprüft am 24.06.2021.

Rheinische Post (2010): Neuer Vorstand will klare Verhältnisse. In: *Rheinische Post*, 26.05.2010.

Rheinische Post (2010): Pfarrer: Keine Radikalen an der Moschee, 08.02.2010. Online verfügbar unter [https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/pfarrer-keine-radikalen-an-der-moschee\\_aid-12999233](https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/pfarrer-keine-radikalen-an-der-moschee_aid-12999233), zuletzt geprüft am 23.06.2021.

Rheinische Post (29.01.05): Geld für Deutschlands größte Moschee. In: *Rheinische Post*, 29.01.05. Online verfügbar unter [https://www.wiso-net.de:443/document/RP\\_\\_119675441](https://www.wiso-net.de:443/document/RP__119675441), zuletzt geprüft am 12.12.15.

Rheinische Post: Das "Wunder von Marxloh". DITIB-Moschee in Marxloh eröffnet. In: *Rheinische Post*.

Rheinische Post: Die neue Moschee in Marxloh gilt als neues Wahrzeichen der Stadt. Jetzt ist das islamische Zentrum ins... In: *Rheinische Post*. Online verfügbar unter [https://www.wiso-net.de/login?targetUrl=%2Fwebcgi%3FSTART%3DA20%26T\\_FOR-MAT%3D5%26DOKM%3D2110151\\_RP\\_0%26TREFFER\\_NR%3D22%26WID%3D11342-5990543-41829\\_72](https://www.wiso-net.de/login?targetUrl=%2Fwebcgi%3FSTART%3DA20%26T_FOR-MAT%3D5%26DOKM%3D2110151_RP_0%26TREFFER_NR%3D22%26WID%3D11342-5990543-41829_72).

Rheinische Post: Land rügt Eiferer in Duisburger Moschee. Online verfügbar unter <http://nachrichten.rp-online.de/politik/land-ruegt-eiferer-in-duisburger-moschee-1.65844>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Ruhrbarone (2010): Krafts Schattenministerin schweigt zu Grauen Wölfen in Deutschlands Muster-Moschee. In: *Ruhrbarone*, 28.04.2010. Online verfügbar unter <https://www.ruhrbarone.de/krafts-schattenministerin-schweigt-zu-grauen-wolfen-in-deutschlands-muster-moschee/10205>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

Sen, Faruk (2007): Recep Tayyip Erdogan: Der Islamist als Modernisierer. Kommentar. In: *DIE WELT*, 05.05.2007. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article6068757/Recep-Tayyip-Erdogan-Der-Islamist-als-Modernisierer.html>, zuletzt geprüft am 03.07.2021.

Süddeutsche Zeitung (2010): "Der Islam ist Teil Deutschlands". Interview mit Wolfgang Schäuble. In: *Süddeutsche Zeitung*, 17.05.2010. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/interview-der-islam-ist-teil-deutschlands-1.298355>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.

Tagesspiegel (04.10.07): Giordano: Moscheebauten sind "Kriegserklärung". In: *Tagesspiegel*, 04.10.07. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/religion-giordano-moscheebauten-sind-kriegserklaerung/1060860.html>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.

Tagesspiegel (14.09.12): Demonstranten setzen deutsche Botschaft im Sudan in Brand. In: *Tagesspiegel*, 14.09.12. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/proteste-gegen-anti-islam-film-proteste-und-toedliche-ausschreitungen-auch-in-vielen-anderen-laendern/7132474-2.html>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.

Tagesspiegel (2007): Islamkonferenz: Ex-Muslime: Gremium fördert Parallelgesellschaft - Politik - Tagesspiegel, 30.04.2007. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/islamkonferenz-ex-muslime-gremium-foerdert-parallelgesellschaft/841202.html>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.

Tagesspiegel (2017): Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Musliminnen müssen an Schwimmunterricht teilnehmen - Politik - Tagesspiegel, 10.01.2017. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/europaeischer-gerichtshof-fuer-menschenrechte-musliminnen-muessen-an-schwimmunterricht-teilnehmen/19232222.html>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.

Tagesspiegel (2017): Musliminnen müssen an Schwimmunterricht teilnehmen, 10.01.2017. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/europaeischer-gerichtshof-fuer-menschenrechte-musliminnen-muessen-an-schwimmunterricht-teilnehmen/19232222.html>, zuletzt geprüft am 01.07.2021.

Tagesspiegel (25.12.08): Deutschlands größte Moschee ein Zeichen für Anerkennung. In: *Tagesspiegel*, 25.12.08. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/muslime-in-deutschland-deutschlands-groesste-moschee-ein-zeichen-fuer-erkennung/1356628.html>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.

Tannenbuscher Zeitung (2014): Gemeinsam den Stadtteil verändern. Der Arbeitskreis Vielfalt in Tannenbusch. In: *Tannenbuscher Zeitung* k. A., 2014.

Tannenbuscher Zeitung (2015): Abschluss des interreligiösen Projektes der Fachstelle für interkulturelle Bildung und Beratung – FiBB e.V. in der AlMuhajirinMoschee. Kinder begreifen Feste und religiöse Gegenstände aus Moschee, Kirche und Synagoge. In: *Tannenbuscher Zeitung* k. A., 2015 (1).

Verband Islamischer Kulturzentren e.V. (02.10.2003): Stellungnahme. Online verfügbar unter <https://vikz.de/index.php/archiv-pressemitteilungen.html>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Verband Islamischer Kulturzentren e.V. (12.07.2005): Gegendarstellung zu der Sendung Frontal 21 mit dem Beitrag „Koranschüler in Deutschland“ vom 12. Juli 2005 von Ahmet Senyurt und Ulrich Stol. Online verfügbar unter <https://vikz.de/index.php/archiv-pressemitteilungen.html>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Verband Islamischer Kulturzentren e.V. (28.04.2008): VIKZ demonstriert gegen die Aufhebung des Unschuldssprinzips durch den Hertener Stadtrat. Online verfügbar unter <https://vikz.de/index.php/archiv-pressemitteilungen.html>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2006): „Eine Moschee für alle“. In: *Westdeutsche Zeitung*, 09.09.2006.

Westdeutsche Zeitung (2006): Besuchermagnet Moschee. In: *Westdeutsche Zeitung*, 08.12.2006.

Westdeutsche Zeitung (2006): Eine Moschee für alle, 12.05.2006.

Westdeutsche Zeitung (2006): Immobilienanzeigen. In: *Westdeutsche Zeitung*, 07.10.2006.

Westdeutsche Zeitung (2006): Um Akzeptanz kämpfen. In: *Westdeutsche Zeitung*, 05.07.2006.

Westdeutsche Zeitung (2006): Zur Moschee an der Hamborner Straße. Angst vor religiösem Ungleichgewicht. Leserbrief. In: *Westdeutsche Zeitung*, 01.09.2006.

Westdeutsche Zeitung (2007): „Hier packen alle an“. In: *Westdeutsche Zeitung*, 01.09.2007.

Westdeutsche Zeitung (2007): 2 Millionen sahen den Gottesdienst aus Marxloh. Übertragung aus der Kreuzeskirche. In: *Westdeutsche Zeitung*, 04.06.2007.

Westdeutsche Zeitung (2008): Genn lobt Miteinander. In: *Westdeutsche Zeitung*, 27.10.2008. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/essen/genn-lobt-miteinander-id1019039.html?service=amp>, zuletzt geprüft am 19.06.2021.



Westdeutsche Zeitung (2008): Hemmschwelle niedrig halten. DAS GROSSE INTERVIEW HEUTE MIT BEGEGNUNGSSTÄTTEN-GESCHÄFTSFÜHRERIN ZÜLFIYE KAYKIN. In: *Westdeutsche Zeitung*, 13.09.2008.

Westdeutsche Zeitung (2008): Staubsaugen für Allah vor der Moschee-Eröffnung. In: *Westdeutsche Zeitung*, 22.10.2008

Westdeutsche Zeitung (2009): Sorgen um die Muster-Moschee in Duisburg wachsen. In: *Westdeutsche Zeitung*, 15.12.2009. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/nachrichten/im-westen/Sorgen-um-die-Muster-Moschee-in-Duisburg-wachsen-id2251326.html>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Westdeutsche Zeitung (2009): Wunder dauern etwas länger. In: *Westdeutsche Zeitung*, 25.10.2009. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/nrz-info/wunder-dauern-etwas-laenger-id46273.html>, zuletzt geprüft am 13.12.2012.

Westdeutsche Zeitung (2010): Kaykin gibt Job bei Ditib in Duisburg auf - und bleibt doch. In: *Westdeutsche Zeitung*, 26.04.2010. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/nord/kaykin-gibt-job-bei-ditib-in-duisburg-auf-und-bleibt-doch-id3389838.html>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2010): Liberale und Konservative streiten um Merkez-Moschee, In: *Westdeutsche Zeitung*, 10.02.2010.

Westdeutsche Zeitung (2011): "Ditib ist weit von extremistischen Bestrebungen entfernt". In: *Westdeutsche Zeitung*, 22.06.2011. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/vest/ditib-ist-weit-von-extremistischen-bestrebungen-entfernt-id4797255.html>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.

Westdeutsche Zeitung (2011): Geplanter Moscheebau Moschee soll aufs Zechengelände. In: *Westdeutsche Zeitung*, 07.07.2011. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/staedte/herten/Moschee-soll-aufs-Zechengelaeende-id4847149.html>, zuletzt geprüft am 13.12.2012.

Westdeutsche Zeitung (2011): Integrationsrat und Stadtrat in Duisburg liefern sich Machtkampf. In: *Westdeutsche Zeitung*, 28.01.2011. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/duisburg/integrationsrat-und-stadtrat-in-duisburg-liefern-sich-machtkampf-id4218858.html>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2011): Moschee mit Minarett geplant. In: *Westdeutsche Zeitung*, 13.12.2011. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/witten/moschee-mit-minarett-geplant-id6159674.html>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2011): Park-Wildwest rund um die Moschee. In: *Westdeutsche Zeitung*, 13.11.2011. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/nord/park-wildwest-rund-um-die-moschee-id6069377.html>, zuletzt geprüft am 23.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2011): Runder Tisch: Kein Geld aus der Türkei. In: *Westdeutsche*, 03.06.2011. Online verfügbar unter <http://www.derwesten.de/staedte/herten/Kein-Geld-aus-der-Tuerkei-id4724328.html>, zuletzt geprüft am 13.12.2012.

Westdeutsche Zeitung (2011): Vorsitzender der Ditib-Gemeinde Muhammed Al über Sarrazin und Islamophobie. In: *Westdeutsche Zeitung*, 29.03.2011. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/nord/vorsitzender-der-ditib-gemeinde-muhammed-al-ueber-sarrazin-und-islamophobie-id4480819.html>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2012): Duisburger Muslime kämpfen für katholische Kirche. In: *Westdeutsche Zeitung*, 01.01.2012. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/region/duisburger-muslime-kaempfen-fuer-katholische-kirche-id6207963.html>.

Westdeutsche Zeitung (2012): Im Fall Kaykin spricht die Polizei von „schwarzer Kasse“, 05.12.2012. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/im-fall-kaykin-spricht-die-polizei-von-schwarzer-kasse-id7363821.html>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2012): OB Sauerland wirbt um Stimmen der türkischen Migranten. In: *Westdeutsche Zeitung*, 26.01.2012. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/duisburg/ob-sauerland-wirbt-um-stimmen-der-tuerkischen-migranten-id6284137.html>, zuletzt geprüft am 21.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2012): Projekt für Familien mit behinderten Kindern startet in Duisburg-Marxloh, 27.02.2012. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/nord/projekt-fuer-familien-mit-behinderten-kindern-startet-in-duisburg-marxloh-id6401649.html>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.

Westdeutsche Zeitung (2012): Runder Tisch in Duisburg-Marxloh erfindet sich neu, 19.06.2012. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/nord/runder-tisch-in-duisburg-marxloh-erfindet-sich-neu-id6785060.html>, zuletzt geprüft am 23.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2012): Staatssekretärin Kaykin wegen EU-Fördermitteln an Marxloher Begegnungsstätte unter Druck. In: *Westdeutsche Zeitung*, 26.01.2012. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/staatssekretaerin-kaykin-wegen-eu-foerdermitteln-an-marxloher-begegnungsstaette-unter-druck-id6283564.html>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2012): Staatssekretärin Zülfiye Kaykin wegen Integrationsprojekt in Erklärungsnot. In: *Westdeutsche Zeitung*, 30.01.2012. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/staatssekretaerin-zuelfiye-kaykin-wegen-integrationsprojekt-in-erklaerungsnoeten-id6297217.html>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2013): 2,8 Millionen Euro nicht korrekt verwendet - Druck auf Kaykin. In: *Westdeutsche Zeitung*, 09.01.2013. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/staedte/duisburg/2-8-millionen-euro-nicht-korrekt-verwendet-druck-auf-kaykin-waechst-id7462523.html#plx1763918129>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2013): Bündnis ruft zu Gegendemo bei Rechten-Aufmarsch in Duisburg auf, 27.08.2013. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/duisburg/buendnis-ruft-zu-gegen-demo-bei-rechten-aufmarsch-in-duisburg-auf-id8368181.html>, zuletzt geprüft am 08.07.2021.

Westdeutsche Zeitung (2013): Der Fall Zülfiye Kaykin hat eine "ganz schön dicke Akte". In: *Westdeutsche Zeitung*, 05.09.2013. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/duisburg/der-fall-zuelfiye-kaykin-hat-eine-ganz-schoen-dicke-akte-id8403471.html>, zuletzt geprüft am 24.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2013): Unsere Nachbarn. In: *Westdeutsche Zeitung*, 15.01.2013. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/witten/unsere-nachbarn-id7484610.html>, zuletzt geprüft am 03.07.2021.

Westdeutsche Zeitung (2013): Weiße Moschee wächst an der Breite Straße in Witten. In: *Westdeutsche Zeitung*, 04.10.2013. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/witten/weisse-moschee-waechst-an-der-breite-strasse-in-witten-id8524786.html>, zuletzt geprüft am 27.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2013): Wittener stehen hinter bosnischer Moschee. In: *Westdeutsche Zeitung*, 01.02.2013. Online verfügbar unter <https://www.derwesten.de/staedte/witten/wittener-stehen-hinter-bosnischer-moschee-id7547541.html>, zuletzt geprüft am 27.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2014): Neues Kräfteverhältnis im Integrationsrat. In: *Westdeutsche Zeitung*, 28.05.2014. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/vest/neues-kräfte-verhaeltnis-im-integrationsrat-id9403881.html>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2015): Gebete unter goldenem Kronleuchter in Wittener Moschee. In: *Westdeutsche Zeitung*, 23.11.2015. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/witten/gebete-unter-goldenem-kronleuchter-in-wittener-moschee-id11314869.html>, zuletzt geprüft am 27.06.2021.

Westdeutsche Zeitung (2019): „Bürger sollen beim Moschee-Bau in Hattingen beteiligt werden“. In: *Westdeutsche Zeitung*, 18.11.2019. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/hattingen/buerger-sollen-beim-moschee-bau-in-hattingen-beteiligt-werden-id227668841.html>, zuletzt geprüft am 03.07.2021.

Westdeutsche Zeitung (2019): Neuer Gemeinde-Vorstand nimmt neuen Anlauf für die Moschee. In: *Westdeutsche Zeitung*, 18.01.2019. Online verfügbar unter <https://www.waz.de/staedte/hattingen/neuer-gemeinde-vorstand-nimmt-neuen-anlauf-fuer-die-moschee-id216243179.html>, zuletzt geprüft am 01.07.2021.

Westdeutsche Zeitung (26.10.08): Rüttgers will noch mehr Moscheen. In: *Westdeutsche Zeitung*, 26.10.08.

Westdeutscher Rundfunk (2010): Richtungsstreit um den Moscheeverein: Zweifel am "Wunder von Marxloh". In: *Westdeutsche Zeitung*, 07.04.2010. Online verfügbar unter <https://www1.wdr.de/kultur/moschee118.html>, zuletzt geprüft am 12.12.2013.

Westdeutscher Rundfunk (2013): Rechnungshof rügt Moscheebau: Hat Kaykın Fördergelder falsch verwendet? In: *Westdeutscher Rundfunk*, 11.01.2013. Online verfügbar unter <http://www1.wdr.de/themen/politik/kaykin122.html>, zuletzt geprüft am 14.03.2014.

Westfalenpost (2014): Muslime wollen Ramadan in ihrer neuen Moschee feiern. In: *Westfalenpost*, 18.03.2014. Online verfügbar unter <https://www.wp.de/staedte/witten/muslime-wollen-ramadan-in-ihrer-neuen-moschee-feiern-id9131068.html?bot-access=true&>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Westfälischer Anzeiger: Moschee-Einweihung in Heessen mit 5000 Gästen. In: *Westfälischer Anzeiger*. Online verfügbar unter Quelle: <http://www.wa.de/nachrichten/hamm/stadt-hamm/moschee-einweihung-heessen-5000-gaesten-742431.html>, zuletzt geprüft am 02.07.2021.